

Studien zum vergleichenden Öffentlichen Recht

Studies in Comparative Public Law

Band / Volume 15

Rechte der Natur

**Eine rechtsvergleichende Untersuchung
unter besonderer Berücksichtigung der Rechte
von Flüssen**

Von

Tina Rametsteiner



Duncker & Humblot · Berlin

TINA RAMETSTEINER

Rechte der Natur

Studien zum vergleichenden Öffentlichen Recht

Studies in Comparative Public Law

Band/Volume 15

Rechte der Natur

Eine rechtsvergleichende Untersuchung
unter besonderer Berücksichtigung der Rechte
von Flüssen

Von

Tina Rametsteiner



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Österreichisches und europäisches öffentliches Recht
der Wirtschaftsuniversität Wien hat diese Arbeit im Jahre 2023
als Dissertation angenommen.

Veröffentlicht mit Unterstützung des Austrian Science Fund
(FWF): 10.55776/PUB1103



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die vorliegende Publikation ist – wo nicht anders festgehalten – gemäß den
Bedingungen der internationalen Creative-Commons-Lizenz Namensnennung
4.0 International (CC BY 4.0) (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>)
lizenziert, die die Nutzung, gemeinsame Nutzung, Anpassung, Verbreitung und
Vervielfältigung in jedem Medium oder Format erlaubt, solange Sie den:die
ursprüngliche:n Autor:in bzw. die ursprünglichen Autor:innen und die Quelle in
angemessener Weise anführen, einen Link zur Creative-Commons-Lizenz setzen
und etwaige Änderungen angeben.

Die E-Book-Version ist unter <https://doi.org/10.3790/978-3-428-59460-3> abrufbar



Alle Rechte vorbehalten

© 2025 Tina Rametsteiner

Erschienen bei: Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Satz: 3w+p GmbH, Rimpf

Druck: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISSN 2511-9648

ISBN 978-3-428-19460-5 (Print)

ISBN 978-3-428-59460-3 (E-Book)

DOI 10.3790/978-3-428-59460-3

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Oktober 2023 als Dissertation von der Wirtschaftsuniversität Wien angenommen. Rechtslage und Literatur konnten für die Veröffentlichung noch bis einschließlich Juni 2024 berücksichtigt werden.

Diese Arbeit wäre ohne die Unterstützung vieler Personen nicht möglich gewesen. Dank gebührt allen voran meiner Hauptbetreuerin Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner, die mich bei diesem Vorhaben unterstützte, die Bearbeitung in die richtigen Bahnen lenkte und mich anregte, immer wieder kritisch zu reflektieren sowie zu präzisieren. Außerdem möchte ich Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek für die Bereitschaft danken, als Zweitgutachter zur Verfügung zu stehen, und Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Maria Philomena Bertel für die Erstellung des Drittgutachtens.

Besonderer Dank gilt überdies Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Teresa Weber, MSc., die mich seit vielen Jahren unterstützt, lehrt und inspiriert, für die aufmerksame Durchsicht und die wertvollen Anregungen.

Nicht zuletzt möchte ich mich bei meiner Familie und meinen Freund:innen bedanken, die mich auf diesem Weg begleiteten. Mein größter Dank gebührt aber Pedro, ohne dessen Unterstützung in vielerlei Hinsicht diese Arbeit nicht entstanden wäre.

Wien, im Juli 2024

Tina Rametsteiner

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	21
I. Einleitende Bemerkungen	21
II. Gang der Untersuchung	23
1. Methodologische und erkenntnistheoretische Grundannahmen	23
2. Methodische Folgerungen	27
a) Zur Auswahl des Vergleichsgegenstandes	29
aa) „Rechte der Natur“	29
bb) Auswahl der zu untersuchenden Rechtsordnungen	35
b) Zur Beschreibung der Rechtsquellen und ihres Kontexts	40
aa) Länderberichte	40
bb) Von der deskriptiven zur strukturierten Herangehensweise	41
cc) Darstellungsschema in Anlehnung an horizontale Menschenrechts- vergleiche	42
dd) „Rechte der Natur“ als legal transplants?	43
ee) Aufbau der Länderberichte und Querschnittsbetrachtungen	47
c) Zur Synthese	50
B. Länderberichte	52
I. USA	52
1. Kontext	52
a) Politisches, rechtliches und institutionelles System	52
b) Umwelt- und Gewässerschutz	56
c) Entstehungsgeschichte der „Rechte der Natur“	57
2. Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem	62
a) Allgemeines zum Rechtssystem	62
b) Zur Auswahl der untersuchten Rechtsquellen	62
c) Stellung der untersuchten Rechtsquellen im Rechtssystem	63
d) Widersprüche zu einzel- und gesamtstaatlichem Recht	66
e) Ungültigerklärungen durch die Gerichte	67
f) Verbote von „Rechten der Natur“ auf einzelstaatlicher Ebene	68
3. Rechtsträger:innen	69
a) „Natürliche Gemeinschaften“ und/oder „Ökosysteme“	69
aa) Zur Unterscheidung in natürliche Gemeinschaften und Ökosysteme	71
bb) Reichweite und örtlicher Anwendungsbereich	72

b) Weitere Rechtsträger:innen	73
4. Rechte und Schutzbereich	75
a) Das Recht, zu existieren und zu gedeihen	75
aa) Örtlicher Anwendungsbereich	77
bb) Aufhebung wegen Unbestimmtheit	78
b) Das Recht auf Wasser	79
c) Das Recht, frei von giftigen oder chemischen Eingriffen zu sein	80
d) Das Recht auf saubere Luft	81
e) Das Recht auf eine nachhaltige Energiezukunft	81
f) Das Recht auf Wiederherstellung	82
g) Das Recht auf eine gesunde Umwelt oder ein gesundes Ökosystem	83
h) Das Recht auf ein gesundes Klima	83
i) Das Recht auf sauberen Boden	84
j) Rechte auf Gentechnik- und Patentfreiheit	84
k) Weitere Rechte	84
l) Verbote und sonstige Bestimmungen zum Schutz der gewährten Rechte	85
aa) Tätigkeitsbezogene Verbote	86
bb) Aufhebung von Unternehmensrechten	88
cc) Ungültigerklärung von entgegenstehenden Genehmigungen und höherrangigem Recht	90
dd) Ergänzende Bemerkungen	91
5. Eingriffe	92
a) Eingriffsverbote	92
b) Verbotsadressat:innen	93
c) Zulässige Eingriffe	94
6. Vertretung	95
7. Rechtsdurchsetzung	96
a) Zum Verhältnis von der Anerkennung als „Person“ und Klagebefugnis ..	96
b) Die vorgesehenen Rechtsbehelfe und Sanktionen	99
c) Strafrechtliche Sanktionen	102
d) Sonstige Bestimmungen	103
8. Rechtswirklichkeit	104
a) Anwendung und Umsetzung der Rechtsquellen	104
b) Streithilfeanträge von Rechtsträger:innen	105
c) Klagen zur Durchsetzung der gewährten Rechte	107
d) Sonstige Gerichtsverfahren	108
e) Zusammenfassung und Ausblick	110
II. Ecuador	112
1. Kontext	112
a) Entstehungsgeschichte der Verfassung von 2008 mit „Rechten der Natur“ ..	112

b) Politisches, rechtliches und institutionelles System	115
c) Umwelt- und Gewässerschutz	119
2. Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem	122
a) Biozentrische Vision der Verfassung	124
b) Zur Interpretation der Verfassungsbestimmungen	125
c) Weitere Rechtsvorschriften zur Umsetzung und Konkretisierung der RdN	126
3. Rechtsträger:innen	127
a) „Die Natur, oder Pacha Mama“	127
aa) Definition der „Natur“	128
bb) „Pacha Mama“	130
cc) „Konzept des Ökosystems“	131
b) Konkretisierungen durch den Verfassungsgerichtshof	132
4. Rechte und Schutzbereich	136
a) Das Recht auf integralen Respekt ihrer Existenz und die Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutions- prozesse	137
aa) Das Recht auf integralen Respekt ihrer Existenz	138
bb) Das Recht auf Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse	140
cc) Weitere Rechte, Bestimmungen und Prinzipien unter dem Titel „Rechte der Natur“	145
dd) Umweltschutzbestimmungen und sonstige Pflichten gem. der Verfas- sung	147
b) Das Recht auf Wiederherstellung	151
5. Eingriffe	155
6. Vertretung	160
a) Allgemeine Vertretungsbefugnisse	160
b) Verteidigungsstelle für Menschenrechte (Defensoría del Pueblo)	163
7. Rechtsdurchsetzung	165
a) Die verfügbaren Rechtsbehelfe	165
b) Die erforderlichen Reparaturmaßnahmen	168
c) Zivilrechtliche und strafrechtliche Rechtsbehelfe	171
8. Rechtswirklichkeit	172
III. Bolivien	176
1. Kontext	176
a) Historischer und politischer Kontext	177
b) Rechtliches und institutionelles System gem. der Verfassung von 2009 ..	178
c) „Vivir Bien“ als alternatives Entwicklungsmodell	179
d) Umwelt- und Gewässerschutz	180
e) Entstehungsgeschichte der „Rechte von Mutter Erde“	182

2. Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem	184
a) Grundlegung in der Verfassung von 2009	184
b) Stellung des Rahmengesetzes im Rechtssystem	186
c) Weitere Rechtsvorschriften, Judikatur und Literatur	187
3. Rechtsträger:innen	188
a) „Mutter Erde“	188
b) Zur Bedeutung des Begriffs Pachamama	190
4. Rechte und Schutzbereich	191
a) Das Recht auf Leben	191
b) Das Recht auf die Vielfalt des Lebens	192
c) Das Recht auf Wasser	193
d) Das Recht auf saubere Luft	194
e) Das Recht auf Gleichgewicht	195
f) Das Recht auf Wiederherstellung	196
g) Das Recht, frei von Verschmutzung zu leben	197
h) Sonstige Prinzipien	197
5. Eingriffe	199
a) Zulässigkeit von Eingriffen gem. Mutter Erde Gesetz	199
b) Komplementarität und Vereinbarkeit gem. Rahmengesetz	200
c) Regenerationsfähigkeit als Eingriffsschranke	201
6. Vertretung	203
a) Verteidigungsstelle von Mutter Erde	203
b) Aktive oder legitimierte Subjekte	204
c) Weitere Stellen	204
7. Rechtsdurchsetzung	205
a) Berechtigte gem. Mutter Erde Gesetz und Rahmengesetz	205
b) Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten gem. der Verfassung	206
c) Verfahren und Sanktionen gem. Rahmengesetz	207
d) Strafrechtssystemgesetz	208
8. Rechtswirklichkeit	208
IV. Neuseeland	211
1. Kontext	211
a) Politisches, rechtliches und institutionelles System	211
b) Der Vertrag von Waitangi und seine Folgen	213
c) Umwelt- und Gewässerschutz	215
d) Entstehungsgeschichte der „Rechte der Natur“	218
2. Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem	222
a) Vergleichsurkunden	222
b) Verhältnis zu anderen Rechtsvorschriften	222

3. Rechtsträger:innen	224
a) Te Urewera	224
b) Te Awa Tupua	226
4. Rechte und Schutzbereich	228
a) Te Urewera	228
b) Te Awa Tupua	232
5. Eingriffe	236
a) Te Urewera	236
b) Te Awa Tupua	238
6. Vertretung	241
a) Te Urewera	241
aa) Te Urewera Komitee	241
bb) Operatives Management	243
cc) Dreistufiges Vertretungsmodell in der Praxis	243
b) Te Awa Tupua	245
aa) Te Pou Tupua	245
bb) Weitere Personengruppen im Co-Managementsystem	248
7. Rechtsdurchsetzung	251
a) Te Urewera	251
b) Te Awa Tupua	252
8. Rechtswirklichkeit	253
V. Kolumbien	254
1. Kontext	254
a) Politisches, rechtliches und institutionelles System	255
b) Umwelt- und Gewässerschutz	259
c) Entstehungsgeschichte der „Rechte der Natur“	261
2. Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem	268
3. Rechtsträger:innen	270
a) Fluss Atrato	270
b) Weitere Rechtsträger:innen	271
c) Strategische Ökosysteme von Nariño	273
4. Rechte und Schutzbereich	274
a) Fluss Atrato	274
b) Weitere Rechtsträger:innen	276
c) Strategische Ökosysteme von Nariño	279
5. Eingriffe	280
a) Fluss Atrato	280
b) Weitere Rechtsträger:innen	281
c) Strategische Ökosysteme von Nariño	282

6. Vertretung	283
a) Fluss Atrato	283
b) Weitere Rechtsträger:innen	285
c) Strategische Ökosysteme von Nariño	287
7. Rechtsdurchsetzung	288
8. Rechtswirklichkeit	290
C. Synthese	293
I. Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem	294
1. Überblick über die untersuchten Rechtsquellen	294
2. Stellung der Rechtsquellen im Rechtssystem	295
a) Verfassungsrecht	295
b) Gesetze	295
c) Regionale und lokale Rechtsquellen	295
3. Rechtsvorschriften zur Umsetzung oder Konkretisierung der RdN	297
a) Mögliche Gründe für das Fehlen weiterer Rechtsvorschriften	298
b) Langsame Entwicklung hin zu weitreichenderen Veränderungen	299
4. Anwendung durch die Gerichte	300
5. Reichweite des gewährten Schutzes	301
a) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	302
b) Internationale Zusammenarbeit: Möglichkeiten und Grenzen	303
6. Zuerkennung im Wege der Rechtsprechung	305
a) Zur Frage, ob eine solche Entscheidung in der EU möglich gewesen wäre	306
b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	308
7. Verfassungsrechtliche Verankerung	309
a) Überlegungen in der Literatur zu einer verfassungsrechtlichen Verankerung	309
b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	310
II. Rechtsträger:innen	316
1. Überblick über die anerkannten Rechtsträger:innen	316
2. Tendenz zur Konkretisierung der Rechtsträger:innen	317
a) Weitgefasste Ausgestaltung der Rechtsträger:innen	317
b) Konkrete Bestandteile der Natur als Rechtsträger:innen	318
c) Konkretisierungen durch die Gerichte	318
d) Mögliche Gründe für die Konkretisierungstendenzen	318
e) Überlegungen in der Literatur zur Ausgestaltung der Rechtsträger:innen	319
3. Einteilung und Abgrenzung der „Natur“	321
a) „Ökosysteme“ als Rechtsträger:innen	321
b) Definitionen von „Ökosystemen“	322
c) Abgrenzungsprobleme	323

d) Ökologische Vernetztheit und Wechselbeziehungen	324
e) Verhältnis zwischen Rechtsträger:innen und Rechten	325
f) Individuen als Rechtsträger:innen	327
g) Bedenken in der Literatur im Lichte des (öko-)systemischen Ansatzes ...	328
h) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	330
4. Indigene Einflüsse auf die Ausgestaltung der Rechtsträger:innen	332
a) Rechtliche Bedeutung der indigenen Einflüsse	333
b) Bedeutung von indigenem Wissen für den Schutz der Natur	334
5. Menschen als Teil der Rechtsträger:innen	336
a) Unterscheidung in Natur und Kultur	336
b) Zur „Natürlichkeit“ von umweltschädigendem Verhalten	338
6. Flüsse als Rechtsträger:innen	338
a) Ausgestaltung der Flüsse inkl. Einzugsgebiet und Nebenflüssen	339
b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	341
7. Rechtliche Form der Anerkennung	343
a) Unterschiedliche Begriffe	343
b) Unterschiedliche und unklare Bedeutungen	344
8. Zur Erweiterung des Kreises der Rechtsträger:innen	345
a) Überlegungen in der Literatur zur Möglichkeit, den Kreis der Rechtsträger:innen zu erweitern	345
b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	349
9. Verhältnis zwischen Rechtsträger:innen und Eigentumsrechten	353
a) Bestehende Rechte an den Rechtsträger:innen	353
b) Die „Natur“ als Ressource und Objekt	354
c) Übertragung von Eigentumsrechten auf die Natur	355
III. Rechte und Schutzbereich	355
1. Überblick über die gewährten Rechte	355
2. Das Recht auf Existenz bzw. Leben	356
3. Das Recht auf Erhaltung	358
4. Rechte auf einen über die bloße Existenz hinausgehenden Zustand	358
a) (Öko-)Systemische Perspektive der RdN	361
b) Überlegungen in der Literatur über die zu gewährenden Rechte	362
c) Zur „Ökosystemgesundheit“ aus einer naturwissenschaftlichen Perspektive	365
d) Was ist im Interesse der Natur?	366
e) Zwischenergebnis	368
f) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	369
5. Pflichten als Teil des Schutzbereichs	372
a) Art und Ausmaß der Erhaltungspflichten	374
b) Rechte oder Pflichten: Ein und dieselbe Pflicht, die Umwelt zu schützen?	375
c) Kritik an Rechten – Vorrang von Pflichten?	377

6. Wiederherstellungsrechte und -pflichten	379
a) Synthese der vorgesehenen Wiederherstellungsrechte und -pflichten	380
b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	382
7. Verfahrensrechte	387
a) Das Rechtspersönlichkeitsmodell	389
b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	390
IV. Eingriffe	394
1. Keine absoluten Rechte	394
2. Zulässige Eingriffe	395
3. Unzulässige Eingriffe	396
4. Voraussetzungen für die Rechtfertigung von Eingriffen	398
a) Überlegungen in der Literatur zu einer grundrechtlichen Ausgestaltung	401
b) Eingriffsschranken	402
c) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	404
d) Überlegungen in der Literatur in Hinblick auf neue Abwägungsregeln	407
5. Vorsorgeprinzip	408
a) Überlegungen in der Literatur zur Anwendung des Vorsorgeprinzips	409
b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	410
V. Vertretung	414
1. Überblick über die Vertreter:innen	414
2. Vertretungsmodelle	416
a) Allgemeine Vertretungsbefugnisse	416
b) Bestimmte Vertreter:innen bzw. Vertretungskommissionen oder -komitees	417
c) Unabhängige Verteidigungsstellen (Defensorías)	417
d) Überlegungen in der Literatur zu den verschiedenen Vertretungsmodellen	418
3. Wer handelt im Interesse der Rechtsträger:innen?	420
4. Vertretungsbefugnisse und -pflichten	424
a) Befugnisse	424
b) Pflichten	427
c) Voraussetzungen für eine effektive und wirksame Vertretung	427
d) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	429
VI. Rechtsdurchsetzung	434
1. Rechtsbehelfe	434
a) Überblick über die gewährten Rechtsbehelfe	434
b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage	436
2. Wiederherstellungs- und Nicht-Wiederholungspflichten	438
3. Strafrechtliche Sanktionen	439
4. Zweckwidmung von Schadenersatzzahlungen und Geldstrafen	439
5. Follow-up-Mechanismen	440

D. Abschließende Bemerkungen	441
Literaturverzeichnis	444
Rechtsquellenverzeichnis	488
Stichwortverzeichnis	509

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
abg.	abgeändert
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch JGS 1811/946
abl.	ablehnend
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
ACCC	Aarhus Convention Compliance Committee
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. C 2016/202, 47
ähnli.	ähnlich
allg.	allgemein
ALSAG	Altlastensanierungsgesetz BGBl 1989/299
Anh.	Anhang
AnwBl	Österreichisches Anwaltsblatt
ao.	außerordentlich
Art.	Artikel
ausführl.	ausführlich
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 BGBl 1991/51
betr.	betreffend
bgld.	burgenländisch
bspw.	beispielsweise
B-UHG	Bundesgesetz über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden BGBl I 2009/55
BVG	Bundesverfassungsgesetz
BV-G	Bundes-Verfassungsgesetz BGBl 1930/1
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDER	Center for Democratic and Environmental Rights
CELDF	Community Environmental Legal Defense Fund
d.	deutsch
d. h.	das heißt
dzt.	derzeit, derzeitige(n)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
ehem.	ehemalige(n)
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210
et al.	et alia (und andere)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union

EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUR	Euro
ev.	eventuell
f.	die folgende
ff.	die folgenden
FFH-RL	RL 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. L 1992/206, 7 (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie)
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
G	a) Gesetz b) Gericht
GA	General Assembly (Generalversammlung der Vereinten Nationen)
GedS	Gedenkschrift
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung 1994 BGBl 1994/194
ggf.	gegebenenfalls
ggT.	gegenteilig
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl. C 2000/364, 1
grds.	grundsätzlich
h. A.	herrschende Ansicht
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber:innen
Hs.	Halbsatz
ibid.	ibidem
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. d. S.	in diesem Sinne
i. d. Z.	in diesem Zusammenhang
IERL	RL 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung), ABl. L 2010/334 (Industrieemissionsrichtlinie)
i. H. v.	in Höhe von
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
int.	international(en)
IPPC	Integrated Pollution Prevention and Control (Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung)
IPPC-RL	RL 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Verminderung und Vermeidung der Umweltverschmutzung, ABl. L 1996/257, 26 (IPPC-Richtlinie)
i. R. d.	im Rahmen des
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne des
i. S. e.	im Sinne einer oder eines
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. F.	in weiterer Folge

i. w. S.	in weiterem Sinne
i. Z. m.	in Zusammenhang mit
JBl	Juristische Blätter
krit.	kritisch
LGBI	Landesgesetzblatt
lit.	litera (Buchstabe)
lt.	laut
LUA	Landesumweltanwalt oder -anwältin
MAS	Movimiento al Socialismo (politische Partei Boliviens)
m. E.	meines Erachtens
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NGP	Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan
Nr.	Nummer
NSchG	Naturschutzgesetz (der Länder)
NVwZ	(deutsche) Neue Verwaltungszeitschrift
NZD	Neuseeland-Dollar
OGH	Oberster Gerichtshof
ÖJT	Österreichischer Juristentag
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
oö.	oberösterreichisch
österr.	österreichisch
ÖZW	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
P.	Punkt
RdN	Rechte der Natur
RdU	Recht der Umwelt (Zeitschrift)
Res.	Resolution
RFG	Recht & Finanzen für Gemeinden
RIS	Rechtsinformationssystem des Bundes
RL	Richtlinie
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
Rz.	Randziffer
s.	siehe
S.	Seite
sbg.	salzburgerisch
sog.	sogenannte
SUP	Strategische Umweltprüfung
SUP-RL	RL 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, ABl. L 2001/197, 30 (SUP-Richtlinie)
tw.	teilweise
u. a.	unter anderem
u. dgl.	und dergleichen
UN/UNO	United Nations (Vereinte Nationen)
US	Umweltsenat
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
USD	US-Dollar
usw.	und so weiter

u. U.	unter Umständen
u. v. m.	und viele mehr
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVP-G	Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000) BGBl 1993/697
v.	vom, versus
v. a.	vor allem
VfGH	Verfassungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VlbG.	Vorarlberg, Vorarlberger
VO	Verordnung
vs.	versus (gegen)
VwGH	Verwaltungsgerichtshof
WiPolBl	Wirtschaftspolitische Blätter
w. N.	weitere Nachweise
WPO	Wasserwirtschaftliches Planungsorgan
WRG	Wasserrechtsgesetz 1959 BGBl 1959/215
WRRl	RL 2000/60/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, ABl. L 2000/327, 1 (Wasserrahmenrichtlinie)
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZfV	Zeitschrift für Verwaltung
zit.	zitiert
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
z. T.	zum Teil
ZTR	Zeitschrift für Zivilrecht und Technikrecht
zust.	zustimmend
ZVG	Zeitschrift für Verwaltungsgerichtsbarkeit

A. Einleitung

I. Einleitende Bemerkungen

Angesichts der menschengemachten Klimakatastrophe,¹ des sechsten Massenaussterbens der Erdgeschichte² und der Überschreitung von sieben der acht Grenzen des Erdsystems³ bezweifeln immer mehr Stimmen in der Literatur, dass das gegenwärtige Umweltrecht dazu geeignet ist, diese für die Menschheit existenzbedrohenden Entwicklungen aufzuhalten.⁴ Aus einer philosophischen Perspektive lässt

¹ www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_AR6-SYR.pdf (Stand 2.7.2024); zur Verwendung des Begriffs „Klimakatastrophe“ statt „-krise“, da letzterer fälschlicherweise suggeriert, dass „sie vorübergeht“ s. *Latour*, Kampf um Gaia² (2022) 21 f.

² www.de-ipbes.de/files/IPBES%20GA_SPM_DE_2020.pdf (Stand 2.7.2024).

³ *Rockström/Gupta/Qin et al.*, Safe and just Earth system boundaries, *Nature* 2023, doi.org/10.1038/s41586-023-06083-8 (Stand 2.7.2024); *Rockström*, A safe operating space for humanity, *Nature* 2009, 472; *Brown Weiss*, Global environmental change and international law: The introductory framework, in: *Brown Weiss* (Hrsg.), *Environmental Change and International Law: New Challenges and Dimensions* (1992) 3 (3); *Rolston*, Rights and Responsibilities on the Home Planet, *Yale Journal of International Law* 1993/1, 251 (251); United Nations Environment Programme, *Global Environment Outlook – GEO-6: Regional Assessment for the Pan-European Region*, www.unep.org/resources/report/geo-6-global-environment-outlook-regional-assessment-pan-european-region (Stand 2.7.2024) 8.

⁴ S. z. B. *Ito*, Nature's Rights: Why the European Union Needs a Paradigm Shift in Law to Achieve Its 2050 Vision, in: *La Follette/Maser* (Hrsg.), *Sustainability and the Rights of Nature in Practice* (2020) 311 (311, 324); *Bosselmann*, Einführung: Vom Umweltrecht zum ökologischen Recht, in: *Stone*, *Umwelt vor Gericht: Die Eigenrechte der Natur* (1992) 9 (16); *Bosselmann*, Im Namen der Natur: Der Weg zum ökologischen Rechtsstaat (1992) 121 ff.; *Voigt*, Preface, in: *Voigt* (Hrsg.), *Rule of Law for Nature. New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) xii, xiv; *Bugge*, Twelve fundamental challenges in environmental law, in: *Voigt* (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 3 (6); *Cullinan*, The rule of Nature's law, in: *Voigt* (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 94 (95, 100); *Sheehan*, Realizing nature's rule of law through rights of waterways, in: *Voigt* (Hrsg.), *Rule of Law for Nature. New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 222 (224 f.); *Sheehan*, Implementing Rights of Nature through Sustainability Bill of Rights, *New Zealand Journal of Public and International Law* 2015/1, 89 (91 ff.); *Sheehan*, Implementing Nature's Rights Through Regulatory Standards, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 227 (231 ff., 242); *Henry*, Vom Entwicklungsrecht zum Menschenrecht auf Entwicklung: Vielfältige Einheit anstelle von Einheitlichkeit, *ZfRv* 1994, 3; *Margil*, Stories from the Environmental Frontier, in: *Burdon* (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 249 (249); *Cano Pecharroman*, Rights of Nature: Rivers That Can Stand In Court, *Resources* 2018/1, 13 (9); *Rühs/Jones*, The Implementation of Earth Jurisprudence through Substantive Constitutional Rights of Nature, *Sustainability* 2016/2, 174 (2); *Koons*, What is Earth Jurisprudence?, *Key Principles to Transform Law for the Health of the Planet*, Penn

sich dies u.a. darauf zurückführen, dass sich die Menschen – trotz entsprechender naturwissenschaftlicher Erkenntnisse – nicht als Teil der „Welt“ begreifen, sondern in Natur und Kultur, Subjekte und Objekte, menschliche und nichtmenschliche oder belebte und leblose Akteure unterscheiden.⁵ Die größte Herausforderung unserer Zeit wird daher auch darin gesehen, die wissenschaftlichen Entdeckungen über „unsere Beziehung zur Welt“ hinzunehmen und unsere Handlungen danach auszurichten.⁶

In der rechtswissenschaftlichen Literatur wurden bereits einige Überlegungen angestellt, wie ein neues politisch-juristisches Rahmenkonzept aussehen könnte,⁷ das den ökologischen Realitäten gerecht wird,⁸ und das Recht an die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse anpasst.⁹ Manche Stimmen erachten es als angebracht, sich keine Denkverbote mehr aufzuerlegen,¹⁰ und schlagen vor, Bestandteile der

State Environmental Law Review 2009/2, 47 (50); *Kotzé*, Arguing Global Environmental Constitutionalism, *Transnational Environmental Law* 2012/1, 199 (202 f.); *Kotzé/Kim*, Earth system law: The juridical dimensions of earth system governance, *Earth System Governance* 2019/1, 1 (4 f.); *Boyd*, The Environmental Rights Revolution: A Global Study of Constitutions, Human Rights, and the Environment (2012) 36; *Harden-Davies/Humphries/Maloney/Wright/Gjerde/Vierros*, Rights of Nature: Perspectives for Global Ocean Stewardship, *Marine Policy* 2020/12, 1 (3); *Carducci/Bagni/Montini/Mumta/Lorubbio/Barreca/Di Francesco Maesa/Musarò/Spinks/Powlesland*, Towards an EU Charter of the Fundamental Rights of Nature – Study, European Economic and Social Committee, 2020, data.europa.eu/doi/10.2864/25113 (Stand 2.7.2024) 69; *Filgueira/Mason*, Wild Law: Is There Any Evidence of Earth Jurisprudence in Existing Law?, in: Burdon (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 192 (195); *Burdon/Williams*, Rights of nature: a constructive analysis, in: Fisher (Hrsg.), *Research Handbook on Fundamental Concepts of Environmental Law* (2016) 196 (211); *Macpherson*, The (Human) Rights of Nature: A Comparative Study of Emerging Legal Rights for Rivers and Lakes in the United States of America and Mexico, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (337, 375).

⁵ *Latour*, *Gaia* 67, 16 f., 32 ff., 40 f., 91, 95, 97 f., 104 f., 112, 114, 121 ff., 164 ff.; ähnl. *Leimbacher*, *Die Rechte der Natur* (1988) 28, 40; zu den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen vgl. z.B. *B. Taylor/Chapron/Kopnina/Orlikowska/Gray/Piccolo*, The need for ecocentrism in biodiversity conservation, *Conservation Biology* 2020/5, 1089 (1092); vgl. allg. z.B. *Cortés-Nieto/Gómez-Rey*, Los derechos de la naturaleza entre la emancipación y el disciplinamiento, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 133 (140).

⁶ *Latour*, *Gaia* 32, 140, 149 ff., 158 f., 164 f., 172 f.

⁷ *Bosselmann*, in: *Stone* 9 (18); *Bosselmann*, Die Erdcharta als Grundlage eines Rechts auf Nachhaltigkeit, in: Kerschner (Hrsg.), *Jahrbuch des österreichischen und europäischen Umweltrechts* 2016: Wirtschaft und Umwelt (2016) 135 (146); *Sheehan*, Earth Day Revisited: Building a Body of Earth Law for the Next Forty Years, in: Burdon (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 236 (237); *Rihs/Jones*, Sustainability 2016/2, 174 (2).

⁸ *Voigt*, in: *Voigt* xv.

⁹ Vgl. z.B. *Ito*, in: *La Follette/Maser* 311 (315); *Kauffman/Martin*, The Politics of Rights of Nature: Strategies for Building a More Sustainable Future (2021) 4; *Carducci et al.*, *Charter* 13.

¹⁰ *Stone*, *Umwelt vor Gericht: Die Eigenrechte der Natur* (1992) 64; vgl. *Emmenegger/Tschentscher*, Taking Nature's Rights Seriously: The Long Way to Biocentrism in Environmental Law, *Georgetown International Environmental Law Review* 1994/3, 545 (571); *Birn-*

„Natur“ nicht mehr als bloße Rechtsobjekte anzusehen.¹¹ Die Idee von sogenannten „Rechten der Natur“ (RdN) wird bereits seit einigen Jahrzehnten diskutiert.¹² Sie wurde aber erst vor wenigen Jahren in verschiedenen Rechtsordnungen der Welt Realität.¹³ Dies bietet die Möglichkeit, die Fragen, was man sich unter RdN vorstellen kann und ob sie einen Mehrwert mit sich bringen, nicht mehr nur aus einer theoretischen oder rechtsphilosophischen Perspektive zu erörtern, sondern auch anhand von konkreten Beispielen rechtswissenschaftlich zu untersuchen.

Die vorliegende rechtswissenschaftliche Arbeit befasst sich daher mit der Frage, wie RdN in fünf ausgewählten Rechtsordnungen ausgestaltet wurden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die „Rechte von Flüssen“ gelegt, da Flüsse besonders häufig als Rechtsträger:innen anerkannt wurden. I. w. F. wird untersucht, welche Ähnlichkeiten und Unterschiede sich aus einer rechtsvergleichenden Betrachtung ergeben. Die aus der Synthese gewonnenen Erkenntnisse können dazu beitragen, ein besseres Verständnis der Funktionsweise, der Stärken und Schwächen von RdN zu erlangen. Davon ausgehend ergeben sich womöglich auch Überlegungen zur österreichischen Rechtslage, insb. zum öffentlichen Umweltrecht in Bezug auf den Schutz der Gewässer, welche die Diskussion um die Frage, wie der Schutz der Umwelt verbessert werden kann, in Hinblick auf weiterführende Untersuchungen bereichern könnten.¹⁴

II. Gang der Untersuchung

1. Methodologische und erkenntnistheoretische Grundannahmen

Die vorliegende Arbeit versteht sich als rechtsvergleichende Untersuchung. Sie wird unter Heranziehung der methodischen Ansätze der Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht erstellt,¹⁵ die ihren Ursprung im Zivilrecht haben.¹⁶ Einige der berücksichtigten methodischen Zugänge werden im Folgenden kurz dargestellt:

bacher, Juridische Rechte für Naturwesen – Eine philosophische Kritik, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten (Hrsg.), *Ökologische Ethik und Rechtstheorie* (1995) 63 (63 f.).

¹¹ S. insb. *Morris*, The Rights and Duties of Beasts and Trees – A Law Teacher's Essay for Landscape Architects, *Journal of Legal Education* 1965/2, 185; *Stone*, Umwelt; *Leimbacher*, *Natur* 28; *Ito*, in: *La Follette/Maser* 311 (324).

¹² S. z. B. schon den Überblick von *Birnbacher* über die „Forderung nach subjektiven Rechten für Tiere und andere Naturwesen“, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 63 (64).

¹³ *Kauffman/Martin*, Constructing Rights of Nature Norms in the US, Ecuador, and New Zealand, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (59); *Boyd*, *Revolution* 40.

¹⁴ Vgl. i. w. S. *Bondolfi*, Der langwierige Weg von der Ethik zum Recht: Kann man verbindlich von „Rechten der Natur“ und von der „Würde der Kreatur“ sprechen?, in: *Bondolfi/Lesch/Pezzoli-Oligati* (Hrsg.), „Würde der Kreatur“ Essays zu einem kontroversen Thema (1997) 63 (80).

¹⁵ Rechtsvergleichung kann gem. *Groß* nicht nur als Methode, sondern als Subdisziplin der Rechtswissenschaft betrachtet werden, Rechtsvergleichung – Besprechung von Kischel, Uwe,

Nach dem Universalismus gibt es gewisse universelle Grundprinzipien wie z.B. Menschenrechte oder die Unabhängigkeit von Gerichten, die dem Verfassungsrecht zugrunde liegen.¹⁷ Ein Vergleich, wie diese in den verschiedenen Verfassungen ausgestaltet wurden, kann ein besseres Verständnis der Prinzipien ermöglichen und zu deren Verbesserung in den einzelnen Rechtsordnungen beitragen.¹⁸

Auch dem funktionellen Zugang liegt ein universeller Gedanke zugrunde.¹⁹ Ausgangspunkt bildet aber kein bestimmtes Rechtsinstitut,²⁰ sondern ein konkretes soziales Problem.²¹ So wird angenommen, dass alle Gesellschaften „ihren Rechtsordnungen im wesentlichen die gleichen Probleme“ wie z.B. den „Umweltschutz“ aufgeben,²² „daß aber die verschiedenen Rechtsordnungen diese Probleme, selbst wenn am Ende die Ergebnisse gleich sind, auf sehr unterschiedliche Weise lösen“.²³ Der oder die Jurist:in sollte deshalb „die Erfahrungen und Lösungen anderer Rechtsordnungen heranziehen, auswerten und zunutze machen“.²⁴ Dadurch kann er oder sie nicht nur herausfinden, „ob ausländische Rechtsordnungen vielleicht bes-

Rechtsvergleichung. München 2015, C. H. Beck. XXXII, 1010, Die Verwaltung 2015/4, 581. Zur Rechtsvergleichung als Methode und den Methoden der Rechtsvergleichung s. z.B. *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung auf dem Gebiete des Privatrechts I³ (1996) 31 f.; *Trantas*, Die Anwendung der Rechtsvergleichung bei der Untersuchung des öffentlichen Rechts (1998) 42. Einen Überblick über verschiedene methodische Ansätze bieten weiters von *Busse*, Die Methoden der Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht als richterliches Instrument der Interpretation von nationalem Recht (2015) 326 ff. und *Tushnet*, Weak Courts, Strong Rights: Judicial Review and Social Welfare Rights in Comparative Constitutional Law (2008) 5 ff.; vgl. auch *Lachmayer*, Verfassungsvergleichung durch Verfassungsgerichte – Funktion und Methode, Journal für Rechtspolitik 2010/4, 166 (171). Gem. *Constantinesco* gibt es hingegen nur eine vergleichende Methode, Rechtsvergleichung II Die rechtsvergleichende Methode (1972) 60 ff., 65 ff.

¹⁶ *Tschentscher*, Dialektische Rechtsvergleichung – Zur Methode der Komparistik im öffentlichen Recht, Juristenzeitung 2007/17, 808 (810 f.); von *Busse*, Methoden 283. Das öffentliche Recht wurde ursprünglich nicht für vergleichstauglich gehalten s. *Vincze*, Unionsrecht und Verwaltungsrecht: Eine rechtsvergleichende Untersuchung zur Rezeption des Unionsrechts (2016) 52 m. w.N.

¹⁷ *Tushnet*, Courts 5 f.; vgl. *Lachmayer*, Journal für Rechtspolitik 2010/4, 166 (171).

¹⁸ *Tushnet*, Courts 6.

¹⁹ *Peters/Schwenke*, Comparative Law Beyond Post-Modernism, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (808 f.); *Tushnet*, Courts 8.

²⁰ *Bartels*, Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung (1982) 79; von *Busse*, Methoden 341.

²¹ *Peters/Schwenke*, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (808); von „Verfassungsrechtsproblemen“ spricht *Lachmayer*, Journal für Rechtspolitik 2010/4, 166 (171).

²² *Zweigert/Puttfarken*, Einleitung: Zur Notwendigkeit dieses Bandes, in: *Zweigert/Puttfarken* (Hrsg.), Rechtsvergleichung (1978) 1 (2); *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung³ 33.

²³ Sog. „Vermutung für die Ähnlichkeit der praktische Lösungen“, *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung³ 33, 39; vgl. *Lachmayer*, Journal für Rechtspolitik 2010/4, 166 (171); krit. u.a. *Dannemann*, Comparative Law: Study of Similarities or Differences?, in: *Reimann/Zimmermann* (Hrsg.), The Oxford Handbook of Comparative Law² (2019) 391 (401 f.).

²⁴ *Zweigert/Puttfarken*, in: *Zweigert/Puttfarken* 1 (2).

seres zustande gebracht haben“, sondern zudem „den kritischen Sinn für die heimische Lösung schärfen“.²⁵ Als Vorgehensweise wird von Zweigert/Kötz vorgeschlagen, die rechtlichen Lösungen in anderen Rechtsordnungen zunächst in Länderberichten „on its own terms“, in „ihren eigenen Begriffen, ihrer eigenen Systematik“ zu beschreiben.²⁶ Diesen Länderberichten folgt „als eigentliche[r] Kern der Untersuchung eine vertiefte Vergleichung“, in der „spezifisch vergleichende Überlegungen angestellt werden“.²⁷ Die Lösungen der fremden Rechtsordnungen sind dabei „ausschließlich unter dem Aspekt der Funktionalität“ zu betrachten,²⁸ wofür es notwendig ist, sich „von seinen eigenen juristisch-dogmatischen Vorverständnissen“ zu lösen²⁹ und sich „neutraler‘ Begriffe“ zu bedienen.³⁰ Als Ergebnis der vertieften Vergleichung werden gem. Zweigert/Kötz „kritische, rechtspolitische Überlegungen angestellt oder auch Folgerungen für die Interpretation des heimischen Rechts gezogen“.³¹ Gem. Rabel gehört „die Wertung“ hingegen „nicht mehr zur Rechtsvergleichung, aber zu der durch sie ermöglichten Rechtskritik“.³²

Nach der kontextuellen Rechtsvergleichung wird eine „umfassende Berücksichtigung des Kontextes, in dem die rechtlichen Vergleichsobjekte sich bewegen und überhaupt erst verstanden werden können“, verlangt.³³ Dieser Kontext lasse sich zwar „durch Informationen über die Eigenheiten der beteiligten Rechtsordnungen vermitteln“,“³⁴ wozu bspw. die Ausbildung und Auswahl von Richter:innen, der juristische Schreibstil, „die grundlegenden Einstellungen zu Recht und Staat“, die Streitkultur oder die „praktische Durchsetzungsfähigkeit und alltägliche Wirksamkeit von Recht“ gezählt werden.³⁵ Gem. Kischel könne er aber „am einfachsten negativ, d.h. in Form einer Fehlerlehre“, dargestellt werden.³⁶ Dadurch könne die rechtsvergleichende Person vor Fehlern bewahrt werden, wozu bspw. Übersetzungsfehler, ein falsches Vorverständnis von Begriffsinhalten, das Übersehen

²⁵ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 33.

²⁶ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 43.

²⁷ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 6, 42 f.

²⁸ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 43.

²⁹ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 11, 34; vgl. von Busse, Methoden 346.

³⁰ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 11, 33 f.

³¹ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 6.

³² Rabel, Aufgabe und Notwendigkeit der Rechtsvergleichung, in: Zweigert/Puttfarcken (Hrsg.), Rechtsvergleichung (1978) 85 (86); vgl. auch Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 46 f.; Constantinesco, Rechtsvergleichung II 37 ff.

³³ Kischel, Rechtsvergleichung 164 f.; vgl. Tushnet, Courts 5, 10; Groß, Die Verwaltung 2015/4, 581 (583); Lachmayer, Journal für Rechtspolitik 2010/4, 166 (171).

³⁴ Tushnet, Courts 11.

³⁵ Kischel, Rechtsvergleichung 242. Relevante Kontexte sind weiters bundesstaatliche Strukturen, die Art der Strafverfolgungsorganisation oder die Frage, ob Interessen verfassungsrechtlich geschützt sind, s. Tushnet, Courts 11 f.; weiters das Regierungssystem, oder die tatsächliche Bedeutung, die Verfassungsnormen beigemessen wird, s. Alston, Promoting Human Rights Through Bill of Rights (1999) 470.

³⁶ Kischel, Rechtsvergleichung 164 f.

funktionaler Äquivalente, ein verengter Blick durch die Brille der eigenen Rechtsordnung sowie Rechtskultur oder das Übersehen von Unterschieden zwischen gelehrtem und gelebtem Recht gezählt werden.³⁷

Hingegen wird nach der kritischen Rechtsvergleichung die „ethnozentrische“ Sichtweise der funktionellen und kontextuellen Methoden abgelehnt.³⁸ Statt eine angebliche Neutralität anzustreben, müsse „der Beziehung zwischen dem Selbst und dem Anderen“ mehr Beachtung geschenkt werden,³⁹ und sich die rechtsvergleichende Person als „Teilnehmer“ der einen und „Beobachter“ der anderen Kultur sehen.⁴⁰ Dieser „teilnehmende Beobachter“ müsse sich selbst reflektieren und klar machen, welche Grenzen ihm oder ihr das heimische Rechtssystem auferlegt.⁴¹ Analogien und Ähnlichkeitsvermutungen sind zugunsten von Distanz und Unterschieden aufzugeben. Rechtsnormen sollen nicht als technische Lösung für soziale Probleme oder als Ergebnis der Geschichte betrachtet werden, sondern als ein Ort, an dem mehrere verschiedene soziale Prozesse zusammenlaufen, die es zu erforschen gilt. Zu analysieren ist deshalb, was vom offiziellen Diskurs ausgelassen, marginalisiert oder als selbstverständlich erachtet wird.⁴²

Gem. dem post-postmodernen Zugang soll dieser (selbst-)kritische Impetus erhalten bleiben.⁴³ Die Behauptung, dass Objektivität nicht erreichbar ist, wird hingegen abgelehnt. Denn jede:r Wissenschaftler:in stehe vor dem Problem, nicht alles unter jedem Aspekt untersuchen zu können. Objektivität entstehe erst durch die gegenseitige Kritik und Überprüfung.⁴⁴ Nicht die kulturelle Blindheit, sondern die unzureichenden Kenntnisse des fremden Rechts und fremder Kulturen seien die wirklichen Probleme der Rechtsvergleichung.⁴⁵ Zur Vermeidung von Fehlannahmen ist deshalb ein umfassender und interdisziplinärer Ansatz essenziell.⁴⁶ Zugleich ist die Rechtsvergleichung aber auch keine „unendliche Aufgabe“, weil Forschungsstandards und Voraussetzungen für ein „wahres Verständnis“ so hoch und anspruchsvoll sind, dass sie niemals erreicht werden können.⁴⁷ Stattdessen sind wis-

³⁷ Kischel, Rechtsvergleichung 188 ff.; vgl. Groß, Die Verwaltung 2015/4, 581 (583).

³⁸ Frankenberg, Critical Comparisons: Re-thinking Comparative Law, Harvard International Law Journal 1985/2, 411 (415).

³⁹ Frankenberg, Harvard International Law Journal 1985/2, 411 (441).

⁴⁰ Frankenberg, Harvard International Law Journal 1985/2, 411 (441, 443).

⁴¹ Frankenberg, Harvard International Law Journal 1985/2, 411 (416, 443).

⁴² Frankenberg, Harvard International Law Journal 1985/2, 411 (453 f.).

⁴³ Peters/Schwenke, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (829).

⁴⁴ Peters/Schwenke, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (822, 829, 831).

⁴⁵ Peters/Schwenke, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (831 f.).

⁴⁶ Peters/Schwenke, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (829, 833).

⁴⁷ Berman, Aftershocks: Exoticization, Normalization, and the Hermeneutic Compulsion, Utah Law Review 1997/2, 281 (284 f.); Peters/Schwenke, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (833); vgl. auch Lachmayer, Journal für Rechtspolitik 2010/4, 166 (171); Vincze, Unionsrecht 67 m. w. N.

senschaftliche Stringenz, sorgfältige Untersuchungen und die Aufmerksamkeit gegenüber Details und Kontexten als gute Praxis wissenschaftlichen Arbeitens ausreichend.⁴⁸

Die von der funktionellen Methode verlangte Abstraktion und Neutralität wird auch von Tschentscher abgelehnt.⁴⁹ Die Rechtsvergleichung erschöpfe sich dadurch in bloßen Beschreibungen, während die „eigentliche analytische Vergleichsleistung“ zu kurz komme.⁵⁰ Da der Verstehensprozess vom eigenen Vorverständnis abhängt, soll die neutrale Darstellung nicht von der bewertenden Vergleichung getrennt werden.⁵¹ „Kreative Vergleichung“ sei „besser möglich, wenn man direkt aus der Perspektive des eigenen Rechts das fremde wertend untersucht, ohne zuvor einen neutralen Standpunkt einzunehmen“.⁵² Deswegen sollte die rechtsvergleichende Person eine parteiische Position einnehmen und „das eigene Recht als selbstverständliches Analyseraster“ verwenden.⁵³ Zudem werde die Vergleichung argumentativer und gehaltvoller, wenn sie bereits im Zuge der Darstellung des fremden Rechts vorgenommen wird.⁵⁴

2. Methodische Folgerungen

Die rechtsvergleichende Person steht somit vor zahlreichen Herausforderungen: Eine unfehlbare Methode ist nicht verfügbar,⁵⁵ ein wahres Verständnis des fremden Rechts nicht erreichbar⁵⁶ und die Liste potenzieller Fehlerquellen lang.⁵⁷ Nichtsdestotrotz wird die Sinnhaftigkeit der Rechtsvergleichung – zumindest von den rechtsvergleichenden Personen selbst – nicht bezweifelt.⁵⁸ Mithilfe der Rechtsver-

⁴⁸ Peters/Schwenke, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (834).

⁴⁹ Tschentscher, Juristenzeitung 2007/17, 807 (807, 811).

⁵⁰ Tschentscher, Juristenzeitung 2007/17, 807 (808 f.).

⁵¹ Tschentscher, Juristenzeitung 2007/17, 808 (812).

⁵² Tschentscher, Juristenzeitung 2007/17, 808 (815).

⁵³ Tschentscher, Juristenzeitung 2007/17, 808 (815).

⁵⁴ Tschentscher, Juristenzeitung 2007/17, 808 (816).

⁵⁵ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 32.

⁵⁶ Berman, Utah Law Review 1997/2, 281 (284 f.); Peters/Schwenke, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (833); Kischel, Rechtsvergleichung 211; Peters/Schwenke, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (832); vgl. auch Lachmayer, Journal für Rechtspolitik 2010/4, 166 (171); Vincze, Unionsrecht 67 m. w. N.

⁵⁷ Kischel, Rechtsvergleichung 188 ff., 206.

⁵⁸ Vgl. z. B. Frankenberger, Harvard International Law Journal 1985/2, 411 (418); Tushnet, Courts 13; Kahn-Freund, On Uses and Misuses of Comparative Law, The Modern Law Review 1974/1, 1 (27); Bell, Comparative Administrative Law, in: Reimann/Zimmermann (Hrsg.), The Oxford Handbook of Comparative Law² (2019) 1251 (1262 ff.); Vogenauer, Sources Of Law and Legal Method in Comparative Law, in: Reimann/Zimmermann (Hrsg.), The Oxford Handbook of Comparative Law² (2019) 878 (882); Vincze, Unionsrecht 66 m. w. N.

gleichung können sie Erkenntnisse gewinnen,⁵⁹ das „So- oder Anders-Sein“ der verschiedenen Rechtsordnungen entdecken,⁶⁰ ein „vertieftes Verständnis des heimischen Rechts“ erreichen,⁶¹ dessen Vor- und Nachteile neu bewerten,⁶² kritische Maßstäbe, neue Argumente oder neue Lösungsvorschläge zu dessen Verbesserung entdecken⁶³ oder „falsche Notwendigkeiten“ – nämlich die Erfahrung, dass die eigenen Institutionen sowie Lehren die einzig passenden sind – ablegen.⁶⁴ Das Recht⁶⁵ und die Rechtsinstitute lassen sich besser verstehen⁶⁶ und die soziologische Bedingtheit von Rechtsnormen kann erkannt werden.⁶⁷ Mithilfe der Rechtsvergleichung können bessere Lösungen für Probleme⁶⁸ und soziale Konflikte⁶⁹ gefunden werden und der Gesetzgebung kann ein „auf rechtsvergleichenden Erwägungen basierende[r] Rat“ zur Verfügung gestellt werden.⁷⁰ Überdies kann die Rechtsvergleichung die Anwendung fremden Rechts erleichtern, der Vereinheitlichung des Rechts dienen⁷¹ oder auch die Bestimmung von Kriterien für erfolgreiche und weniger erfolgreiche nationalstaatliche Lösungen ermöglichen.⁷²

Hingegen muss die richtige Methode und Struktur gem. Zweigert/Kötz für jede Rechtsvergleichung „erst durch versuchsweises Herantasten“ gefunden werden⁷³ und gem. Peters/Schwenke den Zielen der Arbeit entsprechen.⁷⁴ Der Aufbau der Arbeit orientiert sich deshalb zunächst an jener dreistufigen Grundstruktur, die gem. Dannemann den meisten Rechtsvergleichen zugrunde liegt: Zuerst erfolgt die Auswahl des Vergleichsgegenstandes, dann werden die Rechtsquellen und deren

⁵⁹ Kischel, Rechtsvergleichung 48; Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 14; von Busse, Methoden 37 m. w. N.

⁶⁰ Strebel, Vergleichung und vergleichende Methode im öffentlichen Recht, ZaöRV 1964, 405 (407); Vincze, Unionsrecht 49.

⁶¹ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 20; von Busse, Methoden 35.

⁶² Kischel, Rechtsvergleichung 178.

⁶³ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 20; Kischel, Rechtsvergleichung 178.

⁶⁴ Tushnet, Courts 13.

⁶⁵ Dannemann, in: Reimann/Zimmermann 391 (410).

⁶⁶ Zweigert/Puttfarken, Analoge Rechtsinstitute in verschiedenen Gesellschaftsordnungen, in: Zweigert/Puttfarken (Hrsg.), Rechtsvergleichung (1978) 395 (403); Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 8, 20.

⁶⁷ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 20.

⁶⁸ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 8, 33 ff.

⁶⁹ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 14.

⁷⁰ Rehm, Rechts transplantate als Instrument der Rechtsreform und -transformation, Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht 2008/1, 1 (8); Vincze, Unionsrecht 61 m. w. N.

⁷¹ Dannemann, in: Reimann/Zimmermann 391 (410).

⁷² Vincze, Unionsrecht 73.

⁷³ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 32; vgl. auch Dannemann, in: Reimann/Zimmermann 391 (411); Kischel, Rechtsvergleichung 208.

⁷⁴ Peters/Schwenke, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (830); ähnl. Trantas, Rechtsvergleichung 47.

Kontext beschrieben und schließlich folgt eine Analyse.⁷⁵ Die weitere Vorgehensweise hinsichtlich dieser dreistufigen Grundstruktur wird im Folgenden noch näher erörtert.

a) Zur Auswahl des Vergleichsgegenstandes

aa) „Rechte der Natur“

Ziel der Arbeit ist es, die Ausgestaltung von RdN unter besonderer Berücksichtigung der „Rechte von Flüssen“ in verschiedenen Rechtsordnungen zu untersuchen und miteinander zu vergleichen. Vergleichsgegenstand der vorliegenden Arbeit sind daher RdN (*rights of nature*, im Deutschen tw. auch „Eigenrechte der Natur“).⁷⁶ Die Idee von RdN wird überwiegend auf den 1972 erschienenen Aufsatz *Should Trees Have Standing?* von Christopher D. Stone zurückgeführt,⁷⁷ obwohl sie bereits einige Jahre zuvor von der US-amerikanischen Universitätsprofessorin Clarence Morris veröffentlicht worden war.⁷⁸ Darin unterbreitete Stone „den ernsthaften Vorschlag [...], den Wäldern, Ozeanen, Flüssen und anderen soge-

⁷⁵ Dannemann, in: Reimann/Zimmermann 391 (411).

⁷⁶ Zur Auswahl des Vergleichsgegenstands bzw. den „zu vergleichenden Elementen“ s. *Constantinesco*, Rechtsvergleichung II 146 ff.

⁷⁷ Vgl. *Wesche*, Rights of Nature in Practice: A Case Study on the Impacts of the Colombian Atrato River Decision, *Journal of Environmental Law* 2021/3, 1 (2); *Margil*, Building an international movement for Rights of Nature, in: Maloney/Burdon (Hrsg.), *Wild Law – In Practice* (2014) 149 (152); *Schweitzer*, „Rights of Things“ A Posthumanist Approach to Law?, *Nature and Culture* 2021/1, 28 (33); *Gellers*, Earth system law and the legal status of non-humans in the Anthropocene, *Earth System Governance* 2021/1, 1 (3 f.); *Tănăsescu*, Understanding the Rights of Nature: A Critical Introduction (2022) 20 ff.; *Rodríguez Caguana/Morales Naranjo*, Los derechos de la naturaleza en las altas cortes de Ecuador e India: pueblos indígenas y animales sagrados, in: Restrepo Medina (Hrsg.), *Interculturalidad, Protección de la Naturaleza y Construcción de Paz* (2020) 335 (337); *Humphreys*, Rights of Pachamama: The emergence of an earth jurisprudence in the Americas, *Journal of International Relations and Development* 2017/3, 459 (461); *Kotzé/Kim*, Earth System Governance 2019/1, 1 (6); *Collins*, The Ecological Constitution: Reframing Environmental Law (2021) 66; *Knauf*, Pachamama als Ökosystemintegrität – Die Rechte der Natur in der Verfassung von Ecuador und ihre umweltethische Rechtfertigung, *Zeitschrift für Praktische Philosophie* 2020/2, 221 (223); *Darpö*, Can Nature Get it Right?, A Study on Rights of Nature in the European Context, European Parliament, [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/689328/IPOL_STU\(2021\)689328_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/689328/IPOL_STU(2021)689328_EN.pdf) (Stand 2. 7. 2024) 11; *Gutmann*, Hybride Rechtssubjektivität: Die Rechte der „Natur oder Pacha Mama“ in der ecuadorianischen Verfassung von 2008 (2021) 85 m. w. N.; *Huneus*, The Legal Struggle for Rights of Nature in the United States, *Wisconsin Law Review* 2022/1, 133 (138); *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit der Natur (2022) 3.

⁷⁸ *Morris*, *Journal of Legal Education* 1965/2, 185 (189); s. insb. *Nash*, *The Rights of Nature: A History of Environmental Ethics* (1989) 127; *Birnbacher*, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 63 (63 f.); *Emmenegger/Tschentscher*, *Georgetown International Environmental Law Review* 1994/3, 545 (571).

nannten ‚Naturobjekten‘ – ja, der natürlichen Umwelt insgesamt – eigene Rechte zu verleihen“.⁷⁹

Die RdN werden oft als Teil einer rechtsphilosophischen Strömung betrachtet, die u. a. auch *Earth Jurisprudence* genannt wird und eine harmonischere Beziehung zwischen den Menschen und der Natur anstrebt.⁸⁰ Viele ihrer Vertreter:innen stehen

⁷⁹ Stone, Umwelt 29; vgl. Vallejo Galárraga, Recognition of Rights of Nature, as a Subject of Law, in the International Environmental Law Framework, in: Jendroska/Bar (Hrsg.), Procedural Environmental Rights: Principle X in Theory and Practice (2018) 341 (344).

⁸⁰ S. insb. die Werke von Berry, The Great Work: Our Way into the Future (1999); Berry, The Origin. Differentiation and Role of Rights, www.ties-edu.org/wp-content/uploads/2018/09/Thomas-Berry-rights.pdf (Stand 2.7.2024); Cullinan, Wild Law: A Manifesto for Earth Justice² (2011); Cullinan, A History of Wild Law, in: Burdon (Hrsg.), Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence (2012) 12 (13); Burdon, Earth Jurisprudence and the project of Earth democracy, in: Maloney/Burdon (Hrsg.), Wild Law – In Practice (2015) 19 (24 ff.); Burdon, The Great Jurisprudence, in: Burdon (Hrsg.), Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence (2012) 59 (60, 64); Nash, The Case for Biotic Rights, Yale Journal of International Law 1993/1, 235; Nash, Nature; weiters Tribe, Ways Not to Think about Plastic Trees: New Foundations for Environmental Law, The Yale Law Journal, 1974/7, 1315 (1341 ff.); Stutzin, Should We Recognize Nature's Claim to Legal Rights, Environmental Policy and Law 1976/2, 129; Leopold, A sand county almanac and Sketches here and there (1989); Shiva, Earth Democracy: Justice, Sustainability and Peace (2005); Thoreau, Walden oder Leben in den Wäldern (2009); Meyer-Abich, Wege zum Frieden mit der Natur: Praktische Naturphilosophie für die Umweltpolitik (1984) 47; Leimbacher, Natur; Bosselmann, Natur; Maloney, Ecological limits, planetary boundaries and Earth Jurisprudence, in: Maloney/Burdon (Hrsg.), Wild Law – In Practice (2015) 195 (196 f.); Ito/Montini, Nature's rights and Earth jurisprudence – a new ecologically based paradigm for environmental law, in: Apostolopoulou/Cortes-Vazquez (Hrsg.), The Right to Nature: Social Movements, Environmental Justice and Neoliberal Natures (2018) 222 (222 ff.). Eine umfassende Übersicht über die einzelnen Strömungen bietet insb. Hajjar Leib, Human Rights and the Environment: Philosophical, Theoretical and Legal Perspectives (2011) 11 ff., 28 ff.; vgl. weiters Maloney/Siemen, Responding to the Great Work: The Role of Earth Jurisprudence and Wild Law in the 21st Century, Environmental and Earth Law Journal 2015/1, 6 (8); Maloney, Building an Alternative Jurisprudence for the Earth: The International Rights of Nature Tribunal, Vermont Law Review 2016/1, 129 (131 ff.); Filgueira/Mason, in: Burdon 192 (194 f.); O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark, Stop Burying the Lede: The Essential Role of Indigenous Law(s) in Creating Rights of Nature, Transnational Environmental Law 2020/3, 403 (407 f.); Tănăsescu, Introduction 19 ff.; Pavlik, Should Trees Have Legal Standing in Indian Country?, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (13); O'Donnell, At the Intersection of the Sacred and the Legal: Rights for Nature in Uttarakhand, India, Journal of Environmental Law 2018/1, 135 (138); Gellers, Earth System Governance 2021/1, 1 (1 f.); Kauffman, Managing People for the Benefit of the Land: Practicing Earth Jurisprudence in Te Urewera, New Zealand, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (580); UN GA 28.7.2020, Harmony with Nature, A/75/266 Rz. 36; Kauffman/Martin, Politics 4 ff., 8 ff.; Iorns Magallanes, From rights to responsibilities using legal personhood and guardianship for rivers, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil (Hrsg.), ResponsAbility: Law and Governance for Living Well with the Earth (2019) 216 (235); Bandopadhyay/Pandey, The Rights of Nature: Taking an Ecocentric Approach for Mother Earth, Rupkatha Journal on Interdisciplinary Studies in Humanities 2020/4, 1 (2, 4); Jolly/Menon, Of Ebbs and Flows: Understanding the Legal Consequences of Granting Personhood to Natural Entities in India, Transnational Environmental Law 2021/3, 467 (473); Gómez-Betancur, The Rights of Nature in the Colombian Amazon: Examining Challenges and

dem Anthropozentrismus – wonach die Natur nur insoweit als wertvoll betrachtet wird, als sie dem Menschen dient, und nur insoweit als schützenswert, als Menschen durch Eingriffe beeinträchtigt werden⁸¹ – kritisch gegenüber und empfinden das anthropozentrisch ausgestaltete Umweltrecht als unzureichend.⁸²

Opportunities in a Transitional Justice Setting, *UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs* 2020/1, 41 (72); *Rawson/Mansfield*, Producing juridical knowledge: „Rights of Nature“ or the naturalization of rights?, *Nature and Space* 2018/1, 99; *Dancer*, Harmony with Nature: towards a new deep legal pluralism, *The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law* 2021/1, 21 (25 f.); *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (459 ff.); *Margil*, in: *Maloney/Burdon* 149 (153); *Darpö*, *Nature* 13 ff.; *Schimmöller*, Paving the Way for Rights of Nature in Germany: Lessons Learnt from Legal Reform in New Zealand and Ecuador, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (572); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 3.

⁸¹ *Gorke*, *Eigenwert der Natur: Ethische Begründung und Konsequenzen* (2010) 21; *Gómez-Betancur*, *UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs* 2020/1, 41 (72); *Hajjar Leib*, *Human Rights* 3; *Grear*, *Deconstructing Anthropos: A Critical Legal Reflection on „Anthropocentric“ Law and Anthropocene „Humanity“*, *Law and Critique* 2015/3, 225 (225 ff., 239 ff.); *Lalander/Merimaa*, *The Discursive Paradox of Environmental Conflict: Between Ecologism and Economism in Ecuador*, *Forum for Development Studies* 2018/3, 485 (491); *Vallejo Galárraga*, in: *Jendroska/Bar* 341 (354); *Howe*, *Making Wild Law Work – The Role of „Connection with Nature“ and Education in Developing an Ecocentric Property Law*, *Journal of Environmental Law* 2017/1, 19 (22); *Bertel*, *Rechte der Natur in südamerikanischen Verfassungen*, *Juridikum* 2016/4, 451 (453); *Praetorius/Saladin*, *Die Würde der Kreatur* (Art. 24novies Abs. 3 BV) (1996) 6; *Hattenberger*, *Der Umweltschutz als Staatsaufgabe* (1993) 30; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 74; *Bader-Plabst*, *Natur als Rechtssubjekt*. Die neuseeländische Rechtsetzung als Vorbild für Deutschland (2024) 6 ff.; krit. *Betaille*, *Rights of Nature: Why it Might Not Save the Entire World*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 35 (40).

⁸² *Bosselmann*, *Grounding the rule of law*, in: *Voigt* (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 75 (82 f.); *Bosselmann*, in: *Kerschner* 135 (144 ff.); *Bosselmann*, *From Reductionist Environmental Law to Sustainability Law*, in: *Burdon* (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 204 (204 ff.); *Bosselmann*, in: *Stone* 9 (14); *Bosselmann*, *Natur* 147; *Bosselmann*, *Nichtanthropozentrische Erweiterung des Umweltverwaltungsrechts?*, in: *Nida-Rümelin/v. d. Pfordten* (Hrsg.), *Ökologische Ethik und Rechtstheorie* (1995) 201 (216 f.); *Leimbacher*, *Natur* 31, 40, 222; *Cullinan*, in: *Voigt* 94 (95 ff.); *Borràs*, *New Transitions from Human Rights to the Environment to the Rights of Nature*, *Transnational Environmental Law* 2016/1, 113 (113, 115); *Sheehan*, in: *Burdon* 236 (237 f.); *Sheehan*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 227 (231 ff.); *Carducci/Castillo Amaya*, *Nature as „Grundnorm“ of Global Constitutionalism: Contributions from the Global South*, *Revista Brasileira de Direito* 2016/2, 154 (156); *Davies/Adelman/Grear/Iorns Magallanes/Kerns/Rajan*, *The Declaration on Human Rights and Climate Change: a new legal tool for global policy change*, *Journal of Human Rights and the Environment* 2017/2, 217 (237); *Boyd*, *The Rights of Nature. A Legal Revolution That Could Save The World* (2017) xxii ff.; *Kauffman/Martin*, *Politics* 5; *Krämer*, *Defizite im Vollzug des EG-Umweltrechts und ihre Ursachen*, in: *Lübbe-Wolff* (Hrsg.), *Der Vollzug des europäischen Umweltrechts* (1996) 7 (7 f.); *Henry*, *ZfRV* 1994, 3; *Laitos/Keske*, *The Right of Nonuse*, *Journal of Environmental Law and Litigation* 2010/2, 303 (378); *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, *Somewhere between Rhetoric and Reality: Environmental Constitutionalism and the Rights of Nature in Ecuador*, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (402 f.); *Grear*, *Law and Critique* 2015/3, 225 (230); vgl. *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, *Living in Harmony with Nature?, A Critical Appraisal of the Rights of Mother Earth in Bolivia*, *Transnational*

Die Entstehung der RdN wird aber auch auf indigene Sichtweisen zurückgeführt. Denn viele indigene Völker⁸³ sehen die Menschen als Teil der Natur und die Welt als ein zusammenhängendes Ganzes, in dem kein Teil das Recht hat, einen anderen Teil zu beherrschen.⁸⁴ Zum anderen ist vielen indigenen Völkern das westliche Rechtsverständnis fremd oder suspekt, weshalb einige ihrer Vertreter:innen der Gewährung

Environmental Law 2018/3, 397 (398 m.w.N.); Bertel, Rechte der Natur in Südamerika – zwischen Biozentrismus und Anthropozentrismus, in: Rohmer/Töpfer (Hrsg.), Anthropozän – Klimawandel – Biodiversität: Transdisziplinäre Perspektiven auf das gewandelte Verhältnis von Mensch und Natur (2021) 191 (193).

⁸³ Die Bezeichnung „indigene Völker“ wird i. S. jener Definitionen verwendet, die auch im Kontext von Übereinkommen der UNO und der Internationalen Arbeitsorganisation verwendet werden. Die Autorin ist sich bewusst, dass deren Verwendung kritisch betrachtet werden kann. Die Bezeichnung wird daher, soweit möglich, nur als Sammelbegriff bei vergleichenden Betrachtungen verwendet, während insb. in den Länderberichten versucht wird, jene Bezeichnungen zu verwenden, welche die jeweiligen Personengruppen bevorzugen.

⁸⁴ *Iorns Magallanes*, Maori Cultural Rights in Aotearoa New Zealand: Protecting the Cosmology that Protects the Environment, *Widener Law Review* 2015/2, 273 (275, 281); *Bleby*, Rights of nature as response to the anthropocene, *University of Western Australia Law Review* 2020/1, 33 (41); *O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark*, Transnational Environmental Law 2020/3, 403 (405); *Cullinan*, in: *Burdon* 12 (22); *Pathak*, The human rights system as a conceptual framework for environmental law, in: *Brown Weiss* (Hrsg.), *Environmental Change and International Law: New Challenges and Dimensions* (1992) 205 (222); *Harrison*, Beyond „Natural“ and „Cultural“ Heritage: Toward an Ontological Politics of Heritage in the Age of Anthropocene, *heritage & society* 2015/1, 24 (29 ff.); *Cyrus R. Vance Center for International Justice/Earth Law Center/International Rivers*, *Rights of Rivers: A global survey of the rapidly developing Rights of Nature jurisprudence pertaining to rivers* (2020) 35; *Boyd*, *Nature* xxix; *Morris/Ruru*, Giving Voice to Rivers: Legal Personality as a Vehicle for Recognising Indigenous Peoples' Relationships to Water?, *Australian Indigenous Law Review* 2010/2, 49 (49); *Villalba*, *Buen Vivir vs. Development: a paradigm shift in the Andes?*, *Third World Quarterly* 2013/8, 1427 (1429 ff.); *Collins*, *Constitution* 64; *Humphreys*, *Journal of International Relations and Development* 2017/3, 459 (461); *Colon-Rios*, *The Rights of Nature and the New Latin American Constitutionalism*, *New Zealand Journal of Public and International Law* 2015/1, 107 (113); *Apaza Huanca*, *Non-Western Epistemology and the Understanding of the Pachamama (Environment) Within the World(s) of the Aymara Identity*, *International Journal for Crime, Justice and Social Democracy* 2019/3, 6 (15); *Kauffman/Martin*, *How Courts Are Developing River Rights Jurisprudence: Comparing Guardianship in New Zealand, Colombia, and India*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (265 f., 273); *Kauffman/Martin*, *Politics* 9; *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (579 f.); *Stilt*, *Rights of Nature, Rights of Animals*, *Harvard Law Review* 2021/3, 276 (278); *Sheber*, *Legal Rights for Nature: How the Idea of Recognizing Nature as a Legal Entity Can Spread and Make a Difference Globally*, *Hastings Environmental Law Journal* 2020/1, 147 (163); *Jones*, *Posthuman international law and the rights of nature*, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/0, 76 (78 f.); *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (584); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 3; krit. *Lalander*, *Ethnic rights and the dilemma of extractive development in plurinational Bolivia*, *The International Journal of Human Rights* 2017/4, 464 (472); *Tănăsescu*, *Rights of Nature, Legal Personality, and Indigenous Philosophies*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (431 ff., 452).

von *Rechten* an die Natur kritisch gegenüberstehen.⁸⁵ In der Literatur werden RdN deshalb auch als „hybrides Phänomen“ betrachtet, das „die westliche Idee von (Menschen-)Rechten mit indigenen Ideen von der Natur kombiniert“.⁸⁶

Eine klare sowie allgemein anerkannte Definition von RdN hat sich in der Literatur bislang noch nicht etabliert. Als RdN werden i. d. R. Rechtsvorschriften oder Gerichtsentscheidungen bezeichnet, in denen der Natur oder Bestandteilen der Natur wie z. B. Flüssen eigene Rechte zuerkannt wurden.⁸⁷ Den Begriff „Natur“ i. d. Z. zu definieren, lässt sich bereits als problematisch erachten,⁸⁸ weshalb hier lediglich festgehalten wird, dass die Rechte insb., aber nicht ausschließlich, nichtmenschlichen Entitäten gewährt wurden.⁸⁹ Zu RdN werden weiters Rechtsvorschriften oder Gerichtsentscheidungen gezählt, in denen die Natur oder Bestandteile der Natur als „Rechtspersonen“, „Rechtssubjekte“ oder „juristische Personen“ anerkannt wurden, ohne dass ihnen konkrete Rechte gewährt wurden, weil mit dieser Anerkennung nach

⁸⁵ *Viaene*, Can Rights of Nature Save Us from the Anthropocene Catastrophe?, Some Critical Reflections from the Field, *Asian Journal of Law and Society* 2022/2, 187 (195 ff.); *Kauffman/Martin*, Politics 9; *Lillquist/Warner*, Laboratories of the Future: Tribes and Rights of Nature, *California Law Review* 2023/2, 325 (362); s. i. d. Z. aber auch die Ausführungen von *Randazzo/Richter*, Challenging Anthropocene Ontology: Modernity, Ecology and Indigenous Complexities (2024) 95 ff., 112.

⁸⁶ *Adloff/Hilbrich*, Practices of sustainability and the enactment of their natures/cultures: Ecosystem services, rights of nature, and geoengineering, *Social Science Information* 2021/2, 168 (174); *Santos*, The End of the Cognitive Empire: The Coming of Age of Epistemologies of the South (2018) 11; *Gutmann*, Der globale Trend zu Rechten der Natur: Entsteht ein dekoloniales und ökologisches Recht von unten?, in: *Adloff/Busse* (Hrsg.), Welche Rechte braucht die Natur?, (2021) 133 (142); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 93; *Dancer*, The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law 2021/1, 21 (28); s. i. d. Z. auch den Überblick von *Petel*, The Illusion of Harmony: Power, Politics, and Distributive Implications of Rights of Nature, *Transnational Environmental Law* 2024/1, 12 (28 ff.).

⁸⁷ *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (580); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (47); *Kauffman/Martin*, Can Rights of Nature Make Development More Sustainable?, Why Some Ecuadorian Lawsuits Succeed and Others Fail, *World Development* 2017/3, 130 (131 f.) m. w. N.; *Kauffman/Martin*, Politics 4, 8; *O'Donnell*, Legal Rights for Rivers: Competition, Collaboration and Water Governance (2019) 1 (2, 11); *O'Donnell/Talbot-Jones*, Creating legal rights for rivers: lessons from Australia, New Zealand and India, *Ecology and Society* 2018/1, 7 (7); *O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark*, Transnational Environmental Law 2020/3, 403 (408); *Bagni*, Los Derechos de la Naturaleza en la Jurisprudencia Colombiana e Indiana, *Revista Jurídica Derecho* 2018/9, 33 (38); *Y. Epstein/Schoukens*, A positivist approach to rights of nature in the European Union, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/2, 205 (206); *S. Epstein*, Rights of nature, human species identity, and political thought in the Anthropocene, *The Anthropocene Review* 2022/0, 1 (2); *Guim/Livermore*, Where Nature's Rights Go Wrong, *Virginia Law Review* 2021/7, 1347 (1367 f.).

⁸⁸ S. z. B. *Latour*, *Gaia* 66 ff.; vgl. auch die Überlegungen von *Huber* zu Umwelt und Umweltschutz als Rechtsbegriffe, in: *FS Klecatsky I* (1980) 353 (353 ff.).

⁸⁹ S. insb. *S. Epstein*, *The Anthropocene Review* 2022/0, 1 (2); *Guim/Livermore*, *Virginia Law Review* 2021/7, 1347 (1367 f.). Einen Vorschlag für eine Definition unterbreitet hingegen *Howe*, *Journal of Environmental Law* 2017/1, 19 (21 m. w. N.) mit Verweis auf *Martell*, *Ecology and Society: An Introduction* (1994) 77.

überwiegender Auffassung gewisse Rechte einhergehen.⁹⁰ Rechtsvorschriften, in denen lediglich ein „Eigenwert“ oder „intrinsischer Wert“ der Natur oder ihrer Bestandteile anerkannt wurde, wie sie z.B. in der Biodiversitätskonvention der Vereinten Nationen (UNO) oder der Schweizer Bundesverfassung enthalten sind, werden hingegen nicht zu den RdN gezählt.⁹¹ Auch ein australisches Gesetz, in dem einer öffentlichen Einrichtung Eigentums- und Verwaltungsrechte am Yarra Fluss verliehen wurden, zählt nach h. A. nicht zu den RdN.⁹² Gerichtsentscheidungen, die in ihrer Begründung Ausführungen über die Notwendigkeit von RdN enthalten, aber keine konkreten Rechte bzw. keinen entsprechenden Rechtsstatus zuerkennen,

⁹⁰ S. insb. *O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 403 (408 f.); *Bleby*, *University of Western Australia Law Review* 2020/1, 33 (51 f.); *Jorns Magallanes*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* 216 (216, 232); *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (50); *Kauffman/Martin*, *Politics* 15 f.; *Schoukens*, *Granting Legal Personhood to Nature in the European Union: Contemplating a Legal (R)evolution to Avoid an Ecological Collapse?*, (Part 1), *Journal for European Environmental & Planning Law* 2018, 309 (324); sowie ausführl. Abschnitt C.III.7.

⁹¹ S. insb. Übereinkommen über die Biologische Vielfalt (Biodiversitätskonvention) vom 5.6.1992 BGBl 1995/213; Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (Berner Konvention) vom 19.9.1979 BGBl 1983/372; Art. 120 Abs. 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (vormals Art. 24^{novies} der Bundesverfassung der Schweizer Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874); sowie im *soft law* UN GA 28. 10. 1982, *World Charter for Nature*, A/RES/37/7; vgl. *Emmenegger/Tschentscher*, *Georgetown International Environmental Law Review* 1994/3, 545 (568 f.); *P. E. Taylor*, *From Environmental to Ecological Human Rights: A New Dynamic in International Law?*, *Georgetown International Environmental Law Review* 1998, 309 (328 f.); *Saladin/Schweizer*, Art. 24^{novies}, in: *Aubert/Eichenberger/Müller/Rhinow/Schindler* (Hrsg.), *Kommentar zur Bundesverfassung der Schweizer Eidgenossenschaft* vom 29. Mai 1874 (1995) 9 f., 50; *Praetorius/Saladin*, *Würde* 47 f., 60; *Michel*, *Die Würde der Kreatur und die Würde des Tieres im schweizerischen Recht*, *Natur und Recht* 2012/2, 102 (103); *Schweizer/Errass*, Art. 120, in: *Ehrenzeller/Schindler/Schweizer/Vallender* (Hrsg.), *Die Schweizerische Bundesverfassung*, *St. Galler Kommentar* (2014) 2141 Rz. 11; *Saladin*, „Würde der Kreatur“ als Rechtsbegriff, in: *Nida-Rümelin/v. d. Pfordten* (Hrsg.), *Ökologische Ethik und Rechtstheorie* (1995) 365 (365); *Richter*, *Die Würde der Kreatur: Rechtsvergleichende Betrachtungen*, *ZaöRV* 2007, 319 (328 f.); *Bondolfi*, in: *Bondolfi/Lesch/Pezzoli-Olgia* 63 (76); *Leimbacher*, *Zur rechtlichen Bedeutung der Würde der Kreatur*, in: *Bondolfi/Lesch/Pezzoli-Olgia* (Hrsg.), „Würde der Kreatur“ *Essays zu einem kontroversen Thema* (1997) 89 (97).

⁹² *O'Donnell/Talbot-Jones*, *Ecology and Society* 2018/1, 7 (1); *Richardson/Hamaski*, *Rights of Nature Versus Conventional Nature Conservation: International Lessons from Australia's Tarkine Wilderness*, *Environmental Policy and Law* 2021/3, 159 (162 f.); *Barcan*, *The campaign for legal personhood for the Great Barrier Reef: Finding political and pedagogical value in a spectacular failure of care*, *Nature and Space* 2020/3, 810 (825); *Eckstein/D'Andrea/Marshall/O'Donnell/Talbot-Jones/Curran/O'Bryan*, *Conferring legal personality on the world's rivers: A brief intellectual assessment*, *Water International* 2019/6-7, 804 (818 ff.); *O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 403 (422, 425); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, *Rivers* 18 f.; *Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, *Can You Hear the Rivers Sing: Legal Personhood, Ontology, and the Nitty-Gritty of Governance*, *Ecology Law Quarterly* 2018/4, 787 (824); abw. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 54 f.

werden i. w. F. ebenso wenig den RdN zugeordnet.⁹³ Tierrechte können hingegen grundsätzlich als Verbote und Bestandteil von RdN betrachtet werden,⁹⁴ der Fokus von Letzteren liegt jedoch gem. Stone auf „Naturobjekten, die nicht dem Tierreich angehören“.⁹⁵ Die Rechte von Tieren werden im Rahmen dieser Arbeit daher nur insoweit berücksichtigt, als sie in einem unmittelbaren Zusammenhang mit RdN gewährt wurden.

bb) Auswahl der zu untersuchenden Rechtsordnungen

RdN i. S. d. obigen Definition gibt es, soweit bekannt, in 14 Staaten. Eine vollständige und korrekte Übersicht ist zum Zeitpunkt der Recherche noch nicht verfügbar. Die dieser Arbeit zugrunde gelegten Informationen werden vielmehr mithilfe von Sekundärliteratur⁹⁶ und einer Onlinerecherche zusammengetragen, wobei insb. die Website des *harmony with nature*-Programms der UNO⁹⁷ sowie die korrespondierenden Berichte des UNO-Generalsekretärs hervorzuheben sind.⁹⁸ Anschließend werden sie dahin gehend überprüft, ob sie der obigen Definition entsprechen. Demzufolge gibt es in folgenden Rechtsordnungen RdN:

Die erste Rechtsvorschrift mit RdN wurde nach dzt. Kenntnisstand in den USA im Jahr 2002 angenommen, als die anerkannte indigene Navajo Nation eine Änderung

⁹³ S. insb. Supreme Court of Pakistan 15.4.2021, D. G. Khan Cement Company Ltd. v. Government of Punjab, C.P.1290-L/2019, 12 f.

⁹⁴ *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (41); vgl. auch *Büscher*, Soll es Rechte der Natur geben?, Naturethisch-rechtsphilosophischer Essay zu der Frage, ob der Natur der Status als Rechtssubjekt zukommen sollte, Natur und Recht 2024/3, 165 (169).

⁹⁵ *Stone*, Umwelt 131 Fn. 27; ähnl. *Stilt*, Harvard Law Review 2021/3, 276 (280); *Darpö*, Nature 9; *Buser/Ott*, Zur Ökologisierung des Rechts: Rechte der Natur als Paradigmenwechsel, in: Adloff/Busse (Hrsg.), Welche Rechte braucht die Natur?, (2021) 159 (161); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 134; *Y. Epstein/Bernet Kempers*, Animals and Nature as Rights Holders in the European Union, Modern Law Review 2023/6, 1336 (1337).

⁹⁶ S. insb. die Zusammenstellungen von *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (41); *Gordon*, Environmental personhood, Columbia Journal of Environmental Law 2018/1, 49 (53); *Putzer/Lambooy/Jeurissen/Kimc*, Putting the rights of nature on the map: A quantitative analysis of rights of nature initiatives across the world, Journal of Maps 2022/1, 89; *Kauffman/Martin*, Politics; *Kauffman*, Mapping Transnational Rights of Nature Networks & Laws: New Global Governance Structures for More Sustainable Development, files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload924.pdf (Stand 2.7.2024).

⁹⁷ www.harmonywithnatureun.org/rightsOfNature (Stand 2.7.2024); s. weiters ecojurisprudence.org (Stand 2.7.2024).

⁹⁸ UN GA 19.8.2010, Harmony with Nature, A/65/314; UN GA 15.8.2011, Harmony with Nature, A/66/302; UN GA 17.8.2012, Harmony with Nature, A/67/317; UN GA 15.8.2013, Harmony with Nature, A/68/325; UN GA 18.8.2014, Harmony with Nature, A/69/322; UN GA 4.8.2015, Harmony with Nature, A/70/268; UN GA 1.8.2016, Harmony with Nature, A/71/266; UN GA 19.7.2017, Harmony with Nature, A/72/175; UN GA 23.7.2018, Harmony with Nature, A/73/221; UN GA 26.7.2019, Harmony with Nature, A/74/236; UN GA 28.7.2020, Harmony with Nature, A/75/266; UN GA 28.7.2022, Harmony with Nature, A/77/244.

ihres Navajo Nation Codes beschloss.⁹⁹ Hingegen wird in der Literatur meist die Verordnung der US-amerikanischen Gemeinde Tamaqua aus dem Jahr 2006 als erste Rechtsquelle mit RdN bezeichnet.¹⁰⁰ Seither wurden in den USA mehrere Dutzend Rechtsquellen mit RdN von lokalen Gebietskörperschaften sowie anerkannten indigenen Völkern (*Federally Recognized Tribes*) angenommen.¹⁰¹ In Ecuador wurde 2008 eine neue Verfassung verabschiedet, die RdN enthält.¹⁰² In Bolivien wurde 2010 ein Gesetz mit RdN erlassen und 2012 um ein weiteres Gesetz ergänzt.¹⁰³ In Neuseeland wurden 2014 ein Waldgebiet und 2017 ein Fluss als „Rechtspersonen“ anerkannt.¹⁰⁴ Außerdem nahmen seit 2014 fünf mexikanische Einzelstaaten RdN in ihre einzelstaatlichen Verfassungen auf.¹⁰⁵ Seit 2016 erklärten überdies mehrere

⁹⁹ Navajo Nation Code, Änderung angenommen am 1. 11. 2002; vgl. *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (141); *Bookman*, Rights of Nature in Comparative Perspective, Natural Resources & Environment 2023/4, 4 (4).

¹⁰⁰ § 7 Tamaqua Borough Ordinance No. 612 (Tamaqua-VO 2006), angenommen am 19. 9. 2006; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 3; *Cullinan*, If Nature Had Rights What Would We Need to Give Up?, in: Burdon (Hrsg.), Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence (2012) 230 (234); *Boyd*, Recognizing the Rights of Nature: Lofty Rhetoric or Legal Revolution?, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13); *Margil*, in: Maloney/Burdon 149 (153); *Zartner*, Watching Whanganui & the Lessons of Lake Erie: Effective Realization of Rights of Nature Laws, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (25).

¹⁰¹ Vgl. z. B. *Spitz/Penalver*, Nature's Personhood and Property's Virtues, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (70); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13 ff.); *Margil*, in: Maloney/Burdon 149 (153 f.). Über 100 Rechtsquellen sind hingegen gem. *Putzer/Lambooy/Jeurissen/Kimc*, Journal of Maps 2022/1, 89.

¹⁰² Constitución de la República del Ecuador 2008 (Verfassung von Ecuador 2008), veröffentlicht im Registro Oficial 449 am 20. 10. 2008.

¹⁰³ Ley N° 071 de Derechos de la Madre Tierra (Mutter Erde Gesetz) veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 22. 12. 2010; Ley N° 300 Marco de la Madre Tierra y Desarrollo Integral para Vivir Bien (Rahmengesetz über Mutter Erde und Integrale Entwicklung für ein gutes Leben) veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 15. 10. 2012; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, Litigating Climate Change in Bolivian National Courts, in: Sindico/Mbengue (Hrsg.), Comparative climate change litigation (2021) 259 (263); *Villavicencio Calzadilla*, Los Derechos de la Naturaleza en Bolivia: Un Estudio a más de una Década de su Reconocimiento, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (17).

¹⁰⁴ Te Urewera Act (Te Urewera Gesetz) vom 27. 7. 2014; Te Awa Tupua (Whanganui River Claims Settlement) Act 2017 (Te Awa Tupua Gesetz) vom 20. 3. 2017.

¹⁰⁵ Art. 2 Constitución Política del Estado Libre y Soberano de Guerrero vom 5. 1. 1918 idF v. 8. 11. 2016; Art. 13 Abs. 2 und 3 Constitución Política de la Ciudad de México vom 17. 9. 2018; Art. 2 IX lit. a, 16 Constitución Política del Estado Libre y Soberano de Colima vom 20. 11. 1917, geändert am 10. 6. 2019; Constitución Política del Estado Libre y Soberano de Oaxaca vom 15. 4. 1922, geändert am 22. 5. 2021; Decreto Número La H. „LXI“ Legislatura del Estado de México (Mexiko) vom 22. 4. 2024; vgl. tw. UN GA 19. 7. 2017, Harmony with Nature, A/72/175 Rz. 32; UN GA 26. 7. 2019, Harmony with Nature, A/74/236 Rz. 31; s. weiters *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (366 ff.); *Molina Roa*, Derechos de la naturaleza: Elementos para un debate, in: García Pachón (Hrsg.), Reconocimiento de la naturaleza y de sus componentes como sujetos de derechos (2020) 121 (132 f.); *O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark*, Transnational Environmental Law 2020/3, 403

Gerichte in *Kolumbien* Flüsse und andere Bestandteile der Natur zu „Rechtssubjekten“.¹⁰⁶ In *Indien* erklärte 2017 das Oberste Gericht des Einzelstaats Uttarakhand die Flüsse Ganges und Yamuna sowie die Gangotri- und Yamunotrigletscher und weitere Bestandteile der Natur zu einer „Rechtsperson“ mit allen korrespondierenden Rechten.¹⁰⁷ Die Umsetzung dieser Entscheidungen wurde allerdings vom Obersten Gerichtshof Indiens infolge einer Beschwerde der Regierung von Uttarakhand ausgesetzt.¹⁰⁸ Dennoch erklärten weitere indische Gerichte den See Sukhna und „Mutter Natur“ zu „Rechtspersonen“ bzw. „juristischen Personen“ mit korrespondierenden Rechten und Pflichten von „Lebewesen“.¹⁰⁹ Auch in *Brasilien* wurden

(416) 42; *Boyd*, *Natural Resources & Environment* 2018/4, 13 (16); tw. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 30 f.

¹⁰⁶ UN GA 28. 7. 2020, *Harmony with Nature*, A/75/266 Rz. 56.

¹⁰⁷ High Court of Uttarakhand 20. 3. 2017, *Mohd. Salim v. State of Uttarakhand & others*, Writ Petition (PIL) No. 126 of 2014; High Court of Uttarakhand 30. 3. 2017, *Lalit Miglani v. State of Uttarakhand & others*, Writ Petition (PIL) No. 140 of 2015; vgl. UN GA 19. 7. 2017, *Harmony with Nature*, A/72/175 Rz. 36 f.; vgl. *Jolly/Menon*, *Transnational Environmental Law* 2021/3, 467 (467 f.); *Bagni*, *Revista Jurídica Derecho* 2018/9, 33 (45 ff.); *O'Donnell*, *Journal of Environmental Law* 2018/1, 135 (135 ff.); *Talbot-Jones/Bennett*, *Toward a property rights theory of legal rights for rivers*, *Ecological Economics* 2019/10, 1 (4); *Kinkaid*, „Rights of nature“ in translation: Assemblage geographies, boundary objects, and translocal social movements, *Transactions of the Institute of British Geographers* 2019, 555 (561); *Jorns Magallanes*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* 216 (224 ff.); *Eckstein/D'Andrea/Marshall/O'Donnell/Talbot-Jones/Curran/O'Bryan*, *Water International* 2019/6-7, 804 (809); *Boyd*, *Natural Resources & Environment* 2018/4, 13 (17); *Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, *Ecology Law Quarterly* 2018/4, 787 (811 ff.); *Mittal*, *According legal identity to natural resources: approach towards environment protection*, *Jindal Global Law Review* 2019/1, 7 (8 ff.); *Kauffman/Martin*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (280 ff.); *Kauffman/Martin*, *Politics* 202 ff.; *Krämer*, *Rights of Nature and Their Implementation*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (60 ff.); *Darpö*, *Nature* 21; *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 94 f.; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 56 ff.

¹⁰⁸ *Jolly/Menon*, *Transnational Environmental Law* 2021/3, 467 (470, 474); *Brara*, *Court-ing Nature: Advances in Indian Jurisprudence*, in: *Tabios Hillebrecht/Berros* (Hrsg.), *Can Nature Have Rights?, Legal and Political Insights, RCC Perspectives* 2017/6, 31 (35); *Bandopadhyay/Pandey*, *Rupkatha Journal on Interdisciplinary Studies in Humanities* 2020/4, 1 (8); *Eckstein/D'Andrea/Marshall/O'Donnell/Talbot-Jones/Curran/O'Bryan*, *Water International* 2019/6-7, 804 (806, 821); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, *Rivers* 46; *Sheber*, *Hastings Environmental Law Journal* 2020/1, 147 (154 f.); *Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, *Ecology Law Quarterly* 2018/4, 787 (808); *Kauffman/Martin*, *Politics* 205 f.; *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (61); *Darpö*, *Nature* 21; *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 95. 2024 hielt der Gerichtshof allerdings fest, dass „die Zeit für die Menschheit gekommen ist, nachhaltig zu leben und die Rechte von Flüssen, Seen, Stränden, Flussmündungen, Bergkämmen, Bäumen, Bergen, Meeren und der Luft zu respektieren.“, *Supreme Court of India (Indien)* 18. 4. 2024, *The State of Telangana & others vs. Mohd. Abdul Qasim*, SLP (C) No. 6937 of 2021, Rz. 31; vgl. ecojurisprudence.org/initiatives/india-supreme-court-case-ruling-in-the-state-of-telangana-v-mohd-abdul-qasim-considering-the-rights-of-nature (Stand 2. 7. 2024).

¹⁰⁹ High Court of Punjab and Haryana 2. 3. 2020, *Shri Ram v. State of Punjab & others*, CWP No. 18253 of 2009 & other connected petitions; High Court of Madras 2. 5. 2022, *A. Periyakaruppan v. The Principal Secretary to Government & others*, W.P.(MD) Nos. 18636 of

seit 2017 mehrere Gesetze mit RdN auf lokaler Ebene erlassen.¹¹⁰ In *Uganda* wurde 2019 ein neues Umweltgesetz mit RdN angenommen.¹¹¹ Der Oberste Gerichtshof von *Bangladesch* bestätigte zudem 2021 die Entscheidung eines Gerichts aus dem Jahr 2019, womit der Turag Fluss und alle anderen Flüsse in Bangladesch zu einer „Rechtsperson/juristischen Person“ erklärt wurden.¹¹² Ebenfalls im Jahr 2019 wurden in *Peru* auf lokaler Ebene das Wasser innerhalb des Distrikts Orurillo sowie der Fluss Llallimayo zu „Rechtssubjekten“ erklärt.¹¹³ 2024 erklärte überdies ein Provinzgericht den Fluss Marañón zum Träger von zahlreichen Rechten.¹¹⁴ 2020 erließ die indigene 'Esdilagh der Tsilhqot'in Nation in *Kanada* ein Gesetz, in dem Rechte von Menschen, Tieren, Fischen und Pflanzen anerkannt wurden.¹¹⁵ Zudem verliehen 2021 eine indigene Gemeinschaft und eine Gemeinde in Quebec dem Magpie/

2013 and 3070 of 2020; vgl. UN GA 28.7.2020, Harmony with Nature, A/75/266 Rz. 60; Collins, Constitution 77; Gutmann, Rechtssubjektivität 95.

¹¹⁰ Art. 236 Lei Orgânica do Município do Bonito, geändert am 21.12.2017; Lei Orgânica do Município de Paudalho, geändert am 20.12.2018; Art. 133 Lei Orgânica do Município de Florianópolis, geändert am 20.11.2019; Lei Orgânica do Município de Serro, geändert am 2.6.2022; Lei Orgânica do Município de Guajará-Mirim, geändert am 28.6.2023; Lei Orgânica do Município de José de Freitas (Brasilien), geändert am 11.7.2023; Lei Orgânica do Município de Cáceres Nova (Brasilien), geändert am 17.7.2023; Lei Orgânica do Município de Alagoa Nova (Brasilien), geändert am 20.11.2023; Lei Orgânica do Município de Alto Paraguai, geändert am 5.12.2023; Lei N° 387 do Cidade de Goiás (Brasilien) vom 13.6.2024; vgl. tw. UN GA 26.7.2019, Harmony with Nature, A/74/236 Rz. 25; UN GA 28.7.2020, Harmony with Nature, A/75/266 Rz. 54; Cyrus R. Vance Center et al., Rivers 35 f.; Darpö, Nature 13; Guim/Livernmore, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1358 f.); Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 44 f.

¹¹¹ Womit der „Natur“ das „Recht zu existieren, fortzubestehen, erhalten zu werden und sich zu regenerieren“ gewährt wurde, § 4 The National Environment Act 2019 vom 7.3.2019; vgl. UN GA 28.7.2022, Harmony with Nature, A/77/244 Rz. 37; UN GA 26.7.2019, Harmony with Nature, A/74/236 Rz. 33; Guim/Livernmore, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1358); Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (63, abw. im letzten Absatz); Gutmann, Rechtssubjektivität 97; Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 30.

¹¹² www.centerforenvironmentalrights.org/news/bangladesh-supreme-court-upholds-rights-of-rivers (Stand 2.7.2024); ecojurisprudence.org/initiatives/rights-of-rivers-in-bangladesh (Stand 2.7.2024); vgl. UN GA 26.7.2019, Harmony with Nature, A/74/236 Rz. 23; Stilt, Harvard Law Review 2021/3, 276 (282 f.); Harden-Davies/Humphries/Maloney/Wright/Gjerde/Vierros, Marine Policy 2020/12, 1 (4); Darpö, Nature 13, 21; Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (62 f.); Guim/Livernmore, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1361); Collins, Constitution 78; Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 60 f.

¹¹³ Ordenanza Municipal N° 018-2019-CM-MPM/A vom 23.9.2019; Ordenanza Municipal N° 006-2019-MDO/A vom 26.12.2019; vgl. Zartner, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (4).

¹¹⁴ Corte Superior de Justicia Loreto Sede Nauta (Peru) 15.3.2024, 00010-2022-0-1901-JM-CI-01.

¹¹⁵ § 4 'Esdilagh Sturgeon River Law vom 28.5.2020; vgl. UN GA 28.7.2020, Harmony with Nature, A/75/266 Rz. 55; zum Hintergrund s. Lynes, The Rights of Nature and the duty to consult in Canada, Journal of Energy & Natural Resources Law 2019/3, 353.

Muteshekau Shipu Fluss neun eigene Rechte.¹¹⁶ Weiters wurde 2022 in *Panama* ein Gesetz über RdN verabschiedet.¹¹⁷ Zuletzt wurden im Herbst 2022 die ersten RdN in einem EU-Mitgliedstaat angenommen, als *Spanien* ein Gesetz erließ, in dem die Lagune des Mar Menor zum Rechtssubjekt erklärt wurde, das die Rechte „zu existieren und sich natürlich zu entwickeln“ sowie auf Schutz, Erhaltung und Wiederherstellung erhielt.¹¹⁸

Da die Untersuchung vieler Rechtsordnungen die Gefahr birgt, dass kein tiefergehendes Verständnis der Rechtssysteme erreicht werden kann,¹¹⁹ ist für die Erstellung der vorliegenden Arbeit eine Auswahl an zu untersuchenden Rechtsordnungen zu treffen. Um dennoch einen Überblick über die vielfältigen Entwicklungen der RdN geben zu können,¹²⁰ erscheint die Untersuchung von fünf Rechtsordnungen als angemessen. Diese werden aus den folgenden Gründen ausgewählt:

Die USA waren der erste Staat, in dem RdN angenommen wurden. Da über einen vergleichsweise langen Zeitraum hinweg zahlreiche Rechtsvorschriften mit RdN angenommen wurden, darf erwartet werden, dass Veränderungen und Weiterentwicklungen bei der Ausgestaltung der RdN beobachtet werden können, Anwendungsbeispiele sowie Judikatur vorhanden sind und auf eine umfangreiche rechtswissenschaftliche Literatur zurückgegriffen werden kann. Ecuador ist der erste und bislang einzige Staat, der RdN in seine Staatsverfassung aufnahm, und folglich Aufschluss darüber geben kann, wie sich RdN auf ein gesamtes Rechtssystem auswirken können. In Bolivien wurden zwei nationale Gesetze über RdN ange-

¹¹⁶ Résolution 919-082 vom 18.1.2021; Résolution n°025-21 Reconnaissance de la personnalité juridique et des droits de la rivière Magpie – Mutehekau Shipu vom 15.2.2021; vgl. Gutmann, Rechtssubjektivität 97; UN GA 28.7.2022, Harmony with Nature, A/77/244 Rz. 21, 59 f.

¹¹⁷ Ley N° 287 Que Reconoce Los Derechos de la Naturaleza y las Obligaciones del Estado Relacionadas Con Estos Derechos vom 24.2.2022; diesem folgte Ley N° 37 Que establece la conservación y protección de las tortugas marinas y sus hábitats en la República de Panamá vom 1.5.2023; vgl. Huneeus, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (161); UN GA 28.7.2022, Harmony with Nature, A/77/244 Rz. 27; s. weiters betr. einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes www.earthlawcenter.org/elc-in-the-news/2023/11/rights-of-nature-in-panama (Stand 2.7.2024).

¹¹⁸ Ley 19/2022 para el reconocimiento de personalidad jurídica a la laguna del Mar Menor y su cuenca vom 30.9.2022; eine dagegen erhobene Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist dzt noch anhängig; vgl. UN GA 28.7.2022, Harmony with Nature, A/77/244 Rz. 61 f.; Vicente Giménez/Salazar Ortuño, La iniciativa legislativa popular para el reconocimiento de personalidad jurídica y derechos propios al mar menor y su cuenca, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (1 ff.); Vicente Giménez/Salazar Ortuño, An ecological citizenship's triumph. From the popular legislative initiative to the rights granted for the Mar Menor, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions (2024) 83 (83 ff.).

¹¹⁹ Vgl. Bell, in: Reimann/Zimmermann 1251 (1251).

¹²⁰ Dass die Zahl der zu vergleichenden Rechtsordnungen auch vom verfolgten Zweck abhängt s. Constantinesco, Rechtsvergleichung II 48 f.; weiters Peters/Schwenke, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (831); Kischel, Rechtsvergleichung 207.

nommen, die zahlreiche Rechtsvorschriften enthalten, denen sich ausführlichere Informationen über die Ausgestaltung von RdN entnehmen lassen. Sie könnten zudem Erkenntnisse darüber liefern, wie die RdN nach Ansicht der bolivianischen Gesetzgebung in das bestehende Rechtssystem zu integrieren sind. Die in Neuseeland angenommenen Rechtsquellen betreffen nicht die gesamte Natur, sondern einzelne Bestandteile der Natur, woraus auch nähere Erkenntnisse über die „Rechte von Flüssen“ gewonnen werden können. In Kolumbien wurden RdN im Wege der Rechtsprechung zuerkannt. Da sich darunter auch höchstgerichtliche Entscheidungen befinden und mehrere Flüsse als Rechtsträger:innen anerkannt wurden, erscheint eine nähere Untersuchung im Rahmen dieser Arbeit ebenfalls vielversprechend.

b) Zur Beschreibung der Rechtsquellen und ihres Kontexts

aa) Länderberichte

Bei der Beschreibung der Rechtsquellen folgt diese Arbeit zunächst der vorherrschenden funktionellen Methode bzw. dem Standardwerk von Zweigert/Kötz,¹²¹ sodass die zu untersuchenden RdN in Länderberichten dargestellt werden.¹²² Hinsichtlich der Reihenfolge wird auf den Zeitpunkt der erstmaligen Annahme bzw. Zuerkennung von RdN abgestellt. Folglich wird mit dem ersten Land, in dem RdN nach dzt. Wissensstand angenommen wurden, den USA, begonnen. Beschrieben und als „Rechtsquellen“ betrachtet werden Rechtsvorschriften, Gerichtsurteile sowie sonstige Entscheidungen, die in der untersuchten Rechtsordnung gelten.¹²³ Mit dem Begriff „Rechtsvorschriften“ werden i. S. e. österreichischen Perspektive die „kleinste[n] Einheiten“ von Rechtstexten aller Art“ bezeichnet.¹²⁴ Als Sekundärquellen werden die rechtswissenschaftliche Literatur, Gewohnheitsrecht und andere (auch nicht rechtliche) Quellen, die für den Gang der Untersuchung von Interesse

¹²¹ von Busse, Methoden 341; zum führenden Lehrbuch von Zweigert/Kötz s. Vogenauer, in: Reimann/Zimmermann 878 (879).

¹²² Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 6, 42 f.; von Busse, Methoden 38; Kischel, Rechtsvergleichung 204.

¹²³ S. i. d. Z. die Definition von Zweigert/Kötz: „Rechtsquelle im Sinne rechtsvergleichen-der Forschung ist alles, was das Rechtsleben der herangezogenen Ordnung gestaltet oder mitgestaltet. Der Vergleichler muß sich also derselben Quellen bedienen wie der Jurist der ausländischen Rechtsordnung, und er muß ihnen auch denselben Wert und dasselbe Gewicht beimessen wie jener. In diesem Umfang und in diesen Grenzen sind Gesetzes- und Gewohnheitsrecht, Rechtsprechung und Rechtswissenschaft, Typenverträge und Allgemeine Geschäftsbedingungen, Handelsbräuche und Sitten zu studieren“, Rechtsvergleichung³ 34.

¹²⁴ Raschauer, Allgemeines Verwaltungsrecht (1998) 261 m. w. N., 247; zum Unterschied zur „Rechtsnorm“ unter Zugrundelegung Kelsens' Reiner Rechtslehre Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer, Bundesverfassungsrecht¹⁰ (2007) Rz. 8; vgl. auch Jabloner, Der Rechtsbegriff bei Hans Kelsen, in: Griller/Rill (Hrsg.), Rechtstheorie: Rechtsbegriff – Dynamik – Auslegung (2011) 21 (21 ff.).

sind, herangezogen.¹²⁵ In den Länderberichten wird nur jene Literatur berücksichtigt, die sich unmittelbar auf die dargestellten Rechtsquellen bezieht. Darüber hinausgehende allgemeine Literatur über RdN (i. w. F. RdN-Literatur) wird erst im Rahmen der Synthese berücksichtigt. Ziel der Länderberichte ist es, den Quellen jene Bedeutung beizumessen, die ihnen auch eine Jurist:in der untersuchten Rechtsordnung beimessen würde.¹²⁶

Die Übersetzungen aus dem Englischen und Spanischen erfolgen durch die Autorin. Mit höchster Sorgfalt wird darauf geachtet, potenzielle Übersetzungsfehler und Fehlinterpretationen auszuschließen.¹²⁷ Ggf. erfolgt ein Abgleich mit amtlichen Übersetzungen oder es wird Rücksprache mit Muttersprachler:innen gehalten. Da viele Begriffe wie z. B. „Bundesstaaten“, „Föderalismus“, „Verwaltung“, oder „Behörden“ in den untersuchten Rechtsordnungen eine andere Bedeutung haben können als in Österreich,¹²⁸ wird bei deren Verwendung und Übersetzung darauf geachtet, allfällige Unterschiede oder Mehrdeutigkeiten zu berücksichtigen und ggf. durch die Angabe des Originaltextes oder die Verwendung von eindeutigeren Begriffen – wie z. B. „Einzelstaaten“ und „Gesamtstaat“ – sichtbar zu machen. Bei Begriffen, die von indigenen Gemeinschaften stammen oder inspiriert sind, wird darauf geachtet, sowohl ihre rechtliche Bedeutung als auch ihre Bedeutung für die jeweilige Gemeinschaften darzustellen, insb. wenn sich diese unterscheidet.

bb) Von der deskriptiven zur strukturierten Herangehensweise

Die von der funktionellen Methode verlangte deskriptive Herangehensweise erweist sich bei der Erstellung der Länderberichte lediglich als bedingt zielführend für diese Arbeit. Es werden mehrere Dutzend Rechtsquellen untersucht, die oft mehr als hundert Seiten umfassen. Diese in ihrer eigenen Systematik zu beschreiben, würde viele Seiten füllen, ohne einen wesentlichen Beitrag zum Ziel der Arbeit zu leisten, nämlich herauszufinden, wie RdN in den ausgewählten Rechtsordnungen ausgestaltet wurden und diese miteinander zu vergleichen. Daher erscheint es zielführender, die untersuchten RdN strukturiert darzustellen und mithilfe von „Quer-

¹²⁵ Dannemann, in: Reimann/Zimmermann 391 (412); ähnl. Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 34, 43; Zweigert/Puttfarken, in: Zweigert/Puttfarken 395 (400); Kischel, Rechtsvergleichung 177; von Busse, Methoden 36; Vogenauer, in: Reimann/Zimmermann 878 (885 f.); Constantinesco, Rechtsvergleichung II 156 ff., 188 ff.

¹²⁶ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 34; Kischel, Rechtsvergleichung 173.

¹²⁷ S. z. B. Constantinesco, Rechtsvergleichung II 164 ff.

¹²⁸ Zu den Unterschieden bei Begriffen wie „Föderalismus“ oder „Verwaltung“ s. z. B. Welz, Die bundesstaatliche Struktur, in: Jäger/Haas/Welz (Hrsg.), Regierungssystem der USA (2007) 69 (69); Sattar/Welz, Verwaltung und Vollzug, in: Jäger/Haas/Welz (Hrsg.), Regierungssystem der USA (2007) 247 (247); Heun, Geschichte des Verwaltungsrechtsschutzes in den USA, in: Sommermann/Schaffarzik (Hrsg.), Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa (2019) 1657 (1658, 1678); bei der lokalen Verwaltung Bell, in: Reimann/Zimmermann 1251 (1266).

schnittsbetrachtungen zu Einzelaspekten“¹²⁹ nähere Erkenntnisse über ihre Ausgestaltung zu gewinnen. Auf diese Weise können gem. Tschentscher genauere Fragen gestellt werden und es lässt sich eine „größere analytische Tiefe“ erreichen.¹³⁰ I. w. F. wird daher ein „Analyseraster“ erarbeitet, das sich – angesichts der Erkenntnis, dass das eigene Vorverständnis ohnehin nicht vollständig abgelegt werden kann,¹³¹ – am eigenen Recht bzw. einer bereits bekannten Systematik orientiert. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, schon bei der Darstellung einen Beitrag zur Rechtsvergleichung zu leisten.¹³² Zur Vermeidung von verzerrten Darstellungen – bei denen z. B. durch die Einordnung in das Analyseraster einem Aspekt des fremden Rechts eine größere Bedeutung gegeben wird, als ihm tatsächlich zukommt – wird ggf. auf einen abweichenden Stellenwert hingewiesen.¹³³

cc) Darstellungsschema in Anlehnung an horizontale Menschenrechtsvergleiche

Bezüglich der Wahl des Analyserasters ist zunächst festzuhalten, dass der gegenständliche Vergleich aus einer rechtsvergleichenden Perspektive nicht die Lösung eines sozialen Problems,¹³⁴ sondern die Untersuchung eines Rechtsinstituts bzw. eines abstrakten rechtlichen Konzepts zum Gegenstand hat.¹³⁵ Denn die zentrale Forschungsfrage lautet: Wie wurden RdN in verschiedenen Rechtsordnungen ausgestaltet? Der Vergleich von RdN weist i. d. S. Ähnlichkeiten mit horizontalen Menschenrechtsvergleichen auf, also dem Vergleich von einzelnen Menschenrechten auf einzelstaatlicher Ebene.¹³⁶ Häufig folgen Menschenrechtsvergleiche einem ähnlichen Darstellungsschema, in dem der Inhalt der Rechte, ihre Beschränkbarkeit,

¹²⁹ *Tschentscher*, Juristenzeitung 2007/17, 807 (809).

¹³⁰ *Tschentscher*, Juristenzeitung 2007/17, 807 (809).

¹³¹ *Tschentscher*, Juristenzeitung 2007/17, 808 (815); vgl. auch die Ausführungen zur krit. Rechtsvergleichung in Abschnitt A.II.1.

¹³² *Tschentscher*, Juristenzeitung 2007/17, 808 (812, 815).

¹³³ *Kischel*, Rechtsvergleichung 205 f.; *Peters/Schwenke*, International and Comparative Law Quarterly 2000/4, 800 (826).

¹³⁴ Vgl. dazu die Ausführungen zur funktionellen Methode in Abschnitt A.II.1., was nicht dahin gehend verstanden werden darf, dass dieses Problem nicht gegeben ist.

¹³⁵ *Kischel*, Rechtsvergleichung 175 f.

¹³⁶ Vgl. *Besson*, Comparative Law and Human Rights, in: Reimann/Zimmermann (Hrsg.), The Oxford Handbook of Comparative Law² (2019) 1223 (1228 ff.); *Bell*, in: Reimann/Zimmermann 1251 (1263). Zur Ähnlichkeit von bzw. engen Beziehung zwischen „Rechten der Natur“ und Menschenrechten s. insb. *Atapattu/Schapper*, Human Rights and the Environment (2019) 325 ff.; *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (447, 450 f.); *Shiva*, Los Derechos Humanos Fluyen de los Derechos de la Madre Tierra, in: Martínez/Maldonado (Hrsg.), Una década con Derechos de la Naturaleza (2019) 199 (199); *J. Weber*, Die Erde ist nicht Untertan: Grundrechte der Natur (1996) 169; sowie Corte Interamericana de Derechos Humanos 15.11.2017, Opinión Consultiva OC-23/17, Solicitada por la República de Colombia, Medio Ambiente y Derechos Humanos 28 f.; 6.2.2020, Comunidades indígenas miembros de la Asociación Lhaka Honhat (Nuestra Tierra) vs. Argentina, Rz. 203.

aber auch der institutionelle Rahmen sowie die Verfügbarkeit von Rechtsbehelfen dargestellt werden.¹³⁷ Dieses Schema könnte sich auch für die Darstellung der RdN eignen, zumindest wurden bereits weitgehend ähnliche Analyseraster in der RdN-Literatur verwendet.¹³⁸ Somit wird angenommen, dass es für die vorliegende Arbeit und deren Ziele förderlich sein könnte, die untersuchten RdN in Länderberichten entlang von „mehrere[n] Querschnittsbetrachtungen zu Einzelaspekten“¹³⁹ darzustellen, die von horizontalen Menschenrechtsvergleichen inspiriert sind.

dd) „Rechte der Natur“ als legal transplants?

Angesichts der Wahl des Darstellungsschemas in Anlehnung an horizontale Menschenrechtsvergleiche erscheint der Hinweis von Besson berücksichtigenswert, wonach der Vergleich von Menschenrechten nicht mit dem universellen Ansatz in der Rechtsvergleichung gleichzusetzen ist.¹⁴⁰ Denn Menschenrechte sind ihm zufolge „universell und speziell zugleich“, da sie in den einzelnen Rechtsordnungen an den jeweiligen spezifischen politischen und rechtlichen Kontext angepasst wurden, um wirksam zu werden und damit unterschiedlich ausgestaltet sind.¹⁴¹ Menschenrechte sind deshalb gem. Besson auch keine *legal transplants*, also Rechtsnormen oder Rechtsinstitute, die von einer Rechtsordnung in eine andere Rechtsordnung übertragen wurden,¹⁴² sondern höchstens ein „internationales Minimum“, das transplantiert wurde.¹⁴³ Bell vertritt hingegen die Auffassung, dass es durchaus sinnvoll sein kann, Menschenrechte als *legal transplants* zu untersuchen, da Grundrechtskataloge (*bills of rights*) oft von anderen Verfassungen kopiert wurden.¹⁴⁴

Folglich stellt sich die Frage, inwieweit RdN als *legal transplants* betrachtet werden können, die im Folgenden kurz erörtert wird: Es ist bekannt, dass die ecuadorianischen RdN von Stone beeinflusst waren und auf Entwürfe einer US-

¹³⁷ Vgl. insb. Besson, in: Reimann/Zimmermann 1223 (1224, 1228 ff.); Bell, in: Reimann/Zimmermann 1251 (1263); s. weiters z. B. Grabenwarter/Pabel, Europäische Menschenrechtskonvention⁷ (2021); Berka/Binder/Kneihls, Die Grundrechte² (2019).

¹³⁸ S. allg. mit Kontext – Inhalt – Rechtsdurchsetzung bei Schimmöller, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (574); oder Definition der Natur – Rechte – Vertretung – Pflichten bei Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (43); oder Definition der Natur – Rechte – Stärke – Hierarchie – Vertretung – Verantwortung bei Kauffman/Martin, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (44 f.); oder Hintergründe – Trägerin – Form der Berechtigung – Geltendmachung – Inhalt der Berechtigung – Inbeziehungsetzung bei Gutmann, Rechtssubjektivität.

¹³⁹ Tschentscher, Juristenzeitung 2007/17, 807 (809).

¹⁴⁰ Besson, in: Reimann/Zimmermann 1223 (1233).

¹⁴¹ Besson, in: Reimann/Zimmermann 1223 (1233 f.).

¹⁴² Kahn-Freund, The Modern Law Review 1974/1, 1 (5); vgl. Rehm, Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht 2008/1, 1 (3 ff., 39); Kischel, Rechtsvergleichung 66 f.

¹⁴³ Besson, in: Reimann/Zimmermann 1223 (1233 f.).

¹⁴⁴ Bell, in: Reimann/Zimmermann 1251 (1263).

amerikanischen Umweltorganisation zurückgehen, die auch an der Annahme zahlreicher US-amerikanischer Rechtsvorschriften mit RdN beteiligt war.¹⁴⁵ Die bolivianischen RdN haben der Literatur zufolge hingegen Ähnlichkeiten¹⁴⁶ mit den Texten der *World Charter for Nature*, die 1982 von der UNO-Generalversammlung verabschiedet wurde,¹⁴⁷ sowie der ebenso auf Initiative der UNO von zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgearbeiteten *Earth Charter*, die im Jahr 2000 in Den Haag angenommen und seither von mehreren Staaten und internationalen Organisationen unterzeichnet wurde.¹⁴⁸ Demgegenüber wurden die neuseeländischen RdN zwar von Stone und den Entwicklungen in den USA beeinflusst, aber vor allem stark von Sichtweisen der Māori geprägt.¹⁴⁹ Die kolumbianischen RdN wurden wiederum wesentlich von den neuseeländischen RdN sowie den Entwicklungen in Ecuador und Bolivien beeinflusst, aber auch mit internationalen Menschenrechten begründet.¹⁵⁰

¹⁴⁵ Stone, Umwelt 29; Tănăsescu, The rights of nature in Ecuador: the making of an idea, *International Journal of Environmental Studies* 2013/6, 846 (848 ff., 852 f.); Akchurin, Constructing the Rights of Nature: Constitutional Reform, Mobilization, and Environmental Protection in Ecuador, *Law & Social Inquiry* 2015/4, 937 (952); Youatt, Personhood and the Rights of Nature: The New Subjects of Contemporary Earth Politics, *International Political Sociology* 2017/1, 39 (48); Sheber, Hastings *Environmental Law Journal* 2020/1, 147 (165); Gutmann, Rechtssubjektivität 98; Huneeus, *Wisconsin Law Review* 2022/1, 133 (146 f.); Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 69.

¹⁴⁶ Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (404 ff.).

¹⁴⁷ UN GA 28.10.1982, *World Charter for Nature*, A/RES/37/7; s. insb. Wood Jr., The United Nations World Charter for Nature: The Developing Nations' Initiative to Establish Protections for the Environment, *Ecology Law Quarterly* 1985/4, 977 (977, 982 f.); United Nations Economic and Social Council, Study on the need to recognize and respect the rights of Mother Earth, Report to the Permanent Forum on Indigenous Issues, 15.1.2010, E/C.19/2010/4 Rz. 6, 52; P. E. Taylor, *Georgetown International Environmental Law Review* 1998, 309 (328 f.); Emmenegger/Tschentscher, *Georgetown International Environmental Law Review* 1994/3, 545 (568 ff.).

¹⁴⁸ S. dazu insb. Bosselmann, in: Kerschner 135 (135, 138, 141); P. E. Taylor, *Georgetown International Environmental Law Review* 1998, 309 (379 f.); Borràs, New Transitions from Human Rights to the Environment to the Rights of Nature, *Transnational Environmental Law* 2016/1, 113 (131); Engel/Mackey, The Earth Charter, Covenants, and Earth Jurisprudence, in: Burdon (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 313 (318).

¹⁴⁹ Vgl. Kauffman/Martin, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (57 f.); Crimmell/Goeckeritz, The Rights of Nature in New Zealand: Conversations with Kirsti Luke and Christopher Finlayson, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 563 (571 ff.); Kauffman, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (583 f.); Morris/Ruru, *Australian Indigenous Law Review* 2010/2, 49 (56); Schimmöller, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (576).

¹⁵⁰ S. z.B. Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) Rz. 5.19; Corte Suprema de Justicia 5.4.2018, STC4360-2018 (Amazonía) 22 ff.; vgl. O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 403 (415 m.w.N.); O'Donnell/Talbot-Jones, Creating legal rights for rivers: lessons from Australia, New Zealand and India, *Ecology and Society* 2018/1, 7 (7); Kauffman/Martin, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (264); Kauffman/Martin, *Politics* 190 ff., 195 ff., 200, 207; Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 69.

International anerkannte RdN gibt es hingegen (noch) nicht,¹⁵¹ auch wenn im *soft law*,¹⁵² das dafür ein Wegbereiter sein kann,¹⁵³ seit 2012 regelmäßig auf RdN Bezug genommen wird.¹⁵⁴ Tw. wird zudem die Auffassung vertreten, dass RdN ein not-

¹⁵¹ *Handl*, The Human Right to a Clean Environment and Rights of Nature: Between Advocacy and Reality, in: von Arnould/von der Decken/Susi (Hrsg.), The Cambridge Handbook of New Human Rights: Recognition, Novelty, Rhetoric (2020) 137 (150); *Youatt*, International Political Sociology 2017/1, 39 (39); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 14; *Schoukens*, Journal for European Environmental & Planning Law 2018, 309 (312); *Carducci et al.*, Charter 17; *Gilbert*, Creating Synergies between International Law and Rights of Nature, Transnational Environmental Law 2023/3, 671 (672 f.). Einen möglichen Weg dorthin zeigen z.B. *Guzman*, Decolonizing Law and expanding Human Rights: Indigenous Conceptions and the Rights of Nature in Ecuador, Deusto Journal of Human Rights 2019, 59 (74 f.); *Hajjar Leib*, Human Rights 136 ff., 157, 161; *Emmenegger/Tschentscher*, Georgetown International Environmental Law Review 1994/3, 545 (547); *Kotzé/Kim*, Earth System Governance 2019/1, 1 (8); *Atapattu/Schapper*, Human Rights 325 ff., 337; *Vierros/Harden-Davies*, Is There a Role for Rights of Nature in the Blue Economy Debate?, Ocean Yearbook 2022, 36 (60).

¹⁵² S. z.B. *Shelton*, Compliance with International Human Rights Soft Law, in: Brown Weiss (Hrsg.), International Compliance with Nonbinding Accords (1997) 119 (120 ff.); *Kotzé/Muzangaza*, Constitutional International Law for the Anthropocene, Review of European Comparative & International Environmental Law 2018/1, 278 (284); *Szasz*, International normmaking, in: Brown Weiss (Hrsg.), Environmental Change and International Law: New Challenges and Dimensions (1992) 41 (69); vgl. *Bader-Plabst*, Natur 79.

¹⁵³ Vgl. *Brown Weiss*, Rule of law for nature in a kaleidoscopic world, in: Voigt (Hrsg.), Rule of Law for Nature. New Dimensions and Ideas in Environmental Law (2013) 27 (39 m. w.N.); *Pathak*, in: Brown Weiss 205 (238 f.); *Shelton*, in: Brown Weiss 119 (125); *Emmenegger/Tschentscher*, Georgetown International Environmental Law Review 1994/3, 545 (570); *Boyd*, Environmental Rights 112; *Sand*, Lessons Learned in Global Environmental Governance, Boston College Environmental Affairs Law Review 1991/2, 213 (240); *Hajjar Leib*, Human Rights 106 f., 161; *Dupuy*, Soft Law and the International Law of the Environment, Michigan Journal of International Law 1991/2, 420; *Franks*, The Trees Speak for Themselves: Nature's Rights Under International Law, Michigan Journal of International Law 2021/3, 633 (635).

¹⁵⁴ Abschlussdokument der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung in Rio 2012, UN GA 27. 7. 2012, The Future We Want, A/RES/66/288, Rz. 39; UN GA 17. 8. 2012, Harmony with Nature, A/67/317; UN GA 21. 12. 2012, Harmony with Nature, A/RES/67/214; UN GA 15. 8. 2013, Harmony with Nature, A/68/325, insb. Rz. 72 u. v.m.; UN GA 20. 12. 2013, Harmony with Nature, A/RES/68/216; UN GA 18. 8. 2014, Harmony with Nature, A/69/322; UN GA 19. 12. 2014, Harmony with Nature, A/RES/69/224; UN GA 22. 12. 2015, Harmony with Nature, A/RES/70/208; UN GA 1. 8. 2016, Harmony with Nature, A/71/266; UN GA 21. 12. 2016, Harmony with Nature, A/RES/71/232; UN GA 19. 7. 2017, Harmony with Nature, A/72/175; UN GA 20. 12. 2017, Harmony with Nature, A/RES/72/223; UN GA 23. 7. 2018, Harmony with Nature, A/73/221; UN GA 20. 12. 2018, Harmony with Nature, A/RES/73/235; UN GA 26. 7. 2019, Harmony with Nature, A/74/236; UN GA 19. 12. 2019, Harmony with Nature, A/RES/74/224; UN GA 28. 7. 2020, Harmony with Nature, A/75/266; UN GA 21. 12. 2020, Harmony with Nature, A/RES/75/220; UN GA 28. 7. 2022, Harmony with Nature, A/77/244; UN GA 28. 12. 2022, Harmony with Nature, A/RES/77/169.

wendiger Bestandteil der Rechte von indigenen Völkern, des Rechts auf eine gesunde Umwelt oder anderer Menschenrechte sind.¹⁵⁵

Deshalb können RdN als „globales Phänomen“ betrachtet werden,¹⁵⁶ das sich, wie es im Übrigen auch im Umweltrecht häufig der Fall ist,¹⁵⁷ zwischen der internationalen Ebene und den verschiedenen einzelstaatlichen Ebenen durch „Adaption und Experimentieren“ weiterentwickelt und gegenseitig beeinflusst.¹⁵⁸ Zum anderen sind RdN aufgrund des rechtlichen, politischen und kulturellen Kontextes, in dem sie entstehen, sowie der fehlenden internationalen Anerkennung, die eine harmonisie-

¹⁵⁵ S. insb. Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) Rz. 5.58, 9.23, 9.31; Corte Suprema de Justicia 5.4.2018, STC4360-2018 (Amazonía) 13, 19, 36f. sowie ausführl. Abschnitt B.V.1.c); weiters Corte Interamericana de Derechos Humanos 15.11.2017, Opinión Consultiva OC-23/17 Rz. 62; Corte Interamericana de Derechos Humanos 6.2.2020, Comunidades indígenas miembros de la Asociación Lhaka Honhat (Nuestra Tierra) vs. Argentina, Rz. 203; vgl. *Macpherson*, Indigenous Water Rights in Law and Regulation (2019) 132; *Fischer-Lescano*, Nature as a Legal Person: Proxy Constellations in Law, Law & Literature 2020/2, 237 (240); *Bagni*, Revista Jurdídica Derecho 2018/9, 33 (50); *Guzman*, Deusto Journal of Human Rights 2019, 59 (74f.); *Ramírez*, Derechos de los Pueblos Indígenas y Derechos de la Naturaleza: Encuentros y Desencuentros, Revista Argentina de Teoría Jurídica 2011, 26 (27, 32); *Gudynas*, Los derechos de la naturaleza y la construcción de una justicia ambiental y ecológica en Ecuador, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández (Hrsg.), Los Derechos de la Naturaleza y la Naturaleza de sus Derechos (2011) 95 (117); *Shiva*, in: Martínez/Maldonado 199 (199); *Calderón-Gamboa/Recinos*, Inter-American approaches to the protection of the right to a healthy environment and the Rights of Nature and potential contributions to the European human rights system, Journal of Human Rights and the Environment 2022/13, 86 (88, 101 f., 104, 121); *Iacovino*, Constitucionalismo ecológico en América Latina: De los derechos ambientales a los derechos de la naturaleza, Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (308); *Beckhauser*, The synergies between human rights and the rights of nature: An ecological dimension from the Latin American climate litigation, Netherlands Quarterly of Human Rights 2024/1, 12 (24, 26, 30); *Gutmann*, Die Rechte der Natur. Zur ökologischen Eigenrechtsidee, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocarú/Reder (Hrsg.), Kann das Anthropozän gelingen?, (2024) 275 (284f.); allg. *Kotzé*, Human Rights, the Environment, and the Global South, in: Alam/Atapattu/Gonzalez/Razzaque (Hrsg.), International Environmental Law and the Global South (2015) 171 (189).

¹⁵⁶ Vgl. *Youatt*, International Political Sociology 2017/1, 39 (39).

¹⁵⁷ *Pozzo*, Climate Change Litigation in a Comparative Law Perspective, in: Sindico/Mbengue (Hrsg.), Comparative climate change litigation (2021) 593 (614); *Yang/Percival*, The Emergence of Global Environmental Law, Ecology Law Quarterly 2009/3, 615 (612f., 664); *Brandl/Bungert*, Constitutional Entrenchment of Environmental Protection: A Comparative Analysis of Experiences Abroad, Harvard Environmental Law Review 1992/1, 1 (6).

¹⁵⁸ *Kauffman/Martin*, Politics 224, 213; allg. *Strebel*, Einwirkungen nationalen Rechts auf das Völkerrecht, ZaöRV 1976, 168 (168); vgl. weiters *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 15; *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (44); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (264); *Viaene*, Asian Journal of Law and Society 2022/2, 187 (191); *Sheber*, Hastings Environmental Law Journal 2020/1, 147 (161); *Gutmann*, in: Adloff/Busse 133 (137); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 98; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 1, 69.

rende Wirkung haben könnte, mindestens genauso speziell wie einzelstaatliche Menschenrechte.¹⁵⁹

Daraus folgt, dass es bis zu einem gewissen Grad sinnvoll sein kann, RdN als *legal transplants* zu betrachten. In diesem Fall sollte der Literatur zufolge dem Kontext besondere Bedeutung beigemessen werden,¹⁶⁰ weil der Inhalt der übertragenen Rechte oder des übertragenen Rechtsinstituts durch die „Transplantation“ grundlegend verändert werden kann.¹⁶¹ Zudem könnte es sich lohnen, zu untersuchen, auf welche Weise die „migrierten Ideen“ verändert werden oder auf welche Weise diese Ideen tiefer in dem untersuchten Land verwurzelt sind, als angenommen wird.¹⁶²

ee) Aufbau der Länderberichte und Querschnittsbetrachtungen

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen werden die Länderberichte folgendermaßen aufgebaut: Jeder Länderbericht beginnt mit einem Überblick über den Kontext. Darin werden die Grundzüge sowie die Besonderheiten des jeweiligen politischen, rechtlichen und institutionellen Systems skizziert, soweit sie für das Verständnis der Darstellung notwendig erscheinen.¹⁶³ Da die Einteilung der Rechtsordnungen in Rechtskreise im öffentlichen Recht besonders umstritten ist,¹⁶⁴ wird sie nicht übernommen. Stattdessen sollen entsprechende Besonderheiten und Unterschiede zum österreichischen Recht aus der kontextuellen Betrachtung hervorgehen.¹⁶⁵ Überdies erfolgt ein Überblick über die relevantesten Umwelt- und Gewässerschutzbestimmungen in der untersuchten Rechtsordnung. Außerdem wird die Entstehungsgeschichte der RdN skizziert, indem über die wesentlichsten Hintergründe und Ereignisse berichtet wird, die zu ihrer Anerkennung führten.

¹⁵⁹ Vgl. Pozzo, in: Sindico/Mbengue 593 (614); Zartner, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (5); Tănăsescu/Macpherson/Jefferson/Torres Ventura, Rights of nature and rivers in Ecuador's Constitutional Court, The International Journal of Human Rights 2024/07 Feb, 1 (3); ähnl. Gutmann, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocaru/Reder 275 (279).

¹⁶⁰ Kahn-Freund, The Modern Law Review 1974/1, 1 (27).

¹⁶¹ Nach Ansicht von Legrand ist eine Übertragung daher nicht möglich, The Impossibility of Legal Transplants, Maastricht Journal of European and Comparative Law 1997/2, 111 (113 ff.); vgl. Vincze, Unionsrecht 56 m. w. N.; Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon, Ecology Law Quarterly 2018/4, 787 (793).

¹⁶² Tushnet, Courts 15.

¹⁶³ Zur Notwendigkeit und potenziell relevanten Aspekten s. z.B. Alston, Human Rights 470; Constantinesco, Rechtsvergleichung II 145 f.; Kischel, Rechtsvergleichung 177, 190; Bell, in: Reimann/Zimmermann 1251 (1254, 1266); von Busse, Methoden 295; Zweigert/Puttfarken, in: Zweigert/Puttfarken 395 (400, 402); Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 34.

¹⁶⁴ Tschentscher, Juristenzeitung 2007/17, 807 (810); Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 62 ff.; Dannemann, in: Reimann/Zimmermann 391 (393); Vincze, Unionsrecht 69 m. w. N.; a. A. Bell, in: Reimann/Zimmermann 1251 (1256).

¹⁶⁵ Vgl. Kischel, Rechtsvergleichung 238 ff.

In der ersten Querschnittsbetrachtung werden die untersuchten *Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem* dargestellt.¹⁶⁶ Es wird beschrieben, in welchen Rechtsquellen RdN anerkannt wurden, wer diese erzeugte, welche Stellung sie im Rechtssystem einnehmen und welche normative Kraft sie haben.¹⁶⁷ Weiters wird untersucht, inwieweit weitere Rechtsvorschriften erlassen wurden, die ihrer Umsetzung oder Konkretisierung dienen.

Im Rahmen der zweiten Querschnittsbetrachtung mit dem Titel „*Rechtsträger:innen*“ wird untersucht, welche Bestandteile der Natur als Träger:innen von Rechten anerkannt wurden und wie diese definiert und abgegrenzt wurden.¹⁶⁸ Die (rechts-)philosophische Frage, inwieweit die Natur überhaupt Rechte haben kann oder soll, wurde in der Literatur bereits umfassend diskutiert und steht nicht im Zentrum dieser Arbeit. Dieser wird vielmehr die Annahme zugrunde gelegt, dass dies aus einer (rechts-)philosophischen Perspektive nicht nur möglich, sondern sogar erstrebenswert sein kann.¹⁶⁹ Ausgangspunkt dieser Arbeit bildet aber v.a. die Tatsache, dass im positiven Recht der untersuchten Rechtsordnungen die Natur oder einzelne Bestandteile davon bereits als Träger:innen von Rechten betrachtet werden.¹⁷⁰ Mit der Verwendung des Begriffs „Rechtsträger:in“ soll vermieden werden, dass Begriffe wie „Rechtssubjekt“, „Rechtsperson“, „juristische Person“ bzw. *legal personhood*, *legal personality* oder *legal entity* gleichgesetzt, vermischt oder fehlinterpretiert werden, weil diese in den untersuchten Rechtsordnungen verschiedene Bedeutungen haben können.¹⁷¹

¹⁶⁶ Vgl. *Vogenauer*, in: Reimann/Zimmermann 878 (886); *Kischel*, Rechtsvergleichung 173, 177; *Bell*, in: Reimann/Zimmermann 1251 (1266); *Dannemann*, in: Reimann/Zimmermann 391 (412); *Constantinesco*, Rechtsvergleichung II 151, 203 ff.

¹⁶⁷ Vgl. in Hinblick auf die österr. Rechtsordnung *Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer*, Bundesverfassungsrecht¹⁰ Rz. 9; *Raschauer*, Verwaltungsrecht 276 f., 262; *Wiederin*, Die Stufenbaulehre Adolf Julius Merkl's, in: Griller/Rill (Hrsg.), Rechtstheorie: Rechtsbegriff – Dynamik – Auslegung (2011) 81; allg. *Vogenauer*, in: Reimann/Zimmermann 878 (884, 886); *Kischel*, Rechtsvergleichung 64.

¹⁶⁸ Zu den Grundrechtsträger:innen s. z. B. *Berka/Binder/Kneihls*, Grundrechte² 101, 109 ff.

¹⁶⁹ S. z. B. *Gorke*, Eigenwert; *Sitter*, Plädoyer für das Naturrechtsdenken: Zur Anerkennung von Eigenrechten der Natur (1984); *Teubner*, Elektronische Agenten und große Menschenaffen: Zur Ausweitung des Akteurstatus in Recht und Politik, Zeitschrift für Rechtssoziologie 2006/1, 5 (5 ff., 14 ff., 29 f.); *Büscher*, Natur und Recht 2024/3, 165 (171); s. außerdem i. d. Z. *Latour*, Gaia; *Latour*, Das Parlament der Dinge⁵ (2021).

¹⁷⁰ Vgl. *Handl*, in: von Arnould/von der Decken/Susi 137 (148 ff.); *Hajjar Leib*, Human Rights 140, 157; *Betaille*, Journal for European Environmental & Planning Law 2019/1, 35 (38); *Tribe*, The Yale Law Journal, 1974/7, 1315 (1328 ff.).

¹⁷¹ Vgl. *Grear*, Law's Entities: Complexity, Plasticity and Justice, Jurisprudence 2013/1, 76 (78 ff., 100 f.); *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (438) m. w. N.; *S. Epstein/Dahlén/Enkvist/Boyer*, Liberalism and Rights of Nature: A Comparative Legal and Historical Perspective, Law, Culture and the Humanities 2022/0, 1 (7); *Zartner*, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (5); *Rochford*, Environmental Personhood. New Trajectories in Law (2024) 20; ausführl. in Bezug auf das deutsche Recht *Gutmann*, Rechtssubjektivität 146 ff.; *Fischer-Lescano*, Law & Literature 2020/2, 237 (250 ff.); abw. *Bader-Plabst*, Natur 11.

In der dritten Querschnittsbetrachtung erfolgt ein Überblick über die gewährten *Rechte* und es werden ihr Inhalt und ihre Reichweite erörtert.¹⁷² Folglich werden alle Bestimmungen dargestellt, die Aufschluss über den personellen, sachlichen, räumlichen oder zeitlichen Schutzbereich der gewährten Rechte geben können.¹⁷³ Da in der akademischen Menschenrechtsdebatte und der Praxis des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte davon ausgegangen wird, dass mit den Menschenrechten auch Gewährleistungs- und Schutzpflichten einhergehen (*to respect, to protect, to fulfil*), sodass Staaten auch Gesetze erlassen und Maßnahmen ergreifen müssen, um die Rechte zu verwirklichen,¹⁷⁴ werden auch die mit den gewährten Rechten in Zusammenhang stehenden Pflichten dargestellt.

Im Rahmen der vierten Querschnittsbetrachtung wird versucht, die bislang in der Literatur kaum näher untersuchte Frage zu ergründen,¹⁷⁵ wie im Falle von Kollisionen mit anderen Rechten vorzugehen ist, ob *Eingriffe* in die gewährten Rechte zulässig sind, unter welchen Voraussetzungen diese gerechtfertigt werden können und inwieweit die gewährten RdN beschränkt werden dürfen.¹⁷⁶

Die fünfte Querschnittsbetrachtung hat die *Vertretung* der Rechtsträger:innen zum Gegenstand – also die Frage, wer befugt oder verpflichtet ist, im Namen der Rechtsträger:innen zu handeln und deren Rechte vor den Behörden oder Gerichten geltend zu machen. Es wird untersucht, wer mit der Vertretung beauftragt wurde, welche Befugnisse, Rechte und Pflichten festgelegt wurden und inwieweit Vorkehrungen getroffen wurden, damit diese effizient und unabhängig arbeiten können.¹⁷⁷

¹⁷² *Berka/Binder/Kneihs*, Grundrechte² 173.

¹⁷³ Zum Schutzbereich s. umfassend *Berka/Binder/Kneihs*, Grundrechte² 101, 157 ff., 177; vgl. auch in Bezug auf das österreichische Verwaltungsrecht *Raschauer*, Verwaltungsrecht 268 ff.

¹⁷⁴ *Nowak*, The International Covenant on Civil and Political Rights, in: Gómez Isa/Koen de Feyter (Hrsg.), International Human Rights Law in a Global Context (2009) 271 (279 ff.); *Coomans*, The International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, in: Gómez Isa/Koen de Feyter (Hrsg.), International Human Rights Law in a Global Context (2009) 293 (307); zur österr. Rechtslage s. z. B. *Berka/Binder/Kneihs*, Grundrechte² 155 f., 158 f., 160, 165; *Öhlinger*, Soziale Grundrechte, in: FS Floretta (1983) 271 (273 ff. m. w. N.); *Öhlinger*, in: Floretta/Öhlinger, Die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen (1978) 46 f.; *Thienel*, Überlegungen zur Ausgestaltung sozialer Grundrechte, in: FS Schäffer (2006) 859 (869 f.); *Holoubek*, Grundrechtliche Gewährleistungspflichten (1997) 2 f., 19 ff., 54 f.

¹⁷⁵ Vgl. *Darpö*, Nature 49.

¹⁷⁶ Vgl. *Nowak*, in: Gómez Isa/Koen de Feyter 271 (282 ff.); *Berka/Binder/Kneihs*, Grundrechte² 179 ff., 184; *Grabenwarter/Pabel*, Menschenrechtskonvention⁷ 147; *Berka*, Das „eingriffsnahe Gesetz“ und die grundrechtliche Interessenabwägung, in: FS Walter (1991) 37 (39 ff.); *Bertel*, in: Rohmer/Töpfer 191 (197).

¹⁷⁷ Vgl. z. B. *O'Donnell/Talbot-Jones*, Ecology and Society 2018/1, 7 (1 f., 6); *Bugge*, in: Voigt 3 (11); *Bertel*, in: Rohmer/Töpfer 191 (197).

Im Rahmen der sechsten Querschnittsbetrachtung wird untersucht, inwieweit Möglichkeiten zur prozessualen *Rechtsdurchsetzung* bestehen.¹⁷⁸ Angesichts des Umfangs und der Komplexität dieser Frage werden nicht alle in den untersuchten Rechtsordnungen zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe beschrieben. Stattdessen soll ein Eindruck davon gewonnen werden, welche Konsequenzen mit der Anerkennung der Rechte einhergehen,¹⁷⁹ ob grundsätzlich Rechtsbehelfe zur Verfügung stehen und welche Rechtswirkungen damit erreicht werden können.¹⁸⁰

Abschließend enthält jeder Länderbericht ein Kapitel, das Aufschluss über die Auswirkungen der untersuchten Rechtsvorschriften in der *Rechtswirklichkeit* geben soll.¹⁸¹ Mithilfe von Literatur und Onlinerecherchen soll ergründet werden, wie groß der Unterschied zwischen „geschriebenem und gelebtem Recht“ ist,¹⁸² inwieweit die RdN von der Gesetzgebung, den Behörden oder den Gerichten berücksichtigt wurden¹⁸³ und ob diese erfolgreich auf dem Rechtsweg durchgesetzt werden konnten.¹⁸⁴

c) Zur Synthese

Im dritten Teil der Arbeit werden die in den Länderberichten gewonnenen Erkenntnisse über die Ausgestaltung der RdN in den untersuchten Rechtsordnungen entlang der sechs Querschnittsbetrachtungen zusammengefasst und zueinander in Bezug gesetzt.¹⁸⁵ Dabei wird versucht, Ähnlichkeiten und Unterschiede in ihrer Ausgestaltung festzustellen und diese mithilfe des Kontexts und der Literatur zu ergründen.¹⁸⁶ Anders als bei den Länderberichten wird dabei auch jene Literatur berücksichtigt, die sich allgemein mit RdN befasst, in der also auch unabhängig von den untersuchten Rechtsquellen Überlegungen zu RdN angestellt wurden.

Ausgehend von den wesentlichsten aus der Synthese gewonnenen Erkenntnissen werden Überlegungen zur österreichischen Rechtslage, insb. zum öffentlichen

¹⁷⁸ Vgl. *Thienel*, Überlegungen zur Ausgestaltung sozialer Grundrechte, in: FS Schäffer (2006) 859 (894 ff.).

¹⁷⁹ Vgl. *Alston*, Human Rights 471.

¹⁸⁰ Zur Notwendigkeit den Untersuchungsumfang in manchen Bereichen zu beschränken s. auch *Bell*, in: Reimann/Zimmermann 1251 (1255).

¹⁸¹ Vgl. *Kischel*, Rechtsvergleichung 65.

¹⁸² *Kischel*, Rechtsvergleichung 215.

¹⁸³ Vgl. *Kischel*, Rechtsvergleichung 200.

¹⁸⁴ Vgl. *Kischel*, Rechtsvergleichung 215; *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (50).

¹⁸⁵ Zum Vorgehen allg. *Tschentscher*, Juristenzeitung 2007/17, 807 (809); betr. Zusammenfassungen *Kischel*, Rechtsvergleichung 205.

¹⁸⁶ *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung³ 11 f., 43 f.; *Kischel*, Rechtsvergleichung 204; zu Ähnlichkeiten und Unterschieden *Dannemann*, in: Reimann/Zimmermann 391 (398).

Umweltrecht in Bezug auf den Schutz der Gewässer angestellt.¹⁸⁷ Ziel ist keine rechtsvergleichende Betrachtung, die mangels Vergleichbarkeit nicht möglich ist, da es in Österreich keine RdN gibt, während in allen untersuchten Rechtsordnungen im Wesentlichen ähnliche Umweltrechtsvorschriften bestehen. Ziel ist vielmehr, ausgehend von den gewonnenen Erkenntnissen Überlegungen anzustellen, welche die Diskussion um die Frage, wie der Schutz der Umwelt verbessert werden kann, bereichern können.¹⁸⁸

Soweit auf österreichisches Recht eingegangen wird, erfolgt dies im Einklang mit den Regeln der juristischen Methodenlehre.¹⁸⁹ Die Untersuchung unionsrechtlicher Determinanten orientiert sich auch an den Auslegungsregeln des Gerichtshofes der Europäischen Union (EuGH) und den entsprechenden unionsrechtlichen Grundsätzen.¹⁹⁰ Die Auslegung des Völkerrechts erfolgt in Übereinstimmung mit den Auslegungsregeln des Völkerrechts i. S. d. Art. 31 ff. Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge.

¹⁸⁷ Zur Möglichkeit der Integration der österreichischen Rechtslage in die Synthese s. insb. *Kischel*, Rechtsvergleichung 208; vgl. auch *Tschentscher*, Juristenzeitung 2007/17, 808 (812).

¹⁸⁸ Vgl. i. w. S. *Bondolfi*, in: *Bondolfi/Lesch/Pezzoli-Olgianti* 63 (80).

¹⁸⁹ S. insb. *Rill*, Juristische Methodenlehre und Rechtsbegriff, ZfV 1985/5, 461; *Rill*, Hermeneutik des kommunikationstheoretischen Ansatzes, in: *Vetter/Potacs* (Hrsg.), Beiträge zur juristischen Hermeneutik (1990) 53; *Griller/Potacs*, Zur Unterscheidung von Pragmatik und Semantik in der juristischen Hermeneutik, in: *Vetter/Potacs* (Hrsg.), Beiträge zur juristischen Hermeneutik (1990) 66; *Korinek*, Zur Interpretation von Verfassungsrecht, in: FS Walter (1991) 363.

¹⁹⁰ Vgl. EuGH 11.9.2014, C-525/12, Kommission gegen Deutschland Rz. 43; *Potacs*, Auslegung im öffentlichen Recht: Eine vergleichende Untersuchung der Auslegungspraxis des Europäischen Gerichtshofs und der österreichischen Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (1994) 47 ff. m. w. N.; *Oppermann/Classen/Nettesheim*, Europarecht⁴ (2009) § 10 Rz. 165 ff.; *Borchardt*, Die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union⁶ (2015) § 5 Rz. 400 ff.

B. Länderberichte

I. USA

1. Kontext

a) Politisches, rechtliches und institutionelles System

Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) sind eine präsidentenrepublikanische Republik, die 50 Einzelstaaten umfasst.¹ Das Rechtssystem hat seine Wurzeln in der englischen Rechtstradition (*Common Law*), die sich von der kontinentaleuropäischen Rechtstradition (*Civil Law*) insb. darin unterscheidet, dass das Recht nicht aus abstrakten, kodifizierten Prinzipien, sondern aus Gerichtsentscheidungen (Präzedenzfälle) abgeleitet wird, die Bindungswirkung entfalten.² Nach der Unabhängigkeitserklärung wurde mit dieser Tradition insb. auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts gebrochen, indem schriftliche einzelstaatliche Verfassungen als Quelle allen staatlichen Rechts angenommen wurden.³ Deshalb weist das Rechtssystem „eigenständige Züge“ auf⁴ und wird in der Literatur auch als „gemischtes Rechtssystem“ bezeichnet.⁵

Die gesamtstaatliche Verfassung der USA ist eine der ältesten Verfassungen der Welt. Sie wurde 1787 angenommen und 1791 um zehn Zusatzartikel mit

¹ Hay, US-Amerikanisches Recht⁷ (2020) 16 f.; Haas, Die Regierungssysteme der Einzelstaaten, in: Jäger/Haas/Welz (Hrsg.), Regierungssystem der USA (2007) 459 (459); Macpherson, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (338); Friedman/Hayden, American Law: An Introduction (2017) 124.

² S. im Detail Heideking/Sterzel, Entstehung und Ausformung des Verfassungssystems, in: Jäger/Haas/Welz (Hrsg.), Regierungssystem der USA (2007) 45 (45, 63); von Mehren/Murray, Das Recht in den Vereinigten Staaten von Amerika (2008) 1, 35 f., 51 ff.; Heun, Rechtssystem und Gerichtsbarkeit, in: Jäger/Haas/Welz (Hrsg.), Regierungssystem der USA (2007) 229 (230); Heun, in: Sommermann/Schaffarzik 1657 (1659, 1661); Friedman/Hayden, American Law 36; Babeck, Einführung in das australische Recht: mit neuseeländischem Recht (2017) 2 f.; Kischel, Rechtsvergleichung 243 ff.; Postema, Law's System: The Necessity of System in Common Law, New Zealand Law Review 2014/1, 69; Hay, Recht 7 f.

³ von Mehren/Murray, Recht 6, 45 ff.; abw. Heideking/Sterzel, in: Jäger/Haas/Welz 45 (45); differenzierter Friedman/Hayden, American Law 35 ff.

⁴ Heun, in: Jäger/Haas/Welz 229 (230); Heun, in: Sommermann/Schaffarzik 1657 (1659).

⁵ Heun, in: Jäger/Haas/Welz 229 (231); Hay, Recht 5 f.; differenzierter Kischel, Rechtsvergleichung 244, 366 ff.; abw. von Mehren/Murray, Recht 60.

Grundrechten (*Bill of Rights*) ergänzt.⁶ Das Verfassungsrecht setzt sich aus der gesamtstaatlichen Verfassung und den einzelstaatlichen Verfassungen zusammen, wobei nicht nur deren Wortlaut, sondern auch ihre Umsetzung und Interpretation durch die Gerichte sowie Regierungsbeamten zu berücksichtigen ist.⁷ Die Kompetenzen sind zwischen dem Gesamtstaat und den Einzelstaaten geteilt.⁸ Im Laufe der Zeit entwickelte sich die Aufteilung zugunsten des Gesamtstaates weiter, der mittlerweile insb. unter Berufung auf Handelsangelegenheiten (*commerce*) in nahezu jeden Zuständigkeitsbereich der Einzelstaaten eingreifen kann.⁹

Sowohl der Gesamtstaat als auch die Einzelstaaten verfügen über eigene exekutive, legislative und judikative Institutionen.¹⁰ Auf gesamtstaatlicher Ebene können der Präsident (Exekutive), der Kongress (Legislative) und der Oberste Gerichtshof (Judikative) unterschieden werden.¹¹ Die Einzelstaaten sehen unterschiedliche Organisationsformen vor, die dem gesamtstaatlichen System im Wesentlichen ähneln.¹² Dem Obersten Gerichtshof des Gesamtstaates (*U.S. Supreme Court*) kommt eine besondere Bedeutung zu,¹³ da er – obwohl dies nicht in der gesamtstaatlichen Verfassung vorgesehen war – die Aufgabe übernahm, Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen auf ihre Verfassungskonformität zu überprüfen und die Verfassung und Gesetze, selbst wenn sie keine verfassungsrechtlichen Fragen aufwerfen, zu interpretieren.¹⁴ Seine Entscheidungen können nur durch ihn oder eine

⁶ *Heideking/Sterzel*, in: Jäger/Haas/Welz 45 (45, 56); *Billings*, The American Legal System (2015) 5; von *Mehren/Murray*, Recht 195 ff.; *Hay*, Recht 17; *Fisch*, Constitutional Law, in: Clark/Ansary (Hrsg.), Introduction to the Law of the United States² (2002) 53 (55 f.); *Friedman/Hayden*, American Law 45.

⁷ United States Advisory Commission on Intergovernmental Relations, State Constitutions in the Federal System. Selected Issues and Opportunities for State Initiatives (1989) 8, abrufbar unter digital.library.unt.edu/ark:/67531/metadc1442 (Stand 2.7.2024); ähnl. *Friedman/Hayden*, American Law 2 f. Zu den unterschiedlichen Verständnissen von Exekutive und Behörden s. z. B. *Kischel*, Rechtsvergleichung 192; *Heideking/Sterzel*, in: Jäger/Haas/Welz 45 (63); *Welz*, in: Jäger/Haas/Welz 69 (74 f.).

⁸ Art. I Abs. 8 Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika, angenommen am 17.9.1787; vgl. *Welz*, in: Jäger/Haas/Welz 69 (83); von *Mehren/Murray*, Recht 142 f.; *Hay*, Recht 6, 18, 22.

⁹ United States Advisory Commission on Intergovernmental Relations, State Constitutions 8; *Welz*, in: Jäger/Haas/Welz 69 (73, 83 f.); *Friedman/Hayden*, American Law 111; vgl. auch *Billings*, System; von *Mehren/Murray*, Recht 143, 152 ff., 183; *Hay*, Recht 22 f.

¹⁰ *Welz*, in: Jäger/Haas/Welz 69 (73, 84); *Sattar/Welz*, in: Jäger/Haas/Welz 247 (248); *Billings*, System 4; *Friedman/Hayden*, American Law 124 f.; von *Mehren/Murray*, Recht 142.

¹¹ *Heideking/Sterzel*, in: Jäger/Haas/Welz 45 (51, 58); von *Mehren/Murray*, Recht 142 ff.; *Hay*, Recht 8.

¹² *Heideking/Sterzel*, in: Jäger/Haas/Welz 45 (59); *Friedman/Hayden*, American Law 186; *Haas*, in: Jäger/Haas/Welz 459 (459); *Clark*, The Source of Law, in: Clark/Ansary (Hrsg.), Introduction to the Law of the United States² (2002) 35 (44); *Fisch*, in: Clark/Ansary 53 (54).

¹³ *Welz*, in: Jäger/Haas/Welz 69 (74 f.); *Heideking/Sterzel*, in: Jäger/Haas/Welz 45 (60).

¹⁴ Art. III Abs. 2 Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika; vgl. von *Mehren/Murray*, Recht 183, 191 f.; *Shell*, Der Oberste Gerichtshof, in: Jäger/Haas/Welz (Hrsg.), Regierungssystem der USA (2007) 171 (171, 174 f., 177 f.); *Heideking/Sterzel*, in: Jäger/Haas/Welz

Änderung der gesamtstaatlichen Verfassung geändert werden,¹⁵ was aufgrund der dafür erforderlichen Mehrheiten schwierig ist.¹⁶

Das Gerichtssystem ist in ein gesamtstaatliches (föderales) und ein einzelstaatliches Gerichtssystem geteilt.¹⁷ Die Zuständigkeit der einzelstaatlichen Gerichte reicht „bis zu dem Punkt, wo die föderale Verfassung, Abkommen oder föderale Gesetze etwas anderes vorschreiben“.¹⁸ Die einzelnen Gerichte sind i. d. R. für alle Materien zuständig. Sie können auch über die Verfassungskonformität von Gesetzen oder Verordnungen entscheiden und Handlungen der Verwaltung überprüfen.¹⁹ I. d. R. gibt es drei Instanzen. In erster Instanz entscheiden meist *District Courts*, in zweiter Instanz Berufungsgerichte (*Appellate Courts*, *Courts of Appeals*) und in dritter Instanz die Obersten Gerichtshöfe (*Supreme Courts*) der Einzelstaaten bzw. des Gesamtstaates (*U.S. Supreme Court*).²⁰ Gem. der *stare-decisis* sind die Gerichte an frühere Entscheidungen anderer, übergeordneter Gerichte derselben Gerichtsbarkeit bzw. ihre eigenen Entscheidungen gebunden (Präzedenz). Ein Abweichen davon ist ausschließlich in Ausnahmefällen möglich.²¹ Die Entscheidung eines Gerichts ist jedoch nur für die Parteien des jeweiligen Verfahrens und in der Gerichtshierarchie nachgeordnete Gerichte bindend.²²

Lokale Gebietskörperschaften werden in der gesamtstaatlichen Verfassung nicht erwähnt. Ihr Rechtsstatus und ihr örtlicher und sachlicher Zuständigkeitsbereich

45 (52, 60); *Welz*, in: Jäger/Haas/Welz 69 (74 f.); *Tushnet*, *Comparative Constitutional Law*, in: Reimann/Zimmermann (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Law*² (2019) 1194 (1208); *Hay*, *Recht* 16, 27 f.; *Fisch*, in: Clark/Ansay 53 (57 f.).

¹⁵ *Tushnet*, in: Reimann/Zimmermann 1194 (1210).

¹⁶ *Heideking/Sterzel*, in: Jäger/Haas/Welz 45 (59, 61, 64); *Friedman/Hayden*, *American Law* 187; *Hay*, *Recht* 21 f.; *Junker*, *US-Umweltrecht aus dem Ausland betrachtet*, in: *Junker* (Hrsg.), *US-Rechtspraxis* (2018) 417 (423).

¹⁷ *Friedman/Hayden*, *American Law* 55; *Heun*, in: Jäger/Haas/Welz 229 (239); *Welz*, in: Jäger/Haas/Welz 69 (85); *Billings*, *System* 4; *von Mehren/Murray*, *Recht* 144.

¹⁸ *von Mehren/Murray*, *Recht* 156, 144, 159; *Hay*, *Recht* 55 f.; abw. *Heun*, in: Jäger/Haas/Welz 229 (232); *Kischel*, *Rechtsvergleichung* 296.

¹⁹ *von Mehren/Murray*, *Recht* 210; *Hay*, *Recht* 42, 47 ff.; *Heun*, in: Jäger/Haas/Welz 229 (234); *Haley*, *Administrative Law*, in: Clark/Ansay (Hrsg.), *Introduction to the Law of the United States*² (2002) 97 (100, 106 ff.); *Tushnet*, in: Reimann/Zimmermann 1194 (1208); *Kischel*, *Rechtsvergleichung* 203, 293; *Friedman/Hayden*, *American Law* 118 ff.; *Perlingeiro*, *Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Lateinamerika*, in: Sommermann/Schaffarzik (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa* (2019) 1693 (1695 f.); *Heun*, in: Sommermann/Schaffarzik 1657 (1677 f.).

²⁰ *von Mehren/Murray*, *Recht* 156 ff.; *Hay*, *Recht* 51 f., 54 f.; *Heun*, in: Jäger/Haas/Welz 229 (234 ff.); *Billings*, *System* 4; *Tushnet*, in: Reimann/Zimmermann 1194 (1208); *Kischel*, *Rechtsvergleichung* 294 f.

²¹ *von Mehren/Murray*, *Recht* 10 ff.; *Billings*, *System* 18, 46 f., 53 f., 57 f.; *Friedman/Hayden*, *American Law* 57 ff., 72 ff.; *Kischel*, *Rechtsvergleichung* 256, 258; *Hay*, *Recht* 8; *Clark*, in: Clark/Ansay 35 (38).

²² *von Mehren/Murray*, *Recht* 211 f.

wurden durch die Einzelstaaten festgelegt.²³ Sie können u. a. in Gemeinden (*towns, townships, boroughs*), Städte (*municipalities, cities*) und Kreise (*counties*) unterschieden werden.²⁴ Sie verfügen über keine Selbstverwaltungsgarantie.²⁵ Während in einigen Einzelstaaten keine lokale Rechtsvorschrift ohne Zustimmung des Einzelstaats erlassen werden darf (*Dillon's Rule*),²⁶ können in anderen Einzelstaaten größeren Städte und Gemeinden „ein weitreichendes Maß an Autonomie“ erlangen (*Home Rule*).²⁷ Auch direktdemokratische Instrumente wurden in vielen einzelstaatlichen Verfassungen vorgesehen.²⁸

Die über 570 anerkannten indigenen Völker (*Federally Recognized Tribes*, die sich auch als *Nations* oder *Bands* bezeichnen) haben ein Recht auf Selbstregierung sowie eigene legislative und judikative Kompetenzen. Ihre Reservate sind gesamtstaatliches Territorium und unterliegen nicht dem Recht der Einzelstaaten und der gesamtstaatlichen Verfassung. Lediglich der gesamtstaatliche Kongress kann ihre Rechte beschränken oder aufheben.²⁹ Sie haben das Recht, das Land in ihren Reservaten ausschließlich zu besitzen und dessen natürliche Ressourcen einschließlich Bodenschätze und Wasser zu nutzen. Der Abbau von Bodenschätzen kann nur mit ihrer Zustimmung erfolgen.³⁰

²³ Welz, in: Jäger/Haas/Welz 69 (74); Clark, in: Clark/Ansary 35 (47).

²⁴ Vgl. Welz, in: Jäger/Haas/Welz 69 (74); Hay, Recht 29.

²⁵ Welz, in: Jäger/Haas/Welz 69 (74).

²⁶ Schromen-Wawrin/Newman, Nature's Rights through Lawmaking in the United States, in: La Follette/Maser (Hrsg.), Sustainability and the Rights of Nature in Practice (2020) 331 (336 f., 345 f.); Linzey/Campbell, We the People: Stories From the Community Rights Movement in the United States (2016) 98; Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 37.

²⁷ Welz, in: Jäger/Haas/Welz 69 (74); Kauffman/Martin, Politics 167; betr. Ohio s. *Man-nard*, Lake Erie Bill of Rights Struck down: Why the Rights of Nature Movement Is Nonviable Legislative Strategy for Municipalities Plagued by Pollution, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (60); vgl. Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 37.

²⁸ Heideking/Sterzel, in: Jäger/Haas/Welz 45 (62); Haas, in: Jäger/Haas/Welz 459 (480 f.); Friedman/Hayden, American Law 86.

²⁹ Zur Liste der anerkannten Völker s. www.federalregister.gov/documents/2021/01/29/2021-01606/indian-entities-recognized-by-and-eligible-to-receive-services-from-the-united-states-bureau-of-land-management (Stand 2. 7. 2024); vgl. Göcke, Indigene Landrechte im internationalen Vergleich (2016) 334, 348, 417, 534 ff.; Macpherson, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (341); Lillquist/Warner, California Law Review 2023/2, 325 (328 f., 364 ff.); White, Indigenous Peoples, the International Trend Toward Legal Personhood for Nature, and the United States, American Indian Law Review 2018/1, 129 (130); Anaya, Report of the Special Rapporteur of the Rights of Indigenous Peoples on the Situation of Indigenous Peoples in the United States of America, Arizona Journal of International and Comparative Law 2015/1, 51 (53, 56); Hay, Recht 7, 31; Kauffman/Martin, Politics 176 f.

³⁰ Tw. bestehen solche Nutzungsrechte aufgrund von historischen Verträgen auch außerhalb von Reservaten, s. Göcke, Landrechte 334 m. w. N., 414, 444 f.

Die USA rangierten im Jahr 2023 auf Platz 29 im Demokratieindex der Zeitschrift *The Economist* und wurden als „unvollständige Demokratie“ bewertet.³¹

b) Umwelt- und Gewässerschutz

Viele Innovationen im Umweltrecht – wie etwa Umweltverträglichkeitsprüfungen, der Zugang zu Umweltinformationen, Nationalparks oder die Umwelthaftung – haben ihre Ursprünge in den USA.³² Zwar enthält die gesamtstaatliche Verfassung keine Bezugnahmen auf den Umwelt- oder Gewässerschutz, der Oberste Gerichtshof sprach dem Gesamtstaat jedoch die Gesetzgebungs- und Vollzugskompetenz in diesen Bereichen zu.³³ So enthält der *Clean Water Act*³⁴ des Gesamtstaates allgemeine Qualitätsstandards für schiffbare Gewässer und Vorgaben für die Einleitung von Schadstoffen und der *Safe Drinking Water Act*³⁵ Bestimmungen zur Erhaltung der Trinkwasserqualität. Mit der Umsetzung dieser Gesetze wurde die gesamtstaatliche Umweltbehörde (*US Environmental Protection Agency, EPA*) betraut.³⁶ Kommt sie ihrer Aufgabe nicht nach, können Bürger:innen die Gerichte anrufen, wobei i. d. R. eine persönliche Betroffenheit nachzuweisen ist.³⁷ Sie kann den Ein-

³¹ www.economist.com/graphic-detail/2024/02/14/four-lessons-from-the-2023-democracy-index (Stand 2.7.2024).

³² *Yang/Percival*, *Ecology Law Quarterly* 2009/3, 615 (617 f.); betr. Umwelthaftung vgl. *Hinteregger/Kerschner*, Einführung, in: *Hinteregger/Kerschner* (Hrsg.), *Bundes-Umwelthaftungsgesetz* (2011) Rz. 3 ff.

³³ *Junker*, in: *Junker* 417 (423 f., 433); *Salzman*, *United States of America*, in: *Lees/Viñuales* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Environmental Law* (2019) 374 (376); *Shelton*, *Human Rights and the Environment: Problems and Possibilities*, *Environmental Policy and Law* 2008/1-2, 41 (44) m. w. N.; *Atapattu/Schapper*, *Human Rights* 159, 182; *Tarlock*, *Safe Drinking Water: A Federalism Perspective*, *William and Mary Environmental Law and Policy Review* 1997/1, 233 (248 f.); *Guim/Livermore*, *Virginia Law Review* 2021/7, 1347 (1355); *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (338).

³⁴ *Clean Water Act*, veröffentlicht im *United States Code, Supplement 1, Title 33 – Navigation and Navigable Waters* § 1251 am 1.3.1972.

³⁵ *Safe Drinking Water Act*, veröffentlicht im *United States Code, Supplement 1, Title 42 – The Public Health and Welfare* § 300f. am 16.12.1974; vgl. *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (338 f.); *Tarlock*, *William and Mary Environmental Law and Policy Review* 1997/1, 233 (241 f.).

³⁶ *Tarlock*, *William and Mary Environmental Law and Policy Review* 1997/1, 233 (240); *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (339); *Salzman*, in: *Lees/Viñuales* 374 (380 f.).

³⁷ *Shell*, in: *Jäger/Haas/Welz* 171 (175); *Heun*, in: *Sommermann/Schaffarzki* 1657 (1683 f.); *Schaefer*, *The Standing of Nature: The Delineated Natural Ecosystem Proxy*, *George Washington Journal of Energy and Environmental Law* 2018/2, 70 (72 ff.); *Staker*, *Should Chimpanzees Have Standing?*, *The Case for Pursuing Legal Personhood for Non-Human Animals*, *Transnational Environmental Law* 2017/2, 485 (488); *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (342); *Babcock*, *A Brook with Legal Rights: The Rights of Nature in Court*, *Ecology Law Quarterly* 2016/1, 1 (8); *Stone*, *Umwelt* 33 f.; *Healy*, *Fluid Standing: Incorporating the Indigenous Rights of Nature Concept into Collaborative Management of the Colorado River Ecosystem*, *Colorado Natural Resources, Energy & En-*

zelstaaten weiters bestimmte Kompetenzen übertragen, was zur Folge hat, dass diesen – auch gegenüber gesamtstaatlichen Gesetzen – ein Durchsetzungsvorrang zukommt.³⁸ Der Umwelt- und Gewässerschutz ist deshalb auf vielen verschiedenen Ebenen geregelt.³⁹ Auch in den Einzelstaaten existieren den Gewässerschutz betreffende Gesetze, und auf lokaler Ebene kann es entsprechende Verordnungen geben.⁴⁰ Die Wasserverteilung und -nutzung wird entweder nach der *doctrine of prior appropriation* geregelt, wonach ältere Wassernutzungsberechtigte Vorrang haben, oder nach der *doctrine of riparian rights*, wonach Wassernutzungsrechte mit dem Grundbesitz verbunden sind.⁴¹ Die beiden Systeme unterscheiden sich insb. in den Fragen, wann Nutzungsrechte verloren gehen und wer im Falle von Trockenheit Vorrechte genießt.⁴² Davon unabhängig und in den Einzelstaaten sehr unterschiedlich geregelt ist die Grundwassernutzung.⁴³ In den Reservaten ist das Wassernutzungsrecht insb. hinsichtlich der Grundwassernutzung sowie des Verhältnisses zu bestehenden „Vorrechten“ konfliktbehaftet.⁴⁴

c) Entstehungsgeschichte der „Rechte der Natur“

Als Ausgangspunkt für die Entwicklung der RdN in den USA und i. w. F. der ganzen Welt wird überwiegend die Rechtssache *Sierra Club v. Morton* betrachtet, die im Jahr 1972 vom Obersten Gerichtshof des Gesamtstaates entschieden wurde.⁴⁵ Gegenstand des Verfahrens war die Klage der Umweltorganisation *Sierra Club* gegen die Genehmigung eines von *Walt Disney* geplanten Skigebiets im kalifornischen *Mineral King* Tal.⁴⁶ Die „zentrale Rechtsfrage“ bezog sich darauf, ob die

vironmental Law Review 2019/2, 327 (329, 338 f.); *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1355 f.).

³⁸ *Junker*, in: *Junker* 417 (423 f., 433).

³⁹ *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (338).

⁴⁰ *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (339) m. w. N.

⁴¹ *Donohew*, Property rights and western United States water markets, The Australian Journal of Agricultural and Resource Economics 2009/1, 85 (89 ff.); *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (339 f.); zur *doctrine of prior appropriation* s. auch *O'Donnell*, Rivers 92, 96 f.; *Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, Ecology Law Quarterly 2018/4, 787 (822).

⁴² *Donohew*, The Australian Journal of Agricultural and Resource Economics 2009/1, 85 (89 ff.); *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (340 f.) m. w. N.; *O'Donnell*, Rivers 98.

⁴³ *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (341) m. w. N.; *O'Donnell*, Rivers 96.

⁴⁴ *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (341).

⁴⁵ *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13); *Beacher*, How Trees Get Standing: An Incremental Approach to Rights of Nature Advocacy, Environmental Claims Journal 2021/2, 91 (92); *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (461); *J. Weber*, Erde 10 f.

⁴⁶ *Margil*, The Standing of Trees: Why nature needs legal rights, World Policy Journal 2017/2, 8 (9); *Stone*, Umwelt 108; *Healy*, Colorado Natural Resources, Energy & Environ-

Umweltorganisation eine ausreichende Rechtsverletzung geltend machen kann,⁴⁷ um gem. der vom Obersten Gerichtshof entwickelten *standing-doctrine* eine solche Klage erheben zu dürfen.⁴⁸ Anlässlich des Verfahrens veröffentlichte Christopher D. Stone einen Artikel mit dem Titel *Should Trees Have Standing?*,⁴⁹ worin er den Vorschlag unterbreitete, „den Wäldern, Ozeanen, Flüssen und anderen sogenannten ‚Naturobjekten‘ – ja, der natürlichen Umwelt insgesamt – eigene Rechte zu verleihen“.⁵⁰ Er schlug vor, diese mit einem Katalog von einigen, mit gewissen Einschränkungen absoluten konstitutiven Rechten auszustatten, die „in legislativer und administrativer Hinsicht durchgesetzt werden, zum Beispiel durch die Schaffung von Qualitätsrichtlinien für die Umwelt“.⁵¹ Sobald eine Gefährdung des Naturobjekts bemerkt werde, solle sich – wie auch bei Unternehmen und Nichtgeschäftsfähigen – ein:e Rechtsvertreter:in oder Vormund:in wie z. B. eine Umweltorganisation an ein Gericht wenden können.⁵² Diese:r könne „in anthropozentrischer Sichtweise“ auch als „Vormund von noch nicht geborenen Generationen [...] bzw. als Vormund von noch nicht repräsentierten, aber gleichwohl über eine größere Entfernung hinweg geschädigten, derzeit lebenden Menschen“ betrachtet werden.⁵³

Ein Richter des Obersten Gerichtshofes, Justice William Douglas, griff Stones Idee auf und sprach sich in einer „abweichenden Meinung“ (*dissenting opinion*) zum Urteil dafür aus, „unbelebten Objekten“ eine Klagebefugnis (*standing*) zu verleihen, um „ihren eigenen Schutz einzuklagen“.⁵⁴ Eine „abweichende Meinung“ hat keine

mental Law Review 2019/2, 327 (338); *McKeown*, The Trees Are Still Standing: The Back-story of Sierra Club v. Morton, Journal of Supreme Court History 2019/2, 189 (192 ff.); *Vallejo Galárraga*, in: Jendroska/Bar 341 (345).

⁴⁷ *Burdon/Williams*, in: Fisher 196 (197); *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (142).

⁴⁸ *Tushnet*, in: Reimann/Zimmermann 1194 (1213); *Schaefer*, George Washington Journal of Energy and Environmental Law 2018/2, 70 (72); *Fisch*, in: Clark/Ansary 53 (60 f.); *Haley*, in: Clark/Ansary 97 (107 f.); vgl. tw. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 33.

⁴⁹ *Burdon/Williams*, in: Fisher 196 (196); *Pavlik*, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (8); *Darpo*, Nature 11; *Gutmann*, Rechtssubjektivität 85.

⁵⁰ *Stone*, Umwelt 29; vgl. *Vallejo Galárraga*, in: Jendroska/Bar 341 (344). S. jedoch bereits den 1964 veröffentlichten Aufsatz von *Morris*, Journal of Legal Education 1965/2, 185 (189).

⁵¹ *Stone*, Umwelt 57, 63.

⁵² *Stone*, Umwelt 39 f.; vgl. *Babcock*, Ecology Law Quarterly 2016/1, 1 (5); tw. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 32 f.

⁵³ *Stone*, Umwelt 49.

⁵⁴ U.S. Supreme Court 19.4.1972, *Sierra Club v. Morton*, 405 U.S. 727, *742; vgl. *Stone*, Umwelt 93, 109; *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13); *Staker*, Transnational Environmental Law 2017/2, 485 (490); *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (333); *McKeown*, Journal of Supreme Court History 2019/2, 189 (203 f.); *Pavlik*, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (8); *Schoukens*, Journal for European Environmental & Planning Law 2018, 309 (311); *Mannard*, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (47); *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (142); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 32.

Bindungswirkung, kann aber einen Bezugspunkt für zukünftige Argumente darstellen.⁵⁵ Der Richter verwies darauf, dass „[u]nbelebte Objekte“, wie Schiffe oder Unternehmen, „manchmal Verfahrensparteien“ sind,⁵⁶ und hielt wie Stone Umweltorganisationen für geeignete Vertreter:innen.⁵⁷ Die Mehrheit der Richter:innen wies die Klage von *Sierra Club* hingegen mangels konkreter Rechtsverletzung (*injury in fact*) zurück.⁵⁸ Davon abweichend schlug ein weiterer Richter in einer „abweichenden Meinung“ die Erweiterung der Klagebefugnis von Umweltorganisationen vor.⁵⁹

Stones Idee wurde in den folgenden Jahrzehnten von den Gerichten nicht weiter aufgegriffen.⁶⁰ Stattdessen scheiterten viele Umweltschutzklagen an fehlenden Klagebefugnissen⁶¹ und dem hohen (verfassungs-)rechtlichen Schutz, den Unternehmen in den USA genießen.⁶² In der Literatur wird berichtet, dass lokale Bewegungen versuchten, dem etwas entgegenzusetzen und sich vor den überwiegend von Unternehmen verursachten Umweltverschmutzungen zu schützen.⁶³ Dabei spielte

⁵⁵ von *Mehren/Murray*, Recht 9; *Shell*, in: Jäger/Haas/Welz 171 (174).

⁵⁶ U.S. Supreme Court 19.4.1972, *Sierra Club v. Morton*, 405 U.S. 727, *742; vgl. *Healy*, *Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review* 2019/2, 327 (339); *McKeown*, *Journal of Supreme Court History* 2019/2, 189 (205); *Vallejo Galárraga*, in: *Jendroska/Bar* 341 (346 f.).

⁵⁷ *Babcock*, *Ecology Law Quarterly* 2016/1, 1 (5).

⁵⁸ U.S. Supreme Court 19.4.1972, *Sierra Club v. Morton*, 405 U.S. 727, *741; vgl. *Stone*, *Umwelt* 109; *Burdon/Williams*, in: *Fisher* 196 (197); *Staker*, *Transnational Environmental Law* 2017/2, 485 (490); *Babcock*, *Ecology Law Quarterly* 2016/1, 1 (8); *Healy*, *Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review* 2019/2, 327 (338); *McKeown*, *Journal of Supreme Court History* 2019/2, 189 (201 ff.); *Pavlik*, *Wicazo Sa Review* 2015/1, 7 (129); *Vallejo Galárraga*, in: *Jendroska/Bar* 341 (346); *Darpö*, *Nature* 11; *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 86.

⁵⁹ U.S. Supreme Court 19.4.1972, *Sierra Club v. Morton*, 405 U.S. 727, *757; vgl. *Boyd*, *Nature* 105; *McKeown*, *Journal of Supreme Court History* 2019/2, 189 (207).

⁶⁰ *Schromen-Wawrin/Newman*, in: *La Follette/Maser* 331 (334); *Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, *Ecology Law Quarterly* 2018/4, 787 (789); *Huneus*, *Wisconsin Law Review* 2022/1, 133 (143).

⁶¹ *Boyd*, *Nature* 124 f.; *Linzey/Campbell*, *People* 33; *Schromen-Wawrin/Newman*, in: *La Follette/Maser* 331 (333 f.); *Huneus*, *Wisconsin Law Review* 2022/1, 133 (143).

⁶² *Gordon*, *Columbia Journal of Environmental Law* 2018/1, 49 (59 f.) m. w. N.; *Sheehan*, *New Zealand Journal of Public and International Law* 2015/1, 89 (102); *Linzey/Campbell*, *People* 76; *Margil*, in: *Burdon* 249 (251); *Boyd*, *Natural Resources & Environment* 2018/4, 13 (15); *Humphreys*, *Journal of International Relations and Development* 2017/3, 459 (463); *Burdon/Williams*, in: *Fisher* 196 (200); *Friedman/Hayden*, *American Law* 49, 152; *Grear*, *Law and Critique* 2015/3, 225 (243 f.).

⁶³ *Gordon*, *Columbia Journal of Environmental Law* 2018/1, 49 (59 f.); *Linzey/Campbell*, *People* 13, 57, 103; *Dancer*, *The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law* 2021/1, 21 (27); *Schromen-Wawrin/Newman*, in: *La Follette/Maser* 331 (340, 343); *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (330, 352); *Margil*, in: *Maloney/Burdon* 149 (153); *Boyd*, *Nature* 114; *Rodrigues*, *Localising 'the rights of nature': a critical discourse analysis*, *Green Letters* 2014/2, 170 (173, 177); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 34.

auch die im Jahr 1995 von Umweltschützern gegründete Organisation Community Environmental Legal Defense Fund (CELDF) eine zentrale Rolle, die sich für bessere Umweltgesetze und die Stärkung von lokalen Gemeinschaften gegenüber industriellen Aktivitäten einsetzte, indem sie ihnen Trainings sowie rechtliche Unterstützung anbot.⁶⁴ Die Krankenschwester Cathy Mirelli aus der Gemeinde Tamaqua im Einzelstaat Pennsylvania soll aus Sorge vor geplanten Klärschlammabbringungen und steigenden Krebsraten in der Region an einem dieser Trainings teilgenommen haben und damit den Anstoß dafür gegeben haben, dass die Gemeinde im Jahr 2006 eine Verordnung annahm, die in der Literatur häufig als erste rechtliche Anerkennung von RdN bezeichnet wird. Darin wurden der Natur zwar noch keine konkreten Rechte gewährt,⁶⁵ jedoch wurde festgelegt, dass „natürliche Gemeinschaften und Ökosysteme“ für die Durchsetzung ihrer „bürgerlichen Rechte“ als „Personen“ anzusehen sind und Unternehmen nicht befugt sind, „ihre Existenz und Gedeihen“ zu beeinträchtigen.⁶⁶

Weniger Beachtung findet in der Literatur jene Tatsache, dass die Navajo Nation bereits 2002 RdN in ihre Gesetzessammlung, den Navajo Nation Code, aufgenommen und damit bereits vor Tamaqua Borough eine Rechtsvorschrift mit RdN erlassen hatte. Die RdN wurden darin als Teil ihres Gewohnheitsrechts kodifiziert, wonach „[j]ede Kreation (*creation*), von Mutter Erde und Vater Himmel bis zu den Tieren, jenen die im Wasser leben, jenen die fliegen und die Pflanzenwelt ihre eigenen Gesetze und die Rechte und Freiheiten zu existieren“ haben.⁶⁷

Seit 2006 wurden mehrere Dutzend Rechtsakte mit RdN auf lokaler Ebene angenommen.⁶⁸ Insb. in den ersten Jahren wurden die Rechtsquellen auch *community*

⁶⁴ *Kauffman/Martin*, Politics 68 ff., 164 f.; *Jones Moutrie*, The Rights of Nature Movement in the United States: Community Organizing, Local Legislation, Court Challenges, Possible Lessons and Pathways, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (10 f.); *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (143); *White*, American Indian Law Review 2018/1, 129 (155); *Iorns Magallanes*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* 216 (217); *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (178); *Rawson/Mansfield*, Nature and Space 2018/1, 99 (110).

⁶⁵ A. A. *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (357), wonach das Verbot, die „Existenz und das Gedeihen [...] nicht zu beeinträchtigen“, ein materielles Recht darstellt.

⁶⁶ § 7.6 Tamaqua-VO 2006; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 69 f.; *Cullinan*, in: *Burdon* 230 (234); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13); *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (463); *Margil*, in: *Maloney/Burdon* 149 (153); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (46); *Pavlik*, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (15); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (6 f.); *Mannard*, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (52); *Darpö*, Nature 12; *Gutmann*, Rechtssubjektivität 88; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 35; *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (357).

⁶⁷ Title 1 § 205 Navajo Nation Code; vgl. *Pavlik*, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (24); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (42); *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (138 f.).

⁶⁸ Vgl. *Spitz/Peñalver*, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (70); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13 ff.); *Boyd*, Nature 127; *Sheehan*, New Zealand Journal of Public and International Law 2015/1, 89 (101); *Schromen-Wawrin/Newman*, in: *La*

*bill of rights*⁶⁹ genannt und stets in Reaktion auf umweltschädigende Unternehmensaktivitäten angenommen.⁷⁰ Diese Rechtsquellen sind sehr ähnlich ausgestaltet:⁷¹ Sie enthalten i.d.R. nicht nur RdN, sondern gewähren sowohl der lokalen Bevölkerung als auch Bestandteilen der Natur konkrete Rechte, während sie die Rechte von Unternehmen beschränken.⁷² Dass RdN ebenfalls in diese Rechtsquellen aufgenommen wurden, ist Mitarbeiter:innen von CELDF zufolge auf die Inspiration durch Stone zurückzuführen und stellte den Versuch dar, den Rechten von Unternehmen etwas entgegenzusetzen.⁷³ Die jüngeren, seit 2017 angenommenen Rechtsakte weichen von diesem Konzept zunehmend ab. Sie haben oft nur noch RdN zum Inhalt und enthalten meist keine Bezüge mehr zu unternehmerischen Tätigkeiten.⁷⁴ Viele dieser jüngeren Rechtsquellen wurden von anerkannten indigenen Völkern angenommen.⁷⁵

Follette/Maser 331 (337); *Margil*, World Policy Journal 2017/2, 8 (9); *Margil*, in: Maloney/Burdon 149 (153); *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (173); *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (43); *Kauffman/Martin*, Politics 61, 163; *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (134); *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (354). Über 100 Rechtsquellen sind es hingegen gem. *Putzer/Lambooy/Jeurissen/Kimc*, Journal of Maps 2022/1 (89); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (9).

⁶⁹ Die Bezeichnung ist auf CELDF zurückzuführen und wurde für Verordnungen verwendet, die Unternehmensaktivitäten auf lokaler Ebene einschränken sollten – auch als diese noch keine RdN enthielten, s. *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (172 f.); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (7); *Kauffman/Martin*, Politics 164 f.; *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (375 f.); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (14); *Boyd*, Nature 115 f., 122 f., 127; *Linzey/Campbell*, People 53, 77, 91; *Burdon/Williams*, in: Fisher 196 (200).

⁷⁰ Vgl. *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13); *Gordon*, Columbia Journal of Environmental Law 2018/1, 49 (60); *Sheehan*, New Zealand Journal of Public and International Law 2015/1, 89 (101); *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (173, 176); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (9); *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 34 ff.; *Petel*, Transnational Environmental Law 2024/1, 12 (20).

⁷¹ Vgl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (43).

⁷² Vgl. *Linzey/Campbell*, People 103; *Sheehan*, New Zealand Journal of Public and International Law 2015/1, 89 (101); *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (174, 177 f.); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (7 ff., 12 f., 53); *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 36 f.

⁷³ *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (143 f.).

⁷⁴ Vgl. *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (22); *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (150, 159).

⁷⁵ Vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 176 ff.; *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (154).

2. Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem

a) Allgemeines zum Rechtssystem

Die Stellung der verschiedenen Rechtsquellen im US-amerikanischen Rechtssystem wird in der Literatur unterschiedlich beschrieben. Im Wesentlichen lässt sich festhalten, dass die gesamtstaatliche Verfassung gem. der *supremacy clause* als höchste Rechtsquelle betrachtet wird, gefolgt von gesamtstaatlichen Gesetzen (*statutes, federal laws*) und internationalen Verträgen, Verordnungen (*regulations*) und Verfügungen (*executive orders*) sowie gesamtstaatlichem Richterrecht. Diesen nachgeordnet sind die Verfassungen, Gesetze, Verordnungen und das Richterrecht der Einzelstaaten. Beiden nachgeordnet ist lokales Recht, wozu lokale Verordnungen (*ordinances*) zählen.⁷⁶ Aufgrund der weitreichenden Überprüfungskompetenzen der Gerichte, die auch das Verfassungsrecht umfassen, haben Gerichtsentscheidungen jedoch insb. in allen unmittelbar verfassungsrechtlich geregelten Angelegenheiten Vorrang vor der Gesetzgebung.⁷⁷ Die gesamtstaatlichen Gerichte können einzelstaatliche und lokale Rechtsvorschriften für verfassungswidrig oder mit gesamtstaatlichen Gesetzen unvereinbar erklären.⁷⁸ Zudem kann höherrangiges Recht einzelstaatliche Gesetze oder lokale Rechtsvorschriften ganz oder teilweise ändern oder ersetzen (*preemption*).⁷⁹

b) Zur Auswahl der untersuchten Rechtsquellen

In der Literatur wurden unterschiedliche Angaben darüber gemacht, wie viele Rechtsvorschriften mit RdN in den USA angenommen wurden.⁸⁰ Eine vollständige Liste konnte nicht ausfindig gemacht werden.⁸¹ Die Auswahl der zu untersuchenden Rechtsquellen wurde mithilfe von Sekundärliteratur⁸² und Onlinerecherchen zu-

⁷⁶ Art. VI Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika; *Clark*, in: *Clark/Ansary* 35 (36 f., 48); *Fisch*, in: *Clark/Ansary* 53 (57 f.); *Heun*, in: *Jäger/Haas/Welz* 229 (230); *Friedman/Hayden*, *American Law* 183; *Zartner*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (9); *von Mehren/Murray*, *Recht* 17 ff.; *Hay*, *Recht* 6; *Welz*, in: *Jäger/Haas/Welz* 69 (77, 83 f.); *Billings*, *System* 4; *Boyd*, *Nature* 125.

⁷⁷ *von Mehren/Murray*, *Recht* 7; *Clark*, in: *Clark/Ansary* 35 (37); *Fisch*, in: *Clark/Ansary* 53 (54 f.).

⁷⁸ Vgl. *Billings*, *System* 4; *Heideking/Sterzel*, in: *Jäger/Haas/Welz* 45 (60). Diese Befugnis der gesamtstaatlichen Gerichte ist in der Literatur umstritten, s. *Kischel*, *Rechtsvergleichung* 203.

⁷⁹ *Welz*, in: *Jäger/Haas/Welz* 69 (76 f., 90); *Billings*, *System* 4.

⁸⁰ B. Fn. 68.

⁸¹ Vgl. *Bleby*, *University of Western Australia Law Review* 2020/1, 33 (43 Fn. 45).

⁸² S. insb. *Boyd*, *Nature* 114; *Gordon*, *Columbia Journal of Environmental Law* 2018/1, 49 (58 f.); *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (46); *Kauffman/Martin*, *Politics*; *Linzey/Campbell*, *People*; *Schromen-Wawrin/Newman*, in: *La Follette/Maser* 331 (343); *Guim/Livermore*, *Virginia Law Review* 2021/7, 1347 (1359 f.); *Putzer/Lambooy/Jeu-*

sammengetragen, insb. mithilfe des *harmony with nature*-Programms der UNO⁸³ sowie Übersichten von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die zu diesem Thema arbeiten.⁸⁴ Untersucht wurden nur jene Rechtsquellen, die – soweit dies beurteilt werden kann – gem. eines anerkannten Rechtserzeugungsverfahrens angenommen wurden. Nicht berücksichtigt wurden Entwürfe, unverbindliche Erklärungen – wie z. B. auf Gemeindeebene angenommene Beschlüsse (*resolutions*) – sowie Rechtsakte, über deren Annahme es zwar Berichte gibt, die aber nicht aufgefunden werden konnten. Der nachfolgenden Untersuchung konnten folglich 71 Rechtsquellen zugrunde gelegt werden. Eine vollständige Übersicht ist dem Rechtsquellenverzeichnis zu entnehmen.

c) Stellung der untersuchten Rechtsquellen im Rechtssystem

Die meisten untersuchten Rechtsquellen wurden auf lokaler Ebene angenommen,⁸⁵ am häufigsten von Gemeinden, gelegentlich auch von Städten⁸⁶ oder Kreisen.⁸⁷ Acht Rechtsquellen wurden hingegen von anerkannten indigenen Völkern angenommen und weisen damit einen regionalen bzw. überregionalen Geltungsbereich auf.⁸⁸ Die Rechtsform für Rechtsquellen auf lokaler Ebene ist in den einzelstaatlichen Verfassungen vorgegeben. I. d. R. wurden Verordnungen (*ordinances*)

rissen/Kimc, *Journal of Maps* 2022/1, 89; Lillquist/Warner, *California Law Review* 2023/2, 325 (354 Fn. 205); Bookman, *Natural Resources & Environment* 2023/4, 4 (4 ff.).

⁸³ www.harmonywithnatureun.org/rightsOfNature (Stand 2. 7. 2024).

⁸⁴ CELDF, celdf.org/rights-of-nature/timeline; Center for Democratic and Environmental Rights (CDER), www.centerforenvironmentalrights.org/rights-of-nature-law-library; Community Rights US, communityrights.us/community-rights-ordinance-campaigns-across-the-us/ordinances-by-state; s. weiters ecojurisprudence.org/dashboard (jeweils Stand 2. 7. 2024).

⁸⁵ Vgl. Gordon, *Columbia Journal of Environmental Law* 2018/1, 49 (58); Sheehan, *New Zealand Journal of Public and International Law* 2015/1, 89 (101); Margil, in: Maloney/Burdon 149 (153); Jones Moutrie, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (6).

⁸⁶ Pittsburgh (Pennsylvania); Athens, Broadview Heights, Oberlin, Toledo und Waterville (Ohio); Lafayette (Colorado); Santa Cruz und Santa Monica (California), Las Vegas (New Mexico); vgl. Boyd, *Natural Resources & Environment* 2018/4, 13 (13, 15); Spitz/Penalver, *Harvard Environmental Law Review* 2021/1, 67 (87); Krämer, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (59); Margil, in: Maloney/Burdon 149 (154); Linzey/Campbell, *People* 54; Macpherson, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (345); Zartner, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (26); Jones Moutrie, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (6, 8, 23, 50); Mannard, *Buffalo Environmental Law Journal* 2021/1, 39 (53); Kauffman/Martin, *Politics* 172; Wagner/Bergthaler/Krämer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 35.

⁸⁷ Lincoln County (Oregon), Mendocino County (California), Mora County (New Mexico), Orange County (Florida); vgl. Jones Moutrie, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (6); Boyd, *Nature* 127.

⁸⁸ Navajo Nation (Utah, Arizona, New Mexico), Menominee Tribe (Wisconsin); Nez Perce Tribe (Idaho); Ponca Tribe (Oklahoma); White Earth Band of Ojibwe (Minnesota); Yurok Tribe (California); vgl. Zartner, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (25); Macpherson, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (346 f.).

angenommen.⁸⁹ Verordnungen können sowohl von gewählten Mandatar:innen als auch von Bürger:innen vorgeschlagen werden und sind i. d. R. Gegenstand eines öffentlichen Informations- und Anhörungsverfahrens, bevor sie zur Abstimmung gebracht werden.⁹⁰ In den Gemeinden State College und West Chester (Pennsylvania), den Städten Toledo (Ohio) und Lafayette (Colorado) sowie im Kreis Orange (Florida) wurde die lokale Verfassung (*charter*) ergänzt.⁹¹ Lokale Verfassungen sind lediglich in manchen Einzelstaaten erlaubt und ermöglichen ein höheres Maß an Autonomie.⁹² Die Gemeinden Grant und Highland (Pennsylvania) erarbeiteten sogar eigens sog. *home rule charters*, nachdem ihre Verordnungen mit RdN wegen Überschreitung ihrer Befugnisse gerichtlich aufgehoben wurden.⁹³ Einige der untersuchten Rechtsakte wurden mithilfe direktdemokratischer Instrumente wie z. B. *initiatives* zur Abstimmung gebracht.⁹⁴

⁸⁹ Vgl. z. B. *Boyd*, *Natural Resources & Environment* 2018/4, 13 (14); *Linzey/Campbell*, *People* 50; *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (46); *Huneus*, *Wisconsin Law Review* 2022/1, 133 (149); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 35.

⁹⁰ *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (339); www.statescape.com/resources/local/ordinance-process (Stand 2. 7. 2024).

⁹¹ State College-Verfassungsergänzung; West Chester-Verfassungsergänzung; Toledo-Verfassungsergänzung; Orange County-Verfassungsergänzung; Lafayette-Verfassungsergänzung; vgl. *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (339 f.); *Kilbert*, *Lake Erie Bill of Rights: Stifled by All Three Branches Yet Still Significant*, *Ohio State Law Journal Online* 2020, 227 (231 ff.); *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (352 ff.); *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (59); *Zartner*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (27); *Jones Moutrie*, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (19 f., 23); *Jones*, *Standing in the environment: new fashion grassroots and old fashion court advocacy in the time of Trump*, *Journal of Environmental Studies and Sciences* 2021/2, 173 (177 ff.); *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (46); *Huneus*, *Wisconsin Law Review* 2022/1, 133; abw. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 36.

⁹² ballotpedia.org/General_law_local_government#Total_charter_cities_by_state (Stand 2. 7. 2024); s. auch die Ausführungen zur *Dillon's Rule* und *Home Rule* in Abschnitt B.1.1.a); vgl. weiters *Jones*, *Journal of Environmental Studies and Sciences* 2021/2, 173 (177); *Welz*, in: *Jäger/Haas/Welz* 69 (74); *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (54); *Boyd*, *Nature* 120; *Linzey/Campbell*, *People* 22 f., 57, 64.

⁹³ Vgl. *Boyd*, *Nature* 120 f.; *Linzey/Campbell*, *People* 18, 22 f.; *Margil*, in: *Burdon* 249 (252); *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (54 f.); *Kauffman/Martin*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (267); *Kauffman/Martin*, *Politics* 65, 165 ff.; *Jones Moutrie*, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (13, 15, 25 f., 29 f.); *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (341); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 35.

⁹⁴ U. a. die Rechtsquellen von Exeter, Nottingham, Toledo, Broadview Heights, Oberlin, Athens, Lincoln; vgl. *Jones Moutrie*, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (6, 23); *Jones*, *Journal of Environmental Studies and Sciences* 2021/2, 173 (178); *Linzey/Campbell*, *People* 70 f., 90 f.; *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (343); zu den direktdemokratischen Instrumenten s. B. Fn. 28.

Die untersuchten Rechtsquellen der lokalen Gebietskörperschaften haben keine hohe Stellung im Rechtssystem, sondern sind höherrangigen – möglicherweise entgegenstehenden – Rechtsquellen nachgeordnet.⁹⁵ Anders ist der Fall in Bezug auf die Rechtsquellen der anerkannten indigenen Völker, da diese nicht dem Recht der Einzelstaaten und der gesamtstaatlichen Verfassung unterliegen, weshalb sie der Literatur zufolge jedenfalls RdN annehmen können,⁹⁶ und diese höchstwahrscheinlich auch vor ihren eigenen Gerichten durchsetzen können.⁹⁷ Ungewiss ist hingegen, inwieweit sie die RdN auch gegenüber Nichtstammesmitgliedern sowie im Falle von außerhalb der Reservate gesetzten Handlungen, oder nach gesamtstaatlichem Recht genehmigten Aktivitäten durchsetzen können.⁹⁸

Die anerkannten indigenen Völker fassten meist Beschlüsse (*resolutions*).⁹⁹ Diese können unterschiedliche Rechtswirkungen haben und wurden manchmal von Exekutivorganen, mitunter von Organen mit legislativen Funktionen erlassen. Im Fall des Menominee Tribes, der White Earth Band of Chippewa Indians sowie des Ponca Tribes können die RdN als Gesetzesvorschriften betrachtet werden. Der Inhalt des ersten Beschlusses des Ponca Tribes aus dem Jahr 2017 wurde zunächst zu Wohnheitsrecht erklärt und mit dem Beschluss aus dem Jahr 2022 in die Gesetzessammlung mitaufgenommen. Im Fall des Yurok Tribes bedurfte es für die Aufnahme in die Gesetzessammlung noch der Erlassung einer Verordnung, die im Februar 2024 angenommen wurde.¹⁰⁰ Für Verfassungsänderungen ist hingegen die Zustimmung des Innenministeriums (*Bureau of Indian Affairs*) erforderlich, worauf die Ho Chunk Nation bereits seit einigen Jahren wartet.¹⁰¹ Wie erwähnt, kodifizierte die Navajo Nation außerdem bereits im Jahr 2002 ihr Wohnheitsrecht und damit auch eine

⁹⁵ Vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 185; ähnl. *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (152).

⁹⁶ *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (155); *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (393).

⁹⁷ *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 41; *O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark*, Transnational Environmental Law 2020/3, 403 (416); *Pavlik*, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (15 f.); *Kauffman/Martin*, Politics 177, 181; *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (46); *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (155, 159); *Franks*, Michigan Journal of International Law 2021/3, 633 (649).

⁹⁸ Der Yurok Tribe legte dies jedenfalls ausdrücklich fest, s. §§ 21.60.040, 21.60.180 Yurok Tribe-Verordnung 2024. Vgl. allg. insb. *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (329, 338 f., 367 ff., 391 f.); *Thompson*, Codifying The Rights Of Nature; The Growing Indigenous Movement, Judges Journal 2020/2, 12 (12 ff.); *Iorns Magallanes*, Widener Law Review 2015/2, 273 (282 f. insb. Fn. 42).

⁹⁹ Menominee Tribe-Beschluss; Nez Perce Tribe-Beschluss; Ponca Tribe-Beschlüsse 2017 und 2022; White Earth Nation-Beschluss; Yurok Tribe-Beschluss 2019.

¹⁰⁰ Yurok Tribe-Verordnung 2024.

¹⁰¹ Proposed Resolution to amend the Ho-Chunk Nation Constitution vom 20.10.2015, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload846.pdf (Stand 2.7.2024); vgl. *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (346); *Kauffman/Martin*, Politics 177 ff.; *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (152, 154); *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (380).

Bestimmung über RdN in einem Eingangskapitel zu ihrer Gesetzessammlung (*Navajo Nation Code*). Jedoch ist der Grad der Verbindlichkeit dieser Vorschrift unklar. Gem. dem Obersten Gerichtshof der Navajo soll das Gewohnheitsrecht insb. bei der Interpretation von Gesetzen herangezogen werden. Lt. dem Regierungsrat der Navajo ist es weniger mit einer verbindlichen Rechtsvorschrift als mit Naturrecht oder einer Menschenrechtserklärung vergleichbar.¹⁰²

d) Widersprüche zu einzel- und gesamtstaatlichem Recht

Die meisten untersuchten Rechtsquellen, insb. aber jene, die von Gebietskörperschaften bis zum Jahr 2017 angenommen wurden, enthalten sehr ähnlich lautende Bestimmungen.¹⁰³ Mehrere dieser Bestimmungen stehen in offenkundigem Widerspruch zu einzelstaatlichem oder gesamtstaatlichem Recht, da sie z. B. Gegenteiliges festlegen, danach erteilte Genehmigungen für ungültig erklären oder die Rechte von Unternehmen beschränken. Mitunter wurde in den Rechtsquellen auch zu einer Änderung der einzelstaatlichen und gesamtstaatlichen Verfassung aufgerufen.¹⁰⁴ Diese Bestimmungen wurden bewusst aufgenommen und richten sich gegen mehrere von den Gerichten entwickelte Rechtsdoktrinen, die nach Ansicht von CELDF die Interessen des Staates sowie der Unternehmen über die Rechte der Menschen und der Natur stellen.¹⁰⁵ Begründet wurde dieses Vorgehen i. d. R. mit einem „Recht auf Selbstregierung“ (*self-government*),¹⁰⁶ dessen Existenz allerdings bereits von einigen Gerichten in Zweifel gezogen wurde.¹⁰⁷ Hingegen beriefen sich andere auf das in manchen einzelstaatlichen Verfassungen (z. B. Pennsylvania) verankerte Grundrecht auf eine gesunde Umwelt.¹⁰⁸

¹⁰² Huneeus, *Wisconsin Law Review* 2022/1, 133 (138 ff., 155).

¹⁰³ Bleby, *University of Western Australia Law Review* 2020/1, 33 (43); Cyrus R. Vance *Center for International Justice et al.*, *Rivers* 39; Jones Moutrie, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (8 f., 16).

¹⁰⁴ S. z. B. § 8 Grant-VO 2014; Art. II § 2.03o Waterville-VO; § 11 Plymouth-VO 2018; § 2 Exeter-VO; vgl. Boyd, *Nature* 127; Jones Moutrie, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (14); Lillquist/Warner, *California Law Review* 2023/2, 325 (356).

¹⁰⁵ Fukurai/Krooth, *Original Nation Approaches to Inter-National Law* (2021) 227 ff.; *Community Environmental Legal Defense Fund*, *Community Rights Do-It-Yourself Guide To Lawmaking*, celdf.org/diyguide.pdf (Stand 2. 7. 2024) 1 ff.

¹⁰⁶ S. z. B. § 14 Tamaqua-VO 2006; vgl. Rodrigues, *Green Letters* 2014/2, 170 (172 f., 174 f.); Macpherson, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (354); Krämer, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (60); Linzey/Campbell, *People* 52, 99; Jones Moutrie, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (12, 33); Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 37.

¹⁰⁷ U.S. District Court for the Northern District of Ohio Western Division 27.2.2020, *Drewes Farms Partnership, State of Ohio v. City of Toledo*, 3:19 CV 434, 6; Lincoln County Circuit Court 23.9.2019, *Rex Capri, Wakefield Farms v. Dana W. Jenkins*, Lincoln County, 17CV23360, 8 f.; vgl. Zartner, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (31).

¹⁰⁸ S. i. d. Z. auch § 1.05.H Ferguson-VO; vgl. Shelton, *Environmental Policy and Law* 2008/1-2, 41 (44); Atapattu/Schapper, *Human Rights* 159, 182; Beacher, *Environmental*

e) Ungültigerklärungen durch die Gerichte

Einige Unternehmen sahen sich dazu veranlasst, Klagen gegen Gebietskörperschaften einzubringen, die eine der untersuchten Rechtsquellen angenommen hatten, wobei sie tw. auch von staatlichen Stellen unterstützt wurden. Die Verfahren endeten i.d.R. damit, dass die angefochtenen Bestimmungen oder auch der gesamte Rechtsakt wegen Verstoß gegen einzelstaatliches oder gesamtstaatliches Recht (*preemption clause*), Verletzung der Verfassungsrechte von Unternehmen, und/oder Überschreitung der Befugnisse der Gebietskörperschaften für ungültig erklärt oder aufgehoben wurden. Etliche der untersuchten Rechtsquellen, darunter jene von Packer, Blaine, East Brunswick, Van Etten, Broadview Heights, Lafayette 2013, Grant, Highland, Toledo, Todd, Mora County und Lincoln County, sind deshalb nicht mehr in Geltung.¹⁰⁹ Manche Entwürfe wurden aus diesen Gründen gar nicht erst angenommen.¹¹⁰

Soweit Aufhebungen bekannt sind, ist dies im Rechtsquellenverzeichnis vermerkt. Welche Auswirkungen diese auf die Gültigkeit von anderen untersuchten Rechtsquellen mit ähnlich lautenden Bestimmungen haben, kann nur im Einzelfall beurteilt werden, da sich der Oberste Gerichtshof bislang nicht mit den untersuchten Rechtsquellen beschäftigte,¹¹¹ sich aus den verschiedenen einzelstaatlichen Verfassungen und Gesetzen unterschiedliche Rechtssetzungsbefugnisse für die Gebietskörperschaften ergeben und die geteilte Gerichtsbarkeit sowie die komplexen Vor-

Claims Journal 2021/2, 91 (94); *Gordon*, Columbia Journal of Environmental Law 2018/1, 49 (59); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (31 f.); *Mannard*, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (57).

¹⁰⁹ Vgl. insb. Lincoln County Circuit Court 23.9.2019, *Rex Capri, Wakefield Farms v. Dana W. Jenkins*, Lincolns County, 17CV23360, 6 ff.; U.S. District Court for the Northern District of Ohio Western Division 27.2.2020, *Drewes Farms Partnership, State of Ohio v. City of Toledo*, 3:19 CV 434, 7 f.; sowie *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (24 ff., 41); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13); *Boyd*, Nature 119 f., 121, 125 f., 129; *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (335 ff., 341, 344 ff.); *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (330, 354 f., 376); *Spitz/Penalver*, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (70); *Darpö*, Nature 20; *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 39; *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (51, 54 f.); *Kauffman/Martin*, Politics 65, 166 f., 168; *Margil*, in: Burdon 249 (252); *Linzey/Campbell*, People 13, 17, 21, 50 f., 68 f., 77 f., 96 f., 98; *Healy*, Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review 2019/2, 327 (341 f.); *Burdon/Williams*, in: Fisher 196 (199 f.); *Pavlik*, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (15); *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (175); *Zartner*, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (27); *Mannard*, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (41, 60 f.); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (59); *Jones*, Journal of Environmental Studies and Sciences 2021/2, 173 (177); *Kilbert*, Ohio State Law Journal Online 2020, 227 (233); *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (135, 152, 160); tw. abw. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 36, 41 ff.

¹¹⁰ Z.B. in Spokane (Washington) s. *Mannard*, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (59).

¹¹¹ *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (60).

aussetzungen für die Bindungswirkung von Gerichtsentscheidungen zu berücksichtigen sind.¹¹²

Eine vollständige Übersicht über jene Rechtsquellen, die noch in Kraft sind, kann daher nicht gegeben werden. Vermutet wird dies für die Rechtsquellen von Tamaqua, Baldwin, Pittsburgh 2010, State College, Shapleigh, Barnstead, Nottingham, Easton, Santa Monica, Mendocino und Wales; sowie all jene, die von anerkannten indigenen Völkern angenommen wurden.¹¹³ Viele der jüngeren, seit 2017 angenommenen Rechtsquellen enthalten überdies die offenkundig verfassungswidrigen Bestimmungen nicht mehr, sodass diese weniger stark von Aufhebungen bedroht sein könnten.

f) Verbote von „Rechten der Natur“ auf einzelstaatlicher Ebene

Drei Einzelstaaten – Florida, Ohio und Utah – erließen Gesetze, die sich gegen die Anerkennung von RdN richten. In Ohio erfolgte 2019 eine Reaktion auf die Änderung der Stadtverfassung von Toledo,¹¹⁴ indem per einzelstaatlichem Gesetz ausgeschlossen wurde, dass die Natur, ein Ökosystem oder eine Person im Namen der Natur oder eines Ökosystems Klage erheben oder sich an einem Verfahren beteiligen darf.¹¹⁵ Weiters wurde in Florida – anlässlich der geplanten Änderung der Verfassung des Kreises Orange¹¹⁶ – eine Bestimmung in das Umweltschutzgesetz aufgenommen, wonach es verboten ist, „Rechte für eine Pflanze, ein Tier, ein Gewässer oder einen anderen Teil der natürlichen Umwelt, der keine Person ist“, in lokalen Gesetzen anzuerkennen oder zu gewähren. Dennoch wurde der Rechtsakt bei der Abstimmung in Orange County angenommen.¹¹⁷ Allerdings ist anzunehmen,

¹¹² Vgl. von Mehren/Murray, Recht 211.

¹¹³ Vgl. jeweils tw. Darpö, Nature 20; Linzey/Campbell, People 37; Mannard, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (54 f.); Lillquist/Warner, California Law Review 2023/2, 325 (357); abw. Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 36.

¹¹⁴ Toledo-Verfassungsergänzung.

¹¹⁵ Ohio Revised Code § 2305.011 (B, C Abs. 1 und 3), angenommen am 17. 10. 2019; vgl. Spitz/Penalver, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (70 Fn. 22); Jones, Journal of Environmental Studies and Sciences 2021/2, 173 (176 f.); Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (60); Kilbert, Ohio State Law Journal Online 2020, 227 (234); Macpherson, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (330, 356 f., 376); Mannard, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (61); Huneus, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (135); Bookman, Natural Resources & Environment 2023/4, 4 (4 ff.).

¹¹⁶ Orange County-Verfassungsergänzung.

¹¹⁷ § 403.412 (9a) Florida Statutes (Florida); Jones, Journal of Environmental Studies and Sciences 2021/2, 173 (176, 178); Macpherson, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (330, 376); Bookman, Natural Resources & Environment 2023/4, 4 (4 ff.); Ito/Montini/Bagni, Towards an EU fundamental charter for the Rights of Nature. Integrating nature, people, economy, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions (2024) 281 (300).

dass in beiden Einzelstaaten die lokalen Rechtsvorschriften mit RdN durch das einzelstaatliche Recht verdrängt bzw. ersetzt wurden (*preempted*).¹¹⁸

2024 wurde außerdem in Utah auf die wachsende RdN-Bewegung rund um den vom Verschwinden bedrohten Großen Salzsee reagiert und ein Gesetz erlassen, das es staatlichen Einrichtungen (*governmental entities*) verbietet, die Rechtspersönlichkeit von einem unbelebten Objekt, Gewässer, Land, Grundstück, atmosphärischen Gasen, einem astronomischen Objekt, Wetter, einer Pflanze, einem nicht-menschlichen Tier oder „jedem anderen Mitglied einer taxonomischen Kategorie, das kein Mensch ist“ anzuerkennen oder diesem zu gewähren.¹¹⁹

3. Rechtsträger:innen

a) „Natürliche Gemeinschaften“ und/oder „Ökosysteme“

Die meisten untersuchten Rechtsquellen enthalten eine Bestimmung, wonach „natürliche Gemeinschaften und Ökosysteme“ (*natural communities and ecosystems*) unveräußerliche und grundlegende Rechte „besitzen“ (*possess*).¹²⁰ Gelegent-

¹¹⁸ Vgl. insideclimatenews.org/news/19092021/rights-of-nature-legal-movement (Stand 2. 7. 2024); i. d. S. auch *Bookman*, Natural Resources & Environment 2023/4, 4 (4 ff.); zur *pre-emption* s. *Welz*, in: Jäger/Haas/Welz 69 (76 f., 90); *Billings*, System 4; *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (50); konkreter *Boyd*, Nature 121; *Linzey/Campbell*, People 50. Zu einem anderen Ergebnis könnte ein Gericht möglicherweise dann gelangen, wenn es die RdN als Bestandteil von verfassungsrechtlich gewährleisteten Grundrechten betrachtet.

¹¹⁹ Utah House Bill 249 Legal Personhood Amendments (Utah), angenommen am 20. 3. 2024, abrufbar unter le.utah.gov/~2024/bills/static/HB0249.html.

¹²⁰ § 7.6 Tamaqua-VO 2006; § 7.6 Rush-VO; § 5.6 Blaine-VO; § 5.1 Barnstead-VO; § 7.6 East Brunswick-VO; § 4.1 Atkinson-VO; §§ 7.1, 7.2 Packer-VO; § 30-156.7 Halifax-VO; § 7.14 Mahanoy-VO; § 5.1 Nottingham-VO 2008; § 1d Nottingham-VO 2019; § 6.7 Nockamixon-VO; § 7.14 Shrewsbury-VO; § 2 Newfield-VO; § 5.1 Shapleigh-VO; §§ 6.1 und 6.2 Santa Cruz-VO; § 6.2 Newtown-VO; § 3.6 Van Etten-VO; § 3.4 Licking-VO; § 619.03a Pittsburgh-VO 2011; § 121-3 Baldwin-VO; § 3b Forest Hills-VO; §§ 41.2-205a, b und d State College-Verfassungsergänzung; § 4b Wales-Gesetz; § 2 Mountain Lake-VO; §§ 3a, b und c West Homestead-VO; § 3b Wilkinsburg-VO; § 1d Broadview Heights-VO; §§ 3b und c Easton-VO; §§ 3c und d Sugar Hill-VO; §§ 4a, b und c Yellow Springs-VO; § 3d Plymouth-VO 2012; § 4.3 Las Vegas-VO; § 1.05.D Ferguson-VO; §§ 2b und c Grafton-VO; § 4.3 Mora County-VO; §§ 4c, d, f und g Oberlin-VO; § 3c Highland-VO 2013; § 4.75.020c Santa Monica-VO 2013; Grant-VO 2014; § 904.A Abs. 4 West Chester-Verfassungsergänzung; § 2g Alexandria-VO; Art. II §§ 2.03c, d, g und e Waterville-VO; § 3a Lincoln County-VO; § 97.01.04 (B) Athens-VO; § 2f. Todd-VO; § 1d Exeter-VO; vgl. z. B. *Boyd*, Nature 114, 116; *Borràs*, New Transitions from Human Rights to the Environment to the Rights of Nature, Transnational Environmental Law 2016/1, 113 (137 f.); *Cullinan*, in: Burdon 230 (234); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (49, 54); *Linzey/Campbell*, People 52 f.; *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (343); *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (174); *Pavlik*, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (15); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (12, 17, 50).

lich wurden auch lediglich „Ökosysteme“ erwähnt.¹²¹ Folglich können natürliche Gemeinschaften und/oder Ökosysteme gem. dieser Rechtsquellen als Rechtsträger:innen betrachtet werden.¹²² Inwieweit die Rechtsträger:innen auch als „Rechtspersonen“ (*legal persons*) anerkannt bzw. mit „Rechtspersönlichkeit“ (*legal personhood*) ausgestattet wurden, wird in Abschnitt B.I.7.a) näher beleuchtet.

Der Begriff „Ökosystem“ wurde in den meisten Rechtsquellen mit der Formulierung „inklusive, aber nicht ausschließlich, Feuchtgebiete, Bäche, Flüsse, Aquifere und andere Wassersysteme“ definiert.¹²³ In der Verordnung von Mendocino wurden zudem „Wälder und Wiesen“ erwähnt,¹²⁴ in der Verordnung von Van Etten „Wolken“¹²⁵ und in der Verordnung von Todd „Seen“.¹²⁶ Einige Rechtsquellen enthalten zusätzlich die Formulierung „sowie natürlich vorkommende Habitate, die Wildtiere und -pflanzen, (Menschen),¹²⁷ Flora und Fauna, Boden- und Wasserorganismen erhalten“.¹²⁸

Der Begriff „natürliche Gemeinschaften“ wurde nur in wenigen Rechtsquellen definiert und bezeichnet diesen zufolge „Wildtiere und -pflanzen, Flora, Fauna, Boden-, (Luft-)¹²⁹ und Wasserorganismen sowie Menschen und menschliche Ge-

¹²¹ §§ 3d, e und f Plymouth-VO 2018; Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; Lafayette-VO 2017; § 1 Barrington-VO; §§ 2b und c Sangerville-VO; §§ 2c und d Danbury-VO; §§ 2c und d Hebron-VO.

¹²² Vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 62 f.

¹²³ § 5.1 Barnstead-VO; § 4.1 Atkinson-VO; § 5 Packer-VO; § 30-156.7 Halifax-VO; § 5.1 Nottingham-VO 2008; § 6.7 Nockamixon-VO; § 5.1 Newfield-VO; § 5.1 Shapleigh-VO; § 5 Santa Cruz-VO; § 11 Van Etten-VO; § 5 Newtown-VO; § 618.03b Pittsburgh-VO 2010; § 619.02c Pittsburgh-VO 2011; § 3b Forest Hills-VO; § 41.2-205 a, b, d State College-Verfassungsergänzung; § 4b Wales-Gesetz; § 2 Mountain Lake-VO; § 3b West Homestead-VO; § 3b Wilkinsburg-VO; § 1d Broadview Heights-VO; § 2b und 3c Easton-VO; § 2 Sugar Hill-VO; § 2b und 3d Plymouth-VO 2012; § 4.3 Las Vegas-VO; § 1.05.D Ferguson-VO; § 2b Plymouth-VO 2018; § 2b Grafton-VO; § 4.3 Mora County-VO; § 3d Oberlin-VO; § 3c Highland-VO 2013; § 2d Grant-VO 2014; § 1b Danbury-VO; § 1b Hebron-VO; § 1b Alexandria-VO; § 1 Barrington-VO; § 2b Lincoln County-VO; § 97.01.03 Athens-VO; vgl. *Boyd*, Nature 116, 124; *Margil*, in: Burdon 249 (251, 253); *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (343); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (49); *Kauffman/Martin*, Politics 63; *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (8, 12, 17).

¹²⁴ § 8.05.010b i. V. m. § 8.05.020 Mendocino County-VO.

¹²⁵ § 3.6 Van Etten-VO.

¹²⁶ § 2 f. Todd-VO.

¹²⁷ Nur in etwa der Hälfte der Rechtsquellen werden auch „Menschen“ erwähnt, s. § 2b Easton-VO; § 2 Sugar Hill-VO; § 2b Plymouth-VO 2012; § 2b Plymouth-VO 2018; § 2b Grafton-VO; § 2b Lincoln County-VO; ähnl. § 8.05.010b Mendocino County-VO; § 1b Danbury-VO; § 1b Hebron-VO; § 1b Alexandria-VO.

¹²⁸ § 5 Packer-VO; § 5 Santa Cruz-VO; § 5 Newtown-VO; § 11 Van Etten-VO; § 619.02c Pittsburgh-VO 2011; § 3d Oberlin-VO; § 1 Barrington-VO; ähnl. § 97.01.03 Athens-VO.

¹²⁹ Die Bezugnahme auf „Luft“ gibt es nur in § 5 Santa Cruz-VO; § 11 Van Etten-VO; § 2c Easton-VO; § 2 Sugar Hill-VO; § 2c Plymouth-VO 2012; § 2c Grafton-VO; § 8.05.010g

meinschaften, die nachhaltige gegenseitige Abhängigkeiten innerhalb einer sich vermehrenden und diversen Matrix von Organismen hergestellt haben, in einem natürlichen Ökosystem“.¹³⁰ Davon abweichend wurden „natürliche Gemeinschaften“ in der Verordnung von Licking mit „natürlichen Fauna- und Flora-Gemeinschaften, aus denen [Ökosysteme] bestehen“, gleichgesetzt.¹³¹

aa) Zur Unterscheidung in natürliche Gemeinschaften und Ökosysteme

In der Literatur befasste sich bislang kaum jemand näher mit diesen Definitionen. Die kanadische Sozial- und Politikwissenschaftlerin Rodrigues stellte fest, dass die soeben dargestellte Definition von „Ökosystemen“ in einigen Rechtsquellen so ausgestaltet wurde, dass sie nicht nur Ökosystemen, sondern auch natürlichen Gemeinschaften zugeordnet werden könnte, da sie dort wie folgt lautet: „Natürliche Gemeinschaften und Ökosysteme, inklusive, aber nicht ausschließlich Feuchtgebiete, Bäche, Flüsse, Aquifere und andere Wassersysteme“.¹³² Dies führt sie zu der Frage, ob auch Tier- oder Pflanzengemeinschaften Rechte zukommen, insb. wenn sie außerhalb der genannten „Feuchtgebiete, Bäche, Flüsse, [...]“ liegen.¹³³ Aus anderen Rechtsquellen geht hingegen eindeutig hervor, dass sich die Definition ausschließlich auf den Begriff „Ökosystem“ bezieht.¹³⁴ Werden die beiden oben dargestellten Definitionen von „Ökosystemen“ und „natürlichen Gemeinschaften“ verglichen, liegt zudem die Vermutung nahe, dass „Ökosysteme“ vorrangig im Sinne von Lebensräumen zu verstehen sind, während mit „natürlichen Gemeinschaften“ die in Ökosystemen lebenden Gemeinschaften von Pflanzen, Tieren (und Menschen) samt gegenseitigen Abhängigkeiten gemeint sind. Dies lässt sich jedenfalls in Bezug auf jene Rechtsquellen annehmen, welche Definitionen für beide Begriffe enthalten und somit klar differenzieren.¹³⁵ In allen anderen Fällen wirft der Wortlaut durchaus die von Rodrigues gestellte Frage auf. Die Verwendung des Begriffs „natürliche Gemeinschaften“ zusätzlich zum Begriff „Ökosysteme“ sowie die offene Formulierung „inklusive, aber nicht ausschließlich“ könnten m. E. für die Annahme sprechen, dass

i. V. m. § 8.05.020 Mendocino County-VO; § 2d Lincoln County-VO; vgl. *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (174).

¹³⁰ § 5 Packer-VO; § 5 Newtown-VO; § 619.02 f. Pittsburgh-VO 2011; § 3h Oberlin-VO; § 97.01.03 Athens-VO.

¹³¹ § 3.5 Licking-VO.

¹³² *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (174); s. z. B. Halifax, Baldwin, Forest Hills, State College, Mountain Lake, West Homestead, Broadview Heights, Mora County, Highland, Grant, Waterville, Ferguson, Las Vegas, Todd, Van Etten.

¹³³ *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (174).

¹³⁴ S. z. B. Barnstead, Atkinson, Packer, Nottingham, Newfield, Shapleigh, Santa Cruz, Pittsburgh, Wales, Easton, Sugar Hill, Yellow Springs, Plymouth, Grafton, Oberlin, Mendocino, Barrington, Athens, Danbury, Hebron, Alexandria, Newtown.

¹³⁵ Das sind z. B. Packer, Santa Cruz, Pittsburgh, Easton, Sugar Hill, Plymouth, Grafton, Oberlin, Mendocino, Lincoln, Athens, Newtown, Van Etten.

auch Tier- und Pflanzengemeinschaften außerhalb von Flüssen u. dgl. von der Definition erfasst sind.

In Übereinstimmung mit diesen Überlegungen gehen die US-amerikanischen Politikwissenschaftler:innen Kauffman/Martin ebenfalls davon aus, dass „Ökosysteme“ in den Rechtsquellen als ein „Set“ von „natürlichen Gemeinschaften“ betrachtet werden.¹³⁶ Der Rechtswissenschaftler und UNO-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Umwelt David R. Boyd geht unter Bezugnahme auf die Verordnung von Grant, welche die uneindeutige Formulierung enthält, von einem Gemeinschaftsbegriff aus, der auf den US-amerikanischen Ökologen Aldo Leopold zurückzuführen ist und das Individuum als Teil einer Gemeinschaft von Menschen, Böden, Gewässern, Pflanzen und Tieren sieht.¹³⁷ Beides spricht somit für die Annahme, dass Tier- und Pflanzengemeinschaften in diesen Rechtsquellen als Bestandteile von Ökosystemen betrachtet werden, denen ebenfalls Rechte zukommen sollen. Dementsprechend umfasst auch die Definition von Santa Monica, die sich sowohl auf natürlichen Gemeinschaften als auch auf Ökosysteme bezieht, „Grundwasseraquifere, atmosphärische Systeme, Meeresgewässer“ sowie „heimische Arten“.¹³⁸ Dass auch die Menschen „ein Teil“ der Ökosysteme oder natürlichen Gemeinschaften sind, wird im Übrigen in manchen Rechtsquellen explizit erwähnt.¹³⁹

bb) Reichweite und örtlicher Anwendungsbereich

Nach der Auffassung von Rodrigues ist bei der Definition von „natürlichen Gemeinschaften“ überdies die Wortfolge „gegenseitige Abhängigkeiten“ bedeutend, weil sich dadurch die Reichweite der Rechtsquelle erhöhe und auch indirekte Schäden geltend gemacht werden könnten.¹⁴⁰ Dass dies ebenso für Schäden gelten könnte, die außerhalb des örtlichen Anwendungsbereichs der Rechtsquelle verursacht werden, ist allerdings zu bezweifeln.¹⁴¹ Dementsprechend wurde in den meisten untersuchten Rechtsquellen explizit erwähnt, dass ausschließlich natürliche Gemeinschaften und/oder Ökosysteme „innerhalb der Stadtgrenzen“¹⁴² bzw. der

¹³⁶ Kauffman/Martin, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (49).

¹³⁷ Boyd, Nature 116; Leopold, County (1989).

¹³⁸ § 4.75.040b Santa Monica-VO 2013; § 12.02.030 Santa Monica-VO 2019; vgl. Sheehan, New Zealand Journal of Public and International Law 2015/1, 89 (102); Sheehan, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227 (229).

¹³⁹ § 2 Nottingham-VO 2008; § 2 Newfield-VO; § 97.01.04 (B) Athens-VO.

¹⁴⁰ Rodrigues, Green Letters 2014/2, 170 (174 f.).

¹⁴¹ Vgl. Kauffman/Martin, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (49).

¹⁴² S. insb. § 4.75.040b Santa Monica-VO 2013; § 12.02.030 Santa Monica-VO 2019; vgl. Sheehan, New Zealand Journal of Public and International Law 2015/1, 89 (102); Sheehan, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227 (229); Kauffman/Martin, Politics 173.

Gemeinde¹⁴³ oder des Kreises¹⁴⁴ Rechte haben. Die Einschränkungen wurden allerdings häufiger i. Z. m. den gewährten Rechten vorgenommen, sodass das Recht „zu existieren und zu gedeihen“ bspw. nur „innerhalb“ dieser Grenzen besteht.¹⁴⁵

b) Weitere Rechtsträger:innen

Insb. in den nach 2017 angenommenen Rechtsquellen wurden noch weitere Rechtsträger:innen vorgesehen,¹⁴⁶ wozu insb. die von indigenen Völkern anerkannten Rechtsträger:innen zählen, die v. a. auch Bezüge zu indigenen Sichtweisen erkennen lassen.¹⁴⁷ Wie erwähnt, betrachtet die Navajo Nation „jede Kreation, von Mutter Erde und Vater Himmel bis zu den Tieren, jene die im Wasser leben, jene die fliegen und Pflanzenleben“ als Rechtsträger:innen.¹⁴⁸ 2017 verlieh zudem der Ponca Tribe der „Natur“ eigene Rechte und definierte diese als „einzigartige, unteilbare, selbstregulierende Gemeinschaft von zusammenhängenden Wesen, die alle anderen Wesen erhält, enthält und reproduziert“.¹⁴⁹ „Wesen“ umfassen der Definition zufolge Ökosysteme und natürliche Gemeinschaften sowie „Arten und alle anderen natürlichen Einheiten, die als Teil der Natur existieren“.¹⁵⁰ Überdies erkannte 2018 die White Earth Nation eine Pflanzensorte, den Wildreis Manoomin, als Rechtsträger:in an.¹⁵¹

Auch mehrere Gewässer wurden seither als Rechtsträger:innen anerkannt. Die Bevölkerung der Stadt Toledo im Einzelstaat Ohio stimmte 2019 für die Anerkennung der Rechte des „Eriesees und des Eriese-Wassereinzugsgebiets“. Das „Eriese-Ökosystem“ umfasst laut Definition „alle natürlichen Wasserbestandteile, Gemeinschaften von Organismen, Erdreich sowie terrestrische und aquatische Sub-Ökosysteme, die ein Teil des Eriesees und seines Wassereinzugsgebietes sind“.¹⁵² Die

¹⁴³ S. insb. § 4b Wales-Gesetz; § 3b Easton-VO; § 2d Grant-VO 2014, tw. aufgehoben; § 106 Grant-Verfassung 2015; § 2b, c Sangerville-VO; § 2g Alexandria-VO; § 2 f. Todd-VO.

¹⁴⁴ S. insb. § 3a Lincoln County-VO; § 704.1(A) Orange County-Verfassungsergänzung.

¹⁴⁵ Vgl. z. B. § 3c Highland-VO 2013 u. v. m.; s. im Detail Abschnitt B.I.4.a); vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 63.

¹⁴⁶ Vgl. *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (150, 154, 159).

¹⁴⁷ Vgl. *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (347).

¹⁴⁸ Titel 1 § 205 Navajo Nation Code; vgl. *Pavlik*, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (24).

¹⁴⁹ § 1 Ponca Tribe-Beschluss 2017.

¹⁵⁰ § 1 Abs. 1 Ponca Tribe-Beschluss 2017.

¹⁵¹ § 1a White Earth Nation-Beschluss; vgl. *Spitz/Penalver*, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (70); *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (43); *Darpö*, Nature 13; *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (42 f.); *Kauffman/Martin*, Politics 182; *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (153); *Fukurai/Krooth*, Approaches 231; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 36.

¹⁵² § 1a Toledo-Verfassungsergänzung; vgl. *Kilbert*, Ohio State Law Journal Online 2020, 227 (231); *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (43); *Spitz/Penalver*, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (87); *Darpö*, Nature 13; *Mannard*, Buf-

Rechtsquelle wurde allerdings u. a. deshalb für ungültig erklärt, weil der viertgrößte See Nordamerikas an zahlreiche andere Gemeinden, Einzelstaaten sowie Kanada angrenzt, sodass die Gemeinde nach Ansicht des Gerichts ihre Befugnisse überschritten und entgegenstehendes höherrangiges Recht missachtet hatte.¹⁵³

Seit 2019 wurden auch mehrere Flüsse als Rechtsträger:innen anerkannt. Der Yurok Tribe gewährte dem „Klamath Fluss, dessen Ökosystem und Arten“ bzw. „Heyhl-keek ‘We-roy“ eigene Rechte.¹⁵⁴ Das „Klamath Fluss Ökosystem“ umfasst dem Beschluss aus dem Jahr 2019 zufolge „die umgebenden Gebiete in und um die Quellgewässer in Oregon, das heilige hohe Land, seine Zuflüsse und unterirdischen Aquifere, durch das Mündungsgebiet bis zum Pazifischen Ozean“.¹⁵⁵ Mit der 2024 erlassenen Verordnung wurde „Heyhl-keek ‘We-roy“ definiert als „der Fluss der von den Bergen kommt“, gleichbedeutend mit „der Heyhl-keek ‘We-roy, seine Ökosysteme und die einheimischen Arten innerhalb von, verbunden mit, und/oder abhängig von seinen Ökosystemen“.¹⁵⁶ Seine Ökosysteme wurden definiert als „die Ökosysteme innerhalb [seines] Einzugsgebietes und die Interaktion zwischen ihren biotischen und abiotischen Gemeinschaften.“¹⁵⁷ Überdies gewährten 2020 der Menominee Tribe dem „Menominee Fluss“ eigene Rechte¹⁵⁸ und der Nez Perce Tribe dem „Snake Fluss und alles Leben, das er erhält“.¹⁵⁹ Auch der Kreis Orange verlieh zwei Flüssen, dem Wekiva und dem Econlockhatchee, sowie „alle[n] anderen Gewässern innerhalb der Grenzen von Orange County“ eigene Rechte.¹⁶⁰ 2022 anerkannte außerdem der Ponca Tribe die Flüsse „Ni’ska [Arkansas], Ni’zi’de [Salt Fork] und alle Ponca-Wasserkörper“ als Rechtsträger:innen.¹⁶¹

falo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (40); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 36, 40.

¹⁵³ U.S. District Court for the Northern District of Ohio Western Division 27.2.2020, *Drewes Farms Partnership, State of Ohio v. City of Toledo*, 3:19 CV 434; *Mannard*, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (60); *Kilbert*, Ohio State Law Journal Online 2020, 227 (233) m. w. N.; vgl. weiters B. Fn. 109.

¹⁵⁴ Yurok Tribe-Beschluss 2019; Yurok Tribe-Verordnung 2024; vgl. *Spitz/Penalver*, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (70); *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (347); *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (154); *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (382); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 36.

¹⁵⁵ Yurok Tribe-Beschluss 2019; s. auch § 21.60.020c Yurok Tribe-Verordnung 2024.

¹⁵⁶ § 21.60.090 Yurok Tribe-Verordnung 2024.

¹⁵⁷ § 21.60.090 Yurok Tribe-Verordnung 2024.

¹⁵⁸ Menominee Tribe-Beschluss; vgl. *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (154); *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (382).

¹⁵⁹ Nez Perce Tribe-Beschluss; vgl. *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (383).

¹⁶⁰ § 704.1 (A) Orange County-Verfassungsergänzung.

¹⁶¹ Ponca Tribe-Beschluss 2022.

4. Rechte und Schutzbereich

a) Das Recht, zu existieren und zu gedeihen

In den untersuchten Rechtsquellen wurde am häufigsten das Recht, „zu existieren und zu gedeihen“ (*to exist and flourish/thrive*) gewährt.¹⁶² In manchen Rechtsquellen umfasst es auch das Recht, sich „natürlich zu entwickeln“ (*naturally evolve*),¹⁶³ und weiters, sich zu „regenerieren“ (*regenerate*).¹⁶⁴ In Mora County besteht dieses Recht dem Wortlaut zufolge lediglich „gegen die Öl- und Gasförderung“.¹⁶⁵ In Exeter und Nottingham beinhaltet es auch, frei von Unternehmensaktivitäten zu sein, die dieses

¹⁶² § 7.6 Rush-VO; § 5.6 Blaine-VO; § 5.1 Barnstead-VO; § 7.6 East Brunswick-VO; § 4.1 Atkinson-VO; § 7.2 Packer-VO; § 30-156.7 Halifax-VO; § 7.14 Mahanoy-VO; § 5.1 Nottingham-VO 2008; § 6.7 Nockamixon-VO; § 7.14 Shrewsbury-VO; § 6.2 Santa Cruz-VO; § 6.2 Newtown-VO; § 618.03b Pittsburgh-VO 2010; § 121-3b Baldwin-VO; § 3b Forest Hills-VO; § 41.2-205d State College-Verfassungsergänzung; § 4b Wales-Gesetz; § 2 Mountain Lake-VO; § 3b West Homestead-VO; § 3b Wilkinsburg-VO; § 1d Broadview Heights-VO; § 3c Easton-VO; § 3d Sugar Hill-VO; § 4b Yellow Springs-VO; § 3d Plymouth-VO 2012; § 4.3 Las Vegas-VO; § 1.05.D Ferguson-VO; § 3d Grafton-VO; § 4.3 Mora County-VO; § 4g Oberlin-VO; § 3c Highland-VO 2013; Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 4.75.040b Santa Monica-VO 2013; § 12.02.030b Santa Monica-VO 2019; § 8.05.020c Mendocino County-VO; § 2d Danbury-VO; § 2d Hebron-VO; Art. II § 2.03 Waterville-VO; § 97.01.04 (D) Athens-VO. Nur „das Recht, zu existieren“ wurde gewährt in § 704.1A (1) Orange County-Verfassungsergänzung; § 205 Navajo Nation Code; Ponca Tribe-Beschluss 2022; vgl. *Borräs*, Transnational Environmental Law 2016/1, 113 (137 f.); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13, 14); *Boyd*, Nature 114, 124; *Margil*, in: Burdon 249 (251, 253); *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (343, 345); *Sheehan*, New Zealand Journal of Public and International Law 2015/1, 89 (102); *Sheehan*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227 (229); *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (175); *Kauffman/Martin*, Politics 63, 165, 167, 173; *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (8, 14, 17); *Mannard*, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (53).

¹⁶³ § 5.1 Newfield-VO; § 5.1 Shapleigh-VO; § 3.6 Van Etten-VO; § 3.4 Licking-VO; § 3 f. Plymouth-VO 2018; § 2d Grant-VO 2014; § 106 Grant-Verfassung 2015; § 904.A Abs. 4 West Chester-Verfassungsergänzung; § 2g Alexandria-VO; § 2 Barrington-VO; § 2 f. Todd-VO; Yurok Tribe-Beschluss 2019; § 21.60.100a-c Yurok Tribe-Verordnung 2024; § 1a Toledo-Verfassungsergänzung; vgl. *Boyd*, Nature 116; *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (59); *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (338); *Kilbert*, Ohio State Law Journal Online 2020, 227 (231); *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (347, 353 f.); *Zartner*, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (27); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (9, 12, 46); *Mannard*, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (40, 55); *Kauffman/Martin*, Politics 167; *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (133); *Wagner/Berghthaler/Krämer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 40.

¹⁶⁴ § 1d Nottingham-VO 2019; § 1d Exeter-VO; § 1a White Earth Nation-Beschluss; Menominee Tribe-Beschluss; Nez Perce Tribe-Beschluss; Ponca Tribe-Beschluss 2022; § 21.60.100d Yurok Tribe-Verordnung 2024; vgl. *Spitz/Peñalver*, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (87); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (43); *Kauffman/Martin*, Politics 182; *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (153).

¹⁶⁵ § 4.3 Mora County-VO; vgl. *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (17); tw. *Wagner/Berghthaler/Krämer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 39.

Recht verletzen.¹⁶⁶ In Todd umfasst es das Recht, frei von industrieller landwirtschaftlicher Tätigkeit zu sein.¹⁶⁷ In Licking haben das Recht sowie die Tatsache, dass die menschlichen Gemeinschaften von Ökosystemen abhängig sind, zur Konsequenz, dass „kein privater Eigentumsanspruch auf ganze Ökosysteme“ anerkannt werden darf.¹⁶⁸ Ähnlich wurde in Van Etten festgelegt, dass „kein privater Eigentumsanspruch auf natürliche Gemeinschaften, ganze Ökosysteme oder das genetische Material von Organismen“ anerkannt werden darf.¹⁶⁹ Davon abweichend gewährte die Navajo Nation der Rechtsträger:in lediglich das Recht zu „existieren“¹⁷⁰ und der Ponca Tribe 2017 der „Natur“ das „Recht zu leben und zu existieren“.¹⁷¹

Eine Definition der Formulierung „existieren und gedeihen“ ist nur wenigen Rechtsquellen zu entnehmen. Diesen zufolge soll sie insb., aber nicht ausschließlich, die „Fähigkeit“ der Rechtsträger:innen umfassen, „natürliche Tendenzen aufrechtzuerhalten und fortzuführen, die das Leben, die Reproduktion, nicht-synthetische Interaktionen und gegenseitige Abhängigkeiten zwischen sich vermehrenden und vielfältigen Organismen fördern“. Zudem umfasst sie die „Fähigkeit“ der Rechtsträger:innen, „die natürlichen Prozesse und evolutionären Tendenzen herzustellen und unendlich aufrechtzuerhalten, die das Wohlergehen von Flora, Fauna, aquatischem Leben und den Ökosystemen, von denen sie abhängig sind, fördern“.¹⁷² Das Recht, insb. das Wort „gedeihen“, schützt gem. Kauffman/Martin somit nicht nur vor dauerhaften oder existenzbedrohenden Schädigungen, sondern auch ein gewisses Maß an „Wohlergehen“ (*well-being*).¹⁷³ Die US-amerikanische Umweltrechtsanwältin Sheehan stellte daher fest, dass die Verordnung von Santa Monica ein höheres Maß an Schutz gewährt als die kalifornischen Grundwassergesetze, die nur vor „unerwünschten Folgen“ wie etwa chronischen oder signifikanten Grundwassersenkungen und -verschmutzungen schützen.¹⁷⁴

Der Yurok Tribe nahm 2024 zahlreiche Konkretisierungen vor. Das Recht „natürlich zu existieren“ umfasst demnach das Recht des Flusses Klamath „in seiner gegenwärtigen, ungestörten und natürlichen Form zu existieren und die Funktionen

¹⁶⁶ § 1d Nottingham-VO 2019; § 1d Exeter-VO; ähnl. Menominee Tribe-Beschluss.

¹⁶⁷ § 2f Todd-VO.

¹⁶⁸ § 3.4 Licking-VO.

¹⁶⁹ § 3.6 Van Etten-VO.

¹⁷⁰ Titel 1 § 205 Navajo Nation Code; vgl. Pavlik, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (24).

¹⁷¹ § 2 Abs. 1a Ponca Tribe-Beschluss 2017.

¹⁷² § 5 Packer-VO; § 5 Santa Cruz-VO; § 5 Newtown-VO; § 11 Van Etten-VO; § 3.4 Licking-VO; s. weiters die ausführl. Beschreibungen in § 21.60.100 Yurok Tribe-Verordnung 2024.

¹⁷³ Kauffman/Martin, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (49 f.); Kauffman/Martin, Politics 63 f.

¹⁷⁴ § 10721v-x California Water Code (California), angenommen am 1.1.2019; Sheehan, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227 (229 f.); i. w. S. Macpherson, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (345 f.).

eines natürlichen, gesunden Flusses innerhalb gesunder Ökosysteme zu erfüllen“.¹⁷⁵ Dies beinhaltet u. a. das Recht auf eine ganzjährig ausreichende Wassermenge, um die Eigenschaften und Funktionen von Ökosystemen ähnlich zu ungestörten Fließbedingungen zu unterstützen; das Recht, ein geeignetes Ökosystem und eine geeignete Wasserquelle für alle Lebewesen zu sein; sowie das Recht, von Strukturen oder Handlungen frei zu sein, die seine Fähigkeit, frei zu fließen, behindern. Außerdem umfasst das Recht, „natürlich zu gedeihen“, das Recht des Flusses, „kräftig zu wachsen, sich zu entwickeln und seine Fähigkeit zu stärken, grundlegende natürliche Funktionen gesund (*robustly*) zu erfüllen“.¹⁷⁶ Es beinhaltet deshalb u. a. das Recht, dass Populationen von gefährdeten Arten in florierender Anzahl wiederhergestellt werden; das Recht auf die Diversität von Tier- und Pflanzenarten; auf Fließgewässer mit natürlichem Wasserstand; auf ordnungsgemäß funktionierende Sediment- und Nährstoffprozesse; auf sauberes Wasser, saubere Luft, natürlich vorkommende Luft- und Wassertemperaturen sowie auf Nebel und Regen. Das Recht, sich „natürlich zu entwickeln“, umfasst „das Recht, die Fähigkeit aufrechtzuerhalten, sich im Laufe der Zeit natürlich und graduell zu verändern, anzupassen und neue, verschiedene und zusätzliche Funktionen auszuüben“.¹⁷⁷ Schließlich umfasst das Recht, „sich natürlich zu regenerieren“, das Recht des Flusses „auf natürliche Regeneration der inhärenten Funktionen nach vom Menschen verursachten und natürlichen Beeinträchtigungen“, wie z. B. Klimawandel, Staudämme, Schadstoffe, Überschwemmungen, Erdbeben, Tsunamis und Dürre, sowie das Recht, „die Wechselbeziehung, gegenseitige Abhängigkeit, Komplementarität und Funktionalität“ des Flusses auf ausgeglichene Weise natürlich zu erhalten oder wiederherzustellen, „für die Fortsetzung der natürlichen Funktionen seiner Ökosysteme“.¹⁷⁸

aa) Örtlicher Anwendungsbereich

Wie in Abschnitt B.I.3.a)bb) erwähnt, wurde i. d. R. festgelegt, dass das Recht nur „innerhalb“ der Grenzen der Gebietskörperschaft, in der die Rechtsquelle angenommen wurde, besteht.¹⁷⁹ Keine ausdrückliche Beschränkung des Anwendungsbereichs enthalten hingegen die Rechtsquellen der indigenen Völker (mit Ausnahme jener der White Earth Nation) sowie jene des Eriesees.¹⁸⁰ Daher ist fraglich, inwieweit sich der Schutzbereich auch auf grenzüberschreitende Umweltprobleme sowie außerhalb dieser Grenzen verursachte umweltschädigende Tätigkeiten er-

¹⁷⁵ § 21.60.100a Yurok Tribe-Verordnung 2024, s. weiters die leicht abweichende Definition in § 21.60.090.

¹⁷⁶ § 21.60.100b Yurok Tribe-Verordnung 2024.

¹⁷⁷ § 21.60.100c Yurok Tribe-Verordnung 2024.

¹⁷⁸ § 21.60.100d Yurok Tribe-Verordnung 2024.

¹⁷⁹ B. Fn. 145.

¹⁸⁰ Vgl. Titel 1 § 205 Navajo Nation Code; Nez Perce Tribe-Beschluss; Menominee Tribe-Beschluss; Yurok Tribe-Beschluss 2019; Yurok Tribe-Verordnung 2024; Ponca Tribe-Beschluss 2017; Toledo-Verfassungsergänzung.

strecken kann.¹⁸¹ Einige Rechtsquellen enthalten eine Bestimmung, wonach in Nachbargemeinden ausgeübte Tätigkeiten Verantwortlichkeiten nach sich ziehen können.¹⁸² Ob diese auch durchgesetzt werden können, ist allerdings vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen fraglich.¹⁸³

bb) Aufhebung wegen Unbestimmtheit

In einem Gerichtsverfahren gegen die Stadt Toledo wurde das Recht, „zu existieren, zu gedeihen und sich natürlich zu entwickeln“, wegen Unbestimmtheit (*vagueness*) und Verstoß gegen das Recht auf ein faires Verfahren für nichtig erklärt.¹⁸⁴ Nach Ansicht des erkennenden Gerichts war nicht klar, welches Verhalten dieses Recht verletzt. Die Angst des klagenden Unternehmens, „dass bereits die Ausbringung von kleinsten Mengen Düngemittel dieses Recht verletze“, sei deshalb berechtigt. Zudem kritisierte das Gericht, dass verabsäumt wurde, „harte Abwägungsentscheidungen zwischen Umweltschutz und wirtschaftlichen Tätigkeiten“ zu treffen, sodass selbst Aktivitäten wie Fischfang, das Ausbaggern von Flüssen oder „das Fahren eines mit Gas betriebenen Autos“ mit diesem Recht in Konflikt treten könnten.¹⁸⁵

Auch in der Literatur wurden die mangelnde Detailliertheit und das Fehlen eines konkreten Inhalts der verliehenen Rechte kritisiert.¹⁸⁶ Gem. der kalifornischen Rechtsanwältin Jones Moutrie könnte dies verhindert werden, indem zusätzlich konkrete Verbote oder *standards* erlassen werden, wonach z.B. bestimmte Düngemittel oder Pestizide verboten sind.¹⁸⁷ Diesbezüglich ist festzuhalten, dass viele untersuchte Rechtsquellen durchaus Verbote enthalten, worauf i. w. F. noch näher

¹⁸¹ Vgl. *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (177, 181).

¹⁸² Vgl. § 5.9 Blaine-VO; § 7.5 Barnstead-VO; § 6.5 Atkinson-VO; § 30-157.12 Halifax-VO; § 7.5 Nottingham-VO 2008; §§ 7.12 und 7.18 Nockamixon-VO; § 7.5 Newfield-VO; § 7.5 Shapleigh-VO; § 7.10 Santa Cruz-VO; § 619.04b Pittsburgh-VO 2011; § 4c Forest Hills-VO; § 41.2-205i State College-Verfassungsergänzung; § 1i Abs. 4 Broadview Heights-VO; § 4d Plymouth-VO 2018; § 5d Oberlin-VO; § 8.05.030c Mendocino County-VO.

¹⁸³ Beachte i. d. Z. aber die Ausführungen zum Anwendungsbereich der Rechtsquellen der anerkannten indigenen Völker in Abschnitt B.I.2.c).

¹⁸⁴ U.S. District Court for the Northern District of Ohio Western Division 27.2.2020, *Drewes Farms Partnership, State of Ohio v. City of Toledo*, 3:19 CV 434, 5 f.; vgl. *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (59); *Zartner*, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (30 f.); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (39 f.); *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (359 f.); *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 41; *Kahui/Armstrong/Aanesen*, Comparative analysis of Rights of Nature (RoN) case studies worldwide: Features of emergence and design, Ecological Economics 2024/7, 1 (7).

¹⁸⁵ U.S. District Court for the Northern District of Ohio Western Division 27.2.2020, *Drewes Farms Partnership, State of Ohio v. City of Toledo*, 3:19 CV 434, 5 f.

¹⁸⁶ *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (175, 177); *Spitz/Penalver*, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (88).

¹⁸⁷ *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (57).

eingegangen wird, diese aber keinen nennenswerten Beitrag zur Konkretisierung leisten. In der Literatur wurde außerdem kritisiert, dass das Gericht im Verfahren betreffend Toledo nicht – wie in anderen Gerichtsverfahren üblich – (natur-)wissenschaftliche Aspekte berücksichtigte, um die RdN zu interpretieren.¹⁸⁸

b) Das Recht auf Wasser

In vielen Rechtsquellen wurde auch ein „Recht auf Wasser“ vorgesehen, das nicht nur den Einwohner:innen der Gebietskörperschaft, sondern auch natürlichen Gemeinschaften und/oder Ökosystemen gewährt wurde. Dies umfasst i. d. R. das „Recht auf einen nachhaltigen Zugang und die nachhaltige Nutzung, Konsumation und Erhaltung von Wasser aus natürlichen Wasserkreisläufen, die das notwendige Wasser für die Erhaltung des Lebens [innerhalb der Gebietskörperschaft] liefern“.¹⁸⁹ In Van Etten und Licking beinhaltet es zudem das Recht, Gesetze zu erlassen, in denen bestimmte Unternehmensaktivitäten, die das Recht verletzen könnten, verboten werden.¹⁹⁰

In manchen Rechtsquellen wurde insb. die Wasserqualität hervorgehoben. So wurde in Plymouth und Barrington zusätzlich zum „Recht auf Wasser“ ein „Recht auf reines Wasser, frei von giftigen Abfällen“ gewährt.¹⁹¹ In anderen Rechtsquellen umfasst das Recht auf reines (*pure*) oder sauberes (*clean*) Wasser auch, dass dieses „frei von Giften, Karzinogenen, Feststoffen, Nukleotiden, Kohlenwasserstoffen und anderen Substanzen, die in der Umwelt freigesetzt wurden“, ist.¹⁹² Dabei wurde gelegentlich auf die Auswirkungen der (unkonventionellen) Förderung von Kohlenwasserstoffen verwiesen.¹⁹³ Auch der Ponca Tribe gewährte den Rechtsträger:innen das „Recht auf sauberes Wasser als Lebensquelle“¹⁹⁴ bzw. „auf sauberes

¹⁸⁸ Y. Epstein/Ellison/Echeverría/Abbott, Science and the legal rights of nature, Science 2023/20, 380 (6).

¹⁸⁹ § 7.1 Packer-VO; § 6.1 Santa Cruz-VO; § 6.1 Newtown-VO; § 3.5 Van Etten-VO; § 618.03a Pittsburgh-VO 2010; § 121-3a Baldwin-VO; § 3a Forest Hills-VO; § 41.2-205a State College-Verfassungsergänzung; § 1 Mountain Lake-VO; § 3a West Homestead-VO; § 3a Wilkinsburg-VO; § 1a Broadview Heights-VO; § 3b Easton-VO; § 3c Sugar Hill-VO; § 3c Plymouth-VO 2012; § 4.1 Las Vegas-VO; § 3c Grafton-VO; § 4.1 Mora County-VO; § 4c Oberlin-VO; § 3a Highland-VO 2013; § 2c Danbury-VO; 2c Hebron-VO; 2c Alexandria-VO; § 904.A Abs. 5 West Chester-Verfassungsergänzung; § 2a Barrington-VO; § 97.01.04 (A) Athens-VO; sehr ähnl. § 3.4 Licking-VO; § 4a Wales-Gesetz; § 4a Yellow Springs-VO; § 1.05.A Ferguson-VO; s. weiters § 1d Exeter-VO; § 2c Sangerville-VO.

¹⁹⁰ § 3.5 Van Etten-VO; § 3.4 Licking-VO.

¹⁹¹ § 3d Plymouth-VO 2018; § 2 Barrington-VO.

¹⁹² Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; vgl. Healy, Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review 2019/2, 327 (341 f.); Linzey/Campbell, People 77; Jones Moutrie, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (19 f.).

¹⁹³ § 8.05.020b Mendocino County-VO; Art. II § 2.03c Waterville-VO; ähnl. Grant-VO 2014; vgl. Boyd, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13); Jones Moutrie, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (12); Kauffman/Martin, Politics 167.

¹⁹⁴ § 2 Abs. 1c Ponca Tribe-Beschluss 2017.

und unverschmutztes Wasser“.¹⁹⁵ Zudem erhielt der Wildreis Manoomin das Recht auf „reines Wasser und Süßwasserlebensraum“.¹⁹⁶ Dem Fluss Menominee wurde das Recht auf „reichlich, reines, sauberes, unverschmutztes Wasser“ gewährt.¹⁹⁷ Überdies erhielten die Flüsse Wekiva und Econlockhatchee das Recht, „vor Verschmutzung geschützt zu werden“.¹⁹⁸

In jenen Rechtsquellen, in denen Flüsse als Rechtsträger:innen anerkannt wurden, ist zudem oft auch eine quantitative Komponente enthalten, wie z. B. das „Recht, zu fließen“, das dem Fluss Snake und den Flüssen Wekiva und Econlockhatchee gewährt wurde,¹⁹⁹ oder das Recht „auf natürlichen Wasserfluss“ sowie „natürliche Grundwasser- und Oberflächenwassererneuerung“ des Flusses Menominee.²⁰⁰ Letzteres wurde auch den Wasserkörpern des Ponca Tribes gewährt.²⁰¹ Hinsichtlich einer Definition des Begriffs „fließen“ wird in der Rechtsquelle von Orange County auf einzelstaatliches Recht verwiesen, wonach die Behörden minimale Durchflussmengen und Mindestwasserstände festzulegen haben, die als „Grenze“ anzusehen sind, „ab welcher weitere Wasserentnahmen wesentliche schädliche Auswirkungen auf die Wasserressourcen und die Ökologie des Gebiets haben“.²⁰²

c) Das Recht, frei von giftigen oder chemischen Eingriffen zu sein

In einigen Rechtsquellen wurde sowohl den Einwohner:innen als auch natürlichen Gemeinschaften und/oder Ökosystemen das Recht gewährt, frei von „giftigen“ oder „chemischen“ Eingriffen zu sein.²⁰³ Der Begriff „Eingriffe“ (*trespass*) wurde nur selten definiert und bezeichnet dann i. d. R. die „unfreiwillige Ablagerung von giftigen oder potenziell giftigen Substanzen in einem menschlichen Körper, einer natürlichen Gemeinschaft oder einem Ökosystem“.²⁰⁴ In manchen Rechtsquellen wurde dies außerdem auf Eingriffe beschränkt, die aus der (unkonventionellen) Gas-

¹⁹⁵ Ponca Tribe-Beschluss 2022.

¹⁹⁶ § 1a White Earth Nation-Beschluss; vgl. *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (43).

¹⁹⁷ Menominee Tribe-Beschluss.

¹⁹⁸ § 704.1A (1) Orange County-Verfassungsergänzung.

¹⁹⁹ Nez Perce Tribe-Beschluss; § 704.1A (1) Orange County-Verfassungsergänzung.

²⁰⁰ Menominee Tribe-Beschluss.

²⁰¹ Ponca Tribe-Beschluss 2022.

²⁰² Rule 62-520.200 Abs. 25 Florida Administrative Code (Florida), angenommen am 12. 7. 2009.

²⁰³ § 619.03c Pittsburgh-VO 2011; § 4f Oberlin-VO; § 8.05.020d Mendocino County-VO; Art. II § 2.03g Waterville-VO; § 97.01.04 (C) Athens-VO; § 3a Lincoln County-VO; Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; vgl. tw. *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (20).

²⁰⁴ § 3a Oberlin-VO; § 619.02i Pittsburgh-VO 2011; ähnl. § 5 Santa Cruz-VO; § 5 Mahanoy-VO.

und Ölförderung²⁰⁵ oder der Ausbringung von Pestiziden resultieren.²⁰⁶ Hingegen gewährte der Ponca Tribe der „Natur“ grundsätzlich das Recht, „frei von Kontamination, Verschmutzung und giftigem und radioaktivem Müll zu sein“.²⁰⁷

d) Das Recht auf saubere Luft

In einigen Rechtsquellen wurde nicht nur den Einwohner:innen, sondern auch den natürlichen Gemeinschaften und/oder Ökosystemen das „Recht auf saubere Luft“ gewährt. Meist beinhaltet dies das „grundlegende und unveräußerliche Recht, saubere Luft zu atmen, frei von Giften, Karzinogenen, Feststoffen und anderen Substanzen, die dafür bekannt sind, Schäden an der Gesundheit zu verursachen“.²⁰⁸ In der Rechtsquelle von Plymouth wurde ein „Recht auf saubere Luft frei von giftigen Abfällen“ vorgesehen,²⁰⁹ in anderen Gemeinden wurde auf die Auswirkungen der Öl- und Gasförderung verwiesen.²¹⁰ Der Ponca Tribe gewährte der „Natur“ das „Recht auf saubere Luft als Lebensquelle“.²¹¹

e) Das Recht auf eine nachhaltige Energiezukunft

In manchen untersuchten Rechtsquellen erhielten die natürlichen Gemeinschaften und/oder Ökosysteme ebenso wie die Einwohner:innen auch ein „Recht auf eine nachhaltige Energiezukunft“, das „die Entwicklung, Produktion und Nutzung von Energie aus erneuerbaren Energieträgern“ umfasst.²¹² In Yellow Springs und Athens beinhaltet dies ebenfalls das Recht, dass „lokale Politiken“ geschaffen werden, die dieses Recht fördern.²¹³ In Mora County umfasst es weiters „das Recht auf ein

²⁰⁵ § 4f Oberlin-VO; § 8.05.020d Mendocino County-VO; Art. II § 2.03g Waterville-VO; § 97.01.04 (C) Athens-VO.

²⁰⁶ § 3a Lincoln County-VO; *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (344).

²⁰⁷ § 2 Abs. 1 f. Ponca Tribe-Beschluss 2017.

²⁰⁸ § 41.2-205b State College-Verfassungsergänzung; § 1b Broadview Heights-VO; § 1.05.B Ferguson-VO; § 4d Oberlin-VO; § 3b Highland-VO 2013; Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 904.A Abs. 6 West Chester-Verfassungsergänzung; ähnl. § 2c Barrington-VO; § 1d Exeter-VO; weiters § 2c Sangerville-VO; vgl. *Healy*, Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review 2019/2, 327 (342); *Linzey/Campbell*, People 77; *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (20).

²⁰⁹ § 3e Plymouth-VO 2018.

²¹⁰ § 8.05.020b Mendocino County-VO; Art. II § 2.03 Waterville-VO; § 104 Grant-Verfassung 2015; vgl. *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (12); *Kauffman/Martin*, Politics 167.

²¹¹ § 2 Abs. 1d Ponca Tribe-Beschluss 2017.

²¹² § 121-3c Baldwin-VO; § 3c Forest Hills-VO; § 3 Mountain Lake-VO; § 3c West Homestead-VO; § 3c Wilkinsburg-VO; § 4.4 Las Vegas-VO; § 3c Highland-VO 2013; vgl. *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (175).

²¹³ § 4c Yellow Springs-VO; § 97.01.04 (E) Athens-VO.

Energiesystem, das auf Energieträgern basiert, die keine fossilen Energieträger sind“, sowie das „Recht auf Energieverfahren, die keinen Schaden verursachen“.²¹⁴

f) Das Recht auf Wiederherstellung

Das „Recht auf Wiederherstellung, Erholung und Erhaltung“ wurde sowohl manchen natürlichen Gemeinschaften und Ökosystemen²¹⁵ als auch dem Wildreis Manoomin²¹⁶ sowie dem Fluss Menominee gewährt.²¹⁷ Auch der Fluss Snake erhielt ein „Recht auf Wiederherstellung“.²¹⁸ Nähere Ausführungen über den Schutzbereich dieses Rechts sind den Rechtsquellen nicht zu entnehmen. Der Yurok Tribe gewährte dem Fluss Klamath hingegen umfangreiche Wiederherstellungsrechte. Diese werden unterschieden in „identifizierbar vom Menschen verursachte Schäden“ – wie z.B. Verschmutzung, übermäßige Wasserverwendung, Staudämme, Überfischung, Ressourcenabbau, oder Sedimentation aufgrund von Landbewirtschaftungspraktiken – und „nicht identifizierbar vom Menschen verursachte Schäden“, wie z.B. Klimawandel, kumulative Luft- oder Wasserverschmutzung, massives Artensterben, invasive Arten, Veränderungen der Migrations- und Wachstumsmuster oder Veränderungen der Meeresbedingungen. In beiden Fällen wurde dem Fluss das Recht gewährt, sich selbst wiederherzustellen. Im Ersteren erhielt er außerdem das Recht, aktiv vom Menschen wiederhergestellt (*restored*) zu werden, und zwar in jenen Zustand, der vor dem Schaden bestand. Dabei können insb. folgende Maßnahmen ergriffen werden: Reinigung und Beseitigung der Verschmutzung; Änderung der Praktiken, die den Schaden verursacht haben; Wiederherstellung der Wasserqualität auf ein gesundes Niveau, sowie Wiederherstellung von Teilen der Ökosysteme, die geschädigt wurden. Im zweiten Fall erhielt er hingegen das Recht, aktiv vom Menschen „repariert“ (*repaired*) zu werden, in einen „natürlich gedeihenden Zustand“ (*naturally flourishing state*), bspw. durch Maßnahmen, welche die punktuelle und nicht punktuelle Wasserverschmutzung, die Treibhausgasemissionen, die Zerstörung von Lebensräumen, den Klimawandel, die Wiederherstellung von Ökosystemen, die Kohlenstoffsequestrierung und -senken oder die Entwicklung von lokaler und umweltgerechter Infrastruktur für erneuerbare Energien betreffen.²¹⁹

²¹⁴ § 4.4 Mora County-VO.

²¹⁵ § 1d Exeter-VO; ähnl. § 1d Nottingham-VO 2019; nicht berücksichtigt bei *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (50).

²¹⁶ § 1a White Earth Nation-Beschluss; vgl. *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (43); *Kauffman/Martin*, Politics 182; *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (153).

²¹⁷ Menominee Tribe-Beschluss.

²¹⁸ Nez Perce Tribe-Beschluss.

²¹⁹ § 21.60.120 Yurok Tribe-Verordnung 2024; in § 21.60.090 wird hingegen in beiden Fällen das Wort *repaired* verwendet.

g) Das Recht auf eine gesunde Umwelt oder ein gesundes Ökosystem

In Pittsburgh erhielten nicht nur die Einwohner:innen, sondern auch die natürlichen Gemeinschaften und Ökosysteme das „grundlegende und unveräußerliche Recht auf eine gesunde Umwelt“, welches das Recht „auf unverschmutzte Luft, unverschmutztes Wasser und unverschmutzten Boden“ beinhaltet.²²⁰ Auch dem Fluss Klamath wurde ein „Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt frei von Schadstoffen“ gewährt.²²¹ Die Flüsse Wekiva und Econlockhatchee erhielten das Recht, „ein gesundes Ökosystem zu bewahren“.²²² Die Wasserkörper des Ponca Tribes bekamen das „Recht auf eine gesunde natürliche Umwelt und eine einheimische Biodiversität“.²²³

h) Das Recht auf ein gesundes Klima

In Lafayette wurde allen Einwohner:innen und Ökosystemen ein „Recht auf ein gesundes Klima und lebenswichtige Ressourcen“ gewährt. Dieses umfasst das „Recht, frei von allen Aktivitäten in der Stadt Lafayette zu sein, die dieses Recht beeinträchtigen, einschließlich der Förderung von Kohle, Öl oder Gas, der Ablagerung von mit Bohrschlamm kontaminiertem Trinkwasser, tödlichen Karzinogenen, giftigen Gasen sowie anderen Nebenprodukten von industriellen Aktivitäten, welche das menschliche physische und neurologische System bedrohen“.²²⁴ In Sangerville umfasst das „Recht auf ein gesundes Klima“ hingegen das „Recht, frei von Infrastrukturprojekten zu sein, die wesentlich zum Klimawandel beitragen“.²²⁵ Der Ponca Tribe verlieh der „Natur“ wiederum ein „Recht auf ein Klima, das bewohnbar ist, das Leben unterstützt, die Kultur erhält, und nicht von Menschen gestört wird“.²²⁶ Ebenso erhielt der Wildreis Manoomin ein „Recht auf ein gesundes Klimasystem und eine natürliche Umwelt frei von den Auswirkungen und Emissionen der menschenverursachten globalen Erwärmung“.²²⁷ Dem Fluss Klamath wurde ebenfalls ein Recht auf ein stabiles Klima „frei von den menschenverursachten

²²⁰ § 619.03c Pittsburgh-VO 2011.

²²¹ Yurok Tribe-Beschluss 2019; § 21.60.100a Abs. 1 Yurok Tribe-Verordnung 2024; vgl. Macpherson, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (347); Jones Moutrie, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (46).

²²² § 704.1A (1) Abs. 1 Orange County-Verfassungsergänzung.

²²³ Ponca Tribe-Beschluss 2022.

²²⁴ § 1a Lafayette-VO 2017; vgl. Boyd, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (15); Boyd, Nature 127; Jones Moutrie, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (36 f.); Fukurai/Krooth, Approaches 229.

²²⁵ § 2b Sangerville-VO.

²²⁶ § 2 Abs. 1e Ponca Tribe-Beschluss 2017.

²²⁷ § 1a White Earth Nation-Beschluss; vgl. Jones Moutrie, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (43); Huneus, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (157).

Auswirkungen des Klimawandels“ gewährt.²²⁸ Schließlich wurde in der Gemeinde Exeter ein „Recht auf ein stabiles und gesundes Klimasystem“ gewährt, „das fähig ist, Ökosysteme und natürliche Gemeinschaften zu erhalten“.²²⁹

i) Das Recht auf sauberen Boden

Gelegentlich wurde in den untersuchten Rechtsquellen auch ein „Recht auf sauberen Boden“ vorgesehen.²³⁰ In Mendocino soll dieses insb. vor Giften, Karzinogenen, Feststoffen, Nukleotiden und Kohlenwasserstoffen schützen, die bei der unkonventionellen Gewinnung von Kohlenwasserstoffen freigesetzt werden.²³¹

j) Rechte auf Gentechnik- und Patentfreiheit

Der Wildreis Manoomin erhielt das „Recht auf Patentfreiheit“ sowie das Recht, „frei zu sein von Infektionen, Befall oder Verdriftung auf irgendeine Weise durch gentechnisch veränderte Organismen, transgenes Risiko-Saatgut oder anderes Saatgut, das nicht mit herkömmlichen Züchtungsmethoden entwickelt wurde“.²³² Auch der Fluss Klamath bekam das Recht, „frei von Kontaminationen durch gentechnisch veränderte Organismen zu sein“.²³³ Zudem gewährte noch ein weiteres indigenes Volk, der Ponca Tribe, der „Natur“ das Recht, „in ihrer genetischen Struktur nicht verändert oder gestört zu werden“.²³⁴

k) Weitere Rechte

Vereinzelt wurden in den untersuchten Rechtsquellen noch weitere Rechte gewährt. So erhielten der Fluss Menominee und die Wasserkörper des Ponca Tribes „das Recht, ihre natürlichen Ökosystemfunktionen auszuüben“.²³⁵ Der Ponca Tribe gewährte der „Natur“ außerdem das „Recht, ihre Identität und Integrität als ein

²²⁸ Yurok Tribe-Beschluss 2019; § 21.60.100a Abs. 3 Yurok Tribe-Verordnung 2024; vgl. *Jones Moutrie*, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (46).

²²⁹ § 1d Exeter-VO; vgl. *Fukurai/Krooth*, *Approaches* 229.

²³⁰ § 2b Grant-VO 2014; § 1d Exeter-VO; § 8.05.020b Mendocino County-VO; Art. II § 2.03e Waterville-VO; vgl. *Jones Moutrie*, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (12); *Kauffman/Martin*, *Politics* 167.

²³¹ § 8.05.020b Mendocino County-VO; ähnl. Art. II § 2.03e Waterville-VO.

²³² § 1a White Earth Nation-Beschluss; vgl. *Jones Moutrie*, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (43).

²³³ Yurok Tribe-Beschluss 2019, ähnl. § 21.60.100a Abs. 6 Yurok Tribe-Verordnung 2024; vgl. *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (347); *Jones Moutrie*, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (46).

²³⁴ § 2 Abs. 1g Ponca Tribe-Beschluss 2017.

²³⁵ Menominee Tribe-Beschluss.

vielfältiges, selbstregulierendes und zusammenhängendes Wesen zu bewahren“.²³⁶ Weiters verliet er jedem „Wesen“ ein „Recht auf Wohlergehen und ein Leben frei von Folter und grausamer Behandlung durch die Menschen“²³⁷ sowie „auf einen Ort und seine Rolle in der Natur zu spielen, das auch die verantwortungsvolle und ethische Entnahme und Konsumierung von Lebewesen beinhalten kann, wie es für den Lebensunterhalt und den Fortbestand des Lebens traditionell, ethisch, gerecht und geeignet ist“.²³⁸ Der Yurok Tribe gewährte dem Fluss Klamath 2024 überdies kulturelle Rechte, darunter das Recht, als kulturelle Flusslandschaft geschützt zu werden, innerhalb der Jurisdiktion des Yurok Tribes zu sein, sowie auf Yurok-Mitglieder, die in Beziehung zum Fluss leben und ihre ihm gegenüber bestehende Verantwortung (*stewardship*) ausüben.²³⁹ Außerdem wurden ihm Rechte auf Eigentum an seinen eigenen Daten und einem Fonds gewährt,²⁴⁰ das Recht „vom Yurok Tribe vertreten zu werden“, das Recht auf *legal standing* sowie das „Recht, nicht geklagt zu werden“ oder zu Schadenersatzzahlungen u. dgl. verpflichtet zu werden, da er keine Pflichten habe.²⁴¹ Schließlich erhielten die natürlichen Gemeinschaften und Ökosysteme in Exeter ebenso wie die Einwohner:innen das „Recht auf Schutz vor staatlichen und unternehmerischen Eingriffen“, das auch das Recht umfasst, „frei von *ceiling preemption* zu sein“, wonach lokale Gebietskörperschaften keine Vorschriften erlassen dürfen, die strenger sind als einzelstaatliches und gesamtstaatliches Recht.²⁴²

Inwieweit den Rechtsträger:innen auch Verfahrensrechte gewährt wurden, wird in Abschnitt B.I.7.a) näher erörtert.

l) Verbote und sonstige Bestimmungen zum Schutz der gewährten Rechte

Die untersuchten Rechtsquellen enthalten i. d. R. noch weitere Bestimmungen, die dem Schutz der gewährten Rechte dienen und somit Aufschluss über ihren Schutzbereich geben können. Diese werden im Folgenden näher dargestellt.

²³⁶ § 2 Abs. 1b Ponca Tribe-Beschluss 2017.

²³⁷ § 2 Abs. 3 Ponca Tribe-Beschluss 2017.

²³⁸ § 2 Abs. 2 Ponca Tribe-Beschluss 2017.

²³⁹ § 21.60.110 Yurok Tribe-Verordnung 2024.

²⁴⁰ § 21.60.130 Yurok Tribe-Verordnung 2024.

²⁴¹ § 21.60.140 Yurok Tribe-Verordnung 2024.

²⁴² § 1e Exeter-VO.

aa) Tätigkeitsbezogene Verbote

Die meisten untersuchten Rechtsquellen enthalten konkrete Verbote für bestimmte von Unternehmen ausgeübte Tätigkeiten.²⁴³ Sehr häufig betreffen diese die konventionelle oder unkonventionelle Förderung von Kohlenwasserstoffen, tw. wurde auch (lediglich) die zugehörige Infrastruktur oder die Ablagerung von bei diesen Prozessen entstehenden Abfällen und Abwässern verboten.²⁴⁴ In anderen Fällen beziehen sich die Verbote auf die Klärschlammausbringung,²⁴⁵ Wasserentnahmen,²⁴⁶ Bergbauaktivitäten,²⁴⁷ Infrastrukturprojekte,²⁴⁸ nicht-nachhaltige Energiesysteme,²⁴⁹ Landentwicklungsprojekte,²⁵⁰ industrielle landwirtschaftliche Tätig-

²⁴³ Vgl. *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (173); *Gordon*, Columbia Journal of Environmental Law 2018/1, 49 (60); *Sheehan*, New Zealand Journal of Public and International Law 2015/1, 89 (101); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13).

²⁴⁴ § 4.2 Van Etten-VO; § 4 Licking-VO; § 618.04 Pittsburgh-VO 2010; § 619.04a Pittsburgh-VO 2011; § 121-4a Baldwin-VO; § 4a Forest Hills-VO; § 41.2-205i State College-Verfassungsergänzung; § 5a Wales-Gesetz; § 1 Mountain Lake-VO; § 4a West Homestead-VO; § 4a Wilkinsburg-VO; § 1i Broadview Heights-VO; § 4 Easton-VO; § 4 Sugar Hill-VO; § 5 Yellow Springs-VO; § 4a Plymouth-VO 2012; § 5 Las Vegas-VO; § 1.05.J Ferguson-VO; § 4 Plymouth-VO 2018; § 5 Mora County-VO; § 4a Grafton-VO; § 5 Oberlin-VO; § 4a Highland-VO 2013; Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 8.05.030a Mendocino County-VO; § 3a Grant-VO 2014; § 301 Grant-Verfassung 2015; § 904.B Abs. 1 bis 3 West Chester-Verfassungsergänzung; Art. II § 2.03k Waterville-VO; § 97.01.05 Athens-VO; § 3a Barrington-VO; vgl. *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (15, 114); *Jones*, Journal of Environmental Studies and Sciences 2021/2, 173 (178); *Sheehan*, New Zealand Journal of Public and International Law 2015/1, 89 (101); *Borràs*, Transnational Environmental Law 2016/1, 113 (138); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (59); *Beacher*, Environmental Claims Journal 2021/2, 91 (95); *Linzey/Campbell*, People 38, 53; *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (344); *Healy*, Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review 2019/2, 327 (341 f.); *Boyd*, Nature 120, 125; *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (54); *Burdon/Williams*, in: Fisher 196 (200); *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (340); *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (173); *Kauffman/Martin*, Politics 70, 165, 172; *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (8, 12, 14, 15 f., 17); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 39.

²⁴⁵ § 7 Tamaqua-VO 2006; § 7 Rush-VO; § 7 East Brunswick-VO; § 8 Packer-VO; § 7 Mahanoy-VO; § 7 Shrewsbury-VO; vgl. *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (7); *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (173); *Borràs*, Transnational Environmental Law 2016/1, 113 (137 f.); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13 f.); *Blake*, Are Water Body Personhood Rights the Future of Water Management in the United States, Texas Environmental Law Journal 2017/2, 197 (212); *Linzey/Campbell*, People 47, 51.

²⁴⁶ § 4 Barnstead-VO; § 3 Atkinson-VO; § 4 Nottingham-VO 2008; § 4 Newfield-VO; § 4 Van Etten-VO; § 7.18.040 Santa Monica-Grundwasser-VO 2018.

²⁴⁷ § 5 Blaine-VO; § 30-156 Halifax-VO; § 7.1 Nockamixon-VO; § 4 Shapleigh-VO; § 4.2 Van Etten-VO; vgl. *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (342).

²⁴⁸ § 3a Sangerville-VO.

²⁴⁹ § 3a Danbury-VO; § 3a Hebron-VO; tw. ähnl. § 3a Alexandria-VO.

²⁵⁰ § 7.3 Newtown-VO.

keiten,²⁵¹ die Ausbringung von Pestiziden²⁵² oder auf den Besitz oder die Nutzung von radioaktivem Material und biologischen oder chemischen Waffen.²⁵³ Hingegen wurde in Orange County keine konkrete Tätigkeit, sondern die „absichtliche oder fahrlässige“ Verschmutzung der Flüsse innerhalb der Gebietskörperschaft verboten.²⁵⁴

I.d.R. wurden die jeweiligen Tätigkeiten ausnahmslos verboten. Gem. jener Rechtsquellen, in denen die Ausbringung von Klärschlamm untersagt wurde, gilt das Verbot hingegen nur, wenn vor der Ausbringung bestimmte Sorgfaltspflichten, wie z. B. das Testen auf Schadstoffe, unterlassen wurden.²⁵⁵ Das Verbot der Gas- und Ölförderung gilt in einigen Fällen nicht in Bezug auf bereits bestehende Förderanlagen,²⁵⁶ häufig aber nur unter der Voraussetzung, dass keine neuen Förderverfahren eingesetzt werden.²⁵⁷ In Santa Monica wurde die Errichtung bzw. Erweiterung von Grundwasserentnahmestellen nur verboten, solange kein Grundwassernachhaltigkeitsplan erlassen und darin die Errichtung bzw. Erweiterung ausdrücklich genehmigt wurde, wobei gem. Sheehan das „Recht zu gedeihen“ zu beachten war.²⁵⁸ 2023 wurde die Bestimmung dahin gehend abgeändert, dass eine Grundwassernachhaltigkeitsagentur der Errichtung oder Erweiterung einstimmig zustimmen muss.²⁵⁹ Überdies gilt das Wasserentnahmeverbot gem. einiger Rechtsquellen nicht für lokale Behörden, gemeinnützige Organisationen, Versorgungsunternehmen und andere Unternehmen mit gültigen Verträgen mit der Gemeinde, sofern das Wasser aus-

²⁵¹ § 2b, c, d, e, f Todd-VO.

²⁵² § 7 Santa Cruz-VO; § 4b Lincoln County-VO; vgl. *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (342).

²⁵³ § 3 Abs. 3 Ponca Tribe-Beschluss 2017.

²⁵⁴ § 704.1 (C) Orange County-Verfassungsergänzung; vgl. *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (14); *Boyd*, Nature 122 f., 124; *Margil*, in: Burdon 249 (252 f.); *Linzey/Campbell*, People 26 f.

²⁵⁵ § 8 Tamaqua-VO 2006; § 7 ff. Rush-VO; § 7 ff. East Brunswick-VO; §§ 8.2 und 9 Packer-VO; §§ 7.2 und 8 Mahanoy-VO; § 7 ff. Shrewsbury-VO; vgl. *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (58); *Linzey/Campbell*, People 47.

²⁵⁶ § 5 Wales-Gesetz; bzgl. Sand- und Kiesförderung s. auch § 4 Barrington-VO; ähnl. betr. industrieller landwirtschaftlicher Tätigkeiten § 3 d Todd-VO.

²⁵⁷ § 121-4a Baldwin-VO; § 4a Forest Hills-VO; § 41.2-205i Abs. 1 State College-Verfassungsergänzung; § 1 Mountain Lake-VO; § 4 West Homestead-VO; § 1i Abs. 1 Broadview Heights-VO; § 1.05.J Ferguson-VO; § 5a Oberlin-VO; § 1 Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 8.05.030b Mendocino County-VO; § 904.B Abs. 1 West Chester-Verfassungsergänzung; vgl. *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (177).

²⁵⁸ § 7.18.040 Santa Monica-Grundwasser-VO 2018; *Sheehan*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227 (230).

²⁵⁹ S. ecode360.com/42740685#42740688 (Stand 2.7.2024). Da auch dies unter Berücksichtigung der in Santa Monica anerkannten RdN zu erfolgen hat, handelt es sich nach Rücksprache mit Sheehan und einem Mitarbeiter von Santa Monica nicht um eine Abschwächung der RdN.

schließlich für die Verwendung innerhalb der Gebietskörperschaft bestimmt ist.²⁶⁰ In Nottingham wurde zudem eine Ausnahme für Einsatzfahrzeuge, Militärfahrzeuge, Fahrzeuge, die Wasser zum Kühlen nutzen, und Abwasserentsorgungssysteme gewährt.²⁶¹ In Blaine bezieht sich die Ausnahme auf ortsansässige Familienbetriebe.²⁶² Weiters gilt das Verbot der Flussverschmutzung in Orange County nicht in Bezug auf Pflanzenkläranlagen.²⁶³ Zudem sind in Newtown Landentwicklungsprojekte nur untersagt, wenn sie die Rechte der Rechtsträger:innen beeinträchtigen oder diesen Schäden zufügen.²⁶⁴

Einige dieser Verbotsbestimmungen wurden von Gerichten u.a. mit der Begründung für ungültig erklärt, dass die lokalen Gebietskörperschaften ihre Befugnisse überschritten hatten. In mehreren Fällen wurde auch ein Verstoß gegen höherrangiges Recht festgestellt, da viele einzelstaatliche Gesetze die verbotenen Tätigkeiten wie z.B. die Öl- oder Gasförderung, den Bergbau, landwirtschaftliche Tätigkeiten oder auch die Ausbringung von Pestiziden erlauben bzw. regulieren.²⁶⁵ Im Verfahren gegen Lincoln County gelangte ein Gericht daher zu dem Ergebnis, dass ein Ausbringungsverbot für Pestizide ausschließlich auf Flächen vorgesehen werden darf, die im Eigentum der Gemeinde stehen.²⁶⁶

bb) Aufhebung von Unternehmensrechten

Die meisten untersuchten Rechtsquellen enthalten eine Bestimmung, wonach Unternehmen nicht als „Personen“ anzusehen sind, nicht die Rechte und Verfassungsrechte von „Personen“ genießen sowie nicht dem Schutz der *commerce clause* und *contracts clause* unterliegen. Tw. gilt dies aber nur, wenn sie gegen die vorgesehenen (tätigkeitsbezogenen) Verbote oder Rechte verstoßen.²⁶⁷ Weiters wurde den

²⁶⁰ § 6 Barnstead-VO; § 5 Atkinson-VO; § 6 Nottingham-VO 2008; § 6 Newfield-VO; § 6 Shapleigh-VO; § 4.1 Van Etten-VO; ähnl. § 4 Barrington-VO; § 4.9 Mora County-VO.

²⁶¹ § 6 Abs. 5 bis 8 Nottingham-VO 2008.

²⁶² § 7 Blaine-VO.

²⁶³ § 704.1 (E) Orange County-Verfassungsergänzung.

²⁶⁴ § 7.3 Newtown-VO.

²⁶⁵ S. insb. U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 14.10.2015, *Pennsylvania General Energy Company v. Grant Township*, 14-209ERIE, 14 ff.; Lincoln County Circuit Court 23.9.2019, *Rex Capri, Wakefield Farms v. Dana W. Jenkins*, Lincolns County, 17CV23360, 6 ff.; vgl. *Boyd*, *Nature* 115, 125, 129; *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (344, 355 m.w.N.); *Burdon/Williams*, in: Fisher 196 (199); *Linzey/Campbell*, *People* 17, 50, 96 f.; *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (343); *Jones Moutrie*, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (34); a.A. *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (73).

²⁶⁶ Lincoln County Circuit Court 23.9.2019, *Rex Capri, Wakefield Farms v. Dana W. Jenkins*, Lincolns County, 17CV23360, 8.

²⁶⁷ Vgl. § 7.5 Tamaqua-VO 2006; § 7.5 Rush-VO; § 5.4 Blaine-VO; § 5 Barnstead-VO; § 7.5 East Brunswick-VO; § 4 Atkinson-VO; § 8 Packer-VO; §§ 30-157.4, 5 und 6 Halifax-VO; § 7.13 Mahanoy-VO; § 5 Nottingham-VO 2008; §§ 7.4 ff. Nockamixon-VO; § 7.13

Unternehmen häufig verboten, die Rechtsquelle unter Bezugnahme auf einzelstaatliches oder gesamtstaatliches Recht (*preemptive law*) anzufechten oder dieses durchzusetzen.²⁶⁸ In mehreren Rechtsquellen wurde überdies ausgeschlossen, dass Unternehmen auf zukünftigen entgangenen Gewinn klagen können.²⁶⁹

Hintergrund für die Aufnahme dieser Bestimmungen ist der Literatur zufolge das hohe Maß an Schutz, das Unternehmen in den USA genießen. Denn diese können sich in vielen Fällen auf dieselben Verfassungsrechte berufen wie Personen, wozu z. B. das Recht auf gleichen Schutz, das Recht auf ein faires Verfahren oder das Recht

Shrewsbury-VO; § 5 Newfield-VO; § 5 Shapleigh-VO; § 7.9 Santa Cruz-VO; § 7.5 Newtown-VO; §§ 3.7.f. Van Etten-VO; § 3.6 und 7 Licking-VO; § 618.04b Pittsburgh-VO 2010; § 619.04c Pittsburgh-VO 2011; § 121-4b Baldwin-VO; § 4d Forest Hills-VO; § 41.2-205i Abs. 5 State College-Verfassungsergänzung; § 5d Wales-Gesetz; § 2 Mountain Lake-VO; § 4b West Homestead-VO; § 4b Wilkinsburg-VO; § 1i Abs. 5 Broadview Heights-VO; § 4b Easton-VO; § 4b Sugar Hill-VO; § 5e Yellow Springs-VO; § 4b Plymouth-VO 2012; § 5.5 Las Vegas-VO; § 1.05.J.5 Ferguson-VO; § 6 Plymouth-VO 2018; § 5e Grafton-VO; § 5.5 Mora County-VO; § 6e Oberlin-VO; § 4b Highland-VO 2013; § 6 Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 1c und d Lafayette-VO 2017; § 8.05.050a Mendocino County-VO; § 5a Grant-VO 2014; § 401 Grant-Verfassung 2015; § 904.D Abs. 1 West Chester-Verfassungsergänzung; § 6a Barrington-VO; Art. II § 2.03 m Waterville-VO; § 6a Lincoln County-VO; § 4a Toledo-Verfassungsergänzung; tw. ähnl. § 5a Sangerville-VO; § 5a Danbury-VO; § 5a Hebron-VO; § 5a Alexandria-VO; vgl. *Borrás*, Transnational Environmental Law 2016/1, 113 (137f.); *Cullinan*, in: Burdon 230 (234); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (54); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (14); *Boyd*, Nature 116; *Linzey/Campbell*, People 15, 47, 53, 77; *Margil*, in: Burdon 249 (251 ff.); *Sheehan*, New Zealand Journal of Public and International Law 2015/1, 89 (102); *Pavlik*, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (15); *Zartner*, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (28); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (8, 14, 17, 37); *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (133, 144).

²⁶⁸ § 8.12 Packer-VO; § 7.13 Mahanoy-VO; § 7.13 Shrewsbury-VO; § 7.9 Santa Cruz-VO; § 3.7 Van Etten-VO; § 3.6 Licking-VO; § 618.04c Pittsburgh-VO 2010; § 619.04d Pittsburgh-VO 2011; § 41.2-205i Abs. 6 State College-Verfassungsergänzung; § 4c Wilkinsburg-VO; § 1i Abs. 6 Broadview Heights-VO; § 4d Easton-VO; § 4c Sugar Hill-VO; § 4c Plymouth-VO 2012; § 6a Plymouth-VO 2018; § 1.05.J.6 Ferguson-VO; § 5.6 Mora County-VO; § 7 Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 8.05.050a Mendocino County-VO; § 5 Grant-VO 2014; § 401 Grant-Verfassung 2015; § 5a Danbury-VO; § 5a Hebron-VO; § 5a Alexandria-VO; § 3a Lincoln County-VO; § 4a Toledo-Verfassungsergänzung. In einigen Rechtsquellen wurde dies auf den Fall beschränkt, dass die gewährten Rechte beeinträchtigt werden s. § 121-4c Baldwin-VO; § 4e Forest Hills-VO; § 5e Wales-Gesetz; § 3 Mountain Lake-VO; § 4c West Homestead-VO; § 5f Yellow Springs-VO; § 5.6 Las Vegas-VO; § 5f Grafton-VO; § 5.6 Mora County-VO; § 5f Oberlin-VO; § 4c Highland-VO 2013; § 5a Sangerville-VO; § 904.D Abs. 1 West Chester-Verfassungsergänzung; vgl. *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (344); *Kilbert*, Ohio State Law Journal Online 2020, 227 (232); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (12, 14, 17).

²⁶⁹ § 7.7 Barnstead-VO; § 6.7 Atkinson-VO; § 8.12 Packer-VO; § 30-157 Halifax-VO; § 7.13 Mahanoy-VO; § 7.7 Nottingham-VO 2008; § 7.7 Nockamixon-VO; § 7.13 Shrewsbury-VO; § 7.7 Newfield-VO; § 7.7 Shapleigh-VO; § 7.7 Santa Cruz-VO; § 7.6 Newtown-VO; § 3.8 Van Etten-VO; § 3.7 Licking-VO; § 6b Plymouth-VO 2018; § 6b Lincoln County-VO; § 7.1 Mora County-VO.

auf freie Meinungsäußerung zählen.²⁷⁰ Zudem ist es den Einzelstaaten nach der *contracts clause* der gesamtstaatlichen Verfassung untersagt, in die Rechte von anerkannten Unternehmen einzugreifen.²⁷¹ Außerdem hat der Gesamtstaat gem. der *commerce clause* bei allen Regulierungsvorhaben der Einzelstaaten (und ihrer Gebietskörperschaften) weitreichende Eingriffsmöglichkeiten, wenn diese den Handel zwischen den Einzelstaaten behindern könnten.²⁷² Gem. den Rechtsanwält:innen Schromen-Wawrin/Newman beschränken diese Rechtsdoktrinen die Möglichkeit, RdN in den USA anzunehmen, weshalb es notwendig sei, sich dagegen aufzulehnen.²⁷³ Zugleich überrascht es wenig, dass eine dieser Bestimmungen von einem Gericht aufgrund von entgegenstehendem höherrangigem Recht für ungültig erklärt wurde.²⁷⁴

cc) Ungültigerklärung von entgegenstehenden Genehmigungen und höherrangigem Recht

Die meisten untersuchten Rechtsquellen enthalten eine Bestimmung, wonach Genehmigungen oder andere Vorrechte im örtlichen Anwendungsbereich des Rechtsakts ungültig sind, wenn sie gegen die Rechtsquelle oder die darin gewährten Rechte verstoßen.²⁷⁵ Tw. wurde vorgesehen, dass auch die Aussteller:innen solcher

²⁷⁰ Margil, in: Burdon 249 (251); Burdon/Williams, in: Fisher 196 (199); Boyd, Nature 119 m. W.n.; Linzey/Campbell, People 21; Zartner, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (29); Jones Moutrie, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (24 f.); allg. Friedman/Hayden, American Law 49, 152.

²⁷¹ Schromen-Wawrin/Newman, in: La Follette/Maser 331 (336); Fisch, in: Clark/Ansary 53 (78 f.).

²⁷² Welz, in: Jäger/Haas/Welz 69 (83); Billings, System 9; Friedman/Hayden, American Law 111, 129, 134 ff.; Linzey/Campbell, People 10, 13; Schromen-Wawrin/Newman, in: La Follette/Maser 331 (336).

²⁷³ Schromen-Wawrin/Newman, in: La Follette/Maser 331 (335 ff. insb. 337).

²⁷⁴ U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 14.10.2015, Pennsylvania General Energy Company v. Grant Township, 14-209ERIE, 18 ff.; vgl. Boyd, Nature 120 f., 129; Schromen-Wawrin/Newman, in: La Follette/Maser 331 (336 f.); Jones Moutrie, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (26).

²⁷⁵ § 5.10 Blaine-VO; § 7.6 Barnstead-VO; § 8.14 Packer-VO; § 30-157.20 Halifax-VO; § 7.16 Mahanoy-VO; § 7.6 Nottingham-VO 2008; § 7.20 Nockamixon-VO; § 7.16 Shrewsbury-VO; § 7.6 Newfield-VO; § 7.6 Shapleigh-VO; § 7.12 Santa Cruz-VO; § 7.9 Newtown-VO; § 618.04d Pittsburgh-VO 2010; § 619.04e Pittsburgh-VO 2011; § 121-4d Baldwin-VO; § 4f Forest Hills-VO; § 41.2-205i Abs. 7 State College-Verfassungsergänzung; § 5c Wales-Gesetz; § 4d West Homestead-VO; § 4 Mountain Lake-VO; § 6.6 Atkinson-VO; § 1i Abs. 7 Broadview Heights-VO; § 4d Easton-VO; § 4d Sugar Hill-VO; § 4d Wilkinsburg-VO; § 5d Yellow Springs-VO; § 4d Plymouth-VO 2012; § 4f Plymouth-VO 2018; § 5.7 Las Vegas-VO; § 1.05.J.7 Ferguson-VO; § 4b Grafton-VO; § 5.7 Mora County-VO; § 5e Oberlin-VO; § 4d Highland-VO 2013; § 8 Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 3c Sangerville-VO; § 8.05.030e Mendocino County-VO; § 3b Grant-VO 2014; § 302 Grant-Verfassung 2015; § 3c Danbury-VO; § 3c Hebron-VO; § 3c Alexandria-VO; § 904.B Abs. 5 West Chester-Verfassungsergänzung; § 3c Barrington-VO; Art. II § 2.03j (2) Waterville-VO; § 4d Lincoln County-VO; § 2b Toledo-Verfassungsergänzung; § 2b White Earth Nation-Beschluss; vgl. Blake,

Genehmigungen zur Verantwortung gezogen werden können.²⁷⁶ Weiters enthalten die Rechtsquellen oft eine Bestimmung, wonach höherrangiges Recht nur gültig ist, wenn es nicht gegen sie verstößt.²⁷⁷ Diese Bestimmungen wurden bereits mehrmals von Gerichten für ungültig erklärt.²⁷⁸ Darüber hinaus enthalten mehrere Rechtsquellen eine Bestimmung, wonach jeder Versuch, die Rechtsquelle mithilfe von höherrangigem Recht zu verändern oder aufzuheben, die Einberufung einer öffentlichen Versammlung nach sich zieht, bei der andere Maßnahmen zur Erweiterung der lokalen Kontrolle sowie zum Schutz des Rechts auf Selbstregierung erörtert werden, inklusive der Abspaltung der Gemeinde von anderen Regierungsebenen.²⁷⁹

dd) Ergänzende Bemerkungen

Die soeben dargestellten Bestimmungen sind teils offenkundig rechtswidrig und wurden deshalb bereits mehrmals von den Gerichten aufgehoben. Nur sehr wenige Rechtsquellen, darunter jene von Santa Monica und Orange County, sowie jene der anerkannten indigenen Völker mit Ausnahme der White Earth Nation enthalten diese Bestimmungen nicht mehr.²⁸⁰ Stattdessen wurde in Orange County vorgesehen, dass die gewährten Rechte so weit wie möglich in Einklang mit höherrangigem einzel-

Texas Environmental Law Journal 2017/2, 197 (212); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (59); *Kilbert*, Ohio State Law Journal Online 2020, 227 (232); *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (354 f.); *Zartner*, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (28); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (12, 14, 17, 22); *Wagner/Bergthaler/Krämer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 40.

²⁷⁶ § 5.10 Blaine-VO; § 7.6 Barnstead-VO; § 6.6 Atkinson-VO; § 8.14 Packer-VO; § 30-157.20 Halifax-VO; § 7.16 Mahanoy-VO; § 7.6 Nottingham-VO 2008; § 7.21 Nockamixon-VO; § 7.16 Shrewsbury-VO; § 7.6 Newfield-VO; § 7.6 Shapleigh-VO; § 7.12 Santa Cruz-VO; § 7.9 Newtown-VO.

²⁷⁷ § 6c Plymouth-VO 2018; § 5b Grant-VO 2014; § 306 Grant-Verfassung 2015; § 904.D Abs. 2 West Chester-Verfassungsergänzung; § 8.05.050b Mendocino County-VO; § 6c Lincoln County-VO; § 4b Toledo-Verfassungsergänzung; §§ 5.8 und 5.9 Mora County-VO; § 5b Sangerville-VO; § 5b Danbury-VO; § 5b Hebron-VO; § 5b Alexandria-VO; § 6b Barrington-VO; Art. II § 2.03 m (2) Waterville-VO; vgl. *Boyd*, Nature 126.

²⁷⁸ U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 14.10.2015, *Pennsylvania General Energy Company v. Grant Township*, 14-209ERIE, 14; U.S. District Court for the Northern District of Ohio Western Division 27.2.2020, *Drewes Farms Partnership, State of Ohio v. City of Toledo*, 3:19 CV 434, 4, 7; vgl. *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (60); s. weiters B. Fn. 109.

²⁷⁹ § 7.4 Barnstead-VO 7; § 6.4 Atkinson-VO; § 7.4 Nottingham-VO 2008; § 14 Shrewsbury-VO; § 7.4 Newfield-VO; § 7.4 Shapleigh-VO; § 11 Newtown-VO; § 9 Las Vegas-VO; § 9.1 Licking-VO; § 618.07a Pittsburgh-VO 2010; § 7 Wales-Gesetz; § 7 Mountain Lake-VO; § 7 West Homestead-VO; § 11 Mora County-VO; ähnl. § 14 East Brunswick-VO; Art. II § 2.03n Waterville-VO; vgl. tw. *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (17 f.).

²⁸⁰ Vgl. betr. Santa Monica *Y. Epstein/Ellison/Echeverría/Abbott*, Science 2023/20, 380 (3).

staatlichem oder gesamtstaatlichem Recht zu interpretieren sind.²⁸¹ Allerdings ist die Rechtsquelle aufgrund des einzelstaatlichen Verbots von RdN ungültig (*preempted*).²⁸² Die Rechtsquellen von Santa Monica sind hingegen nach wie vor in Geltung.²⁸³

5. Eingriffe

a) Eingriffsverbote

Die älteren untersuchten Rechtsquellen enthalten eine Bestimmung, wonach es Unternehmen oder Personen, die für Unternehmen handeln, verboten ist, in die Rechte von natürlichen Gemeinschaften und Ökosystemen „einzugreifen“ oder ihnen „Schaden zuzufügen“.²⁸⁴ Was unter „Eingriffen“ zu verstehen ist, wurde nur selten definiert. In drei Rechtsquellen wurde die Ablagerung von giftigen oder potenziell giftigen Chemikalien oder Substanzen als Beispiel genannt.²⁸⁵ Ebenso selten wurde die „Zufügung von Schäden“ definiert.²⁸⁶ Manchen Rechtsquellen zufolge kann dies die „Veränderung, Entfernung, Zerstörung, Ausrottung oder andere Handlungen“ umfassen, „die dazu führen, dass natürliche Gemeinschaften und Ökosysteme ihre Fähigkeit verlieren, unabhängig von menschlichen Eingriffen zu existieren und zu gedeihen“, wozu auch die Ablagerung von (potenziell) giftigen, gentechnisch veränderten oder radioaktiven Substanzen zähle.²⁸⁷

Einige nach 2010 angenommene Rechtsquellen enthalten eine ähnlich lautende Bestimmung, wonach es nicht nur Unternehmen, sondern auch Behörden sowie tw. auch natürlichen Personen verboten ist, die gewährten Rechte „zu verletzen“.²⁸⁸ Eine

²⁸¹ § 704.1 (G) Orange County-Verfassungsergänzung.

²⁸² S. bereits Abschnitt B.I.2.f).

²⁸³ Vgl. ecode360.com/42743274 (Stand 2.7.2024); vgl. *Kauffman/Martin*, *Politics* 176, 186.

²⁸⁴ § 7.6 Tamaqua-VO 2006; § 7.6 Rush-VO; § 5.6 Blaine-VO; § 7.2 Barnstead-VO; § 7.6 East Brunswick-VO; § 6.2 Atkinson-VO; § 8.13 Packer-VO; § 30-157.8 Halifax-VO; § 7.14 Mahanoy-VO; § 7.2 Nottingham-VO 2008; § 7.8 Nockamixon-VO; § 7.14 Shrewsbury-VO; § 7.2 Newfield-VO; § 7.2 Shapleigh-VO; § 7.11 Santa Cruz-VO; § 7.3 Newtown-VO.

²⁸⁵ §§ 8.13 und 8.5 Packer-VO; § 7.14 Shrewsbury-VO; § 7.11 Santa Cruz-VO.

²⁸⁶ Vgl. *Rodrigues*, *Green Letters* 2014/2, 170 (177, 181).

²⁸⁷ § 5 Packer-VO; § 5 Santa Cruz-VO; ähnl. § 5 Newtown-VO; § 7.14 Mahanoy-VO; § 11 Van Etten-VO.

²⁸⁸ § 3b Sangerville-VO; § 8.05.030d Mendocino County-VO; § 3b Danbury-VO; § 3b Hebron-VO; § 3b Alexandria-VO; § 904.B Abs. 4 West Chester-Verfassungsergänzung; § 3b Barrington-VO; Art. II § 2.03k Waterville-VO; § 4e Plymouth-VO 2018; § 2a White Earth Nation-Beschluss; § 2a Toledo-Verfassungsergänzung; nur in Bezug auf Unternehmen § 4a Lincoln County-VO; vgl. *Kilbert*, *Ohio State Law Journal Online* 2020, 227 (231); *Zartner*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (28); *Jones Moutrie*, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (22); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 40.

Definition, welche Handlungen eine Rechtsverletzung begründen, wurde i. d. R. ebenfalls nicht vorgenommen. Folglich stellt sich die Frage, ob ein Eingriff bzw. eine Rechtsverletzung nach den meisten Rechtsquellen lediglich dann vorliegt, wenn gegen die gewährten Rechte verstoßen wurde, oder auch bei einem Verstoß gegen ein Tätigkeitsverbot. Gem. einer – im Vergleich zu anderen Rechtsquellen ausführlichen – Bestimmung der Stadt Waterville ist insb. auf einen Verstoß gegen die angeführten Tätigkeiten abzustellen.²⁸⁹ Dies führt zu der Frage, ob eine Rechtsverletzung nur dann anzunehmen ist, wenn gegen ein Tätigkeitsverbot verstoßen wurde, was zur Folge hätte, dass Eingriffe in die RdN von Personen, die nicht Adressat:innen der tätigkeitsbezogenen Verbote sind, zulässig sind. I. w. F. wird daher untersucht, an wen sich die normierten Verbote richten.

b) Verbotsadressat:innen

Wie z. T. auch bei den allgemeinen Eingriffsverboten wurden die tätigkeitsbezogenen Verbote in den meisten Rechtsquellen ausschließlich gegenüber Unternehmen und für diese handelnde Personen normiert. Nur selten richten sie sich auch an Personen sowie andere Einrichtungen (*entities*)²⁹⁰.²⁹¹ Erst in den jüngeren Verordnungen wurden die tätigkeitsbezogenen Verbote ebenfalls gegenüber Behörden formuliert.²⁹² In Plymouth wurde das Verbot zunächst nur an Unternehmen gerichtet, in einer sechs Jahre später angenommenen Verordnung ebenso an die Regierung.²⁹³ Daher ist i. d. R. unklar, inwieweit Eingriffe verboten sind, wenn sie von Personen verursacht werden, die nicht Adressat:innen dieser Verbote sind. Zwar enthalten die meisten untersuchten Rechtsquellen eine Bestimmung, wonach jede Person, jedes Unternehmen oder jede andere Einrichtung, die eine Bestimmung der Rechtsquelle verletzt, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann,²⁹⁴ in den jüngeren

²⁸⁹ Art. II § 2.03k Waterville-VO.

²⁹⁰ Der Begriff *entities* wurde in den untersuchten Rechtsquellen i. Z. m. *governmental, public, business, private* oder *natural entities* verwendet, es ist daher unklar, ob im konkreten Fall Behörden oder private Einrichtungen gemeint sind. Der Begriff wird daher mit „Einrichtungen“ übersetzt.

²⁹¹ § 7 Tamaqua-VO 2006; §§ 5.1 bis 5.3 Blaine-VO; § 7.1 East Brunswick-VO; § 8 Packer-VO; §§ 7.1 bis 7.3 Mahanoy-VO; § 7.1 Shrewsbury-VO; sowie Unternehmen und Personen in § 41.2-205i Abs. 1 State College-Verfassungsergänzung, § 1i Broadview Heights-VO; § 5 Yellow Springs-VO; § 1.05.J.1 ff. Ferguson-VO.

²⁹² § 3a Sangerville-VO; § 4 Plymouth-VO 2018; § 3a Grant-VO 2014; § 301 Grant-Verfassung 2015; § 3a Alexandria-VO; § 3 Barrington-VO; Art. II § 2.03 Waterville-VO; § 704.1 (C) Orange County-Verfassungsergänzung; vgl. *Blake*, Texas Environmental Law Journal 2017/2, 197 (212).

²⁹³ § 4 Plymouth-VO 2012; § 4 Plymouth-VO 2018.

²⁹⁴ § 11.2 Tamaqua-VO 2006; § 11.2 Rush-VO; § 11.2 East Brunswick-VO; § 12.2 Packer-VO; § 30-159.2 Halifax-VO; § 11.2 Mahanoy-VO; § 11.2 Shrewsbury-VO; § 9.2 Santa Cruz-VO; § 9.3 Newtown-VO; § 6.3 Van Etten-VO; § 6.1 Licking-VO; § 618.05a Pittsburgh-VO 2010; § 619.05 Pittsburgh-VO 2011; § 121-5a Baldwin-VO; § 5a Forest Hills-VO; § 6a Wales-Gesetz; § 5.1 West Homestead-VO; § 1i Abs. 8 Broadview Heights-VO; § 5a Easton-

Rechtsquellen enthält diese aber keine Bezugnahme mehr auf Personen, sondern nur noch auf Unternehmen und tw. den Staat.²⁹⁵ Überdies enthalten einige ältere Rechtsquellen eine Bestimmung, wonach lediglich im Auftrag des Staates oder von Unternehmen handelnde Personen zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können.²⁹⁶ Deshalb ist anzunehmen, dass nicht alle Handlungen Eingriffe in die gewährten Rechte darstellen, insb. wenn diese von natürlichen Personen gesetzt werden und nicht mit den verbotenen Tätigkeiten in Zusammenhang stehen.

c) Zulässige Eingriffe

Mari Margil, Geschäftsführerin der Umweltorganisation Center for Democratic and Environmental Rights (CDER), hielt in einem ihrer Aufsätze fest, dass mit der Anerkennung der RdN nicht jede menschliche Aktivität oder Entwicklung verboten werden sollte, sondern „nur jene Landnutzungen, welche die Existenz und Vitalität der Ökosysteme beeinträchtigen“, denn Ziel der Rechtsvorschriften sei es, eine „natürliche ökologische Balance“ der Lebensräume zu bewahren.²⁹⁷ Dementsprechend wurde in einigen Rechtsquellen, die von anerkannten indigenen Völkern angenommenen wurden, ausdrücklich festgehalten, dass die Nutzung der Natur weiterhin erlaubt ist. So gewährte die White Earth Nation dem Wildreis Manoomin das Recht, „zu existieren, zu gedeihen, sich zu regenerieren und zu entwickeln“, sowie die „Rechte auf Wiederherstellung, Erholung und Erhaltung“, während die Stammesmitglieder das Recht erhielten, „Manoomin zu ernten und Manoomin-Samen zu schützen und zu sammeln“.²⁹⁸ Der Ponca Tribe gewährte der Natur das „Recht, zu leben und zu existieren“, jedoch „vorbehaltlich der traditionellen Rollen und ethischen Ernte von Pflanzen und Tieren durch die Menschen für Nahrung“.²⁹⁹ Die „Entnahme und Konsumierung von Lebewesen“ habe verantwortungsvoll und ethisch zu erfolgen, „wie es für den Lebensunterhalt und den Fortbestand des Lebens

VO; § 5a Sugar Hill-VO; § 6a Yellow Springs-VO; § 5a Plymouth-VO 2012; § 5a Grafton-VO; § 5a Highland-VO 2013; Lafayette-Verfassungsergänzung 2013. Nur Personen in § 5.8 Blaine-VO. Nur Personen und Unternehmen in § 6a Oberlin-VO. Personen, Behörden und Unternehmen in §§ 8.05.020c und 8.05.040 Mendocino County-VO.

²⁹⁵ Bezugnahmen auf Unternehmen und den Staat in § 5d Oberlin-VO; § 4a Grant-VO 2014; § 303 Grant-Verfassung 2015; § 5 Barrington-VO; Art. II § 2.03 Waterville-VO; § 3b White Earth Nation-Beschluss; § 3a Todd-VO; § 5a Plymouth-VO 2018; §§ 3a und b Toledo-Verfassungsergänzung; § 2 Nottingham-VO 2019; nur Unternehmen: § 4a Danbury-VO; § 4a Hebron-VO; § 4a Alexandria-VO; § 5a Lincoln County-VO; vgl. tw. *Zartner*, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (28).

²⁹⁶ § 7.1 Barnstead-VO; § 6.1 Atkinson-VO; § 7.1 Nottingham-VO 2008; § 7.1 Newfield-VO; § 7.1 Shapleigh-VO. Diese Bestimmung ist außerdem in folgenden Rechtsquellen zusätzlich enthalten: § 12.1 Tamaqua-VO 2006; § 10.1 Blaine-VO; § 13.1 Packer-VO; § 30-160.1 Halifax-VO; § 12.1 Mahanoy-VO; § 10.1 Santa Cruz-VO; § 7.1 Licking-VO.

²⁹⁷ *Margil*, in: Maloney/Burdon 149 (151).

²⁹⁸ § 1a und b White Earth Nation-Beschluss; vgl. *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (44).

²⁹⁹ § 2 Abs. 1a Ponca Tribe-Beschluss 2017.

traditionell, ethisch, gerecht und geeignet ist“.³⁰⁰ Der Yurok Tribe legte fest, dass es nicht Ziel der Verordnung sei, die Nutzung des Flusses zu verbieten, sondern die „exzessive Nutzung zu verhindern“, die einen direkten oder indirekten Schaden an dem Fluss und seinen Rechten verursacht.³⁰¹ Auch bei der Navajo Nation beruht das Verhältnis zwischen RdN und Nutzung der Natur auf dem „Respekt“, der dieser gebührt.³⁰²

6. Vertretung

Nahezu alle untersuchten Rechtsquellen enthalten eine Bestimmung, wonach die Gebietskörperschaft, in der die Rechtsquelle angenommen wurde, und jede:r Einwohner:in dieser Gebietskörperschaft das Recht hat, die Rechtsträger:innen vor Gericht zu vertreten.³⁰³ In manchen Rechtsquellen wurde die Vertretungsbefugnis ausschließlich den Einwohner:innen gewährt.³⁰⁴ Hervorzuheben ist i. d. Z. Nottingham, wo die Gemeinde im Jahr 2019 – im Gegensatz zur Verordnung von 2008 –

³⁰⁰ § 2 Abs. 2 Ponca Tribe-Beschluss 2017.

³⁰¹ § 21.60.110c Yurok Tribe-Verordnung 2024.

³⁰² Titel 1 § 205 D, F Navajo Nation Code; *Pavlik*, *Wicazo Sa Review* 2015/1, 7 (25).

³⁰³ §§ 7.6 und 12.2 Tamaqua-VO 2006; §§ 7.6 und 12.2 Rush-VO; §§ 5.6 und 10.2 Blaine-VO; §§ 7.2 und 7.3 Barnstead-VO; §§ 7.6 und 12.2 East Brunswick-VO; §§ 6.2 und 6.3 Atkinson-VO; §§ 8.13 und 13.2 Packer-VO; §§ 7.14 und 12.2 Mahanoy-VO; §§ 7.2 und 7.3 Nottingham-VO 2008; §§ 7.14 und 11.7 Shrewsbury-VO; §§ 7.2 und 7.3 Newfield-VO; §§ 7.2 und 7.3 Shapleigh-VO; §§ 7.6, 7.11, 9.1, 9.4, 9.7 und 10.2 Santa Cruz-VO; §§ 7.3 und 9.8 Newtown-VO; § 121-3b Baldwin-VO; § 3b Forest Hills-VO; § 2 Mountain Lake-VO; § 3b West Homestead-VO; §§ 4.3 und 6.3 Las Vegas-VO; § 5c Plymouth-VO 2018; §§ 4.3 und 8.4 Mora County-VO; § 8.05.040c Mendocino County-VO; § 4c Grant-VO 2014; § 305 Grant-Verfassung 2015; § 4b und c Alexandria-VO; § 904.C Abs. 3 West Chester-Verfassungsergänzung; § 5c Barrington-VO; Art. II § 2.031 Abs. 3 Waterville-VO; § 5c Lincoln County-VO; § 3c Todd-VO; § 3b Toledo-Verfassungsergänzung; ähnl. Ponca Tribe-Beschluss 2022; vgl. *Borràs*, *Transnational Environmental Law* 2016/1, 113 (137 f.); *Cullinan*, in: *Burdon* 230 (234); *Boyd*, *Natural Resources & Environment* 2018/4, 13 (13, 116); *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (58 f.); *Schromen-Wawrin/Newman*, in: *La Follette/Maser* 331 (338, 344); *Kilbert*, *Ohio State Law Journal Online* 2020, 227 (231); *Pavlik*, *Wicazo Sa Review* 2015/1, 7 (15); *Zartner*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (28); *Mannard*, *Buffalo Environmental Law Journal* 2021/1, 39 (40, 55 f.); *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 39 f.

³⁰⁴ § 30-160.2 Halifax-VO; § 10.2 Nockamixon-VO; § 7.4 Van Etten-VO; § 2c und d Nottingham-VO 2019; § 7.3 Licking-VO; § 618.03b Pittsburgh-VO 2010; § 619.05d Pittsburgh-VO 2011; § 41.2-205d State College-Verfassungsergänzung; § 4b Wales-Gesetz; § 3b Wilkinsburg-VO; § 1d Broadview Heights-VO; §§ 3c und 5d Easton-VO; §§ 3d und 5d Sugar Hill-VO; §§ 4b und 6e Yellow Springs-VO; §§ 3d und 5d Plymouth-VO 2012; § 1.05.D Ferguson-VO; § 3d Grafton-VO; §§ 4g und 6d Oberlin-VO; § 10 Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 2d und 4d Danbury-VO; § 2d und 4d Hebron-VO; § 4.75.040b Santa Monica-VO 2013; § 12.02.030b Santa Monica-VO 2019; § 97.01.04 (D) Athens-VO; vgl. *Sheehan*, *New Zealand Journal of Public and International Law* 2015/1, 89 (102); *Boyd*, *Nature* 114; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 147.

nicht mehr mit einer Vertretungsbefugnis ausgestattet wurde.³⁰⁵ Außerdem wurde in manchen Rechtsquellen festgehalten, dass die Vertretungsbefugnis der Einwohner:innen unabhängig von einer Beziehung zu den natürlichen Gemeinschaften oder Ökosystemen besteht.³⁰⁶ Gem. der Verordnung von Oberlin ist damit „das Fehlen einer Eigentumsbeziehung“ gemeint.³⁰⁷ In der Literatur wurde i. d. Z. kritisch bemerkt, dass die Vertretung der Rechtsträger:innen somit vom „Willen der Gemeinschaftsmitglieder“ und ihrem Selbstverständnis als „Verteidiger:innen der natürlichen Gemeinschaften“ abhängig ist.³⁰⁸

Davon abweichend beauftragte die White Earth Nation ihr Exekutivorgan, das „White Earth Reservation Business Committee“ mit der Vertretung des Wildreises Manoomin vor Gericht.³⁰⁹ Der Nez Perce Tribe beschloss „gesetzliche Vertreter:innen“ für den Fluss Snake, „deren Aufgabe es ist, im Namen der Rechte und Interessen des Snake Flusses zu handeln“. ³¹⁰ Und der Yurok Tribe legte fest, dass der Tribe selbst den Fluss Klamath vertritt, während die Mitglieder des Tribes entsprechende Anträge stellen können.³¹¹

7. Rechtsdurchsetzung

a) Zum Verhältnis von der Anerkennung als „Person“ und Klagebefugnis

Die älteren untersuchten Rechtsquellen enthalten i. d. R. eine Bestimmung, wonach natürliche Gemeinschaften und Ökosysteme „für den Zweck der Durchsetzung“ ihrer bürgerlichen Rechte als „Personen“ zu betrachten sind.³¹² In der Literatur wird überwiegend davon ausgegangen, dass den Rechtsträger:innen dadurch „Rechtspersönlichkeit“ (*legal personhood*) verliehen wurde³¹³ bzw. sie als Rechts-

³⁰⁵ § 2d Nottingham-VO 2019; § 7.2 Nottingham-VO 2008.

³⁰⁶ § 7.6 Tamaqua-VO 2006; § 7.6 Rush-VO; § 7.6 East Brunswick-VO; § 5.6 Blaine-VO; § 7.2 Barnstead-VO; § 6.2 Atkinson-VO; § 8.13 Packer-VO; § 7.14 Mahanoy-VO; § 7.2 Nottingham-VO 2008; § 7.14 Shrewsbury-VO; § 7.2 Newfield-VO; § 7.2 Shapleigh-VO; § 7.3 Newtown-VO; § 6d Oberlin-VO.

³⁰⁷ § 6d Oberlin-VO.

³⁰⁸ *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (177 f.).

³⁰⁹ § 3e White Earth Nation-Beschluss.

³¹⁰ Nez Perce Tribe-Beschluss.

³¹¹ §§ 21.60.110c; 21.60.140; 21.60.190, 21.60.200 Yurok Tribe-Verordnung 2024.

³¹² § 7.6 Tamaqua-VO 2006; § 7.6 Rush-VO; § 5.6 Blaine-VO; § 7.2 Barnstead-VO; § 7.6 East Brunswick-VO; § 6.2 Atkinson-VO; § 8.13 Packer-VO; § 7.14 Mahanoy-VO; § 7.2 Nottingham-VO 2008; § 7.14 Shrewsbury-VO; § 7.2 Newfield-VO; § 7.2 Shapleigh-VO; § 7.3 Newtown-VO; vgl. *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (58 f.); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (8).

³¹³ *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (143 f.).

personen (*legal persons*) anerkannt wurden.³¹⁴ Mit der Verleihung von Rechtspersönlichkeit an die Natur sollte Mitarbeiter:innen von CELDF zufolge der Rechtspersönlichkeit und den Rechten von Unternehmen (*corporate personhood*) etwas entgegengesetzt werden.³¹⁵ Zudem wird überwiegend die Auffassung vertreten, dass damit Verfahrensrechte (*procedural rights*) einhergehen³¹⁶ bzw. die Möglichkeit, die gewährten Rechte bei Gericht durchzusetzen (*standing*).³¹⁷

Nach Ansicht der US-amerikanischen Wirtschaftsrechtswissenschaftler:innen Spitz/Penalver ist es hingegen verfehlt, die Anerkennung als „Person“ mit *standing* gleichzusetzen. Zwar sei es richtig, dass nur „Personen“ gewisse Verfassungsrechte genießen, die Anerkennung als „Person“ sei jedoch weder notwendig noch ein Garant, um die eingeschränkte *standing-doctrine* des Obersten Gerichtshofes des Gesamtstaates zu umgehen.³¹⁸ Diese bestimmt, welche Personen berechtigt sind, bei Gericht Klagen zu erheben und setzt die tatsächliche Verletzung eines rechtlich geschützten Interesses (*injury in fact*), eine kausale Verbindung zwischen der Verletzung und dem gerügten Verhalten sowie die Wahrscheinlichkeit voraus, dass die Verletzung durch eine positive Entscheidung behebbar ist.³¹⁹ Während Unternehmen als „juristische Personen“ anerkannt wurden, den Schutz von Verfassungsrechten genießen und Klagen erheben dürfen,³²⁰ können Schäden an der Natur in den USA derzeit nicht unmittelbar gerichtlich geltend gemacht werden,³²¹ da die Klagebefugnis von Umweltorganisationen und Bürger:innen in Umweltschutzangelegen-

³¹⁴ Cullinan, in: Burdon 230 (234); Kauffman/Martin, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (54); allg. Dyschkan, Legal Personhood: How We Are Getting It Wrong, University of Illinois Law Review 2015/5, 2075 (2076 ff.).

³¹⁵ Huneeus, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (143 f.); Kauffman/Martin, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (54).

³¹⁶ Jones Moutrie, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (6, 58 f.); vgl. Spitz/Penalver, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (82).

³¹⁷ Burdon/Williams, in: Fisher 196 (199); Cullinan, in: Burdon 230 (234); Wise, Nonhuman Rights to Personhood, Pace Environmental Law Review 2013/3, 1278 (1281), Staker, Transnational Environmental Law 2017/2, 485 (488 f., 491); Tudor, Some Implications for Legal Personhood of Extending Legal Rights to Non-Human Animals, Australian Journal of Legal Philosophy 2010/1, 134 (135, 137); differenzierter Stone, Umwelt 39, 49; a. A. Bryant, Sacrificing the Sacrifice of Animals: Legal Personhood for Animals, the Status of Animals as Property, and the Presumed Primacy of Humans, Rutgers Law Journal 2008/2, 247 (253 f.); vgl. Spitz/Penalver, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (84); Mannard, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (47 f.).

³¹⁸ Spitz/Penalver, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (84 f., 87).

³¹⁹ Schaefer, George Washington Journal of Energy and Environmental Law 2018/2, 70 (72); Babcock, Ecology Law Quarterly 2016/1, 1 (11 f.); Tushnet, in: Reimann/Zimmermann 1194 (1213 f.); Staker, Transnational Environmental Law 2017/2, 485 (488); ähnl. Heun, in: Sommermann/Schaffarzik 1657 (1684).

³²⁰ Babcock, Ecology Law Quarterly 2016/1, 1 (34 f.); Schaefer, George Washington Journal of Energy and Environmental Law 2018/2, 70 (70 f.); Boyd, Nature 120.

³²¹ Schaefer, George Washington Journal of Energy and Environmental Law 2018/2, 70 (70); Margil, in: Burdon 249 (251).

heiten vom Obersten Gerichtshof des Gesamtstaates eng ausgelegt wurde und insb. der Nachweis einer persönlichen Betroffenheit (*direct stake*) erforderlich ist.³²² Sogar allgemeine Klagebefugnisse, die in Umweltgesetzen wie z.B. dem *Endangered Species Act* vorgesehen wurden, beschränkte der Gerichtshof in der Vergangenheit.³²³ Eine allgemeine Klagebefugnis nach dem *Clean Water Act*³²⁴ gewährte er hingegen mit der Begründung, dass Gewässerverunreinigungen die ästhetischen Interessen, Erholungsinteressen und wirtschaftlichen Interessen der Kläger:innen beeinträchtigen.³²⁵

Einer Erweiterung der *standing-doctrine* steht gem. Spitz/Penalver allerdings nichts entgegen. Diese könne durch die Gerichte oder die Gesetzgebung erfolgen, die Anerkennung als „Person“ sei hierfür nicht erforderlich.³²⁶ Nach der Einschätzung des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Jones müsste insb. der Kongress ein entsprechendes Gesetz erlassen, da die Gerichte des Gesamtstaates keine entsprechende Neigung erkennen lassen.³²⁷ Die gesamtstaatliche Verfassung steht einer entsprechenden Erweiterung gem. der US-amerikanischen Rechtswissenschaftlerin Babcock jedenfalls nicht entgegen.³²⁸ Zusammengefasst ist daher fraglich, ob die in den untersuchten Rechtsquellen vorgesehenen und im Folgenden näher dargestellten

³²² *Schaefer*, George Washington Journal of Energy and Environmental Law 2018/2, 70 (72 ff.); *Spitz/Penalver*, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (85); *Babcock*, Ecology Law Quarterly 2016/1, 1 (8); *Jones*, Journal of Environmental Studies and Sciences 2021/2, 173 (174 f.); *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (333 f.); *Heun*, in: Sommermann/Schaffarzik 1657 (1683 f.); *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (342); *Stone*, Umwelt 33 ff.; *Healy*, Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review 2019/2, 327 (329, 338 f.); s. auch Defendant's Motion to Dismiss Amended Complaint v. 1. 12.2017, U.S. District Court for the District of Colorado, The Colorado River Ecosystem v. State of Colorado, 17-CV-02316-NYW, 9; a.A. *Shell*, in: Jäger/Haas/Welz 171 (175) der darauf verweist, dass in manchen Fällen auch eine indirekte Betroffenheit ausreichte. Das gilt jedoch gem. *Schaefer* insb. nicht in Umweltangelegenheiten, George Washington Journal of Energy and Environmental Law 2018/2, 70 (74).

³²³ § 11g Endangered Species Act, veröffentlicht im United States Code, 2018 Edition, Supplement 1, Title 16 – Conservation § 1531 am 28.12.1973; U.S. Supreme Court 12.6.1992, *Lujan v. Defenders of Wildlife*, 504 U.S. 555; vgl. *Spitz/Penalver*, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (85); *Schaefer*, George Washington Journal of Energy and Environmental Law 2018/2, 70 (73 f.); allg. *Darpö*, Nature 21; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 34.

³²⁴ Clean Water Act, veröffentlicht im United States Code, Supplement 1, Title 33 – Navigation and Navigable Waters § 1251 am 1.3.1972.

³²⁵ U.S. Supreme Court 12.1.2000, *Friends of the Earth v. Laidlaw Environmental Services*, 528 U.S. 167; *Schaefer*, George Washington Journal of Energy and Environmental Law 2018/2, 70 (73); *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (342).

³²⁶ *Spitz/Penalver*, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (85).

³²⁷ *Jones*, Journal of Environmental Studies and Sciences 2021/2, 173 (175); ähnl. *Beacher*, Environmental Claims Journal 2021/2, 91 (100).

³²⁸ *Babcock*, Ecology Law Quarterly 2016/1, 1 (26 ff.); s. auch *Schaefer*, George Washington Journal of Energy and Environmental Law 2018/2, 70 (71).

Klagebefugnisse von den Gerichten anerkannt werden. Eine abschließende Klärung steht allerdings noch aus.³²⁹

Die nach 2009 angenommenen Rechtsakte enthalten die Bestimmung hinsichtlich der Anerkennung als „Person“ nicht mehr. Stattdessen wurden i. d. R. den Vertretungsbefugten bestimmte Klagebefugnisse gewährt. Die Annahme der neuseeländischen Rechtswissenschaftlerin Iorns Magallanes, wonach damit den Rechtsträger:innen auch keine „Rechtspersönlichkeit“ mehr gewährt wurde,³³⁰ konnte nicht mit weiterer Literatur belegt werden. Der Yurok Tribe gewährte 2024 außerdem direkt dem Rechtsträger ein Recht auf *legal standing*.³³¹

b) Die vorgesehenen Rechtsbehelfe und Sanktionen

Die meisten untersuchten Rechtsquellen enthalten mehrere die Rechtsdurchsetzung betreffende Bestimmungen. Oft wurden ähnliche Formulierungen verwendet, die sich jedoch im Detail unterscheiden. Im Folgenden wird ein Überblick über die am häufigsten verwendeten Bestimmungen gegeben:

In den meisten Rechtsquellen wurde eine Bestimmung vorgesehen, wonach die Gebietskörperschaft verpflichtet³³² oder auch nur befugt³³³ ist, die Durchsetzung des Rechtsakts vor Gericht oder im Rahmen einer *equity*-Klage³³⁴ zu begehren. I. d. R.

³²⁹ Kauffman/Martin, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (54); vgl. i. w. S. Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (74).

³³⁰ Iorns Magallanes, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (218).

³³¹ § 21.60.140b Yurok Tribe-Verordnung 2024.

³³² §§ 11.1 und 11.4, Tamaqua-VO 2006; §§ 11.1 und 11.4 Rush-VO; §§ 9.1, 9.3 und 9.6 Blaine-VO; §§ 12.1 und 12.4 Packer-VO; §§ 30-159.1 und 159.4 Halifax-VO; §§ 11.1 und 11.4 Mahanoy-VO; §§ 9.1 und 9.4 Nockamixon-VO; §§ 11.1 und 11.4 Shrewsbury-VO; § 7 Newfield-VO; § 7 Shapleigh-VO; § 7.6 Santa Cruz-VO; §§ 9.2 und 9.5 Newtown-VO; § 6.1 Van Etten-VO; § 1d Lafayette-VO 2017; § 5b und d Barrington-VO; § 3a und d White Earth Nation-Beschluss; §§ 2h und 3c Todd-VO.

³³³ §§ 10, 11.1 und 11.4 East Brunswick-VO; § 7 Nottingham-VO 2008; § 6.2 Licking-VO; § 618.05b Pittsburgh-VO 2010; § 619.05b Pittsburgh-VO 2011; § 121-5b Baldwin-VO; § 5b Forest Hills-VO; § 6b Wales-Gesetz; § 2 Mountain Lake-VO; § 5b West Homestead-VO; § 5b Wilkinsburg-VO; § 1i Abs. 8 Broadview Heights-VO; § 5b Easton-VO; § 5b Sugar Hill-VO; § 6b und c Yellow Springs-VO; § 5b Plymouth-VO 2012; § 5b Plymouth-VO 2018; § 6.1 Las Vegas-VO; § 5b Grafton-VO; § 8.2 Mora County-VO; § 6b Oberlin-VO; § 5b Highland-VO 2013; § 9 Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 4.75.070 Santa Monica-VO 2013; § 4b Sangerville-VO; § 12.02.060 Santa Monica-VO 2019; § 8.05.040b Mendocino County-VO; § 4b Grant-VO 2014; § 304 Grant-Verfassung 2015; § 4b Danbury-VO; § 4b Hebron-VO; § 904.C Abs. 2 West Chester-Verfassungsergänzung; § 4b Alexandria-VO; Art. II § 2.031 Abs. 2 Waterville-VO; § 5b Lincoln County-VO; § 3b Toledo-Verfassungsergänzung; § 704.1 (B) Orange County-Verfassungsergänzung.

³³⁴ Zum Unterschied zwischen *law* und *equity*-Verfahren im *Common Law* und US-Recht s. insb. Friedman/Hayden, American Law 68 f.; von Mehren/Murray, Recht 2 ff.; Hay, Recht 2 f.; Kischel, Rechtsvergleichung 282, 286.

wurde auch den Bürger:innen eine entsprechende Befugnis gewährt,³³⁵ in manchen Fällen allerdings nur, wenn die Gebietskörperschaft ihrer Pflicht nicht nachkommt.³³⁶

Weiters erhielten die Vertretungsbefugten i. d. R. die Befugnis (*standing*) oder das Recht, Klagen aufgrund der Verletzung der gewährten Rechte zu erheben oder die gewährten Rechte im Namen der Rechtsträger:innen durchzusetzen.³³⁷ Aus vielen Rechtsquellen geht hervor, dass es sich dabei um eine zivilrechtliche Klagebefugnis handelt.³³⁸ In manchen Fällen ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass auch die Teilnahme an anderen Verfahren, wie z. B. verwaltungs-, verfassungs- oder strafrechtlichen Verfahren, ermöglicht werden sollte.³³⁹

In den älteren untersuchten Rechtsquellen wurde den Vertretungsbefugten meist zusätzlich die Möglichkeit gewährt, Feststellungs-, Unterlassungs- und Schadenersatzklagen für Schäden zu erheben, die an natürlichen Gemeinschaften und/oder Ökosystemen in der Gebietskörperschaft verursacht wurden.³⁴⁰ In den nach 2009 erlassenen Rechtsakten wurde diese Bestimmung nicht mehr vorgesehen. Jedoch kann angenommen werden, dass diese Befugnisse von anderen Bestimmungen weitgehend mitumfasst sind.³⁴¹

³³⁵ § 11.7 Tamaqua-VO 2006; § 11.7 Rush-VO; § 9.8 Blaine-VO; § 11.7 East Brunswick-VO; § 12.7 Packer-VO; § 159.7 Halifax-VO; § 11.7 Mahanoy-VO; § 9.7 Nockamixon-VO; §§ 11.7 und 12.2 Shrewsbury-VO; §§ 9.7 und 10.2 Santa Cruz-VO; §§ 9.8 und 10.2 Newtown-VO; § 6.2 Van Etten-VO; § 6.3 Licking-VO; § 618.05c Pittsburgh-VO 2010; § 619.05c Pittsburgh-VO 2011; § 121-5c Baldwin-VO; § 5c Forest Hills-VO; § 5c West Homestead-VO; § 5c Wilkinsburg-VO; § 1i Abs. 9 Broadview Heights-VO; § 5c Easton-VO; § 5c Sugar Hill-VO; § 6d Yellow Springs-VO; § 5c Plymouth-VO 2012; § 5b Plymouth-VO 2018; § 6.2 Las Vegas-VO; § 5c Grafton-VO; § 8.3 Mora County-VO; § 6c Oberlin-VO; § 5c Highland-VO 2013; § 10 Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 1d Lafayette-VO 2017; § 4.75.070 Santa Monica-VO 2013; § 12.02.060 Santa Monica-VO 2019; § 4c Sangerville-VO; § 8.05.040b Mendocino County-VO; § 4b Grant-VO 2014; § 304 Grant-Verfassung 2015; § 4c Danbury-VO; § 4c Hebron-VO; § 904.C Abs. 2 West Chester-Verfassungsergänzung; § 4b Alexandria-VO; § 5b Barrington-VO; Art. II § 2.031 Abs. 2 Waterville-VO; § 5b Lincoln County-VO; § 3c Todd-VO; § 3b Toledo-Verfassungsergänzung; § 704.1 B Orange County-Verfassungsergänzung.

³³⁶ § 7 Barnstead-VO; § 6 Atkinson-VO; § 7 Nottingham-VO 2008; § 7 Newfield-VO; § 7 Shapleigh-VO.

³³⁷ S. bereits B. Fn. 303 und 304.

³³⁸ S. z. B. § 12.2 Tamaqua-VO 2006; § 7.3 Licking-VO.

³³⁹ S. z. B. § 5e Plymouth-VO 2018; offener § 4b Grant-VO 2014.

³⁴⁰ S. z. B. § 7.6 Tamaqua-VO 2006; § 7.6 Rush-VO; § 7.6 East Brunswick-VO; vgl. *Krömer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (58 f.); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 145.

³⁴¹ Vgl. z. B. die Ausführung zu *equity*-Verfahren von *Kischel*, *Rechtsvergleichung* 282, 286.

In den meisten Rechtsquellen wurde den Vertretungsbefugten auch ein Anspruch auf Ersatz ihrer Verfahrenskosten inkl. der Kosten für Anwält:innen und Sachverständige gewährt.³⁴²

Überdies sind die Verursacher:innen von Schäden den meisten Rechtsquellen zufolge gegenüber der verletzten Partei bzw. dem oder der Rechtsträger:in haftbar sowie zur Zahlung von Schadenersatz und Strafschadenersatz (*compensatory and punitive damages*) verpflichtet. Die Zahlung hat i. d. R. an die Gebietskörperschaft zu erfolgen, ist an den Wiederherstellungskosten zu bemessen und (ausschließlich) für die Wiederherstellung der Rechtsträger:innen zu verwenden.³⁴³ Davon abweichend

³⁴² §§ 11.4, 11.7 und 12.1 Tamaqua-VO 2006; §§ 11.4, 11.7 und 12.1 Rush-VO; §§ 5.10, 9.6 und 10.1 Blaine-VO; §§ 7.1 und 7.6 Barnstead-VO; §§ 11.4, 11.7 und 12.1 East Brunswick-VO; §§ 6.1 und 6.6 Atkinson-VO; §§ 8.14, 12.4, 12.7. und 13.1 Packer-VO; §§ 30-157.22, 159.4, 159.7 und 160 Halifax-VO; §§ 11.4, 11.7 und 12.1 Mahanoy-VO; §§ 7.1 und 7.6 Nottingham-VO 2008; §§ 9.4 und 9.7 Nockamixon-VO; §§ 11.4, 11.7 und 12.1 Shrewsbury-VO; §§ 7.1 und 7.6 Newfield-VO; §§ 7.1 und 7.6 Shapleigh-VO; §§ 7.12, 9.4, 9.7 und 10.1 Santa Cruz-VO; §§ 9.5, 9.8 und 10.1 Newtown-VO; § 6.1, 6.2 und 7.1 Van Etten-VO; §§ 6.2, 6.3 und 7.1 Licking-VO; § 618.05b und c Pittsburgh-VO 2010; § 619.05b und c Pittsburgh-VO 2011; § 121.5b und c Baldwin-VO; § 5b Forest Hills-VO; § 6b Wales-Gesetz; § 6.2 Mountain Lake-VO; § 5b und c West Homestead-VO; § 5b und c Wilkinsburg-VO; § 1i Abs. 8 und 9 Broadview Heights-VO; § 5b und c Easton-VO; § 5b und c Sugar Hill-VO; § 6c Yellow Springs-VO; § 5b und c Plymouth-VO 2012; § 5b Plymouth-VO 2018; §§ 6.1 und 6.2 Las Vegas-VO; § 5b und c Grafton-VO; §§ 8.2 und 8.3 Mora County-VO; § 6b und c Oberlin-VO; § 5b und c Highland-VO 2013; §§ 9 und 10 Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; §§ 4b und c Sangerville-VO; § 8.05.040b Mendocino County-VO; § 4b Grant-VO 2014; § 404 Grant-Verfassung 2015; §§ 4b und c Danbury-VO; §§ 4b und c Hebron-VO; § 904.C Abs. 2 West Chester-Verfassungsergänzung; § 4b Alexandria-VO; § 5b Barrington-VO; Art. II § 2.031 (2) Waterville-VO; § 5b Lincoln County-VO; § 5d White Earth Nation-Beschluss; § 3b Toledo-Verfassungsergänzung; ähnl. § 21.60.220 Yurok Tribe-Verordnung 2024.

³⁴³ §§ 7.6, 11.5 und 12.1 Tamaqua-VO 2006; §§ 11.5 und 12.1 Rush-VO; §§ 5.6, 5.10, 9.7 und 10.1 Blaine-VO; §§ 7.1, 7.2 und 7.6 Barnstead-VO; §§ 11.5 und 12.1 East Brunswick-VO; §§ 6.1, 6.2 und 6.6 Atkinson-VO; §§ 8.13, 8.14, 12.5 und 13.1 Packer-VO; §§ 30-157.14, 157.22, 159.5 und 160.1 Halifax-VO; §§ 7.14, 7.16, 11.5 und 12.1 Mahanoy-VO; §§ 7.1, 7.2 und 7.6 Nottingham-VO 2008; § 2b Nottingham-VO 2019; § 10.1 Nockamixon-VO; §§ 7.13, 7.16, 11.5, 12.1 Shrewsbury-VO; §§ 7.1, 7.2 und 7.6 Newfield-VO; §§ 7.1, 7.2 und 7.6 Shapleigh-VO; §§ 7.11, 7.12, 9.5 und 10.1 Santa Cruz-VO; §§ 7.9 und 10.1 Newtown-VO; §§ 6.5 und 7.1 Van Etten-VO; §§ 6.5 und 7.1 Licking-VO; § 619.05d Pittsburgh-VO 2011; § 1i Abs. 9 Broadview Heights-VO; § 5d Easton-VO; § 5d Sugar Hill-VO; § 6e Yellow Springs-VO; § 5d Plymouth-VO 2012; § 5c Plymouth-VO 2018; § 6.3 Las Vegas-VO; § 5d Grafton-VO; § 8.4 Mora County-VO; § 6d Oberlin-VO; § 10 Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 8.05.040c Mendocino County-VO; § 4c Grant-VO 2014; § 305 Grant-Verfassung 2015; § 904.C Abs. 3 West Chester-Verfassungsergänzung; § 5c Barrington-VO; Art. II § 2.031 Abs. 3 Waterville-VO; § 5c Lincoln County-VO; § 3b Todd-VO; § 3c White Earth Nation-Beschluss; § 3d Toledo-Verfassungsergänzung; §§ 21.60.160 und 21.60.220 Yurok Tribe-Verordnung 2024; vgl. Cullinan, in: Burdon 230 (234); Boyd, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13); Boyd, Nature 118; Margil, in: Burdon 249 (251); Margil, in: Maloney/Burdon 149 (151); Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (59); Schromen-Wawrin/Newman, in: La Follette/Maser 331 (344); Kilbert, Ohio State Law Journal Online 2020, 227 (232); Rodrigues, Green Letters 2014/2, 170 (177);

wurde in Licking und Van Etten festgelegt, dass durch Fördermethoden wie Fracking oder Bergbauaktivitäten entstandene Gewässerschäden mindestens nach dem Marktwert zu entschädigen sind, der für die geförderten Rohstoffe erzielt wird.³⁴⁴ In Blaine und Newtown wurde zudem vorgesehen, dass Unternehmen, die gegen die normierten Verbote verstoßen, nicht beschränkt haftbar sind.³⁴⁵

Einige Rechtsquellen enthalten weiters eine Bestimmung, wonach eine Beweislastumkehr eintritt, wenn eine giftige Substanz, mit der ein Unternehmen arbeitet, in einer natürlichen Gemeinschaft oder in einem Ökosystem nachgewiesen wird oder ein Unternehmen nachweislich gegen ein Tätigkeitsverbot verstößt. Folglich hat nicht die Gemeinde einen Schaden nachzuweisen, sondern es wird ein aktueller und zukünftiger Schaden angenommen, und das Unternehmen hat den Nachweis zu erbringen, dass kein Schaden verursacht wurde oder es nicht hierfür verantwortlich ist.³⁴⁶

Einige dieser Bestimmungen wurden von einem Gericht in einem Verfahren gegen die Gemeinde Grant wegen Überschreitung ihrer Befugnisse für ungültig erklärt. Diese betreffen die Klagebefugnis, den Anspruch auf Kostenersatz und den Anspruch auf Schadenersatz.³⁴⁷

c) Strafrechtliche Sanktionen

In den meisten untersuchten Rechtsquellen wurden Rechtsverletzungen auch mit strafrechtlichen Sanktionen belegt. Pro Tag und Rechtsverletzung wurden Geldstrafen i. H. v. 500 bis 5.000 USD,³⁴⁸ 750 bis 1.000 USD,³⁴⁹ 10.000 USD³⁵⁰ oder der

Pavlik, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (15); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 146 f.

³⁴⁴ Die Höhe berechnet sich gem. der Verordnung von Licking nach der Menge, die vom Unternehmen in der Gebietskörperschaft seit Inkrafttreten der Rechtsquelle bis zur Wiederherstellung der Gewässer gefördert wurde, abzüglich der Entschädigungszahlungen an die Wassernutzungsberechtigten, s. §§ 4.2 und 4.3 Licking-VO; §§ 4.3 und 4.4 Van Etten-VO.

³⁴⁵ § 5.8 Blaine-VO; § 7.7 Newtown-VO.

³⁴⁶ § 8.10 Packer-VO; § 30-157.15 Halifax-VO; § 7.7 Santa Cruz-VO; § 7.2 Van Etten-VO; §§ 4.4 und 7.2 Licking-VO; § 619.04 f. Pittsburgh-VO 2011; vgl. *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (177).

³⁴⁷ U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 14.10.2015, Pennsylvania General Energy Company v. Grant Township, 14-209ERIE, 17 betr. § 4b und c Grant-VO 2014.

³⁴⁸ § 4 Abs. 6 und 7 Ponca Tribe-Beschluss 2017.

³⁴⁹ §§ 11.2 und 11.3 Tamaqua-VO 2006; §§ 11.2 und 11.3 Rush-VO; §§ 9.1, 9.4 und 9.5 Blaine-VO; § 7 Barnstead-VO; §§ 11.2 und 11.3 East Brunswick-VO; § 6 Atkinson-VO; §§ 12.2 und 12.3 Packer-VO; §§ 11.2 und 11.3 Mahanoy-VO; § 7 Nottingham-VO 2008; § 9.2 Nockamixon-VO; §§ 11.2 und 11.3 Shrewsbury-VO Shrewsbury-VO; §§ 9.3 und 9.4 Newtown-VO; ähnl. § 3a Todd-VO; vgl. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 146.

³⁵⁰ § 8.05.040a Mendocino County-VO.

maximal zulässigen Summe gem. einzelstaatlichem Recht³⁵¹ vorgesehen.³⁵² Vereinzelte wurden hingegen nur *civil penalties*, die Ähnlichkeiten zu Verwaltungsstrafen aufweisen, vorgesehen.³⁵³ In einigen Rechtsquellen wurden auch Freiheitsstrafen festgelegt, deren Ausmaß sich am einzelstaatlichen Recht zu orientieren hat.³⁵⁴ Der Ponca Tribe legte Freiheitsstrafen von 30 Tagen bis zu einem Jahr fest.³⁵⁵

d) Sonstige Bestimmungen

Manche Rechtsquellen enthalten noch weitere die Rechtsdurchsetzung betreffende Bestimmungen. In einigen älteren Rechtsquellen wurde festgelegt, dass mehrmalige Rechtsverletzungen ein Tätigkeitsverbot in der Gebietskörperschaft nach sich ziehen.³⁵⁶ Einige Rechtsquellen enthalten eine Bestimmung, wonach die Rechtsquelle unmittelbar anwendbar ist, keiner weiteren Umsetzungsakte bedarf und gegen Unternehmen sowie Regierungsbehörden durchgesetzt werden kann.³⁵⁷ In

³⁵¹ § 7 Newfield-VO; § 7 Shapleigh-VO; §§ 9.2 und 9.3 Santa Cruz-VO; §§ 6.3 und 6.4 Van Ethen-VO; §§ 6.1 und 6.4 Licking-VO; § 618.05a Pittsburgh-VO 2010; § 619.05 Pittsburgh-VO 2011; § 121-5 Baldwin-VO; § 5a Forest Hills-VO; § 6a Wales-Gesetz; § 5a West Homestead-VO; § 5a Wilkinsburg-VO; § 1i Abs. 8 Broadview Heights-VO; § 5a Easton-VO; § 5a Sugar Hill-VO; § 6a Yellow Springs-VO; § 5a Plymouth-VO 2012; § 5a Plymouth-VO 2018; § 5a Grafton-VO; § 8.1 Mora County-VO; § 6a Oberlin-VO; § 5a Highland-VO 2013; § 9 Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 4a Sangerville-VO; § 4a Danbury-VO; § 4a Hebron-VO; § 4a Grant-VO 2014; § 303 Grant-Verfassung 2015; § 904.C Abs. 1 West Chester-Verfassungsergänzung; § 4a Alexandria-VO; § 5a Barrington-VO; Art. II § 2.031 Abs. 1 Waterville-VO; § 5a Lincoln County-VO; § 3b White Earth Nation-Beschluss (bezugnehmend auf *tribal law*); § 3a Toledo-Verfassungsergänzung; vgl. *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (23); *Kauffman/Martin*, Politics 182.

³⁵² Vgl. *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (177); allg. *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (354). S. weiters § 21.60.210 Yurok Tribe-Verordnung 2024.

³⁵³ § 6.1 Mountain Lake-VO; § 2a Nottingham-VO 2019.

³⁵⁴ § 11.2 Tamaqua-VO 2006; § 9.4 Blaine-VO; § 12.2 Packer-VO; § 30-159.2 Halifax-VO; § 11.2 Mahanoy-VO; § 9.2 Nockamixon-VO; § 9.2 Santa Cruz-VO; § 6.1 Licking-VO; § 618.05b Pittsburgh-VO 2010; § 619.05 Pittsburgh-VO 2011; § 121-5 Baldwin-VO; § 5a Forest Hills-VO; § 6a Wales-Gesetz; § 5a West Homestead-VO; § 5a Wilkinsburg-VO; § 1i Abs. 8 Broadview Heights-VO; § 6a Yellow Springs-VO; § 8.1 Mora County-VO; § 6a Oberlin-VO; § 5a Highland-VO 2013; § 9 Lafayette-Verfassungsergänzung 2013; § 8.05.040a Mendocino County-VO; vgl. *Kilbert*, Ohio State Law Journal Online 2020, 227 (232); *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (177).

³⁵⁵ § 4 Abs. 6 und 7 Ponca Tribe-Beschluss 2017; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 181; *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (153); *Bookman*, Natural Resources & Environment 2023/4, 4 (4 ff.).

³⁵⁶ § 11.6 Tamaqua-VO 2006; § 11.6 Rush-VO; § 9.2 Blaine-VO; § 11.6 East Brunswick-VO; § 12.6 Packer-VO; § 30-159.6 Halifax-VO; § 11.6 Mahanoy-VO; § 9.6 Nockamixon-VO; § 11.6 Shrewsbury-VO; § 9.6 Santa Cruz-VO; § 9.7 Newtown-VO; § 6.6 Van Ethen-VO.

³⁵⁷ S. z. B. § 41.2-205h State College-Verfassungsergänzung; § 3f West Homestead-VO; § 3e Wilkinsburg-VO; § 1h Broadview Heights-VO; § 3g Easton-VO; § 2g Grant-VO 2014;

anderen Rechtsquellen wurde den Bürger:innen das Recht gewährt, die Rechtsquelle mittels (gewaltfreier) konkreter Handlungen durchzusetzen, wenn die Gemeinde dies nicht tut oder die Rechtsnorm von einem Gericht aufgehoben wurde.³⁵⁸ Die White Earth Nation legte fest, dass Personen, welche die gewährten Rechte durchsetzen, nicht inhaftiert werden dürfen.³⁵⁹ Überdies wurde in Santa Monica festgelegt, dass halbjährlich über den Zustand der lokalen Umwelt, die Verwirklichung der anerkannten Rechte und den Fortschritt bei der Umsetzung des Nachhaltigkeitsplans der Stadt zu berichten ist.³⁶⁰

8. Rechtswirklichkeit

a) Anwendung und Umsetzung der Rechtsquellen

Nur wenige Fälle sind bekannt, in denen die untersuchten Rechtsquellen angewandt oder umgesetzt wurden. In Tamaqua Borough wurde ein Jahr nach Annahme der ersten Verordnung, die ein Klärschlammausbringungsverbot enthielt, eine weitere Verordnung angenommen, in der alle anderen Abfallbehandlungsaktivitäten verboten wurden.³⁶¹ Da die verbotenen Tätigkeiten dennoch weiterhin von Unternehmen ausgeübt wurden, sandte der Verwaltungsrat von Tamaqua die Verordnung an die Umweltbehörde, mit der Mitteilung, dass er diese gerichtlich durchsetzen werde.³⁶² Ob es dazu kam, ist nicht bekannt. In Packer und Nottingham sollen Unternehmen hingegen nach Annahme der Rechtsakte von den verbotenen Tätigkeiten abgesehen haben.³⁶³

Als Erfolgsbeispiel wird in der Literatur häufig die kalifornische Stadt Santa Monica erwähnt, die 2013 natürlichen Gemeinschaften und Ökosystemen inklusive Grundwasseraquiferen das Recht gewährte, „zu existieren und zu gedeihen“.³⁶⁴ Dieses Recht wurde im darauffolgenden Jahr im Nachhaltigkeitsplan der Stadt bekräftigt.³⁶⁵ Der Plan enthält mit Indikatoren messbare Ziele, wie z. B. die Reduktion des Wasserverbrauchs oder den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen, wodurch

ähnl. § 904.A Abs. 9 West Chester-Verfassungsergänzung; vgl. *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (354).

³⁵⁸ § 2e Nottingham-VO 2019; § 5d Plymouth-VO 2018; § 5d Lincoln County-VO; § 5d Barrington-VO.

³⁵⁹ § 3f White Earth Nation-Beschluss.

³⁶⁰ §§ 12.02.040 ff. Santa Monica-VO 2019; vgl. *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (50).

³⁶¹ § 273-16 Tamaqua-VO 2007; vgl. *Linzey/Campbell*, People 49.

³⁶² *Linzey/Campbell*, People 49 f.

³⁶³ *Linzey/Campbell*, People 36, 50.

³⁶⁴ § 4.75.040b Santa Monica-VO 2013.

³⁶⁵ Guiding Principle 11 Santa Monica-Nachhaltigkeitsplan 2014; vgl. *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (345).

die Einhaltung der RdN gem. Kauffman/Martin messbar wurde.³⁶⁶ 2018 wurde zudem eine Grundwasserschutzverordnung „zur Umsetzung“ der ersten Verordnung angenommen,³⁶⁷ die den städtischen Aquiferen gem. Sheehan ein höheres Maß an Schutz bietet als das kalifornische Recht.³⁶⁸ Außerdem wird berichtet, dass die Stadt keine Genehmigungen für neue Brunnenbohrungen erteilte, nachdem festgestellt worden war, dass diese die Rechte des Aquifers verletzen würden.³⁶⁹ Eine weitere Verordnung wurde 2019 angenommen. Diese gibt im Wesentlichen den Inhalt der Verordnung von 2013 wieder und wurde als Nachhaltigkeitskapitel in die Gemeindeordnung aufgenommen.³⁷⁰ Die Rechtsquellen von Santa Monica enthalten im Vergleich zu den meisten anderen Rechtsquellen nur wenige Bestimmungen, die höherrangiges Recht verletzen könnten oder von den Gerichten als Überschreitung der Befugnisse der Stadt gewertet werden könnten. Dies könnte eine Mitgrund dafür sein, weshalb sie nach wie vor in Kraft sind.³⁷¹

b) Streithilfesanträge von Rechtsträger:innen

Wie in Abschnitt B.I.2.e) erwähnt, wurden gegen mehrere Gebietskörperschaften wegen der Annahme der untersuchten Rechtsquellen Klagen bei Gericht erhoben. In einigen Verfahren wurden Streithilfesanträge (*motions to intervene*) im Namen von Ökosystemen eingebracht.³⁷² So stellte im Jahr 2014 die „Little Mahoning Wasserscheide“ einen Streithilfesantrag zur Unterstützung der Gemeinde Grant,³⁷³ der jedoch mit der Begründung abgelehnt wurde, dass das Kriterium nicht erfüllt wurde, wonach sich die Interessen des Streithelfers oder der Streithelferin von jenen der beklagten Person unterscheiden müssen. Denn das Ökosystem werde von der Gemeinde bereits adäquat mitrepräsentiert, die ebenjene Verordnung verteidigt, die

³⁶⁶ Kauffman/Martin, Politics 174 f., 186.

³⁶⁷ Präambel und § 7.18.040 Santa Monica-Grundwasser-VO 2018; vgl. Sheehan, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227 (230); Macpherson, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (345); Kauffman/Martin, Politics 172, 175.

³⁶⁸ S. bereits Abschnitt B.I.4.a) und B. Fn. 174.

³⁶⁹ Mannard, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (54); www.pewtrusts.org/en/research-and-analysis/blogs/stateline/2019/10/30/cities-tribes-try-a-new-environmental-approach-give-nature-rights (Stand 2. 7. 2024).

³⁷⁰ Santa Monica-VO 2019.

³⁷¹ Vgl. ecode360.com/42743274 (Stand 2. 7. 2024); vgl. Kauffman/Martin, Politics 176, 186.

³⁷² Vgl. Darpo, Nature 20 f.; Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (58 f.).

³⁷³ Burdon/Williams, in: Fisher 196 (200); Boyd, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (14); Boyd, Nature 118 f.; Spitz/Penalver, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (70); Kauffman/Martin, Politics 166; Jones Moutrie, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (28 f.); Mannard, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (56); Wagner/Berghaler/Krämer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 42.

auch das Ökosystem schützt.³⁷⁴ Das Gericht erklärte zudem mehrere Bestimmungen der Verordnung für ungültig und untersagte der Gemeinde, diese durchzusetzen.³⁷⁵ Außerdem wurden die Anwält:innen aufgrund anhaltender leichtfertiger Klageerhebungen und -erwiderungen zu einer Geldstrafe i.H.v. 52.000 USD³⁷⁶ sowie die Gemeinde zu Schadenersatzzahlungen an das klagende Unternehmen i.H.v. 102.979,18 USD verurteilt.³⁷⁷

Ein weiteres Verfahren betraf die Nachbargemeinde Highland, die im Jahr 2014 eine Verordnung annahm, in der die Ausbringung von bei der Öl- und Gasförderung entstandenen Abwasser verboten wurde.³⁷⁸ Kurz darauf wurde einem Unternehmen von der gesamtstaatlichen Umweltbehörde genau dies erlaubt. Nachdem die Gemeinde die Behörde schriftlich darauf hingewiesen hatte, dass die Genehmigung angesichts der Verordnung ungültig sei, wurde sie vom Unternehmen geklagt.³⁷⁹ Das „Crystal Spring Ökosystem“ stellte einen Antrag auf Streithilfe,³⁸⁰ der von demselben Gericht, das auch im Verfahren gegen Grant entschieden hatte, aus dem gleichen Grund abgelehnt wurde.³⁸¹ Die Gemeinde hob die Verordnung im August 2016 auf und zog ihre Widerklage zurück.³⁸² Gestützt auf das Argument, dass die Gemeinde nun nicht mehr seine Interessen verfolge, stellte das Ökosystem erneut

³⁷⁴ U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 14.10.2015 (motion to intervene), *Pennsylvania General Energy Company v. Grant Township*, 14-209ERIE, 7 ff.; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 167.

³⁷⁵ §§ 3a, 3b, 4b, 4c, 5a und 5b wurden für ungültig erklärt, U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 14.10.2015, *Pennsylvania General Energy Company v. Grant Township*, 14-209ERIE, 21 f.; vgl. *Burdon/Williams*, in: Fisher 196 (200); tw. *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 42 f.

³⁷⁶ U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 15.1.2018, *Pennsylvania General Energy Company v. Grant Township*, 14-209ERIE, 24 f.; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 170.

³⁷⁷ U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 31.3.2019, *Pennsylvania General Energy Company v. Grant Township*, 14-209ERIE, 9 f.; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 170.

³⁷⁸ Highland-VO 2013.

³⁷⁹ Zum Verfahren s. insb. U.S. Court of Appeals Third Circuit 17.7.2017, *Seneca Resources Corporation v. Highland Township*, 16-3592, 9 f.; vgl. *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (342); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (29); *Kauffman/Martin*, Politics 168.

³⁸⁰ *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (14); *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (342).

³⁸¹ U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 29.3.2016, *Seneca Resources Corporation v. Highland Township*, 16-cv-289 Erie; vgl. *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (342); *Kauffman/Martin*, Politics 168.

³⁸² U.S. Court of Appeals Third Circuit 17.7.2017, *Seneca Resources Corporation v. Highland Township*, 16-3592, 13, 16; *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (342); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (29); *Kauffman/Martin*, Politics 168.

einen Streithilfeantrag,³⁸³ der vom Berufungsgericht mangels Beeinträchtigung rechtlich geschützter Interessen abgelehnt wurde.³⁸⁴ Überdies wurde im November 2016 in Highland erfolgreich über die Annahme einer *home rule charter* abgestimmt, wogegen das Unternehmen abermals Klage erhob. Auch in diesem Verfahren war der Streithilfeantrag des Ökosystems nicht erfolgreich. Das Gericht gelangte zu dem Ergebnis, dass der Verweis auf einen nicht näher definierten zukünftigen Schaden nicht genüge, um eine konkrete Rechtsverletzung geltend zu machen.³⁸⁵

Hingegen wurde im Verfahren gegen Lincoln County der Streithilfeantrag des „Siletz Fluss Ökosystems“ nicht von der gegnerischen Seite beeinsprucht.³⁸⁶ Das Gericht erklärte allerdings die gesamte Rechtsquelle wegen Verstoß gegen höher-rangiges Recht für ungültig.³⁸⁷ Auch der Streithilfeantrag des „Eriesssee Ökosystems“ wurde abgelehnt.³⁸⁸

c) Klagen zur Durchsetzung der gewährten Rechte

Soweit bekannt, wurde 2021 erstmals versucht, in den untersuchten Rechtsquellen gewährte RdN durchzusetzen.³⁸⁹ Zwei im Kreis Orange gelegene Bäche, eine Sumpflandschaft und zwei Seen erhoben, vertreten durch eine lokale Umwelterorganisation, Klage gegen ein Unternehmen und den Vorsteher der Umweltschutzbehörde von Florida, weil die Erteilung einer Füllgenehmigung für Feuchtgebiete ihre Rechte „zu existieren“, „zu fließen“, „frei von Verschmutzung zu sein“ und „ein gesundes Ökosystem zu erhalten“, verletze.³⁹⁰ Die Rechtsquelle von Orange County

³⁸³ U.S. Court of Appeals Third Circuit 17.7.2017, *Seneca Resources Corporation v. Highland Township*, 16-3592, 19; *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (342); *Kauffman/Martin*, Politics 169.

³⁸⁴ U.S. Court of Appeals Third Circuit 17.7.2017, *Seneca Resources Corporation v. Highland Township*, 16-3592, 31, 33; *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (342).

³⁸⁵ U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 20.9.2017, *Seneca Resources Corporation v. Highland Township*, 16-cv-289 Erie, 12; vgl. *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (342); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (30 f.); *Kauffman/Martin*, Politics 168 f.

³⁸⁶ *Schromen-Wawrin/Newman*, in: La Follette/Maser 331 (345 f.).

³⁸⁷ Lincoln County Circuit Court 23.9.2019, *Rex Capri, Wakefield Farms v. Dana W. Jenkins*, Lincolns County, 17CV23360, 6 ff.

³⁸⁸ U.S. District Court for the Northern District of Ohio Western Division 7.5.2019, *Drewes Farms Partnership, State of Ohio v. City of Toledo*, 3:19 CV 434; vgl. *Kilbert*, Ohio State Law Journal Online 2020, 227 (233); *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (356).

³⁸⁹ www.centerforenvironmentalrights.org/news/first-us-rights-of-nature-enforcement-case-filed (Stand 2.7.2024); www.theguardian.com/environment/2021/may/01/florida-rights-of-nature-lawsuit-waterways-housing-development (Stand 2.7.2024).

³⁹⁰ static1.squarespace.com/static/5e3f36df772e5208fa96513c/t/608837c15b1c8231ebfa7f28/1619539905869/Rights+of+Waterways+Legal+Complaint+April+26+2021.pdf (Stand 2.7.2024); vgl. *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (387).

enthält keine der offenkundig rechtswidrigen Bestimmungen, sodass die Möglichkeit bestand, dass sich ein Gericht näher mit den RdN befassen könnte. Denn in den bisherigen Gerichtsverfahren waren die Rechtsquellen meist unter Verweis darauf für ungültig erklärt worden, ohne dass sich die Gerichte inhaltlich mit den RdN befassen.³⁹¹ Allerdings war der Entscheidungsspielraum des Gerichts insofern beschränkt, als im Einzelstaat Florida noch vor Annahme des Rechtsakts von Orange County RdN verboten wurden.³⁹² Dem Antrag auf Abweisung wurde deshalb im Juli 2022 wegen Verstoß gegen höherrangiges Recht stattgegeben.³⁹³

Eine weitere Klage wurde 2021 beim Stammesgericht der White Earth Nation u. a. im Namen des Wildreises Manoomin eingebracht. Die Klage richtete sich gegen die Abteilung für Natürliche Ressourcen des Einzelstaates Minnesota und war u. a. auf Schadenersatz sowie die Feststellung gerichtet, dass der Wildreis die gewährten Rechte besitzt und diese durch die von der Behörde genehmigten Wasserentnahmen außerhalb des Reservats verletzt werden.³⁹⁴ Die Klage wurde jedoch mangels Zuständigkeit vom Berufungsgericht des Stammes zurückgewiesen.³⁹⁵

Daher sind noch keine Fälle bekannt, in denen die untersuchten RdN erfolgreich bei Gericht durchgesetzt werden konnten.³⁹⁶

d) Sonstige Gerichtsverfahren

Unabhängig von den untersuchten Rechtsquellen sind zwei Fälle aus dem Jahr 1976 bekannt, in denen der Fluss Byram³⁹⁷ und der Bach Brown sowie das Moor No

³⁹¹ Vgl. *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (356).

³⁹² Vgl. Abschnitt B.I.2.f); *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (386).

³⁹³ *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (387 f.).

³⁹⁴ static1.squarespace.com/static/5ceea3dff402670001e6ca05/t/610c23158952a2171c4d438e/1628185367743/Manoomin+et+al+v+DNR+Complaint+w+Exhibits+8-4-21.pdf (Stand 2.7.2024); vgl. *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (153 f., 155 f.); *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (390).

³⁹⁵ S. u. a. White Earth Tribal Court of Appeals 10.3.2022, Minnesota DNR v. Manoomin, AP21-0516; White Earth Tribal Court 14.9.2021, White Earth Band of Ojibwe v. Minnesota DNR, GC21-0428; zum Verfahrensverlauf whiteearth.com/divisions/judicial/home (Stand 2.7.2024); vgl. *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (156 f.); *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (390 f.); *Bookman*, Natural Resources & Environment 2023/4, 4 (4 ff.).

³⁹⁶ Vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 41; *Kauffman/Martin*, Politics 70; *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (355); *Bookman*, Natural Resources & Environment 2023/4, 4 (4 ff.).

³⁹⁷ U.S. District Court for the Southern District of New York 8.4.1975, Byram River v. Village of Port Chester, New York, 394 F. Supp. 618; vgl. *Spitz/Penalver*, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (70); *Boyd*, Nature 108; *McKeown*, Journal of Supreme Court History 2019/2, 189 (209); *Stone*, Umwelt 110.

Bottom³⁹⁸ als Verfahrensparteien anerkannt wurden. Hingegen wurde die Klagebefugnis eines Sees 1992 abgelehnt.³⁹⁹

Außerdem erhob das „Colorado Fluss Ökosystem“, vertreten durch eine Umweltorganisation, im Jahr 2017 Klage gegen den Einzelstaat Colorado, in der die Feststellung seines Rechts, „zu existieren, zu gedeihen, sich zu regenerieren, wiederhergestellt zu werden und sich natürlich zu entwickeln“, begehrt wurde, sowie die Anerkennung als „Person“, um dieses Recht geltend zu machen.⁴⁰⁰ Allerdings zog der Rechtsanwalt des Ökosystems die Klage zurück, nachdem ihm der Generalanwalt persönliche finanzielle Konsequenzen angedroht hatte.⁴⁰¹ In seinem Abweisungsantrag wandte der Generalanwalt ein, dass mangels eines konkreten, dem Staat zurechenbaren Schadens keine Klagebefugnis vorliege.⁴⁰² Außerdem sei unklar, inwieweit die Anerkennung als „Person“ zur Schadensbehebung beitrage.⁴⁰³ Weiters erlaube kein (Umwelt-)Gesetz einem Ökosystem, Klagen im eigenen Namen zu erheben.⁴⁰⁴ Vielmehr handle es sich um eine politische Frage,⁴⁰⁵ „[o]b das Ökosystem

³⁹⁸ U.S. Court of Appeals Second Circuit 12.3.1976, *Sun Enterprises v. Train*, 532 F.2d 280; vgl. *Spitz/Penalver*, *Harvard Environmental Law Review* 2021/1, 67 (70).

³⁹⁹ U.S. District Court, D. Idaho 23.4.1992, *Coeur D'Alene Lake v. Kiebert*, 790 F. Supp. 998, 1006; vgl. *Huneus*, *Wisconsin Law Review* 2022/1, 133 (136).

⁴⁰⁰ Complaint for Declaratory Relief v. 26.9.2017, U.S. District Court for the District of Colorado, *The Colorado River Ecosystem v. State of Colorado*, 17-CV-02316-NYW, 17 f.; Amended Complaint for Injunctive Relief v. 3.11.2017, U.S. District Court for the District of Colorado, *The Colorado River Ecosystem v. State of Colorado*, 17-CV-02316-NYW, 24; vgl. *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (59); *Cano Pecharroman*, *Resources* 2018/1, 13 (8); *Healy*, *Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review* 2019/2, 327 (345); *Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, *Ecology Law Quarterly* 2018/4, 787 (818 ff.); *White*, *American Indian Law Review* 2018/1, 129 (158 f.); *Spitz/Penalver*, *Harvard Environmental Law Review* 2021/1, 67 (68, 74); *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (349); *Darpö*, *Nature* 13; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 36, 43.

⁴⁰¹ *Fendt*, *Colorado River ‚personhood‘ case pulled by proponents*, aspenjournalism.org/colorado-river-personhood-case-pulled-by-proponents (Stand 2.7.2024); *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (59, 70); *Spitz/Penalver*, *Harvard Environmental Law Review* 2021/1, 67 (68, 76 m. w. N.); *Darpö*, *Nature* 21; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 36, 43.

⁴⁰² Defendant's Motion to Dismiss Amended Complaint v. 1.12.2017, U.S. District Court for the District of Colorado, *The Colorado River Ecosystem v. State of Colorado*, 17-CV-02316-NYW, 9 ff.; vgl. *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (350); *Healy*, *Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review* 2019/2, 327 (347 f.); *Spitz/Penalver*, *Harvard Environmental Law Review* 2021/1, 67 (75).

⁴⁰³ Defendant's Motion to Dismiss Amended Complaint v. 1.12.2017, U.S. District Court for the District of Colorado, *The Colorado River Ecosystem v. State of Colorado*, 17-CV-02316-NYW 2, 13; vgl. *Healy*, *Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review* 2019/2, 327 (347); *Spitz/Penalver*, *Harvard Environmental Law Review* 2021/1, 67 (75).

⁴⁰⁴ Defendant's Motion to Dismiss Amended Complaint v. 1.12.2017, U.S. District Court for the District of Colorado, *The Colorado River Ecosystem v. State of Colorado*, 17-CV-02316-NYW, 14.

die gleichen Rechte wie Personen haben sollte und wer diese Rechte gerichtlich geltend machen könnte“, die „gemäß der Verfassung“ vom Kongress zu beantworten sei.⁴⁰⁶

Außerdem brachte im Jahr 2022 der Sauk-Suiattle Tribe bei seinem Stammesgericht eine Klage im Namen von Lachs (*Tsuladxiw ə ti Stuləkw*) gegen die Stadt Seattle ein, womit die Feststellung begehrt wurde, dass der Lachs gem. dem Wohnheitsrecht des Stammes die Rechte, „zu existieren, zu gedeihen, sich zu regenerieren und sich zu entwickeln“, sowie auf Wiederherstellung besitzt.⁴⁰⁷ Das Verfahren endete 2023 vor dem Berufungsgericht des Stammes mit einem Vergleich, worin sich die Stadt verpflichtete, Fischaufstiegshilfen bei den von ihr betriebenen Wasserkraftwerken zu errichten.⁴⁰⁸

e) Zusammenfassung und Ausblick

Wie der Blick in die Rechtswirklichkeit zeigt, sind die RdN in den USA hart umkämpft.⁴⁰⁹ Während auf lokaler Ebene seit über 15 Jahren immer wieder Mehrheiten für ihre Annahme gefunden werden, können die Rechtsquellen jederzeit angefochten, aufgehoben oder durch höherrangiges Recht ersetzt werden.⁴¹⁰ Auch die Rechtsanwendung und Rechtsdurchsetzung ist unter diesen Voraussetzungen erschwert. Ihnen wird in der Literatur daher oft nur ein symbolischer⁴¹¹ oder dis-

⁴⁰⁵ Defendant's Motion to Dismiss Amended Complaint v. 1. 12. 2017, U.S. District Court for the District of Colorado, *The Colorado River Ecosystem v. State of Colorado*, 17-CV-02316-NYW, 19; vgl. *Spitz/Penalver*, *Harvard Environmental Law Review* 2021/1, 67 (75); *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (350).

⁴⁰⁶ Defendant's Motion to Dismiss Amended Complaint v. 1. 12. 2017, U.S. District Court for the District of Colorado, *The Colorado River Ecosystem v. State of Colorado*, 17-CV-02316-NYW 2, 14; vgl. *Healy*, *Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review* 2019/2, 327 (347 f.); *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (351).

⁴⁰⁷ turtletalk.files.wordpress.com/2022/01/sau-civ-01-22-001-civil-complaint.pdf (Stand 2. 7. 2024); www.centerforenvironmentalrights.org/news/press-release-sauk-suiattle-tribe-vs-seattle-sees-the-rights-of-salmon-protected-in-new-tribal-court-case?rq=salmon (Stand 2. 7. 2024); vgl. *Huneus*, *Wisconsin Law Review* 2022/1, 133 (152 f., 161 f.).

⁴⁰⁸ www.centerforenvironmentalrights.org/news/press-release-city-of-seattle-settles-rights-of-nature-case-filed-by-the-sauk-suiattle-tribe-agrees-to-create-fish-passage-through-nbnspskagit-river-dams (Stand 2. 7. 2024).

⁴⁰⁹ *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (330, 358); *Schroten-Wawrin/Newman*, in: *La Follette/Maser* 331 (339); *Kauffman/Martin*, *Politics* 187; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 43 f.

⁴¹⁰ Vgl. *Jones Moutrie*, *Environmental and Earth Law Journal* 2020/1, 5 (65); *Huneus*, *Wisconsin Law Review* 2022/1, 133 (152); *Jones*, *Journal of Environmental Studies and Sciences* 2021/2, 173 (178); *Bandopadhyay/Pandey*, *Rupkatha Journal on Interdisciplinary Studies in Humanities* 2020/4, 1 (4); *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (358).

⁴¹¹ *Jones*, *Journal of Environmental Studies and Sciences* 2021/2, 173 (177 f.); *Macpherson*, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327 (345 f.); *Spitz/Penalver*, *Harvard*

kursiver⁴¹² Wert beigemessen. Vereinzelt werden dem lokalen Umweltschutz und den RdN aber auch Erfolge zugebilligt.⁴¹³

Die Entwicklung der RdN ist in den USA jedenfalls noch nicht abgeschlossen. Wie sich im Rahmen der Untersuchung zeigte, wurden die Inhalte sowie die Form der Rechtsquellen im Laufe der Zeit angepasst, es wurde zunehmend auf eklatant rechtswidrige Bestimmungen verzichtet, und es werden stets neue Rechtswege ausprobiert.⁴¹⁴ Insb. die von den anerkannten indigenen Völkern angenommenen RdN haben durchaus Chancen, dass sie zukünftigen Klagen standhalten und zumindest innerhalb der Reservate durchgesetzt werden könnten, da diese über mehr Selbstregierungsbefugnisse als die Gebietskörperschaften verfügen und nicht dem womöglich entgegenstehenden Recht der Einzelstaaten und der gesamtstaatlichen Verfassung unterliegen.⁴¹⁵ Zudem gibt es Bestrebungen, RdN auf einzelstaatlicher und gesamtstaatlicher Ebene einzuführen.⁴¹⁶

Daher bleibt abzuwarten, ob der Diskurs auf diesen Ebenen aufgegriffen wird und sich entsprechende Mehrheiten bei direktdemokratischen Abstimmungen, beim Obersten Gerichtshof des Gesamtstaates oder im Kongress finden.⁴¹⁷ Dafür spräche, dass schon des Öfteren lokale Initiativen auf einzelstaatliche und gesamtstaatliche Entscheidungsbereiche übergingen⁴¹⁸ und viele wichtige Innovationen im Umweltrecht in den USA ihren Ursprung nahmen.⁴¹⁹ Dagegen sprechen die aktuellen

Environmental Law Review 2021/1, 67 (89); *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (136, 155); *Bookman*, Natural Resources & Environment 2023/4, 4 (4 ff.); a.A. *Sheehan*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227 (229).

⁴¹² *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (175).

⁴¹³ *Sheehan*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227 (229 f.); *Jones Moutrie*, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5 (55 f.); *Mannard*, Buffalo Environmental Law Journal 2021/1, 39 (57).

⁴¹⁴ S. insb. die Ausführungen von *Linzey/Campbell*, People 21, 52, 78, 97; *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (51); *Kauffman/Martin*, Politics 171, 186.

⁴¹⁵ *Lillquist/Warner*, California Law Review 2023/2, 325 (393).

⁴¹⁶ *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (15); *Boyd*, Nature 127; vgl. insb. *Linzey/Campbell*, People betr. Colorado 79 ff., betr. Oregon 90, allg. 100, betr. Pennsylvania 105, betr. Ohio 106, betr. New Hampshire 108; *Jones*, Journal of Environmental Studies and Sciences 2021/2, 173 (178); *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 36.

⁴¹⁷ Vgl. *Jones*, Journal of Environmental Studies and Sciences 2021/2, 173 (175 f.); *Spitz/Penalver*, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (85); *Boyd*, Nature 127; *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (463); *Pavlik*, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (15); *Bookman*, Natural Resources & Environment 2023/4, 4 (4 ff.); i. w. S. *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (181); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (55); betr. eines vom Kongress zu verabschiedenden Gesetzes, womit eine Vertretung für den Colorado-Fluss eingerichtet werden könnte *Healy*, Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review 2019/2, 327 (354).

⁴¹⁸ *Heideking/Sterzel*, in: Jäger/Haas/Welz 45 (63); *Haas*, in: Jäger/Haas/Welz 459 (481).

⁴¹⁹ *Yang/Percival*, Ecology Law Quarterly 2009/3, 615 (618).

Mehrheitsverhältnisse sowie der starke verfassungsrechtliche Schutz, den Unternehmen in den USA genießen.⁴²⁰

II. Ecuador

1. Kontext

Ecuador ist eine Präsidialrepublik mit repräsentativer Demokratie an der nördlichen Westküste Südamerikas.⁴²¹ Die Republik umfasst große Flächen tropischen Regenwaldes, Gebirgszüge und Hochland der Anden, eine Küstenregion sowie die im Pazifik gelegenen Galápagos-Inseln. Sie zählt zu den 17 megadiversen, also artenreichsten Ländern der Welt.⁴²² Zugleich ist Ecuador eines der ärmsten Länder Südamerikas und stark von Rohstoffexporten abhängig.⁴²³ Ein sehr hoher Anteil der ecuadorianischen Bevölkerung fühlt sich einer indigenen Gemeinschaft zugehörig.⁴²⁴

a) Entstehungsgeschichte der Verfassung von 2008 mit „Rechten der Natur“

Die indigenen Gemeinschaften Ecuadors sind seit den 1990er-Jahren unter dem Bündnis CONAIE (*Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador*, Bündnis der indigenen Nationalitäten Ecuadors) eine entscheidende politische Kraft.⁴²⁵ Mit ihren Stimmen und den Stimmen der ärmeren Bevölkerung wurde im

⁴²⁰ Spitz/Penalver, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (70); Macpherson, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (351); Rodrigues, Green Letters 2014/2, 170 (181); Jones, Journal of Environmental Studies and Sciences 2021/2, 173 (178); Pavlik, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (15); Beacher, Environmental Claims Journal 2021/2, 91 (98); Schaefer, George Washington Journal of Energy and Environmental Law 2018/2, 70 (70).

⁴²¹ Tănăsescu, International Journal of Environmental Studies 2013/6, 846 (846).

⁴²² www.cbd.int/countries/profile/?country=ec (Stand 2.7.2024); Rodríguez Caguana/Morales Naranjo, in: Restrepo Medina 335 (341).

⁴²³ Gabriel, Ecuador auf dem Weg zur politischen Selbstfindung, in: Gabriel/Berger (Hrsg.) Lateinamerikas Demokratien im Umbruch (2010) 164 (164); Lalander, The Ecuadorian Resource Dilemma: *Sumak Kawsay* or Development?, Critical Sociology 2016/4-5, 623 (625); Lalander/Merimaa, Forum for Development Studies 2018/3, 485 (492); Laastad, Nature as a Subject of Rights?, National Discourses on Ecuador's Constitutional Rights of Nature, Forum for Development Studies 2020/3, 401 (405); Guzmán, When the Forest Screams: The Rights of Nature and Indigenous Rights as a Mutually Reinforcing Resistance Platform for the Indigenous Peoples of the Ecuadorian Amazon (2019) 47.

⁴²⁴ Bei einer offiziellen Erhebung im Jahr 2010 bezeichneten sich 7 % der Bevölkerung als Indigene und 71,9 % als Mestizen, www.eluniverso.com/noticias/2019/10/25/nota/7575452/cu-antas-nacionalidades-pueblos-indigenas-hay-ecuador (Stand 2.7.2024); vgl. Tănăsescu, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (436).

⁴²⁵ Tănăsescu, International Journal of Environmental Studies 2013/6, 846 (846); Hartmann, Die politischen Systeme Lateinamerikas (2017) 128 f.; Akchurin, Constructing the

Jahr 2006 Raffael Correa von der Plattform *Alianza País* zum Präsidenten gewählt.⁴²⁶ Correa versprach unter dem Leitsatz der „Bürgerrevolution“ einen radikalen Bruch mit der politisch und wirtschaftlich schwierigen Vergangenheit des Landes, die als neoliberal wahrgenommen wurde.⁴²⁷ Nach seinem Amtsantritt im Jahr 2007 rief er eine verfassungsgebende Versammlung ein, die, wie er im Wahlkampf bereits angekündigt hatte, eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. Diese tagte unter dem Vorsitz von Alberto Acosta in verschiedenen thematischen Arbeitsgruppen und ermöglichte auch die Beteiligung von Bürger:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.⁴²⁸ Als Tierschützer:innen die Aufnahme von Tierrechten anregten, eröffnete sich gem. Acosta die Möglichkeit, gemeinsam mit seiner Beraterin Martínez die Aufnahme von RdN vorzuschlagen, die in der Folge zu einem zentralen und nicht unumstrittenen Thema der verfassungsgebenden Versammlung wurden.⁴²⁹ Mit

Rights of Nature: Constitutional Reform, Mobilization, and Environmental Protection in Ecuador, *Law & Social Inquiry* 2015/4, 937 (948 f.).

⁴²⁶ Tănăsescu, *International Journal of Environmental Studies* 2013/6, 846 (846 f.); Akchurin, *Law & Social Inquiry* 2015/4, 937 (942 f.); Llasag Fernández, *De la Pachamama a los derechos de la Naturaleza en la Constitución plurinacional del Ecuador*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), *La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático* (2019) 269 (280); Humphreys, *Journal of International Relations and Development* 2017/3, 459 (467 f.).

⁴²⁷ Schilling-Vacaflor/Nolte, Introduction: The Times they are a Changin': Constitutional Transformations in Latin America since the 1990s, in: Schilling-Vacaflor/Nolte (Hrsg.), *New Constitutionalism in Latin America: Promises and Practices* (2016) 3 (19); Kotzé/Villavicencio Calzadilla, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (415 f.); Laastad, *Forum for Development Studies* 2020/3, 401 (403); Ramírez Gallegos, *Conflicto antiextractivista y politización de la „cuestión ambiental“ en el Ecuador (2007-2013)*, in: Restrepo Medina (Hrsg.), *Interculturalidad, Protección de la Naturaleza y Construcción de Paz* (2020) 235 (235); Lalander, *Critical Sociology* 2016/4-5, 623 (624); Tănăsescu, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (434 f.); Lupien, The incorporation of indigenous concepts of plurinationality into the new constitutions of Ecuador and Bolivia, *Democratization* 2011/3, 774 (783); Llasag Fernández, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 269 (278 ff.); Gudynas, *La ecología política del giro biocéntrico en la nueva Constitución de Ecuador*, *Revista de Estudios Sociales* 2009, 34 (35); Valladares/Boelens, *Extractivism and the rights of nature: governmentality, 'convenient communities' and epistemic pacts in Ecuador*, *Environmental Politics* 2017/6, 1015 (1018); Humphreys, *Journal of International Relations and Development* 2017/3, 459 (567 f.); Echeverría/Bustamante Romo Leroux, *The Rights of Nature in Ecuador: An Overview of the New Environmental Paradigm*, in: La Follette/Maser (Hrsg.), *Sustainability and the Rights of Nature in Practice* (2020), 279 (281); Gutmann, *Rechtssubjektivität* 52 f.; Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 6.

⁴²⁸ Tănăsescu, *International Journal of Environmental Studies* 2013/6, 846 (848 ff.); Lupien, *Democratization* 2011/3, 774 (779); Gudynas, *Revista de Estudios Sociales* 2009/1, 34 (35 f.); Berros, *Challenges for the Implementation of the Rights of Nature: Ecuador and Bolivia as the First Instances of an Expanding Movement*, *Latin American Perspective* 2021/3, 192 (194); Kauffman/Martin, *Politics* 71; Fitz-Henry, *Distribution without representation?, Beyond the rights of nature in the southern Ecuadorian highlands*, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/1, 5 (9); Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 6 f.

⁴²⁹ Tănăsescu, *International Journal of Environmental Studies* 2013/6, 846 (848 ff.); Akchurin, *Law & Social Inquiry* 2015/4, 937 (952 ff.); Acosta, *Construcción constituyente de los*

Unterstützung der US-amerikanischen Umweltorganisation CELDF erarbeitete die Organisation *Fundación Pachamama* einen Entwurf für RdN, den die verfassungsgebende Versammlung weitgehend unverändert übernahm.⁴³⁰ Damit erhielt die „Natur, oder Pacha Mama“ die Rechte auf integralen Respekt vor ihrer Existenz, auf Erhaltung, Regeneration und Wiederherstellung.⁴³¹

Die Aufnahme der RdN in die ecuadorianische Verfassung ist nach überwiegender Auffassung das Resultat verschiedener Einflüsse. Dazu werden nicht nur der Einfluss von einzelnen Persönlichkeiten wie Acosta sowie seinen Berater:innen Martínez und Gudynas gezählt, die bereits mit Werken von Stone und Stutzin vertraut waren, sondern auch die „politische Gunst der Stunde“, die Arbeit von ecuadorianischen und internationalen Umweltorganisationen sowie der politische Einfluss und die Sichtweisen der indigenen Gemeinschaften Ecuadors.⁴³²

derechos de la naturaleza. Repasando una historia con mucho futuro, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), *La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático* (2019) 155 (165 ff.); *Gudynas*, Revista de Estudios Sociales 2009/1, 34 (40 f.); *Colon-Rios*, On the theory and practice of the rights of nature, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy (Hrsg.), *The Search for Environmental Justice* (2015) 120 (124); *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (470); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 59; a. A. *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (281).

⁴³⁰ *Tănăsescu*, International Journal of Environmental Studies 2013/6, 846 (853); *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (434 f.); *Acosta*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 115 (167); *Gudynas*, Revista de Estudios Sociales 2009/1, 34 (41); *Akchurin*, Law & Social Inquiry 2015/4, 937 (952); *Youatt*, International Political Sociology 2017/1, 39 (48); *Bandopadhyay/Pandey*, Rupkatha Journal on Interdisciplinary Studies in Humanities 2020/4, 1 (4); *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (470 f.); *Darpö*, Nature 12; *Huneus*, Wisconsin Law Review 2022/1, 133 (146).

⁴³¹ Art. 71 ff. Verfassung von Ecuador.

⁴³² *Acosta*, Die Rechte der Natur: Über das Recht auf Existenz, in: Adloff/Busse (Hrsg.), *Welche Rechte braucht die Natur?*, (2021) 119 (124); *Gudynas*, Revista de Estudios Sociales 2009/1, 34 (40 f.); *Akchurin*, Law & Social Inquiry 2015/4, 937 (939, 951 f., 960); *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (434 f.); *Pietari*, Ecuador's Constitutional Rights of Nature: Implementation, Impacts, and Lessons Learned, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (48); *Acosta*, Construcción constituyente de los derechos de la naturaleza. Repasando una historia con mucho futuro, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), *La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático* (2019) 155 (163 f.); *Valladares/Boelens*, Environmental Politics 2017/6, 1015 (1026 f.); *Ramírez*, Revista Argentina de Teoría Jurídica 2011, 26 (27); *Laastad*, Forum for Development Studies 2020/3, 401 (404); *Youatt*, International Political Sociology 2017/1, 39 (48); *Rodríguez Caguana/Morales Naranjo*, in: Restrepo Medina 335 (338 f.); *Guzmán*, Forest 55; *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (470 f.); im Ergebnis wohl auch *Gutmann*, Rechtssubjektivität 57 f.; *Gutmann*, in: Adloff/Busse 133 (140); *Randazzo/Richter*, Ontology 106. Die Bedeutung des Einflusses der indigenen Gemeinschaften betonen u. a. *O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark*, Transnational Environmental Law 2020/3, 403 (414); *Storini/Quizhpe*, Hacia otro fundamento de los derechos de la Naturaleza, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), *La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático* (2019) 49 (54 ff.);

b) Politisches, rechtliches und institutionelles System

Die 20. Verfassung in der Geschichte Ecuadors wurde am 28. September 2008 mittels Referendum von der ecuadorianischen Bevölkerung angenommen.⁴³³ Seither wurde sie mehrmals novelliert, sie ist aber noch weitgehend in Geltung. Correa war bis Mai 2017 im Amt. Ihm folgte der ebenfalls der *Alianza País* angehörende Lenín Moreno,⁴³⁴ der im Mai 2021 von Guillermo Lasso von der „Christlich Sozialen Partei“ abgelöst wurde. Seit November 2023 ist Daniel Noboa von der politischen Bewegung „Nationale Demokratische Aktion“ Präsident. 2023 nahm Ecuador Platz 85 im Demokratieindex der Zeitschrift *The Economist* ein und galt damit als „Hybridregime“.⁴³⁵

Mit der Verfassung von 2008 wurde Ecuador zum „sozialen, demokratischen, souveränen, unabhängigen, einheitlichen, interkulturellen, plurinationalen und säkularen Verfassungs- und Rechtsstaat“ erklärt.⁴³⁶ Die Staatsgewalt wurde in fünf „Funktionen“ unterteilt.⁴³⁷ Die Legislative ist durch die Nationalversammlung auszuüben,⁴³⁸ die Exekutive durch den mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Präsidenten,⁴³⁹ der die Nationalversammlung auflösen und Neuwahlen veranlassen kann, Volksabstimmungen initiieren kann sowie Gesetze ändern oder ab-

65); Fukurai/Krooth, *Approaches* 220; a.A. Kotzé/Villavicencio Calzadilla, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (417); Simon, La naturaleza como sujeto de derechos en la Constitución ecuatoriana: la construcción de una categoría de interculturalidad, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), *La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático* (2019) 299 (308 f.).

⁴³³ Vgl. Gabriel, in: Gabriel/Berger 164 (165); Pietari, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (48); Kotzé/Villavicencio Calzadilla, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (416); Gudynas, *Revista de Estudios Sociales* 2009/1, 34 (35 f.); Akchurin, *Law & Social Inquiry* 2015/4, 937 (942 f.); Lupien, *Democratization* 2011/3, 774 (779); Hoffmann, Das politische System Ecuadors, in: Stüwe/Rinke (Hrsg.), *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika* (2008) 199 (204); Hartmann, *Systeme* 135; Acosta, *Toward the Universal Declaration of Rights of Nature: Thoughts for Action*, www.garn.org/wp-content/uploads/2021/09/Toward-the-Universal-Declaration-of-Rights-of-Nature-Alberto-Acosta.pdf (Stand 2.7.2024) 11; Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 7.

⁴³⁴ Laastad, *Forum for Development Studies* 2020/3, 401 (403).

⁴³⁵ www.economist.com/graphic-detail/2024/02/14/four-lessons-from-the-2023-democracy-index (Stand 16.2.2024).

⁴³⁶ Art. 1 Verfassung von Ecuador; s. dazu im Detail Ávila Santamaría, *Ecuador Estado constitucional de derechos y justicia*, in: Ávila Santamaría (Hrsg.), *La Constitución del 2008 en el contexto andino: Análisis desde la doctrina y el derecho comparado* (2008) 19 (19 ff.); Ávila Linzán, *La constitucionalización de la administración de justicia en la Constitución de 2008*, in: Ávila Santamaría (Hrsg.), *La Constitución del 2008 en el contexto andino: Análisis desde la doctrina y el derecho comparado* (2008) 227 (230 ff.).

⁴³⁷ Titel IV Verfassung von Ecuador; vgl. Gutmann, *Rechtssubjektivität* 16.

⁴³⁸ Art. 118 ff. Verfassung von Ecuador.

⁴³⁹ Art. 141 ff. Verfassung von Ecuador.

lehnen darf und eine weitreichende Verordnungsgewalt hat.⁴⁴⁰ Die Judikative besteht aus erstinstanzlich entscheidenden Gerichten, in zweiter Instanz entscheidenden Provinzgerichten und dem Nationalen Gerichtshof als Höchstgericht.⁴⁴¹ Die indigenen Gemeinschaften verfügen über eigene Gerichte.⁴⁴² Weiters gibt es die „Funktion der Transparenz und Sozialen Kontrolle“, der die Verteidigungsstelle für Menschenrechte (*Defensoría del Pueblo*) zugerechnet wird,⁴⁴³ sowie die „Wahlfunktion“.⁴⁴⁴ Der Verfassungsgerichtshof wurde keiner dieser Funktionen zugeordnet. Dieser ist das höchste Organ für Kontrolle, Verfassungsinterpretation und Justizverwaltung und kann Gesetze und andere Rechtsvorschriften wegen Verfassungswidrigkeit aufheben; seine Entscheidungen sind bindend.⁴⁴⁵

Das Staatsgebiet gliedert sich in Regionen, Provinzen, Kantone und Gemeinden, die jeweils über dezentrale autonome Regierungen verfügen, die im Rahmen ihrer Kompetenzen auch legislative Funktionen ausüben können. Darüber hinaus bestehen Sonderbestimmungen für die Galápagos-Inseln, für indigene und plurikulturelle Gebiete sowie für autonome Großstadtbezirke.⁴⁴⁶ Die Kompetenzen der autonomen Regierungen der Regionen umfassen z. B. die regionale Entwicklungsplanung, die Verwaltung von Wassereinzugsgebieten, den regionalen Transport sowie die Förderung von regionalen produktiven Tätigkeiten und der regionalen Ernährungssicherheit.⁴⁴⁷ Die autonomen Regierungen der Provinzen sind u. a. für die Entwicklungsplanung der Provinzen, Arbeiten an Wassereinzugsgebieten, das Umweltma-

⁴⁴⁰ Hartmann, Systeme 135 f.; Conaghan, Delegative Democracy Revisited: Ecuador Under Correa, Journal of Democracy 2016/3, 109 (111 f.).

⁴⁴¹ Art. 182 ff. Verfassung von Ecuador; Kauffman/Martin, World Development 2017/3, 130 (133); Kauffman/Martin, Politics 84.

⁴⁴² Art. 171 Verfassung von Ecuador.

⁴⁴³ Art. 214 ff. Verfassung von Ecuador; vgl. Kauffman/Martin, World Development 2017/3, 130 (133).

⁴⁴⁴ Art. 204 ff.; Art. 217 ff. Verfassung von Ecuador.

⁴⁴⁵ Art. 429 Verfassung von Ecuador; s. im Detail Escobar García, Del Tribunal a la Corte: ¿Tránsito hacia una nueva justicia constitucional?, in: Ávila Santamaría (Hrsg.), La Constitución del 2008 en el contexto andino: Análisis desde la doctrina y el derecho comparado (2008) 285 (290, 303 ff.); Ávila Santamaría, in: Ávila Santamaría 19 (22 f.); Greene, Los Derechos de la Naturaleza en la Corte Constitucional del Ecuador, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza (Hrsg.), Vademécum Jurídico sobre los Derechos de la Naturaleza (2022) 4 (5); Melo, Evolución de la personalidad jurídica de la Naturaleza en la jurisprudencia de la Corte Constitucional del Ecuador, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza (Hrsg.), Vademécum Jurídico sobre los Derechos de la Naturaleza (2022) 30 (30); Echeverría/Bustamante Romo Leroux, in: La Follette/Maser 279 (285); Kauffman/Martin, Politics 84; Solano Paucay/Marín, Derechos de la Naturaleza y la jurisprudencia constitucional en Ecuador, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 7 (11).

⁴⁴⁶ Art. 242 Verfassung von Ecuador; zu den autonomen Regierungen s. Art. 238 ff.; vgl. Larreátegui Fabara, Una Mirada a los Derechos de la Naturaleza desde el Derecho Administrativo, in: Martínez/Maldonado (Hrsg.), Una década con Derechos de la Naturaleza (2019) 95 (96 f.); Kauffman/Martin, Politics 84.

⁴⁴⁷ Art. 262 Verfassung von Ecuador; vgl. Larreátegui Fabara, in: Martínez/Maldonado 95 (97).

nagement der Provinz oder die Förderung der Landwirtschaft und der produktiven Tätigkeiten der Provinz zuständig.⁴⁴⁸ Die Kompetenzen der autonomen Regierungen wurden jedoch während der Amtszeit von Correa insb. in Bergbauangelegenheiten zugunsten der zentralen Regierung beschränkt.⁴⁴⁹

Die Verfassung von 2008 wird dem neuen lateinamerikanischen Konstitutionalismus (*nuevo constitucionalismo latinoamericano*) zugerechnet, den u. a. ein von indigenen Sichtweisen inspiriertes, besonderes Verhältnis zwischen den Menschen und der Natur kennzeichnen sowie die Prinzipien der Plurinationalität und Interkulturalität, eine Vielzahl individueller und insb. auch kollektiver Rechte, partizipative Prozesse sowie Bestandteile der direkten und deliberativen Demokratie.⁴⁵⁰ Als „vorrangiges Staatsziel“ wird das indigenen Sichtweisen entstammende Prinzip *sumak kawsay* (im Spanischen *buen vivir*, im Deutschen „gutes Leben“) betrachtet,⁴⁵¹ wonach Harmonie unter den Menschen sowie zwischen den Menschen und der Natur anzustreben ist.⁴⁵² An vielen Stellen der Verfassung wird auf dieses Prinzip Bezug

⁴⁴⁸ Art. 263 Verfassung von Ecuador; vgl. *Larreaátegui Fabara*, in: *Martínez/Maldonado* 95 (97).

⁴⁴⁹ S. im Detail *Larreaátegui Fabara*, in: *Martínez/Maldonado* 95 (98 ff., 101).

⁴⁵⁰ *Bonilla Maldonado*, El constitucionalismo radical ambiental y la diversidad cultural en América Latina. Los derechos de la naturaleza y el buen vivir en Ecuador y Bolivia, *Revista Derecho del Estado* 2019/1, 3 (3, 7); *Barié*, Nuevas narrativas constitucionales en Bolivia y Ecuador: el buen vivir y los derechos de la naturaleza, *latinoamérica* 2014/2, 9 (24 ff.); *Schilling-Vacaflor/Nolte*, in: *Schilling-Vacaflor/Nolte* 3; *Colon-Rios*, *New Zealand Journal of Public and International Law* 2015/1, 107 (109); *Kuppe*, Das Ringen um Recht: Vom liberalen zum plurinationalen Konstitutionalismus, in: *Gabriel/Berger* (Hrsg.), *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch* (2010) 111; *Shiraishi Neto/Martins Lima*, Rights of Nature: The „Bio-centric Spin“ in the 2008 Constitution of Ecuador, *Veredas do Direito*, 2016/1, 111 (116); *Melo*, Derechos de la Naturaleza, globalización y cambio climático, *Línea Sur* 2013, 43 (43); *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (416); *Bagni*, The indigenous concept of land in Andean constitutionalism, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* (Hrsg.), *Historical Perspectives on Property and Land Law* (2019) 111 (111 f. m.w.N.); *Iacovino*, *Cultura Latinoamericana* 2020/1, 266 (268 f.); *Bertel*, *Juridikum* 2016/4, 451 (458); *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 61; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 7.

⁴⁵¹ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 10; vgl. *Simon*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 299 (318).

⁴⁵² *Rühs/Jones*, *Sustainability* 2016/2, 174 (11). Zur Bedeutung und Herkunft des Begriffs s. im Detail *Cortez/H. Wagner*, Zur Genealogie des indigenen „guten Lebens“ („sumak kawsay“) in Ecuador, in: *Gabriel/Berger* (Hrsg.), *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch* (2010) 167; weiters *Lalander/Lembke*, The Andean Catch-22: ethnicity, class and resource governance in Bolivia and Ecuador, *Globalizations* 2018/5, 636 (640 f.); *Gudynas*, *Buen Vivir: Today's Tomorrow*, *Development* 2011/4, 441 (441, 445 ff.); *Villalba*, *Third World Quarterly* 2013/8, 1427 (1429 ff.); *Bagni*, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* 111 (116); *Barié*, *latinoamérica* 2014/2, 9 (14); *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (417); *Tănăsescu*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (437); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: *La Follette/Maser* 279 (281 f.); *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 69 ff.; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 8.

genommen.⁴⁵³ So wurden bspw. unter dem Titel „Rechte des guten Lebens“ zahlreiche Rechte gewährt, darunter das Recht auf Wasser, jenes auf gesunde Ernährung, das Recht, in einer gesunden und ökologisch ausgeglichenen Umwelt zu leben, jenes auf einen sicheren und gesunden Lebensraum sowie angemessenes Wohnen, das Recht auf Gesundheit sowie jenes auf Arbeit und soziale Sicherheit.⁴⁵⁴ Überdies enthält die Verfassung noch zahlreiche weitere Rechte der ersten, zweiten und dritten Generation der Menschenrechte.⁴⁵⁵ Weiters wurde festgelegt, dass das ecuadorianische Entwicklungssystem die Verwirklichung des *sumak kawsay* zu garantieren hat.⁴⁵⁶ Daher sollte der Staat die RdN gewährleisten, den Entwicklungsprozess lenken, wirtschaftliche Tätigkeiten vorantreiben, Güter produzieren, Infrastruktur schaffen und die Entwicklung von Wirtschaftstätigkeiten fördern.⁴⁵⁷ Er hat zudem die Produktion anzuregen und eine möglichst effiziente Wertschöpfung „innerhalb der biophysikalischen Grenzen der Natur“ zu fördern.⁴⁵⁸ Wasser, Energie, nicht erneuerbare Ressourcen, die Veredelung von Kohlenwasserstoffen oder die Biodiversität

⁴⁵³ S. insb. die Präambel, Art. 12 ff., 14, 250, 275, 277, 278, 283, 290, 319, 340, 385 und 387 Verfassung von Ecuador; vgl. *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, Transnational Environmental Law 2017/3, 401 (417); *Berros*, Latin American Perspective 2021/3, 192 (195); *Gudynas*, Desarrollo, Derechos de la Naturaleza y Buen Vivir después de Montecristi, in: G. Weber (Hrsg.), Debates sobre cooperación y modelos de desarrollo: Perspectivas desde la sociedad civil en el Ecuador (2011) 83 (88); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 69 f.

⁴⁵⁴ Art. 12 ff. Verfassung von Ecuador; s. im Detail *Silva Portero*, ¿Qué es el buen vivir en la Constitución?, in: Ávila Santamaría (Hrsg.), La Constitución del 2008 en el contexto andino: Análisis desde la doctrina y el derecho comparado (2008) 111 (126 ff.); vgl. *Gudynas*, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 95 (97); *Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo*, Derechos de la Naturaleza: para un paradigma político y constitucional desde la América Latina, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático (2019) 71 (82); *Guamán/Aparicio*, Los derechos de la naturaleza y la lucha frente al poder corporativo en Ecuador: El caso Texaco-Chevron, los alcances del ecoconstitucionalismo y las deficiencias de los mecanismos de garantía y reparación, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático (2019) 227 (237 f.); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 69 f.

⁴⁵⁵ Art. 35 ff. Verfassung von Ecuador; vgl. *Conaghan*, Journal of Democracy 2016/3, 109 (114); betr. der dritten Generation der Menschenrechte vgl. *Gudynas*, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 95 (97); allg. zu den Generationen der Menschenrechte s. z. B. *Thienel*, Überlegungen zur Ausgestaltung sozialer Grundrechte, in: FS Schäffer (2006) 859 (867).

⁴⁵⁶ Art. 275 ff. Verfassung von Ecuador; vgl. und s. im Detail *Prieto Méndez*, Derechos de la naturaleza: Fundamento, contenido y exigibilidad jurisdiccional (2013) 87 f.; *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (23); *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (305); *Viciano Pastor*, La problemática constitucional del reconocimiento de la naturaleza como sujeto de derechos en la constitución del Ecuador, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático (2019) 137 (147).

⁴⁵⁷ Art. 277 Verfassung von Ecuador; vgl. *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (305).

⁴⁵⁸ Art. 284 Abs. 2 und 4 Verfassung von Ecuador; vgl. *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (22); *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (305); *Gudynas*, in: G. Weber 83 (91).

und das genetische Erbe wurden zu strategischen Sektoren erklärt, die der Staat durch öffentliche Unternehmen verwaltet und kontrolliert.⁴⁵⁹ Nicht erneuerbare Ressourcen stehen in seinem Eigentum und sind unveräußerlich.⁴⁶⁰

c) Umwelt- und Gewässerschutz

Unter dem Titel „System des guten Lebens“ enthält die Verfassung ein Kapitel mit der Bezeichnung „Biodiversität und natürliche Ressourcen“, das Bestimmungen über die Natur und Umwelt, Biodiversität, Naturerbe und Ökosysteme, natürliche Ressourcen, Boden, Wasser, Biosphäre, Stadtökologie und alternative Energien sowie mehrere Umweltprinzipien enthält.⁴⁶¹ So hat der Staat gem. Art. 395 „ein nachhaltiges Entwicklungsmodell“ zu garantieren, „das ökologisch ausgeglichen ist und die kulturelle Vielfalt respektiert, das die Biodiversität und die natürliche Regenerationsfähigkeit der Ökosysteme erhält und die Befriedigung der Bedürfnisse der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen sichert“.⁴⁶² Gem. dem „Querschnittsprinzip“ ist die Umweltpolitik „auf transversale Weise“ anzuwenden sowie „auf allen Ebenen des Staates und von allen natürlichen und juristischen Personen“ verpflichtend einzuhalten.⁴⁶³ Nach dem Prinzip *in dubio pro natura* sind die Um-

⁴⁵⁹ Art. 313, 315, zu den Ausnahmen s. insb. Art. 316 Verfassung von Ecuador; vgl. *Lupien*, Democratization 2011/3, 774 (782); *Guamán/Aparicio*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (242); *Bustamante Romo Leroux*, Derechos de la Naturaleza: Análisis Crítico de la Jurisprudencia Constitucional, in: Martínez/Maldonado (Hrsg.), Una década con Derechos de la Naturaleza (2019) 105 (116); *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (305); *Martínez/Acosta*, Los Derechos de la Naturaleza como puerta de entrada a otro mundo posible, Revista Direito e Práxis 2017/4, 2927 (2937); *Llasag Fernández*, Derechos de la naturaleza: una mirada desde la filosofía indígena y la Constitución, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández (Hrsg.), Los Derechos de la Naturaleza y la Naturaleza de sus Derechos (2011) 75 (89); *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, Transnational Environmental Law 2017/3, 401 (420); *Martínez-Moscoso/Castro-Enríquez*, Régimen jurídico de la energía eléctrica en Ecuador. Tensiones socioambientales y con los derechos de la Naturaleza, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 149 (154 f.).

⁴⁶⁰ Art. 1, 408 Verfassung von Ecuador; vgl. *Lupien*, Democratization 2011/3, 774 (782); *Tănăsescu*, International Journal of Environmental Studies 2013/6, 846 (850); *Guamán/Aparicio*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (240 f.); *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (306).

⁴⁶¹ Art. 395 ff. Verfassung von Ecuador; vgl. *Bagni*, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (121); *Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (83); *Guamán/Aparicio*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (239); *Silva Portero*, in: Ávila Santamaría 111 (125); *Velázquez-Gutiérrez*, Constitucionalismo verde en Ecuador: Derechos de la Madre Tierra y Buen Vivir, Entramado 2014/1, 220 (234); *Gudynas*, Revista de Estudios Sociales 2009/1, 34 (40); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 70.

⁴⁶² Art. 395 Abs. 1 Verfassung von Ecuador; *Prieto Méndez*, Derechos 88.

⁴⁶³ Art. 395 Abs. 2 Verfassung von Ecuador; vgl. Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 12 f.; *Prieto Méndez*, Derechos 76 ff.; *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (319); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (51); *Kauffman/Martin*, Politics 102; *Gudynas*, Revista de Estudios So-

weltbestimmungen im Zweifelsfall im für die Natur günstigsten Sinne anzuwenden.⁴⁶⁴ Weitere Prinzipien betreffen die Beteiligung der betroffenen und der allgemeinen Öffentlichkeit.⁴⁶⁵

In Art. 396 wurde zudem ein Vorsorgeprinzip vorgesehen, wonach der Staat im Falle der Ungewissheit über die Umweltauswirkungen einer Handlung oder Unterlassung wirksame und geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen hat, sowie ein Vorbeugeprinzip, wonach er im Falle der Gewissheit eines Schadens geeignete Politiken und Maßnahmen zur Vermeidung von negativen Umweltauswirkungen ergreifen muss. Mit der Verursachung von Umweltschäden geht eine objektive Verantwortung einher sowie die Verpflichtung zur integralen Wiederherstellung von Ökosystemen und zur Entschädigung von betroffenen Personen und Gemeinschaften.⁴⁶⁶ Art. 397 bestimmt weiters, dass der Staat bei Umweltschäden unverzüglich und subsidiär zu handeln hat, um die Gesundheit und Wiederherstellung der Ökosysteme zu garantieren.⁴⁶⁷ Zudem kann jede Person Vorsichtsmaßnahmen (*medidas cautelares*) beantragen, wobei die Beweislast über die Nicht-Existenz eines Schadens die Betreiber:innen einer Tätigkeit bzw. Beklagten trifft (Beweislastumkehr).⁴⁶⁸

ciales 2009/1, 34 (36); *Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, *Ecology Law Quarterly* 2018/4, 787 (795); *Collins*, *Constitution* 69.

⁴⁶⁴ Art. 395 Abs. 4 Verfassung von Ecuador; s. auch Código Orgánico del Ambiente (Umweltgesetz), veröffentlicht im Registro Oficial 983 am 12.4.2017; Art. 9 Abs. 5 Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 40; vgl. *Prieto Méndez*, *Derechos* 102; *Esborraz*, *El modelo ecológico alternativo latinoamericano entre protección del derecho humano al medio ambiente y reconocimiento de los derechos de la naturaleza*, *Revista Derecho del Estado* 2016/1, 93 (119); *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (42, 46); *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (421); *Pacari Vega Conejo*, *Un Balance desde la Interculturalidad*, in: *Martínez/Maldonado* (Hrsg.), *Una década con Derechos de la Naturaleza* (2019) 129 (136); *Simon*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 299 (304); *Redín Guerrero*, *Análisis de la Sentencia No. 1149-19-JP/21: Caso Bosque Protector Los Cedros*, in: *Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza* (Hrsg.), *Vademécum Jurídico sobre los Derechos de la Naturaleza* (2022) 14 (18f.); *Colon-Rios*, in: *Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy* 120 (126); *Carducci et al.*, *Charter 79*; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 9.

⁴⁶⁵ Vgl. Art. 395 Abs. 3 hinsichtlich der betroffenen Öffentlichkeit, Art. 398 Verfassung von Ecuador hinsichtlich der allgemeinen Öffentlichkeit; vgl. *Prieto Méndez*, *Derechos* 76f.; *Lupien*, *Democratization* 2011/3, 774 (782); *Gudynas*, *Revista de Estudios Sociales* 2009/1, 34 (36).

⁴⁶⁶ Art. 396 Verfassung von Ecuador; zur Unterscheidung zwischen Vorsorge- und Vorbeugeprinzip s. Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 63; vgl. *Guamán/Aparicio*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 227 (245); *Colon-Rios*, in: *Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy* 120 (125).

⁴⁶⁷ Art. 397 Verfassung von Ecuador; vgl. *Guamán/Aparicio*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 227 (248); *Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 71 (93).

⁴⁶⁸ Art. 397 Abs. 1 Verfassung von Ecuador; *Guamán/Aparicio*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 227 (247); *Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 71 (93); *Colon-Rios*, in:

Von den zahlreichen weiteren Umweltbestimmungen der Verfassung sind insb. das Wiederherstellungsgebot für degradierte Naturräume,⁴⁶⁹ die Unberührbarkeit der Naturschutzgebiete,⁴⁷⁰ das Verbot des Abbaus nicht erneuerbarer Ressourcen in Schutzgebieten (mit Ausnahmemöglichkeiten)⁴⁷¹ sowie das Gentechnikverbot⁴⁷² erwähnenswert. Außerdem wurden Rechte auf Zugang zu Umweltinformationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten vorgesehen.⁴⁷³

In Bezug auf den Gewässerschutz wurde festgelegt, dass der Staat die Erhaltung, Wiederherstellung und integrale Bewirtschaftung der Wasserressourcen zu garantieren hat.⁴⁷⁴ Die Wasserbehörde ist für die Planung und Bewirtschaftung der Wasserressourcen verantwortlich,⁴⁷⁵ und muss in Zusammenarbeit mit der Umweltbehörde eine Bewirtschaftung mit „Ökosystemfokus“ gewährleisten.⁴⁷⁶ Überdies kommen auch den autonomen Regierungen der Provinzen, Distrikte und Gemeinden gewisse Kompetenzen in Bezug auf den Gewässerschutz zu.⁴⁷⁷ Zudem ist die Privatisierung oder das Anhäufen von Wasser verboten⁴⁷⁸ und die Wassernutzung für produktive Zwecke genehmigungspflichtig.⁴⁷⁹ Die Wasserressourcen sind in absteigender Reihenfolge für die menschliche Konsumation, die Bewässerung zur

Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy 120 (125); *Wagner/Bergthaler/Krämer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 9.

⁴⁶⁹ Art. 397 Abs. 2 Verfassung von Ecuador.

⁴⁷⁰ Art. 397 Abs. 4 Verfassung von Ecuador.

⁴⁷¹ Art. 407 Verfassung von Ecuador; vgl. *Jaria i Manzano*, The rights of nature in Ecuador: an opportunity to reflect on society, law and environment, in: Percival/Lin/Piermattei (Hrsg.), *Global Environmental Law at a Crossroads* (2014) 48 (54); *Guamán/Aparicio*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (241); *Gudynas*, *Revista de Estudios Sociales* 2009/1, 34 (37); *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (51).

⁴⁷² Zu den Ausnahmen, insb. hinsichtlich moderner Methoden der Biotechnologie s. Art. 401, vgl. *Gudynas*, *Revista de Estudios Sociales* 2009/1, 34 (36).

⁴⁷³ Art. 18, 57, 75, 139 Abs. 1, Art. 398 Verfassung von Ecuador; *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, Los derechos de la naturaleza desde la mirada de los jueces en Ecuador, *Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla* 2022/1, 285 (300 f.).

⁴⁷⁴ Art. 411 Verfassung von Ecuador; vgl. Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 90.

⁴⁷⁵ Art. 318 Verfassung von Ecuador; vgl. Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 86; *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (50).

⁴⁷⁶ Art. 412 Verfassung von Ecuador.

⁴⁷⁷ Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 53; vgl. *Ávila Santamaría*, La comprensión de la naturaleza, la jurisprudencia de la Corte Constitucional del Ecuador y la teoría sistémica del derecho, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (290 ff.).

⁴⁷⁸ Art. 282, 318 Verfassung von Ecuador; *Lupien*, *Democratization* 2011/3, 774 (782); *Guamán/Aparicio*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (242); *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (305).

⁴⁷⁹ Art. 318 Verfassung von Ecuador; vgl. Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 86 f.

Gewährleistung der Ernährungssicherheit, die ökologische Wassermenge sowie produktive Tätigkeiten zu nutzen.⁴⁸⁰ Einer anderen Bestimmung zufolge haben die „Nachhaltigkeit der Ökosysteme und die menschliche Konsumation“ Vorrang.⁴⁸¹

Der Schutz der Gewässer erfolgte in der Verfassung aber nicht nur im Rahmen der Umweltschutzbestimmungen, sondern auch im Rahmen des Menschenrechts auf Wasser und der RdN.⁴⁸² In der Literatur wurde allerdings kritisiert, dass das Wasser in der Verfassung dennoch überwiegend als (strategische) Ressource betrachtet wird und der menschlichen Konsumation vor der „ökologischen Integrität“ Vorrang eingeräumt wurde.⁴⁸³ Gem. Acosta ist dies hingegen kein Widerspruch, vielmehr habe man mit der Ernennung zum strategischen Gut „die merkantile Vision von Wasser“ überwunden, die Vision der Nutzer:innen i.S.v. Bürger:innen statt Kund:innen zurückgewonnen und die Rolle des Staates und der Gemeinden bei der Bereitstellung von Wasserdienstleistungen wiederhergestellt. Zudem sei mit der Anerkennung der RdN die Bedeutung des Wassers für das Leben aller Arten anerkannt worden.⁴⁸⁴

2. Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem

Die ecuadorianischen RdN wurden in der Verfassung von 2008 verankert,⁴⁸⁵ die ein eigenes Kapitel mit dem Titel „Rechte der Natur“ enthält, das aus vier Artikeln besteht.⁴⁸⁶ Art. 71 und 72 werden als Kernbestimmungen der RdN angesehen, die durch Art. 73 und 74 ergänzt werden.⁴⁸⁷ Das ecuadorianische Verfassungsrecht ist die höchste Rechtsquelle in Ecuador und steht über internationalen Verträgen und Konventionen (außer die darin gewährten Menschenrechte sind günstiger), Umweltgesetzen, einfachen Gesetzen, regionalen und lokalen Rechtsvorschriften, Verordnungen und Verfügungen, Anordnungen, Beschlüssen und anderen Handlungen und Entscheidungen der öffentlichen Gewalt. Im Konfliktfall ist die in der

⁴⁸⁰ Art. 318 Verfassung von Ecuador; vgl. *Martínez/Acosta*, *Revista Direito e Práxis* 2017/4, 2927 (2937).

⁴⁸¹ Art. 411 Verfassung von Ecuador, vgl. Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 90; vgl. *Martínez/Acosta*, *Revista Direito e Práxis* 2017/4, 2927 (2937).

⁴⁸² Vgl. *Martínez/Acosta*, *Revista Direito e Práxis* 2017/4, 2927 (2937); *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (420).

⁴⁸³ *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (420).

⁴⁸⁴ *Martínez/Acosta*, *Revista Direito e Práxis* 2017/4, 2927 (2937); s. auch *Acosta*, in: Adloff/Busse 119 (128 f.).

⁴⁸⁵ *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (579).

⁴⁸⁶ Titel II „Rechte“ Kapitel 7 Art. 71 ff. Verfassung von Ecuador; vgl. *Bertel*, *Juridikum* 2016/4, 451 (455).

⁴⁸⁷ *Prieto Méndez*, *Derechos* 88; *Gudynas*, *Los derechos de la Naturaleza en serio*, in: *Acosta/Martínez*, *La naturaleza con derechos* (2011) 239 (241). Vereinzelt werden in der Literatur auch aus Art. 73 und 74 Rechte abgeleitet, s. dazu im Detail Abschnitt B.II.4.a.cc).

Hierarchie höhergestellte Rechtsvorschrift anzuwenden.⁴⁸⁸ Gesetzes- sowie Verfassungsänderungen dürfen nicht gegen die in der Verfassung anerkannten Rechte verstoßen.⁴⁸⁹ Folglich sind Verfassungsänderungen nur möglich, wenn kein Verfassungsrecht beschränkt wird und ein Drittel der Mitglieder der Nationalversammlung zustimmt. Größere Verfassungsreformen bedürfen eines Referendums.⁴⁹⁰ Eine „Abschaffung“ der RdN ist deshalb dem Wortlaut der Verfassung zufolge nicht mehr möglich.

Gem. den „allgemeinen Prinzipien über die Anwendung des Verfassungsrechts“ sind alle Verfassungsrechte und -prinzipien – so auch die RdN – direkt und unmittelbar anwendbar, voll justiziabel, nicht widerrufbar sowie gleichrangig.⁴⁹¹ Da sie unmittelbar anwendbar sind, bedürfen sie nicht der gesetzlichen Umsetzung.⁴⁹² Weil sie gleichrangig sind, sind sie mit anderen Verfassungsrechten, wie z.B. Menschenrechten gleichgestellt.⁴⁹³ Eine Unterscheidung in Grundrechte, Menschen-

⁴⁸⁸ Art. 424 f. Verfassung von Ecuador; vgl. *Larreaátegui Fabara*, in: Martínez/Maldonado 95 (100 f.); *Bustamante Romo Leroux*, in: Martínez/Maldonado 105 (107); *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (423); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, *Rivers* 35; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 12.

⁴⁸⁹ Art. 84 Verfassung von Ecuador; vgl. Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 68; Corte Constitucional 5.10.2023, 7-23-UE (Actividad acuicola) Rz. 63.

⁴⁹⁰ *Schilling-Vacaflor/Nolte*, in: *Schilling-Vacaflor/Nolte* 3 (12).

⁴⁹¹ Art. 11 Abs. 3 bis 6 Verfassung von Ecuador; Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 13; Corte Constitucional 16.5.2018, 0047-09-IS (Alpayacu) 18; Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 39; Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 157; s. im Detail *Ávila Santamaría*, *Los principios de aplicación de los derechos*, in: *Ávila Santamaría* (Hrsg.), *La Constitución del 2008 en el contexto andino: Análisis desde la doctrina y el derecho comparado* (2008) 39 (42 ff.); *Ávila Santamaría*, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (285 ff.); vgl. *Bustamante Romo Leroux*, in: Martínez/Maldonado 105 (107 f.); *Rodríguez Caguana/Morales Naranjo*, in: *Restrepo Medina* 335 (344 f.); *Iacovino*, *Cultura Latinoamericana* 2020/1, 266 (297); *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (419, 422); *Viciano Pastor*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 137 (143); *Melo*, *De Montecristi a Cochabamba: Los derechos de la madre tierra en debate*, in: *Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández* (Hrsg.), *Los Derechos de la Naturaleza y la Naturaleza de sus Derechos* (2011) 123 (129); *Simon*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 299 (303, 321); *Daly*, *The Ecuadorian Exemplar: The First Ever Vindications of Constitutional Rights of Nature, Review of European Community & International Environmental Law* 2012/1, 63 (63); *Colon-Rios*, in: *Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy* 120 (126); *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (50).

⁴⁹² *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (419); *Melo*, in: *Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández* 123 (129); *Simon*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 299 (321); *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (50).

⁴⁹³ Vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, *Rivers* 35; *Gudynas*, in: *Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández* 95 (104); *Bustamante Romo Leroux*, in: Martínez/Maldonado 105 (108); *Viciano Pastor*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de*

rechte oder subjektive Rechte wurde in der Verfassung nicht vorgenommen.⁴⁹⁴ Die RdN nehmen folglich die höchste Stellung im ecuadorianischen Rechtssystem ein.⁴⁹⁵

a) Biozentrische Vision der Verfassung

Kotzé/Villavicencio stellen fest, dass die RdN angesichts der Gleichstellung mit anderen Rechten nicht als ökologische Grundnorm betrachtet werden können und daher auch kein ökologischer Rechtsstaat i. S. v. Bosselmann eingeführt wurde.⁴⁹⁶ Mit dem Begriff *grundnorm* bezeichnet Bosselmann in Anlehnung an Kant sowie im Unterschied zu Kelsen eine „grundlegende Norm, welche die Macht der Regierung bindet“.⁴⁹⁷ Zudem wird in der Literatur kritisiert, dass die Verfassung von 2008 durch die Aufnahme von RdN zwar eine ökozentrische Ausrichtung erhielt, indem der Natur unabhängig von ihrem Nutzen für den Menschen ein Wert beigemessen,⁴⁹⁸ der Großteil der Verfassungsbestimmungen aber anthropozentrisch ausgestaltet wurde.⁴⁹⁹ Demgegenüber stellte der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof fest, dass die gesamte Verfassung eine „biozentrische Vision“ durchzieht, sodass der Natur – im Gegensatz zur klassischen anthropozentrischen Anschauung, wonach der Mensch das Zentrum und Maß aller Dinge ist und die Natur ihm lediglich Ressourcen liefert – Priorität eingeräumt wurde und das *sumak kawsay* ein „vorrangiges Staatsziel“ bildet.⁵⁰⁰ Der Biozentrismus unterscheidet sich vom Anthropozentrismus

Carvalho Dantas 137 (143, 148); Echeverría/Bustamante Romo Leroux, in: La Follette/Maser 279 (284); Atapattu/Schapper, Human Rights 334; Iacovino, Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (297); Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 12.

⁴⁹⁴ Ávila Santamaria, El derecho de la naturaleza: fundamentos, in: Acosta/Martínez, La naturaleza con derechos (2011) 173 (195); Rodríguez Caguana/Morales Naranjo, in: Restrepo Medina 335 (344 f.).

⁴⁹⁵ Vgl. Redín Guerrero, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 14 (18); Kauffman/Martin, Politics 64.

⁴⁹⁶ Kotzé/Villavicencio Calzadilla, Transnational Environmental Law 2017/3, 401 (422 f., 426); vgl. Schimmöller, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (579 f.); zum ökologischen Rechtsstaat s. Bosselmann, Natur; Pernthaler, Reform der Bundesverfassung im Sinne des ökologischen Prinzips, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer (Hrsg.), Umweltpolitik durch Recht – Möglichkeiten und Grenzen (1992) 1.

⁴⁹⁷ Bosselmann, The Rule of Law in the Anthropocene, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy (Hrsg.), The Search for Environmental Justice (2015) 44 (53).

⁴⁹⁸ Zur Definition von „Ökozentrismus“ s. z. B. B. Taylor/Chapron/Kopnina/Orlikowska/Gray/Piccolo, The need for ecocentrism in biodiversity conservation, Conservation Biology 2020/5, 1089 (1091 m. w. N.); Howe, Journal of Environmental Law 2017/1, 19 (22).

⁴⁹⁹ Kotzé/Villavicencio Calzadilla, Transnational Environmental Law 2017/3, 401 (426); Lalander, Critical Sociology 2016/4-5, 623 (629, 632); Bedón Garzón, Aplicación de los derechos de la naturaleza en Ecuador, Veredas do Direito 2017/1, 13 (2); Tânăsescu, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (435); widersprechend Kauffman/Martin, How Ecuador's Courts Are Giving Form and Force to Rights of Nature Norms, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (368).

⁵⁰⁰ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 10; vgl. Simon, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (318); Clark/Emmanouil/Page/Pe-

und Ökozentrismus gem. dem Sozialökologen Gudynas dahin gehend, dass weder der Mensch noch die Natur Vorrang hat, sondern „das menschliche wie auch das nichtmenschliche Leben einen Wert an sich“ hat.⁵⁰¹ Dementsprechend stellte der Verfassungsgerichtshof fest, dass die Verfassung „eine Reihe von Garantien zur Erhaltung, zum Schutz, zur Regeneration und zur Verbesserung der Natur [enthält], um eine nachhaltige und harmonische Entwicklung der Menschen mit der Natur zu erreichen“.⁵⁰² Den Überlegungen von Kotzé/Villavicencio zufolge könnte daher auch das *sumak kawsay* als Grundnorm der ecuadorianischen Gesellschaft betrachtet werden.⁵⁰³ Dies lässt sich allerdings nicht mit weiterer Literatur belegen. Das *sumak kawsay* wird in der ecuadorianischen Literatur stattdessen als „neues ökosoziales Paradigma“⁵⁰⁴ oder „normatives Prinzip“ bezeichnet.⁵⁰⁵

b) Zur Interpretation der Verfassungsbestimmungen

Die Interpretation der Verfassungsbestimmungen und somit auch der RdN hat gem. der Verfassung nach dem Wortlaut zu erfolgen, der am ehesten der Verfassung als Ganzes entspricht. Im Zweifelsfall gilt jene Interpretation, welche die volle Geltung der Rechte begünstigt und dem Willen der verfassungsgebenden Versammlung am besten entspricht.⁵⁰⁶ Daher sind gem. dem Verfassungsgerichtshof die Verfassung und die RdN systematisch zu interpretieren,⁵⁰⁷ sodass bei der Auslegung und Anwendung der RdN auch andere Verfassungsbestimmungen – darunter auch

lizzon, Ecology Law Quarterly 2018/4, 787 (795 f.); *Kauffman/Martin*, Politics 102; *Collins*, Constitution 69; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 19.

⁵⁰¹ *Gudynas*, in: G. Weber 83 (89); s. auch *Shiraishi Neto/Martins Lima*, Veredas do Direito, 2016/1, 111 (120); *Lalander/Merimaa*, Forum for Development Studies 2018/3, 485 (491 m. w. N.); *Gorke*, Eigenwert 22 f.; *B. Taylor/Chapron/Kopnina/Orlikowska/Gray/Piccolo*, The need for ecocentrism in biodiversity conservation, Conservation Biology 2020/5, 1089 (1091); anders *Laitos*, Rules of law for use and nonuse of nature, in: Voigt (Hrsg.), Rule of Law for Nature. New Dimensions and Ideas in Environmental Law (2013) 209 (216); *Emmenegger/Tschentscher*, Georgetown International Environmental Law Review 1994/3, 545 (577 f.).

⁵⁰² Corte Constitucional 11.3.2015, 0796-12-EP (El Verdictum) 15; ähnl. *Gutmann*, Rechtssubjektivität 70.

⁵⁰³ *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, Transnational Environmental Law 2017/3, 401 (418).

⁵⁰⁴ *Prieto Méndez*, Derechos 27, 77, 86 f.

⁵⁰⁵ *Silva Portero*, in: Ávila Santamaría 111 (123, 150).

⁵⁰⁶ Art. 427, 11 Abs. 5 Verfassung von Ecuador; vgl. *Prieto Méndez*, Derechos 109; *Pacari Vega Conejo*, in: Martínez/Maldonado 129 (135); *Melo*, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 123 (129); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (284); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 12.

⁵⁰⁷ Corte Constitucional 11.3.2015, 0796-12-EP (El Verdictum) 15; Corte Constitucional del Ecuador 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 10 f., 15; i. d. S. auch *Bustamante Romo Leroux*, in: Martínez/Maldonado 105 (109).

die Umweltprinzipien – zu beachten sind.⁵⁰⁸ Gem. dem Querschnittsprinzip sind die RdN nicht nur im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik, sondern auch in der Gesundheits- und Bildungspolitik und anderen Politikfeldern anzuwenden.⁵⁰⁹ Die RdN strahlen daher auch in die sozialen Beziehungen und das Wirtschaftssystem aus.⁵¹⁰ Der Literatur und dem Gesetz über rechtliche Garantien und Verfassungskontrolle zufolge ist bei der Interpretation der Verfassungsbestimmungen außerdem das Prinzip der Interkulturalität zu beachten.⁵¹¹

c) Weitere Rechtsvorschriften zur Umsetzung und Konkretisierung der RdN

Seit Inkrafttreten der Verfassung im Jahr 2008 wurden einige Gesetze erlassen, in denen auf die RdN Bezug genommen wurde, wozu insb. das Wassergesetz,⁵¹² das Strafgesetz,⁵¹³ das Allgemeine Verfahrensgesetz,⁵¹⁴ das Galápagosgesetz,⁵¹⁵ das Umweltgesetz⁵¹⁶ und das Gesetz über die Verteidigungsstelle für Menschenrechte

⁵⁰⁸ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 10; Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 14 f.; Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 40; alle mit Verweis auf Art. 395 ff. Verfassung von Ecuador; s. bereits Abschnitt B.II.1.c); vgl. *Prieto Méndez*, Derechos 86 ff.; *Pietari*, Williamette Environmental Law Journal 2016/2, 37 (46); *Redín Guerrero*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 14 (18 f.); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (287 f.).

⁵⁰⁹ Art. 395 Abs. 2 Verfassung von Ecuador; Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 13 mit Verweis auf *Prieto Méndez*, Derechos 76 f.; vgl. weiters *Simon*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 299 (319); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (51 f.); *Schimmöller*, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (579 f.).

⁵¹⁰ Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 11; ähnl. Corte Constitucional 11.3.2015, 0796-12-EP (El Verdum) 15; vgl. *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (51 f.).

⁵¹¹ Art. 66 Ley Orgánica de Garantías Jurisdiccionales y Control Constitucional (Gesetz über rechtliche Garantien und Verfassungskontrolle), veröffentlicht im Registro Oficial 52 am 22.10.2009; *Pacari Vega Conejo*, in: *Martínez/Maldonado* 129 (132); *Rodríguez Caguana/Morales Naranjo*, in: *Restrepo Medina* 335 (345); ausführl. auch *Gutmann*, Rechtssubjektivität 39 ff.

⁵¹² Ley Orgánica de Recursos Hídricos, Usos y Aprovechamiento del Agua (Wassergesetz), veröffentlicht im Registro Oficial 305 am 6.8.2014; vgl. *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (296).

⁵¹³ Código Orgánico Integral Penal (Strafgesetz), veröffentlicht im Registro Oficial 138 am 3.2.2014; vgl. *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (15); *Kauffman/Martin*, Politics 71, 83; *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (297); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 12.

⁵¹⁴ Código Orgánico General de Procesos (Allgemeines Verfahrensgesetz), veröffentlicht im Registro Oficial 506 am 22.5.2015.

⁵¹⁵ Ley Orgánica de régimen especial de la provincia de galapagos (Galápagosgesetz), veröffentlicht im Registro Oficial 520 am 11.6.2015.

⁵¹⁶ Código Orgánico del Ambiente (Umweltgesetz), veröffentlicht im Registro Oficial 983 am 12.4.2017; vgl. *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (15); *Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 71

zählen.⁵¹⁷ Mit Ausnahme des Wassergesetzes enthalten sie jedoch kaum Bestimmungen, die nennenswert zur Konkretisierung der RdN beitragen.⁵¹⁸ Den folgenden Querschnittsbetrachtungen werden daher insb. die Verfassungsbestimmungen zugrunde gelegt sowie deren Anwendung und Interpretation durch den Verfassungsgerichtshof, der insb. ab dem Jahr 2015 damit begann, diese nicht nur wiederzugeben, sondern auch zu interpretieren.⁵¹⁹ Die zahlreichen erst- und zweitinstanzlichen Gerichtsentscheidungen mit Bezugnahmen auf RdN werden hingegen nur insoweit dargestellt, als sie Aufschluss über vom Verfassungsgerichtshof noch nicht behandelte Rechtsfragen geben.⁵²⁰

3. Rechtsträger:innen

a) „Die Natur, oder Pacha Mama“

Art. 71 der Verfassung lautet: „Die Natur, oder Pacha Mama, wo sich das Leben reproduziert und entwickelt, hat das Recht [...]“.⁵²¹ Ebenso wurde in Art. 72 festgelegt: „Die Natur hat das Recht [...]“. Weiters ist gem. Art. 10 die „Natur“ das

(83); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (280); *Kauffman/Martin*, Politics 83; *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (297).

⁵¹⁷ Ley Orgánica de la Defensoría del Pueblo (Gesetz über die Defensoría del Pueblo), veröffentlicht im Registro Oficial 481 am 6. 5. 2019.

⁵¹⁸ *Bustamante Romo Leroux*, in: Martínez/Maldonado 105 (105); *Kauffman/Martin*, Politics 83; *Dancer*, The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law 2021/1, 21 (32); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (280); *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (287 ff.); *Solano Paucay/Marín*, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 7 (12); *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (368).

⁵¹⁹ *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (317); *Berros*, Defending Rivers: Vilcabamba in the South of Ecuador, in: Tabios Hillebrecht/Berros (Hrsg.), Can Nature Have Rights?, Legal and Political Insights, RCC Perspectives 2017/6, 37 (39); *Bagni*, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (122); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (280); *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (368); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (281 ff.); krit. *Tănăsescu/Macpherson/Jefferson/Torres Ventura*, The International Journal of Human Rights 2024/07 Feb, 1 (8 f.).

⁵²⁰ Einen Überblick über die Rspr. des Verfassungsgerichtshofes und die erst- und zweitinstanzlichen Gerichtsentscheidungen bieten insb. *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (317); www.derechosdelanaturaleza.org.ec/casos-ecua (Stand 2. 7. 2024); *Kauffman/Martin*, World Development 2017/3, 130 (Appendix); *Kauffman/Martin*, Politics 86 ff.; *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (376 ff.); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (15); vgl. weiters *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (279, 284 ff.).

⁵²¹ Vgl. *Bagni*, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (120); ähnl. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 148.

„Subjekt jener Rechte, welche ihr die Verfassung zuerkennt“.⁵²² Folglich kann „die Natur“ bzw. „Pacha Mama“ als Rechtssubjekt bzw. Rechtsträgerin im Sinne dieser Querschnittsbetrachtung betrachtet werden.⁵²³ Der Begriff „Rechtspersönlichkeit“ wurde in der ecuadorianischen Verfassung nicht verwendet.⁵²⁴

Vereinzelt wird in der Literatur die Auffassung vertreten, dass ein Unterschied zwischen den Begriffen „Rechtssubjekt“ (*sujeto de derechos*) und „Rechtsträger:in“ (*titular de derechos*) besteht. Demnach können ausschließlich Menschen Rechtsträger:innen sein, da diese unabhängig davon Rechte haben, ob sie ihnen von einer Behörde gewährt wurden. Die Natur sei hingegen ein „Rechtssubjekt“, dem lediglich bestimmte Rechte zukommen.⁵²⁵ Zudem könne ein „Rechtssubjekt“ Rechte ausüben und Verpflichtungen eingehen, selbst oder durch Dritte vor Gericht handeln und alles tun, was gesetzlich nicht verboten ist.⁵²⁶ Diese Auffassung steht im Widerspruch zur bisherigen Judikatur des Verfassungsgerichtshofes, der die „Natur“ sowohl als „Rechtssubjekt“ als auch als „Rechtsträgerin“ bezeichnete.⁵²⁷

aa) Definition der „Natur“

Die Verfassung enthält – abgesehen von der Präambel, in der es heißt, „die Natur, die Pacha Mama, von der wir ein Teil sind und die für unsere Existenz lebenswichtig ist“⁵²⁸ – keine weiteren Bestimmungen, denen eine Definition der „Natur“ als Rechtsträgerin entnommen werden könnte.⁵²⁹ Das Fehlen einer Definition wird in der

⁵²² S. auch Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 13; vgl. Gordon, *Columbia Journal of Environmental Law* 2018/1, 49 (52, 54); Rodríguez Caguana/Morales Naranjo, in: Restrepo Medina 335 (335); Barié, *latinoamérica* 2014/2, 9 (21); Pietari, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (43); Viciano Pastor, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 137 (144); Colon-Rios, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy 120 (126); Fischer-Lescano, *Law & Literature* 2020/2, 237 (238 f.); Gutmann, *Rechtssubjektivität* 148; Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 8; Viaene, *Asian Journal of Law and Society* 2022/2, 187 (192).

⁵²³ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 10; Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 10; Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 13; Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 26; Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 160; vgl. Bertel, in: Rohmer/Töpfer 191 (191, 201); Gutmann, *Rechtssubjektivität* 150.

⁵²⁴ Youatt, *International Political Sociology* 2017/1, 39 (49).

⁵²⁵ Vernaza Arroyo/Cutié Musteliev, *Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla* 2022/1, 285 (287 ff., 305) mit Verweis auf Art. 10 Verfassung von Ecuador.

⁵²⁶ Vernaza Arroyo/Cutié Musteliev, *Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla* 2022/1, 285 (289); ähnl. Barié, *latinoamérica* 2014/2, 9 (28); a. A. Kurki, *Can Nature Hold Rights?, It's Not as Easy as You Think*, *Transnational Environmental Law* 2022/3, 525 (539 Fn. 54).

⁵²⁷ B. Fn. 523.

⁵²⁸ Präambel 2. Hs.

⁵²⁹ Vgl. Kauffman/Martin, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (48); Gutmann, *Rechtssubjektivität* 108.

Literatur kritisiert,⁵³⁰ weil dadurch der Begriff missbräuchlich ausgelegt werden könnte⁵³¹ und Klagen im Namen von Moskitos, Viren oder Bakterien möglich sind.⁵³² Ebenso wird befürchtet, dass praktisch jedes Verhalten die RdN verletzen könnte, sodass Rechtsverletzungen aufgrund ihrer Häufigkeit toleriert werden könnten.⁵³³

Hingegen kam der ecuadorianische Rechtswissenschaftler Prieto Méndez bereits im Jahr 2013 in einer vom Verfassungsgerichtshof in Auftrag gegebenen Studie zu dem Ergebnis, dass die Definition aus der in Art. 71 enthaltenen Wortfolge „[d]ie Natur, oder Pacha Mama, wo sich das Leben reproduziert und entwickelt“ abzuleiten ist.⁵³⁴ Der Verfassungsgerichtshof bestätigte diese Auffassung nachfolgend.⁵³⁵ Gem. dem Studienautor ist deshalb auf den „Raum, in dem sich das Leben reproduziert und entwickelt“ abzustellen, sodass keine isolierten Lebewesen Rechtsträger:innen sein können, sondern nur ein Komplex (*conjunto*) von Lebewesen und die Beziehungen zwischen ihnen.⁵³⁶ Der Verfassungsgerichtshof entwickelte diesbezüglich allerdings eine andere Rechtsprechung.⁵³⁷ Im Übrigen war das Wort „entwickelt“ im Erstentwurf von Art. 71 noch nicht enthalten, sondern wurde erst später ergänzt, da gem. einem Minderheitenbericht zur verfassungsgebenden Versammlung die Wortfolge „wo sich das Leben reproduziert“ nicht ausreichend erschien.⁵³⁸

⁵³⁰ S. z. B. *Jaria i Manzano*, Si fuera sólo una cuestión de fe: Una crítica sobre el sentido y la utilidad del reconocimiento de derechos a la naturaleza en la Constitución del Ecuador, *Revista Chilena de Derecho y Ciencia Política* 2013/1, 43 (67); *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, *Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla* 2022/1, 285 (299).

⁵³¹ *Bassi*, La Naturaleza O Pacha Mama de Ecuador: What Doctrine Should Grant Trees Standing, *Oregon Review of International Law* 2009/2, 461 (468); vgl. *Humphreys*, *Journal of International Relations and Development* 2017/3, 459 (473); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 102.

⁵³² *Whittemore*, The Problem of Enforcing Nature's Rights under Ecuador's Constitution: Why the 2008 Environmental Amendments Have No Bite, *Pacific Rim Law & Policy Journal Association* 2011/3, 659 (669 f.); *Rühs/Jones*, *Sustainability* 2016/2, 174 (11); *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, *Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla* 2022/1, 285 (293); weiters *Sheber*, *Hastings Environmental Law Journal* 2020/1, 147 (156).

⁵³³ *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (89).

⁵³⁴ *Prieto Méndez*, *Derechos* 69, 90 f.; Corte Constitucional del Ecuador 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 10; i. d. S. auch *Melo*, in: *Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández* 123 (127); *Gudynas*, *Revista de Estudios Sociales* 2009/1, 34 (37); *Gudynas*, in: *Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández* 95 (98); *Simon*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 299 (302); *Colon-Rios*, in: *Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy* 120 (124); *Kauffman/Martin*, *Politics* 62.

⁵³⁵ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 10; Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 26; vgl. *Simon*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 299 (318).

⁵³⁶ *Prieto Méndez*, *Derechos* 91; i. d. S. auch *Knauf*, *Zeitschrift für Praktische Philosophie* 2020/2, 221 (225).

⁵³⁷ S. insb. Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita); dazu ausführl. Abschnitt B.II.3.b) und Abschnitt C.II.3.f).

⁵³⁸ *Prieto Méndez*, *Derechos* 69.

bb) „Pacha Mama“

Die Begriffe „Natur“ und „Pacha Mama“ wurden in der Verfassung „synonym“⁵³⁹ bzw. „alternierend“⁵⁴⁰ verwendet. Der Literatur zufolge sollte damit dem Prinzip der Plurinationalität Rechnung getragen werden, wonach das westliche und das indigene Wissen gleichwertig sind.⁵⁴¹ Eine einheitliche Definition des Begriffs „Pacha Mama“ ist nicht verfügbar. Die Bezeichnung hat für die verschiedenen indigenen Gemeinschaften Ecuadors vielmehr unterschiedliche Bedeutungen.⁵⁴² So kann *Pacha* Zeit, Ära, Epoche oder Erde bedeuten. *Pacha Mama* wird u. a. als weibliche Schutzgöttin angesehen, die mit der Erde, der Mutterschaft und der Fruchtbarkeit in Zusammenhang steht und die doppelte Dimension von Raum und Zeit tragen kann.⁵⁴³ Gem. Zaffaroni, den auch der Verfassungsgerichtshof zitierte, kann *Pachamama* „Mutter Erde (*Madre Tierra*)“ oder „Natur“ im Sinne des Kosmos bedeuten und ist sie „die, die alles gibt, aber da wir in ihrem Inneren verweilen, wie ein Teil von ihr, verlangt sie auch Reziprozität“.⁵⁴⁴ Die „Reichweite oder Begrenzung“ der Rechtsträgerin er-

⁵³⁹ Prieto Méndez, Derechos 90 f.; Llasag Fernández, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 75 (86); Llasag Fernández, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 269 (272, 293); Simon, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (307); Ramírez, Revista Argentina de Teoría Jurídica 2011, 26 (29); Knauf, Zeitschrift für Praktische Philosophie 2020/2, 221 (230); ähnl. Gudynas, Revista de Estudios Sociales 2009/1, 34 (37); a. A. ev. aufgrund eines Übersetzungsirrtums Gutmann, Rechtssubjektivität 103, 108, von dem „*Como veremos enseguida, no es arbitraria ni fortuita, ni la denominación sinónima (la Pacha mama') ni su descripción (donde se reproduce o realiza la vida')*“ mit „kann die Benennung der Rechtsträgerin als „Natur oder Pacha Mama“ in Art. 71 CRE weder als „willkürlich oder zufällig, noch als synonyme Bezeichnungen“ verstanden werden“ übersetzte. Die Übersetzung sollte mE jedoch lauten „ist weder die synonyme Bezeichnung noch ihre Beschreibung willkürlich oder zufällig.“ Diese Übersetzung stimmt auch mit den Ausführungen von Prieto Méndez und der zitierten Literatur überein. Krit. Vaene, Asian Journal of Law and Society 2022/2, 187 (193).

⁵⁴⁰ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 10; vgl. Simon, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (318).

⁵⁴¹ Prieto Méndez, Derechos 135; vgl. auch Rodríguez Caguana/Morales Naranjo, in: Restrepo Medina 335 (345); Gudynas, in: G. Weber 83 (87).

⁵⁴² Nicht alle indigenen Gemeinschaften Ecuadors gehen von einem biozentrischen Weltbild aus. Sie eint ein grundsätzlich positives und respektvolles Verhältnis mit der Natur, über die sie ein umfangreiches Wissen gesammelt haben, s. Prieto Méndez, Derechos 65; Gudynas, Revista de Estudios Sociales 2009/1, 34 (40).

⁵⁴³ Prieto Méndez, Derechos 136 f.; s. auch Bagni, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (115); Llasag Fernández, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 269 (284 ff.); Silva Portero, in: Ávila Santamaría 111 (116 f.); s. auch die sehr umfangreiche Darstellung bei Gutmann, Rechtssubjektivität 111 ff.; vgl. weiters Youatt, International Political Sociology 2017/1, 39 (48).

⁵⁴⁴ Zaffaroni, La naturaleza como persona: de la Pachamama a la Gaia, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández (Hrsg.), Los Derechos de la Naturaleza y la Naturaleza de sus Derechos (2011) 3 (22 m. w. N.); Corte Constitucional del Ecuador 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 9 Fn. 4.

weitem sich der Literatur zufolge durch diese Bedeutungen.⁵⁴⁵ Der Verfassungsgerichtshof hielt somit bereits mehrmals fest, dass die Natur ein „lebendiges Wesen“ ist,⁵⁴⁶ von der die Menschen ein untrennbarer Teil sind.⁵⁴⁷

cc) „Konzept des Ökosystems“

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen gelangte Prieto Méndez zu der Erkenntnis, dass eine elaborierte Definition des komplexen Naturkonzepts weder möglich noch nötig oder wünschenswert sei, da diese den Inhalt des Rechts beschränken würde und dessen Komplexität nicht erfassen könne.⁵⁴⁸ Stattdessen sei wichtig, zu verstehen, wie die Natur funktioniere, und eine angemessene Organisationsebene zu bestimmen, um ihren Schutz durch die Anwendung der RdN zu ermöglichen.⁵⁴⁹ Folglich kam er zu dem Ergebnis, dass Art. 71 einen „Komplex von Elementen“ schützt, die für die Erhaltung und Regeneration der Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse der Natur notwendig sind. Aus der Perspektive des westlichen Wissens wäre es möglich, sich mit „dem Konzept des Ökosystems“ zu behelfen.⁵⁵⁰ Diese Überlegungen stimmen im Wesentlichen mit Aussagen von Personen überein, die an der Entstehung der ecuadorianischen RdN mitwirkten und denen zufolge die RdN insb. „Ökosystemen“ zukommen sollten⁵⁵¹ bzw. „Lebenszyklen und verschiedene evolutive Prozesse schützen, nicht nur be-

⁵⁴⁵ *Guamán/Aparicio*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (244); a. A. *Knauf*, Zeitschrift für Praktische Philosophie 2020/2, 221 (226, 231). Zur daraus entstehenden kulturellen Hybridität des Naturverständnisses *Bonilla Maldonado*, *Revista Derecho del Estado* 2019/1, 3 (16); vgl. *Gutmann*, Rechtssubjektivität 103, 131 f. Die unzureichende Berücksichtigung des indigenen Weltbilds kritisieren u. a. *Llasag Fernández*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 269 (294 f., 297); *Rodríguez Caguana/Morales Naranjo*, in: Restrepo Medina 335 (346).

⁵⁴⁶ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 10; Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería flegal Pastaza) 10; Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocho) 12; vgl. *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (320 f.).

⁵⁴⁷ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 27; Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 28; vgl. *Redín Guerrero*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 14 (18); *Gutmann*, Der Nebelwald als Rechtssubjekt: Das Urteil des ecuadorianischen Verfassungsgerichts im Fall Los Cedros, *Kritische Justiz* 2022/1, 27 (35).

⁵⁴⁸ *Prieto Méndez*, *Derechos* 146 f.; abw. *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 126, der mE unter verkürzter Bezugnahme auf *Prieto Méndez* zur „Definition der Natur im Sinne des Art. 71 Abs. 1 CRE“ den „naturwissenschaftliche[n] Begriff des Ökosystems“ heranzieht.

⁵⁴⁹ *Prieto Méndez*, *Derechos* 146 f.

⁵⁵⁰ *Prieto Méndez*, *Derechos* 124 ff.

⁵⁵¹ Interviews geführt und dokumentiert von *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (48); i. d. S. auch Art. 3 Abs. 2 Galápagosgesetz; *Prieto Méndez*, *Derechos* 91, 124 f.; vgl. *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 125 f.

drohte Arten oder Schutzgebiete“.⁵⁵² Acosta führte dazu aus, dass der „Fortbestand und das Überleben der Arten und ihrer Ökosysteme in ihrer Gesamtheit, als Netzwerke des Lebens“ sichergestellt werden sollte.⁵⁵³

b) Konkretisierungen durch den Verfassungsgerichtshof

Der Verfassungsgerichtshof folgte den Ausführungen von Prieto Méndez in seiner nachfolgenden Rechtsprechung weitgehend. Er beschäftigte sich erstmals 2015 näher mit der Natur als „Rechtssubjekt“, als er feststellte, dass es diese „Anerkennung“ erlaube, „die Elemente, aus denen die Natur besteht, zu beschützen (*tutelar*), im konkreten Fall das Mangrovenwaldökosystem und die angestammten Rechte“ einer indigenen Gemeinschaft,⁵⁵⁴ wenn diese bedroht oder verletzt werden.⁵⁵⁵ In einem anderen Erkenntnis gelangte er zu dem Ergebnis, dass Art. 71 und 72 der Verfassung sowohl die Natur als Ganzes als auch jedes einzelne ihrer Elemente (Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse) schützt.⁵⁵⁶

2021 befasste er sich ausführlicher mit der Natur als „komplexem Subjekt“, das „aus einer systemischen Perspektive verstanden werden“ müsse.⁵⁵⁷ Die Natur bestehe „aus einem miteinander in Beziehung stehenden, voneinander abhängigen und un-

⁵⁵² *Martínez/Acosta*, Revista Derecho e Práxis 2017/4, 2927 (2943); *Acosta*, in: Adloff/Busse 119 (130).

⁵⁵³ *Acosta*, in: Adloff/Busse 119 (130 f.).

⁵⁵⁴ Der Gerichtshof bezieht sich dabei wohl auf eine von ihm in Auftrag gegebene anthropologische Studie, die ergab, dass die dort ansässige indigene Gemeinschaft mit ihren traditionellen Praktiken zur Erhaltung der Mangrovenwälder beiträgt. Hinsichtlich der „angestammten Rechten“ verweist er insb. auf das Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern vom 27. 6. 1989 der Internationalen Arbeitsorganisation; vgl. *Berros*, in: Tabios Hillebrecht/Berros 37 (42); *Rodríguez Caguana/Morales Naranjo*, in: Restrepo Medina 335 (352).

⁵⁵⁵ Corte Constitucional 11.3.2015, 0796-12-EP (El Verдум) 15; zum Verfahren s. im Detail *Berros*, in: Tabios Hillebrecht/Berros 37 (42).

⁵⁵⁶ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 11; s. auch Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 14; vgl. *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (318); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (285); später spricht er auch von „systemischen Komponenten“, s. Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 33.

⁵⁵⁷ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 26; s. auch Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 43; Corte Constitucional 27.1.2022, 273-19-JP (Sinangoe) Rz. 132; vgl. *Prieto Méndez*, Análisis de la Sentencia No. 22-18-IN/21: Inconstitucionalidad de las disposiciones del Código Orgánico del Ambiente y su reglamento, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza (Hrsg.), Vademécum Jurídico sobre los Derechos de la Naturaleza (2022) 10 (10 f.); *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía de Jurisprudencia Constitucional: Derechos de la Naturaleza (2023) 19; *Cumbe-Figueroa/Vargas-Chaves*, Los Derechos de la Naturaleza en Ecuador: Aportes desde la interpretación jurisprudencial en la consolidación de un nuevo interés jurídico tutelar, *Fronteiras Journal of Social Technological and Environmental Science* 2024/1, 227 (237); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (286 f., 288, 294).

teilbaren Komplex von biotischen und abiotischen Elementen (Ökosystemen)“, die „miteinander verbunden“ sind und „eine Funktion oder Rolle“ haben. Wird ein Element beeinträchtigt, verändert sich die Funktionsweise des Systems. Verändert sich das System, beeinträchtigt dies auch jedes Element.⁵⁵⁸ Die „gerichtliche Anerkennung eines bestimmten Ökosystems oder eines seiner Elemente“ könne dazu beitragen, „die aus der Rechtsträgerschaft hervorgehenden Verpflichtungen in konkreten Situationen präziser zu bestimmen“ und die Rechte „wirksamer zu schützen“. ⁵⁵⁹ Seither erklärte er regelmäßig „Opfer“ einer Verletzung der RdN – also bestimmte Ökosysteme oder Bestandteile der Natur – zu Rechtsträger:innen.⁵⁶⁰ Ihm zufolge können so die angemessensten Wiederherstellungsmaßnahmen aus einer systemischen Perspektive ergriffen werden.⁵⁶¹ Jedoch bedeute dies nicht, dass nicht gerichtlich anerkannte Subjekte ihren Schutz verlieren oder die gerichtliche Anerkennung eines jeden Ökosystems notwendig ist, damit die RdN wirksam sind.⁵⁶²

Hinsichtlich einer Definition des Begriffs „Ökosystem“ bestimmt das ecuadorianische Umweltgesetz, dass dieses eine „strukturelle, funktionelle und organisatorische Einheit“ ist, die aus „Organismen und biotischen und abiotischen Variablen in einem bestimmten Gebiet“ besteht.⁵⁶³ Gem. dem Verfassungsgerichtshof besteht ein Ökosystem deshalb aus den darin bestehenden Beziehungen und dessen biotischen (Pflanzen- und Tierarten) sowie abiotischen (Sonnenlicht, Wasser, Luft, Erde, Mineralien und anderen) Komponenten.⁵⁶⁴ Als Arten von Ökosystemen bezeichnete

⁵⁵⁸ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 27; vgl. *Prieto Méndez*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 10 (10 f.); *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía 21; *Cumbe-Figueroa/Vargas-Chaves*, *Fronteiras Journal of Social Technological and Environmental Science* 2024/1, 227 (238).

⁵⁵⁹ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 36; s. auch Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 53 f.; Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 122 f.; vgl. *Prieto Méndez*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 10 (12); *Gutmann*, *Kritische Justiz* 2022/1, 27 (32); *Cumbe-Figueroa/Vargas-Chaves*, *Fronteiras Journal of Social Technological and Environmental Science* 2024/1, 227 (238); *Ávila Santamaría*, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (287).

⁵⁶⁰ *Prieto Méndez*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 10 (13).

⁵⁶¹ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 54; s. auch Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 123; vgl. *Ávila Santamaría*, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (290).

⁵⁶² Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 42; s. auch Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 51; Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 122; vgl. *Prieto Méndez*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 10 (12); *Redín Guerrero*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 14 (19); *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía 20; *Cumbe-Figueroa/Vargas-Chaves*, *Fronteiras Journal of Social Technological and Environmental Science* 2024/1, 227 (238).

⁵⁶³ Glossar des Umweltgesetzes; Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 45.

⁵⁶⁴ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 45 f.; Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 64.

er bislang Mangrovenwälder,⁵⁶⁵ Páramos,⁵⁶⁶ Feuchtgebiete, Wälder⁵⁶⁷ und Wassereinzugsgebiete.⁵⁶⁸

Der Gerichtshof stellte überdies fest, dass der Komplex von Elementen, aus denen ein Mangrovenwald-Ökosystem besteht, Teil eines größeren Komplexes ist, der an einem komplexeren Austausch von Nährstoffen und Energie auf regionaler oder globaler Ebene beteiligt ist.⁵⁶⁹ Ökosysteme erhielten dadurch gem. Prieto Méndez eine „doppelte Dimensionalität“, da sie zum einen als Komplex und zum anderen als Element eines größeren Ganzen angesehen werden.⁵⁷⁰ Aber auch Teile bzw. Elemente von Ökosystemen werden nach Ansicht des Verfassungsgerichtshofes durch die RdN geschützt. Demnach ist bspw. ein Fluss „Teil eines größeren Ökosystems, das als Wassereinzugsgebiet identifiziert werden kann“.⁵⁷¹ Seine Beeinträchtigung kann daher ein ganzes Ökosystem beeinträchtigen,⁵⁷² weil jedes Element der Natur, so auch Flüsse, eine Rolle in einem Ökosystem erfüllt.⁵⁷³ Der Gerichtshof kam deswegen zu der Feststellung, dass Gerichte auch Klagen im Namen von „spezifischen Elementen der Natur“, wie z. B. Flüssen, erhalten können, „die Identität, Lage, Kontext, Lebenszyklus, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse haben“.⁵⁷⁴

Im Jänner 2022 ging der Verfassungsgerichtshof noch einen Schritt weiter, indem er zunächst festhielt, dass die Natur ihre „Qualität“ als „Rechtssubjekt [...] mit all ihren Mitgliedern, Elementen und Faktoren“ teilt,⁵⁷⁵ und beispielhaft einen Wald,

⁵⁶⁵ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 41 ff.; vgl. *Melo*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 30 (32); *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía 25; *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (388); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (287).

⁵⁶⁶ „Páramo“ ist die Bezeichnung für eine alpine tropische Hochlandschaft, die u. a. in den Anden vorkommt, www.spektrum.de/lexikon/geowissenschaften/paramo/11928 (Stand 2.7.2024).

⁵⁶⁷ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 45; vgl. *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía 27.

⁵⁶⁸ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 41.

⁵⁶⁹ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 39; vgl. *Prieto Méndez*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 10 (12 f.); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (287).

⁵⁷⁰ *Prieto Méndez*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 10 (13).

⁵⁷¹ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 47; vgl. *Gutmann*, Kritische Justiz 2022/1, 27 (32); *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía 26; *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (290).

⁵⁷² Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 49; Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 121; vgl. *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (290 f.).

⁵⁷³ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 52; Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 121.

⁵⁷⁴ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 55 f.; SpruchP. 1; vgl. *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (290 f.).

⁵⁷⁵ Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 66; vgl. *Melo*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 30 (33).

einen Fluss oder ein wildes Tier einer bedrohten Art aufzählte.⁵⁷⁶ Er gelangte dann zu der Feststellung, dass das Recht die Natur „auf all ihren Ebenen der ökologischen Organisation“ schützt, und erwähnte „mindestens sechs Ebenen“: Individuum/Organismus, Gruppe von Individuen der gleichen Art, Gemeinschaft verschiedener Arten, Ökosystem, Biom/biotisches Gebiet und Biosphäre.⁵⁷⁷ Im konkreten Fall kam er daher zu dem Ergebnis, dass auch Tiere als „Element der Natur“ Rechtssubjekte sind und folglich auch ein wildlebendes Tier wie z.B. ein Affe durch die RdN geschützt ist.⁵⁷⁸ Die konkreten, ihnen zukommenden Rechte sind aber unter Berücksichtigung der Besonderheiten eines jeden Individuums (durch die Gesetzgebung) zu konkretisieren, wobei gem. dem Verfassungsgerichtshof das Interspezies-Prinzip und das Prinzip der ökologischen Interpretation heranzuziehen sind.⁵⁷⁹

Zusammengefasst wandte der Verfassungsgerichtshof die RdN bislang im Zusammenhang mit geschützten Gebieten,⁵⁸⁰ Mangrovenwald-Ökosystemen,⁵⁸¹ Flüssen,⁵⁸² Wäldern⁵⁸³ und einzelnen wildlebenden Tieren an.⁵⁸⁴ Die erst- und zweit-

⁵⁷⁶ Corte Constitucional 27. 1. 2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 66.

⁵⁷⁷ Corte Constitucional 27. 1. 2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 70; vgl. *Melo*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 30 (33).

⁵⁷⁸ Corte Constitucional 27. 1. 2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 73; 121, 181; vgl. *Greene*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 4 (9); *Melo*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 30 (33); *Solano Paucay/Marin*, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 7 (15); allg. *Rodríguez Caguana/Morales Naranjo*, in: Restrepo Medina 335 (339); vgl. auch die Darstellung des Diskussionsstandes bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes von *Gutmann*, Rechtssubjektivität 134 ff.

⁵⁷⁹ S. dazu ausführlich. Corte Constitucional 27. 1. 2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 95 ff.; *Solorzano/Eraso/Rodriguez*, Los Derechos de los animales desde la jurisprudencia de la Corte Constitucional Ecuatoriana, Ciencia Latina Revista Científica Multidisciplinar 2023/12, 3955 (3965 ff.); *Bravo Burbano*, Evolución de los derechos de los animales: análisis del caso de Estrellita, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 91 (99 ff.); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (292).

⁵⁸⁰ Corte Constitucional 26. 4. 2012, 0033-10-IN (Ley Galápagos); Corte Constitucional 27. 4. 2016, 0011-13-IN (Quimsacocha); Corte Constitucional 25. 8. 2021, 68-16-IN y 4-16-IO (Parque Chibunga); Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros); vgl. *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (287 ff.).

⁵⁸¹ Corte Constitucional 11. 3. 2015, 0796-12-EP (El Verдум); Corte Constitucional 20. 5. 2015, 0507-12-EP (Cayapas); Corte Constitucional 8. 9. 2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente); Corte Constitucional 27. 1. 2022, 273-19-JP (Sinangoe); vgl. z.B. *Greene*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 4 (8); *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (368); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (284 f., 287).

⁵⁸² Corte Constitucional para el periodo de transición 16. 7. 2009, 0567-08-RA (Pronaca); Corte Constitucional 16. 5. 2018, 0047-09-IS (Alpayacu) 17; Corte Constitucional 9. 6. 2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras); Corte Constitucional 15. 12. 2021, 1185-20-JP (Río Aquepi); Corte Constitucional 19. 1. 2022, 2167-21-EP (Río Monjas); s. außerdem bereits Corte Provincial de Justicia de Loja 30. 3. 2011, 11121-2011-0010 (Vilcabamba) i. V.m. Corte Constitucional 23. 3. 2018, 0032-12-IS (Vilcabamba); vgl. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (383); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (286 ff.).

stanzlichen Gerichte wandten die RdN außerdem auf geschützte Wälder,⁵⁸⁵ Mangrovenwälder,⁵⁸⁶ die Flüsse Nangaritza, Pescadillo, Winchele und Vilcabamba⁵⁸⁷ sowie einen Hügel⁵⁸⁸ und vom Aussterben bedrohte Arten an.⁵⁸⁹

4. Rechte und Schutzbereich

In Bezug auf die gewährten Rechte ist zunächst Art. 10 der Verfassung relevant, wonach die Natur „Subjekt jener Rechte“ ist, „welche ihr die Verfassung zuerkennt“. ⁵⁹⁰ Die Verfassung enthält überdies unter dem Titel „Rechte der Natur“ vier Artikel, wobei dem Wortlaut zufolge nur in den ersten beiden Artikeln Rechte vorgesehen wurden.⁵⁹¹ Demnach erhielt die Rechtsträgerin gem. Art. 71 das „Recht auf integralen Respekt ihrer Existenz, und die Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse“. ⁵⁹² In Art. 72 wurde ihr

⁵⁸³ Corte Constitucional 1. 7. 2020, 20-12-IN (Triángulo de Cuembf); Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros); s. weiters Unidad judicial de violencia contra la mujer o miembros del núcleo familiar con sede en el cantón Babahoyo, Provincia de los Ríos 2. 12. 2013, 12571-2013-0436 (Bosque Samama); vgl. tw. *Gutmann*, Kritische Justiz 2022/1, 27 (31); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (287 f.).

⁵⁸⁴ Corte Constitucional 27. 1. 2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) insb. Rz. 120; vgl. *Melo*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 30 (33).

⁵⁸⁵ Corte Provincial de Justicia de Azuay 10. 5. 2019, 01281-2019-00032 (Bosque Collay); vgl. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (381 f.).

⁵⁸⁶ Unidad judicial multicompetende con sede en el cantón El Guabo 6. 1. 2021, 07317-2020-00466 (Tala de manglares); vgl. www.derechosdelanaturaleza.org.ec/casos/tala-de-manglar-en-canton-el-guabo (Stand 2. 7. 2024).

⁵⁸⁷ Unidad judicial multicompetente con sede en el cantón Centinela del Condor, Provincia 11. 7. 2019, 19304-2019-00204 (Nangaritza), aufgehoben durch Corte Provincial de Justicia de Zamora Chinchipe 18. 9. 2019, 19304-2019-00204 (Nangaritza); vgl. www.derechosdelanaturaleza.org.ec/casos/mineria-en-la-cuenca-alta-del-rio-nangaritza (Stand 2. 7. 2024); Unidad judicial multicompetente con sede en el cantón Flavio Alfaro 18. 4. 2019, 13322201900024 (Flavio Alfaro); Tribunal segundo de garantías penales de Esmeraldas 3. 6. 2013, 08242-2013-0053 (Oleoducto); vgl. *Bedón Garzón*, Veredas do Direito 2017/1, 13 (18 f.); Corte Provincial de Justicia de Loja 30. 3. 2011, 11121-2011-0010 (Vilcabamba).

⁵⁸⁸ Corte Provincial de Justicia de El Oro 23. 6. 2021, 07308-2020-00255 (La Chuva); vgl. www.yasunidos.org/los-derechos-de-la-naturaleza-le-ganan-a-la-mineria-en-pinas (Stand 2. 7. 2024).

⁵⁸⁹ Unidad judicial multicompetende con sede en el cantón Cotacachi 22. 10. 2020, 10332202000418 (Llurimagua); vgl. www.derechosdelanaturaleza.org.ec/casos/caso-llurimagua (Stand 2. 7. 2024); Urteil in 2. Instanz aufgehoben lt. www.lahora.com.ec/imbabura-carchi/llurimagua-mineria-intag-accion-proteccion (Stand 2. 7. 2024).

⁵⁹⁰ Art. 10 Verfassung von Ecuador; Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 25; vgl. *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (43); *Solano Paucay/Marín*, *Foro: Revista De Derecho* 2024/1, 7 (15).

⁵⁹¹ *Prieto Méndez*, *Derechos* 88; *Simon*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 299 (302).

⁵⁹² Vgl. *Gordon*, *Columbia Journal of Environmental Law* 2018/1, 49 (54); *Melo*, in: *Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández* 123 (130); *Clark/Enmanouil/Pelizzon*,

das „Recht auf Wiederherstellung“ gewährt.⁵⁹³ Diese Rechte werden im Folgenden näher erörtert.

*a) Das Recht auf integralen Respekt ihrer Existenz
und die Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen, Struktur,
Funktionen und Evolutionsprozesse*

In der Literatur⁵⁹⁴ und Judikatur des Verfassungsgerichtshofes⁵⁹⁵ wird oft angenommen, dass Art. 71 zwei Rechte enthält: das „Recht auf integralen Respekt ihrer Existenz“ sowie das „Recht auf Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen, Struktur und Evolutionsprozesse“. Der Inhalt dieser Rechte war lange Zeit unklar.⁵⁹⁶ Es gab kaum Literatur, die sich näher damit befasste, und auch der Verfassungsgerichtshof begann erst spät, sich ausführlicher damit zu beschäftigen.⁵⁹⁷ Prieto Méndez stellte diesbezüglich hingegen umfassende Überlegungen an, wobei er sowohl westliche als auch indigene Sichtweisen sowie biologische Erkenntnisse berücksichtigte. Diese führten ihn zu der Erkenntnis, dass den ecuadorianischen RdN ein „Prinzip der systemischen Funktionalität“ zugrunde liegt, wonach insb. der Komplex, aus dem die Natur besteht, sowie dessen Wechselbeziehungen geschützt werden. Daher sei es wichtig, herauszufinden, welche Funktion eine Art in einem Ökosystem erfüllt, und zu beachten, dass verschiedene Ökosysteme existieren, in denen je nach Kontext und Perspektive unterschiedliche Regeln gelten und relevant sein können. Daher darf nicht wie im traditionellen Umweltrecht auf allgemeine Verschmutzungsgrade oder Grenzwerte abgestellt werden. Vielmehr ist die Betroffenheit der Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und anderer Prozesse in einem konkreten Ökosystem zu untersuchen.⁵⁹⁸ Neben der biologischen Herangehensweise

Ecology Law Quarterly 2018/4, 787 (795); *Colon-Rios*, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy 120 (124); *Kauffman/Martin*, Politics 63; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 148 f.

⁵⁹³ Vgl. Prieto Méndez, Derechos 80; *Rühs/Jones*, Sustainability 2016/2, 174 (11); *Melo*, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 123 (130); *Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, Ecology Law Quarterly 2018/4, 787 (795); *Colon-Rios*, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy 120 (125); *Kauffman/Martin*, Politics 63; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 149.

⁵⁹⁴ *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (302); *Pietari*, Williamette Environmental Law Journal 2016/2, 37 (42 f.); *Pacari Vega Conejo*, in: Martínez/Maldonado 129 (135); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (283); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 205; *Solano Paucay/Marín*, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 7 (16); a.A. *Melo*, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 123 (130).

⁵⁹⁵ S. insb. Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 25.

⁵⁹⁶ Vgl. z.B. *Pietari*, Williamette Environmental Law Journal 2016/2, 37 (43, 45); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (291); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 207.

⁵⁹⁷ Vgl. *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (290).

⁵⁹⁸ *Prieto Méndez*, Derechos 107 f.

könne sich eine Verletzung der RdN gem. dem Prinzip der Plurinationalität aber auch aus den Sichtweisen einer anderen ecuadorianischen Gemeinschaft ergeben.⁵⁹⁹

Im Folgenden werden weiters die Überlegungen und die Judikatur zu den beiden aus Art. 71 ableitbaren Rechten dargestellt.

aa) Das Recht auf integralen Respekt ihrer Existenz

Die Pflicht zum „Respekt“ ist gem. Prieto Méndez eine der drei Pflichten (respektieren, schützen und garantieren), die der Staat gegenüber den internationalen Menschenrechten und auch gegenüber den ecuadorianischen Verfassungsrechten hat, und die ihm die direkte oder indirekte Einmischung in das Recht verbietet.⁶⁰⁰ In Bezug auf die RdN bedeute dies, dass die Rechtsträger:innen bzw. ihre Vertreter:innen nicht in der Ausübung ihrer Rechte, wozu er auch Partizipationsrechte zählt, behindert werden dürfen; dass der Staat es nicht unterlassen darf, Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zu ergreifen; dass er keine Rechtsvorschriften oder Maßnahmen erlassen darf, die den Schutz der Natur missachten; und dass er deren Rechtsposition nicht aufheben darf.⁶⁰¹ Das Wort „integral“ beziehe sich auf die Art und Weise des Respekts: Die Natur sei so zu respektieren, dass sie als Ganzes ohne Beeinträchtigung bestehen könne.⁶⁰² Ein Indiz für eine Verletzung des Respekts könne die Veränderung von Biodiversitätsindikatoren (Artenreichtum, Rückgang von Schlüsselarten, ...), eine Veränderung der Gesamtfläche eines Ökosystems, die temporäre Veränderung von bestimmten Populationen, eine Veränderung in der Struktur der biologischen Gemeinschaft oder die Bioakkumulation von Schadstoffen sein.⁶⁰³

Die Ausführungen von Prieto Méndez wurden vom Verfassungsgerichtshof in seiner nachfolgenden Judikatur weitgehend bestätigt. In einer seiner ersten Entscheidungen zu RdN stellte der Gerichtshof fest, dass diese u. a. die „Verpflichtung des Staates“ beinhalten, „den Respekt gegenüber allen Elementen eines Ökosystems zu fördern“ sowie das „Recht, dass die Natur in ihrer Integralität respektiert wird“.⁶⁰⁴ Später stellte er klar, dass das Recht auf integralen Respekt nicht nur gegenüber der Natur in ihrer Gesamtheit, sondern auch gegenüber jedem Einzelnen ihrer Elemente besteht.⁶⁰⁵ Außerdem hielt er fest, dass „ihre Lebenszyklen“ zu respektieren sind und

⁵⁹⁹ Prieto Méndez, *Derechos* 142, 122.

⁶⁰⁰ Prieto Méndez, *Derechos* 116.

⁶⁰¹ Prieto Méndez, *Derechos* 118.

⁶⁰² Prieto Méndez, *Derechos* 119.

⁶⁰³ Prieto Méndez, *Derechos* 131 f., Indikatoren s. 133.

⁶⁰⁴ Corte Constitucional 26.4.2012, 0033-10-IN (Ley Galápagos) 12; s. auch Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 14.

⁶⁰⁵ Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 14; vgl. Ávila Santamaría, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (285).

„ihre Existenz“ nicht bedroht werden darf.⁶⁰⁶ Im Jahr 2015 gelangte er zu der Feststellung, dass Art. 71 „den integralen Respekt vor der Existenz von Pacha Mama“ als „generisches Recht“ andeute, das noch andere Rechte enthalte, „nämlich: Erhaltung und Regeneration“, welche die Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse schützen.⁶⁰⁷ 2021 hielt er weiters fest, dass die Natur gem. Art. 71 zwei Rechte hat: das „Recht, dass ihre Existenz integral respektiert wird“ und das „Recht ihre Zyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse zu erhalten und zu regenerieren“.⁶⁰⁸ Demgegenüber gelangte er in einer weiteren Entscheidung zu dem Ergebnis, dass sich der „Inhalt der Rechte der Natur“ aus den allgemeinen Verpflichtungen eines jeden Rechts erschließt, nämlich „nicht zu machen (negative) und zu machen (positive)“. Die negative Verpflichtung bilde gem. Art. 71 das „Recht auf Respekt“, die positive Verpflichtung werde durch Worte wie „erhalten, regenerieren, fördern, schützen“ oder „wiederherstellen“ ausgedrückt.⁶⁰⁹ Deswegen sei der Staat verpflichtet, die Ökosysteme und die Elemente, aus denen sie bestehen, zu respektieren, damit sie ihre Lebenszyklen erfüllen, um ihre Struktur, ihre Funktionen sowie ihre Evolutionsprozesse zu schützen.⁶¹⁰ Der Verfassungsgerichtshof betrachtete das „Recht auf Respekt“ daher sowohl als eigenständiges Abwehrrecht⁶¹¹ als auch als negative Verpflichtung der ecuadorianischen RdN.

I. d. R. stellte der Verfassungsgerichtshof fest, dass beide Rechte – also sowohl das „Recht auf Respekt“ als auch das „Recht auf Erhaltung und Regeneration“ – verletzt worden waren.⁶¹² Eine Ausnahme bildet das Aussterben einer Art. Dies ist ihm zufolge eine Verletzung des „Rechts auf Respekt“, und zwar von einem solchen Ausmaß, dass sie dem gleichkommt, was im Bereich der Menschenrechte „Genozid bedeutet“.⁶¹³ Auch wildelebende Tiere haben dem Gerichtshof zufolge primär das Recht, zu existieren, sodass sie nicht aus „unnatürlichen oder anthropischen“ Gründen aussterben dürfen und Aktivitäten, die zum Aussterben von Arten, zur Zerstörung der von ihnen bewohnten Ökosysteme und zur dauerhaften Veränderung

⁶⁰⁶ Corte Constitucional 11.3.2015, 0796-12-EP (El Verдум) 15; vgl. *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (317).

⁶⁰⁷ Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 10; i. d. S. *Pacari Vega Conejo*, in: Martínez/Maldonado 129 (136).

⁶⁰⁸ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 25.

⁶⁰⁹ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 59; vgl. *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía 40 f.

⁶¹⁰ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 34.

⁶¹¹ I. d. S. auch *Knauf*, Zeitschrift für Praktische Philosophie 2020/2, 221 (228); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 208 f., 213.

⁶¹² Vgl. *Gutmann*, Rechtssubjektivität 207; s. jüngst auch Corte Constitucional 5.10.2023, 7-23-UE (Actividad acuícola) Rz. 182.

⁶¹³ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 68; vgl. *Redín Guerrero*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 14 (23).

ihrer natürlichen Zyklen führen könnten, verboten sind.⁶¹⁴ Zudem haben Arten und ihre Individuen das Recht, nicht gejagt zu werden, nicht aus ihrem natürlichen Lebensraum entnommen oder gehandelt zu werden und sich frei zu entfalten.⁶¹⁵ Das Recht „auf Integrität“ umfasse in diesem Fall nicht nur die physische, sondern auch die psychische Integrität.⁶¹⁶

bb) Das Recht auf Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse

Der Inhalt dieses Rechts war ebenfalls lange unklar. 2021 bestätigte der Verfassungsgerichtshof schließlich in mehreren Entscheidungen die Ausführungen von Prieto Méndez, wonach den RdN gem. Art. 71 eine „systemische Perspektive“ zugrunde liegt. Demnach sind Ökosysteme, ein Wald oder ein Fluss als Lebenssysteme zu betrachten, deren Existenz und biologischen Prozesse den höchsten Schutz erhalten, den eine Verfassung gewähren kann.⁶¹⁷ Ziel sei ein Leben in Harmonie mit der Natur, das sich durch ein Gleichgewicht im Ökosystem zeige.⁶¹⁸ Das ökologische Gleichgewicht eines Ökosystems hänge von der harmonischen Interaktion seiner biotischen und abiotischen Elemente ab, das Gleichgewicht der Biosphäre⁶¹⁹ beruhe auf den Interaktionen zwischen verschiedenen Ökosystemen. All diese Systeme basieren auf dem Austausch von Energie⁶²⁰ und Nährstoffen⁶²¹ auf regionaler sowie globaler Ebene.⁶²²

⁶¹⁴ Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 111 bezugnehmend auf Art. 73 der Verfassung; vgl. *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (292 f.).

⁶¹⁵ Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 112 ff.; vgl. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (393); *Bravo Burbano*, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 91 (98); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (292 f.).

⁶¹⁶ Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 145.

⁶¹⁷ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 43; vgl. *Redín Guerrero*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 14 (19).

⁶¹⁸ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 60, 64; vgl. *Gutmann*, Rechtssubjektivität 209.

⁶¹⁹ Die unterschiedlichen Ökosysteme der Erde ergeben zusammen das globale ökologische System, die Biosphäre, wozu auch Lithosphäre, Hydrosphäre und Atmosphäre gezählt werden, *Prieto Méndez*, Derechos 127 m.w.N.; zur Ökosystemforschung s. z.B. *Sadava/Hillis/Heller/Hacke/Markl*, Purves Biologie¹⁰ (2019) 1756 ff.

⁶²⁰ Z.B. beziehen Pflanzen aus der Sonnenstrahlung durch Photosynthese Energie und dienen als Energielieferanten für weitere Lebewesen, s. im Detail *Prieto Méndez*, Derechos 128.

⁶²¹ Z.B. Kohlenstoff-, Stickstoff-, Phosphor-, Kalzium-, Natrium-, Eisen-, Schwefelkreisläufe; s. im Detail *Prieto Méndez*, Derechos 128 f. m.w.N.

⁶²² Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 39; vgl. *Prieto Méndez*, Derechos 128 ff.; *Prieto Méndez*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la

In Bezug auf die Konkretisierung der RdN betonte der Gerichtshof die Bedeutung des „ökologischen Toleranzprinzips“, wonach natürliche Systeme in einer Umwelt nur dann anpassungsfähig funktionieren können, wenn die Grundmerkmale nicht über das für das System optimale Maß hinaus geändert werden. Dies bedeute, dass das anpassungsfähige Verhalten eines Ökosystems erschwert oder sogar unmöglich wird, wenn seine Umwelt verändert wird. Denn es gäbe für jedes Umweltmerkmal (Regenmenge, Feuchtigkeit, Sonnenstrahlung) Grenzen, über die hinaus Organismen nicht mehr wachsen, sich reproduzieren und überleben können. Bei einer Überschreitung des ökologischen Toleranzniveaus sei es unmöglich, das Recht auf Reproduktion der Lebenszyklen auszuüben. Ein Wald könne bspw. innerhalb bestimmter Grenzen Beeinträchtigungen auffangen, darüber hinaus verliere er seine Struktur und könne das Recht auf Reproduktion seiner Lebenszyklen nicht mehr ausüben.⁶²³ Ökosysteme mit einer hohen Biodiversität könnten solche Beeinträchtigungen zudem leichter ausgleichen, da mehrere Arten ähnliche Funktionen erfüllen, wodurch sich die Stabilität erhalten lässt.⁶²⁴

Hinsichtlich „des Inhalts und der Reichweite“ der RdN sei deshalb die „Funktion und Rolle“ eines jeden Ökosystems und Elements, aus dem es besteht, zu beachten. „Zeichen der Beeinträchtigung oder Veränderung“ der Elemente können auf eine Verletzung der RdN hinweisen.⁶²⁵ Der Lebenszyklus von Wasser beinhalte z. B. die Möglichkeit, seine Etappen (Verdunstung, Kondensation, Niederschlag und mehr) fortzuführen. Eine Störung der Elemente in jeder dieser Etappen, etwa durch Verschmutzung oder globale Erwärmung, würde den Lebenszyklus beeinträchtigen und könne eine Verletzung der RdN darstellen.⁶²⁶ Die Verfassung schütze sowohl „die Existenz, Erhaltung und Regeneration“ der Lebenszyklen als auch „die Struktur, die Funktionen und die Evolutionsprozesse“ der Natur als Ganzes und eines jeden ihrer systemischen Bestandteile wie z. B. eines Flusses.⁶²⁷ Die Behörden seien daher verpflichtet, den Lebenszyklus eines Flussökosystems zu garantieren, also seine

Naturaleza 10 (12 f.); *Pacari Vega Conejo*, in: Martínez/Maldonado 129 (136); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 210; *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (287).

⁶²³ Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 44; vgl. *Ito/Montini/Bagni*, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens 281 (300); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (287 f., 296); dazu krit. *Tănăsescu/Macpherson/Jefferson/Torres Ventura*, The International Journal of Human Rights 2024/07 Feb, 1 (10 f.).

⁶²⁴ Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 47.

⁶²⁵ Corte Constitucional 8. 9. 2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 29; s. auch Corte Constitucional 19. 1. 2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 118; Corte Constitucional 27. 1. 2022, 273-19-JP (Sinangoe) Rz. 133; vgl. *Prieto Méndez*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 10 (11); *Tănăsescu/Macpherson/Jefferson/Torres Ventura*, The International Journal of Human Rights 2024/07 Feb, 1 (4); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (287).

⁶²⁶ Corte Constitucional 8. 9. 2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 30; vgl. *Prieto Méndez*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 10 (11).

⁶²⁷ Corte Constitucional 19. 1. 2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 119.

Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse zu erhalten, regenerieren, fördern, schützen und wiederherzustellen.⁶²⁸ Der Lebenszyklus ermögliche es, das geschützte Subjekt wie z.B. einen Fluss ausgehend von dessen „Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse“ zu betrachten. Wird diese komplexe Struktur berücksichtigt, wird auch „die Existenz des Flusses in seiner Integralität“ respektiert.⁶²⁹ Die „Struktur“ eines Flusses bestehe z.B. aus dessen Morphologie, Grund, Sedimenten, Wassermenge und Wasser.⁶³⁰ Seine „Funktionen“ umfassen die Bereitstellung und Reinigung von Trinkwasser, die Erhaltung eines Lebensraumes für Pflanzen und Tiere, den Transport von Regenwasser sowie anderen Quellen, die Kontrolle von Überschwemmungen oder Dürren, die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse, oder die Verbindung zwischen ökologischen Prozessen und sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Dynamiken.⁶³¹ Bezüglich der Evolutionsprozesse könne man den Fluss aus einer historischen Perspektive betrachten und anerkennen, dass „die Vielfalt und der Reichtum der Lebensformen in Flüssen Millionen von Jahre der Evolution und Anpassung an natürliche Zyklen widerspiegeln“.⁶³² Der Lebenszyklus wird daher verletzt, wenn das Rechtssubjekt seine natürliche Struktur nicht behalten und seine Funktionen nicht ausüben kann und sein Evolutionsprozess nicht respektiert wird.⁶³³

In Bezug auf das Element Wasser wurde der Inhalt der RdN durch das im Jahr 2014 erlassene Wassergesetz „verstärkt und konkretisiert“.⁶³⁴ Dieses enthält ein eigenes Kapitel über RdN, wonach „[d]ie Natur oder Pacha Mama“ insb. „das Recht auf Erhaltung“ hat,⁶³⁵ das die folgenden fünf Rechte umfasst: auf Schutz ihrer Quellen, Einzugsgebiete, Regulierung, Anreicherung und natürlichen Wasserläufe, insb. schneebedeckter Berge, Gletscher, Páramos, Feuchtgebiete und Mangrovenwälder; auf Erhaltung der ökologischen Wassermenge als Garantie für die Erhaltung der Ökosysteme und der Biodiversität; auf Erhaltung der natürlichen Dynamik des

⁶²⁸ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 103; vgl. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (383); *Tănăsescu/Macpherson/Jefferson/Torres Ventura*, The International Journal of Human Rights 2024/07 Feb, 1 (6); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (290 f.).

⁶²⁹ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 60.

⁶³⁰ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 61; vgl. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (384).

⁶³¹ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 62.

⁶³² Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 63; Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 58; ähnl. Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 32; vgl. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (384).

⁶³³ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 65; vgl. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (383); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (290 f.); s. insb. hins. der Evolutionsprozesse auch Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 32.

⁶³⁴ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 59, 104.

⁶³⁵ Vgl. Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 59.

integralen Wasserkreislaufs; auf Schutz der Wassereinzugsgebiete und Ökosysteme vor jeglicher Verschmutzung sowie auf Wiederherstellung und Erholung der Ökosysteme von durch Wasserverschmutzungen und Bodenerosion entstandenen Ungleichgewichten.⁶³⁶ Die „ökologische Wassermenge“ bezeichnet gem. Art. 76 jene Wassermenge, die notwendig ist, „um ein angemessenes Gesundheitsniveau im Ökosystem zu erhalten“.⁶³⁷

In seiner Judikatur stellte der Verfassungsgerichtshof u.a. fest, dass ein Infrastrukturprojekt, das die Wassermenge eines Flusses beeinträchtigt, die wiederum die Morphologie, die Struktur, die biologische Vielfalt und die Ökosystemprozesse eines Flusses definiert, die Verbindung zwischen diesen Elementen zerstören und folglich die RdN verletzen kann.⁶³⁸ Ebenso können Bergbauarbeiten in einem geschützten Nebelwald, der vom Aussterben bedrohte Arten beherbergt, Schäden verursachen, die zu einem Rückgang der Biodiversität führen. Dadurch kann das Ökosystem die Fähigkeit verlieren, seine Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse zu regenerieren, und die RdN – insb. die Rechte „auf Existenz ihrer Arten und Ökosysteme“ sowie „auf Regeneration ihrer Zyklen, Struktur, Funktionen und Prozesse“ – können verletzt werden.⁶³⁹ Auch die unbehandelte Einleitung von Ab- und Regenwasser in einen Fluss kann nach Ansicht des Gerichtshofes das ökologische Gleichgewicht eines Flusses zerstören.⁶⁴⁰ Denn aufgrund der Verschmutzung können sich die Lebenszyklen des Flusses nicht mehr entwickeln und durch die erhöhte Wassermenge wird das Flussbett zerstört, weshalb der Fluss seine Struktur verliert, seine Lebenszyklen nicht mehr aufrechterhalten und seine ökologischen Funktionen nicht mehr erfüllen kann⁶⁴¹ und das Recht des Flusses, „dass seine Existenz und die Erhaltung und Regeneration seiner Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse integral respektiert werden“, verletzt wird.⁶⁴²

⁶³⁶ Art. 64 Wassergesetz; vgl. Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 43; vgl. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (386 f.).

⁶³⁷ Vgl. Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 132.

⁶³⁸ Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 58; Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 31; Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 69; Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 133; vgl. betr. Aquepi *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (383).

⁶³⁹ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 120, 124; vgl. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (386 f.); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (287 f.); ähnl. Corte Constitucional 27.1.2022, 273-19-JP (Sinangoe) Rz. 35.

⁶⁴⁰ Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 127 ff.; vgl. *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (290 ff.).

⁶⁴¹ Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 131 f.; vgl. *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (290 ff.).

⁶⁴² Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 126, 134.

Diese Beispiele aus der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes belegen die „systemische Perspektive“, die den ecuadorianischen RdN zugrunde gelegt wird,⁶⁴³ und wie mithilfe dieser eine Konkretisierung der gewährten Rechte vorgenommen werden kann. Als „wesentlicher Kern“ (*núcleo esencial*) des Rechts wird in der ecuadorianischen Literatur die „Regeneration“ der Elemente eines Ökosystems angesehen⁶⁴⁴ – oder mit anderen Worten „der Fortbestand und das Überleben der Arten und ihrer Ökosysteme als Komplex, als Lebensnetze“.⁶⁴⁵ Folglich stellt auch nicht jeder Eingriff in die Natur eine Verletzung der RdN dar.⁶⁴⁶ Der Verfassungsgerichtshof hielt diesbezüglich vielmehr fest, dass die natürlichen Ressourcen zugunsten der Gesellschaft genutzt werden können, solange die Lebenszyklen der Natur respektiert werden und ihre Existenz nicht bedroht wird.⁶⁴⁷ Auch produktive Tätigkeiten, die nachhaltig sind oder keine negativen Auswirkungen auf das Ökosystem haben, sind erlaubt.⁶⁴⁸ Inwieweit auch Tätigkeiten, die diese Grenzen überschreiten, erlaubt sein können, wird in Abschnitt B.II.5. näher erörtert.

Bezüglich des örtlichen Schutzbereichs der RdN stellte der Verfassungsgerichtshof im Übrigen klar, dass die RdN nicht nur in Schutzgebieten anwendbar sind, wovon einige Gerichte ausgegangen waren,⁶⁴⁹ sondern im gesamten Staatsgebiet.⁶⁵⁰ Deren Durchsetzung sind allerdings insofern Grenzen gesetzt, als Ecuador in der Vergangenheit zahlreiche Verträge und Investitionsschutzabkommen unterzeichnete, welche die Geltendmachung von Rechtsverletzungen, die z. B. von im Bergbau tätigen transnationalen Konzernen verursacht werden, erschweren.⁶⁵¹

⁶⁴³ S. z.B. Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 43; *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (287 f.).

⁶⁴⁴ *Pacari Vega Conejo*, in: Martínez/Maldonado 129 (138); i. d. S. auch *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (49).

⁶⁴⁵ *Martínez/Acosta*, Revista Direito e Práxis 2017/4, 2927 (2943).

⁶⁴⁶ S. i. d. Z. z.B. unter Heranziehung des indigenen Weltbildes die Ausführungen von *Zaffaroni*, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 3 (23).

⁶⁴⁷ Corte Constitucional 11.3.2015, 0796-12-EP (El Verbum) 15.

⁶⁴⁸ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 62; vgl. *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (286 f.).

⁶⁴⁹ S. z.B. Corte Provincial de Imbabura 19.6.2019, 10332-2018-00640 (Los Cedros); Corte Provincial de Justicia de Zamora Chinchipe 18.9.2019, 19304-2019-00204 (Nangaritza); ähnl. Corte Civil de Pichincha 18.3.2013 (Condor Mirador); Corte Provincial de Pichincha 20.6.2013, 1711120130317 (Condor Mirador); vgl. *Kauffman/Martin*, World Development 2017/3, 130 (135); *Kauffman/Martin*, Politics 91; *Boyd*, Nature 179; *Bustamante Romo Leroux*, in: Martínez/Maldonado 105 (117, 121); *Guzmán*, Forest 40 f., 49.

⁶⁵⁰ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 142; vgl. *Greene*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 4 (8).

⁶⁵¹ *Guamán/Aparicio*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (228 ff.); *Fitz-Henry*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/1, 5 (14); s. i. d. Z. insb. die Entscheidung betr. Chevron Texaco des Arbitration Tribunal administered by the Permanent Court of Arbitration 30.8.2018, 2009-23 (Chevron Texaco vs. Ecuador); *Fukurai/Krooth*, Approaches 231 ff.

cc) Weitere Rechte, Bestimmungen und Prinzipien
unter dem Titel „Rechte der Natur“

Mehrere ecuadorianische Rechtswissenschaftler:innen vertreten die Auffassung, dass in den Artikeln 71 bis 74 der Verfassung noch weitere Rechte gewährt wurden. Gem. Art. 73 ist der Staat verpflichtet, „Vorsorgemaßnahmen und einschränkende Maßnahmen“ in Bezug auf Tätigkeiten zu ergreifen, die „zum Aussterben von Arten, zur Zerstörung von Ökosystemen oder zur dauerhaften Veränderung der natürlichen Zyklen“ führen können. Weiters ist „die Einführung von Organismen“ oder Material, welche das „genetische Nationalerbe“ verändern können, verboten.⁶⁵² Gem. Art. 74 haben die Menschen das Recht, „aus der Umwelt und dem natürlichen Reichtum einen Nutzen zu ziehen“, um sich das *buen vivir* zu ermöglichen. Weiters wurde die Nichtaneignungsfähigkeit von Umweltdienstleistungen festgelegt.⁶⁵³

Gem. Melo hat die Natur daher „das Recht, dass der Staat“ Anreize schafft, um die Natur zu schützen (Art. 71), sowie Wiederherstellungs- (Art. 72) und Vorsorgemaßnahmen (Art. 73) ergreift.⁶⁵⁴ Auch Bedón Garzón ist der Ansicht, dass die Natur gem. Art. 73 ein Recht auf Vorsorgemaßnahmen sowie auf „Nicht-Einführung von gentechnisch veränderten Organismen“ hat. Weiters habe sie das Recht auf „Nicht-Aneignung von Umweltdienstleistungen“ (Art. 74).⁶⁵⁵ Pacari Vega Conejo zufolge hat die Natur „das Recht, ihr Ökosystem zu erhalten“, sodass „das genetische Erbe nicht verändert werden darf“.⁶⁵⁶ Nach Simon unterliegt Bedón Garzón „und mit ihm wohl auch die anderen Rechtswissenschaftler:innen) hingegen dem „Irrtum [...] zu glauben, dass ein Verbot ein Recht ist“.⁶⁵⁷ Stattdessen vertritt er die Auffassung, dass

⁶⁵² Vgl. Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 15; Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 62; vgl. *Redín Guerrero*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 14 (20 ff.); *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (45); *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (304); *Iacovino*, *Cultura Latinoamericana* 2020/1, 266 (298); *Colon-Rios*, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy 120 (125); *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (579); *Guzmán*, *Forest* 39 f.; *Bertel*, in: Rohmer/Töpfer 191 (202); *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 125, 212.

⁶⁵³ Vgl. Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 15; vgl. *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (42, 45); *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (304); *Bedón Garzón*, *Veredas do Direito* 2017/1, 13 (5 f.); *Gudynas*, *Revista de Estudios Sociales* 2009/1, 34 (43); *Iacovino*, *Cultura Latinoamericana* 2020/1, 266 (298); *Colon-Rios*, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy 120 (125); *Bertel*, *Juridikum* 2016/4, 451 (455); *Bertel*, in: Rohmer/Töpfer 191 (202 f.); *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 211.

⁶⁵⁴ *Melo*, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 123 (130 f.).

⁶⁵⁵ *Bedón Garzón*, *Veredas do Direito* 2017/1, 13 (21); hins. Gentechnikfreiheit s. auch Unidad judicial penal con sede en el Cantón Quevedo 18.1.2019, 12283-2018-02414 (Soya Transgénica); Corte Provincial de Justicia de Los Ríos 16.8.2019, 12283201802414 (Soya Transgénica); vgl. *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 205.

⁶⁵⁶ *Pacari Vega Conejo*, in: Martíñez/Maldonado 129 (135, 139).

⁶⁵⁷ *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (303 Fn. 6).

diese Bestimmungen mit den drei in Art. 71 und 72 genannten Rechten verbunden sind, aber keine eigenen Rechte darstellen.⁶⁵⁸

Der Verfassungsgerichtshof erkannte bislang keines dieser Rechte ausdrücklich an. Allerdings hielt er in einem anderen Zusammenhang fest, dass die RdN in der Verfassung nicht taxativ genannt werden, weshalb andere Rechte, die für ihre volle Entfaltung notwendig sind, nicht ausgeschlossen sind.⁶⁵⁹ Vielmehr sind alle Rechte anzuerkennen, die sich für den rechtlichen Schutz der Natur eignen.⁶⁶⁰ Weiters leitete er aus dem Vorsorgeprinzip des Art. 73 staatliche Pflichten ab, die bei Nichteinhaltung zu einer Verletzung der RdN führen können.⁶⁶¹ Demnach sei es geboten, dass keine Genehmigung für eine Tätigkeit ausgestellt wird, über deren Auswirkungen wissenschaftliche Unsicherheit besteht und die schwere und irreversible Auswirkungen auf ein Ökosystem und dessen vom Aussterben bedrohte Arten haben kann.⁶⁶² Genehmigungsverfahren für Tätigkeiten in fragilen Ökosystemen müssen deswegen eine Vorsorgefunktion erfüllen und mit Studien einhergehen, in denen die Biodiversität des Ökosystems und mögliche Verletzungen der RdN berücksichtigt werden.⁶⁶³ Die Beweislast treffe dabei jene, welche die riskante Tätigkeit vorschlagen.⁶⁶⁴ Damit könnte der Gerichtshof Gudynas' Vorschlag gefolgt sein, das Vorsorgeprinzip in Bezug auf die RdN umgekehrt anzuwenden. Dies hätte gem. Gudynas zur Folge, dass angesichts der Komplexität von Ökosystemen bereits von einem hohen Maß an Ungewissheit ausgegangen und auf ein Risikomanagement und andere Mechanismen zur Festlegung von Schwellenwerten abgezielt wird, die ak-

⁶⁵⁸ Simon, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (303); zust. Greja Valencia/Sacher Freslon, Análisis dogmático de la tensión entre derechos de la naturaleza y megaminería, en el marco de la constitución ecuatoriana, Ius Humani 2023/2, 1 (8); vgl. Gutmann, Rechtssubjektivität 205.

⁶⁵⁹ Corte Constitucional 27. I. 2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 95; vgl. Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza, Guía 39 f.

⁶⁶⁰ Corte Constitucional 27. I. 2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 96.

⁶⁶¹ Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 68; vgl. Redín Guerrero, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 14 (23); Ávila Santamaría, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (288).

⁶⁶² Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 62, 130, 146, 163; vgl. Prieto Méndez, Derechos 103 ff.; Redín Guerrero, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 14 (20 ff.); Koehn/Nassl, Judicial Backlash Against the Rights of Nature in Ecuador: The Constitutional Precedent of Los Cedros Disputed, VerfBlog 2023/4/27, verfassungsblog.de/judicial-backlash-against-the-rights-of-nature-in-ecuador (Stand 2. 7. 2024); Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza, Guía 49 f.; Kauffman/Martin, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (386); Peck/Desselas/Bonilla-Bedoya/Redín/Durango-Cordero, The conflict between Rights of Nature and mining in Ecuador: Implications of the Los Cedros Cloud Forest case for biodiversity conservation, People and Nature 2024/00, 1 (4).

⁶⁶³ Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 130, 143.

⁶⁶⁴ Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 138; außerdem bereits Corte Provincial de Justicia de Loja 30. 3. 2011, 11121-2011-0010 (Vilcabamba); vgl. Prieto Méndez, Derechos 105; Kauffman/Martin, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (387).

zeptable und beherrschbare Auswirkungen von solchen trennen, die nicht mehr akzeptabel sind.⁶⁶⁵ Dieser Vorschlag könnte – da Gudynas zu den Berater:innen von Acosta zählte – bereits in der Verfassung grundgelegt worden sein, weil in Art. 73 die Anwendung des ansonsten in Art. 396 näher definierten Vorsorgeprinzips bei Tätigkeiten vorgeschrieben wurde, die jedenfalls eine Verletzung der RdN begründen.⁶⁶⁶ Carducci et al. sprechen daher bereits von einer „Schadensvermutung“.⁶⁶⁷

dd) Umweltschutzbestimmungen und sonstige Pflichten gem. der Verfassung

In der ecuadorianischen Literatur ist umstritten, welches Verhältnis zwischen den Umweltschutzbestimmungen der Verfassung und den RdN besteht. Gem. Prieto Méndez begünstigen diese den Respekt vor den RdN, stellen aber keine Rechte dar, deren Trägerin die Natur ist.⁶⁶⁸ Acosta/Martínez vertreten hingegen die Auffassung, dass die RdN auch angesichts der Verpflichtungen zu lesen sind, die in der Verfassung auferlegt wurden und darauf ausgerichtet sind, die Existenz der Natur integral zu respektieren.⁶⁶⁹ Ein Verstoß gegen eine Umweltschutzbestimmung könne folglich eine Verletzung der RdN darstellen.⁶⁷⁰ Gem. Simon existieren diese Bestimmungen hingegen absolut unabhängig von den RdN und wurden ausschließlich zur Gewährleistung der Menschenrechte angenommen, sodass sie nicht als Teil des durch die RdN gewährten Schutzes betrachtet werden können.⁶⁷¹ Hingegen lassen sich die Umweltschutzbestimmungen gem. Murcia in die Pflichten, die Natur zu respektieren (Unterlassen), zu schützen (vor Handlungen Dritter) und zu gewährleisten (Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, Verletzungen bestrafen, wiederherstellen) unterteilen, die auch gegenüber den Menschenrechten bestehen.⁶⁷²

Der Verfassungsgerichtshof bestätigte in seiner bisherigen Judikatur insb. die Auffassungen von Acosta/Martínez und Murcia. Zunächst hielt er mehrmals fest, dass jede:r Ecuadorianer:in gem. der Verfassung verpflichtet ist, die Natur zu respektieren, eine gesunde Natur zu erhalten sowie die natürlichen Ressourcen ver-

⁶⁶⁵ *Gudynas*, Revista de Estudios Sociales 2009/1, 34 (43).

⁶⁶⁶ S. insb. Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 61, 68.

⁶⁶⁷ *Carducci et al.*, Charter 85.

⁶⁶⁸ *Prieto Méndez*, Derechos 87 f.

⁶⁶⁹ *Martínez/Acosta*, Revista Direito e Práxis 2017/4, 2927 (2935); i. d. S. auch *Colon-Rios*, New Zealand Journal of Public and International Law 2015/1, 107 (110).

⁶⁷⁰ Vgl. jedoch unter Bezugnahme auf einfache Gesetzesbestimmungen und eine erstinstanzliche Gerichtsentscheidung *Gutmann*, Rechtssubjektivität 214 mit Verweis auf Unidad judicial multicompetente con sede en el cantón Puyango, Provincia de Loja 21.2.2016, 11317-2016-00059 (Centro Recreacional) 9.

⁶⁷¹ *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (306 f.).

⁶⁷² *Murcia*, El Sujeto Naturaleza: Elementos para su comprensión, www.garn.org/wp-content/uploads/2021/09/Murcia_sujeto_naturaleza_2009.pdf (Stand 2.7.2024); weitgehend bestätigt durch Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 25, 35.

nünftig, nachhaltig und umweltverträglich zu nutzen.⁶⁷³ Zudem sei es die „höchste Aufgabe des Staates“, die RdN wie auch die anderen Verfassungsrechte zu respektieren und ihnen Respekt zu verschaffen.⁶⁷⁴ Der Staat sei auf nationaler und lokaler Ebene zu ihrer Anerkennung verpflichtet⁶⁷⁵ und habe viele Möglichkeiten, die RdN zu respektieren, zu fördern und zu garantieren. Z. B. könne die Exekutive Nationalparks, Naturreservate oder Schutzgebiete ausweisen⁶⁷⁶ oder die Judikative die Rechte eines konkreten Ökosystems anerkennen.⁶⁷⁷ Weiters habe die Natur bzw. Umwelt durch die Verfassung von 2008 eine „doppelte Dimensionalität“ als Objekt und Subjekt des Rechts erhalten. Diese neue „biozentrische Vision“, wonach die Natur nicht nur Ressourcen bereitstellt, sondern ein Leben in Harmonie (*sumak kawsay*) angestrebt wird, sei in der gesamten Verfassung erkennbar.⁶⁷⁸ Deshalb enthalte die Verfassung auch zahlreiche Bestimmungen und Prinzipien, die dem

⁶⁷³ Art. 83 Abs. 6 und 13 Verfassung von Ecuador; s. auch Art. 7 Umweltgesetz; Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 14; Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 37; Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 58; Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 60; vgl. *Prieto Méndez*, *Derechos* 116 f.; *Barié*, *latinoamérica* 2014/2, 9 (22); *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (45); *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (304); *Viciano Pastor*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 137 (147); *Colon-Rios*, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy 120 (126); *Bertel*, in: Rohmer/Töpfer 191 (204); *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 213; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 9.

⁶⁷⁴ Art. 11 Abs. 9 Verfassung von Ecuador; s. auch Art. 8 Umweltgesetz; Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 13; Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 35; vgl. *Prieto Méndez*, *Derechos* 97 ff.; *Redín Guerrero*, in: *Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza* 14 (18); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: *La Follette/Maser* 279 (284).

⁶⁷⁵ S. insb. Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 58; Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 13; Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 60; Corte Constitucional 26.4.2012, 0033-10-IN (Ley Galápagos) 12; vgl. *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (319); *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (51 f.).

⁶⁷⁶ Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 15 ff.; Corte Constitucional 1.7.2020, 20-12-IN (Triángulo de Cuembí) Rz. 111 f.; Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 35, 25; vgl. *Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (97); *Prieto Méndez*, in: *Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza* 10 (12); *Ávila Santamaría*, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (285).

⁶⁷⁷ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 35; *Prieto Méndez*, in: *Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza* 10 (12); *Ávila Santamaría*, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (287).

⁶⁷⁸ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 10; Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 10 f.; vgl. *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (321); *Melo*, in: *Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza* 30 (31); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: *La Follette/Maser* 279 (288).

Schutz der RdN dienen,⁶⁷⁹ wozu der Gerichtshof nicht nur die bereits erwähnten Art. 73 und 74 zählte, sondern auch die Umweltprinzipien⁶⁸⁰ sowie andere Umweltschutzbestimmungen der Verfassung, die z. B. den Schutz der Biodiversität⁶⁸¹ oder der Gewässer⁶⁸² betreffen.

Der Gerichtshof hielt weiters fest, dass die RdN aufgrund des Querschnittsprinzips auch in die sozialen Beziehungen und das Wirtschaftssystem ausstrahlen,⁶⁸³ weshalb sich die Produktion und der Konsum nicht in „plündernde Prozesse“ verwandeln dürften, sondern der „Respekt vor der Existenz, Erhaltung und Regeneration“ der Bestandteile der Natur anzustreben ist.⁶⁸⁴ Denn der Verweis auf die Natur in sämtlichen Teilen der Verfassung beziehe sich auf eine Rechtsträgerin, deren Respekt Vorrang hat „vor jeglichem individuellen wirtschaftlichen Interesse“. ⁶⁸⁵ Das „Recht auf Arbeit“⁶⁸⁶ oder das „Recht auf Eigentum“ sind daher, wie alle anderen Verfassungsrechte, keine „absoluten Rechte“. ⁶⁸⁷ Vielmehr habe z. B. das „Recht auf Eigentum“ neben einer sozialen Funktion auch eine ökologische Funktion, die darin besteht, „die Rechte der Natur zu respektieren, eine gesunde Umwelt zu erhalten und die natürlichen Ressourcen nachhaltig zu nutzen“, ⁶⁸⁸ und die den Eigentümer:innen die Pflicht auferlegt, ihr Nutzungsrecht entsprechend anzupassen. ⁶⁸⁹

⁶⁷⁹ Vgl. Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 10; Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 10 f.; Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 13; Corte Constitucional 11.3.2015, 0796-12-EP (El Verdum) 15.

⁶⁸⁰ S. insb. Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 10; Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 40, vgl. *Redín Guerrero*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 14 (18 f.); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (287 f.).

⁶⁸¹ S. z. B. Corte Constitucional 1.7.2020, 20-12-IN (Triángulo de Cuembí) Rz. 111 f.; i. d. S. wohl auch bereits Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 15 ff.; vgl. *Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (97); www.derechosdelanaturaleza.org.ec/casos/triangulo-de-cuemi (Stand 2.7.2024).

⁶⁸² S. z. B. Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 61 ff.; 84 ff., 88, 90; Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 68.

⁶⁸³ S. zum Querschnittsprinzip bereits Abschnitt B.II.1.c) und B.II.2.b).

⁶⁸⁴ Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 11; vgl. *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (51 f.); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (288).

⁶⁸⁵ Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 11; vgl. *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (288).

⁶⁸⁶ Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 17.

⁶⁸⁷ Corte Constitucional 25.8.2021, 68-16-IN y 4-16-IO (Parque Chibunga) Rz. 40; vgl. *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (51 f.); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (289).

⁶⁸⁸ Corte Constitucional 25.8.2021, 68-16-IN y 4-16-IO (Parque Chibunga) Rz. 39.

⁶⁸⁹ Corte Constitucional 25.8.2021, 68-16-IN y 4-16-IO (Parque Chibunga) Rz. 38; vgl. *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (289).

Der Erhalt einer Umweltgenehmigung ist nach Ansicht des Gerichtshofes eine „Schwelle“, die bei der Feststellung, ob die RdN verletzt wurden, zu berücksichtigen ist. Handlungen ohne Umweltgenehmigungen stellen jedenfalls eine Verletzung der Rechte des Art. 71 dar.⁶⁹⁰ Zudem haben die Behörden und Gerichte bei der Erteilung einer Umweltgenehmigung die Auswirkungen auf die RdN zu beachten.⁶⁹¹ Der Gerichtshof stellte bspw. fest, dass die potenziellen Auswirkungen einer Garnelenzuchtanlage auf die Natur in einem Naturreservat untersucht werden müssen, da deren Betrieb eine Veränderung des natürlichen Lebensraums bewirkt, weil Salzwasser in Süßwasseraquifere eingeleitet wird, neue Arten und Krankheiten in das Ökosystem eingeführt und Strömungen verändert werden.⁶⁹² In Bezug auf die Veränderung des natürlichen Laufs eines Flusses oder die Genehmigung von Wassereutnahmen sind neben den RdN auch die Gewässerschutzbestimmungen der Verfassung und des Wassergesetzes zu berücksichtigen.⁶⁹³ Zudem ist in jedem Einzelfall auf Basis unabhängiger technischer und wissenschaftlicher Informationen zu prüfen, ob das Vorsorgeprinzip anwendbar ist.⁶⁹⁴ Ist eine Genehmigung statthaft, muss das Vorbeugeprinzip garantiert werden.⁶⁹⁵ Der Verfassungsgerichtshof stellte in seiner Judikatur bspw. eine Verletzung der „Rechte des Flusses Aquepi auf Erhaltung seiner ökologischen Wassermenge“ sowie auf „seine Struktur und Funktion, die es ihm ermöglicht, seinen natürlichen Zyklus zu erfüllen“, fest, weil sich die Wasserbehörde bei der Genehmigung einer Bewässerungsanlage auf unzureichende Messdaten

⁶⁹⁰ Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 13 f.; Corte Constitucional 16.5.2018, 0047-09-IS (Alpayacu) 14; außerdem bereits Juzgado Temporal Segundo de lo Civil y Mercantil de Galápagos 28.6.2012, 269-2012 (Charles Darwin Avenue); Unidad judicial multicompetente con sede en el cantón Pedro Moncayo, Provincia de Pichincha 1.3.2013, 17316-2013-0055 (Minería ilegal Río Granobles); Corte Provincial de Pichincha 19.7.2013, 17123-2013-0098 (Minería ilegal Río Granobles); Corte Provincial de Justicia de Azuay 10.5.2019, 01281-2019-00032 (Bosque Collay); vgl. *Bedón Garzón*, *Vedas do Direito* 2017/1, 13 (17 f.); *Kauffman/Martin*, *World Development* 2017/3, 130 (138); *Boyd*, *Nature* 180; *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 214; *Ávila Santamaría*, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (285 f.).

⁶⁹¹ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 14 f.; Corte Constitucional 27.1.2022, 273-19-JP (Sinangoe) Rz. 141; vgl. *Simon*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 299 (319 f.); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: *La Follette/Maser* 279 (287); *Cumbe-Figueroa/Vargas-Chaves*, *Fronteiras Journal of Social Technological and Environmental Science* 2024/1, 227 (234).

⁶⁹² Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 14 f.; vgl. *Ávila Santamaría*, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (285).

⁶⁹³ Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 75, 90; Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 82. Zu den Gewässerschutzbestimmungen s. insb. Art. 411 der Verfassung und Abschnitt B.II.1.c).

⁶⁹⁴ Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 79 ff.; Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 146; vgl. *Greene*, in: *Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza* 4 (6).

⁶⁹⁵ Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 79.

stützte, um die Entnahmemenge und die Restwassermenge festzulegen,⁶⁹⁶ und daher nicht ihrer Pflicht nachkam, die ökologische Wassermenge zu schützen und die Nachhaltigkeit der Ökosysteme sowie die menschliche Konsumation zu priorisieren.⁶⁹⁷

Die Durchführung eines verfassungs- und gesetzeskonformen Genehmigungsverfahrens zählt deswegen sowohl zu den Pflichten des Staates als auch zu jenen der Ecuadorianer:innen.⁶⁹⁸ Dies dürfte aufgrund von anderen Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen auch für Nicht-Ecuadorianer:innen gelten.⁶⁹⁹ Inwieweit im Zuge eines rechtskonform durchgeführten Verfahrens genehmigte Tätigkeiten zu einer Verletzung der RdN führen können, wurde vom Verfassungsgerichtshof hingegen noch nicht erörtert.⁷⁰⁰ Da der Erhalt einer Umweltgenehmigung lediglich eine zu berücksichtigende „Schwelle“ darstellt, erscheint dies jedenfalls nicht ausgeschlossen.⁷⁰¹ Dies hätte gem. Potes den Vorteil, dass bei Bedarf auch strengere Maßnahmen zum Schutz der Natur ergriffen werden oder Genehmigungen aufgehoben werden können.⁷⁰²

b) Das Recht auf Wiederherstellung

Gem. Art. 72 hat die Rechtsträgerin ein „Recht auf Wiederherstellung“. Dieses Recht besteht „unabhängig von der Verpflichtung des Staates und der natürlichen oder juristischen Personen“, diejenigen „zu entschädigen, die von den betroffenen natürlichen Systemen abhängig sind“. ⁷⁰³ Außerdem wurde festgelegt, dass der Staat

⁶⁹⁶ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) insb. Rz. 71 ff. und SpruchPe I f.

⁶⁹⁷ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 82; vgl. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (383 f., unschärfer 360); *Martínez-Moscoso/Castro-Enríquez*, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 149 (160); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (290 f.).

⁶⁹⁸ Vgl. *Gutmann*, Rechtssubjektivität 214.

⁶⁹⁹ S. z. B. Art. 318 Verfassung von Ecuador; vgl. Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 86 f. S. allerdings die obigen Ausführungen zu den Beschränkungen des örtlichen Anwendungsbereichs, die sich z. B. aus Investitionsschutzabkommen ergeben können.

⁷⁰⁰ I. Z. m. erst- und zweitinstanzlichen Gerichtsentscheidungen s. zudem die Überlegungen von *Bustamante Romo Leroux*, in: *Martínez/Maldonado* 105 (122).

⁷⁰¹ Vgl. i. d. S. auch *Gutmann*, Rechtssubjektivität 214.

⁷⁰² *Potes*, in: *Laastad*, Forum for Development Studies 2020/3, 401 (419).

⁷⁰³ Vgl. Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 11; Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 16; Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocho) 14; Corte Constitucional 16.5.2018, 0047-09-IS (Alpayacu) 18; *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (21); *Gudynas*, in: *Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández* 95 (97, 103); *Guamán/Aparicio*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 227 (247); *Viciano Pastor*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 137 (148); *Melo*, in: *Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza* 30 (32); *Pietari*,

im Falle von „schweren oder dauerhaften Umweltschäden, inklusive jener, die durch die Ausbeutung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen verursacht wurden“, die „wirksamsten Mechanismen“ zu ergreifen hat, um „die Wiederherstellung zu erreichen“, sowie „angemessene Maßnahmen, um schädliche Umweltauswirkungen zu beseitigen oder zu mildern“. ⁷⁰⁴ Im ersten Entwurf für die neue Verfassung wurde statt dem Wort „Wiederherstellung“ (*restauración*) noch das Wort „Reparatur“ (*reparación*) verwendet. Dagegen wurde allerdings eingewandt, es könnte als bloße Entschädigungspflicht interpretiert werden, stattdessen wurde die Verwendung der Begriffe „Wiederherstellung“ oder „Wiederzusammensetzung“ (*recomposición*) vorgeschlagen. ⁷⁰⁵

In der Literatur wird das Wiederherstellungsrecht als Verstärkung der in Art. 71 gewährten RdN betrachtet, ⁷⁰⁶ weil eine Verletzung dieser Rechte eine Pflicht zur Wiederherstellung bzw. ein Recht auf Wiederherstellung nach sich zieht. ⁷⁰⁷ Dies wird als Neuheit und wesentlicher Unterschied zum klassischen Umweltrecht hervorgehoben, das häufig nur die finanzielle Entschädigung der betroffenen Personen vorsehe. ⁷⁰⁸ Gem. dem Verfassungsgerichtshof sind in Bezug auf das Wiederherstellungsrecht auch die Umweltschutzbestimmungen der Verfassung anwendbar. ⁷⁰⁹ Folglich löst gem. Art. 396 „jeder Umweltschaden“ das Wiederherstellungsrecht aus und hat die Wiederherstellung „integral“ zu erfolgen. ⁷¹⁰ Zudem besteht die Wiederherstellungspflicht verschuldensunabhängig, ⁷¹¹ und ist unverjährbar. ⁷¹² Weiters hat der Staat gem. Art. 397 „unmittelbar und subsidiär“ zu handeln, wenn der Umweltschaden durch Dritte verursacht wurde, und diesen die „integrale Reparatur“

Williamette Environmental Law Journal 2016/2, 37 (45); Bertel, in: Rohmer/Töpfer 191 (201); Carducci et al., Charter 84 f.

⁷⁰⁴ Vgl. Viciano Pastor, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 137 (149); Pietari, Williamette Environmental Law Journal 2016/2, 37 (45); Schimmöller, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (579); Bertel, in: Rohmer/Töpfer 191 (201 f.); Gutmann, Rechtssubjektivität 216.

⁷⁰⁵ Prieto Méndez, Derechos 69.

⁷⁰⁶ Gudynas, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 95 (98, 103); ähnlich Prieto Méndez, Derechos 89.

⁷⁰⁷ Gudynas, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez 95 (98, 103); Margil, in: Maloney/Burdon 149 (151); Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza, Guía 42.

⁷⁰⁸ Gudynas, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 95 (104); Iacovino, Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (299).

⁷⁰⁹ Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 16; Corte Constitucional 16.5.2018, 0047-09-IS (Alpayacu) 19; vgl. Gutmann, Rechtssubjektivität 216.

⁷¹⁰ Vgl. Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 14; Corte Constitucional 16.5.2018, 0047-09-IS (Alpayacu) 18 f.; vgl. Guamán/Aparicio, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (247); Gudynas, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 95 (103).

⁷¹¹ Art. 396 dritter Satz Verfassung von Ecuador.

⁷¹² Art. 396 letzter Satz Verfassung von Ecuador; Art. 305 Umweltgesetz; vgl. Viciano Pastor, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 137 (149).

(*reparacion*) aufzutragen.⁷¹³ Dies umfasst ebenfalls die Pflicht der Umweltbehörden, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die für eine integrale Wiederherstellung notwendig sind, indem z.B. rechtliche Schritte eingeleitet werden, Lokalausgleichsine zur Feststellung von Schäden durchgeführt werden, oder die Kosten für die Wiederherstellungsarbeiten geschätzt und den Verursacher:innen aufgetragen werden.⁷¹⁴ Die „Beweislast über die Inexistenz des potenziellen oder tatsächlichen Schadens“ trifft die Verursacher:innen.⁷¹⁵ Überdies hat der Staat „effektive Mechanismen“ für die „Erholung von geschädigten Naturräumen“ zu ergreifen.⁷¹⁶

Die Frage, welcher Zustand der Natur wiederherzustellen ist, wird in der Literatur unterschiedlich beantwortet. Gem. Gudynas ist ein Zustand wiederherzustellen, der „ähnlich oder gleich“ ist wie „ihr ursprünglich wilder Zustand, bevor sich menschliche Eingriffe ereigneten“.⁷¹⁷ Er hält i. d. Z. aber auch fest, dass dies komplexe politische und ethische Fragen mit sich bringt, wie z.B. die Festlegung der Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um ein Ökosystem als wild zu bezeichnen, die Frage des zulässigen Ausmaßes der menschlichen Eingriffe oder jene der Grenzen des wissenschaftlich-technischen Optimismus bei der Wiederherstellung der Natur.⁷¹⁸ Nach der h. M. in der Literatur ist hingegen jener Zustand wiederherzustellen, der vor dem Eingriff bestand.⁷¹⁹ Ist eine Wiederherstellung nicht mehr möglich, sind die „wirksamsten Maßnahmen“ zu ergreifen, um eine Wiederherstellung zu erreichen und negative Auswirkungen zu beseitigen oder zu reduzieren.⁷²⁰

In Art. 292.A Umweltgesetz wurde festgelegt, dass die Wiederherstellung der Natur *in situ* zu erfolgen hat, bei einem dauerhaften oder irreversiblen Schaden an einem angrenzenden oder nahegelegenen Ort. Als Wiederherstellungsmaßnahmen

⁷¹³ Art. 397 Verfassung von Ecuador; Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 16; Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 15; vgl. *Guamán/Aparicio*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (248); *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (47); *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 217.

⁷¹⁴ Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 16 ff.; ähnl. Corte Constitucional 16.5.2018, 0047-09-IS (Alpayacu) 21; vgl. *Ávila Santamaría*, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (286).

⁷¹⁵ Art. 397 Abs. 1 letzter Satz Verfassung von Ecuador; vgl. *Viciano Pastor*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 137 (149); *Carducci et al.*, *Charter* 85.

⁷¹⁶ Art. 397 Abs. 2 Verfassung von Ecuador; Corte Constitucional del Ecuador 20.5.2015, 0507-12-EP.

⁷¹⁷ *Gudynas*, in: Acosta/Martínez 239 (242); *Gudynas*, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 95 (104); i. d. S. wohl auch *Iacovino*, *Cultura Latinoamericana* 2020/1, 266 (299); a. A. *Ramírez*, *Revista Argentina de Teoría Jurídica* 2011, 26 (30).

⁷¹⁸ *Gudynas*, *Revista de Estudios Sociales* 2009/1, 34 (42).

⁷¹⁹ *Prieto Méndez*, *Derechos* 180; *Guamán/Aparicio*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (247); *Barié*, *latinoamérica* 2014/2, 9 (21).

⁷²⁰ *Viciano Pastor*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 137 (149).

wurde insb. die Einrichtung von besonderen Gebieten zum Schutz der Biodiversität, die Schutzwälder und -vegetation sowie Verbindungs- und Pufferzonen zu Schutzgebieten umfassen können, genannt. Die Festlegung des wiederherzustellenden Zustandes obliegt lt. einem Erlass des Umweltministeriums der Umweltbehörde, wobei jedenfalls „die Wiederherstellung der natürlichen Gleichgewichte, Zyklen und Funktionen“ sicherzustellen ist.⁷²¹ Gem. Kotzé/Villavicencio Calzadilla liegt die Beurteilung der Angemessenheit damit im Ermessen des Staates.⁷²² Die Entscheidung könnte m. E. jedoch einer gerichtlichen Überprüfung zugänglich sein,⁷²³ da es sich um einen Verwaltungsakt handelt, der bestimmte Bedingungen erfüllen muss.⁷²⁴

Eine Beurteilung der Angemessenheit von Wiederherstellungsmaßnahmen nahm der Verfassungsgerichtshof bislang nicht vor. Er stellte lediglich allgemein fest, dass die „ökologische Funktionalität“ der „Lebenszyklen, Struktur und Evolutionsprozesse“ wiederherzustellen ist.⁷²⁵ Das Recht beziehe sich auf die „volle Wiederherstellung der Natur durch die Reparatur der im physischen Milieu entstandenen Schäden, um so weit wie möglich in das ursprüngliche Ökosystem zurückzukehren“.⁷²⁶ Die Wiederherstellung müsse garantieren, dass das natürliche System zu den Bedingungen zurückkehrt, die seine korrekte Entfaltung in Bezug auf seine Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse erlauben.⁷²⁷ In einer weiteren Entscheidung hielt er fest, dass ein Fluss jenen Zustand wiedererlangen sollte, welcher der Situation vor der Beeinträchtigung „am nächsten“ kommt, sodass er u. a. die Stabilisierung des Flussbetts anordnete.⁷²⁸ In einem anderen Fall wurden u. a. die Entfernung von bereits errichteter Infrastruktur sowie Wiederaufforstungsmaßnahmen angeordnet.⁷²⁹

⁷²¹ Acuerdo Ministerial No. 169 (Ministerialbeschluss Nr. 169), veröffentlicht im Registro Oficial 655 am 7.3.2012; *Bedón Garzón*, Veredas do Direito 2017/1, 13 (10).

⁷²² *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, Transnational Environmental Law 2017/3, 401 (424).

⁷²³ Zu den zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfen s. im Detail Abschnitt B.II.7.a).

⁷²⁴ Vgl. *Bedón Garzón*, Veredas do Direito 2017/1, 13 (9 f.).

⁷²⁵ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 11; ähnl. Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 16; vgl. *Melo*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 30 (31 f.); *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (318); i. d. S. auch *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, Transnational Environmental Law 2017/3, 401 (424).

⁷²⁶ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 11 f.

⁷²⁷ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 11 f.; vgl. *Melo*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 30 (32); *Simon*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 299 (319); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 215; *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía 43; *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (285).

⁷²⁸ Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 152, 154; vgl. *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (290 ff.).

⁷²⁹ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 344, 348.

5. Eingriffe

Wie die bisherigen Ausführungen zum Schutzbereich der ecuadorianischen RdN zeigen, stellt nicht jede vom Menschen verursachte Veränderung der Natur eine Rechtsverletzung dar. Dementsprechend enthält die Verfassung auch mehrere Bestimmungen, wonach die Nutzung der Natur ausdrücklich erlaubt ist.⁷³⁰ Folglich stellt sich die Frage, wann ein Eingriff in die RdN vorliegt und ob und unter welchen Voraussetzungen dieser gerechtfertigt werden könnte.⁷³¹ Dass die Verfassung und das Umweltgesetz diesbezüglich keine konkreten Bestimmungen enthalten bzw. diese Frage bewusst offengelassen wurde, wird in der Literatur kritisiert.⁷³² Der Verfassung sind allerdings sehr wohl gewisse Bestimmungen zu entnehmen, die für die Beantwortung dieser Frage relevant sind und i. d. Z. vom Verfassungsgerichtshof herangezogen wurden:

Zunächst ist festzuhalten, dass die RdN gem. der Verfassung gemeinsam mit anderen Verfassungsrechten die höchste Stellung in der ecuadorianischen Rechtsordnung einnehmen.⁷³³ Andere Rechtsvorschriften dürfen nicht gegen diese Rechte verstoßen und selbst Verfassungsänderungen, welche diese Rechte beschränken könnten, sind unzulässig.⁷³⁴ Die RdN sind deshalb aber keine „absoluten“ Rechte,⁷³⁵ sie können vielmehr mit anderen Verfassungsrechten in Konflikt geraten.⁷³⁶ In einem solchen Fall ist dem Verfassungsgerichtshof zufolge eine Abwägung in jedem konkreten Einzelfall vorzunehmen,⁷³⁷ die zur Einschränkung eines dieser Rechte

⁷³⁰ S. insb. Art. 74 Verfassung von Ecuador, hinsichtlich der weiteren Bestimmungen s. bereits ausführl. Abschnitt B.II.1.c); vgl. *Bedón Garzón*, *Veredas do Direito* 2017/1, 13 (5 f.); *Gudynas*, in: *Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández* 95 (103); *Gudynas*, *Revista de Estudios Sociales* 2009/1, 34 (43); *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (580); *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 213.

⁷³¹ Vgl. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 11.

⁷³² Vgl. *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (67 ff., 90 f.); *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (50 f.).

⁷³³ Art. 424, 11 Abs. 3 Verfassung von Ecuador; s. dazu im Detail Abschnitt B.II.2.

⁷³⁴ Art. 425, Art. 84 Verfassung von Ecuador; s. dazu im Detail Abschnitt B.II.2.; vgl. *Corte Constitucional* 9. 6. 2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 68.

⁷³⁵ *Corte Constitucional* 8. 9. 2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 62; vgl. *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, *Guía* 31.

⁷³⁶ *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (50); *Kauffman/Martin*, *Politics* 64; *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (427); *Fitz-Henry*, *Decolonizing Personhood*, in: *Maloney/Burdon* (Hrsg.), *Wild Law – In Practice* (2015) 133 (144 ff.); *Berros*, in: *Tabios Hillebrecht/Berros* 37 (42); *Colon-Rios*, in: *Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy* 120 (132).

⁷³⁷ *Corte Constitucional* 26. 4. 2012, 0033-10-IN (Ley Galápagos) 15; *Corte Constitucional* 20. 5. 2015, 0507-12-EP (Cayapas) 16; außerdem bereits *Corte Provincial de Justicia de Loja* 30. 3. 2011, 11121-2011-0010 (Vilcabamba); vgl. *Berros*, in: *Tabios Hillebrecht/Berros* 37 (42); *Zaffaroni*, in: *Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández* 3 (26); *Colon-Rios*, in: *Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy* 120 (126); allg. *Atapattu/Schapper*, *Human Rights* 334.

führen kann.⁷³⁸ Gem. dem Verhältnismäßigkeitsprinzip darf dabei so wenig wie möglich in die Ausübung des eingeschränkten Rechts eingegriffen werden.⁷³⁹ Gem. dem Grundsatz des Gesetzesvorbehalts darf eine Ermächtigung zur Einschränkung nicht durch einen Verwaltungsakt, sondern nur durch ein Gesetz erteilt werden.⁷⁴⁰ Die Gesetzesermächtigung darf weiters nicht unbestimmt sein⁷⁴¹ und muss Harmonie unter den Verfassungsrechten und ihren Schutz anstreben.⁷⁴²

In seiner bisherigen Judikatur stellte der Verfassungsgerichtshof bspw. fest, dass für die Umleitung eines Flusses aufgrund der wahrscheinlich erheblichen Auswirkungen auf ein Ökosystem und der möglichen Einschränkung der RdN eine Gesetzesermächtigung erforderlich ist.⁷⁴³ Zwar ist die Umleitung nicht bereits im Vorhinein also abstrakt verboten, die Behörden haben bei der Erteilung der Genehmigung jedoch darauf zu achten, dass die RdN nicht verletzt werden.⁷⁴⁴ Dies umfasst auch die Pflicht, schwere oder dauerhafte Schäden vorzubeugen, wirksame Mechanismen zur Wiederherstellung vorzusehen sowie schädliche Auswirkungen zu beseitigen oder zu vermindern.⁷⁴⁵

In einem anderen Verfahren stellte der Gerichtshof fest, dass eine Gesetzesermächtigung, wonach „andere produktive Tätigkeiten“ in einem Mangrovenwald genehmigt werden können, zu unbestimmt und damit verfassungswidrig ist, weil sie auch die Genehmigung von Tätigkeiten mit negativen Auswirkungen ermöglicht.⁷⁴⁶ Der Gerichtshof hielt weiters fest, dass „andere Alternativen“ für produktive Tätigkeiten in Mangrovenwäldern existieren, die das Ökosystem keinem Risiko aus-

⁷³⁸ Bustamante Romo Leroux, in: Martínez/Maldonado 105 (108).

⁷³⁹ Corte Constitucional 1.7.2020, 20-12-IN (Triángulo de Cuembí) Rz. 116.

⁷⁴⁰ Art. 132 Abs. 1, Art. 133 Abs. 2 Verfassung von Ecuador; vgl. Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 47 f., 62, 67; Vilagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza, Guía 48 f.; Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 21 f.; Solano Paucay/Marín, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 7 (21).

⁷⁴¹ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 59, 70 ff.

⁷⁴² Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 68.

⁷⁴³ Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 62 f.; s. auch Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 72, 87.

⁷⁴⁴ Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 72 f.

⁷⁴⁵ Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 74 f.

⁷⁴⁶ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 56, 59; vgl. Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 22; Kauffman/Martin, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (389); Tănăsescu/Macpherson/Jefferson/Torres Ventura, The International Journal of Human Rights 2024/07 Feb, 1 (5); Ávila Santamaría, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (286 f., 296).

setzen.⁷⁴⁷ Monokulturen zählen ihm zufolge nicht dazu, weil diese ein Ungleichgewicht im Ökosystem generieren, das zu dessen vollständiger Zerstörung führen kann.⁷⁴⁸ Außerdem übersteige der ökonomische Wert des Mangrovenwaldökosystems den ökonomischen Wert seiner Ausbeutung bzw. sei dessen Wert für den Planeten nicht mit einem Preis zu bemessen.⁷⁴⁹ Werde dem noch das Vorbeugeprinzip hinzugefügt,⁷⁵⁰ wonach Maßnahmen zur Vermeidung von negativen Umweltauswirkungen zu ergreifen sind, spreche das Gewicht in der Abwägung für die Einschränkung „anderer produktiver Tätigkeiten“.⁷⁵¹

Zu einem anderen Ergebnis gelangte der Verfassungsgerichtshof hinsichtlich einer Gesetzesermächtigung für die Genehmigung von „öffentlicher Infrastruktur“. Diese sei durch eine Verfassungsbestimmung, wonach der Staat Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen zur Erreichung des *buen vivir* bereitzustellen hat,⁷⁵² gedeckt, wenn die zu errichtende Infrastruktur dem *buen vivir* der Gemeinschaft diene. Zulässig sind deshalb z.B. die Errichtung einer Schule, einer Wasseraufbereitungsanlage oder einer elektrischen Anlage, die dem Recht auf Bildung, Wasser oder häusliche öffentliche Dienstleistungen dienen, „wenn sie nachhaltig sind und den Mangrovenwald nicht in Gefahr bringen“.⁷⁵³ Dies gelte allerdings lediglich unter der Voraussetzung, dass die Infrastruktur nicht außerhalb des Mangrovenwaldes errichtet werden kann und sie die geringstmöglichen Auswirkungen hat.⁷⁵⁴

In einem weiteren Verfahren stellte der Gerichtshof fest, dass die „Nutzung der Ressourcen der Natur“ nur „legitim und verfassungskonform“ ist, wenn drei Kriterien erfüllt sind: Erstens muss die Nutzung gem. Art. 283 der Verfassung betreffend das ecuadorianische Wirtschaftssystem „*die Garantie der Produktion und Reproduktion der materiellen und immateriellen Bedingungen, die das buen vivir ermöglichen*“, zum Ziel haben, ohne das *buen vivir* der zukünftigen Generationen zu

⁷⁴⁷ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 60.

⁷⁴⁸ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 102 f.; vgl. Ávila Santamaría, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (286 f., 296).

⁷⁴⁹ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 64 ff.

⁷⁵⁰ Der Gerichtshof verweist in der Fußnote auf Art. 73 und 396 der Verfassung und verwendet dafür die Bezeichnung „Vorbeugeprinzip“ (*prevención*). In anderen Entscheidungen (s. insb. Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 63) verwendet er hingegen in Bezug auf Art. 73 die Bezeichnung „Vorsorgeprinzip“ (*precaución*), das er vom „Vorbeugeprinzip“ abgrenzt. Das Vorsorgeprinzip komme insb. bei fehlender wissenschaftlicher Gewissheit über die Auswirkungen einer Tätigkeit zur Anwendung, das Vorbeugeprinzip immer dann, wenn der Eintritt eines Schadens bereits bekannt ist. Art. 396 enthält beide Prinzipien. Es ist daher nicht eindeutig, auf welches dieser beiden Prinzipien er sich in diesem Fall bezieht, bzw. ob er i. d. Z. überhaupt eine Unterscheidung vornimmt.

⁷⁵¹ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 69.

⁷⁵² Art. 277 Abs. 4 Verfassung von Ecuador; Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 78 f.

⁷⁵³ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 79; vgl. Ávila Santamaría, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (286 f.).

⁷⁵⁴ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 80.

riskieren (Geeignetheit). Zweitens sind die am wenigsten schädlichen Methoden, Handlungen und Werkzeuge, welche die geringstmöglichen Umweltauswirkungen verursachen, zu verwenden (Notwendigkeit). Drittens muss gem. Art. 3 Abs. 3 des Umweltgesetzes die Bedeutung für das *buen vivir* umso größer sein, je stärker die Natur beeinträchtigt wird (Verhältnismäßigkeit).⁷⁵⁵ Selbst wenn ein Projekt einem legitimen Zweck in einer demokratischen Gesellschaft dient, darf es einer weiteren Entscheidung des Gerichtshofes zufolge nicht verwirklicht werden, wenn es unverhältnismäßige Opfer mit sich bringt.⁷⁵⁶

Eingriffe in die RdN sind deshalb insb. durch das für das *buen vivir* Notwendige begrenzt,⁷⁵⁷ sodass Eingriffe für „Luxuskonsum“ oder „die Akkumulation von Kapital“ jedenfalls unzulässig sind.⁷⁵⁸ Die Abgrenzung könnte sich allerdings im Einzelfall schwierig gestalten.⁷⁵⁹

Ob auch Eingriffsschranken bestehen bzw. die RdN einen „unberührbaren Kernbereich“ haben,⁷⁶⁰ ist der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes nicht eindeutig zu entnehmen. Ein Hinweis darauf könnte ihr insoweit entnommen werden, als der Gerichtshof bereits feststellte, dass Aktivitäten, die zum Aussterben von Arten, zur Zerstörung von Ökosystemen sowie zur dauerhaften Veränderung der natürlichen Zyklen führen können, verboten sind.⁷⁶¹ Das Aussterben einer Art verglich der Gerichtshof sogar mit Genozid,⁷⁶² sodass angenommen werden kann, dass dies keinesfalls gerechtfertigt werden kann. Für eine entsprechende Annahme spricht weiters die Feststellung des Gerichtshofes, wonach Eingriffe zur Erreichung des *buen vivir* nur zulässig sind, wenn diese einen „Mangrovenwald nicht in Gefahr bringen“.⁷⁶³ Gem. Gutmann könnte weiters die Bestimmung des Art. 73 2. Satz, wonach die Einführung von Organismen oder Material verboten ist, die das genetische Nationalerbe verändern können, zu diesem Kernbereich zählen.⁷⁶⁴ Da es sich

⁷⁵⁵ Corte Constitucional 27. 1. 2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 62; Hervorhebungen bereits im Originaltext; vgl. *Solano Paucay/Marín*, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 7 (20).

⁷⁵⁶ Corte Constitucional 27. 1. 2022, 273-19-JP (Sinangoe) Rz. 33.

⁷⁵⁷ *Zaffaroni*, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 3 (25); s. i. d. Z. auch *Bertel*, Juridikum 2016/4, 451 (457).

⁷⁵⁸ *Gudynas*, Revista de Estudios Sociales 2009/1, 34 (43, 40); *Gudynas*, in: G. Weber 83 (88, 95).

⁷⁵⁹ *Ramírez*, Revista Argentina de Teoría Jurídica 2011, 26 (31 insb. Fn. 5).

⁷⁶⁰ *Gutmann*, Rechtssubjektivität 213.

⁷⁶¹ Corte Constitucional 27. 1. 2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 111; i. d. S. *Gutmann*, Rechtssubjektivität 212 mit Verweis auf *Gudynas*, in: Acosta/Martínez 239 (261); ähnl. *Ramírez*, Revista Argentina de Teoría Jurídica 2011, 26 (31) mit Verweis auf *Gudynas*, Revista de Estudios Sociales 2009/1, 34 (42).

⁷⁶² Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 68; vgl. *Redín Guerrero*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 14 (23); s. bereits Abschnitt B.II.4.a)aa).

⁷⁶³ Corte Constitucional 8. 9. 2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 79; vgl. *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (286).

⁷⁶⁴ *Gutmann*, Rechtssubjektivität 212 f.

aufgrund der in Art. 401 der Verfassung vorgesehenen Ausnahmenmöglichkeit nicht um ein absolutes Verbot handelt, ist davon aber m. E. nicht auszugehen.

In der nicht ecuadorianischen Literatur wird vielfach die Widersprüchlichkeit der ecuadorianischen Verfassung kritisiert, da die Natur zwar geschützt, ihre Nutzung durch die Menschen aber auch ausdrücklich erlaubt wurde.⁷⁶⁵ Gem. Gudynas wurde hingegen versucht, eine gewisse „Balance“ zwischen den verschiedenen sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen herzustellen.⁷⁶⁶ Außerdem betonen andere Stimmen in der Literatur, darunter insb. Martínez/Acosta, dass die Menschenrechte und die RdN eng miteinander verbunden sind, da Erstere ohne Respekt vor den RdN nicht gewährleistet werden können.⁷⁶⁷ Während das Umweltrecht die Menschenrechte schützt, schützen die RdN „Lebenszyklen und diverse Evolutionsprozesse, nicht nur bedrohte Arten und Naturschutzgebiete“, sodass beide eng miteinander verbunden sind und gleichzeitig angewandt werden müssen.⁷⁶⁸ Eine ähnliche „Verwobenheit“ von RdN und menschlichen Rechten wird auch aus der Perspektive von einigen indigenen Gemeinschaften wahrgenommen.⁷⁶⁹ In Übereinstimmung damit gelangte der Verfassungsgerichtshof in vielen Fällen zu dem Ergebnis, dass sowohl die RdN als auch Menschenrechte, darunter z. B. das Recht auf Gesundheit, das Recht auf eine gesunde Umwelt, das Recht auf Wasser, das Recht auf einen sicheren Lebensraum oder das Recht auf vorherige Konsultation, verletzt wurden.⁷⁷⁰

Die Gleichstellung von Menschenrechten und RdN in der Verfassung hat gem. Kersten den Vorteil, dass es zu harten aber fairen Rechtskonflikten zwischen der Gesellschaft und der Wirtschaft auf der einen Seite sowie der Natur auf der anderen

⁷⁶⁵ *Jaria i Manzano*, in: Percival/Lin/Piermattei 48 (53 f.); *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, Transnational Environmental Law 2017/3, 401 (425); *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (435); *Fitz-Henry*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/1, 5 (9); ähnl. *Gutmann*, Rechtssubjektivität 17.

⁷⁶⁶ *Gudynas*, in: G. Weber 83 (90).

⁷⁶⁷ *Martínez/Acosta*, Revista Direito e Práxis 2017/4, 2927 (2942); vgl. auch *Acosta*, in: Adloff/Busse 119 (131).

⁷⁶⁸ *Martínez/Acosta*, Revista Direito e Práxis 2017/4, 2927 (2943).

⁷⁶⁹ *Gutmann*, Rechtssubjektivität 197 f.; *Gutmann*, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocarú/Reder 275 (284); *Guzmán*, Forest 56, 74; krit. *Tănăsescu/Macpherson/Jefferson/Torres Ventura*, The International Journal of Human Rights 2024/07 Feb, 1 (14 ff.).

⁷⁷⁰ Vgl. z. B. Corte Constitucional para el periodo de transición 16. 7. 2009, 0567-08-RA (Pronaca); Corte Constitucional 16. 5. 2018, 0047-09-IS (Alpayacu); Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros); Corte Constitucional 15. 12. 2021, 1185-20-JP (Río Aquepi); Corte Constitucional 19. 1. 2022, 2167-21-EP (Río Monjas); vgl. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (391), *Gutmann*, Rechtssubjektivität 196, 247; *Gutmann*, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocarú/Reder 275 (284); *Ewering/Gutmann/Vetter*, Finding a path to Europe for the rights of nature, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions (2024) 180 (181 f.); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (285 ff.); dazu krit. *Tănăsescu/Macpherson/Jefferson/Torres Ventura*, The International Journal of Human Rights 2024/07 Feb, 1 (12 ff.).

Seite kommen kann, bei denen die Natur keine passive Akteurin ist.⁷⁷¹ Dies unterscheidet die RdN gem. Viciano Pastor auch von den „traditionellen Umweltrechten“. ⁷⁷² Denn es hat gem. Colon-Rios zur Folge, dass i. d. R. eine Abwägung von RdN und Menschenrechten erfolgen muss, wobei manchmal den RdN, manchmal den Menschenrechten mehr Gewicht eingeräumt wird.⁷⁷³ Der Vorschlag von Pietari, eine „Hierarchie von Rechten“ einzuführen,⁷⁷⁴ erscheint vor diesem Hintergrund nicht wünschenswert, da sie eben diesen Konflikt verhindern würde.

6. Vertretung

a) Allgemeine Vertretungsbefugnisse

Gem. Art. 71 2. Satz kann „[j]ede Person, Gemeinschaft, jedes Volk oder jede Nationalität vor der öffentlichen Gewalt die Einhaltung der Rechte der Natur verlangen“. Weiters muss der Staat Anreize schaffen, damit natürliche und juristische Personen sowie Kollektive die Natur schützen.⁷⁷⁵ Der Lesart des Art. 9 Gesetz über rechtliche Garantien und Verfassungskontrolle, wonach dieses Recht nur „betroffenen Personen“ zusteht,⁷⁷⁶ folgte der Verfassungsgerichtshof nicht.⁷⁷⁷ Sofern in dieser Bestimmung eine verfassungswidrige Einschränkung des Verfassungsrechts

⁷⁷¹ *Kersten*, Who Needs Rights of Nature?, in: Tabios Hillebrecht/Berros (Hrsg.), Can Nature Have Rights?, Legal and Political Insights, RCC Perspectives 2017/6, 9 (13); vgl. *Adloff/Busse*, Welche Rechte braucht die Natur?, Eine Einleitung und ein Vorschlag, in: *Adloff/Busse* (Hrsg.), Welche Rechte braucht die Natur?, (2021) 9 (14); s. auch *Harden-Davies/Humphries/Maloney/Wright/Gjerde/Vierros*, Marine Policy 2020/12, 1 (7).

⁷⁷² Vgl. *Viciano Pastor*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 137 (148).

⁷⁷³ *Colon-Rios*, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy 120 (132).

⁷⁷⁴ *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (90 f.).

⁷⁷⁵ Vgl. *Viciano Pastor*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 137 (146 f.); *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (51); *Bagni*, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* 111 (120); *Gordon*, *Columbia Journal of Environmental Law* 2018/1, 49 (54); *Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, *Ecology Law Quarterly* 2018/4, 787 (795); *Bertel*, *Juridikum* 2016/4, 451 (457); *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (579); *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 186; *Acosta*, in: *Adloff/Busse* 119 (130); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 8.

⁷⁷⁶ S. insb. *Prieto Méndez*, *Derechos* 92 Fn. 146, 177 ff.; i. d. S. auch *Unidad judicial multicompetente con sede en el cantón Colta* 10. 12. 2014, 06334-2014-1546 (Tangabana); vgl. *Kauffman/Martin*, *World Development* 2017/3, 130 (135); *Kauffman/Martin*, *Politics* 93; *Boyd*, *Nature* 182; *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (54); *Guzmán*, *Forest* 43, 49; *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (581); *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 188.

⁷⁷⁷ Vgl. Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 6; Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 14; und insb. Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 57, 157 ff., 164.

vorgenommen wurde, wovon m. E. nicht zweifelsfrei auszugehen ist,⁷⁷⁸ ist sie somit nicht anwendbar.⁷⁷⁹ Eine persönliche Betroffenheit ist folglich nicht erforderlich.⁷⁸⁰ Mit Art. 38 Allgemeines Verfahrensgesetz und Art. 304 Umweltgesetz wurde zudem klargestellt, dass auch juristische Personen vertretungsbefugt sind.⁷⁸¹

Das Recht, die Einhaltung der RdN zu verlangen, kann weiters kollektiv ausgeübt werden.⁷⁸² Dies ist gem. Prieto Méndez bemerkenswert, weil RdN ihm zufolge keine kollektiven Rechte sind und nach der Theorie der subjektiven Rechte nicht geltend gemacht werden könnten.⁷⁸³ Zur Geltendmachung sind überdies „Gemeinschaften“ (*comunidades*), „Völker“ (*pueblos*) oder „Nationalitäten“ (*nacionalidades*) berechtigt. Diese Begriffe wurden in der Verfassung häufig i. Z. m. den Rechten von indigenen Gemeinschaften, des afroecuadorianischen Volks und des Montubio-Volks erwähnt,⁷⁸⁴ sodass diese damit gemeint sein könnten.⁷⁸⁵ Das hätte zur Folge, dass sich der Begriff „Nationalität“ nicht auf Personen mit anderen Staatsbürgerschaften bezieht, wovon in der Literatur überwiegend ausgegangen wird.⁷⁸⁶ Jedoch schließt dies nicht aus, dass auch Bürger:innen anderer Nationalitäten die Einhaltung der RdN verlangen können, da sich der Verfassungsgerichtshof nicht gegenteilig äußerte, als ihm eine Beschwerde zweier US-Bürger:innen vorgelegt wurde.⁷⁸⁷

Bislang befasste sich der Verfassungsgerichtshof mit Klagen, die von ecuadorianischen Bürger:innen,⁷⁸⁸ Gerichtsvertreter:innen (*procuradores*), Gemeindebe-

⁷⁷⁸ M. E. könnte Art. 9 auch dahin gehend verstanden werden, dass lediglich eine Definition von „betroffenen Personen“ vorgenommen wurde, ohne eine „Betroffenheit“ als Voraussetzung für die Geltendmachung von Verfassungsrechten zu verlangen.

⁷⁷⁹ Prieto Méndez, *Derechos* 178 f.; vgl. Gutmann, *Rechtssubjektivität* 188 f.

⁷⁸⁰ Art. 304 Umweltgesetz; vgl. Tănăsescu, *International Journal of Environmental Studies* 2013/6, 846 (856); Zaffaroni, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 3 (25); Gutmann, *Rechtssubjektivität* 189.

⁷⁸¹ Vgl. tw. Gutmann, *Rechtssubjektivität* 186.

⁷⁸² Art. 304 Umweltgesetz; Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 6; Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 14; vgl. Gordon, *Columbia Journal of Environmental Law* 2018/1, 49 (54); Schimmöller, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (579); Gutmann, *Rechtssubjektivität* 186.

⁷⁸³ Prieto Méndez, *Derechos* 92; vgl. Grefa Valencia/Sacher Freslon, *Ius Humani* 2023/2, 1 (8).

⁷⁸⁴ Art. 56 ff., 171 Verfassung von Ecuador.

⁷⁸⁵ I. d. S. auch Gutmann, *Rechtssubjektivität* 187.

⁷⁸⁶ Kauffman/Martin, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (51); Kauffman/Martin, *Politics* 66; Tănăsescu, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (437 f.); Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon, *Ecology Law Quarterly* 2018/4, 787 (795); Bertel, *Juridikum* 2016/4, 451 (457); Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 8.

⁷⁸⁷ Corte Constitucional 23.3.2018, 0032-12-IS (Vilcabamba).

⁷⁸⁸ Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras) Rz. 1; Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 4; Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 24.

wohner:innen,⁷⁸⁹ Kantonsvorsteher:innen,⁷⁹⁰ Umweltorganisationen,⁷⁹¹ indigenen Gemeinschaften,⁷⁹² einer Landarbeiter:innenvereinigung,⁷⁹³ einer regionalen Bergbaubehörde⁷⁹⁴ sowie dem Umweltministerium einer autonomen Provinz⁷⁹⁵ zum Schutz der RdN erhoben wurden. In Übereinstimmung mit Art. 71 stellte er zudem fest, dass die Bürger:innen nicht nur das Recht, sondern ebenso die Verantwortung haben, über die Einhaltung und wirksame Durchsetzung der RdN zu wachen.⁷⁹⁶

In der Literatur wird es hingegen überwiegend kritisch gesehen, dass jede Person berechtigt ist, die Natur zu vertreten und dadurch auch die Möglichkeit erhielt, ihren eigenen Interessen Geltung zu verschaffen.⁷⁹⁷ Die RdN würden deshalb nur zur Untermauerung von Klagen verwendet werden, die eigentlich dem Schutz der Menschenrechte dienen.⁷⁹⁸ Anlass für diese Kritik gab insb. das erste Verfahren, in dem die ecuadorianischen RdN von einem Gericht zuerkannt wurden. In diesem Verfahren wurde eine Klage im Namen der Natur sowie insb. des Flusses Vilcabamba erhoben, weil nicht genehmigte Straßenbauarbeiten entlang des Flusses zu Überflutungen geführt hatten.⁷⁹⁹ Die Tatsache, dass die Kläger:innen Grundeigentümer:innen mit US-amerikanischer Staatsbürgerschaft waren und damit, wie vermutet

⁷⁸⁹ Diese sind, wie z. B. auch im spanischen Rechtssystem, für die Einbringung und Zustimmung von Schriftsätzen bei Gericht zuständig. Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 1.

⁷⁹⁰ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 17.

⁷⁹¹ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 1.

⁷⁹² Corte Constitucional 11.3.2015, 0796-12-EP (El Verdum) 2; Corte Constitucional 27.1.2022, 273-19-JP (Sinangoe); vgl. Ávila Santamaría, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (288).

⁷⁹³ Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 1.

⁷⁹⁴ Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza) 1.

⁷⁹⁵ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 1; vgl. Ávila Santamaría, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (284 f.).

⁷⁹⁶ Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 14.

⁷⁹⁷ Zaffaroni, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández 3 (25); Gutmann, *Rechtssubjektivität* 194.

⁷⁹⁸ Vernaza Arroyo/Cutié Mustelie, *Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla* 2022/1, 285 (303, 306 f.).

⁷⁹⁹ Corte Provincial de Justicia de Loja 30.3.2011, 11121-2011-0010 (Vilcabamba); s. insb. Kotzé/Villavicencio Calzadilla, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (427 ff.); Daly, *Review of European Community & International Environmental Law* 2012/1, 63 (64 f.); Burdon/Williams, in: Fisher 196 (201); Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon, *Ecology Law Quarterly* 2018/4, 787 (795 ff.); Colon-Rios, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy 120 (127 ff.); Suarez, *Defending Nature: Challenges and Obstacles in Defending the Rights of Nature*, library.fes.de/pdf-files/bueros/quito/10386.pdf (Stand 2.7.2024) 5 ff.; Borràs, *Transnational Environmental Law* 2016/1, 113 (139); Bedón Garzón, *Veredas do Direito* 2017/1, 13 (13); Cyrus R. Vance *Center for International Justice et al.*, Rivers 34; Berros, in: Tabios Hillebrecht/Berros 37 (38); Viciano Pastor, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 137 (151); Echeverría/Bustamante Romo Leroux, in: La Follette/Maser 279 (289); Kauffman/Martin, *Politics* 94 ff.; Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 13 f.

wurde, Eigeninteressen verfolgten, wurde in der Literatur kritisch betrachtet und als Beleg dafür gewertet, dass die RdN für andere Motive missbraucht werden könnten.⁸⁰⁰ Zudem wurde die Befürchtung geäußert, dass umweltschädliche Projekte in ärmere Regionen verlegt werden könnten, in denen sich die Bewohner:innen keine Rechtsverfahren leisten können.⁸⁰¹ Kritisiert wurde im konkreten Fall außerdem, dass das erkennende Gericht die lokale Bevölkerung und deren Interesse am Straßenbau nicht berücksichtigt hatte.⁸⁰² Diesbezüglich ist allerdings festzuhalten, dass das in zweiter und letzter Instanz⁸⁰³ entscheidende Provinzgericht Loja ausdrücklich festhielt, dass nicht die Straße selbst Gegenstand des Verfahrens war, sondern die Art und Weise, wie diese gebaut wurde – nämlich ohne Genehmigung – wodurch die RdN verletzt wurden.⁸⁰⁴ Ähnliche Feststellungen traf später auch der Verfassungsgerichtshof. In der Literatur finden sich auch gegenteilige Auffassungen, wonach die weite Vertretungs- bzw. Klagebefugnis ebenso Vorteile mit sich bringen kann. Denn die Wiederherstellung zerstörter Natur kann selbst dann verlangt werden, wenn niemand unmittelbar betroffen ist oder die betroffenen Personen nicht die entsprechenden Mittel haben. Ebenso sei dadurch die Durchsetzung von Garantien möglich, wie z. B. die Anwendung des Vorsorgeprinzips, sodass Schäden bereits im Vorhinein vermieden werden können.⁸⁰⁵

b) Verteidigungsstelle für Menschenrechte (*Defensoría del Pueblo*)

In der verfassungsgebenden Versammlung wurde die Einrichtung einer Ombudsperson als gesetzlicher Vormund für die RdN vorgeschlagen, weil das Um-

⁸⁰⁰ *Rühs/Jones*, Sustainability 2016/2, 174 (12); *Fish*, Homogenizing Community, Homogenizing Nature: An Analysis of Conflicting Rights in the Rights of Nature Debate, Stanford Undergraduate Research Journal 2013, 6 (8); *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (303 f.); a. A. die KlägerInnen selbst *Huddle*, World's First Successful Rights of Nature Lawsuit, Kosmos Journal 2013/2, www.kosmosjournal.org/article/worlds-first-successful-rights-of-nature-lawsuit-2/ (nicht mehr abrufbar, Kopie bei der Autorin); vgl. *Gutmann*, Rechtssubjektivität 200.

⁸⁰¹ *Rühs/Jones*, Sustainability 2016/2, 174 (12).

⁸⁰² *Fish*, Stanford Undergraduate Research Journal 2013, 6 (8).

⁸⁰³ Das Urteil wurde nach Ansicht der Kläger:innen nicht vollständig umgesetzt, weshalb sie den Verfassungsgerichtshof anriefen, der 2018 feststellte, dass die vom Provinzgericht aufgetragenen Maßnahmen umgesetzt worden sind, s. Corte Constitucional 23. 3. 2018, 0032-12-IS (Vilcabamba); vgl. *Bagni*, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* 111 (122); *Viciano Pastor*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 137 (151); *Colon-Rios*, in: *Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy* 120 (130); *Suarez*, Nature 10; *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: *La Follette/Maser* 279 (289); *Kauffman/Martin*, Politics 94.

⁸⁰⁴ Corte Provincial de Justicia de Loja 30. 3. 2011, 11121-2011-0010 (Vilcabamba); vgl. *Berros*, in: *Tabios Hillebrecht/Berros* 37 (39); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 34; *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, Transnational Environmental Law 2017/3, 401 (428).

⁸⁰⁵ *Valladares/Boelens*, Environmental Politics 2017/6, 1015 (1028).

weltministerium für diese Aufgabe als zu politisch und daher als inadäquat erachtet wurde. Gem. Tănăsescu fand dieser Vorschlag schließlich nicht Eingang in die Verfassung.⁸⁰⁶ In Art. 399 wurde allerdings sehr wohl eine „Verteidigungsstelle für die Umwelt und Natur“ (*Defensoría del Ambiente y la Naturaleza*) vorgesehen, die jedoch noch nicht eingerichtet wurde. Stattdessen wurde dem „Verteidiger für Menschenrechte“ (*Defensor del Pueblo*) mit dem im Jahr 2009 erlassenen Gesetz über rechtliche Garantien und Verfassungskontrolle das Recht gewährt, die Einhaltung der RdN zu verlangen.⁸⁰⁷ Er übernahm zudem die Aufgabe, nicht nur die Menschenrechte, sondern auch die RdN zu schützen und zu fördern.⁸⁰⁸ Dass dies verfassungskonform ist, wurde 2019 vom Verfassungsgerichtshof bestätigt.⁸⁰⁹

Die „Verteidigungsstelle für Menschenrechte“ (*Defensoría del Pueblo*) ist gem. dem im Jahr 2019 erlassenen Gesetz über die Verteidigungsstelle für Menschenrechte⁸¹⁰ ein unabhängiges Organ des öffentlichen Rechts der Staatsfunktion „Transparenz und Sozialen Kontrolle“ mit Rechtspersönlichkeit und administrativer, finanzieller und budgetärer Autonomie.⁸¹¹ Ihr steht der oder die Verteidiger:in vor, welche:r für jeweils fünf Jahre von der Nationalversammlung ernannt wird, maximal einmal wiedergewählt werden kann⁸¹² sowie Immunität genießt.⁸¹³ Zu den Aufgaben der Verteidigungsstelle zählen u. a. die Unterstützung von Bürger:innen bei der Einbringung von Klagen; die Ergreifung von Maßnahmen zum Schutz der RdN bzw. die Beantragung der Verfolgung und Sanktionierung von Rechtsverletzungen; die Konzeption von Wissensmanagement- und Forschungssystemen sowie Sensibilisierungs- und Bildungsprogrammen; die Ermittlung von potenziellen Rechtsverletzungen inkl. Vor-Ort-Besuchen; die Abgabe von Stellungnahmen, Berichten, Warnungen u. a.; die Überwachung von Verwaltungs- und Gerichtsverfahren; die Erhebung von Beschwerden über die Verfassungswidrigkeit von Normen; die Vorlage von Entscheidungen an den Verfassungsgerichtshof; die Weiterverfolgung von

⁸⁰⁶ Tănăsescu, *International Journal of Environmental Studies* 2013/6, 846 (852); auch zitiert von Gutmann, *Rechtssubjektivität* 186.

⁸⁰⁷ Art. 9 Gesetz über rechtliche Garantien und Verfassungskontrolle; s. auch Art. 38 Allgemeines Verfahrensgesetz; vgl. Schimmöller, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (579); Gutmann, *Rechtssubjektivität* 186 f.

⁸⁰⁸ Art. 1, 10 ff. Reglamento Orgánico Funcional de la Defensoría del Pueblo (Verfügung über die Volksanwaltschaft), veröffentlicht im Registro Oficial 74 am 25.11.2009; vgl. Naranjo Rivas, *Derechos de la naturaleza y la gestión de la defensoría del pueblo de Ecuador*, repositorio.flacsoandes.edu.ec/bitstream/10469/10206/2/TFLACSO-2016MPNR.pdf (Stand 2.7.2024) 40 f.

⁸⁰⁹ Corte Constitucional 14.3.2019, 0003-19-OP (Defensoría del Pueblo) Rz. 42 ff.; Ávila Santamaría, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (286).

⁸¹⁰ Ley Orgánica de la Defensoría del Pueblo (Gesetz über die Defensoría del Pueblo), veröffentlicht im Registro Oficial 481 am 6.5.2019.

⁸¹¹ Art. 1, 4 Gesetz über die Defensoría del Pueblo; i. d. S. auch Ávila Linzán, in: Ávila Santamaría, *La Constitución* 227 (265).

⁸¹² Art. 8 Gesetz über die Defensoría del Pueblo.

⁸¹³ Art. 10 Gesetz über die Defensoría del Pueblo.

Gerichtsurteilen, wenn dies das Gericht anordnet; oder die Beantragung von vorbeugenden Maßnahmen.⁸¹⁴

7. Rechtsdurchsetzung

a) Die verfügbaren Rechtsbehelfe

In der englischsprachigen Literatur wird tw. die Auffassung vertreten, dass die RdN nicht durchsetzbar seien, weil unklar sei, wer Klagen im Namen der Natur erheben könne, Ecuador keine klare *standing doctrine* habe, sowie den Bürger:innen nicht klar sei, welche Nachweise sie erbringen müssten, um die Voraussetzungen für *standing* zu erfüllen, und an welche Gerichte sie sich wenden könnten.⁸¹⁵ Teilweise wird auch angenommen, dass die Verfassungsbestimmungen nicht unmittelbar anwendbar seien und somit weitere Umsetzungsakte erforderlich seien, um die Rechtsdurchsetzung zu ermöglichen.⁸¹⁶ Hierzu ist festzuhalten, dass die Verfassung für all diese Fragen Antworten bereithält,⁸¹⁷ die vom Verfassungsgerichtshof nach und nach bestätigt werden:

Zur Durchsetzung der RdN sind, wie bereits im vorigen Abschnitt dargestellt, natürliche und juristische Personen, Gemeinschaften, Völker und Nationalitäten sowie die Verteidigungsstelle für Menschenrechte, einzeln oder im Kollektiv, berechtigt.⁸¹⁸ Für die Anwendung und Interpretation dieses Rechts sind gem. Art. 71 die in der Verfassung festgelegten Prinzipien zu beachten. Gem. den „Prinzipien über die Anwendung der Rechte“ sind alle Verfassungsrechte und -garantien, somit auch Art. 71, unmittelbar anwendbar. Die Verfassungsrechte können individuell oder kollektiv von den zuständigen Behörden eingefordert werden und sind voll justiziabel. Das Fehlen einer gesetzlichen Umsetzung kann somit nicht geltend gemacht werden, um eine Klage abzuweisen.⁸¹⁹

Gem. Art. 86 Abs. 1 der Verfassung kann „[j]ede Person, Personengruppe, Gemeinschaft, jedes Volk oder jede Nationalität die in der Verfassung vorgesehenen

⁸¹⁴ Art. 6 Gesetz über die Defensoría del Pueblo; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 84; *Naranjo Rivas*, Derechos 41 f.

⁸¹⁵ *Whittemore*, Pacific Rim Law & Policy Journal Association 2011/3, 659 (665 ff.); *Rühls/Jones*, Sustainability 2016/2, 174 (11 f.); *Bassi*, Oregon Review of International Law 2009/2, 461 (462 ff.); *Sheber*, Hastings Environmental Law Journal 2020/1, 147 (156); *Darpö*, Nature 20.

⁸¹⁶ *Bassi*, Oregon Review of International Law 2009/2, 461 (462 ff.).

⁸¹⁷ I. d. S. auch *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, Transnational Environmental Law 2017/3, 401 (419); *Colon-Rios*, in: *Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy* 120 (126).

⁸¹⁸ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 11; vgl. *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (436 ff.); *Pietari*, Williamette Environmental Law Journal 2016/2, 37 (42); *Guim/Livernmore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1357); *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía 60.

⁸¹⁹ Art. 11 Abs. 1 und 3 Verfassung von Ecuador, s. bereits ausführl. Abschnitt B.II.2.

Klagen erheben“.⁸²⁰ Dies gilt, wie der Verfassungsgerichtshof bestätigte, auch in Bezug auf die RdN.⁸²¹ In der Verfassung wurden mehrere Klagen zum Schutz der Verfassungsrechte vorgesehen.⁸²² Die Verfassungsklage (*acción de protección*) wurde mit der Verfassung von 2008 eingeführt.⁸²³ Dabei handelt es sich um eine Popularklage, die den niederschweligen Zugang zur Verfassungsgerichtsbarkeit ermöglicht, wenn ein Verfassungsrecht verletzt wird, ohne dass das Vorliegen weiterer Voraussetzungen oder eines persönlichen Interesses nachgewiesen werden muss. Stattdessen wird gem. Prieto Méndez ein generelles Interesse der Bürger:innen daran angenommen, dass sich keine Rechtsverletzungen ereignen.⁸²⁴ Die Verfassungsklage kann erhoben werden, wenn ein Verfassungsrecht durch Handlungen oder Unterlassungen einer Behörde verletzt wird; gegen öffentliche Politiken, die den Genuss eines Verfassungsrechts entziehen; oder wenn die Verletzung von natürlichen oder juristischen Personen ausgeht und diese öffentliche Dienstleistungen erbringen, schwere Schäden verursachen, oder wenn sich die betroffene Person in einem Zustand der Unterordnung, Wehrlosigkeit oder Diskriminierung befindet.⁸²⁵ Daher ist die Verfassungsklage zur Durchsetzung der RdN geeignet, insb. wenn keine anderen Rechtsbehelfe zur Verfügung stehen.⁸²⁶

Weiters kann mit der „*habeas corpus*-Klage“ (*acción de hábeas corpus*) eine unrechtmäßig entzogene Freiheit wiedererlangt oder das Leben und die physische

⁸²⁰ S. auch Art. 439 Verfassung von Ecuador; vgl. Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas) 6; vgl. Prieto Méndez, Derechos 176; Gutmann, Rechtssubjektivität 253.

⁸²¹ Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) 157 ff.; i. d. S. auch Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (299 ff.).

⁸²² Art. 88 ff., 436 Abs. 2 Verfassung von Ecuador; vgl. Prieto Méndez, Derechos 174 Fn. 278; Kotzé/Villavicencio Calzadilla, Transnational Environmental Law 2017/3, 401 (419); Guamán/Aparicio, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (248); tw. auch Kauffman/Martin, World Development 2017/3, 130 (133); Bedón Garzón, Veredas do Direito 2017/1, 13 (11).

⁸²³ Prieto Méndez, Derechos 173; Daly, Review of European Community & International Environmental Law 2012/1, 63 (63). Das *amparo*-Verfahren wurde bereits mit der Verfassung 1998 in Ecuador eingeführt, kam jedoch nur in schwerwiegenden Fällen zur Anwendung.

⁸²⁴ Prieto Méndez, Derechos 177; Esborraz, Revista Derecho del Estado 2016/1, 93 (119); vgl. auch Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (50); Schoukens, Rights of Nature in the European Union: Contemplating the Operationalization of an Eco-Centric Concept in an Anthropocentric Environment?, in: Pereira/Saramago (Hrsg.), Non-human nature in world politics (2020), 205 (210); abw. Bassi, Oregon Review of International Law 2009/2, 461 (465).

⁸²⁵ Art. 88 Verfassung von Ecuador; Art. 39 ff. Gesetz über rechtliche Garantien und Verfassungskontrolle; vgl. Guamán/Aparicio, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (248); Gutmann, Rechtssubjektivität 253; Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (301).

⁸²⁶ Art. 39 2. Hs., Art. 42 Abs. 4 Gesetz über rechtliche Garantien und Verfassungskontrolle; Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 167; vgl. Gutmann, Rechtssubjektivität 253 f.; Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza, Guía 61.

Integrität von Personen, deren Freiheit entzogen wurde, geschützt werden.⁸²⁷ Die „Klage wegen Nichterfüllung“ (*acción por incumplimiento*) kann im Falle der Nichtumsetzung von Gerichtsurteilen oder internationalen Menschenrechtsberichten erhoben werden, wenn diese eine klare, ausdrückliche und fällige Verpflichtung enthalten.⁸²⁸ Die „außerordentliche Verfassungsklage“ (*acción extraordinaria de protección*) kann nach Erschöpfung anderer ordentlicher und außerordentlicher Rechtsmittel gegen Gerichtsurteile und Beschlüsse erhoben werden, die Verfassungsrechte verletzen.⁸²⁹ Die „Klage wegen Verfassungswidrigkeit“ (*acción pública de inconstitucionalidad*) kann gegen Gesetze und generelle Rechtsakte der Verwaltung erhoben werden.⁸³⁰ Zudem können gemeinsam oder unabhängig von diesen Klagen „Vorsichtsmaßnahmen“ (*medidas cautelares*) zur Vermeidung oder Beendigung von Rechtsverletzungen bzw. Umweltschäden beantragt werden.⁸³¹ In diesem Fall gilt die Beweislastumkehr, sodass die Betreiber:innen oder Beklagten das Nichtvorliegen eines Schadens beweisen müssen.⁸³² Das Vorliegen von wissenschaftlicher Unsicherheit ist gem. dem Verfassungsgerichtshof für die Anordnung von Vorsichtsmaßnahmen nicht erforderlich.⁸³³

Die Verfassungsklage und die *habeas corpus*-Klage sind beim Gericht jener Gemeinde einzubringen, in der sich die Rechtsverletzung ereignete oder einzutreten droht.⁸³⁴ Gegen dessen Entscheidung kann Beschwerde an das Provinzgericht erhoben werden.⁸³⁵ Alle Gerichtsentscheidungen sind dem Verfassungsgerichtshof zu übermitteln,⁸³⁶ der in neuartigen oder für den Schutz der Verfassungsrechte wichtigen Verfahren allgemein verbindliche Entscheidungen treffen kann.⁸³⁷ Klagen wegen

⁸²⁷ Art. 89 Verfassung von Ecuador.

⁸²⁸ Art. 93 Verfassung von Ecuador; vgl. Gutmann, Rechtssubjektivität 252.

⁸²⁹ Art. 94 Verfassung von Ecuador; vgl. Escobar García, in: Ávila Santamaría 285 (345 ff.).

⁸³⁰ Art. 98 Gesetz über rechtliche Garantien und Verfassungskontrolle; vgl. Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha) 9 f.; Escobar García, in: Ávila Santamaría 285 (313 ff.); Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (302).

⁸³¹ Art. 87, 397 Abs. 1 Verfassung von Ecuador; Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 162; vgl. Bedón Garzón, Veredas do Direito 2017/1, 13 (11 f.); Prieto Méndez, Derechos 174 Fn. 278.

⁸³² Art. 397 Abs. 1 letzter Satz Verfassung von Ecuador; Corte Constitucional 27.1.2022, 273-19-JP (Sinangoe) Rz. 137; vgl. Prieto Méndez, Derechos 149 f.; Mariqueo-Russell, Rights of Nature and the Precautionary Principle, in: Tabios Hillebrecht/Berros (Hrsg.), Can Nature Have Rights?, Legal and Political Insights, RCC Perspectives 2017/6, 21 (24); Whittemore, Pacific Rim Law & Policy Journal Association 2011/3, 659 (687).

⁸³³ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 163.

⁸³⁴ Art. 86 Abs. 2 Verfassung von Ecuador; vgl. Gutmann, Rechtssubjektivität 48.

⁸³⁵ Art. 86 Abs. 3 Verfassung von Ecuador; vgl. Gutmann, Rechtssubjektivität 252.

⁸³⁶ Art. 86 Abs. 5 Verfassung von Ecuador.

⁸³⁷ Art. 436 Abs. 6 Verfassung von Ecuador; vgl. Echeverría/Bustamante Romo Leroux, in: La Follette/Maser 279 (290); Gutmann, Rechtssubjektivität 252; Greene, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 4 (5).

Verfassungswidrigkeit, Nichterfüllung und außerordentliche Verfassungsklagen sind direkt beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.⁸³⁸ Zudem besteht gem. dem Umweltgesetz die Möglichkeit, bei der nationalen Umweltbehörde Handlungen oder Maßnahmen zum Schutz der Natur zu beantragen (*tutela jurídica administrativa*).⁸³⁹

Die Verfassungsklage wird i. d. R. als das geeignetste Instrument zur Durchsetzung der RdN betrachtet.⁸⁴⁰ Der Verfassungsgerichtshof behandelte aber auch außerordentliche Verfassungsklagen,⁸⁴¹ Klagen wegen Verfassungswidrigkeit von Regierungsbeschlüssen und Gesetzen,⁸⁴² Klagen wegen Nichterfüllung⁸⁴³ sowie eine *habeas corpus*-Klage,⁸⁴⁴ die zum Schutz der RdN erhoben wurden. Bemerkenswert ist i. d. Z. außerdem, dass sich der Verfassungsgerichtshof als verpflichtet erachtet, in seinen Entscheidungen sämtliche betroffenen Parteien zu berücksichtigen, somit auch „die Natur“.⁸⁴⁵ Die Rechtsträgerin ist der Literatur zufolge daher auch eines jener Subjekte, das in einem Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren konsultiert werden muss.⁸⁴⁶ Den Ausführungen des Gerichtshofes zufolge könnte sie in einem solchen Fall durch die Verteidigungsstelle für Menschenrechte vertreten werden.⁸⁴⁷

b) Die erforderlichen Reparaturmaßnahmen

Wurde von einem Gericht die Verletzung eines Verfassungsrechts festgestellt, hat es gem. Art. 86 Abs. 3 der Verfassung die „integrale Reparatur“ (*reparación inte-*

⁸³⁸ Art. 94, 436 Abs. 2; Art. 437 Verfassung von Ecuador.

⁸³⁹ Art. 93 Abs. 3 Umweltgesetz.

⁸⁴⁰ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros); Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi); vgl. Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 163, 166; außerdem bereits Corte Provincial de Justicia de Loja 30.3.2011, 11121-2011-0010 (Vilcabamba); vgl. *Bustamante Romo Leroux*, in: Martínez/Maldonado 105 (118); *Echeverría*, *El Derecho Penal y los Derechos de la Naturaleza*, in: Martínez/Maldonado (Hrsg.), *Una década con Derechos de la Naturaleza* (2019) 83 (84); *Colon-Rios*, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy 120 (127); *Kauffman/Martin*, *Politics* 86.

⁸⁴¹ Corte Constitucional 20.5.2015, 0507-12-EP (Cayapas); Corte Constitucional 9.7.2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza); Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas).

⁸⁴² Corte Constitucional 27.4.2016, 0011-13-IN (Quimsacocha); Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras); Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente).

⁸⁴³ Corte Constitucional 16.5.2018, 0047-09-IS (Alpayacu).

⁸⁴⁴ Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita); vgl. z.B. *Kauffman/Martin*, *Transnational Environmental Law* 2023/2, 366 (393).

⁸⁴⁵ Corte Constitucional para el periodo de transición 16.7.2009, 0567-08-RA (Pronaca) 5; vgl. *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (286); *Kauffman/Martin*, *Politics* 96.

⁸⁴⁶ *Redín Guerrero*, in: *Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza* 14 (29); vgl. weiters *Solano Paucay/Marín*, *Foro: Revista De Derecho* 2024/1, 7 (22).

⁸⁴⁷ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 280, 285.

gral) des materiellen und immateriellen Schadens anzuordnen.⁸⁴⁸ Der Verfassungsgerichtshof leitete daraus ein „Recht auf integrale Reparatur“ ab, das, „immer wenn es möglich ist, die vollständige Wiederherstellung (*restitutio in integrum*), also die Wiederherstellung der vorherigen Situation“, verlange.⁸⁴⁹ Die anzuordnenden „Reparaturmaßnahmen“ müssen gem. dem Verfassungsgerichtshof jedenfalls die Rehabilitation (*rehabilitación*) und die Nicht-Wiederholung (*no-repetición*) umfassen.⁸⁵⁰ Die Rehabilitation bedeute die Erbringung einer Leistung, damit die Folgen der Rechtsverletzung überwunden werden können und sollte auf Wiederherstellung (*restauración*) gerichtet sein. Ein Fluss soll demnach jenen Zustand wiedererlangen, welcher der Situation vor der Beeinträchtigung „am nächsten“ kommt.⁸⁵¹ Das Wiederherstellungsrecht der Natur gem. Art. 72 kann folglich als Bestandteil der erforderlichen Reparaturmaßnahmen betrachtet werden. Die Nicht-Wiederholungsmaßnahmen sollen hingegen sicherstellen, dass sich Rechtsverletzungen in ähnlichen Fällen nicht wiederholen, sodass z.B. der Erlass von Rechtsvorschriften, die Ausarbeitung von öffentlichen Politiken oder andere Maßnahmen erforderlich sein kann.⁸⁵² Gem. dem Gesetz über rechtliche Garantien und Verfassungskontrolle können auch Untersuchungs- und Sanktionierungspflichten der Behörden, Anerkennungsmaßnahmen, öffentliche Entschuldigungen oder die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen angeordnet werden.⁸⁵³ Außerdem sind die Gerichte verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit ihre Urteile umgesetzt werden, sodass sie auch die Polizei beiziehen oder Aufträge an die Verteidigungsstelle für Menschenrechte oder Behörden erteilen können.⁸⁵⁴

Der Verfassungsgerichtshof ordnete in seiner bisherigen Judikatur zahlreiche verschiedene Reparaturmaßnahmen an. In Bezug auf einen von Abwasser- und Regenwassereinleitungen beeinträchtigten Fluss trug er bspw. Arbeiten zur Stabilisierung des Flussbettes auf, die Ausarbeitung eines ergänzenden Entwicklungs- und Flächenentwicklungsplans mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen, sowie den Erlass einer „grün-blauen“ Verordnung, welche die Natur und ihre Wechselbeziehungen zu der Stadt Quito und ihren Bewohner:innen würdigt, respektiert, schützt und wiederherstellt (grün) und das Wasser und seine Ökosysteme erhält und

⁸⁴⁸ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 342; Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 179; vgl. *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (288); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 217.

⁸⁴⁹ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 342.

⁸⁵⁰ Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 151.

⁸⁵¹ Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 152; vgl. *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía 63.

⁸⁵² Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 153; vgl. *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía 64.

⁸⁵³ Art. 18 Gesetz über rechtliche Garantien und Verfassungskontrolle; Corte Constitucional 27.1.2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 180.

⁸⁵⁴ Art. 21 Gesetz über rechtliche Garantien und Verfassungskontrolle; vgl. *Bustamante Romo Leroux*, in: *Martínez/Maldonado* 105 (110); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 257 f.

wiederherstellt (blau).⁸⁵⁵ Bezüglich der Auswirkungen einer nicht ordnungsgemäß genehmigten Bewässerungsanlage auf einen Fluss ordnete er deren „technische und unparteiische Prüfung“ unter Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit an, im Zuge derer die notwendigen Korrekturen zur Gewährleistung der Rechte des Flusses erfolgen und das Projekt ggf. aufgegeben wird. Die zuständigen Behörden wurden außerdem angewiesen, die durchschnittliche Wassermenge, Struktur, die Funktionen und den Lebenszyklus des Flusses und seines Ökosystems zu erheben, ein Wasserschutzgebiet einzurichten sowie einen Gewässerschutzplan zu erstellen.⁸⁵⁶

Weiters ordnete er hinsichtlich eines von Bergbauarbeiten bedrohten Nebelwaldes an, dass Aktivitäten, die dessen Rechte bedrohen, nicht verwirklicht werden dürfen, bereits errichtete Infrastruktur von der nationalen Bergbaubehörde zu entfernen ist und betroffene Zonen auf Kosten der Unternehmen wiederaufzuforsten sind. Zudem wurde dem Umweltministerium und der lokalen autonomen Regierung aufgetragen, Maßnahmen zum Schutz der RdN des Nebelwaldes zu ergreifen, Forscher:innen und Akademiker:innen beizuziehen und gemeinsam mit den Bewohner:innen, lokalen Behörden, Wissenschaftler:innen, Akademiker:innen (die Studien über den Nebelwald erstellten) sowie der Verteidigungsstelle für Menschenrechte einen partizipativen Plan für die Verwaltung und den Schutz des Nebelwaldes zu erstellen, der Indikatoren zur Überprüfung seiner Wirksamkeit, Maßnahmen zur Verhinderung und Sanktionierung von illegalen Bergbauaktivitäten, zur Wiederaufforstung, zur Forschungsförderung, zum Gewässerschutz und zur Förderung von wirtschaftlichen Aktivitäten der lokalen Gemeinschaften in Einklang mit den RdN enthält.⁸⁵⁷ Als „Garantie für die Nicht-Wiederholung“ trug er dem Umweltministerium auf, die RdN und das Recht auf eine gesunde Umwelt zu gewährleisten, sowie die Vorschriften für die Erteilung von Umweltgenehmigungen anzupassen. Überdies wurde das Ministerium angewiesen, das Urteil zu veröffentlichen und seine Beamt:innen entsprechend zu schulen. Die Verteidigungsstelle für Menschenrechte erhielt weiters den Auftrag, vierteljährlich Vor-Ort-Besuche durchzuführen und Berichte über die Einhaltung der Tätigkeitsbeschränkungen zu erstellen.⁸⁵⁸

⁸⁵⁵ Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 154 ff., 161 ff.; vgl. *Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía 64 f.; *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (391); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (290 ff.).

⁸⁵⁶ Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 105.

⁸⁵⁷ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 344, 348; vgl. tw. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (387 f.).

⁸⁵⁸ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 345, 349.

c) Zivilrechtliche und strafrechtliche Rechtsbehelfe

Die RdN können auch im Rahmen von zivilrechtlichen und strafrechtlichen Verfahren durchgesetzt werden.⁸⁵⁹ Gem. dem Allgemeinen Verfahrensgesetz ist „[d]ie Natur“ eine Verfahrenspartei.⁸⁶⁰ Sie kann durch ihre Vertreter:innen zivilrechtliche Klagen wegen Umweltschäden erheben,⁸⁶¹ aber nicht selbst zivilrechtlich geklagt werden.⁸⁶² Eine Schadenersatzklage von mehreren Mitgliedern afroecuadorianischer und indigener Gemeinschaften, die auch im Namen der Natur gegen die Betreiber:innen von Palmölplantagen eingebracht wurde, war in zweiter und letzter Instanz erfolgreich. Das erkennende Provinzgericht trug dem beklagten Unternehmen auf, eine Pufferzone von mindestens acht Metern zum Ufer von Flüssen und Bächen einzurichten sowie mit endemischen Arten zu bepflanzen. Dem Staat wurde aufgetragen, Geldstrafen zu verhängen, Wiederaufforstungsmaßnahmen und jährliche Vor-Ort-Überprüfungen vorzunehmen, keine weiteren Genehmigungen für Palmölplantagen in der Region zu erteilen sowie schädliche Chemikalien zu verbieten.⁸⁶³

Das im Jahr 2014 erlassene Strafgesetz enthält ein eigenes Kapitel über „Straftaten gegen die Umwelt und die Natur oder *Pacha Mama*“.⁸⁶⁴ Die Tatbestände umfassen u. a. Eingriffe in Schutzgebiete, Brandstiftung, die Beeinträchtigung von wildlebenden Tier- und Pflanzenarten, die Kontamination, Trockenlegung oder Veränderung von Gewässern, die Veränderung der Bodennutzung oder die Luftverschmutzung und sind mit Freiheitsstrafen von ein bis fünf Jahren bedroht.⁸⁶⁵ Die Straftaten sind unverjährbar⁸⁶⁶ und die Strafen werden „begleitend zur Pflicht auf

⁸⁵⁹ Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (301); vgl. weiters Kauffman/Martin, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (394).

⁸⁶⁰ Art. 30 Allgemeines Verfahrensgesetz; vgl. Echeverría, in: Martínez/Maldonado 83 (83).

⁸⁶¹ Art. 38 Allgemeines Verfahrensgesetz; vgl. Echeverría, in: Martínez/Maldonado 83 (83).

⁸⁶² Art. 38 2. Satz Allgemeines Verfahrensgesetz.

⁸⁶³ Corte Provincial de Justicia de Esmeraldas 11.01.2017, 08100-2010-0485 (La Chiquita); vgl. www.derechosdelanaturaleza.org.ec/casos/cultivo-de-palma-en-la-comunidad-la-chiquita (Stand 2.7.2024).

⁸⁶⁴ Titel IV Kapitel 4 Strafgesetz; vgl. Kauffman/Martin, World Development 2017/3, 130 (137); Echeverría, in: Martínez/Maldonado 83 (84 ff.); Guzmán, Forest 36; Schimmöller, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (579, 581); Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 12.

⁸⁶⁵ Art. 245 ff. Strafgesetz; s. dazu ausführlich Arias Benavides/Etcheverry Carrera, Bien jurídico protegido en los delitos contra el ambiente y la naturaleza, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 129; vgl. weiters Kauffman/Martin, World Development 2017/3, 130 (133); Echeverría, in: Martínez/Maldonado 83 (86); Bustamante Romo Leroux, in: Martínez/Maldonado 105 (126).

⁸⁶⁶ Art. 16 Abs. 4 Strafgesetz; s. auch Art. 396 letzter Satz der Verfassung von Ecuador; vgl. Guamán/Aparicio, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 227 (247).

integrale Wiederherstellung der Ökosysteme“ angewandt.⁸⁶⁷ Anders als im Allgemeinen Verfahrensgesetz wird die Natur im Strafgesetz nicht explizit als „Opfer“ anerkannt, sodass unklar ist, ob sie neben der Staatsanwaltschaft Privatanklage erheben kann.⁸⁶⁸ Dennoch erfolgten bereits einige Verurteilungen unter diesen Tatbeständen.⁸⁶⁹

8. Rechtswirklichkeit

Die ecuadorianischen RdN fanden nur langsam Eingang in die Rechtswirklichkeit.⁸⁷⁰ Seit ihrer Anerkennung im Jahr 2008 wurden nur wenige Rechtsvorschriften zu ihrer Umsetzung erlassen. Stattdessen wurden in vielen Rechtsakten wie z. B. dem Umweltgesetz nur die Verfassungsbestimmungen wiedergegeben, ohne diese näher zu konkretisieren.⁸⁷¹ Hervorzuheben sind hingegen das Wassergesetz, in dem die RdN in Bezug auf Gewässer konkretisiert wurden,⁸⁷² das Strafgesetz, welches Tatbestände zum Schutz der Natur enthält,⁸⁷³ sowie das Verfahrensgesetz, wonach die Natur zur Erhebung von Schadenersatzklagen berechtigt ist.⁸⁷⁴ Zudem übernahm die Verteidigungsstelle für Menschenrechte – und damit eine unabhängige und autonome staatliche Stelle – bereits im Jahr 2009 die Aufgabe, über die Einhaltung der RdN zu wachen.⁸⁷⁵ Eine Anpassung des gesamten Rechtsrahmens an die RdN wird in der Literatur dennoch als dringend erforderlich erachtet.⁸⁷⁶

⁸⁶⁷ Art. 257 Strafgesetz; s. auch Art. 78 der Verfassung von Ecuador; vgl. *Echeverría*, in: *Martínez/Maldonado* 83 (84, 92).

⁸⁶⁸ Art. 410, 441 Strafgesetz; s. z. B. die Ablehnung des Rechtsvertreters einer Umweltorganisation in einem Fall betr. illegalen Haifischfangs, Tribunal noveno de garantías penales del Guayas 23.4.2015, 09171-2015-0004 (Fer Mary); vgl. *Echeverría*, in: *Martínez/Maldonado* 83 (90 f.); *Kauffman/Martin*, *World Development* 2017/3, 130 (136); *Boyd*, *Nature* 180 f.; *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 191.

⁸⁶⁹ S. insb. *Echeverría*, in: *Martínez/Maldonado* 83 (86 ff., 93); unter Bezugnahme auf das alte Strafgesetz s. Tribunal noveno de garantías penales del Guayas 23.4.2015, 09171-2015-0004 (Fer Mary); vgl. *Boyd*, *Nature* 181; *Kauffman/Martin*, *Politics* 100 f.

⁸⁷⁰ Vgl. *Valladares/Boelens*, *Environmental Politics* 2017/6, 1015 (1027); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: *La Follette/Maser* 279 (279); *Ávila Santamaría*, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (278).

⁸⁷¹ Vgl. *Larreátegui Fabara*, in: *Martínez/Maldonado* 95 (100, 102); *Laastad*, *Forum for Development Studies* 2020/3, 401 (414); *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (61 ff.); *Guzmán*, *Forest* 73; *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: *La Follette/Maser* 279 (279).

⁸⁷² Art. 64 Wassergesetz.

⁸⁷³ Kapitel 4 Strafgesetz; vgl. *Echeverría*, in: *Martínez/Maldonado* 83 (89 f.).

⁸⁷⁴ Art. 30, 38 Allgemeines Verfahrensgesetz.

⁸⁷⁵ Art. 1, 10 ff. Verfügung über die Volksanwaltschaft; später Gesetz über die Defensoría del Pueblo.

⁸⁷⁶ S. z. B. *Grefa Valencia/Sacher Freslon*, *Ius Humani* 2023/2, 1 (22).

Die gerichtliche Durchsetzung der RdN wurde hingegen bereits mehrere Dutzend Male angestrebt, oft von Bürger:innen, aber auch häufig vonseiten des Staates.⁸⁷⁷ Beide Seiten versuchten dabei auch ihre eigenen Interessen durchzusetzen, womit insb. die staatlichen Institutionen in den ersten Jahren Erfolg hatten. Den von der Zivilgesellschaft initiierten Verfahren gegen staatlich erwünschte Rohstoffabbau-projekte war hingegen kein Erfolg beschieden.⁸⁷⁸

Correa wird in der Literatur vielfach vorgeworfen, in seiner fast zehnjährigen Amtszeit exzessive Bergbauaktivitäten und Ölförderungen unter Berufung auf das *buen vivir* vorangetrieben zu haben und dabei zahlreiche andere Verfassungsrechte, insb. jene der Natur, der indigenen Gemeinschaften, auf Öffentlichkeitsbeteiligung, freie Meinungsäußerung sowie Umweltschutzbestimmungen missachtet zu haben.⁸⁷⁹ Als Beispiel wird häufig das im Jahr 2009 erlassene Bergbaugesetz genannt, womit die Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen in Schutzgebieten trotz entgegenstehender Verfassungsbestimmung mittels Ausnahmegenehmigung ermöglicht wurde.⁸⁸⁰

⁸⁷⁷ S. bereits B. Fn. 520.

⁸⁷⁸ Vgl. *Valladares/Boelens*, Environmental Politics 2017/6, 1015 (1027 f.); *Valladares/Boelens*, Mining for Mother Earth. Governmentalities, sacred waters and nature's rights in Ecuador, Geoforum 2019, 68 (76 f.); *Kauffman/Martin*, World Development 2017/3, 130 (130, 137); *Kauffman/Martin*, Politics 80 f., 87 f., 97, 99, 103; *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (439); *Gordon*, Columbia Journal of Environmental Law 2018/1, 49 (88); *Guzmán*, Forest 47, 73; *Dancer*, The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law 2021/1, 21 (32); *Fitz-Henry*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/1, 5 (11); *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1408 f.); *Collins*, Constitution 68; *Darpö*, Nature 22; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 18 f.

⁸⁷⁹ *Conaghan*, Journal of Democracy 2016/3, 109 (114 f.); *Valladares/Boelens*, Environmental Politics 2017/6, 1015 (1016, 1018, 1024); *Larreátegui Fabara*, in: *Martínez/Maldonado* 95 (101 f.); *Kauffman/Martin*, World Development 2017/3, 130 (132); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (56); *Kauffman/Martin*, Politics 80, 82; *Jaria i Manzano*, Revista Chilena de Derecho y Ciencia Política 2013/1, 43 (53 ff.); *Valladares/Boelens*, Geoforum 2019, 68 (69, 73 f.); *Fitz-Henry*, in: *Maloney/Burdon* 133 (145 f.); *Lalander/Merimaa*, Forum for Development Studies 2018/3, 485 (499); *Lalander/Lembke*, Globalizations 2018/5, 636 (648); *Bustamante Romo Leroux*, in: *Martínez/Maldonado* 105 (106); *Rodríguez Caguana/Morales Naranjo*, in: *Restrepo Medina* 335 (351); *Greene*, in: *Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza* 4 (4); *Rodríguez/Loginova*, Navigating state-led extractivism in Ecuador and Russia, in: *Apostolopoulou/Cortes-Vazquez* (Hrsg.), The Right to Nature: Social Movements, Environmental Justice and Neoliberal Natures (2018) 43 (45); *Pietari*, Williamette Environmental Law Journal 2016/2, 37 (91); *Laastad*, Forum for Development Studies 2020/3, 401 (420 f.); *Gordon*, Columbia Journal of Environmental Law 2018/1, 49 (87); *Fitz-Henry*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/1, 5 (11, 15); *Schimmöller*, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (580); *Darpö*, Nature 22; *Gutmann*, Rechtssubjektivität 193; *Peck/Desselas/Bonilla-Bedoya/Redín/Durango-Cordero*, People and Nature 2024/00, 1 (2); *Randazzo/Richter*, Ontology 112, 121 f.

⁸⁸⁰ *Kauffman/Martin*, World Development 2017/3, 130 (132); mit weiteren Beispielen *Larreátegui Fabara*, in: *Martínez/Maldonado* 95 (98 ff.); vgl. weiters *Valladares/Boelens*, Environmental Politics 2017/6, 1015 (1029); *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelie*, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (295, 298); *Rodríguez Caguana/Morales Naranjo*, in: *Restrepo Medina* 335 (351); *Schimmöller*, Transnational Environmental Law

Correa soll zudem kein Befürworter von RdN gewesen sein, sondern deren Aufnahme in die Verfassung aus politischen Erwägungen unterstützt haben.⁸⁸¹ Die Umsetzung der RdN zählte der Literatur zufolge nicht zu seinen Prioritäten, sondern wurde dadurch vielmehr erschwert oder sogar verhindert.⁸⁸² Daher verlor er bereits früh in seiner Amtszeit die Unterstützung vieler indigener Gemeinschaften und Umweltaktivist:innen,⁸⁸³ allmählich beschäftigte sein Vorgehen auch den Verfassungsgerichtshof.⁸⁸⁴ Entgegen der Hoffnung vieler Gemeinschaften und Aktivist:innen setzten jedoch auch seine Nachfolger auf ein starkes Wachstum der extensiven Bergbauindustrie.⁸⁸⁵ Auch gegen illegale Bergbauaktivitäten und Abholung wird der Literatur zufolge zu wenig vorgegangen.⁸⁸⁶

Der Verfassungsgerichtshof begann erst in der Periode von 2018 bis 2022 damit, das in der Literatur oft kritisierte Versäumnis aufzuarbeiten, die RdN nicht näher interpretiert und konkretisiert zu haben.⁸⁸⁷ Er stellte seither einige Verletzungen der

2020/3, 569 (580); *Guzmán*, Forest 70; *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (51); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 13.

⁸⁸¹ *Youatt*, International Political Sociology 2017/1, 39 (48); *Valladares/Boelens*, Environmental Politics 2017/6, 1015 (1029); *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (438); *Margil*, in: Maloney/Burdon 149 (149).

⁸⁸² *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (56); *Kauffman/Martin*, Politics 83; *Larreaátegui Fabara*, in: Martínez/Maldonado 95 (96); *Laastad*, Forum for Development Studies 2020/3, 401 (421); *Margil*, in: Maloney/Burdon 149 (149 f.); vgl. *Schimmler*, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (580 f.).

⁸⁸³ *Kauffman/Martin*, World Development 2017/3, 130 (132 f.); *Kauffman/Martin*, Politics 82 f.; *Valladares/Boelens*, Environmental Politics 2017/6, 1015 (1018, 1030); *Valladares/Boelens*, Geoforum 2019, 68 (72); *Laastad*, Forum for Development Studies 2020/3, 401 (405, 421); *Ramírez Gallegos*, in: Restrepo Medina 235 (270); *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (475); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 53; *Randazzo/Richter*, Ontology 107.

⁸⁸⁴ Vgl. etwa *Greene*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 4 (6, 8).

⁸⁸⁵ *Fitz-Henry*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/1, 5 (11 f.); *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (378); *Grefa Valencia/Sacher Freslon*, Ius Humani 2023/2, 1 (3, 10).

⁸⁸⁶ *Herrera Acosta/Albán Jácome/Machado Ashqui/Aldaz Arevalo*, Unlawful acts against the rights of nature and environmental impact, Sapienza: International Journal of Interdisciplinary Studies 2024/1, 1 (1 ff.).

⁸⁸⁷ S. insb. *Melo*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 30 (33 f.); *Greene*, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 4 (5); weiters *Bagni*, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (122); *Pietari*, Williamette Environmental Law Journal 2016/2, 37 (65 f.); *Collins*, Constitution 69; *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (281 ff.); vgl. *Gutmann*, Kritische Justiz 2022/1, 27 (28 f.); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 21; *Martínez-Moscoso/Castro-Enríquez*, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 149 (160). Zu den Hintergründen s. *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (378). Als „richterlichen Aktivismus“ interpretieren dies hingegen *Tănăsescu/Macpherson/Jefferson/Torres Ventura*, The International Journal of Human Rights 2024/07 Feb, 1 (8 f.).

RdN durch staatliche Handlungen fest⁸⁸⁸ und hob bereits mehrere Gesetzesbestimmungen und Regierungsbeschlüsse auf.⁸⁸⁹ Seinen Urteilen sind zudem zahlreiche grundlegende Ausführungen über die RdN zu entnehmen. Diese könnten auch für ihre korrekte Anwendung durch die erst- und zweitinstanzlichen Gerichte förderlich sein. Denn das fehlende Wissen von Richter:innen über RdN gilt in der Literatur als wesentlicher Faktor, weshalb die ersten von der Zivilgesellschaft initiierten Klagen zum Schutz der RdN gescheitert sind.⁸⁹⁰ Auch deren mangelnde Unabhängigkeit wurde in der Literatur beklagt.⁸⁹¹

Die Entwicklung der RdN ist in Ecuador jedenfalls noch nicht abgeschlossen.⁸⁹² Vielmehr hat ihre Interpretation und Konkretisierung durch den Verfassungsgerichtshof gerade erst begonnen. Es bleibt spannend, inwieweit der Gerichtshof seine bisherige Judikatur fortsetzt.⁸⁹³ Überdies erscheint es lohnend, die Umsetzung seiner Entscheidungen zu verfolgen. Die vielfach aufgeworfene Frage, wie wirksam RdN in einem von Rohstoffexporten abhängigen Land werden können,⁸⁹⁴ das unter politischer Instabilität leidet,⁸⁹⁵ lässt sich im Rahmen dieser Arbeit nicht näher erörtern.⁸⁹⁶

⁸⁸⁸ Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas); Corte Constitucional 15.12.2021, 1185-20-JP (Río Aquepi); Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros); vgl. *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (288 ff.); allg. *Kauffman/Martin*, Politics 114; *S. Epstein/Dahlén/Enkvist/Boyer*, Law, Culture and the Humanities 2022/0, 1 (11).

⁸⁸⁹ Corte Constitucional 9.6.2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras); Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente); s. weiters Corte Constitucional 27.1.2022, 273-19-JP (Sinangoe); sowie in Bezug auf die Rechte von indigenen Gemeinschaften Corte Constitucional 1.7.2020, 20-12-IN (Triángulo de Cuembi); vgl. *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (286 ff.).

⁸⁹⁰ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 34; *Suarez*, Nature 12; *Guzmán*, Forest 47 ff., 74; *Schimmöller*, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (581); *Kauffman/Martin*, Politics 89, 92, 115 f.; *Gutmann*, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocararu/Reder 275 (281).

⁸⁹¹ Zur Problematik vgl. *Whittemore*, Pacific Rim Law & Policy Journal Association 2011/3, 659 (682 f.); *Huddle*, World's First Successful Rights of Nature Lawsuit, Kosmos Journal 2013/2, www.kosmosjournal.org/article/worlds-first-successful-rights-of-nature-lawsuit-2/ (nicht mehr abrufbar, Kopie bei der Autorin); *Kauffman/Martin*, Politics 92, 124.

⁸⁹² *Gordon*, Columbia Journal of Environmental Law 2018/1, 49 (88); *Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, in: La Follette/Maser 279 (291).

⁸⁹³ S. i. d. Z. *Koehn/Nassl*, Judicial Backlash Against the Rights of Nature in Ecuador: The Constitutional Precedent of Los Cedros Disputed, VerfBlog 2023/4/27, verfassungsblog.de/judicial-backlash-against-the-rights-of-nature-in-ecuador/ (Stand 2.7.2024).

⁸⁹⁴ Vgl. *Bustamante Romo Leroux*, in: Martínez/Maldonado 105 (124); *Fitz-Henry*, in: Maloney/Burdon 133 (142); *Lalander*, Rights of Nature and the Indigenous Peoples in Bolivia and Ecuador: A Straitjacket for Progressive Development Politics?, Iberoamerican Journal of Development Studies 2014/2, 148 (166); *Whittemore*, Pacific Rim Law & Policy Journal Association 2011/3, 659 (688); *Rühs/Jones*, Sustainability 2016/2, 174 (14); *Kauffman/Martin*, Politics 64, 116.

⁸⁹⁵ *Rochford*, Personhood 52.

⁸⁹⁶ S. aber z. B. *Grefa Valencia/Sacher Freslon*, Ius Humani 2023/2, 1 (1 ff.).

Ohne RdN wäre die Ressourcenausbeutung der Literatur zufolge jedenfalls noch extensiver.⁸⁹⁷ Zwar konnte bislang noch keine „integrale Wiederherstellung“ verwirklicht werden, obwohl der Verfassungsgerichtshof bereits einige Verletzungen von RdN erkannte.⁸⁹⁸ Das Bewusstsein für die negativen ökologischen Auswirkungen der Ressourcenausbeutung ist seit der Annahme der RdN aber stark gestiegen.⁸⁹⁹ Die RdN finden daher langsam Eingang in lokale und regionale Diskussionen, die zu erfolgreichen Initiativen gegen Bergbauaktivitäten führen und mehr Mitspracherechte über die Ressourcenausbeutung und ihre Alternativen verlangen.⁹⁰⁰

III. Bolivien

1. Kontext

Bolivien ist ein Binnenstaat im zentralen Südamerika. Sein Gebiet umfasst Gebirgszüge und Hochebenen der Anden, Teile des Amazonasbeckens sowie große Flächen tropischen Regenwalds. Bolivien zählt zu den biodiversitätsreichsten Staaten der Welt und ist reich an Rohstoffen wie Erdgas, Lithium und Holz.⁹⁰¹ Dennoch handelt es sich um eines der ärmsten Länder der Welt.⁹⁰² 41 % der bolivianischen Bevölkerung fühlen sich einer indigenen Gemeinschaft wie z. B. Aymara, Quechua, Chiquitano oder Guaraní zugehörig, die gemeinsam mit landwirtschaftlich tätigen Personen als *indígena originario campesinos* („Indigene Ursprüngliche Bäuerliche“, i. w. F. nur „Indigene“) bezeichnet werden.⁹⁰³

⁸⁹⁷ *García Ruales/Viteri Gualinga*, A well-braided (knowledge) braid, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens, Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions (2024) 27 (43 m. w. N.).

⁸⁹⁸ *Rodríguez-Mena/Ricardo-Estupiñan/Chiriboga-Mosquera/Huera-Castro*, Reparación integral como mecanismo para garantizar la protección de la naturaleza como sujeto de derechos, *Iustitia Socialis* 2023/1, 594 (594 ff.).

⁸⁹⁹ *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (88).

⁹⁰⁰ *Fitz-Henry*, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/1, 5 (22 f., 13, 20).

⁹⁰¹ *Tejada/Dalla-Nora/Cordoba/Laforteza/Ovando/Assis/Aguiar*, Deforestation scenarios for the Bolivian lowlands, *Environmental Research* 2016, 49 (50); *Villavicencio Calzadilla*, in: *Sindico/Mbengue* 259 (259 f.); *Villavicencio Calzadilla*, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (8); *Postero*, Protecting Mother Earth in Bolivia: Discourse and Deeds in the Morales Administration, in: *Cooper/Hunefeldt/Acosta* (Hrsg.), *Amazonia: Environment and the Law in Amazonia* (2013) 78 (82 ff.).

⁹⁰² *Lessmann*, Bolivien: der steinige Weg zum plurinationalen Staat, in: *Gabriel/Berger* (Hrsg.), *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch* (2010) 145 (146); *Altman/Lalander*, Bolivia's Popular Participation Law: An Undemocratic Democratisation Process?, in: *Hadenius* (Hrsg.), *Decentralisation and Democratic Governance: Experiences from India, Bolivia and South Africa* (2003) 63 (63 f.); *Burdon/Williams*, in: *Fisher* 196.

⁹⁰³ www.iwgia.org/es/bolivia.html (Stand 2.7.2024); vgl. *Bagni*, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* 111 (122); *Kauffman/Martin*, *Politics* 121 f.; *Lalander*, *The International Journal of Human Rights* 2017/4, 464 (469).

a) Historischer und politischer Kontext

Bolivians Geschichte ist geprägt von politischer und wirtschaftlicher Instabilität.⁹⁰⁴ Das neoliberale Entwicklungsmodell und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch ausländische Unternehmen führten um die Jahrtausendwende zu innerstaatlichen Konflikten wie dem Cochabamba-Wasserkrieg und dem Erstarken indigener Bewegungen, die sich 2004 im *Pacto de Unidad* (Einheitspakt) zusammenschlossen. Mit ihrer Unterstützung wurde 2005 Evo Morales von der politischen Partei *Movimiento al Socialismo* (MAS) zum ersten indigenen Präsidenten Boliviens gewählt. Er versprach die Einführung eines alternativen und ökologischeren Entwicklungsmodells, das auch die indigene Bevölkerung repräsentiert.⁹⁰⁵

Nach seiner Ernennung kam Morales der Forderung des *Pacto de Unidad*, eine neue Verfassung auszuarbeiten, nach und rief eine verfassungsgebende Versammlung ein. An der Ausarbeitung konnten sich erstmals in der Geschichte des Landes auch indigene Bewegungen beteiligen. Konflikte zwischen MAS, *Pacto de Unidad* sowie den die Elite vertretenden Oppositionsparteien führten jedoch dazu, dass Morales einen Kompromiss einging und der von *Pacto de Unidad* erarbeitete Verfassungsentwurf wesentlich verändert wurde. Die neue Verfassung wurde am 25. Jänner 2009 mittels eines Referendums angenommen und ist bis heute in Kraft.⁹⁰⁶

⁹⁰⁴ Jost, Das politische System Boliviens, in: Stüwe/Rinke (Hrsg.), Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika (2008) 86 (86 ff.).

⁹⁰⁵ Vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (400); Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (9); Kauffman/Martin, Politics 122 ff.; Lalander, The International Journal of Human Rights 2017/4, 464 (468); Tejada/Dalla-Nora/Cordoba/Laforteza/Ovando/Assis/Aguar, Deforestation scenarios for the Bolivian lowlands, Environmental Research 2016, 49 (50); Artaraz/Calestani, „Suma qamaña“ in Bolivia: Indigenous Understandings of Well-being and Their Contribution to a Post-Neoliberal Paradigm, Latin American Perspectives 2015/5, 216 (219 f.); Lalander/Lembke, Globalizations 2018/5, 636 (644); Kröger/Lalander, Ethno-territorial rights and the resource extraction boom in Latin America: do constitutions matter?, Third World Quarterly 2016/4, 682 (687); Baer, From Water Wars to Water Rights: Implementing the Human Right to Water in Bolivia, Journal of Human Rights 2015/3, 353 (354 f., 369); Altman/Lalander, in: Hadenius 63 (64); Humphreys, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (466 f.); Laing, Resource Sovereignty in Bolivia: Re-Conceptualising the Relationship between Indigenous Identities and the Environment during the TIPNIS Conflict, Bulletin of Latin American Research 2015/2, 149 (150 f.); Postero, in: Cooper/Hunefeldt/Acosta 78 (80 ff.); Burdon/Williams, in: Fisher 196 (203); Wilk/Rydhagenb/Jonssona/del Callejoc/Ceruto/Chilac/Encinasc, Framing and blaming in the Cochabamba water agenda: local, municipal and regional perspectives, Water Policy 2017/4, 620 (621); Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (84 f.); Barié, Doce años de soledad de los derechos de la Madre Tierra en Bolivia, Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales 2022/4, 142 (148 ff.); Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigentumsfähigkeit 23.

⁹⁰⁶ Vgl. Kauffman/Martin, Politics 122 f.; Bagni, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (122); Lessmann, in: Gabriel/Berger 145 (150 ff.); Lalander, The International Journal of Human Rights 2017/4, 464 (469); Schilling-Vacaflo, Bolivia's New Constitution: Towards Participatory Democracy and Political Pluralism?, European Review of Latin American and Ca-

Morales war von 2006 bis 2019 im Amt. Ihm folgte nach einem Staatsstreich Luis Arce, der ebenfalls der MAS angehört.⁹⁰⁷ Im Demokratieindex der Zeitschrift *The Economist* rangierte Bolivien im Jahr 2023 auf Platz 106 und galt damit als „Hybridregime“.⁹⁰⁸

b) Rechtliches und institutionelles System gem. der Verfassung von 2009

Mit der Verfassung von 2009, die dem neuen lateinamerikanischen Konstitutionalismus zugerechnet wird,⁹⁰⁹ wurde Bolivien zum „sozialen, plurinationalen, gemeinschaftlichen Einheitsrechtsstaat“ erklärt.⁹¹⁰ Die öffentliche Gewalt ist in die Legislative (Plurinationale Gesetzgebende Versammlung), die Exekutive (Präsident:in, Vizepräsident:in und Minister:innen), die Judikative (die dem Obersten Gerichtshof untersteht) und das Wahlorgan unterteilt.⁹¹¹ Weiters wurden ein Verfassungsgerichtshof,⁹¹² ein Agrarumwelttribunal (das als Höchstgericht über Umweltangelegenheiten und erneuerbare Ressourcen entscheidet)⁹¹³ sowie indigene Gerichte vorgesehen.⁹¹⁴ Das Staatsgebiet gliedert sich in Departments, Provinzen, Gemeinden und indigene Gebiete, die jeweils über ein bestimmtes Maß an Autonomie verfügen.⁹¹⁵

Bolivians Rechtssystem wird der kontinentaleuropäischen Rechtstradition (*Civil Law*) zugeordnet, sodass das Recht vorrangig aus den Gesetzen abgeleitet wird.⁹¹⁶ In der Verfassung wurden zahlreiche zivile, politische, soziale, wirtschaftliche und

ribbean Studies 2011, 3 (7 ff.); *Kuppe*, in: Gabriel/Berger 111 (134 ff.); *Lupien*, Democratization 2011/3, 774 (779, 785); *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (400); *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (470); *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (10); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 23.

⁹⁰⁷ Vgl. *Barié*, Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales 2022/4, 142 (151).

⁹⁰⁸ www.economist.com/graphic-detail/2024/02/14/four-lessons-from-the-2023-democracy-index (Stand 2.7.2024).

⁹⁰⁹ Vgl. *Bertel*, Juridikum 2016/4, 451 (458); zum neuen lateinamerikanischen Konstitutionalismus s. bereits Abschnitt B.II.1.a).

⁹¹⁰ Art. 1 Constitución Política del Estado (Verfassung von Bolivien), veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 7.2.2009; vgl. *Lessmann*, in: Gabriel/Berger 145 (152); *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (11).

⁹¹¹ Art. 12.I Verfassung von Bolivien.

⁹¹² Art. 196 ff. Verfassung von Bolivien.

⁹¹³ Art. 186 ff. Verfassung von Bolivien; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (31); *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (25 f.).

⁹¹⁴ Art. 190 ff. Verfassung von Bolivien.

⁹¹⁵ Art. 269 ff. Verfassung von Bolivien; vgl. tw. *Lupien*, Democratization 2011/3, 774 (788).

⁹¹⁶ *Villavicencio Calzadilla*, in: Sindico/Mbengue 259 (264).

kulturelle Grundrechte verankert,⁹¹⁷ darunter das Recht auf eine „gesunde, geschützte und ausgewogene Umwelt“,⁹¹⁸ jenes auf Wasser und Ernährung,⁹¹⁹ auf Gesundheit,⁹²⁰ angemessenen Lebensraum und angemessenes Wohnen,⁹²¹ Grunddienstleistungen⁹²² sowie mehrere Rechte für indigene Völker.⁹²³ Zur Gewährleistung und Durchsetzung dieser Rechte wurden diverse Verfahrensgarantien und Rechtsbehelfe vorgesehen.⁹²⁴ Überdies wurde eine unabhängige und autonome Stelle zur Verteidigung der individuellen und kollektiven Menschenrechte (*Defensoría del Pueblo*) eingerichtet.⁹²⁵

c) „Vivir Bien“ als alternatives Entwicklungsmodell

Mit der neuen Verfassung von 2009 wurde ein alternatives Entwicklungsmodell eingeführt, das nicht auf die Anhäufung von Kapital, sondern die Verbesserung der Lebensbedingungen und das „gute Leben“ (*Vivir Bien*) der Bolivianer:innen ausgerichtet ist.⁹²⁶ Morales zufolge ist damit „gut“ leben und nicht „besser leben auf Kosten der anderen“ gemeint.⁹²⁷ Mehrere Verfassungsbestimmungen nehmen auf dieses Prinzip Bezug, das in der Sprache der Aymara *suma qamaña* genannt wird.⁹²⁸

⁹¹⁷ Art. 15 ff. Verfassung von Bolivien; vgl. Schilling-Vacaflor, European Review of Latin American and Caribbean Studies 2011, 3 (10).

⁹¹⁸ Art. 33 Verfassung von Bolivien; vgl. Tribunal Agroambiental 5.5.2021, S1/0040/2021; Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (84); Iacovino, Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (300); Viciano Pastor, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 137 (147); Villavicencio Calzadilla, in: Sindico/Mbengue 259 (262); Colon-Rios, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy 120 (120); Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 24.

⁹¹⁹ Art. 16, s. auch Art. 373 Verfassung von Bolivien.

⁹²⁰ Art. 18 Verfassung von Bolivien.

⁹²¹ Art. 19 Verfassung von Bolivien.

⁹²² Art. 20 Verfassung von Bolivien.

⁹²³ Art. 30 ff. Verfassung von Bolivien; vgl. Barié, latinoamérica 2014/2, 9 (11 f.).

⁹²⁴ Art. 125 ff. Verfassung von Bolivien.

⁹²⁵ Art. 218 ff. Verfassung von Bolivien.

⁹²⁶ Art. 306.I Verfassung von Bolivien; Lalander, The International Journal of Human Rights 2017/4, 464 (469 f.); Kuppe, in: Gabriel/Berger 111 (138 f.); Laing, Bulletin of Latin American Research 2015/2, 149 (156); Postero, in: Cooper/Hunefeldt/Acosta 78 (90); Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (403 f.); Villavicencio Calzadilla, in: Sindico/Mbengue 259 (261 f.); Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (10); Barié, latinoamérica 2014/2, 9 (16).

⁹²⁷ Laing, Bulletin of Latin American Research 2015/2, 149 (156); Lalander, The International Journal of Human Rights 2017/4, 464 (469 f.); Dolhare/Rojas-Lizana, The Indigenous Concept of Vivir Bien in the Bolivian Legal Field: A Decolonial Proposal, The Australian Journal of Indigenous Education 2017/1, 19 (20 f.).

⁹²⁸ Präambel, Art. 8, 80.I, 306.I und 311.II Abs. 3 Verfassung von Bolivien; vgl. Artaraz/Calestani, Latin American Perspectives 2015/5, 216 (221); Berros, Latin American Perspec-

In einem 2012 erlassenen Gesetz wurde es als „alternativer zivilisatorischer und kultureller Horizont zum Kapitalismus und der Moderne“ definiert, der auf die Kosm visionen der indigenen, interkulturellen und afrobolivianischen Gemeinschaften zurückgeht und „eine harmonische Begegnung zwischen allen Wesen, Bestandteilen und Ressourcen von Mutter Erde“ ermöglichen soll. Dies bedeute, „in Komplementarität, Harmonie und Gleichgewicht mit Mutter Erde und den Gesellschaften zu leben“.⁹²⁹ In der Literatur wird allerdings darauf hingewiesen, dass die Bedeutung von *suma qamaña* für viele Aymara weit über diese Definition hinausreicht.⁹³⁰

Die Verfassung enthält zahlreiche Bestimmungen, in denen festgelegt wurde, wie das neue Entwicklungsmodell verwirklicht werden soll. So wurde z. B. die „Industrialisierung und Kommerzialisierung der natürlichen Ressourcen“ als „Priorität des Staates“ festgelegt.⁹³¹ Die natürlichen Ressourcen, darunter Bodenschätze, Kohlenwasserstoffe, Wasser, Luft, Boden, Wälder und Biodiversität, wurden zum unveräußerlichen Eigentum des bolivianischen Volkes erklärt, das vom Staat verwaltet wird.⁹³² Und dem Staat wurde die Aufgabe übertragen, die natürlichen Ressourcen zu „industrialisieren“, um die Abhängigkeit Boliviens vom Export von Primärmaterialien zu überwinden sowie eine produktive Wirtschaftsweise im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung und in Harmonie mit der Natur zu erreichen.⁹³³

d) Umwelt- und Gewässerschutz

Der Verfassung sind mehrere Bestimmungen zu entnehmen, die den Schutz der Umwelt (mit-)bezwecken.⁹³⁴ Zunächst wurde festgelegt, dass alle Bolivianer:innen

tive 2021/3, 192 (195); *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (15); *Iacovino*, Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (295).

⁹²⁹ Art. 5 Abs. 2 Rahmengesetz; vgl. *Laing*, Bulletin of Latin American Research 2015/2, 149 (157); *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (413 f.); *Artaraz/Calestani*, Latin American Perspectives 2015/5, 216 (221 f.); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 21.

⁹³⁰ S. z. B. *Apaza Huanca*, Non-Western Epistemology and the Understanding of the Pachamama (Environment) Within the World(s) of the Aymara Identity, International Journal for Crime, Justice and Social Democracy 2019/3, 6 (7 f., 11 ff., 14, 17); *Albó*, Suma qamaña = convivir bien. ¿Como medirlo?, Revista de Estudios Bolivianos 2019, 99 (100 ff.); *Lalander/Lembke*, Globalizations 2018/5, 636 (641); *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (473).

⁹³¹ Art. 355 Verfassung von Bolivien; vgl. krit. *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (418).

⁹³² Art. 311.II Abs. 2, Art. 348 f. Verfassung von Bolivien; vgl. *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (471); *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (20); *Bagni*, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* 111 (125).

⁹³³ Art. 311.II Abs. 3 Verfassung von Bolivien; vgl. *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (20).

⁹³⁴ Vgl. *Pinto Calaça/Cerneiro de Freitas/Da Silva/Maluf*, La naturaleza como sujeto de derechos: análisis bioético de las Constituciones de Ecuador y Bolivia, Revista Latinoameri-

die Pflicht haben, das natürliche Erbe und eine angemessene Umwelt zu schützen und zu verteidigen.⁹³⁵ Überdies wurde vorgesehen, dass bei der Verhandlung und Unterzeichnung von internationalen Verträgen u. a. die „Harmonie mit der Natur“ und „die Verteidigung der Biodiversität“ zu berücksichtigen sind.⁹³⁶ Außerdem sind „[a]lle Formen der wirtschaftlichen Organisation“ verpflichtet, die Umwelt zu schützen.⁹³⁷

Im Umweltkapitel der Verfassung wurde festgehalten, dass der Staat und die Bevölkerung verpflichtet sind, die natürlichen Ressourcen und die Biodiversität zu erhalten, zu schützen, nachhaltig zu nutzen und das Gleichgewicht der Umwelt zu erhalten.⁹³⁸ Die Bevölkerung erhielt das Recht, sich am Umweltschutz zu beteiligen sowie konsultiert und informiert zu werden.⁹³⁹ Außerdem sind Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen, wenn die natürlichen Ressourcen und die Umwelt verändert oder beeinträchtigt werden.⁹⁴⁰ Weiters sind negative Auswirkungen auf die Umwelt zu verringern und es wurde eine „Verantwortung für historische Umweltschäden“ sowie die Unverjährbarkeit von Umweltstraftaten festgelegt.⁹⁴¹ Darüber hinaus wurde jeder Person das Recht gewährt – unbeschadet der Pflicht öffentlicher Institutionen, gegen Umweltbedrohungen vorzugehen, – Rechtsbehelfe zur Verteidigung des „Rechts auf eine gesunde Umwelt“ zu ergreifen.⁹⁴²

Im Verfassungskapitel über „Wasserressourcen“ wurde zunächst das „Grundrecht auf Wasser“ bekräftigt.⁹⁴³ Dann wurde festgehalten, dass Wasserressourcen „endlich, verletzlich und strategisch“ sind und „eine soziale, kulturelle und ökologische Funktion“ erfüllen. Anschließend wurde die Privatisierung von Wasser verboten.⁹⁴⁴

cana de Bioética 2018, 155 (161); *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (418).

⁹³⁵ Art. 108 Verfassung von Bolivien; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, in: Sindico/Mbengue 259 (263); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 24.

⁹³⁶ Art. 255 Verfassung von Bolivien; vgl. *Pinto Calaça/Cerneiro de Freitas/Da Silva/Maluf*, Revista Latinoamericana de Bioética 2018, 155 (161); *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (26).

⁹³⁷ Art. 312 Verfassung von Bolivien; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, in: Sindico/Mbengue 259 (263, 270).

⁹³⁸ Art. 342 Verfassung von Bolivien; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, in: Sindico/Mbengue 259 (263).

⁹³⁹ Art. 343 Verfassung von Bolivien; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, in: Sindico/Mbengue 259 (268).

⁹⁴⁰ Art. 345 Verfassung von Bolivien; s. im Detail *Villavicencio Calzadilla*, in: Sindico/Mbengue 259 (268).

⁹⁴¹ Art. 347.I Verfassung von Bolivien; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, in: Sindico/Mbengue 259 (270 f.).

⁹⁴² Art. 34 i. V. m. Art. 33 Verfassung von Bolivien; vgl. *Iacovino*, Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (300); *Villavicencio Calzadilla*, in: Sindico/Mbengue 259 (262).

⁹⁴³ Art. 373 ff., 16 Verfassung von Bolivien; vgl. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 24.

⁹⁴⁴ Art. 373.II Verfassung von Bolivien; s. auch Art. 27 Abs. 3 Rahmengesetz.

Außerdem wurde vorgesehen, dass der Staat „die vorrangige Nutzung des Wassers für das Leben zu schützen und zu garantieren“ hat.⁹⁴⁵ Er muss Pläne zur nachhaltigen Nutzung, Erhaltung und Bewirtschaftung der Wassereinzugsgebiete entwickeln⁹⁴⁶ und hat überdies „Einwirkungen in die Quellen und Zwischengebiete von Flüssen, die Schäden an Ökosystemen verursachen oder Wassermengen verringern“ zu vermeiden sowie den „natürlichen Zustand“ zu erhalten.⁹⁴⁷

e) Entstehungsgeschichte der „Rechte von Mutter Erde“

Die bolivianischen „Rechte von Mutter Erde“ wurden 2010 – also ein Jahr nach Annahme der neuen Verfassung im Jahr 2009 – mit dem Gesetz Nr. 071 über die Rechte von Mutter Erde (i. w. F. Mutter Erde Gesetz) eingeführt.⁹⁴⁸ In der Literatur wird überwiegend die Auffassung vertreten, dass diese bereits in der Verfassung von 2009 grundgelegt wurden.⁹⁴⁹ Die Erlassung des Mutter Erde Gesetzes wird insb. auf den politischen Druck der indigenen Bewegungen zurückgeführt.⁹⁵⁰ Diese sollen sich enttäuscht darüber gezeigt haben, dass ihre Anliegen nicht genügend in der Verfassung berücksichtigt worden waren und sich angesichts der Pläne von Morales, die rohstoffgewinnende Industrie auszubauen, um ihre Rechte gesorgt haben. Pacto de Unidad soll daher mehrere Gesetze entworfen haben, um diese Anliegen zu formulieren, darunter auch eines über die „Rechte von Mutter Erde“.⁹⁵¹ Dieser Entwurf wurde gestützt auf die Entwicklungen bei der *World People's Conference on Climate Change and the Rights of Mother Earth*, die 2010 auf Initiative der bolivianischen Regierung stattgefunden hatte und zur Verabschiedung der „Allgemeinen Erklärung der Rechte von Mutter Erde“ führte.⁹⁵² Der ambitionierte Gesetzesentwurf von Pacto

⁹⁴⁵ Art. 374 Verfassung von Bolivien.

⁹⁴⁶ Art. 375 Verfassung von Bolivien.

⁹⁴⁷ Art. 376 Verfassung von Bolivien.

⁹⁴⁸ Ley N°071 de Derechos de la Madre Tierra (Mutter Erde Gesetz) veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 22. 12. 2010; vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (407); Darpö, Nature 12; Kauffman/Martin, Politics 125.

⁹⁴⁹ Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (401 ff., 407); Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (11, 16 f.); Montaña Riveros, Pluralismo jurídico y Derechos de la Madre Tierra, Revista Jurídica Derecho 2015/2, 55 (59 f.); Bonilla Maldonado, Revista Derecho del Estado 2019/1, 3 (13); Humphreys, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (470); Collins, Constitution 70; Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (84 f.); Darpö, Nature 12; Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 24. S. dazu ausführl. Abschnitt B.III.2.a).

⁹⁵⁰ Kauffman/Martin, Politics 125; Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (11 f.); Montaña Riveros, Revista Jurídica Derecho 2015/2, 55 (57).

⁹⁵¹ Anteproyecto de ley de la Madre Tierra del Pacto de Unidad, abrufbar unter www.somosur.net/documentos/AnteProyectoLMT_nov2010.pdf (2. 7. 2024); Kauffman/Martin, Politics 122 f., 125; Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (11 f.).

⁹⁵² Universal Declaration of the Rights of Mother Earth, rio20.net/en/propuestas/universal-declaration-of-rights-of-mother-earth (2. 7. 2024); Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnation-

de Unidad soll jedoch bei der Regierung die Befürchtung ausgelöst haben, er könnte ihren Entwicklungsplänen, die auch Nationalparks und indigene Gebiete betrafen, zuwiderlaufen, sodass dessen Annahme verhindert wurde.⁹⁵³

Die Regierung fasste stattdessen den Plan, zwei Gesetze zu verabschieden.⁹⁵⁴ Während der Klimakonferenz in Cancún (Mexiko) im Dezember 2010 wurde die Annahme des Mutter Erde Gesetzes verkündet.⁹⁵⁵ Dieses aus zehn Artikeln bestehende Gesetz enthält nur Auszüge aus dem Entwurf von Pacto de Unidad, umfasst eine Definition von „Mutter Erde“, sieben konkrete „Rechte von Mutter Erde“ sowie einige Prinzipien und Pflichten des Staates und dessen Bürger:innen. Weiters wurde die Einrichtung einer „Stelle zur Verteidigung der Rechte von Mutter Erde“ (*Defensoría de la Madre Tierra*) vorgesehen.⁹⁵⁶ Das zweite, wesentlich ausführlichere Rahmengesetz Nr. 300 über Mutter Erde und Integrale Entwicklung für ein gutes Leben (i. w. F. Rahmengesetz) wurde erst zwei Jahre später, im Oktober 2012, verabschiedet.⁹⁵⁷ Dieses enthält nicht nur Bestimmungen, welche die „Rechte von Mutter Erde“ betreffen, sondern umfangreiche Vorgaben, wie der „Übergang zu einem guten Leben in Harmonie und Gleichgewicht mit Mutter Erde“ durch „integrale Entwicklung“ verwirklicht werden soll.⁹⁵⁸ Der Begriff „integrale Entwick-

al Environmental Law 2018/3, 397 (405); Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (11 f.); Sheehan, in: Voigt 222 (228 ff.); Maloney, *Vermont Law Review* 2016/1, 129 (131); Kauffman/Martin, *Politics* 125; Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (85); Atapattu/Schapper, *Human Rights* 335 f.; Montaña Riveros, *Revista Jurídica Derecho* 2015/2, 55 (57 f.); Boyd, *Nature* 211; Cullinan, *The Legal Case for the Universal Declaration of the Rights of Mother Earth*, www.garn.org/wp-content/uploads/2021/09/Legal-Case-for-Universal-Declaration-Cormac-Cullinan.pdf (Stand 2.7.2024) 1 ff.; Barié, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142 (148 ff.).

⁹⁵³ Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (406); Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (13 f.).

⁹⁵⁴ Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (406).

⁹⁵⁵ Vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (406); Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (14); Kauffman/Martin, *Politics* 126; Barié, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142 (155).

⁹⁵⁶ Vgl. Kauffman/Martin, *Politics* 126; Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (85 f.).

⁹⁵⁷ Ley N°300 Marco de la Madre Tierra y Desarrollo Integral para Vivir Bien (Rahmengesetz), veröffentlicht in *Gaceta Oficial de Bolivia* am 15.10.2012; vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (406 f.); Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (19); Kauffman/Martin, *Politics* 126 f.; Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (86); Barié, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142 (150); Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 25.

⁹⁵⁸ Art. 3 Abs. 2 Rahmengesetz; vgl. Dolhare/Rojas-Lizana, *The Australian Journal of Indigenous Education* 2017/1, 19 (25); Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (412); Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (19); Montaña Riveros, *Revista Jurídica Derecho* 2015/2, 55 (62 f.); Iacovino,

lung“ bezeichnet den im Rahmengesetz festgelegten Prozess zur Verwirklichung eines guten Lebens.⁹⁵⁹ Mit dem Rahmengesetz sollte einem Regierungsvertreter zufolge eine Balance zwischen diesem Entwicklungsprozess und dem Schutz der Natur hergestellt werden.⁹⁶⁰ Pacto de Unidad bezeichnete das Rahmengesetz hingegen als verwässerte Version ihres Entwurfs und lehnte es ab.⁹⁶¹

2. Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem

a) Grundlegung in der Verfassung von 2009

Die „Rechte von Mutter Erde“ wurden in einem Gesetz und einem Rahmengesetz geregelt.⁹⁶² Die Verfassung von 2009 enthält keine „Rechte von Mutter Erde“,⁹⁶³ war aber nach überwiegender Auffassung in der Literatur Ausgangspunkt für deren spätere Anerkennung.⁹⁶⁴ Denn die Präambel beginnt mit folgendem Satz: „Vor Urzeiten errichteten sich die Berge, verlegten sich die Flüsse, bildeten sich die Seen. Unser Amazonien, unser Chaco, unsere Hochebene, unsere Ebenen und Täler bedeckten sich mit Grün und Blumen. Wir besiedelten diese heilige Mutter Erde (*Madre Tierra*) mit unterschiedlichen Gesichtern, und verstehen seitdem die Vielfältigkeit aller Dinge und unsere Vielfalt als Wesen und Kulturen.“ An anderer Stelle der Präambel wurde „unsere Pachamama“ ebenso wie Gott gepriesen.⁹⁶⁵ Weiters

Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (302); Cyrus R. Vance Center for International Justice *et al.*, Rivers 21.

⁹⁵⁹ S. z. B. Art. 5 Abs. 3 Rahmengesetz.

⁹⁶⁰ Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (414 m. w. N. in Fn. 101); Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (19 f.).

⁹⁶¹ Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (407); Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (14 f.); Kauffman/Martin, Politics 127 f.

⁹⁶² Collins, Constitution 70; Barié, latinoamérica 2014/2, 9 (20 f.); Iacovino, Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (300).

⁹⁶³ Vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (399 ff.); Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (16); Gudynas, in: G. Weber 83 (87); Acosta, Toward the Universal Declaration of Rights of Nature: Thoughts for Action, www.gam.org/wp-content/uploads/2021/09/Toward-the-Universal-Declaration-of-Rights-of-Nature-Alberto-Acosta.pdf (Stand 2.7.2024); Pinto Calaza/Cerneiro de Freitas/Da Silva/Maluf, Revista Latinoamericana de Bioética 2018, 155 (161); Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmáu/de Carvalho Dantas 71 (84); Bagni, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (123); Kauffman/Martin, Politics 128; Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (53 f., a. A. in 63 f.); Darpö, Nature 12, 18; Gutmann, Rechtssubjektivität 96; Bagni, The rights of nature in colombian and indian case-law, Revisita Análisis Jurídico-Político 2022/7, 99 (102); abw. Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 149.

⁹⁶⁴ B. Fn. 949.

⁹⁶⁵ Vgl. Bonilla Maldonado, Revista Derecho del Estado 2019/1, 3 (13); Borràs, Transnational Environmental Law 2016/1, 113 (135); Esborraz, Revista Derecho del Estado 2016/1,

wurde in Art. 33 festgelegt, dass das „Recht auf eine gesunde, geschützte und ausgewogene Umwelt“ auch „anderen Lebewesen“ eine „normale und stetige“ Entwicklung ermöglichen soll, was als impliziter Hinweis darauf gewertet wird, dass Menschen für „Mutter Erde“ Rechte ausüben.⁹⁶⁶ Den Weg für die gesetzliche Anerkennung der „Rechte von Mutter Erde“ bereitete jedoch nach h.M. insb. die Aufnahme des *suma qamaña* bzw. *Vivir Bien*, das mit der Vorstellung von *Pachamama* eng verbunden ist.⁹⁶⁷ Denn viele Aymara erleben die Wirklichkeit durch *suma qamaña*, das für sie ein zusammenhängendes Ganzes darstellt, in dessen Rahmen *Pachamama* bzw. „Mutter Erde“ als lebendes weibliches Wesen existiert, von der sie ein Teil sind und zu der sie in einer komplementären Beziehung stehen.⁹⁶⁸ Ähnliche Konzepte finden sich auch bei anderen in den Anden lebenden indigenen Gemeinschaften.⁹⁶⁹

I. d. Z. ist außerdem festzuhalten, dass die nachträgliche Anerkennung von nicht in der Verfassung genannten Rechten gem. Art. 13 Abs. II der Verfassung nicht ausgeschlossen ist.⁹⁷⁰ Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen kann daher angenommen werden, dass sich die beiden Gesetze im Wesentlichen in den verfassungsrechtlichen Rahmen einfügen und die Einführung der „Rechte von Mutter Erde“ (i. w. F. auch RdN) nicht grundsätzlich der Verfassung widerspricht. Einzelne Bestimmungen der beiden Gesetze lassen aber durchaus die Frage der Verfassungskonformität aufkommen, worauf i. w. F. noch näher eingegangen wird.⁹⁷¹

93 (115); *Bagni*, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (123); *Barié*, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142 (154).

⁹⁶⁶ Tribunal Agroambiental 5.5.2021, S1/0040/2021; *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (402); *Villavicencio Calzadilla*, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (16 f.); *Villavicencio Calzadilla*, in: *Sindico/Mbengue* 259 (263); *Esborraz*, *Revista Derecho del Estado* 2016/1, 93 (115); *Boyd*, *Nature* 189; *Iacovino*, *Cultura Latinoamericana* 2020/1, 266 (300); *Collins*, *Constitution* 70; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 24.

⁹⁶⁷ *Bonilla Maldonado*, *Revista Derecho del Estado* 2019/1, 3 (13); *Apaza Huanca*, *International Journal for Crime, Justice and Social Democracy* 2019/3, 6 (14 f.); *Dolhare/Rojas-Lizana*, *The Australian Journal of Indigenous Education* 2017/1, 19 (20 f.); *Borràs*, *Transnational Environmental Law* 2016/1, 113 (136 f.); *Bagni/Pavani*, *La comparación jurídica como instrumento epistemológico para el estudio y la investigación en el ámbito de los derechos de la naturaleza, la interculturalidad y los procesos de paz*, in: Restrepo Medina (Hrsg.), *Interculturalidad, Protección de la Naturaleza y Construcción de Paz* (2020) 67 (75); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, *Rivers* 21; *Barié*, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142 (154).

⁹⁶⁸ *Apaza Huanca*, *International Journal for Crime, Justice and Social Democracy* 2019/3, 6 (7 f., 11 ff., 14).

⁹⁶⁹ *Dolhare/Rojas-Lizana*, *The Australian Journal of Indigenous Education* 2017/1, 19 (20).

⁹⁷⁰ *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (402, 407); *Villavicencio Calzadilla*, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (17).

⁹⁷¹ S. z. B. die Überlegungen zu Art. 39 Rahmengesetz in Abschnitt B.III.7.a).

Die bolivianische Rechtswissenschaftlerin Villavicencio Calzadilla vertritt zudem die Auffassung, dass mit der Anerkennung des „Rechts auf eine gesunde Umwelt“ und der Festlegung von korrespondierenden Pflichten nicht nur der Umweltschutz, sondern auch die Bedeutung der „ökologischen Integrität“ auf höchster Ebene des Staates verankert wurde, sodass auch von einem „ökologischen Verfassungsstaat“ gesprochen werden könnte.⁹⁷² Diese Auffassung ließ sich nicht mit weiteren Quellen belegen. Allerdings kann das *Vivir Bien*, das womöglich eine solche ökologische Integrität umfassen könnte, gem. Iacovino als „normatives Prinzip“ betrachtet werden.⁹⁷³ Barié bezeichnet es als „Meta-Wert“, dem sich andere Werte unterordnen müssen.⁹⁷⁴ In der Literatur wurde allerdings auch häufig kritisiert, dass die Verfassung vorwiegend anthropozentrische Bestimmungen enthält und die Natur als schutzbedürftiges Objekt betrachtet wird.⁹⁷⁵

b) Stellung des Rahmengesetzes im Rechtssystem

Der Anwendungsbereich des Rahmengesetzes umfasst gem. Art. 2 alle Bereiche des Staates im Rahmen der in der Verfassung, Autonomiegesetz und Mutter Erde Gesetz zugewiesenen Zuständigkeiten. Für die Entwicklung von spezifischen Gesetzen, Politiken, Normen, Strategien, Plänen, Programmen und Projekten ist das Rahmengesetz „vorrangig anzuwenden“.⁹⁷⁶ In der Literatur wird das Rahmengesetz daher oft als anderen Gesetzen „übergeordnet“ beschrieben.⁹⁷⁷ Alle „gleich- oder nachrangigen Bestimmungen“, die dem Rahmengesetz widersprechen, wurden mit

⁹⁷² Villavicencio Calzadilla, in: Sindico/Mbengue 259 (262 f.); Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (403) mit Verweis auf Steinberg, *Der ökologische Verfassungsstaat* (1998) 45; a. A. Krämer, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (54).

⁹⁷³ Iacovino, *Cultura Latinoamericana* 2020/1, 266 (294 f.); s. i. d. Z. auch Cumbe-Figue-roa/Vargas-Chaves, *Los derechos de la naturaleza en Colombia, Ecuador y Bolivia: De la gramática constitucional y los procesos de reconocimiento, a una nueva interpretación*, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2023/1, 1 (27).

⁹⁷⁴ Barié, *latinoamérica* 2014/2, 9 (16).

⁹⁷⁵ Borràs, *Transnational Environmental Law* 2016/1, 113 (134); s. auch Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (417); Apaza Huanca, *International Journal for Crime, Justice and Social Democracy* 2019/3, 6 (16).

⁹⁷⁶ Art. 2, tw. ähnl. zweite Zusatzbestimmung Rahmengesetz; vgl. Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (21); Villavicencio-Calzadilla/Kotzé, *Re-imagining Participation in the Anthropocene: The Potential of the Rights of Nature Paradigm*, in: Peters/Lohse (Hrsg.), *Sustainability through Participation?*, (2023) 51 (59); Montaña Riveros, *Revista Jurídica Derecho* 2015/2, 55 (63).

⁹⁷⁷ Differenzierter Montaña Riveros, *Revista Jurídica Derecho* 2015/2, 55 (62 f.); allg. Lalander, *Iberoamerican Journal of Development Studies* 2014/2, 148 (159); Lalander, *The International Journal of Human Rights* 2017/4, 464 (472); Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (404); Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (21, 25); Kauffman/Martin, *Politics* 117, 129; Barié, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142 (156).

einer Aufhebungsbestimmung des Rahmengesetzes außer Kraft gesetzt.⁹⁷⁸ Ob dies ebenso für jene Bestimmungen des Mutter Erde Gesetzes gilt, die dem Rahmengesetz widersprechen,⁹⁷⁹ ist unklar. Dolhare/Rojas-Lizana gehen unter Bezugnahme auf Art. 2 Rahmengesetz sowie der darin enthaltenen Erwähnung des Mutter Erde Gesetzes davon aus, dass beide Gesetze gemeinsam anzuwenden sind.⁹⁸⁰ Für die Annahme, dass das Rahmengesetz das Mutter Erde Gesetz nicht ersetzen sollte, sprechen auch die zahlreichen Bezugnahmen darauf.⁹⁸¹ Im Falle von Widersprüchen ist allerdings davon auszugehen, dass die Bestimmungen des Rahmengesetzes vorrangig anzuwenden sind, wobei der verfassungsrechtliche Rahmen zu berücksichtigen ist.⁹⁸²

c) Weitere Rechtsvorschriften, Judikatur und Literatur

In der Literatur wird berichtet, dass kein einziges Gesetz und kein Verwaltungsakt zur Umsetzung der RdN erlassen oder angepasst wurde.⁹⁸³ Im Zuge der Recherchen für diese Arbeit konnten jedoch zwei Gesetze gefunden werden, die Bestimmungen i. Z. m. den RdN enthalten: das Justizorgangesetz⁹⁸⁴ und das Strafrechtssystemgesetz.⁹⁸⁵ Letzteres wurde allerdings bereits einen Monat nach dessen Annahme wieder aufgehoben. Medienberichten zufolge ist außerdem bereits seit einigen Jahren ein Gesetz zur Einrichtung der Verteidigungsstelle von Mutter Erde (*Ley de la Defensoría de la Madre Tierra*) in Verhandlung.⁹⁸⁶ In der Literatur finden sich weiters

⁹⁷⁸ Aufhebungsbestimmung Rahmengesetz.

⁹⁷⁹ Vgl. z.B. *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (15, 23).

⁹⁸⁰ Art. 2 Rahmengesetz; *Dolhare/Rojas-Lizana*, The Australian Journal of Indigenous Education 2017/1, 19 (25).

⁹⁸¹ Vgl. Art. 2, 4, 9 Abs. 1, Art. 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 1 Rahmengesetz; i. w. S. *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (15).

⁹⁸² Art. 410 II Verfassung von Bolivien; vgl. *Apaza Huanca*, International Journal for Crime, Justice and Social Democracy 2019/3, 6 (17).

⁹⁸³ *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (25); *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (416); *Villavicencio Calzadilla*, in: Sindico/Mbengue 259 (262); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (55 f.); *Hernandez*, Defending Mother Earth in Bolivia, Indigenous Policy Journal 2016/3, articles.indigenouspolicy.org/index.php/ipj/article/view/428/418 (Stand 2.7.2024); *Kauffman/Martin*, Politics 118; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 27.

⁹⁸⁴ Ley N° 025 (Justizorgangesetz), veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 24.6.2010.

⁹⁸⁵ Ley N° 1005 Código del Sistema Penal (Strafrechtssystemgesetz), veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 20.12.2017, aufgehoben.

⁹⁸⁶ www.vicpresidencia.gob.bo/IMG/pdf/anteproyecto_de_ley_defensoria_de_la_madre_tierra.pdf; www.noticiasfides.com/nacional/politica/morales-propone-que-el-nuevo-defensor-asuma-defensa-directa-de-los-derechos-medioambientales-414466; diputados.gob.bo/noticias/

Berichte, wonach mehrere Gesetze erlassen wurden, die als Abschwächung oder Verletzung der RdN betrachtet werden.⁹⁸⁷ Überdies sind lediglich zwei Fälle bekannt, in denen sich die Gerichte mit den RdN befassen.⁹⁸⁸

Die nachfolgende Darstellung wurde deshalb unter Zugrundelegung der Rechtsvorschriften des Mutter Erde Gesetzes und des Rahmengesetzes erstellt. Weiters wurde der von der Verfassung vorgegebene Rahmen berücksichtigt sowie die beiden bekannten Gerichtsentscheidungen und die einschlägige Literatur. Mit Ausnahme der Beiträge der bolivianischen Rechtswissenschaftlerin Villavicencio Calzadilla stand jedoch kaum Literatur von bolivianischen Autor:innen zur Verfügung. Zudem ist es nicht gelungen, in Erfahrung zu bringen, ob die RdN noch in weiteren Gesetzen umgesetzt wurden und diese ggf. noch in Geltung sind.

3. Rechtsträger:innen

a) „Mutter Erde“

Gem. Art. 5 Mutter Erde Gesetz sind „Mutter Erde und all ihre Bestandteile inklusive der menschlichen Gemeinschaften Träger:innen“ der im Gesetz genannten Rechte. „Mutter Erde“ ist für den Zweck des Schutzes und der Verteidigung (*tutela*) dieser Rechte als „kollektives Subjekt des öffentlichen Interesses“ (*sujeito colectivo de interés público*) zu betrachten.⁹⁸⁹ Anders als die Verfassung enthält das Gesetz auch eine Definition von „Mutter Erde“. Demnach ist sie gem. Art. 3 „das dynamische lebende System, bestehend aus der unteilbaren Gemeinschaft aller Lebenssysteme und Lebewesen, die miteinander verbunden, voneinander abhängig und komplementär sind und ein gemeinsames Schicksal teilen“. Weiters wurde hinzu-

comision-de-diputados-espera-aprobacion-del-proyecto-de-ley-del-defensor-de-la-madre-tierra (jeweils Stand 2.7.2024).

⁹⁸⁷ Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (24, 26); Boyd, *Natural Resources & Environment* 2018/4, 13 (15); Cyrus R. Vance Center for International Justice et al., *Rivers* 22; Barié, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142 (165 f.); Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 28.

⁹⁸⁸ Tribunal Agroambiental 20.2.2015, S2/0008/2015; vgl. Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (92 f.); Tribunal Agroambiental 5.5.2021, S1/0040/2021; Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (30 f.). Von mehreren Entscheidungen berichtet Barié, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142 (163 f.); von keinen Entscheidungen berichten Cyrus R. Vance Center for International Justice et al., *Rivers* 22; Krämer, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (55); Kauffman/Martin, *Politics* 118, 120; Berros, *Latin American Perspective* 2021/3, 192 (197 f.).

⁹⁸⁹ Vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (409); Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (17); Montaña Riveros, *Revista Jurídica Derecho* 2015/2, 55 (60); Bagni, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (123); Cyrus R. Vance Center for International Justice et al., *Rivers* 21; Gordon, *Columbia Journal of Environmental Law* 2018/1, 49 (54); abw. Übersetzung in Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 24, 149.

gefügt, dass sie „aus den Kosmovisionen der indigenen Nationen und Völker als heilig angesehen“ wird.⁹⁹⁰ Nach der Definition in Art. 4 bezeichnet der Begriff „Lebenssysteme [...] komplexe und dynamische Gemeinschaften von Pflanzen, Tieren, Mikroorganismen und anderen Lebewesen und deren Umgebung, wo menschliche Gemeinschaften und der Rest der Natur als eine funktionelle Einheit interagieren“, die unter dem Einfluss von klimatischen, physiografischen und geologischen Faktoren stehen sowie der produktiven Praktiken, der kulturellen Vielfalt der Bolivianer:innen und der Kosmovisionen der indigenen Gemeinschaften.⁹⁹¹ Im Rahmengesetz wurde die Definition des Art. 3 Mutter Erde Gesetz wiederholt. Zusätzlich heißt es dort aber noch, dass „Mutter Erde [...] ernährt und das Zuhause ist, das alle Lebewesen, die Ökosysteme, die Biodiversität, die organischen Gesellschaften und Individuen, aus denen sie besteht, enthält, erhält und reproduziert“.⁹⁹² Auch die Definition der Lebenssysteme wurde im Rahmengesetz weitgehend übernommen. Zudem wurde folgender Satz hinzugefügt: „Operativ entstehen die Lebenssysteme mit der Interaktion zwischen den Lebenszonen und den vorherrschenden soziokulturellen Einheiten, die jede Lebenszone bewohnen und die optimalsten Bewirtschaftungssysteme herausfinden, die sich aus dieser Interaktion entwickelt haben oder entwickeln können.“⁹⁹³

Folglich ist anzunehmen, dass vorrangig nicht einzelne Individuen, Wälder, Flüsse oder Seen durch die RdN geschützt werden sollen, sondern die Natur als „System“,⁹⁹⁴ dem ebenfalls die Menschen angehören.⁹⁹⁵ Das Agrarumwelttribunal wandte die RdN aber auch auf konkrete Bestandteile der Natur an, als es 2021 die Anwendung des Vorsorgeprinzips auf „44 Bäume“ bestätigte, die im Zuge eines Straßenprojekts versetzt werden sollten.⁹⁹⁶ Die Definition der „Lebenssysteme“ im Rahmengesetz verdeutlicht zudem, dass auch die Beziehung zwischen den Menschen und der Natur erfasst ist und damit auch „soziale, kulturelle und wirtschaftliche

⁹⁹⁰ Art. 3 Mutter Erde Gesetz; vgl. *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (409); *Villavicencio Calzadilla*, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (17); *Kauffman/Martin*, *Politics* 117; *Dolhare/Rojas-Lizana*, *The Australian Journal of Indigenous Education* 2017/1, 19 (25); *Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo*, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* 71 (86); *Bagni*, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* 111 (123); *Iacovino*, *Cultura Latinoamericana* 2020/1, 266 (300 f.); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, *Rivers* 21; *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 133; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 24 f.

⁹⁹¹ Art. 4 Mutter Erde Gesetz.

⁹⁹² Art. 5 Abs. 1 Rahmengesetz; vgl. *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (413).

⁹⁹³ Art. 5 Abs. 12 Rahmengesetz.

⁹⁹⁴ Vgl. *Gordon*, *Columbia Journal of Environmental Law* 2018/1, 49 (54 f.); ähnl. *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (408).

⁹⁹⁵ *Dolhare/Rojas-Lizana*, *The Australian Journal of Indigenous Education* 2017/1, 19 (25).

⁹⁹⁶ *Tribunal Agroambiental* 5.5.2021, S1/0040/2021; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (30).

Dimensionen“.⁹⁹⁷ Festzuhalten ist i. d. Z. außerdem, dass die Definition der „Bestandteile von Mutter Erde für Vivir Bien“ die als „natürliche Ressourcen“ genutzt oder verwertet werden können, keine Bezugnahme auf die Menschen enthält.⁹⁹⁸

b) Zur Bedeutung des Begriffs Pachamama

In der Literatur wird betont, dass die indigenen Gemeinschaften Boliviens im Vergleich zu den soeben dargestellten Definitionen umfassendere Vorstellungen von „Mutter Erde“ bzw. *Pachamama* haben. Das Wort *Pacha* umfasst z. B. für die Aymara zwei zusammenhängende Zustände – Raum (statisch) und Zeit (dynamischer Raum) – worin mehrere Dimensionen und Welten, darunter auch *Pachamama*, koexistieren. *Pachamama* gilt als heilig, die Menschen bewohnen sie und stehen in einer komplementären Beziehung zu ihr und allem anderen (Kosmos).⁹⁹⁹ Diese Vorstellungen inspirierten der Literatur zufolge die gesetzlichen Definitionen¹⁰⁰⁰ und sind z. B. in der Anerkennung von „Mutter Erde“ als „kollektives Subjekt“ und deren spirituellen Bedeutung erkennbar.¹⁰⁰¹ Andererseits wurde *Pachamama* lediglich in der Präambel der Verfassung erwähnt, nicht aber im Mutter Erde Gesetz oder Rahmengesetz, sodass unklar ist, inwieweit bei der Anwendung und Interpretation der Rechtsträgerin „Mutter Erde“ jene Bedeutungen zu berücksichtigen sind, die über den Wortlaut der Definitionen hinausgehen. Für eine Berücksichtigung spricht die Bedeutung, die der Interkulturalität und Plurinationalität in der Verfassung von 2009 beigemessen wurde.¹⁰⁰² Auch nach dem „Interkulturalitätsprinzip“, das im Mutter Erde Gesetz festgelegt wurde, könnte eine Berücksichtigung geboten sein. Danach ist die Vielfalt aller Werte, sämtlichen Wissens und aller Fähigkeiten anzuerkennen, wiederherzustellen, zu respektieren und zu schützen.¹⁰⁰³

⁹⁹⁷ *Jayatilaka*, Rights of Nature: The Right Approach to Environmental Standing in the EU?, lib.ugent.be/fulltxt/RUG01/002/349/652/RUG01-002349652_2017_0001_AC.pdf (Stand 2.7.2024) 10; ähnl. *Pacheco Balanza*, Gestión de Sistemas de Vida, www.researchgate.net/publication/325094540_Gestion_de_Sistemas_de_Vida_politica_publica_para_vivir_en_equilibrio_y_armonia_con_la_Madre_Tierra (Stand 2.7.2024) 73.

⁹⁹⁸ Art. 5 Abs. 4 Rahmengesetz.

⁹⁹⁹ *Apaza Huanca*, International Journal for Crime, Justice and Social Democracy 2019/3, 6 (9, 11 f., 14); ähnl. *Montaño Riveros*, Revista Jurídica Derecho 2015/2, 55 (59).

¹⁰⁰⁰ *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (407); *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (19 f.); *Iacovino*, Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (300 f.); *Montaño Riveros*, Revista Jurídica Derecho 2015/2, 55 (64).

¹⁰⁰¹ *Iacovino*, Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (299); *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (19); *Montaño Riveros*, Revista Jurídica Derecho 2015/2, 55 (59 f., 64).

¹⁰⁰² S. zb. Art. 1, 98 Verfassung von Bolivien; vgl. *Montaño Riveros*, Revista Jurídica Derecho 2015/2, 55 (64).

¹⁰⁰³ Art. 2 Abs. 6 Mutter Erde Gesetz; vgl. *Dolhare/Rojas-Lizana*, The Australian Journal of Indigenous Education 2017/1, 19 (25).

4. Rechte und Schutzbereich

Im Mutter Erde Gesetz wurden sieben konkrete „Rechte von Mutter Erde“ festgelegt. Dazu zählen das Recht auf Leben, jenes auf die Vielfalt des Lebens, jenes auf Wasser, jenes auf saubere Luft, das Recht auf Gleichgewicht, jenes auf Wiederherstellung und das Recht, frei von Verschmutzung zu leben.¹⁰⁰⁴ Diese Rechte „schränken“ gem. Mutter Erde Gesetz „nicht die Existenz anderer Rechte von Mutter Erde ein“.¹⁰⁰⁵ Zudem sind bei deren Anwendung „die Besonderheiten“ der verschiedenen Komponenten von Mutter Erde zu berücksichtigen.¹⁰⁰⁶ Eine „Verletzung der Rechte von Mutter Erde“ stellt gem. Rahmengesetz eine „Verletzung des öffentlichen Rechts und der kollektiven und individuellen Rechte“ dar.¹⁰⁰⁷ Weitere Hinweise auf den i. w. F. dargestellten Schutzbereich lassen sich den Prinzipien, staatlichen Pflichten und Aufgaben der Bürger:innen entnehmen, die im Mutter Erde Gesetz und Rahmengesetz vorgesehen wurden.¹⁰⁰⁸

a) Das Recht auf Leben

Mit dem „Recht auf Leben“ wurde der Rechtsträgerin „Mutter Erde“ das Recht „auf die Erhaltung der Integrität der Lebenssysteme und der natürlichen Prozesse, die sie aufrechterhalten, sowie der Fähigkeiten und Voraussetzungen für ihre Regeneration“ gewährt.¹⁰⁰⁹ Das „Recht auf Leben“ schützt daher insb. die Integrität und Regeneration. Der Begriff „Integrität“ wurde nicht definiert. Es wurde lediglich vorgesehen, dass diese im Rahmen von staatlich festzulegenden Parametern und Richtwerten zu überwachen ist.¹⁰¹⁰ Wie in Abschnitt B.III.3.a) dargelegt, umfassen „Lebenssysteme“ Gemeinschaften von Pflanzen, Tieren und anderen Lebewesen

¹⁰⁰⁴ Art. 7 Mutter Erde Gesetz; vgl. *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (470); *Villavicencio Calzadilla*, in: *Sindico/Mbengue* 259 (263); *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (17f.); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, *Rivers* 21; *Iacovino*, Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (301); *Berros*, Latin American Perspective 2021/3, 192 (196); *Darpö*, Nature 18; *Gutmann*, Rechtssubjektivität 97; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 25.

¹⁰⁰⁵ Art. 5 letzter Satz Mutter Erde Gesetz; vgl. *Iacovino*, Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (301).

¹⁰⁰⁶ Art. 5 vierter Satz Mutter Erde Gesetz.

¹⁰⁰⁷ Art. 38 Rahmengesetz; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (20); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 26.

¹⁰⁰⁸ Art. 2, 8, 9 Mutter Erde Gesetz; Art. 4, 10, 11 Rahmengesetz; vgl. *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (411); *Villavicencio Calzadilla*, in: *Sindico/Mbengue* 259 (263); *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (18); *Boyd*, Nature 194; *Montaño Riveros*, Revista Jurídica Derecho 2015/2, 55 (63); *Iacovino*, Cultura Latinoamericana 2020/1, 266 (301); *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (470); *Darpö*, Nature 18.

¹⁰⁰⁹ Art. 7.I Abs. 1 Mutter Erde Gesetz; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 117.

¹⁰¹⁰ Art. 16 Abs. 9 Rahmengesetz.

sowie deren Umgebung.¹⁰¹¹ Mit dem Begriff „natürlicher Prozess“ wird gem. Rahmengesetz ein Prozess bezeichnet, der ohne Einwirkung des Menschen „in der Natur existiert“. ¹⁰¹² Unter „Regeneration“ ist die „Fähigkeit“ einer Lebenszone oder eines Lebenssystems zu verstehen, „Schäden zu absorbieren, sich an Störungen anzupassen und sich zu regenerieren, ohne ihre anfänglichen strukturellen und funktionellen Merkmale wesentlich zu verändern“. ¹⁰¹³

In beiden Gesetzen wurde ein Prinzip mit dem Titel „Garantie der Regeneration von Mutter Erde“ vorgesehen, worin Villavicencio Calzadilla/Kotzé eine Bekräftigung des „ökologischen Integritätsprinzips“ verorten. ¹⁰¹⁴ Demnach müssen gem. dem Mutter Erde Gesetz der Staat und die Gesellschaft in Harmonie mit dem Gemeinwohl „die notwendigen Voraussetzungen“ für die Regeneration „garantieren“ und „anerkennen“, dass die Regenerationsfähigkeit der Lebenssysteme und die Fähigkeit der Menschheit, ihre Handlungen rückgängig zu machen, begrenzt sind. ¹⁰¹⁵ Dem Rahmengesetz zufolge ist die Regenerationsfähigkeit vom Staat und allen Personen „zu respektieren“. ¹⁰¹⁶ Außerdem ist der Staat verpflichtet, den „Fortbestand“ der Regenerationsfähigkeit zu „garantieren“. ¹⁰¹⁷ Er hat seine öffentliche Politik so zu gestalten, dass er nicht nur seine Interessen und die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt, sondern auch die Regenerationsfähigkeit garantiert. ¹⁰¹⁸ Überdies hat er ein Verzeichnis über die „Bestandteile von Mutter Erde mit hohem strategischen Wert“ zu erstellen und einen indikativen Rahmen für ihre Regenerationsfähigkeit festzulegen, der jährlich zu veröffentlichen ist. ¹⁰¹⁹ Folglich kann beiden Gesetzen nicht nur die Pflicht des Staates entnommen werden, Handlungen zu unterlassen, die zum Verlust der Regenerationsfähigkeit führen, sondern auch die Pflicht, Handlungen zu setzen, damit diese erhalten bleibt.

b) Das Recht auf die Vielfalt des Lebens

Das „Recht auf die Vielfalt des Lebens“ beinhaltet gem. Mutter Erde Gesetz das „Recht auf die Erhaltung der Differenzierung und Vielfalt der Wesen, aus denen Mutter Erde besteht, ohne genetisch oder künstlich in ihrer Struktur derart verändert zu werden, dass ihre Existenz, ihre Funktionsweise und ihr künftiges Potenzial bedroht werden“. ¹⁰²⁰ Das Rahmengesetz enthält einige Bestimmungen, denen nähere

¹⁰¹¹ Art. 4 Mutter Erde Gesetz; Art. 5 Abs. 12 Rahmengesetz.

¹⁰¹² Art. 5 Abs. 9 Rahmengesetz.

¹⁰¹³ Art. 5 Abs. 11 Rahmengesetz.

¹⁰¹⁴ Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (408).

¹⁰¹⁵ Art. 2 Abs. 3 Mutter Erde Gesetz.

¹⁰¹⁶ Art. 4 Abs. 6 Rahmengesetz.

¹⁰¹⁷ Art. 10 Abs. 5 Rahmengesetz.

¹⁰¹⁸ Art. 45 Abs. 4 Rahmengesetz.

¹⁰¹⁹ Art. 51 Rahmengesetz.

¹⁰²⁰ Art. 7 Abs. 2 Mutter Erde Gesetz; vgl. Kauffman/Martin, Politics 117.

Informationen über den Schutzbereich des Rechts entnommen werden können. Demnach bezeichnet die „biologische Vielfalt“ die Vielfalt innerhalb jeder Art, die Vielfalt der Arten und die Vielfalt der Ökosysteme.¹⁰²¹ In Bezug auf die Nutzung, Verwertung, den Schutz und die Erhaltung der Biodiversität sind Politiken, Strategien, Pläne, Programme und Projekte unter Beteiligung der Öffentlichkeit sowie in Einklang mit den Merkmalen eines jeden Lebenssystems auszuarbeiten. Weiters sind Risikobewertungen hinsichtlich der Einführung von invasiven Arten oder landwirtschaftlichen Produkten auszuarbeiten und das genetische Erbe und die genetische Vielfalt zu erhalten. Außerdem sind Wasseranreicherungszone, Flussoberläufe und Gebiete mit einem hohen Erhaltungswert zu erhalten und zu schützen, und das Schutzgebietssystem ist „als eines der wesentlichsten Instrumente zur Verteidigung von Mutter Erde“ zu stärken und zu fördern.¹⁰²²

c) Das Recht auf Wasser

Das „Recht auf Wasser“ umfasst gem. Mutter Erde Gesetz das Recht „auf die Erhaltung der Funktionalität der Wasserkreisläufe, ihrer Existenz in der für die Aufrechterhaltung der Lebenssysteme notwendigen Quantität und Qualität, und ihren Schutz vor Verschmutzung, für die Reproduktion des Lebens von Mutter Erde und all ihren Bestandteilen“.¹⁰²³ Die umfangreichere Bestimmung in Art. 27 Rahmengesetz mit dem Titel „Wasser“ beinhaltet einige Vorgaben, die sowohl die Nutzung als auch den Schutz der Gewässer betreffen und weitere Hinweise auf den Schutzbereich des gewährten Rechts geben können. Bezüglich der Nutzung wurde in Abs. 1 festgelegt, dass das „Recht auf Wasser für das Leben“ zu garantieren ist, indem die Erhaltung der Lebenssysteme von Mutter Erde, die Befriedigung der häuslichen Bedürfnisse der Personen und die Gewährleistung der Ernährungssicherheit vorrangig, integral und unterschiedslos befriedigt werden.¹⁰²⁴ Demgegenüber sind gem. Abs. 4 hinsichtlich der Regulierung, des Schutzes und der Planung der Nutzung und des Zugangs zu Wasserbestandteilen „Prioritäten für die Trinkwassernutzung“ festzulegen. Folglich stellt sich die Frage, ob der menschlichen Trinkwassernutzung Vorrang eingeräumt wurde. Diesbezüglich ist zunächst festzuhalten, dass Abs. 4 Rahmengesetz Ähnlichkeiten mit Art. 374.I 2. Satz der Verfassung aufweist, der sich auf das Grundrecht auf Wasser bezieht und den „Zugang zu Wasser für alle Bewohner:innen“ garantiert. Das Wort „Wasserressourcen“ (*recursos hidricos*) wurde allerdings durch das Wort „Wasserbestandteile“ (*componentes hidricos*) ersetzt. Das Wort „Bewohner:innen“ (*habitantes*) wurde an anderen Stellen der Verfassung i. S. v. „Einwohner:innen“ verwendet, sodass davon auszugehen ist, dass in der Verfassung nicht alle „Bewohner:innen“ von „Mutter Erde“ gemeint

¹⁰²¹ Art. 5 Abs. 5 Rahmengesetz.

¹⁰²² Art. 23 Rahmengesetz.

¹⁰²³ Art. 7 Abs. 3 Mutter Erde Gesetz; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 117.

¹⁰²⁴ Art. 27 Abs. 1, Art. 4 Abs. 10 Rahmengesetz; vgl. *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (412).

waren.¹⁰²⁵ Abs. 4 könnte daher als Klarstellung verstanden werden, dass dem menschlichen Grundrecht auf Wasser Vorrang zukommt. Die „integrale und unterschiedslose“ Gleichwertigkeit der drei Bedürfnisse wurde jedoch nicht nur im bereits erwähnten Art. 27 Abs. 1 festgehalten, sondern auch im Prinzip „Wasser für das Leben“ des Art. 4 Abs. 10 Rahmengesetz. In Art. 27 Abs. 9 wurde zudem die in Art. 375.I der Verfassung festgelegte Pflicht des Staates, Pläne zur nachhaltigen Nutzung, Erhaltung und Bewirtschaftung der Wassereinzugsgebiete auszuarbeiten, dahin gehend ergänzt, dass diese die Ernährungssicherheit, die menschlichen Grundbedürfnisse und die Erhaltung der Lebenssysteme gewährleisten müssen. Art. 27 Abs. 9 bezieht sich allerdings nur auf Pläne zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Gewässer, nicht jedoch auf Pläne zu deren „Nutzung“, die in Abs. 4 geregelt ist. Der Trinkwassernutzung könnte folglich zumindest bei Nutzungskonflikten Priorität einzuräumen sein.

Die den Schutz der Gewässer betreffenden Vorgaben des Art. 27 wurden tw. bereits in der Verfassung vorgesehen.¹⁰²⁶ Demnach sind bei industriellen und extraktiven Tätigkeiten Vorkehrungen zur Reduktion von Verschmutzungen sowie zur Regulierung der Ableitung von giftigen Abwässern zu treffen. Weiters ist der Zugang zu Wasser genehmigungspflichtig, die Wasserqualität anhand von Parametern und Qualitätsstufen zu überwachen sowie bei der Nahrungsmittelproduktion die „nachhaltige Nutzung“ zu fördern. Fossile, eiszeitliche, feuchtgebietliche, unterirdische, mineralische oder medizinische Gewässer sind zu erhalten, zu schützen, wiederherzustellen und nachhaltig zu nutzen, und es sind Pläne zur Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung der Wassereinzugsgebiete zu erstellen. Zudem sollen „Methoden und Technologien für die effiziente Nutzung, Sammlung, Speicherung, das Recycling und die Aufbereitung von Wasser“ entwickelt und beeinträchtigte Gewässer geschützt werden. Außerdem wurde das bereits in der Verfassung vorgesehene Verbot der Privatisierung und Kommerzialisierung von Wasser bekräftigt. Zugleich ist die Nutzung der „Wasserressourcen“ von Flüssen, Seen und Lagunen als „strategische Ressourcen“ für die bolivianische Entwicklung und Souveränität zu fördern. Überdies wurde i.Z.m. dem Schutz der Biodiversität festgelegt, dass Wasseranreicherungsgebiete, Flussoberläufe, nationale Sicherheitsstreifen sowie Gebiete mit einem hohen Erhaltungswert im Rahmen der integralen Bewirtschaftung der Wassereinzugsgebiete zu erhalten und zu schützen sind.¹⁰²⁷

d) Das Recht auf saubere Luft

Das „Recht auf saubere Luft“ umfasst gem. Mutter Erde Gesetz das „Recht auf die Erhaltung der Luftqualität und -zusammensetzung für die Aufrechterhaltung der Lebenssysteme und ihren Schutz vor Verschmutzung, für die Reproduktion des

¹⁰²⁵ Vgl. Art. 146.IV, Art. 269.II und 280.I Verfassung von Bolivien.

¹⁰²⁶ S. dazu bereits ausführlich Abschnitt B.III.1.d).

¹⁰²⁷ Art. 23 Abs. 4 Rahmengesetz.

Lebens von Mutter Erde und all ihren Bestandteilen“.¹⁰²⁸ In Art. 29 Rahmengesetz mit dem Titel „Luft und Umweltqualität“ wurde weiters die Einführung von „Kontroll-, Präventions- und Eindämmungsmaßnahmen“ vorgesehen, um „saubere Luft“ zu gewährleisten. Überdies ist die Verschmutzung der Atmosphäre, die elektromagnetische Verschmutzung und jene durch industrielle und extraktive Aktivitäten zu überwachen.¹⁰²⁹ Außerdem wurde festgelegt, dass der Staat verpflichtet ist, die Verschmutzung von Mutter Erde schrittweise zu beseitigen sowie „Verantwortlichkeiten und Sanktionen“ für jene festzulegen, die das „Recht auf saubere Luft“ verletzen.¹⁰³⁰

e) Das Recht auf Gleichgewicht

Das „Recht auf Gleichgewicht“ (*equilibrio*) ist gem. Mutter Erde Gesetz „das Recht auf die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Wechselbeziehung, gegenseitigen Abhängigkeit, Komplementarität und Funktionalität der Bestandteile von Mutter Erde in ausgewogener (*equilibrada*) Weise, um ihre Kreisläufe und die Reproduktion ihrer Lebensprozesse fortzusetzen“.¹⁰³¹ Überdies enthält das Rahmengesetz zwei Prinzipien, die auf dieses „Gleichgewicht“ Bezug nehmen: Gem. dem Prinzip „Komplementarität und Gleichgewicht“ hat der bolivianische Staat die „Komplementarität der Lebewesen in Mutter Erde für Vivir Bien“ zu fördern.¹⁰³² Nach dem Prinzip „Harmonische Beziehung“ ist eine „harmonische, dynamische, adaptive und ausgewogene Beziehung zwischen den Notwendigkeiten des bolivianischen Volkes und der Regenerationsfähigkeit der Bestandteile und Lebenssysteme von Mutter Erde zu fördern“.¹⁰³³ Bei näherer Betrachtung insb. des letzteren Prinzips wird erkennbar, dass im Rahmengesetz der Fokus auf das Gleichgewicht zwischen „Mutter Erde“ und den menschlichen Bedürfnissen gelegt wurde,¹⁰³⁴ während nach dem Mutter Erde Gesetz das Gleichgewicht aller Bestandteile von Mutter Erde aufrechterhalten und wiederhergestellt werden soll. Dementsprechend enthält das Rahmengesetz viele Bestimmungen, wonach die Bestandteile von „Mutter Erde“ in „Harmonie und Gleichgewicht“ zu nutzen sind.¹⁰³⁵ Der Unterschied zeigt sich ebenfalls am Beispiel des „Harmonieprinzips“, wie es im Mutter Erde Gesetze ausgestaltet wurde. Danach sollen „menschliche Aktivitäten im Rahmen der Plu-

¹⁰²⁸ Art. 7 Abs. 4 Mutter Erde Gesetz; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 117.

¹⁰²⁹ Art. 29 Abs. 5 Rahmengesetz.

¹⁰³⁰ Art. 10 Abs. 7 Rahmengesetz.

¹⁰³¹ Art. 7 Abs. 5 Mutter Erde Gesetz; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics.

¹⁰³² Art. 4 Abs. 16 Rahmengesetz.

¹⁰³³ Art. 4 Abs. 12 Rahmengesetz.

¹⁰³⁴ Vgl. z.B. Art. 1, 3 Abs. 2, Art. 5 Abs. 2 Rahmengesetz.

¹⁰³⁵ Vgl. z.B. Art. 5 Abs. 6 und 14, Art. 24 Abs. 14, Art. 26 Abs. 6, Art. 30 Abs. 4 Rahmengesetz.

ralität und Vielfalt ein dynamisches Gleichgewicht mit den Kreisläufen und inhärenten Prozessen von Mutter Erde erreichen“.¹⁰³⁶

f) Das Recht auf Wiederherstellung

Das „Recht auf Wiederherstellung“ umfasst gem. Mutter Erde Gesetz „das Recht auf geeignete und wirksame Wiederherstellung der Lebenssysteme, die direkt oder indirekt durch menschliche Aktivitäten beeinträchtigt wurden“.¹⁰³⁷ Unter „Wiederherstellung“ (*restauración*) ist gem. Rahmengesetz „der geplante Prozess der absichtlichen Umgestaltung einer veränderten Lebenszone oder eines veränderten Lebenssystems“ zu verstehen, dessen Ziel es ist, „die Vielfalt ihrer Bestandteile, Prozesse, Zyklen, Beziehungen und Interaktionen sowie ihre Dynamik wiederherzustellen“, sodass eine Annäherung „an die Bedingungen vor Schadenseintritt“ erfolgt. Das daraus hervorgehende System „muss in ökologischer, sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht selbsterhaltend sein“.¹⁰³⁸

Zur „integralen und effektiven“ Wiederherstellung verpflichtet sind gem. dem Prinzip „Wiederherstellungsgarantie für Mutter Erde“ sowohl der Staat als auch individuelle, kollektive oder gemeinschaftliche Personen, die zufällig oder wesentlich einen Schaden verursacht haben. Die Wiederherstellungspflicht besteht „unabhängig von anderen Verantwortlichkeiten“.¹⁰³⁹ Überdies hat der Staat Mechanismen festzulegen, damit die verantwortlichen individuellen oder kollektiven, öffentlichen oder privaten Personen die notwendigen Wiederherstellungsmaßnahmen ergreifen,¹⁰⁴⁰ und gegenüber den unmittelbar Verantwortlichen einen Rückerstattungsanspruch.¹⁰⁴¹ Zur Wiederherstellung von Schäden, die durch den Bergbau oder die Förderung von Kohlenwasserstoffen verursacht wurden, sind die „besten verfügbaren Techniken“ zu verwenden. Im Falle von „irreversiblen Schäden“ sind entsprechende Verantwortlichkeiten der Unternehmen oder Kooperativen gesetzlich festzulegen.¹⁰⁴² Darüber hinaus sind der Staat und die Gesellschaft gem. dem bereits in der Verfassung grundgelegten Prinzip „Historische Verantwortung“ verpflichtet, größere Schäden an Bestandteilen, Lebenszonen und Lebenssystemen abzuschwächen, wiedergutzumachen und wiederherzustellen.¹⁰⁴³ Des Weiteren hat der Staat wirtschaftliche Mittel für Wiederherstellungsprogramme bereitzustellen¹⁰⁴⁴ und mittels lokaler Vereinbarungen Wiederherstellungsprozesse zu fördern.¹⁰⁴⁵

¹⁰³⁶ Art. 2 Mutter Erde Gesetz.

¹⁰³⁷ Art. 7 Abs. 6 Mutter Erde Gesetz; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 118.

¹⁰³⁸ Art. 5 Abs. 10 Rahmengesetz.

¹⁰³⁹ Art. 4 Abs. 5 Rahmengesetz.

¹⁰⁴⁰ Art. 15 Abs. 9, Art. 26 Abs. 4 Rahmengesetz.

¹⁰⁴¹ Art. 11 Abs. 5 2. Satz Rahmengesetz.

¹⁰⁴² Art. 26 Abs. 5 Rahmengesetz.

¹⁰⁴³ Art. 4 Abs. 7 Rahmengesetz.

¹⁰⁴⁴ Art. 16 Abs. 8 Rahmengesetz.

g) *Das Recht, frei von Verschmutzung zu leben*

Das „Recht, frei von Verschmutzung zu leben“, beinhaltet gem. Mutter Erde Gesetz „das Recht auf den Schutz von Mutter Erde vor Verschmutzung eines ihrer Bestandteile sowie vor giftigen und radioaktiven Abfällen, die durch menschliche Aktivitäten entstehen“.¹⁰⁴⁶ Überdies findet der Schutz vor Verschmutzung (*contaminación*) im Mutter Erde Gesetz auch i. Z. m. dem „Recht auf Wasser“ und dem „Recht auf saubere Luft“ Erwähnung.¹⁰⁴⁷ Das Rahmengesetz enthält einige Bestimmungen, die als Konkretisierung dieses Rechts betrachtet werden können. Demnach ist der Staat verpflichtet, Verschmutzungen schrittweise zu beseitigen und „Verantwortlichkeiten und Sanktionen“ für diejenigen festzulegen, die dieses Recht verletzen.¹⁰⁴⁸ Er hat dafür Sorge zu tragen, dass die notwendigen Maßnahmen zur Schadensbegrenzung und Wiederherstellung ergriffen werden.¹⁰⁴⁹ Zudem hat er Konsumverhalten und Produktionsprozesse zu fördern, die keine Verschmutzungen verursachen, den Einsatz giftiger Materialien und Schadstoffe schrittweise minimieren und durch „ökologische und sozial angemessene Alternativen“ ersetzen.¹⁰⁵⁰ Im Mutter Erde Gesetz wurde außerdem eine Verfassungsbestimmung bekräftigt, wonach der Staat verpflichtet ist, sich für die „Abschaffung aller nuklearen, chemischen und biologischen Waffen sowie Massenvernichtungswaffen“ einzusetzen.¹⁰⁵¹

h) *Sonstige Prinzipien*

Wie bereits eingangs in Abschnitt B.III.1.e. erwähnt, enthalten die beiden Gesetze zahlreiche Prinzipien, die bei der Anwendung und Interpretation der „Rechte von Mutter Erde“ zu berücksichtigen sind. Diese wurden z. T. bereits bei der Darstellung der gewährten Rechte beschrieben. Besonders hervorzuheben sind außerdem das Vorsorgeprinzip (*precautorio*) und das Prinzip „Priorität der Vorbeugung“ (*prevención*). Gem. dem im Rahmengesetz festgelegten „Vorsorgeprinzip“ sind Schäden an Bestandteilen von „Mutter Erde“ vorzubeugen oder zu verhindern, und darf dies nicht mangels „wissenschaftlicher Gewissheit und/oder fehlender Ressourcen“ unterlassen oder aufgeschoben werden.¹⁰⁵² Gem. dem Prinzip „Priorität der Vorbeugung“ sind „[a]ngesichts der Gewissheit, dass jede menschliche Aktivität Auswirkungen“ hat, „vorrangig die notwendigen Vorsorge- und Schutzmaßnahmen“ zu

¹⁰⁴⁵ Art. 54.II Abs. 11 Rahmengesetz.

¹⁰⁴⁶ Art. 7 Abs. 7 Mutter Erde Gesetz.

¹⁰⁴⁷ Art. 7 Abs. 3 und 4 Mutter Erde Gesetz.

¹⁰⁴⁸ Art. 10 Abs. 7 Rahmengesetz.

¹⁰⁴⁹ Art. 15 Abs. 9 Rahmengesetz.

¹⁰⁵⁰ Art. 12 Abs. 3, Art. 14 Abs. 2, Art. 15 Abs. 7 Rahmengesetz.

¹⁰⁵¹ Art. 8 Abs. 6 Mutter Erde Gesetz; ähnl. Art. 344 Verfassung von Bolivien.

¹⁰⁵² Art. 4 Abs. 4 Rahmengesetz.

ergreifen, um diese „zu begrenzen oder abzuschwächen“.¹⁰⁵³ Außerdem wurde im Mutter Erde Gesetz vorgesehen, dass der Staat verpflichtet ist, „öffentliche Politiken und systematische Vorsorgehandlungen“ zu entwickeln, um das Aussterben von Arten, die Veränderung von Lebenszyklen und -prozessen oder die Zerstörung von Lebenssystemen durch menschliche Aktivitäten zu vermeiden.¹⁰⁵⁴

Das Agrarumwelttribunal befasste sich 2021 ausführlicher mit dem Vorsorgeprinzip und bestätigte, dass dieses die Grundlage für die Beurteilung der Frage darstellt, ob Vorsichtsmaßnahmen (*medidas cautelares*) anzuordnen sind. Besteht das Risiko eines Schadens, sind Vorsichtsmaßnahmen anzuordnen. Dies gilt auch, wenn eine Umweltgenehmigung vorliegt. Die gesetzlichen Vertreter:innen eines Projekts (im konkreten Fall die autonome Gemeinderegierung von Cochabamba) haben daher nicht nur die von der Umweltbehörde vorgeschriebenen Umweltauflagen einzuhalten, sondern gem. der „Priorität der Vorbeugung“ grundsätzlich die Verantwortung, die notwendigen Vorbeuge- und Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um negative Auswirkungen zu begrenzen oder zu verringern. Bemerkenswert ist zudem die Feststellung des Tribunals, wonach die RdN „im Rahmen des Vorsorgeprinzips“ verstanden und geschützt werden müssen, sodass die Wahrscheinlichkeit eines Schadens nicht wissenschaftlich nachzuweisen ist.¹⁰⁵⁵

Darüber hinaus sind folgende Prinzipien erwähnenswert: Nach dem Prinzip „Kollektives Gut“ hat das „Interesse der Gesellschaft im Rahmen der Rechte von Mutter Erde“ Vorrang vor jeder menschlichen Aktivität und jedem erworbenen Recht.¹⁰⁵⁶ Gem. dem Prinzip „Respekt und Verteidigung der Rechte von Mutter Erde“ sind die RdN „zu respektieren, zu schützen und zu garantieren“.¹⁰⁵⁷ Weiters wurde ein „Nicht-Kommerzialisierungsprinzip“ vorgesehen, das nach Ansicht des Agrarumwelttribunals durch den Handel mit Emissionszertifikaten verletzt wird, weil „Umweltfunktionen von Mutter Erde“ gem. diesem Prinzip „nicht als Waren, sondern als Gaben der heiligen Mutter Erde“ anzusehen sind.¹⁰⁵⁸ Weitere Prinzipien betreffen u. a. die „Vereinbarkeit und Komplementarität“ der Menschenrechte und RdN; die „Integralität“ aller sozialen, kulturellen, ökologischen, wirtschaftlichen, produktiven, politischen und emotionalen Aspekte hinsichtlich des *Vivir Bien*; die „plurale Partizipation“; die „Solidarität unter den Menschen“, „soziale Gerechtig-

¹⁰⁵³ Art. 4 Abs. 8 Rahmengesetz.

¹⁰⁵⁴ Art. 8 Abs. 1 Mutter Erde Gesetz; vgl. *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (470); *Darpö*, Nature 18; *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 21.

¹⁰⁵⁵ Tribunal Agroambiental 5.5.2021, S1/0040/2021; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (30 f.).

¹⁰⁵⁶ Art. 2 Abs. 2 Mutter Erde Gesetz; ähnl. Art. 344 Verfassung von Bolivien.

¹⁰⁵⁷ Art. 2 Abs. 5 Mutter Erde Gesetz; ähnl. Art. 344 Verfassung von Bolivien.

¹⁰⁵⁸ Art. 2 Abs. 5 Mutter Erde Gesetz; Art. 4 Abs. 2 Rahmengesetz; Art. 344 Verfassung von Bolivien; Tribunal Agroambiental 20.2.2015, S2/0008/2015; vgl. *Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (93).

keit“, „Klimagerechtigkeit“, die „plurale Ökonomie“ und den „Wissensdialog“ zwischen traditionellem Wissen und den Wissenschaften.¹⁰⁵⁹

5. Eingriffe

In Bezug auf die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen Eingriffe in die RdN zulässig sein können, ist zunächst festzuhalten, dass aus dem Rahmengesetz und der Verfassung deutlich hervorgeht, dass die Nutzung und „Industrialisierung der Bestandteile von Mutter Erde im Rahmen des Respekts der Rechte und Ziele des Vivir Bien und der integralen Entwicklung“ nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten sind.¹⁰⁶⁰ Dies wurde in der Literatur vielfach als widersprüchlich kritisiert bzw. als Abschwächung der RdN gem. Mutter Erde Gesetz betrachtet.¹⁰⁶¹ Das Mutter Erde Gesetz und das Rahmengesetz enthalten aber auch mehrere in der Literatur weniger beachtete Bestimmungen, die Hinweise darauf geben, unter welchen Voraussetzungen die Eingriffe zulässig sind und welche Schranken ihnen gesetzt wurden.

a) Zulässigkeit von Eingriffen gem. Mutter Erde Gesetz

Gem. Art. 6 Mutter Erde Gesetz haben die Bolivianer:innen die RdN „in Einklang mit ihren individuellen und kollektiven Rechten“ auszuüben.¹⁰⁶² Dies ist insofern bemerkenswert, als sie nicht wie die individuellen und kollektiven Menschenrechte in der Verfassung verankert, sondern erst nachträglich anerkannt wurden.¹⁰⁶³ „Die Ausübung der individuellen Rechte“ ist zudem gem. Art. 6 „durch die Ausübung der kollektiven Rechte in den Lebenssystemen von Mutter Erde begrenzt“, sodass jeder Konflikt von Rechten so zu lösen ist „dass die Funktionalität der Lebenssysteme nicht irreversibel beeinträchtigt wird“. ¹⁰⁶⁴ Daraus lässt sich folgern, dass Eingriffe in die RdN im Konfliktfall möglich sind, solange die Funktionalität der Lebenssysteme erhalten bleibt.

¹⁰⁵⁹ Art. 4 Rahmengesetz; vgl. *Montaño Riveros*, Revista Jurídica Derecho 2015/2, 55 (63); tw. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 25.

¹⁰⁶⁰ Art. 10 Abs. 6 Rahmengesetz; Art. 9 Abs. 6, Art. 355 Verfassung von Bolivien; vgl. tw. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 26.

¹⁰⁶¹ *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (414 f., 417, 419); *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (23 f.); *Gudynas*, in: G. Weber 83 (88 f.); *Boyd*, Nature 196 f.; *Apaza Huanca*, International Journal for Crime, Justice and Social Democracy 2019/3, 6 (17); *Bagni*, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (131 f.); *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (25 f.); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (54).

¹⁰⁶² Vgl. *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (18).

¹⁰⁶³ S. dazu bereits Abschnitt B.III.2.a).

¹⁰⁶⁴ Vgl. *Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (86); *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (18).

Die Annahme von Villavicencio Calzadilla/Kotzé, wonach Art. 6 „eine klare Vermutung zugunsten der Rechte von Mutter Erde“ darlegt,¹⁰⁶⁵ ist m.E. nicht zutreffend. Eine Vermutung i. S. v. Priorität könnte dem Wortlaut des Art. 6 zufolge allenfalls für die „kollektiven Rechte“ angenommen werden,¹⁰⁶⁶ zu denen – wie noch dargelegt werden wird – vermutlich auch die RdN zählen. Eine Definition von „kollektiven Rechten“ ist dem Mutter Erde Gesetz nicht zu entnehmen. In Bezug auf das Prinzip „Kollektives Gut“ wurde jedoch festgehalten, dass das „Interesse der Gesellschaft im Rahmen der Rechte von Mutter Erde“ Vorrang hat vor „jeder menschlichen Aktivität und jedem erworbenen Recht“.¹⁰⁶⁷ In der Verfassung wird das Wort „kollektiv“ außerdem i. Z. m. einigen zivilen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und indigenen Rechten sowie der „Umwelt“ erwähnt.¹⁰⁶⁸ Überdies ist anzunehmen, dass „kollektive Rechte“ i. Z. m. der Verwirklichung des *Vivir Bien* zu verstehen sind,¹⁰⁶⁹ weil die Aufnahme des *Vivir Bien* in die Verfassung und das Rahmengesetz gem. Artaraz/Calestani Ausdruck der Notwendigkeit ist, von einem individuellen zu einem kollektiven Verständnis von „Wohlergehen“ (*well-being*) überzugehen.¹⁰⁷⁰ Zudem wurde die Rechtsträger:in in Art. 5 Mutter Erde Gesetz als „kollektives Subjekt des öffentlichen Interesses“ anerkannt,¹⁰⁷¹ sodass die RdN auch als kollektive Rechte betrachtet werden können. Vor diesem Hintergrund spricht einiges für die Annahme, dass den kollektiven Rechten zur Verwirklichung des *Vivir Bien*, wozu auch die RdN zählen, im Konfliktfall Vorrang einzuräumen ist.¹⁰⁷²

b) Komplementarität und Vereinbarkeit gem. Rahmengesetz

Im Rahmengesetz wurde vorgesehen, dass das *Vivir Bien* „in einer komplementären, miteinander vereinbaren und wechselseitigen Weise“ mit folgenden Rechten verwirklicht werden soll:¹⁰⁷³ die „Rechte von Mutter Erde“; die kollektiven und individuellen Rechte der indigenen, interkulturellen und afrobolivianischen Gemeinschaften; die zivilen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte „für *Vivir Bien* durch integrale Entwicklung“ und das Recht der städtischen und ländlichen Bevölkerung auf ein Leben in einer gerechten, ausgewogenen und

¹⁰⁶⁵ Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (410, abw. in 419).

¹⁰⁶⁶ I. d. S. Kauffman/Martin, *Politics* 128.

¹⁰⁶⁷ Art. 2 Abs. 2 Mutter Erde Gesetz; vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (408).

¹⁰⁶⁸ Vgl. Art. 21, 26, 30, 33, 56, 80, 102, 135, 393 f. Verfassung von Bolivien.

¹⁰⁶⁹ Vgl. z. B. Art. 306, 313 Verfassung von Bolivien; s. im Detail Abschnitt B.III.1.c).

¹⁰⁷⁰ Artaraz/Calestani, *Latin American Perspectives* 2015/5, 216 (228).

¹⁰⁷¹ S. bereits Abschnitt B.III.3.a).

¹⁰⁷² I. d. S. auch krit. Kauffman/Martin, *Politics* 128.

¹⁰⁷³ Art. 9 1. Satz Rahmengesetz.

solidarischen Gesellschaft ohne Armut.¹⁰⁷⁴ Nach dem Prinzip „Vereinbarkeit und Komplementarität“ soll keines dieser Rechte „ohne die anderen verwirklicht werden oder über den anderen stehen“.¹⁰⁷⁵ Der Zusatz „für Vivir Bien durch integrale Entwicklung“ bei den Menschenrechten erster und zweiter Generation könnte insb. unter Berücksichtigung des Kontexts und des Mutter Erde Gesetzes eine Einschränkung bedeuten, sodass diese womöglich nur dann als gleichwertig zu betrachten sind, wenn sie der Verwirklichung des *Vivir Bien* dienen. Im Lichte der im vorigen Abschnitt dargestellten Ausführungen zum Mutter Erde Gesetz könnten die Bestimmungen des Rahmengesetzes somit dahin gehend verstanden werden, dass es sich bei den genannten Rechten um jene „kollektiven Rechte“ handelt, denen Vorrang zukommen soll.

Dem Rahmengesetz sind auch einige Hinweise darauf zu entnehmen, wie sich die RdN und die verschiedenen anderen Rechte nach Ansicht der Gesetzgebung vereinbaren lassen und einander ergänzen können. Bspw. wurde festgelegt, dass nachhaltige Konsumgewohnheiten zu stärken und nachhaltigere, saubere Produktionsverfahren zu entwickeln sind, welche die Regenerationsfähigkeit von Mutter Erde respektieren.¹⁰⁷⁶ Zudem sind erneuerbare Ressourcen in Einklang mit ihrer Regenerationsfähigkeit, ihrer Fähigkeit, Schäden auszugleichen und ihrer Erneuerungsfähigkeit zu nutzen.¹⁰⁷⁷ Die Förderung von Rohstoffen hat mit den angemessensten und saubersten Technologien zu erfolgen, wobei ökologische und soziale Schäden so weit wie möglich zu reduzieren sind und die Regenerationsfähigkeit zu erhalten ist.¹⁰⁷⁸ In der Landwirtschaft ist die Produktion zu steigern, um die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Flächen zu stoppen. Überdies sind Höchstgrenzen für die Nutzung und Verwertung der Bestandteile von Mutter Erde festzulegen, regionale Besonderheiten zu berücksichtigen, Monokulturen zu vermeiden, gentechnisch verändertes Saatgut und Biokraftstoffe zu verbieten und die agroökologische familiär-gemeinschaftliche Produktion zu stärken. Die unternehmerische Landwirtschaft ist hingegen dann zu fördern, wenn sie Techniken und Verfahren verwendet, die sowohl die Regenerationsfähigkeit als auch die Produktionssteigerung garantieren.¹⁰⁷⁹

c) Regenerationsfähigkeit als Eingriffsschranke

Aus den Bestimmungen des Rahmengesetzes geht deutlich hervor, dass Eingriffe in die „Rechte von Mutter Erde“ durch die „Regenerationsfähigkeit“ der Bestandteile

¹⁰⁷⁴ Art. 9 und 4 Abs. 1 Rahmengesetz; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 127.

¹⁰⁷⁵ Art. 4 Abs. 1 Rahmengesetz.

¹⁰⁷⁶ Art. 14 Abs. 1, Art. 15 Rahmengesetz.

¹⁰⁷⁷ Art. 15 Abs. 1, Art. 16 Abs. 5, Art. 25 Abs. 3 Rahmengesetz.

¹⁰⁷⁸ Art. 26 Abs. 1 und 3 Rahmengesetz; krit. *Bagni*, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* 111 (132).

¹⁰⁷⁹ Art. 24, 15 Abs. 6 und 8 Rahmengesetz.

und Lebenssysteme von Mutter Erde begrenzt sind.¹⁰⁸⁰ Die „Regenerationsfähigkeit“ ist, wie bereits festgestellt, ein wesentlicher Bestandteil des „Rechts auf Leben“ und umfasst die Fähigkeit von Lebenssystemen oder Lebenszonen, „Schäden zu absorbieren, sich an Störungen anzupassen und sich zu regenerieren“, ohne dabei deren Merkmale wesentlich zu verändern.¹⁰⁸¹ Der Staat und alle Personen wurden sowohl im Mutter Erde Gesetz als auch im Rahmengesetz ausdrücklich dazu verpflichtet, für den Erhalt der Regenerationsfähigkeit Sorge zu tragen.¹⁰⁸² Außerdem enthält das Rahmengesetz keine Hinweise darauf, dass die „Regenerationsfähigkeit“ unter gewissen Voraussetzungen beeinträchtigt werden darf.

Auch im Mutter Erde Gesetz wurde der Regenerationsfähigkeit ein hoher Stellenwert eingeräumt. In Art. 6 wurde zudem festgelegt, dass Konflikte mit anderen Rechten dahin gehend zu lösen sind, „dass die Funktionalität der Lebenssysteme nicht irreversibel beeinträchtigt wird“. Daher stellt sich die Frage, inwieweit die „Funktionalität“ von der „Regenerationsfähigkeit“ zu unterscheiden ist. Das Wort „Funktionalität“ wurde im Mutter Erde Gesetz mehrmals verwendet. Es wurde i. Z. m. dem „Recht auf Wasser“ erwähnt, wonach die „Funktionalität der Wasserkreisläufe“ zu erhalten ist.¹⁰⁸³ Weiters fand es i. Z. m. dem „Recht auf Gleichgewicht“ Erwähnung, wonach die „Funktionalität der Bestandteile von Mutter Erde“ aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen ist.¹⁰⁸⁴ Außerdem wurde es i. Z. m. dem Prinzip „Regenerationsgarantie für Mutter Erde“ verwendet, wonach sicherzustellen ist, dass sich diese regenerieren kann, „ohne ihre strukturellen und funktionellen Merkmale wesentlich zu verändern“.¹⁰⁸⁵ Daraus kann geschlossen werden, dass Funktionalität und Regenerationsfähigkeit nicht gleichbedeutend sind. Auf die Frage, ob die Funktionalität eine strengere Eingriffsschranke darstellt, weil verlangt wird, dass sich die Lebenssysteme nicht nur regenerieren, sondern auch wieder ihre Funktionen erfüllen können, wird angesichts des Anwendungsvorrangs des Rahmengesetzes nicht näher eingegangen.

¹⁰⁸⁰ Art. 1, 4 Abs. 6; Art. 9 Abs. 1, Art. 10 Abs. 5, Art. 12 Abs. 3, Art. 14 Abs. 1, Art. 15 f. u. v. m. Rahmengesetz; vgl. *Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (87); abw. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 27.

¹⁰⁸¹ Art. 5 Abs. 11 Rahmengesetz.

¹⁰⁸² Art. 2 Abs. 3 Mutter Erde Gesetz; Art. 4 Abs. 6, Art. 10 Abs. 5 Rahmengesetz. S. im Detail Abschnitt B.III.4.a).

¹⁰⁸³ Art. 7 Abs. 3 Mutter Erde Gesetz; vgl. *Boyd*, Nature 194.

¹⁰⁸⁴ Art. 7 Abs. 5 Mutter Erde Gesetz.

¹⁰⁸⁵ Art. 2 Abs. 3 Mutter Erde Gesetz.

6. Vertretung

a) Verteidigungsstelle von Mutter Erde

In Art. 10 Mutter Erde Gesetz wurde vorgesehen, dass eine Verteidigungsstelle für Mutter Erde (*Defensoría de la Madre Tierra*) eingerichtet wird, die den Auftrag erhalten soll, über die Geltung, Förderung, Verbreitung und Einhaltung der RdN zu wachen. Nähere Vorgaben hinsichtlich ihrer Struktur, Arbeitsweise und Befugnisse sollten in einem eigenen Gesetz geregelt werden.¹⁰⁸⁶ Im Rahmengesetz wurde lediglich festgehalten, dass die Verteidigungsstelle für Mutter Erde neben anderen Einrichtungen zur Anrufung der Behörden und Gerichte berechtigt ist, sowie Mitglied des „Plurinationalen Rats für ein gutes Leben in Harmonie und Gleichgewicht mit Mutter Erde“ werden soll, der unter dem Vorsitz des Präsidenten die Umsetzung des Rahmengesetzes begleitet.¹⁰⁸⁷ Bislang wurde weder ein entsprechendes Gesetz erlassen noch die Verteidigungsstelle oder der Plurinationale Rat eingerichtet.¹⁰⁸⁸ Die bolivianische Regierung verkündete aber 2021, dass ein entsprechender Gesetzesentwurf in Verhandlung genommen wurde.¹⁰⁸⁹ Zudem übernahm in der Zwischenzeit die Verteidigungsstelle für Menschenrechte einige Aufgaben.¹⁰⁹⁰

¹⁰⁸⁶ Vgl. Pinto Calaça/Cerneiro de Freitas/Da Silva/Maluf, *Revista Latinoamericana de Bioética* 2018, 155 (161); Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (18 f., 28); Gutmann, *Rechtssubjektivität* 97.

¹⁰⁸⁷ Art. 39.I Abs. 3; Art. 52.VI Rahmengesetz; abw. Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 27.

¹⁰⁸⁸ Vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (410, 413); Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (28); Villavicencio-Calzadilla/Kotzé, *Re-imagining Participation in the Anthropocene: The Potential of the Rights of Nature Paradigm*, in: Peters/Lohse (Hrsg.), *Sustainability through Participation?*, (2023) 51 (65); Boyd, *Nature* 198; Kauffman/Martin, *Politics* 127; Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (86); Krämer, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (54); Cyrus R. Vance *Center for International Justice et al.*, *Rivers* 22; Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 25; abw. Berros, *Latin American Perspective* 2021/3, 192 (197 f.).

¹⁰⁸⁹ Zum Entwurf s. www.vicepresidencia.gob.bo/IMG/pdf/anteproyecto_de_ley_defensoria_de_la_madre_tierra.pdf; vgl. weiters www.noticiasfides.com/nacional/politica/morales-propone-que-el-nuevo-defensor-asuma-defensa-directa-de-los-derechos-medioambientales-414466; www.comunicacion.gob.bo/?q=20210423/32316 (jeweils Stand 2.7.2024); vgl. Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (28).

¹⁰⁹⁰ www.defensoria.gob.bo/contenido/organigrama-de-la-institucion; www.eldiario.net/portal/2023/11/18/denuncian-que-se-vulneraron-derechos-de-la-madre-tierra; www.defensoria.gob.bo/noticias/defensoria-del-pueblo-emplaza-al-estado-y-sociedad-a-cumplir-sus-deberes-con-la-madre-tierra (jeweils Stand 2.7.2024).

b) Aktive oder legitimierte Subjekte

In Art. 39 Abs. I Rahmengesetz mit dem Titel „aktive oder legitimierte Subjekte“ wurde festgelegt, dass die Behörden, die Staatsanwaltschaft,¹⁰⁹¹ die Verteidigungsstelle für Mutter Erde und das Agrarumwelttribunal verpflichtet sind, die „administrativen und/oder gerichtlichen Instanzen zu aktivieren“, um die RdN zu schützen und zu garantieren.¹⁰⁹² Gem. Abs. II sind auch „direkt betroffene“ individuelle oder kollektive Personen dazu berechtigt.¹⁰⁹³ Alle anderen Personen haben gem. Abs. III die Pflicht, den zuständigen Behörden eine Rechtsverletzung anzuzeigen. Das Recht, die Rechtsträger:in vor den Behörden und Gerichten zu vertreten, steht daher neben den genannten Institutionen gem. Rahmengesetz nur jenen Personen zu, die eine direkte Betroffenheit nachweisen können. Alle anderen haben lediglich die Möglichkeit, eine Anzeige zu erstatten. Zudem wurde vorgesehen, dass aufgrund „derselben Tatsache“ nicht mehrere Anzeigen oder Klagen erhoben werden können.¹⁰⁹⁴ Demgegenüber wurde im Mutter Erde Gesetz festgelegt, dass sämtliche Bolivianer:innen die Rechte von Mutter Erde „ausüben“ und die Pflicht haben, diese zu „verteidigen“.¹⁰⁹⁵ Folglich wurde im Mutter Erde Gesetz eine „allgemeine Vertretungspflicht“ vorgesehen, die im Rahmengesetz durch eine Anzeigepflicht ersetzt wurde. Diese Einschränkung könnte allerdings verfassungswidrig sein, worauf im Rahmen der nächsten Querschnittsbetrachtung noch näher eingegangen wird.

c) Weitere Stellen

Neben dem bereits erwähnten Plurinationalen Rat wurde in Art. 53 Rahmengesetz auch eine „Plurinationale Behörde von Mutter Erde“ vorgesehen, die als Einrichtung des öffentlichen Rechts über administrative, technische sowie wirtschaftliche Verwaltungsautonomie verfügt und dem Umweltministerium untersteht. Deren Aufgabe ist allerdings nicht die Vertretung der Rechtsträger:in, sondern die Umsetzung der Klimapolitik.¹⁰⁹⁶ Die Plurinationale Behörde wurde im Gegensatz zur Verteidi-

¹⁰⁹¹ Die Staatsanwaltschaft wird gem. Art. 225 f. der Verfassung von Bolivien durch das autonome *Ministerio Público* ausgeübt.

¹⁰⁹² Art. 39 Rahmengesetz; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (31); abw. *Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo*, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (87); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 26.

¹⁰⁹³ Vgl. *Villavicencio Calzadilla*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (20); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 97.

¹⁰⁹⁴ Art. 40 Rahmengesetz; vgl. *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (413).

¹⁰⁹⁵ Art. 6, 9 Mutter Erde Gesetz; vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 21; *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (409 f.).

¹⁰⁹⁶ Art. 53 Rahmengesetz; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, in: Sindico/Mbengue 259 (264); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 22; *Kauffman/Martin*, Politics 118; *Barié*, Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales 2022/4, 142 (159 f.).

gungsstelle und dem Plurinationalen Rat tatsächlich eingerichtet. Jedoch erfolgte dies lediglich durch die Umbenennung einer bereits bestehenden Abteilung im Umweltministerium.¹⁰⁹⁷ Darüber hinaus ist noch erwähnenswert, dass die Stadt Cochabamba ein „Büro zum Schutz von Mutter Erde“ einrichtete, das einen Plan zur Verringerung der Verschmutzung des Rocha-Flusses ausarbeitete.¹⁰⁹⁸

7. Rechtsdurchsetzung

a) Berechtigte gem. Mutter Erde Gesetz und Rahmengesetz

Wie bereits im vorigen Abschnitt ausgeführt, enthalten das Mutter Erde Gesetz und das Rahmengesetz widersprüchliche Angaben darüber, wer zur Durchsetzung der RdN berechtigt ist. Gem. Art. 5 Mutter Erde Gesetz ist die Rechtsträger:in „[z]um Zweck des Schutzes und der Durchsetzung (*tutela*) ihrer Rechte [...] kollektives Subjekt des öffentlichen Interesses“. Außerdem heißt es: „Mutter Erde und all ihre Bestandteile inklusive der menschlichen Gemeinschaften sind Träger:innen (*titulares*)“ dieser Rechte.¹⁰⁹⁹ Dementsprechend stellt die „Verletzung der Rechte von Mutter Erde“ gem. Art. 38 Rahmengesetz „eine Verletzung des öffentlichen Rechts und der kollektiven und individuellen Rechte“ dar.¹¹⁰⁰ Daher könnte angenommen werden, dass die „Rechte von Mutter Erde“ individuelle und kollektive öffentliche Rechte sind, die von jeder Person mittels der in der Verfassung vorgesehenen Rechtsbehelfe durchgesetzt werden können.¹¹⁰¹ Art. 39 Rahmengesetz bestimmt aber, dass ausschließlich „unmittelbar betroffene individuelle oder kollektive Personen“, die Verteidigungsstelle für Mutter Erde, die Behörden, die Staatsanwaltschaft sowie das Agrarumwelttribunal zur Anrufung der Behörden und Gerichte berechtigt sind. Demnach wären nicht alle Personen von einer Verletzung der RdN „unmittelbar betroffen“. In Bezug auf den Normenkonflikt ist grundsätzlich davon auszugehen, dass das Rahmengesetz und damit die eingeschränkte Rechtsdurchsetzungsbefugnis des Art. 39 vorrangig anzuwenden sind. Die weite Rechtsdurchsetzungsbefugnis des Art. 5 Mutter Erde Gesetzes könnte hingegen dann zur Anwendung kommen, wenn die Gerichte in Art. 39 eine unzulässige Einschränkung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechtsdurchsetzungsbefugnisse erkennen, die im Folgenden näher dargestellt werden.

¹⁰⁹⁷ Kauffman/Martin, Politics 127 f.; Boyd, Nature 197.

¹⁰⁹⁸ Boyd, Nature 197 f.; Wilk/Rydhagenb/Jonssona/del Callejoc/Cerrutoc/Chilac/Encinasc, Water Policy 2017/4, 620 (630).

¹⁰⁹⁹ Vgl. Cyrus R. Vance Center for International Justice et al., Rivers 21; abw. Übersetzung bei Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 149.

¹¹⁰⁰ Art. 38 Rahmengesetz; vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (413); Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (20).

¹¹⁰¹ Zust. Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (87); Cyrus R. Vance Center for International Justice et al., Rivers 21; Cumbre-Figueroa/Vargas-Chaves, Revista Catalana de Dret Ambiental 2023/1, 1 (29).

b) Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten gem. der Verfassung

Gem. Art. 135 f. der Verfassung können Verletzungen oder Bedrohungen von „in dieser Verfassung anerkannten kollektiven Rechten und Interessen“, die u.a. in Zusammenhang mit der Umwelt stehen, von jeder Person mittels Popularklage (*Acción Popular*) geltend gemacht werden.¹¹⁰² Die Popularklage könnte daher zur Geltendmachung der RdN zur Verfügung stehen. Dagegen lässt sich einwenden, dass diese nicht in der Verfassung anerkannt wurden. Dem könnte aber entgegengehalten werden, dass die nachträgliche Anerkennung von nicht in der Verfassung anerkannten Rechten ausdrücklich erlaubt wurde.¹¹⁰³ Unter dieser Annahme könnte die Popularklage selbst dann erhoben werden, wenn der im Rahmengesetz vorgesehene Verfahrensweg noch nicht ausgeschöpft wurde.¹¹⁰⁴ Darüber hinaus könnten noch weitere in der Verfassung vorgesehene Rechtsbehelfe zur Verfügung stehen, darunter Klagen zur Einhaltung der Verfassung und Gesetze (*Acción de Cumplimiento*), Klagen gegen verfassungswidrige Rechtsvorschriften (*Acción de Inconstitucionalidad*) sowie Klagen wegen der unrechtmäßigen Einschränkung von Verfassungsrechten (*Acción de Amparo Constitucional*). Diese können allerdings lediglich von betroffenen Personen erhoben werden sowie von „anderen in ihrem Namen mit ausreichender Vollmacht“.¹¹⁰⁵ Da die Verletzung der RdN gem. Art. 38 Rahmengesetz eine Verletzung der „kollektiven und individuellen Rechte“ darstellt, könnte jede Person als betroffene Person betrachtet werden und zur Erhebung dieser Klagen berechtigt sein. Überdies hat gem. Art. 34 der Verfassung jede Person, unabhängig von einer unmittelbaren Betroffenheit, das Recht, Klagen zur Verteidigung des Rechts auf eine gesunde Umwelt zu erheben.¹¹⁰⁶ Dieses umfasst gem. Art. 33 auch die „normale und stetige“ Entwicklung von „anderen Lebewesen“, sodass damit womöglich auch Rechtsvorschriften zum Schutz der RdN durchgesetzt werden könnten.¹¹⁰⁷ Für eine weite Rechtsdurchsetzungsbefugnis spricht außerdem Gesetz Nr. 1182, mit dem das regionale Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Gerichten in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und der Karibik umgesetzt wurde.¹¹⁰⁸ Das Agrarumwelttribunal ging

¹¹⁰² Vgl. *Barié*, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142 (162).

¹¹⁰³ Art. 13.II Verfassung von Bolivien; s. bereits B. Fn. 970.

¹¹⁰⁴ Art. 136.I Verfassung von Bolivien.

¹¹⁰⁵ Vgl. Art. 129.I, Art. 132, 134.II Verfassung von Bolivien.

¹¹⁰⁶ Art. 34 Verfassung von Bolivien; vgl. Tribunal Agroambiental 5.5.2021, S1/0040/2021; *Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (402); *Villavicencio Calzadilla*, in: *Sindico/Mbengue* 259 (267 f.); *Esborraz*, *Revista Derecho del Estado* 2016/1, 93 (119); *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (53 f.).

¹¹⁰⁷ Tribunal Agroambiental 5.5.2021, S1/0040/2021; i. d. S. auch Corte Interamericana de Derechos Humanos 15.11.2017, *Opinión Consultiva OC-23/17*, 28 f.

¹¹⁰⁸ Art. 8 Abs. 3 lit. c Ley N° 1182, veröffentlicht in *Gaceta Oficial de Bolivia* am 4.6.2019, in Umsetzung des Regional Agreement on Access to Information, Public Participation and Justice in Environmental Matters in Latin America and the Caribbean vom 4.3.2018.

u. a. unter Bezugnahme darauf „mit absoluter Klarheit“ von einer weiten Rechtsdurchsetzungsbefugnis aus, die auch die Möglichkeit umfasst, Vorsichtsmaßnahmen zu beantragen.¹¹⁰⁹ Somit sprechen einige Gründe für die Annahme, dass die Rechtsdurchsetzungsbefugnis in Art. 39 Rahmengesetz in unzulässiger Weise eingeschränkt wurde und daher nicht anwendbar ist.¹¹¹⁰

c) Verfahren und Sanktionen gem. Rahmengesetz

In Bezug auf die verfügbaren Verfahren zur Rechtsdurchsetzung sind dem Rahmengesetz nur wenige Vorgaben zu entnehmen. Demnach können die Klagen oder Anzeigen bei den Behörden und/oder bei den Gerichten eingebracht werden.¹¹¹¹ Für den gerichtlichen Schutz sind die ordentlichen Gerichte, die Agrarumweltgerichte und die indigenen Gerichte zuständig.¹¹¹² Außerdem wurde festgelegt, dass jede Person, Behörde, indigene Autorität und zivilgesellschaftliche Organisation zur Zusammenarbeit mit den Gerichten verpflichtet ist.¹¹¹³ Die Agrarumweltgerichte haben sich gem. Justizorganengesetz am Prinzip „Verteidigung der Rechte von Mutter Erde“ zu orientieren und sind danach zu einer „weiten integralen Verteidigung der Rechte auf Leben, Resilienz und Regeneration der Biodiversität in all ihren Dimensionen“ verpflichtet.¹¹¹⁴ Das Verwaltungsverfahren, die verwaltungsrechtlichen Sanktionen und die zivilrechtliche Haftung für Schäden sollten in bislang nicht erlassenen Gesetzen näher konkretisiert werden.¹¹¹⁵ Im Rahmengesetz wurde aber vorgesehen, dass dieselbe Tat nicht zweimal bestraft werden darf und die Schadensverursacher:innen im Zweifel solidarisch haften.¹¹¹⁶ Weiters dürfen strafrechtliche Strafen nicht bedingt erteilt werden, sind unverjährbar und im Wiederholungsfall zu erhöhen.¹¹¹⁷ Gem. Villavicencio Calzadilla können zudem auch

¹¹⁰⁹ Tribunal Agroambiental 5.5.2021, S1/0040/2021.

¹¹¹⁰ Ähnl. Villavicencio Calzadilla, in: Sindico/Mbengue 259 (272); Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (413).

¹¹¹¹ Art. 34, 39 Rahmengesetz; vgl. Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (87).

¹¹¹² Art. 36 Rahmengesetz.

¹¹¹³ Art. 37 Rahmengesetz.

¹¹¹⁴ Art. 132 Abs. 10 Justizorganengesetz.

¹¹¹⁵ Art. 35, 41 f. Rahmengesetz; vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (413); Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (21); fundacionsolon.org/2021/02/22/delitos-contra-el-medio-ambiente-que-dicen-las-leyes-bolivianas (Stand 2.7.2024).

¹¹¹⁶ Art. 41.II, Art. 43 Rahmengesetz; vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (413); Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (21).

¹¹¹⁷ Art. 44 Rahmengesetz; vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (413); Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas 71 (87 f.); fundacionsolon.org/2021/02/22/delitos-contra-el-medio-ambiente-que-dicen-las-leyes-bolivianas (Stand 2.7.2024); abw. Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 26.

Beamten:innen für ihre Handlungen oder Unterlassungen zur Verantwortung gezogen werden.¹¹¹⁸

d) Strafrechtssystemgesetz

Im Dezember 2017 wurde ein Strafrechtssystemgesetz angenommen, in dem „Verbrechen gegen Mutter Erde“ sowie „Straftaten gegen Mutter Erde“ behandelt wurden.¹¹¹⁹ Das Gesetz wurde allerdings bereits im Jänner 2018 nach Protesten der Opposition wieder aufgehoben.¹¹²⁰ Insb. sah es vor, dass die Verursachung von Umweltschäden; Handlungen i. Z. m. giftigem, gefährlichem und radioaktivem Müll oder Industrieabfällen; „Biozid“, also die sinnlose Tötung eines Tieres und Vivisektion, oder der illegale Handel mit geschützten Arten mit Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren oder Geldstrafen von bis zu 100 % des verursachten Schadens oder 500 Tagessätzen geahndet werden.¹¹²¹ Die entrichteten Geldstrafen sollten ausschließlich für die Ergreifung von Umweltmaßnahmen verwendet werden.¹¹²² Hingegen wurde die vom Rahmengesetz verlangte Unverjährbarkeit der Strafen nicht übernommen.¹¹²³ Auch die bedingte Aussetzung der Strafe wäre nach dem Gesetz unter bestimmten Voraussetzungen möglich gewesen.¹¹²⁴

8. Rechtswirklichkeit

Die bolivianischen RdN fanden kaum Eingang in die bolivianische Rechtswirklichkeit. Es sind keine Gesetze oder administrativen Entscheidungen bekannt, in denen die Bestimmungen des Mutter Erde Gesetzes oder des Rahmengesetzes nennenswert umgesetzt oder konkretisiert worden wären. Auch die Verteidigungsstelle für Mutter Erde wurde bislang nicht eingerichtet. Zudem sind lediglich zwei Fälle bekannt, in denen sich die Gerichte mit den RdN befassten.¹¹²⁵

In der Literatur wird daher vielfach kritisiert, dass die bolivianischen RdN nur „auf dem Papier“ existieren.¹¹²⁶ Morales habe sich zwar auf internationaler Ebene für

¹¹¹⁸ Villavicencio Calzadilla, in: Sindico/Mbengue 259 (269).

¹¹¹⁹ Ley N° 1005 Código del Sistema Penal (Strafrechtssystemgesetz), veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 20. 12. 2017, aufgehoben.

¹¹²⁰ www.worldcomplianceassociation.com/2129/noticia-presidente-promulga-ley-que-aboga-el-codigo-del-sistema-penal-de-bolivia.html (Stand 2. 7. 2024).

¹¹²¹ Art. 101 f., 166 ff. Strafrechtssystemgesetz.

¹¹²² Art. 33 Strafrechtssystemgesetz.

¹¹²³ Vgl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (413 Fn. 98).

¹¹²⁴ Art. 492 Strafrechtssystemgesetz.

¹¹²⁵ B. Fn. 988.

¹¹²⁶ Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (423); Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (22); Houck, Noah's Second Voyage: The Rights of Nature as Law, Tulane Environmental Law Journal 2017/1, 1

ihre Anerkennung engagiert, indem er der UNO-Generalversammlung die Ausrufung des „Internationalen Tages von Mutter Erde“¹¹²⁷ vorschlug und das *harmony with nature*-Programm unterstützte.¹¹²⁸ Im eigenen Land habe er die Konzepte von *Pachamama* und *Vivir Bien* hingegen instrumentalisiert, um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu legitimieren sowie eine sozialistische Transformation zu erreichen.¹¹²⁹ Darin offenbart sich gem. Lalander das Dilemma der Regierungen, Wohlfahrt (*welfare*) nur mit wirtschaftlichen Ressourcen bekämpfen zu können.¹¹³⁰ Die Ausbeutung der Natur wird dabei, wie Villavicencio Calzadilla/Kotzé feststellen, oft als der „einfachste und lukrativste Weg“ betrachtet.¹¹³¹ Entgegenstehende Umweltschutzbestimmungen sowie die Rechte der indigenen Bevölkerung wurden dafür, wie in der Literatur häufig kritisiert wird, abgeschwächt und beschnitten.¹¹³² Als Beispiel hierfür wird häufig auf das Indigene Gebiet und den Nationalpark Isibora Sécure (TIPNIS) verwiesen, dessen Nationalparkstatus gegen den Widerstand der Zivilgesellschaft aufgehoben wurde, um den Bau einer Straße durch das Gebiet für den Transport von Kohlenwasserstoffen zu ermöglichen.¹¹³³

Die Förderung von Kohlenwasserstoffen und Bergbauprojekten wird den Behörden in der Literatur zufolge bis heute massiv vorangetrieben.¹¹³⁴ Dass die kon-

(40); Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (55); Kauffman/Martin, Politics 138.

¹¹²⁷ S. UN GA 22.4.2009, International Mother Earth Day, A/RES/63/278.

¹¹²⁸ Bagni, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (123); Cyrus R. Vance Center for International Justice et al., Rivers 21, 14; Kauffman/Martin, Politics 121 ff., 129.

¹¹²⁹ Tola, Between Pachamama and Mother Earth: Gender, Political Ontology and the Rights of Nature in Contemporary Bolivia, Feminist Review 2018/1, 25 (33 f.); Artaraz/Calestani, Latin American Perspectives 2015/5, 216 (216 ff.); Dancer, The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law 2021/1, 21 (33); Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (420); Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (24); Laing, Bulletin of Latin American Research 2015/2, 149 (155 f.); Darpö, Nature 22; Schoukens, Journal for European Environmental & Planning Law 2018, 309 (313); differenzierter Lupien, Democratization 2011/3, 774 (791).

¹¹³⁰ Lalander, The International Journal of Human Rights 2017/4, 464 (465, 478); ähnl. Postero, in: Cooper/Hunefeldt/Acosta 78 (88).

¹¹³¹ Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (400).

¹¹³² Tola, Feminist Review 2018/1, 25 (33); Kröger/Lalander, Third World Quarterly 2016/4, 682 (690); Lalander, The International Journal of Human Rights 2017/4, 464 (478); Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (24, 34); Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (55); Boyd, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (15); Kauffman/Martin, Politics 127.

¹¹³³ Laing, Bulletin of Latin American Research 2015/2, 149 (151 ff.); Villavicencio Calzadilla, in: Sindico/Mbengue 259 (273); Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (55 f.); Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 29.

¹¹³⁴ Villavicencio Calzadilla, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (22 f., 26); Villavicencio Calzadilla, in: Sindico/Mbengue 259 (273); Tola, Feminist Review 2018/1, 25 (33); Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (55).

stanten Rechtsverletzungen nicht öfter gerichtlich geltend gemacht werden,¹¹³⁵ lässt sich einer Erhebung von Kauffman/Martin zufolge u. a. darauf zurückführen, dass die rechtlichen Grundlagen in materieller und formeller Hinsicht als „zu schwach“ betrachtet werden. Stattdessen versuche die insb. aus indigenen Gruppierungen bestehende und im Vergleich zu Ecuador nicht besonders gut organisierte Zivilgesellschaft, ihre Anliegen mithilfe der in der Verfassung anerkannten indigenen Rechte durchzusetzen.¹¹³⁶ Weiters wird über einen Mangel an Zugang zu Informationen berichtet¹¹³⁷ und dass unklar sei, auf welchem Rechtsweg eine Rechtsverletzung geltend gemacht werden könne.¹¹³⁸ Der bolivianischen Justiz wird überdies mangelnde Unabhängigkeit und Korruption vorgeworfen.¹¹³⁹ Die Zivilgesellschaft berichtet Villavicencio Calzadilla zufolge über ständige Drohungen, Angriffe, Herabwürdigungen und Kriminalisierungsversuche.¹¹⁴⁰ Dagegen werden der Umweltschutz und Nationalparks von der Regierung gem. Kauffman/Martin als „imperialistische Verschwörung“ zur Unterdrückung der Entwicklung der Bolivianer:innen dargestellt.¹¹⁴¹ Villavicencio Calzadilla hält aber auch fest, dass der zumindest legistische Versuch dennoch „beträchtliche Möglichkeiten“ schafft, das Verhältnis zwischen der Natur und der Wirtschaftsentwicklung neu zu strukturieren sowie über das „Recht und seine Fähigkeit, die Natur zu schützen“, nachzudenken.¹¹⁴² Dementsprechend finden sich in der Literatur auch Berichte darüber, dass die bolivianische Gesellschaft heute sensibilisierter gegenüber Umweltthemen ist.¹¹⁴³

¹¹³⁵ Vgl. krit. Krämer, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (70).

¹¹³⁶ Kauffman/Martin, *Politics* 125, 128; betr. der konstanten Rechtsverletzungen Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (32 ff.).

¹¹³⁷ Barié, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142 (145).

¹¹³⁸ Barié, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142 (161 f.); s. dazu ausführlich Abschnitt B.III.7.

¹¹³⁹ Villavicencio Calzadilla, in: Sindico/Mbengue 259 (273 f.); Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (32).

¹¹⁴⁰ Villavicencio Calzadilla, in: Sindico/Mbengue 259 (274); Villavicencio Calzadilla, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (29).

¹¹⁴¹ Kauffman/Martin, *Politics* 134.

¹¹⁴² Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (400, 423); ähnl. Fischer-Lescano, *Law & Literature* 2020/2, 237 (247).

¹¹⁴³ Barié, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142 (169).

IV. Neuseeland

1. Kontext

a) Politisches, rechtliches und institutionelles System

Neuseeland ist eine konstitutionelle Monarchie mit parlamentarischer Regierung im Common Wealth of Nations. Etwa 70 % der Bevölkerung haben europäische Vorfahren, etwa 17 % sind Māori, Angehörige von indigenen Gemeinschaften, die Neuseeland im 13. Jahrhundert von Polynesiern kommend besiedelten.¹¹⁴⁴ Das neuseeländische Rechtssystem basiert auf dem *Common Law*, erfährt aber seit dem 20. Jahrhundert eine zunehmende Kodifizierung.¹¹⁴⁵ Das Verfassungsrecht besteht aus keinem einheitlichen Verfassungsdokument. Es setzt sich aus Neuseelands Gründungsurkunde, dem Vertrag von Waitangi aus dem Jahr 1840, einzelnen Gesetzen wie dem Verfassungsgesetz 1986¹¹⁴⁶ und Verfassungskonventionen zusammen.¹¹⁴⁷ Das Grundrechtsgesetz 1990 zählt nicht zu den Verfassungsdokumenten.¹¹⁴⁸ Im Jahr 2023 lag Neuseeland auf Platz zwei im Demokratieindex der Zeitschrift *The Economist* und galt damit als „vollständige Demokratie“.¹¹⁴⁹

Gem. dem Verfassungsgesetz 1986 hat Neuseeland einen Souverän (der König von Großbritannien, i. d. R. vertreten durch den Generalgouverneur), eine Exekutive (die Minister:innen), eine Legislative (das Parlament, bestehend aus dem Repräsentantenhaus und dem Souverän) sowie eine Judikative. Von Bedeutung ist zudem das Amt des oder der Premierminister:in, der oder die den Kabinettsminister:innen

¹¹⁴⁴ www.stats.govt.nz/news/ethnic-group-summaries-reveal-new-zealands-multicultural-make-up (Stand 2.7.2024); *Mulgan*, *Politics in New Zealand*³ (2004) 24, 29; *Babeck*, Einführung 259; *Kramm*, *When a River Becomes a Person*, *Journal of Human Development and Capabilities* 2020/4, 307 (309); *Charpleix*, *The Whanganui River as Te Awa Tupua: Place-based law in a legally pluralistic society*, *The Geographical Journal* 2018/1, 19 (22); *Finlayson*, *A River is Born: New Zealand Confers Legal Personhood on the Whanganui River to Protect It and Its Native People*, in: *La Follette/Maser* (Hrsg.), *Sustainability and the Rights of Nature in Practice* (2020), 259 (261); *Mittal*, *Jindal Global Law Review* 2019/1, 7 (14); *Vicente Giménez*, *De la justicia climática a la justicia ecológica: Los derechos de la naturaleza*, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2020/2, 1 (30).

¹¹⁴⁵ *Babeck*, Einführung 2 ff.; *Mulgan*, *Politics*³ 173.

¹¹⁴⁶ Constitution Act 1986 (Verfassungsgesetz 1986) vom 13.12.1986.

¹¹⁴⁷ *Mulgan*, *Politics*³ 51 f.; *Babeck*, Einführung 257 ff.; *Wevers*, *Recognising Rangatira-tanga through Co-Management: The Waikato River Settlement*, *New Zealand Law Review* 2013/4, 689 (692); *Kischel*, *Rechtsvergleichung* 384 f.

¹¹⁴⁸ § 4 New Zealand Bill of Rights Act (Grundrechtsgesetz) vom 28.8.1990. Ein „gewisse[s] Defizit in der Grundrechtskultur Neuseelands“ sieht darin *Fröhlich*, *Von der Parlamentssoveränität zur Verfassungssouveränität* (2009) 291; vgl. weiters *Mulgan*, *Politics*³ 178; *Palmer*, *The new public law: Its province and function*, *Victoria University of Wellington Law Review* 1992/1, 1 (13).

¹¹⁴⁹ www.economist.com/graphic-detail/2024/02/14/four-lessons-from-the-2023-democracy-index (Stand 2.7.2024).

vorsitzt und die Mehrheit des Parlaments hinter sich hat.¹¹⁵⁰ Aufgrund der zentralen Staatsorganisation, der engen personellen Verflechtung zwischen Exekutive und Legislative sowie der umfassenden Gesetzgebungskompetenzen des Parlaments verfügt die Regierung über weitreichende Entscheidungsbefugnisse.¹¹⁵¹ Die Erledigung der alltäglichen Angelegenheiten delegiert sie i. d. R. an lokale Behörden (*local authorities*). Diese haben gewählte Vertreter:innen und können in regionale Räte (*regional councils*) und territoriale Behörden (*district councils* oder *city councils*) unterschieden werden. Die regionalen Räte sind mit Umweltangelegenheiten, der Gewässerbewirtschaftung und dem Ressourcenmanagement betraut. Die territorialen Behörden befassen sich mit der lokalen Infrastruktur, wie z. B. dem Straßenbau, der Wasserversorgung oder der Müllentsorgung.¹¹⁵²

Das neuseeländische Gerichtssystem besteht aus erstinstanzlichen Gerichten (*District Courts*), einem Obersten Gericht (*High Court*), das in zweiter Instanz sowie bedeutenderen Fällen entscheidet, einem Berufungsgericht (*Court of Appeal*) und einem Höchstgericht (*Supreme Court*).¹¹⁵³ Zudem gibt es Gerichte mit besonderen Zuständigkeiten wie den Umweltgerichtshof, der insb. in Angelegenheiten des Ressourcenmanagementgesetzes entscheidet.¹¹⁵⁴ Die Gerichte sind an Präzedenzfälle gebunden, die so lange gelten, bis sie durch eine höherinstanzliche Entscheidung oder ein Gesetz außer Kraft gesetzt werden.¹¹⁵⁵ Im Konfliktfall haben Gesetze Vorrang.¹¹⁵⁶ Die Gerichte entscheiden über die Interpretation und Durchsetzung der Gesetze und können Verwaltungsentscheidungen überprüfen.¹¹⁵⁷ Sie wurden nicht mit der Befugnis ausgestattet, Gesetze auf deren Vereinbarkeit mit Grundrechten zu überprüfen, können diese aber zur Interpretation heranziehen.¹¹⁵⁸ Überdies gibt es

¹¹⁵⁰ § 2 ff. Verfassungsgesetz 1986; *Mulgan*, *Politics*³ 53 ff., 75; *Babeck*, Einführung 263.

¹¹⁵¹ *Babeck*, Einführung 57, 69, 73 f., 190 f.

¹¹⁵² S. insb. www.localcouncils.govt.nz/lcip.nsf/wpg_url/About-Local-Government-Local-Government-In-New-Zealand-Councils-roles-and-functions (Stand 2. 7. 2024); ähnl. *Mulgan*, *Politics*³ 190 ff.; *Göcke*, *Landrechte* 462 Fn. 964; *O'Bryan*, *Indigenous Rights and Water Resource Management* (2018) 161.

¹¹⁵³ *Mulgan*, *Politics*³ 169; *Babeck*, Einführung 264.

¹¹⁵⁴ §§ 247 ff. Resource Management Act 1991 (Ressourcenmanagementgesetz) vom 22. 7. 1991; vgl. *Rodgers*, *A New Approach to Protecting Ecosystems: The Te Awa Tupua (Whanganui River Claims Settlement) Act 2017*, *Environmental Law Review* 2017/4, 266 (268); *Mulgan*, *Politics*³ 171; *Babeck*, Einführung 264; *Bader-Plabst*, *Natur* 31 f.; s. im Detail insb. *James*, *Institutional and Governance Structures of Environmental Law*, in: *Salmon/Grinlinton* (Hrsg.), *Environmental Law in New Zealand*² (2018) 417 (460 ff.).

¹¹⁵⁵ Dabei wird auch Präzedenzfällen gefolgt, die noch von englischen Gerichten stammen, *Mulgan*, *Politics*³ 54, 70, 168, 170, 174; *Babeck*, Einführung 3.

¹¹⁵⁶ *Mulgan*, *Politics*³ 173 f.; *Babeck*, Einführung 3, 6 f.

¹¹⁵⁷ *Mulgan*, *Politics*³ 54, 70, 168, 170, 174, 177; *Babeck*, Einführung 3.

¹¹⁵⁸ *Mulgan*, *Politics*³ 177 f.; *Tushnet*, in: *Reimann/Zimmermann* 1194 (1212); *Palmer*, *Victoria University of Wellington Law Review* 1992/1, 1 (13); *Fröhlich*, *Parlamentssouveränität* 287 f.; *Kischel*, *Rechtsvergleichung* 385.

gerichtsähnliche Einrichtungen wie z.B. das Waitangi Tribunal, die Anhörungen durchführen sowie Entscheidungen oder Empfehlungen aussprechen können.¹¹⁵⁹

b) Der Vertrag von Waitangi und seine Folgen

Das Waitangi Tribunal wurde 1975 eingerichtet, um Streitigkeiten beizulegen, die der Vertrag von Waitangi nach sich zog.¹¹⁶⁰ Der 1840 zwischen der britischen Krone und Māori-Häuptlingen geschlossene Vertrag begründete die britische Kolonie.¹¹⁶¹ Wesentliche Unterschiede zwischen der englischen Textfassung und jener der Māori ergaben jedoch den Ausgangspunkt für bis heute andauernde Konflikte.¹¹⁶² Insb. war lange strittig, ob die Māori ihre Souveränität vollständig auf die britische Krone übertrugen oder lediglich in eine „Protektoratsbeziehung“ einwilligten.¹¹⁶³ Mittler-

¹¹⁵⁹ *Mulgan*, *Politics*³ 172; *Gordon*, *Treaty of Waitangi and Maori Issues in Environmental Law*, in: *Salmon/Grinlinton* (Hrsg.), *Environmental Law in New Zealand*² (2018) 338 (345).

¹¹⁶⁰ *Treaty of Waitangi Act 1975* (Vertrag von Waitangi Gesetz) vom 10.10.1975; vgl. *Macpherson*, *Water* 103 f.; *Göcke*, *Landrechte* 374; *Ruru*, *Indigenous Ancestors: Recognizing Legal Personality of Nature as a Reconciliation Strategy for Connective Sustainable Governance*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* (Hrsg.), *The Cambridge Handbook of Environmental Justice and Sustainable Development* (2021) 183 (186); *Finlayson*, in: *La Follette/Maser* 259 (261 ff.); *Kramm*, *Journal of Human Development and Capabilities* 2020/4, 307 (309); *Babeck*, *Einführung* 265 f.; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 46; *Mulgan*, *Politics*³ 61, allg. 180.

¹¹⁶¹ *Kramm*, *Journal of Human Development and Capabilities* 2020/4, 307 (309); *Göcke*, *Landrechte* 143; *Mulgan*, *Politics*³ 180; *Jones*, *New treaty, new tradition: reconciling New Zealand and Maori law* (2016) 7 ff.; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 46; *Gordon*, in: *Salmon/Grinlinton* 338 (340 ff.); *Bader-Plabst*, *Natur* 41. Über das komplexe Verhältnis des Vertrags zum Verfassungsrecht und einfachen Recht s. *Coates*, *Future contexts for Treaty interpretation*, in: *Hickford/Jones* (Hrsg.), *Indigenous Peoples and the State* (2018) 166 (166 ff.).

¹¹⁶² *Iorns Magallanes*, *Reparations for Maori Grievances in Aotearoa New Zealand*, in: *Lenzerini* (Hrsg.), *Reparations for Indigenous Peoples: International and Comparative Perspectives* (2008) 523 (530 f.); *Morris/Ruru*, *Australian Indigenous Law Review* 2010/2, 49 (49); *Tănăsescu*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (440); *Kramm*, *Journal of Human Development and Capabilities* 2020/4, 307 (309); *Göcke*, *Landrechte* 82 ff.; *Macpherson*, *Water* 102; *C. Winter*, *A Seat At The Table: Te Awa Tupua, Te Urewera, Taranaki Maunga and Political Representation, borderlands* 2021/1, 116 (125); *Salmond*, *Tears of Rangī: Water, power, and people in New Zealand*, *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 2014/3, 285 (286); *Te Aho*, *Indigenous Aspirations and Ecological Integrity: Restoring and Protecting the Health and Wellbeing of an Ancestral River for Future Generations in Aotearoa New Zealand*, in: *Soskolne/Westra/Bosselmann* (Hrsg.), *Globalisation and Ecological Integrity in Science and International Law* (2011) 346 (349); *Finlayson*, in: *La Follette/Maser* 259 (263); *Zartner*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (12 f.); *Bader-Plabst*, *Natur* 42.

¹¹⁶³ *Göcke*, *Landrechte* 83, 373; *Babeck*, *Einführung* 260; *Jones*, *Treaty* 8 f.; *Tănăsescu*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (441); *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (185); *Salmond*, *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 2014/3, 285 (286, 298); *Zartner*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (13 f.); *Gordon*, in: *Salmon/Grinlinton* 338 (340 ff.); *Bader-Plabst*, *Natur* 43.

weile lautet die überwiegende Auffassung, dass sie ihre Souveränität nicht aufgaben.¹¹⁶⁴ Dennoch hatten die Māori um das Jahr 1900 den Großteil ihrer angestammten Gebiete verloren und nur mehr eingeschränkten Zugang zu Ressourcen.¹¹⁶⁵ Proteste in den 1960er- und 1970er-Jahren führten zur Einrichtung des Waitangi Tribunals, das historische Ansprüche der Māori untersuchen sowie Empfehlungen für ihre Wiedergutmachung aussprechen kann.¹¹⁶⁶

Die Arbeit des Waitangi Tribunals setzte einen Versöhnungs- und Wiedergutmachungsprozess in Gang, der bis heute andauert.¹¹⁶⁷ Dies führte dazu, dass die Sichtweisen der Māori und ihre besondere Beziehung zur Natur verstärkt Eingang in die Gesetzgebung fanden sowie in Planungs- und Entscheidungsprozessen berücksichtigt wurden.¹¹⁶⁸ Zur dauerhaften Beilegung der Konflikte werden seit den 1990er-Jahren – oft auf Empfehlung des Waitangi Tribunals – direkte Verhandlungen zwischen der neuseeländischen Regierung und einzelnen Māori-Stämmen geführt.¹¹⁶⁹ Im Falle einer Einigung werden Vergleichsurkunden (*deeds of settlement*) unterzeichnet, die i. d. R. offizielle Entschuldigungen der Krone beinhalten sowie finanzielle Entschädigungen und Eigentumsübertragungen auf die Māori. In jün-

¹¹⁶⁴ Göcke, Landrechte 83; Tănăsescu, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (440 f.) m. w. N.; Mulgan, Politics³ 61; www.stuff.co.nz/national/politics/63196127/maori-did-not-give-up-sovereignty-waitangi-tribunal (Stand 2.7.2024); Parsons/Fisher/Crease, Decolonising Blue Spaces in the Anthropocene: Freshwater Management in Aotearoa New Zealand (2022) 245 m. w. N.; a. A. gestützt auf ältere Entscheidungen des Tribunals Iorns Magallanes, in: Lenzerini 523 (538).

¹¹⁶⁵ Iorns Magallanes, in: Lenzerini 523 (535); Iorns Magallanes, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (222); Strack/Goodwin, More than a Mere Shadow: The Colonial Agenda of Recent Treaty Settlements, Waikato Law Review 2017/4, 41 (42).

¹¹⁶⁶ Die Ansprüche können nur gegenüber der Krone, nicht auch gegenüber Dritten, wie z. B. privaten Grundbesitzer:innen erhoben werden. Zum Verfahren im Detail s. Göcke, Landrechte 375, 379; weiters Iorns Magallanes, in: Lenzerini 523 (536 ff., 539 f.); Mulgan, Politics³ 180 ff., 186; Macpherson, Water 104; Kauffman/Martin, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (56 f.); Tănăsescu, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (442); Ruru, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (186); Babeck, Einführung 266; Salmond, HAU: Journal of Ethnographic Theory 2014/3, 285 (286); Te Aho, in: Soskolne/Westra/Bosselmann 346 (350); Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 46; Bader-Plabst, Natur 44 f.

¹¹⁶⁷ Barrett/Watene, Legal personality in Aotearoa New Zealand: an example of integrated thinking on sustainable development, Accounting, Auditing & Accountability Journal 2020/7, 1705 (1706); Finlayson, in: La Follette/Maser 259 (264); vgl. auch Salmond, HAU: Journal of Ethnographic Theory 2014/3, 285 (288); Ruru, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (186) m. w. N.

¹¹⁶⁸ Iorns Magallanes, Widener Law Review 2015/2, 273 (311, 324); Iorns Magallanes, Improving the Global Environmental Rule of Law by Upholding Indigenous Rights: Examples from Aotearoa New Zealand, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (75 f.); Salmond, HAU: Journal of Ethnographic Theory 2014/3, 285 (302); Macpherson, Water 108.

¹¹⁶⁹ Göcke, Landrechte 373, 378 ff.; Macpherson, Water 104; Iorns Magallanes, in: Lenzerini 523 (523, 547 ff.); Mulgan, Politics³ 186; Parsons/Fisher/Crease, Spaces 252 f., 289; Finlayson, in: La Follette/Maser 259 (264 f.).

geren Vergleichsurkunden wurde auch die gemeinsame Verwaltung von Gebieten oder Ressourcen vereinbart (Co-Managementsysteme).¹¹⁷⁰

c) Umwelt- und Gewässerschutz

Es gibt zahlreiche Gesetze, die den Umweltschutz betreffen, darunter das Umweltgesetz 1986, wonach beim Management der natürlichen Ressourcen u.a. die „intrinsischen Werte“ der Ökosysteme zu berücksichtigen sind,¹¹⁷¹ ein Naturschutzgesetz¹¹⁷² sowie ein Nationalparkgesetz.¹¹⁷³ Der Gewässerschutz ist insb. im Ressourcenmanagementgesetz geregelt, das einen integrativen, ökosystemorientierten Ansatz verfolgt sowie Vorschriften für ein nachhaltiges Management verschiedener natürlicher Ressourcen – darunter Gewässer, Luft und Boden – enthält.¹¹⁷⁴ Rohstoffe im Eigentum der Krone, wie z.B. Gold, Silber, Erdöl oder Uranium unterliegen dem Rohstoffgesetz.¹¹⁷⁵

¹¹⁷⁰ Das bekannteste Beispiel betrifft den Waikato Fluss, umgesetzt durch Waikato-Tainui Raupatu Claims (Waikato River) Settlement Act 2010 (Waikato Entschädigungsgesetz) vom 7.5.2010; s. im Detail *O'Bryan*, Rights 188 ff., 195; *Te Aho*, in: Soskolne/Westra/Bosselmann 346 (351 ff.); *Wevers*, New Zealand Law Review 2013/4, 689 f.; *Morris/Ruru*, Australian Indigenous Law Review 2010/2, 49 (52). Allg. *Göcke*, Landrechte 377 f., 463 ff.; *Macpherson*, Water 111, 120 m. w. N.; *Iorns Magallanes*, in: Lenzerini 523 (554 f.); *Crimmel/Goeckeritz*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 563 (572); *Strack/Goodwin*, Waikato Law Review 2017/4, 41 (43); *Finlayson*, in: La Follette/Maser 259 (265 ff.); *Gordon*, in: Salmon/Grinlinton 338 (399 ff.).

¹¹⁷¹ Environment Act 1986 (Umweltgesetz) vom 18. 12. 1986; vgl. *Edmonds*, The Regulatory and Instrumental Structure of Environmental Law, in: Salmon/Grinlinton (Hrsg.), Environmental Law in New Zealand² (2018) 472 (472).

¹¹⁷² Conservation Act 1987 (Naturschutzgesetz) vom 31.3.1987; vgl. *Edmonds*, in: Salmon/Grinlinton 472 (473, 514 ff.).

¹¹⁷³ National Parks Act 1980 (Nationalparkgesetz) vom 17.12.1980; vgl. *Edmonds*, in: Salmon/Grinlinton 472 (518).

¹¹⁷⁴ § 5 Ressourcenmanagementgesetz; *Macpherson*, Water 107; *Te Aho*, Te Mana o te Wai: An indigenous perspective on rivers and river management, River Research and Applications 2019/10, 1615 (1617); *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (74 f.); *O'Bryan*, Rights 147, 157, 172; *O'Donnell/Macpherson*, Voice, power and legitimacy: the role of the legal person in river management in New Zealand, Chile and Australia, Australasian Journal of Water Resources 2021/3, 35 (36); *Ruru*, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (187); *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (268); *O'Bryan*, Giving a Voice to the River and the Role of Indigenous People: The Whanganui River Settlement and River Management in Victoria, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (52); *Edmonds*, in: Salmon/Grinlinton 472 (480 ff., 573); *Hewison*, The Resource Management Act 1991, in: Salmon/Grinlinton (Hrsg.), Environmental Law in New Zealand² (2018) 580 (580 ff.); sowie ausführl. *Bader-Plabst*, Natur 21 ff., 38 f.

¹¹⁷⁵ Crown Minerals Act 1991 (Rohstoffgesetz) vom 22.7.1991; vgl. *Edmonds*, in: Salmon/Grinlinton 472 (543 ff.); *James*, in: Salmon/Grinlinton 417 (427); *Daya-Winterbottom*, Water Management, in: Salmon/Grinlinton (Hrsg.), Environmental Law in New Zealand² (2018) 704 (710 ff.).

Wasser ist gem. *Common Law* ein *publici juris*, über das seit 1967 ausschließlich die Krone verfügen darf, sodass grundsätzlich niemand Eigentum daran haben kann.¹¹⁷⁶ Eigentümer:innen von an Flüssen angrenzenden Grundstücken haben bis zur Mitte des Flusses Eigentum am Flussbett.¹¹⁷⁷ Wassernutzungen und -beeinträchtigungen sind – von einigen Ausnahmen wie dem persönlichen Haushaltsbedarf abgesehen – gem. Ressourcenmanagementgesetz genehmigungsbedürftig oder in einem Plan oder einer nationalen Umweltrichtlinie (*national environmental standard*) vorzusehen.¹¹⁷⁸

Für die Erstellung von Regionalplänen und die Erteilung von Genehmigungen sind i. d. R. die regionalen Räte zuständig.¹¹⁷⁹ Die Regierung kann Ziele und Rahmenbedingungen vorgeben.¹¹⁸⁰ Genehmigungsanträge nach dem Ressourcenmanagementgesetz haben eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu enthalten,¹¹⁸¹ und die Behörden haben bei ihren Entscheidungen die tatsächlichen sowie potenziellen

¹¹⁷⁶ § 354 Abs. 1b Ressourcenmanagementgesetz i. V. m. § 21 Water and Soil Conservation Act 1967 (Wasser- und Bodenschutzgesetz) vom 24.11.1967; *Watson*, Putting a Price on Freshwater in New Zealand: Can We Afford Not to, *New Zealand Journal of Environmental Law* 2018/10, 245 (248 ff., 260, 270); *Collins/Esterling*, Fluid Personality: Indigenous Rights and the Te Awa Tupua (Whanganui River Claims Settlement) Act 2017 in Aotearoa New Zealand, *Melbourne Journal of International Law* 2019/1, 197 (202); *Macpherson*, Water 108, 114; *Salmond*, *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 2014/3, 285 (287); *Göcke*, Landrechte 464; *Strack/Goodwin*, *Waikato Law Review* 2017/4, 41 (44). Zur komplexen Frage des Eigentumsrechts an Flüssen s. im Detail *Strack*, Land and Rivers Can Own Themselves, *International Journal of Law in the Built Environment* 2017/1, 4 (7); *Talbot-Jones/Bennett*, *Ecological Economics* 2019/10, 1 (3). Zur ehemals geltenden *doctrine of riparian rights* s. *Watson*, *New Zealand Journal of Environmental Law* 2018/10, 245 (248); *Daya-Winterbottom*, in: *Salmon/Grinlinton* 704 (707 ff.).

¹¹⁷⁷ Sog. „*medium filum aquae rule*“, *Macpherson*, Water 107; *Charpleix*, *The Geographical Journal* 2018/1, 19 (23).

¹¹⁷⁸ §§ 14, 15 Ressourcenmanagementgesetz; vgl. *Singh-Ladhar*, Water Allocation Law in New Zealand: Lessons from Australia (2020) 20; *O'Bryan*, Rights 171; *Watson*, *New Zealand Journal of Environmental Law* 2018/10, 245 (250); *Edmonds*, in: *Salmon/Grinlinton* 472 (482); *Hewison*, in: *Salmon/Grinlinton* 580 (609 f.); *Daya-Winterbottom*, in: *Salmon/Grinlinton* 704 (708 f., 716 ff., 724 f., 737 ff.); *O'Donnell/Macpherson*, *Australasian Journal of Water Resources* 2021/3, 35 (36); vgl. ausführl. *Bader-Plabst*, *Natur* 25 ff.

¹¹⁷⁹ §§ 30, 88 Ressourcenmanagementgesetz; *Parsons/Fisher/Crease*, Spaces 221; *Singh-Ladhar*, Water 15, 17 ff.; *Watson*, *New Zealand Journal of Environmental Law* 2018/10, 245 (250, 252); *O'Bryan*, Rights 161, 171 f.; *O'Donnell*, Rivers 163; *Mulgan*, Politics³ 195; *Macpherson*, Water 107; *Edmonds*, in: *Salmon/Grinlinton* 472 (474, 481 f.); *Hewison*, in: *Salmon/Grinlinton* 580 (609, 623 ff.); *Daya-Winterbottom*, in: *Salmon/Grinlinton* (Hrsg.), *Environmental Law in New Zealand*² (2018) 704 (715).

¹¹⁸⁰ §§ 43 ff. Ressourcenmanagementgesetz; vgl. *Watson*, *New Zealand Journal of Environmental Law* 2018/10, 245 (250) m. w. N.; *Singh-Ladhar*, Water 14 m. w. N.; *Edmonds*, in: *Salmon/Grinlinton* 472 (472 f.); *Hewison*, in: *Salmon/Grinlinton* 580 (612 ff.); *Daya-Winterbottom*, in: *Salmon/Grinlinton* 704 (713).

¹¹⁸¹ § 6 Anhang 4 Ressourcenmanagementgesetz; vgl. *Hapuarachchi/Hughey/Rennie*, Effectiveness of Environmental Impact Assessment (EIA) in Addressing Development-Induced Disasters: a Comparison of the EIA Processes of Sri Lanka and New Zealand, *Natural Hazards* 2015/1, 423 (429); *Daya-Winterbottom*, in: *Salmon/Grinlinton* 704 (722 f.).

Umweltauswirkungen zu berücksichtigen.¹¹⁸² In bestimmten Fällen sind außerdem die Information und Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen, oder diese hat das Recht, den Umweltgerichtshof oder das Oberste Gericht anzurufen.¹¹⁸³ Erwähnenswert sind weiters die unabhängige Ombudsstelle (*Office of the Ombudsmen*), die Beschwerden entgegennehmen und Berichte oder Empfehlungen abgeben kann, und der oder die unabhängige parlamentarische Umweltbeauftragte (*Parliamentary Commissioner for the Environment*), der oder die die Effektivität der Umweltplanung und -verwaltung sowie (potenzielle) negative Auswirkungen auf die Umwelt überprüfen kann.¹¹⁸⁴

Die Behörden haben bei der Ausübung ihrer Befugnisse gem. Ressourcenmanagementgesetz das besondere Verantwortungsgefühl der Māori gegenüber ihren angestammten Gebieten (*kaitiakitanga*, oft übersetzt ins Englische mit *guardianship*, *stewardship*)¹¹⁸⁵ zu berücksichtigen.¹¹⁸⁶ Sie können auch einzelne Entscheidungsbefugnisse auf Māori-Stämme übertragen oder diese an der Verwaltung von Ressourcen teilhaben lassen (*joint management agreements*).¹¹⁸⁷ Allerdings haben die Māori darauf keinen Rechtsanspruch,¹¹⁸⁸ sodass ihre Interessen im Ressourcenmanagementgesetz nach überwiegender Auffassung nur unzureichend berücksichtigt wurden.¹¹⁸⁹ Insb. wurde ihnen kein explizites Recht gewährt, Wasser oder andere

¹¹⁸² § 104 Ressourcenmanagementgesetz; *Watson*, New Zealand Journal of Environmental Law 2018/10, 245 (253); *Daya-Winterbottom*, in: *Salmon/Grinlinton* 704 (723); vgl. *Bader-Plabst*, Natur 25.

¹¹⁸³ S. im Detail *Daya-Winterbottom*, The Role of Administrative Law, in: *Salmon/Grinlinton* (Hrsg.), Environmental Law in New Zealand² (2018) 210 (224, 251 ff., 260 ff., weiters 268 ff.); *Edmonds*, in: *Salmon/Grinlinton* 472 (484, 502 f.); *Hewison*, in: *Salmon/Grinlinton* 580 (633, 639 ff.); *Warnock*, Compliance and Enforcement, in: *Salmon/Grinlinton* (Hrsg.), Environmental Law in New Zealand² (2018) 1032 (1051 ff.); *Bader-Plabst*, Natur 32 ff.

¹¹⁸⁴ *Daya-Winterbottom*, in: *Salmon/Grinlinton* 210 (255 ff.).

¹¹⁸⁵ Vgl. auch *Jones* xv.

¹¹⁸⁶ §§ 6e, 7a, 8 Ressourcenmanagementgesetz; *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (74 f.); *Iorns Magallanes*, Widener Law Review 2015/2, 273 (281); *O'Donnell/Macpherson*, Australasian Journal of Water Resources 2021/3, 35 (36); *Barrett/Watene*, Accounting, Auditing & Accountability Journal 2020/7, 1705 (1714); *Te Aho*, Te Mana o te Wai: An indigenous perspective on rivers and river management, River Research and Applications 2019/10, 1615 (1617); *Macpherson*, Water 108; *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (268 f., 275); *Te Aho*, in: *Soskolne/Westra/Bosselmann* 346 (352 f.); *Hewison*, in: *Salmon/Grinlinton* 580 (602); *Daya-Winterbottom*, in: *Salmon/Grinlinton* 210 (282 f., 710 ff.); *Gordon*, in: *Salmon/Grinlinton* 338 (347 f., 350 f., 353, 362 ff.); *Bader-Plabst*, Natur 36.

¹¹⁸⁷ §§ 33, 36B Ressourcenmanagementgesetz; *Barrett/Watene*, Accounting, Auditing & Accountability Journal 2020/7, 1705 (1715); *O'Bryan*, Rights 173 ff.; *O'Donnell*, Rivers 163; *Macpherson*, Water 108; *Gordon*, in: *Salmon/Grinlinton* 338 (374 f.); *O'Donnell/Macpherson*, Australasian Journal of Water Resources 2021/3, 35 (36).

¹¹⁸⁸ *Macpherson*, Water 108 f.; *O'Bryan*, Rights 173 f., 183; *Parsons/Fisher/Crease*, Spaces 333, 339; *Gordon*, in: *Salmon/Grinlinton* 338 (362, 376); *Bader-Plabst*, Natur 37.

¹¹⁸⁹ Waitangi Tribunal, The Whanganui River Report (1999), abrufbar unter forms.justice.govt.nz/search/Documents/WT/wt_DOC_68450539/Whanganui%20River%20Report%201

Ressourcen zu nutzen.¹¹⁹⁰ Inwieweit ihnen ein gewohnheitsrechtliches Eigentumsrecht an Fließgewässern zukommt, ist umstritten.¹¹⁹¹

d) Entstehungsgeschichte der „Rechte der Natur“

Die neuseeländischen RdN haben ihren Ursprung in zwei langjährigen Konflikten zwischen Māori-Stämmen und der Krone.¹¹⁹² Die Verhandlungen zur Beilegung der Konflikte gerieten um das Jahr 2010 ins Stocken, nachdem sich scheinbar unvereinbare Positionen gegenüberstanden. Die Whanganui-Stämme verlangten die Rückgabe des Flusses Whanganui, in dem sie ihre Vorfahren sehen und zu dem sie in einer besonderen Beziehung stehen.¹¹⁹³ Der Tūhoe-Stamm verlangte die Rückgabe seiner historischen Heimat, die bewaldete Hügellandschaft „Te Urewera“, die 1954 zum Nationalpark erklärt worden war,¹¹⁹⁴ weshalb sie nicht mehr wie gewohnt von

999.pdf (Stand 2.7.2024) 342 f.; Präambel Abs. 14 Waikato Entschädigungsgesetz; *Te Aho*, in: Soskolne/Westra/Bosselmann 346 (352 f.); *Macpherson*, Water 109 m. w. N.; *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (52, 59); *O'Bryan*, Rights 185, 195; *Wevers*, New Zealand Law Review 2013/4, 689 (690 f.); *Cribb/Macpherson/Borchgrevink*, Beyond legal personhood for the Whanganui River: collaboration and pluralism in implementing the Te Awa Tupua Act, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (4).

¹¹⁹⁰ *Macpherson*, Water 99, 105 f., 108; *Wevers*, New Zealand Law Review 2013/4, 689 (690); *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (226); *Gordon*, in: Salmon/Grinlinton 338 (371).

¹¹⁹¹ *Watson*, New Zealand Journal of Environmental Law 2018/10, 245 (266 ff. m. w. N.); *Gordon*, in: Salmon/Grinlinton 338 (356 f., 367, 411).

¹¹⁹² *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (56 f.); *Schimmöller*, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (574); *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (89); *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (578 f.); *Ruru*, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (190, 194); *Barrett/Watene*, Accounting, Auditing & Accountability Journal 2020/7, 1705 (1719); *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (445 f.); *O'Donnell*, Rivers 164; *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (16); *Burdon/Williams*, in: Fisher 196 (203); *Vicente Giménez*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (26); *Collins*, Constitution 71; *Bader-Plabst*, Natur 40.

¹¹⁹³ Waitangi Tribunal, The Whanganui River Report 337, 343, 375; s. im Detail *Macpherson*, Water 113 f.; *Iorns Magallanes*, Nature as an Ancestor: Two Examples of Legal Personality for Nature in New Zealand, journals.openedition.org/vertigo/16199 (Stand 2.7.2024) Rz. 7, 12, 16; *Collins/Esterling*, Melbourne Journal of International Law 2019, 197 (204); *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (266 f.); *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (53); *Barrett/Watene*, Accounting, Auditing & Accountability Journal 2020/7, 1705 (1718); *Salmond*, HAU: Journal of Ethnographic Theory 2014/3, 285 (302); *Morris/Ruru*, Australian Indigenous Law Review 2010/2, 49 (49); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 47; *Talbot-Jones/Bennett*, Implementing bottom-up governance through granting legal rights to rivers: a case study of the Whanganui River, Aotearoa New Zealand, Australasian Journal of Environmental Management 2022/1, 64 (70).

¹¹⁹⁴ *Iorns Magallanes*, Widener Law Review 2015/2, 273 (319); *Finlayson*, in: La Follette/Maser 259 (271); *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (582 f.); *Kauffman/Martin*, Politics 141, 143 ff.; *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (443); *Bader-Plabst*, Natur 45 f.

ihnen genutzt werden konnte.¹¹⁹⁵ In beiden Fällen war für die neuseeländische Regierung eine Eigentumsübertragung auf die Māori-Stämme ausgeschlossen. Diese vertrat den Standpunkt, dass gem. *Common Law* niemand Eigentum an einem Gewässer haben kann und ausschließlich die Krone über Wasserressourcen verfügen kann.¹¹⁹⁶ Auch die Übertragung des beliebten Nationalparks wurde 2010 vom Premierminister öffentlich ausgeschlossen.¹¹⁹⁷

Eine Lösung soll sich den Berichten zufolge erst abgezeichnet haben, als beide Seiten erkannten, dass es den Māori-Stämmen im Grunde nicht um das Eigentum an den Gebieten ging.¹¹⁹⁸ Die Whanganui-Stämme wollten insb., dass der Fluss ihren Sichtweisen entsprechend als ganzes lebendes und spirituelles Wesen anerkannt und behandelt wird.¹¹⁹⁹ Der Tūhoe-Stamm, der den Vertrag von Waitangi nie unterzeichnet hatte,¹²⁰⁰ verlangte die Rückgabe des Gebiets, hegte aber keinen Eigentumsanspruch i. S. d. neuseeländischen Rechtsverständnisses.¹²⁰¹ Inspiriert von Stone und den Entwicklungen in den USA unterbreiteten der zuständige Minister Finlayson und sein Chefverhandler Wood den Vorschlag, den Fluss und das Waldgebiet als

¹¹⁹⁵ Mit der Erklärung zum Nationalpark wurden die ihnen verbleibenden Gebiete zu Enklaven und sie verloren aufgrund der strengen Nationalparkbestimmungen die Möglichkeit, den umliegenden Wald zu nutzen; Ngai Tūhoe Deed of Settlement of Historical Claims (Te Urewera Vergleichsurkunde) vom 4. 6. 2013, 71 f., 82, 90; *Ruru*, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (191); *Crimmel/Goeckeritz*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 563 (566 ff.); *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (582); *Kauffman/Martin*, *Politics* 144; *Iorns Magallanes*, *Global Journal of Comparative Law* 2018/1, 61 (79); *Iorns Magallanes*, *Ancestor*, Rz. 30; *Barrett/Watene*, *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 2020/7, 1705 (1716); *Macpherson*, *Water* 104.

¹¹⁹⁶ *Sanders*, *Journal of Environmental Law* 2018/2, 207 (215); *Macpherson*, *Water* 114; *Iorns Magallanes*, *Global Journal of Comparative Law* 2018/1, 61 (87); vgl. auch *Darpö*, *Nature* 18; *Bader-Plabst*, *Natur* 63.

¹¹⁹⁷ *Sanders*, *Journal of Environmental Law* 2018/2, 207 (215); *Crimmel/Goeckeritz*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 563 (564); *Tănăsescu*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (443); *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (582 f.); *Kauffman/Martin*, *Politics* 145; *Iorns Magallanes*, *Widener Law Review* 2015/2, 273 (319); *Bader-Plabst*, *Natur* 46.

¹¹⁹⁸ *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (583); *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (57 f.); *Crimmel/Goeckeritz*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 563 (565); *Barrett/Watene*, *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 2020/7, 1705 (1718); *Bader-Plabst*, *Natur* 48.

¹¹⁹⁹ *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (57); *Kauffman/Martin*, *Politics* 73.

¹²⁰⁰ *Kauffman/Martin*, *Politics* 143 ff.

¹²⁰¹ Zur Abgrenzung von der „exklusiven Autorität“ (*mana*) nach Māori-Recht s. insb. *Durie*, *Indigenous law and responsible water governance*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* (Hrsg.), *ResponsAbility: Law and Governance for Living Well with the Earth* (2019) 135 (140); *Durie*, *Will the Settlers Settle – Cultural Conciliation Law*, *Otago Law Review* 1996/4, 449 (453 ff.); weiters *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (583); *Kauffman/Martin*, *Politics* 74, 145 f.; *Crimmel/Goeckeritz*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 563 (565). Zum Eigentum im *Common Law* s. z. B. *Kischel*, *Rechtsvergleichung* 332; *Bader-Plabst*, *Natur* 46.

Rechtspersonen anzuerkennen.¹²⁰² Für die Māori-Stämme war dies akzeptabel. Darin sahen sie eine Annäherung an ihre Sichtweisen und die Möglichkeit, dass diese mit der Anerkennung des Flusses bzw. des Gebiets als ganze lebende Wesen Eingang in das neuseeländische Rechtssystem fanden.¹²⁰³ Denn die Māori fühlen sich mit ihren angestammten Gebieten untrennbar verbunden. Sie sehen darin ihre Vorfahren, ein ganzes lebendes Wesen, für das sie sorgen und welches sie für zukünftige Generationen erhalten müssen.¹²⁰⁴

Der Tūhoe-Stamm und die Krone unterzeichneten die Vergleichsurkunde im Jahr 2013.¹²⁰⁵ Diese wurde 2014 mit zwei Gesetzen umgesetzt. In einem Gesetz wurden die kulturellen und finanziellen Entschädigungen der Krone geregelt.¹²⁰⁶ Mit dem anderen, dem Te Urewera Gesetz, wurde „Te Urewera“ zur „Rechtsperson“ erklärt, der Nationalparkstatus aufgehoben und das Eigentum (*fee simple estate*) an dem Gebiet auf „Te Urewera“ übertragen.¹²⁰⁷ Die Whanganui-Stämme hatten dem Vor-

¹²⁰² *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (57 f.); *Kauffman/Martin*, Politics 73; *Crimmel/Goeckeritz*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 563 (571 ff.); *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (583 f.); *Finlayson*, in: La Follette/Maser 259 (271). Über die Anwendung von *Stones* Vorschlag in Neuseeland s. insb. *Morris/Ruru*, Australian Indigenous Law Review 2010/2, 49 (56) mit Verweis auf z. B. *Frame*, Treaty Title Proposed for Foreshore and Seabed, Te Matahauariki: Laws and Institutions for Aotearoa/New Zealand 2004/8, 6; vgl. *Gordon*, Columbia Journal of Environmental Law 2018/1, 49 (56 f.).

¹²⁰³ *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (579, 581, 584 f., 593); *Kauffman/Martin*, Politics 74, 146, 148; *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (86 f.); vgl. weiters *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (191); *Te Kawa o Te Urewera* (Te Urewera Managementplan) vom September 2017, abrufbar unter www.ngaituhoe.iwi.nz/te-kawa-o-te-urewera (Stand 2.7.2024) 24.

¹²⁰⁴ *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (184 f.); *Macpherson*, Water 101; *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (71 f., 86); *Tomas*, Māori concepts of rangatiratanga, kaitiakitanga, the environment, and property rights, in: *Grinlinton/P. Taylor* (Hrsg.), Property rights and sustainability: The evolution of property rights to meet ecological challenges (2011) 219 (226 ff.); *Te Aho*, in: *Soskolne/Westra/Bosselmann* 346 (347); *Winter*, borderlands 2021/1, 116 (125); *Kauffman/Martin*, Politics 146 f.; *Bader-Plabst*, Natur 16 ff.

¹²⁰⁵ *Ngai Tūhoe Deed of Settlement of Historical Claims* (Te Urewera Vergleichsurkunde) vom 4.6.2013; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 148; *Darpö*, Nature 18; *Bader-Plabst*, Natur 47.

¹²⁰⁶ *Tūhoe Claims Settlement Act 2014* (Tūhoe Entschädigungsgesetz) vom 27.7.2014; *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (585); *Kauffman/Martin*, Politics 148.

¹²⁰⁷ *Te Urewera Act* (Te Urewera Gesetz) vom 27.7.2014; vgl. *Strack*, International Journal of Law in the Built Environment 2017/1, 4 (14); *Ruru*, A Treaty in Another Context: Creating Reimagined Treaty Relationships in Aotearoa New Zealand, in: *Borrows/Coyle* (Hrsg.), The Right Relationship: Reimagining the Implementation of Historical Treaties (2017) 305 (316); *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (191 f.); *Barrett/Watene*, Accounting, Auditing & Accountability Journal 2020/7, 1705 (1715); *Strack/Goodwin*, Waikato Law Review 2017/4, 41 (54); *Gordon*, in: *Salmon/Grinlinton* 338 (408); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (48); *Darpö*, Nature 18 f.; tw. *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 47.

schlag bereits im Jahr 2012 grundsätzlich zugestimmt,¹²⁰⁸ die Vergleichsurkunden wurden aber erst 2014 unterzeichnet.¹²⁰⁹ Mit dem 2017 angenommenen Te Awa Tupua Gesetz¹²¹⁰ wurde schließlich der Fluss Whanganui zur „Rechtsperson“ mit dem Māori-Namen „Te Awa Tupua“ erklärt und das Eigentum am Flussbett auf ihn übertragen.¹²¹¹ In beiden Fällen wurde zudem an die bereits i. Z. m. anderen Vergleichsurkunden etablierte Praxis angeknüpft und ein umfassendes Co-Managementsystem zwischen den Māori-Stämmen und der neuseeländischen Regierung vorgesehen. Überdies wurden eigene Einrichtungen zur Vertretung der neuen Rechtspersonen geschaffen. Auch dies lässt sich als Weiterentwicklung einer Praxis betrachten, wonach bereits Einrichtungen mit Verwaltungs- oder Beratungsbefugnissen für Flüsse oder Seen vorgesehen worden waren.¹²¹² Darüber hinaus wurde im Jahr 2017 auch zwischen den Taranaki-Stämmen und der Krone eine grundsätzliche Einigung erzielt, der zufolge der Vulkan Taranaki als „Rechtsperson“ anerkannt werden soll.¹²¹³ Die Vergleichsurkunde wurde am 1. September 2023 unterzeichnet,¹²¹⁴ die gesetzliche Umsetzung steht noch aus.¹²¹⁵

¹²⁰⁸ Agreement re. Whanganui River claims (Tūtohu Whakatupua) vom 30.8.2012; zum Instrument s. Göcke, Landrechte 379 f.; vgl. Vicente Giménez, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2020/2, 1 (26); Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 47.

¹²⁰⁹ Whanganui River Deed of Settlement Ruruku Whakatupua – Te Mana o Te Awa Tupua (Whanganui Vergleichsurkunde – Teil 1) vom 5.8.2014; Whanganui River Deed of Settlement Ruruku Whakatupua – Te Mana o Te Iwi o Whanganui (Whanganui Vergleichsurkunde – Teil 2) vom 5.8.2012; vgl. Kauffman/Martin, *Politics* 73.

¹²¹⁰ Te Awa Tupua (Whanganui River Claims Settlement) Act 2017 (Te Awa Tupua Gesetz) vom 20.3.2017; vgl. Kauffman/Martin, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (270); Zartner, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (14).

¹²¹¹ Kramm, *Journal of Human Development and Capabilities* 2020/4, 307 (307, 309); Salmond, *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 2014/3, 285 (285); O'Bryan, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (54); Barrett/Watene, *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 2020/7, 1705 (1718); Hutchison, *The Whanganui River as a Legal Person*, *Alternative Law Journal* 2014/3, 179; Sanders, *Journal of Environmental Law* 2018/2, 207 (207 f.); Iorns Magallanes, *Widener Law Review* 2015/2, 273 (314); Finlayson, in: La Follette/Maser 259 (260); Darpö, *Nature* 18; Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 49; Bader-Plabst, *Natur* 61, 63.

¹²¹² S. insb. betreffend den Waikato Fluss §§ 22 ff., 32 Waikato Entschädigungsgesetz; Morris/Ruru, *Australian Indigenous Law Review* 2010/2, 49 (52); Iorns Magallanes, *Widener Law Review* 2015/2, 273 (312); betr. zweier Seen § 6X Naturschutzgesetz; Rodgers, *Environmental Law Review* 2017/4, 266 (271 f.).

¹²¹³ Te Anga Pūtakerongo – Record of Understanding vom 12.12.2017; zum Instrument s. Göcke, Landrechte 379 f.; vgl. Kauffman/Martin, *Politics* 60 f.; Guim/Livermore, *Virginia Law Review* 2021/7, 1347 (1360 f.); Collins, *Constitution* 73; Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 53.

¹²¹⁴ www.tearawhiti.govt.nz/te-kahui-whakatau-treaty-settlements/find-a-treaty-settlement/taranaki-maunga (Stand 2.7.2024).

¹²¹⁵ Vgl. www.stuff.co.nz/politics/350241286/first-reading-taranaki-maunga-redress-bill-celebrated (Stand 2.7.2024).

2. Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem

a) Vergleichsurkunden

Die neuseeländischen RdN entstanden im Zuge von Verhandlungen zwischen Māori-Stämmen und der neuseeländischen Regierung und wurden in Vergleichsurkunden (*deeds of settlements*) festgelegt.¹²¹⁶ Vergleichsurkunden werden i. d. R. von der neuseeländischen Regierung durch einfache Gesetze umgesetzt.¹²¹⁷ Die Gesetze sind nicht Teil des Verfassungsrechts, sie könnten mit einfacher parlamentarischer Mehrheit geändert werden.¹²¹⁸ Dem Verfassungsrecht kommt im Rechtssystem allerdings keine höhere Stellung zu und es kann i. d. R. ebenfalls mit einfacher parlamentarischer Mehrheit geändert werden.¹²¹⁹ Die Vergleichsurkunden werden gem. dem ehemaligen Minister Finlayson dennoch als endgültig betrachtet, und das Verhandlungsteam muss dem Text der sie umsetzenden Gesetze zustimmen.¹²²⁰ In der parlamentarischen Praxis wird zudem versucht, die Vergleichsurkunden möglichst exakt umzusetzen und – anders als in normalen Gesetzgebungsprozessen – keine Verhandlungen über ihren Inhalt zu führen.¹²²¹ Da die Urkunden das Verhältnis zwischen den Māori und der Krone grundlegend verändern können, schlug Sanders vor, sich diese als Verfassung vorzustellen.¹²²²

b) Verhältnis zu anderen Rechtsvorschriften

Das Te Urewera Gesetz und das Te Awa Tupua Gesetz haben im Rechtssystem die gleiche Stellung wie andere Gesetze.¹²²³ Beide Gesetze enthalten Rechtsvorschriften, in denen geregelt wurde, wie sich die neuen Rechtsvorschriften in den bestehenden Rechtsrahmen einfügen sollen.¹²²⁴ Diese lassen sich unterteilen in Bestimmungen, in denen vorgesehen wurde, welche Rechtsvorschriften nicht mehr anzuwenden sind, welche weiterhin anzuwenden sind und in welchen Fällen sie gemeinsam mit an-

¹²¹⁶ Jayatilaka, Rights 12.

¹²¹⁷ *Iorns Magallanes*, in: Lenzerini 523 (553); *Finlayson*, in: La Follette/Maser 259 (266); *Macpherson*, Water 118; *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (73); *Göcke*, Landrechte 380.

¹²¹⁸ *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (231, 233); *Macpherson*, Water 119; vgl. *Bader-Plabst*, Natur 167.

¹²¹⁹ Nur selten ist für eine Änderung des Verfassungsrechts eine Dreiviertelmehrheit oder eine Volksabstimmung erforderlich, s. gg.govt.nz/office-governor-general/roles-and-functions-governor-general/constitutional-role/constitution (Stand 2.7.2024); ähnl. *Mulgan*, Politics³ 51 f.

¹²²⁰ *Finlayson*, in: La Follette/Maser 259 (266 f.).

¹²²¹ *Iorns Magallanes*, in: Lenzerini 523 (552 f.).

¹²²² *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (231); vgl. *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (430). S. i. d. Z. auch die Ausführungen über das komplexe Verhältnis von *Coates*, in: Hickford/Jones 166 (166 ff.).

¹²²³ *Zartner*, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (11, 21).

¹²²⁴ Ähnl. *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 51.

deren Rechtsvorschriften anzuwenden sind, sodass bspw. eine Zusammenarbeit von verschiedenen Stellen erforderlich sein kann. Dabei weisen die Gesetze erhebliche Unterschiede auf:

„Te Urewera“ ist ein ehemaliger Nationalpark, der zum Zeitpunkt der Gesetzeserlassung überwiegend im Eigentum der Krone stand und nach dem Nationalparkgesetz verwaltet wurde.¹²²⁵ Das Eigentum am Nationalparkgebiet und die Verwaltungsbefugnis wurden auf „Te Urewera“ bzw. die Vertretungsbefugten übertragen,¹²²⁶ sodass der bis dahin maßgebliche Rechtsrahmen insb. das Nationalparkgesetz nicht mehr anzuwenden ist – auch wenn viele Bestimmungen im Te Urewera Gesetz Ähnlichkeiten dazu aufweisen.¹²²⁷ Das Ressourcenmanagementgesetz findet grundsätzlich nach wie vor keine Anwendung.¹²²⁸ Weiterhin anzuwenden sind hingegen alle anderen Rechtsvorschriften, wozu die Befugnisse der lokalen Behörden und des Fisch- und Wildvogelrats¹²²⁹ sowie die Genehmigungserfordernisse nach anderen Gesetzen zählen.¹²³⁰ Eine Zusammenarbeit wird insb. in Naturschutzangelegenheiten verlangt.¹²³¹

Am längsten schiffbaren Fluss Neuseelands¹²³² bestanden hingegen zum Zeitpunkt der Einigung viele öffentliche und private Rechte und Interessen, die berücksichtigt werden mussten. Auf „Te Awa Tupua“ wurde ausschließlich das Eigentum am Flussbett übertragen, das zuvor der Krone gehörte, wobei viele Ausnahmen vorgesehen wurden. Hingegen wurden kein Eigentum am Wasser und keine Verwaltungsbefugnis übertragen.¹²³³ Der bereits vor dem Vergleich maßgebliche

¹²²⁵ Vgl. *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (52).

¹²²⁶ Vgl. §§ 12, 17 Te Urewera Gesetz.

¹²²⁷ §§ 12, 14 Abs. 2 Te Urewera Gesetz; vgl. *Barrett/Watene*, Accounting, Auditing & Accountability Journal 2020/7, 1705 (1716); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (52); *Schimmöller*, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (577); *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (272); *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (192); *Gordon*, in: *Salmon/Grinlinton* 338 (409); *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (224); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 48; *Bader-Plabst*, Natur 53.

¹²²⁸ § 43 Te Urewera Gesetz; vgl. *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (52); *Ruru*, Tühoe-Crown Settlement: Te Urewera Act 2014, Maori Law Review 2014/10, maorilawreview.co.nz/2014/10/tuhoe-crown-settlement-te-urewera-act-2014/ (Stand 2. 7. 2024); abw. *Bader-Plabst*, Natur 54, 73.

¹²²⁹ § 41 Te Urewera Gesetz; zum Fisch- und Wildvogelrat s. im Detail *James*, in: *Salmon/Grinlinton* 417 (455 f.).

¹²³⁰ § 55 Te Urewera Gesetz; vgl. *Ruru*, Tühoe-Crown Settlement: Te Urewera Act 2014, Maori Law Review 2014/10, maorilawreview.co.nz/2014/10/tuhoe-crown-settlement-te-urewera-act-2014/ (Stand 2. 7. 2024).

¹²³¹ §§ 60 f. Te Urewera Gesetz.

¹²³² *Hsiao*, Whanganui River Agreement, Environmental Policy and Law 2012/6, 371 (371).

¹²³³ Vgl. §§ 16, 41, 44, 46 f., 53 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Schimmöller*, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (577); *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (64); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (52); *Kauffman/Martin*,

Rechtsrahmen, darunter das Ressourcenmanagementgesetz und das Nationalparkgesetz, sind weiterhin anwendbar.¹²³⁴ Daher enthält das Te Awa Tupua Gesetz insb. Rechtsvorschriften, welche die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und den neuen Institutionen regeln. Zudem wurde festgelegt, dass andere Entscheidungsträger:innen verpflichtet sind, den Status von „Te Awa Tupua“ anzuerkennen.¹²³⁵

3. Rechtsträger:innen

a) Te Urewera

Mit § 11 Te Urewera Gesetz wurde „Te Urewera“ zu einer „juristischen Person“ (*legal entity*) erklärt, die „alle Rechte, Befugnisse, Pflichten und Verbindlichkeiten einer Rechtsperson“ (*legal person*) hat.¹²³⁶ Die Verwendung des Begriffs *legal entity* sowie die Frage, ob bzw. wie dieser vom Begriff *legal person* zu unterscheiden ist, wird in der Literatur unterschiedlich beantwortet.¹²³⁷ Insb. wurde die Überlegung geäußert, dass die häufige Verwendung von *legal entity* darauf hindeuten könnte, dass die Gesetzgebung die semantische Verbindung zwischen Rechtssubjektivität und Menschlichkeit aufbrechen wollte,¹²³⁸ und die „Künstlichkeit der Konstruktion“ sichtbar gemacht werden sollte.¹²³⁹

„Te Urewera“ wurde definiert als „die gem. § 11 erzeugte juristische Person (*legal entity*)“ oder „der Ort, der das Te Urewera Gebiet umfasst“. Das „Te Urewera Gebiet“

Politics 159 f.; Talbot-Jones/Bennett, *Australasian Journal of Environmental Management* 2022/1, 64 (72, 75); Gordon, in: Salmon/Grinlinton 338 (409).

¹²³⁴ Schimmöller, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (577); Macpherson, *Water* 115, 118 f.; Collins/Esterling, *Melbourne Journal of International Law* 2019, 197 (203); O'Bryan, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (56, 64 f., 68 f.); Zartner, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (11 f., 21); Bader-Plabst, *Natur* 70.

¹²³⁵ Vgl. Macpherson, *Water* 118; Daya-Winterbottom, in: Salmon/Grinlinton 704 (751); Gordon, in: Salmon/Grinlinton 338 (410).

¹²³⁶ § 11 Te Urewera Gesetz; vgl. Kauffman, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (578); Schimmöller, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (576); Ruru, *Maori Law Review* 2014/10; Strack/Goodwin, *Waikato Law Review* 2017/4, 41 (54); Burdon/Williams, in: Fisher 196 (203); Collins, *Constitution* 72; Gutmann, *Rechtssubjektivität* 93; abw. Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 47.

¹²³⁷ Grear, *Jurisprudence* 2013/1, 76 (78 ff.); Tănăsescu, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (438 Fn. 57, 444, 446 f.); Naffine, *Who are Law's Persons?*, *From Cheshire Cats to Responsible Subjects*, *Modern Law Review* 2003/3, 346 (349 f.); Morris/Ruru, *Australian Indigenous Law Review* 2010/2, 49 (53); Sanders, *Journal of Environmental Law* 2018/2, 207 (222, 231); Hutchison, *Alternative Law Journal* 2014/3, 179 (181); abw. Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 150; s. i. d. Z. weiters Buocz/Eisenberger, *Demythifying Legal Personhood for Non-Human Entities: A Kelsenian Approach*, *Oxford Journal of Legal Studies* 2023/1, 32 (39 f.).

¹²³⁸ Grear, *Jurisprudence* 2013/1, 76 (80).

¹²³⁹ Tănăsescu, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (444).

bezeichnet das „Gebiet, das von Zeit zu Zeit im Namen von Te Urewera gehalten wird und Gegenstand dieses Gesetzes ist“. ¹²⁴⁰ Dieses ist im Anhang des Gesetzes genau definiert und umfasst das ehemalige Nationalparkgebiet, ¹²⁴¹ das auf „Te Urewera“ übertragen wurde und seither nicht mehr Eigentum der Krone, Nationalparkgebiet sowie Naturschutz- oder Reservatgebiet ist. ¹²⁴² Für einzelne Gebiete wurden allerdings Sonderregelungen vorgesehen, sodass diese z. B. weiterhin als Wildnisgebiete oder Naturschutzgebiete verwaltet werden. ¹²⁴³ Innerhalb von „Te Urewera“ können auch besonders geschützte Gebiete sowie Wildnis- oder Freizeitgebiete ausgewiesen werden. ¹²⁴⁴ Zudem besteht die Möglichkeit, dass weitere Gebiete der Krone oder von Privaten auf „Te Urewera“ übertragen werden. ¹²⁴⁵ Das Gebiet von „Te Urewera“ ist hingegen grundsätzlich unveräußerlich, ¹²⁴⁶ auch wenn einzelne Gebietsteile unter bestimmten Voraussetzungen entfernt werden können. ¹²⁴⁷

Eine Bestimmung mit dem Titel „Hintergrund dieses Gesetzes“ enthält weiters eine Beschreibung von „Te Urewera“, die an die Sichtweisen der Tūhoe angelehnt wurde. Demnach ist „Te Urewera“ „alt und beständig“, „lebendig“, „von spirituellem Wert“ und mit eigener Identität, welche „die Menschen dazu inspiriert, sich zu ihrer Pflege zu verpflichten“. ¹²⁴⁸ Außerdem wurde darin die Bedeutung von „Te Urewera“ für die Tūhoe, die Neuseeländer:innen und die Krone beschrieben. Für die Tūhoe ist sie der „Ort ihrer Abstammung und Heimkehr, ihre Heimat“, die ihrer Kultur, ihren Wohnheiten und ihrer Identität Bedeutung gibt. Sie werden auch als Hüter:innen (*kaitiaki*) von „Te Urewera“ bezeichnet. ¹²⁴⁹ Für alle Neuseeländer:innen wird „Te Urewera“ als ein „Ort von außergewöhnlicher nationaler Bedeutung und intrinsischem Wert“ beschrieben. ¹²⁵⁰ Und die Krone teilt der Bestimmung zufolge mit den Tūhoe die Auffassung, dass „Te Urewera“ rechtlich anerkannt werden sollte. ¹²⁵¹

¹²⁴⁰ § 7 Te Urewera Gesetz.

¹²⁴¹ Anhang 1 Part 1 Te Urewera Gesetz.

¹²⁴² § 12 Te Urewera Gesetz; vgl. *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies*, in: *Literature and Environment* 2020/3, 578 (584); *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (576); *Rodgers*, *Environmental Law Review* 2017/4, 266 (272).

¹²⁴³ §§ 126 ff. Te Urewera Gesetz.

¹²⁴⁴ § 114 Te Urewera Gesetz.

¹²⁴⁵ §§ 101, 104 Te Urewera Gesetz.

¹²⁴⁶ § 13 Te Urewera Gesetz; vgl. *Ruru*, in: *Borrows/Coyle* 305 (316).

¹²⁴⁷ § 111 Te Urewera Gesetz.

¹²⁴⁸ § 3 Abs. 1 bis 3 Te Urewera Gesetz; vgl. *C. Winter*, *borderlands* 2021/1, 116 (126 f.); *Strack/Goodwin*, *Waikato Law Review* 2017/4, 41 (54); *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (578); *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (575).

¹²⁴⁹ § 3 Abs. 4 bis 6 Te Urewera Gesetz; vgl. *C. Winter*, *borderlands* 2021/1, 116 (127). Siehe dazu im Detail Abschnitt B.IV.6.a).

¹²⁵⁰ § 3 Abs. 8 Te Urewera Gesetz.

¹²⁵¹ § 3 Abs. 9 Te Urewera Gesetz.

b) *Te Awa Tupua*

Im *Te Awa Tupua* Gesetz wurde „*Te Awa Tupua*“ zu einer „Rechtsperson“ (*legal person*) erklärt „mit allen Rechten, Befugnissen, Pflichten und Verantwortlichkeiten einer Rechtsperson“.¹²⁵² Der Begriff *legal entity* wurde in diesem Gesetz nicht verwendet. „*Te Awa Tupua*“ wurde definiert als „ein unteilbares und lebendes Ganzes, bestehend aus dem Whanganui Fluss von den Bergen bis zum Meer, in Einbeziehung all seiner physischen und metaphysischen Elemente“.¹²⁵³ Der Whanganui Fluss ist gem. der Definition das „Gewässer bekannt als Whanganui Fluss [...] von der Quelle bis zur Mündung“ samt Zuflüssen, Seen, Sumpfbereichen und Flussbett, das den Boden, die Pflanzen, den mit Wasser gefüllten Raum sowie den Luftraum über dem Wasser umfasst.¹²⁵⁴

„*Te Awa Tupua*“ umfasst daher wie „*Te Urewera*“ ein bestimmtes Gebiet, das zusammengefasst als Wassereinzugsgebiet des Flusses Whanganui samt metaphysischer Elemente bezeichnet werden kann. Im Unterschied zu „*Te Urewera*“ ist dieses Gebiet jedoch nicht mit dem Gebiet gleichzusetzen, das im Eigentum von „*Te Awa Tupua*“ steht. Denn es wurden lediglich die im Eigentum der Krone stehenden Gebiete des Flussbetts auf „*Te Awa Tupua*“ übertragen, nicht jedoch das Wasser. Außerdem wurden zahlreiche Ausnahmen, u. a. für Verkehrsinfrastruktur, Bauwerke, öffentliche Baugebiete oder Rohstoffe (ausgenommen Sand, Schotter und Kies) gewährt. Bestehende private oder öffentliche Rechte oder Interessen am Fluss wie

¹²⁵² § 14 Abs. 1 *Te Awa Tupua* Gesetz; vgl. *Macpherson*, *Water* 115; *Sanders*, *Journal of Environmental Law* 2018/2, 207 (208, 222 f., 230); *Talbot-Jones/Bennett*, *Ecological Economics* 2019/10, 1 (3); *Iorns Magallanes*, *Widener Law Review* 2015/2, 273 (316); *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (576); *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (193 f.); *Kramm*, *Journal of Human Development and Capabilities* 2020/4, 307 (307, 309); *Collins/Esterling*, *Melbourne Journal of International Law* 2019, 197 (201); *Boyd*, *Nature* 139; *Rodgers*, *Environmental Law Review* 2017/4, 266 (267, 269); *Strack/Goodwin*, *Waikato Law Review* 2017/4, 41 (55); *Kauffman/Martin*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (263, 270); *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 92; *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (49); *Mittal*, *Jindal Global Law Review* 2019/1, 7 (15); *Zartner*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (11); *Talbot-Jones/Bennett*, *Australasian Journal of Environmental Management* 2022/1, 64 (73); *Wagner/Bergthaler/Krämer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 49, abw. 150.

¹²⁵³ § 12 *Te Awa Tupua* Gesetz; vgl. *Sanders*, *Journal of Environmental Law* 2018/2, 207 (208); *Finlayson*, *Whanganui River Agreement signed*, www.beehive.govt.nz/release/whanganui-river-agreement-signed (Stand 2.7.2024); *Macpherson*, *Water* 115; *Iorns Magallanes*, *Widener Law Review* 2015/2, 273 (314); *O'Bryan*, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (58); *Kauffman/Martin*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (270); *Kramm*, *Journal of Human Development and Capabilities* 2020/4, 307 (309 f.); *Rodgers*, *Environmental Law Review* 2017/4, 266 (269); *Mittal*, *Jindal Global Law Review* 2019/1, 7 (15); *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (49); *Vicente Giménez*, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2020/2, 1 (27); *Zartner*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (11, 16); *Bader-Plabst*, *Natur* 62.

¹²⁵⁴ § 7 *Te Awa Tupua* Gesetz; vgl. *Strack*, *International Journal of Law in the Built Environment* 2017/1, 4 (12); *Talbot-Jones/Bennett*, *Ecological Economics* 2019/10, 1 (3); *Mittal*, *Jindal Global Law Review* 2019/1, 7 (15).

z.B. Schifffahrtsrechte, aufrechte Genehmigungen z.B. für die Betreibung von Wasserkraftanlagen oder Fischereirechte blieben ebenfalls von der Übertragung unberührt.¹²⁵⁵ Eine Übertragung wäre aber mit Zustimmung der Eigentümer:innen möglich.¹²⁵⁶ Anders als bei „Te Urewera“ wurden außerdem die innerhalb von „Te Awa Tupua“ liegenden Nationalpark-, Naturschutz- oder Reservatgebiete nach der Eigentumsübertragung erneut zu solchen erklärt.¹²⁵⁷ Des Weiteren wurde festgelegt, dass „Te Awa Tupua“ hinsichtlich „der Anwendung anderer Gesetze“ wie z.B. des Ressourcenmanagementgesetzes als Behörde (*public authority*) und Körperschaft (*body corporate*) anzusehen ist, für die Registrierung als gemeinnützige Einrichtung als Institution (*institution*) sowie hinsichtlich der lokalen Verwaltung als öffentliche Stelle (*public body*).¹²⁵⁸

„Te Awa Tupua“ hält somit nicht an allen Gebieten, aus denen sie besteht, Eigentum. Deshalb stellt sich die Frage, inwieweit „Te Awa Tupua“ in Bezug auf jene Teile als Rechtsträgerin angesehen werden kann, an denen sie kein Eigentum hält, oder an denen öffentliche oder private Rechte oder Interessen bestehen. Da sich sowohl die Definition von „Te Awa Tupua“ als auch die im Te Awa Tupua Gesetz festgelegten Pflichten auf das gesamte Wassereinzugsgebiet beziehen, ist davon auszugehen, dass „Te Awa Tupua“ auch in Bezug auf die nicht übertragenen Gebietsteile Rechte zukommen und damit als Rechtsträgerin angesehen werden kann.¹²⁵⁹ In Bezug auf das Eigentumsrecht kann „Te Awa Tupua“ hingegen nicht als Rechtsträgerin betrachtet werden.

¹²⁵⁵ §§ 16, 41, 44 Abs. 2, §§ 46 f., 53 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Strack*, International Journal of Law in the Built Environment 2017/1, 4 (12 f.); *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (87); *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (271); *Boyd*, Nature 139; *Collins/Esterling*, Melbourne Journal of International Law 2019, 197 (202 f.); *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (56 f., 64 f.); *Macpherson*, Water 115, 119 f.; *Strack/Goodwin*, Waikato Law Review 2017/4, 41 (55 f.); *Schimmöller*, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (577); *Salmond*, HAU: Journal of Ethnographic Theory 2014/3, 285 (287); *Salmond*, Rivers as ancestors and other realities, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* (Hrsg.), ResponsAbility: Law and Governance for Living Well with the Earth (2019) 183 (185, 187); *O'Donnell*, Rivers 178; *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (226); *Talbot-Jones/Bennett*, Ecological Economics 2019/10, 1 (3); *Hutchison*, Alternative Law Journal 2014/3, 179 (182); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 50, 52; *Bader-Plabst*, Natur 62 f.

¹²⁵⁶ § 48 Abs. 2 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Collins/Esterling*, Melbourne Journal of International Law 2019, 197 (202); *Bader-Plabst*, Natur 62.

¹²⁵⁷ §§ 40, 42 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Strack*, International Journal of Law in the Built Environment 2017/1, 4 (12); *Strack/Goodwin*, Waikato Law Review 2017/4, 41 (56); *Collins/Esterling*, Melbourne Journal of International Law 2019, 197 (203).

¹²⁵⁸ § 17 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Macpherson*, Water 118; *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (57); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 49, 154.

¹²⁵⁹ *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (87); *Iorns Magallanes*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* 216 (223).

4. Rechte und Schutzbereich

a) *Te Urewera*

„Te Urewera“ erhielt gem. Te Urewera Gesetz „alle Rechte, Befugnisse, Pflichten und Verbindlichkeiten einer Rechtsperson“.¹²⁶⁰ Welche Rechte das sind, wurde nicht beschrieben.¹²⁶¹ Dies ist nach überwiegender Auffassung in der Literatur auf die Sichtweisen der Māori zurückzuführen. Denn für die Tūhoe soll insb. die Anerkennung von „Te Urewera“ wichtig gewesen sein, um sie von Eigentumsrechten und „menschlicher Spekulation“ zu befreien sowie die Verantwortung und Pflichten gegenüber „Te Urewera“ in den Vordergrund zu rücken.¹²⁶² „Rechten“ stehen viele Māori hingegen kritisch gegenüber. Sie betrachten diese als fremdes, dem europäischen Rechtssystem entstammendes Konzept.¹²⁶³ Das traditionelle Rechtssystem der Māori beruht stattdessen auf Werten und Konzepten.¹²⁶⁴ Einige Stimmen in der neuseeländischen rechtswissenschaftlichen Literatur vertreten allerdings die Auffassung, dass die „Rechte“ von „Te Urewera“ als „Kehrseite“ der normierten Pflichten betrachtet werden können, die insb. aus umfangreichen Vertretungs- und Managementvorgaben bestehen.¹²⁶⁵

Eine zentrale Verpflichtung, die aus dem Gesetz hervorgeht und demnach Aufschluss über die Rechte von „Te Urewera“ geben könnte, ist die Pflicht des „Te Urewera Komitees“, einen Managementplan für „Te Urewera“ zu erstellen, in dem festgelegt wird, wie die Ziele des Gesetzes umgesetzt werden können.¹²⁶⁶ Im Te Urewera Gesetz wurden drei Ziele vorgesehen: Zunächst soll die Verbindung zwischen den Tūhoe und „Te Urewera“ erhalten und gestärkt werden. Weiters sollen die natürlichen Eigenschaften und die Schönheit von „Te Urewera“, das historische und

¹²⁶⁰ § 11 Te Urewera Gesetz; vgl. *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (578); *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (576); *Ruru*, *Maori Law Review* 2014/10.

¹²⁶¹ *Sanders*, *Journal of Environmental Law* 2018/2, 207 (223); *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (576); a. A. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 47 f.

¹²⁶² *Te Urewera Managementplan* 24; *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (191); *Iorns Magallanes*, *Widener Law Review* 2015/2, 273 (325); *Macpherson*, *Water* 101; *Kauffman/Martin*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (271); *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (584); *Kauffman/Martin*, *Politics* 74 f., 146 f.

¹²⁶³ *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (579); *Kauffman/Martin*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (271); *Kauffman/Martin*, *Politics* 72, 74, 146 f.; s. im Detail *Jones*, *Treaty* 38 ff., 66 ff.

¹²⁶⁴ *Durie*, *Otago Law Review* 1996/4, 449 (455); *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (184); *Randazzo/Richter*, *Ontology* 99; vgl. *Bader-Plabst*, *Natur* 19 f.

¹²⁶⁵ *Iorns Magallanes*, *Widener Law Review* 2015/2, 273 (325); *Gordon*, in: *Salmon/Grinlinton* 338 (409, 412); vgl. außerdem *Kauffman/Martin*, *Politics* 75, 159.

¹²⁶⁶ §§ 44 f. Te Urewera Gesetz; vgl. *Tănăsescu*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (445); *Bader-Plabst*, *Natur* 58.

kulturelle Erbe sowie die Integrität des indigenen ökologischen Systems und der Biodiversität so weit wie möglich erhalten werden. Schließlich soll „Te Urewera“ für die Öffentlichkeit zugänglich sein.¹²⁶⁷ Gem. der australischen Rechtswissenschaftlerin Bleby könnten diese Ziele gemeinsam mit den Hintergrundbestimmungen und Prinzipien des Gesetzes Hinweise auf den Schutzbereich der Rechte und Interessen von „Te Urewera“ geben, wobei sie insb. die Bedeutung der Beziehung zwischen „Te Urewera“ und den Tūhoe sowie die Pflicht, die indigenen ökologischen Systeme und die Biodiversität zu erhalten, betont.¹²⁶⁸

Der Managementplan soll gem. Te Urewera Gesetz Folgendes beinhalten: Es sind Ziele und Strategien für ein integriertes Management festzulegen. Es sind „besondere Werte“ von Orten in „Te Urewera“, wie z. B. indigene Arten, Erholungswerte oder geologische Merkmale auszuweisen. Konkrete, zu erreichende Ziele für bestimmte Gebiete sind festzulegen, wobei auch zu klären ist, wie diese untereinander vereinbar sind. Weiters sind Orte, die in internationalen Abkommen anerkannt wurden, auszuweisen und entsprechend zu verwalten. Zudem ist festzustellen, ob besonders geschützte Gebiete, Wildnis- oder Freizeitgebiete auszuweisen sind. Auch sind die Auswirkungen der Tätigkeiten, die in „Te Urewera“ ausgeübt werden, festzustellen und es ist darzulegen, wie sich Beeinträchtigungen minimieren lassen. Weiters sind Entscheidungskriterien festzulegen, die auch Genehmigungs- und Konzessionsanträge umfassen, und es sind regelmäßige Monitoring- und Evaluierungsmaßnahmen festzulegen. Außerdem sind Themen vorzuschlagen, die in lokalen Rechtsvorschriften (*bylaws*) zu regeln sind.¹²⁶⁹ Alle zehn Jahre ist der Managementplan zu überarbeiten.¹²⁷⁰

Überdies wurde im Te Urewera Gesetz die Erstellung eines jährlichen Arbeitsplans durch das operative Nationalparkmanagement vorgesehen. Dieser muss die Ziele des Te Urewera Gesetzes widerspiegeln, „soweit möglich“ den Managementplan und die jährliche Prioritätensetzung umsetzen, das für das Management notwendige Jahresbudget definieren, die geplanten Managementaktivitäten beschreiben und die Einbeziehung der Tūhoe vorsehen.¹²⁷¹

Der erste Managementplan, genannt Te Kawa, wurde im Jahr 2017 präsentiert.¹²⁷² Dieser trägt eine starke Handschrift der Tūhoe und weist Parallelen zu ihrem traditionellen Rechtssystem auf, da er keine „Vorschriften, sondern Traditionen,

¹²⁶⁷ § 4 Te Urewera Gesetz.

¹²⁶⁸ Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (52) mit Verweis auf Art. 3 bis 5 Te Urewera Gesetz.

¹²⁶⁹ § 46 Te Urewera Gesetz.

¹²⁷⁰ § 48 Te Urewera Gesetz.

¹²⁷¹ § 53 Te Urewera Gesetz.

¹²⁷² Vgl. Kauffman, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (586); Kauffman/Martin, Politics 150; Bader-Plabst, Natur 58.

Überzeugungen und Beziehungen“ enthält.¹²⁷³ Bereits im Vorwort wurde darauf hingewiesen, dass es bei Te Kawa „um das Management der Menschen zugunsten des Landes – nicht um Landmanagement“ geht (*the management of people for the benefit of the land – it is not about land management*).¹²⁷⁴ In einem ersten Schritt sollen deshalb die Menschen ihre Fähigkeit stärken, die Auswirkungen von menschlichen Aktivitäten zu verstehen, was zwangsläufig bedeute, dass bestimmte Tätigkeiten eingeschränkt oder verboten werden, neue Grenzen gesetzt werden, sich aber auch neue Möglichkeiten ergeben.¹²⁷⁵ Der Plan enthält zudem ein „Partnerschaftskriterium“, wonach die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Einrichtungen gestärkt werden soll, damit diese besser verstehen, dass „Te Urewera“ die „Fähigkeit“ hat, „zum Leben und Wohlergehen der Menschen und Gemeinschaften beizutragen“. ¹²⁷⁶ Die Festlegung von Prioritäten ist dem Plan zufolge hingegen „irgendwie illusorisch“, weil die Menschen das Gleichgewicht und den Rhythmus von „Te Urewera“ nicht verstehen können.¹²⁷⁷ Priorität sei vielmehr, die Verantwortung gegenüber „Te Urewera“ wiederherzustellen, was zu prioritären Aktivitäten führe. Diese umfassen u.a. die Wiederherstellung von traditionellen und innovativen Wissenssystemen, die den Instinkt für ein verantwortungsvolles Leben wiederherstellen, die Wiedererlangung der Sensibilität gegenüber schädlichen Auswirkungen, die signifikante Reduzierung von Belastungen, die Förderung von nachhaltigen Gewohnheiten sowie die Einrichtung erhöhter Schutz- und Verantwortlichkeitsmechanismen durch Tūhoe-Behörden.¹²⁷⁸

Gem. dem Arbeitsplan für die Jahre 2022 bis 2023 sind daher Maßnahmen zur Wiederherstellung von traditionellen und innovativen Wissenssystemen, zur Wissensvermittlung, zur Wiedererlangung der Sinne gegenüber schädigenden Verhaltensweisen, zur Verringerung der bestehenden Hauptbelastungen, zur Entwicklung von nachhaltigen Gewohnheiten, zur Stärkung von Schutz- und Verantwortungsmechanismen, zur Stilllegung von Nationalparkstrukturen sowie zur Neugestaltung von Te Urewera geplant.¹²⁷⁹

¹²⁷³ Te Urewera Managementplan 59; *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (586); vgl. *Bader-Plabst*, *Natur* 59. Zum traditionellen Rechtssystem s. *Durie*, *Otago Law Review* 1996/4, 449 (455); *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (184).

¹²⁷⁴ Te Urewera Managementplan 7; vgl. *Tănăsescu*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (445); *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (588); *Kauffman/Martin*, *Politics* 152; *Bader-Plabst*, *Natur* 59.

¹²⁷⁵ Te Urewera Managementplan 29.

¹²⁷⁶ Te Urewera Managementplan 30 f.

¹²⁷⁷ Te Urewera Managementplan 37; vgl. *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (587); *Kauffman/Martin*, *Politics* 151.

¹²⁷⁸ Te Urewera Managementplan 37 ff.

¹²⁷⁹ Annual Plan 2022-2023 (Te Urewera Arbeitsplan 2022-2023), abrufbar unter www.nga.iuhoe.iwi.nz/annual-plan-bringing-the-blueprint-to-life (Stand 2. 7. 2024). Ein Arbeitsplan für die Jahre 2024 ff. wurde bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit nicht veröffentlicht.

In Hinblick auf die gewährten Rechte wird in der Literatur häufig die Auffassung vertreten, dass die Rechtsträger:innen mit der Anerkennung als „Rechtsperson“ auch verfahrensrechtlichen Zugang zu Neuseelands Rechtssystem erhielten und damit die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben, Verpflichtungen einzugehen, Gerichte und Behörden anzurufen oder Schadenersatz zu erhalten.¹²⁸⁰ Gem. der neuseeländischen Rechtswissenschaftlerin Macpherson könnten sie auch den Schutz jener Menschenrechte genießen, die gem. Grundrechtegesetz 1990 nicht nur natürlichen, sondern auch juristischen Personen zukommen.¹²⁸¹ Die neuseeländische Rechtswissenschaftlerin Sanders leitet aus dem Te Urewera Gesetz hingegen insb. die Rechte ab, an der Erstellung des Managementplans mitzuwirken und diesen zu genehmigen, *bylaws* zu erlassen oder Verträge mit privaten Grundeigentümer:innen zu schließen.¹²⁸²

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwieweit „Te Urewera“ durch die Eigentumsübertragung auch sämtliche damit verbundenen Rechte einer Eigentümerin erhielt. Da das Gebiet nicht veräußert oder verpfändet werden darf und der öffentliche Zugang nicht beschränkt werden darf, ist dies gem. den neuseeländischen Stimmen in der Literatur nicht der Fall.¹²⁸³ Buocz/Eisenberger kommen hingegen unter Bezugnahme auf Kelsen – der ihnen zufolge festhielt, dass „ein Recht nur ein Recht [ist], wenn es durchsetzbar ist“ – zu der Auffassung, dass es sich bei dem (beschränkten) Eigentumsrecht um das einzige Recht handeln könnte, das „Te Urewera“ zugeordnet werden kann. Dieses beinhalte aber auch das Recht, sein Eigentum zu genießen, sodass es z.B. auch das Recht umfasse, nicht verschmutzt zu werden.¹²⁸⁴ Demgegenüber stützen sich die oben dargestellten Überlegungen in der neuseeländischen Literatur, wonach „Te Urewera“ verschiedenste aus den Rechtsvorschriften ableitbare Rechte zukommen könnten, vermutlich auf den US-amerikanischen Rechtswissenschaftler Hohfeld, demzufolge Rechte als „Kehrseite“ von

¹²⁸⁰ *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (50); *Kauffman/Martin*, Politics 64; *Bader-Plabst*, Natur 40; vgl. *S. Epstein/Dahlén/Enkvist/Boyer*, Law, Culture and the Humanities 2022/0, 1 (7); *Jones*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/0, 76 (91).

¹²⁸¹ *Macpherson*, Water 117 bezugnehmend auf „Te Awa Tupua“; vgl. *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (447); *Bader-Plabst*, Natur 40.

¹²⁸² *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (223 Fn. 92 mit Verweis auf Art. 44, 70, 102 und 122 Te Urewera Gesetz).

¹²⁸³ *Strack*, International Journal of Law in the Built Environment 2017/1, 4 (14); *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (225); *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (191).

¹²⁸⁴ *Buocz/Eisenberger*, Oxford Journal of Legal Studies 2023/1, 32 (44, 49) mit Verweis auf *Kelsen*, Pure Theory of Law (2005) 128 ff.; s. hingegen *Schulev-Steindl*, Subjektive Rechte (2008) z.B. 416, wonach „für das Konzept des subjektiven Rechts seine ‚Durchsetzbarkeit‘ oder ‚Bewehrung‘ nicht wesentlich ist“, sodass „von einem subjektiven Recht bereits bei Vorliegen einer einzelnen, „begünstigenden“ Hohfeldschen Position bzw. eines Status gesprochen werden“ kann.

Pflichten betrachtet werden können.¹²⁸⁵ Da die Vertreter:innen von „Te Urewera“ außerdem befugt sind, „Te Urewera“ im Einklang mit dem Gesetz zu verwalten, könnte auch ein „Selbstverwaltungsrecht“ angenommen werden.¹²⁸⁶

Abschließend ist noch erwähnenswert, dass „Te Urewera“ auch alle „Pflichten und Verbindlichkeiten einer Rechtsperson“ erhielt.¹²⁸⁷ Bei deren Begleichung kann die Krone gem. Te Urewera Gesetz um finanzielle Unterstützung gebeten werden.¹²⁸⁸

b) Te Awa Tupua

„Te Awa Tupua“ erhielt ebenfalls „alle Rechte, Befugnisse, Pflichten und Verbindlichkeiten einer Rechtsperson“.¹²⁸⁹ Es wurde allerdings ebenso wenig festgelegt, welche Rechte davon umfasst sind.¹²⁹⁰ Die diesbezüglichen Überlegungen in der Literatur lassen sich dahin gehend zusammenfassen, dass – wie bei „Te Urewera“ – die Rechte und ihr Schutzbereich aus den normierten Pflichten abgeleitet werden können und außerdem die Möglichkeit gewährt wurde, Eigentum zu erwerben, Verpflichtungen einzugehen sowie die Gerichte anzurufen; dabei wurde insb. auf die Ausübung der Grundeigentümer:innenfunktionen, das Verfügungsrecht über den Fonds *Te Korotete* und das Recht auf Schutz des Namens „Te Awa Tupua“ verwiesen.¹²⁹¹ Für die in der Literatur geäußerten Überlegungen, wonach „Te Awa Tupua“ auch „flussspezifische Rechte“ zukommen,¹²⁹² ließen sich keine weiteren Belege finden. Gem. den US-amerikanischen Politikwissenschaftler:innen Kauffman/Martin ist dies nicht der Fall.¹²⁹³ Unter der Annahme, dass die Rechte aus den

¹²⁸⁵ *Hohfeld*, Fundamental Legal Conceptions As Applied In Judicial Reasoning (1964) 35 ff.; s. dazu noch ausführlich Abschnitt C.III.5.

¹²⁸⁶ § 17 Te Urewera Gesetz; vgl. *Ruru*, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (191); *Ruru*, Maori Law Review 2014/10; *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (584); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (48 f.); *Wagner/Bergthaler/Krämer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 48.

¹²⁸⁷ § 11 Te Urewera Gesetz.

¹²⁸⁸ § 97 Te Urewera Gesetz.

¹²⁸⁹ § 14 Te Awa Tupua Gesetz.

¹²⁹⁰ *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (88); *Tănăsescu*, International Journal of Environmental Studies 2013/6, 846 (857); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (270).

¹²⁹¹ Vgl. *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (223 insb. Fn. 92 mit Verweis auf Art. 19, 48, 58, 60 und 61 Te Awa Tupua Gesetz); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (50); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (271); *Talbot-Jones/Bennett*, Australasian Journal of Environmental Management 2022/1, 64 (74); *O'Donnell/Talbot-Jones*, Ecology and Society 2018/1, 7 (7) mit Verweis auf *Naffine*, Modern Law Review 2003/3, 346.

¹²⁹² *Hutchison*, Alternative Law Journal 2014/3, 179 (182); mit konkreten Vorschlägen *Brierley/Tadaki/Hikuroa/Blue/Sunde/Tunncliffe/Salmond*, A geomorphic perspective on the rights of the river in Aotearoa New Zealand, River Research and Applications 2019/10, 1640 (1643 ff.).

¹²⁹³ *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (50).

normierten Pflichten mit „flussspezifischem“ Inhalt abgeleitet werden können, erscheint die Bezeichnung „flussspezifische Rechte“ m. E. aber nicht gänzlich verfehlt. In der Literatur wurde außerdem vorgeschlagen, den von Naturwissenschaftler:innen erarbeitete Vorschlag für „flussspezifische Rechte“ zur Konkretisierung der gewährten Rechte heranzuziehen.¹²⁹⁴ Die Eigentumsrechte von „Te Awa Tupua“ wurden im Vergleich zu jenen von „Te Urewera“ wesentlich bescheidener ausgestaltet.¹²⁹⁵ So erhielt „Te Awa Tupua“ zwar Eigentum an Teilen ihres Flussbetts, die zuvor im Eigentum der Krone standen, dieses umfasst jedoch nicht das Recht auf das darin fließende Wasser,¹²⁹⁶ und es wurde auch nicht mit einem Recht auf Selbstverwaltung verknüpft.¹²⁹⁷

Zentraler Inhalt des Te Awa Tupua Gesetzes ist die Einrichtung eines umfassenden Co-Managementsystems, das die „intrinsischen Werte“ (*Tupua te Kawa*) von „Te Awa Tupua“ berücksichtigt.¹²⁹⁸ Die „intrinsischen Werte“ geben Aufschluss über den Inhalt der Rechte von „Te Awa Tupua“¹²⁹⁹ und sollen Entscheidungsträger:innen als Orientierung dienen.¹³⁰⁰ Gem. den vier „intrinsischen Werten“ ist „Te Awa Tupua“ eine „spirituelle und physische Einheit“, die sowohl das Leben und die natürlichen Ressourcen innerhalb des Flusses als auch die Gesundheit und das Wohlergehen der Māori-Stämme unterstützt und aufrechterhält. Weiters wurde „Te Awa Tupua“ als „ein unteilbares und lebendes Ganzes von den Bergen bis zum Meer“ beschrieben. Der besonderen Beziehung der Māori-Stämme zu dem Fluss wurde mit dem Satz „*I am the River and the River is me*“ Ausdruck verliehen. Mit dem vierten Wert wurde „Te Awa Tupua“ als eine Einheit beschrieben, die aus verschiedenen

¹²⁹⁴ Tadaki/Clapcott/Holmes/MacNeil/Young, Transforming freshwater politics through metaphors: Struggles over ecosystem health, legal personhood, and invasive species in Aotearoa New Zealand, *People and Nature* 2023/5, 496 (502, 504) bezugnehmend auf Brierley/Tadaki/Hikuroa/Blue/Sunde/Tunncliffe/Salmond, *River Research and Applications* 2019/10, 1640 (1643 ff.).

¹²⁹⁵ Vgl. Collins/Esterling, *Melbourne Journal of International Law* 2019, 197 (203).

¹²⁹⁶ O'Donnell, *Rivers* 178; Macpherson, *Water* 119; Kramm, *Journal of Human Development and Capabilities* 2020/4, 307 (308); O'Donnell/Macpherson, *Australasian Journal of Water Resources* 2021/3, 35 (40).

¹²⁹⁷ Vgl. O'Bryan, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (64); Kauffman/Martin, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (52); Schimmöller, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (577); krit. Strack, *International Journal of Law in the Built Environment* 2017/1, 4 (14).

¹²⁹⁸ S. insb. § 10 lit. b, § 19 Abs. 1 lit. b ii, § 27 Abs. 2, § 30 Abs. 3 lit. b Te Awa Tupua Gesetz; vgl. O'Bryan, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (60); Cribb/Macpherson/Borchgrevink, *The International Journal of Human Rights* 2024/16 Feb, 1 (2).

¹²⁹⁹ Macpherson, *Water* 117; i. w. S. Iorns Magallanes, *Ancestor*, Rz. 43.

¹³⁰⁰ Finlayson, *Agreement*; O'Bryan, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (63); Macpherson, *Water* 118.

Elementen und Gemeinschaften besteht, die für die Gesundheit sowie das Wohlergehen von „Te Awa Tupua“ zusammenwirken.¹³⁰¹

Eine zentrale Verpflichtung, die aus dem Gesetz hervorgeht, ist die Erarbeitung einer Flussstrategie (*Te Heke Ngahuru*), welche die Gesundheit und das Wohlergehen von „Te Awa Tupua“ fördert.¹³⁰² Die Umsetzung der intrinsischen Werte ist dem Gesetzeswortlaut zufolge nicht erforderlich. Allerdings ist die Flussstrategie von einer Strategiegruppe zu erstellen, die ihrerseits „unter besonderer Berücksichtigung“ der „intrinsischen Werte“ zu handeln hat.¹³⁰³ In der Flussstrategie sind „die relevanten Themen für die Gesundheit und das Wohlergehen von Te Awa Tupua“ zu identifizieren und Handlungen zu empfehlen, wie es möglich ist, sich damit zu befassen.¹³⁰⁴ Da sich all diese Pflichten auf „Te Awa Tupua“ beziehen, kann angenommen werden, dass diese Pflichten gegenüber dem gesamten Flusseinzugsgebiet bestehen, auch wenn Teile davon nicht im Eigentum von „Te Awa Tupua“ stehen,¹³⁰⁵ sodass das Flusseinzugsgebiet auch als örtlicher Schutzbereich betrachtet werden könnte.

Ein Entwurf der Flussstrategie wurde im September 2023 veröffentlicht.¹³⁰⁶ Dem Strategieerstellungsprozess wurde gem. Cribb et al. bewusst viel Zeit und Raum gegeben, um ein gemeinsames Verständnis für die Herausforderungen zu entwickeln.¹³⁰⁷ Der Entwurf enthält kaum konkrete Maßnahmen, stattdessen wurde die Notwendigkeit eines Umdenkens betont, damit die Beziehung zum Fluss in Zukunft erkannt wird und dessen „intrinsischen Werte“ aufrechterhalten werden. Hervorgehoben wurden insb. die Bedeutung eines tieferen Verständnisses für die kollektive Verantwortung gegenüber dem Fluss sowie der Vorrang des „Gebens“ vor dem „Nehmen“. Die Landwirtschaft soll bspw. nicht mehr als vom Fluss und seinem Ökosystem getrennt betrachtet werden, sondern zu dessen Schutz und Wiederherstellung beitragen. Überdies sollen die staatlichen Stellen den Fluss nicht mehr fragmentiert, sondern als Ganzes betrachten. Ziel ist es, die entlang des Flusses

¹³⁰¹ § 13 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Collins*, Constitution 71; *Zartner*, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (16 f.); *Cribb/Macpherson/Borchgrevink*, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (3, 6 f.); vgl. weiters *Bader-Plabst*, Natur 63 f.

¹³⁰² § 35 ff. Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Finlayson*, Agreement; *Rodgers* Environmental Law Review 2017/4, 266 (271); *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (65); *Iorns Magallanes*, Ancestor, Rz. 24.

¹³⁰³ §§ 30 Abs. 3 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (56).

¹³⁰⁴ § 36 Abs. 1 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Finlayson*, Agreement.

¹³⁰⁵ Vgl. i. w. S. *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (87).

¹³⁰⁶ Das öffentliche Konsultationsverfahren lief bis 1. 12. 2023, die endgültige Version war zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit noch nicht verfügbar, www.tekopuka.co.nz; www.rnz.co.nz/news/national/498102/this-is-a-reform-te-awa-tupua-strategy-unveiled-for-the-whanganui-river (Stand 2. 7. 2024); vgl. *Cribb/Macpherson/Borchgrevink*, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (14).

¹³⁰⁷ *Cribb/Macpherson/Borchgrevink*, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (13).

lebenden Gemeinschaften zu stärken (*empower*), damit sie sich an Entscheidungsprozessen beteiligen können und eine effektive Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaften und den staatlichen Einrichtungen stattfinden kann. Außerdem sollen die lokalen und zentralen staatlichen Stellen ihre operativen Herangehensweisen verbessern, um ihre Pflichten im Einklang mit den Werten von „Te Awa Tupua“ zu erfüllen. Dafür haben sie auch finanzielle Mittel bereitzustellen, Aktionspläne auszuarbeiten sowie das fortlaufende Engagement und die Anregungen der Gemeinschaft aktiv zu suchen und zu fördern.¹³⁰⁸

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen stellt sich die Frage, inwieweit die zahlreichen Verweise auf die „Gesundheit und das Wohlergehen“ von „Te Awa Tupua“ im Te Awa Tupua Gesetz Aufschluss über die Rechte und den Schutzbereich von „Te Awa Tupua“ geben können. Denn auch die Vertretungsbefugten haben die „intrinsischen Werte“ zu „wahren“ sowie die „Gesundheit und das Wohlergehen“ zu „fördern“.¹³⁰⁹ Außerdem soll der mit über 30 Millionen Neuseeland-Dollar (NZD) dotierte Te Awa Tupua Fonds (*Te Korotete*) ausschließlich dem Ziel dienen, die „Gesundheit und das Wohlergehen zu unterstützen“.¹³¹⁰ Im Lichte der dargestellten Literatur könnte „Te Awa Tupua“ folglich das Recht zukommen, dass ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen in der Flussstrategie, von ihre Vertreter:innen und bei vom Fonds finanzierten Tätigkeiten nicht missachtet werden. Gem. Iorns Magallanes ist „die Gesundheit und das Wohlergehen“ daher ein „Schlüsselinteresse des Flusses“.¹³¹¹ Wie Gordon in einem neuseeländischen Umweltrechtshandbuch ausführt, besteht deshalb die Pflicht, den Fluss so zu verwalten, dass seine „ökologische Gesundheit“ (*environmental health*) und seine „physischen, kulturellen und spirituellen Attribute“ wiederhergestellt werden.¹³¹² Für diese Annahme sprechen ebenfalls die Ausführungen von Cribb et al., wonach bei der Revitalisierung des Whanganui-Hafens sichergestellt wurde, dass die „intrinsischen Werte“ von „Te Awa

¹³⁰⁸ Vgl. Te Heke Ngahuru ki Te Awa Tupua – Te Awa Tupua Strategy (Whanganui Flussstrategie Entwurf 2023), www.tekopuka.co.nz/_files/ugd/0523ac_ff32b5345af448cea2c27a5261164c40.pdf (Stand 2.7.2024); vgl. tw. Cribb/Macpherson/Borchgrevink, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (14).

¹³⁰⁹ § 19 Abs. 1 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. Boyd, Nature 141; Kramm, Journal of Human Development and Capabilities 2020/4, 307 (307); Argyrou/Hummels, Legal personality and economic livelihood of the Whanganui River: a call for community entrepreneurship, Water International 2019/6-7, 752 (761); Talbot-Jones/Bennett, Ecological Economics 2019/10, 1 (3); Schimmöller, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (576).

¹³¹⁰ § 57 Abs. 3 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. Macpherson, Water 117; Iorns Magallanes, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (223); Darpö, Nature 18; Bader-Plabst, Natur 70.

¹³¹¹ Iorns Magallanes, Ancestor, Rz. 24; ähnl. Iorns Magallanes, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (223); ähnl. Cribb/Macpherson/Borchgrevink, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (3, 10f.).

¹³¹² Gordon, in: Salmon/Grinlinton 338 (410).

Tupua“ eingehalten werden und das Projekt die Gesundheit und das Wohlergehen des Flusses fördert.¹³¹³

Darüber hinaus hat „Te Awa Tupua“ alle „Pflichten und Verbindlichkeiten einer Rechtsperson“,¹³¹⁴ sodass z. B. ihr Einkommen den Steuergesetzen unterliegt.¹³¹⁵ Gem. Te Awa Tupua Gesetz ist die Vertretungsstelle für die Verbindlichkeiten verantwortlich.¹³¹⁶ Die Krone kann um finanzielle Unterstützung gebeten werden.¹³¹⁷ In der Literatur wurden deshalb Überlegungen geäußert, wonach z. B. nach Überflutungen Schadenersatzklagen gegen sie gerichtet werden könnten.¹³¹⁸ Anderen Stimmen in der Literatur zufolge ist es hingegen fraglich, ob die Gerichte entgegen der bisherigen Rechtsprechung bei natürlich vorkommenden Ereignissen eine Schadenersatzpflicht aus den Pflichten von Grundeigentümer:innen ableiten.¹³¹⁹

5. Eingriffe

a) Te Urewera

Im Te Urewera Gesetz wurde festgelegt, welche Tätigkeiten in „Te Urewera“ grundsätzlich erlaubt sein können. Diese wurden unterschieden in Tätigkeiten, die nicht genehmigungspflichtig sind, sowie in Tätigkeiten, die einer Genehmigung oder einer Konzession bedürfen.¹³²⁰ Nicht genehmigungspflichtig sind Tätigkeiten, die mit dem Gebietsmanagement in Zusammenhang stehen, sowie nicht auf Gewinn gerichtete Kultur-, Freizeit- oder Bildungsaktivitäten, Tätigkeiten zum Schutz des Menschen, des Eigentums oder der Umwelt, und nach dem Rohstoffgesetz genehmigte Bergbautätigkeiten.¹³²¹ In Bezug auf das Rohstoffgesetz wurde festgelegt, dass „Te Urewera“ genauso wie Nationalparks und andere Schutzgebiete zu behandeln ist, sodass Bergbaugenehmigungen lediglich in Ausnahmefällen erteilt werden dürfen.¹³²² Zu den Ausnahmen zählen bspw. Aktivitäten, die weniger als 16 Quadrat-

¹³¹³ Cribb/Macpherson/Borchgrevink, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (10 ff.).

¹³¹⁴ § 14 Abs. 1 Te Awa Tupua Gesetz.

¹³¹⁵ § 25 ff., beachte jedoch auch Anhang 5 § 3 Te Awa Tupua Gesetz.

¹³¹⁶ § 21 Abs. 2 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 150 f.

¹³¹⁷ Anhang 5 § 3 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. O'Bryan, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (66).

¹³¹⁸ Rodgers, Environmental Law Review 2017/4, 266 (274).

¹³¹⁹ O'Bryan, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (66); Buocz/Eisenberger, Oxford Journal of Legal Studies 2023/1, 32 (47 f.).

¹³²⁰ § 55 Te Urewera Gesetz; vgl. Ruru, Maori Law Review 2014/10; Bader-Plabst, Natur 54.

¹³²¹ § 56 Te Urewera Gesetz.

¹³²² § 64 Te Urewera Gesetz; vgl. Sanders, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (225); im Ergebnis auch Bader-Plabst, Natur 54.

meter umfassen oder keine dauerhafte negative Beeinträchtigung nach sich ziehen.¹³²³ Entscheidungsbefugt sind nicht die nach dem Rohstoffgesetz zuständigen Minister:innen sondern die Vertreter:innen von „Te Urewera“.¹³²⁴ Die in der Literatur vertretene Auffassung, wonach die Krone ohne Zustimmung des Komitees Genehmigungen für den Rohstoffabbau erteilen darf,¹³²⁵ ist m.E. daher nicht zutreffend.¹³²⁶

Genehmigungspflichtig sind dem Gesetz zufolge insb. die Entnahme oder Zerstörung einer Pflanze; das Stören, Fangen oder Töten eines Tieres (ausgenommen Fische für Sportangler); der Besitz von toten Wildtieren für kulturelle oder andere Zwecke; der Zugang zu besonders geschützten Gebieten; der Straßenbau; die Errichtung von Unterkünften; die Landwirtschaft; die Hobbyjagd sowie sonstige Tätigkeiten, die einen Verstoß gegen das Gesetz darstellen können.¹³²⁷ Eine Genehmigung für diese Tätigkeiten darf nur dann erteilt werden, wenn sie nicht gegen das Te Urewera Gesetz verstößt und die in Anhang 3 festgelegten Kriterien eingehalten werden.¹³²⁸ Anhang 3 enthält für jede dieser Tätigkeiten Genehmigungskriterien; oft wird z. B. verlangt, dass die Tätigkeit im Managementplan vorgesehen sein muss und negative Auswirkungen zu vermeiden sind.¹³²⁹ Weniger strenge Kriterien gelten für die Betreibung der Landwirtschaft.¹³³⁰ Mit dem Managementplan Te Kawa wurden noch weitere Kriterien hinzugefügt. Demnach ist die Erreichung der Ziele des Gesetzes und des Managementplans zu beachten, die Befürwortung durch die Tūhoe, der kollektive Nutzen sowie die Verfügbarkeit von Wiederherstellungsmöglichkeiten. Überdies ist das Maß an Vertrauen in die bekannten direkten und indirekten Auswirkungen der Tätigkeit zu beachten.¹³³¹

Gewinnorientierte Tätigkeiten bedürfen gem. Te Urewera Gesetz einer Konzession, die nur erteilt werden darf, wenn die Tätigkeit mit dem Managementplan in Einklang steht.¹³³² Das Konzessionssystem ist gem. Te Kawa durch Freundschaftsabkommen zu ersetzen, die nur geschlossen werden, wenn die Erreichung der Ziele des Gesetzes und des Managementplans beachtet, die Auswirkungen dargelegt und angemessene Methoden zur Vermeidung oder Verminderung der negativen Auswirkungen vorgesehen werden. Zudem sind die Vorteile und Risiken zwischen den Parteien aufzuteilen und der Vertragspartei aktive Verpflichtungen aufzulegen, die

¹³²³ § 61 Abs. 1A Rohstoffgesetz.

¹³²⁴ § 64 Te Urewera Gesetz; vgl. *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (225).

¹³²⁵ S. z. B. *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 48 im Gegensatz zu 52; *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (192); *Ruru*, *Maori Law Review* 2014/10.

¹³²⁶ Vgl. *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (225).

¹³²⁷ § 58 Te Urewera Gesetz; vgl. *Iorns Magallanes*, *Widener Law Review* 2015/2, 273 (323); *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (192).

¹³²⁸ § 57 Te Urewera Gesetz.

¹³²⁹ Anhang 3 §§ 2-5 Te Urewera Gesetz.

¹³³⁰ Anhang 3 § 4 Te Urewera Gesetz.

¹³³¹ Te Urewera Managementplan 51.

¹³³² § 62 Te Urewera Gesetz.

zum Verlust ihrer Konzession führen können, wenn sie nicht eingehalten werden.¹³³³ Der Plan sieht außerdem das Monitoring einzelner Tätigkeiten vor, um ihre tatsächlichen Auswirkungen zu beobachten.¹³³⁴

Ein grundsätzliches Verbot bestimmter Tätigkeiten enthält das Gesetz mit Ausnahme eines Landverbotes für Flugzeuge nicht.¹³³⁵ Dies ist gem. Iorns Magallanes und Boyd bemerkenswert, da unter dem Nationalparkgesetz viele Tätigkeiten, wie die Entnahme von Pflanzen oder das Töten von Tieren, verboten waren.¹³³⁶ Bei näherer Betrachtung ermöglichte aber auch das Nationalparkgesetz die Entnahme von Pflanzen und Tieren, wenn es mit dem Managementplan des Nationalparks vereinbar war.¹³³⁷ Die Zurückhaltung gegenüber absoluten Verboten spiegelt den Autor:innen zufolge indigene Sichtweisen wider, wonach die Natur gleichzeitig geschützt und genutzt werden kann.¹³³⁸ Wie der Leiter eines operativen Teams berichtet, fragen die Tühoe in der Praxis zunächst, ob eine Tätigkeit zugunsten von „Te Urewera“ oder zugunsten der Menschen vorgenommen werden soll. Tätigkeiten zugunsten von „Te Urewera“ werden grundsätzlich durchgeführt, Tätigkeiten zugunsten der Menschen nur, wenn die Auswirkungen auf „Te Urewera“ begrenzt sind und das Gleichgewicht des Ökosystems nicht gestört wird.¹³³⁹ Jenes könnte demnach bei der Erteilung von Genehmigungen oder Konzessionen ein Entscheidungskriterium oder sogar eine Eingriffsschranke darstellen.

b) Te Awa Tupua

Das Te Awa Tupua Gesetz enthält keine Hinweise darauf, dass bestimmte Eingriffe unzulässig sind. Es enthält keine Tätigkeitsverbote und keine Genehmigungsvorbehalte. Stattdessen wurde lediglich festgehalten, dass die Zustimmung der Vertreter:innen in Bezug auf die Nutzung des Flussbetts, nicht jedoch in Bezug auf Wassernutzungen erforderlich sein kann.¹³⁴⁰ Ein Zustimmungserfordernis für Wassernutzungen kann allenfalls in sog. *relationship documents* zwischen den Vertre-

¹³³³ Te Urewera Managementplan 53; vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 158 f.

¹³³⁴ Te Urewera Managementplan 54.

¹³³⁵ Zum Landverbot s. Anhang 3 § 29 Te Urewera Gesetz.

¹³³⁶ *Iorns Magallanes*, Widener Law Review 2015/2, 273 (323); *Boyd*, Nature 154; *Strack/Goodwin*, Waikato Law Review 2017/4, 41 (54); *Darpö*, Nature 19.

¹³³⁷ § 5 Abs. 3 Nationalparkgesetz.

¹³³⁸ *Iorns Magallanes*, Widener Law Review 2015/2, 273 (323, 325); *Boyd*, Nature 154; *Strack/Goodwin*, Waikato Law Review 2017/4, 41 (54); *Darpö*, Nature 19.

¹³³⁹ Interview mit dem Leiter eines operative Teams für den Waikaremoana See, durchgeführt am 30.5.2019 von *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (591 f.); vgl. weiters *Kauffman/Martin*, Politics 155.

¹³⁴⁰ § 46 Abs. 3 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (226); *Macpherson*, Water 118; *Zartner*, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (21 ff.); *O'Donnell/Macpherson*, Australasian Journal of Water Resources 2021/3, 35 (37).

tungsbefugten und den zuständigen Behörden vereinbart werden.¹³⁴¹ Nach dem Te Awa Tupua Gesetz besteht nur die Möglichkeit, dass die zuständige Behörde die Vertreter:innen zur „betroffenen Person“ erklärt, wodurch sie Beteiligungsrechte nach dem Ressourcenmanagementgesetz erhalten.¹³⁴² „Te Awa Tupua“ genießt in einem solchen Fall ein hohes Maß an Schutz, da die Behörde Auswirkungen auf den Fluss selbst dann zu berücksichtigen hat, wenn die Vertreter:innen der Genehmigung zustimmen würden.¹³⁴³ Darüber hinaus wurde auf die bestehende Gesetzeslage verwiesen und bestimmt, dass der neue für „Te Awa Tupua“ vorgesehene Rechtsrahmen „ein relevanter Faktor“ bei der Ausübung aller gesetzlichen Aufgaben, Befugnisse und Pflichten in Bezug auf den Whanganui Fluss oder Tätigkeiten im Flusseinzugsgebiet mit Auswirkungen auf den Fluss ist.¹³⁴⁴ Der Rechtsrahmen für „Te Awa Tupua“ ist deshalb auch bei behördlichen Entscheidungen zu berücksichtigen, die öffentliche oder private Rechte oder Interessen am Fluss betreffen.¹³⁴⁵

Überdies wurde festgelegt, in welchem Ausmaß die jeweiligen Entscheidungsträger:innen den Status von „Te Awa Tupua“ als „Rechtsperson“, dessen „intrinsische Werte“ und die Flusstrategie zu berücksichtigen haben. Die Vertreter:innen von „Te Awa Tupua“ sind demnach am stärksten den „Interessen“ von „Te Awa Tupua“ verpflichtet.¹³⁴⁶ Personen, die Aufgaben im Anwendungsbereich von Umweltschutzgesetzen ausüben oder regionale Pläne oder Programme nach dem Ressourcenmanagementgesetz erstellen, haben dessen Status und Werte „anzuerkennen und zu ermöglichen“.¹³⁴⁷ Diese Formulierung beinhaltet der Rechtsprechung zufolge kein materielles Recht, jedoch eine „starke Anweisung“.¹³⁴⁸ Entscheidungsträger:innen nach sonstigen Bestimmungen des Ressourcenmanagementgesetzes, nach dem Gesetz über öffentliche Bauvorhaben oder dem Gesetz über das historische und kulturelle Erbe Neuseelands müssen dessen Status und Werte hingegen „besonders

¹³⁴¹ §§ 19 Abs. 1 lit. h Whanganui Vergleichsurkunde – Teil 1; vgl. *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (55, 59).

¹³⁴² § 46 Abs. 3a Te Awa Tupua Gesetz; §§ 95E; 96 Abs. 3 Ressourcenmanagementgesetz; vgl. *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (57, 64); *Talbot-Jones/Bennett*, Ecological Economics 2019/10, 1 (3); *Macpherson*, Water 118; *Collins/Esterling*, Melbourne Journal of International Law 2019, 197 (202 f.); *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (226); *O'Donnell*, Rivers 178; *Salmond*, HAU: Journal of Ethnographic Theory 2014/3, 285 (287); *Bader-Plabst*, Natur 71.

¹³⁴³ § 63 Abs. 2 Te Awa Tupua Gesetz; *Macpherson*, Water 118.

¹³⁴⁴ §§ 10, 11 Abs. 1 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (60).

¹³⁴⁵ Vgl. in anderem Kontext *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (87).

¹³⁴⁶ § 19 Abs. 2a Te Awa Tupua Gesetz.

¹³⁴⁷ § 15 Abs. 2 i. V.m. Anhang 2 § 1 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (269); *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (55); ähnl. *Bader-Plabst*, Natur 72.

¹³⁴⁸ *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (60).

berücksichtigen“.¹³⁴⁹ Dabei handelt es sich um ein stärkeres Berücksichtigungsgebot als das Ressourcenmanagementgesetz in anderen Fällen vorsieht, in denen Direktiven wie z.B. regionale Pläne oder Programme bei Entscheidungen zu „berücksichtigen“ sind.¹³⁵⁰ Die jeweiligen Gebote bestehen stets dann, wenn sich die Aufgaben, Befugnissen oder Pflichten der Entscheidungsträger:innen auf den Whanganui-Fluss oder eine Tätigkeit innerhalb des Flusseinzugsgebietes mit Auswirkungen auf den Fluss beziehen und insoweit, als sich der Status oder die Werte von „Te Awa Tupua“ auf diese Aufgaben, Befugnisse oder Pflichten beziehen.¹³⁵¹

Auch in Bezug auf die Flussstrategie wurde festgelegt, dass sie von den Entscheidungsträger:innen nach dem Ressourcenmanagementgesetz und anderen Umweltschutzgesetzen „besonders zu berücksichtigen“ ist.¹³⁵² Diese sind befugt, jedoch nicht verpflichtet, die Strategie ganz oder teilweise umzusetzen¹³⁵³ oder regionale Pläne oder Programme nach dem Ressourcenmanagementgesetz zu überarbeiten.¹³⁵⁴ In letzterem Fall ist von einer „starken Anweisung“ auszugehen, die Pläne und Programme an die Strategie anzupassen.¹³⁵⁵ Die am wenigsten an den Rechtsrahmen gebundenen Entscheidungsträger:innen sind jene im Anwendungsbereich von nicht erwähnten Gesetzen, wozu bspw. das Rohstoffgesetz zählt. Diesbezüglich ist davon auszugehen, dass der Rechtsrahmen von „Te Awa Tupua“ lediglich „ein relevanter Faktor“ ist.¹³⁵⁶

Das Te Awa Tupua Gesetz enthält somit starke Anweisungen, besondere Berücksichtigungsgebote, oder „relevante Faktoren“, die Entscheidungsträger:innen dazu veranlassen könnten, Eingriffe in die RdN für unzulässig zu erklären. Folglich haben die Entscheidungsträger:innen einen großen Ermessensspielraum, der vor allem in eine Richtung begrenzt ist: Bestehende Rechte oder Interessen am Fluss oder sonstige Verfügungen dürfen, sofern das Gesetz nichts anderes bestimmt, durch das Te Awa Tupua Gesetz nicht aufgehoben, beschränkt oder beeinträchtigt wer-

¹³⁴⁹ § 15 Abs. 3 i. V.m. Anhang 2 § 2 Te Awa Tupua Gesetz; *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (269 f.); *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (55); vgl. *Bader-Plabst*, Natur 71, vermutlich bezugnehmend auf § 15 Abs. 3 statt 2.

¹³⁵⁰ Vgl. z.B. §§ 104, 367 Ressourcenmanagementgesetz; vgl. *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (56); i. d. S. auch *Bader-Plabst*, Natur 71.

¹³⁵¹ § 15 Abs. 1 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Ireland*, Legal personhood of the Whanganui Awa: To what extent has the Te Awa Tupua Act 2017 influenced decision-making for activities that affect the Whanganui River?, researcharchive.lincoln.ac.nz/bitstream/handle/10182/14647/Ireland_Masters.pdf?sequence=4&isAllowed=y (Stand 2. 7. 2024) 28 f.

¹³⁵² § 37 i. V.m. Anhang 2 § 1 Te Awa Tupua Gesetz; *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (56, 60 f.); ähnl. *Bader-Plabst*, Natur 69.

¹³⁵³ § 37 Abs. 5 Te Awa Tupua Gesetz.

¹³⁵⁴ § 38 Abs. 1 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (56); *Bader-Plabst*, Natur 69.

¹³⁵⁵ § 38 Abs. 1b i. V.m. § 15 Abs. 2 i. V.m. Anhang 2 § 1 Te Awa Tupua Gesetz.

¹³⁵⁶ B. Fn. 1344.

den.¹³⁵⁷ Deshalb ist davon auszugehen, dass allfällige Konflikte zulasten von „Te Awa Tupua“ zu entscheiden sind.¹³⁵⁸ Einen verfahrensrechtlichen Vorteil sieht O'Bryan hingegen darin, dass viele Entscheidungsträger:innen den Rechtsrahmen von „Te Awa Tupua“ zu berücksichtigen haben, sodass dessen Berücksichtigung nicht von einzelnen Ermessensentscheidungen abhängt.¹³⁵⁹ Dass sich außerdem auch das Bewusstsein gegenüber Eingriffen verändern könnte, deuten die Ausführungen von Cribb et al. an, wonach bei der Revitalisierung des Whanganui-Hafens die Logik des Ressourcenmanagementgesetzes auf den Kopf gestellt wurde, indem nicht mehr versucht wurde, die „nachteiligen Umweltauswirkungen“ des Projekts zu verringern, sondern der Fokus darauf gelegt wurde, wie das Projekt die Gesundheit und das Wohlergehen des Flusses fördern kann.¹³⁶⁰

6. Vertretung

a) Te Urewera

aa) Te Urewera Komitee

Die „Rechte, Befugnisse und Pflichten“ von „Te Urewera“ sind vom „Te Urewera Komitee“ (*Te Urewera Board*) auszuüben.¹³⁶¹ Das Komitee hat „im Interesse und im Namen von Te Urewera zu handeln“ und das Gebiet im Einklang mit dem Gesetz zu verwalten.¹³⁶² Eine zentrale Aufgabe des Komitees ist es, den Managementplan auszuarbeiten und dessen Umsetzung anzuleiten und zu überwachen.¹³⁶³ Im Unterschied zu Managementplänen von Nationalparks kann das Komitee den Plan

¹³⁵⁷ § 16 Te Awa Tupua Gesetz, vgl. *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (52); *Talbot-Jones/Bennett*, Ecological Economics 2019/10, 1 (3); *O'Donnell/Macpherson*, Australasian Journal of Water Resources 2021/3, 35 (37).

¹³⁵⁸ Krit. *Jones*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/0, 76 (93), wonach die Rechtsquellen sorgfältig so ausgestaltet wurden, dass der neoliberale Rechtsrahmen beibehalten wird; s. weiters *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (52).

¹³⁵⁹ *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (60); *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (269).

¹³⁶⁰ *Cribb/Macpherson/Borchgrevink*, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (10 ff.).

¹³⁶¹ § 11 Abs. 2a (i) Te Urewera Gesetz; vgl. *Darpö*, Nature 19.

¹³⁶² § 17 Te Urewera Gesetz; vgl. *Ruru*, in: *Atapattu/Gonzalez/Seck* 183 (191); *Ruru*, Maori Law Review 2014/10; *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (584); *Kauffman/Martin*, Politics 147; *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (48 f.); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 48.

¹³⁶³ § 18 Abs. 1 Te Urewera Gesetz; vgl. *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (585); *Kauffman/Martin*, Politics 147; *Arif*, New Zealand's Te Urewera Acts 2014, www.austlii.edu.au/au/journals/NativeTitleNlr/2015/8.html (Stand 2. 7. 2024) 15; *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (224); *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (272); *Bader-Plabst*, Natur 57.

selbst beschließen. Dafür ist die Zustimmung der Naturschutzbehörde nicht erforderlich.¹³⁶⁴ Das Komitee ist weiters zuständig für die Erteilung der nach dem Gesetz erforderlichen Genehmigungen und Konzessionen. Zudem kann es lokale Rechtsvorschriften (*bylaws*) erlassen,¹³⁶⁵ Gebietserweiterungen oder -abtretungen vorschlagen und besonders geschützte Gebiete, Wildnis- oder Freizeitgebiete ausweisen. Außerdem ist es befugt, die Interessen von „Te Urewera“ in Gesetzgebungsprozessen und öffentlichen Foren zu vertreten, Berichte oder Empfehlungen auszuarbeiten und sich mit anderen Einrichtungen oder Behörden auszutauschen.¹³⁶⁶ Bei der Ausübung seiner Befugnisse hat sich das Komitee an das Te Urewera Gesetz, den Managementplan und sonstige gesetzliche Vorgaben zu halten.¹³⁶⁷ Weiter sind die Beziehung, Kultur und Traditionen der Tühoe zu „Te Urewera“ zu berücksichtigen und dafür „angemessen Vorsorge“ zu treffen.¹³⁶⁸

Das Komitee bestand in den ersten drei Jahren aus acht Mitgliedern, wovon vier von den Tühoe und vier von den zuständigen Minister:innen zu nominieren waren. Seither umfasst es neun Mitglieder. Sechs davon, darunter auch der oder die Vorsitzende des Komitees,¹³⁶⁹ sind von den Tühoe zu nominieren.¹³⁷⁰ Die Funktionsperiode der Mitglieder beträgt drei Jahre.¹³⁷¹ Hinsichtlich der Ernennung und Aberufung der Mitglieder und der Arbeitsweise des Komitees enthält das Gesetz detaillierte Vorgaben.¹³⁷² Weiters wurde festgelegt, dass die Mitglieder für Handlungen oder Unterlassungen, die sie in gutem Glauben in ihrer Funktion ausüben, nicht persönlich haften.¹³⁷³ Manche Entscheidungen – wie die Annahme und Änderung des Managementplans, die Festlegung von jährlichen Prioritäten oder die

¹³⁶⁴ *Ruru*, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (191); *Ruru*, Maori Law Review 2014/10; Sanders, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (224).

¹³⁶⁵ Zum Instrument s. *Mulgan*, Politics³ 196; abw. *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 48.

¹³⁶⁶ § 18 Abs. 1 Te Urewera Gesetz; vgl. *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (83); *Darpö*, Nature 19; tw. *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 48.

¹³⁶⁷ § 19 Abs. 2 Te Urewera Gesetz.

¹³⁶⁸ § 20 Te Urewera Gesetz; vgl. *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (83); *Kauffman/Martin*, Politics 148; *Bader-Plabst*, Natur 55 f.

¹³⁶⁹ § 24 Abs. 1 Te Urewera Gesetz.

¹³⁷⁰ § 21 Abs. 1 und 2 Te Urewera Gesetz; vgl. *Barrett/Watene*, Accounting, Auditing & Accountability Journal 2020/7, 1705 (1716); *Ruru*, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (191); *Ruru*, Maori Law Review 2014/10; *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (83); *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (584); *Collins*, Constitution 72; *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (49); *Darpö*, Nature 19; *Bader-Plabst*, Natur 56; tw. abw. *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 48.

¹³⁷¹ § 27 Te Urewera Gesetz.

¹³⁷² §§ 21 ff. Te Urewera Gesetz; vgl. *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (445); *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 48.

¹³⁷³ § 30 Te Urewera Gesetz; vgl. *Kahui/Armstrong/Aanesen*, Ecological Economics 2024/7, 1 (7).

Annahme des jährlichen Arbeitsplans – sind einstimmig zu treffen.¹³⁷⁴ Außerdem wurde vorgesehen, dass das Komitee dem Informationsgesetz, dem Ombudsmann-gesetz sowie dem Gesetz über die öffentliche Finanzkontrolle unterliegt.¹³⁷⁵

bb) Operatives Management

Das operative Management ist gem. Te Urewera Gesetz vom Generaldirektor der Naturschutzbehörde und dem oder der Vorsitzenden der Tühoe-Behörde (*Te Uru Taumatua*) in Einklang mit dem Te Urewera Gesetz, dem Managementplan, der Prioritätensetzung und dem jährlichen Arbeitsplan durchzuführen.¹³⁷⁶ Der jährliche Arbeitsplan ist von ihnen gemeinsam auszuarbeiten und vom Komitee einstimmig anzunehmen.¹³⁷⁷ Außerdem haben sich das operative Management und das Komitee gemeinsam ein jährliches Budget zu geben, das – sofern nicht anders vereinbart – von beiden Generaldirektor:innen zu gleichen Teilen beizusteuern ist.¹³⁷⁸ Nach fünf Jahren ist das Management von „Te Urewera“ einer unabhängigen Revision zu unterziehen. Dabei haben eine:r oder mehrere unabhängige:r Prüfer:innen die Erreichung der Ziele des Gesetzes, die Arbeitsweise des Komitees und die Finanzierung zu überprüfen sowie Empfehlungen auszusprechen.¹³⁷⁹ Der Prüfbericht ist zu veröffentlichen und dem Parlament zur Kenntnis zu bringen.¹³⁸⁰

cc) Dreistufiges Vertretungsmodell in der Praxis

Das neuseeländische Vertretungsmodell wird in der Literatur gelegentlich mit dem Vorschlag von Stone, einen „Vormund“ (*guardian*) für die Natur vorzusehen,¹³⁸¹ verglichen.¹³⁸² Das Wort *guardian* wurde in den Gesetzen allerdings vermieden.¹³⁸³ Der Literatur zufolge sollte die Natur nicht mit Kindern oder Unmündigen gleich-

¹³⁷⁴ § 33 Te Urewera Gesetz; vgl. *Ruru*, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (191); *Ruru*, *Maori Law Review* 2014/10; *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (49).

¹³⁷⁵ § 42 Te Urewera Gesetz.

¹³⁷⁶ § 50 Te Urewera Gesetz; abw. *Wagner/Bergthaler/Krämer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 48. Zur Tühoe-Behörde s. näher *Kauffman/Martin*, *Politics* 150.

¹³⁷⁷ §§ 24, 33, 53; vgl. *Ruru*, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (192).

¹³⁷⁸ § 38; vgl. *Ruru*, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (192).

¹³⁷⁹ § 65 f. Te Urewera Gesetz.

¹³⁸⁰ § 68 Te Urewera Gesetz.

¹³⁸¹ *Stone* verwendet allerdings nicht nur das Wort „*guardian*“, sondern betont, dass „die Terminologie variiert“, *Umwelt* 39 f.

¹³⁸² Vgl. *Kauffman*, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (589); *Macpherson*, *Water* 116; *Hutchison*, *Alternative Law Journal* 2014/3, 179 (179); *Rawson/Mansfield*, *Nature and Space* 2018/1, 99 (110).

¹³⁸³ *Macpherson*, *Water* 116; *Tănăsescu*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (446). S. daher lediglich Abs. 3 Anhang 8 Te Awa Tupua Gesetz (in anderem Zusammenhang).

gesetzt werden.¹³⁸⁴ Stattdessen enthält das Te Urewera Gesetz eine Bestimmung, wonach die Tühoe „kaitiaki von Te Urewera“ sind.¹³⁸⁵ Meist wird das Wort *kaitiaki* mit dem Wort *guardian* übersetzt.¹³⁸⁶ Rechtswissenschaftler:innen, die sich den Māori zugehörig fühlen, verwenden hingegen das Wort *caretaker*.¹³⁸⁷ Aus dem Wort *kaitiaki* leitet sich der Begriff *kaitiakitanga* ab, wonach die Māori die Verantwortung haben, die Natur, die sie bewohnen und von der sie ein Teil sind, „zu hegen und zu pflegen“. ¹³⁸⁸ Dieses Konzept spiegelt sich nach h. M. stark in den neuseeländischen RdN wider, insb. in der Ausgestaltung der vertretungsbefugten Institutionen.¹³⁸⁹ Es ist nicht mit Vormundschaft gleichzusetzen, sondern – wie die Verhandlerin für die Tühoe Kirsti Luke ausführt – darauf gerichtet, ein System zu kreieren, das Te Urewera zuhört und diese Informationen nutzt, um die menschlichen Einflüsse zu verwalten.¹³⁹⁰ Die westliche, an das Konzept der Vormundschaft angelehnte, Perspektive war nach dem Vorsitzenden des „Te Urewera Komitees“ Tamati Kruger hingegen der Grund, weshalb sie erst langsam erkannten, dass nicht das Komitee, sondern lokale Gruppen vor Ort (*bush crews*) die wirklichen Hüter:innen sind. Diese Gruppen werden von älteren Menschen angeführt, die ihr Leben in dem Gebiet verbrachten und ihre traditionellen Gewohnheiten beibehielten. In der Praxis besteht das Vertretungsmodell deshalb aus drei Akteur:innen: Das „Te Urewera Komitee“ spricht für „Te Urewera“ auf einer rechtlichen und philosophischen Basis und ar-

¹³⁸⁴ *Salmond*, HAU: Journal of Ethnographic Theory 2014/3, 285 (299); *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (213).

¹³⁸⁵ § 3 Abs. 6 Te Urewera Gesetz: „they [Tühoe] are tangata whenua and kaitiaki of Te Urewera“. Gem. *Salmond* betrachten die Whanganui-Stämme hingegen den Fluss als *kaitiaki* der Menschen und nicht umgekehrt, s. *Salmond*, HAU: Journal of Ethnographic Theory 2014/3, 285 (299) und i. d. S. wohl auch Abs. 3 Anhang 8 Te Awa Tupua Gesetz. Keine Differenzierung zwischen den Stämmen nimmt hingegen *Tănăsescu* vor, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (446).

¹³⁸⁶ Vgl. z. B. *Macpherson*, Water 129; *Hutchison*, Alternative Law Journal 2014/3, 179 (179); *Jones*, Treaty xv.

¹³⁸⁷ *Tomas*, Māori concepts of rangatiratanga, kaitiakitanga, the environment, and property rights, in: Grinlinton/P. Taylor (Hrsg.) Property rights and sustainability: The evolution of property rights to meet ecological challenges (2011) 219 (226); *Durie*, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 135 (140); s. auch die Übersetzung lt. Māori-Wörterbuch mit „(noun) trustee, minder, guard, custodian, guardian, caregiver, keeper, steward“, maoridictionary.co.nz/se arch?keywords=kaitiaki (Stand 2.7.2024); vgl. weiters *C. Winter*, borderlands 2021/1, 116 (117).

¹³⁸⁸ *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (72); *Iorns Magallanes*, Ancestor, Rz. 11; *Ruru*, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (184); *Collins/Esterling*, Melbourne Journal of International Law 2019, 197 (208); *Gordon*, in: Salmon/Grinlinton 338 (351); vgl. dazu auch ausführl. *Bader-Plabst*, Natur 18 f.

¹³⁸⁹ *Macpherson*, Water 116; *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (589); *Iorns Magallanes*, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (87); *Schimmöller*, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (575); *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (270); *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (54); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (271).

¹³⁹⁰ *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (589); *Kauffman/Martin*, Politics 153.

beitet Grundprinzipien für das Management der Menschen in „Te Urewera“ aus. Die lokalen Gruppen (*bush crews*) sprechen unmittelbar für „Te Urewera“, indem sie im Wald leben, ihn beobachten und an operative Teams berichten. Die operativen Teams sind in vier Tälern stationiert, fügen diese Informationen zusammen und treffen die operativen Entscheidungen.¹³⁹¹

b) *Te Awa Tupua*

aa) *Te Pou Tupua*

Die „Rechte, Befugnisse und Pflichten“ von „Te Awa Tupua“ sind gem. Te Awa Tupua Gesetz von „Te Pou Tupua“, dem „menschlichen Gesicht“ des Flusses auszuüben.¹³⁹² Dabei hat die Vertretungsstelle „im Interesse und im Namen“ von „Te Awa Tupua“ zu handeln und dazu volle Rechtsfähigkeit und alle erforderlichen Befugnisse.¹³⁹³ „Te Pou Tupua“ ist eine „öffentliche Behörde“,¹³⁹⁴ zu deren Aufgaben es zählt, für und im Namen von „Te Awa Tupua“ zu handeln und zu sprechen, ihren Status und ihre „intrinsischen Werte“ zu wahren und ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen zu fördern. Außerdem hat sie für „Te Awa Tupua“ die Aufgaben von Grundeigentümer:innen wahrzunehmen sowie den Te Awa Tupua Fonds (*Te Koro-tete*) zu verwalten. Sie hat mit Behörden Vereinbarungen über das gegenseitige Verhältnis bei Themen von gemeinsamem Interesse zu schließen (*relationship documents*), wozu etwa die Ausübung der Aufgaben der Grundeigentümer:innen, die Erteilung von Genehmigungen und Konzessionen, Naturschutzarbeiten oder die Verwaltung von Rohstoffen im Eigentum der Krone gehören. Und sie kann jede andere Handlung setzen, die vernünftigerweise erforderlich ist, um ihre Ziele und Aufgaben zu erfüllen. Bei der Ausübung ihrer Aufgaben hat sie „im Interesse und in Einklang mit den intrinsischen Werten“ von „Te Awa Tupua“ zu handeln, sich mit

¹³⁹¹ Kauffman, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (589 f.); Kauffman/Martin, *Politics* 154 f.; Collins, *Constitution* 73; vgl. Bader-Plabst, *Natur* 57 f.

¹³⁹² § 14 Abs. 2, § 18 Abs. 2 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. Kramm, *Journal of Human Development and Capabilities* 2020/4, 307 (310); Rodgers, *Environmental Law Review* 2017/4, 266 (270); Salmond, *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 2014/3, 285 (286); O'Donnell, *Rivers* 164 f.; Macpherson, *Water* 116; Ruru, in: Atapattu/Gonzalez/Seck 183 (194); Boyd, *Nature* 141; Sanders, *Journal of Environmental Law* 2018/2, 207 (208); O'Bryan, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (55); Vicente Giménez, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2020/2, 1 (25); Collins, *Constitution* 71; Zartner, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (18); Talbot-Jones/Bennett, *Australasian Journal of Environmental Management* 2022/1, 64 (73); Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 49 f.; Bader-Plabst, *Natur* 65.

¹³⁹³ §§ 14 Abs. 2, 18 Abs. 2 und 3 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. Argyrou/Hummels, *Water International* 2019/6-7, 752 (753, 756); Zartner, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1 (18).

¹³⁹⁴ § 24 Te Awa Tupua Gesetz; O'Bryan, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (57); abw. Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 49.

Māori-Stämmen auszutauschen und kann öffentlich über Angelegenheiten des Flusses berichten. Weiters kann sie Entscheidungsträger:innen bei der Umsetzung des Status und der „intrinsischen Werte“ des Flusses unterstützen und – sofern diese einverstanden sind – relevante Richtlinien oder Programme entwickeln oder prüfen. Außerdem kann sie an Gesetzgebungsprozessen teilnehmen, die den Fluss betreffen, wenn sie nach einem Gesetz dazu berechtigt ist.¹³⁹⁵

„Te Pou Tupua“ besteht aus zwei Personen. Eine davon ist von den Māori-Stämmen mit Interessen am Fluss und eine von der Regierung möglichst im gegenseitigen Einverständnis für jeweils drei Jahre zu nominieren.¹³⁹⁶ Die beiden Vertreter:innen sind Amtsträger:innen.¹³⁹⁷ Für Handlungen oder Unterlassungen in Ausübung ihrer Funktionen sind sie nicht persönlich haftbar, sofern sie in gutem Glauben handeln.¹³⁹⁸ Anders als das Te Urewera Gesetz enthält das Te Awa Tupua Gesetz keine Vorgaben wie „Te Pou Tupua“ Entscheidungen zu treffen hat.¹³⁹⁹ Deswegen ist unklar, inwieweit Einstimmigkeit erforderlich ist. Das Gesetz enthält allerdings keine Hinweise darauf, dass die beiden Mitglieder auch einzeln handeln können. In der Literatur wurden zudem Überlegungen geäußert, wonach die Beschränkung auf zwei Personen zu einer Politisierung der Position führen könnte, etwa

¹³⁹⁵ §§ 19, 57 f. Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Rodgers*, *Environmental Law Review* 2017/4, 266 (270); *Argyrou/Hummels*, *Water International* 2019/6-7, 752 (753, 756, 762); *Iorns Magallanes*, *Global Journal of Comparative Law* 2018/1, 61 (88); *Finlayson*, in: *La Follette/Maser* 259 (273); *O'Donnell*, *Rivers* 165; *Collins/Esterling*, *Melbourne Journal of International Law* 2019, 197 (208); *Salmond*, *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 2014/3, 285 (286); *Talbot-Jones/Bennett*, *Ecological Economics* 2019/10, 1 (3); *Talbot-Jones/Bennett*, *Australasian Journal of Environmental Management* 2022/1, 64 (73); *Daya-Winterbottom*, in: *Salmon/Grinlinton* 704 (751); *Gordon*, in: *Salmon/Grinlinton* 338 (410); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 50; *Bader-Plabst*, *Natur* 67. Zu den Vereinbarungen mit den Behörden s. insb. §§ 3.36 bis 3.42 Whanganui Vergleichsurkunde – Teil 1; vgl. *O'Bryan*, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (55, 59, 61 f.).

¹³⁹⁶ § 20 i. V.m. Anhang 3 § 1 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Finlayson*, *Agreement; Macpherson*, *Water* 116; *Iorns Magallanes*, *Global Journal of Comparative Law* 2018/1, 61 (87); *Collins/Esterling*, *Melbourne Journal of International Law* 2019, 197 (208); *Talbot-Jones/Bennett*, *Ecological Economics* 2019/10, 1 (3); *Kauffman/Martin*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (271); *Kauffman/Martin*, *Politics* 75; *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (576); *Kramm*, *Journal of Human Development and Capabilities* 2020/4, 307 (307 f., 310); *Boyd*, *Nature* 141; *Sanders*, *Journal of Environmental Law* 2018/2, 207 (208); *O'Bryan*, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (55, 65); *Rodgers*, *Environmental Law Review* 2017/4, 266 (270); *Salmond*, *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 2014/3, 285 (286); *Argyrou/Hummels*, *Water International* 2019/6-7, 752 (753); *Vicente Giménez*, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2020/2, 1 (25, 28); *Collins*, *Constitution* 71; *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (49); *Darpö*, *Nature* 18; *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 93; *Talbot-Jones/Bennett*, *Australasian Journal of Environmental Management* 2022/1, 64 (73); *Gordon*, in: *Salmon/Grinlinton* 338 (410); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 49 f.; *Bader-Plabst*, *Natur* 66.

¹³⁹⁷ § 23 Te Awa Tupua Gesetz.

¹³⁹⁸ § 21 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 150; *Kahui/Armstrong/Aanesen*, *Ecological Economics* 2024/7, 1 (7).

¹³⁹⁹ Vgl. *Kramm*, *Journal of Human Development and Capabilities* 2020/4, 307 (308).

wenn die von den Māori nominierte Person nicht alle unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Māori-Stämme repräsentieren kann. Die Gefahr sei allerdings dadurch begrenzt, dass mehrere Beteiligungsmöglichkeiten für die Māori vorgesehen wurden.¹⁴⁰⁰

Anders als das „Te Urewera Komitee“ erhielt „Te Pou Tupua“ nicht die Befugnis, das Gebiet zu verwalten.¹⁴⁰¹ Die Vertretungsstelle kann gem. O’Byrne lediglich indirekt durch ihre Verfügungsbefugnis über den Fonds Einfluss auf die Gebietsverwaltung ausüben.¹⁴⁰² Die Pflicht zur Wahrnehmung der Aufgaben der Grundeigentümer:innen bringt ihm zufolge keine Verwaltungsbefugnis mit sich.¹⁴⁰³ „Te Pou Tupua“ wurden auch weniger Aufgaben als dem „Te Urewera Komitee“ übertragen. So erhielt sie z. B. nicht die Befugnis, an der Erstellung der Flussstrategie mitzuwirken, Genehmigungen oder Konzessionen zu erteilen bzw. zu verhindern, oder lokale Rechtsvorschriften (*bylaws*) zu erlassen.¹⁴⁰⁴ Inwieweit sie bei Entscheidungen, die das Flussbett betreffen, ein Mitspracherecht geltend machen kann, erweist sich aufgrund der unverbindlichen Formulierung (*may be required*) als unklar.¹⁴⁰⁵ Ihr wurde auch nicht ausdrücklich die Befugnis gewährt, Vorschläge für die Ausweisung von Schutzgebieten zu unterbreiten. Zudem darf sie die Interessen von „Te Awa Tupua“ in Gesetzgebungsprozessen lediglich dann vertreten, wenn sie nach einem Gesetz dazu ermächtigt ist. Ob sich das Fehlen von ausdrücklich gewährten Befugnissen dadurch aufwiegen lässt, dass die Vertretungsstelle „jede andere Handlung setzen [kann], die vernünftigerweise erforderlich ist, um ihre Ziele und Aufgaben zu erfüllen“,¹⁴⁰⁶ wurde in der Literatur nicht diskutiert.

Wie bereits in Abschnitt B.IV.2.b) erörtert, führt das Te Awa Tupua Gesetz nicht zu einer grundlegenden Veränderung des vor seiner Erlassung bestehenden Rechtsrahmens.¹⁴⁰⁷ Vielmehr regelt es, wie die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Entscheidungsträger:innen und „Te Pou Tupua“ sowie den weiteren nach Te Awa Tupua Gesetz einzurichtenden Personengruppen erfolgen soll. Die Vertretungsstelle kann z. B. mit dem Einverständnis der Behörden an der Erstellung von Richtlinien oder Programmen mitwirken. Auch ein Mitspracherecht bei der Erteilung von Genehmigungen oder Konzessionen ist möglich, sofern ein solches in einer Vereinbarung mit den zuständigen Behörden (*relationship documents*) vereinbart

¹⁴⁰⁰ O’Byrne, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (65).

¹⁴⁰¹ Vgl. O’Byrne, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (64, 72).

¹⁴⁰² O’Byrne, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (56 f., 64).

¹⁴⁰³ O’Byrne, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (64).

¹⁴⁰⁴ Vgl. O’Byrne, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (64); sowie tw. Bader-Plabst, Natur 70 f.; a. A. betr. der Flussstrategie Kauffman/Martin, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (272); Kauffman/Martin, Politics 75; zitiert von Collins, Constitution 72.

¹⁴⁰⁵ Vgl. § 46 Abs. 3 Te Awa Tupua Gesetz.

¹⁴⁰⁶ § 19 Abs. 1 lit. i Te Awa Tupua Gesetz.

¹⁴⁰⁷ S. Abschnitt B.IV.2.b).

wird.¹⁴⁰⁸ Da „Te Pou Tupua“ eine öffentliche Einrichtung ist, besteht zudem die im Ressourcenmanagementgesetz vorgesehene Möglichkeit, dass lokale Behörden einzelne Entscheidungsbefugnisse vollständig auf sie übertragen oder Vereinbarungen über die gemeinsame Verwaltung (*joint management agreement*) geschlossen werden.¹⁴⁰⁹ „Te Pou Tupua“ hat darauf jedoch keinen Rechtsanspruch.¹⁴¹⁰ Das Gesetz sieht auch kein Mindestmaß an Zusammenarbeit oder Mitspracherechten vor.¹⁴¹¹ Deshalb ist es ungewiss und hängt stark vom Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Vertretungsstelle und den einzelnen Behörden ab, welche Aufgaben „Te Pou Tupua“ in Zukunft übernehmen wird.¹⁴¹²

bb) Weitere Personengruppen im Co-Managementsystem

Im Te Awa Tupua Gesetz wurden noch weitere Personengruppen vorgesehen. Diese wurden zwar nicht ausdrücklich mit der Vertretung von „Te Awa Tupua“ beauftragt, sind jedoch Teil des umfassenden Co-Managementsystems zwischen den Māori-Stämmen und der neuseeländischen Regierung, das mit diesem Gesetz eingerichtet wurde.¹⁴¹³ Ihnen kommt daher insb. vor dem Hintergrund, dass „Te Pou Tupua“ keine Verwaltungsbefugnisse übertragen wurden und theoretisch dieselben Personen nominiert werden können, ebenfalls Bedeutung zu. Deshalb werden sie im Folgenden kurz dargestellt:

„Te Pou Tupua“ wurde eine Berater:innengruppe (*Te Karewao*) zur Seite gestellt, welche die Vertretungsstelle im Interesse sowie gemäß den „intrinsischen Werten“ des Flusses bei der Ausübung ihrer Funktionen und der Verwaltung des Fonds zu beraten hat.¹⁴¹⁴ Diese Gruppe besteht aus drei Personen. Zwei davon sind von Māori-

¹⁴⁰⁸ § 19 Abs. 1h Whanganui Vergleichsurkunde – Teil 1; vgl. O’Bryan, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (55, 59).

¹⁴⁰⁹ §§ 33, 36B Ressourcenmanagementgesetz; O’Bryan, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (58 f., 64); vgl. Bader-Plabst, Natur 72.

¹⁴¹⁰ O’Bryan, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (64).

¹⁴¹¹ Vgl. O’Bryan, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (61 f.).

¹⁴¹² Vgl. Iorns Magallanes, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (88); Talbot-Jones/Bennett, Australasian Journal of Environmental Management 2022/1, 64 (73); ähnl. Bader-Plabst, Natur 72.

¹⁴¹³ Macpherson, Water 117; Sanders, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (226); Collins/Esterling, Melbourne Journal of International Law 2019, 197 (208); Iorns Magallanes, Global Journal of Comparative Law 2018/1, 61 (87).

¹⁴¹⁴ § 27 Abs. 1 und 2, § 58 Abs. 2 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. Macpherson, Water 117; Collins/Esterling, Melbourne Journal of International Law 2019, 197 (208); O’Donnell, Rivers 165; Talbot-Jones/Bennett, Ecological Economics 2019/10, 1 (3); O’Bryan, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (55); Rodgers, Environmental Law Review 2017/4, 266 (271); Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (49); Kauffman/Martin, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (272); Kauffman/Martin, Politics 75; Vicente Giménez, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (27); Zartner, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (19); Talbot-Jones/Bennett, Aus-

Stämmen, eine von den lokalen Behörden zu nominieren.¹⁴¹⁵ Zur Unterstützung kann „Te Pou Tupua“ noch weitere Vertreter:innen von Māori-Stämmen, Behörden oder anderen Einrichtungen beiziehen.¹⁴¹⁶

Die Erstellung und Überwachung der Gewässerstrategie (*Te Heke Ngahuru*) obliegen einer Strategiegruppe (*Te Kōpuka*), welche die Gesundheit und das Wohlergehen des Flusses zu fördern und jene Aufgaben durchzuführen hat, die ihr von den lokalen Behörden übertragen werden.¹⁴¹⁷ Auch sie hat den Status und die „intrinsic Werte“ des Flusses „besonders zu berücksichtigen“.¹⁴¹⁸ Sie ist ein permanenter Ausschuss mit voller Rechtsfähigkeit und allen erforderlichen Befugnissen.¹⁴¹⁹ Die Gruppe besteht aus maximal 17 Vertreter:innen von Personen und Organisationen mit Interessen am Fluss. Sechs Mitglieder sind von den Māori, vier von lokalen Behörden zu nominieren. Zudem ist jeweils ein Mitglied von der Naturschutzbehörde, dem Fisch- und Wildvogelrat, einem Energieunternehmen sowie als Vertreter:innen von Umwelt- und Naturschutzinteressen, des Tourismus, des Freizeitsektors und der Primärindustrie zu nominieren.¹⁴²⁰ Für ihre Tätigkeit werden sie nicht entlohnt.¹⁴²¹ Die Annahme der spanischen Rechtswissenschaftlerin Vicente Giménez, wonach die Strategiegruppe nicht der Gesetzgebung der lokalen Regierung

tralasian Journal of Environmental Management 2022/1, 64 (74); abw. *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 50.

¹⁴¹⁵ In Angelegenheiten, die einen bestimmten Flussabschnitt betreffen, ist eine zusätzliche Person von einem Māori-Stamm mit Interessen an diesem Abschnitt zu nominieren, § 28 Te Awa Tupua Gesetz; *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (65); *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (271); *Kauffman/Martin*, Politics 75; *Bader-Plabst*, Natur 67 f.

¹⁴¹⁶ § 28 Abs. 3 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Bader-Plabst*, Natur 68.

¹⁴¹⁷ §§ 29, 30, 32 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *Macpherson*, Water 117; *Collins/Esterling*, Melbourne Journal of International Law 2019, 197 (208); *Talbot-Jones/Bennett*, Ecological Economics 2019/10, 1 (3); *Argyrou/Hummels*, Water International 2019/6-7, 752 (753); *Salmond*, HAU: Journal of Ethnographic Theory 2014/3, 285 (286); *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (271); *O'Donnell*, Rivers 165; *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (56); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (272); *Kauffman/Martin*, Politics 75; *Darpö*, Nature 18; *Vicente Giménez*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (28); *Talbot-Jones/Bennett*, Australasian Journal of Environmental Management 2022/1, 64 (74); *Cribb/Macpherson/Borchgrevink*, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (12 f.); *Bader-Plabst*, Natur 68 f.

¹⁴¹⁸ § 30 Abs. 3 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (56).

¹⁴¹⁹ §§ 31, 33 Te Awa Tupua Gesetz.

¹⁴²⁰ § 32 Te Awa Tupua Gesetz; vgl. *O'Donnell*, Rivers 165; *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (56, 61); *Argyrou/Hummels*, Water International 2019/6-7, 752 (753); *Kauffman/Martin*, Politics 75; *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (49); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (272); *Vicente Giménez*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (28); *Zartner*, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (20).

¹⁴²¹ *Cribb/Macpherson/Borchgrevink*, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (12).

unterliegt und die regionalen Räte, die grundsätzlich für die Gewässerbewirtschaftung zuständig sind, die Strategieguppe mit allen das Wassereinzugsgebiet betreffenden Planungsprozessen zu betrauen haben,¹⁴²² ließ sich nicht mit weiteren Quellen belegen. Überdies ist die Auffassung von Kauffman/Martin, wonach der Fluss, vertreten durch „Te Pou Tupua“, ebenfalls Mitglied der Strategieguppe ist,¹⁴²³ m.E. nichtzutreffend.¹⁴²⁴ Allerdings ist davon auszugehen, dass dieselben Personen nominiert werden können. Außerdem nehmen an den Treffen in der Praxis gem. Cribb et al. nicht nur die nominierten Mitglieder, sondern auch andere Interessierte teil.¹⁴²⁵

Die Verbesserung und Koordinierung von Aktivitäten an der Wasseroberfläche ist Aufgabe einer Arbeitsgemeinschaft. Diese hat sich mit „Te Pou Tupua“ zu beraten und den zuständigen Minister:innen zu berichten, die Gesetzesänderungen vorschlagen können. Die Arbeitsgruppe besteht aus Vertreter:innen der Māori-Stämme mit Interessen am Fluss, der Naturschutzbehörde, der Schifffahrtsbehörde und der lokalen Behörden.¹⁴²⁶ Weiters hat eine Fischereikoordinierungsgruppe – bestehend aus Vertreter:innen der Māori-Stämme, der Primärindustrie, der Naturschutzbehörde, des Fisch- und Wildvogelrats und des regionalen Rats – Aktivitäten in Bezug auf die Fischerei und das Management von Fischhabitaten zu koordinieren. Dabei hat sie auch die Beteiligung der Māori-Stämme zu ermöglichen.¹⁴²⁷ Zudem wurde ein gemeinsamer Prozess zwischen den Māori-Stämmen und dem Ministerium für Primärindustrie vorgesehen, bei dem die gewohnheitsrechtliche Fischerei der Māori geregelt werden soll.¹⁴²⁸ Überdies wurden Vertreter:innen der Māori-Stämme als öffentliche Behörde mit eigenen Mitspracherechten in Angelegenheiten des Flusses i. Z. m. dem Ressourcenmanagementgesetz anerkannt.¹⁴²⁹ Gem. O’ Bryan könnten diese in Konkurrenz mit „Te Pou Tupua“ treten.¹⁴³⁰ Und schließlich ist von „Te Pou Tupua“ und den Behörden ein Personenregister zu erstellen, in dem Personen geführt werden, die über Wissen und Verständnis für den Fluss verfügen und bei der Ent-

¹⁴²² *Vicente Giménez*, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2020/2, 1 (28).

¹⁴²³ *Kauffman/Martin*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (272); *Kauffman/Martin*, *Politics* 75; zitiert von *Collins*, *Constitution* 72.

¹⁴²⁴ Vgl. *O’ Bryan*, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (64).

¹⁴²⁵ *Cribb/Macpherson/Borchgrevink*, *The International Journal of Human Rights* 2024/16 Feb, 1 (13).

¹⁴²⁶ § 64 f. *Te Awa Tupua Gesetz*; vgl. *Argyrou/Hummels*, *Water International* 2019/6-7, 752 (762); *Collins/Esterling*, *Melbourne Journal of International Law* 2019, 197 (203).

¹⁴²⁷ § 66 *Te Awa Tupua Gesetz*; vgl. *Argyrou/Hummels*, *Water International* 2019/6-7, 752 (762).

¹⁴²⁸ § 67 *Te Awa Tupua Gesetz*; vgl. *Ireland*, *Personhood* 25.

¹⁴²⁹ § 72 *Te Awa Tupua Gesetz*; vgl. *Macpherson*, *Water* 118; *Rodgers*, *Environmental Law Review* 2017/4, 266 (274).

¹⁴³⁰ *O’ Bryan*, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (67 f., 72, 74).

scheidung über Genehmigungsanträge nach dem Ressourcenmanagementgesetz angehört werden können.¹⁴³¹

7. Rechtsdurchsetzung

a) *Te Urewera*

Das Te Urewera Gesetz enthält einige Bestimmungen, in denen Vorkehrungen getroffen wurden, damit es auch eingehalten wird. Insb. wurde dem operativen Management die Zuständigkeit für die Umsetzung und Koordinierung der gesetzlichen Einhaltungs- und Durchsetzungsbefugnisse übertragen.¹⁴³² Überdies obliegt ihm die Ausbildung von Wachebeamt:innen.¹⁴³³ Das „Te Urewera Komitee“ kann außerdem ein „Einhaltungs- und Durchsetzungsprogramm“ vorgeben.¹⁴³⁴ In der Literatur ist zudem die Annahme vorherrschend, dass „Te Urewera“ mit der Anerkennung als „Rechtsperson“ die Möglichkeit erhielt, ihre Rechte vertreten durch das „Te Urewera Komitee“ gerichtlich geltend zu machen, sodass z.B. einstweiliger Rechtsschutz oder Schadenersatz beantragt werden kann.¹⁴³⁵

Das Te Urewera Gesetz enthält außerdem einen umfassenden Strafkatalog, wonach z.B. die Einführung von Tieren, Pflanzen oder schädlichen Substanzen; die Entnahme oder absichtliche Schädigung von Pflanzen, Tieren, Mineralien oder anderen geschützten Objekten; die Besetzung oder Nutzung von Land; die Errichtung oder Zerstörung von Gebäuden und Objekten; sowie andere unautorisierte Aktivitäten strafbar sind.¹⁴³⁶ Zudem macht sich strafbar, wer der Aufforderung zur Entfernung von Tieren, illegal eingeführten Autos, Flugzeugen oder Booten nicht nachkommt; wer Handlungen durchführt, die einer Konzession bedürfen; wer Grenzmarkierungen, Schilder, Konzessionen oder Rechte verändert, entfernt oder beeinträchtigt; oder wer im Besitz von Kettensägen, Waffen, Fallen oder Netzen ist.¹⁴³⁷ Auch die absichtliche Behinderung der Wachebeamt:innen ist strafbar.¹⁴³⁸

¹⁴³¹ § 61 f., Anhang 6 §§ 3 ff. Te Awa Tupua Gesetz; *Collins/Esterling*, Melbourne Journal of International Law 2019, 197 (209); *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (57, 64).

¹⁴³² § 71 Abs. 2 und 4 Te Urewera Gesetz.

¹⁴³³ § 71 Abs. 4 und 5; §§ 72 ff. Te Urewera Gesetz.

¹⁴³⁴ § 71 Abs. 1 Te Urewera Gesetz.

¹⁴³⁵ Vgl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (61); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (50); vgl. zudem die umfassenderen Ausführungen in der Literatur in Bezug auf „Te Awa Tupua“ von *Boyd*, Nature 141; *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (58, 66); *Macpherson*, Water 116 f.; *Hsiao*, Environmental Policy and Law 2012/6, 371 (375).

¹⁴³⁶ § 76 Abs. 1 Te Urewera Gesetz.

¹⁴³⁷ § 76 Abs. 2 bis 4 Te Urewera Gesetz.

¹⁴³⁸ § 77 Te Urewera Gesetz.

Die Straftaten verjähren ein Jahr nach ihrer Aufdeckung.¹⁴³⁹ Jede Person ist berechtigt, ein Strafverfahren einzuleiten.¹⁴⁴⁰ Das Strafmaß wurde bei Einzelpersonen mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren und/oder einer Geldstrafe von bis zu 100.000 NZD, bei Unternehmen von bis zu 200.000 NZD sowie bei anhaltenden Verstößen mit 10.000 NZD pro Tag festgelegt.¹⁴⁴¹ Straftaten, die mit einer kommerziellen Gewinnabsicht ausgeübt werden, können bei Einzelpersonen mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren und/oder einer Geldstrafe von bis zu 300.000 NZD, bei Unternehmen bis zu 300.000 NZD und bei anhaltenden Verstößen mit 20.000 NZD pro Tag geahndet werden.¹⁴⁴² Die Strafzahlungen sind an das Te Urewera Komitee zu entrichten,¹⁴⁴³ das die Einkünfte auf einem Bankkonto zu verwahren und für die Erreichung der Ziele des Gesetzes zu verwenden hat.¹⁴⁴⁴ Überdies haben die Verantwortlichen Schadenersatzzahlungen zu leisten, die nicht nur die Kosten für die Schadensbehebung, sondern auch die Gehaltskosten und andere Ausgaben für die Erforschung der begangenen Straftat umfassen können.¹⁴⁴⁵

b) Te Awa Tupua

Das Te Awa Tupua Gesetz enthält keine Bestimmungen, in denen strafrechtliche oder zivilrechtliche Konsequenzen vorgesehen oder auf andere Weise Vorkehrungen für dessen Einhaltung getroffen wurden. Nach überwiegender Auffassung in der Literatur erhielt „Te Awa Tupua“ aber ebenso wie „Te Urewera“ mit der Anerkennung als „Rechtsperson“ die Möglichkeit, vertreten durch „Te Pou Tupua“, die Gerichte anzurufen, um ihre Rechte durchzusetzen und z.B. Genehmigungen anzufechten oder Schadenersatz zu verlangen.¹⁴⁴⁶ Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit eine Rechts- bzw. Pflichtverletzung mangels Genehmigungskriterien und eindeutig definiertem Schutzbereich geltend gemacht werden kann. Eine solche könnte womöglich nur bei einer (groben) Missachtung der Berücksichtigungsgebote vorliegen. Denkbar wäre ebenso, dass Verstöße nach anderen Gesetzen geltend gemacht werden können oder z.B. die Anerkennung als „betroffene Person“ gerichtlich durchgesetzt werden kann, wenn „mehr als geringfügige Auswirkungen“ auf den Fluss nachgewiesen werden.¹⁴⁴⁷ In der Literatur wurde diesbezüglich jedoch festgehalten, dass Co-Managementsysteme häufig dazu führen, dass Verfahrens-

¹⁴³⁹ § 82 Te Urewera Gesetz.

¹⁴⁴⁰ § 81 Te Urewera Gesetz.

¹⁴⁴¹ §§ 78 f. Te Urewera Gesetz.

¹⁴⁴² § 80 Te Urewera Gesetz; vgl. *Bader-Plabst*, Natur 55.

¹⁴⁴³ § 87 Te Urewera Gesetz.

¹⁴⁴⁴ I.d.R. sind 10 % der Strafe an die Krone zu überweisen, § 39 Te Urewera Gesetz.

¹⁴⁴⁵ § 76 Abs. 7 Te Urewera Gesetz.

¹⁴⁴⁶ *Boyd*, Nature 141; *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (58, 66); *Macpherson*, Water 116; *Hsiao*, Environmental Policy and Law 2012/6, 371 (375).

¹⁴⁴⁷ § 46 Abs. 3 Te Awa Tupua Gesetz i. V.m. § 95E Ressourcenmanagementgesetz.

rechte kaum genutzt werden,¹⁴⁴⁸ weil dies die zukünftige Zusammenarbeit beeinträchtigen könnte.¹⁴⁴⁹ Eine allfällige Untätigkeit von „Te Pou Tupua“ kann hingegen von Umweltorganisationen gerichtlich geltend gemacht werden.¹⁴⁵⁰

8. Rechtswirklichkeit

Es gibt kaum näheren Informationen darüber, inwieweit die neuseeländischen RdN bislang von den Behörden angewandt oder berücksichtigt wurden und auch keine Berichte über Gerichtsverfahren.¹⁴⁵¹ Wie bereits erwähnt, veröffentlichte das Te Urewera Komitee im Jahr 2017 den ersten Managementplan (Te Kawa) für „Te Urewera“. Gem. dem Arbeitsplan für die Jahre 2022 bis 2023 sind außerdem bereits einige Maßnahmen zu dessen Umsetzung geplant.¹⁴⁵² Medienberichten zufolge bestanden allerdings auch Differenzen über die Verwendung des von der Regierung zur Verfügung gestellten Budgets, womit die neuseeländische Regierung insb. die (touristische) Infrastruktur instand halten wollte, während die Vertreter:innen der Tūhoe die Wiederherstellung ihrer Beziehung zu „Te Urewera“ priorisierten.¹⁴⁵³ Zudem sorgte der Plan des Komitees, Nationalparkinfrastruktur abzureißen, für Proteste und Konflikte.¹⁴⁵⁴ Jedoch wird auch über positive Entwicklungen in ökologischer Hinsicht berichtet. So sollen bereits nachhaltige Gebäude und Straßen errichtet worden sein und eine Eindämmung der invasiven Possum-Population, die das Ökosystem überfordert hatte, mithilfe der traditionellen Jagdmethoden der Tūhoe gelungen sein.¹⁴⁵⁵ Überdies führte eine Erhebung zu dem Ergebnis, dass sich die Vertreter:innen für „Te Urewera“ verantwortlich fühlen. Ihre rechtliche Aner-

¹⁴⁴⁸ O'Donnell, Rivers 175 f.

¹⁴⁴⁹ O'Donnell/Macpherson, Australasian Journal of Water Resources 2021/3, 35 (41 f. m. w. N.).

¹⁴⁵⁰ O'Donnell, Rivers 178.

¹⁴⁵¹ Vgl. Ireland, Personhood 23, 28, 31; Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (49); Schoukens, in: Pereira/Saramago 205 (212); Parsons/Fisher/Crease, Spaces 259; Cribb/Macpherson/Borchgrevink, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (1 f.); Bookman, Natural Resources & Environment 2023/4, 4 (4 ff.).

¹⁴⁵² S. dazu ausführl. Abschnitt B.IV.4.a).

¹⁴⁵³ www.stuff.co.nz/national/300456239/lake-waikaremoana-and-its-great-walk-have-been-closed-for-months-as-thoe-say-the-relationship-with-the-crown-has-failed?rm=a; www.stuff.co.nz/environment/127779621/how-huts-and-bridges-in-te-urewera-fell-into-a-state-of-disrepair; www.stuff.co.nz/dominion-post/news/hawkes-bay/300506682/board-intends-to-open-te-urewera-next-month-after-ongoing-frustrations?rm=a (jeweils Stand 2. 7. 2024).

¹⁴⁵⁴ www.rnz.co.nz/programmes/the-detail/story/2018868103/the-stoush-in-te-urewera-that-s-about-more-than-just-huts (Stand 2. 7. 2024).

¹⁴⁵⁵ Kauffman, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (591 ff.); Kauffman/Martin, Politics 156 ff.; s. auch Crimmel/Goeckeritz, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 563 (567 f.); Collins, Constitution 73; vgl. Bader-Plabst, Natur 74.

kennung könne das vorrangige Ziel des Naturschutzes erfüllen und gleichzeitig alle Menschen mit der Natur wieder verbinden.¹⁴⁵⁶

Im Vergleich zu „Te Urewera“ wurden die RdN von „Te Awa Tupua“ wesentlich schwächer ausgestaltet, weil die Vertreter:innen von „Te Pou Tupua“ keine Verwaltungsbefugnis erhielten und der bestehende Gesetzesrahmen weiterhin anwendbar ist.¹⁴⁵⁷ Dennoch führte der neue Rechtsrahmen gem. Cribb et al. bereits zu grundlegenden Veränderungen auf lokaler Ebene, indem durch die Einrichtung neuer Institutionen und Prozesse die Beteiligung und Vertretung der Öffentlichkeit verbessert wurde und bei der Verwirklichung von Projekten nicht mehr auf die Vermeidung von Umweltbeeinträchtigungen sondern auf die Förderung der Gesundheit und des Wohlergehens von „Te Awa Tupua“ fokussiert wird.¹⁴⁵⁸ Inwieweit der im September 2023 veröffentlichte Entwurf für die Flussstrategie dazu beitragen kann, „die Gesundheit und das Wohlergehen“ von Te Awa Tupua zu fördern, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen. Entscheidend wird gem. Finlayson die Frage sein, wie sehr sich die Entscheidungsträger:innen zur Zusammenarbeit mit der Vertretungsstelle verpflichten.¹⁴⁵⁹ Eine in dieser Hinsicht positive Voraussetzung stellt der Literatur zufolge der gut dotierte Te Awa Tupua Fonds dar.¹⁴⁶⁰

V. Kolumbien

1. Kontext

Kolumbien ist eine Republik im Nordwesten Südamerikas. Sie grenzt an den Pazifik und das Karibische Meer, umfasst drei Gebirgszüge der Anden sowie eine Amazonasregion. Kolumbien gilt als „megadivers“ und beheimatet etwa 10 % der weltweiten Biodiversität.¹⁴⁶¹ 4,4 % der kolumbianischen Bevölkerung sind Angehörige indigener Gemeinschaften, weitere 9,34 % haben afrikanische Vorfahren.¹⁴⁶²

¹⁴⁵⁶ *Bataille/Luke/Kruger/Malinen/Allen/Whitehead/Lyver*, Stakeholder Values Inform Indigenous Peoples' Governance and Management of a Former National Park in New Zealand, *Human Ecology* 2020/4, 439 (448, 450).

¹⁴⁵⁷ *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (52); *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (577); ähnl. *Talbot-Jones/Bennett*, *Australasian Journal of Environmental Management* 2022/1, 64 (75); *Bader-Plabst*, *Natur* 63.

¹⁴⁵⁸ *Cribb/Macpherson/Borchgrevink*, *The International Journal of Human Rights* 2024/16 Feb, 1 (14, 9 ff.).

¹⁴⁵⁹ Vgl. *Finlayson*, in: *La Follette/Maser* 259 (273 f.); s. auch bereits B. Fn. 1412.

¹⁴⁶⁰ *Macpherson*, *Water* 117 f.; *Schimmöller*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (577); *Jorns Magallanes*, *Global Journal of Comparative Law* 2018/1, 61 (88); *Finlayson*, in: *La Follette/Maser* 259 (274).

¹⁴⁶¹ www.cbd.int/countries/profile/?country=co#facts (Stand 2.7.2024); vgl. *Bonilla Maldonado*, *International Law, Cultural Diversity, and the Environment: The Case of the General Forestry Law in Colombia*, in: *Alam/Atapattu/Gonzalez/Razzaque* (Hrsg.), *International Environmental Law and the Global South* (2015) 508 (515); *García Pachón/Viloria/Rosa Cal-*

a) Politisches, rechtliches und institutionelles System

Anders als andere lateinamerikanische Staaten wurde Kolumbien in der Vergangenheit nicht von Militärherrschaften, sondern nahezu durchgehend von demokratisch gewählten Regierungen regiert.¹⁴⁶³ Konflikte zwischen der liberalen und der konservativen Partei sowie die ungleiche Verteilung von Land führten allerdings zu einem jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt.¹⁴⁶⁴ Dieser wurde wesentlich mit Einnahmen aus dem illegalen Drogenhandel und dem Abbau von Rohstoffen wie Gold oder Smaragd finanziert.¹⁴⁶⁵ Mit der Annahme einer neuen Verfassung im Jahr 1991 sollte dieser Konflikt überwunden werden. Die Demokratie wurde durch umfangreiche Grundrechtsgarantien gestärkt. Außerdem sollte der zentralistisch organisierte Staat schrittweise dezentralisiert werden,¹⁴⁶⁶ um den Einfluss nicht staatlicher Akteure:innen wie paramilitärischer Gruppen und Guerilla-Gruppierungen zu reduzieren.¹⁴⁶⁷

Kolumbien wurde mit der Verfassung von 1991 zum „sozialen Rechtsstaat“ erklärt, der als „unitarische, dezentralisierte, demokratische, partizipative und pluralistische Republik“ organisiert ist.¹⁴⁶⁸ Die „territorialen Einheiten“ erhielten ein

derón, Climate Change Litigation in Colombia, in: Sindico/Mbengue (Hrsg.), Comparative climate change litigation (2021) 53 (53).

¹⁴⁶² web.archive.org/web/20200408132304/https://www.dane.gov.co/index.php/estadisticas-por-tema/demografia-y-poblacion/grupos-etnicos/informacion-tecnica (Stand 2.7.2024); vgl. *Bonilla Maldonado*, in: Alam/Atapattu/Gonzalez/Razzaque 508 (514); *Macpherson*, Water 136; *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Constitutional Law, Ecosystems, and Indigenous Peoples in Colombia: Biocultural Rights and Legal Subjects, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 521 (526).

¹⁴⁶³ Vgl. *Jaramillo Pérez*, Colombia's 1991 Constitution: A Rights Revolution, in: Schilling-Vacafloer/Nolte (Hrsg.), *New Constitutionalism in Latin America: Promises and Practices* (2016) 236 (236); *Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas* (Hrsg.), *Kolumbien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur* (2017) 9; *König/Schuster*, Das politische System Kolumbiens, in: Stüwe/Rinke (Hrsg.), *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika* (2008) 342 (342).

¹⁴⁶⁴ Zum Hintergrund s. im Detail z. B. *Betancourt Vélez/Birle*, Das politische System, in: *Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas* (Hrsg.), *Kolumbien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur* (2017) 157 (158 ff.); *König/Schuster*, in: Stüwe/Rinke 342 (342 ff.).

¹⁴⁶⁵ *Gómez-Betancur*, *UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs* 2020/1, 41 (49 f. m. w. N.).

¹⁴⁶⁶ Vgl. *Betancourt Vélez/Birle*, in: *Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas* 157 (164 ff.); *Vega Díaz*, Konstitutioneller Wandel: Die Verfassungen von 1886 und 1991 und die Herausforderungen des Post-Konflikts, in: *Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas* (Hrsg.), *Kolumbien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur* (2017) 141 (149); *Thornhill/de Araujo Calabria*, Global Constitutionalism and Democracy: the Case of Colombia, *Jus Cogens* 2020/2, 155 (167); *Richardson/Bustos*, Implementing Nature's Rights in Colombia: The Atrato and Amazon Experiences, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 227 (339).

¹⁴⁶⁷ *Thornhill/de Araujo Calabria*, *Jus Cogens* 2020/2, 155 (167).

¹⁴⁶⁸ Art. 1 Constitución Política de la República de Colombia 1991 (Verfassung von Kolumbien 1991) vom 6.7.1991; vgl. *Vega Díaz*, in: *Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas* 141 (147); *Macpherson*, Water 140; *Estupiñán Achury*, La organización territorial de Colombia:

gewisses Maß an Autonomie.¹⁴⁶⁹ Sie dürfen ihre Repräsentant:innen selbst wählen, können sich im Rahmen der übertragenen Kompetenzen selbst verwalten und dürfen Steuern einheben und verwalten.¹⁴⁷⁰ Zu den „territorialen Einheiten“ zählen insb. die Departments (*departamentos*), Bezirke (*distritos*), Gemeinden (*municipios*) und indigenen Gebiete (*territorios indígenas*).¹⁴⁷¹ Die indigenen Gemeinschaften können in ihren Gebieten eigene Behörden und Gerichte einrichten.¹⁴⁷²

Die Staatsgewalt ist unterteilt in die Exekutive (der oder die Präsident:in als Staatsoberhaupt und Regierungschef:in), die Legislative (Kongress) und die Judikative.¹⁴⁷³ Zudem gibt es vier Höchstgerichte: den Verfassungsgerichtshof (*Corte Constitucional*), den Obersten Gerichtshof (*Corte Suprema de Justicia*), den Staatsrat (*Consejo de Estado*) und ein richterliches Disziplinargericht (*Consejo Superior de la Judicatura*).¹⁴⁷⁴ Überdies wurden nach US-amerikanischem Vorbild ein unabhängiger Justizrat (*Procuraduría General*) und eine autonome Generalstaatsanwaltschaft (*Fiscalía General de la Nación*) eingeführt.¹⁴⁷⁵ Weiters gibt es auf Gemeindeebene angesiedelte Gerichte und für Gerichtsbezirke zuständige Tribunale.¹⁴⁷⁶ Das Sondergericht für den Frieden (*Jurisdicción Especial para la Paz*) untersucht Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte, die sich in Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt vor dem 1. Dezember 2016 ereigneten.¹⁴⁷⁷

Una lectura a 30 años de la constitución política de 1991, Cuadernos Constitucionales 2020/1, 103 (108, 111 f.).

¹⁴⁶⁹ *Estupiñán Achury*, Cuadernos Constitucionales 2020/1, 103 (108); *Estupiñán Achury*, Los territorios en fase de transición: La paz territorial en Colombia, in: Restrepo Medina (Hrsg.), Interculturalidad, Protección de la Naturaleza y Construcción de Paz (2020) 453 (456); *Vega Díaz*, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas 141 (149).

¹⁴⁷⁰ Art. 287 Verfassung von Kolumbien; s. im Detail *Estupiñán Achury*, Cuadernos Constitucionales 2020/1, 103 (110 f.); vgl. auch *Betancourt Vélez/Birle*, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas 157 (165); *König/Schuster*, in: Stüwe/Rinke 342 (359).

¹⁴⁷¹ Art. 286 Verfassung von Kolumbien; vgl. *Estupiñán Achury*, Cuadernos Constitucionales 2020/1, 103 (112).

¹⁴⁷² Art. 246, 330 Verfassung von Kolumbien; vgl. *Vega Díaz*, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas 141 (149); *Jaramillo Pérez*, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (238); *König/Schuster*, in: Stüwe/Rinke 342 (358).

¹⁴⁷³ Art. 113 ff. Verfassung von Kolumbien; vgl. *Betancourt Vélez/Birle*, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas 157 (164 f.); *König/Schuster*, in: Stüwe/Rinke 342 (348 ff.); *Vega Díaz*, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas 141 (149).

¹⁴⁷⁴ Art. 116 Verfassung von Kolumbien; vgl. *Thornhill/de Araújo Calabria*, Jus Cogens 2020/2, 155 (162); *Perlingeiro*, in: Sommermann/Schaffarzik 1693 (1710 f.); *König/Schuster*, in: Stüwe/Rinke 342 (358).

¹⁴⁷⁵ Art. 249 ff., 275 ff. Verfassung von Kolumbien; *König/Schuster*, in: Stüwe/Rinke 342 (357 f.).

¹⁴⁷⁶ S. im Detail cienciassociales.uniandes.edu.co/desarrollos/organigrama-estado-colombiano/index.php?ac=rj; www.ramajudicial.gov.co/portal/sobre-la-rama/informacion-general/organigrama (jeweils Stand 2.7.2024).

¹⁴⁷⁷ *Jurisdicción Especial Para La Paz* 12.11.2019, 02 de 2018 (Katsa Su) 2; vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 30.

Das kolumbianische Rechtssystem basiert auf dem kontinentaleuropäischen *Civil Law*, weist aber auch US-amerikanische Einflüsse auf.¹⁴⁷⁸ Die Verfassung ist die höchste Rechtsquelle im Rechtssystem.¹⁴⁷⁹ Sie enthält alle drei Generationen von Menschenrechten, also zivile und politische, soziale, ökonomische und kulturelle sowie kollektive und ökologische Grundrechte.¹⁴⁸⁰ Darüber hinaus haben ratifizierte internationale Menschenrechtsabkommen dieselbe Stellung wie das Verfassungsrecht.¹⁴⁸¹ Die in der Verfassung und den internationalen Abkommen genannten Rechte und Garantien dürfen zudem nicht als Negation anderer, nicht ausdrücklich erwähnter Rechte verstanden werden.¹⁴⁸² Dem Verfassungsrecht nachgeordnet sind die vom Kongress zu erlassenden Gesetze, die je nach Regelungsinhalt verschiedene Stellungen im Rechtssystem einnehmen. Diesen nachgeordnet sind Verordnungen (*decretos*), die vom Präsidenten oder der Präsidentin erlassen werden und gelegentlich auch der Unterschrift eines oder mehrerer Minister:innen bedürfen. Die Minister:innen sind befugt, Beschlüsse (*resoluciones*) zu fassen.¹⁴⁸³ Die Gouverneur:innen der Departments können ebenso Verordnungen und Beschlüsse erlassen.¹⁴⁸⁴

Die Verfassung von 1991 enthält nicht nur zahlreiche Grundrechte, sondern auch Rechtsbehelfe und Institutionen, die ihre Einhaltung und Durchsetzung garantieren sollen.¹⁴⁸⁵ So ist die *acción de tutela* ein niederschwelliger und häufig genutzter Rechtsbehelf, mit dem die Verletzung oder Bedrohung eines Grundrechts durch eine behördliche Handlung oder Unterlassung gerichtlich geltend gemacht werden kann.¹⁴⁸⁶ Die Klage kann kostenlos und ohne Anwaltpflicht bei jedem Gericht

¹⁴⁷⁸ Bonilla Maldonado, in: Alam/Atapattu/Gonzalez/Razzaque 508 (523 f. m.w.N.); Macpherson, Water 149; Rincón Rubiano, Environmental Law in Colombia² (2014) 39; Bagni, Revisita Análisis Jurídico-Político 2022/7, 99 (107).

¹⁴⁷⁹ Art. 4 Verfassung von Kolumbien; vgl. Rincón Rubiano, Law² 39.

¹⁴⁸⁰ Art. 11 ff., 42 ff., 78 ff. Verfassung von Kolumbien; vgl. Jaramillo Pérez, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (237); Vega Díaz, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas 141 (147); Thornhill/de Araújo Calabria, Jus Cogens 2020/2, 155 (161 f.).

¹⁴⁸¹ Art. 93 Verfassung von Kolumbien i. V. m. der Rspr. des Verfassungsgerichtshofes; vgl. Jaramillo Pérez, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (243); Bonilla Maldonado, in: Alam/Atapattu/Gonzalez/Razzaque 508 (512 f., 522); Thornhill/de Araújo Calabria, Jus Cogens 2020/2, 155 (163 f.).

¹⁴⁸² Art. 94 Verfassung von Kolumbien; vgl. Thornhill/de Araújo Calabria, Jus Cogens 2020/2, 155 (162).

¹⁴⁸³ Rincón Rubiano, Law² 39 f.

¹⁴⁸⁴ Art. 141 Abs. 3 Ley 2200 de 2022 por la cual se dictan normas tendientes a modernizar la organización y el funcionamiento de los departamentos (Department-Organisationsgesetz) vom 8.2.2022.

¹⁴⁸⁵ Vega Díaz, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas 141 (146, 148); Jaramillo Pérez, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (237, 242).

¹⁴⁸⁶ Art. 86 Verfassung von Kolumbien; vgl. Jaramillo Pérez, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (237, 242); Vega Díaz, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas 141 (148); Gómez-Betancur, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (66); O'Donnell, Rivers 172; Betancourt Vélez/Birle, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas 157 (164 f.); Thornhill/de

mündlich oder schriftlich eingebracht werden, das binnen weniger Tage darüber zu entscheiden hat.¹⁴⁸⁷ Weitere Rechtsbehelfe sind die *acción popular* zur Geltendmachung kollektiver Rechte und Interessen, die *acción de cumplimiento* zur Durchsetzung von Verwaltungsvorschriften und Gesetzen¹⁴⁸⁸ und die *acción de grupo* zur Geltendmachung von kollektiven Schadenersatzansprüchen.¹⁴⁸⁹

Eine unabhängige Verteidigungsstelle für Menschenrechte (*Defensor del Pueblo*) erhielt die Befugnis, die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen.¹⁴⁹⁰ Der mit der Verfassung von 1991 neu geschaffene Verfassungsgerichtshof wurde mit der Befugnis ausgestattet, Entscheidungen von Gerichten über *tutela*-Klagen zu überprüfen, Gesetze und Verordnungen auf ihre Verfassungskonformität zu überprüfen sowie über die Durchsetzbarkeit von internationalen Verträgen zu entscheiden.¹⁴⁹¹ Er nahm von Beginn an eine besonders aktive Rolle ein und baute u. a. den verfassungsrechtlichen Schutz sozialer, ökologischer und indigener Rechte unter Heranziehung internationaler Menschenrechtsdokumente aus.¹⁴⁹² Der Literatur zufolge genießen der Verfassungsgerichtshof und die Judikative im Vergleich zu anderen politischen Institutionen ein hohes Maß an Unabhängigkeit und Vertrauen in der Bevölkerung.¹⁴⁹³ Die ausgeprägte Praxis richterlicher Rechtsfortbildung führt aber

Araújo Calabria, Jus Cogens 2020/2, 155 (163, 171); *Iturralde*, Access to Constitutional Justice in Colombia: Opportunities and Challenges for Social and Political Change, in: Bonilla Maldonado (Hrsg.), Constitutionalism of the Global South: The Activist Tribunals of India, South Africa, and Colombia (2013) 361 (375); *Darpö*, Nature 20; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 62.

¹⁴⁸⁷ *Jaramillo Pérez*, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (243); *König/Schuster*, in: Stüwel/Rinke 342 (358); *Ciesielski/García Carvajal/Vargas Trujillo*, Shortcuts and detours of environmental collective legal mobilizations: the cases of the Atrato River and the Amazon region in Colombia, Journal of Law and Society 2024/1, 82 (85, 91, 96).

¹⁴⁸⁸ *García Pachón/Viloria/Rosa Calderón*, in: Sindico/Mbengue 53 (59 f.).

¹⁴⁸⁹ Art. 87 f. Verfassung von Kolumbien; vgl. *Jaramillo Pérez*, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (237, 243); *García Pachón/Viloria/Rosa Calderón*, in: Sindico/Mbengue 53 (59 f.); *Thornhill/de Araújo Calabria*, Jus Cogens 2020/2, 155 (177 f.); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (56).

¹⁴⁹⁰ Art. 282 ff. Verfassung von Kolumbien; vgl. *Jaramillo Pérez*, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (237); *Thornhill/de Araújo Calabria*, Jus Cogens 2020/2, 155 (162).

¹⁴⁹¹ Art. 241 Verfassung von Kolumbien; vgl. *Jaramillo Pérez*, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (237); *Iturralde*, in: Bonilla Maldonado 361 (365 f.); allgemeiner *Vega Díaz*, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas 141 (149); zur Überprüfungsmöglichkeit von Entscheidungen über *tutela*-Klagen *Villavicencio Calzadilla*, A Paradigm Shift in Courts' View on Nature: The Atrato River and Amazon Basin Cases in Colombia, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (4).

¹⁴⁹² *Jaramillo Pérez*, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (240 f., 243); *Thornhill/de Araújo Calabria*, Jus Cogens 2020/2, 155 (163 f., 165 f., 172 ff.); *Bonilla Maldonado*, in: Alam/Atapattu/Gonzalez/Razzaque 508 (525); *Macpherson*, Water 142; *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (529); *Iturralde*, in: Bonilla Maldonado 361 (380); *Bagni*, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (126).

¹⁴⁹³ *Jaramillo Pérez*, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (236, 242 f. m.w.N., 244); *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (529);

auch immer wieder zu Bestrebungen, die Kompetenzen des Verfassungsgerichtshofes zu beschränken.¹⁴⁹⁴

Die umfassenden Grundrechtsgarantien, die verfügbaren Rechtsbehelfe sowie die aktive Rolle des Verfassungsgerichtshofes trugen nach Ansicht der Literatur wesentlich dazu bei, dass das politische und rechtliche System Kolumbiens stark von internationalen Menschenrechten geprägt ist, die im Gegensatz zu vielen anderen lateinamerikanischen Staaten nicht nur auf dem Papier existieren, sondern auch angewandt und weiterentwickelt werden.¹⁴⁹⁵ Kolumbien rangierte im Jahr 2023 auf Platz 55 im Demokratieindex der Zeitschrift *The Economist* und galt damit als „unvollständige Demokratie“.¹⁴⁹⁶

b) Umwelt- und Gewässerschutz

Die kolumbianische Verfassung wird auch als „ökologische“ oder „grüne Verfassung“ bezeichnet. Sie enthält das „Recht, eine gesunde Umwelt zu genießen“, sowie viele weitere umweltbezogene Bestimmungen. Danach ist der Staat z.B. verpflichtet, „den natürlichen Reichtum der Nation zu schützen“ oder die wirtschaftliche Freiheit einzuschränken, wenn dies die Umwelt erfordert.¹⁴⁹⁷ Zum Verfassungsrecht zählen auch ratifizierte internationale Menschenrechtsabkommen und damit das im Zusatzprotokoll der Amerikanischen Menschenrechtskonvention verankerte Recht auf eine gesunde Umwelt¹⁴⁹⁸ sowie die Umweltaspekte des im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankerten

Betancourt Vélez/Birle, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas 157 (170); a.A. im Jahr 2008 *König/Schuster*, in: Stüwe/Rinke 342 (359).

¹⁴⁹⁴ *Thornhill/de Araújo Calabria*, Jus Cogens 2020/2, 155 (159, 166); *Iturralde*, in: Bonilla Maldonado 361 (389 f.).

¹⁴⁹⁵ Vgl. *Thornhill/de Araújo Calabria*, Jus Cogens 2020/2, 155 (160 f.); *Jaramillo Pérez*, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (237, 242).

¹⁴⁹⁶ www.economist.com/graphic-detail/2024/02/14/four-lessons-from-the-2023-democracy-index (Stand 16. 2. 2024).

¹⁴⁹⁷ Art. 8, 49, 79 ff., 95, 333, 366 Verfassung von Kolumbien; *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (528); *Estupiñán Achury*, Neoconstitucionalismo ambiental y derechos de la Naturaleza en el marco del nuevo constitucionalismo latinoamericano: El caso de Colombia, *Revista de Estudios Jurídicos y Criminológicos* 2020/1, 127 (136 f.); *García Pachón*, Régimen jurídico de los vertimientos en Colombia : análisis desde el derecho ambiental y el derecho de aguas (2017) 37 ff.; *Macpherson*, Water 141; *Bagni*, *Revista Jurídica Derecho* 2018/9, 33 (39); *Acosta Alvarado/Rivas-Ramírez*, A Milestone in Environmental and Future Generations' Rights Protection: Recent Legal Developments before the Colombian Supreme Court, *Journal of Environmental Law* 2018/3, 519 (521); *O'Donnell*, Rivers 170; *García Pachón/Viloria/Rosa Calderón*, in: *Sindico/Mbengue* 53 (54, 60 f.); *Thornhill/de Araújo Calabria*, Jus Cogens 2020/2, 155 (161 f.); *Rincón Rubiano*, Law² 39; *Rendón Osorio*, La naturaleza en el ordenamiento jurídico colombiano: ¿del antropocentrismo al ecocentrismo?, *Revista Derecho del Estado* 2024/1, 337 (345).

¹⁴⁹⁸ Art. 11 Additional Protocol to the American Convention on Human Rights in the Area of Economic, Social and Cultural Rights „Protocol of San Salvador“ vom 17. 11. 1988.

Rechts auf Gesundheit.¹⁴⁹⁹ Der Umwelt- und Gewässerschutz wurde zudem in mehreren Umweltgesetzen und -verordnungen geregelt,¹⁵⁰⁰ die umfassende Vorgaben für die Erteilung von Genehmigungen, die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und die Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltangelegenheiten enthalten.¹⁵⁰¹ Indigene Gemeinschaften sind bei Entscheidungen, die ihre Gebiete betreffen, zu konsultieren und müssen bei Tätigkeiten i. Z. m. der Exploration oder Ausbeutung von natürlichen Ressourcen vorab ihre informierte Zustimmung erteilen.¹⁵⁰²

In Bezug auf den Gewässerschutz ist insb. festzuhalten, dass Wasser in jeder Form ein Allgemeingut (*bien de uso publico*) ist.¹⁵⁰³ Die Einleitung gesundheits- oder umweltgefährdender Substanzen ist verboten.¹⁵⁰⁴ Für die Wassernutzung über den Eigengebrauch hinaus oder die Beeinträchtigung der Gewässer ist eine gebührenpflichtige Konzession bzw. Genehmigung erforderlich, die von einer der regionalen Umweltinstitutionen (*Corporaciones Autónomas Regionales*) zu erteilen ist.¹⁵⁰⁵ Diese sind für die Verwaltung der natürlichen Ressourcen, die nachhaltige Entwicklung der Region sowie die Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen, Ge-

¹⁴⁹⁹ Art. 12 Abs. 2b Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16.12.1966 BGBl 1978/590; vgl. *Bonilla Maldonado*, in: Alam/Atapattu/Gonzalez/Razzaque 508 (513).

¹⁵⁰⁰ *García Pachón*, Régimen 31 f.; *Rincón Rubiano*, Law² 39, 63; *Macpherson*, Water 39, 138; *Montes Cortés*, Reconocimiento de la naturaleza como entidad sujeto de derechos: ¿Una consecuencia de las limitaciones del derecho ambiental?, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (6 ff.).

¹⁵⁰¹ Ley 99 de 1993 por la cual se creó el Ministerio del Medio Ambiente, se reordenó el Sector Público encargado de la gestión y conservación del medio ambiente y los recursos naturales renovables, se organizó el Sistema Nacional Ambiental –sina–, y se dictaron otras disposiciones (Umweltsystemgesetz) vom 22.12.1993; Decreto 2820 de 2010 por el cual se reglamenta el Título VIII de la Ley 99 de 1993 sobre licencias ambientales (Umweltgenehmigungsverordnung) vom 5.8.2010; *Rincón Rubiano*, Law² 42, 43 ff.; *MacDonnell/Grigg*, Establishing a water law framework: The Colombia example, *Water International* 2007/4, 662 (667).

¹⁵⁰² Art. 330 i. V. m. der Rspr. des Verfassungsgerichtshofes; *Jaramillo Pérez*, in: Schilling-Vacaflor/Nolte 236 (238 m. w. N.); *García Pachón/Viloria/Rosa Calderón*, in: Sindico/Mben-gue 53 (63); *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (527, 529).

¹⁵⁰³ *MacDonnell/Grigg*, *Water International* 2007/4, 662 (666); *García Pachón*, Régimen 132; *Macpherson*, Water 138 f.; *Rincón Rubiano*, Law² 63.

¹⁵⁰⁴ Art. 2.2.3.2.24.1 Decreto 1076 de 2015 Sector Ambiente y Desarrollo Sostenible (Umweltsektor- und Nachhaltige Entwicklungsverordnung) vom 26.5.2015.

¹⁵⁰⁵ Ley 2811 de 1974 Código Nacional de Recursos Naturales Renovables y de Protección al Medio Ambiente (Erneuerbare Ressourcen und Umweltschutzgesetz) vom 18.12.1974; *Roa-García/Urteaga-Crovetto/Bustamante-Zenteno*, Water laws in the Andes: A promising precedent for challenging neoliberalism, *Geoforum* 2015, 270 (274); *MacDonnell/Grigg*, *Water International* 2007/4, 662 (667, 670 f.); *Rincón Rubiano*, Law² 64 ff.; *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 521 (527).

wässerbewirtschaftungsplänen und sonstigen Vorgaben des Umweltministeriums zuständig.¹⁵⁰⁶ Die Bereitstellung der Wasserversorgung obliegt den Gemeinden.¹⁵⁰⁷

c) Entstehungsgeschichte der „Rechte der Natur“

Die kolumbianischen RdN entstanden vor dem Hintergrund eines jahrzehntelangen bewaffneten Konflikts, dem nicht nur Hunderttausende Menschen, sondern – aufgrund der dadurch befeuerten Korruption und des ungehinderten (illegalen) Raubbaus an der Natur – auch die Umwelt zum Opfer gefallen war.¹⁵⁰⁸ Eine davon besonders betroffene Region ist das Department Chocó im Westen Kolumbiens. Es zählt nicht nur zu den biodiversitätsreichsten Regionen der Welt, sondern ist auch die ärmste Region Kolumbiens. Sie ist den Angaben des Verfassungsgerichtshofes zufolge zu 97 % von Menschen mit afrikanischen Vorfahren und indigenen Gemeinschaften bevölkert.¹⁵⁰⁹ Im Jahr 2015 brachte die Menschenrechtsorganisation Tierra Digna im Namen einiger afrokolumbianischer und indigener Gemeinschaften, die in Chocó am Ufer des Flusses Atrato leben, eine *tutela*-Klage¹⁵¹⁰ ein. Darin wurden mehrere staatliche Stellen aufgefordert, gegen diverse Methoden extensiven Bergbaus sowie illegale Rodungen im Wassereinzugsgebiet einzuschreiten, weil der Einsatz von schweren Maschinen und hochgiftigen Substanzen wie Quecksilber zur Gold- und Platingewinnung irreversible und gesundheitsgefährdende Schäden an der Umwelt verursache und damit ihre Grundrechte auf Leben, Gesundheit, Wasser, Ernährungssicherheit, gesunde Umwelt sowie Kultur und Land verletze.¹⁵¹¹ Die

¹⁵⁰⁶ Rincón Rubiano, Law² 36, 64; O'Donnell, Rights 170 f.

¹⁵⁰⁷ Art. 5 Ley 142 de 1994 por la cual se establece el régimen de los servicios públicos domiciliarios y se dictan otras disposiciones (Öffentliche Dienstleistungen Gesetz, Kolumbien) vom 11.7.1994; vgl. Juzgado Primero Civil del Circuito Oral de Sogamoso 27.11.2020, ST-0047 (Lago de Tota) 58.

¹⁵⁰⁸ Estupiñán Achury, Revista de Estudios Jurídicos y Criminológicos 2020/1, 127 (141); vgl. weiters Gómez-Betancur, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (41 ff., 51, 62, 79).

¹⁵⁰⁹ Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) 2 ff.; vgl. auch Macpherson, Water 143 f.; O'Donnell, Rivers 170, 172; Wesche, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (5 ff.); Kauffman/Martin, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (274 f.); Kauffman/Martin, Politics 193 f.; Collins, Constitution 73 f.

¹⁵¹⁰ Zum Instrument s. bereits Abschnitt B.V.1.a).

¹⁵¹¹ Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) 4 ff.; vgl. Bagni, Revista Jurídica Derecho 2018/9, 33 (40 f.); Iorns Magallanes, in: Martín/Te Aho/Humphries-Kil 216 (229); Gómez-Betancur, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (69); Macpherson, Water 144 f.; Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (531); Villavicencio Calzadilla, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (4); Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon, Ecology Law Quarterly 2018/4, 787 (806); Wesche, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (8); Vicente Giménez, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (13); Stilt, Harvard Law Review 2021/3, 276 (281); Kauffman/Martin, Politics 195 f.; Bagni, Revisita Análisis Jurídico-Político 2022/7, 99 (108); Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 62.

Klage wurde in erster und zweiter Instanz abgewiesen.¹⁵¹² Hingegen stellte der Verfassungsgerichtshof am 10. November 2016 eine Verletzung der genannten Rechte fest.¹⁵¹³ Die staatlichen Einrichtungen hätten es unterlassen, ihren gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Pflichten nachzukommen sowie eine angemessene und effektive Antwort auf die multiplen Probleme der Region zu finden.¹⁵¹⁴

In seiner Begründung verwies der Verfassungsgerichtshof zunächst auf seine bisherige Rechtsprechung zum „sozialen Rechtsstaat“, zur „ökologischen Verfassung“ und zu den Rechten indigener und afrokolumbianischer¹⁵¹⁵ Gemeinschaften.¹⁵¹⁶ Weiters berief er sich auf internationale Dokumente wie das Übereinkommen über indigene Völker und die Biodiversitätskonvention,¹⁵¹⁷ auf Literatur zu den „biokulturellen Rechten“ von indigenen Gemeinschaften¹⁵¹⁸ und auf das Vorsorge-

¹⁵¹² Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) 12 f.; vgl. z. B. *Villavicencio Calzadilla*, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (4); *Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, Ecology Law Quarterly 2018/4, 787 (806); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (276).

¹⁵¹³ *Macpherson*, Water 145; *O'Donnell*, Rivers 173; *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (531); *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (9); *Vargas-Chaves/Rodríguez/Cumbe-Figueroa/Mora-Garzón*, Recognizing the Rights of Nature in Colombia: the Atrato River case, Revista Jurídicas 2020/1, 13 (25 f.); *Bagni*, Revista Jurídica Derecho 2018/9, 33 (42); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 24; *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (56); *Vicente Giménez*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (18).

¹⁵¹⁴ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P.e 9.19, 9.39, SpruchP. 3; vgl. *Iorns Magallanes*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* 216 (230); *Bagni*, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* 111 (127); *Collins*, Constitution 74.

¹⁵¹⁵ Gem. ständiger Judikatur des Verfassungsgerichtshofes haben die afrokolumbianischen Gemeinschaften die gleichen Rechte wie allen anderen ethnischen Gemeinschaften Kolumbiens, vgl. *O'Donnell*, Rivers 172.

¹⁵¹⁶ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P.e 4 bis 6; vgl. *Iorns Magallanes*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* 216 (230 f.); *Macpherson*, Water 147; *Bagni*, Revista Jurídica Derecho 2018/9, 33 (41); *Bagni*, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* 111 (127); *O'Donnell*, Rivers 170; *Molina Roa*, in: *García Pachón* 121 (143 f.); *Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, Ecology Law Quarterly 2018/4, 787 (807); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (278); *Kauffman/Martin*, Politics 197; *Vicente Giménez*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (16); *Bagni*, Revisita Análisis Jurídico-Político 2022/7, 99 (109).

¹⁵¹⁷ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 5.19; Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern; Biodiversitätskonvention; vgl. *Macpherson*, Water 147; *Gellers*, Earth System Governance 2021/1, 1 (5); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (279); *Kauffman/Martin*, Politics 198; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 62.

¹⁵¹⁸ Diese bezeichnen die kollektiven Rechte von indigenen Gemeinschaften, ihre Länder, Gewässer und Ressourcen gemäß ihrem Gewohnheitsrecht und der traditionellen Verantwortungsrolle, die sie gegenüber der Natur (*stewardship*) empfinden, zu verwalten; Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 5.11 mit Verweis auf *Bavikatte/Bennett*, Community stewardship: the foundation of biocultural rights, Journal of Human Rights and the Environment 2015/1, 7 (29); vgl. *Bagni*, Revista Jurídica Derecho 2018/9, 33 (42); *Bagni*, Revisita Análisis Jurídico-Político 2022/7, 99 (109); *Gellers*, Earth System Govern-

prinzip.¹⁵¹⁹ Dies führte ihn zu der Feststellung, dass der Schutz der Biodiversität sowie die Garantie der Rechte auf Leben, Gesundheit, Kultur und Land eng miteinander verbunden sind.¹⁵²⁰ Daher hielt er es „für notwendig, einen Schritt in der Rechtsprechung weiterzugehen“ und einer der wichtigsten Biodiversitätsquellen „verfassungsrechtlichen Schutz“ zu gewähren.¹⁵²¹ Folglich erklärte er den wasserreichsten Fluss Kolumbiens zum „Subjekt von Rechten, die seinen Schutz, seine Erhaltung, seine Pflege, und im konkreten Fall seine Wiederherstellung beinhalten“.¹⁵²²

Die Anerkennung der RdN war für die Kläger:innen, die dies nicht beantragt hatten, überraschend.¹⁵²³ Der Literatur zufolge hatte sich diese Entwicklung allerdings bereits seit 2012 in der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes abge-

ance 2021/1, 1 (5); *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (532 f.); *Macpherson*, Water 153 ff.; *Rodríguez Caguana/Morales Naranjo*, in: *Restrepo Medina* 335 (339); *Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, Ecology Law Quarterly 2018/4, 787 (808 f.); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (273 f., 278); *Kauffman/Martin*, Politics 193, 197 f.; *Vicente Giménez*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (16); *Collins*, Constitution 75.

¹⁵¹⁹ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P.e 7.41 und 9.25; vgl. *Vargas-Chaves/Rodríguez/Cumbe-Figueroa/Mora-Garzón*, Revista Jurídicas 2020/1, 13 (25); *Macpherson*, Water 153; *Bagni*, Revista Jurídica Derecho 2018/9, 33 (42); *Vicente Giménez*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (17); *Bagni*, Revisita Análisis Jurídico-Político 2022/7, 99 (110).

¹⁵²⁰ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 9.23; vgl. *Jorns Magallanes*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* 216 (230 f.); *O'Donnell*, Rivers 173; *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (9 f.); *Vargas-Chaves/Rodríguez/Cumbe-Figueroa/Mora-Garzón*, Revista Jurídicas 2020/1, 13 (25); *Macpherson*, Water 154 f.; *Molina Roa*, in: *García Pachón* 121 (143 f.).

¹⁵²¹ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 9.31; vgl. *Villavicencio Calzadilla*, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (6); *Bagni*, Revista Jurídica Derecho 2018/9, 33 (43); *Bagni*, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* 111 (127).

¹⁵²² Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 9.32; vgl. *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (69); *Molina Roa*, in: *García Pachón* 121 (142, 145); *O'Donnell*, Rivers 170, 173; *Villavicencio Calzadilla*, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (6); *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (531); *Vargas-Chaves/Rodríguez/Cumbe-Figueroa/Mora-Garzón*, Revista Jurídicas 2020/1, 13 (25 f.); *Bagni*, Revista Jurídica Derecho 2018/9, 33 (42); *Jorns Magallanes*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* 216 (231); *Estupiñán Achury*, Revista de Estudios Jurídicos y Criminológicos 2020/1, 127 (140); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (273, 277); *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (10); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 24; *Macpherson*, Water 131, 146; *Vicente Giménez*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (18, 22); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 61.

¹⁵²³ *Villavicencio Calzadilla*, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (10); *Macpherson*, Water 145; *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (19 f.); *Stilt*, Harvard Law Review 2021/3, 276 (282); *Ciesielski/García Carvajal/Vargas Trujillo*, Journal of Law and Society 2024/1, 82 (99).

zeichnet.¹⁵²⁴ Er schien wesentlich von den ecuadorianischen, bolivianischen und neuseeländischen RdN beeinflusst worden zu sein, auf die er in seinem Urteil auch Bezug nahm.¹⁵²⁵ In der Literatur wird außerdem vermutet, dass er der Untätigkeit des Staates etwas entgegensetzen wollte¹⁵²⁶ und mit der Ernennung von Vertreter:innen für den Fluss sichergestellt werden sollte, dass dieser geschützt und wiederhergestellt wird.¹⁵²⁷ Die dafür nötige Portion an richterlichem „Aktivismus“ wurde in der kolumbianischen rechtswissenschaftlichen Literatur durchaus kritisch betrachtet.¹⁵²⁸ Die kolumbianische Regierung begrüßte hingegen die Entscheidung und zeigte sich bereit, diese umzusetzen.¹⁵²⁹

Ein halbes Jahr nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes griff ein weiteres Höchstgericht, der zivilrechtliche Senat des Obersten Gerichtshofes, die Argumente des Verfassungsgerichtshofes auf und gewährte dem in einem Zoo lebenden Andenbären Chucho unter Anwendung der *habeas corpus*-Garantie die Freiheit.¹⁵³⁰ Die Entscheidung wurde allerdings von zwei anderen Senaten des Gerichtshofes und dem Verfassungsgerichtshof mit der Begründung aufgehoben, dass dieses Grundrecht exklusiv „Individuen“ zustehe.¹⁵³¹

¹⁵²⁴ *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (142 f., 151); *Vargas-Chaves/Rodríguez/Cumbe-Figueroa/Mora-Garzón*, Revista Jurídicas 2020/1, 13 (38); *Montes Cortés*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (23 ff.); *Richardson/Bustos*, Revista Derecho del Estado 2023/1, 227 (236).

¹⁵²⁵ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 5.9 Fn. 87, Fn. 315; vgl. *Macpherson*, Water 132, 147 f.; *O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark*, Transnational Environmental Law 2020/3, 403 (415); *Kauffman/Martin*, Transnational Environmental Law 2023/2, 366 (375); ähnl. *Bagni*, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (129); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (56); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 62.

¹⁵²⁶ *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (151); *Pou Giménez*, The Rights of Rivers and Forests and Apex Court Dynamics in Colombia: On Natural and Institutional Environments, International Journal of Constitutional Law Blog 2018 (nicht mehr abrufbar, Kopie bei der Autorin).

¹⁵²⁷ *Iorns Magallanes*, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (232).

¹⁵²⁸ *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (153, 147, 149); *García Pachón/Viloria/Rosa Calderón*, in: Sindico/Mbengue 53 (64); *Molano Bustacara/Murcia Riaño*, Animales y naturaleza como nuevos sujetos de derecho: un estudio de las decisiones judiciales más relevantes en Colombia, Revista Colombiana de Bioética 2018/1, 82 (102).

¹⁵²⁹ S. insb. Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible Resolución No. 0115 por medio de la cual se asignan funciones al interior del Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible a efectos de dar cumplimiento a lo dispuesto en la Sentencia T-622 de 2016 vom 26. 1. 2018; vgl. *Macpherson*, Water 131, 150.

¹⁵³⁰ Corte Suprema de Justicia 26. 7. 2017, AHC4806-2017 (Oso chucho); vgl. *Macpherson*, Water 152 f.; *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (142); *valdesabogados.co/el-caso-del-oso-chucho-y-la-sentencia-su-016-de-2020-corte-constitucional-parte-i* (Stand 2. 7. 2024); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 66.

¹⁵³¹ *Molano Bustacara/Murcia Riaño*, Revista Colombiana de Bioética 2018/1, 82 (97 ff. m. w. N.); *Rendón Osorio*, Revista Derecho del Estado 2024/1, 337 (352).

Im darauffolgenden Jahr befasste sich der Oberste Gerichtshof mit einer *tutela*-Klage von 25 Kindern, die als zukünftige Generationen den Schutz zahlreicher verfassungsrechtlich garantierter Rechte verlangten, weil es der Staat unterlassen habe, die notwendigen Maßnahmen gegen die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes und damit den Klimawandel zu ergreifen. Der Gerichtshof stellte fest, dass die Rechte auf Leben, Gesundheit, Existenzminimum, Freiheit und menschliche Würde eng mit der Umwelt und dem Ökosystem verbunden sind und dass es die Rechte zukünftiger Generationen, das Vorsorgeprinzip, die generationenübergreifende Gerechtigkeit und das Solidaritätsprinzip verlangen, der Natur einen eigenen Wert und damit Schutz beizumessen. In der Folge erklärte er die kolumbianische Amazonasregion (*Amazonía colombiana*) zur Trägerin der Rechte auf Schutz, Erhaltung, Pflege und Wiederherstellung.¹⁵³²

Seither wurden mehr als ein Dutzend Bestandteile der Natur von kolumbianischen Gerichten und Tribunalen zu Rechtsträger:innen erklärt.¹⁵³³ Das Verwaltungstribunal von Boyacá erklärte die geschützte Landschaft Páramo de Pisba zur Trägerin von Rechten, die in Konkurrenz zu anderen verfassungsrechtlich geschützten Rechten treten und zu deren Beschränkung führen können.¹⁵³⁴ Der Fluss La Plata wurde als Rechtsträger:in anerkannt, als die Bewohner:innen eines Wohnviertels eine Verletzung ihrer Rechte auf Leben, Gesundheit und eine gesunde Umwelt durch ungeklärte Abwassereinleitungen in den Fluss geltend machten.¹⁵³⁵ Den Flüssen Combeima,

¹⁵³² Corte Suprema de Justicia 5.4.2018, STC4360-2018 (Amazonía) zur Argumentation s. insb. 13, 19, 36 f., 45; Acción de tutela vom 29.1.2018 (Klageschrift Amazonía), abrufbar unter www.dejusticia.org/wp-content/uploads/2018/01/TutelaCambioClim%C3%A1tico.pdf (Stand 2.7.2024); vgl. *Bagni*, Revista Jurdídica Derecho 2018/9, 33 (43 f.); *Acosta Alvarado/Rivas-Ramírez*, Journal of Environmental Law 2018/3, 519 (521 f.); *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (533 ff.); *Estupiñán Achury*, Revista de Estudios Jurídicos y Criminológicos 2020/1, 127 (140); *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (66 f.); *Villavicencio Calzadilla*, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (5); *Macpherson*, Water 153; *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (142); *Bagni*, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (128 f.); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (58); *Darpö*, Nature 20; *Gutmann*, Rechtssubjektivität 91; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 64 f.; *Y. Epstein/Echeverría*, Deforestation in the Colombian Amazon: Connecting the Environmental Rights of Future Generations and the Rights of Nature, in: Misonne/de Clippele (Hrsg.), Les grands arrêts inspirants du droit de l'environnement (2024) 17 (17 ff.).

¹⁵³³ Vgl. *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (523 f., 537 f.); *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (74); *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (3); *Darpö*, Nature 20; *Gutmann*, Rechtssubjektivität 91.

¹⁵³⁴ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 40; vgl. *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (143); *Vicente Giménez*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (22); *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1363); *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 66; *Cortés-Nieto/Gómez-Rey*, Revista Derecho del Estado 2023/1, 133 (155).

¹⁵³⁵ Juzgado Único Civil Municipal La Plata – Huila 19.3.2019, 41-396-40-03-001-2019-00114-00 (Río La Plata); vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers

Cocora und Coello wurden eigene Rechte zuerkannt, als das Verwaltungstribunal von Tolima feststellte, dass die Erteilung von Konzessionen für den Abbau von Gold die Wasserversorgung und damit mehrere kollektive Rechte der im Flusseinzugsgebiet lebenden Gemeinschaften bedrohte.¹⁵³⁶ Zudem führte eine *tutela*-Klage im Namen von zukünftigen Generationen gegen das Mega-Staudammprojekt Ituango zur Anerkennung der Rechte des Flusses Cauca. Das Projekt war bereits umweltrechtlich genehmigt worden, infolge eines Unglücks im Jahr 2018 waren jedoch Maßnahmen ergriffen worden, die zu schweren Beeinträchtigungen des Flusses führten. Daher machten die Kläger:innen eine Bedrohung ihrer Rechte auf Würde, Wasser, Ernährungssicherheit sowie eine gesunde Umwelt geltend und beantragten erfolgreich, die Rechte des Flusses anzuerkennen, eine Verletzung seiner Rechte festzustellen und Wiederherstellungsmaßnahmen anzuordnen.¹⁵³⁷

Die im Namen des Flusses Pance und der Stadtbewohner:innen von Cali erhobene *tutela*-Klage auf Schutz ihrer Rechte auf Wasser, Gesundheit, ein würdiges Leben und eine gesunde Umwelt war ebenfalls erfolgreich und führte zu dessen Anerkennung als Rechtssubjekt. Nach Ansicht des erkennenden Gerichts verletzen mehrere staatliche Einrichtungen sowie ein Bauunternehmen ihre gesetzlichen Pflichten, die Verschmutzung des Flusses zu verhindern, weil sie Wohnkomplexe ohne Kanalisation errichtet hatten.¹⁵³⁸ Aus einem ähnlichen Grund wurde der Fluss Otun als Rechtsträger:in anerkannt. Das Gericht stellte fest, dass die Umweltbehörde die umfassenden Vorschriften zum Schutz der Wasserressourcen und Abwasserentsorgung systematisch missachtet hatte. Deshalb sei das Konzept, Flüsse als Rechtssubjekte anzuerkennen und ihnen verfassungsrechtlichen Schutz zu gewähren und damit „die staatlichen Aktivitäten zur Einhaltung des geltenden Rechts zu verstärken“, auch auf den Fluss Otun anwendbar.¹⁵³⁹ Dem Fluss Magdalena wurden eigene Rechte zuerkannt, weil unzureichende Kläranlagen und die Nichteinhaltung von Genehmigungsaufgaben durch einen Kraftwerksbetrieb dessen Verschmutzung

29 f.; *Bagni*, in: Fiocchi Malaspina/Tarozzi 111 (129); *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1363); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 63.

¹⁵³⁶ Tribunal Administrativo del Tolima 30.5.2019, 73001-23-00-000-2011-00611-00 (Ríos Combeima Coello Cocora); vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 28 f.; *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (537 f.); *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (143); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (57); *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1363); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 63.

¹⁵³⁷ Tribunal Superior Medellín 17.6.2019, 2019-076 (Río Cauca); vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 25 f.; *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (537); *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (143); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (57); *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1363); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 63.

¹⁵³⁸ Juzgado Tercero de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Cali 12.7.2019, 2019-00043-00 (Río Pance).

¹⁵³⁹ Juzgado Cuarto de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Pereira 11.9.2019, 036-2019 (Río Otún) 39 f.

verursacht hatten und die Rechte der im Flusseinzugsgebiet lebenden Gemeinschaften verletzten.¹⁵⁴⁰ Auch der Fluss Quindío wurde aufgrund der Einleitung ungeklärter Abwässer als Rechtsträger:in anerkannt.¹⁵⁴¹ Weiters wurde der Fluss Fortalecillas zum Schutz der Rechte von zukünftigen Generationen auf Wasser, Gesundheit, ein würdiges Leben und eine gesunde Umwelt vor illegalen sowie unkontrollierten Aktivitäten im Flusseinzugsgebiet als Rechtssubjekt anerkannt.¹⁵⁴²

Das Sondergericht für Frieden¹⁵⁴³ gab den Anträgen der indigenen Awá- sowie Nasa- und Misak-Gemeinschaften statt und erkannte die von ihnen bewohnten Gebiete Katsa Su und Cxhab Wala Kiwe gemeinsam mit den dort lebenden Gemeinschaften als Opfer des bewaffneten Konflikts und kollektive Rechtssubjekte an.¹⁵⁴⁴ Auch der Fluss Cauca wurde 2023 (erneut) vom Sondergericht als Rechtssubjekt und Opfer in einem Verfahren vor dem Sondergericht anerkannt.¹⁵⁴⁵ Die Nationalparks Isla Salamanca,¹⁵⁴⁶ Los Nevados¹⁵⁴⁷ und Las Hermosas¹⁵⁴⁸ wurden ebenfalls von Gerichten als Rechtssubjekte anerkannt. Nach Ansicht des Obersten Gerichtshofes und zweier Tribunale hatten die beklagten Behörden nicht rechtzeitig entsprechende Maßnahmen ergriffen, um sie vor Abholzung und anderen in Nationalparks verbotenen Tätigkeiten zu schützen, weshalb die Rechte von Kindern, zukünftigen Generationen und weiteren unter besonderem verfassungsrechtlichem Schutz stehenden Personen verletzt worden waren. Der See Tota erhielt eigene Rechte, als festgestellt wurde, dass keine Maßnahmen gegen die Überschreitung von Blei-Grenzwerten ergriffen worden waren, um die Rechte der Bewohner:innen auf

¹⁵⁴⁰ Juzgado Primero Penal del Circuito de Neiva – Huila 24.10.2019, 41001-3109-001-2019-00066-00 (Río Magdalena); vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 26 f.; *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (143); *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1362); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 63.

¹⁵⁴¹ Tribunal Administrativo del Quindío 5.12.2019, 030-002-2019 (Río Quindío); vgl. *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (143); *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1362); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 63 f.

¹⁵⁴² Juzgado Primero Penal del Circuito de Neiva- Huila 20.5.2021, 41001-3109-001-2021-000039-00 (Río Fortalecillas).

¹⁵⁴³ S. dazu bereits Abschnitt B.V.1.a).

¹⁵⁴⁴ Jurisdicción Especial Para La Paz 12.11.2019, 02 de 2018 (Katsa Su); Jurisdicción Especial Para La Paz 17.1.2020, 02 de 2020 (Cxhab Wala Kiwe); vgl. tw. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 30 f.; *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1362); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 66; *Viaene*, Asian Journal of Law and Society 2022/2, 187 (197 f.).

¹⁵⁴⁵ Jurisdicción Especial Para La Paz 11.7.2023, Auto No. 226 de 2023 (Cauca); vgl. *Hernández-Umaña/Esguerra Ramírez/Añaños Bedriñana*, Earth jurisprudence in South America: Trends and developments, Journal of Infrastructure, Policy and Development 2024/5, 3515.

¹⁵⁴⁶ Corte Suprema de Justicia 18.6.2020, STC3872-2020 (Isla Salamanca).

¹⁵⁴⁷ Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18.8.2020, 73001-22-00-000-2020-00091-00 (Los Nevados); vgl. *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (3).

¹⁵⁴⁸ Rama Judicial del Poder Público Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 15.9.2020, 73001-22-05-000-2020-00097-00 (Parque Nacional Natural Las Hermosas).

Leben, Gesundheit, Wasser und eine gesunde Umwelt zu schützen.¹⁵⁴⁹ Auch diese Entscheidung wurde in zweiter Instanz aufgehoben, wogegen allerdings Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof erhoben wurde.¹⁵⁵⁰

Darüber hinaus erließ die Regierung (*Gobernación*) des Departments Nariño im Jahr 2019 eine Verordnung, in der die Rechte der strategischen Ökosysteme des Departments anerkannt wurden.¹⁵⁵¹ Außerdem wurde berichtet, dass in den Departments Antioquia und Tolima Beschlüsse gefasst wurden, in denen Wälder und mehrere Flusseinzugsgebiete anerkannt wurden.¹⁵⁵² Überdies wurden im Kongress Anträge eingebracht, in denen die explizite Verankerung der RdN in der Verfassung begehrt wurde.¹⁵⁵³ Die in Kolumbien anerkannten Rechtsträger:innen umfassen der Literatur zufolge damit 48 % des kolumbianischen Staatsgebietes. Zudem wurde festgestellt, dass manche Anerkennungen nicht mehr notwendig gewesen wären, da sich die Gebiete ganz oder teilweise mit den „großen“ Rechtsträger:innen Amazonasregion (43 %), Cauca (5 %) und Atrato (3 %) überschneiden.¹⁵⁵⁴

2. Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem

Die kolumbianischen RdN wurden von zwei Höchstgerichten – dem Verfassungsgerichtshof und dem Obersten Gerichtshof – sowie zahlreichen weiteren Tribunalen und Gerichten im Wege der Rechtsprechung zuerkannt.¹⁵⁵⁵ Des Weiteren wurden in drei Departments eine Verordnung und mehrere Beschlüsse mit RdN

¹⁵⁴⁹ Juzgado Primero Civil del Circuito Oral de Sogamoso 27. 11. 2020, ST-0047 (Lago de Tota); vgl. *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (3).

¹⁵⁵⁰ *Urteaga Crovetto*, Los derechos de la naturaleza en Sudamérica. Ensamblajes jurídicos para la defensa del medio ambiente, Actualidad Jurídica Ambiental 2023/12/1, 1 (15 f.). Das Ergebnis dieses Verfahrens war zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit nicht bekannt.

¹⁵⁵¹ Decreto No. 348 del Gobernador del Departamento de Nariño (RdN-Verordnung Nariño) vom 15. 7. 2019; vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 25; *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (75).

¹⁵⁵² Vgl. *Sánchez Zapata*, El reconocimiento de la naturaleza como sujeto de derechos: una oportunidad para repensar la planeación del ordenamiento territorial como función administrativa, Revista Derecho del Estado 2023/1, 87 (119); s. Ordenanza No. 46 de 2021 de la Asamblea Departamental del Tolima (RdN-Beschluss Tolima) vom 23. 8. 2021; die weiteren Beschlüsse waren bis zum Ende der Bearbeitungszeit nicht verfügbar.

¹⁵⁵³ www.camara.gov.co/derechos-de-la-naturaleza; www.camara.gov.co/derechos-de-la-naturaleza-1 (Stand 2. 7. 2024); vgl. *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (530).

¹⁵⁵⁴ *Sánchez Zapata*, Revista Derecho del Estado 2023/1, 87 (113 f., 116 ff.). Der ebenfalls in diesem Artikel erwähnte Magdalena Fluss (24 %) wurde hier nicht berücksichtigt, da die Entscheidung aufgehoben wurde.

¹⁵⁵⁵ Vgl. *Bagni*, Revista Jurídica Derecho 2018/9, 33 (40); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 22; *Villavicencio Calzadilla*, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (3); *García Pachón/Viloria/Rosa Calderón*, in: *Sindico/Mbengue* 53 (70).

erlassen.¹⁵⁵⁶ Die Verfassung von 1991 enthält hingegen keine Bestimmungen über RdN.¹⁵⁵⁷ Ihre „Konstruktion“ war allerdings gem. der kolumbianischen Universitätsprofessorin für Verfassungsrecht, Estupiñán Achury, aufgrund vieler Verfassungsbestimmungen insb. aus dem Bereich des Umweltschutzes und des umfassenden und offenen Grundrechtsschutzes mithilfe der *tutela*-Klage¹⁵⁵⁸ möglich.¹⁵⁵⁹ Zudem machte die Regierung nicht von der in der Verfassung vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch, die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes wegen Kompetenzüberschreitung für nichtig zu erklären.¹⁵⁶⁰

Da der Verfassungsgerichtshof die RdN aus dem Verfassungsrecht ableitete bzw. dieses entsprechend weiterentwickelte, könnte den RdN eine ähnliche Stellung im Rechtssystem zukommen wie den in der Verfassung gewährten Rechten.¹⁵⁶¹ Dem entsprechend bezeichneten mehrere Gerichte die zuerkannten RdN als „Grundrechte“ (*derechos fundamentales*) und setzten diese mit anderen in der Verfassung gewährten Menschenrechten in Bezug.¹⁵⁶² Allerdings ist auch festzuhalten, dass die im Kongress eingebrachten Anträge auf Aufnahme von RdN in die Verfassung bislang nicht angenommen wurden.¹⁵⁶³

Im Rahmen der folgenden Darstellung wird insb. das Urteil des Verfassungsgerichtshofes zum Fluss Atrato ausführlich erörtert. Überdies werden die Urteile des Obersten Gerichtshofes zur kolumbianischen Amazonasregion und zum Nationalpark Isla Salamanca dargestellt. Da die Urteile der Höchstgerichte – im Vergleich zu den Erkenntnissen des ecuadorianischen Verfassungsgerichtshofes – nur wenig Aufschluss über die Ausgestaltung der RdN geben, werden auch erst- und zweitinstanzliche Gerichtsentscheidungen dargestellt. Nicht berücksichtigt werden jene

¹⁵⁵⁶ Vgl. *Sánchez Zapata*, El reconocimiento de la naturaleza como sujeto de derechos: una oportunidad para repensar la planeación del ordenamiento territorial como función administrativa, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 87 (119); tw. auch *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, *Rivers* 25; abw. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 61. Zur Rechtssetzungsbefugnis der Departments s. bereits Abschnitt B.V.1.a).

¹⁵⁵⁷ *Estupiñán Achury*, *Revista de Estudios Jurídicos y Criminológicos* 2020/1, 127 (127, 136); *Kauffman/Martin*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (273); *Darpö*, *Nature* 20; *Montes Cortés*, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1 (3).

¹⁵⁵⁸ Zum Instrument s. bereits Abschnitt B.V.1.a).

¹⁵⁵⁹ *Estupiñán Achury*, *Revista de Estudios Jurídicos y Criminológicos* 2020/1, 127 (127); *Estupiñán Achury/Parra-Acosta/Rosso-Gauta*, La Pachamama o la naturaleza como sujeto de derechos: Asimetrías en el constitucionalismo del „buen vivir“ de América Latina, *Revista Saber, Ciencia y Libertad* 2022/2, 42 (49); s. dazu bereits ausführl. Abschnitt B.V.1.a).

¹⁵⁶⁰ Art. 237 Abs. 2 Verfassung von Kolumbien; *Macpherson*, *Water* 149.

¹⁵⁶¹ Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P.e 9.28 ff.

¹⁵⁶² Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 35 ff.; Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18.8.2020, 73001-22-00-000-2020-000091-00 (Los Nevados) SpruchP. 1; Rama Judicial del Poder Público Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 15.9.2020, 73001-22-05-000-2020-00097-00 (Parque Nacional Natural Las Hermosas) SpruchP. 1. Zu den in der Verfassung verankerten Menschenrechten s. bereits Abschnitt B.V.1.a).

¹⁵⁶³ B. Fn. 1553.

Entscheidungen von Gerichten oder Tribunalen erster und zweiter Instanz, die (soweit bekannt) aufgehoben wurden. Dazu zählen das Urteil in Bezug auf den Magdalena Fluss, das aufgehoben wurde, da die Kläger:innen nach Ansicht des Berufungsgerichts ihre Vertretungsbefugnis für die im Flusseinzugsgebiet lebenden Gemeinschaften nicht nachweisen konnten;¹⁵⁶⁴ das Urteil betreffend den Tota See und jenes betreffend der Flüsse Combeima, Coello und Cocora. Die Entscheidung hinsichtlich der drei Flüsse wurde vom Staatsrat, einem der obersten Gerichtshöfe Kolumbiens,¹⁵⁶⁵ mit der Begründung abgeändert, dass das Atrato-Urteil nicht auf den gegenständlichen Sachverhalt anwendbar sei, weil es sich um gesetzeskonform erteilte Konzessionen handle und nicht um illegale Aktivitäten wie im Falle des Atrato-Flusses.¹⁵⁶⁶ Auch die Anerkennung des Flusses Quindío hob der Staatsrat auf.¹⁵⁶⁷ Die Entscheidungen des Sondergerichts für Frieden zu den Gebieten „Katsa Su“, „Cxhab Wala Kiwe“ sowie dem Fluss Cauca sind hingegen nicht anfechtbar und damit endgültig.¹⁵⁶⁸ Des Weiteren wird die Verordnung des Departments Nariño dargestellt. Die Beschlüsse der Departments Antioquia und Tolima waren hingegen während der Bearbeitungszeit nicht verfügbar und konnten deshalb nicht berücksichtigt werden. Schließlich ist festzuhalten, dass der Literatur zufolge keine weiteren Maßnahmen zur Umsetzung der Urteile im Verwaltungsrecht, wie etwa die Anpassung von Raumordnungsplänen, ergriffen wurden.¹⁵⁶⁹ Auch auf Gesetzesebene sind keine Änderungen oder Anpassungen bekannt.¹⁵⁷⁰

3. Rechtsträger:innen

a) Fluss Atrato

Der Verfassungsgerichtshof erklärte den „Fluss Atrato, sein Einzugsgebiet und seine Nebenflüsse“ zum „Rechtssubjekt“.¹⁵⁷¹ In wortwörtlicher Übersetzung lautet der vierte Spruchpunkt des Urteils „ist wie eine Entität Subjekt von Rechten auf [*entidad sujeto de derechos a*] Schutz, Erhaltung, Pflege und Wiederherstellung

¹⁵⁶⁴ Juzgado Primero Penal del Circuito de Neiva- Huila 20.5.2021, 41001-3109-001-2021-000039-00 (Río Fortalecillas) 24.

¹⁵⁶⁵ S. dazu bereits Abschnitt B.V.1.a).

¹⁵⁶⁶ Consejo de Estado 14. 9. 2020, 00611-03 (Ríos Combeima Coello Cocora) P. 5.12; vgl. Montes Cortés, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (11).

¹⁵⁶⁷ Rendón Osorio, Revista Derecho del Estado 2024/1, 337 (350, 356).

¹⁵⁶⁸ Cyrus R. Vance Center for International Justice et al., Rivers 31.

¹⁵⁶⁹ Krit. Sánchez Zapata, Revista Derecho del Estado 2023/1, 87 (108 f., 114 ff., 123 f.); vgl. weiters Sueli Cock, Tensiones entre los derechos de los ríos y los derechos fundamentales al agua y saneamiento: el caso de algunas veredas de Mesetas, Revista Derecho del Estado 2024/1, 307 (317).

¹⁵⁷⁰ Vgl. Sueli Cock, Revista Derecho del Estado 2024/1, 307 (310 f.).

¹⁵⁷¹ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) Pe 9.32, 10.2.1 und SpruchP. 4; vgl. bereits B. Fn. 1522.

anzuerkennen“.¹⁵⁷² Der Fluss kann folglich als Rechtsträger:in betrachtet werden.¹⁵⁷³ In der kolumbianischen rechtswissenschaftlichen Literatur wird kritisiert, dass das Urteil keine näheren Ausführungen über die Bedeutung der Anerkennung als „Rechtssubjekt“ enthält.¹⁵⁷⁴ Die neuseeländische Rechtswissenschaftlerin Macpherson erwähnt unter Berufung auf eine kolumbianische rechtswissenschaftliche Quelle, dass ein „Rechtssubjekt“ (*sujeto de derechos*) nicht mit einer „Rechtsperson“ (*legal person*) gleichgesetzt werden darf und im kolumbianischen Recht ein „Rechtssubjekt“ Rechtspersönlichkeit (*legal personality/personalidad jurídica*) haben kann oder auch nicht.¹⁵⁷⁵ In der verfügbaren kolumbianischen rechtswissenschaftlichen Literatur wird hingegen ohne nähere Auseinandersetzung mit dieser Frage angenommen, dass der Fluss auch Rechtspersönlichkeit besitzt.¹⁵⁷⁶ Die Urteilsausführungen enthalten zudem eine grobe geografische Eingrenzung des Flusses als Rechtsträger:in, wonach dieser von seiner Quelle auf dem Cerro Plateado am westlichsten Gebirgszug der Anden bis zu seiner Mündung in den Golf von Urabá über eine Länge von 750 Kilometer, 15 Nebenflüsse sowie 300 Bäche verfügt.¹⁵⁷⁷

b) Weitere Rechtsträger:innen

Seit der verfassungsgerichtlichen Entscheidung zum Fluss Atrato wurden zahlreiche weitere Flüsse, als „Rechtssubjekte“ (*sujetos de derecho*) anerkannt. Dazu gehören der „Fluss La Plata“, ¹⁵⁷⁸ der „Fluss Cauca, sein Einzugsgebiet und seine

¹⁵⁷² Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) SpruchP. 4; vgl. Macpherson, Water 145.

¹⁵⁷³ Vgl. Villavicencio Calzadilla, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (9).

¹⁵⁷⁴ Molina Roa, in: García Pachón 121 (145); Molano Bustacara/Murcia Riaño, Revista Colombiana de Bioética 2018/1, 82 (100); vgl. weiters Iorns Magallanes, in: Martín/Te Ahol Humphries-Kil 216 (232).

¹⁵⁷⁵ Macpherson, Water 145 f. mit Verweis auf Suárez Gómez/Herra Carrascal, El Agua Como Sujeto de Derechos, in: García Pachón (Hrsg.), Tratado de Derecho de Aguas I (2018) 99 (während der Bearbeitungszeit nicht verfügbar).

¹⁵⁷⁶ Molina Roa, in: García Pachón 121 (122); García Pachón/Viloria/Rosa Calderón, in: Sindico/Mbengue 53 (70); vgl. auch die int. Literatur: Iorns Magallanes, in: Martín/Te Ahol Humphries-Kil 216 (232); Villavicencio Calzadilla, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (10); Wesche, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (18); Macpherson, Water 132; O'Donnell, Rivers 170, 173.

¹⁵⁷⁷ Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P.e 1, 5.40 und 9.1; vgl. Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (46).

¹⁵⁷⁸ Juzgado Único Civil Municipal La Plata – Huila 19.3.2019, 41-396-40-03-001-2019-00114-00 (Río La Plata) 16; vgl. Cyrus R. Vance Center for International Justice et al., Rivers 29; Gómez-Betancur, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (74 Fn. 187).

Nebenflüsse“,¹⁵⁷⁹ der „Fluss Pance, sein Einzugsgebiet und seine Nebenflüsse“,¹⁵⁸⁰ der „Fluss Otun, sein Einzugsgebiet und seine Nebenflüsse“¹⁵⁸¹ und der „Fluss Fortalecillas“.¹⁵⁸² Des Weiteren wurden folgende Regionen als „Rechtssubjekte“ anerkannt: die „kolumbianische Amazonasregion“,¹⁵⁸³ das „Páramo de Pisba“,¹⁵⁸⁴ das der Entscheidung zufolge sowohl Fauna und Flora als auch die umliegenden Wälder umfasst,¹⁵⁸⁵ sowie die Nationalparks „Vía Parque Isla de Salamanca“,¹⁵⁸⁶ „Los Nevados“¹⁵⁸⁷ und „der Páramokomplex Las Hermosas“. ¹⁵⁸⁸ Die Gebiete „Katsa Su“ und „Cxhab Wala Kiwe“ wurden gemeinsam mit den dort lebenden indigenen Awa- sowie Nasa- und Misak-Gemeinschaften zum „kollektiven Rechtssubjekt“ erklärt und als Opfer des bewaffneten Konflikts anerkannt.¹⁵⁸⁹ Die erstmalige Anerkennung durch das Sondergericht war diesem zufolge auf die Sichtweisen der Awa

¹⁵⁷⁹ Tribunal Superior Medellín 17.6.2019, 2019-076 (Río Cauca) SpruchP. 3; sowie Jurisdicción Especial Para La Paz 11.7.2023, Auto No. 226 de 2023 (Cauca); vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 26; *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (143); *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (537); *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (74 Fn. 187).

¹⁵⁸⁰ Juzgado Tercero de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Cali 12.7.2019, 2019-00043-00 (Río Pance) SpruchP. 1; vgl. *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (143); *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (74 Fn. 187).

¹⁵⁸¹ Juzgado Cuarto de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Pereira 11.9.2019, 036-2019 (Río Otún) SpruchP. 2; *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (74 Fn. 187).

¹⁵⁸² Juzgado Primero Penal del Circuito de Neiva- Huila 20.5.2021, 41001-3109-001-2021-000039-00 (Río Fortalecillas) SpruchP. 3.

¹⁵⁸³ Corte Suprema de Justicia 5.4.2018, STC4360-2018 (Amazonía) 45; *Estupiñán Achury*, Revista de Estudios Jurídicos y Criminológicos 2020/1, 127 (140); *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (68); *Villavicencio Calzadilla*, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (5, 8); *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (143); *Collins*, Constitution 76; *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 65.

¹⁵⁸⁴ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 67; vgl. *Molina Roa*, in: García Pachón 121 (143); *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (74 Fn. 187).

¹⁵⁸⁵ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 35.

¹⁵⁸⁶ Corte Suprema de Justicia 18.6.2020, STC3872-2020 (Isla Salamanca) SpruchP. 1; vgl. *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (74 Fn. 187).

¹⁵⁸⁷ Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18.8.2020, 73001-22-00-000-2020-000091-00 (Los Nevados) SpruchP. 1; vgl. *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (74 Fn. 187).

¹⁵⁸⁸ Rama Judicial del Poder Público Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 15.9.2020, 73001-22-05-000-2020-00097-00 (Parque Nacional Natural Las Hermosas) SpruchP. 1.

¹⁵⁸⁹ Jurisdicción Especial Para La Paz 12.11.2019, 02 de 2018 (Katsa Su) SpruchP. 1; Jurisdicción Especial Para La Paz 17.1.2020, 02 de 2020 (Cxhab Wala Kiwe) SpruchP. 5; vgl. *tw. Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 31.

zurückzuführen, wonach sie sich als Teil von „Katsa Su“ sehen, mit dem sie in einer harmonischen Beziehung leben und das für sie ein lebendes Wesen und „Mutter Erde“ ist.¹⁵⁹⁰ Den Urteilen sind keine näheren Ausführungen zu den Rechtsträger:innen zu entnehmen.

c) Strategische Ökosysteme von Nariño

Gem. der Verordnung des Departments Nariño fördert „die Regierung von Nariño den Respekt, den Schutz, die Erhaltung und die Wiederherstellung der strategischen Ökosysteme des Departments, die besonderen Schutzgebiete und die Natur im Allgemeinen, indem diese als Rechtsträger:innen (*titulares de derechos*) und Schutzsubjekte (*sujetos de proteccion*) anerkannt werden“.¹⁵⁹¹ Die Verordnung enthält keine Definition der Rechtsträger:innen. Den Erwägungsgründen zufolge verfügt das Department über 39 verschiedene kontinentale Ökosysteme, die Berge, Wälder, Feuchtgebiete, Páramos und Mangrovenwälder umfassen und eine hohe biologische Vielfalt aufweisen. Die „strategischen Ökosysteme“ zeichnen sich durch ihre Diversität, biologische Zusammensetzung, physikalischen Eigenschaften und ökologischen Prozesse aus und tragen dazu bei, das ökologische Gleichgewicht, das Klima, die Wasserzyklen und die Biodiversität zu erhalten und die Küstenerosion zu verhindern.¹⁵⁹² Das Wort „strategisch“ wird folglich in Bezug auf die Ökologie und nicht – wie man auch annehmen könnte – in Hinblick auf ökonomische Erwägungen verwendet. Gem. der Strategie zur Umsetzung der Verordnung sollen insb. die Rechte der verschiedenen Ökosysteme des Departments geschützt werden, indem die wesentlichen Bedrohungen festgestellt und strategische Orte identifiziert werden, um die ökologische Struktur der Region zu erhalten. Die Strategie enthält eine Liste mit strategischen Orten eines jeden Ökosystems, die teilweise auch Schutzgebiete umfassen.¹⁵⁹³ Inwieweit auch einzelne Arten oder Tiere geschützt sind, geht aus den Rechtsquellen nicht hervor. Überdies ist aufgrund von unterschiedlichen Bezugnahmen unklar, ob nur die „strategischen Ökosysteme“ oder die „Natur im Allgemeinen“ als Rechtsträger:innen betrachtet werden.¹⁵⁹⁴

¹⁵⁹⁰ Jurisdicción Especial Para La Paz 12. 11. 2019, 02 de 2018 (Katsa Su) 27, 32; *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 31.

¹⁵⁹¹ Art. 1 RdN-Verordnung Nariño; vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 25.

¹⁵⁹² RdN-Verordnung Nariño 2 f.

¹⁵⁹³ Estrategia de Respeto, Protección y Garantía para Promover los derechos de la naturaleza en el departamento de Nariño (RdN-Strategie Nariño), abrufbar unter 2016-2019.narino.gov.co/inicio/files/SalaDePrensa/Ambiental/Derechos_de_la_Naturaleza.pdf (Stand 2. 7. 2024) 38 ff.

¹⁵⁹⁴ Ersteres wird angenommen von *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 25.

4. Rechte und Schutzbereich

a) Fluss Atrato

Dem Fluss Atrato wurden vom Verfassungsgerichtshof die Rechte auf Schutz, Erhaltung, Pflege und Wiederherstellung zuerkannt.¹⁵⁹⁵ Der Inhalt dieser Rechte wurde nicht näher ausgeführt.¹⁵⁹⁶ Auch sind dem Gerichtssentscheid keine Hinweise darauf zu entnehmen, dass der Fluss Pflichten erhielt.¹⁵⁹⁷ Gem. einem Bericht über die Umsetzung des Urteils kommt insb. der Hüter:innenkommission, die zur Vertretung des Flusses eingerichtet wurde, die Aufgabe zu, „den Umfang und die Reichweite“ der Rechte des Flusses zu klären. Dieser Aufgabe ist sie allerdings noch nicht nachgekommen.¹⁵⁹⁸ Rückschlüsse auf den Schutzbereich der zuerkannten Rechte lassen sich daher insb. aus den vom Verfassungsgerichtshof getroffenen Anordnungen gewinnen.¹⁵⁹⁹

Der Verfassungsgerichtshof trug dem Staat insb. auf, die Rechte des Flusses gemeinsam mit den im Einzugsgebiet lebenden ethnischen Gemeinschaften zu schützen und zu vertreten.¹⁶⁰⁰ Außerdem ordnete er an, den illegalen Bergbau zu unterbinden.¹⁶⁰¹ Darüber hinaus beauftragte er das Umweltministerium sowie weitere staatliche Einrichtungen mit der Erstellung eines Dekontaminierungsplans für das Einzugsgebiet samt Nebenflüssen und Uferbereichen. Dieser sollte mit der Unterstützung des Humboldtinstituts, zweier Universitäten, des Umweltforschungsinstituts, des WWF und weiterer nationaler und internationaler Organisationen ausgearbeitet werden und Maßnahmen zur Wiederherstellung des Flussbetts, zur Beseitigung von bergbaubedingten Sandbänken und zur Wiederaufforstung enthalten.¹⁶⁰² Der Plan wurde in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften erstellt und im Dezember 2019 als „Umweltaktionsplan“ veröffentlicht. Im Plan wurden die Zusammenhänge zwischen dem Zustand der Umwelt und der Lebensweise der indigenen Gemeinschaften berücksichtigt sowie konkrete Maßnahmen,

¹⁵⁹⁵ S. bereits B. Fn. 1522.

¹⁵⁹⁶ *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (75); *Macpherson*, Water 146, 156; *Iorns Magallanes*, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (232); *Molano Bustacara/Murcia Riaño*, Revista Colombiana de Bioética 2018/1, 82 (100).

¹⁵⁹⁷ *García Pachón/Viloria/Rosa Calderón*, in: Sindico/Mbengue 53 (70).

¹⁵⁹⁸ Comité de Seguimiento, 6° Informe de Seguimiento Sentencia T-622 de 2016 (6. Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil, August 2020) 12 ff.; vgl. *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (19).

¹⁵⁹⁹ Vgl. *Iorns Magallanes*, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (231); *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (10).

¹⁶⁰⁰ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) SpruchP. 4; s. im Detail Abschnitt B.V.6.a).

¹⁶⁰¹ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) SpruchP. 6.

¹⁶⁰² Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) SpruchP. 5; vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 24, 28; *Macpherson*, Water 149; *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (277); *Kauffman/Martin*, Politics 196.

Zuständigkeiten und Indikatoren für die Verbesserung der Umweltqualität, etwa durch die Entfernung kontaminierter Sandbänke, die Wiederherstellung der Flussbette, die Sanierung kontaminierter Flächen, die Wiederherstellung und -aufforstung degradierter Flächen und die Verbesserung der Abwasserentsorgung, sowie für die Förderung der nachhaltigen Produktion, die ökologische Verwaltung der Region und das Informations- und Wissensmanagement vorgesehen.¹⁶⁰³

Außerdem wurden das Verteidigungsministerium, das Außenministerium, die nationale Polizei, die nationalen Streitkräfte und weitere staatliche Einrichtungen beauftragt, mit den klagenden Gemeinschaften einen gemeinsamen Aktionsplan zur Neutralisierung und endgültigen Beseitigung illegaler Bergbauaktivitäten im Departement Chocó zu erstellen. Dieser sollte Maßnahmen wie die Beschlagnahme und Neutralisierung von Baggern und Maschinen, Transitbeschränkungen und -verbote für Treibstoffe, chemische Substanzen (Quecksilber, Zyanid) und andere Materialien sowie die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen vorsehen.¹⁶⁰⁴ Im Dezember 2017 wurde der Plan veröffentlicht.¹⁶⁰⁵

Das Landwirtschaftsministerium und weitere staatliche Einrichtungen erhielten den Auftrag, einen Aktionsplan zur Wiedererlangung traditioneller Subsistenz- und Ernährungsformen zu erstellen, wodurch ein Mindestmaß an Ernährungssicherheit in der Region garantiert werden soll und die Rechte der dort lebenden Gemeinschaften wiederhergestellt werden sollen, indem sie ihre Kultur, Lebensweise und Tätigkeiten wie die Fischerei, Jagd, Landwirtschaft, das Sammeln von Früchten oder den handwerklichen Bergbau wiederaufnehmen.¹⁶⁰⁶ Der Plan wurde im Oktober 2020 veröffentlicht.¹⁶⁰⁷ Dieser ist in fünf Themenblöcke gegliedert, die jeweils prioritäre Maßnahmen, Finanzierungsmodalitäten und Indikatoren enthalten. Im ersten Themenblock wurde die Verbesserung der Raumplanung vorgesehen, indem Planungsinstrumente harmonisiert und Bewirtschaftungspläne für Gebiete, Wälder, Gewässer und Arten erstellt werden sollen. Der zweite Themenblock hat die Verbesserung der Lebensqualität zum Ziel. So wurden Wiederherstellungsmaßnahmen für Flussbette und beeinträchtigte Gebiete, Sanierungsmaßnahmen für quecksil-

¹⁶⁰³ Kapitel 9.2 ff. Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible, Plan de Acción Ambiental Cumplimiento a la Orden Quinta – Sentencia T-622 de 2016, abrufbar unter siatpc.co/documentos/plan_de_accion_orden_5_enero_20/plan_de_accion_orden_quinta.pdf (Stand 2.7.2024); vgl. *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (17 f.).

¹⁶⁰⁴ Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) SpruchP. 6; vgl. *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (12); *Macpherson*, Water 149; *Molano Bustacara/Murcia Riaño*, Revista Colombiana de Bioética 2018/1, 82 (Fn. 21); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (277); *Kauffman/Martin*, Politics 196.

¹⁶⁰⁵ S. im Detail *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (15).

¹⁶⁰⁶ Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) SpruchP. 7; *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (12); *Macpherson*, Water 149; *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (277); *Kauffman/Martin*, Politics 196.

¹⁶⁰⁷ Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible, Plan de Acción de la Orden Séptima Sentencia T-622 de 2016, abrufbar unter siatpc.co/wp-content/uploads/plan-de-accion-orden-7.pdf (Stand 2.7.2024).

berbelastete Gebiete und Verbesserungsmaßnahmen für die Abwasser- und Abfallbehandlung, für Habitate, die Gesundheit und die Ernährung vorgesehen. Zu diesem Zweck soll eine Neuorientierung der Produktionsformen in den beeinträchtigten Gebieten stattfinden, indem traditionelle Produktionsmethoden erhalten, der gerechte Handel forciert und Abfälle wiederverwendet werden. Der dritte Themenblock bezieht sich auf die nachhaltige Produktion und enthält Maßnahmen zur Verbesserung der Kreislaufwirtschaft und der Transportinfrastruktur, zur Förderung des Naturtourismus, der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und nachhaltiger Produktionsweisen, wie z.B. der Nutzung heimischer Pflanzen, der verantwortungsvollen Fischerei und Aquakultur, der Agroforstwirtschaft, der gemeinschaftlichen Forstwirtschaft, dem sozial und ökologisch verantwortungsvollen Bergbau, der verantwortungsvollen Viehzucht, der biologischen Landwirtschaft oder der Herstellung von traditionellen Produkten. Im vierten Themenblock wurden Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Verwaltung vorgesehen, wonach z.B. Genossenschaften und Kooperativen zu fördern, Institutionen zu stärken und die Partizipation zu fördern sind. Im fünften Themenblock wurden schließlich Maßnahmen betreffend das Informations- und Wissensmanagement und Monitoring vorgesehen.¹⁶⁰⁸ Zudem enthält der Aktionsplan eine Liste mit nicht nachhaltigen Produktionsverfahren.¹⁶⁰⁹

Überdies ordnete der Verfassungsgerichtshof die Durchführung toxikologischer und epidemiologischer Studien über den Fluss samt Nebenflüssen und die Gemeinschaften an. Dabei sind der Kontaminierungsgrad durch Quecksilber und andere giftige Substanzen sowie die gesundheitliche Beeinträchtigung der Bevölkerung festzustellen und Richtwerte für künftige Überprüfungen festzulegen.¹⁶¹⁰ Außerdem wurde die Regierung beauftragt, ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die angeordneten Maßnahmen nachhaltig und progressiv umgesetzt werden können.¹⁶¹¹

b) Weitere Rechtsträger:innen

Auch den meisten weiteren Rechtsträger:innen, insb. den meisten Flüsse, wurden die „Rechte auf Schutz, Erhaltung, Pflege und Wiederherstellung“ zuerkannt.¹⁶¹² Den

¹⁶⁰⁸ Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible, Plan de Acción de la Orden Séptima Sentencia T-622 de 2016, 13, 101.

¹⁶⁰⁹ Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible, Plan de Acción de la Orden Séptima Sentencia T-622 de 2016, 82 ff. S. dazu im Detail Abschnitt B.V.5.a).

¹⁶¹⁰ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) SpruchP. 8; vgl. *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (12); *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (277 f.); *Kauffman/Martin*, Politics 196.

¹⁶¹¹ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) SpruchP. 11.

¹⁶¹² Corte Suprema de Justicia 5. 4. 2018, STC4360-2018 (Amazonía) 45; Tribunal Superior Medellín 17. 6. 2019, 2019-076 (Río Cauca) SpruchP. 3; Juzgado Tercero de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Cali 12. 7. 2019, 2019-00043-00 (Río Pance) SpruchP. 1; Juz-

Nationalparks Los Nevados und Las Hermosas wurden hingegen die Grundrechte auf „Leben, Gesundheit und eine gesunde Umwelt“ zugesprochen.¹⁶¹³ In Hinblick auf den Fluss La Plata, das Páramo de Pisba und den Nationalpark Isla de Salamanca wurden keine konkreten Rechte festgelegt.¹⁶¹⁴ Bezüglich des Flusses La Plata wurde allerdings festgestellt, dass aufgrund des Vorsorgeprinzips „unmittelbare Schutzmaßnahmen“ zu ergreifen sind, und es wurden Reinigungsmaßnahmen angeordnet.¹⁶¹⁵ Das Páramo de Pisba erhielt durch die Anerkennung als „Rechtssubjekt“ nach Ansicht des Verwaltungstribunals einen „selbstvollstreckbaren Schutzstatus“ im Sinne eines autonomen Grundrechts. Daher sei es für seinen Schutz nicht erforderlich, Aktivitäten, die seine Erhaltung bedrohen, gesetzlich zu verbieten. Das Páramo sei vielmehr auch dann schutzberechtigt und das Vorsorgeprinzip anzuwenden.¹⁶¹⁶ Den Urteilerwägungen ist überdies zu entnehmen, dass der Schutz des Páramos die Rechte auf „Erhaltung und Integrität als Ökosystem“ umfasst.¹⁶¹⁷ Nach Ansicht des Verwaltungstribunals hat die Anerkennung als „Rechtssubjekt“ zudem folgende Auswirkungen: Die Biodiversitätskonvention ist vollständig anzuwenden, die Gebietsgrenzen sind nach wissenschaftlichen Kriterien zu bestimmen und die Vertreter:innen (im konkreten Fall das Umweltministerium) haben bei der Erteilung von Bergbau- und Kohlenwasserstoffkonzessionen Interventionsmöglichkeiten und die Pflicht, die Ausstellung neuer Bergbauberechtigungen zu verhindern.¹⁶¹⁸ Die Gebiete Katsa Su und Cxhab Wala Kiwe erhielten durch die Anerkennung als „kollektives Rechtssubjekt“ und Opfer des bewaffneten Konflikts das Recht, Wiedergutmachungsmaßnahmen zu beantragen.¹⁶¹⁹

gado Cuarto de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Pereira 11.9.2019, 036-2019 (Río Otún) SpruchP. 2; Juzgado Primero Penal del Circuito de Neiva- Huila 20.5.2021, 41001-3109-001-2021-000039-00 (Río Fortalecillas) SpruchP. 3; vgl. z.B. *Estupiñán Achury*, *Revista de Estudios Jurídicos y Criminológicos* 2020/1, 127 (140); *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 521 (537); *Wagner/Bergthaler/Römer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 64.

¹⁶¹³ Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18.8.2020, 73001-22-00-000-2020-000091-00 (Los Nevados) SpruchP. 1; Rama Judicial del Poder Público Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 15.9.2020, 73001-22-05-000-2020-00097-00 (Parque Nacional Natural Las Hermosas) SpruchP. 1.

¹⁶¹⁴ Vgl. betr. Isla Salamanca *Gómez-Betancur*, *UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs* 2020/1, 41 (75).

¹⁶¹⁵ Juzgado Único Civil Municipal La Plata – Huila 19.3.2019, 41-396-40-03-001-2019-00114-00 (Río La Plata) 25 und SpruchP. 2; vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, *Rivers* 29.

¹⁶¹⁶ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 35.

¹⁶¹⁷ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 38.

¹⁶¹⁸ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 34 ff., SpruchP. 3.

¹⁶¹⁹ Jurisdicción Especial Para La Paz 12.11.2019, 02 de 2018 (Katsa Su); Jurisdicción Especial Para La Paz 17.1.2020, 02 de 2020 (Cxhab Wala Kiwe); vgl. tw. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, *Rivers* 31.

Die meisten Gerichte und Tribunale trafen – wie der Verfassungsgerichtshof – konkrete Anordnungen zum Schutz der neuen Rechtsträger:innen, die Aufschluss über den Inhalt der gewährten Rechte geben können. In vielen Fällen erging der Auftrag, konkrete Pläne und Maßnahmen zur Wiederherstellung,¹⁶²⁰ zur Eindämmung der Abholzung¹⁶²¹ oder zur Dekontaminierung zu erstellen.¹⁶²² Gelegentlich wurde auch die Durchführung von toxikologischen oder wissenschaftlichen Studien angeordnet.¹⁶²³ Weitere Anordnungen betrafen die Einstellung oder Aussetzung von Genehmigungsverfahren¹⁶²⁴ sowie das Ergreifen von Maßnahmen gegen schädigende Verhaltensweisen.¹⁶²⁵ In einem Fall wurde angeordnet, die menschlichen, landwirtschaftlichen und industriellen Einflüsse auf null zu reduzieren.¹⁶²⁶ Weitere Anordnungen betrafen die Einrichtung von Arbeitsgruppen,¹⁶²⁷ Bildungs- und Mo-

¹⁶²⁰ Juzgado Tercero de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Cali 12. 7. 2019, 2019-00043-00 (Río Pance) SpruchP. 4; ähnl. Juzgado Cuarto de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Pereira 11. 9. 2019, 036-2019 (Río Otún) SpruchP. 3; Rama Judicial del Poder Público Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 15. 9. 2020, 73001-22-05-000-2020-00097-00 (Parque Nacional Natural Las Hermosas) SpruchP. 1; Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18. 8. 2020, 73001-22-00-000-2020-000091-00 (Los Nevados) SpruchP. 1; vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 28 f.

¹⁶²¹ Corte Suprema de Justicia 5. 4. 2018, STC4360-2018 (Amazonía) SpruchP. 1 „inter-generationale Vereinbarung für das Leben der kolombianischen Amazonasregion“; vgl. *Gómez-Betancur*, *UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs* 2020/1, 41 (68); *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 521 (536); *Villavicencio Calzadilla*, *Law, Environment and Development Journal* 2019, xiii (8); *Acosta Alvarado/Rivas-Ramírez*, *Journal of Environmental Law* 2018/3, 519 (525); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 25; *Collins*, *Constitution* 76; a. A. *Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 65. Sowie Corte Suprema de Justicia 18. 6. 2020, STC3872-2020 (Isla Salamanca) SpruchP. 2.

¹⁶²² Juzgado Único Civil Municipal La Plata – Huila 19. 3. 2019, 41-396-40-03-001-2019-00114-00 (Río La Plata) SpruchP. 3.

¹⁶²³ Juzgado Primero Penal del Circuito de Neiva- Huila 20. 5. 2021, 41001-3109-001-2021-000039-00 (Río Fortalecillas) SpruchP. 4; Juzgado Único Civil Municipal La Plata – Huila 19. 3. 2019, 41-396-40-03-001-2019-00114-00 (Río La Plata) SpruchP. 3.

¹⁶²⁴ Juzgado Tercero de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Cali 12. 7. 2019, 2019-00043-00 (Río Pance) SpruchP. 6 f.; Tribunal Administrativo de Boyacá 9. 8. 2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 68.

¹⁶²⁵ Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18. 8. 2020, 73001-22-00-000-2020-000091-00 (Los Nevados) SpruchP. 5 und 8; Juzgado Cuarto de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Pereira 11. 9. 2019, 036-2019 (Río Otún) SpruchP. 4 und 9; Juzgado Tercero de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Cali 12. 7. 2019, 2019-00043-00 (Río Pance) SpruchP. 10; Corte Suprema de Justicia 5. 4. 2018, STC4360-2018 (Amazonía) SpruchP. 5; vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 25.

¹⁶²⁶ Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18. 8. 2020, 73001-22-00-000-2020-000091-00 (Los Nevados) SpruchP. 1.

¹⁶²⁷ Corte Suprema de Justicia 5. 4. 2018, STC4360-2018 (Amazonía) SpruchP. 4; vgl. *Gómez-Betancur*, *UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs* 2020/1, 41 (68); *Villavicencio Calzadilla*, *Law, Environment and Development Journal* 2019, xiii (8); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 25.

onitoringmaßnahmen¹⁶²⁸ sowie die Pflicht, über die Umsetzung der Anordnungen regelmäßig Bericht zu erstatten.¹⁶²⁹ In den meisten Fällen wurde den staatlichen Einrichtungen zudem aufgetragen, genügend finanzielle Mittel für die Umsetzung der Anordnungen zur Verfügung zu stellen.¹⁶³⁰

Erwähnenswert ist i.d.Z. auch die aufgehobene Entscheidung des Obersten Gerichtshofes zum Andenbären Chucho.¹⁶³¹ Darin stellte der Gerichtshof fest, dass das Konzept „Rechtssubjekt“, wonach mit der Rechtsträgerschaft auch Pflichten verbunden sind, in Bezug auf die Natur anzupassen und flexibel zu betrachten sei.¹⁶³² Außerdem gehe es nicht darum, dass „fühlende Wesen“ und „Bestandteile der Natur“ die gleichen Rechte wie Menschen hätten, sondern „die ihrer Art, ihrem Rang oder ihrer Gruppe entsprechenden, gerechten und angemessenen“. ¹⁶³³ Weiters stellte der Gerichtshof fest, dass der Staat den Tieren in seinen Gesetzen und seiner Rechtsprechung bereits auf verschiedenste Weise Schutz gewährt, indem z.B. verboten wurde, dass sie an Hunger, Schmerz oder Stress leiden.¹⁶³⁴ Daher gelangte er zu dem Ergebnis, dass Tiere ein Recht auf Freiheit und damit „auf ein natürliches Leben, auf eine Entwicklung, mit wenig Leid, mit ihrer Körpergröße und ihrem Zustand entsprechender Lebensqualität, aber vor allem auf verantwortungsvolle Erhaltung“ haben.¹⁶³⁵ Die Anwendung der *habeas corpus*-Garantie ist deshalb nach Ansicht der überprüfenden Gerichte aber nicht gerechtfertigt, da diese exklusiv „Individuen“ zustehe.¹⁶³⁶

c) Strategische Ökosysteme von Nariño

In der Verordnung des Departments wurde festgelegt, dass „die Regierung von Nariño den Respekt, den Schutz, die Erhaltung und die Wiederherstellung“ der

¹⁶²⁸ Juzgado Cuarto de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Pereira 11.9.2019, 036-2019 (Río Otún) SpruchP. 6; Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18.8.2020, 73001-22-00-000-2020-000091-00 (Los Nevados) SpruchP. 7.

¹⁶²⁹ Juzgado Cuarto de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Pereira 11.9.2019, 036-2019 (Río Otún) SpruchP. 11; Juzgado Único Civil Municipal La Plata – Huila 19.3.2019, 41-396-40-03-001-2019-00114-00 (Río La Plata) SpruchP. 5.

¹⁶³⁰ Rama Judicial del Poder Público Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 15.9.2020, 73001-22-05-000-2020-00097-00 (Parque Nacional Natural Las Hermosas) SpruchP. 2; Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18.8.2020, 73001-22-00-000-2020-000091-00 (Los Nevados) SpruchP. 2; Juzgado Cuarto de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Pereira 11.9.2019, 036-2019 (Río Otún) SpruchP. 5 und 8; Juzgado Tercero de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Cali 12.7.2019, 2019-00043-00 (Río Pance) SpruchP. 4.

¹⁶³¹ S. dazu bereits Abschnitt B.V.1.c).

¹⁶³² Corte Suprema de Justicia 26.7.2016, AHC4806-2017 (Oso chuco) 14.

¹⁶³³ Corte Suprema de Justicia 26.7.2016, AHC4806-2017 (Oso chuco) 12.

¹⁶³⁴ Corte Suprema de Justicia 26.7.2016, AHC4806-2017 (Oso chuco) 16, 20.

¹⁶³⁵ Corte Suprema de Justicia 26.7.2016, AHC4806-2017 (Oso chuco) 27.

¹⁶³⁶ B. Fn. 1531.

Rechtsträger:innen fördert.¹⁶³⁷ Daher kann angenommen werden, dass diese die Rechte auf Respekt, Schutz, Erhaltung und Wiederherstellung erhielten. Die gewährten Rechte sind gem. der Verordnung in die Verwaltungsbereiche des Departments zu wachen hat, indem es Maßnahmen zu ihrem Schutz, ihrer Wiederherstellung und Erhaltung ergreift.¹⁶³⁸ Weiters wurde die Erstellung einer „Strategie über den Respekt, den Schutz und die Garantie der Rechte der Natur im Department Nariño“ vorgesehen, worin der Zustand der strategischen Ökosysteme dargelegt sowie konkrete Maßnahmen festgelegt werden sollten.¹⁶³⁹ Die Strategie wurde noch im selben Jahr veröffentlicht und enthält einen Aktionsplan mit Maßnahmen zur Erhaltung, zum Schutz und zur Wiederherstellung der Ökosysteme, die von 2019 bis 2027 zu ergreifen sind. Im Wesentlichen zielen die Maßnahmen darauf ab, traditionelles Wissen und traditionelle Produktionsweisen zu fördern, die lokale Bevölkerung verstärkt miteinzubeziehen, ökologische Wiederherstellungs- und Bildungsmaßnahmen zu ergreifen sowie lokales Saatgut zu erhalten.¹⁶⁴⁰

5. Eingriffe

a) Fluss Atrato

Das Atrato-Urteil des Verfassungsgerichtshofes enthält keine Hinweise darauf, ob und unter welchen Voraussetzungen Eingriffe in die gewährten Rechte zulässig sind. Ihm ist i. d. Z. lediglich zu entnehmen, dass illegale Bergbautätigkeiten zu unterbinden sind.¹⁶⁴¹ Darüber hinaus könnte die im „Aktionsplan zur Wiedererlangung traditioneller Subsistenz- und Ernährungsformen“ enthaltene „Liste mit nicht nachhaltigen Produktionsverfahren“ Aufschluss darüber geben, welche Tätigkeiten potenzielle Eingriffe in die Rechte des Flusses darstellen könnten. In der Liste ist etwa die Abholzung von Primärwäldern für die Errichtung von Viehzuchtbetrieben und Kompaktkulturen, die Einführung fremder Arten, die Entnahme gefährdeter Baumarten, die Umleitung oder Entwässerung von Wasserquellen für produktive Zwecke, der Bergbau in ökologisch bedeutenden Gebieten, die Produktion von Produkten ohne Vermarktungsstrategie, die Verwendung von (genetisch) verbessertem Tier- und Pflanzenmaterial, die Verwendung von landwirtschaftlichen Chemikalien und Pestiziden sowie das Verbrennen von Waldflächen für landwirtschaftliche Zwecke aufgeführt.¹⁶⁴² Dass diese Tätigkeiten verboten sind, geht aus dem

¹⁶³⁷ Art. 1 RdN-Verordnung Nariño; vgl. *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 25.

¹⁶³⁸ Art. 2 RdN-Verordnung Nariño.

¹⁶³⁹ Art. 3 RdN-Verordnung Nariño.

¹⁶⁴⁰ RdN-Strategie Nariño 64 ff.

¹⁶⁴¹ Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) SpruchP. 6.

¹⁶⁴² Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible, Plan de Acción de la Orden Séptima Sentencia T-622 de 2016, 82 ff.

Aktionsplan nicht hervor, vielmehr scheint es sich um eine Empfehlung zu handeln, „damit sich Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen“. ¹⁶⁴³ Im Bericht über die Umsetzung des Atrato-Urteils wurde außerdem festgehalten, dass die Hüter:innenkommission ihrer Aufgabe noch nicht nachgekommen ist, ein Abwägungssystem mit klaren Indikatoren und Untergrenzen festzulegen. ¹⁶⁴⁴

b) Weitere Rechtsträger:innen

In Bezug auf die Zulässigkeit von Eingriffen sind auch den anderen untersuchten Gerichtsentscheidungen keine näheren Ausführungen zu entnehmen. Lediglich das Erkenntnis des Verwaltungstribunals von Boyacá enthält diesbezügliche Überlegungen. Wie bereits festgehalten, ist es demnach nicht erforderlich, dass Tätigkeiten, die gegen das Recht des Páramo de Pisba auf Erhaltung verstoßen, wie z. B. der Bergbau, die Landwirtschaft, die Förderung von Kohlenwasserstoffen, die Jagd oder der industriellen Fischfang, gesetzlich verboten werden, weil das Páramo durch die Anerkennung als Rechtssubjekt einen „selbstvollstreckbaren Schutzstatus“ im Sinne eines autonomen Grundrechts erhielt. ¹⁶⁴⁵ Dieses (nicht notwendigerweise gesetzlich festzulegende) Verbot sei Ausdruck des umweltrechtlichen Vorsorgeprinzips. Ausnahmen von diesem Verbot sind daher nur zulässig, wenn wissenschaftlich nachgewiesen wird, dass die Tätigkeit keinen Umweltschaden verursacht. ¹⁶⁴⁶ Daraus folgt nach Ansicht des Tribunals, dass Tätigkeiten, die das Páramo schädigen könnten, ausnahmslos verboten sind. ¹⁶⁴⁷ Demgegenüber stellte der Staatsrat in einer anderen Rechtssache fest, dass das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zum Fluss Atrato nicht auf gesetzeskonform erteilte Konzessionen anzuwenden ist. ¹⁶⁴⁸

Im Fall des „Páramo de Pisba“ befasste sich das Tribunal des Weiteren mit der Frage, wie im Falle eines Konflikts von mehreren verfassungsrechtlich geschützten Grundrechten vorzugehen ist. Denn einige Mitarbeiter:innen eines Bergbauunternehmens sahen sich durch die Festlegung der Grenzen des geschützten Gebiets in ihren Rechten auf Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltangelegenheiten und Arbeit

¹⁶⁴³ Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible, Plan de Acción de la Orden Séptima Sentencia T-622 de 2016, 82.

¹⁶⁴⁴ 6. Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil 14; vgl. *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (19).

¹⁶⁴⁵ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 35.

¹⁶⁴⁶ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 35.

¹⁶⁴⁷ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 48, 68.

¹⁶⁴⁸ Consejo de Estado 14.9.2020, 00611-03 (Ríos Combeima Coello Cocora) P. 5.12; vgl. *Montes Cortés*, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (11).

verletzt.¹⁶⁴⁹ Zunächst stellte das Tribunal fest, dass auch im Falle eines Grundrechtskonflikts die Achtung der Menschenwürde als inhärenter Kern der Grundrechte garantiert werden muss. Weiters hielt es fest, dass die Menschenrechte grundsätzlich gleichrangig sind und Einschränkungen adäquat, notwendig und verhältnismäßig sein müssen.¹⁶⁵⁰ Zudem verwies es auf eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, wonach Páramo-Landschaften die besondere Fähigkeit haben, Kohlendioxid zu speichern und 70 % der kolumbianischen Bevölkerung mit Wasser zu versorgen.¹⁶⁵¹ Der Verfassungsgerichtshof habe in seiner Judikatur deswegen den Rechten der Páramos auf Erhaltung und Integrität als Ökosystem sowie den Rechten der nutznießenden Gemeinschaften auf Wasser einen gewissen Vorrang eingeräumt.¹⁶⁵² Auch wenn die Auswirkungen der Grenzziehung nicht gering sind, sei der Schutz dieser Rechte gewichtiger, da sie eng mit dem Weiterleben der Natur und der Menschheit verbunden sind.¹⁶⁵³ Das Tribunal kam daher zu dem Ergebnis, dass eine gewisse Einschränkung der Rechte der lokalen Bevölkerung zulässig ist, wenn kein gelinderes Mittel zur Verfügung steht, um die Umwelt zu schützen, und wenn durch die Ungleichbehandlung keine Werte und Prinzipien geopfert werden, die mehr Gewicht haben als das Prinzip, das mit dieser Entscheidung erfüllt werden soll.¹⁶⁵⁴ Allerdings müssten die Maßnahmen durch „Verhältnismäßigkeit und Rationalität“ geleitet werden,¹⁶⁵⁵ sodass die lokalen Gemeinschaften bei der Grenzziehung zu beteiligen und Kompensationsmaßnahmen vorzusehen sind.¹⁶⁵⁶

c) Strategische Ökosysteme von Nariño

Weder die Verordnung noch die Strategie des Departments Nariño enthalten nähere Informationen über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Eingriffen in die Rechte der Rechtsträger:innen.

¹⁶⁴⁹ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 2, 38.

¹⁶⁵⁰ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 37.

¹⁶⁵¹ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 28, 40.

¹⁶⁵² Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 38, 40.

¹⁶⁵³ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 38, 40, 52.

¹⁶⁵⁴ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 40, 52.

¹⁶⁵⁵ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 44.

¹⁶⁵⁶ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 50, 53, 55.

6. Vertretung

a) Fluss Atrato

Der Verfassungsgerichtshof übertrug der Regierung gemeinsam mit den im Einzugsgebiet lebenden ethnischen Gemeinschaften die „Ausübung der Vormundschaft und die rechtliche Vertretung“ der Rechte des Atrato-Flusses. Unter Verweis auf die neuseeländischen RdN für den Fluss Whanganui¹⁶⁵⁷ wurden der Präsident und die Gemeinschaften, die Klage erhoben hatten, damit beauftragt, jeweils ein Mitglied als Hüter:innen des Flusses (*guardianes*) zu nominieren.¹⁶⁵⁸ Die Hüter:innen erhielten den Auftrag, eine Hüter:innenkommission (*comisión de guardianes*) zu bilden, die aus den beiden Hüter:innen sowie einem Berater:innenstab besteht und „den Schutz, die Erholung und die angemessene Erhaltung des Flusses“ gewährleisten soll. In den Berater:innenstab sind dem Urteil zufolge jedenfalls das Humboldtinstitut sowie der WWF Kolumbien einzuladen, da diese bereits Umweltschutzprojekte für Nebenflüsse des Atrato entwickelt hatten. Überdies können ihm alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, Universitäten, wissenschaftlichen Zentren, Forschungszentren für natürliche Ressourcen, nationalen und internationalen Umweltorganisationen sowie gemeinschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen angehören, die sich dem Schutz des Flusses verschreiben wollen.¹⁶⁵⁹

Die Gemeinschaften lehnten es jedoch ab, lediglich eine Person als Hüter:in zu nominieren, da diese nicht den ganzen Fluss kennen könne.¹⁶⁶⁰ Stattdessen erteilten

¹⁶⁵⁷ Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 9.32 und Fn. 315; vgl. Cyrus R. Vance *Center for International Justice et al.*, Rivers 24; O'Donnell, Rivers 173; Macpherson, Water 131, 148.

¹⁶⁵⁸ Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P.e 9.32, 10.2.1, SpruchP. 4; vgl. Macpherson, Water 148; Iorns Magallanes, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (231); Villavicencio Calzadilla, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (7); Wesche, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (10); Gómez-Betancur, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (70, 77 f.); O'Donnell, Rivers 173; Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (531); Bagni, Revista Jurídica Derecho 2018/9, 33 (42); Estupiñán Achury, Revista de Estudios Jurídicos y Criminológicos 2020/1, 127 (140); Molina Roa, in: García Pachón 121 (145); Vicente Giménez, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (18); Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (56); Kauffman/Martin, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (263); Kauffman/Martin, Politics 198; Darpö, Nature 20; Gutmann, Rechtssubjektivität 90.

¹⁶⁵⁹ Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 10.2.1 und SpruchP. 4; vgl. Macpherson, Water 148; Iorns Magallanes, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (231); Villavicencio Calzadilla, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (7); Wesche, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (10); Bagni, in: Fioocchi Malaspina/Tarozzi 111 (127); Kauffman/Martin, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (263, 277); Kauffman/Martin, Politics 196; Vicente Giménez, Revista Catalana de Dret Ambiental 2020/2, 1 (18); Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 62 f.

¹⁶⁶⁰ Cagüenas/Galindo Orrego/Rasmussen, El Atrato y sus guardianes: imaginación ecológica para hilar nuevos derechos, Revista Colombiana de Antropología 2020/2, 169 (177); Gómez-Betancur, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (78);

sie sieben entlang des Flusses lebenden Populationen das Recht, jeweils ein weibliches und ein männliches Mitglied zu entsenden, um das gesamte Flussgebiet sowie die spezifischen Beziehungen der Männer und Frauen zum Fluss zu repräsentieren, sodass sie insgesamt 14 Mitglieder nominierten.¹⁶⁶¹ Die Regierung nominierte, wie vom Verfassungsgerichtshof vorgeschlagen,¹⁶⁶² das Umweltministerium.¹⁶⁶³ Die Hüter:innenkommission wurde 2018 eingerichtet und setzt sich aus dem Umweltministerium und dem Kollegialorgan der Gemeinschaften zusammen. Die Aufnahme in den Berater:innenstab hat mit Zustimmung der beiden Hüter:innen zu erfolgen. Die Kommission hat mindestens alle zwei Monate zu tagen. Der Vorsitz wird gemeinsam vom Umweltministerium und einem oder einer Vertreter:in der Gemeinschaften geführt.¹⁶⁶⁴

Dass der Staat für die Vertretung des Flusses vorgesehen wurde, hat der Literatur zufolge Vor- und Nachteile. Zum einen soll sich dadurch das Engagement des Staates, den Fluss zu schützen und mit den lokalen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten nachweislich verbessert haben.¹⁶⁶⁵ Zum anderen wird befürchtet, dass Interessenskonflikte entstehen könnten, wenn die Vertretungskommission gegen andere staatliche Akteur:innen vorgehen sollte.¹⁶⁶⁶ Das Mitspracherecht der Gemeinschaften wird in der Literatur hingegen begrüßt,¹⁶⁶⁷ weil ihr lokales Wissen und ihr Erfahrungsschatz einen wertvollen Beitrag zu einer angemesseneren und nachhaltigeren Beziehung zum Flusseinzugsgebiet leisten kann.¹⁶⁶⁸

Im Zuge einer anthropologischen Untersuchung wurde erhoben, dass die Hüter:innen zunächst Schwierigkeiten hatten, sich den Fluss unabhängig von den Menschen vorzustellen, die von ihm abhängig sind. Ihnen sei bewusst geworden, dass

Kauffman/Martin, Politics 198; *Melo-Ascencio*, A Postcolonial Marxist Critique of the River-as-Subject: Situating the Atrato River in its Development Aporias, *Antipode* 2024/0, 1 (15).

¹⁶⁶¹ *Cagüenäs/Galindo Orrego/Rasmussen*, Revista Colombiana de Antropología 2020/2, 169 (178); *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (78); *Macpherson*, Water 150; *O'Donnell*, Rivers 173; *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (279); *Kauffman/Martin*, Politics 198; *Melo-Ascencio*, *Antipode* 2024/0, 1 (2).

¹⁶⁶² Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 10.2.1 und SpruchP. 4.

¹⁶⁶³ Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible Decreto 1148 de 2017 vom 5. 7. 2017; vgl. *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (279); *Mosquera-Guerrero/Krueger*, Struggling for the recognition of river rights: A case of hydrosocial territorialization of the Atrato River in Colombia, *Geoforum* 2024/5, 1 (7).

¹⁶⁶⁴ Art. 2 Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible Resolución No. 0907 de 2018 por la cual se crea la Comisión de Guardianes del río Atrato, vom 22. 5. 2018; vgl. *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (14 Fn. 76); s. auch *Kauffman/Martin*, Politics 198 f.

¹⁶⁶⁵ S. insb. *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (16 ff., 25).

¹⁶⁶⁶ *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (21, 25).

¹⁶⁶⁷ *Macpherson*, Water 159, 156; *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (533).

¹⁶⁶⁸ *Gómez-Betancur*, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (70); *Cortés-Nieto/Gómez-Rey*, Revista Derecho del Estado 2023/1, 133 (149).

sein „ontologisches Gewicht“ auch davon abhängen, ob die Veränderungen des Gewässers Vor- oder Nachteile für die menschlichen Gemeinschaften mit sich bringen, sodass es sich zwar um keine „instrumentelle Beziehung“, aber auch um keine „völlig symmetrische Beziehung“ handle.¹⁶⁶⁹ Gem. *Tierra Digna* betrachten die Gemeinschaften den Fluss daher aus einer „biokulturellen Perspektive“.¹⁶⁷⁰ Eine Herausforderung stellt der Literatur zufolge aber insb. jener Umstand dar, dass nicht genau geregelt wurde, in welchem Rahmen die Hüter:innen zu beteiligen sind und sie für ihre Tätigkeit keine Entlohnung oder Aufwandsentschädigung erhalten.¹⁶⁷¹ Da sie den Auftrag haben, gegen (illegale) Tätigkeiten vorzugehen, die von bewaffneten Gruppen ausgeübt werden, sind sie zudem großen Gefahren ausgesetzt.¹⁶⁷² Berichtet wird, dass sie von der Regierung kaum Schutz erhalten und mehrere Umweltaktivist:innen in der Region ermordet wurden.¹⁶⁷³ Im Umsetzungsbericht zum Urteil wurde dementsprechend ebenfalls festgehalten, dass das schwierige Umfeld sowie die knappen wirtschaftlichen Ressourcen für die Arbeit der Kommission eine erhebliche Herausforderung darstellen.¹⁶⁷⁴

b) Weitere Rechtsträger:innen

Die gerichtlichen Anordnungen zur Vertretung der weiteren Rechtsträger:innen weisen i. d. R. Ähnlichkeiten zum Atrato-Urteil auf. Jedoch sind sie meist weniger detailliert. I. d. R. wurde der Präsident damit beauftragt, eine:n Hüter:in, wie z. B. das Umweltministerium oder die Nationalparkbehörde, zu nominieren. Für das „Páramo de Pisba“ wurde ausschließlich ein:e staatliche:r Vertreter:in vorgesehen.¹⁶⁷⁵ Diese:r hat, wie bereits erwähnt, bei der Erteilung von Bergbau- und Kohlenwasserstoffkonzessionen Interventionsmöglichkeiten und die Pflicht, die Ausstellung neuer

¹⁶⁶⁹ *Cagüñas/Galindo Orrego/Rasmussen*, *Revista Colombiana de Antropología* 2020/2, 169 (189); *Gómez-Betancur*, *UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs* 2020/1, 41 (75 f.).

¹⁶⁷⁰ Interview aus dem Jahr 2020 mit der Menschenrechtsorganisation *Tierra Digna*, welche die Atrato-Klage im Namen der Gemeinschaften eingebracht hatte, geführt von *Wesche*, *Journal of Environmental Law* 2021/3, 1 (19 f.). Zu den biokulturellen Rechten s. bereits B. Fn. 1518.

¹⁶⁷¹ *Wesche*, *Journal of Environmental Law* 2021/3, 1 (21); *Villavicencio Calzadilla*, *Law, Environment and Development Journal* 2019, xiii (10); *Cortés-Nieto/Gómez-Rey*, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 133 (150); *Richardson/Bustos*, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 227 (261); *McNeish/Moreno Socha*, *Muddy waters: on the problematic political ecology of the Atrato ruling, Colombia*, *The International Journal of Human Rights* 2024/06 Mar, 1 (8).

¹⁶⁷² 6. Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil 10; *Macpherson*, *Water* 151; *Wesche*, *Journal of Environmental Law* 2021/3, 1 (20); *Molano Bustacara/Murcia Riaño*, *Revista Colombiana de Bioética* 2018/1, 82 (94 und Fn. 21); *Kauffman/Martin*, *Politics* 199 f.

¹⁶⁷³ *Kauffman/Martin*, *Politics* 199 f.; *Richardson/Bustos*, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 227 (243 f.); *Villavicencio-Calzadilla/Kotzé*, in: *Peters/Lohse* 51 (67).

¹⁶⁷⁴ 6. Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil 14.

¹⁶⁷⁵ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) SpruchP. 3.

Bergbauberechtigungen im geschützten Gebiet zu verhindern.¹⁶⁷⁶ Die zweite vertretungsbefugte Person für den Fluss Cauca ist von Teilnehmer:innen einer Anhörung über die Sicherheit des Staudamms zu nominieren.¹⁶⁷⁷ Die Nationalparks Los Nevados und Las Hermosas sind auch von den betroffenen nationalen, regionalen und kommunalen Einrichtungen sowie Umweltbehörden zu vertreten.¹⁶⁷⁸ Die Hüter:innen bilden i. d. R. eine Hüter:innenkommission,¹⁶⁷⁹ der meist ein Berater:innenstab zur Seite gestellt wurde.¹⁶⁸⁰

Keine entsprechenden Anordnungen enthalten die Urteile in Bezug auf die Amazonasregion, die Flüsse La Plata, Otun und Fortalecillas, die Gebiete Katsa Su und Cxhab Wala Kiwe sowie den Nationalpark Isla Salamanca.¹⁶⁸¹ In der spanischsprachigen Literatur wird angenommen, dass die kolumbianische Regierung und die territorialen Behörden mit der Vertretung der Amazonasregion beauftragt wurden,¹⁶⁸² womöglich auch gemeinsam mit den lokalen Gemeinschaften.¹⁶⁸³ Die erste Annahme ist m. E. insb. vor dem Hintergrund der Formulierung „Subjekt von Rechten [...] zulasten des Staates [*a cargo del Estado*] und der territorialen Behörden“ nachvollziehbar.¹⁶⁸⁴ Da eine ähnliche Formulierung auch in den Entschei-

¹⁶⁷⁶ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 34 ff., SpruchP. 3.

¹⁶⁷⁷ Tribunal Superior Medellín 17.6.2019, 2019-076 (Río Cauca) SpruchP. 3. Diese Anordnung gilt nicht für die Vertretung des Flusses Cauca im Verfahren vor dem Sondergericht für Frieden.

¹⁶⁷⁸ Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18.8.2020, 73001-22-00-000-2020-000091-00 (Los Nevados) SpruchP. 1; Rama Judicial del Poder Público Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 15.9.2020, 73001-22-05-000-2020-00097-00 (Parque Nacional Natural Las Hermosas) SpruchP. 1.

¹⁶⁷⁹ Rama Judicial del Poder Público Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 15.9.2020, 73001-22-05-000-2020-00097-00 (Parque Nacional Natural Las Hermosas) SpruchPe 1 und 3.

¹⁶⁸⁰ Tribunal Superior Medellín 17.6.2019, 2019-076 (Río Cauca) SpruchP. 3; Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18.8.2020, 73001-22-00-000-2020-000091-00 (Los Nevados) SpruchPe 1 und 6; vgl. Cyrus R. Vance *Center for International Justice et al.*, Rivers 26, 28; *Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Transnational Environmental Law 2020/3, 521 (538).

¹⁶⁸¹ Vgl. betr. der Amazonasregion Pou Giménez, The Rights of Rivers and Forests and Apex Court Dynamics in Colombia: On Natural and Institutional Environments, International Journal of Constitutional Law Blog 2018 (nicht mehr abrufbar, Kopie bei der Autorin); a. A. Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 65, wonach diese durch eine „generationsübergreifende Kommission“ vertreten wird – vermutlich wurde „pacto“ mit „Kommission“ statt „Vereinbarung“ übersetzt; dass eine Vereinbarung gemeint ist, bestätigen auch Y. Epstein/Echeverría, in: Misonne/de Clippele 17 (26).

¹⁶⁸² Villavicencio Calzadilla, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (8).

¹⁶⁸³ Estupiñán Achury/Parra-Acosta/Rosso-Gauta, Revista Saber, Ciencia y Libertad 2022/2, 42 (62).

¹⁶⁸⁴ Vgl. z. B. Corte Suprema de Justicia 5.4.2018, STC4360-2018 (Amazonía) 45.

dungen betreffend die Flüsse Otun¹⁶⁸⁵ und Fortalecillas¹⁶⁸⁶ verwendet wurde, könnte auch in diesen Fällen der Staat mit der Vertretung beauftragt worden sein. In Bezug auf die Gebiete Katsa Su und Cxhab Wala Kiwe ist hingegen anzunehmen, dass diese von den dort lebenden Gemeinschaften mitvertreten werden, weil sie gemeinsam als Rechtsträger:innen anerkannt wurden. Die Hüter:innen des Flusses Pance sind zwar ebenfalls von verschiedenen staatlichen Stellen zu nominieren, sie erhielten dem Wortlaut des Urteils zufolge aber keine rechtliche Vertretungsbefugnis, sondern lediglich die Befugnis, das Flussgebiet zu überwachen und das Gericht über unzulässige Abwassereinleitungen zu informieren.¹⁶⁸⁷

c) Strategische Ökosysteme von Nariño

Die Verordnung des Departments Nariño enthält keine konkreten Bestimmungen betreffend die rechtliche Vertretung der Rechtsträger:innen. Es wurde lediglich festgelegt, dass das Sekretariat für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung von Nariño eine Strategie zu erstellen und zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe einzurichten hat, die sich u. a. aus Vertreter:innen des Departments, der indigenen, bäuerlichen und afrokolumbianischen Gemeinschaften, der Universitäten, der Umweltorganisationen, der Frauen und der LGBTI-Gemeinschaften zusammensetzt.¹⁶⁸⁸ In dieser mittlerweile veröffentlichten Strategie wurde die Arbeitsgruppe als Hüter:innenkomitee der Natur (*Comité de Guardianes de la Naturaleza*) bezeichnet, das sich aus einem „zentralen Komitee“ sowie „regionalen Knotenpunkten“ zusammensetzt und im Vergleich zur Verordnung auch aus Vertreter:innen der Gemeinden, Jugendumweltschutzinitiativen und der Umweltpolizei besteht. Themenspezifisch können dem Komitee u. a. auch Vertreter:innen des unabhängigen Justizrats, der Verteidigungsstelle für Menschenrechte oder der Studierenden beigezogen werden. Die Vertreter:innen der Frauen und der LGBTI-Gemeinschaften sind jedoch entgegen der Verordnung lediglich themenspezifisch beizuziehen.¹⁶⁸⁹ Gem. der Strategie hat das Komitee die Aufgabe, die Aufnahme der RdN in die Verwaltungsbereiche des Departments anzustoßen und über die Integrität sowie das Leben der strategischen Ökosysteme zu wachen, indem es die effiziente und bestmögliche Umsetzung der

¹⁶⁸⁵ Die Formulierung lautet „a cargo de las entidades del orden municipal, departamental y nacional“, Juzgado Cuarto de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Pereira 11.9.2019, 036-2019 (Río Otún) SpruchP. 2.

¹⁶⁸⁶ Die Formulierung lautet „a cargo del Estado, y la comunidad“, Juzgado Primero Penal del Circuito de Neiva- Huila 20.5.2021, 41001-3109-001-2021-000039-00 (Río Fortalecillas) SpruchP. 3.

¹⁶⁸⁷ Juzgado Tercero de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Cali 12.7.2019, 2019-00043-00 (Río Pance) SpruchP. 5.

¹⁶⁸⁸ Art. 3 und 4 RdN-Verordnung Nariño.

¹⁶⁸⁹ RdN-Strategie Nariño 68 f.

Strategie garantiert.¹⁶⁹⁰ Inwieweit auch die rechtliche Vertretung zu dessen Befugnissen zählt, geht aus der Strategie nicht hervor.

7. Rechtsdurchsetzung

Der Verfassungsgerichtshof beauftragte die Hüter:innen mit der „Ausübung der Vormundschaft und der rechtlichen Vertretung“ der Rechte des Flusses Atrato. Dem Wortlaut zufolge könnte angenommen werden, dass dies auch das Recht umfasst, die Rechte des Flusses – wenn nötig – bei Gericht durchzusetzen. Gem. Wesche ist jedoch unklar, inwieweit die Vertreter:innen dazu berechtigt sind, da das Umweltministerium einem Memorandum zufolge mangels Gesetzesermächtigung dazu nicht berechtigt sein könnte. Mitarbeiter:innen des Umweltministeriums sollen ihm gegenüber zudem die Auffassung vertreten haben, dass das Ministerium mangels „Rechtspersönlichkeit“ keine Gerichtsverfahren anstrengen kann.¹⁶⁹¹ Im vierten Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil wurde hingegen festgestellt, dass die Vertreter:innen berechtigt sind, als Opfer in Strafverfahren aufzutreten.¹⁶⁹² Auch Macpherson geht davon aus, dass die Vertreter:innen im Namen des Flusses gegen Umweltbedrohungen gerichtlich vorgehen können.¹⁶⁹³ Gem. Villavicencio Calzadilla können selbst Einzelpersonen und lokale Gemeinschaften die Rechte des Atrato und der Amazonasregion gerichtlich durchsetzen.¹⁶⁹⁴ Sie stützt diese Annahme vermutlich auf die in der Verfassung vorgesehenen Rechtsbehelfe *acción de tutela*, *acción popular* oder *acción de grupo*.¹⁶⁹⁵ Dementsprechend wurde auch im Urteil betreffend das Páramo de Pisba festgehalten, dass die gewährten Rechte mittels *tutela*-Klage durchgesetzt werden können.¹⁶⁹⁶ Gem. Villavicencio Calzadilla könnte eine solche Klage auch gegen die Vertreter:innen eingebracht werden, wenn sie ihre Aufgaben nicht wahrnehmen.¹⁶⁹⁷

¹⁶⁹⁰ RdN-Strategie Nariño 68.

¹⁶⁹¹ Wesche, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (20 f. m.w.N., 25). Eine Kopie des Memorandums liegt der Autorin vor.

¹⁶⁹² Comité de Seguimiento, 4^o Informe de Seguimiento Sentencia T-622 de 2016 (4. Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil, Juni 2019) 15 ff.; Wesche, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (20 f.); s. weiters Richardson/Bustos, Revista Derecho del Estado 2023/1, 227 (257 f.).

¹⁶⁹³ Macpherson, Water 158.

¹⁶⁹⁴ Villavicencio Calzadilla, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (9); a. A. Guzmán/Botina, Análisis de la responsabilidad del Estado y las empresas en la protección de los derechos de la naturaleza en la jurisprudencia de Colombia y Ecuador, Revista de Derecho 2023/1, 43 (57, 60).

¹⁶⁹⁵ S. dazu bereits ausführlich Abschnitt B.V.1.a).

¹⁶⁹⁶ Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 56.

¹⁶⁹⁷ Villavicencio Calzadilla, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (9).

Wie Macpherson festhält, haben die Vertreter:innen überdies die Möglichkeit, sich erneut an den Verfassungsgerichtshof zu wenden, wenn die Regierung ihren Verpflichtungen nicht nachkommt.¹⁶⁹⁸ Denn der Verfassungsgerichtshof behält sich die Kompetenz vor, die Umsetzung der Anordnungen zu überprüfen.¹⁶⁹⁹ Damit setzte er seine Praxis fort, die Umsetzung seiner Entscheidungen im Dialog mit den verantwortlichen Behörden und der Zivilgesellschaft im Sinne eines „Follow-up-Mechanismus“ zu begleiten.¹⁷⁰⁰ Im Falle der Nichtumsetzung kann eine Freiheitsstrafe von bis zu sechs Wochen oder eine Geldstrafe von bis zu 20 Mindestgehältern verhängt oder ein Disziplinarverfahren gegen Beamte:innen eingeleitet werden.¹⁷⁰¹

Der Verfassungsgerichtshof sah zudem konkrete Maßnahmen vor, welche die Durchsetzung seiner Anordnungen sicherstellen sollten. Insb. erteilte er dem unabhängigen Justizrat, der unabhängigen Verteidigungsstelle und der Obersten Rechnungskontrollbehörde den Auftrag, die Umsetzung und Durchsetzung seiner Anordnungen im Rahmen ihrer Kompetenzen zu begleiten, zu verfolgen sowie dem zuständigen Verwaltungstribunal halbjährlich einen gemeinsamen Bericht vorzulegen.¹⁷⁰² Der Justizrat wurde außerdem beauftragt, ein Expert:innengremium (*panel de expertos*) einzurichten, das aus jenen Einrichtungen besteht, die sich am Gerichtsverfahren beteiligt hatten und das den Umsetzungsprozess beratend begleitet, indem es Zeitpläne, Ziele und Indikatoren festlegt.¹⁷⁰³ Ähnliche Anordnungen enthalten ebenso die Urteile betreffend die Flüsse La Plata¹⁷⁰⁴ und Cauca,¹⁷⁰⁵ sowie die Nationalparks Los Nevados¹⁷⁰⁶ und Las Hermosas.¹⁷⁰⁷ Die vom Verfassungsgerichtshof angeordneten Maßnahmen wurden in der Literatur positiv hervorgeho-

¹⁶⁹⁸ Macpherson, Water 158.

¹⁶⁹⁹ Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) SpruchP. 9; vgl. Wesche, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (10f.).

¹⁷⁰⁰ Wesche, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (10f.); Rodríguez Garavito/Rodríguez Franco, Juicio a la exclusion: El impacto de los tribunals sobre los derechos sociales en el Sur Global (2015) 143 ff.; Iturralde, in: Bonilla Maldonado 361 (399); Cortés-Nieto/Gómez-Rey, Revista Derecho del Estado 2023/1, 133 (149).

¹⁷⁰¹ Wesche, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (11 Fn. 62).

¹⁷⁰² Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 10.2.6, SpruchP. 9; vgl. Wesche, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (11); Macpherson, Water 159; Villavicencio Calzadilla, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (10).

¹⁷⁰³ Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 10.2.6 und SpruchP. 9; vgl. Macpherson, Water 148; Iorns Magallanes, in: Martín/Te Aho/Humphries-Kil 216 (231); Villavicencio Calzadilla, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (7).

¹⁷⁰⁴ Juzgado Único Civil Municipal La Plata – Huila 19.3.2019, 41-396-40-03-001-2019-00114-00 (Río La Plata) SpruchP. 4.

¹⁷⁰⁵ Tribunal Superior Medellín 17.6.2019, 2019-076 (Río Cauca) SpruchP. 3; vgl. Cyrus R. Vance Center for International Justice et al., Rivers 26.

¹⁷⁰⁶ Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18.8.2020, 73001-22-00-000-2020-000091-00 (Los Nevados) SpruchP. 4.

¹⁷⁰⁷ Rama Judicial del Poder Público Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 15.9.2020, 73001-22-05-000-2020-00097-00 (Parque Nacional Natural Las Hermosas) SpruchP. 3.

ben.¹⁷⁰⁸ Macpherson zufolge sei ihm offenbar bewusst gewesen, dass sich die Umsetzung des Urteils schwierig gestalten könnte. Mit seinen detaillierten Anordnungen habe er vorgesorgt, dass der Staat aktiv wird und ein Austausch zwischen den lokalen Gemeinschaften, Expert:innen, Universitäten sowie staatlichen Einrichtungen über den bestmöglichen Schutz der Gewässer stattfindet.¹⁷⁰⁹

8. Rechtswirklichkeit

Berichten in der Literatur zufolge setzte die kolumbianische Regierung die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes zum Atrato-Fluss weitgehend um.¹⁷¹⁰ Sie richtete die vom Gerichtshof verlangten Institutionen ein,¹⁷¹¹ erstellte die vom Gerichtshof verlangten Pläne,¹⁷¹² und stellte einen Fonds zur Durchführung toxikologischer Untersuchungen zur Verfügung.¹⁷¹³ Zudem soll das Umweltministerium allmählich begonnen haben, nicht mehr nur wie eine verantwortliche Behörde die Anordnungen des Gerichtshofes abzuarbeiten, sondern in seine Rolle als Vertreter des Flusses zu finden, sodass es proaktiver wurde und eine ernsthafte Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften begann.¹⁷¹⁴ Die Umsetzung konkreter Projekte vor Ort ist gem. einer im Jahr 2020 durchgeführten Erhebung hingegen noch nicht weit fortgeschritten. Sie beschränkt sich demnach insb. auf die Durchführung toxikologischer Studien sowie auf das Vorgehen gegen illegale Bergbauaktivitäten. Auch einzelne Maßnahmen des Umweltaktionsplans wie z.B. ein Projekt zur Wiederherstellung einer 300 Hektar großen Region sollen in Angriff genommen worden

¹⁷⁰⁸ *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 22.

¹⁷⁰⁹ *Macpherson*, Water 157.

¹⁷¹⁰ *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 24; *Macpherson*, Water 149; *Richardson/Bustos*, Revista Derecho del Estado 2023/1, 227 (243); *Villavicencio-Calzadilla/Kotzé*, in: Peters/Lohse 51 (60).

¹⁷¹¹ Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible Resolución No. 0907 de 2018 por la cual se crea la Comisión de Guardianes del río Atrato, vom 22.5.2018; Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible Resolución No. 0115 de 2018 por medio de la cual se asignan funciones al interior del Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible a efectos de dar cumplimiento a lo dispuesto en la Sentencia T-622 de 2016 vom 26.1.2018; Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible Decreto 1148 de 2017 vom 5.7.2017; vgl. *Bagni*, Revista Jurídica Derecho 2018/9, 33 (43); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 24; *Macpherson*, Water 150 f.; *Kauffman/Martin*, Politics 198 f.

¹⁷¹² 6. Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil 12 f.; *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (14 f.); *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 24; *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (279); *Kauffman/Martin*, Politics 199.

¹⁷¹³ *Richardson/Bustos*, Revista Derecho del Estado 2023/1, 227 (246).

¹⁷¹⁴ *Wesche*, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (16 ff.); *McNeish/Moreno Socha*, The International Journal of Human Rights 2024/06 Mar, 1 (5); allgemeiner *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (279 f.); *Kauffman/Martin*, Politics 199; zuvor krit. *Macpherson*, Water 151; *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 32.

sein.¹⁷¹⁵ Inwieweit die Regierung erfolgreich gegen illegale Bergbauaktivitäten vorgeht, wird unterschiedlich bewertet.¹⁷¹⁶ In den letzten Umsetzungsberichten wurde über eine Zunahme der Quecksilberwerte, der Bergbaugebiete und der Präsenz bewaffneter Gruppen berichtet sowie darüber, dass angesichts der Sicherheitslage unklar ist, inwieweit die geplanten Maßnahmen ergriffen werden können.¹⁷¹⁷ Dementsprechend finden sich in der Literatur mehrere Hinweise darauf, dass die Umsetzung der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes durch die Präsenz bewaffneter und krimineller Gruppen, die mangelnde staatliche Präsenz, die Abgeschiedenheit sowie schwere Zugänglichkeit des Gebiets, die finanzielle Abhängigkeit der lokalen Bevölkerung vom illegalen Bergbau, das fehlende Budget für die Umsetzung der Maßnahmen, und die fehlenden Durchsetzungsmöglichkeiten der Vertreter:innen erschwert ist.¹⁷¹⁸ Überdies wird berichtet, dass weiterhin problematische Aktivitäten in dem Gebiet genehmigt oder geplant werden und die Hüter:innen des Flusses nicht von den staatlichen Stellen eingebunden werden, was sich zuletzt allerdings verbessert haben soll.¹⁷¹⁹ Gerichts- oder Disziplinarverfahren, die im Namen des Atrato-Flusses angestrengt wurden, sind hingegen nicht bekannt.¹⁷²⁰

Die Umsetzung des Amazonas-Urteils scheint mit ähnlichen Herausforderungen einherzugehen und noch weniger weit fortgeschritten zu sein.¹⁷²¹ Zwar wurde mit der Umsetzung der Anordnungen des Obersten Gerichtshofes begonnen, es wurde aber auch über eine fehlende Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften, administrative Schwierigkeiten, eine fehlende Koordinierung zwischen den staatlichen Ebenen sowie den fehlenden politischen Willen der Regierung des ehem. Präsidenten

¹⁷¹⁵ Wesche, *Journal of Environmental Law* 2021/3, 1 (15); vgl. auch *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 24.

¹⁷¹⁶ Wesche, *Journal of Environmental Law* 2021/3, 1 (16); *Melo-Ascencio*, *Antipode* 2024/0, 1 (15).

¹⁷¹⁷ *Comité de Seguimiento*, 10º Informe de Seguimiento Sentencia T-622 de 2016 (10. Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil, August 2022) 20 f.; 6. Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil 9 f.; vgl. tw. *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (57).

¹⁷¹⁸ *Iorns Magallanes*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* 216 (232); *Macpherson*, *Water* 157; *Wesche*, *Journal of Environmental Law* 2021/3, 1 (20 ff., 25 f.); 6. Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil 117; *Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers 24; *Kauffman/Martin*, *Politics* 199; *Richardson/Bustos*, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 227 (243 ff.); *McNeish/Moreno Socha*, *The International Journal of Human Rights* 2024/06 Mar, 1 (2 ff.); *Mosquera-Guerrero/Krueger*, *Geoforum* 2024/5, 1 (9 ff.); *Bookman*, *Natural Resources & Environment* 2023/4, 4 (4 ff.); *Melo-Ascencio*, *Antipode* 2024/0, 1 (15 f.).

¹⁷¹⁹ *Richardson/Bustos*, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 227 (245, 257).

¹⁷²⁰ *Wesche*, *Journal of Environmental Law* 2021/3, 1 (19); *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (57); *Richardson/Bustos*, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 227 (246).

¹⁷²¹ Vgl. *Richardson/Bustos*, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 227 (260 f.); *Rosa Calderón*, *Rights-based Climate Litigation in Colombia: An Assessment of Claims, Remedies, and Implementation*, *Journal of Human Rights Practice* 2024/huad067, 1 (5 f.).

Duque berichtet, gegen die Abholzung des Regenwaldes vorzugehen.¹⁷²² Zudem sollen die militärischen Operationen insb. gegen die lokal ansässige bäuerliche Bevölkerung (*campesinos*) gerichtet worden sein und somit gegen die schwächsten Glieder, die an der illegalen Abholzung beteiligt sind.¹⁷²³ Ein Jahr nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes zogen die Kläger:innen daher erneut vor Gericht mit dem Begehren, die Nichtumsetzung des Urteils festzustellen.¹⁷²⁴ Diese wurden in erster und zweiter Instanz festgestellt.¹⁷²⁵ Die Umsetzung der weiteren Gerichtsurteile gestaltet sich Berichten zufolge ebenfalls schwierig.¹⁷²⁶ Auch über die Umsetzung der Maßnahmen im Department Nariño liegen keine Informationen vor. Dass das Hüter:innenkomitee eingerichtet wurde und eine Strategie mit Maßnahmen erarbeitet wurde, zeugt jedoch vom grundsätzlichen Willen der Regierung des Departments, die RdN umzusetzen. In der Literatur werden aber jedenfalls weitere Maßnahmen zur Umsetzung der RdN in Kolumbien als erforderlich erachtet.¹⁷²⁷

¹⁷²² Cyrus R. Vance Center for International Justice et al., Rivers 25; Gómez-Betancur, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41 (73); www.dejusticia.org/en/the-colombian-government-has-failed-to-fulfill-the-supreme-courts-landmark-order-to-protect-the-amazon (Stand 2.7.2024); García Pachón/Viloria/Rosa Calderón, in: Sindico/Mben-gue 53 (62); Richardson/Bustos, Revista Derecho del Estado 2023/1, 227 (248 ff., 258 f.).

¹⁷²³ Richardson/Bustos, Revista Derecho del Estado 2023/1, 227 (249 ff.); Tănăsescu/Macpherson/Jefferson/Torres Ventura, The International Journal of Human Rights 2024/07 Feb, 1 (15); Y. Epstein/Echeverría, in: Misonne/de Clippele 17 (27).

¹⁷²⁴ www.dejusticia.org/en/the-colombian-government-has-failed-to-fulfill-the-supreme-courts-landmark-order-to-protect-the-amazon (Stand 2.7.2024); vgl. Cyrus R. Vance Center for International Justice et al., Rivers 25; Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 65; Richardson/Bustos, Revista Derecho del Estado 2023/1, 227 (251 ff.).

¹⁷²⁵ Richardson/Bustos, Revista Derecho del Estado 2023/1, 227 (253 f. m. w. N.).

¹⁷²⁶ Vgl. Montes Cortés, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1 (28 f. m. w. N.); Urteaga Crovetto, Actualidad Jurídica Ambiental 2023/12/1, 1 (12 f., 16).

¹⁷²⁷ Sánchez Zapata, Revista Derecho del Estado 2023/1, 87 (108); Sueli Cock, Revista Derecho del Estado 2024/1, 307 (331 ff.).

C. Synthese

In diesem Teil der Arbeit werden die in den Länderberichten gewonnenen Erkenntnisse über die Ausgestaltung der untersuchten RdN entlang der sechs Querschnittsbetrachtungen (Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem, Rechtsträger:innen, Rechte und Schutzbereich, Eingriffe, Vertretung und Rechtsdurchsetzung) zusammengefasst und zueinander in Bezug gesetzt. In weiterer Folge werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufgezeigt und analysiert. Die gewonnenen Erkenntnisse können ein besseres Verständnis der Funktionsweisen, Stärken und Schwächen von RdN ermöglichen. Sie können aber nicht ohne Weiteres auf die untersuchten RdN rückübertragen werden, die in ihrem eigenen Kontext zu verstehen sind, wie er in den Länderberichten berücksichtigt wurde. Denn die Synthese ist mit einer Reduktion auf das Wesentliche verbunden: Werden Gemeinsamkeiten dargestellt, kann nicht auf jede Abweichung im Detail verwiesen werden; werden Besonderheiten hervorgehoben, laufen diese Gefahr, verallgemeinert zu werden. Zudem wird bei der Darstellung und Analyse unweigerlich jenen Quellen mehr Raum eingeräumt, denen sich mehr Informationen entnehmen lassen. Daher wird sowohl hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der untersuchten RdN als auch hinsichtlich der dieser Synthese zugrunde gelegten umfangreichen Literatur- und Rechtsquellen auf die korrespondierenden Querschnittsbetrachtungen in den Länderberichten verwiesen. Im Rahmen der Synthese wird hingegen insb. jene Literatur angeführt, der vergleichende Überlegungen zu entnehmen sind oder in der allgemeine Überlegungen zu den RdN angestellt wurden, die keinen unmittelbaren Bezug zu den untersuchten Rechtsquellen aufweisen und deshalb auch nicht in den Länderberichten berücksichtigt wurden. Die aus der Synthese gewonnenen Erkenntnisse enthalten somit ein gewisses Maß an Abstraktion. Sie können auch „eine neue, allen existenten überlegene Lösung nahelegen“.¹ Ausgehend von den wesentlichsten Erkenntnissen werden zudem Überlegungen zur österreichischen Rechtslage angestellt, welche die Diskussion um die Frage, wie der Schutz der Umwelt verbessert werden kann, bereichern können, und ggf. weiterführende Untersuchungen anregt.²

¹ *Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung*³ 46.

² Vgl. i. w. S. *Bondolfi*, in: *Bondolfi/Lesch/Pezzoli-Olgianti* 63 (80).

I. Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem

1. Überblick über die untersuchten Rechtsquellen

Die untersuchten RdN wurden in verschiedenen Arten von Rechtsakten angenommen, die unterschiedliche Stellungen im Rechtssystem der untersuchten Rechtsordnungen einnehmen.³ In Hinblick auf die USA können zwei Arten von Rechtsquellen mit RdN unterschieden werden: jene, die von lokalen Gebietskörperschaften angenommen wurden, und jene, die von anerkannten indigenen Völkern angenommen wurden. In den Gebietskörperschaften wurden meist Verordnungen angenommen, gelegentlich wurde auch eine lokale Verfassung erlassen oder geändert, tw. erfolgte dies im Wege der direkten Demokratie. Die indigenen Völker erließen meist Beschlüsse oder erklärten RdN zu einem Bestandteil ihres Gewohnheitsrechts. In einem Fall wurde dieses in einem Beschluss festgehalten, in einem anderen Fall in die Gesetzessammlung aufgenommen.⁴ In Ecuador wurden die RdN in der Verfassung von 2008 verankert. Seither befassten sich zahlreiche Gerichte, darunter auch mehrmals der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof, mit RdN und trugen wesentlich zu deren Konkretisierung bei.⁵ In Bolivien wurden RdN in zwei Gesetze aufgenommen, in das Mutter Erde Gesetz von 2010 und in das umfangreichere Rahmengesetz von 2012. Die neuseeländischen Rechtsquellen sind die Ergebnisse von Verhandlungen zwischen Māori-Stämmen und der neuseeländischen Regierung, die in Vergleichsurkunden festgehalten sowie mit Gesetzen umgesetzt wurden. Für die vorliegende Untersuchung sind insb. das Te Urewera Gesetz aus dem Jahr 2014 und das Te Awa Tupua Gesetz aus dem Jahr 2017 relevant. In Kolumbien wurden die RdN insb. im Wege der Rechtsprechung zuerkannt. Zwei kolumbianische Höchstgerichte, der Verfassungsgerichtshof und der Oberste Gerichtshof sowie mehrere erst- und zweitinstanzliche Gerichte und Tribunale sprachen der Natur oder einzelnen Bestandteilen der Natur eigene Rechte zu.⁶ Überdies erließen drei Departments eine Verordnung und mehrere Beschlüsse mit RdN.

³ Vgl. *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (337); *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (41, 63); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (13); *Kauffman/Martin*, Politics 60; *Zartner*, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (4).

⁴ In einem dritten Fall berief sich der Sauk-Suiattle Tribe in einem Gerichtsverfahren unmittelbar auf sein nicht verschriftlichtes Gewohnheitsrecht. Da das Verfahren mit einem Vergleich endete und die RdN damit nicht ausdrücklich anerkannt wurden, handelt es sich nicht um RdN iSd Definition, die dieser Arbeit zugrunde gelegt wurde, s. betr. der Definition Abschnitt A.II.2.a)aa); betr. des Verfahrens Abschnitt B.I.8.d).

⁵ Aufgrund der hohen Zahl an ecuadorianischen Gerichtsentscheidungen wurden nur jene ausgewertet, die als endgültig bzw. rechtskräftig betrachtet werden können, also insb. die Entscheidungen des ecuadorianischen Verfassungsgerichtshofes.

⁶ Da die Entscheidungen der kolumbianischen Höchstgerichte im Vergleich zu jenen des ecuadorianischen Verfassungsgerichtshofes weniger Informationen über den Inhalt der RdN bereithalten, wurden im Länderbericht von Kolumbien auch erst- und zweitinstanzliche Gerichtsentscheidungen ausgewertet.

2. Stellung der Rechtsquellen im Rechtssystem

a) *Verfassungsrecht*

Die in formeller Hinsicht stärkste untersuchte Rechtsquelle mit RdN ist die ecuadorianische Verfassung.⁷ In Ecuador stehen die RdN auf der höchsten Ebene im Rechtssystem und damit über internationalen Verträgen und Konventionen, Gesetzen, Beschlüssen oder sonstigen Verwaltungsentscheidungen. Selbst eine Abschaffung der RdN ist dem Wortlaut der Verfassung zufolge nicht mehr möglich. Die ecuadorianischen RdN sind jedoch nicht als „ökologische Grundnorm“ anzusehen, vielmehr stehen sie auf einer Stufe mit anderen Verfassungsrechten. Ebenfalls dem Verfassungsrang lassen sich die kolumbianischen RdN zuordnen, weil diese vom kolumbianischen Verfassungsgerichtshof aus dem Verfassungsrecht abgeleitet wurden, oft als Grundrechte bezeichnet und mit anderen in der Verfassung verankerten Menschenrechten abgewogen werden.

b) *Gesetze*

Die neuseeländischen und bolivianischen RdN sind Bestandteile von Gesetzen. Sie können in formeller Hinsicht nicht dem Verfassungsrecht zugeordnet werden, auch wenn dies in der Literatur vereinzelt vertreten wird.⁸ Die neuseeländischen Rechtsquellen haben dieselbe Stellung im Rechtssystem wie andere Gesetze und können mit einfacher parlamentarischer Mehrheit geändert werden. Ihr Inhalt, der Gegenstand von Vergleichsurkunden zur Beilegung historischer Konflikte ist, wird aber in der Praxis als endgültig betrachtet.⁹ Die bolivianischen RdN wurden in zwei einander teils widersprechenden Gesetzen angenommen. Deren Stellung im Vergleich zu anderen Verfassungsrechten ist unklar. Es spricht aber einiges für die Annahme, dass sie den kollektiven Rechten zur Verwirklichung des *Vivir Bien* zuzurechnen sind, denen im Konfliktfall Vorrang zukommt.¹⁰ Weder in Bezug auf die neuseeländischen noch auf die bolivianischen RdN gibt es Hinweise darauf, dass sie grundsätzlich mit dem Verfassungsrecht unvereinbar sind.

c) *Regionale und lokale Rechtsquellen*

In Kolumbien und den USA wurden Rechtsvorschriften mit einem regionalen Anwendungsbereich erlassen. In Kolumbien erfolgte dies in mehreren Departments.

⁷ Vgl. Schimmöller, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (582 f.); Tănăsescu, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (446); Darpö, *Nature* 17; Kauffman/Martin, *Politics* 64, 117; Cyrus R. Vance *Center for International Justice et al.*, *Rivers* 35; Kotzé/Villavicencio Calzadilla, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (401).

⁸ S. z. B. Tănăsescu, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429 (430, 446); tw. Krämer, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (63 f., 73).

⁹ S. Abschnitt B.IV.1.a) und B.IV.2.a).

¹⁰ S. Abschnitt B.III.2.a) und B.III.5.

Die von den anerkannten indigenen Völkern in den USA erlassenen Rechtsvorschriften lassen sich ebenfalls einem regionalen bzw. überregionalen Anwendungsbereich zuordnen, weil sich ihre Gebiete teils über mehrere Einzelstaaten erstrecken. Die meisten US-amerikanischen Rechtsvorschriften mit RdN wurden hingegen auf lokaler Ebene – also überwiegend von Gemeinden, manchmal auch von Städten oder Kreisen – angenommen. Obwohl das von ihnen erzeugte Recht im Rechtssystem unter den Gesetzen und dem Verfassungsrecht der Einzelstaaten und des Gesamtstaates steht, enthalten sie meist zahlreiche Bestimmungen, die dagegen teils offenkundig verstoßen. Einige dieser Rechtsakte wurden deshalb angefochten, von Gerichten für ungültig erklärt oder wieder aufgehoben. Inwieweit auch die Annahme von RdN höherrangigem Recht widerspricht, ist noch nicht abschließend geklärt, da sich die Gerichte kaum näher mit jenen Bestimmungen befassen, die RdN zum Inhalt haben. Anders ist die Rechtslage in den Einzelstaaten Ohio, Florida und Utah, wo die Anerkennung von RdN ausdrücklich verboten wurde, sodass die dort angenommenen lokalen Rechtsvorschriften mit RdN verdrängt (*preempted*) und unanwendbar wurden.¹¹

Am Beispiel der US-amerikanischen Rechtsquellen zeigt sich deutlich, welche Nachteile aus der Perspektive einer effektiven Rechtsdurchsetzung mit der Aufnahme von RdN in lokale oder regionale Rechtsakte einhergehen können, wenn diese nicht wie in Kolumbien bereits als Verfassungsrechte anerkannt wurden: Aufgrund von möglicherweise entgegenstehendem höherrangigem Recht können die Rechtsquellen jederzeit angefochten, aufgehoben oder durch höherrangiges Recht verdrängt werden.¹² Häufig waren allerdings nicht die Bestimmungen mit RdN ursächlich für die Aufhebungen, sondern in den Rechtsakten ebenfalls enthaltene Bestimmungen, die einzelstaatlichem oder gesamtstaatlichem Recht offenkundig widersprechen.¹³ Deshalb ist noch unklar, ob auch die Annahme von RdN durch lokale Gebietskörperschaften einzelstaatlichem oder gesamtstaatlichem Recht widerspricht, sofern dies nicht wie in Ohio, Florida und Utah ausdrücklich verboten wurde. In Bezug auf die anerkannten indigenen Völker ist davon auszugehen, dass die Annahme von RdN grundsätzlich zulässig ist, weil sie nicht dem Recht der Einzelstaaten und der gesamtstaatlichen Verfassung unterliegen. Allerdings ist fraglich, inwieweit die von ihnen erlassenen RdN auch außerhalb der Stammesgebiete durchgesetzt werden können. Überdies stellt sich die Frage, welches Gewicht lokalen und regionalen RdN beigemessen wird, wenn sie z.B. mit verfassungsrechtlich geschützten Rechten (von Unternehmen) kollidieren. Insb. ist ungewiss, ob die Gerichte der Argumentation einiger Befürworter:innen von RdN folgen, wonach die RdN ein Bestandteil von anderen verfassungsrechtlich geschützten Rechten – wie z. B. dem Recht auf Leben, auf eine gesunde Umwelt oder auf Religionsfreiheit der indigenen Stämme – sind.

¹¹ S. insb. Abschnitt B.I.2.f). Im Rahmen dieser Arbeit wurden allerdings keine Rechtsvorschriften mit RdN aus Utah ausfindig gemacht bzw. untersucht.

¹² Vgl. Kauffman/Martin, Politics 64.

¹³ S. insb. Abschnitt B.I.4.I) und B.I.7.d).

Aus der Perspektive des eigenen Rechtsverständnisses drängt sich hinsichtlich der Vorgehensweise der US-amerikanischen Gebietskörperschaften, einzelstaatliches und gesamtstaatliches Recht durch die Annahme von widersprechenden Rechtsvorschriften bewusst infrage zu stellen, ein gewisses Maß an Skepsis auf.¹⁴ Daher war es überraschend, dass diese Bedenken bei einem Austausch mit US-amerikanischen Rechtswissenschaftler:innen nicht in der gleichen Intensität geteilt wurden. Eine Erklärung hierfür könnte in einem anderen demokratiepolitischen Verständnis liegen oder in den unterschiedlichen Streitkulturen. Aber auch die in den USA verbreitete rechtsphilosophische Strömung des Rechtsrealismus könnte dafür eine Erklärung bieten. Diese bringt gem. Kischel eine gewisse Skepsis gegenüber einer „Systematik des Rechts“ sowie „einer deduktiven Argumentation aus den Regeln heraus“ mit sich. Ihr liege stattdessen der Glaube zugrunde, dass „nichtnormative“ Faktoren „sowie der ausgeprägte Rückgriff auf Empirie und die Ergebnisse in anderen Wissenschaftsbereichen“ für gerichtliche Entscheidungen ebenso bedeutend sein können.¹⁵

3. Rechtsvorschriften zur Umsetzung oder Konkretisierung der RdN

Entgegen den Erwartungen stellte sich im Zuge der Recherchen für die Länderberichte heraus, dass in den untersuchten Rechtsordnungen kaum weitere Rechtsvorschriften erlassen wurden, die einen relevanten Beitrag zur Umsetzung oder Konkretisierung der untersuchten RdN leisten. Dies ist insofern bemerkenswert, als in der Literatur davon ausgegangen wird, dass „materiell-rechtliche und verfahrensrechtliche Änderungen in vielen Teilen der Rechtsordnung“ notwendig sind, damit die RdN wirksam werden.¹⁶ Auch die Annahme, dass eine höhere Stellung im Rechtssystem automatisch eine bessere Integration der RdN in die Rechtsordnung zur Folge hat, lässt sich derzeit nicht bestätigen.¹⁷ Denn seit Inkrafttreten der ecuadorianischen Verfassung im Jahr 2008 wurden nur wenige Gesetze erlassen, die nennenswert zur Konkretisierung der Verfassungsbestimmungen beitrugen. Eine wesentliche Ausnahme bildet das Wassergesetz, in dem die Rechte von Gewässern konkretisiert wurden. Aus dem Länderbericht über Ecuador können deshalb wider Erwarten nur bedingt Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie sich RdN auf ein gesamtes Rechtssystem auswirken. Die Aufgabe der Konkretisierung übernahm schließlich der Verfassungsgerichtshof, der insb. in der Periode von 2018 bis 2022 zahlreiche aufschlussreiche Entscheidungen veröffentlichte.

¹⁴ Zu den Hintergründen für diese Vorgehensweise s. insb. Abschnitt B.I.1.c) und B.I.2.d).

¹⁵ Kischel, Rechtsvergleichung 376 ff.

¹⁶ Leimbacher, Natur 260 mit Verweis auf Stone, Umwelt 57.

¹⁷ Tw. ähnl. Schimmöller, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (582); Darpö, Nature 51; allg. Macpherson, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (337); Bosselmann, Natur 193.

In Bolivien wurden keine erwähnenswerten Rechtsvorschriften erlassen oder angepasst. Allerdings lassen sich dem Rahmengesetz Informationen darüber entnehmen, wie die RdN nach Ansicht der bolivianischen Gesetzgebung gemeinsam mit den anderen Zielen des Staates verwirklicht werden sollen. Ebenso wenig ist bekannt, dass in Neuseeland weitere Gesetze erlassen wurden. Dies war womöglich auch nicht notwendig, da in den untersuchten Rechtsquellen detailliert geregelt wurde, wie die RdN in das bestehende Rechtssystem zu integrieren sind, indem festgelegt wurde, welche Rechtsvorschriften weiterhin anzuwenden, welche nicht mehr anzuwenden sind, und wann eine Zusammenarbeit geboten ist. Nähere Informationen über die Ausgestaltung der neuseeländischen RdN halten außerdem die bereits erstellten Pläne und vorgesehenen Maßnahmen bereit. Es ist auch nicht bekannt, dass in Kolumbien Rechtsvorschriften zur Umsetzung oder Konkretisierung der RdN erlassen oder angepasst wurden. Die von den Gerichten getroffenen Anordnungen wurden zwar teilweise umgesetzt, Pläne und Strategien erarbeitet, daraus können allerdings kaum neue Erkenntnisse über die Ausgestaltung der RdN gewonnen werden. Schließlich gibt es kaum Berichte über die Annahme von weiteren Rechtsvorschriften in den USA. Eine Ausnahme bildet die kalifornische Stadt Santa Monica, die RdN in ihren Nachhaltigkeitsplan aufnahm sowie mehrere Verordnungen zu deren Umsetzung erließ.

a) Mögliche Gründe für das Fehlen weiterer Rechtsvorschriften

Über die Gründe für das Fehlen von Rechtsvorschriften zur Umsetzung oder Konkretisierung der untersuchten RdN lassen sich nur Vermutungen anstellen. Während die Erlassung weiterer Rechtsvorschriften in Neuseeland womöglich tatsächlich nicht notwendig war, schien in Ecuador und Bolivien der politische Wille oder Konsens zu fehlen. In Kolumbien sah man sich hingegen möglicherweise nicht dazu veranlasst, generelle Rechtsakte zu erlassen, weil sich die kolumbianischen Gerichtsentscheidungen auf konkrete Anlassfälle bezogen und i. d. R. konkrete Anordnungen – wie die Ergreifung von Maßnahmen oder die Erstellung von Plänen – getroffen wurden. Dennoch wären der Literatur zufolge Anpassungen im Verwaltungsrecht und insb. in der Raumordnung erforderlich.¹⁸ In Bezug auf die USA könnten mehrere Gründe dazu beigetragen haben: Viele der untersuchten RdN sind lediglich ein Bestandteil von umfangreicheren Rechtsakten, die oft mithilfe von direktdemokratischen Instrumenten angenommen wurden und gegen konkrete unternehmerische Tätigkeiten gerichtet waren. Ihre Annahme schien daher insb. den Zweck zu verfolgen, eine von den Bürger:innen wahrgenommene Bedrohung abzuwehren. In Verbindung mit der ihnen anhaftenden Rechtsunsicherheit kam dem Erlass von weiteren Rechtsvorschriften daher möglicherweise keine Priorität zu. Einen gänzlich anderen Eindruck vermitteln hingegen die Berichte über Santa Monica, wonach an der Integration der RdN in das Stadtrecht kontinuierlich gear-

¹⁸ B. Fn. 1569.

beitet wird.¹⁹ Auch mehrere indigene Völker berichten, an weiteren Umsetzungsschritten zu arbeiten. Insb. der Yurok Tribe erließ 2024 eine Verordnung, in der die RdN konkretisiert wurden und zahlreiche Bestimmungen vorgesehen wurden, die ihre Anwendung und Durchsetzung innerhalb und außerhalb seines Gebiets sicherstellen sollen.²⁰

b) Langsame Entwicklung hin zu weitreichenderen Veränderungen

Im Zuge der rechtsvergleichenden Betrachtung entstand der Eindruck, dass es in allen untersuchten Rechtsordnungen sehr lange dauert, bis die RdN konkretisiert, weiterentwickelt und in ein Verhältnis zu anderen Rechtsvorschriften gesetzt werden. Dies könnte u. a. darauf zurückgeführt werden, dass die RdN sowohl für die Rechtserzeuger:innen als auch für die Rechtsanwender:innen neu und damit noch fremd sind.²¹ Zudem werden gem. Kauffman/Martin neue Rechtsnormen, darunter auch Menschenrechte, in der Anfangsphase grundsätzlich nicht in einer Weise angewandt, die für die Norm förderlich ist.²² Dementsprechend ist auch mit Blick auf Ecuador eine anfängliche Zurückhaltung gegenüber der Anwendung, Konkretisierung und weiteren Anpassungen im Rechtssystem erkennbar. Erst nach über zehn Jahren wurden im Rahmen von Gerichtsverfahren und damit anhand von konkreten Anwendungsbeispielen bedeutende Konkretisierungen vorgenommen.²³ Den frühen erst- und zweitinstanzlichen Gerichtsentscheidungen ist hingegen zu entnehmen, dass die Richter:innen Schwierigkeiten hatten, die RdN korrekt anzuwenden. Bspw. wurde mehrmals angenommen, dass diese lediglich in Schutzgebieten anwendbar sind. Auch aus der Judikatur des ecuadorianischen Verfassungsgerichtshofes geht hervor, dass sich dieser erst nach einigen Jahren ausführlicher mit den RdN und den ihnen zugrunde liegenden, insb. naturwissenschaftlichen Überlegungen befasste, dann aber sein Wissen stetig erweiterte. In Kolumbien wurden die vom kolumbianischen Verfassungsgerichtshof erstmals anerkannten RdN hingegen rasch von anderen Gerichten sowie Departments aufgegriffen und weiterentwickelt. Dies ist womöglich auf die grundsätzliche Offenheit des kolumbianischen Rechtssystems gegenüber Weiterentwicklungen im Menschenrechtsbereich zurückzuführen. Eine Ursache für die langsame Entwicklung könnte aber auch darin bestehen, dass die RdN in weitgehend anthropozentrisch ausgestaltete Rechtssysteme integriert werden

¹⁹ S. insb. Abschnitt B.I.8.a).

²⁰ B. Fn. 100.

²¹ Vgl. tw. Y. Epstein/Ellison/Echeverría/Abbott, Science 2023/20, 380 (1); ähnl. Gutmann, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocarú/Reeder 275 (281).

²² Kauffman/Martin, World Development 2017/3, 130 (131 m. w. N.).

²³ Vgl. allg. Babcock, Ecology Law Quarterly 2016/1, 1 (19 f.); s. i. d. Z. auch die Ausführungen von Gutmann, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocarú/Reeder 275 (281 f.).

müssen.²⁴ Denn die Anerkennung von RdN leitet der Literatur zufolge einen „Paradigmenwechsel“ ein, der weitreichende Veränderungen in der gesamten Rechtsordnung nach sich zieht und auch das Wirtschaftssystem betrifft.²⁵ Dass dies insb. sehr arme Staaten wie Ecuador, Kolumbien und Bolivien bei der Umsetzung der RdN vor zusätzliche Herausforderungen stellt, wurde in der Literatur vielfach diskutiert.²⁶ Während daher die RdN in Bolivien u. a. aus ökonomischen Gründen eher dem „toten Recht“ zuzuordnen sind,²⁷ wurde ihnen in Ecuador und Kolumbien von der Rechtsprechung möglicherweise gerade deshalb – auch zum Schutz der Menschenrechte – (neues) Leben eingehaucht.²⁸ Der Mangel an finanziellen Ressourcen lässt sich zwar als relevanter Faktor betrachten,²⁹ ist aber nicht allein ursächlich für die fehlende Umsetzung. Der Literatur zufolge erweisen sich vielmehr auch gut ausgestattete und ausgebildete Behörden und Gerichte,³⁰ ein robuster Rechtsrahmen³¹ sowie verständliche, transparente und effektive Durchsetzungsmechanismen als relevant.³²

4. Anwendung durch die Gerichte

Im Zuge der Erstellung der Länderberichte wurde auch die verfügbare Judikatur mit Bezugnahmen auf die untersuchten RdN berücksichtigt. Bei einer vergleichenden Betrachtung fällt auf, dass ein Zusammenhang zwischen der Stellung der untersuchten Rechtsquellen sowie deren Anwendung durch die Gerichte bestehen könnte.³³ So stammen die meisten Gerichtsentscheidungen, soweit bekannt, aus Ecuador, wo die Gerichte verpflichtet sind, die in der Verfassung verankerten Rechte

²⁴ Vgl. *Di Salvatore*, Towards a European Charter of the Rights of Nature, www.researchgate.net/publication/338412437_Towards_a_European_Charter_of_the_Rights_of_Nature (Stand 2. 7. 2024) 33.

²⁵ *Carducci et al.*, Charter 69, 95 f., 101; ähnl. *J. Weber*, Erde 141, 158; *Krömer/Wagner/Berghaler/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 1.

²⁶ Vgl. dazu bereits die Ausführungen zur Rechtswirklichkeit in den Länderberichten; sowie in Zusammenschau insb. betr. Ecuador und Bolivien z.B. *Gudynas*, in: *G. Weber* 83 (96); *Bagni*, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* 111 (113, 131); *Barié*, latinoamérica 2014/2, 9 (29); *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (475).

²⁷ Vgl. *B. Fn.* 1126.

²⁸ Vgl. tw. *Kauffman/Martin*, Politics 119 f.

²⁹ *Brown Weiss/Jacobson*, Preface, in: *Brown Weiss/Jacobson* (Hrsg.), Engaging Countries: Strengthening Compliance with International Environmental Accords (1998) xv; *Colins*, Constitution 80.

³⁰ *Jacobson/Brown Weiss*, Assessing the Record and Designing Strategies to Engage Countries, in: *Brown Weiss/Jacobson* (Hrsg.), Engaging Countries: Strengthening Compliance with International Environmental Accords (1998) 511 (530); *Kauffman/Martin*, Politics 120.

³¹ *Deva*, Taking nature seriously: Can the UN Guiding Principles tame corporate profiteering?, in: *Voigt* (Hrsg.), Rule of Law for Nature. New Dimensions and Ideas in Environmental Law (2013) 312 (318).

³² *Sheehan*, in: *Voigt* 222 (237).

³³ Ähnl. *Kauffman/Martin*, Politics 65.

anzuwenden.³⁴ Auch in Kolumbien sprachen zahlreiche Gerichte RdN zu, nachdem diese erstmals vom Verfassungsgerichtshof zuerkannt worden waren. Viele Ungültigerklärungen von Rechtsquellen mit RdN gab es hingegen in den USA, wo die untersuchten Rechtsquellen eine niedrige Stellung im Rechtssystem einnehmen.³⁵ Dementsprechend unwahrscheinlich ist es, dass sie von einzel- oder gesamtstaatlichen Gerichten angewandt oder bei diesen erfolgreich durchgesetzt werden können. Es ist keine entsprechende Gerichtsentscheidung bekannt. Hinsichtlich der eigenen Gerichte der anerkannten indigenen Völker erscheint dies hingegen durchaus möglich, auch wenn unklar ist, in Bezug auf welche Personen und Tätigkeiten diese entscheidungsbefugt sind.

Die wenigsten Gerichtsentscheidungen mit Bezugnahmen auf RdN gibt es in jenen Ländern, in denen die RdN auf Gesetzesebene angenommen wurden. Aus Bolivien sind bislang lediglich zwei Fälle bekannt, aus Neuseeland kein einziger. Die Ursachen sind wohl sehr unterschiedlich. In Bolivien liegen sie der Literatur zufolge in der fehlenden verfassungsgesetzlichen Verankerung der RdN, der mangelnden Unabhängigkeit der Gerichte, der weit verbreiteten Korruption und den staatlichen Drohungen gegenüber der Zivilgesellschaft.³⁶ In Neuseeland könnte dies hingegen darauf zurückgeführt werden, dass Vorkehrungen getroffen wurden, um Konflikte zu vermeiden, indem das Verhältnis zu anderen Rechtsvorschriften klar geregelt wurde und ein Co-Managementsystem eingerichtet wurde, bei dem ein besonderer Fokus auf die Zusammenarbeit zwischen den verschiedensten Interessensvertreter:innen gelegt wurde.³⁷ Außerdem besteht im zweidemokratischsten Land der Welt lt. The Economist³⁸ womöglich grundsätzlich ein sehr hohes Vertrauen in die Institutionen und das Rechtssystem, sodass sich weniger Personen zur Anrufung der Gerichte veranlasst sehen könnten.

5. Reichweite des gewährten Schutzes

Ein weiterer Unterschied, der u. a. auf die Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem zurückzuführen ist, betrifft die unterschiedlichen Anwendungsbe-
reiche der untersuchten RdN und damit auch die Reichweite des durch sie gewährten Schutzes. Dies zeigt sich am deutlichsten am Beispiel jener Rechtsvorschriften, die auf lokaler Ebene angenommen wurden.³⁹ So kann das von einer US-Gemeinde einem Fluss gewährte Recht „zu existieren“ lediglich vor Eingriffen schützen, die innerhalb des Gemeindegebietes verursacht werden, nicht aber vor Tätigkeiten wie

³⁴ Vgl. *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (63); *Bagni*, Revisita Análisis Jurídico-Político 2022/7, 99 (104 f.).

³⁵ Vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 64.

³⁶ S. dazu ausführl. Abschnitt B.III.8.

³⁷ S. insb. B. Fn. 1448 und 1449.

³⁸ B. Fn. 1149.

³⁹ Vgl. *Schoukens*, in: *Pereira/Saramago* 205 (214, 230).

z.B. Wasserentnahmen, die außerhalb der Gemeinde verübt werden und Auswirkungen auf den Fluss haben. Ebenso wenig kann das Recht, „frei von Verschmutzung zu sein“ Schutz vor Schadstoffen bieten, die außerhalb des Gemeindegebietes eingeleitet werden. Zwar erließen manche Gemeinden eine Bestimmung, wonach auch in Nachbargemeinden ausgeübte Tätigkeiten Verantwortlichkeiten nach sich ziehen. Vor dem Hintergrund der Ausführungen zur Stellung der Rechtsquellen im Rechtssystem ist aber zu bezweifeln, dass dies erfolgreich bei Gericht durchgesetzt werden kann. Die Reichweite des gewährten Schutzes ist allerdings nicht nur durch den Anwendungsbereich der Rechtsquellen begrenzt, sondern auch durch die Definition der Rechtsträger:innen, worauf im Rahmen der nächsten Querschnittsbeachtung noch näher eingegangen wird.⁴⁰ Inwieweit RdN über den Anwendungsbereich der Rechtsquellen hinaus Schutz gewähren, könnte hingegen in Anlehnung an die Literatur zur extraterritorialen Anwendung von Menschenrechten überlegt werden.⁴¹

a) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

Wird nun der Blick auf das österreichische Recht geschwenkt, lässt sich zunächst festhalten, dass die begrenzte Reichweite des gewährten Schutzes nicht nur den RdN eigen ist, sondern auch das Umweltrecht betrifft. So endet auch der Anwendungsbereich des österreichischen Wasserrechts, das überwiegend im Wasserrechtsgesetz 1959 (WRG) geregelt ist,⁴² an den Grenzen der Republik, sodass Gewässerbeeinträchtigungen, die einen Fluss noch vor Erreichen des Staatsgebietes ereilen, nicht davon erfasst sind. Die Erkenntnis, dass gegen Umweltverschmutzungen nicht nur innerhalb nationalstaatlicher Grenzen vorgegangen werden kann, sondern diese grenzüberschreitend zu bekämpfen sind, ist deshalb auch ein Mitgrund dafür, dass die Europäische Union (EU) basierend auf Art. 191 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)⁴³ zahlreiche Sekundärrechtsakte im Umweltbereich erließ. Ein großer Teil des österreichischen Umweltrechts, darunter auch das Wasserrecht, ist daher vom Unionsrecht determiniert.⁴⁴ Die nachfolgenden Überlegungen zur österreichischen Rechtslage sind somit vor dem Hintergrund des Umweltunionsrechts zu verstehen. In Bezug auf den Schutz von Flüssen ist insb. die Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG (WRRL) relevant, womit der Schutz der Ge-

⁴⁰ S. Abschnitt C.II.

⁴¹ S. z. B. *Da Costa*, The Extraterritorial Application of Selected Human Rights Treaties (2013).

⁴² Wasserrechtsgesetz 1959 BGBl 1959/215 (WRG); vgl. ausführl. *T. Weber*, Umweltschutz durch Rechtsschutz?, (2015) 151 ff.

⁴³ Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. C 2016/202, 47 (AEUV).

⁴⁴ S. dazu ausführl. mit einem Überblick über die wichtigsten Sekundärrechtsakte für die Gewässerbewirtschaftung *T. Weber*, Umweltschutz 65 ff., 110 f.; weiters *Schulev-Steindl*, Umweltrecht – eine Disziplin im Zeichen globaler Ressourcenknappheit, RdU 2010/1, 4 (7 m. w. N., 110).

wässer innerhalb der EU verstärkt und bis zu einem gewissen Grad harmonisiert werden sollte, sodass grundsätzlich alle Mitgliedstaaten die gleichen Umweltziele erreichen bzw. einhalten müssen.⁴⁵ Darüber hinaus wurden auch auf völkerrechtlicher Ebene bi- und multilaterale Verträge zum Schutz der Donau, des Rheins und anderer Wasserläufe unterzeichnet,⁴⁶ worin sich auch Staaten, die nicht der EU angehören, wie z. B. die Schweiz, verpflichtet haben. Auch im Bereich des Naturschutzes bzw. der Biodiversität bestehen internationale Abkommen, die für den Schutz von Flüssen in Österreich relevant sein können.⁴⁷ Die aus der Synthese gewonnenen Erkenntnisse bekräftigen damit, was auch in Hinblick auf das Umweltrecht zutrifft, nämlich dass ein möglichst weiter Anwendungsbereich der Rechtsvorschriften sinnvoll ist, der in erster Linie – da „die Erde in Staaten aufgeteilt ist“ – die nationalstaatliche Ebene umfassen sollte,⁴⁸ aber durch eine Zusammenarbeit auf regionaler und internationaler Ebene ergänzt werden muss.⁴⁹

b) Internationale Zusammenarbeit: Möglichkeiten und Grenzen

Die internationale Zusammenarbeit zum Schutz der RdN ist hingegen erst im Entstehen begriffen. Neben mehreren Dokumenten der UNO, in denen auf RdN

⁴⁵ S. insb. Art. 4 RL 2000/60/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, ABl. L 2000/327, 1 (Wasserrahmenrichtlinie, WRRL); weiters RL 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser, ABl. L 1991/135, 40; RL 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung), ABl. L 2010/334, 17 (Industrieemissionsrichtlinie, IERL); vgl. *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (65); *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie und Wasserrecht (2005) 30; *T. Weber*, Umweltschutz 111.

⁴⁶ *Binder*, Umweltvölkerrecht, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), Handbuch Umweltrecht³ (2019) 55 (90 ff. m. w. N.); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (64); *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 37 ff.

⁴⁷ Z. B. Biodiversitätskonvention; Übereinkommen über Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel (Ramsar-Konvention) vom 2. 2. 1971, BGBl 1983/225; Übereinkommen zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention) vom 7. 11. 1991, BGBl 1995/447; insb. Protokoll zur Durchführung der Alpenkonvention von 1991 im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege (Protokoll „Naturschutz und Landschaftspflege“) vom 20. 12. 1994, BGBl III 2002/236.

⁴⁸ Ausführl. *Bosselmann*, Natur 137. M. E. könnte dies aber auch durch die Umsetzung von unions- oder völkerrechtlichen Vorgaben erfolgen, s. sogleich unten.

⁴⁹ Vgl. in Bezug auf den österr. Umweltschutz *Schambeck*, Umweltschutz und Rechtsordnung, ÖJZ 1972, 617 (622 f.); *Schulev-Steindl*, RdU 2010/1, 4 (7); in Bezug auf das Umwel unionsrecht *Carducci et al.*, Charter 24 f.; *Ito*, in: La Follette/Maser 311 (316); *Hoek/Kaststen/van Gils/Janssen/van Gils*, Implementing Rights of Nature: An EU Natu resh ip to Address Anthropocentrism in Environmental Law, Utrecht Law Review 2023/1, 72 (73 f.); sowie in Bezug auf RdN *Jones*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/0, 76 (89); *Carducci et al.*, Charter 100; s. i. d. Z. auch *Gilbert*, Transnational Environmental Law 2023/3, 671 (675 f.).

Bezug genommen wurde,⁵⁰ und Vorschlägen für die Aufnahme von RdN in das Unionsrecht⁵¹ kann insb. das „Internationale Tribunal für die Rechte der Natur“ als Versuch einer Zusammenarbeit auf globaler Ebene betrachtet werden. Dabei handelt es sich jedoch um eine rein zivilgesellschaftliche Initiative, die nicht von Staaten anerkannt wurde. Das Tribunal wurde erstmals 2014 von zivilgesellschaftlichen Organisationen einberufen sowie unter dem Vorsitz der indischen Umweltaktivistin und Alternativen Nobelpreisträgerin Vandana Shiva abgehalten. Es führt Anhörungen über behauptete Verletzungen von RdN durch, wie sie insb. in der rechtlich nicht verbindlichen Allgemeinen Erklärung der Rechte von Mutter Erde festgelegt wurden,⁵² und gibt Empfehlungen für angemessene Wiedergutmachungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen ab.⁵³ Das Tribunal behandelte ebenso einen Fall, der aufzeigt, wie der Geltendmachung von RdN selbst innerhalb eines Staatsgebiets Grenzen gesetzt sein können, auch wenn diese – wie im Fall von Ecuador – in der Verfassung verankert sind.⁵⁴ Denn der jahrelange Rechtsstreit um eine Ölkatastrophe im ecuadorianischen Amazonasgebiet, die vom US-amerikanischen Mineralölunternehmen Texaco (heute Chevron) verursacht worden war, erfuhr eine jähe Wendung, als ein vom Ständigen Schiedshof in Den Haag verwaltetes Schiedsgericht zu dem Ergebnis gelangte, dass die Verurteilung des Unternehmens durch ein ecuadorianisches Gericht nicht durchsetzbar ist, weil sie u. a. ein Investitionsschutzabkommen (*Investor State Dispute Settlement*) zwischen den USA und Ecuador verletzt.⁵⁵

⁵⁰ A. Fn. 154.

⁵¹ Darunter insb. ein Vorschlag für eine *EU Charter of the Fundamental Rights of Nature* und eine *EU Directive on the Rights of Nature*, www.citizensforeurope.eu/organisation/rights-of-nature-europe (Stand 2.7.2024); ausführl. *Hovden*, *The Best Is Not Good Enough: Ecological (Il)lteracy and the Rights of Nature in the European Union*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2018/3-4, 281 (301 ff.); krit. *Schoukens*, in: Pereira/Saramago 205 (229 f.); vgl. weiters *Darpö*, *Nature* 50 ff.; *Schoukens*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2018, 309 (312).

⁵² B. Fn. 952.

⁵³ S. insb. *Maloney*, *Vermont Law Review* 2016/1, 129 (129 ff.); *Maloney*, *Finally Being Heard: The Great Barrier Reef and the International Rights of Nature Tribunal*, *Griffith Journal of Law & Human Dignity* 2015/1, 40 (41, 46); *Fukurai/Krooth*, *Approaches* 234 ff.; *Fukurai*, *Original Nation Approaches to Inter-National Law (ONAIL): Decoupling of the Nation and the State and the Search for New Legal Orders*, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 2019/1, 199 (250 ff., 257 ff.); *Borràs*, *Transnational Environmental Law* 2016/1, 113 (142); *Boyd*, *Nature* 214 ff.; *Apaza Huanca*, *International Journal for Crime, Justice and Social Democracy* 2019/3, 6 (15); *Acosta*, *Toward the Universal Declaration of Rights of Nature: Thoughts for Action*, www.gam.org/wp-content/uploads/2021/09/Toward-the-Universal-Declaration-of-Rights-of-Nature-Alberto-Acosta.pdf (Stand 2.7.2024) 13; *Franks*, *Michigan Journal of International Law* 2021/3, 633 (650).

⁵⁴ www.rightsofnaturetribunal.org/cases/chevron-texaco-case/#1597971909836-dc469361-6237 (Stand 2.7.2024).

⁵⁵ Arbitration Tribunal administered by the Permanent Court of Arbitration 30.8.2018, 2009-23 (*Chevron Texaco vs. Ecuador*); *Fukurai/Krooth*, *Approaches* 231 ff.; *Ávila Santamaría*, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (285).

6. Zuerkennung im Wege der Rechtsprechung

Im Unterschied zu den anderen untersuchten RdN wurden die kolumbianischen RdN nicht im Wege der Gesetzgebung erlassen, sondern erstmals vom Verfassungsgerichtshof zuerkannt, der sie aus der Verfassung ableitete und insb. mit dem Schutz der Menschenrechte begründete.⁵⁶ Sie wurden folglich implizit, durch die Interpretation bereits existierender Verfassungsbestimmungen „verfassungsrechtlich verankert“ (*constitutionalized*).⁵⁷ Dieses Ausmaß an richterlicher Rechtsfortbildung blieb in der kolumbianischen Rechtswissenschaft nicht ohne Kritik, welche die kolumbianische Regierung jedoch nicht dazu veranlasste, von ihrer Möglichkeit Gebrauch zu machen, die Entscheidung wegen Kompetenzüberschreitung für nichtig zu erklären.⁵⁸

In der RdN-Literatur wird die Zuerkennung von RdN im Wege der Rechtsprechung überwiegend kritisch gesehen. Im Wesentlichen wird vorgebracht, dass dies lediglich retroaktiv wirken könne und damit weniger effektiv sei als eine Anerkennung durch die Gesetzgebung.⁵⁹ Demgegenüber könne die Legislative „die Parameter der Rechtspersönlichkeit festlegen“, die gewährten Rechte umfassender definieren sowie weitreichendere Veränderungen herbeiführen, indem bspw. auch Eigentumsrechte übertragen werden. Außerdem führe die gesetzliche Anerkennung zu einer höheren demokratischen Legitimation.⁶⁰ Andere Stimmen in der Literatur sehen in aktiven Gerichten hingegen eine „fundamentale Säule der Demokratie“,⁶¹ die insb. für die Weiterentwicklung des Umweltrechts bedeutend sei.⁶²

Bei einer vergleichenden Betrachtung der Rechtslage in Ecuador mit jener in Kolumbien lassen sich die obigen Argumente jedenfalls nicht bestätigen. Denn auch in Ecuador wurden die erforderlichen Konkretisierungen nicht durch die Gesetzgebung, sondern durch die Gerichte vorgenommen und lassen weitreichendere Veränderungen im Wege der Gesetzgebung auf sich warten. Zudem hatten viele erst- und zweitinstanzliche Gerichte Ecuadors in den ersten Jahren Schwierigkeiten, die RdN (korrekt) anzuwenden, während die erst- und zweitinstanzlichen Gerichte und Tribunale Kolumbiens rasch dem vom Verfassungsgerichtshof eingeschlagenen Weg folgten und auch Departments Rechtsvorschriften mit RdN erließen. Daraus sollte nicht der Schluss gezogen werden, dass die Zuerkennung im Wege der Rechtspre-

⁵⁶ S. dazu ausführl. Abschnitt B.V.1.c); vgl. Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) Rz. 9.23 ff.; Cyrus R. Vance *Center for International Justice et al.*, Rivers 32; O'Donnell/Talbot-Jones, *Ecology and Society* 2018/1, 7 (7); Kauffman/Martin, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (262); Schoukens, in: Pereira/Saramago 205 (212).

⁵⁷ Brandl/Bungert, *Harvard Environmental Law Review* 1992/1, 1 (5).

⁵⁸ S. dazu ausführl. Abschnitt B.V.2.

⁵⁹ Kauffman/Martin, *Politics* 225.

⁶⁰ Iorns Magallanes, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (234).

⁶¹ Dannenmaier, *Environmental Law and the Loss of Paradise*, *Columbia Journal of Transnational Law* 2011, 463 (486).

⁶² Darpö, *Nature* 60.

chung keine Nachteile mit sich bringt, es lässt sich aber als Hinweis darauf werten, dass noch andere Faktoren für die Effektivität der RdN maßgeblich sind, die wohl auch im jeweiligen Kontext und der Rechtswirklichkeit zu finden sind.⁶³ Die bereits angesprochene langsame Veränderung der Rechtsordnungen durch die RdN gebietet es jedenfalls, diesbezüglich keine voreiligen Schlüsse zu ziehen. In Bezug auf die Kritik an der mangelnden demokratischen Legitimation bzw. der Überschreitung der Befugnisse durch die Judikative könnten zudem die Überlegungen des Philosophen Jürgen Habermas in Erwägung gezogen werden, wonach ein solches Vorgehen insb. dann gerechtfertigt sein könnte, wenn Grundrechte betroffen sind und damit das demokratische System selbst gefährdet ist.⁶⁴

a) *Zur Frage, ob eine solche Entscheidung in der EU möglich gewesen wäre*

Der europäische Umweltrechtswissenschaftler Ludwig Krämer vertritt die Auffassung, dass eine solche Gerichtsentscheidung, wie sie der kolumbianische Verfassungsgerichtshof traf, in der EU (exkl. Irland) nicht möglich gewesen wäre, weil es den Gerichten im kontinentaleuropäischen Rechtssystem an entsprechenden Befugnissen fehlt.⁶⁵ Diesbezüglich ist jedoch festzuhalten, dass auch das kolumbianische Rechtssystem der Gruppe der Rechtsordnungen des kontinentaleuropäischen *Civil Law* zugeordnet wird.⁶⁶ Inwieweit die vom kolumbianischen Verfassungsgerichtshof häufig praktizierte richterliche Rechtsfortbildung auf die Einflüsse des US-amerikanischen *Common Law* zurückzuführen ist, lässt sich im Rahmen dieser Arbeit nicht beurteilen. Es kann aber festgehalten werden, dass der konträktorische Legalismus der USA gem. dem europäischen Rechts- und Politikwissenschaftler R. Daniel Kelemen auch den Trend in der EU beeinflusst haben könnte, individuelle Rechte zu erweitern und die Politiken in die Sprache der Rechte zu fassen.⁶⁷ Angesichts des Kontexts ist daher davon auszugehen, dass andere Faktoren als die Zuordnung zu einem Rechtskreis die aktive Rolle des kolumbianischen Verfassungsgerichtshofes befördert haben. Dazu könnte die konfliktreiche Vergangenheit Kolumbiens zählen, die 1991 zur Annahme einer neuen Verfassung mit umfangreichen Grundrechtsgarantien führte, sowie das hohe Maß an Unabhängig-

⁶³ S. dazu außerdem die Überlegungen in Abschnitt C.I.3.b).

⁶⁴ *Habermas*, Between Facts and Norms: Contributions to a Discourse Theory of Law and Democracy (1996) 263 f. zitiert von *Burgers*, Should Judges Make Climate Change Law?, Transnational Environmental Law 2020/1, 55 (57 ff., 70).

⁶⁵ *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (64); vgl. *Y. Epstein/Schoukens*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/2, 205 (224); ähnl. *Iorns Magallanes*, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (234).

⁶⁶ S. dazu bereits Abschnitt B.V.1.a).

⁶⁷ *Kelemen*, Eurolegalism: The Transformation of Law and Regulation in the European Union (2011) 51 zitiert von *Hilson*, The visibility of environmental rights in the EU legal order: Eurolegalism in action?, Journal of European Public Policy 2018/11, 1589 (1589); i. d. S. auch *Y. Epstein/Schoukens*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/2, 205 (224).

keit und Vertrauen, das die kolumbianische Justiz in der Bevölkerung im Gegensatz zu anderen Institutionen genießt. Weiters bestehen Hinweise darauf, dass das kolumbianische Verfassungsrecht gegenüber Weiterentwicklungen im Menschenrechtsbereich besonders offen ist.⁶⁸ Dementsprechend werden die RdN vom kolumbianischen Verfassungsgerichtshof als Bestandteil bzw. Weiterentwicklung der Menschenrechte betrachtet. Dieser Auffassung könnte auch der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte folgen, der bereits eine Verbindung zwischen dem Recht auf eine gesunde Umwelt und den RdN herstellte.⁶⁹ In Übereinstimmung mit diesen Überlegungen wird auch in Bezug auf das in der bolivianischen Verfassung verankerte Recht auf eine gesunde Umwelt angenommen, dass es bereits einen impliziten Hinweis auf RdN enthalten könnte.⁷⁰ Vor diesem Hintergrund scheint es nicht von vornherein vollkommen ausgeschlossen zu sein, dass kontinentaleuropäische Gerichte zu einem ähnlichen Ergebnis gelangen und RdN aus bereits anerkannten Menschenrechten ableiten.⁷¹ Gem. dem deutschen Rechtswissenschaftler Fischer-Lescano wären die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)⁷² und der Grundrechtecharta der Europäischen Union (GRC)⁷³ in Hinblick auf eine Erweiterung des Kreises der Rechtspersönlichkeit auf „nicht-menschliche Rechtspersonen“ entsprechend offen.⁷⁴

⁶⁸ S. dazu bereits ausführl. Abschnitt B.V.1.a).

⁶⁹ Corte Interamericana de Derechos Humanos 15. 11. 2017, Opinión Consultiva OC-23/17 Rz. 62; sowie 6. 2. 2020, Comunidades indígenas miembros de la Asociación Lhaka Honhat (Nuestra Tierra) vs. Argentina, Rz. 203; vgl. *Gilbert*, Transnational Environmental Law 2023/3, 671 (680); *Fischer-Lescano*, Law & Literature 2020/2, 237 (240); *Calderón-Gamboa/Recinos*, Journal of Human Rights and the Environment 2022/13, 86 (88, 101 f., 104); *Delgado Galárraga*, Reviewing Climate Change and the Rights of Nature: A Colombian Example through an International Perspective, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/2, 1 (18, 29).

⁷⁰ S. Abschnitt B.III.2.a).

⁷¹ S. z. B. die Rspr. des EGMR zu Art. 2 Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210 (EMRK) EGMR 30. 11. 2004, 48939/99, *Öneryildiz/Türkei*; 20. 3. 2008, 15339/02, *Budayeva u. a./Russland*; 17. 11. 2015, 14350/05, *Özel u. a./Türkei*; sowie zu Art. 8 EGMR 9. 12. 1994, 16798/90, *Lopez Ostra/Spanien*; 19. 2. 1998, 14967/89, *Guerra u. a./Italien*; 9. 4. 2024, 53600/20, *Verein Klimaseniorinnen Schweiz u. a./Schweiz*; vgl. *Verniers*, Animal rights under the European Convention on Human Rights, in: García Ruales/Hovden/Kopinina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions (2024) 165 (179); *Ewering/Gutmann/Vetter*, in: García Ruales/Hovden/Kopinina/Robertson/Schoukens 180 (184 ff.); allg. *Daly/May*, Bridging constitutional dignity and environmental rights jurisprudence, Journal of Human Rights and the Environment 2016/2, 218 (226, 240 f.); *Daly*, Review of European Community & International Environmental Law 2012/1, 63 (65); *Churchill*, Environmental Rights In Existing Human Rights Treaties, in: Boyle/Anderson (Hrsg.), Human Rights Approaches to Environmental Protection (2003) 89 (89 ff.).

⁷² Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210.

⁷³ Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl. C 2000/364, 1.

⁷⁴ *Fischer-Lescano*, Law & Literature 2020/2, 237 (254, 253 ff. m. w. N.).

b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

In Bezug auf die österreichische Rechtslage ist festzuhalten, dass die Arbeit des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) darauf beschränkt ist, verfassungswidrige Gesetze aufzuheben.⁷⁵ Der Gerichtshof könnte zwar ein Gesetz mit der Begründung aufheben, dass es in einer gegen ein oder mehrere Grundrechte verstoßenden Weise unvollständig ist,⁷⁶ wenn er RdN wie z. B. der kolumbianische Verfassungsgerichtshof als Bestandteil des Rechts auf Leben oder des Rechts auf Freiheit betrachtet,⁷⁷ die RdN mit Inhalt zu füllen, wäre allerdings Aufgabe der Gesetzgebung.⁷⁸ Der deutsche Rechtswissenschaftler Jörg Weber stellte diesbezüglich bspw. bereits 1996 – und somit lange bevor die Klima- und Biodiversitätskatastrophen in das öffentliche Bewusstsein rückten – die Frage: „[I]st es verfassungskonform, den in Zukunft lebenden Menschen eine artenarme Natur zu hinterlassen? Ist es also im Sinne der Verfassung, wenn dieser Schatz ständig kleiner wird?“.⁷⁹ Bei einer konkreten Normenkontrolle müsste zudem erfolgreich begründet werden, weshalb die Beschwerdeführer:innen oder Antragsteller:innen durch ein Gesetz in ihren Rechten verletzt sind, das keine RdN berücksichtigt.⁸⁰ Die Rspr. des VfGH i. Z. m. den ebenfalls nicht in der Verfassung verankerten sozialen Grundrechten zeigt jedenfalls, dass Ableitungen aus anderen verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechten zumindest grundsätzlich nicht unmöglich sind.⁸¹

⁷⁵ Art. 140 Bundes-Verfassungsgesetz BGBl 1930/1 (B-VG); vgl. *Berka/Binder/Kneihs*, Grundrechte² 228; *Thienel*, Überlegungen zur Ausgestaltung sozialer Grundrechte, in: FS Schäffer (2006) 859 (895).

⁷⁶ *Berka/Binder/Kneihs*, Grundrechte² 228 f.

⁷⁷ S. i. d. Z. auch die Überlegungen zu Art. 8 EMRK von *Gutknecht/Holoubek/Schwarzer*, Umweltverfassungsrecht als Grundlage und Schranke der Umweltpolitik, ZfV 1990/5-6, 553 (562); *Holoubek*, Gewährleistungspflichten 57 f.; zu Art. 2 EMRK von *Duschanek*, Wege einer verfassungsrechtlichen Umweltschutzgarantie, in: FS Wenger (1983) 279 (283 ff.); sowie auch mit Blick auf Art. 3 EMRK von *Holoubek*, Grundrechtsschutz vor neuen Herausforderungen, 21. ÖJT Band I/1 (2022) 105 f.; weiters *Wimmer*, Einbettung der Ökonomie in den ökologischen Rahmen: Das Wirtschaftsrecht als Instrument der Ökologie, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 92; *Hattenberger*, Der Umweltschutz als Staatsaufgabe (1993) 40 ff.

⁷⁸ *Thienel*, Überlegungen zur Ausgestaltung sozialer Grundrechte, in: FS Schäffer (2006) 859 (895).

⁷⁹ *J. Weber*, Erde 111.

⁸⁰ *Berka/Binder/Kneihs*, Grundrechte² 229 ff.; *Funk*, Der Individualantrag auf Normenkontrolle, in: FS Klecatsky (1980) 287 (290 ff.); s. z. B. VfGH 30.9.2020, G 144/2020 Rz. 54 ff.; 27.6.2023, G 139/2021 Rz. 31.

⁸¹ *Thienel*, Überlegungen zur Ausgestaltung sozialer Grundrechte, in: FS Schäffer (2006) 859 (860 ff. m. w. N.).

7. Verfassungsrechtliche Verankerung

a) Überlegungen in der Literatur zu einer verfassungsrechtlichen Verankerung

Wie sich im Rahmen dieser Querschnittsbetrachtung zeigte, hat die Stellung der RdN im Rechtssystem Auswirkungen auf deren Gesetzes- und Verfassungskonformität, deren Anwendung durch die Gerichte sowie die Reichweite des durch sie gewährten Schutzes. Eine hohe Stellung im Rechtssystem lässt sich diesbezüglich als vorteilhaft erachten. In der Literatur werden insb. die Vorteile einer verfassungsrechtlichen Verankerung hervorgehoben.⁸² Die Überlegungen können im Wesentlichen dahin gehend zusammengefasst werden, dass dadurch dem Ungleichgewicht begegnet werden kann, wonach dem Schutz der Umwelt bzw. Natur in vielen Rechtsordnungen der Welt nicht derselbe Stellenwert zukommt wie dem Schutz von Menschenrechten. Dies führe dazu, dass die Rechte der Menschen und damit z. B. auch das Recht auf Eigentum im Konfliktfall Vorrang hätten. Das entspreche jedoch nicht mehr den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, wonach der Mensch und der Genuss der Menschenrechte eng mit der Natur verbunden und von ihr abhängig seien.⁸³ Durch eine Anerkennung der RdN auf Verfassungsebene wäre der Schutz der

⁸² Bosselmann, Ökologische Grundrechte: Zum Verhältnis zwischen individueller Freiheit und Natur (1998) 22; Bosselmann, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 201 (207); Birnbacher, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 63 (65); Kauffman/Martin, Politics 129; Carducci et al., Charter 54, 63, 69; Schoukens, Rights of Nature as an unlikely saviour for the EU'S threatened species and habitats, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk (Hrsg.), Environmental Law for Transitions to Sustainability (2021) 187 (194, 203); Schoukens, Granting Legal Personhood to Nature in the European Union: Contemplating a Legal (R)evolution to Avoid an Ecological Collapse?, (Part II) Journal for European Environmental & Planning Law 2019/1, 65 (87); Kersten, Natur als Rechtssubjekt: Für eine ökologische Revolution des Rechts, Aus Politik und Zeitgeschichte, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/305893/natur-als-rechtssubjekt (Stand 2.7.2024); Bader-Plabst, Natur 98, 166 f., 170; Kersten, Die dritte Revolution. Plädoyer für ein ökologisches Grundgesetz, Blätter für deutsche und internationale Politik 2022/6; Büscher, Natur und Recht 2024/3, 165 (170 f.); a. A. Darpö, Nature 47. In Bezug auf den Tierschutz s. auch Geistlinger, Die Stellung des Tiers im öffentlichen Recht, in: Harret/Graf (Hrsg.), Tierschutz und Recht (1994) 65 (72). In Bezug auf den Umweltschutz bzw. Umweltrechte s. Daly/May, Comparative environmental constitutionalism, Jindal Global Law Review 2015/1, 9 (21 ff.); Kotzé/Muzangaza, Review of European Comparative & International Environmental Law 2018/1, 278 (279, 283 f.); Boyd, Revolution 34 f.; Merrills, Environmental Rights, in: Bodansky/Brunnée/Hey (Hrsg.), The Oxford Handbook of International Environmental Law (2007) 663 (666).

⁸³ S. z. B. Rapport/Costanza/McMichael, Assessing Ecosystem Health, Trends in Ecology & Evolution 1998/10, 397 (399); Cullinan, in: Voigt 94 (100 ff.); Cullinan, Wild Law 55; Leimbacher, Natur 221 f., 397 f.; Bosselmann, in: Kerschner 135 (144); Bosselmann, in: Stone 9 (13 f.); Bosselmann, Natur 145 ff.; Borràs, Transnational Environmental Law 2016/1, 113 (113); Carducci et al., Charter 13, 50, 64, 88 f. m. w. N.; Carducci/Castillo Amaya, Revista Brasileira de Direito 2016/2, 154 (156); Boyd, Nature xxxiv; Kauffman/Martin, Politics 5; Deva, in: Voigt 312 (320); Schoukens, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (206); Hovden, Journal for European Environmental & Planning Law 2018/3-4, 281 (287 f., 299); Schoukens, in: Pereira/Saramago 205 (219, 224, 229 f.); Somsen, The End of European Union

Natur hingegen „von ebenso großer Bedeutung und Wichtigkeit wie die Rechte einzelner Menschen oder Gruppen“. ⁸⁴ Die RdN könnten dann als „Verfahrensleitfaden für die Durchführung von legislativen und administrativen Prozessen funktionieren“, die Gerichte könnten Genehmigungen aufheben, weil sie die Funktionsfähigkeit eines natürlichen Systems beeinträchtigten, und bei Entscheidungen, ob die Rechte der Menschen Vorrang vor RdN haben, könnte eine Abwägung zugunsten des Wohles des gesamten Planeten erfolgen. ⁸⁵ Zudem hätten RdN im Falle eines Normenkonflikts Vorrang vor all jenen Rechtsvorschriften, die keine Verfassungsrechte berührten. ⁸⁶ Überdies wäre die Gesetzgebung nicht nur durch die Grundrechte, sondern auch durch die RdN beschränkt. ⁸⁷ Damit wäre sie verpflichtet, „in allen Bereichen zu regeln, daß die Natur prinzipiell unantastbar ist, daß Eingriffe also die Ausnahme sind“. ⁸⁸ Inwieweit die in der Literatur genannten Vorteile tatsächlich mit den untersuchten RdN einhergehen, wird im Rahmen der nächsten Querschnittsbetrachtungen erörtert.

b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

Im Lichte der in der Literatur genannten Vorteile einer verfassungsrechtlichen Verankerung der RdN ist auf die Ausführungen des schwedischen Umweltrechtswissenschaftlers Darpö zu verweisen, wonach der Umweltschutz in der Rechtsprechung des EuGH und EGMR bereits als allgemeines Interesse anerkannt wurde und deshalb z. B. eine Einschränkung des Rechts auf Eigentum möglich ist. Ginge es hingegen darum, dass sich „die Interessen der Natur“ gegenüber anderen durchsetzen, müsste „eine weitere Stärkung“ auf Verfassungsebene ausgedrückt werden. ⁸⁹ Dies könnte auch in Hinblick auf die österreichische Rechtslage zutreffen. Denn der Umweltschutz fand zwar mit dem BVG Umweltschutz (nunmehr BVG Nachhaltigkeit), wonach sich die Republik Österreich „zum umfassenden Umweltschutz“

Environmental Law: An Environmental Programme for the Anthropocene, in: Kotzé (Hrsg.), *Environmental law and governance for the Anthropocene* (2017) 353 (362 ff.); *Franks*, Michigan Journal of International Law 2021/3, 633 (652, 655); *Acosta*, in: Adloff/Busse 119 (127, 131); *Adloff/Busse*, in: Adloff/Busse 9 (18 m. w. N.).

⁸⁴ *Bosselmann*, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 201 (207).

⁸⁵ *Darpö*, Nature 17 m. w. N.

⁸⁶ In Hinblick auf das Recht auf eine gesunde Umwelt s. *Shelton*, Environmental Policy and Law 2008/1-2, 41 (44); i. w. S. *Kotzé/Muzangaza*, Review of European Comparative & International Environmental Law 2018/1, 278 (284).

⁸⁷ *Colon-Rios*, Constituent Power, The Rights of Nature, and Universal Jurisdiction, McGill Law Journal 2014/1, 127 (146); *Leimbacher*, Natur 132; *Söhnlein*, Eigenrechte der Natur – rechtsdogmatische und rechtspolitische Anmerkungen, Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 2021/2, 185 (200).

⁸⁸ *J. Weber*, Erde 158.

⁸⁹ *Darpö*, Nature 51.

bekannt, auch auf Verfassungsebene Anerkennung,⁹⁰ hierbei handelt es sich jedoch nur um ein Staatsziel.⁹¹ Dieses bindet zwar den Staat, indem es insb. bei der Auslegung von Gesetzen, der Ausübung des Ermessensspielraums und der Anwendung unbestimmter Gesetzesbegriffe bedeutend ist,⁹² gewährt aber keine einklagbaren subjektiven bzw. verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte.⁹³ Zwar ist der Umweltschutz bei umweltrelevanten Abwägungsentscheidungen als öffentliches Interesse zu berücksichtigen und kann auch eine Beschränkung von Grundrechten rechtfertigen,⁹⁴ ein „absoluter Vorrang von Umweltschutzinteressen gegenüber anderen, der Verwaltung obliegenden Entscheidungsdeterminanten“ ist daraus gem. VfGH aber nicht ableitbar.⁹⁵ Weiters werden die zu berücksichtigenden Interessen

⁹⁰ § 3 Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung BGBl I 2013/111; vgl. *Welan*, Umweltschutz durch Verfassungsrecht, in: Kerschner (Hrsg.), Staatsziel Umweltschutz (1996) 31 (37); *Marko*, Umweltschutz als Staatsziel, ÖJZ 1986, 289 (289 ff.); *Brandl/Bungert*, Harvard Environmental Law Review 1992/1, 1 (45 f.); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 142; krit. insb. *Davy*, Folgenloses Umweltrecht: Rechtspolitische Anmerkungen zu Schwächen der Gesetzgebungs- und Vollziehungspraxis in Österreich (1989) 17 m. w. N.

⁹¹ *Welan*, in: Kerschner 31 (34); *Wimmer*, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 87 (91); *Pernthaler*, Staatsziel Umfassender Umweltschutz, in: Kerschner (Hrsg.), Staatsziel Umweltschutz (1996) 5 (5 ff.); *Funk*, Die Ökologisierung des Rechtsstaates, in: FS Pernthaler (1996) 73 (75).

⁹² *Koja*, Die Verfassung, in: FS Walter (1991) 349 (356, 361); *Welan*, in: Kerschner 31 (33, 39 f., 43); ähnl. *Marko*, ÖJZ 1986, 289; *Budischowsky*, Das Bekenntnis zur Wasserversorgung als Staatsziel, RdU 2015/5, 181 (182); *Thienel*, Überlegungen zur Ausgestaltung sozialer Grundrechte, in: FS Schäffer (2006) 859 (894); *Raschauer*, Umfassender Umweltschutz und Verwaltungsrecht, in: Kerschner (Hrsg.), Staatsziel Umweltschutz (1996) 57 (59 f.); *Bertel*, in: Rohmer/Töpfer 191 (196); *Gutknecht/Holoubek/Schwarzer*, ZfV 1990/5-6, 553 (555 f.); *Brandl/Bungert*, Harvard Environmental Law Review 1992/1, 1 (16); weitreichender *Stolzlechner*, Gleichheitssatz, Rechtsstaatsprinzip, Umweltschutz-BVG und Parteistellung von Nachbarn im technischen Anlagenrecht, in: FS Walter (1991) 666 (674 f.); *Pernthaler*, in: Kerschner 5 (7 ff.).

⁹³ *Welan*, in: Kerschner 31 (33, 38, 49); *Marko*, ÖJZ 1986, 289; *Stolzlechner*, in: FS Walter 666 (674); *Raschauer*, in: Kerschner 57 (58); *Brandl/Bungert*, Harvard Environmental Law Review 1992/1, 1 (17 f., 49); *Wimmer*, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 87 (91); *Gutknecht/Holoubek/Schwarzer*, ZfV 1990/5-6, 553 (555); *Schulev-Steindl*, RdU 2010/1, 4 (6); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 142; *Pechtl*, Zu den Rechten der Natur, Juridikum 2023/1, 20 (27); anders *Pernthaler*, in: Kerschner 5 (14). Vgl. hins. der Rechtslage in Deutschland *Bader-Plabst*, Natur 85 ff.

⁹⁴ VfGH 1.3.1989, V 25/88; 9.3.1989, G 220/88; 17.6.1992, G 45/91; *Welan*, in: Kerschner 31 (43 f.); *Marko*, ÖJZ 1986, 289; *Gutknecht/Holoubek/Schwarzer*, ZfV 1990/5-6, 553 (555 ff., 563 ff.); *Gutknecht*, BVG Umwelt, in: Korinek/Holoubek/Bezemek/Fuchs/Martin/Zellenberg (Hrsg.), Österreichisches Bundesverfassungsrecht III¹⁸ (2023) Rz. 38; *Raschauer*, in: Kerschner 57 (59, 61). Vgl. hins. der Rechtslage in Deutschland *Bader-Plabst*, Natur 90, 168.

⁹⁵ VfGH 29.6.2017, E 875/2017 Rz. 206 bezugnehmend auf VfGH 28.6.2001, V51/00 Rz. 2.6.4 bezugnehmend auf *Gutknecht*, in: Korinek/Holoubek/Bezemek/Fuchs/Martin/Zellenberg Rz. 27 f.; vgl. *Wagner/Fasching*, Das Postulat der Gerechtigkeit im Umweltrecht:

nach Ansicht des VfGH durch die Staatszielbestimmung nicht über den Kreis jener Interessen hinaus erweitert, die nach dem anzuwendenden Gesetz wahrzunehmen sind, sodass bspw. die Berücksichtigung des Klimaschutzes oder der Bodeninanspruchnahme – wenn diese im Gesetz keine Entsprechung finden – nicht geboten ist.⁹⁶ Das Staatsziel soll folglich „nur dann zur Anwendung kommen, wenn es dafür bereits auf einfachgesetzlicher Ebene ‚Anhaltspunkte‘ gibt“, wodurch dessen Bedeutung entgegen der Normenhierarchie „der Disposition des einfachen Gesetzgebers überlassen wird“.⁹⁷ Der Umwelt oder Natur wurde deshalb in Österreich nach überwiegender Auffassung kein grundrechtsähnlicher verfassungsrechtlicher Schutz gewährt.⁹⁸

Zudem wurde das Staatsziel anthropozentrisch ausgestaltet.⁹⁹ Es schützt nicht die Natur, die unabhängig von der Existenz des Menschen gegeben ist, sondern dessen „natürliche [...] Umwelt als Lebensgrundlage des Menschen“.¹⁰⁰ Eine Staatszielbestimmung gewinnt gem. von Lersner mit Blick auf die deutsche Rechtslage jedoch erst „Sinn, aber auch rechtliche Problematik [...], wenn man sie von ihrer Menschenbezogenheit befreit“. Dies begründet er damit, dass die Lebensgrundlagen im deutschen Grundgesetz¹⁰¹ bereits durch die Garantie der Menschenwürde, das Recht auf Leben oder das Sozialstaatsprinzip geschützt sind.¹⁰² Murswiek erwähnt i. d. Z. noch weitere grundrechtliche Schutzpflichten, die insb. die Freiheit, Gesundheit und das Eigentum betreffen.¹⁰³ In Deutschland habe man sich daher bewusst gegen eine

Zugleich eine Betrachtung des Sustainable Development Goal 16, Österreichisches Archiv für Recht und Religion 2017/1-2, 572 (579).

⁹⁶ VfGH 29. 6. 2017, E 875/2017 u. a., Rz. 208, 223 f.; krit. u. a. *Madner/Schulev-Steindl*, Dritte Piste – Klimaschutz als Willkür?, ZöR 2017/3, 589 (595 ff.); *Merli*, Ein seltsamer Fall von Willkür: Die VfGH-Entscheidung zur dritten Piste des Flughafens Wien, Wirtschaftsrechtliche Blätter 2017/12, 682 (684 f.); *Wagner*, Die Judikatur zur „3. Piste“ – Vom Senkrechstart zur Bruchlandung in Sachen Klimaschutz, ZVG 2017/4, 282 (285 f.); s. weiters i. d. Z. in Bezug auf § 105 WRG *Oberleitner*, Das „öffentliche Interesse“ im Wasserrecht, RdU 2005/1, 4 (4 ff.); betr. der Rspr. des VwGH zu § 105 WRG auch *Raschauer*, in: Kerschner 57 (68).

⁹⁷ *Madner/Schulev-Steindl*, ZöR 2017/3, 589 (597).

⁹⁸ Vgl. *Pernthaler*, in: Kerschner 5 (14); *Brandl/Bungert*, Harvard Environmental Law Review 1992/1, 1 (48); *Wimmer*, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 87 (91); *Gutknecht/Holoubek/Schwarzer*, ZfV 1990/5-6, 553 (561); *Funk*, in: FS Pernthaler 73 (76).

⁹⁹ Vgl. *Brandl/Bungert*, Harvard Environmental Law Review 1992/1, 1 (47); *Duschaneck*, Umweltrecht im Wandel: Vom Nachbarschutz zur Umweltvorsorge, WiPolBl 1989, 448; *Funk*, in: FS Pernthaler 73 (76); *Welan*, in: Kerschner 31 (50).

¹⁰⁰ *Marko*, ÖJZ 1986, 289; *Gutknecht/Holoubek/Schwarzer*, ZfV 1990/5-6, 553 (556). In Bezug auf die „Wasserversorgung zur Daseinsvorsorge“ s. *Budischowsky*, RdU 2015/5, 181 (183).

¹⁰¹ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949.

¹⁰² *von Lersner*, Gibt es Eigenrechte der Natur?, NVwZ 1988/7, 988 (989, 992); vgl. auch *Duschaneck*, in: FS Wenger 279 (283); allg. auch *Daly/May*, Journal of Human Rights and the Environment 2016/2, 218 (240 ff.).

¹⁰³ *Murswiek*, Umweltschutz als Staatszweck: Die ökologischen Legitimitätsgrundlagen des Staates (1995) 31 ff., 76, 84.

Beschränkung auf den Menschen entschieden, sondern die „natürlichen Lebensgrundlagen“ geschützt.¹⁰⁴ Gem. Kersten könnte der deutsche Gesetzgeber den dadurch eröffneten rechtspolitischen Gestaltungsspielraum auch ausüben, indem er Naturgütern und Landschaften subjektive Rechte zuordnet.¹⁰⁵

In Österreich konnte sich der Verfassungsgesetzgeber hingegen noch nicht zu einer weitreichenderen Anerkennung des Umwelt- oder Naturschutzes im Verfassungsrang entschließen. Eine „grundrechtliche Garantie auf Schutz der Umwelt“ könnte gem. Funk „als Eigenrecht der Natur oder als Recht des Menschen auf ein bestimmtes Verhalten des Staates oder Dritter in Bezug auf die Umwelt in Erscheinung treten“.¹⁰⁶ Zumindest Letzteres könnte bereits in manchen Grundrechten, wie z. B. dem Recht auf Leben, dem Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens oder dem Recht auf Eigentum enthalten sein.¹⁰⁷ Überdies wurde bereits in den 1970er-Jahren eine Verankerung des Grundrechts auf Umweltschutz vorgeschlagen.¹⁰⁸ Pernthaler regte 1992 zudem die Aufnahme eines ökologischen Prinzips als „Baugesetz“ der Verfassung an und i. d. Z. auch die verfassungsrechtliche Verankerung von „Grundrechten der Natur“.¹⁰⁹ Funk lehnte diese tiefgreifende Reform der

¹⁰⁴ Art. 20a Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland; *Murswiek*, Staatsziel Umweltschutz (Art. 20a GG) Bedeutung für Rechtssetzung und Rechtsanwendung, NVwZ 1996, 222 (224); zur Diskussion s. auch *J. Weber*, Erde 108 ff.; abw. *Calliess*, Der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG): Aufwertung des Staatsziels des Art. 20a GG und Intertemporale Freiheitsicherung als neues Grundrecht auf Klimaschutz?, Berliner Online-Beiträge zum Europarecht 2023/146, 1 (10 m. w. N.), wonach die Frage der ökozentrischen Ausrichtung offen gelassen wurde; sowie *Funk*, in: FS Pernthaler 73 (75 f. m. w. N.), wonach die Auffassung vorherrscht, dass die Bestimmung anthropozentrisch ausgestaltet wurde. Letzteres bestätigend *Bader-Plabst*, Natur 82 f.

¹⁰⁵ *Kersten*, Das Anthropozän-Konzept: Kontrakt – Komposition – Konflikt, Rechtswissenschaft 2014/3, 378 (411 m. w. N.); *Kersten*, Natur als Rechtssubjekt: Für eine ökologische Revolution des Rechts, Aus Politik und Zeitgeschichte, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/305893/natur-als-rechtssubjekt (Stand 2. 7. 2024). S. i. d. Z. auch die Ausführungen von *Calliess*, Berliner Online-Beiträge zum Europarecht 2023/146, 1 (10 f.) anlässlich der Entscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 24. 3. 2021, 1 BvR 2656/18 (Klimabeschluss).

¹⁰⁶ *Funk*, in: FS Pernthaler 73 (76).

¹⁰⁷ S. bereits C. Fn. 71 73, 77, 102, 103. Beachte i. d. Z. auch die Entscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 24. 3. 2021, 1 BvR 2656/18 (Klimabeschluss), wonach das in Art. 2 Abs. 2 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verankerte Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie die in Art. 20a vorgesehene Staatszielbestimmung im Kontext von Klimaklagen zusammenwirken können, s. dazu ausführlich *Holoubek*, Grundrechtsschutz 102 ff., 106 ff.; weiters *Gutmann*, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocarul/Reder 275 (276); *Bader-Plabst*, Natur 90 ff.

¹⁰⁸ *Schambeck*, ÖJZ 1972, 617 (621); vgl. *Duschanek*, in: FS Wenger 279 (281, 290, 299); *Brandl/Bungert*, Harvard Environmental Law Review 1992/1, 1 (45 f.); *Huber*, in: FS Klecatsky I 353 (367 ff., 370); *Pernthaler*, Bemerkungen zum Recht auf Umweltschutz, in: Rack (Hrsg.), Grundrechtsreform (1985) 205 (205 ff.); *Kind*, Umweltschutz durch Verfassungsrecht (1994) 207.

¹⁰⁹ *Pernthaler*, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 1 (8 ff.); tw. zust. *Welan*, in: Kerschner 50 ff.; abl. *Funk*, in: FS Pernthaler 73 (86 ff.); vgl. auch *Mauerhofer*, Zur rechtlichen Umsetzung der Nachhaltigkeit in Österreich (Teil I), RdU 2004/3, 84 (Fn. 38).

Bundesverfassung hingegen ab, weil es verfassungspolitisch nicht ratsam erscheine, die „Balance der verfassungsrechtlichen Grundentscheidungen in den Staatsziel-normen und in den Grundrechten“ zu verändern sowie eine oder einige Wertent-scheidungen mit Vorrang auszustatten.¹¹⁰

Diesbezüglich ist jedoch festzuhalten, dass in keiner der untersuchten Rechts-quellen RdN mit Vorrang ausgestattet wurden, sondern sie jedenfalls in Ecuador und Kolumbien mit anderen Verfassungsrechten gleichgestellt wurden. In Bolivien kommt ihnen gemeinsam mit anderen kollektiven Rechten Vorrang zu. Dass eine Gleichstellung mit anderen Verfassungsrechten notwendig sein könnte, wurde auch in der österreichischen Literatur erwogen. Allerdings wurden unterschiedliche Vorschläge daran geknüpft. Bspw. hält K. Weber eine Aufwertung der Natur im Recht für notwendig, damit „die Rechte der Natur in den rechtlichen Verfahren, welche Eingriffe in die Natur zum Gegenstand haben, gewahrt werden“. Zudem habe die Einsicht, „daß ein Prozeß nur dann fair ist, wenn Waffengleichheit zwischen Prozeßparteien besteht [...] im Umweltrecht besondere Bedeutung“. Ihm zufolge lässt sich dies allerdings durch die Einführung eines Umwelthanwalts gewährleisten, der „als Anwalt der Natur deren Rechtsposition im Verfahren“ sowie „im Rechts-erzeugungsvorgang“ vertritt.¹¹¹ Gem. Funk genügen für eine „Bedachtnahme auf die Grundrechte der Natur“ hingegen bereits „die herkömmlichen, in den Grundrechten enthaltenen Bindungen und Ausübungsschranken“. ¹¹² Sollte hingegen z. B. vor dem Hintergrund des Erkenntnisses des VfGH zur dritten Piste am Flughafen Wien¹¹³ zu dem Ergebnis gelangt werden, dass eine Gleichstellung im Recht noch nicht aus-reichend vollzogen wurde, könnte die Aufnahme von RdN in die Verfassung eine Möglichkeit sein, diese zu erreichen.

Gem. Art. 44 Abs. 3 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) ist grundsätzlich jede Verfassungsänderung zulässig.¹¹⁴ Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit die Aufnahme von RdN eine Gesamtänderung der Bundesverfassung darstellen könn-te.¹¹⁵ In Bezug auf die deutsche Rechtslage wurden zudem Überlegungen angestellt, inwieweit das Verfassungsrecht eine ökozentrische Erweiterung zulässt oder an-

¹¹⁰ Funk, in: FS Pernthaler 73 (85 ff.); vgl. auch Schäffer, Verfassungsinterpretation in Österreich (1971) 79; Schambeck, Staatsstrukturbestimmungen und österreichisches Bundes-verfassungsrecht, in: FS Klecatsky II (1980) 867 (880).

¹¹¹ K. Weber, Sozialverträglichkeit: Rechtliche Wege zu einer „BOTTOM-UP“ Politik, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 79 f.

¹¹² Funk, in: FS Pernthaler 73 (87).

¹¹³ C. Fn. 95.

¹¹⁴ BGBl 1930/1; Mayer, Gibt es unabänderliches Verfassungsrecht?, in: FS Schäffer (2006) 473 (473 ff. m. w. N.); s. aber auch Ermacora, Die Menschenrechte als Grundnorm des Rechts, in: FS Klecatsky I (1980) 151 (154); Pernthaler, Braucht ein positivrechtlicher Grundrechtskatalog des Rechtsprinzip der Menschenwürde?, in: FS Schäffer (2006) 613 (616 ff.). Betr der Rechtslage in Deutschland s. Bader-Plabst, Natur 133 ff., 170 f.

¹¹⁵ Art. 44 Abs. 3 B-VG; vgl. Pernthaler, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer I (1 ff.); Welan, in: Kerschner 31 (52).

thropozentrisch ausgestaltet wurde.¹¹⁶ Gem. Bosselmann sind jedoch „die zentralen Anknüpfungspunkte der Verfassung, wie die Menschenwürde, die Freiheit, das Menschenbild [...] nicht von vornherein anthropozentrisch festgelegt“, denn „wer sollte dies so entschieden haben?“. Außerdem werde mit der Ökozentrik „der Boden der Verfassung nicht verlassen, sondern verändert, gewissermaßen ökologisch aufbereitet“.¹¹⁷ Auch hinsichtlich der österreichischen Rechtslage stellte Pernthaler fest, dass „die Grundlage jedes Rechtsstaates, die Würde des Menschen, durch die Rechte der Natur und künftiger Generationen in keiner Weise angetastet, sondern lediglich in einen größeren Zusammenhang gestellt wird“.¹¹⁸ Diese Auffassungen stimmen im Wesentlichen mit den bislang gewonnenen Erkenntnissen überein, wonach die RdN dem Schutz der Menschenrechte dienen, tw. bereits als Bestandteil davon betrachtet werden, und ein und dieselbe Handlung sowohl Menschenrechte als auch RdN verletzen kann. Der vermeintliche Gegensatz von Anthropozentrik und Ökozentrik wurde in Ecuador deshalb mit der Verwendung des Worts „Biozentrik“ aufgelöst. Die Unterscheidungen in Anthropozentrismus, Biozentrismus und Ökozentrismus könnten dadurch auch vollständig an Bedeutung verlieren.¹¹⁹ In Bezug auf die von Funk geäußerten Bedenken hinsichtlich Grundfragen der Rechtsstaatlichkeit wie das Legalitätsprinzip und der Begriff der Rechtsfähigkeit ist zudem festzuhalten,¹²⁰ dass aus den bislang gewonnenen Erkenntnissen hervorgeht, dass es sich bei den RdN um eine rechtliche Fiktion handelt, die eine Änderung menschlichen Verhaltens zum Ziel hat und schon bisher der schützenswerte Zustand der Natur gesetzlich geregelt wurde, worauf im Rahmen der nächsten Querschnittsbetrachtungen noch näher eingegangen wird.¹²¹ Vor diesem Hintergrund ist deshalb fraglich, ob die Aufnahme von RdN in die Verfassung eine Gesamtänderung darstellen würde, insb. wenn festgestellt wird, dass diese zum Schutz der Menschenrechte notwendig sind.¹²²

Wird hingegen auch eine verfassungsrechtliche Absicherung als nicht erforderlich erachtet, könnte auf die Vorschläge von Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair für die Annahme von RdN auf einfachgesetzlicher Bundesebene zurückgegriffen werden.¹²³ Im Lichte der bisher gewonnenen Erkenntnisse erscheint m. E. allerdings

¹¹⁶ S. z. B. *Leimbacher*, Natur 130; i. Z. m. dem deutschen Tierschutzgesetz *Kuhlmann*, Aufnahme der Mitgeschöpflichkeit ins Grundgesetz?, Juristenzeitung 1990, 162 (163 f.); v. d. *Pfordten*, Naturschutz und Verfassung, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten (Hrsg.), Ökologische Ethik und Rechtstheorie (1995) 53 (56 ff.); *Richter*, ZaöRV 2007, 319 (341).

¹¹⁷ *Bosselmann*, Grundrechte 86; ähnl. v. d. *Pfordten*, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 53 (57 ff.); *Bader-Plabst*, Natur 133 ff.; a. A. *Brandl/Bungert*, Harvard Environmental Law Review 1992/1, 1 (92).

¹¹⁸ *Pernthaler*, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 1 (11).

¹¹⁹ *Gutmann*, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocaru/Reder 275 (285).

¹²⁰ *Funk*, in: FS Pernthaler 73 (85).

¹²¹ S. insb. Abschnitt C.II.8.

¹²² S. i. d. Z. auch die Überlegungen von *Holoubek*, Grundrechtsschutz 148 f.

¹²³ *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit, s. insb. „kleine Lösung“. Hins. der Rechtslage in Deutschland vgl. *Bader-Plabst*, Natur 165 f., die jedoch ebenfalls eine verfassungsrechtliche Verankerung vorschlägt.

eine verfassungsrechtliche Verankerung vorteilhafter. So stellte bspw. auch D'Arena in Bezug auf die Beziehung zwischen der Verfassung sowie den Grundrechten fest, dass die „Grundrechte gerade kraft der Verfassung zu solchen werden“, also zu „*Rechten im juristischen Sinn*“, die gegenüber dem Staat bestehen, weil sie erst mit dem Aufstieg in die Verfassung den „Aktionsradius der Herrschergewalt“ eindämmen können.¹²⁴ Inwieweit dies erwünscht ist, ist eine andere Frage. Gegen die Aufnahme von sozialen Grundrechten wurde bspw. eingewandt, dass diese „zu vermehrter Staatstätigkeit und damit zur Einengung des Bereichs gesellschaftlicher Freiheit“ führen könnten.¹²⁵ Jedoch stellt sich die Frage, ob in Hinblick auf die RdN nicht zu dem Ergebnis gelangt werden könnte, dass gerade dies angesichts der aktuellen Bedrohungen für die Menschheit wünschenswert sein könnte.

II. Rechtsträger:innen

1. Überblick über die anerkannten Rechtsträger:innen

In den untersuchten Rechtsordnungen wurden zahlreiche verschiedene Bestandteile der Natur als Rechtsträger:innen anerkannt. Die lokalen Gebietskörperschaften in den USA erklärten i. d. R. „natürliche Gemeinschaften und Ökosysteme“ zu Rechtsträger:innen, gelegentlich auch nur „Ökosysteme“. Davon abweichend wurden der „Eriesssee und das Eriesssee-Wassereinzugsgebiet“ und der „Wekiva Fluss und Econlockhatchee Fluss“ sowie „alle anderen Gewässer innerhalb der Grenzen von Orange County“ als Rechtsträger:innen anerkannt. Die indigenen Völker erklärten ebenfalls mehrere Flüsse zu Rechtsträger:innen, darunter den „Klamath Fluss, dessen Ökosystem und Arten“ bzw. „Heyhl-keek 'We-roy“, den „Menominee Fluss“ sowie den „Snake Fluss und alles Leben, das er erhält“. Überdies wurden „jede Kreation“, die „Natur“ und eine Pflanzenart, die Wildreissorte „Manoomin“, zu Rechtsträger:innen erklärt. In der ecuadorianischen Verfassung wurde die „Natur, oder Pacha Mama“ als Rechtsträgerin vorgesehen. Der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof wandte danach die RdN auf konkrete geschützte Gebiete, Mangrovenwald-Ökosysteme, Flüsse, Wälder und einzelne wildlebende Tiere an. Von erst- und zweitinstanzlichen Gerichten wurden zudem ein Hügel sowie vom Aussterben bedrohte Arten als Rechtsträger:innen anerkannt. In Bolivien wurde „Mutter Erde“ zur Rechtsträgerin erklärt. In Neuseeland können das Waldgebiet „Te Urewera“ und der Fluss „Te Awa Tupua“ als Rechtsträger:innen betrachtet werden. In der kolumbianischen Rechtsprechung wurden ebenfalls mehrere Flüsse als Rechtsträger:innen anerkannt, insb. erklärten der Verfassungsgerichtshof den „Fluss Atrato, sein Einzugsgebiet und seine Nebenflüsse“ und der Oberste Gerichtshof die

¹²⁴ Hervorhebungen bereits im Originaltext, D'Arena, Die Verflechtung von Konstitutionalismus und Grundrechten, in: FS Schäffer (2006) 153 (157).

¹²⁵ Winkler, Wirtschaftsverfassung bestimmter Art, in: Rack (Hrsg.), Grundrechtsreform (1985) 193 (194f.).

„kolumbianische Amazonasregion“ sowie den Nationalpark „Vía Parque Isla de Salamanca“ zu Rechtsträger:innen. Von erst- und zweitinstanzlichen Gerichten wurden noch zahlreiche weitere Flüsse, Nationalparks, Páramos und eine Region als Rechtsträger:innen anerkannt. Im Department Nariño wurden außerdem die „strategischen Ökosysteme des Departments, die besonderen Schutzgebiete und die Natur im Allgemeinen“ zu Rechtsträger:innen erklärt.

Die Rechtsträger:innen wurden jeweils unterschiedlich beschrieben und definiert. Dies kann auf die verschiedenen Umstände zurückgeführt werden, die zu ihrer Anerkennung führten, sowie auf den jeweils verschiedenen politischen, kulturellen und historischen Kontext.¹²⁶ In der Folge werden einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede dargestellt. Wie bereits erwähnt, können die daraus gewonnenen Erkenntnisse aber nicht ohne Weiteres auf die Rechtsträger:innen übertragen werden, die nur in ihrem eigenen Kontext verstanden werden können.

2. Tendenz zur Konkretisierung der Rechtsträger:innen

a) Weitgefasste Ausgestaltung der Rechtsträger:innen

Bei einer vergleichenden Betrachtung zeigt sich ein gewisser Trend zur Konkretisierung der Rechtsträger:innen.¹²⁷ In den älteren Rechtsquellen wurde die Natur noch in einem sehr weitreichenden Ausmaß bzw. ganzheitlich als Rechtsträgerin anerkannt. So erklärte die Navajo Nation 2002 „jede Kreation“, Ecuador 2008 die „Natur, oder Pacha Mama“ und Bolivien 2010 „Mutter Erde“ zu Rechtsträger:innen. Die Definitionen der Rechtsträger:innen, als „wo sich das Leben reproduziert und entwickelt“ in Ecuador, und „das dynamische lebende System bestehend aus der unteilbaren Gemeinschaft aller Lebenssysteme und Lebewesen“ in Bolivien wurden ebenfalls sehr weitgefasst.¹²⁸ Die seit 2006 von lokalen Gebietskörperschaften in den USA anerkannten Rechtsträger:innen wurden demgegenüber etwas konkreter ausgestaltet und i. d. R. als „natürliche Gemeinschaften“ und/oder „Ökosysteme“ bezeichnet. Sofern definiert, umfassen sie i. d. R. Feuchtgebiete, Bäche, Flüsse, Aquifere und andere Wassersysteme, gelegentlich auch weitere „natürliche Habitate“ sowie die darin lebenden Gemeinschaften von Pflanzen, Tieren und Menschen. Sie sind außerdem nur insoweit als Rechtsträger:innen anzusehen, als sie innerhalb des Gebiets der lokalen Gebietskörperschaft liegen.¹²⁹ Eine weitgefasste Ausge-

¹²⁶ Ähnl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (48 f.).

¹²⁷ Allg. *Macpherson*, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (337); abw. *Schoukens*, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (192).

¹²⁸ Vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 62, 117; *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (48); *Jones*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/0, 76 (89); *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (45); *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (446).

¹²⁹ Vgl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (45 f.); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (49); *Kauffman/Martin*, Politics 63.

staltung wählte 2017 auch noch der Ponca Tribe, der die „Natur“ als Rechtsträgerin anerkannte.

b) Konkrete Bestandteile der Natur als Rechtsträger:innen

Anerkennungen von konkreten Bestandteilen der Natur – nämlich einem Waldgebiet und einem Fluss – erfolgten 2014 und 2017 in Neuseeland. Das Gebiet von „Te Urewera“ wurde im Gesetzesanhang sogar sehr genau beschrieben.¹³⁰ Die neuseeländischen Anerkennungen beeinflussten zudem weitere Anerkennungen von konkreten Bestandteilen der Natur in verschiedenen Rechtsordnungen der Welt,¹³¹ darunter auch Kolumbien, wo seit 2016 mehrere Flüsse und Regionen als Rechtsträger:innen anerkannt wurden. Außerdem wurden in den USA seit 2018 die Pflanzenart Manoomin, der Eriesee und mehrere Flüsse sowie andere Wasserkörper als Rechtsträger:innen anerkannt.

c) Konkretisierungen durch die Gerichte

Eine Tendenz zur Konkretisierung ist auch in der Rechtsprechung des ecuadorianischen Verfassungsgerichtshofes erkennbar, der sich seit 2015 mehrmals mit der weitgefassten Verfassungsrechtsträgerin „Natur, oder Pacha Mama“ befasste. Zusammengefasst stellte er fest, dass das Recht sowohl die Natur als Ganzes als auch jedes einzelne ihrer Elemente schützt. Über mehrere Entscheidungen hinweg nahm er verschiedene Einteilungsversuche vor, die ihn im Jahr 2022 zu der Feststellung führten, dass die Natur „auf all ihren Ebenen der ökologischen Organisation“ geschützt ist, wozu ihm zufolge mindestens folgende sechs Ebenen zählen: Individuum/Organismus, Gruppe von Individuen der gleichen Art, Gemeinschaft verschiedener Arten, Ökosystem, Biom/biotisches Gebiet und Biosphäre.¹³² Er wandte die RdN daher bereits auf konkrete geschützte Gebiete, Mangrovenwald-Ökosysteme, Flüsse, Wälder und ein wildlebendes Tier an. Außerdem wurden die bolivianischen „Rechte von Mutter Erde“ vom Agrarumwelttribunal dahin gehend interpretiert, dass sie „44 Bäumen“ Schutz gewähren.¹³³

d) Mögliche Gründe für die Konkretisierungstendenzen

In Bezug auf die Frage, weshalb in der jüngeren Vergangenheit vermehrt konkrete Bestandteile der Natur als Rechtsträger:innen anerkannt wurden, könnte die Judi-

¹³⁰ Anhang 1 Te Urewera Gesetz; vgl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (46 f.); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (49); *Kauffman/Martin*, Politics 62; *Jones*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/0, 76 (89); *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (446).

¹³¹ Vgl. *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (59).

¹³² B. Fn. 577.

¹³³ B. Fn. 996.

katur des ecuadorianischen Verfassungsgerichtshofes eine Antwort bereithalten. Demnach können so „die aus der Rechtsträgerschaft hervorgehenden Verpflichtungen in konkreten Situationen präziser“ bestimmt, die Rechte wirksamer geschützt sowie die angemessensten Wiederherstellungsmaßnahmen ergriffen werden.¹³⁴ Eine Konkretisierung durch die Gerichte könnte daher ebenso wie die Anerkennung von konkreten Rechtsträger:innen im Wege der Gesetzgebung den in der Literatur geäußerten Bedenken entgegenwirken, wonach mit der Anerkennung der gesamten Natur die Schwierigkeit einhergeht, „die verschiedenen und vielleicht widersprüchlichen Interessen“ in überprüfbarer Weise zu bestimmen.¹³⁵ Die Anerkennung von konkreten Rechtsträger:innen in Neuseeland lässt sich damit jedoch nicht erklären. Vielmehr ist sie auf den Kontext zurückzuführen, wonach die Anerkennungen eben jene Kompromisse darstellten, welche die Streitigkeiten zwischen der Krone und den Māori-Stämmen um diese konkreten Bestandteile der Natur beenden konnten.¹³⁶ Die kolumbianischen Anerkennungen von konkreten Bestandteilen der Natur waren wiederum von den Entwicklungen in Neuseeland beeinflusst. Sie könnten außerdem auf die Zuerkennung im Wege der Rechtsprechung zurückgeführt werden, weil die Gerichtsverfahren konkrete Bestandteile der Natur zum Gegenstand hatten. Diesbezüglich ist allerdings darauf hinzuweisen, dass in anderen Rechtsordnungen der Welt auch weitgefasste Rechtsträger:innen, die über den Verfahrensgegenstand hinausgingen, im Wege der Rechtsprechung anerkannt wurden, wie z. B. „Mutter Natur“ in Indien oder alle Flüsse in Bangladesch.¹³⁷

e) Überlegungen in der Literatur zur Ausgestaltung der Rechtsträger:innen

In der Literatur bestehen unterschiedliche Auffassungen, ob die gesamte Natur oder lediglich Bestandteile davon als Rechtsträger:innen anerkannt werden sollten. Unbestritten ist, dass die Entscheidung weitreichende Folgen hat und den Anwendungsbereich der RdN beeinflusst.¹³⁸ Manche Stimmen sprechen sich deshalb dafür aus, die gesamte Natur als Rechtsträgerin anzuerkennen.¹³⁹ So schlug Pernthaler bspw. vor, der „Natur“ eigene Rechte zu gewähren, wozu er „Mensch, Tiere, Pflanzen

¹³⁴ B. Fn. 561.

¹³⁵ *Gordon*, Columbia Journal of Environmental Law 2018/1, 49 (83 f.); *Gorke*, Eigenwert 23 f.; *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1397, 1401, 1406).

¹³⁶ Vgl. *Bader-Plabst*, Natur 172.

¹³⁷ S. Abschnitt A.II.2.a)bb).

¹³⁸ Vgl. *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (472); *Jones*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/0, 76 (89); *Sheber*, Hastings Environmental Law Journal 2020/1, 147 (160); i. w. S. *Merrills*, in: Bodansky/Brunnée/Hey 663 (669 f.).

¹³⁹ S. z. B. *J. Weber*, Erde 159; *Jones*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/0, 76 (89); *Bader-Plabst*, Natur 172; vgl. auch United Nations Economic and Social Council, E/C.19/2010/4 Rz. 47; *Rühs/Jones*, Sustainability 2016/2, 174 (4); *Gutmann*, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocar/Reder 275 (282).

und unbelebte Natur“ zählte.¹⁴⁰ Gem. Emmenegger/Tschentscher sollen hingegen lediglich Tiere und Pflanzen als Rechtsträger:innen anerkannt werden, nicht jedoch „nicht-lebende natürliche Entitäten“, wozu sie Flüsse oder Wasser zählen.¹⁴¹ Nach der Auffassung von Bader-Plabst würde es hingegen zu weit gehen, auch das Klima, also „einen meteorologischen Zustand“, in den Schutzbereich eines Naturgrundrechts mitaufzunehmen, weil „[e]in Zustand kein tauglicher Teilnehmer am Rechtsverkehr“ sei. Jedoch wäre das Klima mittelbar „aufgrund der ökologischen Wechselwirkung zwischen klimatischen Bedingungen und Naturzustand“ geschützt.¹⁴²

Andere vertreten die Auffassung, dass nur bestimmte „wichtige und/oder nicht ersetzbare natürliche Ressourcen“ als Rechtsträger:innen anerkannt werden sollten.¹⁴³ Stone schlug bspw. vor, eine „konstituierende Liste“ mit „sorgfältigst zu schützende[n] Objekte[n]“ zu erstellen.¹⁴⁴ Leimbacher ist hingegen der Ansicht, dass dies der „komplexen Vernetztheit der Natur“ nicht gerecht werden kann.¹⁴⁵ Stattdessen spricht er sich für eine Kombination von einer allgemeinen Anerkennung und einer Konkretisierung im Bedarfsfall aus.¹⁴⁶ Eine solche findet sich z. B. in Ecuador und wird auch von Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair empfohlen.¹⁴⁷ Unabhängig davon, welche Variante bevorzugt wird, zeigen die unterschiedlichen Auffassungen, dass ihnen unterschiedliche Vorstellungen von der „Natur“ zugrunde liegen. Somit wird im Folgenden der Frage nachgegangen, wie die unterschiedlichen Vorstellungen Eingang in die untersuchten Rechtsordnungen fanden, indem zunächst untersucht wird, wie die „Natur“ als Rechtsträgerin in den untersuchten Rechtsquellen unterteilt und abgegrenzt wurde.

¹⁴⁰ Pernthaler, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 1 (10).

¹⁴¹ Emmenegger/Tschentscher, Georgetown International Environmental Law Review 1994/3, 545 (549); s. i. d. Z. auch Laitos, in: Voigt 209 (217). Einen Überblick über weitere Überlegungen im deutschsprachigen Raum bieten zudem Nida-Rümelin/v. d. Pfordten, Einführung: Auf dem Weg zu einer Ökologischen Rechtstheorie, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten (Hrsg.), Ökologische Ethik und Rechtstheorie (1995) 9 (12).

¹⁴² Bader-Plabst, Natur 173.

¹⁴³ Babcock, Ecology Law Quarterly 2016/1, 1 (46); vgl. Schaefer, George Washington Journal of Energy and Environmental Law 2018/2, 70 (79).

¹⁴⁴ Stone, Umwelt 63; Stone, Eine Ökologische Ethik für das einundzwanzigste Jahrhundert, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten (Hrsg.), Ökologische Ethik und Rechtstheorie (1995) 81 (87); vgl. Schaefer, George Washington Journal of Energy and Environmental Law 2018/2, 70 (79).

¹⁴⁵ Leimbacher, Natur 103 f.; vgl. auch Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 174.

¹⁴⁶ Leimbacher, Natur 103 f.

¹⁴⁷ Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 174.

3. Einteilung und Abgrenzung der „Natur“

a) „Ökosysteme“ als Rechtsträger:innen

Wie die vergleichende Betrachtung zeigt, wurden in den US-amerikanischen, ecuadorianischen und bolivianischen Rechtsquellen häufig die Wortstämme „System“ (z. B. Lebenssysteme, Ökosysteme, Wassersysteme) und „Gemeinschaft“ (z. B. natürliche, unteilbare, komplexe, dynamische) erwähnt. Sehr oft wurde außerdem der Begriff „Ökosystem“ verwendet.¹⁴⁸ So wurden in den meisten US-amerikanischen Rechtsquellen „Ökosysteme“ als Rechtsträger:innen anerkannt, ebenso das „Eriese Ökosystem“ sowie das „Klamath Fluss Ökosystem“. Die vom Ponca Tribe anerkannte Rechtsträger:in „Natur“ besteht der Rechtsquelle zufolge ebenfalls u. a. aus Ökosystemen. Auch die ecuadorianischen RdN sollten lt. Berichten insb. Ökosystemen zukommen.¹⁴⁹ Dementsprechend erkannte der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof bereits verschiedenste Ökosysteme als Rechtsträger:innen an. Auch die bolivianische Definition von „Mutter Erde“ enthält eine Bezugnahme auf Ökosysteme.¹⁵⁰ Überdies weisen die kolumbianischen Gerichtsentscheidungen Bezüge zu „Ökosystemen“ auf, woraus hervorgeht, dass diese als Teil der Natur und ihrer Biodiversität betrachtet werden und daher ebenfalls als Rechtsträger:innen anerkannt werden können.¹⁵¹ Zudem wurden u. a. die „strategischen Ökosysteme des Departments“ Nariño als Rechtsträger:innen anerkannt.¹⁵² In den neuseeländischen Rechtsquellen wurde der Begriff „Ökosysteme“ hingegen nicht i. Z. m. den Rechtsträger:innen verwendet. Die Definitionen erwecken vielmehr den Anschein, dass bewusst auf „wissenschaftliche Konstruktionen der Natur“,¹⁵³ die einem westlichen Weltbild zugeordnet werden können, verzichtet wurde.¹⁵⁴ I. w. F. stellt sich daher die Frage, welche Vorstellungen dem Begriff „Ökosystem“ zugrunde liegen.

¹⁴⁸ Vgl. Gutmann, Rechtssubjektivität 130; allg. Schoukens, Do wolves own property in the EU?, On John Locke, the EU Habitats Directive and animal property rights, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions (2024) 139 (153 f.).

¹⁴⁹ B. Fn. 551.

¹⁵⁰ Vgl. Gutmann, Rechtssubjektivität 133.

¹⁵¹ S. insb. Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) Rz. 5.9. Fn. 87, Rz. 5.10. Fn. 89, Rz. 5.14., 5.49., 9.35.; Corte Suprema de Justicia 5. 4. 2018, STC4360-2018 (Amazonía) 13, 36; Corte Suprema de Justicia 18. 6. 2020, STC3872-2020 (Isla Salamanca) 10.

¹⁵² B. Fn. 1591.

¹⁵³ Kersten, Rechtswissenschaft 2014/3, 378 (406 f. m. w. N.).

¹⁵⁴ Vgl. Kauffman/Martin, Politics 75 f.; Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (48).

b) Definitionen von „Ökosystemen“

Soweit bekannt, wurde der Begriff „Ökosystem“ 1935 in die Wissenschaft eingeführt und 1992 erstmals offiziell bei der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung anerkannt.¹⁵⁵ Gem. der dort verabschiedeten Biodiversitätskonvention bezeichnet dies „einen dynamischen Komplex von Gemeinschaften aus Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen sowie deren nicht lebender Umwelt, die als funktionelle Einheit in Wechselwirkung stehen“.¹⁵⁶ Die in den untersuchten Rechtsquellen verwendeten Definitionen sind zwar sehr unterschiedlich, weisen aber im Wesentlichen Ähnlichkeiten mit dieser Definition auf. Denn in den Rechtsquellen der US-amerikanischen Gebietskörperschaften wurden „Ökosysteme“ häufig mit der Formulierung „inklusive, aber nicht ausschließlich, Feuchtgebiete, Bäche, Flüsse, Aquifere und andere Wassersysteme“ definiert.¹⁵⁷ Die Definition wurde gelegentlich um die Formulierung „sowie natürlich vorkommende Habitate, die Wildtiere und -pflanzen, (Menschen), Flora und Fauna, Boden- und Wasserorganismen erhalten“, ergänzt.¹⁵⁸ Bei einer Zusammenschau der beiden Begriffe sind somit Ähnlichkeiten zur Definition der Biodiversitätskonvention erkennbar. Der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof verwies hinsichtlich einer Definition auf das Umweltgesetz, wonach ein Ökosystem eine „strukturelle, funktionelle und organisatorische Einheit“ ist, die aus „Organismen und biotischen und abiotischen Variablen in einem bestimmten Gebiet“ besteht. Der Gerichtshof stellte daher fest, dass ein Ökosystem aus den darin bestehenden Beziehungen und dessen biotischen (Pflanzen- und Tierarten) und abiotischen (Sonnenlicht, Wasser, Luft, Erde, Mineralien und anderen) Komponenten besteht. Als Beispiele für Ökosysteme nannte er Mangrovenwälder, Páramos, Feuchtgebiete, Wälder, Wassereinzugsgebiete und Nebelwälder. Somit sind auch in Ecuador Ähnlichkeiten zur obigen Definition erkennbar.¹⁵⁹ Zwar enthält das bolivianische Rahmengesetz keine Definition, aber Hinweise darauf, dass Ökosysteme als Teil von Mutter Erde betrachtet werden, es verschiedene Ökosysteme wie z. B. Land-, Meeres- oder sonstige aquatische Ökosysteme gibt und diese ein wesentlicher Bestandteil der „biologischen Vielfalt“ sind.¹⁶⁰ Auch diese Formulierungen lassen Ähnlichkeiten zur Biodiversitätskonvention erkennen, wo die „biologische Vielfalt“ als „die Variabilität unter lebenden Organismen jeglicher Herkunft, darunter unter anderem Land-, Meeres- und sonstige aquatische Öko-

¹⁵⁵ *Täufel*, Die Entwicklung des Ökosystemansatzes im Völkerrecht und im Recht der Europäischen Union (2018) 22, 90 mit Verweis auf *Tansley*, The Use and Abuse of Vegetational Concepts and Terms, Ecology 1935/3, 284 (299 f.).

¹⁵⁶ Art. 2 Biodiversitätskonvention; ähnl. Art. 3 Z 1 VO 2024/1991/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 1991, ABl. L 2024/1991, 29.7.2024; vgl. *Gutmann*, Rechtssubjektivität 126; *Täufel*, Ökosystemansatz 23, 122.

¹⁵⁷ B. Fn. 123.

¹⁵⁸ B. Fn. 128.

¹⁵⁹ Vgl. *Gutmann*, Rechtsssubjektivität 127 f.

¹⁶⁰ Art. 5 Abs. 1 und 5 Rahmengesetz.

systeme und die ökologischen Komplexe, zu denen sie gehören“, definiert wurde, und „die Vielfalt innerhalb der Arten und zwischen den Arten und die Vielfalt der Ökosysteme“ umfasst.¹⁶¹ Auf diese Definition wird ebenfalls in der kolumbianischen Rechtsprechung verwiesen.¹⁶² In der Rechtsquelle des kolumbianischen Departments Nariño werden zudem 39 verschiedene kontinentale Ökosysteme erwähnt, die Berge, Wälder, Feuchtgebiete, Páramos und Mangrovenwälder umfassen und eine hohe biologische Vielfalt aufweisen. Das Wort „strategisch“ ist dieser zufolge in ökologischer Hinsicht zu verstehen. Als „strategische Ökosysteme“ werden jene angesehen, die sich durch ihre Diversität, biologische Zusammensetzung, physikalischen Eigenschaften und ökologischen Prozesse auszeichnen und dazu beitragen, das ökologische Gleichgewicht, das Klima, die Wasserzyklen und die Biodiversität zu erhalten und die Küstenerosion zu verhindern.¹⁶³

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass in vielen untersuchten Rechtsquellen Ökosysteme als Rechtsträger:innen anerkannt wurden oder Ökosysteme als Bestandteile der Rechtsträger:innen betrachtet werden. Dabei handelt es sich um einen aus der Naturwissenschaft stammenden Begriff, der bereits in der Biodiversitätskonvention definiert wurde und im Wesentlichen ebenfalls in den untersuchten Rechtsordnungen i. S. d. Definition verstanden wird.

c) Abgrenzungsprobleme

Auch wenn Ökosysteme in einigen untersuchten Rechtsquellen als Rechtsträger:innen zu betrachten sind, lässt sich daraus nicht schließen, dass RdN vor allem oder ausschließlich Ökosystemen zukommen. Vielmehr stellen Ökosysteme lediglich eine Organisationsebene der Natur dar, die für die Beschreibung der Rechtsträger:innen herangezogen wird. Dies zeigt sich bspw. darin, dass der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof auch biotische Gebiete oder die Biosphäre als Rechtsträger:innen betrachtet.¹⁶⁴ In der kolumbianischen Rechtsprechung stehen hingegen nicht Ökosysteme, sondern die Biodiversität im Vordergrund, die nicht nur die Vielfalt der Ökosysteme, sondern auch die Vielfalt der Arten und die genetische Vielfalt umfasst.¹⁶⁵ Bei genauerer Betrachtung werden noch weitere Unterschiede sichtbar: So bezeichnete etwa der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof einen Fluss nicht als Ökosystem, sondern als „Teil eines größeren Ökosystems, das als Wassereinzugsgebiet identifiziert werden kann“, dessen Beeinträchtigung aber ein ganzes Ökosystem beeinträchtigen kann, weshalb ein Fluss als Rechtsträger:in an-

¹⁶¹ Art. 2 Biodiversitätskonvention; zur ökozentrischen Ausrichtung dieser Definition s. *B. Taylor/Chapron/Kopnina/Orlikowska/Gray/Piccolo*, The need for ecocentrism in biodiversity conservation, *Conservation Biology* 2020/5, 1089 (1091).

¹⁶² Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) Rz. 5.10. Fn. 89; Corte Suprema de Justicia 18.6.2020, STC3872-2020 (Isla Salamanca) 10.

¹⁶³ B. Fn. 1592.

¹⁶⁴ B. Fn. 577.

¹⁶⁵ S. Abschnitt B.V.4.

erkannt werden kann. Der kolumbianische Verfassungsgerichtshof ging hingegen davon aus, dass der Fluss Atrato mehrere Ökosysteme umfasst.¹⁶⁶ Demgegenüber wurde in den USA der Fluss Klamath mit einem Ökosystem gleichgesetzt.¹⁶⁷ I. Z. m. dem neuseeländischen Fluss Whanganui wurde der Begriff „Ökosystem“ hingegen kein einziges Mal verwendet, obwohl dessen Beschreibung durchaus Übereinstimmungen erkennen lässt.¹⁶⁸ Eine Begrenzung der Rechtsträger:innen mithilfe des Ökosystembegriffs könnte daher mehr Probleme verursachen als lösen. Dementsprechend wird auch in der Literatur festgestellt, dass konkrete Abgrenzungen schwierig und Übergänge innerhalb der verschiedenen Organisationsebenen der Natur fließend sind.¹⁶⁹

d) Ökologische Vernetztheit und Wechselbeziehungen

Angesichts der Abgrenzungsprobleme, die mit einer Definition der Rechtsträger:innen einhergehen, wird in der RdN-Literatur vorgeschlagen, bei der Bestimmung der konkreten Rechtsträger:innen insb. auf die „komplexe Vernetztheit“ der Natur und damit auf die Beziehungen zwischen ihren verschiedenen Bestandteilen abzustellen.¹⁷⁰ I. d. Z. wird häufig auf die vom britischen Naturwissenschaftler James Lovelock und der US-amerikanischen Biologin Lynn Margulis entwickelte Gaia-Theorie verwiesen, wonach Gaia „das Lebenssystem der ganzen Erde“ ist, „zu dem alles gehört, was von der Gesamtheit von Flora und Fauna (Biota) beeinflusst wird oder sie beeinflusst“. Gaia besteht demnach aus belebten und unbelebten Teilen und reguliert sich selbst, um „ihren Stoffwechsel und ihre Temperatur [...] in den mehr oder weniger engen Grenzen“ zu halten, „in denen das Leben bestehen kann“. ¹⁷¹ Die

¹⁶⁶ Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) 118, 154, SpruchP. 5.

¹⁶⁷ S. Yurok Tribe-Beschluss 2019; gem. der Yurok Tribe-Verordnung aus dem Jahr 2024 besteht der Fluss hingegen aus mehreren Ökosystemen.

¹⁶⁸ Kauffman/Martin, Politics 75 f.

¹⁶⁹ Vgl. Guim/Livermore, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1368 f., 1381 f., 1386); Leimbacher, Natur 154 f. m. w. N.; Burdon/Williams, in: Fisher 196 (209); Söhnlein, Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 2021/2, 185 (196 f.); Gilbert/Soliev/Robertson/Vermeulen/Williams/Grabowski, Understanding the Rights of Nature: Working Together Across and Beyond Disciplines, Human Ecologies 2023/6, 363 (372).

¹⁷⁰ S. z. B. Leimbacher, Natur 103 f., 156; Bosselmann, Natur 357 f. S. i. d. Z. auch die Ausführungen von Prieto Méndez in Hinblick auf die ecuadorianische Rechtslage, dargestellt in Abschnitt B.II.3.a).

¹⁷¹ Lovelock, Gaia: Die Erde ist ein Lebewesen (1992) 10 f., 56; Lovelock, Gaias Rache: Warum die Erde sich wehrt (2008) 15, 29, 30, 40; vgl. z. B. United Nations Economic and Social Council, E/C.19/2010/4 Rz. 47; Filgueira/Mason, in: Burdon 192 (197); Cullinan, in: Burdon 230 (233); Nash, Nature 157; Acosta, in: Adloff/Busse 119 (124); Guim/Livermore, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1396); Howe, Journal of Environmental Law 2017/1, 19 (22); Schoukens, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (195); Cortés-Nieto/Gómez-Rey, Revista Derecho del Estado 2023/1, 133 (139); ausführl. Latour, Gaia 133 ff.; Latour, Parlament 349 Fn. 14, sowie S. 13 f., 117, 248, 251; vgl. Kersten, Rechtswissenschaft 2014/3, 378 (395 Fn. 107); weiters Matthews, Law and Aesthetics in the Anthropocene: From the

Gaia-Theorie weist insofern Ähnlichkeiten mit dem „Ökosystemansatz“ auf, als in beiden Fällen die Wechselbeziehungen zwischen den vielen verschiedenen miteinander agierenden biotischen und abiotischen Komponenten im Zentrum stehen.¹⁷² Zusammengefasst lässt sich daher festhalten, dass in den untersuchten Rechtsquellen und der RdN-Literatur Hinweise darauf bestehen, dass vielen RdN ein Ansatz zugrunde liegt, der Ähnlichkeiten mit dem Ökosystemansatz oder auch der Gaia-Theorie aufweist. Dieser Ansatz wird i. w. F. als (öko-)systemischer Ansatz bezeichnet und insb. in Abschnitt C.III.4. näher erörtert. Die wechselseitige Beziehung zwischen den einzelnen Komponenten wurde in den Rechtsquellen von Ecuador und Bolivien besonders betont.¹⁷³ Dort wurde sie nicht nur bei der Beschreibung der Rechtsträger:innen, sondern auch bei den gewährten Rechten erwähnt, woraus hervorgeht, dass diese nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können.

e) Verhältnis zwischen Rechtsträger:innen und Rechten

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen erscheint die Ausgestaltung der Rechtsträgerin „Natur, oder Pacha Mama“ in einem völlig anderen Licht, wenn sie in Zusammenschau mit ihrem Recht auf „Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse“ betrachtet wird. Dann erscheint die Rechtsträgerin nicht mehr zu weitgefasst, sondern es wird erkennbar, dass ein – auch nach naturwissenschaftlichen Erkenntnissen bestehender – Komplex und dessen Wechselbeziehungen geschützt werden sollen. Nähere Ausführungen dazu finden sich im Länderbericht zu Ecuador, weiterführende Überlegungen insb. in Abschnitt C.III.4. An dieser Stelle sei lediglich festgehalten, dass aus den bislang gewonnenen Erkenntnissen hervorgeht, dass zwischen der Ausgestaltung der Rechtsträger:innen und den gewährten Rechten ein bedeutender Zusammenhang besteht,¹⁷⁴ der in der Literatur bislang wenig Beachtung fand.¹⁷⁵

Die US-amerikanische Rechtswissenschaftlerin Schaefer knüpfte daran einen erwähnenswerten Vorschlag: Demnach sollte genau auf dieses Verhältnis abgestellt werden und jedes natürlich funktionierende Ökosystem als Rechtsträger:in anerkannt werden, wenn es z. B. in seinem Recht zu existieren bedroht ist. Ob dies der Fall

Rights of Nature to the Aesthesis of Obligations, Law, Culture and the Humanities 2019/0, 1 (7 ff., 15); *Birrell/Matthews*, Re-storying Laws for the Anthropocene: Rights, Obligations and an Ethics of Encounter, Law and Critique 2020/3, 275 (280).

¹⁷² *Täufer*, Ökosystemansatz 96; *Schaeffer/Herricks/Kerster*, Ecosystem Health: 1. Measuring Ecosystem Health, Environmental Management 1988/4, 445 (445 f., 452); vgl. auch *Latour*, Gaia 183 ff.

¹⁷³ Vgl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (47).

¹⁷⁴ Vgl. *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1402); *Merrills*, in: *Bodansky/Brunnée/Hey* 663 (669); *Söhnlein*, Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 2021/2, 185 (195).

¹⁷⁵ S. z. B. jüngst *Bader-Plabst*, Natur 178, wonach „[d]ie genaue Formulierung eines solchen Grundrechts [...] letztlich nicht entscheidend“ sein soll. Dies führt allerdings u. a. zu den auf S. 185 ausgeführten Unklarheiten.

sei, lasse sich anhand von geografischen Daten und wissenschaftsbasierten Klassifizierungssystemen beurteilen, die z. B. Auskunft über die physische Umwelt, die Biodiversität, natürliche Lebensräume und natürliche Prozesse wie z. B. Wasserfiltration, Luftreinigung oder Bodenretention geben.¹⁷⁶ Dieser Vorschlag weist Ähnlichkeiten zur Rechtsprechung des ecuadorianischen Verfassungsgerichtshofes auf, der konkrete Anerkennungen dann als erforderlich erachtet, wenn dies zur Präzisierung von Verpflichtungen notwendig ist. Für ihn kommen dafür aber nicht nur Ökosysteme, sondern mindestens fünf weitere Organisationsebenen der Natur infrage. Der wesentliche Unterschied besteht jedoch darin, dass die Natur in Ecuador auch ohne konkrete Anerkennung durch die weitreichende Verfassungsbestimmung geschützt ist. Lt. Schaefer's Vorschlag entstünden entsprechende Verpflichtungen hingegen erst, wenn Ökosysteme bedroht wären. Dabei handelt es sich also um einen reaktiveren Ansatz. Die von Schaefer vorgeschlagene Bewertungsmethoden könnten m. E. aber auch herangezogen werden, um weitgefasst ausgestaltete Rechtsträger:innen im Bedarfsfall zu konkretisieren oder Rechtsverletzungen festzustellen.

Die bisherigen Ausführungen bestätigen im Wesentlichen die Annahme von Prieto Méndez, wonach bereits der Versuch, zu verstehen, wie die Natur funktioniert und eine angemessene Organisationsebene zu bestimmen, um ihren Schutz durch die Anwendung der RdN zu ermöglichen, als Beitrag zu ihrem Schutz gewertet werden.¹⁷⁷ Zugleich führen sie zu der Frage, wer diese Beurteilungen durchführt, wie im Falle von wissenschaftlichen Unsicherheiten vorzugehen ist und wer die entsprechenden Entscheidungen trifft. In der Literatur wird bspw. vorgebracht, dass zu viele Möglichkeiten bei der Bestimmung „der relevanten Aggregationen – ohne dass eine davon einen stärkeren normativen Anspruch hätte als die andere“, die Gefahr bergen, dass das Ergebnis „von einer willkürlichen Entscheidung darüber abhängt, wie die Aggregationen beschrieben werden“.¹⁷⁸ Dies könnte sogar dazu führen, dass Unternehmen die Zerstörung der Natur im Namen einer anderen Natur rechtfertigen.¹⁷⁹ Bevor auf diese Bedenken in Abschnitt C.II.3.g) näher eingegangen oder der Schluss gezogen wird, dass konkrete Rechtsträger:innen zu bevorzugen sind, wird zunächst evaluiert, ob den untersuchten Rechtsordnungen Hinweise daraufhin zu entnehmen sind, dass gewisse Bestandteile der Natur jedenfalls nicht als Rechtsträger:innen betrachtet werden können.

¹⁷⁶ Schaefer, *George Washington Journal of Energy and Environmental Law* 2018/2, 70 (75, 79).

¹⁷⁷ Prieto Méndez, *Derechos* 146 f.; ähnl. i. w. S. Jones, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/0, 76 (87).

¹⁷⁸ Guim/Livermore, *Virginia Law Review* 2021/7, 1347 (1383).

¹⁷⁹ Bassi, *Oregon Review of International Law* 2009/2, 461 (468); vgl. Humphreys, *Journal of International Relations and Development* 2017/3, 459 (473); ähnl. Fish, *Stanford Undergraduate Research Journal* 2013, 6 (8).

f) Individuen als Rechtsträger:innen

Wie sich bereits zeigte, sind die Beschreibungen und Definitionen der Rechtsträger:innen i.d.R. sehr allgemein, sodass daraus nicht klar hervorgeht, welche Bestandteile der Natur umfasst sind und welche nicht.¹⁸⁰ Keine der untersuchten Rechtsquellen enthält eine Bestimmung, die ausdrücklich ausschließt, dass sich einzelne Individuen auf die gewährte Rechte berufen können. In einer Definition von „natürliche Gemeinschaften“, die gelegentlich in lokalen Rechtsquellen aus den USA verwendet wurde, werden bspw. auch „Boden-, Luft- und Wasserorganismen“ erwähnt. Der Zusatz „die nachhaltige gegenseitige Abhängigkeiten [...] hergestellt haben, in einem natürlichen Ökosystem“ legt allerdings nahe, dass Individuen insb. als Teil einer Gemeinschaft betrachtet werden.¹⁸¹ Auch in den bolivianischen Definitionen wurden „Individuen“ als Teil von „Mutter Erde“ bezeichnet, insgesamt geht daraus jedoch hervor, dass die Natur als „System“ geschützt werden soll.¹⁸² Daher könnte angenommen werden, dass die untersuchten RdN vorrangig nicht einzelnen Individuen zukommen sollen.¹⁸³

Demgegenüber stellte der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof 2022 fest, dass die Natur auch auf der Ebene „Individuum/Organismus“ geschützt ist, und erklärte folglich die Äffin Estrellita zur Rechtsträgerin. In der Literatur wird die Entscheidung überwiegend dahin gehend interpretiert, dass dadurch jedes einzelne Tier im Rahmen der ecuadorianischen RdN Schutz erhielt.¹⁸⁴ I.d.Z. ist allerdings zu beachten, dass der einem Individuum zukommende Schutz den bisherigen Ausführungen des Gerichtshofes zufolge „aus einer systemischen Perspektive“ verstanden werden muss,¹⁸⁵ sodass die konkreten, ihm zukommenden Rechte unter Berücksichtigung der Besonderheiten eines jeden Individuums (durch die Gesetzgebung) zu konkretisieren sind, wobei gem. dem Verfassungsgerichtshof insb. das Interspezies-Prinzip sowie das Prinzip der ökologischen Interpretation heranzuziehen sind.¹⁸⁶ Demnach könnten Tierrechte als Konkretisierung der RdN in Hinblick auf einzelne Tiere verstanden werden. Im konkreten Fall erscheint zudem erwähnenswert, dass die Äffin einer vom Aussterben bedrohten Art angehörte und damit für den Erhalt der Art und womöglich auch des Ökosystems von Bedeutung war,

¹⁸⁰ Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (48); Buser/Ott, in: Adloff/Busse 159 (161).

¹⁸¹ B. Fn. 137.

¹⁸² Vgl. Gordon, Columbia Journal of Environmental Law 2018/1, 49 (54 f.); ähnl. Villavicencio Calzadilla/Kotzé, Transnational Environmental Law 2018/3, 397 (408).

¹⁸³ Vgl. Kauffman/Martin, Politics 62; Kauffman/Martin, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (48); Guim/Livermore, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1368).

¹⁸⁴ Solano Paucay/Marín, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 7 (15); Bravo Burbano, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 91 (99).

¹⁸⁵ B. Fn. 557; Abschnitt B.II.4.a)bb).

¹⁸⁶ B. Fn. 579; diese Auffassung bestätigt auch der ehem. Verfassungsrichter Ávila Santamaría, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (292, 295).

sodass ihr aus einer systemischen Perspektive andere Rechte zukommen könnten als einem gewöhnlichen Haus- oder Nutztier.

Auch der Blick in die RdN-Literatur zeigt, dass die Frage, ob auch Individuen Rechte erhalten sollen, nicht eindeutig beantwortet wird. Insb. sind Berry und Nash – zwei frühe Vertreter der *Earth Jurisprudence* – der Auffassung, dass auch einzelne Individuen Rechte haben, weil Arten nicht ohne Individuen bestehen können.¹⁸⁷ Gem. Leimbacher erfahren Individuen hingegen „genügend Beachtung und Schutz“, wenn die ökologische Vernetztheit der Natur im Vordergrund steht.¹⁸⁸ Ein Individuum wie z. B. ein Baum habe zwar seine Rechte, diese müssten aber „immer als Teil einer Lebensgemeinschaft an einem bestimmten Ort (Lebensraum), also auch als Teil eines bestimmten Ökosystems, gesehen werden“.¹⁸⁹

Diese Auffassung stimmt im Wesentlichen mit den aus der rechtsvergleichenden Betrachtung gewonnenen Erkenntnissen überein. Die Bedeutung des bereits angesprochenen Verhältnisses zwischen der Ausgestaltung der Rechtsträger:innen und den gewährten Rechten – also der Frage, wem wurden welche Rechte gewährt und welche Rechte können daraus für einzelne Bestandteile der Rechtsträger:innen abgeleitet werden – ist hier besonders evident.¹⁹⁰ Danach könnte bspw. einem Baum in einem konkreten Fall lediglich dann ein Recht auf Existenz zukommen, wenn dies z. B. zum Erhalt der Gesundheit eines Ökosystems erforderlich ist.¹⁹¹ Daran anknüpfend sollten jedoch auch Überlegungen angestellt werden, inwieweit die „Gefahr totalitärer Konsequenzen“ besteht,¹⁹² wenn der Wert von Individuen lediglich nach ihrem Beitrag zum Gesamtsystem bemessen wird.¹⁹³ Insb. im Lichte der Menschenwürde ist hier jedenfalls eine Differenzierung zwischen menschlichen und nichtmenschlichen Individuen geboten.

g) Bedenken in der Literatur im Lichte des (öko-)systemischen Ansatzes

Wie bereits erwähnt, werden in der Literatur auch Bedenken gegen die Anerkennung der Natur oder von Bestandteilen der Natur vorgebracht. Zusammengefasst

¹⁸⁷ Berry, Origin; Nash, Yale Journal of International Law 1993/1, 235 (239); vgl. Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (44); P. E. Taylor, Georgetown International Environmental Law Review 1998, 309 (378).

¹⁸⁸ Leimbacher, Natur 156.

¹⁸⁹ Leimbacher, Natur 104; vgl. Bosselmann, Natur 358.

¹⁹⁰ I. d. S. auch Ávila Santamaría, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (292, 295).

¹⁹¹ Es erscheint mir dagegen nicht die richtige Vorgehensweise zu sein, die „Wirkung der Wesensgehaltsgarantie [...] auf dem Weg von ganzen Ökosystemen hin zum natürlichen Individuum immer weiter [zu] relativieren“, und zwar „hin zur ‚normalen‘ Verhältnismäßigkeitsprüfung“, Bader-Plabst, Natur 185. In diesem Fall könnte man nämlich immer zu dem Ergebnis gelangen, dass das Fällen eines Baumes in Kauf genommen werden kann. S. dazu noch ausführlich Abschnitt C.IV.4.b).

¹⁹² Gorke, Eigenwert 23 f.

¹⁹³ Guim/Livermore, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1397 f.).

wird insb. befürchtet, dass verschiedene, widersprüchliche Interessen der Natur geltend gemacht werden könnten,¹⁹⁴ RdN ständig mit den Rechten anderer Individuen, Gruppen oder Menschen in Konflikt geraten,¹⁹⁵ die Zerstörung der Natur im Namen einer anderen Natur gerechtfertigt werden könnte,¹⁹⁶ oder Bakterien, Schädlinge oder Moskitos RdN zulasten des Menschen geltend machen.¹⁹⁷ Diese Überlegungen könnten sich jedoch im Lichte der bisherigen Ausführungen zur Einteilung und Abgrenzung der Natur, die insb. Anlass zu der Vermutung geben, dass vielen untersuchten RdN ein (öko-)systemischer Ansatz zugrunde liegt, als weitgehend unbegründet erweisen. Dies stellt auch Gutmann fest, der zudem festhält, dass die RdN nicht darauf ausgerichtet sind, einzelne Individuen zu privilegieren, sondern ihnen allenfalls – wie bereits Berry und Cullinan vorschlugen – das Recht zu gewähren, „ihre Rolle“ in der Natur „zu erfüllen“.¹⁹⁸ Auf den (öko-)systemischen Ansatz und die „Rolle“ der Bestandteile der Natur wird in Abschnitt C.III.4. noch ausführlicher eingegangen. An dieser Stelle wird hingegen noch einmal die Bedeutung des Verhältnisses zwischen Rechtsträger:innen und gewährten Rechten bekräftigt, weil es einen wesentlichen Unterschied macht, ob einem Ökosystem oder einem Individuum ein Recht auf Existenz gewährt wird. In Bezug auf potenzielle Konflikte unter verschiedenen Bestandteilen der Natur ist überdies festzuhalten, dass RdN nach überwiegender Auffassung in der Literatur nur menschliches Verhalten als gesollt statuieren und keine Rechte oder Pflichten unter nichtmenschlichen Bestandteilen der Natur begründen sollen.¹⁹⁹ Denn auch wenn der Natur im Rechtssystem Rechte gewährt werden, so nur dann, „weil es den Menschen gibt“ und „auf das Verhältnis des Menschen zur Natur“ Einfluss genommen werden soll.²⁰⁰

¹⁹⁴ *Gordon*, Columbia Journal of Environmental Law 2018/1, 49 (83 f.); *Gorke*, Eigenwert 23 f.; *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1397, 1401, 1406).

¹⁹⁵ *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1382 f.); *Fish*, Stanford Undergraduate Research Journal 2013, 6 (9); *Schoukens/Bernet Kempers*, Strangers in paradise. The challenge of invasive alien species to (the implementation of) Earth Jurisprudence in Europe, in: García Ruales/Hovden/Kopinina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions (2024) 216 (216 ff.).

¹⁹⁶ *Bassi*, Oregon Review of International Law 2009/2, 461 (468); vgl. *Humphreys*, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (473); ähnl. *Fish*, Stanford Undergraduate Research Journal 2013, 6 (8).

¹⁹⁷ S. z. B. *Kloepfer*, in: Kloepfer (Hrsg.), Umweltstaat (1989) 35; *Whittemore*, Pacific Rim Law & Policy Journal Association 2011/3, 659 (669 f.); *Rühs/Jones*, Sustainability 2016/2, 174 (11); *Darpö*, Nature 49; *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (293).

¹⁹⁸ *Gutmann*, allerdings mit Blick auf „systemische Zusammenhänge“ nicht Individuen, Rechtssubjektivität 130 insb. Fn. 771 bezugnehmend auf *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (436 Fn. 45) bezugnehmend auf *Cullinan*, Wild Law 101; s. insb. auch bereits *Berry*, Origin.

¹⁹⁹ *J. Weber*, Erde 159; *Geistlinger*, in: Harrer/Graf 65 (66) mit Verweis auf *Kelsen*, Allgemeine Theorie der Normen (1979) 23; *Schulev-Steindl*, Rechte 135; *Nash*, Yale Journal of International Law 1993/1, 235 (239).

²⁰⁰ *Leimbacher*, Natur 88; s. i. d. Z. auch *Rolston*, Yale Journal of International Law 1993/1, 251 (258); *P. E. Taylor*, Georgetown International Environmental Law Review 1998, 309

h) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

Wird nun der Blick zum österreichischen Rechtssystem geschwenkt, lässt sich wenig überraschend feststellen, dass die „Natur“ bislang weder im Unionsrecht noch im österreichischen Recht ausdrücklich als Rechtsträgerin anerkannt wurde.²⁰¹ Vor dem Hintergrund der bereits gewonnenen Erkenntnisse überrascht vielmehr, dass der europäischen Literatur zufolge – vor Annahme der Verordnung über die Wiederherstellung der Natur²⁰² – auch der Ökosystemansatz im Umweltunionsrecht kaum abgebildet war.²⁰³ I. d. Z. wurde oft auf die für den Naturschutz besonders relevante Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL)²⁰⁴ verwiesen, in der das Konzept von Ökosystemen nicht ausdrücklich erwähnt wird.²⁰⁵ In der Literatur wurde deshalb zusammengefasst kritisiert, dass die RL nur bedrohte Arten oder Lebensräume schützt, die „von gemeinschaftlichem Interesse“ und in den Anhängen der RL gelistet sind.²⁰⁶ Dies wird als stückchenweiser, reaktiver und anthropozentrischer Ansatz betrachtet. Zudem blieben dadurch 80 % des EU-Gebiets ungeschützt, weil aus der FFH-RL kaum verbindliche Schutzpflichten gegenüber der „normalen Natur“ außerhalb von ausgewiesenen Natura 2000-Schutzgebieten abgeleitet werden können. Die Listen bedrohter Arten und Lebensräume seien zudem veraltet, weil sie z. B. keine Bienenarten enthalten. Selbst eine Aktualisierung könne das Artensterben sowie den starken Rückgang der Biodiversität in der EU nicht mehr aufhalten. Denn die geschützten Arten werden isoliert betrachtet und Wechselbeziehungen, wie z. B. die Verfügbarkeit von ausreichend Zeit und Raum für Regeneration, nicht ausreichend berücksichtigt. Zudem könne der Schutzstatus aufgehoben werden und seien zu viele Ausnahmen möglich. Auch die Fragmentierung des Umweltschutzes trage dazu bei, weil relevante Sektoren wie z. B. die Landwirtschaft oder der Energiebe-

(353); ähnl. *Birnbacher*, in: Nida-Rümelin/v.d. Pfordten 63 (70 f.); vgl. auch hins. der Rechtslage in Deutschland *Bader-Plabst*, Natur 141.

²⁰¹ Bzgl EU vgl. *Daly*, Review of European Community & International Environmental Law 2012/1, 63 (66); *Schoukens*, in: Pereira/Saramago 205 (215 f.); bzgl. Österreich vgl. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 76, 126.

²⁰² VO 2024/1991/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869, ABl. L 2024/1991, 29. 7. 2024; basierend auf dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Wiederherstellung der Natur, COM(2022) 304 final.

²⁰³ *Carducci et al.*, Charter 107; *Ito/Montini/Bagni*, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens 281 (284); tw. abw. hinsichtlich des Managements der Meeresnutzungen *Täufel*, Ökosystemansatz 300.

²⁰⁴ RL 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. L 1992/206, 7 (FFH-RL).

²⁰⁵ Eine Ausnahme bildet die Erwähnung von Ökosystemen in Anhang III Phase 2 Abs. 2 lit. b FFH-RL.

²⁰⁶ Art. 1 lit. g FFH-RL.

reich getrennt betrachtet werden.²⁰⁷ Das traditionelle Artenschutzkonzept, wonach lediglich einzelne Arten oder Lebensräume geschützt werden, wird in der RdN-Literatur daher als nicht mehr ausreichend betrachtet.²⁰⁸ Mithilfe von RdN könne hingegen der gesamten Natur Schutz geboten werden, ohne dass Arten vom Aussterben bedroht sein müssen oder einen besonderen Wert für den Menschen darstellen.²⁰⁹

Im Rahmen einer weiterführenden Untersuchung könnte insb. der Frage nachgegangen werden, inwieweit mit der EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur²¹⁰ Verbesserungen in Bezug auf eine (unionsweit flächendeckende) Verwirklichung des Ökosystemansatzes einhergehen, und welche Ähnlichkeiten und Unterschiede zu RdN bestehen bleiben.²¹¹ Zudem könnte untersucht werden, inwieweit der Ökosystemansatz in den Naturschutzgesetzen der Länder verwirklicht ist, also insb. in jenen Bestimmungen, die nicht vom Unionsrecht determiniert sind. Vereinzelt Hinweise darauf finden sich z. B. in manchen Genehmigungskriterien für bestimmte Vorhaben außerhalb von Schutzgebieten, wonach z. B. die „ökologische Funktionsfähigkeit“ oder der „Naturhaushalt“ nicht beeinträchtigt werden dürfen.²¹²

²⁰⁷ Hovden, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2018/3-4, 281 (289 f., 292, 296); Schoukens, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (189, 201); Schoukens, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 65 (82); Schoukens, in: Pereira/Saramago 205 (219, 223 f.); Carducci et al., *Charter* 107, 24 f.; Ito, in: La Follette/Maser 311 (315); Kotzé/Kim, *Earth System Governance* 2019/1, 1 (6 m. w. N.); mit Überlegungen in Hinblick auf den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Wiederherstellung der Natur, COM(2022) 304 final Hoek/Kaststeen/van Gils/Janssen/van Gils, *Utrecht Law Review* 2023/1, 72 (75 ff.). Vgl. in Hinblick auf die österreichische Rechtslage am Beispiel von Wasserkraftanlagen Raschauer, *Bau, Betrieb und Anpassung von Wasserkraftwerken – Rechtsrahmen*, in: IUR/ÖWAV (Hrsg.), *Jahrbuch des österreichischen und europäischen Umweltrechts* 2010 (2010) 73 (83).

²⁰⁸ Vgl. Sheehan, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 227 (233); Healy, *Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review* 2019/2, 327 (338); in Bezug auf den marinen Bereich Täufer, *Ökosystemansatz* 24, 122.

²⁰⁹ Hovden, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2018/3-4, 281 (303).

²¹⁰ VO 2024/1991/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869, ABl. L 2024/1991, 29. 7. 2024.

²¹¹ S. z. B. die Ausführungen von Schoukens/Cliquet, *Ecological restoration and the rights of nature in the EU. Natural twins or a Pandora's box?*, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), *Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions* (2024) 234 (245 ff., 251).

²¹² S. z. B. § 35 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 1 lit. a VlbG. Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung LGBI 1997/22; § 7 Abs. 2 Z 3 Nö. Naturschutzgesetz 2000 LGBI 5500-0; § 25 Abs. 3 Salzburger Naturschutzgesetz 1999 LGBI 1999/73; § 6 Burgenländisches Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz LGBI 1991/97; s. insb. Madner, *Anlagenrelevantes Umweltrecht – Naturschutzrecht*, in: Holoubek/Potacs (Hrsg.), *Öffentliches Wirtschaftsrecht II*⁴ (2019) 1340 (1356 ff., insb. Fn. 108); vgl. weiters Sander, *Die Rolle des Klimaschutzes im Genehmigungsverfahren – Eine Untersuchung aus Anlass des Genehmigungsverfahrens zur „3. Piste“ des Flughafen Wien/Schwechat*, ZTR 2019/1, 8 (11); Randl, *Naturschutzrecht*, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), *Handbuch Umweltrecht*³ (2019) 524 (552 f.).

Daran anknüpfend könnte untersucht werden, inwieweit eine solche ökosystemische Perspektive auch von den Behörden und Gerichten eingenommen wird.

Im Wasserrecht ist der Ökosystemansatz hingegen bereits seit Längerem abgebildet. Gewässer werden als komplexe Ökosysteme betrachtet und der Schutz der aquatischen Ökosysteme sowie direkt von ihnen abhängenden Landökosysteme und Feuchtgebiete ist ein zentrales Ziel der WRRL und damit auch des österreichischen WRG, in dem diese weitgehend umgesetzt wurde.²¹³ Der Schutz, die Planung und die Bewirtschaftung der Gewässer orientieren sich an diesem Ansatz, sodass Wassereinzugsgebiete, also das „gesamte Hinterland [...] von dem aus Gewässer morphologisch, quantitativ und qualitativ beeinflusst“ werden,²¹⁴ als Ausgangspunkt für die sich aus der WRRL ergebenden Verpflichtungen dienen.²¹⁵ In den weiter unten folgenden Überlegungen zur österreichischen Rechtslage wird deshalb noch näher auf diese Überschneidungen mit RdN eingegangen.

4. Indigene Einflüsse auf die Ausgestaltung der Rechtsträger:innen

Wie die vergleichende Betrachtung zeigt, leben in allen untersuchten Ländern auch verschiedene indigene Völker, die unmittelbar oder mittelbar auf die Ausgestaltung vieler der untersuchten RdN Einfluss nahmen. In einigen Beschreibungen und Definitionen der Rechtsträger:innen sind deshalb auch Bezugnahmen auf das Wissen oder die Sichtweisen von indigenen Völkern erkennbar. So wurden die in Ecuador und Bolivien anerkannten Rechtsträger:innen auch als „Pacha Mama“/ „Pachamama“ bzw. „Mutter Erde“ bezeichnet.²¹⁶ Der Begriff „Pacha Mama“ wird von verschiedenen in den Anden lebenden Gemeinschaften verwendet und häufig mit einem lebendigen Wesen, einer weiblichen Schutzgöttin, der Verschmelzung von Zeit und Raum oder dem Kosmos verglichen. Die neuseeländischen Rechtsträger:innen wurden nicht nur wesentlich von Māori-Stämmen beeinflusst, sondern im Einvernehmen mit ihnen ausgestaltet. Zwar ist die Definition der Rechtsträgerin „Te Urewera“ gebietsbezogen und lässt damit weder westlich-naturwissenschaftliche noch indigene Bezüge erkennen, in einer Bestimmung mit dem Titel „Hintergrund dieses Gesetzes“ wurde allerdings festgehalten, dass „Te Urewera“ für die Tūhoe „lebendig“ ist, „von spirituellem Wert“ sowie der „Ort ihrer Abstammung und Heimkehr, ihre Heimat“ ist. In der Definition von „Te Awa Tupua“ wurden hingegen

²¹³ S. insb. Art. 1 lit. a und d, Art. 2 Abs. 21 und 33 WRRL; sowie § 30 Abs. 1 und Abs. 3, § 30a Abs. 3 Z 4, § 55 Abs. 1 Z 1 lit. a, § 55e Abs. 1 Z 9 WRG; vgl. *Hovden*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2018/3-4, 281 (296); *Schoukens*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 65 (82); *Albrecht*, *Umweltqualitätsziele im Gewässerschutzrecht* (2007) 330; *Bachler*, in: *Oberleitner/Berger, WRG*⁴ Vor § 1 Rz. 2; *Hödl*, *Wasserrahmenrichtlinie* 30 f.

²¹⁴ *Bachler*, in: *Oberleitner/Berger, WRG*⁴ Vor § 1 Rz. 2.

²¹⁵ *Hödl*, *Wasserrahmenrichtlinie* 41 f.; *Albrecht*, *Umweltqualitätsziele* 334.

²¹⁶ Vgl. *Bleby*, *University of Western Australia Law Review* 2020/1, 33 (45); *Darpö*, *Nature* 22.

auch die Vorstellungen der Whanganui-Stämme abgebildet, wonach dieser „ein unteilbares und lebendes Ganzes, bestehend aus dem Whanganui Fluss von den Bergen bis zum Meer, in Einbeziehung all seiner physischen und metaphysischen Elemente“ ist. Die von indigenen Völkern in den USA angenommenen Rechtsquellen lassen tw. ähnliche Bezugnahmen erkennen. Bspw. wurden von der Navajo Nation „Mutter Erde und Vater Himmel“ als Rechtsträger:innen anerkannt. Die vom Ponca Tribe anerkannten Flüsse „Nis’ka, Ni’zi’de und alle Ponca-Wasserkörper“ sowie der vom Nez Perce Tribe anerkannte Snake-Fluss wurden als „lebende Entitäten“ (*living entities*) bezeichnet. In den Erwägungsgründen weiterer Rechtsquellen wurden außerdem die starken historischen, kulturellen und religiösen Verbindungen zu den Flüssen Klamath und Menominee sowie zur Wildreissorte Manoomin betont. Auch in den kolumbianischen Rechtsquellen finden sich vereinzelt Bezugnahmen auf „Pacha Mama“.²¹⁷ Bemerkenswert ist außerdem, dass das kolumbianische Gebiet „Katsa Su“, ebenso wie später das Gebiet „Cxhab Wala Kiwe“, gemeinsam mit den dort lebenden Awa-Gemeinschaften – die sich als Teil von „Katsa Su“ sehen, mit dem sie in einer harmonischen Beziehung leben und das für sie ein lebendes Wesen und „Mutter Erde“ ist – zum „kollektiven Rechtssubjekt“ sowie zum Opfer des bewaffneten Konfliktes erklärt wurde.²¹⁸

Somit können sich indigene Einflüsse auf die Ausgestaltung der untersuchten Rechtsträger:innen u. a. darin äußern, dass diese als lebendes Ganzes betrachtet werden, von dem die Menschen ein Teil sind und zu dem sie in einer engen wechselseitigen Beziehung stehen, die auch metaphysische Merkmale aufweisen kann.²¹⁹ Alle anderen in den USA und Kolumbien anerkannten Rechtsträger:innen weisen in ihrer Ausgestaltung hingegen keine unmittelbaren indigenen Einflüsse auf.²²⁰ Dies schließt jedoch nicht aus, dass sie implizit sehr wohl vorhanden sein können. Insb. begründete der kolumbianische Verfassungsgerichtshof die erstmalige Zuerkennung von RdN mit der engen Verbindung zwischen den Menschen und der Natur, der u. a. in den biokulturellen Rechten von indigenen Gemeinschaften Ausdruck verliehen werde.²²¹

a) Rechtliche Bedeutung der indigenen Einflüsse

Die rechtliche Bedeutung der Einflüsse der indigenen Völker für die Auslegung der RdN lässt sich nur im Einzelfall beurteilen, sodass diesbezüglich auf die Länderberichte verwiesen wird. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Wissen und die Sichtweisen der indigenen Völker in unterschiedlichem Ausmaß in die unter-

²¹⁷ Corte Suprema de Justicia 18.6.2020, STC3872-2020 (Isla Salamanca) 21; *Estupiñán Achury/Parra-Acosta/Rosso-Gauta*, Revista Saber, Ciencia y Libertad 2022/2, 42 (62).

²¹⁸ B. Fn. 1544.

²¹⁹ Vgl. tw. *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (49); United Nations Economic and Social Council, E/C.19/2010/4 Rz. 19; sowie allg. bereits A. Fn. 84.

²²⁰ Vgl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (48 f.).

²²¹ B. Fn. 1518; Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 9.27 f.

suchten Rechtsquellen aufgenommen wurden, dabei tw. entfremdet wurden und eine Diskrepanz zwischen geschriebenem und gelebtem Recht erkennbar ist, da sie in der Rechtsanwendung bislang weniger berücksichtigt wurden, als es nach dem Wortlaut einiger Rechtsquellen geboten wäre. Bspw. wurden das indigene Wissen und das westliche Wissen in Ecuador rechtlich gleichgestellt, wodurch sich die „Reichweite oder Begrenzung“ der Rechtsträger:in erweitern sollte.²²² Die Gerichte beschäftigten sich allerdings – einzelne Bezugnahmen ausgenommen – insb. mit westlichen bzw. naturwissenschaftlichen Beschreibungen der Rechtsträger:innen, obwohl der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof grundsätzlich davon ausgeht, dass die beiden Wissensformen interkulturell konvergieren.²²³ In Bezug auf Bolivien wurde zudem häufig kritisiert, dass die gesetzliche Anerkennung der Rechte von „Mutter Erde“ politisch motiviert war und die Regierung indigene Konzepte benutzte und veränderte, um ihre eigenen Ziele zu legitimieren.²²⁴ Ähnliche Überlegungen wurden auch in Bezug auf Ecuador geäußert.²²⁵ Die indigenen Völker in Neuseeland und den USA könnten eine bessere Rechtsstellung haben, um ihre Sichtweisen bei der Anwendung und Auslegung der von ihnen (mit-)gestalteten Rechtsquellen miteinfließen zu lassen.²²⁶ Als Ausfluss davon lässt sich z.B. der Managementplan Te Kawa betrachten, der viele Sichtweisen der Tūhoe wiedergibt.²²⁷

b) Bedeutung von indigenem Wissen für den Schutz der Natur

Die Gleichstellung der westlich-naturwissenschaftlichen Betrachtung der Natur mit indigenen Sichtweisen, wie sie z.B. in Ecuador oder Neuseeland vorgesehen wurde, wird in der Literatur als „Schanierpunkt“ (*hinge point*) bezeichnet, der „unwahrscheinliche politische Koalitionen“ ermöglicht, ohne ein gemeinsames Vokabular oder eine gemeinsame Ontologie zu teilen. Dies habe den Vorteil, dass indigene Sichtweisen in das westliche Rechtssystem gelangen, in dem die Natur bislang als Objekt der Ressourcengewinnung, des ökologischen Managements oder der politischen Auseinandersetzung zwischen den Akteur:innen betrachtet wurde,

²²² B. Fn. 545.

²²³ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 29; vgl. Y. Epstein/Ellison/Echeverría/Abbott, Science 2023/20, 380 (5); Gutmann, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocarú/Reder 275 (284); Ávila Santamaría, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 ((294); krit. Tănăsescu/Macpherson/Jefferson/Torres Ventura, The International Journal of Human Rights 2024/07 Feb, 1 (12 ff.); García Ruales/Viteri Gualinga, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens 27 (34, 37 f.).

²²⁴ S. dazu bereits Abschnitt B.III.8.

²²⁵ S. dazu bereits Abschnitt B.II.8. Zu den unterschiedlichen Konsequenzen in Ecuador und Bolivien Kauffman/Martin, Politics 131 f.

²²⁶ Vgl. allg. Randazzo/Richter, Ontology 109 ff., 122.

²²⁷ S. dazu ausführl. Abschnitt B.IV.4.a).

aber niemals als Akteurin an sich.²²⁸ Zugleich wird davor gewarnt, dass indigene Kosmologien in diesem „Hybrid“ entfremdet werden und verloren gehen.²²⁹ Viele Stimmen in der Literatur plädieren deshalb dafür, indigenes Wissen bei der Anwendung und Auslegung der RdN stärker zu berücksichtigen.²³⁰ Denn der Wert von indigenem Wissen für den Erhalt der Biodiversität ist in der Literatur mittlerweile anerkannt.²³¹ Außerdem beruhen indigene Konzepte der Natur häufig auf einer Ethik der Verantwortung (*stewardship*), die auf den Wechselwirkungen zwischen Mensch und Natur, ihrem Schutz (*custody*) für zukünftige Generationen und einer Verbundenheit mit dem Land basiert.²³² Indigene Sichtweisen weisen gem. Gutmann überdies Ähnlichkeiten zum Ökosystemansatz auf, da beide „die Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Entitäten ins Zentrum“ rücken.²³³ Auch Ähnlichkeiten zur Gaia-Theorie wurden in der Literatur bereits festgestellt.²³⁴ Vor diesem Hintergrund ist es wohl kein Zufall, dass die untersuchten RdN in Ländern angenommen wurden, die auch indigene Gemeinschaften beherbergen.²³⁵

²²⁸ Youatt, *International Political Sociology* 2017/1, 39 (50); ähnl. Harrison, *heritage & society* 2015/1, 24 (32); Apaza Huanca, *International Journal for Crime, Justice and Social Democracy* 2019/3, 6 (15).

²²⁹ Dancer, *The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law* 2021/1, 21 (28); Youatt, *International Political Sociology* 2017/1, 39 (50); Santos, End 11; O'Bryan, *Rights* 208; O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 403 (411); Macpherson, *Water* 41.

²³⁰ Harrison, *heritage & society* 2015/1, 24 (33); Healy, *Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review* 2019/2, 327 (351); Ramírez, *Revista Argentina de Teoría Jurídica* 2011, 26 (32, 38); Gutmann, in: Adloff/Busse 133 (142); Peck/Desselas/Bonilla-Bedoya/Redín/Durango-Cordero, *People and Nature* 2024/00, 1 (14); García Ruales/Viteri Gualinga, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens 27 (34 f.).

²³¹ Gilbert, *Transnational Environmental Law* 2023/3, 671 (682 ff.); Reyes-García/Fernández-Llamazares/Aumeeruddy-Thomas *et al.*, *Recognizing Indigenous peoples' and local communities' rights and agency in the post-2020 Biodiversity Agenda*, *Ambio* 2022, 84 (85 m. w. N., 89 m. w. N.); Kauffman/Martin, *Politics* 160; Lillquist/Warner, *California Law Review* 2023/2, 325 (376); differenzierter Lander, *The International Journal of Human Rights* 2017/4, 464 (472).

²³² Reyes-García/Fernández-Llamazares/Aumeeruddy-Thomas *et al.*, *Ambio* 2022, 84 (86 m. w. N.); Iorns Magallanes, *Widener Law Review* 2015/2, 273 (275, 281); Pathak, in: Brown Weiss 205 (222 f.); Harrison, *heritage & society* 2015/1, 24 (29 f.); Morris/Ruru, *Australian Indigenous Law Review* 2010/2, 49 (49); Boyd, *Nature* xxix.

²³³ Gutmann, *Rechtssubjektivität* 132 f.; s. insb. auch B. Taylor/Chapron/Kopnina/Orlikowska/Gray/Piccolo, *The need for ecocentrism in biodiversity conservation*, *Conservation Biology* 2020/5, 1089 (1092 m. w. N.); weiters Ito/Montini/Bagni, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens 281 (297 m. w. N.).

²³⁴ García Ruales/Viteri Gualinga, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens 27 (33 f.). S. dazu bereits ausführl. Abschnitt C.II.3.d).

²³⁵ Vgl. z. B. Kauffman/Martin, *Politics* 218 f.

5. Menschen als Teil der Rechtsträger:innen

Einige Rechtsquellen enthalten explizite Hinweise darauf, dass die Menschen als Teil der Natur bzw. der anerkannten Rechtsträger:innen betrachtet werden.²³⁶ Dazu zählen manche US-amerikanische Rechtsquellen, die Präambel der ecuadorianischen Verfassung sowie die bolivianischen Rechtsquellen. In den meisten US-amerikanischen, neuseeländischen und kolumbianischen Rechtsquellen wurde dies hingegen nicht ausdrücklich erwähnt. Jedoch ist die Beschreibung der Rechtsträger:innen oft so offen, dass dies auch nicht auszuschließen ist, insb. wenn indigene Gemeinschaften an der Ausgestaltung der RdN mitwirkten.²³⁷ Ein entsprechender Schluss lässt sich z. B. auch aus der Formulierung „*I am the river and the river is me*“ ziehen, die im neuseeländischen Te Awa Tupua Gesetz verwendet wurde.²³⁸ Darüber hinaus könnte sich dies auch aus den Definitionen des Begriffs „Ökosystem“ ergeben.

a) Unterscheidung in Natur und Kultur

Die Anerkennung, dass der Mensch Teil der Natur ist, wird in der Literatur als bedeutende Wendung im Rechtssystem betrachtet.²³⁹ Die Gründe dafür werden zum einen im Einfluss indigener Sichtweisen verortet, zum anderen in entsprechenden naturwissenschaftlichen Erkenntnissen.²⁴⁰ Aber auch in der (rechts-)philosophischen Literatur wird die Unterscheidung in Kultur und Natur oder Subjekt und Objekt zunehmend kritisch betrachtet.²⁴¹ Denn eben diese Trennungen hätten dazu geführt, dass ein Rechtssystem geschaffen wurde, das dazu neigt, ökologisch bedenkliche Entscheidungen hervorzubringen, wirtschaftliche Interessen zu bevorzugen und die

²³⁶ *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (48).

²³⁷ *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (48); ähnl. *Kotzé*, A Global Environmental Constitution for the Anthropocene?, Transnational Environmental Law 2019/1, 11 (25).

²³⁸ *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (47).

²³⁹ *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (47 m. w. N.).

²⁴⁰ S. z. B. *Rapport/Costanza/McMichael*, Trends in Ecology & Evolution 1998/10, 397 (398); *B. Taylor/Chapron/Kopinina/Orlikowska/Gray/Piccolo*, The need for ecocentrism in biodiversity conservation, Conservation Biology 2020/5, 1089 (1092); vgl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (47); *Guim/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1399); *Kauffman/Martin*, Politics 212; *Gutmann*, Rechtssubjektivität 129; *Shelton*, Human Rights, Environmental Rights, and the Right to Environment, Stanford Journal of International Law 1991, 103 (110); *Boyd*, Nature 15, 21; *Adloff/Busse*, in: Adloff/Busse 9 (18 m. w. N.).

²⁴¹ S. z. B. *Latour*, Gaia 16 f., 32 ff., 40 f., 67, 91, 95, 97 f., 104 f., 112, 114, 121 ff., 164 ff.; ähnl. *Leimbacher*, Natur 26, 28, 40; *Davies/Adelman/Grear/Iorns Magallanes/Kerns/Rajan*, Journal of Human Rights and the Environment 2017/2, 217 (237); *Cortés-Nieto/Gómez-Rey*, Revista Derecho del Estado 2023/1, 133 (138); *Büscher*, Natur und Recht 2024/3, 165 (171).

Klimakatastrophe und den Biodiversitätsrückgang zu befördern.²⁴² Immer mehr Stimmen in der Literatur, die sich mit dem Schutz der Umwelt und des Klimas befassen, sprechen sich deshalb dafür aus, diese Dichotomien zu überwinden und das Rechtssystem neu auszurichten,²⁴³ damit es nicht mehr auf hierarchischen Beziehungen zwischen Mensch und Natur beruht,²⁴⁴ sondern das Lebenssystem der Biosphäre repräsentiert und sich auch nichtmenschliche Akteur:innen daran beteiligen können.²⁴⁵ Dadurch könne dem Recht „eine wechselseitige Dynamik“ zugrunde gelegt werden, die zwar manchmal dazu führt, dass entgegenstehende Interessen abgewogen werden müssen, dies aber nicht bereits von einem ungleichen Ausgangspunkt getan werden muss.²⁴⁶

Werden „Ökosysteme“ als Rechtsträger:innen betrachtet, umfasst dies gem. dem spanischen Rechtsphilosophen Lloredo Alix daher „weder die isolierten natürlichen Entitäten noch die individuellen Menschen“, sondern „die dynamischen Gruppen von menschlichen Gemeinschaften und ‚natürlichen‘ Umwelten, die miteinander interagieren“.²⁴⁷ Dies führe dazu, dass Ökosysteme einerseits „Rechte“ haben, während die in diesen Ökosystemen lebenden Menschen andererseits über korrelierende Pflichten verfügen, von denen sie wiederum profitieren, da sie Teil dieser Ökosysteme sind, sodass sie darauf auch ein Recht haben. Dies führe zu einer „right-

²⁴² Howe, *Journal of Environmental Law* 2017/1, 19 (23); Somsen, in: Kotzé 353 (362); Reyes-García/Fernández-Llamazares/Aumeeruddy-Thomas *et al.*, *Ambio* 2022, 84 (86 m. w. N.); Grear, *Law and Critique* 2015/3, 225 (230).

²⁴³ S. z. B. Cullinan, in: Voigt 94 (97); Bosselmann, in: Burdon 204 (204); Kalantzakos, *River Rights and the Rights of Rivers: The Case of Acheloosin*, in: Tabios Hillebrecht/Berros (Hrsg.), *Can Nature Have Rights?*, Legal and Political Insights, *RCC Perspectives* 2017/6, 45 (50); Kauffman/Martin, *Politics* 212; Fischer-Lescano, *Law & Literature* 2020/2, 237 (254 f.).

²⁴⁴ Davies, *Law Unlimited: Materialism, Pluralism and Legal Theory* (2017) 72; Matthews, *Law, Culture and the Humanities* 2019/0, 1 (4); Grear, *Law and Critique* 2015/3, 225 (230 f.); Villavicencio Calzadilla/Kotzé, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397 (398); Kotzé, *Earth System Law for the Anthropocene, Sustainability* 2019/11, 6796 (6); Jones, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/0, 76 (83 m. w. N., 86) mit Verweis auf M. Taylor, *The Political Ecology of Climate Change Adaptation: Livelihoods, Agrarian Change and the Conflicts of Development* (2015); s. auch Latour, *Gaia* 66 ff.; vgl. Adloff/Busse, in: Adloff/Busse 9 (18 m. w. N.).

²⁴⁵ Burke/Fishel, *Across Species and Borders: Political Representation, Ecological Democracy and the Non-Human*, in: Pereira/Saramago (Hrsg.), *Non-human nature in world politics* (2020) 33 (47); ähnl. Grear, *Law and Critique* 2015/3, 225 (245 f.); Villavicencio-Calzadilla/Kotzé, *Re-imagining Participation in the Anthropocene: The Potential of the Rights of Nature Paradigm*, in: Peters/Lohse (Hrsg.), *Sustainability through Participation?*, (2023) 51 (52 ff., 57, 62 f.); krit. Petersmann, *In the break (of rights and representation): sociality beyond the non/human subject*, *The International Journal of Human Rights* 2023/7/12, 1 (6 ff.).

²⁴⁶ Jones, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/0, 76 (91).

²⁴⁷ Lloredo Alix, *A post-humanist and anti-capitalist understanding of the rights of nature (with a coda about the commons)*, *Oñati Socio-Legal Series* 2023/3, 1003 (1030).

duty“ to *self-care*, wodurch nicht nur die Unterscheidungen in Subjekt und Objekt sowie Natur und Kultur, sondern auch in Recht und Pflicht kollabieren.²⁴⁸

b) Zur „Natürlichkeit“ von umweltschädigendem Verhalten

In der Literatur wird eingewandt, dass es schwieriger werde, die Interessen der Rechtsträger:innen zu bestimmen sowie in Bezug zu menschlichen Handlungen zu setzen, wenn Menschen als Teil der Rechtsträger:innen betrachtet werden. Denn dann sei das menschliche Verhalten „genauso natürlich wie alles andere“, sodass auch umweltschädigendes Verhalten als natürlicher Prozess betrachtet werden könne.²⁴⁹ Diesbezüglich ist festzuhalten, dass bei den untersuchten RdN nicht jedem Bestandteil der Natur das Recht verliehen wurde, „natürlich“ zu sein, sondern die konkrete Ausgestaltung der Rechtsträger:innen sowie der gewährten Rechte zu beachten ist, die oft einen (öko-)systemischen Ansatz erkennen lässt. Daher stellt sich die Frage, ob z. B. aus dem Recht eines Ökosystems zu existieren, überhaupt ein menschliches Recht auf ein Verhalten abgeleitet werden kann, das ebendieses Recht verletzen könnte. Ein Recht auf umweltschädliches Handeln eines Menschen kann aber jedenfalls aufgrund eines anderen Rechts, eines Menschenrechts, bestehen. Dieses wäre, wie in der vierten Querschnittsbetrachtung noch ausführlich erörtert wird, im Konfliktfall mit dem Recht des Ökosystems auf Existenz, das im Lichte der bisherigen Ausführungen auch als kollektives Recht (von Mensch und Natur) betrachtet werden könnte, abzuwägen. In Bezug auf die „Natürlichkeit“ von umweltschädigendem Verhalten ist zudem auf die ecuadorianische und kolumbianische Judikatur hinzuweisen, wonach umweltschädigendes Handeln häufig nicht nur zu einer Verletzung der RdN, sondern auch von Menschenrechten führt, sodass diesem auch ohne RdN Grenzen gesetzt sind.

6. Flüsse als Rechtsträger:innen

In allen untersuchten Rechtsordnungen mit Ausnahme von Bolivien wurden auch Flüsse als Rechtsträger:innen anerkannt.²⁵⁰ Die erste Rechtsquelle, in der einem Fluss eigene Rechte gewährt wurden, ist – soweit bekannt – die Entscheidung des kolumbianischen Verfassungsgerichtshofes betreffend den Fluss Atrato aus dem Jahr 2016. Diesbezüglich ist bemerkenswert, dass der Gerichtshof in seiner Begründung auf die neuseeländische Vergleichsurkunde aus dem Jahr 2014 verwies, wonach der Fluss Whanganui bzw. „Te Awa Tupua“ als Rechtsträger:in anerkannt werden sollte.²⁵¹ Die gesetzliche Umsetzung erfolgte in Neuseeland jedoch erst 2017 und

²⁴⁸ Lloredo Alix, Oñati Socio-Legal Series 2023/3, 1003 (1030); zur Unterscheidung in Rechte und Pflichten s. im Detail Abschnitt C.III.5.

²⁴⁹ Guim/Livermore, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1400).

²⁵⁰ Vgl. Stilt, Harvard Law Review 2021/3, 276 (281).

²⁵¹ B. Fn. 1525, insb. Corte Constitucional 10. 11. 2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) P. 5.9 Fn. 87, Fn. 315.

somit nach der Entscheidung des kolumbianischen Verfassungsgerichtshofes.²⁵² In Kolumbien wurden seither zahlreiche Flüsse anerkannt, darunter die Flüsse La Plata, Cauca, Pance, Otun und Fortalecillas.²⁵³ Auch in den USA wurden seit 2019 mehrere Flüsse anerkannt, darunter der Klamath (Heyhl-keek 'We-roy), Menominee, Snake, Wekiva, Econlockhatchee, Ni'ska (Arkansas) und Ni'zi'de (Salt Fork).²⁵⁴ Der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof wandte die RdN bereits im Jahr 2009 erstmals i. Z. m. Flüssen an.²⁵⁵ Eine explizite Anerkennung erfolgte allerdings erst 2021 mit dem Fluss Aquepi sowie 2022 mit dem Fluss Monjas.²⁵⁶ Viel Beachtung in der Literatur und den Medien fand zudem die zweitinstanzliche Entscheidung des Provinzgerichts Loja aus dem Jahr 2011, in der die RdN auf den Fluss Vilcabamba angewandt wurden.²⁵⁷

a) Ausgestaltung der Flüsse inkl. Einzugsgebiet und Nebenflüssen

Bei näherer Betrachtung der Ausgestaltung der Rechtsträger:innen erweist sich, dass die Flüsse häufig in einem sehr umfangreichen Ausmaß als Rechtsträger:innen anerkannt wurden. Der kolumbianische „Fluss Atrato, sein Einzugsgebiet und seine Nebenflüsse“ weisen den Ausführungen zufolge von der Quelle bis zur Mündung eine Länge von 750 Kilometer sowie 15 Nebenflüsse und 300 Bäche auf. Auch die anderen kolumbianischen Rechtsträger:innen umfassen i. d. R. die Flüsse samt Einzugsgebiet und Nebenflüssen. Sie erstrecken sich damit zusammen über fast die Hälfte des kolumbianischen Staatsgebietes.²⁵⁸ Die neuseeländische Rechtsträgerin „Te Awa Tupua“ wurde definiert als „unteilbares und lebendes Ganzes, bestehend aus dem Whanganui Fluss von den Bergen bis zum Meer, in Einbeziehung all seiner physischen und metaphysischen Elemente“. Einer weiteren Definition zufolge besteht der Fluss Whanganui aus dem „Gewässer [...] von der Quelle bis zur Mündung“ samt Zuflüssen, Seen, Sumpfbereichen und Flussbett, das den Boden, die Pflanzen,

²⁵² B. Fn. 1210.

²⁵³ S. Abschnitt B.V.1.c) und B.V.3.a).

²⁵⁴ S. Abschnitt B.I.3.b).

²⁵⁵ Corte Constitucional para el periodo de transición 16. 7. 2009, 0567-08-RA (Pronaca); s. weiters Corte Constitucional 16. 5. 2018, 0047-09-IS (Alpayacu) 17; Corte Constitucional 9. 6. 2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras).

²⁵⁶ Corte Constitucional 15. 12. 2021, 1185-20-JP (Río Aquepi); Corte Constitucional 19. 1. 2022, 2167-21-EP (Río Monjas); vgl. *Martínez-Moscoso/Castro-Enríquez*, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 149 (161); *Ávila Santamaría*, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (290 ff.).

²⁵⁷ Corte Provincial de Justicia de Loja 30. 3. 2011, 11121-2011-0010 (Vilcabamba) i. V. m. Corte Constitucional 23. 3. 2018, 0032-12-IS (Vilcabamba); s. weiters Corte Provincial de Pichincha 19. 7. 2013, 17123-2013-0098 (Minería ilegal Río Granobles); Tribunal segundo de garantías penales de Esmeraldas 3. 6. 2013, 08242-2013-0053 (Oleoducto); Corte Provincial de Justicia de Esmeraldas 11. 01. 2017, 08100-2010-0485 (La Chiquita); Unidad judicial multicompetente con sede en el cantón Flavio Alfaro 18. 4. 2019, 13322201900024 (Flavio Alfaro).

²⁵⁸ B. Fn. 1554.

den mit Wasser gefüllten Raum und den Luftraum über dem Wasser umfasst. Der ecuadorianische „Fluss Aquepi und das Ökosystem, zu dem er gehört“ hat den Ausführungen zufolge zwei Nebenflüsse und eine Länge von 15 Kilometer.²⁵⁹ Der ecuadorianische „Fluss Monjas“ verfügt hingegen über eine Oberfläche von 17.615 Hektar und ist Teil eines größeren Flusseinzugsgebiets.²⁶⁰

Die US-amerikanischen Rechtsquellen sind diesbezüglich weniger konkret. Am ausführlichsten ist die Beschreibung des „Klamath Flusses, dessen Ökosystem und Arten“: Sein Ökosystem umfasst „die umgebenden Gebiete in und um die Quellgewässer in Oregon, das heilige hohe Land, seine Zuflüsse und unterirdischen Aquifere, durch das Mündungsgebiet bis zum Pazifischen Ozean“.²⁶¹ Mit der 2024 erlassenen Verordnung wurde er zudem definiert als „der Fluss, der von den Bergen kommt“, gleichbedeutend mit „der Heyhl-keek ‘We-roy, seine Ökosysteme und die einheimischen Arten innerhalb von, verbunden mit, und/oder abhängig von seinen Ökosystemen“. Seine Ökosysteme wurden definiert als „die Ökosysteme innerhalb [seines] Einzugsgebietes und die Interaktion zwischen ihren biotischen und abiotischen Gemeinschaften.“²⁶² Der Fluss Snake umfasst „alles Leben, das er erhält“, und wird als „lebende Entität“ (*living entity*) betrachtet.²⁶³ Mit diesen Formulierungen wurden auch die Flüsse „Nis’ka, Ni’zi’de und alle Ponca-Wasserkörper“ innerhalb der Jurisdiktion des Ponca Tribes beschrieben, die überdies „ihre Ökosysteme und ihrer Arten“ mitumfassen.²⁶⁴ Allen anderen Rechtsquellen aus den USA sind keine näheren Beschreibungen der Flüsse zu entnehmen. In Orange County wurden jedoch neben Wekiva und Econlockhatchee ebenfalls „alle anderen Gewässer innerhalb der Grenzen von Orange County“ als Rechtsträger:innen anerkannt.²⁶⁵ Erwähnenswert ist i. d. Z. außerdem, dass in der Rechtsquelle von Orange County hinsichtlich des Begriffs „Gewässer“ auf einzelstaatliches Verwaltungsrecht verwiesen wurde, wonach u. a. Flüsse, Seen, Bäche, Quellen, Aufstauungen sowie Süß-, Brack-, Salz-, von Gezeiten abhängiges, Oberflächen- und Grundwasser umfasst sind. Auch Privatgewässer werden dazugezählt, wenn deren Verschmutzung andere Gewässer, Eigentum oder Personen beeinträchtigt.²⁶⁶ Die Feststellung von Krämer, wonach kein Land bzw. keine Region, das oder die einen Fluss als Rechtsträger:in anerkannte, auch andere Flüsse anerkannte, ist daher nicht (mehr) zutreffend.²⁶⁷ Zusammen-

²⁵⁹ Corte Constitucional 15. 12. 2021, 1185-20-JP (Río Aquepi) Rz. 56 f.

²⁶⁰ Corte Constitucional 19. 1. 2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 29, 125 f.

²⁶¹ Yurok Tribe-Beschluss 2019.

²⁶² § 21.60.090 Yurok Tribe-Verordnung 2024.

²⁶³ Nez Perce Tribe-Beschluss.

²⁶⁴ Erwägungsgründe Ponca Tribe-Beschluss 2022.

²⁶⁵ § 704.1 (A) Orange County-Verfassungsergänzung.

²⁶⁶ § 62-520.200 Abs. 25 Florida Administrative Code (Florida), angenommen am 12. 7. 2009.

²⁶⁷ Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (64); s. im Übrigen auch die Entscheidung eines Gerichts in Bangladesch betr. alle Flüsse in Bangla-

fassend lässt sich daher festhalten, dass die Beschreibung und Ausgestaltung der Flüsse in allen Ländern ähnlich sind und i. d. R. das gesamte Wassereinzugsgebiet und die Nebenflüsse als Rechtsträger:innen betrachtet werden.

b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

Wassereinzugsgebiete dienen auch im WRG als Ausgangspunkt für die sich aus der WRRL ergebenden Verpflichtungen.²⁶⁸ Als Einzugsgebiet wird „ein Gebiet“ bezeichnet, aus dem „über Ströme, Flüsse und möglicherweise Seen der gesamte Oberflächenabfluss an einer einzigen Flussmündung, einem Ästuar oder Delta ins Meer gelangt“.²⁶⁹ Flüsse sind daher ähnlich wie in den untersuchten Rechtsordnungen „von der Quelle bis zur Mündung“ von der Definition erfasst.²⁷⁰ Die österreichischen Einzugsgebiete wurden einer der drei Flussgebietseinheiten Donau, Rhein oder Elbe zugeordnet.²⁷¹ Zudem wurden sie in Wasserkörper unterteilt, für die konkrete Verpflichtungen bestehen.²⁷² Bei näherer Betrachtung wird allerdings erkennbar, dass die Einteilung in Wasserkörper nur für Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von über 10 Kilometer erfolgte.²⁷³ Daher ist fraglich, inwieweit die Verpflichtungen auch in Bezug auf kleinere Nebenflüsse und Bäche verwirklicht werden.²⁷⁴

Dies führt zu der Frage, inwieweit tatsächlich das gesamte Wassereinzugsgebiet eines Flusses geschützt ist. Denn aufgrund der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern sowie der Fragmentierung des Umweltrechts berührt der Gewässerschutz mehrere Materien, darunter Wasserrecht, Naturschutz, Raumordnung, Elektrizitätswesen, Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, Gewerberecht, Chemikalienrecht, Landwirtschaft, Forstwirtschaft oder Verkehrswesen.²⁷⁵ Der Gewäs-

desch, abrufbar in englischer Übersetzung unter ecojurisprudence.org/initiatives/rights-of-rivers-in-bangladesh (Stand 2. 7. 2024).

²⁶⁸ S. dazu bereits Abschnitt C.II.3.h).

²⁶⁹ Art. 2 Z 13 WRRL; Art. 55b Abs. 4 Z 1 WRG; vgl. *Albrecht*, Umweltqualitätsziele 334; *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 43, 51.

²⁷⁰ *Vogl*, Die neue Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, in: Reichelt (Hrsg.), Europäisierung des Wasserrechts (2002) 55 (58); *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 43.

²⁷¹ Art. 3 Abs. 1 WRRL; § 55b WRG; *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 44 ff.

²⁷² § 30a Abs. 1 WRG; *Bachler*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 30a Rz. 1 f., 8 ff.

²⁷³ Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP) 2021 des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, GZ. 2022-0.270.788, abrufbar unter info.bml.gv.at/dam/jcr:6937b0ba-fbf4-42ef-8cca-f6ed39cabd7b/NGP%202021%20Textband%20mit%20Zahl.pdf (Stand 2. 7. 2024) 14; Leitfaden Wasserkörpereinteilung, abrufbar unter info.bml.gv.at/dam/jcr:3d16117e-f79c-4adb-b335-a9fa5f6b78bf/Leitfaden%20Wasserkoeperereinteilung.pdf (Stand 2. 7. 2024) 11.

²⁷⁴ Vgl. *Bachler*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 30a Rz. 3.

²⁷⁵ Art. 10 ff. B-VG; s. im Detail insb. *Pernthaler/Schöpf*, Das Wasser in der Kompetenzverteilung, in: Pernthaler (Hrsg.), Das Recht des Wassers in nationaler und internationaler

serbegriff des WRG umfasst hingegen lediglich „die Gesamtheit von Gewässerbett und Wasserwelle einschließlich der Seitenarme und Verzweigungen mit allen (natürlichen) Wasserinhaltsstoffen, Pflanzen, Tieren, Geschiebe, Totholz, dem auf oder im Gewässer vorhandenen Eis udgl.“.²⁷⁶ Die darüber hinausgehenden Bestandteile von Wassereinzugsgebieten – wie die im Einzugsgebiet lebenden Tiere und Pflanzen, Boden oder Luft, aber auch sämtliche Einflussfaktoren wie die Verwendung von Schadstoffen oder Chemikalien, insb. in gewerblichen Betriebsanlagen oder Produkten – werden hingegen weiterhin weitgehend getrennt betrachtet und reguliert. So wird zwar die Gewässerökologie – also „Gewässer als Lebensraum für Tiere und Pflanzen“ – dem Wasserrecht zugeordnet,²⁷⁷ gewässerökologische Zielzustände beziehen sich allerdings lediglich auf einzelne Wasserkörper und gelten bereits bei Mindestwassermengen als erfüllt.²⁷⁸ Überdies obliegt der Schutz von Tieren und Pflanzen dem Naturschutzrecht der Länder.²⁷⁹ Die Gesichtspunkttheorie und Berücksichtigungsgebote ermöglichen zwar gewisse Gestaltungsspielräume,²⁸⁰ einer „Beeinträchtigung von Naturschutz und Ökologie im gewässernahen Bereich“ ist gem. Raschauer aber grundsätzlich durch die Vorschreibung von Auflagen Rechnung zu tragen, die nicht projektändernd sein sollten, während die Abweisung eines Projekts allenfalls bei hochwertigen Naturschutzinteressen, wie z. B. der Verrohrung in einem Naturschutzgebiet, erforderlich sein kann.²⁸¹ Somit erweist es sich als fraglich, inwieweit ein gesamtheitlicher Schutz der aquatischen und von ihnen abhängenden Ökosysteme, der auch allen kumulativen Auswirkungen präventiv Rechnung trägt, unter diesen Voraussetzungen verwirklicht werden kann.²⁸²

Diese „Verengung des Blickwinkels auf bestimmte Umweltmedien oder Schutzgüter“ sollte mit der Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen ver-

Perspektive (1998) 5 (7 ff.); Hödl, Wasserrahmenrichtlinie 32; vgl. auch Raschauer, in: IUR/ÖWAV 73 (73 ff.); allg. weiters Schambeck, ÖJZ 1972, 617 (617).

²⁷⁶ Bachler, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ Vor § 1 Rz. 2 f., 6.

²⁷⁷ Raschauer, in: IUR/ÖWAV 73 (79 f.) zitiert von Bachler, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ Vor § 1 Rz. 16 m. w. N.

²⁷⁸ Bachler, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 30a Rz. 10.

²⁷⁹ Bachler, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ Vor § 1 Rz. 16, sowie zu § 30a Rz. 10.

²⁸⁰ Vgl. Madner, in: Holoubek/Potacs 1340 (1344 f.); Rametsteiner/T. Weber, No-Go-Areas für Wasserkraftwerke – ein No-Go?, RdU 2014/5, 187 (188 f. m. w. N.); Bußjäger, Österreichisches Naturschutzrecht (2001) 25 f.; Pernthaler/Schöpf, in: Pernthaler 5 (18); Akyürek/Reichel, Wasserrecht, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), Handbuch Umweltrecht³ (2019) 479 (484); Raschauer, in: IUR/ÖWAV 73 (79 f.).

²⁸¹ Raschauer, in: IUR/ÖWAV 73 (79 f. m. w. N.).

²⁸² Vgl. z. B. Ito, in: La Follette/Maser 311 (315 f.); Kofler/Pöllinger/Schatz/U/Schneider/Lindner, Restwasser: Konterkariert die neue Qualitätszielverordnung die Zielsetzung der EU-Wasserrahmen-RL?, RdU-U&T 2010/6, 60 (68 f.); Sheehan, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227 (238).

hindert werden.²⁸³ Jedoch sind diese nur für bestimmte Vorhaben und damit nicht für sämtliche Tätigkeiten mit Auswirkungen auf Wassereinzugsgebiete durchzuführen. Der Literatur sind zudem Hinweise darauf zu entnehmen, dass die Fragmentierung des Umweltrechts dadurch nicht vollständig überwunden werden konnte.²⁸⁴ Auch die Umsetzung der Richtlinie über die strategische Umweltprüfung (SUP-RL)²⁸⁵ und des integrativen Ansatzes für IPPC-Anlagen nach der IPPC-Richtlinie²⁸⁶ bzw. nunmehr Industrieemissionsrichtlinie (IERL),²⁸⁷ womit eine „medienübergreifende („übermediale“) Betrachtungsweise“ für Industrieanlagen eingeführt werden sollte,²⁸⁸ geht mit Schwierigkeiten einher, die sich auf die verschiedenen Kompetenzbereiche und Gesetzgeber zurückführen lassen.²⁸⁹

Um den dadurch eingeschränkten Blick auf die österreichischen Flüsse nach dem WRG sichtbar zu machen, erfolgen die nachfolgenden Überlegungen zur österreichischen Rechtslage auch aus der Perspektive von „Wassereinzugsgebieten“. Dadurch soll in Erinnerung gerufen werden, dass für ihren Schutz nicht nur wasserrechtliche, sondern auch naturschutzrechtliche sowie weitere Materien relevant sein können.

7. Rechtliche Form der Anerkennung

a) Unterschiedliche Begriffe

In den untersuchten Rechtsquellen wurden unterschiedliche Begriffe zur Bezeichnung der anerkannten Rechtsträger:innen verwendet. Da den Begriffen bereits durch die Übersetzung eine Bedeutung beigemessen werden kann, die ihnen in der

²⁸³ Madner, Umweltverträglichkeitsprüfung, in: Holoubek/Potacs (Hrsg.), Öffentliches Wirtschaftsrecht II⁴ (2019) 1213 (1214); darauf verweist auch Raschauer, in: IUR/ÖWAV 73 (79 f.).

²⁸⁴ S. z. B. die Ausführungen von Schwarzer, Die Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung durch das Betriebsanlagengenehmigungsrecht, ZfVB 1992/2, 107 (108 f.); Bergthaler, in: Bergthaler/Weber/Wimmer (Hrsg.), Die Umweltverträglichkeitsprüfung (1998) Kap II Rz. 20 ff.; beide zitiert von Madner, in: Holoubek/Potacs 1213 (1214 Fn. 6, 1230 Fn. 129).

²⁸⁵ RL 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, ABl. L 2001/197, 30.

²⁸⁶ RL 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Verminderung und Vermeidung der Umweltverschmutzung, ABl. L 1996/257, 26 (IPPC-RL).

²⁸⁷ RL 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung), ABl. L 2010/334.

²⁸⁸ Wagner, Integratives Umweltrecht auf nationaler und europäischer Ebene, RdU 1999/1, 3.

²⁸⁹ Menguser/Niederhuber, Anlagenrecht der Industrieemissionsrichtlinie, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), Handbuch Umweltrecht³ (2019) 260 (272 f., 263, 290 ff.).

untersuchten Rechtsordnung womöglich nicht zukommt,²⁹⁰ wird i. w. F. auch der Originaltext angeführt und darauf hingewiesen, dass die Begriffe, auch wenn sie Ähnlichkeiten zum österreichischen Recht aufweisen, eine unterschiedliche Bedeutung haben können.

In den USA wurde häufig festgelegt, dass die Rechtsträger:innen „für den Zweck der Durchsetzung“ ihrer bürgerlichen Rechte als „Personen“ anzusehen sind.²⁹¹ Daher wird in der Literatur überwiegend davon ausgegangen, dass sie als Rechtspersonen (*legal persons*) anerkannt bzw. ihnen „Rechtspersönlichkeit“ (*legal personhood*) verliehen wurde.²⁹² In der ecuadorianischen Verfassung wurde die Natur als „Subjekt jener Rechte“ bezeichnet, „welche ihr die Verfassung zuerkennt“.²⁹³ Der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof anerkannte die Rechtsträger:innen i. w. F. als „Rechtssubjekt“ (*sujeto de derechos*) und „Rechtsträger:in“ (*titular de derechos*).²⁹⁴ Die bolivianischen Rechtsträger:innen sind „Träger:innen“ (*titulares*) der gewährten Rechte und zum Schutz dieser Rechte „kollektives Subjekt des öffentlichen Interesses“ (*sujeto colectivo de interés público*).²⁹⁵ In Neuseeland wurde „Te Urewera“ zu einer „juristischen Person“ (*legal entity*) erklärt, die „alle Rechte, Befugnisse, Pflichten und Verbindlichkeiten einer Rechtsperson“ (*legal person*) hat.²⁹⁶ Demgegenüber wurde „Te Awa Tupua“ lediglich zu einer „Rechtsperson“ (*legal person*) erklärt.²⁹⁷ Der kolumbianische Verfassungsgerichtshof verwendete die Formulierung „ist wie eine Entität Subjekt von Rechten auf [...] anzuerkennen“ (*entidad sujeto de derechos a*), i. w. F. wurde häufig die Bezeichnung „Rechtssubjekt“ (*sujeto de derechos*) gebraucht.²⁹⁸ In der Rechtsquelle des Departments Nariño wurden hingegen die Begriffe Rechtsträger:innen (*titulares de derechos*) und Schutzsubjekte (*sujetos de proteccion*) verwendet.²⁹⁹

b) Unterschiedliche und unklare Bedeutungen

Allen untersuchten Rechtsquellen ist gemein, dass im Zuge der Anerkennung der Rechtsträger:innen kaum nähere Angaben darüber gemacht wurden, welche Be-

²⁹⁰ Ähnl. Gutmann, Rechtssubjektivität 147.

²⁹¹ B. Fn. 312.

²⁹² B. Fn. 313 bzw. 314.

²⁹³ B. Fn. 522.

²⁹⁴ B. Fn. 523.

²⁹⁵ B. Fn. 989.

²⁹⁶ § 11 Te Urewera Gesetz; vgl. Kauffman, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 578 (578); Schimmöller, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569 (576); Ruru, *Maori Law Review* 2014/10; Strack/Goodwin, *Waikato Law Review* 2017/4, 41 (54); Burdon/Williams, in: Fisher 196 (203); Collins, *Constitution* 72; Gutmann, *Rechtssubjektivität* 93; abw. Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 47.

²⁹⁷ B. Fn. 1252.

²⁹⁸ S. Abschnitt B.V.3.

²⁹⁹ B. Fn. 1591.

deutung die verwendeten Begriffe haben und welche Rechtsfolgen mit ihrer Verwendung einhergehen. Dies wurde in der rechtswissenschaftlichen Literatur vielfach kritisiert, die ihrerseits kaum dazu beitrug, dieses Versäumnis aufzuarbeiten. Die verschiedenen Begriffe wurden stattdessen häufig synonym verwendet,³⁰⁰ Bedeutungen und Unterschiede wurden nur selten herausgearbeitet.³⁰¹ Gem. Kurki ist das nicht verwunderlich, weil im *Civil Law* die Begriffe „Rechtssubjekt“ (*legal subject*) und „Rechtsperson“ (*legal person*) austauschbar (*interchangeably*) verwendet werden.³⁰² In Bezug auf Neuseeland wurde in der Literatur hingegen die Frage aufgeworfen, welcher Unterschied zwischen *legal person* und *legal entity* besteht und ob mit der Verwendung des Begriffs *legal entity* die Verbindung zur Menschlichkeit aufgebrochen und die „Künstlichkeit der Konstruktion“ sichtbar gemacht werden sollte.³⁰³ Dann stellt sich jedoch die Frage, weshalb nur „Te Urewera“ und nicht auch „Te Awa Tupua“ so bezeichnet wurde. Hinsichtlich der kolumbianischen Rechtslage wurde die These vertreten, dass ein „Rechtssubjekt“ nicht stets über „Rechtspersönlichkeit“ verfügt. Diese ließ sich allerdings nicht mit weiteren Quellen belegen.³⁰⁴ In Ecuador wurde vereinzelt und entgegen der Ansicht des Verfassungsgerichtshofes die Auffassung vertreten, dass die Begriffe „Rechtsträger:in“ sowie „Rechtssubjekt“ zu unterscheiden sind und die Natur lediglich Zweites ist.³⁰⁵ Schließlich wurde in Hinblick auf die US-amerikanischen Rechtsquellen diskutiert, ob die Anerkennung als „Person“ tatsächlich notwendig ist, um Klagebefugnisse zu gewähren.³⁰⁶ Dies lässt sich auf die Frage zurückführen, ob mit der Anerkennung als „Rechtsperson“ bzw. der Gewährung von „Rechtspersönlichkeit“ bereits gewisse Verfahrensrechte einhergehen, die in Abschnitt C.III.7. noch ausführlicher erörtert wird.

8. Zur Erweiterung des Kreises der Rechtsträger:innen

a) Überlegungen in der Literatur zur Möglichkeit, den Kreis der Rechtsträger:innen zu erweitern

Hinsichtlich der Frage, ob die Natur bzw. Bestandteile der Natur überhaupt Träger:innen von Rechten sein können, wird in der Literatur meist auf die stete

³⁰⁰ Vgl. Gutmann, Rechtssubjektivität 146; s. z.B. Bader-Plabst, Natur 11.

³⁰¹ Grear, Jurisprudence 2013/1, 76 (79 m.w.N., 84); s. insb. die Arbeiten von Naffine, Modern Law Review 2003/3, 346 (346 ff.); Dyschkan, University of Illinois Law Review 2015/5, 2075 (2078 ff.); Edirisinghe/Suchet-Pearson, Nature as a sentient being: Can rivers be legal persons?, Review of European, Comparative & International Environmental Law 2024, 1 (2 ff.); Rochford, Personhood 20 ff.

³⁰² Kurki, Transnational Environmental Law 2022/3, 525 (538).

³⁰³ B. Fn. 1239.

³⁰⁴ S. Abschnitt B.V.3.a).

³⁰⁵ S. Abschnitt B.II.3.a).

³⁰⁶ S. Abschnitt B.I.7.a).

Erweiterung des Kreises der Rechtsträger:innen verwiesen. Bspw. wird häufig erwähnt, dass auch einmal Frauen, versklavte Menschen, Ungeborene, Kinder, Gemeinden, Unternehmen oder Vermögensmassen (Fonds, Stiftungen) keine Rechte hatten und gegen viele Erweiterungen Widerstände bestanden.³⁰⁷ Eine Ausdehnung des Kreises der Rechtsträger:innen auf Nicht-Menschen sei mit der Erfindung der „juristischen Person“ allerdings auf pragmatische und zuvor undenkbare Weise ermöglicht worden und damit in juristischer Hinsicht ohne große Schwierigkeiten möglich.³⁰⁸ Wenn also Unternehmen einen entsprechenden Status haben, warum nicht auch die Natur?³⁰⁹

Dagegen wird eingewandt, dass Unternehmen „menschliche Konstrukte“ und „fiktionalisierte Menschen“ sind, während z.B. Flüsse unabhängig von der „menschlichen Konstruktion und Vorstellungskraft“ existieren.³¹⁰ Einige Befürworter:innen von RdN verweisen i.d.Z. auf Kelsen, demzufolge weder die „physische“ noch die „juristische Person“ eine natürlich-reale Existenz hat, sondern ein „Einheitsausdruck für einen Normenkomplex“ ist, der das menschliche Verhalten regelt.³¹¹ Demnach ist die physische oder juristische Person ein „Konstrukt“.³¹²

³⁰⁷ S. z.B. Stone, Umwelt 26 f.; Pernthaler, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 1 (8); J. Weber, Erde 132; Boyd, Nature 48 f.; Koons, Penn State Environmental Law Review 2009/2, 47 (59); Ávila Santamaria, El derecho de la naturaleza: fundamentos, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández (Hrsg.), Los Derechos de la Naturaleza y la Naturaleza de sus Derechos (2011) 35 (49); Babcock, Ecology Law Quarterly 2016/1, 1 (34); Kalantzakos, in: Tabios Hillebrecht/Berros 45 (50); Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 90: ähnl. Bader-Plabst, Natur 143 ff.

³⁰⁸ S. z.B. Stone, Umwelt 26 f.; Bosselmann, Natur 368; Leimbacher, Natur 62 f., 76 f.; J. Weber, Erde 132; Kersten, in: Tabios Hillebrecht/Berros 9 (9 f.); Fischer-Lescano, Law & Literature 2020/2, 237 (247); vgl. Gutmann, Rechtssubjektivität 155; a.A. Kurki, Transnational Environmental Law 2022/3, 525 (542 ff.).

³⁰⁹ Fischer-Lescano, Law & Literature 2020/2, 237 (247); v.d. Pfordten, in: Nida-Rümelin/v.d. Pfordten 53 (59); Schoukens, in: Pereira/Saramago 205 (213); Kersten, Natur als Rechtssubjekt: Für eine ökologische Revolution des Rechts, Aus Politik und Zeitgeschichte, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/305893/natur-als-rechtssubjekt (Stand 2.7.2024); Gellers, Earth System Governance 2021/1, 1 (7).

³¹⁰ Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon, Ecology Law Quarterly 2018/4, 787 (831); vgl. ausführlich Dyschkan, University of Illinois Law Review 2015/5, 2075 (2086 ff. m.w.N.).

³¹¹ Kelsen, Reine Rechtslehre, Studienausgabe der 1. Auflage 1934 (2020) 64 ff.; Fischer-Lescano, Law & Literature 2020/2, 237 (241 f. m.w.N.); Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático (2019) 430; Grear, Jurisprudence 2013/1, 76 (85); ähnl. Dyschkan, University of Illinois Law Review 2015/5, 2075 (2091 m.w.N.); Leimbacher, Natur 87 f., 113, 396; Bugge, in: Voigt 3 (8 f.); vgl. Gutmann, Rechtssubjektivität 163; Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 94; Buocz/Eisenberger, Oxford Journal of Legal Studies 2023/1, 32 (35 ff.); abw. Edirisinghe/Suchet-Pearson, Review of European, Comparative & International Environmental Law 2024, 1 (5 ff.).

³¹² Grear, Jurisprudence 2013/1, 76 (100); Naffine, Modern Law Review 2003/3, 346 (350 ff.); ähnl. Leimbacher, Natur 61; Benke/Steindl, in: Fenyves/Kerschner/Vonkilch (Hrsg.), ABGB³ des von Heinrich Klang begründeten Kommentars (2014) §§ 26 f. Rz. 29; Fischer-Lescano, Law & Literature 2020/2, 237 (243, 245).

Allein das Recht bestimmt, wer Träger:in von Rechten oder Pflichten ist.³¹³ Einer Rechtsordnung stehe es somit frei, wen oder was sie als Rechtsträger:in anerkennt.³¹⁴ Aus welchen Gründen dies getan wird – etwa wegen ihrer Bedeutung für die Gesellschaft,³¹⁵ um die natürlichen Ressourcen oder die Umwelt des Menschen zu schützen, die Menschenrechte zu gewährleisten,³¹⁶ die Rechte zukünftiger Generationen zu schützen,³¹⁷ die verfassungsgebende Gewalt des Volks zu erhalten,³¹⁸ oder aufgrund von verschiedensten holistischen Weltanschauungen – ist der Literatur zufolge irrelevant.³¹⁹ Gem. Stone können z. B. einem Fluss, der frühe Anzeichen einer Schadstoffbelastung aufweist, aus Sorge über irreversible Gesundheitsschädigungen des Menschen Rechte zu dem Zweck zuerkannt werden, die Verschmutzung in einem frühen Stadium zu unterbinden.³²⁰ Die Fähigkeit zur „Willensbildung“, „Vernunft“ oder „Bewusstsein“ ist vielen Stimmen in der Literatur zufolge dafür keine Voraussetzung³²¹ und werde auch in anderen Fällen wie z. B. bei Kindern, Menschen mit Lernschwierigkeiten, Komapatient:innen oder insolventen Unternehmen nicht als solche gesehen, weil diese durch Dritte – wie z. B. Vormund:innen, Sachwalter:innen oder Insolvenzverwalter:innen – vertreten werden.³²²

³¹³ Buser/Ott, in: Adloff/Busse 159 (160); Zartner, Vermont Journal of Environmental Law 2021/1, 1 (6); Ávila Santamaria, El derecho de la naturaleza: fundamentos, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández (Hrsg.), Los Derechos de la Naturaleza y la Naturaleza de sus Derechos (2011) 35 (39 m. w. N.); im Ergebnis wohl auch Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 120, 170 f.

³¹⁴ Kersten, Natur als Rechtssubjekt: Für eine ökologische Revolution des Rechts, Aus Politik und Zeitgeschichte, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/305893/natur-als-rechtssubjekt (Stand 2.7.2024); Naffine, Modern Law Review 2003/3, 346 (351); ähnl. von Lersner, NVwZ 1988/7, 988 (990).

³¹⁵ Schoukens, in: Pereira/Saramago 205 (213).

³¹⁶ Corte Interamericana de Derechos Humanos 15.11.2017, Opinión Consultiva OC-23/17, 28 f.; Colon-Rios, McGill Law Journal 2014/1, 127 (147); Martinez/Acosta, Revista Direito e Práxis 2017/4, 2927 (2942 f.); Atapattu/Schapper, Human Rights 333, 336 f.; Kauffman/Martin, Politics 3, 227.

³¹⁷ Colon-Rios, McGill Law Journal 2014/1, 127 (148).

³¹⁸ Colon-Rios, McGill Law Journal 2014/1, 127 (142, 171); ähnl. Burgers, Transnational Environmental Law 2020/1, 55 (55 ff.).

³¹⁹ Leimbacher, Natur 47; allg. auch von Lersner, NVwZ 1988/7, 988 (990).

³²⁰ Stone, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 81 (89); s. i. d. Z. auch bereits den Vorschlag von Schaefer, dargestellt in Abschnitt C.II.3.e).

³²¹ Buser/Ott, in: Adloff/Busse 159 (160); J. Weber, Erde 127, 132, 138; Elder, Legal Rights for Nature: The Wrong Answer to the Right(s) Question, Osgoode Hall Law Journal 1984/2, 285 (290 i. V. m. 294); Adloff/Busse, in: Adloff/Busse 9 (17); z. T. auch Schulev-Steindl, Rechte 135 f.; Feinberg, The Rights of Animals and Unborn Generations, in: Blackstone (Hrsg.), Philosophy and Environmental Crisis (1974) 43 (47); Baard, Are Rights of Nature Manifesto Rights (And is That a Problem)?, Res Publica 2023, 425 (436).

³²² Koons, Penn State Environmental Law Review 2009/2, 47 (59); Stone, Umwelt 39; Leimbacher, Natur 399; Ávila Santamaria, El derecho de la naturaleza: fundamentos, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández (Hrsg.), Los Derechos de la Naturaleza y la Naturaleza de sus Derechos (2011) 35 (51); Zartner, Vermont Journal of Environmental Law 2021/

Mit demselben Verweis wird häufig auch dem Einwand, die Natur sei nicht rechtsfähig, weil sie nicht Trägerin von Pflichten sein könne,³²³ begegnet. Die Koppelung von Rechtsfähigkeit und Verpflichtungsfähigkeit sei außerdem nicht zwingend, Rechte und Pflichten müssten nicht wechselseitig bzw. symmetrisch verteilt sein.³²⁴ In Übereinstimmung mit dieser Auffassung wurden in den meisten untersuchten Rechtsquellen keine Pflichten von Rechtsträger:innen vorgesehen.³²⁵ In Ecuador wurde sogar ausdrücklich ausgeschlossen, dass zivilrechtliche Klagen gegen die Rechtsträger:innen erhoben werden können.³²⁶ Auch der Yurok Tribe legte fest, dass der Fluss Klamath keine Pflichten, sondern das Recht hat, nicht geklagt zu werden und nicht zur Zahlung von Schadenersatz u. dgl. verpflichtet werden kann.³²⁷ In Neuseeland erhielten die Rechtsträger:innen hingegen alle „Pflichten und Verbindlichkeiten einer Rechtsperson“, sodass bspw. das Einkommen von „Te Awa Tupua“ den Steuergesetzen unterliegt. Die Vertretungsstelle ist für diese Verbindlichkeiten verantwortlich und kann die Krone um finanzielle Unterstützung bitten. Ob die Rechtsträger:innen auch im Falle von Naturkatastrophen schadenersatzrechtlich belangt werden können, ist gem. O'Bryan fraglich, da eine Schadenersatzpflicht für natürlich vorkommende Ereignisse wohl kaum aus den Pflichten von Grundeigentümer:innen abgeleitet werden könne.³²⁸ Gem. Kauffman/Martin wäre dies „absurd“.³²⁹

Zudem ist i. d. Z. festzuhalten, dass sich die meisten Stimmen in der RdN-Literatur nicht dafür aussprechen, dass die Natur bzw. Bestandteile der Natur als Menschen anerkannt werden und dieselben Rechte wie Menschen erhalten. Stattdessen sollen diese als Rechtsträger:innen anerkannt werden und spezifische Rechte erhalten.³³⁰ Der Mensch erscheine „weiterhin als Subjekt in bezug auf die Natur,

1, 1 (60); J. Weber, *Erde* 163; *Söhnlein*, Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 2021/2, 185 (191); z. T. *Feinberg*, in: Blackstone 43 (48).

³²³ S. z. B. *Eckstein/D'Andrea/Marshall/O'Donnell/Talbot-Jones/Curran/O'Bryan*, *Water International* 2019/6-7, 804 (807); *Vaene*, *Asian Journal of Law and Society* 2022/2, 187 (202); *Y. Epstein/Schoukens*, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/2, 205 (216); *Kauffman/Martin*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 260 (289); *Kauffman/Martin*, *Politics* 209; *Krämer*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (67 f.); vgl. auch die Überlegungen von *Stone*, *Umwelt* 56.

³²⁴ *Leimbacher*, *Natur* 50 f. mit Verweis auf *Sitter*, *Naturrechtsdenken* 37 f.; J. Weber, *Erde* 138; *Prieto Méndez*, *Derechos* 110; *Dyschkant*, *University of Illinois Law Review* 2015/5, 2075 (2095); *Collins*, *Constitution* 79; ähnl. *Bader-Plabst*, *Natur* 147.

³²⁵ Vgl. in Bezug auf Ecuador *Prieto Méndez*, *Derechos* 110.

³²⁶ Art. 38 2. Satz Allgemeines Verfahrensgesetz.

³²⁷ § 21.60.140 Yurok Tribe-Verordnung 2024.

³²⁸ *O'Bryan*, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48 (66).

³²⁹ *Kauffman/Martin*, *Politics* 221.

³³⁰ *Stone*, *Umwelt* 30; *Boyd* spricht i. d. Z. von *legal persons*, *Nature* 48; nur tw. *Balluch/Theuer* bezugnehmend auf *rights-holder*, *Trial on personhood for chimp „Hiasl“*, *ALTEX-Alternatives to Animal Experimentation* 2007/4, 335 (341). Allerdings wird z. T. angenommen, dass die Rechtsträger:innen in den untersuchten Rechtsordnungen den Schutz jener Menschenrechte genießen, die auch juristischen Personen bzw. Unternehmen zukommen, s.

zugleich aber auch die Natur als Subjekt in bezug auf den Menschen“.³³¹ Die Natur wird, wie der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof feststellte, gleichzeitig zum Objekt und Subjekt des Rechts.³³² Der Literatur zufolge kann dadurch eine „partnerschaftliche Beziehung“ zwischen Mensch und Natur erfasst sowie ein symmetrisches Verhältnis abgebildet werden, das aus einem Geben und Nehmen besteht.³³³ Gem. Bosselmann lässt sich daher mithilfe von RdN „ein sich bereits änderndes Verständnis vom Verhältnis des Menschen zur Natur“ im Recht abbilden.³³⁴ RdN können deshalb gem. Tănăsescu auch als Hinweis auf die „Bereitschaft einer Gesellschaft“ betrachtet werden, „bestimmte Ansprüche anzuerkennen, die sie dem, was sie Natur nennt, zuschreiben will“.³³⁵

b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

Die bislang gewonnenen Erkenntnisse führen zu der Frage, inwieweit auch in Österreich eine Anerkennung der Natur oder von Bestandteilen der Natur als Rechtsträger:innen möglich wäre. Im österreichischen Recht wird die Fähigkeit, Träger:in von Rechten oder Pflichten zu sein, als „Rechtsfähigkeit“ bezeichnet. Sie begründet die Rechtssubjektivität und gem. Hengstschläger/Leeb auch die Einstufung als physische oder juristische Person.³³⁶ Die Rechtsfähigkeit ist gem. § 9 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG) nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts zu beurteilen, sofern die Verwaltungsvorschriften nichts anderes bestimmen. Demnach sind sowohl natürliche Personen (§ 16 Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch, i. w. F. ABGB) als auch juristische Personen wie z. B. Gemeinden, gesetzliche Interessenvertretungen, GmbHs, Stiftungen oder Fonds (§ 26 ABGB) rechtsfähig.³³⁷ Überdies wurde in den Verwaltungsvorschriften bestimmten „Gebilden“ wie z. B. Bürgerinitiativen Teilrechtsfähigkeit gewährt, indem ihnen zu-

dazu Abschnitt C.III.7. Einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet auch *Kersten*, Blätter für deutsche und internationale Politik 2022/6.

³³¹ *Bosselmann*, Natur 281, 203.

³³² B. Fn. 678.

³³³ *Stutzin*, Environmental Policy and Law 1976/2, 129 (129); *Adloff/Busse*, in: *Adloff/Busse* 9 (19 m. w. N.); ähnl. *Fischer-Lescano*, Law & Literature 2020/2, 237 (247); *Collins*, Constitution 81; s. i. d. Z. bereits die Ausführungen zur Unterscheidung in Natur und Kultur in Abschnitt C.II.5.a).

³³⁴ *Bosselmann*, Natur 192.

³³⁵ *Tănăsescu*, International Journal of Environmental Studies 2013/6, 846 (858).

³³⁶ VwGH 19. 12. 1984, 81/11/0119; VwGH 24. 9. 1968, 1908/65; *Hengstschläger/Leeb*, AVG § 9 Rz. 7 (Stand 1. 1. 2014, rdb.at).

³³⁷ Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch JGS 946; *Hengstschläger/Leeb*, AVG § 9 Rz. 9 f.; *Aicher*, in: *Rummel* (Hrsg.), Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch I (2000) § 16 Rz. 4 ff.; § 26 Rz. 1 ff., 17 ff.; *Benke/Steindl*, in: *Fenyves/Kerschner/Vonkilch*, Klang³ §§ 26 f. Rz. 5, 29 f.; vgl. ausführl. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 89 ff., 170.

mindest ein materielles Recht oder Verfahrensrecht eingeräumt wurde.³³⁸ Fraglich ist, ob sie dadurch auch zu einer juristischen Person wurden. Dies wurde in Hinblick auf Bürgerinitiativen gem. § 19 Abs. 4 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 (UVP-G) weitgehend bejaht.³³⁹ Andernfalls gäbe es entgegen der Annahme von Hengstschläger/Leeb noch weitere Rechtssubjekte, die weder physische noch juristische Personen sind. Nach Heise ist hingegen „alles außer den einzelnen Menschen, was im Staat als eigenes Subjekt von Rechten anerkannt ist“ eine juristische Person.³⁴⁰ Juristische Personen können in Österreich aus verschiedensten Gründen anerkannt werden, wozu bspw. auch die „kollektive überindividuelle Interessenverfolgung“ gezählt wird.³⁴¹ Somit lässt sich festhalten, dass anknüpfend an die oben dargestellten Überlegungen grundsätzlich auch in Österreich die Möglichkeit besteht, die Natur oder einzelne Bestandteile der Natur als juristische Personen bzw. teilrechtsfähige Gebilde anzuerkennen. I. w. F. wird untersucht, ob einer Anerkennung andere Gründe entgegenstehen könnten.

Insb. stellt sich die Frage, ob die Einordnung als „Sache“ gem. § 285 ABGB ein Ausschlussgrund für die Anerkennung als Rechtssubjekt sein könnte. Demnach ist „[a]lles, was von der Person unterschieden ist, und zum Gebrauche der Menschen dient [...] im rechtlichen Sinne eine Sache“. So werden Gewässer in einem Gewässerbett als Sachen betrachtet,³⁴² während die nicht „beherrschbare“ Natur wie die freie Luft, Sonnenlicht oder fließendes Wasser überwiegend nicht als Sachen betrachtet werden.³⁴³ In der Literatur wird tw. davon ausgegangen, dass Sachen mit Rechtsobjekten gleichzusetzen sind und einen Gegenbegriff zum Rechtssubjekt

³³⁸ Hengstschläger/Leeb, AVG § 9 Rz. 8; VfGH 1.12.2004, V124/03; VwGH 8.9.1998, 96/03/0266; Altenburger/Berger, Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz² (2010) § 19 Rz. 42; Schmelz/Schwarzer, UVP-G-ON^{1.00} § 19 Rz. 158 (Stand 1.7.2011, rdb.at).

³³⁹ Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000) BGBl 1993/697; Mayer, Verwaltungsrecht vor neuen Herausforderungen: Bürgerbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung, AnwBl 1992/5, 356 (358); Raschauer, in: Ennöckl/Raschauer/Bergthaler, UVP-G: Kommentar³ (2013) § 19 Rz. 80; Posch, in: Schwimann/Kodek (Hrsg.), ABGB: Praxiskommentar I⁵ (2018) § 26 Rz. 6; allg. auch Meissel, in: Fenyves/Kerschner/Vonkilch, Klang³ § 16 Rz. 6; a. A. Altenburger/Berger, UVP-G² § 19 Rz. 42.

³⁴⁰ Schauer, in: Kletečka/Schauer (Hrsg.), ABGB-ON^{1.02} § 26 Rz. 4 (Stand 1.3.2017, rdb.at) mit Verweis auf Heise; ausführl. Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 171 f. m. w. N.

³⁴¹ Schauer, in: Kletečka/Schauer, ABGB-ON^{1.02} § 26 Rz. 5; Floßmann/Kalb/Neuwirth, Österreichische Privatrechtsgeschichte⁸ (2019) 63.

³⁴² Bachler, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ Vor § 1 Rz. 2 i. V. m. § 1 Rz. 1; Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 111.

³⁴³ Ausführl. Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 100 ff. m. w. N.; OGH 27.9.2000, 7 Ob 60/00z; Helmich, in: Kletečka/Schauer (Hrsg.), ABGB-ON^{1.05} § 285 Rz. 12 f. (Stand 1.8.2022, rdb.at); Spielbüchler, in: Rummel (Hrsg.), Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch I (2000) § 285 Rz. 5; tw. abw. Stabentheiner, in: Fenyves/Kerschner/Vonkilch, Klang³ § 285 Rz. 10.

darstellen.³⁴⁴ Diese Annahme lässt sich aber aus zwei Gründen infrage stellen. Einerseits gelten Tiere seit 1989 gem. § 285a ABGB nicht mehr als Sache.³⁴⁵ Daraus folgte nach h.M. allerdings nicht, dass sie fortan ein „Rechtssubjekt“ sind.³⁴⁶ Andererseits können Sachen (z.B. Geld) zu juristischen Personen (z.B. Fonds) werden.³⁴⁷ Und juristische Personen (z.B. GmbHs) können sowohl Rechtssubjekte sein, wenn sie z.B. Verträge schließen, als auch Rechtsobjekte, wenn sie z.B. veräußert oder vererbt werden.³⁴⁸ Wer Rechtsobjekt und Rechtssubjekt ist, kann sich folglich nicht allein aus der Zuordnung zur Sache ergeben, sondern nur aus weiteren Rechtsvorschriften.³⁴⁹ Der Sachbegriff des ABGB steckt daher lediglich den Rahmen ab, was Rechtsobjekt und damit Gegenstand von Rechtsbeziehungen sein kann,³⁵⁰ steht aber einer Anerkennung als Rechtssubjekt nicht entgegen. Dass die Zuordnung zur Sache bzw. zum Rechtsobjekt nicht die Möglichkeit ausschließt, als juristische Person anerkannt zu werden, belegt ebenso die Tatsache, dass Fonds nicht nur als Vermögen,³⁵¹ sondern auch als Rechtsobjekte³⁵² mit Rechtspersönlichkeit bezeichnet werden.³⁵³ Deswegen scheint nichts dagegenzusprechen, dass ein Gebilde wie z.B. ein Ökosystem als Träger:in von Rechten anerkannt wird, selbst wenn einzelne Teile davon – wie z.B. Bäume oder Gewässer – Sachen gem. § 285 ABGB sind.

³⁴⁴ Helmich, in: Kletečka/Schauer (Hrsg.), ABGB-ON^{1.05} § 285 Rz. 3 zitiert in: *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 99.

³⁴⁵ Geistlinger, in: Harter/Graf 65 (72).

³⁴⁶ Gimpel-Hinteregger, Das Tier als Sache und Ersatz der Heilungskosten für ein verletztes Tier, ÖJZ 1989, 65 (65 ff.); ähnl. i.w.S. Lippold, Über Tiere und andere Sachen – § 285a ABGB als Beispiel zeitgenössischer Gesetzgebungskunst, ÖJZ 1989, 335; offener Theuer/Lengauer, Das Missing Link der Rechtsethikdebatte als Forschungsschwerpunkt der Forschungsstelle für Ethik und Wissenschaft: Der Rechtsstatus von Menschenaffen (2012), ethik.univie.ac.at/menschenaffen/missing-link (nicht mehr abrufbar, Kopie bei der Autorin) 6.

³⁴⁷ Vgl. Aicher, in: Rummel (Hrsg.), Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch I (2000) § 26 Rz. 5; Benke/Steindl, in: Fenyves/Kerschner/Vonkilch, Klang³ §§ 26 f. Rz. 30 f.; Posch, in: Schwimann/Kodek (Hrsg.), ABGB: Praxiskommentar I⁵ (2018) § 26 Rz. 4; vgl. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 170.

³⁴⁸ Im Ergebnis ähnl. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 157. Vgl. hins. der deutschen Rechtslage Bader-Plabst, Natur 138.

³⁴⁹ I.d.S. auch Spielbüchler, in: Rummel (Hrsg.), Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch I (2000) § 285 Rz. 1.

³⁵⁰ Spielbüchler, in: Rummel (Hrsg.), Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch I (2000) § 285 Rz. 1; Stabentheiner, in: Fenyves/Kerschner/Vonkilch, Klang³ § 285 Rz. 2 m.w.N.

³⁵¹ Aicher, in: Rummel (Hrsg.), Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch I (2000) § 26 Rz. 5; Posch, in: Schwimann/Kodek (Hrsg.), ABGB: Praxiskommentar I⁵ (2018) § 26 Rz. 17.

³⁵² Benke/Steindl, in: Fenyves/Kerschner/Vonkilch, Klang³ §§ 26 f. Rz. 31 zitiert in: *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 170.

³⁵³ Im Ergebnis auch *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 107 ff., 157.

Nicht unerwähnt bleiben sollte i.d.Z., dass im Jahr 2007 der Versuch unternommen wurde, den Schimpansen „Hiasl“ aufgrund seiner genetischen Nähe zum Menschen als natürliche Person gem. § 16 ABGB anerkennen zu lassen und für ihn eine:n Sachwalter:in (nunmehr Erwachsenenvertreter:in) zu bestellen, damit er Spenden annehmen und Schadenersatzverfahren anstrengen kann.³⁵⁴ Dieser Versuch war zwar nicht von Erfolg gekrönt, die Begründung des erkennenden Bezirksgerichts Mödling allerdings kurios. Demnach kam dem Affen kein Anspruch auf Sachwalterschaft zu, weil er weder geistig behindert noch unmittelbar bedroht war. Das Gericht wandte also die entsprechenden Rechtsvorschriften auf den Affen an, ohne dessen Rechtssubjektivität infrage zu stellen. Eine nähere Befassung mit der Rechtssubjektivität erfolgte auch im Rechtsmittelverfahren nicht.³⁵⁵

Schließlich stellt sich die Frage, ob die Anerkennung der Natur oder von Bestandteilen der Natur als Rechtsträger:innen auf einfachgesetzlicher Ebene mit dem Verfassungsrecht unvereinbar wäre. Dies könnte der Fall sein, wenn eine Verfassungsbestimmung die Anerkennung explizit ausschließt, aber auch, wenn davon ausgegangen wird, dass das österreichische Verfassungsrecht anthropozentrisch ausgestaltet wurde und einer bio- oder ökozentrischen Erweiterung auf einfachgesetzlicher Ebene entgegensteht.³⁵⁶ Denn anders als in Deutschland ist die einschlägige österreichische Staatszielbestimmung anthropozentrisch, sodass fraglich ist, inwieweit der Gesetzgebung ein rechtspolitischer Gestaltungsspielraum für RdN eröffnet wurde.³⁵⁷ Andererseits könnte wie Kuhlmann zu dem Ergebnis gelangt werden, dass bereits der verfassungsrechtlich gewährleistete „Schutz des Lebens einfachrechtlich seine ‚Vorverlegung‘ auf die Lebensgrundlagen gestattet“.³⁵⁸ Dann könnte die Anerkennung von RdN auch auf einfachgesetzlicher Ebene verfassungskonform sein, insb. wenn sie mit dem Schutz von verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechten begründet wird.³⁵⁹ Da eine entsprechende Anerkennung aufgrund der bisherigen Erkenntnisse aber ohnehin durch eine Verfassungsbestimmung erfolgen sollte,³⁶⁰ sind diese Überlegungen ebenso wie jene zur Rechtsfähigkeit und zum Sachbegriff wohl nur von theoretischer Bedeutung.

³⁵⁴ Balluch/Theuer, ALTEX-Alternatives to Animal Experimentation 2007/4, 335 (335, 337, 339); Staker, Transnational Environmental Law 2017/2, 485 (498); s. i.d.Z. insb. Wise, Pace Environmental Law Review 2013/3, 1278.

³⁵⁵ Balluch/Theuer, ALTEX-Alternatives to Animal Experimentation 2007/4, 335 (339 f.); Staker, Transnational Environmental Law 2017/2, 485 (504); Stone, Should Trees Have Standing?, Law, Morality and the Environment³ (2010) 164; Boyd, Nature 49 f.

³⁵⁶ S. i.d.Z. auch Abschnitt C.I.7.b).

³⁵⁷ Vgl. Welan, in: Kerschner 31 (50); in Hinblick auf die deutsche Rechtslage s. hingegen Kersten, Rechtswissenschaft 2014/3, 378 (411 m.w.N.) bzw. bereits C. Fn. 104 und 105.

³⁵⁸ Vgl. Kuhlmann, Juristenzeitung 1990, 162 (174 m.w.N.).

³⁵⁹ S. i.d.Z. auch die Überlegungen von Holoubek, Grundrechtsschutz 148 f.

³⁶⁰ S. dazu bereits ausführl. Abschnitt C.I.7.

9. Verhältnis zwischen Rechtsträger:innen und Eigentumsrechten

a) Bestehende Rechte an den Rechtsträger:innen

Die untersuchten Rechtsquellen enthalten keine Hinweise darauf, dass bestehende Rechte an Bestandteilen der Natur – wie z.B. Eigentums- oder Nutzungsrechte – deren Anerkennung als Rechtsträger:innen entgegenstehen. Ebenso wenig führte die Gewährung von RdN automatisch zur Aufhebung von Eigentumsrechten.³⁶¹ Allerdings wurde in einer US-amerikanischen Rechtsquelle ausdrücklich festgelegt, dass „kein privater Eigentumsanspruch auf ganze Ökosysteme“ anerkannt werden darf.³⁶² Der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof stellte demgegenüber fest, dass das Eigentumsrecht kein absolutes Recht ist, sondern analog zur sozialen Funktion eine ökologische Funktion hat und ggf. eingeschränkt werden kann.³⁶³ Im Übrigen ist auch das in Österreich gewährte Rechte auf Eigentum nicht absolut, sondern „zum Wohle der Gemeinheit“ einschränkbar.³⁶⁴ RdN und Eigentumsrechte an der Natur sind deshalb grundsätzlich kein Gegensatz, auch wenn dies in der Literatur durchaus diskutiert wird,³⁶⁵ die Rechtsvorschriften können vielmehr nebeneinander existieren und gleichzeitig anwendbar sein.³⁶⁶ Im Konfliktfall ist u. a. die Stellung der Rechte im Rechtssystem zu berücksichtigen, woraus sich die Pflicht zur Abwägung ergeben kann, die auch zur Einschränkung der Rechte führen kann.³⁶⁷ In Bezug auf den neuseeländischen Fluss „Te Awa Tupua“ wurde hingegen festgelegt, dass die bestehenden (nicht auf den Fluss übertragenen) Rechte oder Interessen am Fluss nicht aufgehoben, beschränkt oder beeinträchtigt werden dürfen.³⁶⁸ Dennoch beziehen sich die festgelegten Pflichten auch auf diese Gebiete, sodass sie wohl so weit wie möglich in Einklang miteinander zu bringen sind. Des Weiteren ist auch in Bezug auf die US-amerikanischen RdN fraglich, welches Gewicht ihnen im Falle einer Kollision mit dem verfassungsrechtlich verankerten Eigentumsrecht zukommen kann.

³⁶¹ Vgl. *Burdon/Williams*, in: Fisher 196 (207); mit einer „inhaltlichen Neubestimmung“ rechnet hingegen *Oksanen*, Rechte und Biodiversität, in: Adloff/Busse (Hrsg.), Welche Rechte braucht die Natur?, (2021) 83 (97).

³⁶² § 3.4 Licking-VO.

³⁶³ B. Fn. 687, 688, 689; i. d. S. auch *Leimbacher*, Natur 269 f., 273 f.

³⁶⁴ Vgl. *Berka/Binder/Kneihls*, Grundrechte² 441; sowie bezugnehmend auf die Rspr. von EGMR und EuGH *Betaille*, Journal for European Environmental & Planning Law 2019/1, 35 (43); weiters *Darpö*, Nature 51; *Schoukens*, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens 139 (145); sowie bereits allg. Abschnitt C.I.7.b).

³⁶⁵ S. z. B. *O'Donnell/Macpherson*, Australasian Journal of Water Resources 2021/3, 35 (41); *Lloredo Alix*, Oñati Socio-Legal Series 2023/3, 1003 (1022); *Emerich*, Property for Nature, in: Lamalle/Stoett (Hrsg.), Representations and Rights of the Environment (2023) 259 (261 ff.); vgl. auch *Gutmann*, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocar/Reder 275 (287 f.).

³⁶⁶ Vgl. z. B. *Leimbacher*, Natur 183; ähnl. *Bader-Plabst*, Natur 139.

³⁶⁷ S. dazu noch ausführlich. Abschnitt C.IV.

³⁶⁸ B. Fn. 1357.

b) Die „Natur“ als Ressource und Objekt

In der RdN-Literatur wird vielfach kritisiert, dass die Natur in den meisten Rechtsordnungen der Welt ausschließlich als Eigentum bzw. Ressource betrachtet wird.³⁶⁹ Denn dies verkenne die wissenschaftliche Erkenntnis, wonach der Mensch mit der Natur in einer engen Beziehung steht.³⁷⁰ Anknüpfend an die bereits in Abschnitt C.II.5.a) dargestellte Kritik an der Unterscheidung zwischen Natur und Kultur, Subjekt und Objekt bzw. Mensch und Sache wird daher gefordert, diese Beziehung im Recht abzubilden sowie sicherzustellen, dass Eigentümer:innen verpflichtet sind, für die Natur zu sorgen und ihre ökologische Integrität zu respektieren.³⁷¹ I.d.Z. ist bemerkenswert, dass bereits Kelsen feststellte, dass die Unterscheidung in Rechtssubjekt und Rechtsobjekt „einen ausgesprochen ideologischen Charakter“ aufweist, weil „die rechtliche Herrschaft einer Person über eine Sache [...] in gar nichts anderem [bestehe] als in einem bestimmten Rechtsverhältnis des Subjekts zu anderen Subjekten, nämlich in deren Pflicht, den Eigentümer in seiner Verfügungsmöglichkeit über eine Sache nicht zu beeinträchtigen“.³⁷² Die Unterscheidung werde offenbar nur deshalb aufrechterhalten, „weil die Bestimmung des Eigentums als Verhältnis zwischen Person und Sache dessen sozialökonomisch entscheidende Funktion verhüllt: eine Funktion, die von der sozialistischen Theorie – ob mit Recht oder Unrecht, bleibe hier dahingestellt – als ‚Ausbeutung‘ bezeichnet wird, eine Funktion, die jedenfalls gerade in der Beziehung des Eigentümers zu allen anderen Subjekten besteht, die vom Zugriff auf seine Sache ausgeschlossen, vom objektiven Recht zur Respektierung der ausschließlichen Verfügungsgewalt des Eigentümers verpflichtet sind“.³⁷³ RdN können gem. Leimbacher einen Weg aus den „ausgefahrenen Gleisen“ des auf diesen Unterscheidungen beruhenden Umweltschutzes weisen, da nicht länger versucht wird, einzelne Bestandteile der Natur als „beherrschbare und zu beherrschende Objekte zu definieren und sie gleichzeitig vor den (negativen) Auswirkungen gerade dieser Sichtweise“ zu schützen, sondern das Verhältnis von Mensch und Natur auf eine neue Grundlage gestellt wird. Danach sind wir „Teil der Natur und sie ist Teil unserer selbst und damit auch Teil der Gesellschaft“.³⁷⁴

³⁶⁹ Vgl. z.B. *Howe*, Journal of Environmental Law 2017/1, 19 (24); *Boyd*, Natural Resources & Environment 2018/4, 13 (17); *Hovden*, Journal for European Environmental & Planning Law 2018/3-4, 281 (287 f.); *Bosselmann*, in: Burdon 204 (205); *Bosselmann*, in: Voigt 75 (76, 82 f.); *Boyd*, Nature xxii f.; *Sheehan*, in: Burdon 236 (238); *Sheehan*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227 (234); *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, Transnational Environmental Law 2017/3, 401 (402 f.); *Kalantzakos*, in: Tabios Hillebrecht/Berros 45 (45, 49 f.).

³⁷⁰ *Howe*, Journal of Environmental Law 2017/1, 19 (22, 27); *Reyes-García/Fernández-Llamazares/Aumeeruddy-Thomas et al.*, Ambio 2022, 84 (86 m.w.N.).

³⁷¹ *Howe*, Journal of Environmental Law 2017/1, 19 (27); *Boyd*, Nature xxix.

³⁷² *Kelsen*, Rechtslehre 56 ff.

³⁷³ *Kelsen*, Rechtslehre 56 ff.

³⁷⁴ *Leimbacher*, Natur 480 f.

c) Übertragung von Eigentumsrechten auf die Natur

Eine Möglichkeit, Konflikte mit bestehenden Eigentumsrechten zu verhindern, wurde in Neuseeland genutzt, indem den Rechtsträger:innen auch Eigentumsrechte übertragen wurde. Damit wurde insb. der Forderung der Māori Rechnung getragen, diese von Eigentumsansprüchen zu befreien und als eigenständige Identitäten anzuerkennen, gegenüber denen die Menschen auch Pflichten haben. „Te Urewera“ erhielt sämtliche Eigentumsrechte an ihrem Gebiet, das zuvor im Eigentum der Krone stand, auch „Te Awa Tupua“ erhielt alle Eigentumsrechte der Krone an ihrem Gebiet, nicht jedoch am Wasser, an dem gem. *Common Law* niemand Eigentum haben kann. Zudem wurden zahlreiche Ausnahmen gewährt. Künftige Eigentumsübertragungen sind allerdings – die Zustimmung der Eigentümer:innen vorausgesetzt – möglich, sodass die Furcht vor Enteignungsprogrammen unbegründet erscheint.³⁷⁵ Der Vorschlag von Sheehan, Flüssen und Ökosystemen auch Rechte am Wasser zu gewähren, damit ihre Rechte vor Bedrohungen durch andere Wasserrechte geschützt sind,³⁷⁶ wurde in den untersuchten Rechtsquellen nicht aufgegriffen. Zwar wurden in einigen Rechtsquellen „Rechte auf Wasser“ gewährt, Eigentums- oder Nutzungsrechte wurden bislang aber keinem Fluss verliehen,³⁷⁷ weil auch „Te Awa Tupua“ lediglich Eigentum am Flussbett, nicht jedoch am Wasser erhielt.

III. Rechte und Schutzbereich

1. Überblick über die gewährten Rechte

In den untersuchten Rechtsquellen wurden unterschiedliche Rechte vorgesehen. In den USA erhielten die Rechtsträger:innen am häufigsten das Recht, „zu existieren und zu gedeihen“, in manchen Rechtsquellen umfasst es ebenfalls das Recht, sich „natürlich zu entwickeln“ oder auch sich zu „regenerieren“. Oft wurde zudem ein „Recht auf Wasser“, gelegentlich auch ein Recht, frei von „giftigen“ oder „chemischen“ Eingriffen zu sein, ein „Recht auf saubere Luft“, ein „Recht auf eine nachhaltige Energiezukunft“, ein „Recht auf Wiederherstellung, Erholung und Erhaltung“, ein „Recht auf eine gesunde Umwelt“, ein „Recht auf ein gesundes Klima und lebenswichtige Ressourcen“, ein „Recht auf sauberen Boden“ sowie Rechte i. Z. m. der Freiheit von gentechnisch veränderten Organismen oder Patenten gewährt. Vereinzelt wurden noch weitere Rechte zuerkannt, insb. gewährten indigene Völker Flüssen sowie anderen Wasserkörpern „das Recht, ihre natürlichen Ökosystemfunktionen auszuüben“, und der „Natur“ das „Recht, ihre Identität und Integrität als ein vielfältiges, selbstregulierendes und zusammenhängendes Wesen zu bewahren“,

³⁷⁵ Vgl. Schoukens, in: Pereira/Saramago 205 (212).

³⁷⁶ Die dafür notwendige Wassermenge ist von der Wissenschaft festzulegen, vgl. Sheehan, *New Zealand Journal of Public and International Law* 2015/1, 89 (103); Sheehan, in: Burdon 236 (243).

³⁷⁷ Vgl. in Bezug auf den kolumbianischen Atrato Fluss O'Donnell, *Rivers* 177.

oder „das Recht auf einen Ort und seine Rolle in der Natur zu spielen“. In Ecuador erhielt die „Natur, oder Pacha Mama“ das „Recht auf integralen Respekt ihrer Existenz, und die Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse“ sowie das „Recht auf Wiederherstellung“. Aus der Verfassung können zudem noch weitere Rechte abgeleitet werden. In Bolivien erhielt „Mutter Erde“ das „Recht auf Leben“, das „Recht auf die Vielfalt des Lebens“, das „Recht auf Wasser“, das „Recht auf saubere Luft“, das „Recht auf Gleichgewicht“, das „Recht auf Wiederherstellung“ und das „Recht, frei von Verschmutzung zu leben“. In den neuseeländischen Rechtsquellen wurden keine konkreten Rechte zuerkannt, die Rechtsträger:innen erhielten aber „alle Rechte, Befugnisse, Pflichten und Verbindlichkeiten einer Rechtsperson“. Zudem wird in der Literatur überwiegend davon ausgegangen, dass die vorgesehenen Pflichten auch als Rechte der Rechtsträger:innen betrachtet werden können. Der kolumbianische Verfassungsgerichtshof gewährte dem Fluss Atrato die Rechte auf Schutz, Erhaltung, Pflege und Wiederherstellung. Auch den meisten weiteren Rechtsträger:innen Kolumbiens, insb. den meisten Flüssen wurden diese Rechte zuerkannt. Zwei Nationalparks erhielten hingegen die Rechte auf „Leben, Gesundheit und eine gesunde Umwelt“. Für andere kolumbianische Rechtsträger:innen wurden keine konkreten Rechte vorgesehen, in einigen Fällen wurden allerdings Schutzpflichten angeordnet, aus denen einem Verwaltungstribunal zufolge wiederum die Rechte auf „Erhaltung und Integrität als Ökosystem“ abgeleitet werden können.

Ausführlichere Informationen über die gewährten Rechte und ihren Schutzbereich können den Länderberichten entnommen werden. I. w. F. werden einige besonders häufig gewährte Rechte näher beleuchtet – mit dem Ziel, mehr über den Inhalt der RdN zu erfahren. Da sich der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof bislang am intensivsten mit der Konkretisierung der gewährten Rechte beschäftigte, wird dieser vergleichsweise häufig zitiert. Dies sollte jedoch nicht dahin gehend verstanden werden, dass sich seine Auffassung auf alle untersuchten RdN übertragen lässt.

2. Das Recht auf Existenz bzw. Leben

In den meisten untersuchten Rechtsquellen wurde den Rechtsträger:innen ein Recht auf Existenz bzw. Leben gewährt. In den US-amerikanischen Rechtsquellen erhielten die Rechtsträger:innen i. d. R. das Recht zu existieren, in der ecuadorianischen Verfassung das Recht auf integralen Respekt ihrer Existenz und in den bolivianischen Rechtsquellen das Recht auf Leben. Auch die von den kolumbianischen Gerichten gewährten Rechte auf Schutz und Erhaltung können als Existenzrechte verstanden werden.³⁷⁸ Zwei kolumbianische Nationalparks erhielten außerdem ein Recht auf Leben. In Neuseeland wurden hingegen keine konkreten Rechte und damit auch kein Existenzrecht vorgesehen. Die gesetzliche Anerkennung der

³⁷⁸ Vgl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (49 f.).

Rechtsträger:innen mit „allen Rechten, Befugnissen, Pflichten und Verbindlichkeiten einer Rechtsperson“ könnte jedoch ein Recht auf Existenz implizieren, zumindest als Rechtsperson.

Der Inhalt der gewährten Rechte wurde in den meisten Fällen nicht klar beschrieben. In der Literatur wurde dies kritisiert und führte zur Ungültigerklärung einer US-amerikanischen Rechtsquelle, weil nach Ansicht des erkennenden Gerichts unklar war, welches Verhalten dieses Recht verletzt. Die Kritik an der Unbestimmtheit der gewährten Rechte weist allerdings auch Parallelen zur Kritik an Menschenrechten auf, deren Unbestimmtheit zugleich als Voraussetzung für deren Wirksamkeit betrachtet wird.³⁷⁹ Bei näherer Betrachtung der untersuchten RdN stellt sich zudem heraus, dass sich der Schutzbereich des Existenzrechts oft mithilfe der untersuchten Rechtsquellen eingrenzen lässt. Diesbezüglich ist zunächst die Ausgestaltung der Rechtsträger:innen zu beachten, da es einen grundlegenden Unterschied macht, ob das Recht auf Existenz der gesamten Natur, einem Ökosystem, einem Fluss, einer Art oder einem Individuum gewährt wurde.³⁸⁰ Wie bereits festgestellt, wurde das Recht meist Bestandteilen der Natur gewährt, die einer komplexeren Ebene der ökologischen Organisation zugeordnet werden können, wie z. B. Ökosystemen oder Wassereinzugsgebieten. In Ecuador kommt dieses Recht der gesamten „Natur, oder Pacha Mama“ zu, die gem. dem Verfassungsgerichtshof aber auf all ihren Ebenen der ökologischen Organisation – vom Individuum/Organismus bis zur Biosphäre – geschützt ist. Das Recht auf Respekt ihrer Existenz ist nach Ansicht des Gerichtshofes daher jedenfalls verletzt, wenn eine Art ausstirbt, was er sogar mit Genozid verglich.³⁸¹ Abgesehen davon stellte er bislang keine Verletzung dieses Rechts fest, ohne auch noch weitere Rechtsverletzungen festzustellen. Daher empfiehlt sich, das Existenzrecht auch in Zusammenschau mit den anderen gewährten Rechten zu analysieren, die es flankiert,³⁸² weshalb es vom ecuadorianischen Verfassungsgerichtshof auch als „generisches Recht“ bezeichnet wurde.³⁸³ Dementsprechend umfasst auch das im Jahr 2024 vom Yurok Tribe dem Fluss Klamath erneut gewährte bzw. konkretisierte Recht, „natürlich zu existieren“, zahlreiche andere Rechte, die zuvor in vielen Rechtsquellen – auch des Yurok Tribes – als eigenständige Rechte betrachtet worden waren.³⁸⁴

³⁷⁹ Alston, Human Rights 495 m. w. N.; Beacher, Environmental Claims Journal 2021/2, 91 (98 f.); Thienel, Überlegungen zur Ausgestaltung sozialer Grundrechte, in: FS Schäffer (2006) 859 (887 f.); Y. Epstein/Schoukens, Journal of Human Rights and the Environment 2021/2, 205 (212); in Bezug auf Umweltrechte s. auch Merrills, in: Bodansky/Brunnée/Hey 663 (674 f.); Kotzé, in: Alam/Atapattu/Gonzalez/Razaque 171 (190); s. i. d. Z. auch Holoubek, Grundrechtsschutz 18 ff.

³⁸⁰ S. dazu bereits Abschnitt C.II.3.e).

³⁸¹ Corte Constitucional 10.11.2021, 1149-19-JP (Los Cedros) Rz. 68; vgl. Redín Guerrero, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza 14 (23).

³⁸² Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (50).

³⁸³ B. Fn. 607.

³⁸⁴ S. dazu im Detail Abschnitt B.I.4.a).

3. Das Recht auf Erhaltung

Neben dem Recht auf Existenz wurde oft auch ein Recht auf Erhaltung zuerkannt. Explizit erwähnt wurde ein Recht auf Erhaltung in den ecuadorianischen, bolivianischen und in den meisten kolumbianischen Rechtsquellen sowie in einigen US-amerikanischen Rechtsquellen i. Z. m. den Rechten auf Wasser und Wiederherstellung. Im ecuadorianischen Wassergesetz wurde das Recht auf Erhaltung dahin gehend präzisiert, dass es die Rechte auf Schutz der Gewässer, auf Erhaltung der ökologischen Wassermenge, auf Erhaltung der natürlichen Dynamik des Wasserkreislaufs, auf Schutz vor Verschmutzung und auf Wiederherstellung und Erholung umfasst. Daraus wird ersichtlich, dass der Übergang vom Existenzrecht zum Recht auf Erhaltung und weiteren Rechten fließend ist bzw. diese nicht klar unterscheidbar sind. Besonders deutlich zeigt sich dies am Beispiel des in der ecuadorianischen Verfassung gewährten „Rechts auf integralen Respekt ihrer Existenz“, das meist vom „Recht auf Erhaltung und Regeneration“ unterschieden wird. Wie bereits erwähnt, stellte der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof bislang allerdings, von einer Ausnahme abgesehen, keine Verletzung des einen ohne des anderen fest. Vielmehr sah er in ersterem die negative Verpflichtung (nicht zu machen) der ecuadorianischen RdN, während die positive Verpflichtung durch Worte wie „erhalten, regenerieren, fördern, schützen“ oder „wiederherstellen“ ausgedrückt werde. Das Recht auf Erhaltung lässt sich daher auch als mit dem Existenzrecht einhergehende Erhaltungspflicht verstehen, woraus folgt, dass das Existenzrecht nicht als reines Abwehrrecht aufgefasst werden kann.³⁸⁵

4. Rechte auf einen über die bloße Existenz hinausgehenden Zustand

Die meisten untersuchten Rechtsquellen enthalten neben dem Recht auf Existenz bzw. Leben sowie den damit verbundenen Erhaltungsrechten oder -pflichten noch weitere Rechte, die auch dahin gehend zusammengefasst werden können, dass sie den Rechtsträger:innen ein Recht auf einen über die bloße Existenz hinausgehenden Zustand gewähren.³⁸⁶ Besonders deutlich zeigt sich dies am Beispiel vieler US-amerikanischer Rechtsquellen, in denen das Recht „zu gedeihen“ (*flourish, thrive*) vorgesehen wurde. Sie schützen daher auch ein gewisses Maß an Wohlergehen.³⁸⁷

³⁸⁵ Vgl. Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (61); Leimbacher, Natur 169; i. w. S. Iorns Magallanes, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (233); a. A. Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier, Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla 2022/1, 285 (292).

³⁸⁶ Vgl. Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (50). Zu diesem Ergebnis gelangt auch Hovden bei einem Vergleich des Entwurfs für eine EU-Richtlinie mit „Rechten der Natur“ und der FFH-RL, Journal for European Environmental & Planning Law 2018/3-4, 281 (305).

³⁸⁷ Kauffman/Martin, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (49 f.); Kauffman/Martin, Politics 63 f.; weiters Guin/Livemore, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1389); Jones, Journal of Human Rights and the Environment 2021/0, 76 (93).

Gem. Margil, die nach eigenen Angaben an den ersten Entwürfen für RdN mitgewirkt hatte, sollte nicht nur die Existenz, sondern auch die „Vitalität der Ökosysteme“ geschützt werden.³⁸⁸ Nach Sheehan bieten die RdN deshalb auch ein höheres Maß an Schutz als US-amerikanische Umweltgesetze, wonach z.B. die Verschlechterung von Gewässern erlaubt ist, solange keine Grenzwerte überschritten werden oder „unerwünschte Folgen“ auftreten.³⁸⁹ Weiters wurde z.B. den Flüssen Wekiva und Econlockhatchee das Recht, „ein gesundes Ökosystem zu bewahren“, gewährt; oder umfasst das Recht, „natürlich zu existieren“, des Klamath-Flusses auch das Recht, „die Funktionen eines natürlichen, gesunden Flusses innerhalb gesunder Ökosysteme zu erfüllen.“ Auch in Neuseeland wurde festgelegt, dass die „Gesundheit und das Wohlergehen“ des Flusses „Te Awa Tupua“ zu fördern, zu unterstützen und wiederherzustellen ist.³⁹⁰ Ebenso wurde zwei kolumbianischen Nationalparks ein Recht auf „Gesundheit und eine gesunde Umwelt“ zuerkannt.

Im ecuadorianischen Wassergesetz wurde Gewässern ebenfalls ein Zustand gewährt, der über ihre bloße Existenz hinausgeht: Denn die Natur erhielt u. a. das Recht auf Erhaltung der ökologischen Wassermenge, auf Erhaltung der natürlichen Dynamik des Wasserkreislaufs, auf Schutz vor Verschmutzung sowie auf Erholung. Die „ökologische Wassermenge“ bezeichnet jene Wassermenge, die notwendig ist, „um ein angemessenes Gesundheitsniveau im Ökosystem zu erhalten“.³⁹¹ In ähnlicher Weise umfasst das in Bolivien gewährte „Recht auf Wasser“ das Recht auf Erhaltung der Funktionalität der Wasserkreisläufe, auf Existenz in der für die Aufrechterhaltung der Lebenssysteme notwendigen Quantität und Qualität, und auf Schutz vor Verschmutzung. In einigen US-amerikanischen Rechtsquellen wurde ebenfalls ein Recht auf reines, sauberes oder unverschmutztes Wasser gewährt, oft auch i. Z. m. dem Recht zu fließen, auf natürlichen Wasserfluss, auf reichlich Wasser, oder auf natürliche Grundwasser- und Oberflächenwassererneuerung.

Rechte auf einen verschmutzungsfreien Zustand wurden besonders häufig gewährt, wobei sie manchmal als eigenständige Rechte formuliert wurden, wie z. B. das Recht, „frei von Verschmutzung zu leben“ oder frei von „giftigen“ oder „chemischen“ Eingriffen zu sein, manchmal aber auch Bestandteil anderer Rechte sind, etwa auf Erhaltung, Wasser, saubere Luft, gesunde Umwelt, gesundes Klima oder sau-

³⁸⁸ Margil, in: Maloney/Burdon 149 (151).

³⁸⁹ S. z. B. § 10721v-x California Water Code; Sheehan, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227 (229 f., 240); Sheehan, in: Voigt 222 (235); i. w. S. Macpherson, Duke Environmental Law & Policy Forum 2021, 327 (345 f.).

³⁹⁰ Vgl. insb. Cribb/Macpherson/Borchgrevink, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (10 f.). Davon abweichend leiten insb. US-amerikanische und britische Stimmen in der Literatur nur Verfahrensrechte aus den neuseeländischen Rechtsquellen ab, s. insb. Kauffman/Martin, Politics 64; zitiert von Schimmöller, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (583); Bader-Plabst, Natur 40; weiters Jones, Journal of Human Rights and the Environment 2021/0, 76 (91); Buocz/Eisenberger, Oxford Journal of Legal Studies 2023/1, 32 (44, 49).

³⁹¹ Art. 64, 76 Wassergesetz; vgl. Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 132.

beren Boden. In Kolumbien war die Verschmutzung des Atrato-Flusses zudem der ausschlaggebende Grund für die erstmalige Anerkennung von RdN. Auch der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof stellte angesichts der Verschmutzung eines Flusses eine Verletzung der RdN fest.³⁹² Daraus folgt, dass die Verschmutzung von Flüssen und anderen Rechtsträger:innen RdN verletzen kann, selbst wenn die gewährten Rechte nicht ausdrücklich vor Verschmutzungen schützen.

Auch das in einigen US-amerikanischen Rechtsquellen, in Ecuador und Bolivien gewährte Recht auf Regeneration bzw. Erholung lässt sich als Recht betrachten, das mehr als die bloße Existenz garantiert, weil es einen gewissen Zustand voraussetzt, der die Fähigkeit zur Regeneration ermöglicht. So wurde „Regeneration“ in Bolivien als „Fähigkeit“ der Rechtsträger:in definiert, „Schäden zu absorbieren, sich an Störungen anzupassen und sich zu regenerieren, ohne ihre anfänglichen strukturellen und funktionellen Merkmale wesentlich zu verändern“. Der Staat ist verpflichtet, die „notwendigen Voraussetzungen“ dafür zu garantieren. Einen über die Existenz hinausgehenden Zustand schützt weiters das in einigen US-amerikanischen Rechtsquellen vorgesehene Recht, „sich natürlich zu entwickeln“. Die in Bolivien gewährten Rechte „auf die Vielfalt des Lebens“ und „Gleichgewicht“ können ebenfalls dahin gehend verstanden werden. Auch einige Rechte, die von indigenen Völkern in den USA gewährt wurden, können i. d. S. interpretiert werden, da bspw. der Fluss Menominee das Recht erhielt, „seine natürlichen Ökosystemfunktionen auszuüben“, oder die „Natur“ das Recht, „ihre Identität und Integrität als ein vielfältiges, selbstregulierendes und zusammenhängendes Wesen zu bewahren“, sowie jedes „Wesen“ das Recht, „auf einen Ort und seine Rolle in der Natur zu spielen“. Die „Integrität“ der Rechtsträger:innen wurde im Übrigen in den untersuchten Rechtsquellen häufig geschützt, ohne dass der Begriff definiert wurde. Der ecuadorianischen Literatur zufolge könnte das Wort „integral“ bedeuten, dass die Natur „als Ganzes ohne Beeinträchtigung bestehen kann“.³⁹³

Ein Recht auf Reproduktion wurde hingegen in keiner der untersuchten Rechtsquellen ausdrücklich gewährt. Das Wort „Reproduktion“ wurde insb. i. Z. m. den Rechtsträger:innen erwähnt, sodass diese oft als Ort beschrieben wurden, wo sich das Leben reproduziert.³⁹⁴ I. Z. m. den gewährten Rechten wurde es hingegen selten erwähnt. Einigen US-amerikanischen Rechtsquellen zufolge soll das Recht „zu existieren und zu gedeihen“ u. a. die Fähigkeit der Rechtsträger:innen schützen, „natürliche Tendenzen aufrechtzuerhalten und fortzuführen, die das Leben, die Reproduktion, [...] fördern“. In Bolivien dienen das Recht auf Wasser, auf saubere Luft und auf Gleichgewicht der Reproduktion des Lebens von Mutter Erde oder ihrer Lebensprozesse. Schließlich geht der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof davon

³⁹² Corte Constitucional 19.1.2022, 2167-21-EP (Río Monjas) Rz. 126 ff.; vgl. *Ávila Santamaría*, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277 (290 ff.).

³⁹³ *Prieto Méndez*, *Derechos* 119.

³⁹⁴ Art. 71 Verfassung von Ecuador; Art. 5 Abs. 1 Rahmengesetz; § 1 Ponca Tribe-Beschluss 2017.

aus, dass Lebenszyklen das Recht haben, sich zu reproduzieren. Der Lebenszyklus von Wasser beinhalte bspw. die Möglichkeit, seine Etappen (Verdunstung, Kondensation, Niederschlag und mehr) fortzuführen.

Zusammengefasst lässt sich somit festhalten, dass viele untersuchte RdN einen über die bloße Existenz hinausgehenden Zustand schützen, der quantitative und/oder qualitative Komponenten aufweisen kann, aber insb. auch die Ausübung der ökologischen Funktionen oder die Regenerations- und Reproduktionsfähigkeit umfasst. In manchen Rechtsquellen wurden i. d. Z. auch Begriffe wie „gedeihen“, „Wohlergehen“ (*well-being*) oder „Gesundheit“ verwendet.³⁹⁵ Kauffman/Martin vertreten die Auffassung, dass ein grundlegender Unterschied zwischen dem Recht zu gedeihen sowie dem Recht auf Regenerationsfähigkeit besteht, sodass Ersteres bereits verletzt ist, wenn das Wohlergehen beeinträchtigt ist, während bei Zweiterem die Integrität eines Ökosystems dauerhaft zerstört sein muss, sodass es sich nicht mehr regenerieren kann.³⁹⁶ Allerdings gibt es mehrere Hinweise darauf, dass zwischen dem Wohlergehen bzw. der Gesundheit der Rechtsträger:innen und ihrer Regenerationsfähigkeit geringere Unterschiede bestehen als von Kauffman/Martin angenommen, worauf i. w. F. näher eingegangen wird.

a) (Öko-)Systemische Perspektive der RdN

Wie sich zeigte, wurde in den untersuchten Rechtsquellen i. d. R. nicht nur die bloße Existenz, sondern auch die Regenerationsfähigkeit, ökologische Funktionsfähigkeit, Gesundheit oder das Wohlergehen einer höheren Organisationsebene der Natur geschützt. In Ecuador verdeutlicht dies insb. das Recht der „Natur, oder Pacha Mama“ auf „integralen Respekt ihrer Existenz, und die Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse“. Deshalb stellte der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof fest, dass den ecuadorianischen RdN eine „systemische Perspektive“ zugrunde liegt, sodass Ökosysteme, ein Wald oder ein Fluss als Lebenssysteme betrachtet werden, deren Existenz und biologischen Prozesse Schutz erhalten. Ziel sei ein Gleichgewicht im Ökosystem, zwischen den Ökosystemen und in der Biosphäre, das von der harmonischen Interaktion von biotischen und abiotischen Elementen abhängt und auf dem Austausch von Energie und Nährstoffen beruhe. Für die Konkretisierung der RdN sei insb. das „ökologische Toleranzprinzip“ bedeutend, wonach natürliche Systeme in einer Umwelt lediglich dann anpassungsfähig funktionieren können, wenn die Grundmerkmale nicht über das für das System optimale Maß hinaus geändert werden. Auch die „Funktion und Rolle“ eines jeden Ökosystems und Elements seien zu berücksichtigen. Eine Rechtsverletzung könne daher vorliegen, wenn ein Fluss durch ein Infrastrukturprojekt oder die unbehandelte Einleitung von Abwasser seine natürliche Struktur

³⁹⁵ Ähnl. Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (50).

³⁹⁶ Kauffman/Martin, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (49 f.); Kauffman/Martin, Politics 63 f.

verliert (z. B. Morphologie, Grund, Sedimente, Wassermenge und Wasser), seine Funktionen (z. B. Trinkwasserbereitstellung, Lebensraum für Pflanzen und Tiere, Kontrolle von Überschwemmungen oder Dürren) nicht mehr ausüben kann, seine Lebenszyklen (z. B. Verdunstung, Kondensation, Niederschlag) nicht mehr aufrechterhalten kann oder sein Evolutionsprozess nicht respektiert wird.

Die (öko-)systemische Perspektive wurde vom ecuadorianischen Verfassungsgerichtshof, der in intensivem Austausch mit Naturwissenschaftler:innen stand,³⁹⁷ in Bezug auf die ecuadorianischen RdN am deutlichsten hervorgehoben. Sie ist aber auch in den bolivianischen Rechtsquellen erkennbar, wonach das „Recht auf Leben“ das Recht von „Mutter Erde“ auf „Erhaltung der Integrität der Lebenssysteme und der natürlichen Prozesse, die sie aufrechterhalten, sowie der Fähigkeiten und Voraussetzungen für ihre Regeneration“ umfasst. Auch das in vielen US-amerikanischen Rechtsquellen gewährte Recht, „zu existieren und zu gedeihen“, scheint einer (öko-)systemischen Betrachtungsweise zugänglich zu sein, weil es einer mehrmals verwendeten Definition zufolge u. a. die „Fähigkeit“ von „natürlichen Gemeinschaften und Ökosystemen“ schützt, „natürliche Tendenzen aufrechtzuerhalten und fortzuführen, die das Leben, die Reproduktion, nicht-synthetische Interaktionen und gegenseitige Abhängigkeiten zwischen sich vermehrenden und vielfältigen Organismen fördern“. Folglich enthalten viele untersuchte Rechtsquellen Hinweise darauf, dass ihnen eine (öko-)systemische Perspektive zugrunde liegt. Dies führt zu der Vermutung, dass RdN grundsätzlich eine (öko-)systemische Perspektive innewohnen könnte.³⁹⁸ I. w. F. wird somit untersucht, welche Überlegungen in der Literatur in Bezug auf die zu gewährenden Rechte geäußert wurden.

b) Überlegungen in der Literatur über die zu gewährenden Rechte

Viele Personen, die an der Entstehung und Annahme der RdN in den untersuchten Rechtsordnungen mitwirkten, gaben an, bereits mit Werken über RdN vertraut gewesen zu sein, sodass auch aus der Literatur Erkenntnisse über den Inhalt der gewährten Rechte gewonnen werden könnten. Häufig wurde i. d. Z. auf Stone verwiesen, der sich allerdings hinsichtlich der Frage, welche Rechte gewährt werden sollten, nicht festlegte. Er schlug in seinem Aufsatz von 1972 lediglich vor, einen „deutlich gekennzeichneten Katalog von Rechten“ zu erstellen,³⁹⁹ der „einige – mit gewissen Einschränkungen – absolute Rechte“ enthält, die „vorrangigen Objekten“ zukommen, „in Anlehnung an jene ‚vorrangigen Rechte‘, die nach Auffassung einiger Richter dort gegeben sind, wo Menschen betroffen sind“.⁴⁰⁰ Dabei verwies er u. a. auf ein Urteil, wonach der Staat „das Wohlergehen und die Ruhe (*tranquility*)

³⁹⁷ Y. Epstein/Ellison/Echeverría/Abbott, Science 2023/20, 380 (4 f.).

³⁹⁸ Vgl. allg. Kotzé/Kim, Earth System Governance 2019/1, 1 (6 m. w. N.).

³⁹⁹ Stone, Umwelt 57.

⁴⁰⁰ Stone, Umwelt 63.

einer Gemeinschaft“ schützen muss.⁴⁰¹ Zugleich stellte er klar, dass die Natur nicht „jedes nur denkbare Recht innehaben, oder auch nur [...] dieselbe Rechtsstellung“ wie der Mensch haben soll.⁴⁰² Einige Jahre später nannte er i. d. Z. die „prima facie-Rechte, unverletzt zu bleiben, und einen gesetzlichen Vertreter zu haben, der diese Rechte verteidigt“. Darüber hinaus müsse man „bei der Zuteilung starrer Rechte zu natürlichen Objekten umsichtig und selektiv sein“.⁴⁰³

An Stones Überlegungen aus dem Jahr 1972 anknüpfend postulierte der Theologe und Kulturhistoriker Thomas Berry, dass jeder Bestandteil der lebenden und nicht-lebenden „Erdgemeinschaft“ drei Rechte hat: „zu sein“, „auf Lebensraum oder an einem Platz zu sein“ und „seine Rolle im sich ständig erneuernden Prozess der Erdgemeinschaft zu erfüllen“. Diese Rechte seien artenspezifisch und begrenzt, sodass Menschen Menschenrechte, Vögel Vogelrechte und Insekten Insektenrechte hätten.⁴⁰⁴ Berrys Werk trug wesentlich zur Entstehung der rechtsphilosophischen Strömung *Earth Jurisprudence* bei,⁴⁰⁵ die nach überwiegender Auffassung wiederum die Entstehung der RdN beeinflusste.⁴⁰⁶ Sein Vorschlag wird in der RdN-Literatur seither wiederholt aufgegriffen und weiterentwickelt.⁴⁰⁷ Flüsse haben demnach Flussrechte, die das Recht „zu fließen“ beinhalten, mit Wasser in der notwendigen Menge und Qualität, damit sie und die von ihnen abhängigen Ökosysteme und Arten existieren, gedeihen und sich entwickeln können.⁴⁰⁸ Weiters sollte ihnen gem. Cullinan das Recht gewährt werden, ihren Verlauf innerhalb der Überflutungsebene zu verändern und frei von Verschmutzung zu sein.⁴⁰⁹

Diese Vorschläge weisen Ähnlichkeiten mit vielen US-amerikanischen Rechtsquellen, aber auch mit dem ecuadorianischen Wassergesetz sowie dem in Bolivien gewährten „Recht auf Wasser“ auf. Zudem liefert der Verweis auf die Artenspezifität einen Hinweis, wie die gewährten Rechte konkretisiert werden könnten. So wurde Berrys Postulat auch vom ecuadorianischen Verfassungsgerichtshof aufgegriffen,

⁴⁰¹ Stone, Umwelt 63 Fn. 77 mit Verweis auf u. a. U.S. Supreme Court 31. 1. 1949, Kovacs v. Cooper, 336 U.S. 77.

⁴⁰² Stone, Umwelt 30; vgl. Jolly/Menon, Transnational Environmental Law 2021/3, 467 (481 f.); Burdon/Williams, in: Fisher 196 (206).

⁴⁰³ Stone, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 81 (85).

⁴⁰⁴ Berry, Origin, Abs. 5 und 6.

⁴⁰⁵ Maloney, Vermont Law Review 2016/1, 129 (131).

⁴⁰⁶ Maloney, Vermont Law Review 2016/1, 129 (133 m. w. N.).

⁴⁰⁷ Burdon/Williams, in: Fisher 196 (206); Kauffman/Martin, Politics 4 ff., 221; Vallejo Galárraga, in: Jendroska/Bar 341 (352); Kauffman/Martin, Politics 4, 221; Rivers, Nature in Court: Conflict Resolution in the Ecozoic Age, in: Burdon (Hrsg.), Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence (2012) 214 (216); Filgueira/Mason, in: Burdon 192 (196); Sheehan, in: Voigt 222 (229); Koons, Key Principles to Transform Law for the Health of the Planet, in: Burdon (Hrsg.), Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence (2012) 45 (49).

⁴⁰⁸ Sheehan, in: Voigt 222 (229); ähnl. Cullinan, Wild Law 106 f.

⁴⁰⁹ Cullinan, in: Voigt 94 (104); Cullinan, Wild Law 104, 107.

der festhielt, dass in Bezug auf die Konkretisierung der gewährten Rechte die „Funktion und Rolle“ der Elemente der Natur bedeutend ist.⁴¹⁰ Auch ein indigenes Volk in den USA, der Ponca Tribe, folgte Berrys Vorschlag, indem er der „Natur“ u. a. das Recht „auf einen Ort und seine Rolle in der Natur zu spielen“ gewährte. In ähnlicher Weise hielt der Oberste Gerichtshof Kolumbiens fest, dass Bestandteile der Natur „die ihrer Art, ihrem Rang, oder ihrer Gruppe entsprechenden, gerechten und angemessenen“ Rechte haben sollen.⁴¹¹

Unabhängig davon wurde das Recht auf Existenz oder Leben in der RdN-Literatur am häufigsten vorgeschlagen.⁴¹² In Übereinstimmung mit den bereits gewonnenen Erkenntnissen soll es nicht als reiner „Daseinsschutz“ verstanden werden,⁴¹³ sondern zudem die „Erhaltung der Entwicklungsmöglichkeiten der Natur“ berücksichtigen.⁴¹⁴ Auffassungsunterschiede offenbaren sich insb. hinsichtlich der Frage, inwieweit auch einzelnen Arten und Individuen ein Recht auf Existenz zukommen soll.⁴¹⁵ Bspw. wurde darauf verwiesen, dass es angesichts der vielen vom Aussterben bedrohten Arten schwierig werden könnte, rechtzeitig herauszufinden, was jede Art braucht und dies auch bereitzustellen.⁴¹⁶ Leimbacher warnte deshalb davor, das Existenzrecht „mit einem absoluten Verbot der Ausrottung von Arten“ zu belasten, wenn es „nicht zum inhaltslosen Programm verkommen soll“.⁴¹⁷ Stattdessen solle der Schutz von Lebensräumen im Fokus stehen, für die Präventionsmaßnahmen ergriffen werden, wodurch zwar nicht alle, aber möglichst viele Arten gerettet werden,⁴¹⁸ während das Verbot der Ausrottung darauf begrenzt werden sollte, Arten „willentlich“ auszurotten.⁴¹⁹ Ähnlicher Auffassung könnte der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof sein, der festhielt, dass Arten nicht aus „unnatürlichen oder anthropischen“ Gründen aussterben dürfen, weshalb Aktivitäten verboten sind, „die zum Aussterben von Arten, zur Zerstörung der von ihnen bewohnten Ökosysteme

⁴¹⁰ S. i. d. Z. auch die Ausführungen zur Äffin *Estrellita*, Abschnitt C.II.3.f).

⁴¹¹ Corte Suprema de Justicia 26. 7. 2016, AHC4806-2017 (Oso chuchó) 12.

⁴¹² Vgl. z. B. Laitos, in: Voigt 209 (217); Emmenegger/Tschentscher, Georgetown International Environmental Law Review 1994/3, 545 (581); Leimbacher, Natur 107, 197; Pernthaler, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 1 (12); United Nations Economic and Social Council, E/C.19/2010/4 Rz. 47; Söhnlein, Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 2021/2, 185 (201); Buser/Ott, in: Adloff/Busse 159 (169); Kersten, Blätter für deutsche und internationale Politik 2022/6; Bader-Plabst, Natur 174 f.

⁴¹³ Bosselmann, Grundrechte 134.

⁴¹⁴ Leimbacher, Natur 160, 156.

⁴¹⁵ S. betr. Individuen bereits Abschnitt C.II.3.f).

⁴¹⁶ Vgl. z. B. J. Weber, Erde 159; Leimbacher, Natur 156; zur Notwendigkeit Vallejo Galárraga, in: Jendroska/Bar 341 (349); aus naturwissenschaftlicher Sicht B. Taylor/Chapron/Kopinina/Orlikowska/Gray/Piccolo, The need for ecocentrism in biodiversity conservation, Conservation Biology 2020/5, 1089 (1092).

⁴¹⁷ Leimbacher, Natur 160.

⁴¹⁸ Leimbacher, Natur 166; nur tw. ähnl. Söhnlein, Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 2021/2, 185 (201).

⁴¹⁹ Leimbacher, Natur 199, 173.

und zur dauerhaften Veränderung ihrer natürlichen Zyklen führen können“.⁴²⁰ Das Recht von Arten, „sich zu entwickeln“, wird von manchen Stimmen in der Literatur sogar kritisch betrachtet, mit der Begründung, dass in der Erdgeschichte die meisten Arten, die sich einmal entwickelten, auch wieder ausstarben.⁴²¹ Sheehan sprach sich hingegen – vermutlich in Anknüpfung an Berry und die Strömung der *Earth Jurisprudence* – dafür aus, Arten das Recht zu gewähren, „gesund zu sein und zu gedeihen“, statt weiterhin am Rande des Aussterbens zu schweben und nicht darüber hinauszugehen.⁴²²

Die in Ecuador und Bolivien gewährten Rechte weisen außerdem Ähnlichkeiten mit den Ausführungen des Philosophen Paul W. Taylor auf, wonach jeder Organismus ein „Gut“ (*good*) bzw. Wohlergehen (*well-being, welfare*) hat, wenn er seine biologischen Kräfte vollständig entfalten kann – also stark und gesund ist – sowie jede Fähigkeit besitzt, die notwendig ist, um erfolgreich mit seiner Umwelt zurechtzukommen und seine Existenz über die verschiedenen Stadien des normalen Lebenszyklus seiner Art zu erhalten.⁴²³ Sofern die ecuadorianischen und bolivianischen Rechte tatsächlich auf Taylors Einfluss zurückgehen, könnte dies die Annahme stützen, dass diese ebenfalls das Wohlergehen und die Gesundheit der Rechtsträger:innen schützen, und nicht – wie von Kauffman/Martin angenommen – „nur“ ihre Regenerationsfähigkeit i. S. e. Schutzes vor dauerhaften existenzbedrohenden Schädigungen. Ein noch stärkerer Hinweis darauf lässt sich aber in der naturwissenschaftlichen Literatur über die Gesundheit von Ökosystemen finden.

c) Zur „Ökosystemgesundheit“ aus einer naturwissenschaftlichen Perspektive

Die Naturwissenschaftler:innen Rapport/Costanza/McMichael definierten ein „gesundes Ökosystem“ als ein Ökosystem, das „stabil und erneuerbar“ ist und seine Organisation und Autonomie im Laufe der Zeit sowie seine Resilienz gegenüber Stress beibehalten kann.⁴²⁴ Indikatoren für die Gesundheit eines Ökosystems sind demnach dessen Vitalität (Aktivität, Stoffwechsel oder Primärproduktivität), Organisation (Diversität und Zahl an Interaktionen zwischen den Systembestandteilen) und Resilienz (die Fähigkeit, seine Struktur und Funktionen trotz Stress beizubehalten).⁴²⁵ Schaeffer/Herricks/Kerster verglichen die Gesundheit eines Ökosystems

⁴²⁰ Corte Constitucional 27. I. 2022, 253-20-JH (Mona Estrellita) Rz. 111.

⁴²¹ Y. Epstein/Ellison/Echeverría/Abbott, *Science* 2023/20, 380 (6).

⁴²² Sheehan, *New Zealand Journal of Public and International Law* 2015/1, 89 (104); ähnl. Carducci *et al.*, *Charter* 126.

⁴²³ P. W. Taylor, *The Ethics of Respect for Nature*, *Environmental Ethics* 1981/3, 197 (199, 218); vgl. Vallejo Galárraga, in: Jendroska/Bar 341 (349).

⁴²⁴ Rapport/Costanza/McMichael, *Trends in Ecology & Evolution* 1998/10, 397 (397); vgl. Sheehan, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 227 (240 f. m. w. N.); weiters Tadaki/Clapcott/Holmes/MacNeil/Young, *People and Nature* 2023/5, 496 (500 f., 504).

⁴²⁵ Rapport/Costanza/McMichael, *Trends in Ecology & Evolution* 1998/10, 397 (397).

außerdem mit der „Erhaltung der Integrität eines Ökosystems“.⁴²⁶ Verschmutzungen bilden einen entscheidenden Hinweis für gestresste oder kranke Ökosysteme, weitere Hinweise lassen sich aus dem Verhältnis zwischen der Struktur (Anzahl und Arten von Organismen, Biomasse etc) und Funktion (Aktivität, Produktion, Zersetzung) eines Ökosystems gewinnen.⁴²⁷

Diese Beschreibungen weisen unzweifelhaft Ähnlichkeiten mit den in Ecuador, Bolivien und vielen US-amerikanischen Rechtsquellen gewährten Rechten auf.⁴²⁸ Außerdem bestätigen sie die Annahme, dass die Rechte auf Existenz bzw. Leben, Erhaltung und einen bestimmten, darüberhinausgehenden Zustand kaum sinnvoll getrennt voneinander betrachtet werden können, sondern zusammenhängen. Indikatoren für die Verschlechterung eines Ökosystems sind den Naturwissenschaftler:innen zufolge bspw. der Rückgang der Biodiversität (insb. heimischer Arten), verminderte Resilienz, vermehrte Krankheiten, veränderte Gemeinschaftsstrukturen, Eutrophierung, ungleiche Produktivität oder eine Veränderung in der biotischen Komposition zugunsten opportunistischer Arten.⁴²⁹ Ähnliche Überlegungen finden sich in der Literatur zu den ecuadorianischen und US-amerikanischen Rechtsquellen, wonach Indikatoren wie die Veränderung von Biodiversitätsindikatoren (Artenreichtum, Rückgang von Schlüsselarten, ...), eine Veränderung der Gesamtfläche eines Ökosystems, die temporäre Veränderung von bestimmten Populationen, eine Veränderung in der Struktur der biologischen Gemeinschaft oder die Bioakkumulation von Schadstoffen auf eine Verletzung der RdN hinweisen können. Auch in der neuseeländischen Fließgewässerschutzpolitik findet die Ökosystemgesundheit seit einigen Jahren zunehmend Berücksichtigung.⁴³⁰ Zusammengefasst deutet somit einiges darauf hin, dass viele der untersuchten RdN einen Zustand schützen, der jenem ähnelt, der von der Naturwissenschaft als „Ökosystemgesundheit“ bezeichnet wird.

d) Was ist im Interesse der Natur?

In der Literatur wird gegen die Annahme von RdN vielfach eingewandt, dass der Mensch nicht wissen könne, was im Interesse der Natur sei. RdN würden die Natur als homogene und harmonische Entität romantisieren und die Bestimmung ihres Interesses sei in rechtsstaatlicher und demokratiepolitischer Hinsicht bedenklich.⁴³¹

⁴²⁶ Schaeffer/Herricks/Kerster, Environmental Management 1988/4, 445 (445).

⁴²⁷ Schaeffer/Herricks/Kerster, Environmental Management 1988/4, 445 (448).

⁴²⁸ Vgl. Gilbert/Soliev/Robertson/Vermeylen/Williams/Grabowski, Human Ecologies 2023/6, 363 (370 f.); Ávila Santamaría, Revista de Estudios Políticos 2024/2, 277 (296).

⁴²⁹ Rapport/Costanza/McMichael, Trends in Ecology & Evolution 1998/10, 397 (397, 399); Schaeffer/Herricks/Kerster, Environmental Management 1988/4, 445 (450).

⁴³⁰ Tadaki/Clapcott/Holmes/MacNeil/Young, People and Nature 2023/5, 496 (500 f.); Cribb/Macpherson/Borchgrevink, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (10 ff.).

⁴³¹ S. z.B. Fish, Stanford Undergraduate Research Journal 2013, 6 (8 ff.); Darpö, Nature 47; Sagoff, On Preserving the Natural Environment, Yale Law Journal 1974/2, 205 (221 f.);

Diese Kritik nahm allerdings bereits Stone weitgehend vorweg, indem er festhielt, dass das Recht bestimmt, welcher Zustand der Natur geschützt wird, und dies auch ohne RdN bereits der Fall ist.⁴³² Deswegen könne auch ein bestimmter Zustand eines Flusses als sein rechtmäßiger Status definiert werden.⁴³³ Überdies merkte er an, dass uns „Naturobjekte [...] ihre Bedürfnisse mitteilen, und zwar auf eine Art, die nicht so furchtbar mehrdeutig ist“, wobei er auf die Halme seines Rasens verwies.⁴³⁴ Auch wenn die Interessen der Natur oft deutlich erkennbar sind,⁴³⁵ kann die Frage, was im Interesse eines Ökosystems ist, durchaus schwierig zu beantworten sein.⁴³⁶ Das menschliche Wissen über diese komplexen Systeme und deren Wechselbeziehungen nimmt zwar stetig zu,⁴³⁷ ist aber nach wie vor begrenzt.⁴³⁸ Auch in diesem Fall könnte sich daher ein Blick in die naturwissenschaftliche Literatur lohnen:

Gem. Schaeffer et al. ist der wichtigste Faktor für eine erfolgreiche Diagnose von Ökosystemen die Erfahrung – also die Erfahrungen der Beobachtung und das Erkennen einer Situation. Es sei wichtig, Daten zu sammeln, Aktivitäten und Eigenschaften von Organismen zu beobachten und diese mit Daten und Beobachtungen aus früheren Analysen in Beziehung zu setzen.⁴³⁹ Das Abstellen auf das Vorkommen einzelner Arten sowie einzelner Parameter wird hingegen ebenso abgelehnt wie das Abgleichen ganzer Inventarlisten.⁴⁴⁰ Stattdessen könnten die bereits genannten Indikatoren Hinweise auf gestresste bzw. kranke Ökosysteme geben.⁴⁴¹ Der Erfolg der Bewertung lasse sich daran messen, inwieweit die ergriffenen Management-, Verwaltungs- und Schutzmaßnahmen einen akzeptablen Zustand aufrechterhalten.⁴⁴²

Feinberg, in: Blackstone 43 (44); *Huffman*, Do Species and Nature Have Rights?, Public Land and Resources Law Review 1992, 51 (63); *Krämer*, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (67 f.); vgl. *Burdon/Williams*, in: Fisher 196 (207); *Kloepfer*, in: Kloepfer 35; *Schoukens*, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (197).

⁴³² *Stone*, Trees³ 169; i. d. S. auch *Bader-Plabst*, Natur 141, 149.

⁴³³ *Stone*, Umwelt 115 f.

⁴³⁴ *Stone*, Umwelt 45; ähnl. *Bader-Plabst*, Natur 148.

⁴³⁵ Vgl. z. B. *Preston*, The effectiveness of the law in providing access to environmental justice: an introduction, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy (Hrsg.), The Search for Environmental Justice (2015) 23 (36 f. m. w. N.).

⁴³⁶ Vgl. *Baard*, Res Publica 2023, 425 (429).

⁴³⁷ Vgl. z. B. *Schoukens*, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (197).

⁴³⁸ *Schaeffer/Herricks/Kerster*, Ecosystem Health, Environmental Management 1988/4, 445 (451, 453).

⁴³⁹ *Schaeffer/Herricks/Kerster*, Environmental Management 1988/4, 445 (453 f.).

⁴⁴⁰ *Schaeffer/Herricks/Kerster*, Environmental Management 1988/4, 445 (453).

⁴⁴¹ *Schaeffer/Herricks/Kerster*, Environmental Management 1988/4, 445 (454); *Rapport/Costanza/McMichael*, Trends in Ecology & Evolution 1998/10, 397 (397 ff.); ähnl. *Baard*, Res Publica 2023, 425 (435 f.).

⁴⁴² *Schaeffer/Herricks/Kerster*, Environmental Management 1988/4, 445 (454).

e) Zwischenergebnis

Zusammengefasst sprechen einige Gründe für die Annahme, dass vielen untersuchten RdN ein (öko-)systemischer Ansatz zugrunde liegt und diese im Wesentlichen einen Zustand schützen, der von der Naturwissenschaft als „Ökosystemgesundheit“ bezeichnet wird. Wasser, Luft, Boden, Fauna und Flora sollten daher nicht isoliert betrachtet werden, sondern gemeinsam aus einer (öko-)systemischen Perspektive.⁴⁴³ In der Literatur wird daher betont, dass bei der Anwendung und Auslegung der RdN naturwissenschaftliche Erkenntnisse über die ökologischen Zusammenhänge in Ökosystemen und deren Vernetztheit mit anderen Ökosystemen berücksichtigt werden sollten.⁴⁴⁴ Wie sich zeigte, ist hierbei auch das Wissen von indigenen Völkern und Personen mit langjähriger Erfahrung vor Ort – wie z. B. den *bush crews* in „Te Urewera“ – von wesentlicher Bedeutung.⁴⁴⁵ Deshalb sollten entsprechende Expert:innen beigezogen und Überlegungen betreffend den Umgang mit wissenschaftlicher Unsicherheit angestellt werden.⁴⁴⁶ Zur Feststellung von Rechtsverletzungen könnten insb. von der Naturwissenschaft erarbeitete Indikatoren für gesunde bzw. gestresste Ökosysteme herangezogen werden.⁴⁴⁷ Hingegen wird das Abstellen auf allgemeine Grenzwerte in der RdN-Literatur abgelehnt,⁴⁴⁸ weil diese i. d. R. nicht auf Ökosysteme, sondern auf eine Gefährdung des Menschen ausgerichtet sind⁴⁴⁹ und Schäden bis zu diesen Grenzwerten legitimieren.⁴⁵⁰ Unter der Annahme, dass die meisten untersuchten RdN die „Ökosystemgesundheit“ schützen, sollten außerdem bereits präventiv Maßnahmen ergriffen werden, um diese zu er-

⁴⁴³ Vgl. Kotzé/Kim, *Earth System Governance* 2019/1, 1 (6 m.w.N.); Gilbert/Soliev/Robertson/Vermeylen/Williams/Grabowski, *Human Ecologies* 2023/6, 363 (370 f.).

⁴⁴⁴ Y. Epstein/Ellison/Echeverría/Abbott, *Science* 2023/20, 380 (1 ff.); Bosselmann, *Natur* 373 f.; ähnl. Leimbacher, *Natur* 111; vgl. weiters Tadaki/Clapcott/Holmes/MacNeil/Young, *People and Nature* 2023/5, 496 (501 ff., 504); Gilbert/Soliev/Robertson/Vermeylen/Williams/Grabowski, *Human Ecologies* 2023/6, 363 (374); Peck/Desselas/Bonilla-Bedoya/Redín/Durango-Cordero, *People and Nature* 2024/00, 1 (14 f.); Gutmann, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocarú/Reder 275 (283); Bader-Plabst, *Natur* 188.

⁴⁴⁵ S. betr. indigenem Wissen insb. Abschnitt C.II.4.b), betr. *bush crews* Abschnitt B.IV.6.a) cc) sowie C.V.3. und C.V.4.; vgl. Gutmann, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocarú/Reder 275 (283); Peck/Desselas/Bonilla-Bedoya/Redín/Durango-Cordero, *People and Nature* 2024/00, 1 (14 f.).

⁴⁴⁶ Y. Epstein/Ellison/Echeverría/Abbott, *Science* 2023/20, 380 (1 ff.); Gutmann, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocarú/Reder 275 (283 f.). Zur Anwendung des Vorsorgeprinzips s. noch ausführl. Abschnitt C.IV.5.

⁴⁴⁷ Vgl. Preston, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy 23 (36 f. m.w.N.); Tadaki/Clapcott/Holmes/MacNeil/Young, *People and Nature* 2023/5, 496 (504); weiteren Forschungsbedarf verorten Gilbert/Soliev/Robertson/Vermeylen/Williams/Grabowski, *Human Ecologies* 2023/6, 363 (373).

⁴⁴⁸ S. insb. Prieto Méndez, *Derechos* 107 f., 131 ff.; Sheehan, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 227 (240 f.).

⁴⁴⁹ Vgl. Bosselmann, *Natur* 147, 373.

⁴⁵⁰ Linzey/Campbell, *People* 1; Borràs, *Transnational Environmental Law* 2016/1, 113 (129); Bosselmann, *Natur* 154; ähnl. Schulev-Steindl, *RdU* 2010/1, 4 (11).

halten, was der Literatur zufolge einen wesentlichen Unterschied zu vielen Umweltschutzgesetzen darstellt, die auf Schadensbegrenzung ausgerichtet sind.⁴⁵¹

f) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

Wird nun ein Blick auf die österreichischen Gewässerschutzvorschriften geworfen, lässt sich zunächst festhalten, dass diese im Ansatz durchaus Ähnlichkeiten mit den gewonnenen Erkenntnissen aufweisen. So wurde mit der Umsetzung der WRRL in das WRG eine ökosystemische Perspektive eingeführt und ein rechtsverbindlicher Zielzustand für Gewässer festgelegt,⁴⁵² der über deren bloße Existenz hinausgeht. Gewässer sollen sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht geschützt werden.⁴⁵³ Ziel ist nicht mehr nur die Erhaltung der Nutzungsmöglichkeiten⁴⁵⁴ oder der Schutz der menschlichen Gesundheit,⁴⁵⁵ sondern auch der Schutz von Ökosystemen.⁴⁵⁶ Gem. § 30 Abs. 1 Z 1 WRG ist zudem die „Gesundheit von Mensch und Tier“ Ziel der Gewässerbewirtschaftung.⁴⁵⁷ Begriffe wie „Ökosystem-gesundheit“, „Regeneration“ oder „Integrität“ finden in der WRRL und dem WRG zwar keine Erwähnung, die Wörter „Gleichgewicht“, „Vielfalt“ und „Funktionsfähigkeit des Ökosystems“ wurden aber sehr wohl verwendet. So beschreibt der ökologische Zustand „die Qualität von Struktur und Funktionsfähigkeit aquatischer, in Verbindung mit Oberflächengewässern stehender Ökosysteme gemäß der Einstufung nach Anhang V“.⁴⁵⁸ Diese Einstufung soll ganz im Sinne einer (öko-)systemischen „Gesamtbetrachtung“ nach einem integrierten Konzept erfolgen,⁴⁵⁹ das biologische (Gewässerflora, Wirbellosenfauna, Fischfauna), hydromorphologische (Wasserhaushalt, Durchgängigkeit, Morphologie) sowie chemische und physikalisch-chemische Qualitätskomponenten (Temperaturverhältnisse, Sauerstoffhaushalt, Salzgehalt, Nährstoffverhältnisse) umfasst und verschiedene Gewässerarten berücksichtigt.⁴⁶⁰ Mithilfe einer integrierten Gewässerbewirtschaftung nach Fluss-

⁴⁵¹ Vgl. insb. *Sheehan*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227 (240).

⁴⁵² Vgl. *Albrecht*, Umweltqualitätsziele 31, 334, 380; *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 41 f., 53; *T. Weber*, Umweltschutz 111.

⁴⁵³ Art. 1 WRRL, vgl. *Albrecht*, Umweltqualitätsziele 31, 325, 330, 361; *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 29.

⁴⁵⁴ Vgl. *Khakzadeh-Leiler*, Zum Verhältnis zwischen Naturschutz und Wirtschaft: Wieviel Wirtschaft(-srecht) steckt im Naturschutzrecht?, ÖZW 2018/1, 2 (3).

⁴⁵⁵ Art. 1 lit. d i. V. m. Art. 2 Z 33 WRRL, vgl. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 172.

⁴⁵⁶ C. Fn. 213.

⁴⁵⁷ Hervorhebung durch die Autorin; vgl. *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 77; *Akyürek/Reichel*, in: *Ennöckl/Raschauer/Wessely* 479 (501).

⁴⁵⁸ Art. 2 Z 21 WRRL; vgl. *Albrecht*, Umweltqualitätsziele 348; *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 59.

⁴⁵⁹ *Albrecht*, Umweltqualitätsziele 331.

⁴⁶⁰ S. insb. Anhang II und V WRRL; vgl. *Albrecht*, Umweltqualitätsziele 348 ff.; *T. Weber*, Umweltschutz 113.

gebietseinheiten sowie verschiedenen Planungsinstrumenten sollen bis zum Jahr 2015 (verlängert bis 2027) alle Oberflächengewässer einen guten chemischen und ökologischen Zustand aufweisen,⁴⁶¹ sodass Maßnahmen nicht erst dann zu ergreifen sind, wenn Grenzwerte überschritten werden oder eine Gefahr für den Menschen besteht,⁴⁶² sondern präventiv, um den Zielzustand zu erreichen und Verschlechterungen zu verhindern.⁴⁶³ Das Verschlechterungsverbot der WRRL gilt seit ihrem Inkrafttreten,⁴⁶⁴ weshalb eine „schleichende Weiterverschiebung“ hin zu einem schlechteren Gewässerzustand nicht mehr möglich sein sollte.⁴⁶⁵ Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu anderen Umweltmaterien, in denen Verschlechterungen vom Ist-Zustand ausgehend beurteilt werden.⁴⁶⁶ Zudem stellte der EuGH klar, dass ein Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot bereits dann vorliegt, wenn sich der Zustand auch nur einer einzigen Qualitätskomponente verschlechtert,⁴⁶⁷ wodurch er dem „Auffüllen von Freiräumen“ enge Grenzen setzte.⁴⁶⁸

Bei näherer Betrachtung wurde der ökosystemorientierte Ansatz aber lediglich bedingt weiterverfolgt und umgesetzt. Zum einen ist dies auf die bereits in Abschnitt C.II.6.b) erwähnten Auswirkungen der Kompetenzverteilung und Fragmentierung des Umweltrechts zurückzuführen, wodurch ein ganzheitlicher Schutz von Wassereinzugsgebieten, der auch kumulativen Auswirkungen Rechnung trägt, erschwert ist. Das grundsätzlich hohe Schutzniveau der WRRL wurde aber v. a. auch durch zahlreiche Ausnahmemöglichkeiten und Auslegungsspielräume der Mitgliedstaaten relativiert.⁴⁶⁹ Bspw. gelten für bereits erheblich veränderte Gewässer weit weniger strenge Maßstäbe, die sich nicht am „Natürlichkeitsansatz“, sondern am „Sanierungspotential“ orientieren.⁴⁷⁰ Überdies sind Ausnahmen vom Verschlechterungs-

⁴⁶¹ Art. 4 Abs. 1 lit. a ii WRRL; § 30a Abs. 1 i. V. m. § 30e WRG; vgl. *Albrecht*, Umweltqualitätsziele 346, 372; *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 64; *T. Weber*, Umweltschutz 115.

⁴⁶² Vgl. dazu *Stone*, Umwelt 50, 116; *Bosselmann*, in: *Stone* 9 (14).

⁴⁶³ *Albrecht*, Umweltqualitätsziele 391 f.; s. i. d. Z. insb. die Überlegungen von *Sheehan*, *Vermont Journal of Environmental Law* 2019/3, 227 (239).

⁴⁶⁴ Art. 4 Abs. 1 lit. a i; vgl. *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 63; *T. Weber*, Umweltschutz 116.

⁴⁶⁵ *Bosselmann*, Grundrechte 140.

⁴⁶⁶ Vgl. *Bosselmann*, Grundrechte 140; *Schoukens*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 65 (73).

⁴⁶⁷ EuGH 1.7.2015, C-461/13, *Weservertiefung*; vgl. *Schoukens*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 65 (70); *Berger*, in: *Oberleitner/Berger*, WRG⁴ § 104a Rz. 2.

⁴⁶⁸ *Bachler*, in: *Oberleitner/Berger*, WRG⁴ § 30a Rz. 13.

⁴⁶⁹ Art. 4 Abs. 3 ff. WRRL; *T. Weber*, Umweltschutz 115 ff.; *Albrecht*, Umweltqualitätsziele 352, 379; *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 70 f.; *Schoukens*, in: *Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk* 187 (202).

⁴⁷⁰ *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 60 f. m. w. N.; *T. Weber*, Umweltschutz 113 f.

verbot bei Vorliegen eines übergeordneten öffentlichen Interesses möglich,⁴⁷¹ die auch breit genutzt werden.⁴⁷²

Darüber hinaus wurden wesentliche Aspekte für eine ökosystemorientierte Beurteilung des Gewässerzustandes unzureichend berücksichtigt, weil die hydromorphologischen Qualitätskomponenten nur bei der Einstufung in den sehr guten Zustand und die chemisch-physikalischen lediglich bei einem sehr guten und guten Zustand relevant sind, sodass häufig nur die biologischen Merkmale für die Bewertung herangezogen werden.⁴⁷³ Aus einer ökosystemorientierten Perspektive besonders relevante Aspekte wie z. B. die Hydromorphodynamik, also die Wechselwirkung zwischen Wasser und Sedimenten, fanden in der WRRL hingegen zu wenig Beachtung.⁴⁷⁴ Nach der österreichischen Umsetzung in der Qualitätszielverordnung Ökologie löst zudem bereits das Vorhandensein einer Restwassermenge die Vermutung eines guten ökologischen Zustands aus, was die gesamtheitliche Betrachtungsweise völlig relativiert und zu einer Verschlechterung des Gewässerzustandes führen kann.⁴⁷⁵ Lokale Verschlechterungen scheinen außerdem dann nicht auf, wenn die Abgrenzung der Wasserkörper, wie dies gelegentlich der Fall ist, verändert wird.⁴⁷⁶ Außerdem erfolgte für Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet unter zehn Kilometer, also kleinere Nebenflüsse und Bäche, keine Einteilung in Wasserkörper,⁴⁷⁷ sodass fraglich ist, inwieweit – mangels Daten, Maßnahmenvor-

⁴⁷¹ Art. 4 Abs. 7 WRRL, Art. 104a Abs. 2 WRG; vgl. *Berger*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 104a Rz. 1 ff.

⁴⁷² NGP 2021, 148, wonach im Zeitraum von weniger als fünf Jahren (von der Veröffentlichung des NGP 2015 im Juli 2017 bis zur Veröffentlichung des NGP 2021 im Mai 2022) 14 Ausnahmen vom Verschlechterungsverbot erteilt wurden. Zudem zeigt eine Untersuchung von wasserrechtlichen Verfahren über Kraftwerke im Zeitraum Juli 2015 bis Herbst 2016, dass im Großteil der Fälle nicht nachvollziehbar war, „wie die Behörde zu dem Schluss kam, dass keine Verschlechterung zu befürchten war“ und in „mehr als 10 % der Fälle [...] trotz absehbarer Verschlechterung von einzelnen Qualitätskomponenten“ nicht das gem. § 104a WRG vorgesehene Verfahren durchgeführt wurde, *Schamschula*, Das Verschlechterungsverbot im Wasserrecht und dessen Umsetzung in Österreich, Juridikum 2018/1, 49 (54, 56).

⁴⁷³ § 4 Abs. 6 f., § 13 Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über die Festlegung des ökologischen Zustandes für Oberflächengewässer (Qualitätszielverordnung Ökologie Oberflächengewässer) BGBl II 2010/99; *Albrecht*, Umweltqualitätsziele 350 m. w. N.; ähnl. *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 59; NGP 2021, 119; *Berger*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 104a Rz. 2.

⁴⁷⁴ *Van der Werf*, A multidisciplinary perspective on the natural quality and rights of river systems, studenttheses.uu.nl/bitstream/handle/20.500.12932/35667/Guided_research_report_Rights_of_Nature_Ems-Dollard_KvdWerf_forArchive.pdf?sequence=1 (Stand 2.7.2024) 28 f.; *Van der Werf/Gilissen/Kleinans/van Rijswijk*, On dynamic naturalness, static regulation and human influence in the Ems-Dollard estuary, *International Journal of Water Resources Development* 2022/4, 596 (600 ff.).

⁴⁷⁵ § 13 Abs. 2 Qualitätszielverordnung Ökologie Oberflächengewässer; krit. *Kofler/Pörlinger/Schatzl/Schneider/Lindner*, RdU-U&T 2010/6, 60 (62, 68); vgl. *Bachler*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 30a Rz. 10.

⁴⁷⁶ Vgl. NGP 2021, 308; *Bachler*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 30a Rz. 1 ff.

⁴⁷⁷ C. Fn. 273.

gabe und Zielerreichungskontrolle – das Verbesserungsgebot und das Verschlechterungsverbot verwirklicht werden können.⁴⁷⁸ Schließlich werden im Rahmen von Genehmigungsverfahren Verschlechterungen erst recht wieder ausgehend vom Ist-Zustand bewertet.⁴⁷⁹

Der ökosystemorientierte Ansatz konnte sich daher bei näherer Betrachtung im Ergebnis kaum entfalten. Womöglich ist dies mit eine Erklärung dafür, weshalb sich nach wie vor 59,4 % der österreichischen Flüsse in keinem guten oder sehr guten Zustand befinden.⁴⁸⁰ Der Vorschlag der Naturwissenschaftler:innen Schaeffer et al., den Erfolg der Bewertung daran zu messen, inwieweit die ergriffenen Maßnahmen geeignet sind, den Zielzustand aufrechterhalten,⁴⁸¹ könnte somit dahin gehend aufgegriffen werden, dass die Kriterien für die Zustandsbewertung noch einmal überdacht werden. Überdies könnte es erforderlich sein, ergänzende Maßnahmen festzulegen und – wie der Rechnungshof einmahnte⁴⁸² – ausreichend finanzielle Mittel für ihre Umsetzung vorzusehen.⁴⁸³ In Hinblick auf eine weiterführende Untersuchung ließe sich zudem der Frage nachgehen, inwieweit der von der WRRL und dem WRG verlangte sehr gute oder gute Zustand von Fließgewässern jenem Zustand ähnelt, der von der Naturwissenschaft als „gesund“ bezeichnet wird.

5. Pflichten als Teil des Schutzbereichs

Die bisherigen Überlegungen zeigen, dass mit den gewährten Rechten i. d. R. auch Pflichten verbunden sind. Am deutlichsten zeigt sich dies anhand der ecuadorianischen RdN, die in der Verfassung verankert wurden und gegenüber denen die Pflichten bestehen, diese zu respektieren, zu schützen und zu garantieren. Diese Pflichten wurden gem. dem ecuadorianischen Verfassungsgerichtshof tw. in der Verfassung vorgesehen, die zahlreiche Bestimmungen zum Schutz der RdN enthält. Dazu zählt er nicht nur jene aus dem Abschnitt über „Rechte der Natur“, wie etwa das Vorsorgeprinzip, sondern auch andere Umweltbestimmungen, etwa zum Schutz der Biodiversität oder von Gewässern, sowie die Pflicht zur Durchführung von Genehmigungsverfahren. Ein Verstoß gegen diese Bestimmungen kann eine Verletzung der RdN darstellen. Auch in den bolivianischen Rechtsquellen wurden zahlreiche Pflichten vorgesehen, die dem Schutz der gewährten Rechte dienen.⁴⁸⁴ Den US-amerikanischen Rechtsquellen ist insb. die Pflicht zur Achtung von Verboten zu

⁴⁷⁸ *Bachler*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 30a Rz. 3.

⁴⁷⁹ VwGH 26.1.2012, 2010/07/0181; vgl. *Bachler*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 30a Rz. 15.

⁴⁸⁰ NGP 2021, 124 f.

⁴⁸¹ *Schaeffer/Herricks/Kerster*, Environmental Management 1988/4, 445 (454).

⁴⁸² Bericht des Rechnungshofes, Ökologisierung Fließgewässer, zweite Sanierungsperiode, Reihe BUND 2019/19, 10, abrufbar unter www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bericht_O_kologisierung_Fliessgewa_sser_2.pdf (Stand 2. 7. 2024).

⁴⁸³ S. i. d. Z. auch *Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie 124.

⁴⁸⁴ Vgl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (62).

entnehmen, die sich auf bestimmte, von Unternehmen ausgeübte Tätigkeiten sowie die Anwendung entgegenstehender Rechtsquellen beziehen.

Der Schutzbereich der untersuchten RdN kann sich daher nicht nur aus den gewährten Rechten, sondern auch aus den normierten Pflichten zusammensetzen.⁴⁸⁵ Besonders deutlich wird dies am Beispiel von Neuseeland, wo keine konkreten Rechte gewährt wurden, sondern die Verantwortung und Pflichten gegenüber den Rechtsträger:innen hervorgehoben wurden.⁴⁸⁶ Diesbezüglich wurden umfangreiche Planungs-, Management- und Vertretungsvorgaben festgelegt, die als Kernstück der Rechtsquellen betrachtet werden.⁴⁸⁷ „Rechte“ können gem. einigen Stimmen in der Literatur, die sich meist auf den US-amerikanischen Rechtswissenschaftler Hohfeld berufen, als „Kehrseite“ dieser Pflichten betrachtet werden.⁴⁸⁸ Demzufolge lassen sich aus den in Neuseeland vorgesehenen Pflichten insb. Verfahrensrechte ableiten. In Hinblick auf materielle Rechte sind die Rechtsquellen hingegen weniger eindeutig. Die Pflicht, die „Gesundheit und das Wohlergehen“ von „Te Awa Tupua“ zu fördern und zu unterstützen, wird jedenfalls als „Schlüsselinteresse“ des Flusses betrachtet, weshalb der Fluss so zu verwalten sein könnte, dass seine Gesundheit wiederhergestellt wird⁴⁸⁹ und er dies mithilfe seiner Verfahrensrechte durchsetzen kann.⁴⁹⁰ Aus dem Te Urewera Gesetz, wonach u. a. „indigene ökologische Systeme und die Biodiversität von Te Urewera zu erhalten“ sind, könnten der Literatur zufolge ebenfalls entsprechende Rechte abgeleitet werden.⁴⁹¹ Auch die Anordnungen der kolumbianischen Gerichte, die ähnlich wie in Neuseeland insb. Planungs-, Management- und Vertretungsmaßnahmen betreffen, aber ebenfalls die Beendigung schädigender Verhaltensweisen, die Einrichtung von Schutzgebieten oder die Zurverfügungstellung ausreichend finanzieller Mittel vorsehen, gestatten Rückschlüsse auf den sonst kaum konkretisierten Schutzbereich der kolumbianischen RdN.⁴⁹² In der ecuadorianischen Rechtswissenschaft ist hingegen umstritten, inwieweit aus Pflichten und Verboten Rechte der Rechtsträger:innen abgeleitet werden können. Einige gewichtige Stimmen nehmen dies jedenfalls in Bezug auf jene Bestimmungen an, die im Abschnitt über RdN enthalten sind, tw. auch darüber hinaus. Der Ver-

⁴⁸⁵ Vgl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (61).

⁴⁸⁶ Vgl. *Iorns Magallanes*, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (233).

⁴⁸⁷ Vgl. *Kauffman/Martin*, Politics 74 f.; *Kauffman*, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578 (584); *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (446 f., 451); *Schimmöller*, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (576, 583); *Sanders*, Journal of Environmental Law 2018/2, 207 (231).

⁴⁸⁸ *Hohfeld*, Conceptions 35 ff.; sowie B. Fn. 1265. S. i. d. Z. außerdem die weiterführenden Überlegungen von *Lloredo Alix*, skizziert in Abschnitt C.II.5.a).

⁴⁸⁹ *Gordon*, in: Salmon/Grinlinton 338 (410); *Iorns Magallanes*, Ancestor, Rz. 24; *Cribb/Macpherson/Borchgrevink*, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (10 ff.).

⁴⁹⁰ *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (52).

⁴⁹¹ *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (52) mit Verweis auf Art. 3 ff. Te Urewera Gesetz; a. A. *Buocz/Eisenberger*, Oxford Journal of Legal Studies 2023/1, 32 (44, 49); s. Abschnitt B.IV.4.a).

⁴⁹² Vgl. *Macpherson*, Water 149.

fassungsgerichtshof äußerte sich bislang nicht gegenteilig, sondern hielt sogar fest, dass die RdN in der Verfassung nicht taxativ genannt wurden und daher alle Rechte anzuerkennen sind, die sich für den rechtlichen Schutz der Natur eignen.⁴⁹³

Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass mit den gewährten Rechten i. d. R. auch Pflichten verbunden sind, die in die Pflichten, diese zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten, unterteilt werden können. Umweltschutzpflichten können als Teil des Schutzbereichs betrachtet werden und deren Missachtung kann jedenfalls in Ecuador eine Verletzung der RdN begründen. Pflichten, die dem Schutz der Rechtsträger:innen dienen, könnten nach Hohfeld außerdem als Rechte der Rechtsträger:innen betrachtet werden.

a) Art und Ausmaß der Erhaltungspflichten

Da mit den gewährten Rechten auch positive Pflichten – also Schutz- und Gewährleistungspflichten – einhergehen, stellt sich die Frage, welche Maßnahmen von wem zu ergreifen sind, um diese Pflichten zu erfüllen. Die untersuchten Rechtsquellen sind diesbezüglich nur tw. aufschlussreich, weil insb. auf bereits bestehende Umweltschutzvorschriften und -instrumente wie z. B. die Stärkung von Schutzgebieten verwiesen wurde. In der Literatur wird deshalb kritisiert, dass die mit den RdN verbundenen Pflichten noch nicht ausreichend elaboriert wurden und jedenfalls die Pflicht zur Wiederherstellung und Verbesserung des Zustands der Natur vorgesehen werden sollte.⁴⁹⁴ Wie sich zeigte, sind diese Pflichten aber durchaus in vielen untersuchten Rechtsquellen enthalten. Zudem erscheint es nicht ungewöhnlich, dass bei der Konkretisierung der Schutz- und Gewährleistungspflichten zunächst auf bereits bekannte Umweltschutzinstrumente zurückgegriffen wird.⁴⁹⁵ Vielmehr stellt sich die Frage, ob diese Instrumente genügen, um die RdN zu gewährleisten, oder zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, die über das bestehende Instrumentarium hinausgehen. Vor dem Hintergrund der bislang gewonnenen Erkenntnisse ist anzunehmen, dass die bereits existierenden Umweltschutzinstrumente häufiger und strenger angewandt werden könnten. Manche Stimmen in der Literatur betrachten es aber auch kritisch, dass die RdN nach „traditionellen rechtlichen Formen und Logiken“ interpretiert werden, weil dadurch die Möglichkeit zur Veränderung und Überwindung der Trennung von Natur und Kultur relativiert werden könnte.⁴⁹⁶

Eine bedeutende Frage, die sich mithilfe der untersuchten Rechtsordnungen nicht vollständig beantworten lässt, ist, inwieweit auch dann Erhaltungsmaßnahmen zu ergreifen sind, wenn die Bedrohung der RdN nicht vom Menschen ausgeht, etwa weil ein Fluss infolge einer Dürreperiode auszutrocknen droht (wobei sich durchaus Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben können, wenn die Dürre z. B. auf den men-

⁴⁹³ S. insb. Abschnitt B.II.4.a)cc) und B.II.4.a)dd).

⁴⁹⁴ Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (65 f.).

⁴⁹⁵ S. dazu bereits Abschnitt C.I.3.b).

⁴⁹⁶ Cortés-Nieto/Gómez-Rey, Revista Derecho del Estado 2023/1, 133 (135 ff.).

schengemachten Klimawandel zurückzuführen ist).⁴⁹⁷ Diesbezüglich sind mehrere Möglichkeiten denkbar. Viele Rechtsquellen enthalten Hinweise darauf, dass den Staat bzw. die Menschen insb. die Pflicht trifft, die Auswirkungen ihrer Handlungen zu begrenzen, sodass zu dem Ergebnis gelangt werden könnte, dass angesichts der nicht von ihnen verursachten Bedrohung keine Maßnahmen zu setzen sind. Ein entsprechender Hinweis findet sich ebenfalls in der bereits erwähnten Judikatur des ecuadorianischen Verfassungsgerichtshofes, wonach Arten nicht aus „unnatürlichen oder anthropischen“ Gründen aussterben dürfen. Jedoch könnte auch angenommen werden, dass die Pflicht besteht, die Bedrohung nicht weiter zu verschärfen, sodass z. B. Wasserentnahmen einzuschränken sind. Bei einer strengen Auslegung der Erhaltungspflicht könnte man aber auch zu dem Ergebnis gelangen, dass Schadensminimierungs- oder Wiederherstellungsmaßnahmen zu ergreifen sind, um die „Ökosystemgesundheit“ so weit wie möglich zu erhalten bzw. nach der Dürre wiederherzustellen.

b) Rechte oder Pflichten: Ein und dieselbe Pflicht, die Umwelt zu schützen?

Dass sich die Pflichten, die gegenüber RdN bestehen, nicht fundamental von den Schutzpflichten des traditionellen Umweltrechts unterscheiden, wird in der Literatur kritisiert. Ausgehend von der Annahme Hohfelds, dass Rechte und Pflichten korrelieren⁴⁹⁸ und beide „derselben materiellen Norm Platz machen“, nämlich „der Pflicht, die Umwelt zu schützen“,⁴⁹⁹ sei es daher auch ohne RdN möglich zu behaupten, „dass die Natur bereits gewisse Rechte genießt“.⁵⁰⁰ Bspw. könne Art. 12 Abs. 1 lit. a FFH-RL, wonach das absichtliche Töten der im Anhang genannten Tierarten verboten ist, dahin gehend verstanden werden, dass er einem Wolf ein „Recht auf Leben“ gewährt.⁵⁰¹ Die gegenüber bedrohten Arten wie z.B. Wölfen bestehenden Pflichten, etwa ihre Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu schützen,

⁴⁹⁷ Stone, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 81 (86).

⁴⁹⁸ Hohfeld, *Conceptions* 35 ff.; vgl. Y. Epstein/Schoukens, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/2, 205 (207, 209 f.); Hilson, *Substantive environmental rights in the EU: doomed to disappoint?*, in: Bogojevic/Rayfuse (Hrsg.), *Environmental Rights in Europe and Beyond* (2018) 87 (91); Hilson, *Journal of European Public Policy* 2018/11, 1589 (1592); ausführl. auch Schulev-Steindl, *Rechte*, X, 101 ff.

⁴⁹⁹ Betaille, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 35 (57 f.); ähnl. Schoukens, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (204); Y. Epstein/Bernet Kempers, *Modern Law Review* 2023/6, 1336 (1344 ff.); in Bezug auf die österr. Rechtslage s. auch Welan, in: Kerschner 31 (55).

⁵⁰⁰ Betaille, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 35 (58); Y. Epstein/Schoukens, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/2, 205 (208, 210, 213); Cullinan, *Wild Law* 31; s. aber Carducci et al., *Charter* 29 m. w. N.; sowie betr. EMRK Verniers, in: García Ruales/Hovden/Kopinina/Robertson/Schoukens 165 (174 ff., 179), derzufolge sich eine entsprechende Entwicklung abzeichnet. Ewering/Gutmann/Vetter, in: García Ruales/Hovden/Kopinina/Robertson/Schoukens 180 (186, 195) halten hingegen eine ausdrückliche Verankerung von RdN in der EMRK für erforderlich.

⁵⁰¹ Schoukens, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (204).

könnten gem. Schoukens sogar als Eigentumsrechte von Wölfen verstanden werden.⁵⁰² Auch das Verschlechterungsverbot und das Verbesserungsgebot der WRRL weisen nach Ansicht des EuGH einen materiellen Gehalt auf.⁵⁰³ Zudem können bereits aus Rechtsvorschriften, die in EU-Richtlinien festgelegt wurden, gem. Art. 47 GRC i. V.m. Art. 9 Abs. 3 Aarhus-Konvention⁵⁰⁴ und dem Effektivitätsgrundsatz Rechte abgeleitet werden, die z. B. von Umweltorganisationen durchgesetzt werden können.⁵⁰⁵ Daraus wurde von manchen Stimmen in der Literatur der Schluss gezogen, dass die Einführung von RdN lediglich einen begrenzten Mehrwert mit sich bringt.⁵⁰⁶

Es gibt aber auch Stimmen in der Literatur, die hier widersprechen.⁵⁰⁷ Diesen ist vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen zuzustimmen. Denn wie die bereits gewonnenen Erkenntnisse zeigen, bringen die RdN einen Perspektivenwechsel mit sich, wonach der Schutz der Natur aus der Perspektive von Ökosystemen oder ähnlichen Organisationsebenen der Natur betrachtet wird. Die veränderte Perspektive offenbart Lücken im Umweltrecht, die z. B. darin bestehen, dass nur bestimmte vom Aussterben bedrohte Arten Schutz erhalten, Schutzbestimmungen nur in bestimmten Fällen anwendbar sind, Beeinträchtigungen der Natur lediglich in bestimmten Fällen überprüft werden oder Ausnahmen von Schutzbestimmungen

⁵⁰² Schoukens, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens 139 (139 ff., 155 ff., 163).

⁵⁰³ EuGH 1.7.2015, C-461/13, *Weservertiefung*, Rz. 31 ff.; vgl. Hilson, *Journal of European Public Policy* 2018/11, 1589 (1601); Schoukens, in: Pereira/Saramago 205 (216 f.).

⁵⁰⁴ Übereinkommen über Umweltinformationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention) vom 25.6.1998 BGBl III 2005/88, von dem sowohl die EU als auch sämtliche Mitgliedsstaaten inkl. Österreich Vertragsparteien sind, s. ausführl. T. Weber, *Umweltschutz* 5 ff.

⁵⁰⁵ S. insb. EuGH 28.2.1991, C-131/88, *Grundwasser-RL*, Rz. 7; 25.7.2008, C-237/07, *Janecek*; 8.3.2011, C-240/09, *Lesoochranárske zoskupenie VLK* (Slowakischer Braunbär); 12.5.2011, C-115/09, *Trianel*; 8.11.2016, C-243/15, *Lesoochranárske zoskupenie VLK II* (Slowakischer Braunbär II); 20.12.2017, C-664/15, *Protect*; vgl. insb. T. Weber, *Umweltschutz* 70 ff.; Madner, in: Holoubek/Potacs 1340 (1376 f.); Schulev-Steindl, Vom Wesen und Wert der Parteistellung, in: FS Mayer (2011) 683 (698); Rametsteiner/Alge, VwGH stärkt Rechtsschutz durch Aarhus-Konvention und EuGH-Rechtsprechung, RdU 2018/4, 137 (137 ff.); Wegener, Vollzugskontrolle durch Klagerechte vor mitgliedstaatlichen Gerichten, in: Lübke-Wolff (Hrsg.), Der Vollzug des europäischen Umweltrechts (1996) 145 (147); Bosselmann, *Grundrechte* 221; Darpö, *Nature* 50, 53; Y. Epstein/Schoukens, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/2, 205 (207, 216 f., 221 ff., 227); Hilson, *Journal of European Public Policy* 2018/11, 1589 (1592); Hilson, in: Bogojevic/Rayfuse 87 (88 f., 93 ff., 97); Schoukens, in: Pereira/Saramago 205 (222, 231); Schoukens, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (200); Schoukens, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2018, 309 (329 f.); Carducci et al., *Charter* 69.

⁵⁰⁶ Betaille, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 35 (59); ähnl. Darpö, *Nature* 46.

⁵⁰⁷ S. insb. Schoukens, in: Pereira/Saramago 205 (207); Carducci et al., *Charter* 104.

ermöglicht werden, selbst wenn die Existenz von Ökosystemen gefährdet ist.⁵⁰⁸ Die Gesundheit oder Erhaltung der Regenerationsfähigkeit von Ökosystemen oder ähnlichen Organisationsebenen der Natur – wie z.B. Wassereinzugsgebieten – ist somit im geltenden Recht nicht lückenlos geschützt, ein vollständiger Schutz ist folglich auch nicht durchsetzbar. Daran anknüpfend ist aber die Frage durchaus berechtigt, inwieweit ein vollständiger Schutz auch mithilfe von Pflichten gewährleistet werden kann.

c) Kritik an Rechten – Vorrang von Pflichten?

Einige Stimmen in der Literatur sehen ebenso wie manche Mitglieder von indigenen Völkern RdN kritisch. Manche davon sind z.B. der Ansicht, dass dadurch der Fokus auf (individuelle) Rechte fortgesetzt wird, der in westlich-modernen Rechtssystemen vorherrscht und mit der Trennung von Subjekt und Objekt oder Natur und Kultur eng verbunden ist.⁵⁰⁹ So würden sich die Rechte der Natur sowie der Menschen scheinbar entgegenstehen, was dazu führen könne, dass gegenseitige Abhängigkeiten und komplexe Netzwerke nicht genügend berücksichtigt würden.⁵¹⁰ Die Transformation der Subjektivität, wie sie u. a. von Latour für notwendig erachtet wird, sollte deshalb gem. Birrell/Matthews nicht durch eine Ausweitung von Rechten erfolgen.⁵¹¹ In Anknüpfung an Philosoph:innen wie Simone Weil und Hans Jonas wird in der Literatur stattdessen vorgeschlagen, den Fokus von Rechten auf den Vorrang von Pflichten zu verlagern, die gegenüber der Natur bestehen, und menschliche Handlungen bzw. die Menschenrechte entsprechend einzuschränken.⁵¹²

⁵⁰⁸ Vgl. z. B. *Schoukens*, in: Pereira/Saramago 205 (223 f.); *Mason*, One In All: Principles and Characteristics of Earth Jurisprudence, in: Burdon (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 35 (41). S. bezugnehmend auf die österr. Rechtslage auch *Schwarzer*, ZfVB 1992/2, 107 (108).

⁵⁰⁹ S. z. B. *Birrell/Matthews*, *Law and Critique* 2020/3, 275 (277, 282); *Giagnocavo/Goldstein*, *Law Reform or World Re-form: The Problem of Environmental Rights*, *McGill Law Journal* 1990, 345 (347 f., 385 f.); *Jaria i Manzano*, *Revista Chilena de Derecho y Ciencia Política* 2013/1, 43 (70 f.); ähnl. *Petersmann*, *The International Journal of Human Rights* 2023/7/12, 1 (1 ff.); vgl. *Randazzo/Richter*, *Ontology* 101 ff. Zum „Recht im Zentrum des Rechts“ auch ausführl. *Schulev-Steindl*, *Rechte* 3 ff.; für eine ausführl. Diskussion s. insb. *Lloredo Alix*, *Oñati Socio-Legal Series* 2023/3, 1003 (1022 ff., 1027).

⁵¹⁰ *Gutmann*, in: Adloff/Busse 133 (141); *Gutmann*, *Rechte der Natur und indigenes Denken in Ecuador*, *Zeitschrift für Umweltrecht* 2019/11, 611 (616 m. w. N.); *Birrell/Matthews*, *Law and Critique* 2020/3, 275 (283).

⁵¹¹ *Birrell/Matthews*, *Law and Critique* 2020/3, 275 (282); *Matthews*, *Law, Culture and the Humanities* 2019/0, 1 (10); a. A. *Kersten*, *Rechtswissenschaft* 2014/3, 378 (412 f.). Dass es sich möglicherweise nicht um die Frage des entweder/oder handelt, sondern jedenfalls noch weitere Schritte notwendig sind, um *Latours* Vorschlag vollständig umzusetzen, bemerken *Villavicencio-Calzadilla/Kotzé*, in: *Peters/Lohse* 51 (68).

⁵¹² *Jaria i Manzano*, *Revista Chilena de Derecho y Ciencia Política* 2013/1, 43 (71 f.); *Burdon*, *Obligations in the Anthropocene*, *Law and Critique* 2020/3, 309 (309, 311, 320, 324); *Weil*, *Draft for a statement of human obligations*, in: *Miles* (Hrsg.), *Simone Weil: An Anthology* (2005) 221 (224 f.); *Birrell/Matthews*, *Law and Critique* 2020/3, 275 (283 ff.); *Mat-*

Auch in der deutschsprachigen Literatur wurden bereits Vorschläge für „Grundpflichten“ gegenüber der Umwelt erarbeitet.⁵¹³ Grundpflichten bieten demnach ein ähnliches Maß an Schutz wie Grundrechte, tw. wird sogar davon ausgegangen, dass Pflichten konkreter sind als universal verstandene Rechte und ihr Gehalt über jenen von Rechten hinausgeht.⁵¹⁴

Andere Stimmen in der Literatur betonen hingegen die Vorteile von Rechten. Denn Grundpflichten binden gem. Leimbacher nur die Bürger:innen, nicht den Staat, während den Grundrechten ein direkt-anspruchsbegründender Gehalt zukommt, sodass sie die Durchsetzung bestimmter Ansprüche selbst dann ermöglichen, wenn die Gesetzgebung untätig bleibt.⁵¹⁵ Aus Grundrechten können gem. Lloredo Alix zudem konkrete Pflichten abgeleitet werden, sodass mit ihnen sogar „ein Bündel von korrelierenden Pflichten“ einhergeht.⁵¹⁶ Folglich können sie sogar vorgeben, in welchem Ausmaß konkrete Pflichten zu ergreifen sind, während Pflichten für sich gem. Emmenegger/Tschentscher lediglich einen begrenzten Anwendungsbereich haben.⁵¹⁷ Ein Recht garantiert gem. Merrills, dass es stets berücksichtigt werden muss und gute Gründe für dessen Versagung vorliegen müssen.⁵¹⁸ Die natürliche Entität wird dadurch im Recht zum Subjekt,⁵¹⁹ sichtbar und fähig zu handeln, wodurch die Menschen und die Natur gem. Bleby in eine gleichberechtigtere und stärker voneinander abhängige Rechtsbeziehung gebracht werden sowie ein breiterer Wandel im Recht und der Gesellschaft eingeleitet werden kann.⁵²⁰ Rechte sind gem.

thews, Law, Culture and the Humanities 2019/0, 1 (10, 13 ff.); *Jorns Magallanes*, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (217); *Rolston*, Yale Journal of International Law 1993/1, 251 (258 ff.); s. i. d. Z. auch *P.E. Taylor*, Georgetown International Environmental Law Review 1998, 309 (310, 327 f., 353, 375 ff.); *Bosselmann*, Grundrechte 125; *Bosselmann*, Human Rights and the Environment: Redefining Fundamental Principles?, www.researchgate.net/publication/313527194_Human_rights_and_the_environment_redefining_fundamental_principles (Stand 2.7.2024) 16; s. aber *Latour*, To Modernise or Ecologise?, That is the Question, in: Braun/Castree (Hrsg.), Remaking Reality: Nature at the Millenium (1998) 220 (234).

⁵¹³ *Duschaneck*, in: FS Wenger 279 (299); *Pernthaler*, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 1 (9); *Pernthaler*, in: Kerschner 5 (13); *Bosselmann*, Natur 202 f.; *Bosselmann*, Grundrechte 128; betr. Tierschutz s. auch *Geistlinger*, in: Harrer/Graf 65 (70); vgl. *Geddert-Steinacher*, Staatsziel Umweltschutz: Instrumentelle oder symbolische Gesetzgebung?, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten (Hrsg.), Ökologische Ethik und Rechtstheorie (1995) 31 (41 f.).

⁵¹⁴ *Birrell/Matthews*, Law and Critique 2020/3, 275 (286); *Matthews*, Law, Culture and the Humanities 2019/0, 1 (14 f.) mit Verweis auf *Weil*, Human Personality, in: Miles (Hrsg.), Simone Weil: An Anthology (2005) 69 (84).

⁵¹⁵ *Leimbacher*, Natur 134 f., 137.

⁵¹⁶ *Lloredo Alix*, Oñati Socio-Legal Series 2023/3, 1003 (1028 f.).

⁵¹⁷ *Emmenegger/Tschentscher*, Georgetown International Environmental Law Review 1994/3, 545 (573) mit Verweis auf *D'Amato/Chopra*, Whales: Their Emerging Right to Life, The American Journal of International Law 1991/1, 21 (51); *Stone*, Umwelt 57 f.

⁵¹⁸ *Merrills*, in: Bodansky/Brunnée/Hey 663 (666); weiters *Laitos*, in: Voigt 209 (216); *Bugge*, in: Voigt 3 (8).

⁵¹⁹ *Emmenegger/Tschentscher*, Georgetown International Environmental Law Review 1994/3, 545 (573 m. w. N.).

⁵²⁰ *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (48).

Merrills außerdem im Vergleich zu anderen Interessen, die keine Rechte sind, in einer stärkeren Position.⁵²¹ Dementsprechend stellte Stutzin fest: „[W]er keine Rechte hat, wird verachtet; wer Rechte hat, wird geachtet“.⁵²² Gem. Stone hat die Übertragung von Rechten aber nicht nur eine „verfahrensrechtliche, rechtspraktische Seite“, wonach sich jene, die diese Rechte einschränken, an bestimmte Verfahrensweisen halten müssen, sondern auch eine psychologische.⁵²³ Denn „Rechte“ besitzen eine eigene Bedeutung, deren Kraft „unser Denken zwangsläufig noch verstärkt“.⁵²⁴ Sie können das gesellschaftliche Bewusstsein beeinflussen⁵²⁵ und den Diskurs über das Verhältnis des Menschen und des Rechtssystems zur Natur verändern.⁵²⁶ Ihnen kommt gem. Birnbacher daher auch eine besondere rhetorische Qualität zu, die „Pflichten“ fehlt.⁵²⁷ Stone geht deshalb davon aus, dass eine „Gesellschaft, in der, wenn auch unbestimmt, der Satz gälte: ‚Flüsse haben Rechte‘ ein anderes Rechtssystem entwickeln [würde] als eine, in der diese Bestimmung nicht vorgesehen wäre – wenn auch die beiden Modellgesellschaften in anderer Hinsicht zu Beginn exakt dieselben rechtlichen Regelungen aufwiesen“.⁵²⁸

6. Wiederherstellungsrechte und -pflichten

Dem „Recht auf Wiederherstellung“ wird in der Literatur eine besondere Bedeutung im Kontext der RdN beigemessen.⁵²⁹ Es wurde in manchen US-amerikanischen Rechtsquellen, in der ecuadorianischen Verfassung, im bolivianischen Mutter Erde Gesetz sowie in einigen kolumbianischen Gerichtsentscheidungen gewährt.⁵³⁰ Der Literatur zufolge könnte auch gegenüber dem neuseeländischen Fluss „Te Awa Tupua“ eine Wiederherstellungspflicht bestehen.⁵³¹ Aus einer rechtsvergleichenden Perspektive ergeben sich daraus folgende Fragestellungen, die in den untersuchten Rechtsquellen jeweils nur tw. beantwortet wurden: Wann ist eine

⁵²¹ *Merrills*, in: Bodansky/Brunnée/Hey 663 (668); ähnl. *Iorns Magallanes*, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (234).

⁵²² *Stutzin*, Die Natur der Rechte und die Rechte der Natur, *Rechtstheorie* 1980/3, 344 (350) zitiert von *Leimbacher*, *Natur* 42; *J. Weber*, *Erde* 170; *Gutmann*, in: Adloff/Busse 133 (141).

⁵²³ *Stone*, *Umwelt* 30, 67; ähnl. *Stutzin*, *Environmental Policy and Law* 1976/2, 129 (129).

⁵²⁴ *Stone*, *Umwelt* 65.

⁵²⁵ *J. Weber*, *Erde* 170, 162.

⁵²⁶ *Y. Epstein/Schoukens*, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/2, 205 (225).

⁵²⁷ *Birnbacher*, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 63 (70 f.).

⁵²⁸ *Stone*, *Umwelt* 66 f.; zust. *Lloredo Alix*, *Oñati Socio-Legal Series* 2023/3, 1003 (1028); ähnl. *Bosselmann*, *Natur* 387; *Y. Epstein/Schoukens*, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/2, 205 (208).

⁵²⁹ Vgl. z. B. *Schoukens*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 65 (75).

⁵³⁰ Vgl. *Bleby*, *University of Western Australia Law Review* 2020/1, 33 (50), worin manche US-amerikanische Rechtsquellen allerdings noch nicht berücksichtigt wurden.

⁵³¹ B. Fn. 1312.

Wiederherstellung geboten, wer hat Wiederherstellungsmaßnahmen zu ergreifen, welcher Zustand ist wiederherzustellen und wie ist vorzugehen, wenn eine Wiederherstellung nicht mehr möglich ist?

a) Synthese der vorgesehenen Wiederherstellungsrechte und -pflichten

In Bezug auf die erste Frage ist nach der ecuadorianischen Rechtslage eine Wiederherstellung stets dann geboten, wenn die RdN verletzt wurden oder ein Umweltschaden vorliegt. Eine Verletzung der RdN zieht demnach eine Pflicht zur Wiederherstellung bzw. ein Recht auf Wiederherstellung nach sich. Letzteres lässt sich auch für die anderen Rechtsquellen, in denen ein „Recht auf Wiederherstellung“ gewährt wurde, annehmen. In Ecuador löst zudem „jeder Umweltschaden“ ein Wiederherstellungsrecht aus, sodass es der Rechtsträger:in auch dann zukommen könnte, wenn ein Schaden nicht so gravierend ist, dass die gewährten Rechte verletzt wurden. Dasselbe könnte für den Fluss Klamath gelten, dem ein Recht auf Wiederherstellung zukommt, wenn ein identifizierbar oder auch nicht identifizierbar vom Menschen verursachter Schaden vorliegt. In Ecuador und Bolivien wurde außerdem festgelegt, dass die Wiederherstellungspflicht unabhängig von anderen zu leistenden Entschädigungen besteht. Dies wird in der Literatur als „grundlegender Punkt“ der Wiederherstellungspflicht betrachtet.⁵³²

Die Wiederherstellungsmaßnahmen sind nach ecuadorianischem Recht verschuldensunabhängig von den Schadensverursacher:innen zu ergreifen sowie unverjährbar. Die Verursacher:innen tragen die Beweislast über die Inexistenz des Schadens. Der Staat hat „unmittelbar und subsidiär“ sämtliche Maßnahmen für eine integrale Wiederherstellung zu ergreifen und diese den Verursacher:innen aufzutragen. Auch in Bolivien sind sowohl der Staat als auch individuelle oder kollektive Personen, die zufällig oder wissentlich einen Schaden verursachten, zur Wiederherstellung verpflichtet. Der Staat hat Mechanismen festzulegen, damit die Verursacher:innen die notwendigen Maßnahmen ergreifen, und gegenüber den unmittelbar Verantwortlichen einen Rückerstattungsanspruch.

In Hinblick auf den wiederherzustellenden Zustand wird in der ecuadorianischen Literatur überwiegend davon ausgegangen, dass jener Zustand wiederherzustellen ist, der vor dem Eingriff bestand oder gem. Verfassungsgerichtshof diesem „am nächsten“ kommt. Auch in Bolivien soll eine Annäherung an die Bedingungen vor Schadenseintritt erfolgen. Ebenso sind „identifizierbar vom Menschen verursachte Schäden“ am Klamath Fluss dahin gehend zu beheben, dass jener Zustand wiederhergestellt wird, der vor dem Schaden bestand. Dies hat gem. Stone das Einfrieren jenes Zustandes zur Folge, der gegeben war, als der oder die Rechtsträger:in Inhaber:in von Rechten wurde.⁵³³ Vereinzelt wird in der Literatur aber auch die Auffassung vertreten, dass ein ursprünglicher, wilder Zustand der Natur wiederherzu-

⁵³² Carducci et al., Charter 126.

⁵³³ Stone, Umwelt 51 f., 55 f. mit weiterführenden Überlegungen.

stellen ist, womit allerdings, wie zugleich festgehalten wird, Abgrenzungs- und Definitionsschwierigkeiten einhergehen.⁵³⁴ Gem. Leimbacher ist eine Wiederherstellung hingegen wohl meist nur annähernd möglich.⁵³⁵ I. d. Z. ist bemerkenswert, dass in der RdN-Literatur, mit Ausnahme der Ausführungen von Gordon in einem neuseeländischen Umweltrechtshandbuch,⁵³⁶ nicht ausdrücklich die Wiederherstellung eines „gesunden Ökosystemzustandes“ oder dergleichen als erforderlich erachtet wird. Der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof stellte demgegenüber sehr wohl fest, dass die „ökologische Funktionalität“ wiederherzustellen ist, und sichergestellt werden muss, dass das natürliche System zu den Bedingungen zurückkehrt, die seine korrekte Entfaltung in Bezug auf seine Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse erlauben.⁵³⁷ Auch in Bolivien ist die veränderte Lebenszone oder das veränderte Lebenssystem so umzugestalten, dass „die Vielfalt ihrer Bestandteile, Prozesse, Zyklen, Beziehungen und Interaktionen sowie ihre Dynamik“ wiederhergestellt werden. Das daraus hervorgehende System soll „in ökologischer, sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht selbsterhaltend sein“.⁵³⁸ Ebenso legte der Yurok Tribe fest, dass bei „nicht identifizierbar vom Menschen verursachten Schäden“ ein „natürlich gedeihender Zustand“ wiederherzustellen ist. Dass der wiederherzustellende Zustand in Ecuador letztlich von der Umweltbehörde festzulegen ist, wurde in der Literatur kritisiert, weil damit die Beurteilung der Angemessenheit im Ermessen des Staates liege.⁵³⁹ Allerdings stellt sich die Frage, welche Alternativen es gäbe. Denkbar wäre z. B., dass die Behörde ihre Entscheidung – die bereits jetzt gewisse gesetzlich festgelegte Bedingungen erfüllen muss und gerichtlich überprüft werden kann – auf das Gutachten einer unabhängigen Stelle stützt.⁵⁴⁰

Als mögliche Wiederherstellungsmaßnahmen wurden im ecuadorianischen Umweltgesetz die Errichtung von Schutzgebieten, Schutzwäldern und -vegetation oder Verbindungs- und Pufferzonen zu Schutzgebieten genannt. Der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof ordnete außerdem die Stabilisierung eines Flussbetts, die Entfernung von bereits errichteter Infrastruktur sowie Wiederaufforstungsmaßnahmen an. Auch der kolumbianische Verfassungsgerichtshof verlangte Maßnahmen zur Wiederherstellung des Flussbetts, zur Beseitigung von bergbaubedingten Sandbänken und zur Wiederaufforstung. Zudem wurde die Sanierung kontaminierter

⁵³⁴ B. Fn. 717, 718; s. i. d. Z. auch die Ausführungen von *Schoukens/Cliquet*, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens 234 (239 ff., 241 f., 248).

⁵³⁵ *Leimbacher*, Natur 116; ähnl. *Schoukens/Cliquet*, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens 234 (242 f.).

⁵³⁶ *Gordon*, in: Salmon/Grinlinton 338 (410).

⁵³⁷ Diese Ausführungen könnten in einem Spannungsverhältnis zu der ebenfalls vom Gerichtshof getroffenen Feststellung stehen, wonach dem Zustand vor dem Eingriff „am nächsten“ zu kommen ist.

⁵³⁸ S. Abschnitt B.III.4.f).

⁵³⁹ B. Fn. 722.

⁵⁴⁰ S. Abschnitt B.II.4.b).

Flächen vorgesehen. In Bolivien sind zur Wiederherstellung von Schäden, die vom Bergbau oder der Förderung von Kohlenwasserstoffen verursacht wurden, die „besten verfügbaren Techniken“ zu verwenden. Darüber hinaus sind wirtschaftliche Mittel für Wiederherstellungsprogramme bereitzustellen und Wiederherstellungsprozesse zu fördern. Auch die kolumbianischen Gerichte trugen i. d. R. den staatlichen Einrichtungen auf, genügend finanzielle Mittel für die Umsetzung ihrer Anordnungen zur Verfügung zu stellen. Der Yurok Tribe hält im Fall von „identifizierbar vom Menschen verursachten Schäden“ am Klamath Fluss Maßnahmen wie die Reinigung und Beseitigung der Verschmutzung, die Änderung der schadensverursachenden Praktiken, die Wiederherstellung der Wasserqualität auf ein gesundes Niveau, oder die Wiederherstellung von Teilen der geschädigten Ökosysteme für geeignet. Bei „nicht identifizierbar vom Menschen verursachten Schäden“ könnten hingegen Maßnahmen ergriffen werden, welche die punktuelle und nicht punktuelle Wasserverschmutzung, Treibhausgasemissionen, die Zerstörung von Lebensräumen, den Klimawandel, die Wiederherstellung von Ökosystemen, die Kohlenstoffsequestrierung und -senken, oder die Entwicklung von lokaler und umweltgerechter Infrastruktur für erneuerbare Energien betreffen.

Ist eine Wiederherstellung nicht mehr möglich, sind in Ecuador die „wirksamsten Mechanismen“ zu ergreifen, um „die Wiederherstellung zu erreichen“ und „angemessene Maßnahmen, um schädliche Umweltauswirkungen zu beseitigen oder zu mildern“. Kann die Wiederherstellung nicht *in situ* erfolgen, ist sie an einem angrenzenden oder nahegelegenen Ort durchzuführen. In Bolivien wurde hingegen lediglich festgelegt, dass für den Fall von „irreversiblen Schäden“ entsprechende Verantwortlichkeiten der Unternehmen oder Kooperativen gesetzlich festzulegen sind.

b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

Vor dem Hintergrund der durchgeführten Synthese stellt sich die Frage, inwieweit auch in Österreich Wiederherstellungsmaßnahmen zu ergreifen sind, wenn ein Schaden in einem Wassereinzugsgebiet vorliegt. Diesbezüglich sind mehrere Rechtsvorschriften in Betracht zu ziehen. So haben die Verursacher:innen von Gewässerverunreinigungen gem. § 31 WRG verschuldensunabhängig die Pflicht, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.⁵⁴¹ Überdies besteht gem. § 138 WRG die Pflicht zur „Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes“, wenn eine Bestimmung des WRG übertreten wurde.⁵⁴² Außerdem ist gem. § 21a WRG eine bereits rechtskräftige Genehmigung abzuändern oder aufzuheben, wenn dies das öffentliche Interesse verlangt. Diese Bestimmung ist der Literatur zufolge ein wesentliches Instrument zur

⁵⁴¹ Stangl/Reichel, in: Kerschner (Hrsg.), *Kurzkomentar Wasserrechtsgesetz* (2022) § 31 Rz. 1.

⁵⁴² Berger, in: Oberleitner/Berger, *WRG*⁴ § 138 Rz. 1 ff., 9, 11, 28; Bachler, in: Oberleitner/Berger, *WRG*⁴ § 31 Rz. 30; T. Weber, *Umweltschutz* 201.

Erreichung des Verbesserungsgebots der WRRL,⁵⁴³ das ebenfalls i.S.e. Wiederherstellungspflicht (hin zu einem guten ökologischen Zustand bzw. guten ökologischen Potenzial) verstanden werden kann. Gem. 33d WRG ist außerdem eine Sanierungsverordnung zu erlassen, wenn dies zur Erreichung des Zielzustandes erforderlich ist.⁵⁴⁴

Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass die gem. § 31 WRG zu ergreifenden Abwehrmaßnahmen i.S.e. „Primärabhilfe“ verstanden werden. Diese können zwar auch Sanierungsmaßnahmen umfassen, sind aber nur zu ergreifen, solange die Gefahr einer weiteren, nicht bloß geringfügigen Gewässerverunreinigung besteht.⁵⁴⁵ Die „Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes“ ist gem. § 138 Abs. 1 WRG nur aufzutragen, wenn eine Bestimmung des WRG übertreten wurde und das öffentliche Interesse oder der oder die Betroffene es verlangt. Daraus folgt, dass nicht jeder Gewässerschaden zu beheben ist, sondern dieser u.a. rechtswidrig verursacht werden muss und die Behörde einen entsprechenden Auftrag erteilen muss.⁵⁴⁶ Ein Antragsrecht wurde ausschließlich für „Betroffene“ vorgesehen, wozu Wassernutzungsberechtigte, Fischereiberechtigte sowie Einforstungsberechtigte zählen, nicht aber Personen, die sich ohne Eigeninteresse für den Schutz von Wassereinzugsgebieten einsetzen.⁵⁴⁷ Ein entsprechender Auftrag kann zudem nur erteilt werden, wenn eine verpflichtete Person bekannt ist. Herrscht keine Gefahr in Verzug, ist kein unmittelbares behördliches Handeln gem. Abs. 3 erforderlich.⁵⁴⁸ Weiters muss eine Prüfung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit und Adäquanz i.S.e. „Verhältnismäßigkeit von Mitteleinsatz und Erfolg“ stattfinden.⁵⁴⁹ Aufgetragen werden darf gem. Abs. 1 lit. a zudem nur die Entfernung einer konsenslosen Neuerung oder die Nachholung einer unterlassenen Arbeit, nicht jedoch „die Setzung einer neuen Maßnahme“. ⁵⁵⁰ Folglich können auch keine Ersatzmaßnahmen aufgetragen werden, wenn eine „Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes“ nicht mehr möglich

⁵⁴³ *Bachler*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 21a Rz. 3; *Weber*, in: Kerschner, WRG § 21a Rz. 3.

⁵⁴⁴ *Stangl/Reichel*, in: Kerschner, WRG § 33d Rz. 1.

⁵⁴⁵ VwGH 26.11.2015, 2012/07/0237 m.w.N.; *Bachler*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 31 Rz. 9, 20 m.w.N.; *Stangl/Reichel*, in: Kerschner, WRG § 31 Rz. 6.

⁵⁴⁶ *Berger*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 138 Rz. 4, 17; *Stangl/Reichel*, in: Kerschner, WRG § 138 Rz. 3, 7.

⁵⁴⁷ § 138 Abs. 1 i.V.m. Abs. 6; bei einer unionsrechtskonformen Auslegung müsste dieses Recht auch Umweltorganisationen zukommen, s. *T. Weber*, Umweltschutz 201 f.

⁵⁴⁸ *Berger*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 138 Rz. 20.

⁵⁴⁹ VwGH 3.10.2018, Ra 2017/07/0135 Rz. 31 f. m.w.N.; *Stangl/Reichel*, in: Kerschner, WRG § 138 Rz. 5.

⁵⁵⁰ VwGH 10.12.2021, Ra 2020/07/0077 Rz. 13 ff. Vor dem Hintergrund der lit. b, c und d ist m.E. fraglich, ob dies tatsächlich, wie von *Berger* angenommen, für den gesamten § 138 Abs. 1 anzunehmen ist, oder vielmehr nur für auf lit. a gestützte Aufträge, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 138 Rz. 34.

ist, weil „(zusätzliche) neue Maßnahmen“ nach Ansicht des VwGH „über die gesetzliche Verpflichtung zur bloßen Beseitigung“ hinausgehen.⁵⁵¹

Nach § 21a WRG können zwar Maßnahmen wie z.B. die Einhaltung einer Restwassermenge oder die Errichtung einer Fischaufstiegshilfe bei Wasserkraftwerken vorgeschrieben werden.⁵⁵² „Um zu begründen, dass die öffentlichen Interessen fallbezogen nicht hinreichend geschützt sind“, bestehen nach Ansicht von Berger/Laimgruber/Nigmatullin allerdings hohe Anforderungen an die amtswegige Ermittlungspflicht.⁵⁵³ Die Bestimmung steht zudem unter dem bereits aus verfassungsrechtlichen Gründen gebotenen Vorbehalt der Verhältnismäßigkeit, sodass auch „private Interessen dem Schutzbedürfnis öffentlicher Interessen entgegengehalten werden“ können,⁵⁵⁴ eine „angemessene Relation von Aufwand und Erfolg“ bestehen muss,⁵⁵⁵ und die „Einhaltung der strengen Verhältnismäßigkeitsanforderungen“ ausführlich zu begründen ist.⁵⁵⁶ Außerdem ist die nachträgliche Auflagenerteilung durch den „Stand der Technik“ begrenzt.⁵⁵⁷ Da Verfahren nach § 21a WRG sehr aufwendig sein können, besteht überdies die Möglichkeit, die Maßnahmen im Rahmen einer Sanierungsverordnung nach § 33d WRG aufzutragen.⁵⁵⁸ Die darin enthaltenen Ziele sind jedoch nicht unmittelbar verbindlich.⁵⁵⁹

Wie die nähere Betrachtung zeigt, können nach den dargestellten Bestimmungen zwar unter bestimmten Voraussetzungen Wiederherstellungsmaßnahmen zu ergreifen bzw. anzuordnen sein, es ist aber zu bezweifeln, dass danach jeder Schaden in einem Wassereinzugsgebiet zu beheben ist bzw. tatsächlich behoben wird. Da sich die erforderlichen Maßnahmen zudem als unverhältnismäßig erweisen könnten, war die Erreichung des nach der WRRL gebotenen Zielzustandes bis 2015 (nunmehr verlängert bis 2027) gem. Raschauer unwahrscheinlich.⁵⁶⁰ Zudem wird, wie der

⁵⁵¹ VwGH 25.5.2000, 97/07/005 Rz. 4.8 f.; 10.12.2021, Ra 2020/07/0077 Rz. 15; vgl. Berger, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 138 Rz. 34 m. w. N.

⁵⁵² Berger/Laimgruber/Nigmatullin, Einschränkung der Wasserkraftnutzung im Lichte der Klima- und Sicherheitskrise, RdU-UT 2022/6, 107 (108).

⁵⁵³ Berger/Laimgruber/Nigmatullin, RdU-UT 2022/6, 107 (109).

⁵⁵⁴ Oberleitner, Das „öffentliche Interesse“ im Wasserrecht, RdU 2005/1, 4.

⁵⁵⁵ Raschauer, in: IUR/ÖWAV 73 (91 m. w. N.).

⁵⁵⁶ Weber, in: Kerschner, WRG § 21a Rz. 11.

⁵⁵⁷ § 12a WRG; Akyürek/Reichel, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely 479 (499); Raschauer, in: IUR/ÖWAV 73 (91 m. w. N.); Zur damit verbundenen Problematik s. z. B. Henry, ZfRV 1994, 3; Bosselmann, Natur 159; Aubauer/Forum Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz, Umweltmanifest (1987) 19, 23; sowie ausführl. Abschnitt C.IV.5.b).

⁵⁵⁸ Lindner, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 33d Rz. 1 ff.

⁵⁵⁹ Lindner, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 33d Rz. 2; zitiert von Raschauer, in: IUR/ÖWAV 73 (89); Stangl/Reichel, in: Kerschner, WRG § 33d Rz. 1.

⁵⁶⁰ Raschauer, in: IUR/ÖWAV 73 (92).

Rechnungshof berichtet, § 21a WRG nur selten genutzt.⁵⁶¹ Außerdem erließen bislang lediglich fünf Bundesländer Sanierungsverordnungen nach § 33d WRG.⁵⁶² Wie die Rechtsprechung zeigt, ist oft auch die Bestimmung der Verpflichteten schwierig, sodass viele Sanierungsmaßnahmen entgegen des Verursacherprinzips von der öffentlichen Hand getragen werden.⁵⁶³ Die fristgerechte (Wieder-)Herstellung eines guten Zustandes der österreichischen Fließgewässer bis zum Jahr 2027 droht daher gem. Rechnungshof insb. an der nicht ausreichenden Zurverfügungstellung von Fördermitteln, die den Ländern zufolge dazu führen würden, dass weitere Sanierungsmaßnahmen aufgetragen werden, zu scheitern.⁵⁶⁴ Sofern sich also aus den beschriebenen Rechtsvorschriften eine Pflicht zur Wiederherstellung ähnlich einem „Recht auf Wiederherstellung“ ableiten lässt, unterliegt es starken Beschränkungen. Inwieweit diese Beschränkungen im Zuge der Umsetzung der EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur vollständig beseitigt werden (können), ist zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

Eine Wiederherstellungspflicht könnte sich aber auch aus der Umwelthaftungsrichtlinie 2004/35/EG,⁵⁶⁵ umgesetzt im Bundesgesetz über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (B-UHG)⁵⁶⁶ sowie den jeweiligen Landesgesetzen zur Umwelthaftung, ergeben.⁵⁶⁷ Eine verschuldensunabhängige Pflicht zur Wiederherstellung des Ausgangszustandes besteht allerdings nur, wenn nachteilige Auswirkungen auf den Gewässerzustand nicht nach § 104a bewilligt wurden, die Erheblichkeitsschwelle überschritten wurde, der Schaden den Betreiber:innen einer im Anhang des Gesetzes gelisteten beruflichen Tätigkeit zugerechnet

⁵⁶¹ Bericht des Rechnungshofes, Ökologisierung Fließgewässer, zweite Sanierungsperiode, Reihe BUND 2019/19, www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bericht_O_kologisierung_Fliessgewa_sser_2.pdf (Stand 2. 7. 2024) 10 f., 25 f.

⁵⁶² info.bml.gv.at/themen/wasser/wasser-oesterreich/wasserrecht_national/planung/Sanierungsprogramme.html (Stand 2. 7. 2024).

⁵⁶³ Vgl. in einem anderen Zusammenhang *Raschauer*, in: IUR/ÖWAV 73 (92). Zudem ist der zeitliche Anwendungsbereich des § 31 WRG auf Verunreinigungen beschränkt, die nach 1969 verursacht wurden, sodass darauf auch kaum Ansprüche nach dem Altlastensanierungsgesetz BGBl 1989/299 gestützt werden können, das nur auf Schäden anwendbar ist, die vor 1989 verursacht wurden, s. VwGH 30.3.2017, Ro 2015/07/0033; *Fritz*, Keine öffentlich-rechtliche Handlungspflicht bei Gefahr einer Gewässerunreinigung vor WRG-Novelle 1969, RdU 2018/4, 169 (171 f. m. w. N.).

⁵⁶⁴ Vgl. Bericht des Rechnungshofes, Reihe BUND 2019/19, 10; Umweltbundesamt, 13. Umweltkontrollbericht, www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0821.pdf (Stand 2. 7. 2024) 76.

⁵⁶⁵ RL 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.4.2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden, ABl. L 2004/143, 56.

⁵⁶⁶ Bundesgesetz über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (Bundes-Umwelthaftungsgesetz – B-UHG) BGBl I 2009/55.

⁵⁶⁷ Vgl. *Hinteregger/Kerschner*, in: *Hinteregger/Kerschner* 1 (18); *Schoukens*, in: *Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk* 187 (199); *Schoukens*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 65 (73); *Betaille*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 35 (47).

werden kann und der Schaden unmittelbar aus dieser Tätigkeit resultiert (Kausalität).⁵⁶⁸ Anders als z. B. in Ecuador trägt die Beweislast hierfür nicht der oder die Betreiber:in, sondern die Behörde.⁵⁶⁹ Zudem ist unklar, inwieweit die Behörde verpflichtet ist, außerhalb von Gefahr in Verzug unmittelbar und subsidiär tätig zu werden.⁵⁷⁰ Rückerstattungsansprüche umfassen jedenfalls, ähnlich wie in Neuseeland, auch die Kosten für Amtssach- und Personalaufwand, Datensammlung oder Sachverständige,⁵⁷¹ und sind unverjährbar.⁵⁷² Das Gesetz gilt jedoch nicht rückwirkend, sodass Ansprüche nach dem Altlastensanierungsgesetz (ALSAG)⁵⁷³ nicht darauf gestützt werden können.⁵⁷⁴ In Bezug auf eine ökosystemorientierte Perspektive ist zudem festzuhalten, dass Schäden an Böden nur zu beheben sind, wenn sie eine unmittelbare Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellen, und Biodiversitätsschäden nur, wenn sie erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Erhaltungszustand von Arten oder Lebensräumen darstellen, die nach der FFH- oder Vogelschutz-RL⁵⁷⁵ geschützt sind.⁵⁷⁶ Die Anwendbarkeit der Umwelthaftungsregeln auf Biodiversitätsschäden außerhalb von Natura 2000-Gebieten ist umstritten.⁵⁷⁷ Aus dem B-UHG ergibt sich daher nur in seltenen Fällen eine Wiederherstellungspflicht.⁵⁷⁸ Unter bestimmten Voraussetzungen kann sich eine Wiederherstellungs-

⁵⁶⁸ S. insb. § 2 Abs. 1 Z 1; § 4 Z 1 lit. a, § 6 B-UHG; vgl. *Bachler*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 31 Rz. 33; *Köhler*, Bundes-Umwelthaftung, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), Handbuch Umweltrecht³ (2019) 564 (565 ff.); *Köhler*, Umwelthaftung, in: Schulev-Steindl (Hrsg.), Ressourcenknappheit: Umwelthaftung und Naturgefahren (2013) 21 (22 ff., 30); *Nitsch*, Umwelthaftung (2019) 16 ff., 22 ff.; *Kleewein*, Fischsterben durch bewilligtes Wasserkraftwerk und Umweltbeschwerde, RdU 2017/5, 211 (211 ff.) m. w. N.; s. weiters *Schoukens*, Journal for European Environmental & Planning Law 2019/1, 65 (74 m. w. N.).

⁵⁶⁹ *Köhler*, in: Schulev-Steindl 21 (26); *Kerschner/Wagner*, in: Hinteregger/Kerschner § 2 Rz. 23 ff.

⁵⁷⁰ Vgl. *Köhler*, in: Schulev-Steindl 21 (22); *Mauerhofer*, Rechtsaspekte des „Biodiversitätsschadens“ nach der EU-Umwelthaftungs-Richtlinie, in: Schulev-Steindl (Hrsg.), Ressourcenknappheit: Umwelthaftung und Naturgefahren (2013) 49 (50 f. m. w. N.); *Schulev-Steindl*, in: Hinteregger/Kerschner § 5 Rz. 17 ff.

⁵⁷¹ § 4 Z 12 B-UHG; *Köhler*, in: Schulev-Steindl 21 (39); *Kerschner/Leeb*, in: Hinteregger/Kerschner § 4 Rz. 189.

⁵⁷² *Kerschner*, in: Hinteregger/Kerschner § 8 Rz. 23.

⁵⁷³ BGBl 1989/299.

⁵⁷⁴ § 18 B-UHG; *Fritz*, RdU 2018/4, 169 (172).

⁵⁷⁵ RL 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten, ABl. L 1979/103, 1.

⁵⁷⁶ Art. 2 Z 1 lit. a Umwelthaftungsrichtlinie; vgl. *Köhler*, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely 564 (568 f., 587); *Nitsch*, Umwelthaftung 29, 36 mit Verweis auf eine weitergehende Regelung in § 4 Z 3 Wiener Umwelthaftungsgesetz LGBl 2012/35. S. i. d. Z. auch die Überlegungen betr. Art. 6 Abs. 1 und 12 Abs. 1 FFH-RL von *Schoukens*, Journal for European Environmental & Planning Law 2019/1, 65 (75 f.); krit. *Carducci et al.*, Charter 86.

⁵⁷⁷ *Mauerhofer*, in: Schulev-Steindl 49 (53 f.).

⁵⁷⁸ Vgl. *Köhler*, in: Schulev-Steindl 21 (47, 23, 26, 28); weiters *Nitsch*, Umwelthaftung 133 ff.; sowie bzgl. der Umwelthaftungsrichtlinie *Carducci et al.*, Charter 86; *Darpö*, Nature 52.

pflicht aber auch aus der FFH-RL sowie der Vogelschutz-RL bzw. den Naturschutzgesetzen der Länder ergeben.⁵⁷⁹

Zusammengefasst lässt sich daher festhalten, dass zahlreiche Rechtsvorschriften bestehen, nach denen unter gewissen Voraussetzungen Wiederherstellungsmaßnahmen geboten sein können. Selbst bei einer Zusammenschau all dieser Bestimmungen geht daraus aber aufgrund von zahlreichen Bedingungen und Beschränkungen nicht hervor, dass die Verursacher:innen von Schäden in Wassereinzugsgebieten bzw. subsidiär die Behörden immer verpflichtet sind, den Zustand vor Schadenseintritt wiederherzustellen.⁵⁸⁰ Zwar besteht nach der WRRL grundsätzlich die Pflicht zur Wiederherstellung eines guten Zustandes bzw. guten ökologischen Potenzials; es ist jedoch fraglich, inwieweit diese mit den zur Verfügung stehenden Instrumentarien und finanziellen Mitteln erfüllt werden kann. Im Rahmen einer weiterführenden Untersuchung könnte folglich der Frage nachgegangen werden, welche Auswirkungen eine verfassungsgesetzliche Verankerung eines „Rechts von Wassereinzugsgebieten (inkl. der über Gewässerbett und Wasserwelle hinausgehenden Bestandteile) auf Wiederherstellung eines gesunden Ökosystemzustandes“ auf das Erfordernis von Wiederherstellungsmaßnahmen, Fragen der Verhältnismäßigkeit oder die Verwendung des „Standes der Technik“ haben könnte und inwieweit diese Auswirkungen auch mit der Umsetzung der EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur einhergehen bzw. erreicht werden könnten.

7. Verfahrensrechte

In der RdN-Literatur wird überwiegend angenommen, dass die Rechtsträger:innen mit der Anerkennung als „Rechtsperson“ bzw. der Gewährung von „Rechtspersönlichkeit“ die Rechte erhielten, bei Gericht Klagen zu erheben bzw. geklagt zu werden, Verträge zu schließen und durchzusetzen sowie Eigentum zu halten.⁵⁸¹ Manche Stimmen in der Literatur vertreten zudem die Auffassung, dass

⁵⁷⁹ S. dazu ausführlich *Bußjäger*, Naturschutzrecht 203 ff.; *Mauerhofer*, in: Schulev-Steindl 49 (58 ff., 65); zur aktuellen Rspr. des EuGH weiters *Schoukens*, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (201).

⁵⁸⁰ Vgl. hins. der deutschen Rechtslage *Bader-Plabst*, Natur 121.

⁵⁸¹ S. insb. *O'Donnell/Talbot-Jones*, *Ecology and Society* 2018/1, 7 (7) mit Verweis auf *Naffine*, *Modern Law Review* 2003/3, 346; zitiert von *Bleby*, *University of Western Australia Law Review* 2020/1, 33 (52); *Kauffman/Martin*, *Global Environmental Politics* 2018/4, 43 (50); *Kauffman/Martin*, *Politics* 15 f., 64; *O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark*, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 403 (408 f.); in Bezug auf Ecuador *Barié*, *latinoamérica* 2014/2, 9 (28); nur tw. *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, *Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla* 2022/1, 285 (289); a. A. in Bezug auf Ecuador *Kurki*, *Transnational Environmental Law* 2022/3, 525 (539 Fn. 54). Vgl. weiters *S. Epstein/Dahlén/Enkvist/Boyer*, *Law, Culture and the Humanities* 2022/0, 1 (7); *Jones*, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/0, 76 (91); *Kersten*, *Natur als Rechtssubjekt: Für eine ökologische Revolution des Rechts*, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/305893/natur-als-rechtssubjekt (Stand 2. 7. 2024); *Lillquist/Warner*, *California Law Review* 2023/2, 325 (335); *Rochford*,

dadurch die Menschenrechte auf die Rechtsträger:innen anwendbar wurden.⁵⁸² In Bezug auf die neuseeländischen Rechtsträger:innen wird z. B. angenommen, dass sie sich auf die gleichen Menschenrechte berufen können wie juristische Personen.⁵⁸³ Auch in den USA sollte der Literatur zufolge mit der Anerkennung der Rechtsträger:innen als „Person“ die Anwendung grundrechtlicher Verfahrensgarantien wie z. B. der *due process clause*⁵⁸⁴ ermöglicht werden. Inwieweit die Rechtsträger:innen dadurch tatsächlich das Recht erhielten, bei Gericht Klage zu erheben (*standing*) oder dieses vielmehr durch den Obersten Gerichtshof des Gesamtstaates oder den Kongress gewährt werden müsste, ist jedoch umstritten.⁵⁸⁵ Denn gem. Koons bedeutet die rechtliche Anerkennung nur, „befähigt zu sein, am Rechtssystem teilzunehmen“, womit nicht notwendigerweise Rechte einhergehen.⁵⁸⁶ Stone zufolge müssen in Hinblick auf den „Inhaber eines subjektiven Rechts“ hingegen jedenfalls folgende drei Kriterien erfüllt sein: Der Träger kann „rechtliche Handlungen auf sein Geheiß vornehmen“, die Gerichte reagieren „auf die Verletzung seiner Rechte“, um die Gewährung von Rechtsschutz zu garantieren, und der Rechtsschutz vollzieht sich „zur Wahrung der Interessen des Trägers“.⁵⁸⁷

Die Gewährung der Klagebefugnis (*standing*) wird von manchen Stimmen in der Literatur, die sich insb. auf das neuseeländische und US-amerikanische Rechtssystem beziehen, als das bedeutendste Recht bezeichnet, das den Rechtsträger:innen gewährt wurde, weil dadurch Rechtsbehelfe zu ihrem Schutz ergriffen werden können, ohne dass die Betroffenheit eines Menschen nachgewiesen werden muss.⁵⁸⁸ Unabhängig davon, ob diese Verknüpfung von Rechtspersönlichkeit und Klagebefugnis tatsächlich besteht, kann angenommen werden, dass die Rechtsträger:innen jedenfalls jene Verfahrensrechte erhielten, die ihnen in den untersuchten Rechtsquellen gewährt wurden. Aus den neuseeländischen Rechtsquellen können z. B. die

Personhood 30; Bader-Plabst, Natur 40. In Bezug auf Verfahrensrechte s. auch Carducci *et al.*, Charter 99; Schoukens, Journal for European Environmental & Planning Law 2018, 309 (324); tw. abw. Kurki, Transnational Environmental Law 2022/3, 525 (538).

⁵⁸² Kauffman/Martin, Politics 15 f., 142, 219 f.; a. A. O'Donnell/Talbot-Jones, Ecology and Society 2018/1, 7 (1).

⁵⁸³ Macpherson, Water 117; vgl. Tănăsescu, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (447).

⁵⁸⁴ 5. und 14. Zusatzartikel der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika.

⁵⁸⁵ S. dazu ausführlich Abschnitt B.I.7.a).

⁵⁸⁶ Koons, in: Burdon 45 (49).

⁵⁸⁷ Hervorhebungen bereits durch Stone, Umwelt 31 f., 37; s. auch mit Beispielen Leimbacher, Natur 106; vgl. Filgueira/Mason, Wild Law: Is there any evidence of earth jurisprudence in existing law and practice?, An international research project, earthlawyers.org/wp-content/uploads/2014/02/Wild-Law-Research-Report-published-March-2009.pdf (Stand 2.7.2024) 49.

⁵⁸⁸ Eckstein/D'Andrea/Marshall/O'Donnell/Talbot-Jones/Curran/O'Bryan, Water International 2019/6-7, 804 (810) mit Verweis auf O'Donnell/Talbot-Jones, Ecology and Society 2018/1, 7 (7); O'Donnell, Rivers 194 f.; Talbot-Jones/Bennett, Ecological Economics 2019/10, 1 (3); Sheber, Hastings Environmental Law Journal 2020/1, 147 (150 f.); s. aber auch Stone, Umwelt 114.

Rechte, sich selbst zu verwalten, an der Erstellung des Managementplans mitzuwirken, lokale Rechtsvorschriften zu erlassen, Verträge mit privaten Grundeigentümer:innen zu schließen, Grundeigentümer:innenfunktionen auszuüben oder über einen Fonds zu verfügen, abgeleitet werden.⁵⁸⁹ In Ecuador kommen den Rechtsträger:innen der Literatur zufolge Partizipationsrechte zu.⁵⁹⁰ Außerdem erhielt das kolumbianische Gebiet Katsa Su das Recht, Wiedergutmachungsmaßnahmen zu beantragen. Da die genannten Rechte von den Vertreter:innen der Rechtsträger:innen ausgeübt werden, könnte aber auch hinterfragt werden, inwieweit sie den Rechtsträger:innen zuzuordnen sind oder vielmehr als Rechte der Vertreter:innen zu betrachten sind.⁵⁹¹ Andernfalls könnten ebenso die Befugnisse der Vertreter:innen als Verfahrensrechte der Rechtsträger:innen betrachtet werden, wie dies z. B. in Bezug auf die neuseeländischen Rechtsquellen vertreten wird. Dasselbe gilt auch für die in Abschnitt C.VI. dargestellten Möglichkeiten zur Rechtsdurchsetzung.

a) Das Rechtspersönlichkeitsmodell

Die Annahme, dass mit der Anerkennung als „Rechtsperson“ bzw. der Gewährung von „Rechtspersönlichkeit“ bereits gewisse Rechte einhergehen, könnte ein Grund dafür sein, weshalb in der Literatur auch jene Rechtsquellen zu den RdN gezählt werden, in denen keine konkreten Rechte gewährt wurden. Dazu gehören die neuseeländischen Rechtsquellen,⁵⁹² die Verordnung von Tamaqua Borough (USA) sowie einige kolumbianische Gerichtsentscheidungen. Das sogenannte „Rechtspersönlichkeitsmodell“⁵⁹³ wurde in der Literatur kritisiert, weil es Unklarheiten mit sich bringe, welche Rechte und Pflichten gewährt wurden.⁵⁹⁴ Zudem biete es einen geringeren Schutz als andere RdN.⁵⁹⁵ Gem. Kauffman/Martin ist insb. problematisch, dass die RdN dadurch von ihrem *earth jurisprudence content* getrennt wurden, bei dem die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Bestandteilen der Natur inkl. dem Menschen im Fokus stehen.⁵⁹⁶ In Bezug auf Neuseeland und Kolumbien ist dies allerdings, wie sie selbst feststellen, nicht zutreffend, weil das Rechtspersönlichkeitsmodell in neue Verwaltungsstrukturen eingebettet wurde und die Verwaltung

⁵⁸⁹ Die genannten Rechte kommen nicht beiden Rechtsträger:innen gleichzeitig zu, s. im Detail Abschnitt B.IV.4.

⁵⁹⁰ B. Fn. 601.

⁵⁹¹ Vgl. *Schulev-Steindl*, Rechte 136 f.

⁵⁹² Dazu krit. *Cribb/Macpherson/Borchgrevink*, *The International Journal of Human Rights* 2024/16 Feb, 1 (15 f.).

⁵⁹³ S. insb. *Kauffman/Martin*, *Politics* 15, 142, 219; *Iorns Magallanes*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* 216 (221); *Bleby*, *University of Western Australia Law Review* 2020/1, 33 (51); *Kurki*, *Transnational Environmental Law* 2022/3, 525 (538).

⁵⁹⁴ *Kauffman/Martin*, *Politics* 219 ff.

⁵⁹⁵ *Bleby*, *University of Western Australia Law Review* 2020/1, 33 (52) mit Verweis auf *Spitz/Penalver*, *Harvard Environmental Law Review* 2021/1, 67.

⁵⁹⁶ *Kauffman/Martin*, *Politics* 222, zum *content* 4 f.

der Rechtsträger:innen nach indigenen Werten und anderen Prinzipien erfolgt, die im Wesentlichen Ähnlichkeiten zu diesem *content* aufweisen.⁵⁹⁷ Tw. wird sogar die Auffassung vertreten, dass die neuseeländischen Rechtsquellen über den Schutz rein ökologischer Merkmale und Stones Vorschlag hinausgehen.⁵⁹⁸

Deswegen ist fraglich, inwieweit die Zuordnung zum Rechtspersönlichkeitsmodell sinnvoll ist, insb. wenn davon ausgegangen wird, dass Rechte und Pflichten korrelieren.⁵⁹⁹ Zudem sind die von Kauffman/Martin und Kurki erwähnten Unterscheidungskriterien, wonach das in Bolivien, Ecuador und den USA vorherrschende „Naturrechtmodell“ der gesamten Natur bestimmte Ökosystemrechte gewährt und jede Person vertretungsbefugt ist, während beim „Rechtspersönlichkeitsmodell“ in Neuseeland und Kolumbien die Menschenrechte auf bestimmte Ökosysteme anwendbar wurden und lediglich bestimmte Personen vertretungsbefugt sind,⁶⁰⁰ nicht auf alle untersuchten Rechtsquellen übertragbar. Denn zum einen ist bislang nicht bestätigt, dass die Menschenrechte tatsächlich auf die neuseeländischen und kolumbianischen RdN anwendbar sind, während dies v. a. in den USA durch die Anerkennung der RdN erreicht werden sollte, zum anderen sind z. B. auch in Bolivien nur bestimmte Personen vertretungsbefugt.

b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

Vor dem Hintergrund der bisher gewonnenen Erkenntnisse lässt sich festhalten, dass viele Stimmen in der RdN-Literatur ebenso wie z. B. Schulev-Steindl anknüpfend an Hohfeld davon ausgehen, dass ein subjektives Recht bereits dann besteht, wenn sich aus einer Rechtsvorschrift ein Recht auf fremdes Verhalten ableiten lässt.⁶⁰¹ Nach der h. A. in Österreich muss dieses hingegen auch mit der Möglichkeit zur Rechtsdurchsetzung verbunden sein.⁶⁰² Während damit für erstere Literaturmeinungen die Möglichkeit zur Rechtsdurchsetzung die Folge eines subjektiven Rechts ist, ist sie für zweite überhaup erst die Voraussetzung hierfür. Eine solche Möglichkeit besteht im öffentlichen Recht gem. § 8 AVG aber nur, wenn eine Rechtsvorschrift nicht nur einem allgemeinen öffentlichen Interesse dient, sondern

⁵⁹⁷ Kauffman/Martin, Politics 222.

⁵⁹⁸ O'Bryan, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (66 f.); vgl. auch Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (55 f.); Cribb/Macpherson/Borchgrevink, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (4).

⁵⁹⁹ Dazu ausführl. Abschnitt C.III.5.

⁶⁰⁰ Kauffman/Martin, Politics 15 f.; Kurki, Transnational Environmental Law 2022/3, 525 (538).

⁶⁰¹ Schulev-Steindl, Rechte 45, 47, 52 f., 156 f.; i. d. S. ev. auch Stolzlechner, in: FS Walter 665 (666, 670).

⁶⁰² Ausführl. Schulev-Steindl, Rechte 9 ff., 45 f., 153 m. w. N. wie z. B. Kelsen, Rechtslehre 60 f. (statt 120 f.); vgl. Grabenwarter, Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit (2008) 21; s. i. d. Z. auch Buocz/Eisenberger, Oxford Journal of Legal Studies 2023/1, 32.

auch einer natürlichen oder juristischen Person einen Rechtsanspruch oder ein rechtliches Interesse verleiht.⁶⁰³ Nach h.M. kann somit – entgegen der Auffassung von Hohfeld – nicht aus jeder rechtlichen Verpflichtung im öffentlichen Recht ein subjektives Recht abgeleitet werden,⁶⁰⁴ sondern muss dieses auch dem Schutz individueller Interessen eines von der Allgemeinheit abgrenzbaren Personenkreises dienen (Schutznormtheorie).⁶⁰⁵ Daraus folgt das „scheinbare Paradoxon“, dass umso weniger Mitwirkungsbefugnisse bestehen, „je mehr, je bedeutender und je überwiegender das ‚öffentliche‘ Interesse, dh: allgemeine Belange berührt sind“.⁶⁰⁶ Da das Umweltschutzrecht als öffentliches Interesse betrachtet wird,⁶⁰⁷ kann es folglich grundsätzlich nur amtswegig von den Behörden wahrgenommen werden.⁶⁰⁸ Aufgrund der fehlenden Durchsetzungsmöglichkeiten wird es in der Literatur daher auch als „folgenloses Umweltrecht“ bezeichnet.⁶⁰⁹

Seit einigen Jahrzehnten findet jedoch insb. aufgrund eines „sanften Druck[s] des EU-Rechts“ eine schrittweise Öffnung der Parteistellung hin zu einem System der Durchsetzung des objektiven Rechts statt.⁶¹⁰ Dies erfolgte einerseits durch die Anerkennung von Formalparteien wie z.B. den Landesumweltschlichtungsstellen (LUAs) oder dem Wasserwirtschaftlichen Planungsorgan (WPO), die auch die Einhaltung des objektiv-öffentlichen Rechts durchsetzen können; und andererseits durch eine Erweiterung des Kreises der Betroffenen, etwa durch die Einführung der Parteistellung für Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen, die aus Umweltschutz-

⁶⁰³ Vgl. *Hengstschläger/Leeb*, AVG § 8 Rz. 1 ff. m. w. N.; dazu ausführlich und mit Hinweisen auf einen „Zirkelschluss“ *Ringhofer*, Zur Frage des Parteibegriffes im Verwaltungsverfahren, ÖJZ 1950, 269 (269 ff.); *Ringhofer*, Strukturprobleme des Rechtes (1966) 62 ff.; *Mayer*, Der Parteibegriff im Verwaltungsverfahren als Strukturproblem des Rechtes, in: GedS Ringhofer (1995) 109 (109 ff.); *Schulev-Steindl*, in: FS Mayer 683 (683 ff., 692 f.); *Kobzina*, Die Parteistellung im Verwaltungsverfahren und die Beschwerdelegitimation im Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof, in: FS Klecatsky II (1980) 431 (435 ff.). In den Materiengesetzen wie z.B. § 102 WRG kann aber auch ausdrücklich festgelegt werden, wem Parteistellung zukommt; vgl. *Mayer*, Bürgerbeteiligung zwischen Rechtsstaat und Demokratie (1988) 37; *T. Weber*, Umweltschutz 184 f.; *Schmelz/Schwarzer*, UVP-G-ON^{1.00} § 19 Rz. 29.

⁶⁰⁴ *Kobzina*, in: FS Klecatsky II 431 (445 m. w. N.); *Schulev-Steindl*, in: FS Mayer 683 (692); *K. Weber*, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 67 (80).

⁶⁰⁵ *Schulev-Steindl*, in: FS Mayer 683 (693 f.) mit Verweis auf u. a. *Schulev-Steindl*, Rechte 73 ff. m. w. N.; *Mayer*, Bürgerbeteiligung 29 f. m. w. N.; *Hengstschläger/Leeb*, AVG § 8 Rz. 6 m. w. N.; *Grabenwarter*, Verwaltungsverfahrenrecht 22; *Wegener*, in: Lübbe-Wolff 145 (148); *T. Weber*, Umweltschutz 184. Vgl. hins. der Rechtslage in Deutschland *Bader-Plabst*, Natur 111.

⁶⁰⁶ *Mayer*, Bürgerbeteiligung 61; ähnl. *Wegener*, in: Lübbe-Wolff 145 (148); *Kobzina*, in: FS Klecatsky II 431 (450); *Bosselmann*, Natur 168 f.

⁶⁰⁷ *Mayer*, Ein „Umweltanwalt“ im österreichischen Recht?, JBl 1982, 113 (115).

⁶⁰⁸ Vgl. *K. Weber*, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 67 (80).

⁶⁰⁹ *Davy*, Umweltrecht; dazu ausführlich *Schulev-Steindl*, Rechte 9 f., 46; ähnl. *Mayer*, Bürgerbeteiligung 59; *Stolzlechner*, in: FS Walter 665 (665 f.); *Bosselmann*, Grundrechte 132.

⁶¹⁰ *Schulev-Steindl*, in: FS Mayer (2011) 683 (698); *Mayer*, Bürgerbeteiligung 22. Vgl. hins. der Rechtslage in Deutschland *Bader-Plabst*, Natur 112 ff.

vorschriften subjektive Rechte ableiten können.⁶¹¹ Die wohl größte Erweiterung erfolgte aber auf Druck der Rechtsprechung des EuGH, die sich im Wesentlichen dahin gehend zusammenfassen lässt, dass betroffene natürliche und juristische Personen, darunter auch Umweltorganisationen, denen eine „ideelle“ Betroffenheit zukommt, das Recht haben, die Einhaltung von EU-Umweltschutzvorschriften bei den Behörden oder Gerichten zu verlangen.⁶¹² Dem Gerichtshof genügt dabei eine bloß faktische und damit geringere Betroffenheit als im Rahmen der Schutznormtheorie verlangt wird, um dem Umweltunionsrecht in den Mitgliedstaaten zur Durchsetzung zu verhelfen.⁶¹³ Tw. wird deshalb angenommen, dass er von einem individuell-rechtlichen Ansatz zu einem Konzept des Interessenschutzes⁶¹⁴ oder der Effektivität⁶¹⁵ übergang. Die Rspr. des EuGH könnte aber auch als Annäherung an die bereits beschriebene Auffassung verstanden werden, wonach jeder Pflicht ein Recht des Begünstigten korreliert,⁶¹⁶ das in einem Rechtsstaat auch durchsetzbar sein muss.⁶¹⁷

Angesichts dieser Entwicklungen gelangten manche Stimmen in der Literatur zu dem Ergebnis, dass RdN gegenüber dem „Einschreiten von Organen und Institutionen in Gestalt von Umweltanwälten, Bürgergruppen, Einzelpersonen u. dgl.“ keinen Mehrwert darstellen.⁶¹⁸ Dabei wird jedoch übersehen, dass mithilfe von Verfahrensrechten nicht mehr durchgesetzt werden kann „als Legalität“,⁶¹⁹ also die

⁶¹¹ Die Zuordnungen zur Formalpartei und „echten“ Parteien divergieren allerdings, insb. hins. Umweltorganisationen; vgl. ausführl. Mayer, Bürgerbeteiligung 66 ff.; ähnl. Kobzina, in: FS Klecatsky II 431 (545 m. w. N.); T. Weber, Umweltschutz 155 ff. m. w. N. betreffend der unterschiedlichen Zuordnungen; Hengstschläger/Leeb, AVG § 8 Rz. 11 ff.; Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 79, 141; tw. ähnl. Schulev-Steindl, in: FS Mayer 683 (694, anders in 698); Baumgartner, Parteistellungen im UVP-G nach der Nov 2004, eolex 2005/4, 275 (275 ff.); anders Oberleitner, Das „öffentliche Interesse“ im Wasserrecht, RdU 2005/1, 4; Schmelz/Schwarzer, UVP-G-ON^{1.00} § 19 Rz. 9 f., 17, 34, 125, 135 ff., 189 ff.

⁶¹² Vgl. insb. EuGH 20.12.2017, C-664/15, *Protect*, Rz. 39; T. Weber, Umweltschutz 78, 82, 93; Schulev-Steindl, in: FS Mayer 683 (698 i. V. m. 694); Bosselmann, Grundrechte 215; Wegener, in: Lübke-Wolff 145 (165, 169); sowie bereits Abschnitt C.III.5.b) und C. Fn. 505.

⁶¹³ Vgl. Bosselmann, Grundrechte 215, 221 f. m. w. N.; Weber, Umweltschutz durch Rechtsschutz?, (2015) 93 f., 97; Darpö, *Nature* 53; Schoukens, in: Pereira/Saramago 205 (222).

⁶¹⁴ T. Weber, Umweltschutz 93 f. mit Verweis auf Wegener, Rechte des Einzelnen (1998) 182 ff.; sowie 142 f., 188 f., 192 f.

⁶¹⁵ Pedersen, European Environmental Human Rights and Environmental Rights: A Long Time Coming?, *The Georgetown International Environmental Law Review* 2008/1, 73 (103) m. w. N.

⁶¹⁶ Abschnitt C.III.5.

⁶¹⁷ Vgl. tw. T. Weber, Umweltschutz 69.

⁶¹⁸ Funk, in: FS Pernthaler 73 (88); Klopfer, in: Klopfer 36; von Lersner, NVwZ 1988/7, 988 (989); Darpö, *Nature* 8, 22, 46, 54; Betaille, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 35 (48); Guim/Livernore, *Virginia Law Review* 2021/7, 1347 (1417); vgl. Buser/Ott, in: Adloff/Busse 159 (165 f.).

⁶¹⁹ Mayer, Bürgerbeteiligung 45; i. w. S. Birnbacher, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 63 (70).

Einhaltung der Gesetze, die von vielen Befürworter:innen der RdN als nicht mehr zeitgemäß und ausreichend betrachtet werden.⁶²⁰ Die Behebung der Rechtsschutzdefizite stelle zwar einen positiven Nebeneffekt, nicht aber das Ziel von RdN dar, von denen in der Literatur erwartet wird, dass sie größere systematische Veränderungen mit sich bringen.⁶²¹ Dementsprechend wurde ebenso kritisiert,⁶²² dass im Umweltunionsrecht und der Aarhus-Konvention insb. Verfahrensrechte gewährt wurden, während verbindliche materielle Rechtsvorschriften weitgehend fehlen. Erstere seien zwar wichtig, um die nach wie vor erheblichen Vollzugsdefizite im Umweltrecht zu beseitigen,⁶²³ es fehle aber an Vorschriften, die einen bestimmten Zustand der Natur – wie z.B. die Ökosystemgesundheit – garantieren.⁶²⁴ Wie sich bereits zeigte, kann jedoch im wasserrechtlichen Verbesserungsgebot bzw. Verschlechterungsverbot durchaus eine gewisse, wenn auch lückenhafte, Zustandsgarantie gesehen werden, während eine solche im Bereich der Biodiversität außerhalb von Schutzgebieten vor Annahme der EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur fehlte.⁶²⁵ Somit lässt sich festhalten, dass auch im Umweltrecht die Möglichkeit besteht, Rechtsvorschriften zu erlassen, die einen bestimmten Zustand der Natur (ausnahmslos) schützen. Ob deren Einhaltung vor dem Hintergrund der österreichischen Rechtslage auch vollständig durchgesetzt werden kann, ist Gegenstand der nächsten Überlegungen zur österreichischen Rechtslage. In Bezug auf eine weiterführende Untersuchung könnten zudem Überlegungen angestellt werden, inwieweit es einen Unterschied macht, ob dieser Zustand im Rahmen von einfachgesetzlichen Bestimmungen, die subjektive Rechte begründen, oder verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechten geschützt wird.⁶²⁶ Denn es liegt die Vermutung nahe, dass Letztere ein höheres und umfassenderes Maß an Schutz bieten können, weil sie mit Schutz- und Gewährleistungspflichten einhergehen, die bei subjektiven Rechten womöglich nicht bestehen. Sie könnten deswegen auch „Steuerungswirkungen“ entfalten⁶²⁷ und „bis in die feinsten Verästelungen der Rechtsordnung“

⁶²⁰ Vgl. z. B. Ito, in: La Follette/Maser 311 (315); Kauffman/Martin, Politics 4; Carducci et al., Charter 13; ähnl. Bader-Plabst, Natur 115.

⁶²¹ Carducci et al., Charter 104; Di Salvatore, Charter 30; tw. auch Birnbacher, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 63 (64).

⁶²² S. insb. Fischer-Lescano, Law & Literature 2020/2, 237 (238); Darpö, Nature 35; Hilson, in: Bogojevic/Rayfuse 87 (89); Pedersen, The Georgetown International Environmental Law Review 2008/1, 73 (108); Carducci et al., Charter 32; s. i. d. Z. auch Stone, Umwelt 114.

⁶²³ Zu den Vollzugsdefiziten im Umweltrecht vgl. z. B. Schulev-Steindl, RdU 2010/1, 4 (9); Krämer, in: Lübke-Wolff 7 (8, 28, 31); Darpö, Nature 56; Kotzé, Transnational Environmental Law 2012/1, 199 (203); Fischer-Lescano, Law & Literature 2020/2, 237 (238); Gutmann, in: Adloff/Busse 133 (134); Carducci et al., Charter 19; Ito, in: La Follette/Maser 311 (314); Schoukens, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (188); Bader-Plabst, Natur 116 ff.

⁶²⁴ C. Fn. 622.

⁶²⁵ Abschnitt C.II.3.h) und C.III.4.f).

⁶²⁶ Zum Verhältnis von Grundrechten als subjektiven-öffentlichen Rechten und einfachgesetzlichen subjektiven Rechten s. Schulev-Steindl, Rechte 6 f., 167, 341 f.

⁶²⁷ Holoubek, Gewährleistungspflichten 3, 16, im Ergebnis aber in Hinblick auf die österreichische Rechtslage zurückhaltender s. insb. 75 ff., 386 f.

ausstrahlen,⁶²⁸ wodurch auch dem Problem der Fragmentierung des Umweltrechts begegnet werden könnte.⁶²⁹

IV. Eingriffe

Im Rahmen dieser Querschnittsbetrachtung wird untersucht, ob Eingriffe in die untersuchten RdN zulässig sind und unter welchen Voraussetzungen sie gerechtfertigt werden können. Die untersuchten Rechtsquellen halten auf diese Fragen nur selten eindeutige Antworten bereit. Zu ihrer Beantwortung lassen sich allerdings auch Bestimmungen, die indirekt damit in Zusammenhang stehen, weil sie bspw. tätigkeitsbezogene Verbote oder Genehmigungsverfahren betreffen, heranziehen. Mithilfe dieser können folgende Fragestellungen näher erörtert werden: Gibt es in den untersuchten Rechtsquellen Hinweise darauf, dass es sich um absolute Rechte handelt? Liegen Hinweise darauf vor, dass bestimmte Eingriffe zulässig oder unzulässig sind? Wurde festgelegt, wie Eingriffe gerechtfertigt werden können? Sind den Rechtsquellen Grenzen für Eingriffe – also Eingriffsschranken – zu entnehmen?⁶³⁰

1. Keine absoluten Rechte

In den untersuchten Rechtsquellen konnten keine Hinweise darauf gefunden werden, dass es sich bei den gewährten Rechten, wie von Stone vorgeschlagen,⁶³¹ um absolute Rechte handelt. Stattdessen wurde auch bei jenen Rechten, die auf Verfassungsebene anerkannt wurden, festgehalten, dass sie mit den Menschenrechten gleichgestellt sind. Daher sind sie im Konfliktfall gegeneinander abzuwägen und können ggf. auch eingeschränkt werden. Zwar enthalten einige ältere US-amerikanische Rechtsquellen eine Bestimmung, wonach Eingriffe in die gewährten Rechte unzulässig sind, bei näherer Betrachtung bezieht sich diese jedoch i. d. R. auf bestimmte, von Unternehmen ausgeübte Tätigkeiten, woraus sich schließen lässt, dass nicht jeder Eingriff verboten wurde.

⁶²⁸ *Leimbacher*, Natur 105 f.

⁶²⁹ Vgl. in Bezug auf die Rechtslage in den USA hins. der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen *Stone*, Umwelt 49.

⁶³⁰ Vgl. allg. *Nowak*, in: Gómez Isa/Koen de Feyter 271 (282 ff.); *Berka/Binder/Kneihs*, Grundrechte² 179 ff., 184, 202; *Berka*, in: FS Walter 37 (39 ff., 42); *Grabenwarter/Pabel*, Menschenrechtskonvention⁷ 147 f.

⁶³¹ *Stone*, Umwelt 63; vgl. *Vallejo Galárraga*, in: Jendroska/Bar 341 (349).

2. Zulässige Eingriffe

Viele untersuchte Rechtsquellen enthalten ausdrückliche oder implizite Hinweise darauf, dass bestimmte Eingriffe in die gewährten Rechte zulässig sind und damit keine Rechtsverletzung darstellen. Besonders deutlich geht dies aus den Rechtsquellen einiger indigener Völker in den USA hervor, in denen die Ernte und Entnahme von Pflanzen oder Tieren für Nahrungszwecke ausdrücklich erlaubt wurde. Dies wurde meist an Bedingungen geknüpft, etwa an den Respekt vor den gewährten Rechten, ethisches und verantwortungsvolles Verhalten, oder die Verhinderung exzessiver Nutzung. Auch in den ecuadorianischen und bolivianischen Rechtsquellen wurde ausdrücklich festgehalten, dass die Nutzung der Natur erlaubt ist. Den bolivianischen Rechtsquellen lassen sich Beispiele entnehmen, wie sich die RdN und die Menschenrechte nach Ansicht der Gesetzgebung vereinbaren lassen, etwa durch die Stärkung nachhaltiger Konsumgewohnheiten, die Entwicklung nachhaltiger und sauberer Verfahren und Technologien, die Nutzung erneuerbarer Energien, aber auch durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Die detailliertesten Vorgaben enthält das neuseeländische Te Urewera Gesetz, in dem festgelegt wurde, welche Tätigkeiten im Waldgebiet grundsätzlich erlaubt und welche genehmigungspflichtig sind. Erlaubt sind Tätigkeiten, die das Gebietsmanagement betreffen, nicht gewinnorientierte Kultur-, Freizeit- oder Bildungsaktivitäten sowie Tätigkeiten zum Schutz des Menschen, des Eigentums oder der Umwelt. Genehmigungspflichtig sind hingegen alle sonstigen Tätigkeiten, die einen Verstoß gegen das Gesetz darstellen können, wie z. B. die Beeinträchtigung von Pflanzen und Tieren, die Landwirtschaft, die Errichtung von Infrastruktur sowie Bergbauaktivitäten, die nur in Ausnahmefällen genehmigt werden dürfen. Werden diese Tätigkeiten ohne Genehmigung ausgeübt, handelt es sich folglich um unzulässige Eingriffe.

Einzelne Stimmen in der Literatur betrachten es als widersprüchlich, dass Eingriffe in die gewährten Rechte erlaubt sind.⁶³² Andere betonen hingegen, dass die RdN allein schon deshalb nicht absolut sein können, weil auch die Menschen Rechte haben.⁶³³ Die meisten Befürworter:innen von RdN sprechen sich deshalb nicht dafür aus, eine unberührte Natur zu verteidigen. Die Natur könne genutzt werden, solange sichergestellt sei, dass ein gewisser Zustand – wie z. B. ihre Reproduktionsfähigkeit, Funktionsfähigkeit oder Gesundheit – erhalten bleibe.⁶³⁴ Mithilfe von RdN soll der Literatur zufolge das Verhältnis zwischen den Menschen und den Rechtsträger:innen

⁶³² S. z. B. *Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401 (425).

⁶³³ *Leimbacher*, *Natur* 156, 202; ähnl. *Collins*, *Constitution* 79; i. w. S. *Lazarus*, *Human Nature, the Laws of Nature, and the Nature of Environmental Law*, *Virginia Environmental Law Journal* 2005, 231 (234).

⁶³⁴ *Acosta*, *Toward the Universal Declaration of Rights of Nature: Thoughts for Action*, www.garn.org/wp-content/uploads/2021/09/Toward-the-Universal-Declaration-of-Rights-of-Nature-Alberto-Acosta.pdf (Stand 2.7.2024) 11; ähnl. *Stone*, *Umwelt* 30; *Kauffman/Martin*, *Politics* 230; *Cortés-Nieto/Gómez-Rey*, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 133 (145).

restrukturiert werden⁶³⁵ und ein Gleichgewicht hergestellt werden,⁶³⁶ damit „harte aber faire“ Rechtskonflikte entstehen und angemessen ausgetragen werden, bei denen die Natur keine passive Akteurin ist, sondern Zugang zum rechtsstaatlichen Diskurs erhält.⁶³⁷ Eine Hierarchie zwischen RdN und Menschenrechten, wie sie von manchen kritischen Stimmen gefordert wird,⁶³⁸ erscheint vor diesem Hintergrund nicht wünschenswert. Stattdessen wird in der Literatur vorgeschlagen, dass die Menschenrechte ausgehend von der Erkenntnis, dass beide eng miteinander verbunden sind,⁶³⁹ im Lichte der durch die RdN definierten Grenzen verfeinert und eingeschränkt werden.⁶⁴⁰ Dies könne ebenso dem Schutz der Menschenrechte dienen, sodass sie insgesamt in einen neuen Kontext gesetzt werden.⁶⁴¹

3. Unzulässige Eingriffe

Auch wenn damit klar ist, dass Eingriffe unter gewissen Voraussetzungen gerechtfertigt werden können, stellt sich die Frage, ob bestimmte Eingriffe z.B. aufgrund ihrer Schwere jedenfalls unzulässig sind. In den meisten US-amerikanischen Rechtsquellen wurden bspw. konkrete, tätigkeitsbezogene Verbote festgelegt, die

⁶³⁵ Vgl. *Fischer-Lescano*, *Law & Literature* 2020/2, 237 (247); *Gudynas*, in: G. Weber 83 (88); *P. E. Taylor*, *Georgetown International Environmental Law Review* 1998, 309 (373); *Talbot-Jones/Bennett*, *Ecological Economics* 2019/10, 1 (2); s. i.d.Z. auch *Spitz/Penalver*, *Harvard Environmental Law Review* 2021/1, 67 (88).

⁶³⁶ *Gudynas*, in: G. Weber 83 (90); *Bosselmann*, in: Stone 9 (20); *Leimbacher*, *Natur* 223, 225.

⁶³⁷ *Kersten*, in: *Tabios Hillebrecht/Berros* 9 (13); *Kersten*, *Rechtswissenschaft* 2014/3, 378 (412); *Schoukens*, in: *Pereira/Saramago* 205 (229); vgl. *Adloff/Busse*, in: *Adloff/Busse* 9 (14); *Emmenegger/Tschentscher*, *Georgetown International Environmental Law Review* 1994/3, 545 (588); ähnl. *Deva*, in: *Voigt* 312 (320); sowie insb. *Latour*, *Parlament*; *Latour*, *Gaia*.

⁶³⁸ *Pietari*, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37 (90 f.); *Guim/Livermore*, *Virginia Law Review* 2021/7, 1347 (1374 f.); *Whitemore*, *Pacific Rim Law & Policy Journal Association* 2011/3, 659; vgl. *Schoukens*, in: *Pereira/Saramago* 205 (210 f.).

⁶³⁹ *Martinez/Acosta*, *Revista Direito e Práxis* 2017/4, 2927 (2942); vgl. auch *Tabios Hillebrecht*, *Disrobing Rights: The Privilege of Being Human in the Rights of Nature Discourse*, in: *Tabios Hillebrecht/Berros* (Hrsg.), *Can Nature Have Rights? Legal and Political Insights*, *RCC Perspectives* 2017/6, 15 (20); *Guzmán*, *Forest* 56, 74; *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 186 m. w. N., 263.

⁶⁴⁰ *Nash*, *Yale Journal of International Law* 1993/1, 235 (249); *Bugge*, in: *Voigt* 3 (8).

⁶⁴¹ *Bosselmann*, *Natur* 209; *Kersten*, *Rechtswissenschaft* 2014/3, 378 (390 ff.); *Gutmann*, *Rechtssubjektivität* 240 ff., 244 ff.; *Carducci et al.*, *Charter* 15; *Spitz/Penalver*, *Harvard Environmental Law Review* 2021/1, 67 (88); *Berros*, in: *Tabios Hillebrecht/Berros* 37 (41); *J. Weber*, *Erde* 169; *Pernthaler*, in: *Pernthaler/K. Weber/Wimmer* 1 (6); *Beckhauser*, *Netherlands Quarterly of Human Rights* 2023/0, 1 (23); *Ito/Montini/Bagni*, in: *García Ruales/Hovden/Kopinina/Robertson/Schoukens* 281 (290, 297) mit dem m. E. etwas missverständlichen Vorschlag für eine Hierarchie der Rechte, bei der die RdN die Grundlage für alle anderen Rechte (i. S. v. Voraussetzungen für unsere Existenz) bilden, wobei die Menschen als Teil der Natur betrachtet werden; weiters krit. *Guim/Livermore*, *Virginia Law Review* 2021/7, 1347 (1375 ff.) mit Verweis auf *Jeremy Bentham vs. John Rawls* sowie Ideen zur Bepreisung von Ökosystemdienstleistungen.

z. B. die Förderung von Kohlenwasserstoffen betreffen und meist absolut gelten. Eine Ausnahme bildet Orange County, dort wurde die absichtliche oder fahrlässige Verschmutzung der als Rechtsträger:in anerkannten Flüsse verboten. Der Verstoß gegen eines dieser Verbote würde demnach einen unzulässigen Eingriff und eine Rechtsverletzung darstellen. Folglich können Verbote über die Unzulässigkeit von Eingriffen Auskunft geben. Sie können zugleich als Teil des Schutzbereichs bzw. Konkretisierung der gegenüber den RdN bestehenden Schutz- und Gewährleistungspflichten angesehen werden. Nach Ansicht eines kolumbianischen Gerichts können sie auch als Ausdruck des umweltrechtlichen Vorsorgeprinzips betrachtet werden,⁶⁴² auf das später noch näher eingegangen wird. Ebenso stellte der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof fest, dass Verstöße gegen umweltrechtliche Verbote oder Genehmigungspflichten eine Verletzung der RdN begründen können. In der ecuadorianischen Verfassung wurden bspw. Aktivitäten, die zum Aussterben von Arten führen, verboten.

Bemerkenswert ist hingegen, dass in Bezug auf den ehem. Nationalpark „Te Urewera“ mit Ausnahme eines Landverbotes für Flugzeuge keine Verbote vorgeesehen wurden, weil dadurch Tätigkeiten wieder möglich wurden, die nach dem Nationalparkgesetz verboten waren. Dies entspricht der Literatur zufolge indigenen Sichtweisen, wonach die Natur gleichzeitig geschützt und genutzt werden kann. Zudem wird es als unwahrscheinlich erachtet, dass mit der Verwaltung durch indigene Gemeinschaften negative Auswirkungen auf „Te Urewera“ einhergehen.⁶⁴³ Viele Tätigkeiten stehen außerdem unter einem Genehmigungsvorbehalt und sind damit unzulässig, sofern sie nicht genehmigt wurden. Demgegenüber enthält das Te Awa Tupua Gesetz weder Verbote noch Genehmigungsvorbehalte. Die Zurückhaltung gegenüber absoluten Verboten lässt sich der Literatur zufolge auf indigene Sichtweisen zurückführen, wonach die Natur gleichzeitig geschützt und genutzt werden kann.⁶⁴⁴

Auch die kolumbianischen Rechtsquellen sind in Hinblick auf jedenfalls unzulässige Eingriffe wenig konkret. Der vom kolumbianischen Verfassungsgerichtshof angeordnete und mittlerweile erstellte Aktionsplan zur Wiedererlangung traditioneller Subsistenz- und Ernährungsformen für den Fluss Atrato enthält eine Liste mit nicht nachhaltigen Produktionsverfahren, die allerdings nicht ausdrücklich verboten wurden. Einem anderen Gericht zufolge sind Tätigkeiten wie z. B. der Bergbau, die Landwirtschaft, die Förderung von Kohlenwasserstoffen, die Jagd oder der industrielle Fischfang unzulässig, wenn nicht wissenschaftlich nachgewiesen wurde, dass sie keinen Umweltschaden verursachen. Auch dies kann als Genehmigungsvorbehalt unter Anwendung des Vorsorgeprinzips verstanden werden. Zusammenfassend ist

⁶⁴² Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 35.

⁶⁴³ *Bataille/Luke/Kruger/Malinen/Allen/Whitehead/Lyver*, Human Ecology 2020/4, 439 (448).

⁶⁴⁴ B. Fn. 1338.

daher festzuhalten, dass Eingriffe einerseits unzulässig sein können, weil sie z.B. aufgrund ihrer Schwere absolut verboten wurden oder weil sie nur unter gewissen Voraussetzungen erfolgen dürfen und diese nicht erfüllt wurden.

4. Voraussetzungen für die Rechtfertigung von Eingriffen

Die bisherigen Erkenntnisse führen zu der Frage, unter welchen Voraussetzungen Eingriffe in die RdN gerechtfertigt werden können. Am ausführlichsten befasste sich damit der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof, der zusammengefasst festhielt, dass ein potenzieller Eingriff – wie z.B. die Umleitung eines Flusses – nur dann gerechtfertigt werden kann, wenn es dazu eine hinreichend bestimmte Gesetzesermächtigung gibt und eine Abwägung im Einzelfall erfolgt, bei der überprüft wird, ob der Eingriff notwendig, geeignet und verhältnismäßig ist. Überdies ist die Verfügbarkeit von Alternativen mit geringerem Risiko zu berücksichtigen und zu prüfen, ob das Vorsorgeprinzip anwendbar ist. Tätigkeiten, die dem *buen vivir* der Gesellschaft dienen – wie öffentliche Dienstleistungen oder die Errichtung von Infrastruktur – haben bei der Abwägung mehr Gewicht, sind aber durch das für das *buen vivir* Notwendige begrenzt, sodass Eingriffe für „Luxuskonsum“ oder „die Akkumulation von Kapital“ nicht zulässig sind. Der Gerichtshof stellte weiters fest, dass der Erhalt einer Umweltgenehmigung eine „Schwelle“ ist, die bei der Feststellung, ob RdN verletzt wurden, berücksichtigt werden muss. Handlungen ohne Umweltgenehmigungen stellen folglich jedenfalls eine Rechtsverletzung dar. Daraus folgt, dass die RdN selbst bei Vorliegen einer Umweltgenehmigung verletzt sein könnten. Außerdem könnte daraus folgen, dass grundsätzlich jede Handlung einer Umweltgenehmigung bedarf.⁶⁴⁵

Der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof knüpfte damit an die Zulässigkeit von Eingriffen ähnliche Voraussetzungen, wie sie im Wesentlichen auch im Menschenrechtsbereich bestehen.⁶⁴⁶ Somit stellt sich die Frage, ob diese Voraussetzungen ebenso für Eingriffe in andere untersuchte RdN gelten. Dies könnte jedenfalls in Hinblick auf die kolumbianischen RdN angenommen werden, die ebenfalls den Menschenrechten nachgebildet sind und dieselbe Stellung im Rechtssystem einnehmen. Sie gewähren den Rechtsträger:innen daher nach Ansicht eines Verwaltungstribunals einen „selbstvollstreckbaren Schutzstatus“, sodass Eingriffe nur unter Anwendung des Vorsorgeprinzips zulässig sind. Zudem sei jede Beschränkung eines Menschenrechts daraufhin zu überprüfen, ob sie adäquat, notwendig und verhältnismäßig ist. Dem Schutz der RdN und des Menschenrechts auf Wasser wurde bei der Abwägung mehr Gewicht beigemessen als dem Schutz des Menschenrechts auf Arbeit, weil die ersten beiden Rechte nach Ansicht des Tribunals eng mit dem

⁶⁴⁵ Zust. Leimbacher, Natur 245.

⁶⁴⁶ Vgl. z.B. Berka/Binder/Kneihs, Grundrechte² 185 ff.; Grabenwarter/Pabel, Menschenrechtskonvention⁷ 145 ff.; Bosselmann, Human Rights 23.

Weiterleben der Natur und der Menschheit verbunden sind.⁶⁴⁷ Zu ähnlichen Ergebnissen gelangte im Wesentlichen auch der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof.⁶⁴⁸

Die bolivianischen RdN sind gem. Rahmengesetz ebenfalls „in einer komplementären, miteinander vereinbaren und wechselseitigen Weise“ mit den Menschenrechten zu verwirklichen, obwohl sie nicht wie diese in der Verfassung verankert wurden. Allerdings ist unklar, inwieweit Eingriffe nach den genannten Voraussetzungen zu prüfen sind. Den kollektiven Rechten, die der Verwirklichung des *Vivir Bien* dienen, wurde außerdem Vorrang eingeräumt. Dies wurde in der Literatur als Schwächung oder auch als Stärkung der RdN betrachtet. ME spricht aber einiges dafür, dass die RdN zu diesen kollektiven Rechten hinzuzuzählen sind.⁶⁴⁹ Zudem wurde eine Eingriffsschranke vorgesehen, wonach Konflikte so zu lösen sind, dass die Regenerationsfähigkeit nicht irreversibel beeinträchtigt werden darf.⁶⁵⁰

Den neuseeländischen Rechtsquellen sind nicht dieselben Voraussetzungen für die Rechtfertigung von Eingriffen zu entnehmen. Nach dem Te Urewera Gesetz dürfen, abgesehen von den ohnehin erlaubten Tätigkeiten, die auch den Schutz des Eigentums umfassen, ausschließlich Tätigkeiten genehmigt werden, die nicht gegen das Gesetz verstoßen sowie bestimmte tätigkeitsspezifische Kriterien erfüllen, so dass sie bspw. im Managementplan vorgesehen sein müssen (der noch weitere Kriterien enthält) und negative Auswirkungen zu vermeiden sind. Lt. dem Leiter eines operativen Teams werden Tätigkeiten in „Te Urewera“ zugunsten der Menschen allerdings nur durchgeführt, wenn das Gleichgewicht des Ökosystems nicht gestört wird.⁶⁵¹ Folglich könnte es sich dabei, zumindest nach Ansicht der Vertreter:innen, um ein Entscheidungskriterium oder sogar um eine Eingriffsschranke handeln. Das Te Awa Tupua Gesetz enthält hingegen keine entsprechenden Vorgaben. Stattdessen wurde lediglich festgelegt, dass Personen, die nach anderen Gesetzen entscheidungsbefugt sind, die intrinsischen Werte von Te Awa Tupua und die Flussstrategie in unterschiedlichem Ausmaß zu berücksichtigen haben. Bestehende menschliche Rechte am Fluss dürfen dabei nicht aufgehoben oder beschränkt werden, sodass allfällige Konflikte wohl stets zulasten der Rechtsträger:in zu entscheiden sind.

Womöglich könnten die Unterschiede darauf zurückgeführt werden, dass die neuseeländischen RdN nicht wie die ecuadorianischen, bolivianischen und kolumbianischen RdN den Menschenrechten nachgebildet sind, sondern dass anstatt von Rechten Pflichten vorgesehen wurden. Selbst wenn daraus Rechte abgeleitet werden können, fehlt ihnen der menschenrechtliche Charakter, der verdeutlicht, dass Ein-

⁶⁴⁷ S. dazu ausführl. Abschnitt B.V.5.b).

⁶⁴⁸ S. dazu ausführl. Abschnitt B.II.5.

⁶⁴⁹ S. Abschnitt B.III.5.a).

⁶⁵⁰ S. dazu noch ausführl. Abschnitt C.IV.4.b).

⁶⁵¹ B. Fn. 1339; s. dazu ausführl. Abschnitt B.IV.5.a).

griffe lediglich unter strengen Voraussetzungen zulässig sind.⁶⁵² Dies wurde in Bezug auf „Te Urewera“ insofern sichergestellt, als geregelt wurde, welche Eingriffe zulässig und unzulässig (genehmigungspflichtig) sind und unter welchen Voraussetzungen Genehmigungen erteilt werden können. Im Te Awa Tupua Gesetz wurden hingegen nur mehr oder weniger starke Berücksichtigunggebote vorgesehen.⁶⁵³ In der Praxis scheint aber durchaus eine grundrechtsähnliche Perspektive eingenommen zu werden. So berichten Cribb et al., dass bei der Revitalisierung des Whanganui-Hafens die Logik des Ressourcenmanagementgesetzes auf den Kopf gestellt wurde, indem nicht versucht wurde, die „nachteiligen Umweltauswirkungen“ des Projekts zu verringern, sondern der Fokus daraufgelegt wurde, wie das Projekt die Gesundheit und das Wohlergehen des Flusses fördern kann.⁶⁵⁴ In beiden Fällen fehlt es aber an der gesetzlichen Klarstellung, dass die Rechte der Menschen unter dem Vorbehalt der Wahrung der RdN stehen und ggf. auch eingeschränkt werden können.⁶⁵⁵

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen deutet einiges darauf hin, dass es einen wesentlichen Unterschied macht, ob die RdN in Anlehnung an die Menschenrechte ausgestaltet wurden. Dieser kann nicht nur darin liegen, dass sie dann dieselbe Stellung im Rechtssystem einnehmen, da dies in Neuseeland durchaus gegeben wäre.⁶⁵⁶ Stattdessen spricht einiges für die Annahme, dass der Unterschied auf die bereits dargestellten Erwägungen in der Literatur über die Vorteile von Rechten gegenüber Pflichten,⁶⁵⁷ und auf die Besonderheiten von Menschenrechten zurückgeführt werden kann, worauf i. w. F. noch näher eingegangen wird. Dass aber auch dieselbe Stellung im Rechtssystem von Bedeutung ist, zeigt sich am Beispiel der Rechtsquellen vieler US-amerikanischer Gebietskörperschaften, mit denen nicht nur die Gleichstellung von RdN und Menschenrechten erreicht werden sollte, sondern sogar der „Vorrang“ von RdN gegenüber jenen Menschenrechten, die Unternehmen zukommen.⁶⁵⁸ Inwieweit dies gelungen ist oder die US-amerikanischen RdN im Konfliktfall stets unterliegen werden, ist, wie bereits mehrmals erwähnt, noch nicht abschließend geklärt. Die US-amerikanischen Rechtsquellen enthalten jedenfalls keine Hinweise darauf, unter welchen Voraussetzungen Eingriffe gerechtfertigt werden können.

Zusammengefasst gelten in den untersuchten Rechtsordnungen somit unterschiedliche Voraussetzungen für die Rechtfertigung von Eingriffen in die RdN. Diese

⁶⁵² Vgl. z. B. Stone, Umwelt 30. Aus der Perspektive der Māori wäre dies wohl auch nicht notwendig, s. Abschnitt B.IV.4.a).

⁶⁵³ Diese können auch als vorteilhaft betrachtet werden, vgl. O'Bryan, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (60); Rodgers, Environmental Law Review 2017/4, 266 (269).

⁶⁵⁴ Cribb/Macpherson/Borchgrevink, The International Journal of Human Rights 2024/16 Feb, 1 (10 ff.).

⁶⁵⁵ Vgl. Bosselmann, Natur 374.

⁶⁵⁶ S. Abschnitt B.IV.1.a) und B.IV.2.a).

⁶⁵⁷ S. Abschnitt C.III.5.c).

⁶⁵⁸ Vgl. Kauffman/Martin, Politics 67.

können Ähnlichkeiten zu jenen Kriterien aufweisen, die im Wesentlichen auch bei der Überprüfung von Eingriffen in die Menschenrechte herangezogen werden. Sie können aber auch nur aus Genehmigungskriterien oder Berücksichtigungsgeboten bestehen, wie sie im Wesentlichen auch im Umweltrecht vorgefunden werden. In einigen Fällen wurde hingegen keine konkrete Vorgehensweise vorgesehen, sodass unklar ist, im Rahmen welcher Verfahren und nach welchen Kriterien Eingriffe zu prüfen sind.⁶⁵⁹ Die bisherigen Erkenntnisse geben jedenfalls Anlass zu der Vermutung, dass Eingriffe in grundrechtlich ausgestaltete RdN strengerer Voraussetzungen unterliegen. I. w. F. wird daher untersucht, welche Überlegungen in der Literatur diesbezüglich geäußert wurden.

a) Überlegungen in der Literatur zu einer grundrechtlichen Ausgestaltung

In der RdN-Literatur gibt es zahlreiche Überlegungen, die mit den bislang aus der Synthese gewonnenen Erkenntnissen, wonach Eingriffe in grundrechtlich ausgestaltete RdN möglicherweise strengerer Voraussetzungen unterliegen, übereinstimmen. Diese wurden tw. bereits i. Z. m. der damit einhergehenden verfassungsrechtlichen Verankerung (Abschnitt C.I.7.) und dem Verhältnis von Rechten und Pflichten (Abschnitt C.III.5.c)) dargestellt. Darüber hinaus wird in der Literatur festgehalten, dass die Behörden, Gerichte und die Gesetzgebung bei Menschenrechten stets verpflichtet sind, diese zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten und damit auch entsprechenden Beschränkungen unterliegen. Demgegenüber seien Auswirkungen auf die Umwelt nur in bestimmten Fällen verpflichtend zu berücksichtigen, obwohl nahezu alle Gesetze und Politiken solche Auswirkungen hätten.⁶⁶⁰ Ein weiterer Unterschied liegt der Literatur zufolge darin, dass grundsätzlich jeder Eingriff in ein Menschenrecht einer Rechtfertigung bedarf.⁶⁶¹ Eine grundrechtliche Ausgestaltung der RdN würde daher zu der Grundannahme führen, dass die Natur bzw. die Rechtsträger:in grundsätzlich unverfügbar ist, wodurch klargestellt wäre, dass gewisse Eingriffe u. U. nicht zu rechtfertigen seien.⁶⁶² Ein Eingriff würde sich folglich aufgrund der Grundrechtsfreiheiten „nicht mehr quasi aus sich selbst“ legitimieren, sondern wäre rechtfertigungsbedürftig.⁶⁶³ Dieses grundsätzliche (nicht absolute) Schädigungsverbot gehe daher über die Pflicht, die

⁶⁵⁹ Vgl. krit. *Guini/Livermore*, Virginia Law Review 2021/7, 1347 (1353 f.); *Darpö*, Nature 49.

⁶⁶⁰ Vgl. *Buser/Ott*, in: Adloff/Busse 159 (166); *Carducci et al.*, Charter 29, 100; *Bosselmann*, in: Stone 9 (21); *Colon-Rios*, McGill Law Journal 2014/1, 127 (146); *Krämer*, in: Lübbe-Wolff 7 (30); s. i. d. Z. auch *Berka*, in: FS Walter 37 (55 f.); *Berka/Binder/Kneihls*, Grundrechte² 181 f.

⁶⁶¹ Vgl. *Bugge*, in: Voigt 3 (8); *Cullinan*, Declaration 4; s. i. d. Z. auch *Berka*, in: FS Walter 37 (58).

⁶⁶² *Leimbacher*, Natur 173, 109, 112, 275, 334, 481; *Cullinan*, in: Voigt 94 (104).

⁶⁶³ *Bosselmann*, in: Stone 9 (22); ähnl. *Buser/Ott*, in: Adloff/Busse 159 (166); *Leimbacher*, Natur 245, 273 f.; *Bader-Plabst*, Natur 117 f.

Umwelt zu schützen, weit hinaus.⁶⁶⁴ Außerdem werde im Kollisionsfall das eingeschränkte Recht nicht vollkommen verdrängt,⁶⁶⁵ während es bei Interessenabwägungen vollständig wegbalanciert werden könne.⁶⁶⁶ Denn es gäbe gewöhnlich Grenzen (Eingriffsschranken), wie weit in ein Menschenrecht eingegriffen werden dürfe, sodass z. B. auch dann, wenn ein Eingriff in die RdN gerechtfertigt sein könne, ein gewisses Maß an Schutz Vorrang hätte.⁶⁶⁷ Eingriffe ließen sich so auf ein Maß reduzieren, das die Existenz der Rechtsträger:innen bzw. die Ökosystemgesundheit nicht mehr infrage stelle.⁶⁶⁸

b) Eingriffsschranken

Ob in den untersuchten Rechtsquellen auch Grenzen für Eingriffe – also Eingriffsschranken – festgelegt wurden, geht aus den untersuchten Rechtsquellen nicht eindeutig hervor. Eine Ausnahme bildet das bolivianische Rahmengesetz, wonach Eingriffe durch die Regenerationsfähigkeit – also die Fähigkeit, Schäden zu absorbieren, sich an Störungen anzupassen und sich zu regenerieren, ohne ihre Merkmale wesentlich zu verändern – begrenzt sind. Das Gesetz enthält keine Hinweise darauf, dass diese Grenze unter gewissen Voraussetzungen überschritten werden darf. Inwieweit sich die Regenerationsfähigkeit von der Funktionalität der Lebenssysteme unterscheidet, die nach dem Mutter Erde Gesetz diese Grenze bildet, ist angesichts des Anwendungsvorrangs des Rahmengesetzes wohl nicht relevant.

Hingegen sind die ecuadorianischen Rechtsquellen diesbezüglich weniger konkret. Der ecuadorianische Verfassungsgerichtshof verglich das Aussterben einer Art mit Genozid, sodass dies gem. Gutmann als „äußerste Grenze für Eingriffe“ betrachtet werden könnte.⁶⁶⁹ Dies würde bedeuten, dass absolute Verbote auch Eingriffsschranken darstellen. Darüber hinaus stellt sich aber die Frage, ob auch ein „unberührbarer Kernbereich“ der RdN,⁶⁷⁰ der in der ecuadorianischen Literatur in der

⁶⁶⁴ Vgl. Leimbacher, Natur 109, 111, 158.

⁶⁶⁵ Leimbacher, Natur 181; s. i. d. Z. auch Berka/Binder/Kneihs, Grundrechte² 193.

⁶⁶⁶ Deva, in: Voigt 312 (318); Voigt, The Principle of Sustainable Development, in: Voigt (Hrsg.), Rule of Law for Nature. New Dimensions and Ideas in Environmental Law (2013) 146 (150); G. Winter, Ecological proportionality: An emerging principle of law for nature?, in: Voigt (Hrsg.), Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law (2013) 111 (129); Bugge, in: Voigt 3 (22); ähnl. Schulev-Steindl/Romirer, Interessenabwägung im Naturschutzrecht: Ein Problemaufriss am Beispiel Vorarlbergs, RdU 2020/5, 187 (188 f.).

⁶⁶⁷ Vgl. Hovden, Journal for European Environmental & Planning Law 2018/3-4, 281 (304); s. in Hinblick auf die deutsche Rechtslage Bader-Plabst, Natur 181.

⁶⁶⁸ Vgl. J. Weber, Erde 173; Vierros/Harden-Davies, Ocean Yearbook 2022, 36 (63 f.).

⁶⁶⁹ Gutmann, Rechtssubjektivität 212 mit Verweis auf Gudynas, in: Acosta/Martínez 239 (261); ähnl. Martínez/Acosta, Revista Direito e Práxis 2017/4, 2927 (2943).

⁶⁷⁰ Gutmann, Rechtssubjektivität 212; Leimbacher, Natur 202 ff., 206; Collins, Constitution 79; s. hinsichtlich der Rechtslage in Deutschland außerdem Bader-Plabst, Natur 182 f.

Erhaltung der Regenerationsfähigkeit⁶⁷¹ bzw. dem Fortbestand und Überleben der Arten und ihrer Ökosysteme gesehen wird,⁶⁷² als Eingriffsschranke betrachtet werden kann.⁶⁷³ Allerdings wird weder in den untersuchten Rechtsquellen noch in der darauf Bezug nehmenden Literatur deutlich zwischen Schutzbereich, Kernbereich und Eingriffsschranke unterschieden, sondern meist nur von Rechtsverletzungen gesprochen, so dass diese Frage weder in Hinblick auf die ecuadorianischen RdN, noch auf die anderen untersuchten RdN eindeutig beantwortet kann. Die Erhaltung der Regenerationsfähigkeit ist aber jedenfalls auch in Bolivien ein wesentlicher Bestandteil des Rechts auf Leben, sodass sie zumindest dort einen unberührbaren Kernbereich darstellen könnte, der zugleich eine Eingriffsschranke ist.

Ausgehend von der Annahme, dass zumindest einige der untersuchten RdN einen Zustand schützen, der – wie in Bolivien – im Wesentlichen jenem ähnelt, der von der Naturwissenschaft als „Ökosystemgesundheit“ bezeichnet wird, könnte zu dem Ergebnis gelangt werden, dass die Regenerationsfähigkeit von Ökosystemen den Kernbereich vieler RdN darstellt. Denn der naturwissenschaftlichen Literatur zufolge werden Krankheiten eines Ökosystems dann als besorgniserregend eingestuft, wenn das Ausmaß der Beeinträchtigung der Ökosystemgesundheit nicht durch die Resilienz des Systems oder Managementmaßnahmen begrenzt werden kann.⁶⁷⁴ Resilienz beschreibt die Fähigkeit eines Ökosystems, seine Struktur und Funktionen trotz Stress beizubehalten.⁶⁷⁵ Damit ähnelt sie der bolivianischen Definition von Regenerationsfähigkeit. In Bezug auf die ecuadorianischen RdN ergibt sich daraus die Frage, ob ein Eingriff in die Regenerationsfähigkeit rechtfertigungsbedürftig ist (weil diese im Wesentlichen den Schutzbereich definiert) oder nicht mehr gerechtfertigt werden kann (da es sich um den Kern des Rechts bzw. eine Eingriffsschranke handelt). Vor dem Hintergrund der Feststellung des Verfassungsgerichtshofes, wonach selbst Eingriffe zur Erreichung des *buen vivir* lediglich dann zulässig sind, wenn sie einen „Mangrovenwald nicht in Gefahr bringen“,⁶⁷⁶ ist m. E. eher von Letzterem auszugehen. Dann stellt sich jedoch die Frage, wo die Grenzen des Schutzbereichs liegen, ab wann also ein Eingriff rechtfertigungsbedürftig ist. Die Judikatur des Verfassungsgerichtshofes könnte, wie bereits erwähnt, dahin gehend interpretiert werden, dass jede nicht genehmigte Handlung eine Rechtsverletzung darstellt, woraus folgen könnte, dass jeder Eingriff in die „Natur“ rechtfertigungsbedürftig ist. In der Literatur wurde diesbezüglich festgehalten, dass die Grenzen für

⁶⁷¹ Pacari Vega Conejo, in: Martínez/Maldonado 129 (138); i. d. S. auch Kauffman/Martin, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (49).

⁶⁷² Martínez/Acosta, Revista Direito e Práxis 2017/4, 2927 (2943).

⁶⁷³ Vgl. Leimbacher, Natur 239, 206 ff.

⁶⁷⁴ Schaeffer/Herricks/Kerster, Environmental Management 1988/4, 445 (448).

⁶⁷⁵ Rapport/Costanza/McMichael, Trends in Ecology & Evolution 1998/10, 397 (397); vgl. Carducci et al., Charter 74; Kersten, Rechtswissenschaft 2014/3, 378 (408 f.).

⁶⁷⁶ Corte Constitucional 8.9.2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente) Rz. 79.

die Zulässigkeit von Eingriffen so zu setzen sind, dass die Integrität, das Gleichgewicht und die Gesundheit der Erde erhalten bleiben.⁶⁷⁷

Gem. Leimbacher sollte der Kerngehalt daher jedenfalls in Bezug auf die Biosphäre absolut sein, während er in Hinblick auf einzelne natürliche Entitäten Relativierungen zugänglich sein kann.⁶⁷⁸ Daran anknüpfend schlägt Bader-Plabst vor, die „Wirkung der Wesensgehaltsgarantie [...] auf dem Weg von ganzen Ökosystemen hin zum natürlichen Individuum immer weiter relativieren“, und zwar „hin zur ‚normalen‘ Verhältnismäßigkeitsprüfung“.⁶⁷⁹ Danach könnte allerdings stets zu dem Ergebnis gelangt werden, dass z. B. das Fällen eines Baumes in Kauf genommen werden kann. Vor dem Hintergrund der gewonnenen Erkenntnisse erscheint es mir dagegen wesentlich, das Verhältnis zwischen der Ausgestaltung der Rechtsträger:innen und den gewährten Rechten im Blick zu behalten – also die Frage, wem wurden welche Rechte gewährt und welche Rechte können daraus für einzelne Bestandteile der Rechtsträger:innen abgeleitet werden. Der Kerngehalt kann sich demnach nur auf die Rechtsträger:in beziehen, die i. d. R. aus eine (öko-)systemischen Perspektive betrachtet wird, und danach ist die Zulässigkeit von Eingriffen in die Rechte einzelner Bestandteile der Rechtsträger:in zu beurteilen. Einem Baum würde folglich nur dann ein Recht auf Existenz zukommen, das nicht beschränkt werden darf, wenn dies z. B. zum Erhalt der Regenerationsfähigkeit eines Ökosystems erforderlich ist.⁶⁸⁰

c) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

Vor dem Hintergrund der bislang gewonnenen Erkenntnisse lassen sich in Bezug auf das österreichische Recht zunächst Ähnlichkeiten feststellen. Denn nach dem WRG sind ebenfalls bestimmte Nutzungen der öffentlichen Gewässer, die als Gemeingebrauch bezeichnet werden, erlaubt, während alle darüberhinausgehenden Nutzungen oder Einwirkungen grundsätzlich einer Genehmigungspflicht unterliegen.⁶⁸¹ Zudem kann hinsichtlich der Feststellung des ecuadorianischen Verfassungsgerichtshofs, wonach RdN selbst dann verletzt sein können, wenn eine Umweltgenehmigung vorliegt, festgehalten werden, dass auch im WRG Vorkehrungen getroffen wurden, falls eine genehmigte Tätigkeit ein Gewässer wesentlich beeinträchtigt, weil Genehmigungen grundsätzlich nur befristet erteilt werden, wobei den

⁶⁷⁷ Cullinan, Declaration 3; Cullinan, in: Voigt 94 (104); weiters Hovden, Journal for European Environmental & Planning Law 2018/3-4, 281 (304).

⁶⁷⁸ Leimbacher, Natur 206 ff.

⁶⁷⁹ Bader-Plabst, Natur 185.

⁶⁸⁰ S. dazu bereits Abschnitt C.II.3.f).

⁶⁸¹ §§ 8 f., 32 Abs. 2 lit. a (mit Ausnahmen in lit. b und c) WRG; § 74 Abs. 2 Z 5 GewO; § 3 UVP-G; vgl. Bachler, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ Vor § 5 Rz. 2 f. sowie § 9 Rz. 1 ff.; Akyürek/Reichel, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely 479 (493 ff.); T. Weber, Umweltschutz 181 f.

Projektbetreiber:innen allerdings unter bestimmten Voraussetzungen ein Anspruch auf Wiederverleihung zukommt.⁶⁸²

Überdies werden folgende Unterschiede erkennbar: Da es sich bei den Gewässerschutzbestimmungen des WRG nicht um verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte handelt, gelten für die Zulässigkeit von Gewässerbeeinträchtigungen weit weniger strenge Voraussetzungen als für die Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen. Ausgangspunkt eines Genehmigungsverfahrens bildet zudem nicht die grundsätzliche Unverfügbarkeit eines Wassereinzugsgebiets, woraus z.B. folgen könnte, dass Beeinträchtigungen nur genehmigt werden, wenn sie notwendig, geeignet und verhältnismäßig sind, sondern der Antrag einer natürlichen oder juristischen Person, die den Schutz der Eigentumsgarantie und Erwerbsfreiheit genießt,⁶⁸³ auf Genehmigung einer über den Gemeingebrauch hinausgehenden Tätigkeit. Ziel des Verfahrens ist somit nicht, die Tätigkeit für unzulässig zu erklären, sondern diese zu genehmigen und deren Auswirkungen – soweit technisch möglich – zu vermindern.⁶⁸⁴ Eine Auseinandersetzung mit darüberhinausgehenden „gesellschafts- bzw. energiepolitische[n] Problemstellungen“ ist nicht Zweck dieser Verfahren.⁶⁸⁵ Die Untersagung der Tätigkeit bildet deshalb die Ausnahme.⁶⁸⁶ Die so genehmigten Gewässerbeeinträchtigungen können zu einer schleichenden Verschlechterung des Gewässerzustandes führen,⁶⁸⁷ während mithilfe von RdN auch ein „Recht auf Nicht-Nutzung“ geltend gemacht werden könnte.⁶⁸⁸ Das Interesse am Gewässerschutz ist zwar im Rahmen der Interessenabwägung zu berücksichtigen, kann dabei aber auch – zumindest bei Verfahrenskonzentrationen nach dem UVP-G oder der Gewerbeordnung (GewO)⁶⁸⁹ – im Ergebnis vollkommen verdrängt werden.⁶⁹⁰ Ähnliches

⁶⁸² § 21 WRG; vgl. *Bachler*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 21 Rz. 1 ff., 6 ff. S. außerdem bereits die Ausführungen zu § 21a WRG in Abschnitt B.III.6.b).

⁶⁸³ Vgl. *Raschauer*, Umweltrecht Allgemeiner Teil, in: Raschauer/Wessely (Hrsg.), Handbuch Umweltrecht (2006) 13 (45).

⁶⁸⁴ Vgl. *Deva*, in: Voigt 312 (315); vgl. z.B. *Raschauer*, in: IUR/ÖWAV 73 (76 ff.; 79 f., 82).

⁶⁸⁵ *Raschauer*, in: IUR/ÖWAV 73 (82).

⁶⁸⁶ Vgl. z.B. die Untersuchung von 100 Bescheiden, die im Zeitraum von 2008 bis 2018 auf Grundlage des VlbG. NSchG erlassen wurden, bei denen in 90 % der Fälle zugunsten des beantragten Vorhabens entschieden wurde, d.h. den Interessen des Naturschutzes Nachrang eingeräumt wurde; durchgeführt von *Schulev-Steindl/Romirer*, RdU 2020/5, 187 (191 f.).

⁶⁸⁷ Vgl. z.B. *Krämer*, in: Lübke-Wolff 7 (29).

⁶⁸⁸ *Laitos/Keske*, Journal of Environmental Law and Litigation 2010/2, 303 (376, 378).

⁶⁸⁹ Gewerbeordnung 1994 BGBl 1994/194.

⁶⁹⁰ Dazu ausführl. *Oberleitner*, Das „öffentliche Interesse“ im Wasserrecht, RdU 2005/1, 4 (4 ff., Fn. 48); betr. Naturschutz *Schulev-Steindl/Romirer*, RdU 2020/5, 187 (188 ff.); weiters *Raschauer*, in: IUR/ÖWAV 73 (75); *Schulev-Steindl*, RdU 2010/1, 4 (6, 10); ähnl. *Wagner/Bergthaler/Krämer/Grahmair*, Eigenrechtsfähigkeit 149 f.; krit. *Bosselmann*, Natur 342, 210; *Bosselmann*, Grundrechte 64. S. hins. der Rechtslage in Deutschland *Bader-Plabst*, Natur 99 ff.

wurde im Wesentlichen auch in Hinblick auf das Naturschutzrecht festgestellt.⁶⁹¹ Das wasserrechtliche Verschlechterungsverbot kann, anders als womöglich Emissionsgrenzwerte, zudem nicht als Eingriffsschranke betrachtet werden, weil Ausnahmen aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses (bei dem auch wirtschaftliche Überlegungen zu berücksichtigen sind) zu gewähren sind.⁶⁹²

Zudem unterliegt nicht jede Tätigkeit mit Auswirkungen auf ein Wassereinzugsgebiet einer Genehmigungspflicht. Wie Schwarzer am Beispiel des Betriebsanlagenrechts illustriert, ist dieses in verschiedenen Gesetzen nach verschiedenen Gesichtspunkten geregelt, haben die Regime meist spezifische Anknüpfungspunkte und werden die einzelnen Aspekte des Umweltschutzes auf verschiedene Verfahren und verschiedene Behörden aufgeteilt, sodass einzelne Bereiche des Umweltschutzes auch „durch den Rost fallen“ können.⁶⁹³ So kann z. B. die Verwendung von sogenannten „ewigen Chemikalien“ (PFAS), der Abrieb von Autoreifen, das Inverkehrbringen von Kunststoffen oder die Verwirklichung von Vorhaben, die zur Bodenversiegelung beitragen, nicht genehmigungspflichtig sein bzw. keiner Genehmigungspflicht unterliegen, bei der ökosystemorientierte Gesichtspunkte eine (relevante) Rolle spielen, obwohl diese Produkte oder Tätigkeiten – für sich genommen oder kumulativ – den Zustand von Wassereinzugsgebieten verschlechtern können.⁶⁹⁴ Kumulative Auswirkungen sind zwar in bestimmten Verfahren – insb. nach dem UVP-G oder der SUP-Richtlinie – zu berücksichtigen, diese werden jedoch nicht in allen aus einer ökosystemorientierten Perspektive erforderlichen Fällen durchgeführt und führen u. a. aus den bereits genannten Gründen selten zur Ablehnung eines konkreten Vorhabens.⁶⁹⁵ Ebenfalls ist der von der IERL verfolgte integrative Ansatz für IPPC-Anlagen durch die verschiedenen Kompetenzbereiche beschränkt. Zudem ist die Umweltbelastung der produzierten Güter nicht Teil des integrierten Konzepts.⁶⁹⁶

Die Bedeutung von Umweltverfahren wird in der RdN-Literatur deshalb aber nicht infrage gestellt.⁶⁹⁷ Stattdessen macht die Betrachtung aus der Perspektive der

⁶⁹¹ Vgl. ausführl. *Bußjäger*, Naturschutzrecht 138 ff.; *Raschauer*, in: IUR/ÖWAV 73 (83 ff.).

⁶⁹² § 104 Abs. 2 Z 2 und 3; vgl. ausgehend von Art. 2 Abs. 3 und Art. 6 Abs. 4 FFH-RL sowie Art. 4 Abs. 5 WRRL *Hovden*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2018/3-4, 281 (299); ähnl. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit* 131 f.

⁶⁹³ *Schwarzer*, *ZfVB* 1992/2, 107 (108); Zu den mit der Kompetenzverteilung und Fragmentierung des Umweltrecht einhergehenden Herausforderungen s. außerdem bereits Abschnitt C.II.6.b).

⁶⁹⁴ Vgl. allg. *Carducci et al.*, *Charter* 24.

⁶⁹⁵ S. i. d. Z. auch die Ausführungen zur Fragmentierung des Umweltrechts in Abschnitt C.II.6.b) ; vgl. außerdem *Bader-Plabst*, *Natur* 120.

⁶⁹⁶ *Auner*, *Das gewerberechtliche Sonderregime von IPPC-Anlagen* (2020) 21 mit Verweis auf *Di Fabio*, *Integratives Umweltrecht*, *NVwZ* 1998/4, 329 (331); s. ebenfalls bereits Abschnitt C.II.6.b).

⁶⁹⁷ Vgl. *Schoukens*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 65 (77).

RdN sichtbar, wo Lücken im Umweltrecht bestehen und wie diese geschlossen werden könnten.⁶⁹⁸ Im Rahmen einer weiterführenden Untersuchung könnten Überlegungen angestellt werden, welche Auswirkungen ein verfassungsgesetzlich gewährleistetes Recht von Wassereinzugsgebieten auf Ökosystemgesundheit hätte; zum einen in Hinblick auf Genehmigungsverfahren, zum anderen aber auch in Bezug auf das Erfordernis, dass jeglicher Eingriff nur noch aufgrund eines Gesetzes erfolgen darf, einem legitimen Zweck dient, und notwendig, geeignet und verhältnismäßig ist.⁶⁹⁹ Bezüglich Eingriffsschranken könnte zudem überlegt werden, inwieweit der Erhalt der Regenerationsfähigkeit Ähnlichkeiten zum Konzept der „Nachhaltigkeit“ aufweist und dieses bereits nach der geltenden Rechtslage – insb. vor dem Hintergrund des BVG Nachhaltigkeit und der Rechte auf Leben oder Achtung des Privat- und Familienlebens – als Eingriffsschranke betrachtet werden könnte.

d) Überlegungen in der Literatur in Hinblick auf neue Abwägungsregeln

Aufgrund der engen Verwobenheit von RdN und Menschenrechten, die sich u. a. auch darin äußert, dass in der untersuchten Judikatur häufig nicht nur eine Verletzung der RdN, sondern auch mehrerer Menschenrechte festgestellt wurde, ist gem. Gutmann ein neues Abwägungsmodell notwendig, um RdN und Menschenrechte in ein sinnvolles Verhältnis zu setzen.⁷⁰⁰ In der Literatur wurden deshalb bereits einige Überlegungen angestellt,⁷⁰¹ die dafür in Betracht gezogen werden könnten. Gem. Kersten könnten sich für die Abwägung der RdN mit sozialen oder wirtschaftlichen Interessen neue Abwägungsregeln entwickeln, bei denen Regressionsverbote zur Anwendung kommen oder sich Entwicklungs- und Progressionsgebote entfalten.⁷⁰² Auch das *in dubio pro natura* und *pro clima* Prinzip, nachhaltige demokratische Methoden,⁷⁰³ oder das i. w. F. noch näher erörterte Vorsorgeprinzip könnten der Literatur zufolge verstärkt Anwendung finden.⁷⁰⁴ Außerdem könnten die Theorien der

⁶⁹⁸ Vgl. z. B. Franks, Michigan Journal of International Law 2021/3, 633 (635); Hardendavies/Humphries/Maloney/Wright/Gjerde/Vierros, Marine Policy 2020/12, 1 (9).

⁶⁹⁹ S. dazu ausführlich Berka/Binder/Kneihls, Grundrechte² 193 f.; vgl. Bader-Plabst, Natur 158.

⁷⁰⁰ Mit Vorschlägen Gutmann, Rechtssubjektivität 240 ff.

⁷⁰¹ S. z. B. Bosselmann, Natur 297; Leimbacher, Natur 112 ff., 244; Nash, Yale Journal of International Law 1993/1, 235 (248); Stone, Umwelt 56.

⁷⁰² Kersten, Natur als Rechtssubjekt: Für eine ökologische Revolution des Rechts, Aus Politik und Zeitgeschichte, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/305893/natur-als-rechtssubjekt (Stand 2. 7. 2024).

⁷⁰³ Carducci et al., Charter 75, 97, 99; Platjouw, The need to recognize a coherent legal system as an important element of the ecosystem approach, in: Voigt (Hrsg.), Rule of Law for Nature. New Dimensions and Ideas in Environmental Law (2013) 158 (168 ff.); Bosselmann, Natur 297.

⁷⁰⁴ Mariqueo-Russell, in: Tabios Hillebrecht/Berros 21 (24); Henry, ZfRV 1994, 3.

*eco-proportionality*⁷⁰⁵ und der *intergenerational equity* eine Weiterentwicklung erfahren.⁷⁰⁶ Überdies wird vielfach gefordert, dass der Schutz der RdN nicht im Rahmen von ökonomischen Kosten-Nutzen-Analysen aufgewogen werden darf,⁷⁰⁷ weil dabei häufig die Vermeidung kurzfristig entstehender unmittelbarer Kosten gegenüber der Vermeidung langfristiger Risiken bevorzugt wird.⁷⁰⁸ Tw. wird auch vorgeschlagen, Eingriffe nur zuzulassen, wenn sie, wie in Ecuador und Bolivien, der Befriedigung von Grundbedürfnissen dienen, was jedoch Abgrenzungsschwierigkeiten mit sich bringt.⁷⁰⁹ Zudem sollten gem. Latour Entscheidungen mit Vorsicht getroffen und ein gewisses Maß an Unsicherheit hinzugefügt werden, damit Akteur:innen, die bis jetzt wussten, was ein Fluss tolerieren und nicht tolerieren kann, damit beginnen, ausreichend Zweifel zu hegen, und hinterfragen, forschen sowie experimentieren.⁷¹⁰ Dies führt zu der Frage, wie Entscheidungsträger:innen in einer Demokratie mit wissenschaftlichen Unsicherheiten umgehen.

5. Vorsorgeprinzip

Die bislang aus der Synthese gewonnenen Erkenntnisse zeigen, dass für die Bestimmung der Interessen der Natur und zur Feststellung von Rechtsverletzungen nicht nur die Frage relevant ist, welches Wissen heranzuziehen ist, sondern ebenso, wie im Falle von wissenschaftlicher Unsicherheit vorzugehen ist. Dementsprechend wurde dem Vorsorgeprinzip in einigen untersuchten Rechtsquellen eine zentrale Bedeutung eingeräumt.⁷¹¹ Insb. wurde in der ecuadorianischen Verfassung unter dem Titel RdN festgelegt, dass der Staat „Vorsorgemaßnahmen und einschränkende Maßnahmen“ in Bezug auf Tätigkeiten zu ergreifen hat, die „zum Aussterben von Arten, zur Zerstörung von Ökosystemen oder zur dauerhaften Veränderung der natürlichen Zyklen“ führen können. Ein Teil der ecuadorianischen Rechtswissenschaft geht deshalb von einem „Recht auf Vorsorgemaßnahmen“ aus. Überdies wurde festgelegt, dass der Staat im Falle der Ungewissheit über die Umweltauswirkungen einer Handlung oder Unterlassung wirksame und geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen hat (Vorsorgeprinzip) sowie im Falle der Gewissheit eines Schadens geeignete Politiken und Maßnahmen zur Vermeidung von negativen Umweltauswirkungen ergreifen muss (Vorbeugeprinzip). Der Verfassungsgerichts-

⁷⁰⁵ G. Winter, in: Voigt 111 (115, 129); vgl. Collins, Constitution 80.

⁷⁰⁶ Brown Weiss, Intergenerational equity: A legal framework for global environmental change, in: Brown Weiss (Hrsg.), Environmental Change and International Law: New Challenges and Dimensions (1992) 385 (401).

⁷⁰⁷ Vgl. Bugge, in: Voigt 3 (15); Bosselmann, in: Kerschner 135 (145); Carducci et al., Charter 119; Pernthaler, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 1 (12).

⁷⁰⁸ Lazarus, Virginia Environmental Law Journal 2005, 231 (237).

⁷⁰⁹ Deva, in: Voigt 312 (318); Nash, Yale Journal of International Law 1993/1, 235 (248); ähnl. P. E. Taylor, Georgetown International Environmental Law Review 1998, 309 (391).

⁷¹⁰ Latour, in: Braun/Castree 220 (233).

⁷¹¹ Vgl. betr. Ecuador und Bolivien Esborraz, Revista Derecho del Estado 2016/1, 93 (110).

hof stellte daher fest, dass keine Genehmigung für eine Tätigkeit ausgestellt werden darf, über deren Auswirkungen wissenschaftliche Unsicherheit besteht, wenn sie die oben genannten Auswirkungen haben kann, wobei die Beweislast diejenigen trifft, welche die riskante Tätigkeit vorschlagen. Es ist daher in jedem Einzelfall auf Basis unabhängiger technischer und wissenschaftlicher Informationen zu prüfen, ob das Vorsorgeprinzip anwendbar ist. Eine Verletzung des Vorsorge- oder Vorbeugeprinzips kann eine Verletzung der RdN darstellen.

Auch die bolivianischen Rechtsquellen enthalten das Vorsorgeprinzip und das Prinzip „Priorität der Vorbeugung“. Gem. dem Vorsorgeprinzip sind Schäden vorzubeugen oder zu verhindern und darf dies nicht mangels „wissenschaftlicher Gewissheit und/oder fehlender Ressourcen“ unterlassen oder aufgeschoben werden. Nach dem Prinzip „Priorität der Vorbeugung“ sind „[a]ngesichts der Gewissheit, dass jede menschliche Aktivität Auswirkungen“ hat, „vorrangig die notwendigen Vorbeuge- und Schutzmaßnahmen“ zu ergreifen, um diese „zu begrenzen oder abzuschwächen“. Ähnlich wie in Ecuador besteht außerdem die Pflicht, „öffentliche Politiken und systematische Vorsorgehandlungen“ zu entwickeln, um das Aussterben von Arten, die Veränderung von Lebenszyklen und -prozessen, oder die Zerstörung von Lebenssystemen durch menschliche Aktivitäten zu vermeiden. Das Agrarumwelttribunal stellte außerdem fest, dass die Rechte von Mutter Erde „im Rahmen des Vorsorgeprinzips“ verstanden und geschützt werden müssen, sodass die Wahrscheinlichkeit eines Schadens nicht wissenschaftlich nachgewiesen sein muss. Besteht das Risiko eines Schadens, sind vorbeugende Maßnahmen auch dann anzuordnen, wenn bereits eine Umweltgenehmigung vorliegt. Auch in einigen kolumbianischen Rechtsquellen wurde auf die enge Verbindung zwischen dem Vorsorgeprinzip und den RdN verwiesen.⁷¹² Insb. wurde von einem Verwaltungstribunal festgehalten, dass das Verbot, in die gewährten Rechte einzugreifen, Ausdruck des umweltrechtlichen Vorsorgeprinzips ist.

a) Überlegungen in der Literatur zur Anwendung des Vorsorgeprinzips

Wie die bisher gewonnenen Erkenntnisse zeigen, kann die Anwendung des Vorsorgeprinzips sowohl bei Entscheidungen über die Zulässigkeit von Eingriffen erforderlich sein als auch als Bestandteil der Schutz- und Gewährleistungspflichten betrachtet werden, die gegenüber den RdN bestehen. Gudynas, der an der Ausarbeitung der ecuadorianischen RdN mitwirkte, schlug zudem vor, das Vorsorgeprinzip in Bezug auf RdN angesichts der Komplexität von Ökosystemen umgekehrt anzuwenden und von vornherein von einem hohen Maß an Ungewissheit auszugehen. Es sollte daher zu einem Risikomanagement und der Festlegung von Schwellenwerten führen, die akzeptable und beherrschbare Auswirkungen von nicht akzeptablen

⁷¹² Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) Pe 7.41, 9.25; Corte Suprema de Justicia 5.4.2018, STC4360-2018 (Amazonía) 36; Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 35.

trennen.⁷¹³ In ähnlicher Weise hielt Bosselmann fest, dass die „stets vorhandenen Wissenslücken [...] nicht zu Lasten der Natur gehen“ dürfen, sondern der- oder diejenige, der oder die „Risiken (durch Projekte, Planungen oder Produkte) schafft“, die Beweislast für die Risiken zu tragen hat.⁷¹⁴ Diese Vorschläge könnten angesichts der gewonnenen Erkenntnisse in Ecuador, Bolivien und Kolumbien aufgegriffen worden sein. In der Literatur wurde deshalb festgestellt, dass die RdN zu einer Revitalisierung des Vorsorgeprinzips führen können, sodass die Gesundheit von Ökosystemen als Voraussetzung für ihre Nutzung betrachtet wird und das Nichtvorliegen einer Rechtsverletzung nachgewiesen werden muss.⁷¹⁵ Dies könne auch zu einem „ökozentrischeren Verständnis von Schäden“ führen.⁷¹⁶

b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

Wird nun ein Blick auf das österreichische Umweltrecht geworfen, lässt sich feststellen, dass das Vorsorgeprinzip meist im Kontext von Rechtsvorschriften erwähnt wird, die durch das Umweltunionsrecht determiniert sind. Denn gem. Art. 191 Abs. 2 AEUV beruht die EU-Umweltpolitik „auf den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung“.⁷¹⁷ Dementsprechend basieren zahlreiche Maßnahmen im Umweltbereich – wie z. B. Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht oder gegen Klimaveränderungen, Zulassungsverfahren für Arzneimittel, Pestizide oder Lebensmittelzusätze sowie die Pflicht zur Durchführung einer Naturverträglichkeitsprüfung – auf dem Vorsorgeprinzip.⁷¹⁸ Das Vorsorgeprinzip durchzieht nicht nur die Genehmigungsvoraussetzungen des UVP-G,⁷¹⁹ sondern hielt ebenso im Anlagenrecht, Wasserrecht und Stoffrecht Einzug.⁷²⁰ In vielen Gesetzen wird es ausdrücklich als Ziel genannt und „durch die vorzugsweise Verwendung von planungsrechtlichen Instrumenten verwirklicht“.⁷²¹ Auch die Emissionsbegrenzung von Schadstoffen nach dem „Stand der Technik“ wird als Ausdruck des Vorsorgeprinzips betrachtet.⁷²²

⁷¹³ *Gudynas*, *Revista de Estudios Sociales* 2009/1, 34 (43).

⁷¹⁴ *Bosselmann*, *Natur* 374.

⁷¹⁵ *Harden-Davies/Humphries/Maloney/Wright/Gjerde/Vierros*, *Marine Policy* 2020/12, 1 (7); ähnl. *Vallejo Galárraga*, in: *Jendroska/Bar* 341 (349 f.); *Vierros/Harden-Davies*, *Ocean Yearbook* 2022, 36 (64).

⁷¹⁶ *Gilbert*, *Transnational Environmental Law* 2023/3, 671 (689).

⁷¹⁷ Vgl. *Carducci et al.*, *Charter* 26; *Piska*, in: *Jaeger/Stöger* (Hrsg.), *EUV/AEUV*, Art. 191 Rz. 31 ff. (Stand 1. 12. 2020, rdb.at).

⁷¹⁸ Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die Anwendbarkeit des Vorsorgeprinzips vom 2. 2. 2000, KOM (2000) 1 endgültig 1, 10, 25; *Schoukens*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2018, 309 (315).

⁷¹⁹ US 30. 10. 2013, US 4A/2010/14-182; *Ennöckl/Raschauer/Bergthaler*, *UVP-G*³ (2013) § 1 Rz. 1.

⁷²⁰ *Schwarzer*, *In der Wurzel eins?*, *Betrachtungen zum Verhältnis zwischen Umwelt- und Wirtschaftsrecht*, *ÖZW* 2016/2, 46 (50).

⁷²¹ *Tiess/Rossmann/Pilgram*, *Bedeutung des Vorsorgeprinzips bei der Gewinnung mineralischer Baurohstoffe* (Teil I) *RdU* 2002/3, 84.

Das Vorsorgeprinzip wurde bereits 1982 in der von der UNO-Generalversammlung verabschiedeten *World Charter for Nature* anerkannt,⁷²³ in mehrere völkerrechtliche Übereinkommen aufgenommen⁷²⁴ und als völkerrechtlicher Grundsatz von allgemeiner Geltung anerkannt.⁷²⁵ Gem. der Definition in der Rio-Erklärung, die auch vom EGMR herangezogen wurde,⁷²⁶ „darf ein Mangel an vollständiger wissenschaftlicher Gewissheit kein Grund dafür sein, kostenwirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Umweltverschlechterungen aufzuschieben“, wenn „schwerwiegende oder bleibende Schäden“ drohen.⁷²⁷

In der österreichischen Literatur wird der Inhalt des Vorsorgeprinzips unterschiedlich beschrieben.⁷²⁸ Des Öfteren wird auf eine Mitteilung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2000 verwiesen, wonach das Vorsorgeprinzip anwendbar ist, wenn „die wissenschaftlichen Beweise nicht ausreichen, keine eindeutigen Schlüsse zulassen oder unklar sind, [...] jedoch aufgrund einer vorläufigen und objektiven wissenschaftlichen Risikobewertung begründeter Anlaß zu der Besorgnis besteht, daß die möglicherweise gefährlichen Folgen für die Umwelt und die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen mit dem hohen Schutzniveau der Gemeinschaft unvereinbar sein könnten“.⁷²⁹ Das unionale Vorsorgeprinzip befasst sich deshalb mit einem potenziellen Risiko, also „wenn wegen der wissenschaftlichen Unsicherheit keine umfassende Risikobewertung möglich ist“.⁷³⁰ Unter Anwendung des Vorsorgeprinzips kann der Mitteilung zufolge eine Entscheidung für oder gegen ein Tätigwerden erfolgen, es können auch Forschungsprogramme fi-

⁷²² Forster, Der „Stand der Technik“ als Instrument des Umweltrechts (2015) 45; Schmelz/Schwarzer, UVP-G-ON^{1.00} § 17 Rz. 88; Wagner, RdU 1999/1, 3.

⁷²³ Mitteilung der Kommission, KOM (2000) 1, 12 bezugnehmend auf UN GA 28.10.1982, *World Charter for Nature*, A/RES/37/7, II Z 11 lit. b.

⁷²⁴ Mitteilung der Kommission, KOM (2000) 1, 12 f.; vgl. Binder, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely 55 (68); Bratspies, The green economy will not build the rule of law for nature, in: Voigt (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 295 (298).

⁷²⁵ Mitteilung der Kommission, KOM (2000) 1, 13; Maurmann, *Rechtsgrundsätze im Völkerrecht am Beispiel des Vorsorgeprinzips* (2008) 222 ff.; Delgado Galárraga, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/2, 1 (23); vorsichtiger Binder, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely 55 (69); s. i. d. Z. auch Kotzé/Muzangaza, *Review of European Comparative & International Environmental Law* 2018/1, 278 (291 f.).

⁷²⁶ EGMR 27.1.2009, 67021/01, *Tatar/Rumänien*.

⁷²⁷ Grundsatz 15 Abschlussdokument der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung in Rio 2012, UN GA 27.7.2012; vgl. Binder, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely 55 (68).

⁷²⁸ S. z. B. Tiess/Rossmann/Pilgram, RdU 2002/3, 84; Kerschner/Wagner, TTIP und CETA – EU-Alleingang und Vorsorgeprinzip?, RdU 2016/4, 133 (133).

⁷²⁹ Mitteilung der Kommission, KOM (2000) 1 endgültig 12; vgl. Raschauer/Stangl, *Unionsrecht*, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), *Handbuch Umweltrecht*³ (2019) 104 (120 f.); Kerschner/Raschauer, RdU 2006/1, 1.

⁷³⁰ Mitteilung der Kommission, KOM (2000) 1, 15 f.

nanziert oder die Öffentlichkeit aufgeklärt werden.⁷³¹ In Bezug auf ein Tätigwerden sind nach Ansicht der Kommission aber auch allgemeine Grundsätze anwendbar, etwa der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, die Durchführung einer Kosten-Nutzen-Analyse oder die Verfolgung der wissenschaftlichen Entwicklung.⁷³² Die wissenschaftliche Unsicherheit und die daraus folgende Anwendung des Vorsorgeprinzips solle nicht dazu führen, dass die daraus resultierenden Maßnahmen „außer Verhältnis zu dem angestrebten Schutzniveau stehen“ und „auf ein Nullrisiko abzielen, das sich nur selten verwirklichen läßt“.⁷³³ Eine Beweislastumkehr könne zwar im Einzelfall auferlegt werden, dürfe jedoch nicht die Regel werden.⁷³⁴

Die Bemerkungen der EK weisen grundsätzlich Ähnlichkeiten mit den aus der Synthese gewonnenen Erkenntnissen auf. Bei näherer Betrachtung entsteht allerdings der Eindruck, dass das Vorsorgeprinzip in der EU weniger streng ausgelegt und insb. ein stärkerer Fokus auf wirtschaftliche Überlegungen gelegt werden könnte. Zudem besteht ein wesentlicher Unterschied in der Beweislastumkehr, die nach den obigen Ausführungen im Kontext der RdN jedenfalls stattfinden sollte. In der Literatur gibt es demgemäß mehrere Stimmen, welche die Anwendung des Vorsorgeprinzips in der EU als unzureichend empfinden, weshalb – trotz eines entsprechenden Potenzials – keine systematischen Veränderungen herbeigeführt werden könnten.⁷³⁵ Stattdessen würden Maßnahmen zum Schutz von Ökosystemen nur ergriffen werden, wenn überwältigende wissenschaftliche Beweise vorlägen, die eine solche Entscheidung rechtfertigten,⁷³⁶ und es werde weiterhin die Kosten-Nutzen-Analyse oder Interessensabwägung als Methode zur Bewertung der Umweltzerstörung verwendet.⁷³⁷

Diesbezüglich ist jedoch festzuhalten, dass das Vorsorgeprinzip seit einigen Jahren vermehrt Beachtung durch die Gerichte der EU erfährt. So wurde bspw. ein Verstoß gegen Art. 6 Abs. 3 FFH-RL angenommen, weil wissenschaftliche Zweifel an den Auswirkungen eines Vorhabens auf ein Natura 2000-Gebiet sowie an der Wirksamkeit von Maßnahmen gegen den Borkenkäfer missachtet worden waren; es wurden Ausgleichsmaßnahmen als unzulässig erachtet, die ohne Ausnahmegenehmigung erteilt worden waren; und das Prinzip wurde zum Schutz der Bienen vor

⁷³¹ Mitteilung der Kommission, KOM (2000) 1, 18 f.

⁷³² Mitteilung der Kommission, KOM (2000) 1, 20 ff.

⁷³³ Mitteilung der Kommission, KOM (2000) 1, 21, ähnl. 5, 10.

⁷³⁴ Mitteilung der Kommission, KOM (2000) 1, 5 f., 25 f.

⁷³⁵ *Carducci et al.*, Charter 26, 78 ff.; *Harden-Davies/Humphries/Maloney/Wright/Gjerde/Vierros*, Marine Policy 2020/12, 1 (7); *Kotzé/Kim*, Earth System Governance 2019/1, 1 (5); vgl. *Schoukens*, Journal for European Environmental & Planning Law 2019/1, 65 (82 f. m. w. N.); a. A. *Schoukens*, in: *Pereira/Saramago* 205 (216).

⁷³⁶ *Harden-Davies/Humphries/Maloney/Wright/Gjerde/Vierros*, Marine Policy 2020/12, 1 (7).

⁷³⁷ *Vallejo Galárraga*, in: *Jendroska/Bar* 341 (350); *Carducci et al.*, Charter 78. Vgl. hins. der Rechtslage in Deutschland *Bader-Plabst*, Natur 121.

Pestiziden angewandt, obwohl diese nicht nach der FFH-RL geschützt sind.⁷³⁸ Außerdem stellte der Gerichtshof fest, dass eine Ausnahme nach Art. 16 Abs. 1 lit. e FFH-RL nicht erteilt oder durchgeführt werden darf, „wenn nach der Prüfung der besten verfügbaren wissenschaftlichen Daten eine Ungewissheit darüber bestehen bleibt, ob der günstige Erhaltungszustand der Populationen einer vom Aussterben bedrohten Art trotz dieser Ausnahmeregelung gewahrt oder wiederhergestellt werden kann“.⁷³⁹ Deshalb könnte der „günstige Erhaltungszustand“ auch eine absolute Eingriffsschranke i. S. d. obigen Ausführungen darstellen. In der Rechtsprechung des EuGH findet das Vorsorgeprinzip folglich insb. im Anwendungsbereich der FFH-RL verstärkt Berücksichtigung. In Bezug auf Angelegenheiten, die nicht den Artenschutz betreffen – mit dem, wie bereits festgestellt, eine isolierte Betrachtungsweise einhergeht⁷⁴⁰ – sondern Ressourcen und Dienstleistungen von Ökosystemen, die womöglich nicht in den Bereich des Umweltrechts fallen, wird das Vorsorgeprinzip den Meinungen in der Literatur zufolge aber weiterhin inkonsequent und widersprüchlich angewandt.⁷⁴¹

Die soeben skizzierten Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Auslegung des Vorsorgeprinzips – insb. hinsichtlich des Wahrscheinlichkeitsgrads der Gefährdung oder die wirtschaftliche Zumutbarkeit der daran zu knüpfenden Konsequenzen – spiegeln sich im Wesentlichen auch in der österreichischen Literatur wider.⁷⁴² Zudem werden, wie Raschauer am Beispiel der Genehmigung einer Wasserkraftanlage darlegt, hohe Anforderungen an den Nachweis einer Beeinträchtigung gestellt, sodass der Hinweis auf „größere Veränderungen im Artenspektrum“ gem. VwGH nicht genügt, um die Abweisung eines Bewilligungsantrages zu begründen.⁷⁴³ Bei der Durchsicht der Literatur entstand zudem der Eindruck, dass das Vorsorgeprinzip mit der Verwendung des „Standes der Technik“ bzw. der „besten verfügbaren Techniken“

⁷³⁸ *Schoukens*, Journal for European Environmental & Planning Law 2019/1, 65 (65 ff., 70 f.) bezugnehmend auf EuGH 7.9.2004, C-127/02, *Waddenzee*, Rz. 58 f.; 17.4.2018, C-441/17, *Wald von Białowieża*, Rz. 179; 25.7.2018, C-164/17, *Grace and Sweetman*, Rz. 52 ff.; EuG 17.5.2018, T-429/13 und T-451/13, *Bayer CropScience AG*, Rz. 109 ff.; vgl. *Darpö*, Nature 59; *Schoukens*, in: Pereira/Saramago 205 (225).

⁷³⁹ EuGH 10.10.2019, C-674/17, *Tapiola*, Rz. 66.

⁷⁴⁰ Abschnitt C.II.3.h).

⁷⁴¹ *Carducci et al.*, Charter 80.

⁷⁴² S. z. B. *Berl*, Artenschutzrechtliche Vorgaben für Genehmigungsverfahren der Energiewende, RdU 2023/2, 48 (50); im Unterschied zu *Mauerhofer*, EU-Gebiets- und Artenschutz Judikatur: CEF-Maßnahmen ade?, (Teil 2) RdU 2019/3, 109 (111); s. weiters z. B. *Kramer*, Effizientere Verfahren, Klimaschutz und Erneuerbare Energie: Wie die Verfahrensbeschleunigung die Energiewende vorantreibt, RdU 2023/3, 98 (100 m. w. N.); *Kerschner*, Die Gefährdung des Eigentums und sonstiger dinglicher Rechte, in: Stolzlechner/Wendl/Bergthaler (Hrsg.), Die gewerbliche Betriebsanlage⁴ Rz. 230 m. w. N. (Stand 1.1.2016, rdb.at); *Schmelz/Schwarzer*, UVP-G-ON^{1.00} § 17 Rz. 88 m. w. N.

⁷⁴³ *Raschauer*, in: IUR/ÖWAV 73 (80) mit Verweis auf VwGH 19.11.1998, 96/07/0059.

gleichgesetzt wird.⁷⁴⁴ „Die Begrenzung des Umweltschutzes durch den Stand der Technik“⁷⁴⁵ bzw. die „besten verfügbaren Techniken“, bei denen auch Kosten-Nutzen-Verhältnisse und damit wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden,⁷⁴⁶ wird jedoch von manchen Stimmen in der Literatur besonders kritisch gesehen und mit einer „Abschaffung des Vorsorgeprinzips“ verglichen.⁷⁴⁷ Denn dadurch können selbst „Handlungen mit bekannten, langfristigen und globalen, irreparablen schädlichen Auswirkungen erlaubt sein“.⁷⁴⁸

Im Rahmen einer weiterführenden Untersuchung könnten deshalb die Bedeutung, Auslegung und Anwendung des Vorsorgeprinzips in der österreichischen Rechtsordnung vor dem Hintergrund des Unions- und Völkerrechts ausführlicher erörtert werden. Dabei könnte auch der Frage nachgegangen werden, welche Auswirkungen eine verfassungsgesetzliche Verankerung von RdN auf die Anwendung des Vorsorgeprinzips haben könnte. Insb. könnte erörtert werden, ob in einem solchen Fall jeder potenzielle Grundrechtseingriff unter Anwendung des Vorsorgeprinzips geprüft werden müsste und inwieweit dies im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgen könnte. Weiters könnte untersucht werden, welche Auswirkungen die grundrechtliche Ausgestaltung auf die Verhältnismäßigkeitsprüfung bzw. die Durchführung einer Kosten-Nutzen-Analyse bei der Anwendung des Vorsorgeprinzips haben könnte.

V. Vertretung

1. Überblick über die Vertreter:innen

In den untersuchten Rechtsquellen wurden unterschiedliche Personen oder Personengruppen mit der Vertretung der Rechtsträger:innen betraut. In nahezu allen US-amerikanischen Rechtsquellen wurde der Gebietskörperschaft, in der die Rechtsquelle angenommen wurde, sowie den Einwohner:innen dieser Gebietskörperschaft das Recht gewährt, die Rechtsträger:innen vor Gericht zu vertreten. Manchmal wurde es auch nur den Einwohner:innen gewährt. Davon abweichend beauftragte die White Earth Nation ihr Exekutivorgan mit der Vertretung der Wildreissorte Maanomin. Außerdem wurden „gesetzliche Vertreter:innen“ für den Fluss Snake vor-

⁷⁴⁴ S. z. B. § 12a WRG; *Schulev-Steindl*, RdU 2010/1, 4 (6 m. w. N.); *Kind*, Umweltschutz 8 f.; *Raschauer/Ennöckl*, Umweltrecht Allgemeiner Teil, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), Handbuch Umweltrecht³ (2019) 19 (25 f.); vgl. *Forster*, Technik 40 ff.

⁷⁴⁵ *Henry*, ZfRV 1994, 3.

⁷⁴⁶ Vgl. z. B. *Auner*, Sonderregime 21 beziehend auf Art. 3 Z 10 lit. b IERL; *Raschauer/Ennöckl*, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely 19 (25 f.).

⁷⁴⁷ *Raschauer*, „Betriebsanlagengesetz“ – Kritische Anmerkungen, RdU 1998/4, 165 (165 ff.); zust. *Wagner*, RdU 1999/1, 3; weiters *Bosselmann*, Natur 159; s. außerdem bereits *Aubauer/Forum Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz*, Umweltmanifest 23.

⁷⁴⁸ *Henry*, ZfRV 1994, 3.

gesehen. In Ecuador erhielten jede natürliche und juristische Person, jede Gemeinschaft, jedes Volk und jede Nationalität, einzeln oder kollektiv, das Recht, „vor der öffentlichen Gewalt die Einhaltung der Rechte der Natur verlangen“.⁷⁴⁹ Darüber hinaus wurde der Verteidigungsstelle für Menschenrechte (*Defensoría del Pueblo*) das Recht gewährt, die Einhaltung der RdN zu verlangen. In den bolivianischen Rechtsquellen wurde ebenfalls eine Verteidigungsstelle für Mutter Erde (*Defensoría de la Madre Tierra*) vorgesehen. Bislang wurde diese aber nicht eingerichtet. Sie wäre ebenso wie die Behörden, die Staatsanwaltschaft und das Agrarumwelttribunal verpflichtet, die „administrativen und/oder gerichtlichen Instanzen zu aktivieren“, um die Rechte von Mutter Erde zu schützen und zu garantieren. Direkt betroffene individuelle oder kollektive Personen sind ebenfalls dazu berechtigt. Inwieweit der Verteidigungsstelle für Menschenrechte, die in der Zwischenzeit einige Aufgaben übernahm, die gleichen Rechte zukommen, ist nicht bekannt.

In Neuseeland wurde die Ausübung der „Rechte, Befugnisse und Pflichten“ von „Te Urewera“ dem Te Urewera Komitee (*Te Urewera Board*) übertragen. Dieses besteht aus neun Mitgliedern, wovon sechs inkl. des oder der Vorsitzenden von den Tühoe zu nominieren sind, während die anderen drei von den zuständigen Minister:innen nominiert werden. Das operative Management wird gemeinsam vom Generaldirektor oder von der Generaldirektorin der Naturschutzbehörde und dem oder der Vorsitzenden der Tühoe-Behörde ausgeübt. In der Praxis etablierte sich allerdings ein dreistufiges Vertretungsmodell, bestehend aus dem Te Urewera Komitee, in den Tälern stationierten operativen Teams sowie lokalen Gruppen (*bush crews*), die an die operativen Teams berichten. Die „Rechte, Befugnisse und Pflichten“ des Flusses „Te Awa Tupua“ werden hingegen von der Vertretungsstelle „Te Pou Tupua“ ausgeübt, die aus einer von den Māori und einer von der Regierung zu nominierenden Person besteht. Darüber hinaus wurden noch weitere Personengruppen für das Co-Managementsystem zwischen der Regierung und den Māori-Gemeinschaften vorgesehen, wie z.B. eine Berater:innengruppe und eine Strategiegruppe zur Erstellung und Überwachung der Gewässerstrategie.

Der kolumbianische Verfassungsgerichtshof beauftragte ebenfalls die Regierung und die im Einzugsgebiet lebenden ethnischen Gemeinschaften, jeweils ein Mitglied zur Ausübung der Vormundschaft und rechtlichen Vertretung des Atrato-Flusses zu nominieren. Die beiden Hüter:innen sollten eine Hüter:innenkommission (*comisión de guardianes*) bilden, die aus den Hüter:innen und einem Berater:innenstab bestehe sowie „den Schutz, die Erholung und die angemessene Erhaltung des Flusses“ sicherstellen solle. Allerdings weigerten sich die Gemeinschaften, nur eine Person zu nominieren und entsandten stattdessen vierzehn Mitglieder. Für die weiteren Rechtsträger:innen in Kolumbien wurden meist ähnliche Vertretungsmodelle vorgesehen, sodass die Hüter:innen i.d.R. eine Hüter:innenkommission bilden, der häufig ein Berater:innenstab zur Seite gestellt wurde. Andere Urteile enthalten keine konkreten Vorgaben, in manchen Fällen – wie z.B. der Amazonasregion – kann

⁷⁴⁹ Art. 71 Verfassung von Ecuador.

jedoch davon ausgegangen werden, dass die Vertretungsbefugnis staatlichen Stellen (möglicherweise gemeinsam mit den Gemeinschaften) übertragen wurde. Die strategischen Ökosysteme, besonderen Schutzgebiete sowie die Natur des Departments Nariño werden durch ein Hüter:innenkomitee der Natur (*Comité de Guardianes de la Naturaleza*) vertreten, das sich aus einem „zentralen Komitee“ und „regionalen Knotenpunkten“ zusammensetzt, und aus Mitgliedern von staatlichen Stellen, indigenen, bäuerlichen und afrokolumbianischen Gemeinschaften, Universitäten, Umweltorganisationen, Jugendumweltschutzinitiativen und der Umweltpolizei besteht.

Der Überblick zeigt, dass oft ähnliche Vertretungsmodelle vorgesehen wurden, die sich jedoch im Detail deutlich unterscheiden. In der Folge werden einige dieser Gemeinsamkeiten und Unterschiede hervorgehoben. Insb. wird in drei verschiedene Vertretungsmodelle unterschieden, die allerdings gleichzeitig zur Anwendung kommen können. Zudem wird das Verhältnis zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Vertreter:innen untersucht, die gewährten Befugnisse und Pflichten werden dargestellt und die Voraussetzungen für eine effektive und wirksame Vertretung der Rechtsträger:innen erörtert.

2. Vertretungsmodelle

a) Allgemeine Vertretungsbefugnisse

Wie die vergleichende Betrachtung zeigt, wurden in den ecuadorianischen und den meisten US-amerikanischen Rechtsquellen allgemeine Vertretungsbefugnisse gewährt, sodass grundsätzlich jede Person das Recht hat, die Rechtsträger:innen zu vertreten.⁷⁵⁰ In Ecuador kommt dieses Recht auch juristischen Personen, Kollektiven, Gemeinschaften, Völkern und Nationalitäten zu. In den US-amerikanischen Rechtsquellen wurde es hingegen lediglich den Einwohner:innen gewährt,⁷⁵¹ sodass ortsfremde Personen keine entsprechende Berechtigung erhielten. Demgegenüber konnten in Ecuador auch ausländische Staatsbürger:innen erfolgreich Klagen im Namen der Rechtsträger:innen erheben, obwohl mit dem Begriff „Nationalitäten“ vermutlich nicht, wie in der Literatur häufig angenommen, Angehörige anderer Staatsbürgerschaften gemeint waren, sondern indigene, afroecuadorianische und Montubio-Gemeinschaften.

Als abgeschwächte Form der allgemeinen Vertretungsbefugnis könnte die in Bolivien vorgenommene Einschränkung auf betroffene Personen betrachtet werden, die jedoch verfassungswidrig sein könnte.⁷⁵² Zudem wirft sie die Frage auf, welche

⁷⁵⁰ Vgl. betr. USA *O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark*, Transnational Environmental Law 2020/3, 403 (420).

⁷⁵¹ Vgl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (54); *Kauffman/Martin*, Politics 66.

⁷⁵² S. dazu ausführl. Abschnitt B.III.6.b), B.III.7.a) und B.III.7.b).

Personen von einer Verletzung der RdN betroffen sind. Gutmann vertritt in Hinblick auf die Rechtslage in Ecuador die Auffassung, dass Menschen nicht von einer Rechtsverletzung betroffen sein können, weil die Natur eine eigenständige Rechtsträgerin ist und RdN sowie menschliche Umweltrechte voneinander unabhängig sind. Wird hingegen der kolumbianischen Rechtsprechung, dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, Ausführungen in den bolivianischen Rechtsquellen zu den kollektiven Rechten und der überwiegenden RdN-Literatur gefolgt, könnten RdN auch als Bestandteil bzw. Weiterentwicklung der Menschenrechte betrachtet werden, sodass jede Person von einer Rechtsverletzung betroffen wäre.

b) Bestimmte Vertreter:innen bzw. Vertretungskommissionen oder -komitees

In Neuseeland, vielen kolumbianischen Rechtsquellen sowie vom Nez Perce Tribe und der White Earth Nation (USA) wurden ausschließlich bestimmte Personen bzw. Personengruppen mit der Vertretung der Rechtsträger:innen betraut, die oft eine Kommission oder ein Komitee bilden, der oder dem in einigen Fällen auch ein Berater:innenstab zur Seite gestellt wurde.⁷⁵³ Dieses Modell ist insb. in jenen Rechtsquellen zu finden, in denen konkrete Bestandteile der Natur als Rechtsträger:innen anerkannt wurden.⁷⁵⁴ Das Nominierungsrecht für die vertretungsbefugten Personen wurde i. d. R. staatlichen Stellen sowie indigenen Gemeinschaften oder anderen lokalen Gemeinschaften gewährt. In einigen kolumbianischen Gerichtsentscheidungen wurden hingegen lediglich staatliche Vertreter:innen vorgesehen. Die White Earth Nation (USA) beauftragte ihr Exekutivorgan mit der Vertretung des Rechtsträgers. Auch die bolivianischen Vertretungsregelungen könnten diesem Modell zugeordnet werden, wenn davon ausgegangen wird, dass nur bestimmte Personen, nämlich Betroffene und staatliche Stellen, vertretungsbefugt sind.

c) Unabhängige Verteidigungsstellen (Defensorías)

Als drittes Vertretungsmodell können unabhängige staatliche Stellen betrachtet werden, die insb. in jenen Rechtsordnungen vorgesehen wurden, in denen die gesamte Natur als Rechtsträgerin anerkannt wurde. In den bolivianischen Rechtsquellen wurde die Einrichtung einer eigenen Verteidigungsstelle für Mutter Erde (*Defensoría de la Madre Tierra*) vorgesehen, bislang aber trotz mehrmaliger Ankündigungen nicht eingerichtet. In der Zwischenzeit scheint die Verteidigungsstelle für Menschenrechte (*Defensoría del Pueblo*) einige Aufgaben übernommen zu

⁷⁵³ Vgl. Macpherson, Water 148; Tănăsescu, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (447); Kauffman/Martin, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (263); Kauffman/Martin, Politics 191; O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark, Transnational Environmental Law 2020/3, 403 (420); Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (56); Gutmann, Rechtssubjektivität 185.

⁷⁵⁴ Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (55).

haben.⁷⁵⁵ In ähnlicher Weise wurde in der ecuadorianischen Verfassung eine Verteidigungsstelle für die Umwelt und Natur (*Defensoría del Ambiente y la Naturaleza*) vorgesehen, seither aber nicht eingerichtet. Stattdessen erhielt die Verteidigungsstelle für Menschenrechte (*Defensoría del Pueblo*) das Recht, die Einhaltung der RdN zu verlangen. Sie übernahm auch die Aufgabe, sich für ihren Schutz und ihre Förderung einzusetzen.

d) Überlegungen in der Literatur zu den verschiedenen Vertretungsmodellen

In der Literatur werden meist nur die ersten beiden Modelle unterschieden. Gelegentlich werden die allgemeinen Vertretungsbefugnisse auch *actio popularis* (Popularklage) genannt, während die bestimmten Vertreter:innen bzw. Vertretungskommissionen oder -komitees als „Vormundschaftsmodell“ (*guardianship model*) bezeichnet werden.⁷⁵⁶ Den unabhängigen Verteidigungsstellen wird hingegen kaum Beachtung geschenkt. Zwar können sie grundsätzlich ebenfalls dem „Vormundschaftsmodell“ zugerechnet werden, allerdings werden bei näherer Betrachtung auch Unterschiede erkennbar, auf die i. w. F. noch eingegangen wird.

In der Diskussion um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Vertretungsmodelle bleibt zudem oft unberücksichtigt, dass mehrere Modelle gleichzeitig zur Anwendung kommen können.⁷⁵⁷ Dies ist jedenfalls in Ecuador und Bolivien der Fall.⁷⁵⁸ Aber auch für Kolumbien kann dies angenommen werden, weil in der Verfassung sowohl zahlreiche allgemeine Rechtsbehelfe zum Schutz der Menschenrechte (wozu auch RdN gezählt werden) vorgesehen, als auch einer unabhängigen Verteidigungsstelle für Menschenrechte (*Defensor del Pueblo*) Befugnisse übertragen wurden.⁷⁵⁹ Der Einwand von manchen Stimmen in der Literatur, wonach bei einer allgemeinen Vertretungsbefugnis niemand für die Vertretung der Rechtsträger:innen zuständig ist und die Vertretung damit vom Willen und den finanziellen Möglichkeiten einzelner Bürger:innen abhängt,⁷⁶⁰ ist somit lediglich in Bezug auf

⁷⁵⁵ www.defensoria.gob.bo/uploads/files/convocatoria-madre-tierra-2023.pdf (Stand 2.7.2024).

⁷⁵⁶ Vgl. z. B. *Youatt*, International Political Sociology 2017/1, 39 (51); *Schoukens*, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (193 f.); *Carducci et al.*, Charter 97, 99; *J. Weber*, Erde 166; *Darpö*, Nature 53.

⁷⁵⁷ Vgl. z. B. *Kauffman/Martin*, Politics 118; *Youatt*, International Political Sociology 2017/1, 39 (51); *Iorns Magallanes*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* 216 (233).

⁷⁵⁸ Vgl. *Esborraz*, Revista Derecho del Estado 2016/1, 93 (119); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 186, 203.

⁷⁵⁹ Vgl. *Villavicencio Calzadilla*, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (9); Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba) 56.

⁷⁶⁰ *O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark*, Transnational Environmental Law 2020/3, 403 (420); *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (57); *Iorns Magallanes*, in: *Martin/Te Aho/Humphries-Kil* 216 (233 f.); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Pol-

jene Rechtsquellen berechtigt, in denen ausschließlich allgemeine Vertretungsbefugnisse vorgesehen wurden, also insb. bzgl. der meisten US-amerikanischen Rechtsquellen.⁷⁶¹ Dieser ist zudem insofern zu relativieren, als die Behörden entsprechende Pflichten treffen können. Hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten ist außerdem festzuhalten, dass i. d. R. ein Anspruch auf Kostenersatz gewährt wurde.

Davon unabhängig wurde in der Literatur festgestellt, dass das Vormundschaftsmodell gegenüber den allgemeinen Vertretungsbefugnissen den Vorteil mit sich bringen kann, dass sich die Vertreter:innen für die Rechtsträger:innen verantwortlich fühlen,⁷⁶² kontinuierlich sowie mit einem tiefergehenden Verständnis ausschließlich deren Interessen repräsentieren⁷⁶³ und deshalb auch früher tätig werden als die Allgemeinheit, die Schäden womöglich gar nicht oder erst spät beobachtet.⁷⁶⁴ Diese Vorteile könnten auch gegenüber den unabhängigen Verteidigungsstellen bestehen, weil diese in Ecuador und Bolivien derzeit nicht nur über die RdN, sondern auch über die Einhaltung der Menschenrechte wachen und damit einen wesentlich größeren Aufgabenbereich haben.⁷⁶⁵ Deshalb wird dem Vormundschaftsmodell in der Literatur meist der Vorzug gegeben.⁷⁶⁶ Manche Stimmen sprechen sich aber auch für eine Kombination von *actio popularis* und Vormundschaftsmodell aus.⁷⁶⁷

Ein weiterer Vorteil des Vormundschaftsmodells wird in der Literatur darin gesehen, dass sich so vermeiden lässt, dass verschiedenste Vertretungsbefugte unterschiedliche Interessen der Natur oder auch Eigeninteressen geltend machen.⁷⁶⁸ Dies kann allerdings auch der Fall sein, wenn verschiedenste Personen in ein Vertretungskomitee berufen werden. In einem solchen Fall sind die unterschiedlichen

itics 2018/4, 43 (51); *Fish*, Stanford Undergraduate Research Journal 2013, 6 (8, 10); *Gutmann*, Rechtssubjektivität 199 m. w. N.; s. insb. bereits Abschnitt B.II.6.a).

⁷⁶¹ *Rodrigues*, Green Letters 2014/2, 170 (177 f.); vgl. *Schimmöller*, Transnational Environmental Law 2020/3, 569 (583).

⁷⁶² *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (57); *Eckstein/D'Andrea/Marshall/O'Donnell/Talbot-Jones/Curran/O'Bryan*, Water International 2019/6-7, 804 (814); *Sheehan*, in: Voigt 222 (237); *Baard*, Res Publica 2023, 425 (440).

⁷⁶³ *Stone*, Umwelt 44; *Laitos*, in: Voigt 209 (221); *Eckstein/D'Andrea/Marshall/O'Donnell/Talbot-Jones/Curran/O'Bryan*, Water International 2019/6-7, 804 (814); *Iorns Magallanes*, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (233 f.); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (51); *J. Weber*, Erde 166; *Rodgers*, Environmental Law Review 2017/4, 266 (273).

⁷⁶⁴ *Sheber*, Hastings Environmental Law Journal 2020/1, 147 (160); *Iorns Magallanes*, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil 216 (233 f.).

⁷⁶⁵ Vgl. z. B. *Naranjo Rivas*, Derechos 41.

⁷⁶⁶ S. z. B. von *Lersner*, NVwZ 1988/7, 988 (992); *Pernthaler*, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 1 (9 f., 13), der zusätzlich auch „betroffene“ Bürger:innen für geeignet hält; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 142, 148, 152 u. v. m.; a. A. *Darpö*, Nature 53, der ausschließlich eine *actio popularis* bevorzugt sieht.

⁷⁶⁷ *Esborraz*, Revista Derecho del Estado 2016/1, 93 (119).

⁷⁶⁸ *Stone*, Umwelt 44; *Babcock*, Ecology Law Quarterly 2016/1, 1 (5); *Carducci et al.*, Charter 97; *Fish*, Stanford Undergraduate Research Journal 2013, 6 (8, 10).

Sichtweisen allerdings innerhalb der Vertretungsstellen aufzulösen, während sie bei allgemeinen Vertretungsbefugnissen von den Behörden oder Gerichten zusammengeführt werden.⁷⁶⁹ Die Frage, was im Interesse der Natur ist,⁷⁷⁰ kann folglich von verschiedenen Personen unterschiedlich beantwortet und entweder bereits von den Vertreter:innen oder erst bzw. erneut von den Behörden oder Gerichten entschieden werden. Dies führt zu der Frage, wie sich sicherstellen lässt, dass die Vertreter:innen ausschließlich im Interesse der Natur handeln.

3. Wer handelt im Interesse der Rechtsträger:innen?

Neben der Wahl des Vertretungsmodells kann auch die Auswahl der konkreten Vertreter:innen Auswirkungen auf die Vertretung der Rechtsträger:innen haben. Dementsprechend stellt sich die Frage, welche Personen für die Vertretung der Rechtsträger:innen geeignet sind. In der Literatur werden dafür oft zunächst Behörden in Erwägung gezogen,⁷⁷¹ weil diese Umweltsetze vollziehen, indem sie z. B. Pläne erstellen oder Genehmigungen erteilen, und damit auf ihre Art bereits „Anwälte der Natur“ sind.⁷⁷² Im Ergebnis werden sie jedoch meist mit der Begründung als ungeeignet erachtet, dass sie das „Gemeinwohl“ bzw. „die öffentlichen Interessen“ zu vertreten haben,⁷⁷³ und damit nicht ausschließlich im Interesse der Rechtsträger:innen handeln können, sondern z. B. auch wirtschaftliche Interessen wahren müssen.⁷⁷⁴ Zudem wird eingewandt, dass der Staat auch Eigeninteressen hat, weil ihm die Verfügungsbefugnis über viele natürliche Ressourcen zukommt,⁷⁷⁵ und viele umwelt- oder klimaschädigende Unternehmen im Staatseigentum stehen.⁷⁷⁶ Überdies könnten Interessenskonflikte entstehen, wenn die Vertreter:innen z. B. gegen andere staatliche Akteur:innen vorgehen müssten.⁷⁷⁷ Folglich sollten die Behörden zwar nicht aus ihrer Verantwortung für den Umweltschutz entlassen werden, doch auch nicht die einzigen Vertreter:innen der Rechtsträger:innen sein.⁷⁷⁸

⁷⁶⁹ Vgl. tw. Gutmann, Rechtssubjektivität 202.

⁷⁷⁰ S. bereits Abschnitt C.III.4.d) und C.III.4.e).

⁷⁷¹ Stone, Umwelt 44 f.; von Lersner, NVwZ 1988/7, 988 (991 f.); J. Weber, Erde 164.

⁷⁷² J. Weber, Erde 164.

⁷⁷³ Stone, Umwelt 46; von Lersner, NVwZ 1988/7, 988 (992).

⁷⁷⁴ J. Weber, Erde 164; Eckstein/D'Andrea/Marshall/O'Donnell/Talbot-Jones/Curran/O'Bryan, Water International 2019/6-7, 804 (821); Darpö, Nature 57; Leimbacher, Natur 415; Nilsson, Enforcing environmental responsibilities: An environmental perspective on the rule of law and administrative enforcement, in: Voigt (Hrsg.), Rule of Law for Nature. New Dimensions and Ideas in Environmental Law (2013) 259 (265 f.); Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (69); Wagner/Berghaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 127, 136.

⁷⁷⁵ Vallejo Galárraga, in: Jendroska/Bar 341 (356).

⁷⁷⁶ Vallejo Galárraga, in: Jendroska/Bar 341 (357).

⁷⁷⁷ Wesche, Journal of Environmental Law 2021/3, 1 (21, 25).

⁷⁷⁸ J. Weber, Erde 164.

Stattdessen wurde vorgeschlagen, unabhängige Vertreter:innen nach dem Vorbild von unabhängigen Datenschutz- oder Tierschutzbeauftragten einzurichten⁷⁷⁹ oder Umweltorganisationen mit der Vertretung der Rechtsträger:innen zu beauftragen.⁷⁸⁰ Sie hätten „ihr unermüdliches Engagement für die Umwelt unter Beweis gestellt“,⁷⁸¹ und seien nicht nur demokratisch, „sondern auch ökologisch“ legitimiert und damit vergleichbar mit der Stellung von Wirtschaftsverbänden und Standesorganisationen.⁷⁸²

In den meisten untersuchten Rechtsquellen nehmen staatliche Vertreter:innen bzw. von staatlichen Stellen zu nominierende Vertreter:innen dennoch eine zentrale Stellung ein, auch wenn sie mit Ausnahme einiger kolumbianischer Rechtsquellen selten allein mit der Vertretung der Rechtsträger:innen betraut wurden. In Ecuador und Bolivien sind staatliche Stellen, Bürger:innen und unabhängige Verteidigungsstellen jeweils unabhängig voneinander vertretungsbefugt. Auch gem. vieler US-amerikanischer Rechtsquellen können sowohl die Gebietskörperschaften als auch die Einwohner:innen die Gerichte anrufen. In manchen Fällen haben die Einwohner:innen dieses Recht allerdings nur, wenn die Gebietskörperschaft ihrer Pflicht nicht nachkommt. In der jüngeren Rechtsquelle von Nottingham (USA) wurde die Vertretungsbefugnis der Gemeinde hingegen zurückgenommen und so wie in einigen anderen US-amerikanischen Rechtsquellen ausschließlich den Einwohner:innen übertragen.

Eine Zusammenarbeit von staatlichen und anderen Vertreter:innen wurde hingegen in den neuseeländischen und manchen kolumbianischen Rechtsquellen vorgesehen,⁷⁸³ und somit insb. dann, wenn Vertretungskommissionen oder -komitees bestehen. Oft wurde festgelegt, dass eine vertretungsbefugte Person von staatlichen Stellen und eine von indigenen oder lokalen Gemeinschaften zu nominieren ist. Dies wurde in der Literatur kritisiert, weil es zu einer Politisierung der Positionen führen könne, wenn z.B. die von den indigenen Gemeinschaften nominierte Person nicht alle verschiedenen Interessen repräsentieren könne.⁷⁸⁴ Dementsprechend entsandten die am Fluss Atrato lebenden Gemeinschaften nicht wie vorgesehen eine:n Hüter:in, da diese:r nicht den gesamten Fluss kennen könne, sondern erteilten sieben entlang des Flusses lebenden Gemeinschaften das Recht, jeweils ein weibliches und ein

⁷⁷⁹ Stone, Umwelt 40; Bosselmann, Natur 382; Leimbacher, Natur 422; Sheehan, in: Voigt 222 (237).

⁷⁸⁰ Stone, Umwelt 40, 44; J. Weber, Erde 165; Laitos, in: Voigt 209 (221); Bader-Plabst, Natur 195 mit dem Vorschlag die Vertretungsbefugnis geographisch einzuschränken; abw. Darpö, Nature 19, 24, der Stones Vorschlag als *actio popularis* interpretiert und den fehlenden Vergleich mit den Rechten von Umweltorganisationen bemängelt. S. i.d.Z. weiters den Vorschlag für qualifizierte Anwälte von Umweltorganisationen von Babcock, Ecology Law Quarterly 2016/1, 1 (1, 6 f.).

⁷⁸¹ Stone, Umwelt 40.

⁷⁸² Bosselmann, Natur 382.

⁷⁸³ Vgl. betr. Neuseeland Schoukens, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (194).

⁷⁸⁴ Vgl. O'Bryan, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (65).

männliches Mitglied zu entsenden, um das gesamte Flussgebiet sowie die spezifischen Beziehungen der Männer und Frauen zum Fluss zu repräsentieren. Mehrere Vertreter:innen wurden auch für die Rechtsträger:innen des Departments Nariño vorgesehen, die nun von neun staatlichen und neun nichtstaatlichen Vertreter:innen repräsentiert werden. „Te Urewera“ erhielt drei staatliche und sechs indigene Vertreter:innen.

Umweltorganisationen wurden damit nicht, wie von Stone und anderen vorgeschlagen, mit der Vertretung der Rechtsträger:innen beauftragt. Eine Ausnahme bildet das Hüter:innenkomitee der Natur im kolumbianischen Department Nariño, in dem mehrere Umweltorganisationen vertreten sind. Außerdem wurden Mitglieder von Umweltorganisationen für die Strategieguppe von „Te Awa Tupua“ und einige Berater:innenstäbe in Kolumbien vorgesehen und eine ehem. Geschäftsführerin des WWF in das Te Urewera Komitee entsandt.⁷⁸⁵

Hingegen wurde der Vorschlag für unabhängige Vertreter:innen jedenfalls in Ecuador und Bolivien aufgegriffen, indem unabhängige Verteidigungsstellen vorgesehen wurden. In Hinblick auf das zweite Vertretungsmodell, also bestimmte Vertreter:innen bzw. Vertretungskommissionen und -komitees, stellt sich hingegen die Frage, inwieweit diese als unabhängige Vertreter:innen betrachtet werden können. Denn das Nominierungsrecht wurde i. d. R. staatlichen Stellen übertragen sowie indigenen oder lokalen Gemeinschaften, die auch Eigeninteressen verfolgen können. In Neuseeland wurden diesbezüglich insofern Vorkehrungen getroffen, als die daraus gebildeten Vertretungsstellen ausschließlich im Interesse des Flusses handeln dürfen.⁷⁸⁶ Der vorgesehene Rechtsrahmen weist zudem starke Ähnlichkeiten mit den unabhängigen Verteidigungsstellen für Menschenrechte von Ecuador und Bolivien auf, deren Verteidiger:innen (*defensores*) allerdings von der Legislative ernannt werden. Doch auch in einem solchen Fall kann nicht ausgeschlossen werden, dass Personen ernannt werden, die andere Interessen als jene der Rechtsträger:innen vertreten, sodass es wohl in beiden Fällen in der Entscheidungsmacht der Nominierungsberechtigten liegt, ob sie Personen nominieren, die vorrangig im Interesse des Flusses handeln. Die neuseeländische Regierung scheint diesbezüglich um Einvernehmen mit den indigenen Gemeinschaften bemüht zu sein und überwiegend Personen mit einschlägigen Qualifikationen zu nominieren,⁷⁸⁷ während in Kolumbien insb. Behörden für die Vertretung vorgesehen wurden, die jedenfalls nicht als unabhängig betrachtet werden können. Dennoch scheint Kolumbien dem angestrebten Ziel, nämlich ein stärkeres Engagement des Staates zu erreichen, ein Stück weit näher gekommen zu sein.⁷⁸⁸

⁷⁸⁵ www.ngaituhoe.iwi.nz/meet-the-te-urewera-board (Stand 2. 7. 2024).

⁷⁸⁶ *Eckstein/D'Andrea/Marshall/O'Donnell/Talbot-Jones/Curran/O'Bryan*, *Water International* 2019/6-7, 804 (821).

⁷⁸⁷ www.ngaituhoe.iwi.nz/meet-the-te-urewera-board; www.beehive.govt.nz/release/first-te-pou-tupua-appointed; www.stuff.co.nz/pou-tiaki/300440551/crown-and-iwi-appoint-new-face-and-voice-of-whanganui-river (jeweils Stand 2. 7. 2024).

⁷⁸⁸ B. Fn. 1665; Abschnitt B.V.6.a) und B.V.8.

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass mit der Ausgestaltung der Vertretungsmodelle die Schwierigkeit einhergeht, zu gewährleisten, dass die Vertreter:innen ausschließlich im Interesse der Rechtsträger:innen handeln. Über die bereits dargestellten Erwägungen hinaus wurde in der Literatur festgestellt, dass jede vertretungsbefugte Person unweigerlich eigene Interessen miteinfließen lässt.⁷⁸⁹ Dementsprechend berichteten auch die entlang des Atrato Flusses lebenden Vertreter:innen über die Schwierigkeit, zwischen den eigenen Interessen und den Interessen des Flusses zu unterscheiden. Einen pragmatischen Umgang mit dieser Herausforderung entwickelten die Tühoe, die sich zunächst die Frage stellen, ob eine Tätigkeit zugunsten von „Te Urewera“ oder zugunsten der Menschen vorgenommen werden soll. Tätigkeiten zugunsten der Rechtsträgerin führen sie grundsätzlich durch, Tätigkeiten zugunsten der Menschen nur, wenn ihre Auswirkungen begrenzt sind und das Gleichgewicht des Ökosystems nicht gestört wird.⁷⁹⁰ Aber auch die Frage, was zugunsten der Rechtsträgerin ist, wird aus ihrer Sicht und damit einer menschlichen Perspektive beantwortet. Gutmann hält daher fest, dass die vertretungsbefugten Personen mit ihrem Wissen und ihren Vorstellungen nicht nur die Interessen der Rechtsträger:innen beeinflussen, sondern diese überhaupt erst konstituieren.⁷⁹¹ Zwar lässt sich der Beurteilungsspielraum der Vertreter:innen mithilfe von naturwissenschaftlichen Indikatoren⁷⁹² und rechtlichen Vorgaben, wie sie z. B. in Neuseeland vorgesehen wurden, begrenzen, Unsicherheiten bleiben aber bestehen und können unterschiedlich bewertet werden.⁷⁹³

In der jüngeren Literatur finden sich daher zunehmend Vorschläge für eine „Pluralisierung der Stellvertretung“,⁷⁹⁴ also Vertretungsstellen, die sich aus verschiedensten Personen – wie z. B. Mitgliedern von staatlichen Stellen, indigenen oder lokalen Gemeinschaften, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft – zusammensetzen und so eine Vielzahl an Sichtweisen vereinen.⁷⁹⁵ Die Nominierung vieler verschiedener Vertreter:innen birgt allerdings die Gefahr, dass die Vertretungsstellen

⁷⁸⁹ Jones, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/0, 76 (95 m. w. N.); Betaille, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 35 (55); Gutmann, *Rechtssubjektivität* 194.

⁷⁹⁰ B. Fn. 1339; s. dazu ausführl. Abschnitt B.IV.5.a).

⁷⁹¹ Gutmann, *Rechtssubjektivität* 182 f., 194, 196; weiters Tabios Hillebrecht, in: Tabios Hillebrecht/Berros 15 (20); Stilt, *Harvard Law Review* 2021/3, 276 (278); Birnbacher, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 63 (71); Betaille, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 35 (55).

⁷⁹² S. insb. Abschnitt C.III.4.c) und ff.

⁷⁹³ Vgl. Jones, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/0, 76 (94).

⁷⁹⁴ Gutmann, *Rechtssubjektivität* 202 ff.; s. i. d. Z. auch Gutmann, in: Mitscherlich-Schönher/Cojocaru/Reder 275 (286).

⁷⁹⁵ Healy, *Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review* 2019/2, 327 (354 ff.); Beacher, *Environmental Claims Journal* 2021/2, 91 (102, 105 f.); Vierros/Harden-Davies, *Ocean Yearbook* 2022, 36 (65 ff., 68 f.); i. d. S. wohl auch Kauffman/Martin, *Politics* 209; für eine Kombination von Vertreter:innen und „qualitätssichernden Organen (z. B. einen Beirat)“ sind Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, *Eigenrechtsfähigkeit* 120.

zu einem Ort werden, an dem die unterschiedlichen Interessen an den Rechtsträger:innen verhandelt werden,⁷⁹⁶ anstatt zu erörtern, was im Interesse der Rechtsträger:innen ist. Zudem wäre es eine Fortsetzung der verengten Perspektive auf die Rechtsträger:innen, wenn wieder dieselben Personen vertretungsbefugt wären, die ohnehin bereits ihre Positionen in umweltrelevanten Entscheidungsprozessen und Gerichtsverfahren einbringen können.⁷⁹⁷ Folglich sollten die Vertretungsstellen vorrangig aus Personen bestehen, die einen Beitrag zur Ermittlung der Interessen der Rechtsträger:innen leisten können. Bspw. wurde im kolumbianischen Department Nariño ein Hüter:innenkomitee der Natur gebildet, das sich aus Mitgliedern von staatlichen Stellen, indigenen, bäuerlichen und afrokolumbianischen Gemeinschaften, Universitäten, Umweltorganisationen sowie Jugendumweltschutzinitiativen zusammensetzt. Personen aus der Wissenschaft und Zivilgesellschaft erhielten damit nicht nur beratende, sondern vertretende Funktionen. Dies kann als Weiterentwicklung der Entscheidung des kolumbianischen Verfassungsgerichtshofes betreffend den Fluss Atrato betrachtet werden, der wiederum in Anlehnung an das neuseeländische Co-Managementsystem für „Te Awa Tupua“ die Einrichtung eines Berater:innenstabes angeordnet hatte. In diesen sollten zivilgesellschaftliche Organisationen aufgenommen werden, die bereits Umweltschutzprojekte für das Wassereinzugsgebiet entwickelt hatten sowie andere Einrichtungen aus der Wissenschaft, Forschung und Zivilgesellschaft, die sich dem Schutz des Atrato-Flusses verschreiben wollen.⁷⁹⁸ Zudem wurde bereits die Erkenntnis gewonnen, dass Personen mit langjähriger Vor-Ort-Erfahrung, wozu insb. auch indigene Gemeinschaften gezählt werden, einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der RdN leisten können.⁷⁹⁹ Als Vorbild für zukünftige Vertretungsmodelle könnte deshalb das dreistufige für „Te Urewera“ dienen, in das sog. *bush crews* eingebunden wurden, die von älteren Menschen angeführt werden, die ihr Leben in dem Gebiet verbrachten sowie ihre traditionellen Gewohnheiten beibehielten und damit gem. dem Vorsitzenden des Te Urewera Komitees die wirklichen Hüter:innen sind.

4. Vertretungsbefugnisse und -pflichten

a) Befugnisse

In den meisten untersuchten Rechtsquellen erhielten die Vertreter:innen das Recht, die Rechtsträger:innen vor den Behörden oder Gerichten zu vertreten. In vielen Fällen wurden ihnen noch weitere Befugnisse übertragen, die dem Schutz, der Umsetzung oder der Förderung der gewährten Rechte dienen. Über den Inhalt und die Reichweite der Vertretungsbefugnisse, aber auch das damit einhergehende

⁷⁹⁶ Ähnl. Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 121.

⁷⁹⁷ Vgl. tw. Spitz/Penalver, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67 (86); i. w. S. Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (69).

⁷⁹⁸ Vgl. tw. Gutmann, Rechtssubjektivität 201 ff.

⁷⁹⁹ S. insb. Abschnitt C.II.4.b) und C.III.4.d).

Selbstverständnis der Vertreter:innen können nicht nur die untersuchten Rechtsquellen, sondern auch die für die Vertreter:innen verwendeten Bezeichnungen Auskunft geben. So wurden in Ecuador und Bolivien u.a. Verteidigungsstellen (*Defensorías*) vorgesehen, also unabhängige staatliche Stellen, die in vielen lateinamerikanischen Staaten über die Einhaltung der Menschenrechte wachen. Entsprechende Befugnisse erhielt die ecuadorianische Verteidigungsstelle für Menschenrechte auch in Bezug auf RdN: Sie kann bspw. Bürger:innen bei der Einbringung von Klagen unterstützen, Verwaltungs- und Gerichtsverfahren überwachen und weiterverfolgen, Berichte erstellen, Stellungnahmen abgeben oder Vor-Ort-Besuche durchführen.

In Kolumbien wurden hingegen meist *guardiánes* (Hüter:innen, Wärter:innen) ernannt. Bereits Stone verwendete den englischen Begriff *guardian* (Vormund:in, Hüter:in, Wächter:in, Beistand) und verwies i. d. Z. auf die Vormundschaft für nicht geschäftsfähige Personen.⁸⁰⁰ Über die konkreten Befugnisse und den Aufgabenbereich der *guardianes* geben die kolumbianischen Rechtsquellen hingegen kaum Aufschluss. Die Personen, die für die Vertretungskommissionen oder Berater:innenstäbe vorgesehen wurden, sollen den Anordnungen der Gerichte zufolge aber auch häufig bei der Erstellung von Plänen oder Studien mitwirken.⁸⁰¹ In Nariño bilden diese Personen das Hüter:innenkomitee, das die Aufgabe erhielt, die Aufnahme der RdN in die Verwaltungsbereiche des Departments anzustoßen und über die Integrität sowie das Leben der strategischen Ökosysteme zu wachen, indem sie die effiziente und bestmögliche Umsetzung der von ihnen erstellten Strategie garantieren. Es wäre möglich, dass die anderen Hüter:innen ähnliche Aufgaben erhielten. Tw. ist hingegen unklar, inwieweit auch eine rechtliche Vertretungsbefugnis gewährt wurde.

In den neuseeländischen Rechtsquellen wurde das Wort *guardian* hingegen vermieden, um eine Gleichsetzung mit dem Vormundschaftskonzept zu verhindern. Denn die Māori verstehen sich als *kaitiaki* (*caretaker*) der Gebiete, die sie bewohnen, von denen sie ein Teil sind und denen gegenüber sie die Verantwortung (*kaitiakitanga*) haben, sie „zu hegen und zu pflegen“. Aus der Perspektive der Māori sollte deshalb ein System kreiert werden, das zuhört und diese Informationen nutzt, um die Menschen und nicht die Gebiete zu verwalten. Dementsprechend wird dem Wissen und den Praktiken der *bush crews* auch eine besondere Bedeutung beigemessen. Die neuseeländischen Vertretungsmodelle sind von diesem Verständnis inspiriert, sodass sich das starke Verantwortungsgefühl der Māori auch in den Aufgaben widerspiegelt, die den Vertreter:innen übertragen wurden.⁸⁰² Das Te Urewera Komitee erhielt

⁸⁰⁰ Stone, Umwelt 39; vgl. Pavlik, Wicazo Sa Review 2015/1, 7 (10); Humphreys, Journal of International Relations and Development 2017/3, 459 (463); Gutmann, Rechtssubjektivität 203; Vallejo Galárraga, in: Jendroska/Bar 341 (346); Beacher, Environmental Claims Journal 2021/2, 91 (105).

⁸⁰¹ S. z. B. Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato) SpruchP.e 5 ff.

⁸⁰² Vgl. Bleby, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (55 ff.); O'Bryan, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (66 f.); Tănăsescu, Transnational Environ-

zudem die weitreichendsten Befugnisse aller untersuchten Vertretungsstellen. Es darf „Te Urewera“ nicht nur wie in Ecuador in Gesetzgebungsprozessen und öffentlichen Foren vertreten und Berichte oder Empfehlungen ausarbeiten, sondern das Gebiet auch verwalten, dessen Managementplan ausarbeiten und überwachen, Genehmigungen sowie Konzessionen erteilen und lokale Rechtsvorschriften erlassen.

Für „Te Awa Tupua“ wurde hingegen ein komplexeres Co-Managementsystem zwischen der neuseeländischen Regierung und den Māori-Gemeinschaften eingerichtet. An der Verwaltung des Gebiets sind mehrere Personengruppen beteiligt, in denen auch Mitglieder der Māori-Gemeinschaften oder Vertreter:innen der Umwelt- und Naturschutzinteressen vertreten sind. Die Vertretungsstelle „Te Pou Tupua“ erhielt hingegen weniger Befugnisse als das Te Urewera Komitee. Zu ihren Aufgaben zählt, die Gesundheit und das Wohlergehen von „Te Awa Tupua“ zu fördern, die Aufgaben der Grundeigentümer:innen wahrzunehmen, den gut dotierten Te Awa Tupua Fonds zu verwalten und über Angelegenheiten des Flusses zu berichten. Weiters können mit den zuständigen Behörden Vereinbarungen über weitere Mitspracherechte oder die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen getroffen werden, worauf allerdings kein Rechtsanspruch besteht.

Viele untersuchte Rechtsquellen (mit Ausnahme der US-amerikanischen) gehen damit weit über Stones Vorschlag, wonach lediglich die Vertretung vor Gericht ermöglicht werden sollte, hinaus.⁸⁰³ Vielmehr sollen die Vertreter:innen auch Verantwortung für die Rechtsträger:innen übernehmen, ihre Interessen repräsentieren und schützen,⁸⁰⁴ und nicht nur in rechtlicher, sondern auch in politischer und moralischer Hinsicht für sie sprechen.⁸⁰⁵ Ihnen wurde deshalb oft nicht nur die Möglichkeit gewährt, die Gerichte anzurufen, sondern bereits im Vorfeld Einfluss auf die Verwaltung und Gesetzgebung zu nehmen.⁸⁰⁶ Die Teilnahme an Entscheidungsprozessen wird in der Literatur tw. sogar als bedeutender angesehen als der Zugang zu Gerichten.⁸⁰⁷ Am weitreichendsten sind die neuseeländischen Rechtsquellen, in denen nicht nur das starke Verantwortungsgefühl der Māori für die Rechtsträger:innen abgebildet wurde, sondern den Vertreter:innen zumindest im Fall von Te Urewera auch Verwaltungsbefugnisse übertragen wurden.⁸⁰⁸

mental Law 2020/3, 429 (447); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (51).

⁸⁰³ *O'Bryan*, Australian Indigenous Law Review 2017/1, 48 (67); *Kauffman/Martin*, Politics 209.

⁸⁰⁴ *Youatt*, International Political Sociology 2017/1, 39 (51 f.).

⁸⁰⁵ Vgl. *Tănăsescu*, Transnational Environmental Law 2020/3, 429 (447); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (51).

⁸⁰⁶ Vgl. i. d. Z. krit. in Hinblick auf die politische Repräsentation *Emmenegger/Tschentscher*, Georgetown International Environmental Law Review 1994/3, 545 (586 f., 588); s. jedoch *Latour*, Parlament.

⁸⁰⁷ *O'Donnell*, Rivers 159; *Kauffman/Martin*, Politics 142; *Vierros/Harden-Davies*, Ocean Yearbook 2022, 36 (64).

⁸⁰⁸ Vgl. tw. *Kauffman/Martin*, Politics 209.

b) Pflichten

In Bezug auf die Vertretung der Rechtsträger:innen ist nicht nur die Frage relevant, welche Befugnisse den Vertreter:innen gewährt wurden, sondern auch, inwieweit sie verpflichtet sind, diese auszuüben und damit eine angemessene Vertretung der Rechtsträger:innen sicherzustellen.⁸⁰⁹ Keine entsprechende Pflicht lässt sich aus den meisten US-amerikanischen Rechtsquellen ableiten. In manchen wurde hingegen die Gebietskörperschaft, in der die Rechtsquelle angenommen wurde, zur Durchsetzung der Rechtsquellen vor Gericht verpflichtet. In Ecuador und Bolivien sind die Bürger:innen jedenfalls verpflichtet, Rechtsverletzungen zur Anzeige zu bringen. Zudem haben die Behörden die Pflicht, die administrativen und/oder gerichtlichen Instanzen zu aktivieren. Die unabhängigen Verteidigungsstellen trifft derzeit mangels Einrichtung bzw. ausdrücklicher Beauftragung hingegen keine entsprechende Pflicht. Die umfassendsten, aber nicht die einzigen Vertretungspflichten treffen somit die neuseeländischen Vertreter:innen.⁸¹⁰ Eine allfällige Untätigkeit kann von Umweltorganisationen gerichtlich geltend gemacht werden. Auch die kolumbianischen Hüter:innen sind der Literatur zufolge verpflichtet, die ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen, andernfalls kann dies eingeklagt werden.⁸¹¹ Mangels konkreter Aufgabenbeschreibungen könnte dies aber schwierig sein.

c) Voraussetzungen für eine effektive und wirksame Vertretung

Vor dem Hintergrund der bislang gewonnenen Erkenntnisse spricht einiges für die Annahme, dass unabhängige Vertretungsstellen, die ausschließlich für die Vertretung der Rechtsträger:innen zuständig sind sowie mehrheitlich mit Personen besetzt werden, die aufgrund ihrer Erfahrung einen Beitrag zu der Frage leisten können, was im Interesse der Rechtsträger:innen ist, am besten für deren Vertretung geeignet sind. Zudem erscheint es sinnvoll, dass ihnen Befugnisse gewährt werden, die nicht nur eine nachprüfende Kontrolle bei Gericht umfassen, sondern bereits eine Teilnahme an Entscheidungsprozessen ermöglichen. Überdies könnten Vorkkehrungen getroffen werden, damit sie verpflichtet sind, ausschließlich im Interesse der Rechtsträger:innen tätig zu werden, und sich auch für diese verantwortlich fühlen. Ein Selbstverständnis als *kaitiaki* oder Hüter:innen könnte dem Schutz der Rechtsträger:innen daher zusätzlich zugutekommen.⁸¹² Demnach sollten sich die Menschen nicht nur als außenstehende, überwachende *guardians*, sondern als Teil der

⁸⁰⁹ Vgl. bezugnehmend auf die Untätigkeit der Vertreter:innen in Indien *Kauffman/Martin*, Politics 208; *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (288).

⁸¹⁰ A. A. *Kauffman/Martin*, Politics 67; *Kauffman/Martin*, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260 (272); *Kauffman/Martin*, Global Environmental Politics 2018/4, 43 (51).

⁸¹¹ *Villavicencio Calzadilla*, Law, Environment and Development Journal 2019, xiii (9).

⁸¹² Vgl. z. B. die Überlegungen in Bezug auf den Schutz der Meere durch die internationale Gemeinschaft von *Harden-Davies/Humphries/Maloney/Wright/Gjerde/Vierros*, Marine Policy 2020/12, 1 (7).

Rechtsträger:innen betrachten.⁸¹³ Darüber hinaus sollte das Bewusstsein vorhanden sein, dass es sich um keine „völlig symmetrische Beziehung“ handelt, sondern das „ontologische Gewicht“ der Rechtsträger:innen auch von den Auswirkungen auf die Menschen beeinflusst werden kann.⁸¹⁴

Die neuseeländischen Vertretungsmodelle gelten in der Literatur als vorbildlich. Zum einen, weil die Aufgaben, Befugnisse und Pflichten der Vertreter:innen detailliert und umfassend geregelt wurden, zum anderen, weil zusätzliche Vorkehrungen getroffen wurden, damit sie die Interessen der Rechtsträger:innen effektiv und wirksam vertreten können. Voraussetzungen dafür sind der Literatur zufolge insb. die Unabhängigkeit der Vertreter:innen von der Regierung, die Zurverfügungstellung ausreichend finanzieller Mittel sowie die organisatorische Unterstützung. Auch der Zugang zu Informationen wird dazu gezählt.⁸¹⁵ So werden die neuseeländischen Vertreter:innen bspw. durch weitere Personengruppen inkl. Expert:innen unterstützt, verfügen über genügend finanzielle Mittel, und es wurden einige Vorkehrungen getroffen, damit sie ihre Befugnisse und Pflichten unabhängig und nicht missbräuchlich ausüben können. Umweltorganisationen können gegen deren Untätigkeit gerichtlich vorgehen und in Bezug auf „Te Awa Tupua“ hat die Behörde Auswirkungen auf den Fluss selbst dann zu berücksichtigen, wenn die Vertreter:innen einer Genehmigung zustimmen.⁸¹⁶ Außerdem sind die Mitglieder für Handlungen oder Unterlassungen, die sie in gutem Glauben in ihrer Funktion ausüben, nicht persönlich haftbar. Die ecuadorianischen und bolivianischen Verteidigungsstellen für Menschenrechte verfügen im Wesentlichen über ähnliche Garantien.

Die Hüter:innenkommission für den kolumbianischen Fluss Atrato steht hingegen vor zahlreichen Herausforderungen, obwohl sie den neuseeländischen Vertretungsmodellen nachgebildet ist.⁸¹⁷ Dies lässt sich einerseits mit den knappen wirt-

⁸¹³ García Ruales/Viteri Gualinga, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens 27 (41).

⁸¹⁴ Cagüenäs/Galindo Orrego/Rasmussen, *Revista Colombiana de Antropología* 2020/2, 169 (189); Gómez-Betancur, *UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs* 2020/1, 41 (75 f.).

⁸¹⁵ O'Donnell/Talbot-Jones, *Ecology and Society* 2018/1, 7 (6); Villavicencio Calzadilla, *Law, Environment and Development Journal* 2019, xiii (10); Eckstein/D'Andrea/Marshall/O'Donnell/Talbot-Jones/Curran/O'Bryan, *Water International* 2019/6-7, 804 (812, 814); Bleby, *University of Western Australia Law Review* 2020/1, 33 (62 f.); Sheehan, in: Voigt 222 (238); Bosselmann, *Natur* 383; Kauffman/Martin, *Politics* 210; Macpherson, *Water* 157, 225; Krämer, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47 (73); Vierros/Harden-Davies, *Ocean Yearbook* 2022, 36 (67). S. i.d.Z. weiters die Vorschläge aus einer rechtssoziologischen Perspektive in Anlehnung an „vergleichbare institutionelle Regulierungen – z. B. die Formalisierung der Pflichten und Verantwortlichkeiten des Geschäftsführers, die Ultra-Vires-Lehre, die Prüfung der Repräsentativität bei der Sammelklage“ von Teubner, *Elektronische Agenten und große Menschenaffen: Zur Ausweitung des Akteurstatus in Recht und Politik*, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 2006/1, 5 (21).

⁸¹⁶ § 63 Abs. 2 Te Awa Tupua Gesetz; Macpherson, *Water* 118.

⁸¹⁷ S. i.d.Z. auch Fischer-Lescano, *Law & Literature* 2020/2, 237 (248 f.).

schaftlichen Ressourcen begründen, weshalb die Vertreter:innen auch nicht für ihren Aufwand entschädigt werden. Die Schwierigkeiten sind aber auch auf das schwer regierbare Umfeld zurückzuführen, in dem die Vertreter:innen leben und in dem sie zugleich gegen illegale, von bewaffneten Gruppen ausgeübte Tätigkeiten vorgehen sollen. Bei der Ausgestaltung des Vertretungsmodells sollte deshalb auch berücksichtigt werden, wie die Verantwortung zwischen den Vertreter:innen und den staatlichen Stellen inkl. Polizei und Militär aufgeteilt werden kann und die vulnerabelsten Personen geschützt werden können.⁸¹⁸

d) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit auch in Österreich bestimmte Personen, Personengruppen oder Institutionen befugt sind, die Umwelt oder Natur zumindest indirekt vor den Behörden oder Gerichten zu vertreten.⁸¹⁹ Da in Österreich die tatsächlichen Interessen (am Umweltschutz oder der Natur) nur durch die Parteistellung zu rechtlichen Interessen erhoben werden und nur dadurch die Teilnahme an verwaltungsbehördlichen Entscheidungen und die Durchsetzung im Rechtsschutzsystem möglich wird,⁸²⁰ sind dafür insb. jene Parteien in Betracht zu ziehen, die in Verfahren des öffentlichen Rechts Umweltschutzvorschriften durchsetzen können.⁸²¹ Dazu zählen die LUAs, Umweltorganisationen, Bürgerinitiativen, das Wasserwirtschaftliche Planungsorgan (WPO) und andere Behörden sowie die Gemeinden.⁸²² Nachbar:innen sind dazu nach h. A. hingegen ebenso wie die Allgemeinheit nicht berechtigt.⁸²³ Außerdem können die Tierschutzombudsmänner der Länder in bestimmten Fällen tätig werden.⁸²⁴ In Salzburg hat überdies der oder die Naturschutzbeauftragte ein Anhörungs- oder Beschwerderecht.⁸²⁵ Darüber hinaus besteht mit der Volksanwaltschaft auch in Österreich ein unabhängiges staatliches

⁸¹⁸ Vgl. *Bleby*, University of Western Australia Law Review 2020/1, 33 (62 f.); krit. *Darpö*, Nature 56 f.

⁸¹⁹ Zust. bzgl. Unionsrecht *Y. Epstein/Schoukens*, Journal of Human Rights and the Environment 2021/2, 205 (219); *Schoukens*, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk 187 (187, 200); *Betaille*, Journal for European Environmental & Planning Law 2019/1, 35 (51). S. hins. der Rechtslage in Deutschland *Bader-Plabst*, Natur 109 ff.

⁸²⁰ *Mayer*, Bürgerbeteiligung 43.

⁸²¹ S. dazu bereits Abschnitt C.III.7.b).

⁸²² Vgl. tw. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 76 f.

⁸²³ A. A. u. a. mit Verweis auf die bereits geschilderte Rspr. des EuGH *Madner*, in: Holoubek/Potacs 1213 (1269).

⁸²⁴ S. ausführl. *Raschauer*, Die Parteistellung des Tierschutzombudsmanns nach § 41 Abs. 4 TSchG: Versuch einer Abgrenzung, RdU 2007/4, 118 (118). Hins. Wassergenossenschaften s. außerdem *T. Weber*, Umweltschutz 194.

⁸²⁵ § 2 Abs. 4; § 26 Abs. 3; § 49 Abs. 4 ff.; § 53 Abs. 2; § 54 Sbg. NSchG; vgl. *Randl*, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely 524 (562).

Organ,⁸²⁶ dem die Kontrolle der gesamten Verwaltung, nicht aber der Gesetzgebung obliegt.⁸²⁷ Sie verfügt zwar auch über Zuständigkeiten im Bereich des Natur- und Umweltschutzes, übt diese den letzten Tätigkeitsberichten zufolge aber nur selten aus,⁸²⁸ weshalb darauf nicht näher eingegangen wird.

Auch wenn damit auf den ersten Blick viele „Vertreter:innen“ der Umwelt oder Natur vorhanden sind, haben diese bei näherer Betrachtung lediglich in bestimmten Fällen „Vertretungsbefugnisse“. So weisen die LUAs zwar Ähnlichkeiten mit den Vertretungskommissionen bzw. -komitees sowie den unabhängigen staatlichen Stellen auf,⁸²⁹ indem sie z. B. ebenfalls Stellungnahmen in Begutachtungsverfahren abgeben oder Bürger:innen beraten können,⁸³⁰ sie erhielten aber nur in ausgewählten Fällen Parteistellung in umweltrelevanten Verfahren.⁸³¹ Dies hängt zum einen damit zusammen, dass ihr Aufgabenbereich auf das Bundesland beschränkt ist, während „der überwiegende Teil der kompetenzrechtlich komplexen Materie ‚Umweltschutz‘ im Bundesrecht angesiedelt ist“, sodass eine bislang nicht eingerichtete Bundesumweltschutzbehörde „ein ungleich größeres Betätigungsfeld“ vorfinden würde.⁸³² Es ist aber v. a. auf ihre Stellung als Formalpartei zurückzuführen, wonach ihnen nach h. A. keine subjektiv-öffentlichen Rechte zukommen, sondern sie objektives Recht geltend machen können, jedoch ausschließlich im Rahmen der ihnen übertragenen Kompetenzen.⁸³³ Das Ausmaß ihrer Befugnisse ist daher vom Willen des (einfachen)

⁸²⁶ Dazu krit. Klecatsky, Volksanwaltschaft als Amtspartei und Streithelfer?, Zur geplanten Änderung des Art. 148a B-VG, Österreichische Richterzeitung 2000/2, 130 (130 f.); ähnl. Lachmayer, Der Schutz zukünftiger Generationen in Österreich: Möglichkeiten der Institutionalisierung, RdU 2016/4, 137 (140).

⁸²⁷ Art. 148a ff. B-VG; vgl. Hiesel, Die Funktionen der Volksanwaltschaft, Juristische Ausbildung und Praxisvorbereitung 2009/2010, 147 (147 f.); Lachmayer, RdU 2016/4, 137 (140); s. i. d. Z. z. B. VfGH 15. 12. 2021, V 425/2020.

⁸²⁸ Vgl. volksanwaltschaft.gv.at/berichte-und-pruefergebnisse/berichte-an-den-nationalrat-und-bundesrat#anchor-index-4529 (Stand 2. 7. 2024).

⁸²⁹ So die „Außenbetrachtung“ von Krämer, Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (69); Darpö, Nature 57. Den „internationalen Vorbildern“ weniger entsprechend sind sie hingegen gem. Lachmayer, RdU 2016/4, 137 (139); ebenso krit. Mayer, Bürgerbeteiligung 69 f.

⁸³⁰ S. z. B. §§ 55m und 55n WRG; vgl. allg. Meyer, Die Landesumweltschutzbehörden, RdU 2003/1, 4 (4); Lachmayer, RdU 2016/4, 137 (139); sowie aktueller umweltschutz.gv.at/de/auftrag (Stand 2. 7. 2024).

⁸³¹ Vgl. Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 78; Schulev-Steindl, Das Aarhus-Beteiligungsgesetz – Ende gut, alles gut?, ÖZW 2019/1, 14 (25); Meyer, RdU 2003/1, 4 (4); Pechtl, Juridikum 2023/1, 20 (24); abw. Bader-Plabst, Natur 193.

⁸³² K. Weber, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer 67 (81); vgl. weiters Schmelz/Schwarzer, UVP-G-ON^{1.00} § 19 Rz. 119.

⁸³³ Mayer, JBl 1982, 113 (118); Raschauer, in: Kerschner 57 (67); Meyer, RdU 2003/1, 4; Pointinger/T. Weber, Der Umweltschutz – das unbekannte Wesen?, RdU 2015/6, 233 (233 ff.); Schulev-Steindl, VfGH-Beschwerdelegitimation des Umweltschutzes und anderer Organparteien nach dem UVP-G verfassungswidrig, RdU 2004/4, 148 (148 ff.); Bußjäger, Naturschutzrecht 153; Baumgartner/Petek, UVP-G 2000 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (2010) § 19; Schmelz/Schwarzer, UVP-G-ON^{1.00} § 19 Rz. 25, 30 ff., 49 ff., 104 ff.; Wagner/

Gesetzgebers abhängig. So wurde z.B. die Parteistellung der oberösterreichischen LUA 2019 dahin gehend eingeschränkt, dass sie nur noch in Naturschutzverfahren besteht, die nicht den Anwendungsbereich der FFH- und Vogelschutz-RL betreffen.⁸³⁴ In ähnlicher Weise verkündete die Salzburger Landesregierung 2023, die Rechte der LUA beschränken zu wollen.⁸³⁵ Auf Bundesebene wurde den LUAs zwar Parteistellung in UVP-Verfahren eingeräumt, nicht aber in Verfahren nach dem WRG, Forstgesetz,⁸³⁶ der GewO oder anderen biodiversitätsrelevanten Materien wie z. B. Bergwesen, Landwirtschaft, Verkehr, Chemikalien etc. Ebenso kann eine Beschwerde gem. Art. 144 Abs. 1 B-VG an den VfGH nach derzeitigem Stand der Rechtsprechung nicht erhoben werden.⁸³⁷ Entgegen der von Funk vertretenen Auffassung macht es deshalb für die „Wirksamkeit der Aufgabenerfüllung“ doch einen Unterschied, ob das Handeln der Vertreter:innen aufgrund „einer Ermächtigung oder einem Auftrag“ oder eines subjektiven Rechts (der Natur) erfolgt.⁸³⁸ Darüber hinaus ist deren Unabhängigkeit meist nicht garantiert, weil sie i. d. R. von der Verwaltung nominiert werden und tw. auch nicht weisungsfrei gestellt sind.⁸³⁹ Weiters gab es zumindest in der Vergangenheit Hinweise darauf, dass sie nicht immer über ausreichend finanzielle Mittel und organisatorische Unterstützung verfügen, um ihre Aufgaben zu erfüllen.⁸⁴⁰ Schließlich erweist es sich als fraglich, ob sie im Falle ihrer Untätigkeit zum Einschreiten verpflichtet werden können.

Demgegenüber können Umweltorganisationen zwar unter bestimmten Voraussetzungen im gesamten Bundesgebiet tätig sein und ebenfalls über den Zustand der Umwelt berichten, Stellungnahmen in Begutachtungsverfahren abgeben oder die Umwelt in Beiräten vertreten. Auch sie verfügen aber nur über begrenzte Befugnisse zur Anrufung der Behörden oder Gerichte. Aufgrund der Aarhus-Konvention sowie der Rspr. des EuGH sollte ihnen zumindest in allen unionsrechtlich determinierten umweltrelevanten Materien, darunter auch dem Naturschutz- und Wasserrecht, ein Recht auf Umweltinformationen, Beteiligung an Entscheidungsprozessen und Zugang zu Gerichten zukommen.⁸⁴¹ Dieses wurde bislang allerdings nur unzureichend

Bergthaler/Krömer/Grabmair, Eigenrechtsfähigkeit 78 f., 130 f.; abw. *Bader-Plabst*, Natur 193.

⁸³⁴ § 39 Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001 LGBl 2001/129; vgl. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 78 f.

⁸³⁵ salzburg.orf.at/stories/3212539; salzburg.orf.at/stories/3252864; Begutachtungsentwurf abrufbar unter service.salzburg.gv.at/pub/get/29779 (Stand 2. 7. 2024).

⁸³⁶ Forstgesetz 1975 BGBl 1975/440.

⁸³⁷ C. Fn. 833.

⁸³⁸ *Funk*, in: FS Pernthaler 73 (88); ähnl. *von Lersner*, NVwZ 1988/7, 988 (1989); a. A. *Pernthaler*, in: Kerschner 5 (12).

⁸³⁹ Vgl. *Meyer*, RdU 2003/1, 4; *T. Weber*, Umweltschutz 159 m. w. N.; abw. *Bader-Plabst*, Natur 192.

⁸⁴⁰ Vgl. *Meyer*, RdU 2003/1, 4.

⁸⁴¹ S. bereits Abschnitt C.III.5.b) und C.III.7.b) sowie C. Fn. 505 und 612.

umgesetzt.⁸⁴² So wurde ihnen im WRG bspw. erst nach einer Klarstellung durch den EuGH das Recht eingeräumt, Beschwerden gegen Ausnahmen vom Verschlechterungsverbot zu erheben.⁸⁴³ In allen anderen Fällen haben sie weiterhin keine Parteistellung.⁸⁴⁴ Außerdem verfügen sie nicht über die ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen, um immer, wenn es geboten erscheint, für die Umwelt bzw. Natur tätig zu werden.⁸⁴⁵ Eine entsprechende Pflicht trifft sie jedenfalls, ebenso wie Bürgerinitiativen, nicht. Diese können zwar ebenfalls Umweltschutzvorschriften (als subjektiv-öffentliche Rechte) in UVP-Verfahren geltend machen.⁸⁴⁶ Da sie aber aus Personen mit einem Naheverhältnis zu einem Vorhaben bestehen,⁸⁴⁷ kann die Wahrnehmung ihrer „Vertretungsbefugnisse“ auch von ihren eigenen Interessen und finanziellen Möglichkeiten abhängen. Tw. wurde zudem die Auffassung vertreten, dass sie lediglich „örtliche Umweltbeeinträchtigungen“ geltend machen können.⁸⁴⁸

Das WPO, ebenfalls eine Formalpartei, hat zwar in bestimmten Fällen die wasserwirtschaftlichen öffentlichen Interessen zu vertreten, dazu zählen jedoch nicht nur die Interessen am Gewässerschutz, sondern z. B. auch die Trink- und Nutzwasserversorgung.⁸⁴⁹ Gem. Schmelz/Schwarzer fehlt ihm sogar die Parteistellung für die „Wahrnehmung anderer öffentlicher Interessen (z. B. Natur- und Landschaftsschutz,

⁸⁴² S. insb. Aarhus Convention Compliance Committee (ACCC) 16.12.2011, ACCC/C/2010/48 (Österreich), ECE/MP.PP/C.1/2012/4; ACCC 29.9.2013, ACCC/C/2011/63 (Österreich), ECE/MP.PP/C.1/2014/3; sowie insb. EuGH 20.12.2017, C-664/15, *Protect*; vgl. z. B. *Schulev-Steindl*, ÖZW 2019/1, 14 (14 ff.); *Wagner*, Fehlende Umsetzung von Aarhus im Wasserrecht, RdU 2018/1, 34 (34 ff.); *T. Weber*, Jetzt aber wirklich: Vorschläge für eine Aarhus-Umsetzung im Wasserrecht, RdU-UT 2016/2, 51 (51 ff.); www.oeko.uoer.at/files/357/positions_papier_aarhus9-3_update_2020sbff.pdf (Stand 2.7.2024); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 78; *Wagner/Fasching*, Österreichisches Archiv für Recht und Religion 2017/1-2, 572 (592); *Buss/Müller*, Die „Aarhus-Umsetzung“ in den Landesnaturschutzgesetzen auf dem unionsrechtlichen Prüfstand, Austrian Law Journal 2022/1, 93 (97 f., 106).

⁸⁴³ EuGH 20.12.2017, C-664/15, *Protect*; tw. umgesetzt in § 102 Abs. 2 und 5 i. V. m. § 104a WRG; vgl. *Berger*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 102 Rz. 7/2; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 134 f.

⁸⁴⁴ Überlegungen, die auf potenzielle Unionsrechtswidrigkeiten hindeuten, finden sich insb. bei *T. Weber*, Umweltschutz 123 ff., 186 ff., 192 f.

⁸⁴⁵ Vgl. tw. *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 77.

⁸⁴⁶ Vgl. *Madner*, in: Holoubek/Potacs 1213 (1265); *Schulev-Steindl*, in: FS Mayer 683 (698); *T. Weber*, Umweltschutz 155; *Baumgartner/Petek*, UVP-G § 19; *Mayer*, Bürgerbeteiligung 68 f.; tw. abw. *Schmelz/Schwarzer*, UVP-G-ON^{1.00} § 19 Rz. 10, 146 ff.

⁸⁴⁷ VfGH 1.12.2004, V 124/03; *Mayer*, Bürgerbeteiligung 69.

⁸⁴⁸ *Schmelz/Schwarzer*, UVP-G-ON^{1.00} § 19 Rz. 178 m. w. N.; a. A. *Baumgartner/Petek*, UVP-G § 24 f.

⁸⁴⁹ S. insb. § 55 Abs. 2 und 5; § 102 Abs. 1 lit. h WRG; vgl. *Lachmayer*, Der Landeshauptmann als wasserwirtschaftliches Planungsorgan und Behörde, RdU 2012/1, 5 (6 ff.); *T. Weber*, Umweltschutz 195 f.; *Lindner*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 55 Rz. 2 ff.; *Raschauer*, in: IUR/ÖWAV 73 (75 f.); *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 132 ff.

Biodiversität, Raumordnung, sonstiger Umweltschutz)“.⁸⁵⁰ Zudem kann es aufgrund der Doppelfunktion des Landeshauptmannes bzw. der Landeshauptfrau als WPO und (entscheidende) Behörde sowie der Einbindung in die Weisungshierarchie nicht als unabhängig betrachtet werden.⁸⁵¹ In Bezug auf die Vertretung durch Behörden wird zudem auf die in Abschnitt C.V.3. dargestellten Bedenken in der Literatur verwiesen. Behörden können außerdem nur insoweit tätig werden, als sie von der Gesetzgebung dazu ermächtigt wurden,⁸⁵² was – wie sich auch am Beispiel der LUAs zeigt – zu einer lückenhaften Vertretung führen und z. B. im Bereich der Biodiversität bereits an der zersplitterten Zuständigkeit scheitern kann.

Schließlich können auch Gemeinden Umweltschutzvorschriften in bestimmten Verfahren geltend machen. Nach § 102 WRG ist dies allerdings nur zur Wahrung eigener wasserrechtlich geschützter Rechte (lit. b) sowie zum Schutz der lokalen Wasserversorgung (lit. d) möglich,⁸⁵³ und damit nicht zum Schutz von Fließgewässern per se. Parteistellung kommt ihnen hingegen bei Großprojekten nach § 111a WRG und in UVP-Verfahren zu.⁸⁵⁴ Nachbargemeinden haben allerdings nur Parteistellung, wenn sie unmittelbar an die Standortgemeinde angrenzen und „von wesentlichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt betroffen sein können“.⁸⁵⁵ Zugleich sind den Gemeinden, sobald die Umweltaspekte überwiegend überörtliche Bezüge aufweisen,⁸⁵⁶ wovon i. d. R. auszugehen ist, durch die verfassungsrechtliche Beschränkung ihres eigenen Wirkungsbereichs enge Grenzen gesetzt.⁸⁵⁷

Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass den genannten potenziellen „Vertreter:innen“ weder einzeln noch gemeinsam eine „alle Materiengesetze übergreifende Sprachrohrfunktion für sämtliche Umweltgüter“ zukommt.⁸⁵⁸ Von einer

⁸⁵⁰ *Schmelz/Schwarzer*, UVP-G-ON (2011) § 19 Rz. 121.

⁸⁵¹ Vgl. *T. Weber*, Umweltschutz 195 f.; *Lachmayer*, RdU 2012/1, 5 (6 ff.).

⁸⁵² *Schambeck*, ÖJZ 1972, 617 (617).

⁸⁵³ *Berger*, in: *Oberleitner/Berger*, WRG⁴ § 102 Rz. 9, 17.

⁸⁵⁴ *Berger*, in: *Oberleitner/Berger*, WRG⁴ § 102 Rz. 17. S. weiters § 46b Abs. 1 VlbG. NSchG.

⁸⁵⁵ *Schmelz/Schwarzer*, UVP-G-ON^{1.00} § 19 Rz. 128 m. w. N.

⁸⁵⁶ Dazu ausführl. *Schmelz/Cudlik*, Neues (und Altes) zur Parteistellung der Gemeinde in UVP-Verfahren, RFG 2018/1, 29 (32 m. w. N.); *Grabenwarter*, Parteistellung und subjektive Rechte von Gemeinden in naturschutzrechtlichen Verfahren, RFG 2008/1, 4 (6 ff.); *Hartlieb*, Die Stellung der Standort- und Nachbargemeinden in UVP-Genehmigungsverfahren, RFG 2011/1, 32 (43 ff.); *Baumgartner/Petek*, UVP-G § 19; *Berger*, in: *Oberleitner/Berger*, WRG⁴ § 102 Rz. 9, 17.

⁸⁵⁷ *Madner*, in: *Holoubek/Potacs* 1340 (1346 f.); *Madner*, in: *Holoubek/Potacs* 1213 (1265); *Schmelz/Cudlik*, RFG 2018/1, 29 (32 m. w. N.); *Grabenwarter*, RFG 2008/1, 4 (6 ff.); *Bußjäger*, Naturschutzrecht 115 f.; *Hartlieb*, RFG 2011/1, 32 (43 ff.); *Baumgartner/Petek*, UVP-G § 19; *Berger*, in: *Oberleitner/Berger*, WRG⁴ § 102 Rz. 9, 17.

⁸⁵⁸ *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 79 f., 136; vgl. weiters in Bezug auf Umweltorganisationen und die EU *Schoukens*, in: *Pereira/Saramago* 205 (222 f.); *Schoukens*, Journal for European Environmental & Planning Law 2018, 309 (328); *Krämer*,

Einbindung der „Vertreter:innen“ in die Verwaltung, ähnlich zu den Co-Managementsystemen in Neuseeland, kann ebenfalls nicht ausgegangen werden. Das Recht, an Begutachtungsverfahren, Beiräten, Expert:innengremien etc. mit lediglich beratender Funktion teilzunehmen, kann nicht als solche gewertet werden. Auf die (fehlenden) Möglichkeiten zur Rechtsdurchsetzung wird aber im Rahmen der nächsten Querschnittsbetrachtung noch näher eingegangen. Daher stellt sich die Frage, inwieweit vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die mit der österreichischen Schutznormtheorie, der Formalparteistellung und der Kompetenzverteilung einhergehen, eine vollständige, d.h. lückenlose, sektorenübergreifende, ökosystemorientierte Vertretung der Natur bzw. von Bestandteilen der Natur – wie z. B. Wassereinzugsgebieten – in allen sie betreffenden Angelegenheiten ausgehend von einfachgesetzlichen Umweltschutzvorschriften sichergestellt werden kann, oder dies nur durch die Gewährung von verfassungsgesetzlich gewährleisteten RdN gewährleistet werden kann.

VI. Rechtsdurchsetzung

Im Rahmen dieser Querschnittsbetrachtung wird untersucht, ob in den untersuchten Rechtsordnungen grundsätzlich Rechtsbehelfe zur Durchsetzung der untersuchten RdN zur Verfügung stehen und was damit erreicht werden kann. Die Frage, welche Rechtsbehelfe unter welchen Voraussetzungen wem zur Verfügung stehen und welche Rechtswirkungen damit erreicht werden können, war, wie bereits eingangs vermutet,⁸⁵⁹ schwer zu beantworten, weil dies ein tiefergehendes Verständnis der untersuchten Rechtsordnungen voraussetzen würde. In den Länderberichten wurden deshalb insb. jene Rechtsbehelfe beschrieben, die in den untersuchten Rechtsquellen gewährt wurden, außerdem wurden die damit in Zusammenhang stehenden Überlegungen in der Literatur dargestellt. Das Vorhandensein weiterer Rechtsbehelfe ist somit nicht ausgeschlossen. Zudem finden sich auch in der Literatur teils widersprüchliche Aussagen, die sich nicht immer vollständig aufklären ließen.

1. Rechtsbehelfe

a) Überblick über die gewährten Rechtsbehelfe

Zusammengefasst ist anzunehmen, dass in den meisten Fällen Rechtsbehelfe zur Durchsetzung der RdN zur Verfügung stehen, auch wenn dies selten ausdrücklich in den untersuchten Rechtsquellen vorgesehen wurde. Dafür sprechen meist nicht nur entsprechende Aussagen in der Literatur, wonach mit der Anerkennung der

Journal for European Environmental & Planning Law 2020/1, 47 (70f.); *Carducci et al.*, Charter 104; *Di Salvatore*, Charter 22.

⁸⁵⁹ S. Abschnitt A.II.2.b)ee).

Rechtsträger:innen auch Klagebefugnisse einhergehen, sondern auch jene Rechtsvorschriften, wonach die Vertreter:innen i. d. R. zur „rechtlichen“ Vertretung der Rechtsträger:innen berechtigt sind. Unsicherheiten, inwieweit tatsächlich Rechtsbehelfe ergriffen werden können, bestehen v. a. in Bezug auf die US-amerikanischen RdN, da höchst umstritten ist, ob die eingeschränkte *standing-doctrine* des Obersten Gerichtshofes des Gesamtstaates – die bestimmt, welche Personen berechtigt sind, bei Gericht Klage zu erheben – umgangen werden kann, indem in Rechtsquellen von lokalen Gebietskörperschaften Klagebefugnisse gewährt werden. Obwohl die Einräumung der Klagebefugnis ein wesentlicher Grund für die Entstehung der RdN in den USA war, ist damit nach wie vor unklar, inwieweit dies gelungen ist. Anders liegt der Fall bei den Rechtsquellen der anerkannten indigenen Völker. Diese sollten vor den eigenen Stammesgerichten, womöglich auch darüber hinaus, durchsetzbar sein.

Überraschend ist, dass die ansonsten sehr detaillierten neuseeländischen Rechtsquellen keine eindeutigen Bestimmungen über die Möglichkeiten zur Rechtsdurchsetzung enthalten. Der Literatur zufolge könnte dies mit der Einbindung der Vertreter:innen in das Co-Management bzw. mit der Zusammenarbeit verschiedener Akteur:innen bei der Verwaltung des Gebiets zusammenhängen, weil dies erfahrungsgemäß bewirke, dass Rechtsbehelfe kaum in Anspruch genommen werden. Dennoch wird überwiegend davon ausgegangen, dass die Vertreter:innen erforderlichenfalls Rechtsbehelfe ergreifen können. Der Nachweis einer Rechtsverletzung könnte sich jedoch insb. in Hinblick auf „Te Awa Tupua“ mangels klar definiertem materiellen Schutzbereich als schwierig erweisen.⁸⁶⁰

Hingegen stehen in Ecuador mehrere in der Verfassung vorgesehene Rechtsbehelfe (Popularklagen) zur Verfügung, die von allen Vertretungsbefugten – d. h. jeder Person einzeln oder im Kollektiv – zum Schutz der RdN ergriffen werden können. Auch in der bolivianischen und kolumbianischen Verfassung wurden Popularklagen und ähnliche Rechtsbehelfe zum Schutz der Verfassungsrechte vorgesehen. Inwieweit damit in Bolivien jede Person die RdN durchsetzen kann, ist noch nicht eindeutig geklärt, auch wenn gute Gründe dafürsprechen.⁸⁶¹ Davon unabhängig sind jedenfalls die Vertreter:innen berechtigt, Rechtsbehelfe zu ergreifen. Ähnlich ist die Rechtslage in Kolumbien, wo höchstwahrscheinlich nicht nur die Vertreter:innen, sondern jede Person die RdN mittels Popularklage durchsetzen kann.⁸⁶² Popularklagen zum Schutz der Menschenrechte sind damit auf jeden Fall in Ecuador,⁸⁶³ wahrscheinlich aber auch in Bolivien und Kolumbien geeignete Instrumente zur Durchsetzung der RdN. Dies bestätigt die Annahme, dass die in der Literatur oft vorgenommene Unterscheidung in Vormundschaftsmodell und *actio popularis* differenzierter zu betrachten ist, weil mehrere Vertretungsmodelle gleichzeitig zur

⁸⁶⁰ S. dazu ausführl. Abschnitt B.IV.7.b).

⁸⁶¹ S. dazu ausführl. Abschnitt B.III.6.b), B.III.7.a) und B.III.7.b).

⁸⁶² S. dazu ausführl. Abschnitt B.V.7.

⁸⁶³ Vgl. *Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, *Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla* 2022/1, 285 (302, 307).

Anwendung kommen können, die Vertretungsbefugten aber mit unterschiedlichen Befugnissen, Aufgaben oder Pflichten ausgestattet sein können. So kann bspw. jede Person zur Rechtsdurchsetzung vor Gericht berechtigt sein, während lediglich bestimmte Personen die Rechtsträger:innen in Entscheidungsprozessen und darüber hinausgehenden Angelegenheiten vertreten können bzw. sollen.⁸⁶⁴

In Hinblick auf die Frage, was mithilfe der Rechtsbehelfe erreicht werden kann, enthalten die untersuchten Rechtsquellen selten eindeutige Antworten. In vielen Fällen ist davon auszugehen, dass sowohl verfassungs- und verwaltungsrechtliche Verfahren angestrengt werden können, in denen z.B. Handlungen oder Unterlassungen von Behörden oder Genehmigungen überprüft werden können, als auch zivilrechtliche Klagen erhoben werden können, in denen z.B. Unterlassung oder Schadenersatz von Privaten begehrt werden kann. Letzteres könnte der Literatur zufolge eine Dezentralisierung und Effektivierung der Rechtsdurchsetzung bei Umweltschäden bewirken.⁸⁶⁵ Tw. können auch einstweiliger Rechtsschutz oder vorsorgende bzw. vorbeugende Maßnahmen beantragt werden. Zudem wurden in Ecuador und Neuseeland Hinweise darauf gefunden, dass die Rechtsträger:innen von Amts wegen als „betroffene Personen“ anzuerkennen sein könnten und folglich auch an Entscheidungsverfahren zu beteiligen wären. Der Literatur zufolge sollten die Rechtsträger:innen jedenfalls die Rechte auf Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung in Entscheidungsverfahren und Zugang zu Gerichten erhalten.⁸⁶⁶

b) Überlegungen zur österreichischen Rechtslage

Aus den bisherigen Überlegungen zur österreichischen Rechtslage ging bereits hervor, dass in Österreich mehrere Parteien zumindest indirekt zur Vertretung der Umwelt oder Natur in verschiedenen Verfahren berechtigt sind, ihre Befugnisse aber nicht so weit gehen, dass jede umweltrelevante Rechtsvorschrift durchgesetzt werden kann. Anders als in den untersuchten lateinamerikanischen Staaten können die fehlenden Befugnisse auch nicht durch Popularklagen ausgeglichen werden. Die Allgemeinheit hat vielmehr – ähnlich wie nach der *standing-doctrine* in den USA – mangels unmittelbarer Betroffenheit keine Rechtsdurchsetzungsbefugnisse. Dies war in den USA Anlass für die Entstehung der RdN.⁸⁶⁷

Werden die Möglichkeiten zur Rechtsdurchsetzung aus der Perspektive von Flüssen betrachtet, so sind diese im Wesentlichen auf Genehmigungsverfahren nach dem WRG, UVP-G und den Naturschutzgesetzen der Länder beschränkt, und auch dann können lediglich bestimmte „Vertreter:innen“ in bestimmten Fällen bestimmte Aspekte rügen. In UVP-Verfahren sind aufgrund der ausdrücklichen Anordnung in

⁸⁶⁴ Vgl. *Esbarras*, *Revista Derecho del Estado* 2016/1, 93 (119).

⁸⁶⁵ *Buser/Ott*, in: Adloff/Busse 159 (163).

⁸⁶⁶ *Filgueira/Mason*, in: Burdon 192 (199); ähnl. *Carducci et al.*, Charter 98.

⁸⁶⁷ S. Abschnitt B.I.1.c).

§ 19 UVP-G die meisten „Vertreter:innen“ zur Geltendmachung von Gewässerschutzvorschriften berechtigt.⁸⁶⁸ Ein guter oder sehr guter Gewässerzustand lässt sich mit diesen Rechtsbehelfen aber kaum durchsetzen. Lediglich die Beschwerdebefugnis von Umweltorganisationen nach § 102 Abs. 5 WRG im Falle einer unzulässigen Ausnahme vom Verschlechterungsverbot bildet eine Ausnahme.⁸⁶⁹ Da die öffentlichen Interessen ausschließlich von Amts wegen wahrzunehmen sind, kann die unzureichende Berücksichtigung des Gewässerschutzes auch nicht im Rahmen der – letztlich oft entscheidenden – Interessenabwägung geltend gemacht werden.⁸⁷⁰ Zudem fehlt es im WRG sowohl bei generellen Rechtsakten, wie z. B. dem Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan und den darauf basierenden Maßnahmenverordnungen, als auch bei der Anordnung und Vornahme von Wiederherstellungsmaßnahmen – soweit sich diese, wie oben dargelegt,⁸⁷¹ überhaupt aus dem WRG ableiten lassen – an entsprechenden Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten.⁸⁷² Auch wasserpolizeiliche Maßnahmen bei Gefahr in Verzug⁸⁷³ oder die Abänderung oder Aufhebung von Bewilligungen nach § 21a WRG können nicht beantragt werden.⁸⁷⁴ Gegen die Untätigkeit der Behörden kann daher nach der geltenden Rechtslage kaum vorgegangen werden.⁸⁷⁵ Die Beschwerdemöglichkeit nach § 11 B-UHG kann diesbezüglich angesichts des eingeschränkten Anwendungsbereichs kaum Abhilfe schaffen. Vorläufiger Rechtsschutz kann hingegen insofern erlangt werden, als Beschwerden an das Verwaltungsgericht grundsätzlich aufschiebende Wirkung haben, sofern diese nicht von der Behörde oder dem Gericht ausgeschlossen

⁸⁶⁸ Vgl. *Madner*, in: Holoubek/Potacs 1340 (1375).

⁸⁶⁹ Vgl. *Schulev-Steindl*, ÖZW 2019/1, 14 (25).

⁸⁷⁰ Vgl. *Madner*, in: Holoubek/Potacs 1340 (1361 f.); *Schulev-Steindl/Romirer*, RdU 2020/5, 187 (190); *Bußjäger*, Naturschutzrecht 141 f.; *Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, Eigenrechtsfähigkeit 132; *Oberleitner*, Das „öffentliche Interesse“ im Wasserrecht, RdU 2005/1, 4; *T. Weber*, Umweltschutz 183; *Sander*, ZTR 2019/1, 8 (13 f.).

⁸⁷¹ S. Abschnitt C.III.6.b).

⁸⁷² Dazu ausführlich: *T. Weber*, Umweltschutz 199 ff., 211 ff. jeweils mit Überlegungen zu potenziellen Unionsrechtswidrigkeiten; *T. Weber*, RdU-UT 2016/2, 51 (56 f.); *T. Weber*, Das Recht auf Zugang zu Überprüfungsverfahren hinsichtlich umweltrelevanter Verordnungen, in: Ennöckl/Niederhuber (Hrsg.), Umweltrecht. Jahrbuch 17 (2017) 300 (306 ff.); *T. Weber*, Von Richtlinien, Verordnungen und geschützten Arten, RdU 2023/4, 133 (140).

⁸⁷³ §§ 31, 138 und 122 WRG; ausführlich: *T. Weber*, Umweltschutz 199 ff., 208 mit Überlegungen zu potenziellen Unionsrechtswidrigkeiten.

⁸⁷⁴ Vgl. *Bachler*, in: Oberleitner/Berger, WRG⁴ § 21 Rz. 1 ff., 25 ff.; *Akyürek/Reichel*, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely 479 (499).

⁸⁷⁵ S. bzgl. der strafrechtlichen Aspekte *Raschauer/Wessely*, Umweltstrafrecht, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), Handbuch Umweltrecht³ (2019) 145 (155 f.); bzgl. der Säumnisbeschwerde gem. § 132 B-VG *Schmelz/Schwarzer*, UVP-G-ON^{1.00} § 19 Rz. 116 f.; bzgl. WRG *T. Weber*, RdU-UT 2016/2, 51 (53); beachte allerdings hinsichtlich der Untätigkeit i. Z. m. Verordnungen VfGH 5.12.2022, V 220/2022; sowie betr. Luftreinhalteung bereits VwGH 19.2.2018, Ra 2015/07/0074; *Rametsteiner/Alge*, RdU 2018/4, 137.

wurde.⁸⁷⁶ Angesichts dieser Rechtsschutzdefizite gelangten bereits einige Stimmen in der Literatur zu dem Ergebnis, dass die Natur in das auf dem Individualrechtsschutz basierende Rechtssystem hereingeholt werden sollte.⁸⁷⁷

2. Wiederherstellungs- und Nicht-Wiederholungspflichten

Die meisten untersuchten Rechtsquellen enthalten Hinweise darauf, dass mit der Feststellung einer Rechtsverletzung auch die Pflicht zur Wiederherstellung einhergeht. Dies ergibt sich überwiegend bereits aus dem Schutzbereich, weil in einigen Rechtsquellen ein „Recht auf Wiederherstellung“ gewährt wurde.⁸⁷⁸ Darüber hinaus sind die ausführlichsten Überlegungen in Bezug auf die Folgen einer Rechtsverletzung der Rechtsprechung des ecuadorianischen Verfassungsgerichtshofes zu entnehmen. Demnach folgt aus der Verletzung eines Verfassungsrechts grundsätzlich ein Recht auf „integrale Reparatur“, das zum einen die „Rehabilitierung“ – also möglichst die Wiederherstellung der vorherigen Situation – und zum anderen die „Nicht-Wiederholung“ verlangt, sodass z.B. Rechtsvorschriften, Politiken oder Maßnahmen zu erlassen sind, die sicherstellen, dass sich eine Rechtsverletzung in ähnlichen Fällen nicht wiederholt. Der Gerichtshof ordnete bspw. den Erlass oder die Änderung von Rechtsvorschriften, die Entfernung von Infrastruktur, die Erstellung von Studien und Plänen sowie regelmäßige Vor-Ort-Besuche und Berichterstattungen durch die Verteidigungsstelle an. Da die kolumbianischen Gerichte meist ähnliche Anordnungen trafen, könnten diese ebenfalls als Wiederherstellungs- und Nicht-Wiederholungspflichten betrachtet werden.⁸⁷⁹ Auch den meisten US-amerikanischen Rechtsquellen sind Wiederherstellungspflichten zu entnehmen. Mehrmalige Rechtsverletzungen können manchen Rechtsquellen zufolge außerdem Tätigkeitsverbote nach sich ziehen. Die neuseeländischen Rechtsquellen enthalten hingegen keine entsprechenden Pflichten. Im Te Urewera Gesetz wurde allerdings festgelegt, dass verurteilte Straftäter:innen neben Geldstrafen auch Schadenersatzzahlungen zu leisten haben, die sowohl die Kosten für die Schadensbehebung als auch die Gehaltskosten und andere Ausgaben für die Erforschung der begangenen Straftat umfassen sollen, und von den Vertreter:innen zur Erreichung der Ziele des Gesetzes zu verwenden sind. Auch wenn sich daraus keine konkrete Wiederherstellungspflicht ableiten lässt, kommen die Schadenersatzzahlungen doch der Rechtsträger:in zugute. Dass die Rechtsträger:innen damit in sämtlichen Rechts-

⁸⁷⁶ §§ 13, 22 Abs. 2 Bundesgesetz über das Verfahren der Verwaltungsgerichte BGBl 2013/33; vgl. T. Weber, Umweltschutz 203; bzgl. der Beantragung der aufschiebenden Wirkung beim VwGH s. z. B. Schmelz/Schwarzer, UVP-G-ON^{1.00} § 19 Rz. 117, 171, 194.

⁸⁷⁷ K. Weber, in: Pernthaler/Weber/Wimmer 67 (80) dessen Vorschlag für einen Umweltanwalt möglicherweise nicht mit der Einrichtung der LUAs verwirklicht wurde; vgl. i. d. Z. weiters Schulev-Steindl/Romirer, RdU 2020/5, 187 (192) mit Verbesserungsvorschlägen; Bosselmann, Natur 166.

⁸⁷⁸ S. dazu bereits ausführl. Abschnitt C.III.6.

⁸⁷⁹ Vgl. tw. Esborraz, Revista Derecho del Estado 2016/1, 93 (110).

ordnungen zu den Nutznießer:innen des verhängten Schadenersatzes werden, dessen Bemessung sich an den Wiederherstellungskosten orientiert und nicht an dem Schaden, der ggf. Menschen entstanden ist, wird in der Literatur als einer der wesentlichsten Aspekte der RdN betrachtet.⁸⁸⁰

3. Strafrechtliche Sanktionen

Den meisten US-amerikanischen Rechtsquellen, den ecuadorianischen und bolivianischen Rechtsquellen sowie dem neuseeländischen Te Urewera Gesetz ist zu entnehmen, dass Rechtsverletzungen auch strafrechtlich relevant sein und mit Geld- oder Freiheitsstrafen geahndet werden können. In Ecuador wurden sogar ausschließlich Freiheitsstrafen vorgesehen. In Kolumbien und womöglich auch in Ecuador können die Vertreter:innen zudem als Opfer in Strafverfahren auftreten. Konkrete Straftatbestände wurden in Ecuador, Bolivien und im neuseeländischen Te Urewera Gesetz formuliert. In Ecuador erfolgten danach bereits einige Verurteilungen, das bolivianische Strafrechtssystemgesetz wurde hingegen kurz nach dessen Erlassung wieder aufgehoben. Die eingehobenen Geldstrafen sind, wie bereits erwähnt, in Bolivien und Neuseeland zugunsten der Rechtsträger:innen zu verwenden. In Ecuador und Neuseeland wurde zudem ausdrücklich festgelegt, dass zusätzlich eine Wiederherstellungspflicht besteht bzw. Schadenersatzzahlungen zu leisten sind.

4. Zweckwidmung von Schadenersatzzahlungen und Geldstrafen

In den meisten US-amerikanischen Rechtsquellen, im wiederaufgehobenen bolivianischen Strafrechtssystemgesetz sowie im neuseeländischen Te Urewera Gesetz wurde (in unterschiedlichen Abwandlungen) Stones Vorschlag aufgegriffen, den Vertreter:innen bzw. einem von ihnen verwalteten treuhändischen Fonds Schadenersatzzahlungen oder Geldstrafen zufließen zu lassen, damit diese nicht dem Fiskus allgemein zufallen, sondern für die Rechtsträger:innen und die Aufwendungen der Vertreter:innen inkl. der Verfahrenskosten verwendet werden können.⁸⁸¹ Stone ging sogar davon aus, dass mithilfe einer genauen Schadensermittlung sichergestellt werden kann, dass Verunreinigungen durch die industrielle Produktion von Waren nur in Kauf genommen werden, wenn der soziale Bedarf dafür so groß ist, dass die Produzent:innen in der Lage sind, alle anthropozentrischen Kosten und den geschätzten Aufwand für die Umwelt (ggf. inkl. des Forschungs- und Entwicklungsaufwandes für zukünftige Reparaturen) zu tragen.⁸⁸² Da er i. w. F. aber auch eine Wiederherstellung an einem anderen Ort für zulässig erachten würde,⁸⁸³ könnten

⁸⁸⁰ Stone, Umwelt 38, 51; Emmenegger/Tschentscher, Georgetown International Environmental Law Review 1994/3, 545 (589); ähnl. J. Weber, Erde 112.

⁸⁸¹ Stone, Umwelt 36, 55.

⁸⁸² Stone, Umwelt 55 f.

⁸⁸³ Stone, Umwelt 51 ff.

Rechtsverletzungen allzu leicht kompensierbar sein. Diese Gefahr könnte jedoch dadurch begrenzt werden, dass sich die Wiederherstellungspflicht am Schutzbereich orientieren muss, sodass bspw. der Erhalt der Gesundheit des betroffenen Ökosystems gewährleistet werden muss.

5. Follow-up-Mechanismen

Ein weiterer, nicht unwesentlicher Aspekt der Rechtsdurchsetzung betrifft die Frage, inwieweit sichergestellt ist, dass die gerichtlich angeordneten Maßnahmen auch umgesetzt werden. In Ecuador sind die Gerichte verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit ihre Urteile umgesetzt werden, wozu sie auch die Polizei, die Verteidigungsstelle oder die Behörden beiziehen können. Die umfassendsten Vorkehrungen traf i. w. F. jedoch der kolumbianische Verfassungsgerichtshof, der in der Praxis einen „follow-up-Mechanismus“ anwendet, in dem er die Umsetzung seiner Entscheidungen im Dialog mit den verantwortlichen Behörden sowie der Zivilgesellschaft begleitet. Die Nicht-Umsetzung seiner Anordnungen kann strafrechtliche oder disziplinarrechtliche Konsequenzen haben. Deshalb erteilte er der Verteidigungsstelle, dem unabhängigen Justizrat und der Obersten Rechnungskontrollbehörde den Auftrag, die Umsetzung und Durchsetzung seiner Anordnungen im Rahmen ihrer Kompetenzen zu begleiten, regelmäßig darüber Bericht zu erstatten sowie ein Expert:innengremium einzurichten, das aus jenen Einrichtungen besteht, die sich am Gerichtsverfahren beteiligten, und den Umsetzungsprozess beratend begleitet. Auch das Verteidigungsministerium, das Außenministerium, die Polizei und die nationalen Streitkräfte erhielten konkrete Aufträge. Ähnliche Anordnungen trafen auch andere kolumbianische Gerichte. Dass der kolumbianische Verfassungsgerichtshof damit zahlreiche Vorkehrungen traf, damit der Staat aktiv wird und ein Austausch mit der Zivilgesellschaft und Expert:innen stattfindet, wird in der Literatur positiv hervorgehoben.

D. Abschließende Bemerkungen

Im Rahmen dieser Arbeit wurde die Ausgestaltung von RdN unter besonderer Berücksichtigung der „Rechte von Flüssen“ in fünf verschiedenen Rechtsordnungen untersucht. Im ersten Teil der Arbeit wurde das Thema vorgestellt, die methodologischen und erkenntnistheoretischen Grundannahmen sowie die methodischen Folgerungen wurden erörtert, und es wurde der Begriff „Rechte der Natur“ eingegrenzt. Im zweiten Teil wurden die in den USA, Ecuador, Bolivien, Neuseeland und Kolumbien angenommenen RdN in Länderberichten dargestellt. Entlang von sechs Querschnittsbetrachtungen konnten nähere Erkenntnisse über die Rechtsquellen und ihre Stellung im Rechtssystem, die Rechtsträger:innen, die gewährten Rechte, die Zulässigkeit von Eingriffen, die Vertretung der Rechtsträger:innen und die Möglichkeiten zur Rechtsdurchsetzung gewonnen werden. Überdies wurde der jeweils relevante Kontext sowie die Entstehungsgeschichte der RdN skizziert und ein Einblick in die Rechtswirklichkeit gewährt. Im dritten Teil der Arbeit wurden die in den Länderberichten gewonnenen Erkenntnisse entlang der sechs Querschnittsbetrachtungen zusammengefasst und zueinander in Bezug gesetzt. Es wurden Ähnlichkeiten und Unterschiede aufgezeigt sowie im Lichte des Kontexts und der Literatur über RdN diskutiert. Ausgehend von den wesentlichsten aus der Synthese gewonnenen Erkenntnissen wurden Überlegungen zur österreichischen Rechtslage, insb. zum öffentlichen Umweltrecht in Bezug auf den Schutz der Gewässer, angestellt und gelegentlich weiterführende Untersuchungen angeregt.

Wie die vergleichende Betrachtung zeigt, weisen die untersuchten RdN einige Ähnlichkeiten auf, die u.a. darauf basieren, dass sie auf gemeinsame Ursprünge zurückgehen und sich gegenseitig beeinflussten. So wurde i.d.R. eine komplexere Organisationsebene der Natur als Rechtsträger:in anerkannt. Besonders häufig wurde der Begriff „Ökosystem“, in Bezug auf Flüsse auch der Begriff „Wasser-einzugsgebiet“ verwendet. Zudem wurde i.d.R. ein über die bloße Existenz hinausgehender Zustand geschützt, der im Wesentlichen dem von der Naturwissenschaft entwickelten Begriff der „Ökosystemgesundheit“ ähnelt. Rechtsverletzungen begründen in vielen Fällen ein Recht auf Wiederherstellung. Überdies wurde in einigen Rechtsordnungen dem Vorsorgeprinzip eine bedeutende Rolle eingeräumt.

Es konnten aber auch wesentliche Unterschiede festgestellt werden, die u.a. auf den jeweiligen Kontext und die verschiedenen Stellungen der Rechtsquellen in den untersuchten Rechtssystemen zurückzuführen sind. Insb. wurden unterschiedliche Voraussetzungen für die Rechtfertigung von Eingriffen in die gewährten Rechte vorgesehen. Diese können Ähnlichkeiten zur Überprüfung von Eingriffen in Menschenrechte aufweisen, wonach sie insb. notwendig, geeignet und verhältnismäßig

sein müssen, oder aus Genehmigungskriterien oder Berücksichtigungsgeboten bestehen, wie sie im Wesentlichen auch im Umweltrecht vorzufinden sind. Überdies wurden drei verschiedene Modelle für die Vertretung der Rechtsträger:innen vorgesehen, die allerdings gleichzeitig zur Anwendung kommen können.

Die untersuchten RdN sind daher, wie bereits eingangs angenommen, mindestens so speziell wie einzelstaatliche Menschenrechte. Ferner ist anzunehmen, dass sie sich künftig noch stärker auseinanderentwickeln, da (noch) keine überregionalen oder internationalen RdN harmonisierend entgegenwirken. Die aus der Synthese gewonnenen Erkenntnisse können daher nicht ohne Weiteres zur Interpretation der untersuchten RdN herangezogen werden. Diese können vielmehr nur in ihrem eigenen Kontext – wie er in den Länderberichten berücksichtigt wurde – verstanden werden. Die gewonnenen Erkenntnisse gewähren hingegen einen Einblick, wie unterschiedlich RdN ausgestaltet werden können, welche Vor- und Nachteile damit einhergehen, welche in der Literatur geäußerten Befürchtungen noch näher zu untersuchen sind oder sich womöglich als unbegründet erweisen, und welches Potenzial RdN bestenfalls entfalten könnten. Die durchgeführte Synthese leistet daher nicht nur einen Beitrag zu einem besseren Verständnis der untersuchten RdN, sondern kann auch „eine neue, allen existenten überlegene Lösung nahelegen“.¹

Die Anwendung und Umsetzung der RdN ist in den untersuchten Rechtsordnungen noch nicht weit fortgeschritten. Deshalb ist es noch zu früh, um zu beurteilen, ob die hier dargestellten RdN wesentliche Veränderungen mit sich bringen – dazu bedarf es weiterer Untersuchungen.² Wie die Überlegungen zur österreichischen Rechtslage zeigen, unterscheiden sich jene Rechtsvorschriften, die bislang zur Konkretisierung oder Umsetzung der untersuchten RdN erlassen oder herangezogen wurden, zumindest auf den ersten Blick nicht grundlegend von österreichischen Umweltrechtsvorschriften in Bezug auf den Schutz der Gewässer. Daraus den Schluss zu ziehen, dass die RdN keinen Mehrwert mit sich bringen, wäre jedoch übereilt. Denn auch in den untersuchten Rechtsordnungen gab es bereits vor Annahme der RdN im Wesentlichen ähnliche Umweltschutzvorschriften, die z. B. den Schutz und die Bewirtschaftung der Gewässer, die Errichtung und Erweiterung von Naturschutzgebieten, Wiederherstellungsmaßnahmen, die Pflicht zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen, oder Rechte auf Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten umfassen. Dennoch wurde es als notwendig erachtet, RdN einzuführen. Insb. am Beispiel der kolumbianischen Rechtsprechung zeigt sich deutlich, dass RdN nicht nur als ein Instrument betrachtet werden, womit Vollzugsdefizite beseitigt werden können, sondern auch, um Menschenrechte zu garantieren.

¹ Zweigert/Kötz, Rechtsvergleichung³ 46.

² Vgl. z. B. Bleby, *University of Western Australia Law Review* 2020/1, 33 (44); Cyrus R. Vance Center for International Justice et al., *Rivers* 15; *Cano Pecharroman*, *Resources* 2018/1, 13 (9); O'Donnell, *Rivers* 2; *Eckstein/D'Andrea/Marshall/O'Donnell/Talbot-Jones/Curran/O'Bryan*, *Water International* 2019/6-7, 804 (824); zuversichtlich z. B. *Hovden*, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2018/3-4, 281 (305).

Aus den gewonnenen Erkenntnissen geht hervor, dass RdN wesentliche Vorteile mit sich bringen. Einer ihrer Vorzüge liegt in der veränderten Perspektive. Denn der Blick auf das Rechtssystem aus der Perspektive eines Ökosystems oder einer ähnlichen Organisationsebene der Natur – wie z. B. einem Wassereinzugsgebiet – macht ersichtlich, dass dessen Schutz nach der geltenden Rechtslage nur in bestimmten Kompetenzbereichen, bei bestimmten Tätigkeiten, von bestimmten Personen oder Behörden unter bestimmten Voraussetzungen zu berücksichtigen ist, sofern keine Ausnahme anwendbar ist. RdN können daher Lücken im Recht schließen, die nicht auf das Umweltverwaltungsrecht beschränkt sind, sondern zumindest auch „das Verfassungsrecht und das Wirtschaftsverwaltungsrecht“ betreffen.³

Ein zweiter Vorzug könnte in einer grundrechtlichen Ausgestaltung und damit einhergehenden verfassungsgesetzlichen Verankerung der RdN liegen, da dann auch eingefordert werden kann, dass sie vom Staat respektiert, geschützt und gewährleistet werden. Der Schutz der Rechtsträger:innen wäre folglich nicht nur in materieller Hinsicht vollständig gewährleistet, sondern auch in formeller Hinsicht lückenlos durchsetzbar. Unter der Annahme, dass RdN im Wesentlichen einen Zustand schützen, der von der Naturwissenschaft als „Ökosystemgesundheit“ bezeichnet wird, hätte dies zur Folge, dass jede Beeinträchtigung eines Ökosystems daraufhin zu überprüfen wäre, ob sie aufgrund eines Gesetzes erfolgt, einem legitimen Zweck dient, und notwendig, geeignet und verhältnismäßig ist, wobei die Erhaltung der Regenerationsfähigkeit eines Ökosystems eine absolute Eingriffsschranke darstellen könnte. Dies hätte weitreichende Veränderungen zur Folge, die über das Rechtssystem hinausgehen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen ergeben sich aber auch zahlreiche Überlegungen, wie der Schutz der Umwelt ohne RdN verbessert werden kann, indem bestehende Lücken geschlossen und bekannte Umweltschutzinstrumente, wie z. B. das Vorsorgeprinzip verstärkt angewandt werden. Diese könnten im Rahmen von weiterführenden Untersuchungen vertieft werden.

³ *Bosselmann*, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten 201 (2006).

Literaturverzeichnis

- Acosta*, Construcción constituyente de los derechos de la naturaleza. Repasando una historia con mucho futuro, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), *La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático* (2019) 155
- Acosta*, Die Rechte der Natur: Über das Recht auf Existenz, in: Adloff/Busse (Hrsg.), *Welche Rechte braucht die Natur?*, (2021) 119
- Acosta*, Toward the Universal Declaration of Rights of Nature: Thoughts for Action, www.garn.org/wp-content/uploads/2021/09/Toward-the-Universal-Declaration-of-Rights-of-Nature-Alberto-Acosta.pdf (Stand 2. 7. 2024)
- Acosta/Martínez* (Hrsg.), *La naturaleza con derechos* (2011)
- Acosta Alvarado/Rivas-Ramírez*, A Milestone in Environmental and Future Generations' Rights Protection: Recent Legal Developments before the Colombian Supreme Court, *Journal of Environmental Law* 2018/3, 519
- Adloff/Busse* (Hrsg.), *Welche Rechte braucht die Natur?*, (2021)
- Adloff/Busse*, Welche Rechte braucht die Natur?, Eine Einleitung und ein Vorschlag, in: Adloff/Busse (Hrsg.), *Welche Rechte braucht die Natur?*, (2021) 9
- Adloff/Hilbrich*, Practices of sustainability and the enactment of their natures/cultures: Ecosystem services, rights of nature, and geoengineering, *Social Science Information* 2021/2, 168
- Akchurin*, Constructing the Rights of Nature: Constitutional Reform, Mobilization, and Environmental Protection in Ecuador, *Law & Social Inquiry* 2015/4, 937
- Akyürek/Reichel*, Wasserrecht, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), *Handbuch Umweltrecht*³ (2019) 479
- Alam/Atapattu/Gonzalez/Razzaque* (Hrsg.), *International Environmental Law and the Global South* (2015)
- Albó*, Suma qamaña = convivir bien. ¿Como medirlo?, *Revista de Estudios Bolivianos* 2019, 99
- Albrecht*, Umweltqualitätsziele im Gewässerschutzrecht (2007)
- Alston*, Promoting Human Rights Through Bill of Rights (1999)
- Altenburger/Berger*, Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz² (2010)
- Altman/Lalander*, Bolivia's Popular Participation Law: An Undemocratic Democratisation Process?, in: Hadenius (Hrsg.), *Decentralisation and Democratic Governance: Experiences from India, Bolivia and South Africa* (2003) 63

- Anaya*, Report of the Special Rapporteur of the Rights of Indigenous Peoples on the Situation of Indigenous Peoples in the United States of America, *Arizona Journal of International and Comparative Law* 2015/1, 51
- Apaza Huanca*, Non-Western Epistemology and the Understanding of the Pachamama (Environment) Within the World(s) of the Aymara Identity, *International Journal for Crime, Justice and Social Democracy* 2019/3, 6
- Apostolopoulou/Cortes-Vazquez* (Hrsg.), *The Right to Nature: Social Movements, Environmental Justice and Neoliberal Natures* (2018)
- Argyrou/Hummels*, Legal personality and economic livelihood of the Whanganui River: a call for community entrepreneurship, *Water International* 2019/6-7, 752
- Arias Benavides/Etcheverry Carrera*, Bien jurídico protegido en los delitos contra el ambiente y la naturaleza, *Foro: Revista De Derecho* 2024/1, 129
- Arif*, New Zealand's Te Urewera Acts 2014, www.austlii.edu.au/au/journals/NativeTitleNlr/2015/8.html (Stand 2.7.2024)
- von Arnould/von der Decken/Susi* (Hrsg.), *The Cambridge Handbook of New Human Rights: Recognition, Novelty, Rhetoric* (2020)
- Artaraz/Calestani*, „Suma qamaña“ in Bolivia: Indigenous Understandings of Well-being and Their Contribution to a Post-Neoliberal Paradigm, *Latin American Perspectives* 2015/5, 216
- Atapattu/Gonzalez/Seck* (Hrsg.), *The Cambridge Handbook of Environmental Justice and Sustainable Development* (2021)
- Atapattu/Schapper*, *Human Rights and the Environment* (2019)
- Aubauer/Forum Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz*, *Umweltmanifest* (1987)
- Aubert/Eichenberger/Müller/Rhinow/Schindler* (Hrsg.), *Kommentar zur Bundesverfassung der Schweizer Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874* (1995)
- Auner*, *Das gewerberechtliche Sonderregime von IPPC-Anlagen* (2020)
- Ávila Linzán* (Hrsg.), *Política, justicia y Constitución* (2011)
- Ávila Linzán*, La constitucionalización de la administración de justicia en la Constitución de 2008, in: *Ávila Santamaría* (Hrsg.), *La Constitución del 2008 en el contexto andino. Análisis desde la doctrina y el derecho comparado* (2008) 227
- Ávila Santamaría* (Hrsg.), *La Constitución del 2008 en el contexto andino: Análisis desde la doctrina y el derecho comparado* (2008)
- Ávila Santamaría*, Ecuador Estado constitucional de derechos y justicia, in: *Ávila Santamaría* (Hrsg.), *La Constitución del 2008 en el contexto andino: Análisis desde la doctrina y el derecho comparado* (2008) 19
- Ávila Santamaría*, La comprensión de la naturaleza, la jurisprudencia de la Corte Constitucional del Ecuador y la teoría sistémica del derecho, *Revista de Estudios Políticos* 2024/2, 277
- Ávila Santamaría*, Los principios de aplicación de los derechos, in: *Ávila Santamaría* (Hrsg.), *La Constitución del 2008 en el contexto andino: Análisis desde la doctrina y el derecho comparado* (2008) 39
- Baard*, Are Rights of Nature Manifesto Rights (And is That a Problem)?, *Res Publica* 2023, 425

- Babcock*, A Brook with Legal Rights: The Rights of Nature in Court, *Ecology Law Quarterly* 2016/1, 1
- Babeck*, Einführung in das australische Recht: mit neuseeländischem Recht (2017)
- Bader-Plabst*, Natur als Rechtssubjekt. Die neuseeländische Rechtsetzung als Vorbild für Deutschland (2024)
- Baer*, From Water Wars to Water Rights: Implementing the Human Right to Water in Bolivia, *Journal of Human Rights* 2015/3, 353
- Bagni*, Los Derechos de la Naturaleza en la Jurisprudencia Colombiana e Indiana, *Revista Jurídica Derecho* 2018/9, 33
- Bagni*, The indigenous concept of land in Andean constitutionalism, in: *Fiocchi Malaspina/Tarozzi* (Hrsg.), *Historical Perspectives on Property and Land Law* (2019) 111
- Bagni*, The rights of nature in colombian and indian case-law, *Revisita Análisis Jurídico-Político* 2022/7, 99
- Bagni/Pavani*, La comparación jurídica como instrumento epistemológico para el estudio y la investigación en el ámbito de los derechos de la naturaleza, la interculturalidad y los procesos de paz, in: *Restrepo Medina* (Hrsg.), *Interculturalidad, Protección de la Naturaleza y Construcción de Paz* (2020) 67
- Balluch/Theuer*, Trial on personhood for chimp „Hiasl“, *ALTEX-Alternatives to Animal Experimentation* 2007/4, 335
- Bandopadhyay/Pandey*, The Rights of Nature: Taking an Ecocentric Approach for Mother Earth, *Rupkatha Journal on Interdisciplinary Studies in Humanities* 2020/4, 1
- Barcan*, The campaign for legal personhood for the Great Barrier Reef: Finding political and pedagogical value in a spectacular failure of care, *Nature and Space* 2020/3, 810
- Barié*, Doce años de soledad de los derechos de la Madre Tierra en Bolivia, *Naturaleza Y Sociedad. Desafíos Medioambientales* 2022/4, 142
- Barié*, Nuevas narrativas constitucionales en Bolivia y Ecuador: el buen vivir y los derechos de la naturaleza, *latinoamérica* 2014/2, 9
- Barrett/Watene*, Legal personality in Aotearoa New Zealand: an example of integrated thinking on sustainable development, *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 2020/7, 1705
- Bartels*, *Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung* (1982)
- Bassi*, La Naturaleza O Pacha Mama de Ecuador: What Doctrine Should Grant Trees Standing, *Oregon Review of International Law* 2009/2, 461
- Bataille/Luke/Kruger/Malinen/Allen/Whitehead/Lyver*, Stakeholder Values Inform Indigenous Peoples' Governance and Management of a Former National Park in New Zealand, *Human Ecology* 2020/4, 439
- Baumgartner*, Parteistellungen im UVP-G nach der Nov 2004, *ecolex* 2005/4, 275
- Baumgartner/Petek*, UVP-G 2000 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (2010)
- Bavikatte/Bennett*, Community stewardship: the foundation of biocultural rights, *Journal of Human Rights and the Environment* 2015/1, 7

- Beacher*, How Trees Get Standing: An Incremental Approach to Rights of Nature Advocacy, *Environmental Claims Journal* 2021/2, 91
- Beckhauser*, The synergies between human rights and the rights of nature: An ecological dimension from the Latin American climate litigation, *Netherlands Quarterly of Human Rights* 2023/0, 1
- Bedón Garzón*, Aplicación de los derechos de la naturaleza en Ecuador, *Veredas do Direito* 2017/1, 13
- Bell*, Comparative Administrative Law, in: Reimann/Zimmermann (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Law*² (2019) 1251
- Berger/Laimgruber/Nigmatullin*, Einschränkung der Wasserkraftnutzung im Lichte der Klima- und Sicherheitskrise, *RdU-UT* 2022/6, 107
- Bergthaler/Weber/Wimmer* (Hrsg.), *Die Umweltverträglichkeitsprüfung* (1998)
- Berka*, Das „eingriffsnahe Gesetz“ und die grundrechtliche Interessenabwägung, in: FS Walter (1991) 37
- Berka/Binder/Kneihs*, *Die Grundrechte*² (2019)
- Berl*, Artenschutzrechtliche Vorgaben für Genehmigungsverfahren der Energiewende, *RdU* 2023/2, 48
- Berman*, Aftershocks: Exoticization, Normalization, and the Hermeneutic Compulsion, *Utah Law Review* 1997/2, 281
- Berros*, Challenges for the Implementation of the Rights of Nature: Ecuador and Bolivia as the First Instances of an Expanding Movement, *Latin American Perspective* 2021/3, 192
- Berros*, Defending Rivers: Vilcabamba in the South of Ecuador, in: Tabios Hillebrecht/Berros (Hrsg.), *Can Nature Have Rights?, Legal and Political Insights, RCC Perspectives* 2017/6, 37
- Berry*, *The Great Work: Our Way into the Future* (1999)
- Berry*, The Origin. Differentiation and Role of Rights, www.ties-edu.org/wp-content/uploads/2018/09/Thomas-Berry-rights.pdf (Stand 2. 7. 2024) [*Berry*, Origin]
- Bertel*, Rechte der Natur in Südamerika – zwischen Biozentrismus und Anthropozentrismus, in: Rohmer/Töpfer (Hrsg.), *Anthropozän – Klimawandel – Biodiversität: Transdisziplinäre Perspektiven auf das gewandelte Verhältnis von Mensch und Natur* (2021) 191
- Bertel*, Rechte der Natur in südamerikanischen Verfassungen, *Juridikum* 2016/4, 451
- Besson*, Comparative Law and Human Rights, in: Reimann/Zimmermann (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Law*² (2019) 1223
- Betaille*, Rights of Nature: Why it Might Not Save the Entire World, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 35
- Betancourt Vélez/Birle*, Das politische System, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas (Hrsg.), *Kolumbien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur* (2017) 157
- Billings*, *The American Legal System* (2015)
- Binder*, Umweltvölkerrecht, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), *Handbuch Umweltrecht*³ (2019) 55

- Birnbacher*, Juridische Rechte für Naturwesen – Eine philosophische Kritik, in: Nida-Rümelin/ v. d. Pfordten (Hrsg.), *Ökologische Ethik und Rechtstheorie* (1995) 63
- Birrell/Matthews*, Re-storying Laws for the Anthropocene: Rights, Obligations and an Ethics of Encounter, *Law and Critique* 2020/3, 275
- Blake*, Are Water Body Personhood Rights the Future of Water Management in the United States, *Texas Environmental Law Journal* 2017/2, 197
- Bleby*, Rights of nature as response to the anthropocene, *University of Western Australia Law Review* 2020/1, 33
- Bodansky/Brunnée/Hey* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of International Environmental Law* (2007)
- Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk* (Hrsg.), *Environmental Law for Transitions to Sustainability* (2021)
- Bogojevic/Rayfuse* (Hrsg.), *Environmental Rights in Europe and Beyond* (2018)
- Bondolfi*, Der langwierige Weg von der Ethik zum Recht: Kann man verbindlich von „Rechten der Natur“ und von der „Würde der Kreatur“ sprechen?, in: Bondolfi/Lesch/Pezzoli-Olgianti (Hrsg.), *„Würde der Kreatur“ Essays zu einem kontroversen Thema* (1997) 63
- Bondolfi/Lesch/Pezzoli-Olgianti* (Hrsg.), *„Würde der Kreatur“ Essays zu einem kontroversen Thema* (1997)
- Bonilla Maldonado*, El constitucionalismo radical ambiental y la diversidad cultural en América Latina. Los derechos de la naturaleza y el buen vivir en Ecuador y Bolivia, *Revista Derecho del Estado* 2019/1, 3
- Bonilla Maldonado*, International Law, Cultural Diversity, and the Environment: The Case of the General Forestry Law in Colombia, in: Alam/Atapattu/Gonzalez/Razzaque (Hrsg.), *International Environmental Law and the Global South* (2015) 508
- Bonilla Maldonado* (Hrsg.), *Constitutionalism of the Global South: The Activist Tribunals of India, South Africa, and Colombia* (2013)
- Bookman*, Rights of Nature in Comparative Perspective, *Natural Resources & Environment* 2023/4, 4
- Borchardt*, *Die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union*⁶ (2015)
- Borràs*, New Transitions from Human Rights to the Environment to the Rights of Nature, *Transnational Environmental Law* 2016/1, 113
- Borrows/Coyle* (Hrsg.), *The Right Relationship: Reimagining the Implementation of Historical Treaties* (2017)
- Bosselmann*, Die Erdcharta als Grundlage eines Rechts auf Nachhaltigkeit, in: Kerschner (Hrsg.), *Jahrbuch des österreichischen und europäischen Umweltrechts 2016: Wirtschaft und Umwelt* (2016) 135
- Bosselmann*, Einführung: Vom Umweltrecht zum ökologischen Recht, in: Stone, *Umwelt vor Gericht: Die Eigenrechte der Natur* (1992) 9
- Bosselmann*, From Reductionist Environmental Law to Sustainability Law, in: Burdon (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 204

- Bosselmann*, Grounding the rule of law, in: Voigt (Hrsg.), Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law (2013) 75
- Bosselmann*, Human Rights and the Environment: Redefining Fundamental Principles?, www.researchgate.net/publication/313527194_Human_rights_and_the_environment_redefining_fundamental_principles (Stand 2. 7. 2024)
- Bosselmann*, Im Namen der Natur: Der Weg zum ökologischen Rechtsstaat (1992)
- Bosselmann*, Nichtanthropozentrische Erweiterung des Umweltverwaltungsrechts?, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten (Hrsg.), Ökologische Ethik und Rechtstheorie (1995) 201
- Bosselmann*, Ökologische Grundrechte: Zum Verhältnis zwischen individueller Freiheit und Natur (1998)
- Bosselmann*, The Rule of Law in the Anthropocene, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy (Hrsg.), The Search for Environmental Justice (2015) 44
- Boyd*, Recognizing the Rights of Nature: Lofty Rhetoric or Legal Revolution?, *Natural Resources & Environment* 2018/4, 13
- Boyd*, The Environmental Rights Revolution: A Global Study of Constitutions, Human Rights, and the Environment (2012)
- Boyd*, The Rights of Nature: A Legal Revolution That Could Save The World (2017)
- Boyle/Anderson* (Hrsg.), Human Rights Approaches to Environmental Protection (2003)
- Brandl/Bungert*, Constitutional Entrenchment of Environmental Protection: A Comparative Analysis of Experiences Abroad, *Harvard Environmental Law Review* 1992/1, 1
- Brara*, Courting Nature: Advances in Indian Jurisprudence, in: Tabios Hillebrecht/Berros (Hrsg.), Can Nature Have Rights?, Legal and Political Insights, *RCC Perspectives* 2017/6, 31
- Bratspies*, The green economy will not build the rule of law for nature, in: Voigt (Hrsg.), Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law (2013) 295
- Braun/Castree* (Hrsg.), Remaking Reality: Nature at the Millenium (1998)
- Bravo Burbano*, Evolución de los derechos de los animales: análisis del caso de Estrellita, *Foro: Revista De Derecho* 2024/1, 91
- Brierley/Tadaki/Hikuroa/Blue/Šunde/Tunncliffe/Salmond*, A geomorphic perspective on the rights of the river in Aotearoa New Zealand, *River Research and Applications* 2019/10, 1640
- Brown Weiss*, Global environmental change and international law: The introductory framework, in: Brown Weiss (Hrsg.), Environmental Change and International Law: New Challenges and Dimensions (1992) 3
- Brown Weiss*, Intergenerational equity: A legal framework for global environmental change, in: Brown Weiss (Hrsg.), Environmental Change and International Law: New Challenges and Dimensions (1992) 385
- Brown Weiss*, Rule of law for nature in a kaleidoscopic world, in: Voigt (Hrsg.), Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law (2013) 27
- Brown Weiss* (Hrsg.), Environmental Change and International Law: New Challenges and Dimensions (1992)
- Brown Weiss* (Hrsg.), International Compliance with Nonbinding Accords (1997)

- Brown Weiss/Jacobson* (Hrsg.), *Engaging Countries: Strengthening Compliance with International Environmental Accords* (1998)
- Bryant*, *Sacrificing the Sacrifice of Animals: Legal Personhood for Animals, the Status of Animals as Property, and the Presumed Primacy of Humans*, *Rutgers Law Journal* 2008/2, 247
- Budischowsky*, *Das Bekenntnis zur Wasserversorgung als Staatsziel*, *RdU* 2015/5, 181
- Bugge*, *Twelve fundamental challenges in environmental law*, in: Voigt (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 3
- Buocz/Eisenberger*, *Demystifying Legal Personhood for Non-Human Entities: A Kelsenian Approach*, *Oxford Journal of Legal Studies* 2023/1, 32
- Burdon*, *Earth Jurisprudence and the project of Earth democracy*, in: Maloney/Burdon (Hrsg.), *Wild Law – In Practice* (2015) 19
- Burdon*, *Obligations in the Anthropocene*, *Law and Critique* 2020/3, 309
- Burdon*, *The Great Jurisprudence*, in: Burdon (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 59
- Burdon* (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012)
- Burdon/Williams*, *Rights of nature: a constructive analysis*, in: Fisher (Hrsg.), *Research Handbook on Fundamental Concepts of Environmental Law* (2016) 196
- Burgers*, *Should Judges Make Climate Change Law?*, *Transnational Environmental Law* 2020/1, 55
- Burke/Fishel*, *Across Species and Borders: Political Representation, Ecological Democracy and the Non-Human*, in: Pereira/Saramago (Hrsg.), *Non-human nature in world politics* (2020) 33
- Büscher*, *Soll es Rechte der Natur geben?*, *Naturethisch-rechtsphilosophischer Essay zu der Frage, ob der Natur der Status als Rechtssubjekt zukommen sollte*, *Natur und Recht* 2024/3, 165
- Buser/Ott*, *Zur Ökologisierung des Rechts: Rechte der Natur als Paradigmenwechsel*, in: Adloff/Busse (Hrsg.), *Welche Rechte braucht die Natur?*, (2021) 159
- Buss/Müller*, *Die „Aarhus-Umsetzung“ in den Landesnaturschutzgesetzen auf dem unionsrechtlichen Prüfstand*, *Austrian Law Journal* 2022/1, 93
- Busse*, von, *Die Methoden der Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht als richterliches Instrument der Interpretation von nationalem Recht* (2015)
- Bußjäger*, *Österreichisches Naturschutzrecht* (2001)
- Bustamante Romo Leroux*, *Derechos de la Naturaleza: Análisis Crítico de la Jurisprudencia Constitucional*, in: Martínez/Maldonado (Hrsg.), *Una década con Derechos de la Naturaleza* (2019) 105
- Cagüñas/Galindo Orrego/Rasmussen*, *El Atrato y sus guardianes: imaginación ecopolítica para hilar nuevos derechos*, *Revista Colombiana de Antropología* 2020/2, 169

- Calderón-Gamboa/Recinos*, Inter-American approaches to the protection of the right to a healthy environment and the Rights of Nature and potential contributions to the European human rights system, *Journal of Human Rights and the Environment* 2022/13, 86
- Calliess*, Der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG): Aufwertung des Staatsziels des Art. 20a GG und Intertemporale Freiheitssicherung als neues Grundrecht auf Klimaschutz?, *Berliner Online-Beiträge zum Europarecht* 2023/146, 1
- Cano Pecharroman*, Rights of Nature: Rivers That Can Stand In Court, *Resources* 2018/1, 13
- Carducci/Bagni/Montini/Mumta/Lorubbio/Barreca/Di Francesco Maesa/Musarò/Spinks/Powlesland*, Towards an EU Charter of the Fundamental Rights of Nature – Study, European Economic and Social Committee, 2020, data.europa.eu/doi/10.2864/25113 (Stand 2. 7. 2024) [*Carducci et al.*, Charter]
- Carducci/Castillo Amaya*, Nature as „Grundnorm“ of Global Constitutionalism: Contributions from the Global South, *Revista Brasileira de Direito* 2016/2, 154
- Charpleix*, The Whanganui River as Te Awa Tupua: Place-based law in a legally pluralistic society, *The Geographical Journal* 2018/1, 19
- Churchill*, Environmental Rights In Existing Human Rights Treaties, in: Boyle/Anderson (Hrsg.), *Human Rights Approaches to Environmental Protection* (2003) 89
- Ciesielski/García Carvajal/Vargas Trujillo*, Shortcuts and detours of environmental collective legal mobilizations: the cases of the Atrato River and the Amazon region in Colombia, *Journal of Law and Society* 2024/1, 82
- Clark*, The Source of Law, in: Clark/Ansary (Hrsg.), *Introduction to the Law of the United States*² (2002) 35
- Clark/Ansary* (Hrsg.), *Introduction to the Law of the United States*² (2002)
- Clark/Emmanouil/Page/Pelizzon*, Can You Hear the Rivers Sing: Legal Personhood, Ontology, and the Nitty-Gritty of Governance, *Ecology Law Quarterly* 2018/4, 787
- Coates*, Future contexts for Treaty interpretation, in: Hickford/Jones (Hrsg.), *Indigenous Peoples and the State* (2018) 166
- Collins*, *The Ecological Constitution: Reframing Environmental Law* (2021)
- Collins/Esterling*, Fluid Personality: Indigenous Rights and the Te Awa Tupua (Whanganui River Claims Settlement) Act 2017 in Aotearoa New Zealand, *Melbourne Journal of International Law* 2019/1, 197
- Colon-Rios*, Constituent Power, The Rights of Nature, and Universal Jurisdiction, *McGill Law Journal* 2014/1, 127
- Colon-Rios*, On the theory and practice of the rights of nature, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy (Hrsg.), *The Search for Environmental Justice* (2015) 120
- Colon-Rios*, The Rights of Nature and the New Latin American Constitutionalism, *New Zealand Journal of Public and International Law* 2015/1, 107
- Community Environmental Legal Defense Fund*, *Community Rights Do-It-Yourself Guide To Lawmaking*, celdf.org/diyguide.pdf (Stand 2. 7. 2024)
- Conaghan*, Delegative Democracy Revisited: Ecuador Under Correa, *Journal of Democracy* 2016/3, 109

- Constantinesco*, Rechtsvergleichung II Die rechtsvergleichende Methode (1972)
- Coomans*, The International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, in: Gómez Isa/Koen de Feyter (Hrsg.), *International Human Rights Law in a Global Context* (2009) 293
- Cooper/Hunefeldt/Acosta* (Hrsg.), *Amazonia: Environment and the Law in Amazonia* (2013)
- Cortés-Nieto/Gómez-Rey*, Los derechos de la naturaleza entre la emancipación y el disciplinamiento, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 133
- Cortez/H. Wagner*, Zur Genealogie des indigenen „guten Lebens“ („sumak kawsay“) in Ecuador, in: Gabriel/Berger (Hrsg.), *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch* (2010) 167
- Cribb/Macpherson/Borchgrevink*, Beyond legal personhood for the Whanganui River: collaboration and pluralism in implementing the Te Awa Tupua Act, *The International Journal of Human Rights* 2024/16 Feb, 1
- Crimmel/Goeckeritz*, The Rights of Nature in New Zealand: Conversations with Kirsti Luke and Christopher Finlayson, *Interdisciplinary Studies in Literature and Environment* 2020/3, 563
- Cullinan*, A History of Wild Law, in: Burdon (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 12
- Cullinan*, If Nature Had Rights What Would We Need to Give Up?, in: Burdon (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 230
- Cullinan*, The Legal Case for the Universal Declaration of the Rights of Mother Earth, www.garn.org/wp-content/uploads/2021/09/Legal-Case-for-Universal-Declaration-Cormac-Cullinan.pdf (Stand 2.7.2024)
- Cullinan*, The rule of Nature's law, in: Voigt (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 94
- Cullinan*, *Wild Law: A Manifesto for Earth Justice*² (2011)
- Cumbe-Figueroa/Vargas-Chaves*, Los derechos de la naturaleza en Colombia, Ecuador y Bolivia: De la gramática constitucional y los procesos de reconocimiento, a una nueva interpretación, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2023/1, 1
- Cumbe-Figueroa/Vargas-Chaves*, Los Derechos de la Naturaleza en Ecuador: Aportes desde la interpretación jurisprudencial en la consolidación de un nuevo interés jurídico tutelar, *Fronteiras Journal of Social Technological and Environmental Science* 2024/1, 227
- Cyrus R. Vance Center for International Justice/Earth Law Center/International Rivers*, Rights of Rivers: A global survey of the rapidly developing Rights of Nature jurisprudence pertaining to rivers (2020) [*Cyrus R. Vance Center for International Justice et al.*, Rivers]
- Da Costa*, *The Extraterritorial Application of Selected Human Rights Treaties* (2013)
- Daly*, The Ecuadorian Exemplar: The First Ever Vindications of Constitutional Rights of Nature, *Review of European Community & International Environmental Law* 2012/1, 63
- Daly/May*, Bridging constitutional dignity and environmental rights jurisprudence, *Journal of Human Rights and the Environment* 2016/2, 218
- Daly/May*, Comparative environmental constitutionalism, *Jindal Global Law Review* 2015/1, 9

- D'Amato/Chopra*, Whales: Their Emerging Right to Life, *The American Journal of International Law* 1991/1, 21
- Dancer*, Harmony with Nature: towards a new deep legal pluralism, *The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law* 2021/1, 21
- Dannemann*, Comparative Law: Study of Similarities or Differences?, in: Reimann/Zimmermann (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Law*² (2019) 391
- Dannenmaier*, Environmental Law and the Loss of Paradise, *Columbia Journal of Transnational Law* 2011, 463
- Darpö*, Can Nature Get it Right?, A Study on Rights of Nature in the European Context, European Parliament, [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/689328/IPOL_STU\(2021\)689328_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/689328/IPOL_STU(2021)689328_EN.pdf) (Stand 2. 7. 2024) [*Darpö*, Nature]
- D'Arena*, Die Verflechtung von Konstitutionalismus und Grundrechten, in: FS Schäffer (2006) 153
- Davies*, *Law Unlimited: Materialism, Pluralism and Legal Theory* (2017)
- Davies/Adelman/Grear/Iorns Magallanes/Kerns/Rajan*, The Declaration on Human Rights and Climate Change: a new legal tool for global policy change, *Journal of Human Rights and the Environment* 2017/2, 217
- Davy*, *Folgenloses Umweltrecht: Rechtspolitische Anmerkungen zu Schwächen der Gesetzgebungs- und Vollziehungspraxis in Österreich* (1989)
- Dax/Hopf* (Hrsg.), *Abkürzungs- und Zitierregeln der österreichischen Rechtssprache und europäischer Rechtsquellen (AZR) samt Abkürzungsverzeichnis*⁸ (2019)
- Daya-Winterbottom*, The Role of Administrative Law, in: Salmon/Grinlinton (Hrsg.), *Environmental Law in New Zealand*² (2018) 210
- Daya-Winterbottom*, Water Management, in: Salmon/Grinlinton (Hrsg.), *Environmental Law in New Zealand*² (2018) 704
- Delgado Galárraga*, Reviewing Climate Change and the Rights of Nature: A Colombian Example through an International Perspective, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/2, 1
- Deva*, Taking nature seriously: Can the UN Guiding Principles tame corporate profiteering?, in: Voigt (Hrsg.), *Rule of Law for Nature. New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 312
- Di Fabio*, Integratives Umweltrecht, *NVwZ* 1998/4, 329
- Di Salvatore*, Towards a European Charter of the Rights of Nature, www.researchgate.net/publication/338412437_Towards_a_European_Charter_of_the_Rights_of_Nature (Stand 2. 7. 2024)
- Dolhare/Rojas-Lizana*, The Indigenous Concept of Vivir Bien in the Bolivian Legal Field: A Decolonial Proposal, *The Australian Journal of Indigenous Education* 2017/1, 19
- Donohew*, Property rights and western United States water markets, *The Australian Journal of Agricultural and Resource Economics* 2009/1, 85
- Dupuy*, Soft Law and the International Law of the Environment, *Michigan Journal of International Law* 1991/2, 420

- Durie*, Indigenous law and responsible water governance, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil (Hrsg.), *ResponsAbility: Law and Governance for Living Well with the Earth* (2019) 135
- Durie*, Will the Settlers Settle – Cultural Conciliation Law, *Otago Law Review* 1996/4, 449
- Duschaneck*, Umweltrecht im Wandel: Vom Nachbarschutz zur Umweltvorsorge, *WiPoIbI* 1989, 448
- Duschaneck*, Wege einer verfassungsrechtlichen Umweltschutzgarantie, in: FS Wenger (1983) 279
- Dyschkant*, Legal Personhood: How We Are Getting It Wrong, *University of Illinois Law Review* 2015/5, 2075
- Echeverría*, El Derecho Penal y los Derechos de la Naturaleza, in: Martínez/Maldonado (Hrsg.), *Una década con Derechos de la Naturaleza* (2019) 83
- Echeverría/Bustamante Romo Leroux*, The Rights of Nature in Ecuador: An Overview of the New Environmental Paradigm, in: La Follette/Maser (Hrsg.), *Sustainability and the Rights of Nature in Practice* (2020), 279
- Eckstein/D'Andrea/Marshall/O'Donnell/Talbot-Jones/Curran/O'Bryan*, Conferring legal personality on the world's rivers: A brief intellectual assessment, *Water International* 2019/6-7, 804
- Edirisinghe/Suchet-Pearson*, Nature as a sentient being: Can rivers be legal persons?, *Review of European, Comparative & International Environmental Law* 2024, 1
- Edmonds*, The Regulatory and Instrumental Structure of Environmental Law, in: Salmon/Grinlinton (Hrsg.), *Environmental Law in New Zealand*² (2018) 472
- Ehrenzeller/Schindler/Schweizer/Vallender* (Hrsg.), *Die Schweizerische Bundesverfassung*, St. Galler Kommentar (2014)
- Elder*, Legal Rights for Nature: The Wrong Answer to the Right(s) Question, *Osgoode Hall Law Journal* 1984/2, 285
- Emerich*, Property for Nature, in: Lamalle/Stoett (Hrsg.), *Representations and Rights of the Environment* (2023) 259
- Emmenegger/Tschentscher*, Taking Nature's Rights Seriously: The Long Way to Biocentrism in Environmental Law, *Georgetown International Environmental Law Review* 1994/3, 545
- Engel/Mackey*, The Earth Charter, Covenants, and Earth Jurisprudence, in: Burdon (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 313
- Ennöckl/Niederhuber* (Hrsg.), *Umweltrecht. Jahrbuch* 17 (2017)
- Ennöckl/Raschauer/Bergthaler*, *UVP-G: Kommentar*³ (2013)
- Ennöckl/Raschauer/Wessely* (Hrsg.), *Handbuch Umweltrecht*³ (2019)
- S. Epstein*, Rights of nature, human species identity, and political thought in the Anthropocene, *The Anthropocene Review* 2022/0, 1
- S. Epstein/Dahlén/Enkvist/Boyer*, Liberalism and Rights of Nature: A Comparative Legal and Historical Perspective, *Law, Culture and the Humanities* 2022/0, 1
- Y. Epstein/Bernet Kempers*, Animals and Nature as Rights Holders in the European Union, *Modern Law Review* 2023/6, 1336

- Y. Epstein/Echeverría*, Deforestation in the Colombian Amazon: Connecting the Environmental Rights of Future Generations and the Rights of Nature, in: Misonne/de Clippele (Hrsg.), *Les grands arrêts inspirants du droit de l'environnement* (2024) 17
- Y. Epstein/Ellison/Echeverría/Abbott*, Science and the legal rights of nature, *Science* 2023/20, 380
- Y. Epstein/Schoukens*, A positivist approach to rights of nature in the European Union, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/2, 205
- Ermacora*, Die Menschenrechte als Grundnorm des Rechts, in: FS Klecatsky I (1980) 151
- Esborraz*, El modelo ecológico alternativo latinoamericano entre protección del derecho humano al medio ambiente y reconocimiento de los derechos de la naturaleza, *Revista Derecho del Estado* 2016/1, 93
- Escobar García*, Del Tribunal a la Corte: ¿Tránsito hacia una nueva justicia constitucional?, in: Ávila Santamaría (Hrsg.), *La Constitución del 2008 en el contexto andino: Análisis desde la doctrina y el derecho comparado* (2008) 285
- Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández* (Hrsg.), *Los Derechos de la Naturaleza y la Naturaleza de sus Derechos* (2011)
- Estupiñán Achury*, La organización territorial de Colombia: Una lectura a 30 años de la constitución política de 1991, *Cuadernos Constitucionales* 2020/1, 103
- Estupiñán Achury*, Los territorios en fase de transición: La paz territorial en Colombia, in: Restrepo Medina (Hrsg.), *Interculturalidad, Protección de la Naturaleza y Construcción de Paz* (2020) 453
- Estupiñán Achury*, Neoconstitucionalismo ambiental y derechos de la Naturaleza en el marco del nuevo constitucionalismo latinoamericano: El caso de Colombia, *Revista de Estudios Jurídicos y Criminológicos* 2020/1, 127
- Estupiñán Achury/Parra-Acosta/Rosso-Gauta*, La Pachamama o la naturaleza como sujeto de derechos: Asimetrías en el constitucionalismo del „buen vivir“ de América Latina, *Revista Saber, Ciencia y Libertad* 2022/2, 42
- Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas* (Hrsg.), *La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático* (2019)
- Ewering/Gutmann/Vetter*, Finding a path to Europe for the rights of nature, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), *Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions* (2024) 180
- Feinberg*, The Rights of Animals and Unborn Generations, in: Blackstone (Hrsg.), *Philosophy and Environmental Crisis* (1974) 43
- Fendt*, Colorado River ‚personhood‘ case pulled by proponents, aspenjournalism.org/colorado-river-personhood-case-pulled-by-proponents (Stand 2. 7. 2024)
- Fenyves/Kerschner/Vonkilch* (Hrsg.), ABGB³ des von Heinrich Klang begründeten Kommentars (2011)
- Fenyves/Kerschner/Vonkilch* (Hrsg.), ABGB³ des von Heinrich Klang begründeten Kommentars (2014)

- Filgueira/Mason*, Wild Law: Is there any evidence of earth jurisprudence in existing law and practice?, An international research project, earthlawyers.org/wp-content/uploads/2014/02/Wild-Law-Research-Report-published-March-2009.pdf (Stand 2. 7. 2024)
- Filgueira/Mason*, Wild Law: Is There Any Evidence of Earth Jurisprudence in Existing Law?, in: Burdon (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 192
- Finlayson*, A River is Born: New Zealand Confers Legal Personhood on the Whanganui River to Protect It and Its Native People, in: La Follette/Maser (Hrsg.), *Sustainability and the Rights of Nature in Practice* (2020), 259
- Finlayson*, Whanganui River Agreement signed, www.beehive.govt.nz/release/whanganui-river-agreement-signed (Stand 2. 7. 2024) [*Finlayson*, Agreement]
- Fiocchi Malaspina/Tarozzi* (Hrsg.), *Historical Perspectives on Property and Land Law* (2019)
- Fisch*, Constitutional Law, in: Clark/Ansary (Hrsg.), *Introduction to the Law of the United States*² (2002) 53
- Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas* (Hrsg.), *Kolumbien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur* (2017)
- Fischer-Lescano*, Nature as a Legal Person: Proxy Constellations in Law, *Law & Literature* 2020/2, 237
- Fish*, Homogenizing Community, Homogenizing Nature: An Analysis of Conflicting Rights in the Rights of Nature Debate, *Stanford Undergraduate Research Journal* 2013, 6
- Fisher* (Hrsg.), *Research Handbook on Fundamental Concepts of Environmental Law* (2016)
- Fitz-Henry*, Decolonizing Personhood, in: Maloney/Burdon (Hrsg.), *Wild Law – In Practice* (2015) 133
- Fitz-Henry*, Distribution without representation?, Beyond the rights of nature in the southern Ecuadorian highlands, *Journal of Human Rights and the Environment* 2021/1, 5
- Floretta/Öhlinger*, *Die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen* (1978)
- Floßmann/Kalb/Neuwirth*, *Österreichische Privatrechtsgeschichte*⁸ (2019)
- Forster*, Der „Stand der Technik“ als Instrument des Umweltrechts (2015)
- Frame*, Treaty Title Proposed for Foreshore and Seabed, Te Matahauariki: Laws and Institutions for Aotearoa/New Zealand 2004/8, 6
- Frankenberg*, Critical Comparisons: Re-thinking Comparative Law, *Harvard International Law Journal* 1985/2, 411
- Franks*, The Trees Speak for Themselves: Nature’s Rights Under International Law, *Michigan Journal of International Law* 2021/3, 633
- Friedman/Hayden*, *American Law: An Introduction* (2017)
- Fritz*, Keine öffentlich-rechtliche Handlungspflicht bei Gefahr einer Gewässerverunreinigung vor WRG-Novelle 1969, *RdU* 2018/4, 169
- Fröhlich*, *Von der Parlamentssouveränität zur Verfassungssouveränität* (2009)
- Fukurai*, Original Nation Approaches to Inter-National Law (ONAIL): Decoupling of the Nation and the State and the Search for New Legal Orders, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 2019/1, 199

- Fukurai/Krooth*, Original Nation Approaches to Inter-National Law (2021)
- Funk*, Der Individualantrag auf Normenkontrolle, in: FS Klecatsky I (1980) 287
- Funk*, Die Ökologisierung des Rechtsstaates, in: FS Pernthaler (1996) 73
- Gabriel*, Ecuador auf dem Weg zur politischen Selbstfindung, in: Gabriel/Berger (Hrsg.), Lateinamerikas Demokratien im Umbruch (2010) 164
- Gabriel/Berger* (Hrsg.), Lateinamerikas Demokratien im Umbruch (2010)
- García Pachón*, Régimen jurídico de los vertimientos en Colombia : análisis desde el derecho ambiental y el derecho de aguas (2017)
- García Pachón* (Hrsg.), Reconocimiento de la naturaleza y de sus componentes como sujetos de derechos (2020)
- García Pachón/Viloria/Rosa Calderón*, Climate Change Litigation in Colombia, in: Sindico/Mbengue (Hrsg.), Comparative climate change litigation (2021) 53
- García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens* (Hrsg.), Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions (2024)
- García Ruales/Viteri Gualinga*, A well-braided (knowledge) braid, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions (2024) 27
- Gedderdt-Steinacher*, Staatsziel Umweltschutz: Instrumentelle oder symbolische Gesetzgebung?, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten (Hrsg.), Ökologische Ethik und Rechtstheorie (1995) 31
- Geistlinger*, Die Stellung des Tiers im öffentlichen Recht, in: Harrer/Graf (Hrsg.), Tierschutz und Recht (1994) 65
- Gellers*, Earth system law and the legal status of non-humans in the Anthropocene, Earth System Governance 2021/1, 1
- Giagnocavo/Goldstein*, Law Reform or World Re-form: The Problem of Environmental Rights, McGill Law Journal 1990, 345
- Gilbert*, Creating Synergies between International Law and Rights of Nature, Transnational Environmental Law 2023/3, 671
- Gilbert/Soliev/Robertson/Vermeylen/Williams/Grabowski*, Understanding the Rights of Nature: Working Together Across and Beyond Disciplines, Human Ecologies 2023/6, 363
- Gimpel-Hinteregger*, Das Tier als Sache und Ersatz der Heilungskosten für ein verletztes Tier, ÖJZ 1989, 65
- Göcke*, Indigene Landrechte im internationalen Vergleich (2016)
- Gómez-Betancur*, The Rights of Nature in the Colombian Amazon: Examining Challenges and Opportunities in a Transitional Justice Setting, UCLA Journal of International Law and Foreign Affairs 2020/1, 41
- Gómez Isa/Koen de Feyter* (Hrsg.), International Human Rights Law in a Global Context (2009)
- Gordon*, Environmental personhood, Columbia Journal of Environmental Law 2018/1, 49

- Gordon*, Treaty of Waitangi and Maori Issues in Environmental Law, in: Salmon/Grinlinton (Hrsg.), *Environmental Law in New Zealand*² (2018) 338
- Gorke*, *Eigenwert der Natur: Ethische Begründung und Konsequenzen* (2010)
- Grabenwarter*, Parteistellung und subjektive Rechte von Gemeinden in naturschutzrechtlichen Verfahren, RFG 2008/1, 4
- Grabenwarter*, *Verwaltungsverfahren und Verwaltungsgerichtsbarkeit* (2008)
- Grabenwarter/Pabel*, *Europäische Menschenrechtskonvention*⁷ (2021)
- Grear*, Deconstructing Anthropos: A Critical Legal Reflection on ‚Anthropocentric‘ Law and Anthropocene ‚Humanity‘, *Law and Critique* 2015/3, 225
- Grear*, Law’s Entities: Complexity, Plasticity and Justice, *Jurisprudence* 2013/1, 76
- Greene*, Los Derechos de la Naturaleza en la Corte Constitucional del Ecuador, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza (Hrsg.), *Vademécum Jurídico sobre los Derechos de la Naturaleza* (2022) 4
- Grefa Valencia/Sacher Freslon*, Análisis dogmático de la tensión entre derechos de la naturaleza y megaminería, en el marco de la constitución ecuatoriana, *Ius Humani* 2023/2, 1
- Griller/Potacs*, Zur Unterscheidung von Pragmatik und Semantik in der juristischen Hermeneutik, in: Vetter/Potacs (Hrsg.), *Beiträge zur juristischen Hermeneutik* (1990) 66
- Griller/Rill* (Hrsg.), *Rechtstheorie: Rechtsbegriff – Dynamik – Auslegung* (2011)
- Grinlinton/P. Taylor* (Hrsg.), *Property rights and sustainability: The evolution of property rights to meet ecological challenges* (2011)
- Groß*, *Rechtsvergleichen – Besprechung von Kischel, Uwe, Rechtsvergleichung*. München 2015, C. H. Beck. XXXII, 1010, *Die Verwaltung* 2015/4, 581
- Guamán/Aparicio*, Los derechos de la naturaleza y la lucha frente al poder corporativo en Ecuador: El caso Texaco-Chevron, los alcances del ecoconstitucionalismo y las deficiencias de los mecanismos de garantía y reparación, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), *La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático* (2019) 227
- Gudynas*, *Buen Vivir: Today’s Tomorrow*, *Development* 2011/4, 441
- Gudynas*, *Desarrollo, Derechos de la Naturaleza y Buen Vivir después de Montecristi*, in: G. Weber (Hrsg.), *Debates sobre cooperación y modelos de desarrollo: Perspectivas desde la sociedad civil en el Ecuador* (2011) 83
- Gudynas*, La ecología política del giro biocéntrico en la nueva Constitución de Ecuador, *Revista de Estudios Sociales* 2009/1, 34
- Gudynas*, Los derechos de la Naturaleza en serio, in: Acosta/Martínez (Hrsg.), *La naturaleza con derechos* (2011) 239
- Gudynas*, Los derechos de la naturaleza y la construcción de una justicia ambiental y ecológica en Ecuador, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández (Hrsg.), *Los Derechos de la Naturaleza y la Naturaleza de sus Derechos* (2011) 95
- Guim/Livermore*, Where Nature’s Rights Go Wrong, *Virginia Law Review* 2021/7, 1347

- Gutknecht*, BVG Umwelt, in: Korinek/Holoubek/Bezemek/Fuchs/Martin/Zellenberg (Hrsg.), Österreichisches Bundesverfassungsrecht III¹⁸ (2023) 1
- Gutknecht/Holoubek/Schwarzer*, Umweltverfassungsrecht als Grundlage und Schranke der Umweltpolitik, ZfV 1990/5-6, 553
- Gutmann*, Der globale Trend zu Rechten der Natur: Entsteht ein dekoloniales und ökologisches Recht von unten?, in: Adloff/Busse (Hrsg.), Welche Rechte braucht die Natur?, (2021) 133
- Gutmann*, Der Nebelwald als Rechtssubjekt: Das Urteil des ecuadorianischen Verfassungsgerichts im Fall Los Cedros, Kritische Justiz 2022/1, 27
- Gutmann*, Die Rechte der Natur. Zur ökologischen Eigenrechtsidee, in: Mitscherlich-Schönherr/Cojocarú/Reder (Hrsg.), Kann das Anthropozän gelingen?, Krisen und Transformationen der menschlichen Naturverhältnisse im interdisziplinären Dialog (2024) 275
- Gutmann*, Hybride Rechtssubjektivität: Die Rechte der „Natur oder Pacha Mama“ in der ecuadorianischen Verfassung von 2008 (2021)
- Gutmann*, Rechte der Natur und indigenes Denken in Ecuador, Zeitschrift für Umweltrecht 2019/11, 611
- Guzmán*, Decolonizing Law and expanding Human Rights: Indigenous Conceptions and the Rights of Nature in Ecuador, Deusto Journal of Human Rights 2019, 59
- Guzmán*, When the Forest Screams: The Rights of Nature and Indigenous Rights as a Mutually Reinforcing Resistance Platform for the Indigenous Peoples of the Ecuadorian Amazon (2019)
- Guzmán/Botina*, Análisis de la responsabilidad del Estado y las empresas en la protección de los derechos de la naturaleza en la jurisprudencia de Colombia y Ecuador, Revista de Derecho 2023/1, 43
- Haas*, Die Regierungssysteme der Einzelstaaten, in: Jäger/Haas/Welz (Hrsg.), Regierungssystem der USA (2007) 459
- Habermas*, Between Facts and Norms: Contributions to a Discourse Theory of Law and Democracy (1996)
- Hadenius* (Hrsg.), Decentralisation and Democratic Governance: Experiences from India, Bolivia and South Africa (2003)
- Hajjar Leib*, Human Rights and the Environment: Philosophical, Theoretical and Legal Perspectives (2011)
- Haley*, Administrative Law, in: Clark/Ansary (Hrsg.), Introduction to the Law of the United States² (2002) 97
- Handl*, The Human Right to a Clean Environment and Rights of Nature: Between Advocacy and Reality, in: von Arnould/von der Decken/Susi (Hrsg.), The Cambridge Handbook of New Human Rights: Recognition, Novelty, Rhetoric (2020) 137
- Hapuarachchi/Hughey/Rennie*, Effectiveness of Environmental Impact Assessment (EIA) in Addressing Development-Induced Disasters: a Comparison of the EIA Processes of Sri Lanka and New Zealand, Natural Hazards 2015/1, 423
- Harden-Davies/Humphries/Maloney/Wright/Gjerde/Vierros*, Rights of Nature: Perspectives for Global Ocean Stewardship, Marine Policy 2020/12, 1

- Harrer/Graf* (Hrsg.), Tierschutz und Recht (1994)
- Harrison*, Beyond „Natural“ and „Cultural“ Heritage: Toward an Ontological Politics of Heritage in the Age of Anthropocene, *heritage & society* 2015/1, 24
- Hartlieb*, Die Stellung der Standort- und Nachbargemeinden in UVP-Genehmigungsverfahren, *RFG* 2011/1, 32
- Hartmann*, Die politischen Systeme Lateinamerikas (2017)
- Hattenberger*, Der Umweltschutz als Staatsaufgabe (1993)
- Hay*, US-Amerikanisches Recht⁷ (2020)
- Healy*, Fluid Standing: Incorporating the Indigenous Rights of Nature Concept into Collaborative Management of the Colorado River Ecosystem, *Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review* 2019/2, 327
- Heideking/Sterzel*, Entstehung und Ausformung des Verfassungssystems, in: Jäger/Haas/Welz (Hrsg.), *Regierungssystem der USA* (2007) 45
- Hengstschläger/Leeb*, Kommentar zum Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (Stand 1.1.2014, rdb.at)
- Henry*, Vom Entwicklungsrecht zum Menschenrecht auf Entwicklung: Vielfältige Einheit anstelle von Einheitlichkeit, *ZfRV* 1994, 3
- Hernandez*, Defending Mother Earth in Bolivia, *Indigenous Policy Journal* 2016/3, [articles.indigenouspolicy.org/index.php/ipj/article/view/428/418](https://indigenouspolicy.org/index.php/ipj/article/view/428/418) (Stand 2.7.2024)
- Hernández-Umaña/Esguerra Ramírez/Añaños Bedriñana*, Earth jurisprudence in South America: Trends and developments, *Journal of Infrastructure, Policy and Development* 2024/5, 3515
- Herrera Acosta/Albán Jácome/Machado Ashqui/Aldaz Arevalo*, Unlawful acts against the rights of nature and environmental impact, *Sapienza: International Journal of Interdisciplinary Studies* 2024/1, 1
- Heun*, Geschichte des Verwaltungsrechtsschutzes in den USA, in: Sommermann/Schaffarzik (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa* (2019) 1657
- Heun*, Rechtssystem und Gerichtsbarkeit, in: Jäger/Haas/Welz (Hrsg.), *Regierungssystem der USA* (2007) 229
- Hewison*, The Resource Management Act 1991, in: Salmon/Grinlinton (Hrsg.), *Environmental Law in New Zealand*² (2018) 580
- Hickford/Jones* (Hrsg.), *Indigenous Peoples and the State* (2018)
- Hiesel*, Die Funktionen der Volksanwaltschaft, *Juristische Ausbildung und Praxisvorbereitung* 2009/2010, 147
- Hilson*, Substantive environmental rights in the EU: doomed to disappoint?, in: Bogojevic/Rayfuse (Hrsg.), *Environmental Rights in Europe and Beyond* (2018) 87
- Hilson*, The visibility of environmental rights in the EU legal order: Eurolegalism in action?, *Journal of European Public Policy* 2018/11, 1589

- Hinteregger/Kerschner*, Einführung, in: Hinteregger/Kerschner (Hrsg.), Bundes-Umwelthaftungsgesetz (2011) 1
- Hinteregger/Kerschner* (Hrsg.), Bundes-Umwelthaftungsgesetz (2011)
- Hödl*, Wasserrahmenrichtlinie und Wasserrecht (2005)
- Hoek/Kaststeen/van Gils/Janssen/van Gils*, Implementing Rights of Nature: An EU Natureship to Address Anthropocentrism in Environmental Law, *Utrecht Law Review* 2023/1, 72
- Hoffmann*, Das politische System Ecuadors, in: Stüwe/Rinke (Hrsg.), Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika (2008) 199
- Hohfeld*, Fundamental Legal Conceptions As Applied In Judicial Reasoning (1964)
- Holoubek*, Grundrechtliche Gewährleistungspflichten (1997)
- Holoubek*, Grundrechtsschutz vor neuen Herausforderungen, 21. ÖJT Band I/1 (2022)
- Holoubek/Potacs* (Hrsg.), Öffentliches Wirtschaftsrecht II⁴ (2019)
- Houck*, Noah's Second Voyage: The Rights of Nature as Law, *Tulane Environmental Law Journal* 2017/1, 1
- Hovden*, The Best Is Not Good Enough: Ecological (Il)literacy and the Rights of Nature in the European Union, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2018/3-4, 281
- Howe*, Making Wild Law Work – The Role of ‚Connection with Nature‘ and Education in Developing an Ecocentric Property Law, *Journal of Environmental Law* 2017/1, 19
- Hsiao*, Whanganui River Agreement, *Environmental Policy and Law* 2012/6, 371
- Huber*, Umwelt und Umweltschutz als Rechtsbegriffe, in: FS Klecatsky (1980) 353
- Huddle*, World's First Successful Rights of Nature Lawsuit, *Kosmos Journal* 2013/2, www.kosmosjournal.org/article/worlds-first-successful-rights-of-nature-lawsuit-2/ (nicht mehr abrufbar, Kopie bei der Autorin)
- Huffman*, Do Species and Nature Have Rights?, *Public Land and Resources Law Review* 1992, 51
- Humphreys*, Rights of Pachamama: The emergence of an earth jurisprudence in the Americas, *Journal of International Relations and Development* 2017/3, 459
- Huneus*, The Legal Struggle for Rights of Nature in the United States, *Wisconsin Law Review* 2022/1, 133
- Hutchison*, The Whanganui River as a Legal Person, *Alternative Law Journal* 2014/3, 179
- Iacovino*, Constitucionalismo ecológico en América Latina: De los derechos ambientales a los derechos de la naturaleza, *Cultura Latinoamericana* 2020/1, 266
- Iorns Magallanes*, From rights to responsibilities using legal personhood and guardianship for rivers, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil (Hrsg.), ResponsAbility: Law and Governance for Living Well with the Earth (2019) 216
- Iorns Magallanes*, Improving the Global Environmental Rule of Law by Upholding Indigenous Rights: Examples from Aotearoa New Zealand, *Global Journal of Comparative Law* 2018/1, 61

- Iorns Magallanes*, Maori Cultural Rights in Aotearoa New Zealand: Protecting the Cosmology that Protects the Environment, *Widener Law Review* 2015/2, 273
- Iorns Magallanes*, Nature as an Ancestor: Two Examples of Legal Personality for Nature in New Zealand, journals.openedition.org/vertigo/16199 (Stand 2. 7. 2024) [*Iorns Magallanes*, Ancestor]
- Iorns Magallanes*, Reparations for Maori Grievances in Aotearoa New Zealand, in: Lenzerini (Hrsg.), *Reparations for Indigenous Peoples: International and Comparative Perspectives* (2008) 523
- Ireland*, Legal personhood of the Whanganui Awa: To what extent has the Te Awa Tupua Act 2017 influenced decision-making for activities that affect the Whanganui River?, researcharchive.lincoln.ac.nz/bitstream/handle/10182/14647/Ireland_Masters.pdf?sequence=4&isAllowed=y (Stand 2. 7. 2024)
- Ito*, Nature's Rights: Why the European Union Needs a Paradigm Shift in Law to Achieve Its 2050 Vision, in: La Follette/Maser (Hrsg.), *Sustainability and the Rights of Nature in Practice* (2020) 311
- Ito/Montini*, Nature's rights and Earth jurisprudence – a new ecologically based paradigm for environmental law, in: Apostolopoulou/Cortes-Vazquez (Hrsg.), *The Right to Nature: Social Movements, Environmental Justice and Neoliberal Natures* (2018) 222
- Ito/Montini/Bagni*, Towards an EU fundamental charter for the Rights of Nature. Integrating nature, people, economy, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), *Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions* (2024) 281
- Iturralde*, Access to Constitutional Justice in Colombia: Opportunities and Challenges for Social and Political Change, in: Bonilla Maldonado (Hrsg.), *Constitutionalism of the Global South: The Activist Tribunals of India, South Africa, and Colombia* (2013) 361
- IUR/ÖWAV* (Hrsg.), *Jahrbuch des österreichischen und europäischen Umweltrechts* 2010 (2010)
- Jabloner*, Der Rechtsbegriff bei Hans Kelsen, in: Griller/Rill (Hrsg.), *Rechtstheorie: Rechtsbegriff – Dynamik – Auslegung* (2011) 21
- Jacobson/Brown Weiss*, Assessing the Record and Designing Strategies to Engage Countries, in: Brown Weiss/Jacobson (Hrsg.), *Engaging Countries: Strengthening Compliance with International Environmental Accords* (1998) 511
- Jaeger/Stöger* (Hrsg.), *EUV/AEUV* (Stand 1. 12. 2020, rdb.at)
- James*, Institutional and Governance Structures of Environmental Law, in: Salmon/Grinlinton (Hrsg.), *Environmental Law in New Zealand*² (2018) 417
- Jaramillo Pérez*, Colombia's 1991 Constitution: A Rights Revolution, in: Schilling-Vacafior/Nolte (Hrsg.), *New Constitutionalism in Latin America: Promises and Practices* (2016) 236
- Jaria i Manzano*, Si fuera sólo una cuestión de fe: Una crítica sobre el sentido y la utilidad del reconocimiento de derechos a la naturaleza en la Constitución del Ecuador, *Revista Chilena de Derecho y Ciencia Política* 2013/1, 43
- Jaria i Manzano*, The rights of nature in Ecuador: an opportunity to reflect on society, law and environment, in: Percival/Lin/Piermattei (Hrsg.), *Global Environmental Law at a Crossroads* (2014) 48

- Jayatilaka*, Rights of Nature: The Right Approach to Environmental Standing in the EU?, lib.ugent.be/fulltxt/RUG01/002/349/652/RUG01-002349652_2017_0001_AC.pdf (Stand 2.7.2024)
- Jendroska/Bar* (Hrsg.), Procedural Environmental Rights: Principle X in Theory and Practice (2018)
- Jolly/Menon*, Of Ebbs and Flows: Understanding the Legal Consequences of Granting Personhood to Natural Entities in India, Transnational Environmental Law 2021/3, 467
- Jones*, New treaty, new tradition: reconciling New Zealand and Maori law (2016)
- Jones*, Posthuman international law and the rights of nature, Journal of Human Rights and the Environment 2021/0, 76
- Jones*, Standing in the environment: new fashion grassroots and old fashion court advocacy in the time of Trump, Journal of Environmental Studies and Sciences 2021/2, 173
- Jones Moutrie*, The Rights of Nature Movement in the United States: Community Organizing, Local Legislation, Court Challenges, Possible Lessons and Pathways, Environmental and Earth Law Journal 2020/1, 5
- Jost*, Das politische System Boliviens, in: Stüwe/Rinke (Hrsg.), Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika (2008) 86
- Junker*, US-Umweltrecht aus dem Ausland betrachtet, in: Junker (Hrsg.), US-Rechtspraxis (2018) 417
- Junker* (Hrsg.), US-Rechtspraxis (2018)
- Kahn-Freund*, On Uses and Misuses of Comparative Law, The Modern Law Review 1974/1, 1
- Kahui/Armstrong/Aanesen*, Comparative analysis of Rights of Nature (RoN) case studies worldwide: Features of emergence and design, Ecological Economics 2024/7, 1
- Kalantzakos*, River Rights and the Rights of Rivers: The Case of Acheloosin, in: Tabios Hillebrecht/Berros (Hrsg.), Can Nature Have Rights?, Legal and Political Insights, RCC Perspectives 2017/6, 45
- Kauffman*, Managing People for the Benefit of the Land: Practicing Earth Jurisprudence in Te Urewera, New Zealand, Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 2020/3, 578
- Kauffman*, Mapping Transnational Rights of Nature Networks & Laws: New Global Governance Structures for More Sustainable Development, files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload924.pdf (Stand 2.7.2024)
- Kauffman/Martin*, Can Rights of Nature Make Development More Sustainable?, Why Some Ecuadorian Lawsuits Succeed and Others Fail, World Development 2017/3, 130
- Kauffman/Martin*, Constructing Rights of Nature Norms in the US, Ecuador, and New Zealand, Global Environmental Politics 2018/4, 43
- Kauffman/Martin*, How Courts Are Developing River Rights Jurisprudence: Comparing Guardianship in New Zealand, Colombia, and India, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 260
- Kauffman/Martin*, How Ecuador's Courts Are Giving Form and Force to Rights of Nature Norms, Transnational Environmental Law 2023/2, 366

- Kauffman/Martin*, The Politics of Rights of Nature: Strategies for Building a More Sustainable Future (2021)
- Kelemen*, Eurolegalism: The Transformation of Law and Regulation in the European Union (2011)
- Kelsen*, Allgemeine Theorie der Normen (1979)
- Kelsen*, Pure Theory of Law (2005)
- Kelsen*, Reine Rechtslehre, Studienausgabe der 1. Auflage 1934 (2020)
- Kerschner*, Die Gefährdung des Eigentums und sonstiger dinglicher Rechte, in: Stolzlechner/Wendl/Bergthaler (Hrsg.), Die gewerbliche Betriebsanlage⁴ (Stand 1.1.2016, rdb.at)
- Kerschner* (Hrsg.), Jahrbuch des österreichischen und europäischen Umweltrechts 2016: Wirtschaft und Umwelt (2016)
- Kerschner* (Hrsg.), Kurzkommentar Wasserrechtsgesetz (2022)
- Kerschner* (Hrsg.), Staatsziel Umweltschutz (1996)
- Kerschner/Wagner*, TTIP und CETA – EU-Alleingang und Vorsorgeprinzip?, RdU 2016/4, 133
- Kersten*, Das Anthropozän-Konzept: Kontrakt – Komposition – Konflikt, Rechtswissenschaft 2014/3, 378
- Kersten*, Die dritte Revolution. Plädoyer für ein ökologisches Grundgesetz, Blätter für deutsche und internationale Politik 2022/6
- Kersten*, Natur als Rechtssubjekt: Für eine ökologische Revolution des Rechts, Aus Politik und Zeitgeschichte, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/305893/natur-als-rechtssubjekt (Stand 2.7.2024)
- Kersten*, Who Needs Rights of Nature?, in: Tabios Hillebrecht/Berros (Hrsg.), Can Nature Have Rights?, Legal and Political Insights, RCC Perspectives 2017/6, 9
- Khakzadeh-Leiler*, Zum Verhältnis zwischen Naturschutz und Wirtschaft: Wieviel Wirtschaft(-srecht) steckt im Naturschutzrecht?, ÖZW 2018/1, 2
- Kilbert*, Lake Erie Bill of Rights: Stifled by All Three Branches Yet Still Significant, Ohio State Law Journal Online 2020, 227
- Kind*, Umweltschutz durch Verfassungsrecht (1994)
- Kinkaid*, „Rights of nature“ in translation: Assemblage geographies, boundary objects, and translocal social movements, Transactions of the Institute of British Geographers 2019, 555
- Kischel*, Rechtsvergleichung (2015)
- Klecatsky*, Volksanwaltschaft als Amtspartei und Streithelfer?, Zur geplanten Änderung des Art. 148a B-VG, Österreichische Richterzeitung 2000/2, 130
- Kleewein*, Fischsterben durch bewilligtes Wasserkraftwerk und Umweltbeschwerde, RdU 2017/5, 211
- Kletečka/Schauer* (Hrsg.), ABGB-ON^{1.02} (Stand 1.3.2017, rdb.at)
- Kletečka/Schauer* (Hrsg.), ABGB-ON^{1.05} (Stand 1.8.2022, rdb.at)
- Kloepfer* (Hrsg.), Umweltstaat (1989)

- Knauf*, Pachamama als Ökosystemintegrität – Die Rechte der Natur in der Verfassung von Ecuador und ihre umweltethische Rechtfertigung, *Zeitschrift für Praktische Philosophie* 2020/2, 221
- Kobzina*, Die Parteistellung im Verwaltungsverfahren und die Beschwerdelegitimation im Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof, in: FS Klecatsky II (1980) 431
- Koehn/Nassl*, Judicial Backlash Against the Rights of Nature in Ecuador: The Constitutional Precedent of Los Cedros Disputed, *VerfBlog* 2023/4/27, verfassungsblog.de/judicial-backlash-against-the-rights-of-nature-in-ecuador/ (Stand 2. 7. 2024)
- Kofler/Pöllinger/Schatzl/Schneider/Lindner*, Restwasser: Konterkariert die neue Qualitätszielverordnung die Zielsetzung der EU-Wasserrahmen-RL?, *RdU-U&T* 2010/6, 60
- Köhler*, Bundes-Umwelthaftung, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), *Handbuch Umweltrecht*³ (2019) 564
- Köhler*, Umwelthaftung, in: Schulev-Steindl (Hrsg.), *Ressourcenknappheit: Umwelthaftung und Naturgefahren* (2013) 21
- Koja*, Die Verfassung, in: FS Walter (1991) 349
- König/Schuster*, Das politische System Kolumbiens, in: Stüwe/Rinke (Hrsg.), *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika* (2008) 342
- Koons*, Key Principles to Transform Law for the Health of the Planet, in: Burdon (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 45
- Koons*, What is Earth Jurisprudence?, *Key Principles to Transform Law for the Health of the Planet*, *Penn State Environmental Law Review* 2009/2, 47
- Korinek*, Zur Interpretation von Verfassungsrecht, in: FS Walter (1991) 363
- Korinek/Holoubek/Bezemek/Fuchs/Martin/Zellenberg* (Hrsg.), *Österreichisches Bundesverfassungsrecht*¹⁸ (2023)
- Kotzé*, A Global Environmental Constitution for the Anthropocene?, *Transnational Environmental Law* 2019/1, 11
- Kotzé*, Arguing Global Environmental Constitutionalism, *Transnational Environmental Law* 2012/1, 199
- Kotzé*, Earth System Law for the Anthropocene, *Sustainability* 2019/11, 6796
- Kotzé*, Human Rights, the Environment, and the Global South, in: Alam/Atapattu/Gonzalez/Razzaque (Hrsg.), *International Environmental Law and the Global South* (2015) 171
- Kotzé* (Hrsg.), *Environmental law and governance for the Anthropocene* (2017)
- Kotzé/Kim*, Earth system law: The juridical dimensions of earth system governance, *Earth System Governance* 2019/1, 1
- Kotzé/Muzangaza*, Constitutional International Law for the Anthropocene, *Review of European Comparative & International Environmental Law* 2018/1, 278
- Kotzé/Villavicencio Calzadilla*, Somewhere between Rhetoric and Reality: Environmental Constitutionalism and the Rights of Nature in Ecuador, *Transnational Environmental Law* 2017/3, 401

- Krämer*, Defizite im Vollzug des EG-Umweltrechts und ihre Ursachen, in: Lübke-Wolff (Hrsg.), *Der Vollzug des europäischen Umweltrechts* (1996) 7
- Kramer*, Effizientere Verfahren, Klimaschutz und Erneuerbare Energie: Wie die Verfahrensbeschleunigung die Energiewende vorantreibt, *RdU* 2023/3, 98
- Krämer*, Rights of Nature and Their Implementation, *Journal for European Environmental & Planning Law* 2020/1, 47
- Kramm*, When a River Becomes a Person, *Journal of Human Development and Capabilities* 2020/4, 307
- Kröger/Lalander*, Ethno-territorial rights and the resource extraction boom in Latin America: do constitutions matter?, *Third World Quarterly* 2016/4, 682
- Kuhlmann*, Aufnahme der Mitgeschöpflichkeit ins Grundgesetz?, *Juristenzeitung* 1990, 162
- Kuppe*, Das Ringen um Recht: Vom liberalen zum plurinationalen Konstitutionalismus, in: Gabriel/Berger (Hrsg.), *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch* (2010) 111
- Kurki*, Can Nature Hold Rights?, It's Not as Easy as You Think, *Transnational Environmental Law* 2022/3, 525
- Laastad*, Nature as a Subject of Rights?, *National Discourses on Ecuador's Constitutional Rights of Nature*, *Forum for Development Studies* 2020/3, 401
- Lachmayer*, Der Landeshauptmann als wasserwirtschaftliches Planungsorgan und Behörde, *RdU* 2012/1, 5
- Lachmayer*, Der Schutz zukünftiger Generationen in Österreich: Möglichkeiten der Institutionalisierung, *RdU* 2016/4, 137
- Lachmayer*, Verfassungsvergleichung durch Verfassungsgerichte – Funktion und Methode, *Journal für Rechtspolitik* 2010/4, 166
- La Follette/Maser* (Hrsg.), *Sustainability and the Rights of Nature in Practice* (2020)
- Laing*, Resource Sovereignties in Bolivia: Re-Conceptualising the Relationship between Indigenous Identities and the Environment during the TIPNIS Conflict, *Bulletin of Latin American Research* 2015/2, 149
- Laitos*, Rules of law for use and nonuse of nature, in: Voigt (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 209
- Laitos/Keske*, The Right of Nonuse, *Journal of Environmental Law and Litigation* 2010/2, 303
- Lalander*, Ethnic rights and the dilemma of extractive development in plurinational Bolivia, *The International Journal of Human Rights* 2017/4, 464
- Lalander*, Rights of Nature and the Indigenous Peoples in Bolivia and Ecuador: A Straitjacket for Progressive Development Politics?, *Iberoamerican Journal of Development Studies* 2014/2, 148
- Lalander*, The Ecuadorian Resource Dilemma: *Sumak Kawsay* or Development?, *Critical Sociology* 2016/4-5, 623
- Lalander/Lembke*, The Andean Catch-22: ethnicity, class and resource governance in Bolivia and Ecuador, *Globalizations* 2018/5, 636

- Lalander/Merimaa*, The Discursive Paradox of Environmental Conflict: Between Ecologism and Economism in Ecuador, *Forum for Development Studies* 2018/3, 485
- Lamalle/Stoett* (Hrsg.), *Representations and Rights of the Environment* (2023)
- Larreaátegui Fabara*, Una Mirada a los Derechos de la Naturaleza desde el Derecho Administrativo, in: *Martínez/Maldonado* (Hrsg.), *Una década con Derechos de la Naturaleza* (2019) 95
- Latour*, *Das Parlament der Dinge*⁵ (2021)
- Latour*, *Kampf um Gaia*² (2022)
- Latour*, To Modernise or Ecologise?, That is the Question, in: *Braun/Castree* (Hrsg.), *Remaking Reality: Nature at the Millenium* (1998) 220
- Lazarus*, Human Nature, the Laws of Nature, and the Nature of Environmental Law, *Virginia Environmental Law Journal* 2005, 231
- Lees/Viñuales* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Environmental Law* (2019)
- Legrand*, The Impossibility of Legal Transplants, *Maastricht Journal of European and Comparative Law* 1997/2, 111
- Leimbacher*, *Die Rechte der Natur* (1988)
- Leimbacher*, Zur rechtlichen Bedeutung der Würde der Kreatur, in: *Bondolfi/Lesch/Pezzoli-Olgia* (Hrsg.), „Würde der Kreatur“ Essays zu einem kontroversen Thema (1997) 89
- Lenzerini* (Hrsg.), *Reparations for Indigenous Peoples: International and Comparative Perspectives* (2008)
- Leopold*, *A sand county almanac and Sketches here and there* (1989)
- von Lersner*, Der Ball wird aufgefangen, in: *Stone*, *Umwelt vor Gericht: Die Eigenrechte der Natur* (1992) 121
- von Lersner*, Gibt es Eigenrechte der Natur?, *NVwZ* 1988/7, 988
- Lessmann*, Bolivien: der steinige Weg zum plurinationalen Staat, in: *Gabriel/Berger* (Hrsg.), *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch* (2010) 145
- Lillquist/Warner*, Laboratories of the Future: Tribes and Rights of Nature, *California Law Review* 2023/2, 325
- Linzey/Campbell*, *We the People: Stories From the Community Rights Movement in the United States* (2016)
- Lippold*, Über Tiere und andere Sachen – § 285a ABGB als Beispiel zeitgenössischer Gesetzgebungskunst, *ÖJZ* 1989, 335
- Llasag Fernández*, De la Pachamama a los derechos de la Naturaleza en la Constitución plurinacional del Ecuador, in: *Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmáu/de Carvalho Dantas* (Hrsg.), *La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático* (2019) 269
- Llasag Fernández*, Derechos de la naturaleza: una mirada desde la filosofía indígena y la Constitución, in: *Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández* (Hrsg.), *Los Derechos de la Naturaleza y la Naturaleza de sus Derechos* (2011) 75

- Lloredo Alix*, A post-humanist and anti-capitalist understanding of the rights of nature (with a coda about the commons), *Oñati Socio-Legal Series* 2023/3, 1003
- Lovelock*, *Gaia: Die Erde ist ein Lebewesen* (1992)
- Lovelock*, *Gaias Rache: Warum die Erde sich wehrt* (2008)
- Lübbe-Wolff* (Hrsg.), *Der Vollzug des europäischen Umweltrechts* (1996)
- Lupien*, The incorporation of indigenous concepts of plurinationality into the new constitutions of Ecuador and Bolivia, *Democratization* 2011/3, 774
- Lynes*, The Rights of Nature and the duty to consult in Canada, *Journal of Energy & Natural Resources Law* 2019/3, 353
- MacDonnell/Grigg*, Establishing a water law framework: The Colombia example, *Water International* 2007/4, 662
- Macpherson*, *Indigenous Water Rights in Law and Regulation* (2019)
- Macpherson*, The (Human) Rights of Nature: A Comparative Study of Emerging Legal Rights for Rivers and Lakes in the United States of America and Mexico, *Duke Environmental Law & Policy Forum* 2021, 327
- Macpherson/Torres Ventura/Clavijo Ospina*, Constitutional Law, Ecosystems, and Indigenous Peoples in Colombia: Biocultural Rights and Legal Subjects, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 521
- Madner*, Anlagenrelevantes Umweltrecht – Naturschutzrecht, in: *Holoubek/Potacs* (Hrsg.), *Öffentliches Wirtschaftsrecht II*⁴ (2019) 1340
- Madner*, Umweltverträglichkeitsprüfung, in: *Holoubek/Potacs* (Hrsg.), *Öffentliches Wirtschaftsrecht II*⁴ (2019) 1213
- Madner/Schulev-Steindl*, Dritte Piste – Klimaschutz als Willkür?, *ZöR* 2017/3, 589
- Maloney*, Building an Alternative Jurisprudence for the Earth: The International Rights of Nature Tribunal, *Vermont Law Review* 2016/1, 129
- Maloney*, Ecological limits, planetary boundaries and Earth Jurisprudence, in: *Maloney/Burdon* (Hrsg.), *Wild Law – In Practice* (2015) 195
- Maloney*, Finally Being Heard: The Great Barrier Reef and the International Rights of Nature Tribunal, *Griffith Journal of Law & Human Dignity* 2015/1, 40
- Maloney/Burdon* (Hrsg.), *Wild Law – In Practice* (2015)
- Maloney/Siemen*, Responding to the Great Work: The Role of Earth Jurisprudence and Wild Law in the 21st Century, *Environmental and Earth Law Journal* 2015/1, 6
- Mannard*, Lake Erie Bill of Rights Struck down: Why the Rights of Nature Movement Is Nonviable Legislative Strategy for Municipalities Plagued by Pollution, *Buffalo Environmental Law Journal* 2021/1, 39
- Margil*, Building an international movement for Rights of Nature, in: *Maloney/Burdon* (Hrsg.), *Wild Law – In Practice* (2014) 149
- Margil*, Stories from the Environmental Frontier, in: *Burdon* (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 249

- Margil*, The Standing of Trees: Why nature needs legal rights, *World Policy Journal* 2017/2, 8
- Mariqueo-Russell*, Rights of Nature and the Precautionary Principle, in: Tabios Hillebrecht/Berros (Hrsg.), Can Nature Have Rights?, Legal and Political Insights, RCC Perspectives 2017/6, 21
- Marko*, Umweltschutz als Staatsziel, *ÖJZ* 1986, 289
- Martell*, Ecology and Society: An Introduction (1994)
- Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy* (Hrsg.), The Search for Environmental Justice (2015)
- Martin/Te Aho/Humphries-Kil* (Hrsg.), ResponsAbility: Law and Governance for Living Well with the Earth (2019)
- Martínez/Acosta*, Los Derechos de la Naturaleza como puerta de entrada a otro mundo posible, *Revista Direito e Práxis* 2017/4, 2927
- Martínez/Maldonado* (Hrsg.), Una década con Derechos de la Naturaleza (2019)
- Martínez-Moscoso/Castro-Enríquez*, Régimen jurídico de la energía eléctrica en Ecuador. Tensiones socioambientales y con los derechos de la Naturaleza, *Foro: Revista De Derecho* 2024/1, 149
- Mason*, One In All: Principles and Characteristics of Earth Jurisprudence, in: Burdon (Hrsg.), Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence (2012) 35
- Mathews*, Law and Aesthetics in the Anthropocene: From the Rights of Nature to the Aesthesis of Obligations, Law, Culture and the Humanities 2019/0, 1
- Mauerhofer*, EU-Gebiets- und Artenschutz Judikatur: CEF-Maßnahmen ade?, (Teil 2) *RdU* 2019/3, 109
- Mauerhofer*, Rechtsaspekte des „Biodiversitätsschadens“ nach der EU-Umwelthaftungs-Richtlinie, in: Schulev-Steindl (Hrsg.), Ressourcenknappheit: Umwelthaftung und Naturgefahren (2013) 49
- Mauerhofer*, Zur rechtlichen Umsetzung der Nachhaltigkeit in Österreich (Teil I), *RdU* 2004/3, 84
- Maurmann*, Rechtsgrundsätze im Völkerrecht am Beispiel des Vorsorgeprinzips (2008)
- Mayer*, Bürgerbeteiligung zwischen Rechtsstaat und Demokratie (1988)
- Mayer*, Der Parteibegriff im Verwaltungsverfahren als Strukturproblem des Rechts, in *GedS Ringhofer* (1995) 109
- Mayer*, Ein „Umweltanwalt“ im österreichischen Recht?, *JB1* 1982, 113
- Mayer*, Gibt es unabänderliches Verfassungsrecht?, in: *FS Schäffer* (2006) 473
- Mayer*, Verwaltungsrecht vor neuen Herausforderungen: Bürgerbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung, *AnwBl* 1992/5, 356
- McKeown*, The Trees Are Still Standing: The Backstory of *Sierra Club v. Morton*, *Journal of Supreme Court History* 2019/2, 189
- McNeish/Moreno Socha*, Muddy waters: on the problematic political ecology of the Atrato ruling, Colombia, *The International Journal of Human Rights* 2024/06 Mar, 1

- von Mehren/Murray, Das Recht in den Vereinigten Staaten von Amerika (2008)
- Melo, De Montecristi a Cochabamba: Los derechos de la madre tierra en debate, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández (Hrsg.), Los Derechos de la Naturaleza y la Naturaleza de sus Derechos (2011) 123
- Melo, Derechos de la Naturaleza, globalización y cambio climático, Línea Sur 2013, 43
- Melo, Evolución de la personalidad jurídica de la Naturaleza en la jurisprudencia de la Corte Constitucional del Ecuador, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza (Hrsg.), Vademécum Jurídico sobre los Derechos de la Naturaleza (2022) 30
- Melo-Ascencio, A Postcolonial Marxist Critique of the River-as-Subject: Situating the Atrato River in its Development Aporias, Antipode 2024/0, 1
- Menguser/Niederhuber, Anlagenrecht der Industrieemissionsrichtlinie, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), Handbuch Umweltrecht³ (2019) 260
- Merli, Ein seltsamer Fall von Willkür: Die VfGH-Entscheidung zur dritten Piste des Flughafens Wien, Wirtschaftsrechtliche Blätter 2017/12, 682
- Merrills, Environmental Rights, in: Bodansky/Brunnée/Hey (Hrsg.), The Oxford Handbook of International Environmental Law (2007) 663
- Meyer, Die Landesumweltanwaltschaften, RdU 2003/1, 4
- Meyer-Abich, Wege zum Frieden mit der Natur: Praktische Naturphilosophie für die Umweltpolitik (1984)
- Michel, Die Würde der Kreatur und die Würde des Tieres im schweizerischen Recht, Natur und Recht 2012/2, 102
- Miles (Hrsg.), Simone Weil: An Anthology (2005)
- Misonne/de Clippele (Hrsg.), Les grands arrêts inspirants du droit de l'environnement (2024)
- Mitscherlich-Schönherr/Cojocarú/Reder (Hrsg.), Kann das Anthropozän gelingen?, Krisen und Transformationen der menschlichen Naturverhältnisse im interdisziplinären Dialog (2024)
- Mittal, According legal identity to natural resources: approach towards environment protection, Jindal Global Law Review 2019/1, 7
- Molano Bustacara/Murcia Riaño, Animales y naturaleza como nuevos sujetos de derecho: un estudio de las decisiones judiciales más relevantes en Colombia, Revista Colombiana de Bioética 2018/1, 82
- Molina Roa, Derechos de la naturaleza: Elementos para un debate, in: García Pachón (Hrsg.), Reconocimiento de la naturaleza y de sus componentes como sujetos de derechos (2020) 121
- Montaño Riveros, Pluralismo jurídico y Derechos de la Madre Tierra, Revista Jurídica Derecho 2015/2, 55
- Montes Cortés, Reconocimiento de la naturaleza como entidad sujeto de derechos: ¿Una consecuencia de las limitaciones del derecho ambiental?, Revista Catalana de Dret Ambiental 2022/1, 1
- Morris, The Rights and Duties of Beasts and Trees – A Law Teacher's Essay for Landscape Architects, Journal of Legal Education 1965/2, 185

- Morris/Ruru*, Giving Voice to Rivers: Legal Personality as a Vehicle for Recognising Indigenous Peoples' Relationships to Water?, *Australian Indigenous Law Review* 2010/2, 49
- Mosquera-Guerrero/Krueger*, Struggling for the recognition of river rights: A case of hydro-social territorialization of the Atrato River in Colombia, *Geoforum* 2024/5, 1
- Mulgan*, Politics in New Zealand³ (2004)
- Murcia*, El Sujeto Naturaleza: Elementos para su comprensión, www.garn.org/wp-content/uploads/2021/09/Murcia_sujeto_naturaleza_2009.pdf (Stand 2.7.2024)
- Murswiek*, Staatsziel Umweltschutz (Art. 20a GG) Bedeutung für Rechtsetzung und Rechtsanwendung, *NVwZ* 1996, 222
- Murswiek*, Umweltschutz als Staatszweck: Die ökologischen Legitimitätsgrundlagen des Staates (1995)
- Naffine*, Who are Law's Persons?, From Cheshire Cats to Responsible Subjects, *Modern Law Review* 2003/3, 346
- Naranjo Rivas*, Derechos de la naturaleza y la gestión de la defensoría del pueblo de Ecuador, repositorio.flacsoandes.edu.ec/bitstream/10469/10206/2/TFLACSO-2016MPNR.pdf (Stand 2.7.2024)
- Nash*, The Case for Biotic Rights, *Yale Journal of International Law* 1993/1, 235
- Nash*, The Rights of Nature: A History of Environmental Ethics (1989)
- Nida-Rümelin/v. d. Pfordten*, Einführung: Auf dem Weg zu einer Ökologischen Rechtstheorie, in: *Nida-Rümelin/v. d. Pfordten* (Hrsg.), *Ökologische Ethik und Rechtstheorie* (1995) 9
- Nida-Rümelin/v. d. Pfordten* (Hrsg.), *Ökologische Ethik und Rechtstheorie* (1995)
- Nilsson*, Enforcing environmental responsibilities: An environmental perspective on the rule of law and administrative enforcement, in: *Voigt* (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 259
- Nitsch*, Umwelthaftung (2019)
- Nowak*, The International Covenant on Civil and Political Rights, in: *Gómez Isa/Koen de Feyter* (Hrsg.), *International Human Rights Law in a Global Context* (2009) 271
- Oberleitner*, Das „öffentliche Interesse“ im Wasserrecht, *RdU* 2005/1, 4
- Oberleitner/Berger* (Hrsg.), *Wasserrechtsgesetz*⁴ (2018)
- O'Bryan*, Giving a Voice to the River and the Role of Indigenous People: The Whanganui River Settlement and River Management in Victoria, *Australian Indigenous Law Review* 2017/1, 48
- O'Bryan*, *Indigenous Rights and Water Resource Management* (2018)
- Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza* (Hrsg.), *Vademécum Jurídico sobre los Derechos de la Naturaleza* (2022)
- O'Donnell*, At the Intersection of the Sacred and the Legal: Rights for Nature in Uttarakhand, India, *Journal of Environmental Law* 2018/1, 135
- O'Donnell*, *Legal Rights for Rivers: Competition, Collaboration and Water Governance* (2019)

- O'Donnell/Macpherson*, Voice, power and legitimacy: the role of the legal person in river management in New Zealand, Chile and Australia, *Australasian Journal of Water Resources* 2021/3, 35
- O'Donnell/Poelina/Pelizzon/Clark*, Stop Burying the Lede: The Essential Role of Indigenous Law(s) in Creating Rights of Nature, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 403
- O'Donnell/Talbot-Jones*, Creating legal rights for rivers: lessons from Australia, New Zealand and India, *Ecology and Society* 2018/1, 7
- Öhlinger*, Soziale Grundrechte, in: FS Floretta (1983) 271
- Oksanen*, Rechte und Biodiversität, in: Adloff/Busse (Hrsg.), *Welche Rechte braucht die Natur?*, (2021) 83
- Oppermann/Classen/Nettesheim*, *Europarecht*⁴ (2009)
- Pacari Vega Conejo*, Un Balance desde la Interculturalidad, in: Martínez/Maldonado (Hrsg.), *Una década con Derechos de la Naturaleza* (2019) 129
- Pacheco Balanza*, Gestión de Sistemas de Vida, www.researchgate.net/publication/325094540_Gestion_de_Sistemas_de_Vida_politica_publica_para_vivir_en_equilibrio_y_armonia_con_la_Madre_Tierra (Stand 2.7.2024)
- Palmer*, The new public law: Its province and function, *Victoria University of Wellington Law Review* 1992/1, 1
- Parsons/Fisher/Crease*, Decolonising Blue Spaces in the Anthropocene: Freshwater Management in Aotearoa New Zealand (2022)
- Pathak*, The human rights system as a conceptual framework for environmental law, in: Brown Weiss (Hrsg.), *Environmental Change and International Law: New Challenges and Dimensions* (1992) 205
- Pavlik*, Should Trees Have Legal Standing in Indian Country?, *Wicazo Sa Review* 2015/1, 7
- Pechtl*, Zu den Rechten der Natur, *Juridikum* 2023/1, 20
- Peck/Desselas/Bonilla-Bedoya/Redín/Durango-Cordero*, The conflict between Rights of Nature and mining in Ecuador: Implications of the Los Cedros Cloud Forest case for biodiversity conservation, *People and Nature* 2024/00, 1
- Pedersen*, European Environmental Human Rights and Environmental Rights: A Long Time Coming?, *The Georgetown International Environmental Law Review* 2008/1, 73
- Percival/Lin/Piermattei* (Hrsg.), *Global Environmental Law at a Crossroads* (2014)
- Pereira/Saramago* (Hrsg.), *Non-human nature in world politics* (2020)
- Perlingeiro*, Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Lateinamerika, in: Sommermann/Schaffarzik (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa* (2019) 1693
- Pernthaler*, Bemerkungen zum Recht auf Umweltschutz, in: Rack (Hrsg.), *Grundrechtsreform* (1985) 205
- Pernthaler*, Braucht ein positivrechtlicher Grundrechtskatalog des Rechtsprinzip der Menschenwürde?, in: FS Schäffer (2006) 613

- Pernthaler*, Reform der Bundesverfassung im Sinne des ökologischen Prinzips, in: *Pernthaler/K. Weber/Wimmer* (Hrsg.), *Umweltpolitik durch Recht – Möglichkeiten und Grenzen* (1992) 1
- Pernthaler*, Staatsziel Umfassender Umweltschutz, in: *Kerschner* (Hrsg.), *Staatsziel Umweltschutz* (1996) 5
- Pernthaler* (Hrsg.), *Das Recht des Wassers in nationaler und internationaler Perspektive* (1998)
- Pernthaler/Schöpf*, Das Wasser in der Kompetenzverteilung, in: *Pernthaler* (Hrsg.), *Das Recht des Wassers in nationaler und internationaler Perspektive* (1998) 5
- Pernthaler/K. Weber/Wimmer* (Hrsg.), *Umweltpolitik durch Recht – Möglichkeiten und Grenzen* (1992)
- Petel*, The Illusion of Harmony: Power, Politics, and Distributive Implications of Rights of Nature, *Transnational Environmental Law* 2024/1, 12
- Peters/Lohse* (Hrsg.), *Sustainability through Participation?*, (2023)
- Peters/Schwenke*, Comparative Law Beyond Post-Modernism, *International and Comparative Law Quarterly* 2000/4, 800
- Petersmann*, In the break (of rights and representation): sociality beyond the non/human subject, *The International Journal of Human Rights* 2023/7/12, 1
- v. d. Pfordten*, Naturschutz und Verfassung, in: *Nida-Rümelin/v. d. Pfordten* (Hrsg.), *Ökologische Ethik und Rechtslehre* (1995) 53
- Pietari*, Ecuador's Constitutional Rights of Nature: Implementation, Impacts, and Lessons Learned, *Williamette Environmental Law Journal* 2016/2, 37
- Pinto Calaça/Cerneiro de Freitas/Da Silva/Maluf*, La naturaleza como sujeto de derechos: análisis bioético de las Constituciones de Ecuador y Bolivia, *Revista Latinoamericana de Bioética* 2018, 155
- Platjouw*, The need to recognize a coherent legal system as an important element of the ecosystem approach, in: *Voigt* (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 158
- Pointinger/T. Weber*, Der Umweltanwalt – das unbekannte Wesen?, *RdU* 2015/6, 233
- Postema*, Law's System: The Necessity of System in Common Law, *New Zealand Law Review* 2014/1, 69
- Postero*, Protecting Mother Earth in Bolivia: Discourse and Deeds in the Morales Administration, in: *Cooper/Hunefeldt/Acosta* (Hrsg.), *Amazonia: Environment and the Law in Amazonia* (2013) 78
- Potacs*, Auslegung im öffentlichen Recht: Eine vergleichende Untersuchung der Auslegungspraxis des Europäischen Gerichtshofs und der österreichischen Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (1994)
- Pou Giménez*, The Rights of Rivers and Forests and Apex Court Dynamics in Colombia: On Natural and Institutional Environments, *International Journal of Constitutional Law Blog* 2018 (nicht mehr abrufbar, Kopie bei der Autorin)
- Pozzo*, Climate Change Litigation in a Comparative Law Perspective, in: *Sindico/Mbengue* (Hrsg.), *Comparative climate change litigation* (2021) 593

- Praetorius/Saladin*, Die Würde der Kreatur (Art. 24novies Abs. 3 BV) (1996)
- Preston*, The effectiveness of the law in providing access to environmental justice: an introduction, in: Martin/Bigdeli/Daya-Winterbottom/du Plessis/Kennedy (Hrsg.), *The Search for Environmental Justice* (2015) 23
- Prieto Méndez*, Análisis de la Sentencia No. 22-18-IN/21: Inconstitucionalidad de las disposiciones del Código Orgánico del Ambiente y su reglamento, in: *Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza* (Hrsg.), *Vademécum Jurídico sobre los Derechos de la Naturaleza* (2022) 10
- Prieto Méndez*, *Derechos de la naturaleza: Fundamento, contenido y exigibilidad jurisdiccional* (2013)
- Putzer/Lambooy/Jeurissen/Kimc*, Putting the rights of nature on the map: A quantitative analysis of rights of nature initiatives across the world, *Journal of Maps* 2022/1, 89
- Rabel*, Aufgabe und Notwendigkeit der Rechtsvergleichung, in: Zweigert/Puttfarcken (Hrsg.), *Rechtsvergleichung* (1978) 85
- Rack* (Hrsg.), *Grundrechtsreform* (1985)
- Rametsteiner/Alge*, VwGH stärkt Rechtsschutz durch Aarhus-Konvention und EuGH-Rechtsprechung, *RdU* 2018/4, 137
- Rametsteiner/T. Weber*, No-Go-Areas für Wasserkraftwerke – ein No-Go?, *RdU* 2014/5, 187
- Ramírez*, Derechos de los Pueblos Indígenas y Derechos de la Naturaleza: Encuentros y Desencuentros, *Revista Argentina de Teoría Jurídica* 2011, 26
- Ramírez Gallegos*, Conflicto antiextractivista y politización de la „cuestión ambiental“ en el Ecuador (2007–2013), in: Restrepo Medina (Hrsg.), *Interculturalidad, Protección de la Naturaleza y Construcción de Paz* (2020) 235
- Randazzo/Richter*, *Challenging Anthropocene Ontology: Modernity, Ecology and Indigenous Complexities* (2024)
- Randl*, Naturschutzrecht, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), *Handbuch Umweltrecht*³ (2019) 524
- Rapport/Costanza/McMichael*, *Assessing Ecosystem Health, Trends in Ecology & Evolution* 1998/10, 397
- Raschauer*, „Betriebsanlagengesetz“ – Kritische Anmerkungen, *RdU* 1998/4, 165
- Raschauer*, *Allgemeines Verwaltungsrecht* (1998)
- Raschauer*, Bau, Betrieb und Anpassung von Wasserkraftwerken – Rechtsrahmen, in: IUR/ÖWAV (Hrsg.), *Jahrbuch des österreichischen und europäischen Umweltrechts* 2010 (2010) 73
- Raschauer*, Die Parteistellung des Tierschutzombudsmanns nach § 41 Abs. 4 TSchG: Versuch einer Abgrenzung, *RdU* 2007/4, 118
- Raschauer*, Umfassender Umweltschutz und Verwaltungsrecht, in: Kerschner (Hrsg.), *Staatsziel Umweltschutz* (1996) 57
- Raschauer*, *Umweltrecht Allgemeiner Teil*, in: Raschauer/Wessely (Hrsg.), *Handbuch Umweltrecht* (2006) 13

- Raschauer/Ennöckl*, Umweltrecht Allgemeiner Teil, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), Handbuch Umweltrecht³ (2019) 19
- Raschauer/Stangl*, Unionsrecht, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), Handbuch Umweltrecht³ (2019) 104
- Raschauer/Wessely* (Hrsg.), Handbuch Umweltrecht (2006)
- Raschauer/Wessely*, Umweltstrafrecht, in: Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg.), Handbuch Umweltrecht³ (2019) 145
- Rawson/Mansfield*, Producing juridical knowledge: „Rights of Nature“ or the naturalization of rights?, *Nature and Space* 2018/1, 99
- Redín Guerrero*, Análisis de la Sentencia No. 1149-19-JP/21: Caso Bosque Protector Los Cedros, in: Observatorio Jurídico de Derechos de la Naturaleza (Hrsg.), Vademécum Jurídico sobre los Derechos de la Naturaleza (2022) 14
- Rehm*, Rechtstransplantate als Instrument der Rechtsreform und -transformation, *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 2008/1, 1
- Reichelt* (Hrsg.), Europäisierung des Wasserrechts (2002)
- Reimann/Zimmermann* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Law*² (2019)
- Rendón Osorio*, La naturaleza en el ordenamiento jurídico colombiano: ¿del antropocentrismo al ecocentrismo?, *Revista Derecho del Estado* 2024/1, 337
- Restrepo Medina* (Hrsg.), Interculturalidad, Protección de la Naturaleza y Construcción de Paz (2020)
- Reyes-García/Fernández-Llamazares/Aumeeruddy-Thomas et al.*, Recognizing Indigenous peoples' and local communities' rights and agency in the post-2020 Biodiversity Agenda, *Ambio* 2022, 84
- Richardson/Bustos*, Implementing Nature's Rights in Colombia: The Atrato and Amazon Experiences, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 227
- Richardson/Hamaski*, Rights of Nature Versus Conventional Nature Conservation: International Lessons from Australia's Tarkine Wilderness, *Environmental Policy and Law* 2021/3, 159
- Richter*, Die Würde der Kreatur: Rechtsvergleichende Betrachtungen, *ZaöRV* 2007, 319
- Rill*, Hermeneutik des kommunikationstheoretischen Ansatzes, in: Vetter/Potacs (Hrsg.), Beiträge zur juristischen Hermeneutik (1990) 53
- Rill*, Juristische Methodenlehre und Rechtsbegriff, *ZfV* 1985/5, 461
- Rincón Rubiano*, *Environmental Law in Colombia*² (2014)
- Ringhofer*, Strukturprobleme des Rechtes (1966)
- Ringhofer*, Zur Frage des Parteibegriffes im Verwaltungsverfahren, *ÖJZ* 1950, 269
- Rivers*, Nature in Court: Conflict Resolution in the Ecozoic Age, in: Burdon (Hrsg.), *Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence* (2012) 214
- Roa-García/Urteaga-Crovetto/Bustamante-Zenteno*, Water laws in the Andes: A promising precedent for challenging neoliberalism, *Geoforum* 2015, 270

- Rochford*, Environmental Personhood. New Trajectories in Law (2024)
- Rockström*, A safe operating space for humanity, *Nature* 2009, 472
- Rockström/Gupta/Qin et al.*, Safe and just Earth system boundaries, *Nature* 2023, doi.org/10.1038/s41586-023-06083-8 (Stand 2. 7. 2024)
- Rodgers*, A New Approach to Protecting Ecosystems: The Te Awa Tupua (Whanganui River Claims Settlement) Act 2017, *Environmental Law Review* 2017/4, 266
- Rodrigues*, Localising ‚the rights of nature‘: a critical discourse analysis, *Green Letters* 2014/2, 170
- Rodríguez/Loginova*, Navigating state-led extractivism in Ecuador and Russia, in: Apostolopoulou/Cortes-Vazquez (Hrsg.), *The Right to Nature: Social Movements, Environmental Justice and Neoliberal Natures* (2018) 43
- Rodríguez Caguana/Morales Naranjo*, Los derechos de la naturaleza en las altas cortes de Ecuador e India: pueblos indígenas y animales sagrados, in: Restrepo Medina (Hrsg.), *Interculturalidad, Protección de la Naturaleza y Construcción de Paz* (2020) 335
- Rodríguez Garavito/Rodríguez Franco*, Juicio a la exclusión: El impacto de los tribunales sobre los derechos sociales en el Sur Global (2015)
- Rodríguez-Mena/Ricardo-Estupiñan/Chiriboga-Mosquera/Huera-Castro*, Reparación integral como mecanismo para garantizar la protección de la naturaleza como sujeto de derechos, *Iustitia Socialis* 2023/1, 594
- Rohmer/Töpfer* (Hrsg.), *Anthropozän – Klimawandel – Biodiversität: Transdisziplinäre Perspektiven auf das gewandelte Verhältnis von Mensch und Natur* (2021)
- Rolston*, Rights and Responsibilities on the Home Planet, *Yale Journal of International Law* 1993/1, 251
- Rosa Calderón*, Rights-based Climate Litigation in Colombia: An Assessment of Claims, Remedies, and Implementation, *Journal of Human Rights Practice* 2024/huad067, 1
- Rühs/Jones*, The Implementation of Earth Jurisprudence through Substantive Constitutional Rights of Nature, *Sustainability* 2016/2, 174
- Rummel* (Hrsg.), *Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch I* (2000)
- Ruru*, A Treaty in Another Context: Creating Reimagined Treaty Relationships in Aotearoa New Zealand, in: Borrows/Coyle (Hrsg.), *The Right Relationship: Reimagining the Implementation of Historical Treaties* (2017) 305
- Ruru*, Indigenous Ancestors: Recognizing Legal Personality of Nature as a Reconciliation Strategy for Connective Sustainable Governance, in: Atapattu/Gonzalez/Seck (Hrsg.), *The Cambridge Handbook of Environmental Justice and Sustainable Development* (2021) 183
- Ruru*, Tühoe-Crown Settlement: Te Urewera Act 2014, *Maori Law Review* 2014/10, maorilawreview.co.nz/2014/10/tuhoe-crown-settlement-te-urewera-act-2014/ (Stand 2. 7. 2024)
- Sadava/Hillis/Heller/Hacke/Markl*, *Purves Biologie*¹⁰ (2019)
- Sagoff*, On Preserving the Natural Environment, *Yale Law Journal* 1974/2, 205
- Saladin*, „Würde der Kreatur“ als Rechtsbegriff, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten (Hrsg.), *Ökologische Ethik und Rechtstheorie* (1995) 365

- Saladin/Schweizer*, Art. 24^{novies}, in: Aubert/Eichenberger/Müller/Rhinow/Schindler (Hrsg.), Kommentar zur Bundesverfassung der Schweizer Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874 (1995)
- Salmon/Grinlinton* (Hrsg.), *Environmental Law in New Zealand*² (2018)
- Salmond*, Rivers as ancestors and other realities, in: Martin/Te Aho/Humphries-Kil (Hrsg.), *ResponsAbility: Law and Governance for Living Well with the Earth* (2019) 183
- Salmond*, Tears of Rangi: Water, power, and people in New Zealand, *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 2014/3, 285
- Salzman*, United States of America, in: Lees/Viñuales (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Environmental Law* (2019) 374
- Sánchez Zapata*, El reconocimiento de la naturaleza como sujeto de derechos: una oportunidad para repensar la planeación del ordenamiento territorial como función administrativa, *Revista Derecho del Estado* 2023/1, 87
- Sand*, Lessons Learned in Global Environmental Governance, *Boston College Environmental Affairs Law Review* 1991/2, 213
- Sander*, Die Rolle des Klimaschutzes im Genehmigungsverfahren – Eine Untersuchung aus Anlass des Genehmigungsverfahrens zur „3. Piste“ des Flughafen Wien/Schwechat, *ZTR* 2019/1, 8
- Sanders*, „Beyond Human Ownership“?, Property, Power and Legal Personality for Nature in Aotearoa New Zealand, *Journal of Environmental Law* 2018/2, 207
- Santos*, The End of the Cognitive Empire: The Coming of Age of Epistemologies of the South (2018)
- Sattar/Welz*, Verwaltung und Vollzug, in: Jäger/Haas/Welz (Hrsg.), *Regierungssystem der USA* (2007) 247
- Schaefer*, The Standing of Nature: The Delineated Natural Ecosystem Proxy, *George Washington Journal of Energy and Environmental Law* 2018/2, 70
- Schaeffer/Herricks/Kerster*, Ecosystem Health: 1. Measuring Ecosystem Health, *Environmental Management* 1988/4, 445
- Schäffer*, Verfassungsinterpretation in Österreich (1971)
- Schambeck*, Staatsstrukturbestimmungen und österreichisches Bundesverfassungsrecht, in: FS Klecatsky II (1980) 867
- Schambeck*, Umweltschutz und Rechtsordnung, *ÖJZ* 1972, 617
- Schamschula*, Das Verschlechterungsverbot im Wasserrecht und dessen Umsetzung in Österreich, *Juridikum* 2018/1, 49
- Schilling-Vacaflor*, Bolivia's New Constitution: Towards Participatory Democracy and Political Pluralism?, *European Review of Latin American and Caribbean Studies* 2011, 3.
- Schilling-Vacaflor/Nolte*, Introduction: The Times they are a Changin': Constitutional Transformations in Latin America since the 1990s, in: Schilling-Vacaflor/Nolte (Hrsg.), *New Constitutionalism in Latin America: Promises and Practices* (2016) 3

- Schilling-Vacaflor/Nolte* (Hrsg.), *New Constitutionalism in Latin America: Promises and Practices* (2016)
- Schimmöller*, Paving the Way for Rights of Nature in Germany: Lessons Learnt from Legal Reform in New Zealand and Ecuador, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 569
- Schmelz/Cudlik*, Neues (und Altes) zur Parteistellung der Gemeinde in UVP-Verfahren, *RFG* 2018/1, 29
- Schmelz/Schwarzer*, UVP-G-ON^{1.00} (Stand 1.7.2011, rdb.at)
- Schoukens*, Do wolves own property in the EU?, On John Locke, the EU Habitats Directive and animal property rights, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), *Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions* (2024) 139
- Schoukens*, Granting Legal Personhood to Nature in the European Union: Contemplating a Legal (R)evolution to Avoid an Ecological Collapse?, (Part I), *Journal for European Environmental & Planning Law* 2018/3-4, 309
- Schoukens*, Granting Legal Personhood to Nature in the European Union: Contemplating a Legal (R)evolution to Avoid an Ecological Collapse?, (Part II), *Journal for European Environmental & Planning Law* 2019/1, 65
- Schoukens*, Rights of Nature as an unlikely saviour for the EU'S threatened species and habitats, in: Boeve/Akerboom/Backes/van Rijswijk (Hrsg.), *Environmental Law for Transitions to Sustainability* (2021) 187
- Schoukens*, Rights of Nature in the European Union: Contemplating the Operationalization of an Eco-Centric Concept in an Anthropocentric Environment?, in: Pereira/Saramago (Hrsg.), *Non-human nature in world politics* (2020) 205
- Schoukens/Bernet Kempers*, Strangers in paradise. The challenge of invasive alien species to (the implementation of) Earth Jurisprudence in Europe, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), *Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions* (2024) 216
- Schoukens/Cliquet*, Ecological restoration and the rights of nature in the EU. Natural twins or a Pandora's box?, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), *Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions* (2024) 234
- Schromen-Wawrin/Newman*, Nature's Rights through Lawmaking in the United States, in: La Follette/Maser (Hrsg.), *Sustainability and the Rights of Nature in Practice* (2020) 331
- Schulev-Steindl*, Das Aarhus-Beteiligungsgesetz – Ende gut, alles gut?, *ÖZW* 2019/1, 14
- Schulev-Steindl*, Subjektive Rechte (2008)
- Schulev-Steindl*, Umweltrecht – eine Disziplin im Zeichen globaler Ressourcenknappheit, *RdU* 2010/1, 4
- Schulev-Steindl*, VfGH-Beschwerdelegitimation des Umweltschutzes und anderer Organparteien nach dem UVP-G verfassungswidrig, *RdU* 2004/4, 148
- Schulev-Steindl*, Vom Wesen und Wert der Parteistellung, in: FS Mayer (2011) 683
- Schulev-Steindl* (Hrsg.), *Ressourcenknappheit: Umwelthaftung und Naturgefahren* (2013)
- Schulev-Steindl/Romirer*, Interessenabwägung im Naturschutzrecht: Ein Problemaufriss am Beispiel Vorarlbergs, *RdU* 2020/5, 187

- Schwarzer*, Die Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung durch das Betriebsanlagengenehmigungsrecht, ZfVB 1992/2, 107
- Schwarzer*, In der Wurzel eins?, Betrachtungen zum Verhältnis zwischen Umwelt- und Wirtschaftsrecht, ÖZW 2016/2, 46
- Schweitzer*, „Rights of Things“ A Posthumanist Approach to Law?, Nature and Culture 2021/1, 28
- Schweizer/Errass*, Art. 120, in: Ehrenzeller/Schindler/Schweizer/Vallender (Hrsg.), Die Schweizerische Bundesverfassung, St. Galler Kommentar (2014) 2141
- Schwimann/Kodek* (Hrsg.), ABGB: Praxiskommentar I⁵ (2018)
- Sheber*, Legal Rights for Nature: How the Idea of Recognizing Nature as a Legal Entity Can Spread and Make a Difference Globally, Hastings Environmental Law Journal 2020/1, 147
- Sheehan*, Earth Day Revisited: Building a Body of Earth Law for the Next Forty Years, in: Burdon (Hrsg.), Exploring Wild Law: The Philosophy of Earth Jurisprudence (2012) 236
- Sheehan*, Implementing Nature's Rights Through Regulatory Standards, Vermont Journal of Environmental Law 2019/3, 227
- Sheehan*, Implementing Rights of Nature through Sustainability Bill of Rights, New Zealand Journal of Public and International Law 2015/1, 89
- Sheehan*, Realizing nature's rule of law through rights of waterways, in: Voigt (Hrsg.), Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law (2013) 222
- Shell*, Der Oberste Gerichtshof, in: Jäger/Haas/Welz (Hrsg.), Regierungssystem der USA (2007) 171
- Shelton*, Compliance with International Human Rights Soft Law, in: Brown Weiss (Hrsg.), International Compliance with Nonbinding Accords (1997) 119
- Shelton*, Human Rights and the Environment: Problems and Possibilities, Environmental Policy and Law 2008/1-2, 41
- Shelton*, Human Rights, Environmental Rights, and the Right to Environment, Stanford Journal of International Law 1991, 103
- Shiraishi Neto/Martins Lima*, Rights of Nature: The „Biocentric Spin“ in the 2008 Constitution of Ecuador, Veredas do Direito, 2016/1, 111
- Shiva*, Earth Democracy: Justice, Sustainability and Peace (2005)
- Shiva*, Los Derechos Humanos Fluyen de los Derechos de la Madre Tierra, in: Martínez/Maldonado (Hrsg.), Una década con Derechos de la Naturaleza (2019) 199
- Silva Portero*, ¿Qué es el buen vivir en la Constitución?, in: Ávila Santamaría (Hrsg.), La Constitución del 2008 en el contexto andino: Análisis desde la doctrina y el derecho comparado (2008) 111
- Simon*, La naturaleza como sujeto de derechos en la Constitución ecuatoriana: la construcción de una categoría de interculturalidad, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático (2019) 299
- Sindico/Mbengue* (Hrsg.), Comparative climate change litigation (2021)

- Singh-Ladhar*, Water Allocation Law in New Zealand: Lessons from Australia (2020)
- Sitter*, Plädoyer für das Naturrechtsdenken: Zur Anerkennung von Eigenrechten der Natur (1984)
- Söhnlein*, Eigenrechte der Natur – rechtsdogmatische und rechtspolitische Anmerkungen, Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 2021/2, 185
- Solano Paucay/Marín*, Derechos de la Naturaleza y la jurisprudencia constitucional en Ecuador, Foro: Revista De Derecho 2024/1, 7
- Solorzano/Erazo/Rodrigues*, Los Derechos de los animales desde la jurisprudencia de la Corte Constitucional Ecuatoriana, Ciencia Latina Revista Científica Multidisciplinar 2023/12, 3955
- Sommermann/Schaffarzik* (Hrsg.), Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa (2019)
- Somsen*, The End of European Union Environmental Law: An Environmental Programme for the Anthropocene, in: Kotzé (Hrsg.), Environmental law and governance for the Anthropocene (2017) 353
- Soskolne/Westra/Bosselmann* (Hrsg.), Globalisation and Ecological Integrity in Science and International Law (2011)
- Spitz/Penalver*, Nature's Personhood and Property's Virtues, Harvard Environmental Law Review 2021/1, 67
- Staker*, Should Chimpanzees Have Standing?, The Case for Pursuing Legal Personhood for Non-Human Animals, Transnational Environmental Law 2017/2, 485
- Steinberg*, Der ökologische Verfassungsstaat (1998)
- Stilt*, Rights of Nature, Rights of Animals, Harvard Law Review 2021/3, 276
- Stolzlechner*, Gleichheitssatz, Rechtsstaatsprinzip, Umweltschutz-BVG und Parteistellung von Nachbarn im technischen Anlagenrecht, in: FS Walter (1991) 665
- Stolzlechner/Wendl/Bergthaler* (Hrsg.), Die gewerbliche Betriebsanlage⁴ (Stand 1.1.2016, rdb.at)
- Stone*, Eine Ökologische Ethik für das einundzwanzigste Jahrhundert, in: Nida-Rümelin/v. d. Pfordten (Hrsg.), Ökologische Ethik und Rechtstheorie (1995) 81
- Stone*, Should Trees Have Standing?, Law, Morality and the Environment³ (2010)
- Stone*, Umwelt vor Gericht: Die Eigenrechte der Natur (1992)
- Storini/Quizhpe*, Hacia otro fundamento de los derechos de la Naturaleza in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático (2019) 49
- Strack*, Land and Rivers Can Own Themselves, International Journal of Law in the Built Environment 2017/1, 4
- Strack/Goodwin*, More than a Mere Shadow: The Colonial Agenda of Recent Treaty Settlements, Waikato Law Review 2017/4, 41
- Strebel*, Einwirkungen nationalen Rechts auf das Völkerrecht, ZaöRV 1976, 168

- Strebel*, Vergleichung und vergleichende Methode im öffentlichen Recht, *ZaöRV* 1964, 405
- Stutzin*, Die Natur der Rechte und die Rechte der Natur, *Rechtstheorie* 1980/3, 344
- Stutzin*, Should We Recognize Nature's Claim to Legal Rights, *Environmental Policy and Law* 1976/2, 129
- Stüwe/Rinke* (Hrsg.), Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika (2008)
- Suarez*, Defending Nature: Challenges and Obstacles in Defending the Rights of Nature, library.fes.de/pdf-files/bueros/quito/10386.pdf (Stand 2. 7. 2024)
- Suelt Cock*, Tensiones entre los derechos de los ríos y los derechos fundamentales al agua y saneamiento: el caso de algunas veredas de Mesetas, *Revista Derecho del Estado* 2024/1, 307
- Szasz*, International normmaking, in: Brown Weiss (Hrsg.), *Environmental Change and International Law: New Challenges and Dimensions* (1992) 41
- Tabios Hillebrecht*, Disrobing Rights: The Privilege of Being Human in the Rights of Nature Discourse, in: Tabios Hillebrecht/Berros (Hrsg.), *Can Nature Have Rights?, Legal and Political Insights, RCC Perspectives* 2017/6, 15
- Tabios Hillebrecht/Berros* (Hrsg.), *Can Nature Have Rights?, Legal and Political Insights, RCC Perspectives* 2017/6
- Tadaki/Clapcott/Holmes/MacNeil/Young*, Transforming freshwater politics through metaphors: Struggles over ecosystem health, legal personhood, and invasive species in Aotearoa New Zealand, *People and Nature* 2023/5, 496
- Talbot-Jones/Bennett*, Implementing bottom-up governance through granting legal rights to rivers: a case study of the Whanganui River, Aotearoa New Zealand, *Australasian Journal of Environmental Management* 2022/1, 64
- Talbot-Jones/Bennett*, Toward a property rights theory of legal rights for rivers, *Ecological Economics* 2019/10, 1
- Tănăsescu*, Rights of Nature, Legal Personality, and Indigenous Philosophies, *Transnational Environmental Law* 2020/3, 429
- Tănăsescu*, The rights of nature in Ecuador: the making of an idea, *International Journal of Environmental Studies* 2013/6, 846
- Tănăsescu*, Understanding the Rights of Nature: A Critical Introduction (2022) [*Tănăsescu*, Introduction]
- Tănăsescu/Macpherson/Jefferson/Torres Ventura*, Rights of nature and rivers in Ecuador's Constitutional Court, *The International Journal of Human Rights* 2024/07 Feb, 1
- Tansley*, The Use and Abuse of Vegetational Concepts and Terms, *Ecology* 1935/3, 284
- Tarlock*, Safe Drinking Water: A Federalism Perspective, *William and Mary Environmental Law and Policy Review* 1997/1, 233
- Täufer*, Die Entwicklung des Ökosystemansatzes im Völkerrecht und im Recht der Europäischen Union (2018)
- P. E. Taylor*, From Environmental to Ecological Human Rights: A New Dynamic in International Law?, *Georgetown International Environmental Law Review* 1998, 309

- P. W. Taylor*, The Ethics of Respect for Nature, *Environmental Ethics* 1981/3, 197
- M. Taylor*, The Political Ecology of Climate Change Adaptation: Livelihoods, Agrarian Change and the Conflicts of Development (2015)
- B. Taylor/Chapron/Kopinina/Orlikowska/Gray/Piccolo*, The need for ecocentrism in biodiversity conservation, *Conservation Biology* 2020/5, 1089
- Te Aho*, Indigenous Aspirations and Ecological Integrity: Restoring and Protecting the Health and Wellbeing of an Ancestral River for Future Generations in Aotearoa New Zealand, in: Soslone/Westra/Bosselmann (Hrsg.), *Globalisation and Ecological Integrity in Science and International Law* (2011) 346
- Te Aho*, Te Mana o te Wai: An indigenous perspective on rivers and river management, *River Research and Applications* 2019/10, 1615
- Teclaff*, The Impact of Environmental Concern on the Development of International Law, *Natural Resources Journal* 1973/2, 357
- Tejada/Dalla-Nora/Cordoba/Laforteza/Ovando/Assis/Aguiar*, Deforestation scenarios for the Bolivian lowlands, *Environmental Research* 2016, 49
- Telesetsky*, An emerging legal principle to restore large-scale ecoscapes, in: Voigt (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 175
- Teubner*, Elektronische Agenten und große Menschenaffen: Zur Ausweitung des Akteurstatus in Recht und Politik, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 2006/1, 5
- Thampapillai*, International Water Law for Transboundary Resource Management, *Environmental Policy and Law* 2011/3, 127
- Theuer/Lengauer*, Das Missing Link der Rechtsethikdebatte als Forschungsschwerpunkt der Forschungsstelle für Ethik und Wissenschaft: Der Rechtsstatus von Menschenaffen (2012), ethik.univie.ac.at/menschenaffen/missing-link (nicht mehr abrufbar, Kopie bei der Autorin)
- Thienel*, Überlegungen zur Ausgestaltung sozialer Grundrechte, in: FS Schäffer (2006) 859
- Thompson*, Codifying The Rights Of Nature; The Growing Indigenous Movement, *Judges Journal* 2020/2, 12
- Thoreau*, *Walden oder Leben in den Wäldern* (2009)
- Thornhill/de Araújo Calabria*, Global Constitutionalism and Democracy: the Case of Colombia, *Jus Cogens* 2020/2, 155
- Tiess/Rossmann/Pilgram*, Bedeutung des Vorsorgeprinzips bei der Gewinnung mineralischer Baurohstoffe (Teil I) RdU 2002/3, 84
- Tola*, Between Pachamama and Mother Earth: Gender, Political Ontology and the Rights of Nature in Contemporary Bolivia, *Feminist Review* 2018/1, 25
- Tomas*, Māori concepts of rangatiratanga, kaitiakitanga, the environment, and property rights, in: Grinlinton/P. Taylor (Hrsg.), *Property rights and sustainability: The evolution of property rights to meet ecological challenges* (2011) 219
- Trantas*, *Die Anwendung der Rechtsvergleichung bei der Untersuchung des öffentlichen Rechts* (1998)

- Tribe*, Ways Not to Think about Plastic Trees: New Foundations for Environmental Law, *The Yale Law Journal*, 1974/7, 1315
- Tschentscher*, Dialektische Rechtsvergleichung – Zur Methode der Komparistik im öffentlichen Recht, *Juristenzeitung* 2007/17, 807
- Tudor*, Some Implications for Legal Personhood of Extending Legal Rights to Non-Human Animals, *Australian Journal of Legal Philosophy* 2010/1, 134
- Tushnet*, Comparative Constitutional Law, in: Reimann/Zimmermann (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Law*² (2019) 1194
- Tushnet*, Weak Courts, Strong Rights: Judicial Review and Social Welfare Rights in Comparative Constitutional Law (2008)
- Urteaga Crovetto*, Los derechos de la naturaleza en Sudamérica. Ensamblajes jurídicos para la defensa del medio ambiente, *Actualidad Jurídica Ambiental* 2023/12/1, 1
- Valladares/Boelens*, Extractivism and the rights of nature: governmentality, 'convenient communities' and epistemic pacts in Ecuador, *Environmental Politics* 2017/6, 1015
- Valladares/Boelens*, Mining for Mother Earth. Governmentalities, sacred waters and nature's rights in Ecuador, *Geoforum* 2019, 68
- Vallejo Galárraga*, Recognition of Rights of Nature, as a Subject of Law, in the International Environmental Law Framework, in: Jendroska/Bar (Hrsg.), *Procedural Environmental Rights: Principle X in Theory and Practice* (2018) 341
- Van der Werf*, A multidisciplinary perspective on the natural quality and rights of river systems, studenttheses.uu.nl/bitstream/handle/20.500.12932/35667/Guided_research_report_Rights_of_Nature_Ems-Dollard_KvdWerf_forArchive.pdf?sequence=1 (Stand 2.7.2024)
- Van der Werf/Gilissen/Kleinhans/van Rijswijk*, On dynamic naturalness, static regulation and human influence in the Ems-Dollard estuary, *International Journal of Water Resources Development* 2022/4, 596
- Vargas-Chaves/Rodríguez/Cumbe-Figueroa/Mora-Garzón*, Recognizing the Rights of Nature in Colombia: the Atrato River case, *Revista Jurídicas* 2020/1, 13
- Vega Díaz*, Konstitutioneller Wandel: Die Verfassungen von 1886 und 1991 und die Herausforderungen des Post-Konflikts, in: Fischer/Klengel/Pastrana Buelvas (Hrsg.), *Kolumbien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur* (2017) 141
- Velázquez-Gutiérrez*, Constitucionalismo verde en Ecuador: Derechos de la Madre Tierra y Buen Vivir, *Entramado* 2014/1, 220
- Vernaza Arroyo/Cutié Mustelier*, Los derechos de la naturaleza desde la mirada de los jueces en Ecuador, *Revista del Instituto de Ciencias Jurídicas de Puebla* 2022/1, 285
- Verniers*, Animal rights under the European Convention on Human Rights, in: García Ruales/Hovden/Kopinina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), *Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions* (2024) 165
- Vetter/Potacs* (Hrsg.), *Beiträge zur juristischen Hermeneutik* (1990)
- Viaene*, Can Rights of Nature Save Us from the Anthropocene Catastrophe?, Some Critical Reflections from the Field, *Asian Journal of Law and Society* 2022/2, 187

- Vicente Giménez*, De la justicia climática a la justicia ecológica: Los derechos de la naturaleza, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2020/2, 1
- Vicente Giménez/Salazar Ortuño*, An ecological citizenship's triumph. From the popular legislative initiative to the rights granted for the Mar Menor, in: García Ruales/Hovden/Kopnina/Robertson/Schoukens (Hrsg.), *Rights of Nature in Europe. Encounters and Visions* (2024) 83
- Vicente Giménez/Salazar Ortuño*, La iniciativa legislativa popular para el reconocimiento de personalidad jurídica y derechos propios al mar menor y su cuenca, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1
- Viciano Pastor*, La problemática constitucional del reconocimiento de la naturaleza como sujeto de derechos en la constitución del Ecuador, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), *La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático* (2019) 137
- Vierros/Harden-Davies*, Is There a Role for Rights of Nature in the Blue Economy Debate?, *Ocean Yearbook* 2022, 36
- Villagómez Moncayo/Calle Idrovo/Ramírez Iza*, Guía de Jurisprudencia Constitucional: Derechos de la Naturaleza (2023)
- Villalba*, Buen Vivir vs. Development: a paradigm shift in the Andes?, *Third World Quarterly* 2013/8, 1427
- Villavicencio Calzadilla*, A Paradigm Shift in Courts' View on Nature: The Atrato River and Amazon Basin Cases in Colombia, *Law, Environment and Development Journal* 2019, xiii
- Villavicencio Calzadilla*, Litigating Climate Change in Bolivian National Courts, in: Sindico/Mbengue (Hrsg.), *Comparative climate change litigation* (2021) 259
- Villavicencio Calzadilla*, Los Derechos de la Naturaleza en Bolivia: Un Estudio a más de una Década de su Reconocimiento, *Revista Catalana de Dret Ambiental* 2022/1, 1
- Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Living in Harmony with Nature?, A Critical Appraisal of the Rights of Mother Earth in Bolivia, *Transnational Environmental Law* 2018/3, 397
- Villavicencio Calzadilla/Kotzé*, Re-imagining Participation in the Anthropocene: The Potential of the Rights of Nature Paradigm, in: Peters/Lohse (Hrsg.), *Sustainability through Participation?*, (2023) 51
- Vincze*, Unionsrecht und Verwaltungsrecht: Eine rechtsvergleichende Untersuchung zur Rezeption des Unionsrechts (2016)
- Vogenauer*, Sources Of Law and Legal Method in Comparative Law, in: Reimann/Zimmermann (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Law*² (2019) 878
- Vogl*, Die neue Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, in: Reichelt (Hrsg.), *Europäisierung des Wasserrechts* (2002) 55
- Voigt*, Preface, in: Voigt (Hrsg.), *Rule of Law for Nature. New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013)
- Voigt*, The principle of sustainable development, in: Voigt (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 146

- Voigt* (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013)
- Wagner*, Die Judikatur zur „3. Piste“ – Vom Senkrechtstart zur Bruchlandung in Sachen Klimaschutz, ZVG 2017/4, 282
- Wagner*, Fehlende Umsetzung von Aarhus im Wasserrecht, RdU 2018/1, 34
- Wagner*, Integratives Umweltrecht auf nationaler und europäischer Ebene, RdU 1999/1, 3
- Wagner/Bergthaler/Krömer/Grabmair*, *Eigenrechtsfähigkeit der Natur* (2022)
- Wagner/Fasching*, Das Postulat der Gerechtigkeit im Umweltrecht: Zugleich eine Betrachtung des Sustainable Development Goal 16, Österreichisches Archiv für Recht und Religion 2017/1-2, 572
- Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer*, Bundesverfassungsrecht¹⁰ (2007)
- Warnock*, Compliance and Enforcement, in: Salmon/Grinlinton (Hrsg.), *Environmental Law in New Zealand*² (2018) 1032
- Watson*, Putting a Price on Freshwater in New Zealand: Can We Afford Not to, *New Zealand Journal of Environmental Law* 2018/10, 245
- G. Weber* (Hrsg.), *Debates sobre cooperación y modelos de desarrollo: Perspectivas desde la sociedad civil en el Ecuador* (2011)
- J. Weber*, Die Erde ist nicht Untertan: Grundrechte der Natur (1996)
- K. Weber*, Sozialverträglichkeit: Rechtliche Wege zu einer „BOTTOM-UP“ Politik, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer (Hrsg.), *Umweltpolitik durch Recht – Möglichkeiten und Grenzen* (1992) 67
- T. Weber*, Das Recht auf Zugang zu Überprüfungsverfahren hinsichtlich umweltrelevanter Verordnungen, in: Ennöckl/Niederhuber (Hrsg.), *Umweltrecht. Jahrbuch 17* (2017), 300
- T. Weber*, Jetzt aber wirklich: Vorschläge für eine Aarhus-Umsetzung im Wasserrecht, RdU-UT 2016/2, 51
- T. Weber*, *Umweltschutz durch Rechtsschutz?*, (2015)
- T. Weber*, Von Richtlinien, Verordnungen und geschützten Arten, RdU 2023/4, 133
- Wegener*, *Rechte des Einzelnen* (1998)
- Wegener*, Vollzugskontrolle durch Klagerechte vor mitgliedstaatlichen Gerichten, in: Lübbecke/Wolff (Hrsg.), *Der Vollzug des europäischen Umweltrechts* (1996) 145
- Weil*, Draft for a statement of human obligations, in: Miles (Hrsg.), *Simone Weil: An Anthology* (2005) 221
- Weil*, Human Personality, in: Miles (Hrsg.), *Simone Weil: An Anthology* (2005) 69
- Welan*, Umweltschutz durch Verfassungsrecht, in: Kerschner (Hrsg.), *Staatsziel Umweltschutz* (1996) 31
- Welz*, Die bundesstaatliche Struktur, in: Jäger/Haas/Welz (Hrsg.), *Regierungssystem der USA* (2007) 69
- Wesche*, Rights of Nature in Practice: A Case Study on the Impacts of the Colombian Atrato River Decision, *Journal of Environmental Law*, 2021/3, 1

- Wevers, Recognising Rangatiratanga through Co-Management: The Waikato River Settlement, *New Zealand Law Review* 2013/4, 689
- White, Indigenous Peoples, the International Trend Toward Legal Personhood for Nature, and the United States, *American Indian Law Review* 2018/1, 129
- Whittemore, The Problem of Enforcing Nature's Rights under Ecuador's Constitution: Why the 2008 Environmental Amendments Have No Bite, *Pacific Rim Law & Policy Journal Association* 2011/3, 659
- Wiederin, Die Stufenbaulehre Adolf Julius Merkl's, in: Griller/Rill (Hrsg.), *Rechtstheorie: Rechtsbegriff – Dynamik – Auslegung* (2011) 81
- Wilk/Rydhagenb/Jonssona/del Callejoc/Cerrutoc/Chilac/Encinasc, Framing and blaming in the Cochabamba water agenda: local, municipal and regional perspectives, *Water Policy* 2017/4, 620
- Wimmer, Einbettung der Ökonomie in den ökologischen Rahmen: Das Wirtschaftsrecht als Instrument der Ökologie, in: Pernthaler/K. Weber/Wimmer (Hrsg.), *Umweltpolitik durch Recht – Möglichkeiten und Grenzen* (1992) 87
- Winkler, Wirtschaftsverfassung bestimmter Art, in: Rack (Hrsg.), *Grundrechtsreform* (1985) 193
- C. Winter, A Seat At The Table: Te Awa Tupua, Te Urewera, Taranaki Maunga and Political Representation, *borderlands* 2021/1, 116
- G. Winter, Ecological proportionality: an emerging principle of law for nature?, in: Voigt (Hrsg.), *Rule of Law for Nature: New Dimensions and Ideas in Environmental Law* (2013) 111
- Wise, Nonhuman Rights to Personhood, *Pace Environmental Law Review* 2013/3, 1278
- Wolkmer/Wolkmer/Ferrazzo, Derechos de la Naturaleza: para un paradigma político y constitucional desde la América Latina, in: Estupiñán Achury/Storini/Martínez Dalmau/de Carvalho Dantas (Hrsg.), *La Naturaleza como sujeto de derechos en el constitucionalismo democrático* (2019) 71
- Wood Jr., The United Nations World Charter for Nature: The Developing Nations' Initiative to Establish Protections for the Environment, *Ecology Law Quarterly* 1985/4, 977
- Yang/Percival, The Emergence of Global Environmental Law, *Ecology Law Quarterly* 2009/3, 615
- Youatt, Personhood and the Rights of Nature: The New Subjects of Contemporary Earth Politics, *International Political Sociology* 2017/1, 39
- Zaffaroni, La naturaleza como persona: de la Pachamama a la Gaia, in: Espinosa Gallegos-Anda/Pérez Fernández (Hrsg.), *Los Derechos de la Naturaleza y la Naturaleza de sus Derechos* (2011) 3
- Zaffaroni, La naturaleza como persona: Pacha mama y Gaia, in: Ávila Linzán (Hrsg.), *Política, justicia y Constitución* (2011) 309
- Zartner, Watching Whanganui & the Lessons of Lake Erie: Effective Realization of Rights of Nature Laws, *Vermont Journal of Environmental Law* 2021/1, 1

Zweigert/Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung auf dem Gebiete des Privatrechts³ (1996)

Zweigert/Puttfarken, Analoge Rechtsinstitute in verschiedenen Gesellschaftsordnungen, in: *Zweigert/Puttfarken* (Hrsg.), Rechtsvergleichung (1978) 395

Zweigert/Puttfarken, Einleitung: Zur Notwendigkeit diese Bandes, in: *Zweigert/Puttfarken* (Hrsg.), Rechtsvergleichung (1978) 1

Zweigert/Puttfarken (Hrsg.), Rechtsvergleichung (1978)

Rechtsquellenverzeichnis

Österreich

Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch JGS 946

Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 BGBl 1991/51

Altlastensanierungsgesetz BGBl 1989/299

Bundesgesetz über das Verfahren der Verwaltungsgerichte BGBl 2013/33

Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit BGBl 1993/697

Bundesgesetz über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden BGBl I 2009/55

Bundes-Verfassungsgesetz BGBl 1930/1

Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung BGBl I 2013/111

Burgenländisches Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz LGBI 1991/97

Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210

Forstgesetz 1975 BGBl 1975/440

Gewerbeordnung 1994 BGBl 1994/194

Nö. Naturschutzgesetz 2000 LGBI 5500-0

Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001 LGBI 2001/129

Salzburger Naturschutzgesetz 1999 LGBI 1999/73

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über die Festlegung des ökologischen Zustandes für Oberflächengewässer BGBl II 2010/99

Vlbg. Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung LGBI 1997/22

Wasserrechtsgesetz 1959 BGBl 1959/215

Wiener Umwelthaftungsgesetz LGBI 2012/35

Rechtsprechung

OGH 27.9.2000, 7 Ob 60/00z

US 30.10.2013, US 4 A/2010/14-182

VfGH 1.3.1989, V 25/88

VfGH 9.3.1989, G 220/88, G 221/88 G 237/88

VfGH 17. 6. 1992, G 45/91
VfGH 1. 12. 2004, V 124/03
VfGH 29. 6. 2017, E 875/2017 u. a.
VfGH 30. 9. 2020, G 144/2020
VfGH 15. 12. 2021, V 425/2020
VfGH 5. 12. 2022, V 220/2022
VfGH 27. 6. 2023, G 139/2021
VwGH 8. 9. 1998, 96/03/0266
VwGH 19. 11. 1998, 96/07/0059
VwGH 25. 5. 2000, 97/07/005
VwGH 26. 1. 2012, 2010/07/0181
VwGH 26. 11. 2015, 2012/07/0237
VwGH 30. 3. 2017, Ro 2015/07/0033
VwGH 19. 2. 2018, Ra 2015/07/0074
VwGH 3. 10. 2018, Ra 2017/07/0135
VwGH 10. 12. 2021, Ra 2020/07/0077

Europäische und internationale Rechtsquellen und Dokumente

Europäische Union – Rechtsakte und sonstige Dokumente

Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl. C 2000/364, 1
Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die Anwendbarkeit des Vorsorgeprinzips vom 2. 2. 2000, KOM (2000) 1 endgültig
RL 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser, ABl. L 1991/135, 40
RL 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. L 1992/206, 7
RL 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Verminderung und Vermeidung der Umweltverschmutzung, ABl. L 1996/257, 26
RL 2000/60/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, ABl. L 2000/327, 1
RL 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, ABl. L 2001/197, 30
RL 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. 4. 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden, ABl. L 2004/143, 56
RL 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten, ABl. L 1979/103, 1

RL 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung), ABl. L 2010/334, 17

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. C 2016/202, 47

VO 2024/XX/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 1991, ABl. L. 2024/1991, 29. 7. 2024

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Wiederherstellung der Natur, COM(2022) 304 final

Europäische Union – Rechtsprechung

EuG 17.5.2018, T-429/13 und T-451/13, *Bayer CropScience AG*

EuGH 28.2.1991, C-131/88, *Grundwasser-RL*

EuGH 7.9.2004, C-127/02, *Waddenzee*

EuGH 25.7.2008, C-237/07, *Janecek*

EuGH 8.3.2011, C-240/09, *Lesoochranárske zoskupenie VLK (Slowakischer Braunbär)*

EuGH 12.5.2011, C-115/09, *Trianel*

EuGH 1.7.2015, C-461/13, *Weservertiefung*

EuGH 8.11.2016, C-243/15, *Lesoochranárske zoskupenie VLK II (Slowakischer Braunbär II)*

EuGH 20.12.2017, C-664/15, *Protect*

EuGH 17.4.2018, C-441/17, *Wald von Białowieża*

EuGH 25.7.2018, C-164/17, *Grace and Sweetman*

EuGH 10.10.2019, C-674/17, *Tapiola*

Vereinte Nationen – Rechtsquellen und sonstige Dokumente

Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16. 12. 1966 BGBl 1978/590

Übereinkommen über die Biologische Vielfalt (Biodiversitätskonvention) vom 5. 6. 1992 BGBl 1995/213

United Nations Economic and Social Council, Study on the need to recognize and respect the rights of Mother Earth, Report to the Permanent Forum on Indigenous Issues, 15. 1. 2010, E/C.19/2010/4

United Nations Environment Programme, Global Environment Outlook – GEO-6: Regional Assessment for the Pan-European Region, www.unep.org/resources/report/geo-6-global-environment-outlook-regional-assessment-pan-european-region (Stand 2. 7. 2024)

Vereinte Nationen – Generalversammlung – Resolutionen

UN GA 28.10.1982, World Charter for Nature, A/RES/37/7

UN GA 22.4.2009, International Mother Earth Day, A/RES/63/278

UN GA 27.7.2012, The Future We Want, A/RES/66/288

UN GA 21.12.2012, Harmony with Nature, A/RES/67/214
UN GA 20.12.2013, Harmony with Nature, A/RES/68/216
UN GA 19.12.2014, Harmony with Nature, A/RES/69/224
UN GA 22.12.2015, Harmony with Nature, A/RES/70/208
UN GA 21.12.2016, Harmony with Nature, A/RES/71/232
UN GA 20.12.2017, Harmony with Nature, A/RES/72/223
UN GA 20.12.2018, Harmony with Nature, A/RES/73/235
UN GA 19.12.2019, Harmony with Nature, A/RES/74/224
UN GA 21.12.2020, Harmony with Nature, A/RES/75/220
UN GA 28.12.2022, Harmony with Nature, A/RES/77/169

Vereinte Nationen – Generalsekretariat – Berichte

UN GA 19.8.2010, Harmony with Nature, A/65/314
UN GA 15.8.2011, Harmony with Nature, A/66/302
UN GA 17.8.2012, Harmony with Nature, A/67/317
UN GA 15.8.2013, Harmony with Nature, A/68/325
UN GA 18.8.2014, Harmony with Nature, A/69/322
UN GA 4.8.2015, Harmony with Nature, A/70/268
UN GA 1.8.2016, Harmony with Nature, A/71/266
UN GA 19.7.2017, Harmony with Nature, A/72/175
UN GA 23.7.2018, Harmony with Nature, A/73/221
UN GA 26.7.2019, Harmony with Nature, A/74/236
UN GA 28.7.2020, Harmony with Nature, A/75/266
UN GA 28.7.2022, Harmony with Nature, A/77/244

Weitere Rechtsquellen und sonstige Dokumente

Additional Protocol to the American Convention on Human Rights in the Area of Economic, Social and Cultural Rights „Proctol of San Salvador“ vom 17.11.1988
Protokoll zur Durchführung der Alpenkonvention von 1991 im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege (Protokoll „Naturschutz und Landschaftspflege“) vom 20.12.1994, BGBl III 2002/236
Regional Agreement on Access to Information, Public Participation and Justice in Environmental Matters in Latin America and the Caribbean vom 4.3.2018
Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (Berner Konvention) vom 19.9.1979 BGBl 1983/372
Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern vom 27.6.1989

Übereinkommen über Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel (Ramsar-Konvention) vom 2. 2. 1971, BGBl 1983/225

Übereinkommen über Umweltinformationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention) vom 25. 6. 1998 BGBl III 2005/88

Übereinkommen zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention) vom 7. 11. 1991, BGBl 1995/447

Sonstige Rechtsprechung

ACCC 16. 12. 2011, ACCC/C/2010/48 (Österreich), ECE/MP.PP/C.1/2012/4

ACCC 29. 9. 2013, ACCC/C/2011/63 (Österreich), ECE/MP.PP/C.1/2014/3

Arbitration Tribunal administered by the Permanent Court of Arbitration 30. 8. 2018, 2009-23 (Chevron Texaco vs. Ecuador)

Corte Interamericana de Derechos Humanos 15. 11. 2017, Opinión Consultiva OC-23/17, Solicitada por la República de Colombia, Medio Ambiente y Derechos Humanos

Corte Interamericana de Derechos Humanos 6. 2. 2020, Comunidades indígenas miembros de la Asociación Lhaka Honhat (Nuestra Tierra) vs. Argentina

EGMR 9. 12. 1994, 16798/90, *Lopez Ostra/Spanien*

EGMR 19. 2. 1998, 14967/89, *Guerra u. a./Italien*

EGMR 30. 11. 2004, 48939/99, *Öneryildiz/Türkei*

EGMR 20. 3. 2008, 15339/02, *Budayeva u. a./Russland*

EGMR 27. 1. 2009, 67021/01, *Tatar/Rumänien*

EGMR 17. 11. 2015, 14350/05, *Özel u. a./Türkei*

EGMR 9. 4. 2024, 53600/20, *Verein Klimaseniorinnen Schweiz u. a./Schweiz*

USA

Rechtsquellen mit „Rechten der Natur“

Blaine Township Corporate Land Development Ordinance No. 6 (Pennsylvania), angenommen am 16. 10. 2006, aufgehoben 2010, abrufbar unter web.archive.org/web/20101019062320/http://celdf.org/downloads/Ordinance%20-%20Blaine%20Township%20Land%20Development%20Ordinance.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Blaine-VO]

Borough of Baldwin Ordinance No. 838 (Pennsylvania), angenommen am 21. 6. 2011, abrufbar unter ecode360.com/15715113 (Stand 2. 7. 2024) [Baldwin-VO]

Borough of Forest Hills Ordinance No. 1017 (Pennsylvania), angenommen am 19. 10. 2011, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload676.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Forest Hills-VO]

Borough of West Chester Community Bill of Rights (Pennsylvania), angenommen am 11. 3. 2015, abrufbar unter ecode360.com/12119281 (Stand 2. 7. 2024) [West Chester-Verfassungsergänzung]

Borough of Wilkinsburg's Community Protection from Natural Gas Extraction Ordinance (Pennsylvania), angenommen am 20. 7. 2011, abrufbar unter celdf.org/wp-content/uploads/2

- 015/08/Wilkinsburg-PA-Community-Protection-from-Natural-Gas-Extraction-Ordinance-12-2-10.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Wilkinsburg-VO]
- City of Athens Community Bill of Rights and Water Supply Protection Ordinance No. 0-08-18, § I(5) (Ohio), angenommen am 19.2.2018, ersetzt durch einzelstaatliches Recht, abrufbar unter library.municode.com/oh/athens/codes/code_of_ordinances?nodeId=TIT97INPE_CH97.01ATCOBIRIWASUPROR (Stand 2. 7. 2024) [Athens-VO]
- City of Broadview Heights Ordinance No. 115-12 (Ohio), angenommen am 4.9.2012, aufgehoben, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload680.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Broadview Heights-VO]
- City of Lafayette Climate Bill of Rights Ordinance (Colorado), angenommen am 21.3.2017, abrufbar unter cocrn.org/lafayette-climate-bill-rights/ (Stand 2. 7. 2024) [Lafayette-VO 2017]
- City of Lafayette Community Rights Act (Colorado), angenommen am 7. 11. 2013, aufgehoben am 9.8.2014, abrufbar unter cocrn.org/lafayette-community-rights-act/ (Stand 2. 7. 2024) [Lafayette-Verfassungsergänzung 2013]
- City of Las Vegas Community Water Rights and Local Self-Government Ordinance (New Mexico), angenommen am 19.5.2012, abrufbar unter web.archive.org/web/20150520233053/http://www.celdf.org/downloads/Las_Vegas_NM_Community_Water_Rights_and_Local_Self_Government_Ordinance.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Las Vegas-VO]
- City of Oberlin Community Bill of Rights and Obligations Ordinance (Ohio), angenommen am 5. 11. 2013, ersetzt durch einzelstaatliches Recht, abrufbar unter www.documentcloud.org/documents/7220709-Oberlin-Ohio-Community-Bill-of-Rights.html (Stand 2. 7. 2024) [Oberlin-VO]
- City of Pittsburgh Ordinance supplementing the Pittsburgh Code, Title Six, Conduct, Article 1 by adding Chapter 618 entitled Marcellus Shale Natural Gas Drilling (Pennsylvania), angenommen am 16. 11. 2010, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload673.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Pittsburgh-VO 2010]
- City of Pittsburgh Ordinance supplementing the Pittsburgh Code, Title Six, Conduct, Article 1 by adding Chapter 619 entitled Toxic Trespass Resulting from Unconventional Natural Gas Drilling (Pennsylvania), angenommen am 19. 12. 2011, aufgehoben, abrufbar unter communityrights.us/wp-content/uploads/2019/02/Pittsburgh-Toxic-Trespass-finalordinance-11-13-11.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Pittsburgh-VO 2011]
- City of Santa Cruz Ordinance Local Control, Pesticide and Chemical Trespass Ordinance (California), angenommen am 1.2.2009, abrufbar unter web.archive.org/web/20101121153751/http://celdf.org/downloads/Ordinance%20-%20Santa%20Cruz%20Pesticide%20Ordinance%2011-20=08.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Santa Cruz-VO]
- City of Santa Monica Sustainability Rights Ordinance No. 2421 (California), angenommen am 9.4.2013, ersetzt durch idente Rechtsnorm 2019, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload683.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Santa Monica-VO 2013]
- City of Santa Monica Sustainability Rights Ordinance No. 2611CCS (California), angenommen am 25.6.2019, abrufbar unter ecode360.com/42743262#42743262 (Stand 2. 7. 2024) [Santa Monica-VO 2019]

- City of Santa Monica Sustainable City Plan (California), angenommen am 14. 1. 2014, abrufbar unter www.smgov.net/uploadedFiles/Departments/OSE/Categories/Sustainability/Sustainable-City-Plan.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Santa Monica-Nachhaltigkeitsplan 2014]
- City of Santa Monica Sustainable Groundwater Management Ordinance No. 2584CCS (California), angenommen am 28. 8. 2018, abrufbar unter ecode360.com/42740685 (Stand 2. 7. 2024) [Santa Monica-Grundwasser-VO 2018]
- City of Toledo Lake Erie Bill of Rights Law (Ohio), angenommen am 26. 2. 2019, aufgehoben am 27. 2. 2020, abrufbar unter www.beyondpesticides.org/assets/media/documents/LakeErieBillofRights.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Toledo-Verfassungsergänzung]
- City of Waterville Community Bill of Rights Ordinance (Ohio), angenommen am 30. 6. 2016, ersetzt durch einzelstaatliches Recht, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload964.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Waterville-VO]
- East Brunswick Township Sewage Sludge Ordinance (Pennsylvania), angenommen am 6. 12. 2006, aufgehoben, abrufbar unter ecojurisprudence.org/wp-content/uploads/2022/02/US_East-Brunswick-Township_East-Brunswick-Township-Sewage-Sludge-Ordinance_11.pdf (Stand 2. 7. 2024) [East Brunswick-VO]
- Ferguson Township Community Bill of Rights (Pennsylvania), angenommen am 6. 11. 2012, abrufbar unter ecojurisprudence.org/wp-content/uploads/2022/02/US_Township-of-Ferguson_Ferguson-Township-Community-Bill-of-Rights_74.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Ferguson-VO]
- Grant Township Community Bill of Rights Ordinance (Pennsylvania), angenommen am 1. 6. 2014, tw. aufgehoben 2015, abrufbar unter s3.amazonaws.com/s3.documentcloud.org/documents/1370022/grant-township-community-bill-of-rights-ordinance.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Grant-VO 2014]
- Grant Township Home Rule Charter (Pennsylvania), angenommen am 3. 11. 2015, aufgehoben, abrufbar unter celdf.org/wp-content/uploads/2016/02/Grant-Township-Community-Rights-Home-Rule-Charter.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Grant-Verfassung 2015]
- Highland Township Ordinance No. 1-9/2013 (Pennsylvania), angenommen am 9. 1. 2013, aufgehoben am 10. 8. 2016, abrufbar unter ia600904.us.archive.org/30/items/554935-highland-township-community-rights-and/554935-highland-township-community-rights-and.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Highland-VO]
- Licking Township Community Water Rights and Self-Government Ordinance (Pennsylvania), angenommen am 12. 10. 2010, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload671.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Licking-VO]
- Lincoln County Freedom from Aerially Sprayed Pesticides Ordinance (Oregon), angenommen am 16. 5. 2017, aufgehoben, abrufbar unter www.lincolncountycommunityrights.org/wp-content/uploads/2015/08/Filed-Ordinance_Freedom-from-Aerially-Sprayed-Pesticides-Ordinance-of-Lincoln-County.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Lincoln County-VO]
- Mahanoy Township Sewage Sludge Ordinance No. 2008-2 (Pennsylvania), angenommen am 21. 2. 2008, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload668.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Mahanoy-VO]
- Mendocino County Community Bill of Rights Ordinance No. 11-4-2014(1) (California), angenommen am 4. 11. 2014, abrufbar unter library.municode.com/ca/mendocino_county/co

- des/code_of_ordinances?nodeId=MECOCO_TIT8PUHESAWE_CH8.05COBIRIMES (Stand 2. 7. 2024) [Mendocino-VO]
- Menominee Tribe Resolution No. 19-52, angenommen am 16. 1. 2020, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload981.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Menominee Tribe-Beschluss]
- Mora County Community Water Rights and Local Self-Government Ordinance 2013-01 (New Mexico), angenommen am 29. 4. 2013, aufgehoben 2015, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload682.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Mora County-VO]
- Navajo Nation Code, Änderung angenommen am 1. 11. 2002, abrufbar unter www.nnols.org/wp-content/uploads/2022/05/1-5.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Navajo Nation Code]
- Newtown Township Comprehensive Plan Ordinance (Pennsylvania), angenommen 2009, abrufbar unter ecojurisprudence.org/wp-content/uploads/2022/02/US_Newtown-Township-Newtown-Township-Comprehensive-Plan-Ordinance_23.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Newtown-VO]
- Nez Perce Tribe Resolution (Idaho), angenommen am 20. 6. 2020, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload980.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Nez Perce Tribe-Beschluss]
- Nockamixon Township Corporate Mining, Bodily Trespass and Democratic Self-Government Ordinance (Pennsylvania), angenommen am 1. 7. 2008, abrufbar unter web.archive.org/web/20101019042440/http://celdf.org/article.php?id=421 (Stand 2. 7. 2024) [Nockamixon-VO]
- Orange County Charter Amendment (Florida), angenommen am 3. 11. 2020, aufgehoben, abrufbar unter static1.squarespace.com/static/5e3f36df772e5208fa96513c/t/5fc531f77acac6192a6998ac/1606758904164/Orange+County+Florida+Rights+of+Nature+Law+Approved+November+3+2020.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Orange County-Verfassungsergänzung]
- Packer Township Local Control, Sewage Sludge and Chemical Trespass Ordinance (Pennsylvania), angenommen am 11. 6. 2008, aufgehoben, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload672.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Packer-VO]
- Ponca Tribe Resolution No 01-01092018 (Oklahoma), angenommen am 20. 10. 2017, abrufbar unter static1.squarespace.com/static/5e3f36df772e5208fa96513c/t/5fbd1628f6f5f91feb704f8e/1606227497137/Revised+2019+Ponca+Tribe+Law+of+Rights+of+Nature.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Ponca Tribe-Beschluss 2017]
- Ponca Tribe Resolution No 51-07062022 (Oklahoma), angenommen am 6. 7. 2022, abrufbar unter www.movementrights.org/wp/wp-content/uploads/2022/10/Resolution-Rights-of-the-River.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Ponca Tribe-Beschluss 2022]
- Rush Township Sewage Sludge Ordinance (Pennsylvania), angenommen am 21. 9. 2006, abrufbar unter ecojurisprudence.org/wp-content/uploads/2022/02/US_Rush-Township-Sewage-Sludge-Ordinance_8.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Rush-VO]
- Shrewsbury Township Sewage Sludge Ordinance (Pennsylvania), angenommen am 3. 9. 2008, abrufbar unter ecojurisprudence.org/wp-content/uploads/2022/02/US_Shrewsbury-Shrewsbury-Township-Local-Control-Sewage-Sludge-and-Chemical-Trespass-Ordinance_279.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Shrewsbury-VO]
- State College Borough Bill of Rights (Pennsylvania), angenommen am 8. 11. 2011, abrufbar unter ecode360.com/attachment/ST2624/ST2624-CHA.pdf (Stand 2. 7. 2024) [State College-Verfassungsergänzung]

- Tamaqua Borough Ordinance No. 612 (Pennsylvania), angenommen am 19.9.2006, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload666.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Tamaqua-VO 2006]
- Tamaqua Borough Ordinance No. 620 (Pennsylvania), angenommen am 1.5.2007, abrufbar unter ecode360.com/print/TA3193?guid=30184069&children=true (Stand 2. 7. 2024) [Tamaqua-VO 2007]
- Todd Township Community Bill of Rights Ordinance (Pennsylvania), angenommen am 9. 7. 2018, aufgehoben, abrufbar unter www.attorneygeneral.gov/wp-content/uploads/2018/07/todd-town-ship-Ordinance.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Todd-VO]
- Town of Alexandria Community Bill of Rights (New Hampshire), angenommen am 24. 3. 2015, abrufbar unter [alexandrianh.com/attachments/File/rbo_2015\(1\).pdf](https://alexandrianh.com/attachments/File/rbo_2015(1).pdf) (Stand 2. 7. 2024) [Alexandria-VO]
- Town of Atkinson Water Withdrawal Control Ordinance (New Hampshire), angenommen am 12. 9. 2007, geändert am 20. 10. 2008, abrufbar unter www.town-atkinsonnh.com/sites/g/files/vyhlf8101f/uploads/2012_town_ordinances_update.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Atkinson-VO]
- Town of Barnstead Water Rights & Local Self-Government Ordinance (New Hampshire), angenommen am 18. 3. 2006, geändert am 20. 10. 2007, abrufbar unter www.smgov.net/uploadsFiles/Departments/OSE/Task_Force_on_the_Environment/TFE_2008/Attachment%20Rights%20of%20Nature%20Demo.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Barnstead-VO]
- Town of Barrington Community Bill of Rights Ordinance (New Hampshire), angenommen am 8. 3. 2016, abrufbar unter www.barrington.nh.gov/sites/g/files/vyhlf2766f/uploads/bill_of_rights.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Barrington-VO]
- Town of Danbury Community Bill of Rights Ordinance (New Hampshire), angenommen am 11. 3. 2014, aufgehoben, abrufbar unter ecojurisprudence.org/wp-content/uploads/2022/02/US_Danbury-Ordinance_276.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Danbury-VO]
- Town of Easton Right to A Sustainable Energy Future and Community Self-Government Ordinance (New Hampshire), angenommen am 13. 3. 2012, abrufbar unter eastonn.h.files.wordpress.com/2019/05/easton-town-ordinances-3-28-2019.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Easton-VO]
- Town of Exeter Right to a Healthy Climate Ordinance (New Hampshire), angenommen am 12. 3. 2019, aufgehoben, abrufbar unter s3.documentcloud.org/documents/7221136/Exeter-Right-to-a-Healthy-Climate-Ordinance.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Exeter-VO]
- Town of Grafton Right to A Sustainable Energy Future and Community Self-Government Ordinance (New Hampshire), angenommen am 12. 3. 2013, abrufbar unter web.archive.org/web/20150520233124if_/http://www.celdf.org/downloads/Grafton_NH_Community_Rights_Ordinance_0313.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Grafton-VO]
- Town of Halifax Ordinance to Amend the Town Code Adding Article VII (Virginia), angenommen am 7. 2. 2008, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload667.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Halifax-VO]
- Town of Hebron Community Bill of Rights Ordinance (New Hampshire), angenommen am 11. 3. 2014, abrufbar unter www.hebronnh.gov/sites/g/files/vyhlf3256f/uploads/annual_report_2014_final.pdf (Stand 2. 7. 2024) [Hebron-VO]

- Town of Mountain Lake Park Natural Gas Extraction Ordinance No. 2011-01 (Maryland), angenommen am 3.3.2011, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload677.pdf (Stand 2.7.2024) [Mountain Lake-VO]
- Town of Newfield Water Ordinance (Maine), angenommen am 14.3.2009, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload670.pdf (Stand 2.7.2024) [Newfield-VO]
- Town of Nottingham Freedom from Chemical Trespass Rights-Based Ordinance (New Hampshire), angenommen am 16.3.2019, aufgehoben, abrufbar unter www.nottinghamwateralliance.com/uploads/1/3/1/0/131023357/chemicaltrespass-rbo.pdf (Stand 2.7.2024) [Nottingham-VO 2019]
- Town of Nottingham Water Rights and Local Self-Government Ordinance (New Hampshire), angenommen am 15.3.2008, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload669.pdf (Stand 2.7.2024) [Nottingham-VO 2008]
- Town of Plymouth Community Rights-Based Ordinance for a Sustainable Energy Future (New Hampshire), angenommen am 31.1.2018, abrufbar unter webgen1files1.revize.com/plymouthnh/Town%20Documents%20and%20Files/2018-CC-Plymouth-RBO.pdf (Stand 2.7.2024) [Plymouth-VO 2018]
- Town of Plymouth Right to a Sustainable Energy Future and Community Self-Government Ordinance (New Hampshire), angenommen am 13.3.2012, abrufbar unter web.archive.org/web/20151002215959if_/http://www.celdf.org/downloads/Plymouth_NH_Community_Self_Government_Ordinance.pdf (Stand 2.7.2024) [Plymouth-VO 2012]
- Town of Sangerville Community Bill of Rights Ordinance (Maine), angenommen am 18.9.2013, abrufbar unter sangervilleme.com/wp-content/uploads/2015/06/Community-Bill-of-Rights.pdf (Stand 2.7.2024) [Sangerville-VO]
- Town of Shapleigh Water Rights and Local Self-Government Ordinance (Maine), angenommen am 28.2.2009, abrufbar unter ecode360.com/14302755 (Stand 2.7.2024) [Shapleigh-VO]
- Town of Sugar Hill Right to a Sustainable Energy Future, Right to Scenic Preservation, and Community Self-Government Ordinance (New Hampshire), angenommen am 13.3.2011, ev. aufgehoben, abrufbar unter web.archive.org/web/20150520233038/http://www.celdf.org/downloads/Sugar_Hill_NH_Community_Self_Government_Ordinance.pdf (Stand 2.7.2024) [Sugar Hill-VO]
- Town of Van Etten Community Water Rights and Self Government Ordinance (New York), angenommen 2009, aufgehoben, abrufbar unter web.archive.org/web/20101019042846/http://celdf.org/article.php?id=423 (Stand 2.7.2024) [Van Etten-VO]
- Town of Wales Community Protection of Natural Resources Law (New York), angenommen am 14.6.2011, abrufbar unter ecode360.com/print/WA1347?guid=28771798 (Stand 2.7.2024) [Wales-Gesetz]
- Village of Yellow Springs' Community Protection from Gas and Oil Extraction Ordinance No. 2012-17 (Ohio), angenommen am 1.10.2012, ersetzt durch einzelstaatliches Recht, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload681.pdf (Stand 2.7.2024) [Yellow Springs-VO]
- West Homestead Borough's Community Protection from Natural Gas Extraction Ordinance No. 659 (Pennsylvania), angenommen am 10.5.2011, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload679.pdf (Stand 2.7.2024) [West Homestead-VO]

White Earth Nation 1855 Resolution No. 2018-05 establishing Rights of Manoomin, angenommen am 5.12.2018, abrufbar unter whiteearth.com/assets/files/judicial/codes/1855%20Res%20estab%20Rts%20of%20Manoomin%202018%20with%20Resolution.pdf (Stand 2.7.2024) [White Earth Nation-Beschluss]

Yurok Tribe Resolution Establishing the Rights of the Klamath River, angenommen am 9.5.2019, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload833.pdf (Stand 2.7.2024) [Yurok Tribe-Beschluss 2019]

Yurok Tribe Rights of the Heyhl-keek 'We-roy Ordinance 85 § 4001, angenommen am 22.2.2024, abrufbar unter yurok.tribal.codes/YTC/21.60_ArtI (Stand 2.7.2024) [Yurok Tribe-Verordnung 2024]

Sonstige Rechtsquellen oder Dokumente

California Water Code (California), angenommen am 1.1.2019, abrufbar unter [leginfo.legislature.ca.gov/faces/codes_displayText.xhtml?lawCode=WAT&division=6.&title=&part=2.74.&chapter=2.&article=](https://leginfo.ca.gov/faces/codes_displayText.xhtml?lawCode=WAT&division=6.&title=&part=2.74.&chapter=2.&article=) (Stand 2.7.2024)

Clean Water Act, veröffentlicht im United States Code, Supplement 1, Title 33 – Navigation and Navigable Waters § 1251 am 1.3.1972, abrufbar unter www.govinfo.gov/content/pkg/USCODE-2019-title33/pdf/USCODE-2019-title33.pdf (Stand 2.7.2024)

Endangered Species Act, veröffentlicht im United States Code, 2018 Edition, Supplement 1, Title 16 – Conservation § 1531 am 28.12.1973, abrufbar unter www.govinfo.gov/content/pkg/USCODE-2019-title16/pdf/USCODE-2019-title16-chap35.pdf (Stand 2.7.2024)

Florida Administrative Code (Florida), angenommen am 12.7.2009, abrufbar unter www.flrules.org/gateway/ruleNo.asp?id=62-520.200 (Stand 2.7.2024)

Florida Statutes (Florida), abrufbar unter www.leg.state.fl.us/statutes/index.cfm?App_mode=Display_Statute&URL=0300-0399/0373/Sections/0373.042.html (Stand 2.7.2024)

Ohio Revised Code § 2305.011 (Ohio), angenommen am 17.10.2019, abrufbar unter law.justia.com/codes/ohio/2020/title-23/chapter-2305/section-2305-011/ (Stand 2.7.2024)

Safe Drinking Water Act, veröffentlicht im United States Code, Supplement 1, Title 42 – The Public Health and Welfare § 300f am 16.12.1974, abrufbar unter www.govinfo.gov/content/pkg/USCODE-2019-title42/pdf/USCODE-2019-title42-chap6A-subchapXII.pdf (Stand 2.7.2024)

United States Advisory Commission on Intergovernmental Relations, State Constitutions in the Federal System. Selected Issues and Opportunities for State Initiatives (1989), abrufbar unter digital.library.unt.edu/ark:/67531/metadc1442/ (Stand 2.7.2024)

Utah House Bill 249 Legal Personhood Amendments (Utah), angenommen am 20.3.2024, abrufbar unter le.utah.gov/~2024/bills/static/HB0249.html

Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika, angenommen am 17.9.1787, abrufbar unter www.senate.gov/civics/constitution_item/constitution.htm (Stand 2.7.2024)

Rechtsprechung

Lincoln County Circuit Court 23.9.2019, Rex Capri, Wakefield Farms v. Dana W. Jenkins, Lincoln County, 17CV23360

U.S. Court of Appeals Second Circuit 12.3.1976, Sun Enterprises v. Train, 532 F.2d 280

- U.S. Court of Appeals Third Circuit 17.7.2017, *Seneca Resources Corporation v. Highland Township*, 16-3592
- U.S. District Court, D. Idaho 23.4.1992, *Coeur D’Alene Lake v. Kiebert*, 790 F. Supp. 998, 1006
- U.S. District Court for the District of Colorado 4.12.2017, *The Colorado River Ecosystem v. State of Colorado*, 17-CV-02316-NYW:
- Amended Complaint for Declaratory and Injunctive Relief 3.11.2017, U.S. District Court for the District of Colorado, *The Colorado River Ecosystem v. State of Colorado*, 17-CV-02316-NYW
 - Complaint for Declaratory Relief 26.9.2017, U.S. District Court for the District of Colorado, *The Colorado River Ecosystem v. State of Colorado*, 17-CV-02316-NYW
 - Defendant’s Motion to Dismiss Amended Complaint 1.12.2017, U.S. District Court for the District of Colorado, *The Colorado River Ecosystem v. State of Colorado*, 17-CV-02316-NYW
- U.S. District Court for the Northern District of Ohio Western Division 7.5.2019, *Drewes Farms Partnership, State of Ohio v. City of Toledo*, 3:19 CV 434
- U.S. District Court for the Northern District of Ohio Western Division 27.2.2020, *Drewes Farms Partnership, State of Ohio v. City of Toledo*, 3:19 CV 434
- U.S. District Court for the Southern District of New York 8.4.1975, *Byram River v. Village of Port Chester, New York*, 394 F. Supp. 618
- U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 14.10.2015, *Pennsylvania General Energy Company v. Grant Township*, 14-209ERIE
- U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 14.10.2015 (motion to intervene), *Pennsylvania General Energy Company v. Grant Township*, 14-209ERIE
- U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 15.1.2018, *Pennsylvania General Energy Company v. Grant Township*, 14-209ERIE
- U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 31.3.2019, *Pennsylvania General Energy Company v. Grant Township*, 14-209ERIE
- U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 29.3.2016, *Seneca Resources Corporation v. Highland Township*, 16-cv-289 Erie
- U.S. District Court for the Western District of Pennsylvania 20.9.2017, *Seneca Resources Corporation v. Highland Township*, 16-cv-289 Erie
- U.S. Supreme Court 31.1.1949, *Kovacs v. Cooper*, 336 U.S. 77
- U.S. Supreme Court 19.4.1972, *Sierra Club v. Morton*, 405 U.S. 727
- U.S. Supreme Court 12.6.1992, *Lujan v. Defenders of Wildlife*, 504 U.S. 555
- U.S. Supreme Court 12.1.2000, *Friends of the Earth v. Laidlaw Environmental Services*, 528 U.S. 167
- White Earth Tribal Court 14.9.2021, *White Earth Band of Ojibwe v. Minnesota DNR*, GC21-0428
- White Earth Tribal Court of Appeals 10.3.2022, *Minnesota DNR v. Manoomin*, AP21-0516

Ecuador

- Acuerdo Ministerial No. 169 (Ministerialbeschluss Nr. 169), veröffentlicht im Registro Oficial 655 am 7.3.2012, abrufbar unter faolex.fao.org/docs/pdf/ecu139228.pdf (Stand 2.7.2024)
- Código Orgánico del Ambiente (Umweltgesetz), veröffentlicht im Registro Oficial 983 am 12.4.2017, abrufbar unter vlex.ec/vid/codigo-organico-ambiente-879613056 (Stand 2.7.2024)
- Código Orgánico General de Procesos (Allgemeines Verfahrensgesetz), veröffentlicht im Registro Oficial 506 am 22.5.2015, abrufbar unter vlex.ec/vid/codigo-organico-general-procesos-643461269 (Stand 2.7.2024)
- Código Orgánico Integral Penal (Strafgesetz), veröffentlicht im Registro Oficial 138 am 3.2.2014, abrufbar unter vlex.ec/vid/codigo-organico-integral-penal-631464447 (Stand 2.7.2024)
- Constitución de la República del Ecuador 2008 (Verfassung von Ecuador 2008), veröffentlicht im Registro Oficial 449 am 20.10.2008, abrufbar unter vlex.ec/vid/constitucion-republica-ecuador-631446215 (Stand 2.7.2024)
- Estrategia de Respeto, Protección y Garantía para Promover los derechos de la naturaleza en el departamento de Nariño (RdN-Strategie Nariño), abrufbar unter 2016-2019.narino.gov.co/inicio/files/SalaDePrensa/Ambiental/Derechos_de_la_Naturaleza.pdf (Stand 2.7.2024)
- Ley Orgánica de Garantías Jurisdiccionales y Control Constitucional (Gesetz über rechtliche Garantien und Verfassungskontrolle), veröffentlicht im Registro Oficial 52 am 22.10.2009, abrufbar unter vlex.ec/vid/ley-organica-garantias-jurisdiccionales-643461681 (Stand 2.7.2024)
- Ley Orgánica de la Defensoría del Pueblo (Gesetz über die Defensoría del Pueblo), veröffentlicht im Registro Oficial 481 am 6.5.2019, abrufbar unter vlex.ec/vid/ley-1-ley-organica-643461689 (Stand 2.7.2024)
- Ley Orgánica de Recursos Hídricos, Usos y Aprovechamiento del Agua (Wassergesetz), veröffentlicht im Registro Oficial 305 am 6.8.2014, abrufbar unter vlex.ec/vid/ley-organica-recursos-hidricos-643461193 (Stand 2.7.2024)
- Ley Orgánica de regimen especial de la provincia de galapagos (Galápagosgesetz), veröffentlicht im Registro Oficial 520 am 11.6.2015, abrufbar unter vlex.ec/vid/ley-organica-regimen-especial-643461369 (Stand 2.7.2024)
- Reglamento Orgánico Funcional de la Defensoría del Pueblo (Verfügung über die Volksanwaltschaft), veröffentlicht im Registro Oficial 74 am 25.11.2009, abrufbar unter epntech.com/wp-content/uploads/2018/03/REGLAMENTO-ORGANICO-FUNCIONAL-DE-LA-DEFENSORIA-DEL-PUEBLO.pdf (Stand 2.7.2024)

Sonstige Dokumente

- Comité de Seguimiento, 4° Informe de Seguimiento Sentencia T-622 de 2016 (4. Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil, Juni 2019), atrato.minambiente.gov.co/wp-content/uploads/2021/11/Cuarto-Informe-de-avance-de-cumplimiento-de-la-sentencia-T-622.pdf (Stand 2.7.2024)
- Comité de Seguimiento, 6° Informe de Seguimiento Sentencia T-622 de 2016 (6. Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil, August 2020), atrato.minambiente.gov.co/wp-content/uploads/2021/11/Seis-Informe-de-avance-de-cumplimiento-de-la-sentencia-T-622.pdf (Stand 2.7.2024)

ads/2021/11/Sexto-Informe-de-avance-de-cumplimiento-de-la-sentencia-T-622.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Comité de Seguimiento, 10° Informe de Seguimiento Sentencia T-622 de 2016 (10. Umsetzungsbericht zum Atrato-Urteil, August 2022), atrato.minambiente.gov.co/wp-content/uploads/2022/11/Decimo-Informe-ST-622-2016-Agosto-2022.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Rechtsprechung

Corte Civil de Pichincha 18.3.2013 (Condor Mirador)

Corte Constitucional para el periodo de transición 16. 7. 2009, 0567-08-RA (Pronaca)

Corte Constitucional 26. 4. 2012, 0033-10-IN (Ley Galápagos)

Corte Constitucional 11. 3. 2015, 0796-12-EP (El Verдум)

Corte Constitucional 20. 5. 2015, 0507-12-EP (Cayapas)

Corte Constitucional 9. 7. 2015, 1281-12-EP (Minería ilegal Pastaza)

Corte Constitucional 27. 4. 2016, 0011-13-IN (Quimsacocha)

Corte Constitucional 23. 3. 2018, 0032-12-IS (Vilcabamba)

Corte Constitucional 16. 5. 2018, 0047-09-IS (Alpayacu)

Corte Constitucional 14. 3. 2019, 0003-19-OP (Defensoría del Pueblo)

Corte Constitucional 1. 7. 2020, 20-12-IN (Triángulo de Cuembí)

Corte Constitucional 9. 6. 2021, 32-17-IN (Reglamento Ambiental de Actividades Mineras)

Corte Constitucional 25. 8. 2021, 68-16-IN y 4-16-IO (Parque Chibunga)

Corte Constitucional 8. 9. 2021, 22-18-IN (Código Orgánico del Ambiente)

Corte Constitucional 10. 11. 2021, 1149-19-JP (Los Cedros)

Corte Constitucional 15. 12. 2021, 1185-20-JP (Río Aquepi)

Corte Constitucional 19. 1. 2022, 2167-21-EP (Río Monjas)

Corte Constitucional 27. 1. 2022, 273-19-JP (Sinangoe)

Corte Constitucional 27. 1. 2022, 253-20-JH (Mona Estrellita)

Corte Constitucional 5. 10. 2023, 7-23-UE (Actividad acuícola)

Corte Provincial de Imbabura 19. 6. 2019, 10332-2018-00640 (Los Cedros)

Corte Provincial de Justicia de Azuay 10. 5. 2019, 01281-2019-00032 (Bosque Collay)

Corte Provincial de Justicia de El Oro 23. 6. 2021, 07308-2020-00255 (La Chuva)

Corte Provincial de Justicia de Esmeraldas 11. 01. 2017, 08100-2010-0485 (La Chiquita)

Corte Provincial de Justicia de Loja 30. 3. 2011, 11121-2011-0010 (Vilcabamba)

Corte Provincial de Justicia de Los Ríos 16. 8. 2019, 12283201802414 (Soya Transgénica)

Corte Provincial de Justicia de Zamora Chinchipe 18. 9. 2019, 19304-2019-00204 (Nangaritzta)

Corte Provincial de Pichincha 19. 7. 2013, 17123-2013-0098 (Minería ilegal Río Granobles)

Corte Provincial de Pichincha 20. 6. 2013, 1711120130317 (Condor Mirador)

- Juzgado Temporal Segundo de lo Civil y Mercantil de Galápagos 28. 6. 2012, 269-2012 (Charles Darwin Avenue)
- Tribunal noveno de garantías penales del Guayas 23.4.2015, 09171-2015-0004 (Fer Mary)
- Tribunal segundo de garantías penales de Esmeraldas 3.6. 2013, 08242-2013-0053 (Oleoducto)
- Unidad judicial de violencia contra la mujer o miembros del núcleo familiar con sede en el cantón Babahoyo, Provincia de los Ríos 2.12.2013, 12571-2013-0436 (Bosque Samama)
- Unidad judicial multicompetente con sede en el cantón Centinela del Condor, Provincia 11.7. 2019, 19304-2019-00204 (Nangaritza)
- Unidad judicial multicompetente con sede en el cantón Colta 10.12.2014, 06334-2014-1546 (Tangabana)
- Unidad judicial multicompetente con sede en el cantón Cotacachi 13.11.2018, 10332-2018-00640 (Los Cedros)
- Unidad judicial multicompetende con sede en el cantón Cotacachi 22.10.2020, 10332202000418 (Llurimagua)
- Unidad judicial multicompetende con sede en el cantón El Guabo 6.1.2021, 07317-2020-00466 (Tala de manglares)
- Unidad judicial multicompetente con sede en el cantón Flavio Alfaro 18.4.2019, 13322201900024 (Flavio Alfaro)
- Unidad judicial multicompetente con sede en el cantón Pedro Moncayo, Provincia de Pichincha 1.3.2013, 17316-2013-0055 (Minería ilegal Río Granobles)
- Unidad judicial multicompetende con sede en el cantón Puyango, Provincia de Loja 21.2.2016, 11317-2016-00059 (Centro Recreacional)
- Unidad judicial penal con sede en el Cantón Quevedo 18.1.2019, 12283-2018-02414 (Soya Transgénica)

Bolivien

- Constitución Política del Estado (Verfassung von Bolivien 2009), veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 7.2.2009, abrufbar unter bolivia.justia.com/nacionales/nueva-constitucion-politica-del-estado/ (Stand 2.7.2024)
- Ley N° 025 (Justizorganengesetz), veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 24.6.2010, abrufbar unter www.planificacion.gob.bo/uploads/marco-legal/Ley%20N%C2%B0%2025%20ORGANO%20JUDICIAL.pdf (Stand 2.7.2024)
- Ley N° 071 de Derechos de la Madre Tierra (Mutter Erde Gesetz), veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 22.12.2010, abrufbar unter www.planificacion.gob.bo/uploads/marco-legal/Ley%20N%C2%B0%20071%20DERECHOS%20DE%20LA%20MADRE%20TIERRA.pdf (Stand 2.7.2024)
- Ley N° 300 Marco de la Madre Tierra y Desarrollo Integral para Vivir Bien (Rahmengesetz über Mutter Erde und Integrale Entwicklung für ein gutes Leben), veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 15.10.2012, abrufbar unter faolex.fao.org/docs/pdf/bol117451.pdf (Stand 2.7.2024)

Ley N° 1005 Código del Sistema Penal (Strafrechtssystemgesetz), veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 20.12.2017, aufgehoben, abrufbar unter legislacion.com.bo/norma/1005-ley-n-1005-codigo-del-sistema-penal (Stand 2.7.2024)

Ley N° 1182, veröffentlicht in Gaceta Oficial de Bolivia am 4.6.2019, abrufbar unter www.lexi.vox.org/norms/BO-L-N1182.xhtml (Stand 2.7.2024)

Rechtsprechung

Tribunal Agroambiental 20.2.2015, S2/0008/2015

Tribunal Agroambiental 5.5.2021, S1/0040/2021

Neuseeland

Agreement re. Whanganui River claims (Tūtohu Whakatupua) vom 30.8.2012, abrufbar unter www.govt.nz/assets/Documents/OTS/Whanganui-Iwi/Whanganui-Iwi-Agreement-re-Whanganui-River-claims-Tutohu-Whakatupua-30-Aug-2012.pdf (Stand 2.7.2024)

Annual Plan 2022–2023 (Te Urewera Arbeitsplan 2022–2023), abrufbar unter www.ngaituhoe.iwi.nz/annual-plan-bringing-the-blueprint-to-life (Stand 2.7.2024)

Conservation Act 1987 (Naturschutzgesetz) vom 31.3.1987, abrufbar unter www.legislation.govt.nz/act/public/1987/0065/latest/DLM103610.html (Stand 2.7.2024)

Constitution Act 1986 (Verfassungsgesetz 1986) vom 13.12.1986, abrufbar unter www.legislation.govt.nz/act/public/1986/0114/latest/DLM94204.html (Stand 2.7.2024)

Crown Minerals Act 1991 (Rohstoffgesetz) vom 22.7.1991, abrufbar unter www.legislation.govt.nz/act/public/1991/0070/latest/DLM242536.html (Stand 2.7.2024)

Environment Act 1986 (Umweltgesetz) vom 18.12.1986, abrufbar unter www.legislation.govt.nz/act/public/1986/0127/latest/DLM98975.html (Stand 2.7.2024)

National Parks Act 1980 (Nationalparkgesetz) vom 17.12.1980, abrufbar unter www.legislation.govt.nz/act/public/1980/0066/latest/whole.html (Stand 2.7.2024)

New Zealand Bill of Rights Act (Grundrechtegesetz) vom 28.8.1990, abrufbar unter www.legislation.govt.nz/act/public/1990/0109/latest/DLM224792.html (Stand 2.7.2024)

Ngai Tūhoe Deed of Settlement of Historical Claims (Te Urewera Abkommen) vom 4.6.2013, abrufbar unter www.govt.nz/assets/Documents/OTS/Ngai-Tuhoe/Ngai-Tuhoe-Deed-of-Settlement-4-Jun-2013.pdf (Stand 2.7.2024)

Resource Management Act 1991 (Ressourcenmanagementgesetz) vom 22.7.1991, abrufbar unter www.legislation.govt.nz/act/public/1991/0069/latest/DLM230265.html (Stand 2.7.2024)

Te Anga Pūtakerongo – Record of Understanding vom 12.12.2017, abrufbar unter www.govt.nz/browse/history-culture-and-heritage/treaty-settlements/find-a-treaty-settlement/taranaki-maunga/ (Stand 2.7.2024)

Te Awa Tupua (Whanganui River Claims Settlement) Act 2017 (Te Awa Tupua Gesetz) vom 20.3.2017, abrufbar unter www.legislation.govt.nz/act/public/2017/0007/latest/whole.html (Stand 2.7.2024)

- Te Heke Ngahuru ki Te Awa Tupua – Te Awa Tupua Strategy (Whanganui Flussstrategie Entwurf 2023), www.tekopuka.co.nz/_files/ugd/0523ac_ff32b5345af448cea2c27a5261164c40.pdf (Stand 2. 7. 2024)
- Te Kawa o Te Urewera (Te Urewera Managementplan) vom September 2017, abrufbar unter www.ngaituhoe.iwi.nz/te-kawa-o-te-urewera (Stand 2. 7. 2024)
- Te Urewera Act (Te Urewera Gesetz) vom 27. 7. 2014, abrufbar unter www.legislation.govt.nz/act/public/2014/0051/latest/whole.html (Stand 2. 7. 2024)
- Treaty of Waitangi Act 1975 (Vertrag von Waitangi Gesetz) vom 10. 10. 1975, abrufbar unter www.legislation.govt.nz/act/public/1975/0114/latest/whole.html (Stand 2. 7. 2024)
- Tühoe Claims Settlement Act 2014 (Tühoe Entschädigungsgesetz) vom 27. 7. 2014, abrufbar unter www.legislation.govt.nz/act/public/2014/0050/latest/DLM5481230.html (Stand 2. 7. 2024)
- Waikato-Tainui Raupatu Claims (Waikato River) Settlement Act 2010 (Waikato Entschädigungsgesetz) vom 7. 5. 2010, abrufbar unter www.legislation.govt.nz/act/public/2010/0024/latest/DLM1630002.html (Stand 2. 7. 2024)
- Waitangi Tribunal, The Whanganui River Report (1999), abrufbar unter forms.justice.govt.nz/search/Documents/WT/wt_DOC_68450539/Whanganui%20River%20Report%201999.pdf (Stand 2. 7. 2024)
- Water and Soil Conservation Act 1967 (Wasser- und Bodenschutzgesetz) vom 24. 11. 1967, aufgehoben, abrufbar unter www.nzlii.org/nz/legis/hist_act/wasca19671967n135320/ (Stand 2. 7. 2024)
- Whanganui River Deed of Settlement Ruruku Whakatupua – Te Mana o Te Iwi o Whanganui (Whanganui Vergleichsurkunde – Teil 2) vom 5. 8. 2012, abrufbar unter www.govt.nz/assets/Documents/OTS/Whanganui-Iwi/Whanganui-River-Deed-of-Settlement-Ruruku-Whakatupa-Te-Mana-o-Te-Iwi-o-Whanganui-5-Aug-2014.pdf (Stand 2. 7. 2024)
- Whanganui River Deed of Settlement Ruruku Whakatupua – Te Mana o Te Awa Tupua (Whanganui Vergleichsurkunde – Teil 1) vom 5. 8. 2012, abrufbar unter www.govt.nz/assets/Documents/OTS/Whanganui-Iwi/Whanganui-River-Deed-of-Settlement-Ruruku-Whakatupa-Te-Mana-o-Te-Awa-Tupua-5-Aug-2014.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Kolumbien

Rechtsquellen und sonstige Dokumente

- Constitución Política de la República de Colombia 1991 (Verfassung von Kolumbien 1991) vom 6. 7. 1991, abrufbar unter www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma.php?i=4125 (Stand 2. 7. 2024)
- Decreto 1076 de 2015 Sector Ambiente y Desarrollo Sostenible (Umweltsektor- und Nachhaltige Entwicklungsverordnung) vom 26. 5. 2015, abrufbar unter www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma.php?i=78153 (Stand 2. 7. 2024)
- Decreto 2820 de 2010 por el cual se reglamenta el Título VIII de la Ley 99 de 1993 sobre licencias ambientales (Umweltgenehmigungsverordnung) vom 5. 8. 2010, abrufbar unter www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma.php?i=45524 (Stand 2. 7. 2024)

Decreto No. 348 del Gobernador del Departamento de Nariño (RdN-Verordnung Nariño) vom 15. 7. 2019, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload858.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Ley 99 de 1993 por la cual se creó el Ministerio del Medio Ambiente, se reordenó el Sector Público encargado de la gestión y conservación del medio ambiente y los recursos naturales renovables, se organizó el Sistema Nacional Ambiental –sina–, y se dictaron otras disposiciones (Umweltsystemgesetz) vom 22. 12. 1993, abrufbar unter www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma.php?i=297 (Stand 2. 7. 2024)

Ley 142 de 1994 por la cual se establece el régimen de los servicios públicos domiciliarios y se dictan otras disposiciones (Öffentliche Dienstleistungen Gesetz) vom 11. 7. 1994, abrufbar unter www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma.php?i=2752 (Stand 2. 7. 2024)

Ley 2200 de 2022 por la cual se dictan normas tendientes a modernizar la organización y el funcionamiento de los departamentos (Department-Organisationsgesetz) vom 8. 2. 2022, abrufbar unter www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma.php?i=177869 (Stand 2. 7. 2024)

Ley 2811 de 1974 Código Nacional de Recursos Naturales Renovables y de Protección al Medio Ambiente (Erneuerbare Ressourcen und Umweltschutzgesetz) vom 18. 12. 1974 abrufbar unter www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma.php?i=1551 (Stand 2. 7. 2024)

Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible Decreto 1148 de 2017 vom 5. 7. 2017, abrufbar unter xperta.legis.co/visor/legcol/legcol_6ae8dc7221294cb78a3b5b0d9e21af4b/coleccion-de-legislacion-colombiana/decreto-1148-de-julio-5-de-2017 (Stand 2. 7. 2024)

Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible Resolución No. 0115 de 2018 por medio de la cual se asignan funciones al interior del Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible a efectos de dar cumplimiento a lo dispuesto en la Sentencia T-622 de 2016 vom 26. 1. 2018, abrufbar unter archivo.minambiente.gov.co/images/Atencion_y_participacion_al_ciudadano/sentencia_rio_atrato/resolucion_0115_de_2018_Funciones_Interior_MADS.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible Resolución No. 0907 de 2018 por la cual se crea la Comisión de Guardianes del río Atrato, vom 22. 5. 2018, abrufbar unter www.minambiente.gov.co/wp-content/uploads/2021/10/3.-Resolucion-0907-de-2018.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible, Plan de Acción Ambiental Cumplimiento a la Orden Quinta – Sentencia T-622 de 2016, abrufbar unter siatpc.co/documentos/plan_de_accion_orden_5_enero_20/plan_de_accion_orden_quinta.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible, Plan de Acción de la Orden Séptima Sentencia T-622 de 2016, abrufbar unter siatpc.co/wp-content/uploads/plan-de-accion-orden-7.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Ordenanza No. 46 de 2021 de la Asamblea Departamental del Tolima (RdN-Beschluss Tolima) vom 23. 8. 2021, abrufbar unter tolima.gov.co/images/pdf/secretaria_administrativa/ORD._0046.PDF (Stand 2. 7. 2024)

Rechtsprechung

- Consejo de Estado 14.9.2020, 00611-03 (Ríos Combeima Coello Cocora)
- Corte Constitucional 10.11.2016, T-622 de 2016 (Río Atrato)
- Corte Suprema de Justicia 18.6.2020, STC3872-2020 (Isla Salamanca)
- Corte Suprema de Justicia 26.7.2017, AHC4806-2017 (Oso chuchó)
- Corte Suprema de Justicia 5.4.2018, STC4360-2018 (Amazonía)
- Acción de tutela vom 29.1.2018 (Klageschrift Amazonía), abrufbar unter www.dejusticia.org/wp-content/uploads/2018/01/TutelaCambioClim%C3%A1tico.pdf (Stand 2.7.2024)
- Jurisdicción Especial Para La Paz 12.11.2019, 02 de 2018 (Katsa Su)
- Jurisdicción Especial Para La Paz 17.1.2020, 02 de 2020 (Cxhab Wala Kiwe)
- Jurisdicción Especial Para La Paz 11.7.2023, Auto No. 226 de 2023 (Cauca)
- Juzgado Cuarto de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Pereira 11.9.2019, 036-2019 (Río Otún)
- Juzgado Primero Civil del Circuito Oral de Sogamoso 27.11.2020, ST-0047 (Lago de Tota)
- Juzgado Primero Penal del Circuito de Neiva – Huila 24.10.2019, 41001-3109-001-2019-00066-00 (Río Magdalena)
- Juzgado Primero Penal del Circuito de Neiva – Huila 20.5.2021, 41001-3109-001-2021-000039-00 (Río Fortalecillas)
- Juzgado Tercero de Ejecución de Penas y Medidas de Seguridad Cali 12.7.2019, 2019-00043-00 (Río Pance)
- Juzgado Único Civil Municipal La Plata – Huila 19.3.2019, 41-396-40-03-001-2019-00114-00 (Río La Plata)
- Rama Judicial del Poder Público Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 15.9.2020, 73001-22-05-000-2020-00097-00 (Parque Nacional Natural Las Hermosas)
- Tribunal Administrativo de Boyacá 9.8.2018, 15238-3333-002-2018-00016-01 (Páramo de Pisba)
- Tribunal Administrativo del Quindío 5.12.2019, 030-002-2019 (Río Quindío)
- Tribunal Administrativo del Tolima 30.5.2019, 73001-23-00-000-2011-00611-00 (Ríos Combeima Coello Cocora), abgeändert durch Consejo de Estado Sección Primera 14.9.2020, 00611-03 (Ríos Combeima Coello Cocora)
- Tribunal Superior del Distrito Judicial de Ibagué 18.8.2020, 73001-22-00-000-2020-000091-00 (Los Nevados)
- Tribunal Superior Medellín 17.6.2019, 2019-076 (Río Cauca)

Weitere Staaten

- Constitución Política de la Ciudad de México (Mexiko) vom 17.9.2018, abrufbar unter data.consejeria.cdmx.gob.mx/index.php/leyes/constitucion (Stand 2.7.2024)
- Constitución Política del Estado Libre y Soberano de Colima (Mexiko) vom 20.11.1917, geändert am 10.6.2019, www.scjn.gob.mx/sites/default/files/justicia_constitucional_local/documento/2020-09/06.pdf (Stand 2.7.2024)
- Constitución Política del Estado Libre y Soberano de Guerrero (Mexiko) vom 5.1.1918 i. d. F. vom 8.11.2016, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload665.pdf (Stand 2.7.2024)
- Constitución Política del Estado Libre y Soberano de Oaxaca (Mexiko) vom 15.4.1922, geändert am 22.5.2021, abrufbar unter www.congresooaxaca.gob.mx/constitucionoaxaca/docs/articulos/articulo12/POLXIV_2429.pdf (Stand 2.7.2024)
- Decreto Número La H. „LXI“ Legislatura del Estado de México (Mexiko) vom 22.4.2024, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload1498.pdf (Stand 2.7.2024)
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Deutschland) vom 23. Mai 1949, abrufbar unter www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html (Stand 2.7.2024)
- Lei N° 387 do Cidade de Goiás (Brasilien) vom 13.6.2024, abrufbar unter goias.go.gov.br/publicacoes/leis/lei387.pdf (Stand 2.7.2024)
- Lei Orgânica do Município de Alto Paraguai (Brasilien), geändert am 5.12.2023, abrufbar unter www.camaradealtoparaguai.com.br/sic-legislacao/sic-lei-organica/1-legislacao/147-lei-organica/3437-emenda-a-lei-organica-n-003-2023-de-05-de-dezembro-2 (Stand 2.7.2024)
- Lei Orgânica do Município do Bonito (Brasilien), geändert am 21.12.2017, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload644.pdf (Stand 2.7.2024)
- Lei Orgânica do Município de Alagoa Nova (Brasilien), geändert am 20.11.2023, abrufbar unter ecojurisprudence.org/wp-content/uploads/2024/03/EMENDA-A-LEI-ORGANICA-MUNICIPAL-No-01-2023-DE-10-DE-OUTUBRO-DE-2023.pdf (Stand 2.7.2024)
- Lei Orgânica do Município de Cáceres Nova (Brasilien), geändert am 17.7.2023, abrufbar unter ecojurisprudence.org/wp-content/uploads/2024/03/upload1420.pdf (Stand 2.7.2024)
- Lei Orgânica do Município de Florianópolis (Brasilien), geändert am 20.11.2019, abrufbar unter leismunicipais.com.br/lei-organica-florianopolis-sc (Stand 2.7.2024)
- Lei Orgânica do Município de Guajará-Mirim (Brasilien), geändert am 28.6.2023, abrufbar unter faolex.fao.org/docs/pdf/bra219193.pdf (Stand 2.7.2024)
- Lei Orgânica do Município de José de Freitas (Brasilien), geändert am 11.7.2023, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload1435.pdf (Stand 2.7.2024)
- Lei Orgânica do Município de Paudalho (Brasilien), geändert am 20.12.2018, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload832.pdf (Stand 2.7.2024)
- Lei Orgânica do Município de Serro (Brasilien), geändert am 2.6.2022, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload1282.pdf (Stand 2.7.2024)
- Ley 19/2022 para el reconocimiento de personalidad jurídica a la laguna del Mar Menor y su cuenca (Spanien) vom 30.9.2022, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload1287.pdf (Stand 2.7.2024)

Ley N° 287 Que Reconoce Los Derechos de la Naturaleza y las Obligaciones del Estado Relacionadas Con Estos Derechos (Panama) vom 24. 2. 2022, abrufbar unter www.gacetaoficial.gob.pa/pdfTemp/29484_A/GacetaNo_29484a_20220224.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Ley N° 37 Que establece la conservación y protección de las tortugas marinas y sus hábitats en la República de Panamá vom 1. 5. 2023 (Panama), abrufbar unter ecojurisprudence.org/wp-content/uploads/2023/08/Panama-Turtle-Protection-Law.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Ordenanza Municipal N° 006-2019-MDO/A (Peru) vom 26. 12. 2019, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload1066.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Ordenanza Municipal N° 018-2019-CM-MPM/A (Peru) vom 23. 9. 2019, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload1065.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Résolution 919-082 (Kanada) vom 18. 1. 2021, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload1072.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Résolution n°025-21 Reconnaissance de la personnalité juridique et des droits de la rivière Magpie – Mutehekau Shipu (Kanada) vom 15. 2. 2021, abrufbar unter files.harmonywithnatureun.org/uploads/upload1069.pdf (Stand 2. 7. 2024)

The National Environment Act 2019 (Uganda) vom 7. 3. 2019, abrufbar unter [nema.go.ug/sites/all/themes/nema/docs/National%20Environment%20Act,%202019%20\(1\).pdf](https://nema.go.ug/sites/all/themes/nema/docs/National%20Environment%20Act,%202019%20(1).pdf) (Stand 2. 7. 2024)

?Esdilagh Sturgeon River Law (Kanada) vom 28. 5. 2020, abrufbar unter www.esdilagh.com/PDF/Esdilagh%20Elhdaqox%20Law%20Final%20Version.pdf (Stand 2. 7. 2024)

Rechtsprechung

Corte Superior de Justicia Loreto Sede Nauta (Peru) 15. 3. 2024, 00010–2022–0–1901-JM-CI-01

High Court of Madras (Indien) 2. 5. 2022, A.Periyakaruppan vs. The Principal Secretary to Government & others, W.P.(MD)Nos.18636 of 2013 and 3070 of 2020

High Court of Punjab and Haryana (Indien) 2. 3. 2020, Shri Ram vs. State of Punjab & others, CWP No.18253 of 2009 & other connected petitions

High Court of Uttarakhand (Indien) 20. 3. 2017, Mohd. Salim vs. State of Uttarakhand & others, Writ Petition (PIL) No. 126 of 2014

High Court of Uttarakhand (Indien) 30. 3. 2017, Lalit Miglani vs. State of Uttarakhand & others, Writ Petition (PIL) No.140 of 2015

Supreme Court of India (Indien) 18. 4. 2024, The State of Telangana & others vs. Mohd. Abdul Qasim, SLP (C) No. 6937 of 2021

Supreme Court of Pakistan (Pakistan) 15. 4. 2021, D. G. Khan Cement Company Ltd. vs. Government of Punjab, C.P.1290-L/2019

Stichwortverzeichnis

- Actio popularis 418 ff., 435
- Allgemeingut 260
- Anlagenrecht 406, 410
- Anthropozentrismus 31, 58, 124, 186,
299 f., 312 f., 315, 330, 352, 439
- Artenschutz 331, 413
- Artensterben 21, 82, 136, 139, 143, 145 f.,
158, 198, 316, 327, 330 f, 364 f., 375 f.,
397, 402, 408 f., 413
- Auswirkungen, kumulative 342, 370, 406

- Begutachtungsverfahren** 430 f., 433
- Berücksichtigungsgebot 240, 252, 342,
400 f., 442
- Beste verfügbare Techniken 196, 382, 413
- Betroffenheit, ideelle 392
- Biosphäre 119, 135, 140, 318, 323, 337,
357, 361, 404
- Biozentrismus 124 f., 130, 148, 315
- Bürgerinitiative 349 f., 391, 429, 432

- Civil Law** 52, 178, 257, 306, 345
- Co-Managementsystem 215, 221, 233,
248, 252 f., 301, 415, 424 f., 433, 435
- Common Law 52, 211, 216, 219, 306, 355

- Dichotomien** 337

- Earth Jurisprudence** 30, 328, 363, 365, 389
- Eigentum 34, 76, 85, 88, 96, 119, 149, 180,
214 ff., 218 f., 220 f., 223, 225 ff., 228,
231 f., 233 f., 236, 245, 305, 309 f., 312 f.,
340, 348, 353 f., 355, 376, 387, 395, 399,
405, 420
- Eingriffsschranke 158, 199, 201 f., 238,
394, 399, 402 f., 405, 407, 413, 443
- Energie, erneuerbare 81 f., 104, 178, 201,
382, 395
- Entität, nichtmenschliche 33, 270, 320,
335, 337, 344, 378, 404

- Erhaltungspflicht 358, 374 f.
- Erwachsenenvertreter:in 352

- Follow-up-Mechanismen** 289, 440
- Formalpartei 391 f., 430, 432, 434
- Freiheitsstrafe 103, 171, 208, 252, 289, 439

- Gefahr in Verzug** 383, 386, 437
- Geldstrafe 102, 106, 171, 208, 252, 280,
438 f.
- Gemeingebrauch 404 f.
- Genehmigungskriterium 237, 252, 331,
401, 442
- Gentechnik 84, 92, 121, 145, 201, 355
- Gewässerbett 342, 350, 387
- Gewässerökologie 342
- Gewässerschaden 102, 383
- Gewässerverunreinigung 98, 382 f., 385
- Gewässerzustand 370 f., 385, 405, 436
- Gewohnheitsrecht 40, 60, 65 f., 110, 218,
250, 262, 294
- Grenzwerte 137, 267, 359, 368, 370, 405
- Grundnorm 124 f., 295
- Grundpflichten 378
- Grundrechte 43, 53, 66, 69, 123, 179, 181,
193 f., 211 f., 231, 255, 257, 259, 261, 264,
269, 277, 281 f., 295, 306 ff., 310 ff., 320,
325, 378, 388, 393, 400 f., 405, 414, 443

- Indikatoren** 104, 138, 170, 275, 281, 289,
365 ff., 423
- Individuum 72, 135, 318, 327 ff., 357, 404
- In dubio pro natura 119, 407
- Instrumente, direktdemokratische 55, 64,
111, 298
- Interesse, öffentliches 188, 200, 205, 311,
344, 371, 382 f., 384, 390 f., 406, 420, 432,
437
- Interessenabwägung 78, 155, 157, 160,
281, 310 f., 353, 398, 402, 405, 407, 412,
437

- Investitionsschutzabkommen 144, 151, 304
- Ist-Zustand 370, 372
- Juristische Person 33, 48, 97, 160 f., 165, 224, 346, 349 ff, 388, 392, 414
- Kaitiaki 225, 244, 425, 427
- Kaitiakitanga 217, 244, 425
- Kernbereich (von Rechten) 144, 158, 402 ff.
- Klimaschutz 21, 77, 83, 126, 265, 273, 312, 323, 337, 355, 359
- Kompetenzverteilung 341, 370, 434
- Konstitutionalismus, neuer lateinamerikanischer 117, 178
- Kosten-Nutzen-Analyse 408, 411 ff.
- Landesumweltanwält:innen 391, 429 ff., 437
- Legal transplants 43, 47
- Legalismus, kontradiktorischer 306
- Menschenrechte 24, 42 ff., 46 f., 49, 66, 72, 116, 118, 122 f., 126, 138 f., 147, 159 f., 162 ff., 167 ff., 170, 172, 179, 198 f., 201, 203, 231, 256 ff., 261, 269, 282, 295, 299 f., 302, 305, 307, 309, 315, 338, 347 f., 357, 363, 377, 388, 390, 394 f., 396, 398 ff., 401 f., 407, 414 ff., 422, 424, 428, 435, 441 f.
- Natura 2000-Gebiet 330, 386, 412
- Öffentlichkeitsbeteiligung 113, 120 f., 168, 170, 173, 193, 206, 217, 254, 260, 281, 431, 436, 442
- Ökosystemfunktion 84, 355, 360
- Ökozentrismus 124 f., 313 ff., 323, 352, 410
- Paradigmenwechsel 300
- Parteistellung 391, 429 ff.
- Recht
- absolutes 58, 149, 155, 353, 362, 394 f., 404
 - biokulturelles 262, 285, 333
 - generisches 139, 357
 - kollektives 117, 161, 179, 191, 199 ff., 205 f., 257 f., 262, 266, 295, 314, 338, 399, 416
 - subjektives 124, 161, 311, 313, 388, 390 ff., 431
- Recht auf eine gesunde Umwelt 46, 66, 83, 159, 170, 181, 186, 206, 259, 261, 265 ff., 277, 296, 307, 355 f., 359
- Rechte der Natur, Definition 33 f.
- Rechtsfähigkeit 245, 249, 315, 348, 349 f., 352
- Rechtsfortbildung, richterliche 258, 305, 306
- Rechtsobjekt 23, 350 f., 354
- Rechtsperson 33, 36 ff., 48, 70, 97, 220 f., 224, 226, 228, 231 f., 236, 239, 251 f., 271, 307, 344 f., 348, 356, 357, 387 f., 389
- Rechtspersönlichkeit 69 f., 96 f., 99, 128, 164, 271, 288, 305, 307, 344 f., 351, 387 f.
- Rechtspersönlichkeitsmodell 389 f.
- Rechtsrealismus 297
- Rechtssubjekt 33, 37 ff., 48, 128, 132, 134 f., 142, 266 f., 270 ff., 277, 279, 281, 333, 344 f., 350 f., 354
- Rechtssubjektivität 224, 349, 352
- Regenerationsfähigkeit 119, 192, 195, 201 ff, 361, 365, 377, 399, 402 ff., 407, 443
- Restwassermenge 151, 371, 384
- Sache 350 ff.
- Sachwalter:in *siehe* Erwachsenenvertreter:in
- Sanierungsmaßnahme 275, 383, 385
- Schadenersatz 85, 100 f., 102, 106, 108, 171 f., 231, 236, 251 f., 258, 348, 352, 436, 438 f.
- Schutznormtheorie 391 f., 434
- Soft law 45
- Staatsziel 117, 124, 311 f., 314, 352
- Stand der Technik 384, 410, 413
- Standing-doctrine 58, 97 f., 165, 434, 436
- Toleranzprinzip, ökologisches 141, 361
- Umwelthaftung 56, 385 f.
- Umweltverträglichkeitsprüfung 56, 181, 216, 260, 342, 350, 405 f., 410, 414, 431 ff., 436, 442

- Verbesserungsgebot 372, 376, 383, 393
Verhältnismäßigkeit 156, 158, 282, 328,
383 f., 387, 398, 404 f., 407, 411, 414, 441,
443
Verpflichtungsfähigkeit 348
Verschlechterungsverbot 370 ff., 376, 393,
405, 432, 437
Verursacherprinzip 385
Volksanwaltschaft 429
Vorbeugeprinzip 120, 150, 157, 408 f.
Vormundschaftsmodell 418 f., 435
Vorsorgeprinzip 120, 146 f., 150, 157, 163,
189, 197 f., 265, 277, 281, 372, 397 f.,
407 ff., 441, 443
Wassereinzugsgebiet 73, 116, 134, 143,
182, 194, 226 f., 250, 261, 316, 322 f., 332,
341 ff., 357, 370, 377, 382 ff, 387, 405 ff.,
424, 434, 441, 443
Wasserkörper 74, 80, 83, 318, 333, 340,
341 f., 355, 371
Wasserwirtschaftliches Planungsorgan
391, 429, 432
Wiederherstellungsmaßnahme 82, 133,
145, 153 f., 196 f., 230, 266, 274 f., 278,
280, 290, 304, 319, 375, 380 ff., 437 f., 442
Wiederherstellungspflicht 120 f., 152 ff.,
156, 169, 196, 374, 379 ff., 438 f.
Wissen, indigenes 334 f.

Elisabeth Zinke

Umsetzungsprobleme der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie

Unter besonderer Berücksichtigung der Land-, Forst-
und Fischereiwirtschaft

Die Regulierung der land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Bodennutzung war im europäischen Umweltrecht lange Zeit kaum präsent, hat jedoch infolge der Durchsetzung des FFH-Rechts durch den EuGH an Bedeutung gewonnen. In diesem Kontext leistet die Arbeit eine Untersuchung der Regulierung von Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft durch die FFH-RL und deren Umsetzung im deutschen Recht. Hierbei werden etwa der Projektbegriff, das Managementprivileg sowie die Schutzmaßnahmen in den einzelnen Gebieten näher beleuchtet. Insbesondere wird analysiert, inwiefern die FFH-RL einen Ausgleich zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen zulässt. Die Autorin bewertet etwa die Möglichkeit, kooperative und honorierende Instrumente einzusetzen. Letztendlich wird versucht, eine Antwort auf die Frage zu geben, wie die konfliktreiche Beziehung der Flächenbewirtschaftung und des Naturschutzes im Sinne der FFH-RL mithilfe rechtlicher oder ökonomischer Instrumente in Einklang gebracht werden kann.

Die Arbeit wurde ausgezeichnet mit dem Promotionspreis der Deutschen Gesellschaft für Agrarrecht – Vereinigung für Agrar- und Umweltrecht e.V. (DGAR) 2024.

Schriften zum Umweltrecht, Band 207

Tab., 513 Seiten, 2024

ISBN 978-3-428-19154-3, € 109,90

Titel auch als E-Book erhältlich.



www.duncker-humblot.de